



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Bortoluzzi, Borer, Dunant, Stahl)

Nichteintreten auf die Vorlage 1

Antrag Zisyadis

Nichteintreten auf die Vorlage 2

Antrag der freisinnig-demokratischen Fraktion

Rückweisung an die Kommission

mit dem Auftrag, dem Plenum ein Projekt zu unterbreiten, das folgende Ziele verfolgt:

– die AHV mittel- und längerfristig finanziell zu sichern, was nach der Veröffentlichung des vom Bundesamt für Statistik neu ausgearbeiteten Bevölkerungsszenarios "Trend" noch unerlässlicher erscheint;





- jene Sicherung nicht nur dank der Verlegung der Kosten zulasten der Bundeskasse, sondern auch durch eine auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite ausgeglichene Kombination von Massnahmen durchzuführen;
- eine Lösung für die Einführung der sozial ausgestalteten Flexibilisierung der Rentenalter zu erarbeiten, die sowohl von den tatsächlichen (und nicht von den ideologisch vermuteten) Bedürfnissen der Versicherten ausgeht als auch der Existenz der Ergänzungsleistungen und der zweiten Säule des Altersversicherungssystems Rechnung trägt;
- die Leistungsrechte der Versicherten an die Realitäten der heutigen und künftigen Sozialleben anzupassen, was eine vernünftige Anpassung, jedoch keine Abschaffung des Systems der Witwer- und Witwenrenten rechtfertigt.

Antrag Maspoli

Rückweisung an die Kommission

mit dem Auftrag, die Vorlage zu überarbeiten und die notwendigen Änderungen zur Verbesserung der finanziellen Stellung der Witwen vorzunehmen.

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Bortoluzzi, Borer, Dunant, Stahl)

Ne pas entrer en matière sur le projet 1

Proposition Zisyadis

Ne pas entrer en matière sur le projet 2

Proposition du groupe radical-démocratique

Renvoi à la commission

avec mandat de soumettre au plénum un projet qui:

- garantisse le financement de l'AVS à moyen et à long terme, ce qui apparaît encore plus nécessaire depuis la publication par l'Office fédéral de la statistique du scénario "tendance" consacré à l'évolution démographique;
- prévoit que ce financement soit garanti au moyen, non seulement d'une imputation des dépenses à la caisse fédérale, mais d'un éventail de mesures assurant un certain équilibre entre les recettes et les dépenses;
- présente une solution socialement acceptable de flexibilisation de l'âge de la retraite, qui tienne compte, d'une part, des besoins effectifs des assurés (et non de leurs besoins a priori supposés) et, d'autre part, de l'existence et des prestations complémentaires et du deuxième pilier de l'assurance-vieillesse;
- assure la mise en conformité des droits des assurés avec les réalités sociales d'aujourd'hui et de demain, ce qui suppose un réexamen modéré de ces droits, et en tout état de cause ne justifierait pas la suppression du système de rente de veuve et de veuf.

Proposition Maspoli

Renvoi à la commission

avec mandat de procéder à un remaniement du projet afin qu'il mentionne expressément la nécessaire amélioration de la situation financière des veuves.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Viele Menschen möchten einmal alt werden, aber niemand möchte je alt sein. Alle wünschen sich aber eine gute Altersvorsorge. Diese Vorsorge soll kostengünstig, leistungsfähig und stark sein. Ist dies ein Ding der Unmöglichkeit?

Bis zum Ende unserer Beratung der 11. AHV-Revision werden wir das wissen. Aber eines wissen wir heute schon: Eine starke AHV ist in erster Linie ein Akt des politischen Willens. Wenn ich mir die Medienberichte der vergangenen zwei Wochen vor Augen führe, dann darf ich Ihnen sagen, dass das Volk in der Kommission sehr gut vertreten war. Alle diese Wünsche und Begehren – etwa nach dem Motto "Alles oder nichts" – sind bereits in Ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit als Anträge eingegeben und in den Beratungen diskutiert und behandelt worden.



Die Kommission und die speziell für einzelne Themenbereiche eingesetzten Subkommissionen haben sich entsprechend intensiv mit der Vorlage zur 11. AHV-Revision auseinandergesetzt. Sie alle wurden dabei von einer äusserst engagierten und kompetenten Crew aus der Verwaltung beraten und unterstützt. Diese Crew war immer bereit, die unzähligen von uns gewünschten Zusatzberichte – zu Beginn waren es bereits zehn – zu liefern.

Ich möchte an dieser Stelle allen Verantwortlichen in der Verwaltung wie auch unserem Kommissionssekretär Urs Hänsenberger ganz herzlich für den tollen Einsatz danken. Das letzte Produkt von gestern Sonntag ist ein Foliensatz zur besseren Veranschaulichung unserer Vorlage.

Die Vorlage zur 11. AHV-Revision besteht aus drei Teilen: einer Vorlage 1 zur Finanzierung, einer Vorlage 2 als dem eigentlichen Gesetzentwurf und einer Vorlage 3 zur Übertragung von 1,5 Milliarden Franken aus der Kasse der EO in die IV.

Das Eintreten auf die Vorlage 2, auf die Detailberatung zur 11. AHV-Revision, blieb in der Kommission nach eingehender Diskussion unbestritten.

Weniger eindeutig war das Eintreten auf die Vorlage 1, die sich mit der Finanzierung der AHV befasst. In der Kommission wurde auf diese Vorlage mit 15 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen eingetreten. Eine Minderheit hält heute an einem Nichteintretensantrag fest.

Auf die Vorlage 3 wurde mit 11 zu 10 Stimmen eingetreten; allerdings wurde mit einem Ordnungsantrag entschieden, dass die Beratung der Vorlage 3 erst nach der Beratung der 4. IVG-Revision aufgenommen werden darf.

AB 2001 N 381 / BO 2001 N 381

Zu Diskussionen Anlass gab einmal mehr die von verschiedenen Parteien geforderte, durch den Bundesrat seit langer Zeit zu leistende Gesamtschau zum gesamten schweizerischen Sozialversicherungsbereich. Dazu verwies der Bundesrat auf die IDA-Fiso-Berichte aus den Jahren 1996 und 1997, von denen sich der eine Bericht mit den Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen befasst und der andere verschiedene Leistungsszenarien analysiert. Der Bundesrat äusserte sich zudem in der Botschaft zur 11. AHV-Revision eingehend zu dieser Thematik, und Frau Bundesrätin Dreifuss – die an allen Sitzungen der Kommission teilnahm – konnte die noch zweifelnden Kommissionsmitglieder beruhigen und überzeugen.

So fiel der Entscheid für Eintreten auf die Vorlage 2, den Gesetzentwurf zur 11. AHV-Revision, einstimmig aus. Die 11. AHV-Revision, die aufgrund der Motion Schiesser früher als vom Bundesrat geplant dem Parlament überwiesen werden musste, verfolgt gemäss Bundesrat drei Hauptziele:

1. die Fortführung der Gleichstellung der Geschlechter im Bereich Rentenalter und im Bereich Witwen- und Witwerrente aufgrund der Entscheide der 10. AHV-Revision;
2. ein flexibles Rentenalter für alle;
3. die Konsolidierung der Finanzen.

Bei den Beratungen haben folgende Tatsachen für die Entscheide eine markante Rolle gespielt:

1. Die AHV ist als erste Säule die wichtigste obligatorische Vorsorgeversicherung für das Alter. Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, Selbstständigerwerbende und Nichtselbstständigerwerbende, Männer und Frauen, Schweizer und Schweizerinnen und Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz Wohnsitz haben oder jemals hatten und AHV-Beiträge bezahlten, sind versichert und haben Anspruch auf eine Alters- und Hinterlassenenrente.
2. Knapp die Hälfte aller Frauen in der Schweiz und jeder sechste Mann haben keine Zweite-Säule-Versicherung und sind auf die erste Säule, auf die AHV, dringend angewiesen.
3. Die in der Schweiz dank einer optimalen medizinischen Gesundheitsversorgung stets ansteigende Lebenserwartung – von 1950 bis 1995 bei den Männern um 3,6 Jahre, bei den Frauen um 6,5 Jahre – wird sich bis zum Jahre 2010 bei den Männern durchschnittlich auf 82,5 Jahre und bei den Frauen auf 87,25 Jahre erhöhen.
4. Kamen 1995 noch 4,3 Beitragszahlende auf eine rentenberechtigte Person, so werden es, nach den jüngsten Zahlen, im Jahr 2020 noch 2,8 sein.
5. Ganze 9 Prozent der Rentensumme gehen an ein Fünftel aller Rentenbezüger und -bezügerinnen ins Ausland.

Alle diese Tatsachen haben uns gefordert, nicht nur nach einem möglichst praktikablen und administrativ wenig aufwendigen Modell für die Flexibilisierung des Rentenalters zu suchen, sondern auch auf die mittel- und langfristige Finanzierung der AHV Rücksicht zu nehmen.

Ich versuche nun, Ihnen in elf Punkten die 11. AHV-Revision darzustellen, wie sie in Ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Mehrheiten gefunden hat und wie sie mit 9 zu 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen



verabschiedet worden ist.

1. Das Rentenalter für Mann und Frau wird auf 65 Jahre festgelegt. Gemäss der 11. AHV-Revision soll im Jahre 2009 das Rentenalter für Mann und Frau in der AHV wie in der beruflichen Vorsorge bei 65 Jahren vereinheitlicht werden. Die Erhöhung des Rentenalters der Frau bringt der AHV-Kasse pro Jahr 420 Millionen Franken. Der Bundesrat ist aber bereit, diese eingesparten Mittel für die soziale Abfederung beim flexiblen Rentenalter zu investieren, sodass in der AHV der Komplex Rentenalter und flexibles Rentenalter gemäss Vorschlag des Bundesrates kostenneutral ausfallen soll.

Die Leidtragenden der Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen dürften die Ehemänner sein. Sie werden die ersten Jahre ihres Ruhestandes allein verbringen müssen, da die Ehefrauen erfahrungsgemäss drei bis vier Jahre jünger sind als ihre Männer. So gesehen muss sich die Heraufsetzung des Rentenalters der Frau auf 65 Jahre erst bewähren. Es sei denn, die Frauen würden von der Möglichkeit des Vorbezuges der Rente Gebrauch machen. Massgebend für die Heraufsetzung des Frauenrentenalters waren, nebst dem Gleichstellungsauftrag, auch die drei in den vergangenen Jahren dem Volk vorgelegten Referenden, die ein tieferes Rentenalter wünschten, vom Volk aber alle abgelehnt wurden.

2. Mit der 11. AHV-Revision wird ein flexibles Rentenalter für Mann und Frau à la carte und zu gleichen Bedingungen eingeführt. Neu können Männer und Frauen mit 59 Jahren zur Hälfte und mit 62 Jahren voll in Pension gehen. Der halbe oder ganze Vorbezug ist auch kumulierbar, zum Beispiel kann ab dem 60. Altersjahr eine halbe und mit 64 Jahren eine volle Rente bezogen werden. Man kann aber nicht von einer vollen Rente auf die halbe zurückgehen, und der seit der 7. AHV-Revision eingeführte Rentenaufschub um fünf Jahre bleibt unverändert bestehen.

3. Die Mehrheit der Kommission hat sich bei einem flexiblen Rückzug aus dem Erwerbsleben für das Modell der Rente mit Kürzungssatz entschieden. Das Erwerbsjahrmittel, wonach man nach vierzig Beitragsjahren in die volle Pension gehen könnte, fand aus verschiedenen Gründen keine Mehrheit. Ich komme bei der Detailberatung darauf zurück.

4. Der flexible Rückzug aus dem Erwerbsleben unter gleichzeitigem Bezug einer AHV-Rente ist nur durch eine dauerhafte Kürzung der entsprechenden Rente möglich. Die Kürzungssätze sind bei allen Modellen, auch bei dem versicherungstechnisch berechneten Modell, generell tiefer vorgesehen als jene im heute geltenden Recht. Warum? Der zurzeit angewendete Kürzungssatz – bei den Männern pro Jahr 6,8 Prozent – ist allein aufgrund der Lebenserwartung der Männer berechnet. Bei einer einheitlichen Regelung des flexiblen Rentenalters für Männer und Frauen trägt die längere Lebenserwartung der Frauen dazu bei, dass der Satz auch für die Männer gesenkt werden kann, weil die Frauen durch ihre höhere Lebenserwartung länger zurückzahlen, was sich beim Vorbezug einer Rente positiv auf den Kürzungssatz auswirkt. Auf diese Weise kommt man zu einem tieferen Durchschnitt. Die Männer können also dank der höheren Lebenserwartung ihrer Frauen von einem günstigeren Kürzungssatz beim Vorbezug der Rente profitieren. Die Frauen werden aber aufgrund der höheren Lebenserwartung nach wie vor auch in Zukunft während einer längeren Phase eine AHV-Rente beziehen können.

Die von der Kommission vorgelegten Modelle haben eines gemeinsam: Allen dient das Erwerbseinkommen und nicht das massgebende Jahreseinkommen als Berechnungsgrundlage, damit ein möglicher Erziehungs- und Betreuungsbonus nicht zum Malus wird.

5. Der Vorbezug der Rente wird sozial abgedeckt. Der Bundesrat wollte vor allem die untersten Einkommen mit einem speziellen Kürzungssatz begünstigen. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, bis zu einem Einkommen von rund 49 000 Franken einen einheitlich tieferen Kürzungssatz anzuwenden. Zwischen rund 49 000 Franken und 74 000 Franken jährlichem Erwerbseinkommen wird der Kürzungssatz linear abgestuft, ebenfalls linear zwischen 1 und 36 Monaten. Ab einem jährlichen Einkommen von rund 74 000 Franken wechselt der Kürzungssatz beim Vorbezug fließend zum kostenneutralen versicherungstechnischen Satz. Die Kommission will mit dem Bundesrat zudem Anreize für einen möglichst langen Verbleib im Erwerbsleben schaffen, indem der Kürzungssatz proportional höher wird, je früher man aus dem Erwerbsleben aussteigt. Folglich sollen bei der Vorbezugsdauer die späteren Jahre schwächer gekürzt werden als die früheren.

Die Mehrheit der Kommission hat dem "Modell 800 Millionen Franken" gegenüber dem "Modell 400 Millionen Franken" mit 14 zu 10 Stimmen den Vorzug gegeben. Ich komme in der Detailberatung darauf zurück. Massgebend für diesen Entscheid waren: die Abstimmungsergebnisse bei den Flexibilisierungsvorlagen im letzten Herbst; die statistischen Angaben über die Lohnsegmente in der Schweiz; eine Studie aus Genf über das Baugewerbe, in der belegt wird, dass die Annahme zutrifft, wonach die Chance, das

AB 2001 N 382 / BO 2001 N 382

Rentenalter gesund zu erreichen, desto kleiner wird, je härter die Erwerbsarbeit ist; die Tatsache, dass auch in





unseren wirtschaftlich wieder guten Zeiten ältere arbeitslose Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen nach wie vor wenig oder keine Chancen haben, nochmals ins Erwerbsleben integriert zu werden.

6. Bei der 10. AHV-Revision haben wir auch Witvern Anspruch auf eine Rente gegeben, wenn sie Kinder unter 18 Jahren haben. Die Kommission hat grundsätzlich beschlossen, diese Witverrente nicht weiter auszubauen. Der Bundesrat schlägt vor, in der 11. AHV-Revision die Witwenrente der Witverrente schrittweise anzupassen. Er will grundsätzlich allen Witvern und Witwen eine Hinterlassenenrente auszahlen, wenn sie Kinder unter 18 Jahren haben oder ein Kind betreuen, das ihnen Anspruch auf Betreuungsgutschriften gibt. Eine Minderheit der Kommission möchte solche Renten auszahlen lassen, solange die Kinder in Ausbildung sind und selbst Anspruch auf die Halbweisenrente haben, längstens bis zu deren 25. Altersjahr.

Hinter der schrittweisen Angleichung der Renten der Witwen an jene der Witver steht die Philosophie, dass sich seit der Einführung der Hinterlassenenrente das Gesellschaftsbild geändert hat. Damals ging man davon aus, dass die Frauen mit der Heirat die Erwerbstätigkeit aufgeben und sich um die Erziehung der Kinder und das Wohlergehen des Ehemannes kümmern. Daran änderte sich auch nichts, wenn die Kinder auszogen. Dieser endgültige Bruch mit dem Erwerbsleben machte eine lückenlose Versorgung der Frau nach dem Tod ihres Mannes nötig. Ausdruck dieses Gesellschaftsbildes war im Übrigen nicht nur die Witwenrente, sondern auch die bis zur 10. AHV-Revision bestehende Ehepaarrente.

Heute hat sich die Situation geändert. Je länger, desto weniger wird ein Kind der Grund für die Aufgabe der Erwerbstätigkeit. Gemäss den Wünschen der heutigen Wirtschaftskreise wird diese Mentalität gefordert und mit den kürzlich in diesem Parlament getroffenen Entscheiden auch gefördert. Schaut man auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen in verschiedenen Altersklassen, wird im Übrigen offensichtlich, dass dies nicht nur etwas mit der Gleichberechtigung der Frauen, sondern auch mit den ökonomischen Notwendigkeiten zu tun hat.

Der Bundesrat schlägt für die Zukunft ein sehr restriktives Modell der Witwenrente vor, bei dem rund 70 Prozent der Frauen den Anspruch auf Witwenrente verlieren würden.

In der Kommission wurde die Witwenrente zum eigentlichen Schicksalsartikel. Die Minderheit I will am Status quo festhalten; die Minderheit II möchte nur jeglichen Anspruch auf eine Rente für kinderlose Witwen streichen; die Minderheit III will die Lösung des Bundesrates modifiziert und die Minderheit IV die Lösung des Bundesrates restriktiv übernehmen. Eine knappe Mehrheit der Kommission möchte den Witwen eine zeitlich unbegrenzte Witwenrente gewähren, wenn sie mit 45 Jahren noch Kinder unter 18 Jahren zu betreuen haben. Alle anderen Frauen, die kinderlos verwitwen oder aufgrund des Alters ihrer Kinder keinen Anspruch auf eine Witwenrente haben, sollen eine einmalige Abfindung in der Höhe der ihnen zustehenden Jahresrente erhalten. Wichtig ist noch zu wissen, dass nicht beabsichtigt wird, die Witwenrente in der beruflichen Vorsorge oder in der Unfallversicherung einzuschränken. Die durchschnittliche Witwenrente in der beruflichen Vorsorge beträgt zurzeit rund 1170 Franken pro Monat.

Mit der 11. AHV-Revision werden die geschiedenen Frauen den verheirateten gleichgestellt, d. h., nicht mehr eine zehnjährige Ehe und der Anspruch auf Unterhaltsbeiträge sollen bei der Scheidung für eine Hinterlassenenrente massgebend sein, sondern einzig und allein die Betreuungspflicht von Kindern.

Unverändert ist die Regelung für verwitwete und wiederverheiratete Frauen. Kommt ihre Ehe innerhalb der ersten zehn Jahre zur Scheidung, ist der Anspruch auf die Witwenrente nach dieser Scheidung wieder gegeben.

7. Einstimmig hat die Kommission beschlossen, dass jemand, der heute eine Hinterlassenenrente bezieht, diese auch weiterhin behält. Damit wird der Besitzstand gewahrt. Dringt die Mehrheit der Kommission bei der Witwenrente durch, soll neu Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben, wer durch den Tod des Ehegatten oder der Ehegattin in finanzielle Not gerät und keinen Anspruch auf eine Hinterlassenenrente hat. Ausserdem gilt eine allfällige neue Regelung nur für Frauen, die bei Inkrafttreten der 11. AHV-Revision noch nicht 45 Jahre alt sind. Alle anderen Frauen, die nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision älter als 45-jährig und verwitwet sind, sollen nach den heutigen Bestimmungen eine Rente erhalten. Das heisst, dass diese nach wie vor Anspruch auf eine zeitlich unbefristete Rente haben.

8. Ein anderer zentraler Punkt der 11. AHV-Revision ist die Rentenanpassung – dies weniger wegen der Massnahmen, die der Bundesrat vorschlägt, als wegen der Massnahmen, die er nicht vorschlägt. Heute werden die Renten der AHV in der Regel alle zwei Jahre der Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Diese Erhöhung soll neu in der Regel nur noch alle drei Jahre stattfinden; wenn aber die Teuerung vor Ablauf der Dreijahresfrist eine Schwelle von 4 Prozent übersteigt, werden die Renten erhöht. Hier beträgt das Einsparungspotenzial 150 Millionen Franken. Viel wichtiger aber ist, dass der Bundesrat und mit ihm die Mehrheit der Kommission am Mischindex festhalten wollen und dass dadurch weder ein kontinuierlicher Abbau noch ein Ausbau der Rentensummen stattfinden wird.

9. Bei ihren finanziellen Berechnungen zur 11. AHV-Revision hat die Kommission weder ein Gramm Gold



aus den Goldreserven noch einen Franken aus dem jährlichen Nationalbankreingewinn berücksichtigt oder gar mit einbezogen. Die Optionen auf Mehreinnahmen für die AHV aus diesen beiden Quellen werden von Minderheiten vertreten. Trotzdem ist die AHV, so wie sie die Kommission nach der Beratung zur 11. Revision verlässt, langfristig gesichert.

Neu sollen, nach Meinung des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission, auch die Beiträge der Selbstständigerwerbenden an jene der Arbeitnehmenden angeglichen werden; zukünftig sollen diese 8,1 statt 7,8 Prozent des Einkommens betragen. Auch wird der Freibetrag von 1400 Franken monatlich für erwerbstätige Altersrentner und -rentnerinnen aufgehoben. Im Gegenzug soll aber bei all jenen, die keine maximale Rente beziehen, neu auch nach ihrer Pensionierung das gesamte Einkommen rentenbildend sein.

10. Die Mehrwertsteuer soll auf Antrag des Bundesrates im Rahmen der 11. AHV-Revision um insgesamt 1,5 Prozentpunkte angehoben werden können. Nach Meinung einer klaren Mehrheit der Kommission sollen bereits das heutige und alle weiteren Mehrwertsteuerprozente inklusive die 17 Demographieprozente des Bundes voll in die AHV-Kasse fliessen – ein Mehrwertsteuerprozent entspricht rund 2,7 Milliarden Franken.

11. Neben dem vollen Mehrwertsteuerertrag sollen in Zukunft auch die vollen Erträge aus der Spielbankenabgabe in die AHV fliessen. Ebenfalls sollen alle Erträge aus den von der Schweizerischen Nationalbank freigegebenen, nicht benötigten Währungsreserven, sofern diese nicht durch Verfassung oder Gesetz einem anderen Zweck zugeführt werden, der AHV zugute kommen.

Die AHV ist ein Politikum ersten Ranges. Über eine Million heutige Rentner und Rentnerinnen erwarten, dass die Rentensumme gesichert und der ordentlichen Teuerung angepasst wird. Alle zukünftigen Rentnerinnen und Rentner in diesem Land – bei den Männern sind es knapp 85 Prozent, bei den Frauen rund 95 Prozent, die das Alter 65 erreichen – erwarten, dass ihnen die Altersvorsorge gesichert bleibt.

Die in der 11. AHV-Revision gefällten Entscheide müssen als Gesamtpaket angeschaut werden. Niemand ist total glücklich, viele möchten eine andere Lösung, alle möchten mehr – die einen mehr sparen, die anderen mehr ausgeben, niemand aber mehr bezahlen. Deshalb haben wir hier im Saal die Verantwortung wahrzunehmen, auf beide Vorlagen einzutreten und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Ihre Kommission hat die Grundlagenarbeit dazu gemacht; die nötigen Fakten liegen vor. Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

AB 2001 N 383 / BO 2001 N 383

Hess Peter (C, ZG): Ich möchte die Gelegenheit nutzen und unserem Kollegen Jutzet ganz herzlich zu seinem 50. Geburtstag gratulieren. *(Beifall)*

Ich darf weiter Frau Marlyse Dormond herzlich zu ihrer Heirat mit Herrn Ständerat Béguelin gratulieren. *(Beifall)*

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: L'évolution démographique, l'allongement de l'espérance de vie et le ralentissement économique impressionnant des années nonante ont fait surgir des inquiétudes légitimes quant au financement futur de nos assurances sociales. Ces préoccupations ont été concrétisées par diverses interventions parlementaires dès 1996 et par un bilan de situation ainsi que des propositions formulées par les rapports IDA-Fiso 1 et 2 en 1996 et 1997.

Les besoins financiers supplémentaires de l'AVS/AI se monteraient à environ 17 milliards de francs entre les années 2000 et 2010, soit 3,4 points de TVA. Concrètement, cela signifie que le compte de capital de l'AVS a été déficitaire de plus de 1 milliard de francs en 1998, déficit qui s'est amenuisé par la suite et, selon les données du message, serait reparti à la hausse dès 2001 pour se monter régulièrement à plus de 1 milliard de francs dès 2005, 2,5 milliards dès 2007 et près de 4 milliards en 2010.

La situation de l'AI est encore plus préoccupante avec un compte de capital qui est passé de moins 2,19 milliards de francs en 1997 à moins 686 millions de francs à la suite du versement de 2,2 milliards de francs à partir du fonds du régime des APG en 1998, pour repartir franchement à la baisse, à raison d'un déficit de plus de 1 milliard de francs par an, à moins 1,48 milliard de francs en 1999, moins 2,3 milliards en 2000 et quasiment moins 5 milliards en 2003.

Dans ces conditions, il est apparu nécessaire au Conseil fédéral de prendre des mesures destinées à garantir la poursuite du financement de l'AVS, d'une part, assainir l'AI, d'autre part, et accessoirement achever la mise en oeuvre des mesures préconisées par la 10e révision de l'AVS dans le domaine des rentes anticipées. Cela débouche sur toute une série de mesures d'économies associées à un financement additionnel par le biais de la TVA.

Dans le domaine de l'AVS, le Conseil fédéral nous propose d'augmenter l'âge de la retraite des femmes à 65 ans dès 2009, ce qui permet de diminuer les dépenses de 422 millions de francs et d'augmenter les recettes de cotisations de 23 millions de francs, de limiter la rente de veuve et de veuf aux personnes qui ont des enfants



de moins de 18 ans et 50 ans avant que le plus jeune n'atteigne l'âge de 18 ans, tout en réalisant l'égalité entre veuves et veufs, pour une économie de 786 millions de francs, de ralentir le rythme de l'adaptation des rentes au renchérissement en procédant à ladite adaptation tous les trois ans, ce qui représente un gain de 150 millions de francs, de supprimer la franchise pour les rentiers qui poursuivent une activité lucrative, ce qui rapporte 202 millions, de supprimer l'échelle dégressive pour les cotisations des indépendants, ce qui permet d'engranger 27 millions de francs, de supprimer le plafonnement pour les personnes non actives, d'où un gain de 14 millions de francs. En outre, le Conseil fédéral attend une augmentation des recettes de 63 millions de francs en relevant la cotisation des indépendants de 7,4 à 8,1 pour cent. Enfin, il introduit une retraite anticipée à la carte sous forme de trois années entières à partir de 62 ans ou de six demi-rentes à partir de 59 ans.

L'ensemble de ces mesures aboutit néanmoins à une situation qui reste déficitaire avec moins 276 millions de francs en 2003, une pause passagère en 2004/05, mais une nouvelle aggravation dès 2006 avec une perte de l'ordre de 700 à 800 millions de francs par an. Cela oblige à un financement additionnel au moyen de la TVA, malgré l'usage du point supplémentaire intervenu dès 1999. Le Conseil fédéral avait envisagé un relèvement de 0,5 pour cent en 2003, et de 1 point entier en 2006/07 avec, comme critère d'intervention, la chute du compte de capital en dessous d'un montant correspondant à 70 pour cent des dépenses. Cela demande une adaptation de la constitution, à l'article 130, avec l'adjonction des alinéas 4 à 6, où le Conseil fédéral garderait la compétence entière du relèvement prévu pour 2003 alors qu'elle serait transférée au législateur pour 2006/07. Votre commission est d'avis que cette compétence doit rester entièrement dans les mains du législateur, avec une inscription des critères d'intervention dans la loi. De plus, elle souhaite que l'entier du supplément de TVA soit attribué à l'AVS et que la part de 17 pour cent réservée à la Confédération soit supprimée.

La situation de l'AI étant encore plus grave, le Conseil fédéral envisageait de transférer un montant de 1,5 milliard de francs prélevé sur le fonds du régime des APG en 2003, tout en relevant le taux de TVA de 1 pour cent cette même année. Cela devrait permettre d'amortir la dette de 4,9 milliards de francs et d'équilibrer le financement de l'AI d'ici à 2008. La commission n'est pour le moment pas entrée dans cette stratégie. Elle a estimé qu'il était difficile de prendre des mesures financières d'assainissement de l'AI en dehors de la 4e révision et a décidé, par 11 voix contre 10, de traiter cet objet séparément, dans un deuxième temps.

La complexité du domaine et l'interdépendance entre les différentes assurances – AVS, AI, prestations complémentaires, prévoyance professionnelle, assurance-chômage et régime des APG – a été à l'origine d'un examen prolongé des projets 1 et 2. La commission a en effet commencé ses travaux les 6 et 7 avril 2000 pour les terminer les 5 et 6 avril dernier, non sans ajouter des séances supplémentaires au début de cette année ni s'adjoindre le travail préparatoire de deux sous-commissions, l'une portant sur la flexibilisation et le financement, l'autre sur la rente de veuve au cours de l'automne 2000.

Elle a pu mener ses travaux grâce à un appui soutenu de l'administration qui a fourni, dans des délais souvent extrêmement courts, de multiples rapports complémentaires, en particulier sur la croissance économique, la situation de la femme dans l'AVS et la prévoyance professionnelle, le projet de suppression de la rente de veuve et de veuf du Conseil fédéral et différents scénarios destinés à en atténuer l'impact, la situation économique des personnes âgées de 60 à 65 ans, la constitutionnalité des prestations de la prévoyance professionnelle, la problématique des revenus modestes et des personnes travaillant à temps partiel, la répartition du pouvoir d'achat entre les générations, les effets de l'indice mixte et enfin, les cotisations AVS perçues sur les indemnités journalières pour perte de gain en cas de maladie ou d'accident. Il y en a eu certainement d'autres encore que j'ai renoncé à mentionner explicitement.

L'OFAS s'est par ailleurs efforcé de chiffrer dans les meilleurs délais les propositions formulées par les commissaires et de leur remettre, d'une séance à l'autre, les conséquences de leurs décisions à moyen et à long terme. Néanmoins, et malgré cette diligence pour laquelle nous exprimons notre vive gratitude, la commission a pu constater un déficit important d'informations essentielles permettant d'évaluer la situation socioéconomique de la population et son évolution. Elle a par conséquent décidé, à l'unanimité, de déposer, en septembre 2000, une motion demandant de dégager les moyens nécessaires à l'établissement de statistiques sociales, économiques et démographiques indispensables à la gestion et à l'orientation future des assurances sociales. Nous reviendrons certainement sur cette motion en fin de débat.

L'entrée en matière a été votée, par 15 voix contre 5, pour le premier projet – l'arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée –, les membres de l'Union démocratique du centre de la commission s'opposant à tout relèvement de la TVA tant que les autres possibilités d'accroître les ressources de l'AVS n'auront, de leur avis, pas été épuisées. Nous aurons l'occasion de revenir tout à l'heure sur cette question. Par contre, la commission a voté, à l'unanimité, l'entrée en matière pour le deuxième projet – la modification de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants.



AB 2001 N 384 / BO 2001 N 384

Ce débat a tout de suite marqué clairement les positions respectives des différentes sensibilités politiques représentées au sein de la commission, que l'on peut approximativement classer en trois catégories:

1. ceux qui entendent vouer leurs efforts essentiellement à la consolidation financière de l'AVS et à limiter tout développement de nouvelles prestations;
2. ceux qui entendent, au contraire, se consacrer aux améliorations sociales indépendamment des problèmes de financement;
3. ceux qui entendent concilier ces tendances fondamentalement opposées par diverses propositions de compromis.

Il en est résulté que la commission a sans cesse été profondément tiraillée lors de l'examen de chacun des éléments clés de la 11^e révision de l'AVS, notamment les rentes de veufs et de veuves, les aménagements sociaux de la retraite anticipée à la carte et les critères d'adaptation des rentes. Il s'est avéré extrêmement difficile dans ces conditions de garder une vue d'ensemble du projet et de déboucher sur des propositions cohérentes susceptibles de dégager une franche majorité.

La commission n'est, en effet, pas parvenue à sortir du dilemme qui, d'une part, réproouve l'introduction d'améliorations sociales sur le dos des femmes en restreignant le droit à la rente de veuve et de veuf et, d'autre part, oblige à offrir des prestations supplémentaires de qualité au vu des sacrifices consentis par ces dernières avec l'élévation de l'âge de la retraite. Un compromis dit "18/45 plus" sur la rente de veuve et de veuf a permis de réduire à 43 pour cent des intéressés et à 510 millions de francs l'impact des mesures envisagées par le Conseil fédéral qui, elles, touchaient 70 pour cent des bénéficiaires actuels pour un montant d'économies de 786 millions de francs.

La commission s'est montrée plus généreuse que le Conseil fédéral dans l'aménagement social des rentes anticipées en y consacrant 800 millions plutôt que 400 millions de francs. Elle a, d'autre part, maintenu l'échelle dégressive de la cotisation pour les indépendants si le revenu est inférieur à 48 300 francs et a renoncé à pénaliser les personnes sans activité lucrative. Pour le reste, elle a suivi le Conseil fédéral.

Il n'en demeure pas moins que ni les vœux de ceux qui souhaitaient le maintien intégral de l'acquis et un engagement social plus conséquent pour un montant de 1,5 milliard de francs afin de favoriser l'accès des revenus modestes à la rente anticipée, ni les objectifs de ceux qui souhaitaient une consolidation indubitable de notre système social de retraite n'ont été pleinement satisfaits. Cela explique le résultat pour le moins équivoque du vote sur l'ensemble de la commission, qui s'est en quelque sorte résignée à souscrire au résultat de ses propres travaux, par 9 voix contre 6 et avec 7 abstentions.

Elle vous recommande néanmoins d'entrer en matière sur les deux projets. Il vous appartiendra ensuite, au cours de l'examen de détail, de donner à la loi – je l'espère et formule là un vœu personnel – une orientation plus clairement déterminée et permettant de garantir l'avenir.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Namens der Minderheit beantrage ich Ihnen, keine zusätzlichen Steuern für die AHV zu erheben. Darum geht es nämlich, wenn ich Ihnen als Sprecher der Minderheit beantrage, auf die Vorlage 1 nicht einzutreten.

Ziel dieser 11. AHV-Revision ist die Finanzierung der ersten Säule, soweit sie absehbar ist; das Ziel ist es, diese AHV zu sichern und für die Zeit darüber hinaus unnötig schlechte Bedingungen zu vermeiden. Die AHV wird bekanntlich im Umlageverfahren finanziert. Es ist meines Erachtens nicht sinnvoll, über fünfzehn Jahre hinaus verbindliche Prognosen stellen zu wollen. Der entscheidende Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung ist zu unsicher. Darum sollte man zum jetzigen Zeitpunkt auch auf jegliche Experimente verzichten. Nach einer 10. AHV-Revision, welche sich massiv an gesellschaftlichen Veränderungen orientiert und damit auch Verbesserungen vollzogen hat – diese Verbesserungen laufen ja immer noch und sind noch nicht abgeschlossen –, geht es heute bei der 11. AHV-Revision darum, zu konsolidieren und die Renten zu sichern.

Die SVP-Fraktion hat in ihrem Konzept zur Zukunft der AHV schon vor knapp zwei Jahren aufgezeigt, dass es möglich ist, die Renten, die heute Gültigkeit haben, für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre ohne zusätzliche Mehrwertsteuerprozente zu sichern. Die Arbeiten zur 11. AHV-Revision in der Kommission haben diese Überlegungen weitgehend bestätigt. Voraussetzung dafür ist allerdings die Verwendung der nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank und der Verzicht auf grosszügige Ausbauschritte. Wir haben dieses Konzept mit unseren Anträgen eingebracht. Die Mehrheit der Kommission ist diesen Anträgen nicht in allen Teilen gefolgt. Das Resultat der Beschlüsse der SGK kennen Sie: Es ist mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozent verbunden.

1,5 Prozent sind so gesehen eigentlich gar nicht so viel. Nur müssen wir bei der Mehrwertsteuer eben vom



gültigen Satz von 7,6 Prozent ausgehen. Dieser Teil der Vorlage beinhaltet angesichts dieser Ausgangslage eine Konsumsteuererhöhung von rund 20 Prozent. Darum geht es hier. Es geht darum, in den kommenden zehn Jahren schrittweise jährliche Mehreinnahmen von rund 4 Milliarden Franken einzuführen. Das will man nur tun, weil man seitens der Fraktionen nicht dazu bereit ist, auf Verbesserungen zu verzichten.

Die FDP-Fraktion will zudem – damit können Sie dem Problem auch nicht ausweichen – der Bundeskasse etwas von diesen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer zukommen lassen. Die Bauern und die Baumeister glauben, mit den Ausbauschritten in der AHV könne man ihre Branchenprobleme lösen.

Man könnte auch noch anführen, dass die "vereinigten Sozialisten aller Fraktionen" den mehr oder weniger bankrotten sozialistischen Staaten nacheifern wollen. Das sind Staaten, die heute gezwungen sind, bestehende Rentenleistungen zu kürzen, weil die einst von Politikern gemachten Versprechungen nicht mehr erfüllt werden können.

Wir sind daran, einen sehr ähnlichen Fehler zu begehen.

Deshalb bitte ich Sie, auf Ausbauschritte und auch auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verzichten. Ich bitte Sie, auf die Vorlage 1 nicht einzutreten. Der Bundesrat hat ja beantragt, bereits auf das Jahr 2003 hin einen ersten Ausbauschritt in der Mehrwertsteuer vorzunehmen. Die Kommission hat mit ihren Beschlüssen die Weichen etwas anders gestellt: Die erste Erhöhung der Mehrwertsteuer wird also erst 2007 nötig sein. Unser Konzept sagt hingegen ganz klar, dass vor den Jahren 2010 bis 2015 keine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgenommen werden muss.

Darum bitte ich Sie, zum jetzigen Zeitpunkt auf diesen Teil der 11. AHV-Revision zu verzichten. Ich beantrage Ihnen auch namens der SVP-Fraktion, auf die Vorlage 1 nicht einzutreten.

Zisyadis Josef (-, VD): Autrefois, lorsqu'on parlait de réforme ou de révision de l'AVS, cela signifiait pour la population une amélioration des rentes pour les personnes qui prenaient leur retraite. Alors, arrêtez s'il vous plaît de coller l'étiquette de révision ou de réforme à une entreprise de démantèlement social!

La gauche combative de ce pays n'est pas dupe de l'intention de la droite et du patronat suisse. Au moment où vous voulez saboter l'avenir de l'AVS, vous multipliez les déclarations alarmistes sur son prétendu gouffre financier. Avec les dégradations que vous êtes en train de préparer avec cette 11e révision – élévation à 65 ans de l'âge de la retraite des femmes, suppression de la majorité des rentes de veuve, baisse progressive du pouvoir d'achat des rentes suite à leur adaptation moins fréquente –, vous êtes en train de trahir le mandat constitutionnel de l'AVS qui est de, je le rappelle, "couvrir les besoins vitaux de manière appropriée". Délibérément, petit à petit, vous êtes en train de mettre l'AVS au rang d'une assurance de base avec des prestations qui en

AB 2001 N 385 / BO 2001 N 385

feront une sorte de branche de l'assistance publique. Car pour la droite de ce pays, l'AVS a encore et toujours deux défauts. C'est d'abord son mode de financement, fondamentalement solidaire, et ensuite son système de rentes, car l'écart est réduit entre le minimum et le maximum perçu. Oui, nous nous battons pour cette AVS-là qui assure une redistribution entre hauts et bas revenus. Vous n'avez, la majorité bourgeoise, qu'un seul objectif: que de plus en plus d'habitants de ce pays soient dépendants du deuxième et du troisième pilier pour leur retraite, ces piliers sur lesquels s'appuient avec bénéfices les banques et les assurances, qui ne connaissent pas le mécanisme de la solidarité.

On ne sortira pas du piège des replâtrages incessants. Il faut tracer une autre voie; et celle que nous proposons, c'est celle de l'institution d'une véritable sécurité sociale. Cela passe inmanquablement par la fusion du premier et du deuxième pilier au sein d'un seul système fonctionnant sur le modèle de l'AVS. Aujourd'hui, l'AVS et toutes les caisses de pensions du pays ont ensemble les ressources suffisantes pour financer la mise sur pied immédiate de retraites populaires.

Nous avons fait les calculs. Elles pourraient servir dès 60 ans des rentes mensuelles entre 2000 et 5000 francs pour les personnes seules et entre 4000 et 7500 francs pour les couples. Chaque retraité aurait alors ainsi l'assurance de disposer d'un revenu suffisant. Les réserves cumulées du deuxième pilier et de l'AVS permettent une transition garantissant les droits acquis. Voilà la seule réforme et la seule révision de l'AVS digne de ce nom.

Je vous rappelle qu'en 1972, vous n'avez pas voulu du projet de retraites populaires voulu par le Parti suisse du travail-POP, et aujourd'hui vous payez les pots cassés. Vous avez ainsi délibérément voulu casser le premier pilier au détriment de la financiarisation des retraites. Avec le système que nous avons alors proposé, avec l'augmentation de la productivité que nous avons connue ces dernières années, nous avons là les moyens d'une véritable sécurité sociale, permettant un financement harmonieux hors de l'escroquerie du deuxième



pilier.

Et dire qu'aujourd'hui, certains osent se poser la question du financement de l'AVS pour justifier les démantèlements scandaleux auxquels on va nous contraindre avec cette 11e révision! A qui voulez-vous faire croire qu'il y a des problèmes de financement? Au peuple suisse? Mais c'est ce même Parlement qui a voté des allègements fiscaux pour les plus riches! C'est ce Conseil fédéral qui veut dépenser des dizaines de milliards pour une armée suréquipée et ultrasophistiquée! Tout ceci, à notre avis, ressemble à une mascarade.

Le Parti suisse du travail-POP vous invite à ne pas entrer en matière sur la loi (projet 2), il vous demande et il demande notamment à la gauche gouvernementale de ce Parlement de refuser d'entrer dans cette spirale du démantèlement de l'AVS et de donner ainsi le signal populaire pour contrer cette révision antisociale. Refusons de voter cette entrée en matière et rentrons le plus vite possible à la maison; cette révision de l'AVS ne mérite aucun marchandage quelconque, tellement elle est en défaveur des milieux populaires. Vous le savez tous, de toute façon, quelle que soit l'issue de la 11e révision de l'AVS le référendum est programmé. Cette affaire se réglera dans les urnes, si le Conseil fédéral ne revoit pas totalement son projet.

Maspoli Flavio (-, TI): Io credo che nell'affrontare questo tema si parta da presupposti sbagliati. Per gran parte potrei ripetere in italiano quello che ha detto il collega Zisyadis prima di me, con qualche piccolo correttivo. Noi non dobbiamo dimenticare che per ogni persona che muore oggi avendo beneficiato della sola AVS, ne nasce una che avrà l'AVS e il secondo pilastro. A medio e lungo termine, dunque, l'AVS non ricoprirà più il ruolo centrale nell'ambito della previdenza sociale che oggi nessuno le nega.

Ma è proprio per questo motivo che non si riesce a capire come mai oggi noi vogliamo risparmiare sulla pelle dei più poveri, di chi oggi purtroppo è costretto a vivere di sola AVS, mi riferisco in particolar modo alle vedove. Io non credo che la soluzione proposta dalla commissione possa essere accettata da un Parlamento coerente e responsabile. Nello stesso tempo credo che di soldi ce ne siano a sufficienza per tutti gli scopi, senza dover risparmiare proprio sulle vedove, che già nell'ambito della 10a revisione dell'AVS erano state, per così dire, dimenticate.

Credo che sia oltremodo giusto arrivare ad una maggiore flessibilizzazione dell'età di pensionamento. Ritengo profondamente sbagliato l'aver aumentato l'età di pensionamento delle donne, ma queste sono recriminazioni che non fanno più storia, così come non fa più storia la discussione secondo cui nel 1972 questo Parlamento, erroneamente, non ha accettato la pensione popolare. Non l'ha accettata, ed è stato un errore. Oggi dobbiamo vivere guardando avanti, e non indietro. E guardando avanti si vede che ogni cittadino che nasce oggi beneficerà del secondo pilastro e dell'AVS – mi ripeto volutamente. Ecco perché non occorre oggi – secondo noi – risparmiare sulla pelle dei più poveri.

Semmai oggi si può cercare di dare un carattere ancor più sociale all'AVS, che si vuole e si definisce in italiano "assicurazione vecchiaia e superstiti", e che non implica quindi che ciascuno per forza ne possa beneficiare. Chi stipula un'assicurazione sulla vita non spera di morire presto per ricevere i soldi, e lo stesso discorso può valere per l'AVS. Chi oggi percepisce 8000 e più franchi di secondo pilastro, può o deve rinunciare alla rendita AVS, chi percepisce tra i 6000 e gli 8000 franchi potrebbe al massimo ricevere la metà di una rendita AVS – le cifre possono ancora essere discusse. Questo vorrebbe dire pensare in modo sociale e moderno. Così facendo non avremmo nessun bisogno di risparmiare sulle vedove e non avremmo nessun bisogno di aumentare l'IVA. Perché anche l'aumento dell'IVA arriverà alla saturazione: non si può aumentare l'IVA ogni volta che subentra un bisogno di finanziamento. Quando avremo l'IVA al 62 per cento ci accorgeremo forse che abbiamo esagerato un po'.

Per questo motivo vi invito a rinviare questo oggetto alla commissione, con il mandato di studiare delle soluzioni più sociali, magari un po' più moderne di quelle che sono state proposte oggi.

Pelli Fulvio (R, TI): Die FDP-Fraktion ist nach der Arbeit der vorbereitenden Kommission sehr besorgt. Ihr Eindruck ist, dass die vorbereitende Kommission fast nichts vorbereitet hat. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, es sei notwendig, die Kommission an ihre Pflichten, insbesondere die Pflicht zur Vorberatung der ihr vom Büro zugewiesenen Geschäfte zuhanden des Rates, zu erinnern. Das ist gemäss Artikel 15 Absatz 2 des Geschäftsreglementes des Nationalrates die Aufgabe der Kommissionen.

Was wir in der Fahne finden, stellt leider keine Vorbereitung unserer Arbeit dar. Es handelt sich vielmehr um eine Häufung von inkohärenten Anträgen, die kein Gesamtbild erlauben und deshalb kein eigentliches Revisionsprojekt darstellen. Die Feststellungen, dass mehr als vierzig Minderheitsanträge, welche von immer wechselnden Minderheiten vorgeschlagen werden, vorhanden sind und dass mehrmals bis zu 19 der 25 Kommissionsmitglieder Minderheitsanträge unterschrieben haben, stellen den Beweis dafür dar, dass in der Kommission etwas nicht funktioniert hat. Am spürbarsten ist aber, dass jegliche Kompromissbereitschaft ge-



fehlt hat – und das bei der Behandlung der Revision eines so wichtigen Gesetzes wie des AHVG, was für ein Symbolgesetz unseres politischen Systems unannehmbar ist.

Die FDP-Fraktion hätte von der Kommission Anstrengungen erwartet zur Findung einer Gemeinschaftslösung, die von einer soliden Mehrheit unterstützt werden könnte, und dazu die Respektierung der Ziele, die diese AHV-Revision verfolgen muss – ich unterstreiche das Verb "muss": nicht nur eine vernünftige Verbesserung von gewissen Rechten der Versicherten, sondern auch die Sicherung des Rechtes aller Schweizerinnen und Schweizer, auch in Zukunft Renten beziehen zu können. An diesem Recht beginnen viele Miteidgenossen zu zweifeln.

AB 2001 N 386 / BO 2001 N 386

Welche Ziele hatte die Kommission bei ihrer Arbeit zu verfolgen? Es sind immer noch diejenigen, die der Bundesrat verfolgen möchte, und zwar die mittel- und längerfristige finanzielle Sicherung der AHV und die Einführung eines sozial ausgestalteten flexiblen Rentenalters. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit genügen diesen Zielen leider nicht. Der Eindruck entsteht, dass jede Partei versucht hat, die Kommissionsarbeit für ihre eigenen Propagandaziele auszunützen. Für die FDP-Fraktion ist eine solche Haltung bei der Revision eines der sensiblen Schweizer Gesetzeswerke unhaltbar. Die FDP-Fraktion kann deshalb der Arbeit der Kommission nicht zustimmen.

Da sie überzeugt ist, dass die vom Bundesrat verfolgten Ziele vernünftig sind, stellt die FDP-Fraktion den Antrag, das Gesetzesprojekt für eine Weiterbearbeitung an die Kommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag, dem Plenum ein Projekt zu unterbreiten, das folgende Ziele verfolgt:

1. Die AHV ist mittel- und längerfristig finanziell zu sichern, was nach der Veröffentlichung des vom Bundesamt für Statistik neu ausgearbeiteten Szenariums betreffend den Trend der Bevölkerungsentwicklung noch unerlässlicher erscheint.
2. Jene Sicherung soll nicht nur mittels Verschiebung der Kosten zulasten der Bundeskasse, sondern auch durch eine auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite ausgeglichene Kombination von Massnahmen durchgeführt werden.
3. Es soll eine Lösung für die Einführung der sozial ausgestalteten Flexibilisierung der Rentenalter erarbeitet werden, die sowohl von den tatsächlichen – und nicht von den ideologisch vermuteten – Bedürfnissen der Versicherten ausgeht als auch der Existenz der Ergänzungsleistungen und der zweiten Säule des Altersversicherungssystems Rechnung trägt.
4. Die Leistungsansprüche der Versicherten sind an die Realitäten der heutigen und künftigen sozialen Verhältnisse anzupassen. Das rechtfertigt eine vernünftige Anpassung, jedoch keine Abschaffung des Systems der Witwer- und Witwenrenten.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass die Kommission imstande ist, vernünftige, politisch annehmbare Kompromisse zu erarbeiten. Das setzt natürlich voraus, dass die Mitglieder der Kommission nicht kurzfristige parteipolitische, sondern langfristig konzipierte Sozialziele verfolgen. Diese letzteren zu erreichen ist in unserem politischen System und insbesondere bei Themen wie der Gestaltung unserer Sozialversicherung eine überparteiliche Verpflichtung. Die FDP-Fraktion glaubt, mit der zur Diskussion stehenden AHV-Revision müsse der Beweis erbracht werden, dass die Politik immer noch fähig ist, eine gute Gesamtarbeit zu leisten.

Wir fordern deshalb die Rückweisung der Vorlage an die Kommission.

Goll Christine (S, ZH): "6,3 Milliarden Franken über den Erwartungen": So lautete vor drei Monaten der Titel der Medienmitteilung aus dem Eidgenössischen Finanzdepartement zum Zustand der Bundeskasse. Allen Defizit- und Untergangsprognosen zum Trotz schloss der AHV-Fonds für das Jahr 2000 mit einem Überschuss von über einer Milliarde Franken ab.

46 Prozent Jastimmen zur Flexibilisierungs-Initiative der Grünen im letzten November und eine überdeutliche Zustimmung zu den beiden Volksinitiativen in der Romandie und im Tessin – ein Glanzresultat für ein sozialpolitisches Volksbegehren. Das Bedürfnis nach einem sozial ausgestalteten, flexiblen Altersrücktritt, der die konkreten Lebensläufe und Arbeitsbiographien berücksichtigt, ist ausgewiesen.

1997 haben die Stimmberechtigten an der Urne eine Kürzung der Arbeitslosentaggelder abgelehnt, und 1999 haben sie die Abschaffung der Viertelsrenten bei der Invalidenversicherung abgelehnt. Keine Chance also für den Abbau von Sozialversicherungsleistungen an der Urne – schon gar nicht im wirtschaftlichen Aufschwung, in dem sich die Schweiz momentan befindet. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass von diesem Aufschwung alle profitieren müssen, also auch die Arbeitnehmenden und die Rentnerinnen und Rentner.

Ein Sparprogramm bei den AHV-Leistungen von über einer Milliarde Franken bei den Rentnern und Rentnerinnen und insbesondere auf dem Rücken der Frauen und gleichzeitig Steuergeschenke in Milliardenhöhe



an Banken, Unternehmer, Hauseigentümer und gut verdienende Ehepaare ohne Kinder unter dem Etikettenschwindel "Familienbesteuerung": Wenn Sie das wollen, wird Ihnen das kein Mensch abnehmen!

All diese Fakten sollten Sie berücksichtigen, wenn Sie heute über die 11. AHV-Revision entscheiden. Die SP-Fraktion wird sich weiterhin hartnäckig für eine Revision ohne Leistungskürzungen und ohne Sozialabbau einsetzen. Angstmacherei und Finanzhysterie greifen angesichts der neuesten statistischen Entwicklungen und der gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr. Die Finanzierung der AHV ist eine Frage des politischen Willens und von der Beschäftigungslage abhängig.

Für uns stehen bei der 11. AHV-Revision vier Schwerpunkte im Vordergrund:

1. Die Höhe des Rentenalters ist klar an die Frage nach der Möglichkeit eines vorzeitigen Altersrücktritts gekoppelt. Erklärtes Ziel der 11. AHV-Revision ist – und war auch immer – die Einführung eines flexiblen Rentenalters. Die SP-Fraktion wird keine weitere Erhöhung des Frauenrentenalters akzeptieren, falls daraus ein Flexibilisierungsmodell mit massiven lebenslangen Rentenkürzungen resultieren sollte. Der Altersrücktritt darf kein Privileg für Reiche sein. Er muss sozial ausgestaltet werden. Das ist auch dringend nötig, denn vor dem Rentenalter sind nicht alle gleich. Die Gesundheit ist ungleich verteilt: je tiefer der soziale Status, desto grösser die Gesundheitsprobleme. Putzfrauen und Bauarbeiter werden häufiger vor dem Erreichen des Rentenalters invalid und haben eine kürzere Lebenserwartung als beispielsweise Freiberufler und Wissenschaftlerinnen.

2. Den drastischen Einschnitt bei der Witwenrente wird die SP-Fraktion vehement bekämpfen. Gleichstellung lässt sich nicht mit der Streichung von Sozialversicherungsleistungen erzwingen. Mit einer Höhe von 800 bis maximal 1600 Franken garantiert die Witwenrente keine Existenzgrundlage; sie ist ein nötiger Zustupf, wenn im Todesfall das eine Erwerbseinkommen wegfällt.

Auch das Ergebnis der Kommissionsmehrheit ist sozial nicht zu verantworten. Mit dem Abbau von über einer halben Milliarde Franken würde künftig jede zweite betroffene Frau keine Witwenrente mehr erhalten; der grösste Teil davon wären Frauen, die in jungen Jahren Kinder haben und keine Planung ihrer Berufslaufbahn vornehmen können.

3. Die SP-Fraktion weist die AHV-Rentenkürzungen durch eine verzögerte Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung kategorisch zurück und wird auch beim bewährten Mischindex keinerlei Abstriche zulassen. Renteneinbussen fördern die Altersarmut – hauptsächlich bei Frauen. Sie sind auch heute davon betroffen, denn bereits heute sind drei Viertel derjenigen Menschen, die Ergänzungsleistungen zu einer AHV-Rente beziehen, Frauen.

Hingegen wollen wir einen weiteren Schritt in Richtung Existenzsicherung durch die AHV tun. Weniger als ein Drittel der allein stehenden Frauen und Männer erhalten heute eine Maximalrente von 2060 Franken. Wir schlagen deshalb eine Verbesserung der Rentenformel vor, welche die Situation für Menschen mit kleinen Einkommen verbessern würde. Für diese Bevölkerungsgruppe fehlt nämlich auch die Absicherung durch die zweite Säule.

4. Zur Finanzierung: Die 11. AHV-Revision ist eine Sparvorlage. Von Sparen kann jedoch keine Rede sein, weil die sozialen Folgekosten dann bei der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung, bei den Ergänzungsleistungen und bei der Sozialhilfe anfallen. Unter Berücksichtigung der zum Teil beschlossenen Zusatzfinanzierung und auch unter Berücksichtigung der Beschäftigungsentwicklung müssen keine Leistungen gekürzt werden. Die SP-Fraktion wird auf beide Vorlagen eintreten und sich für weiter gehende Verbesserungen einsetzen. Immerhin will die Kommission mehr Geld für die Flexibilisierung einsetzen. Das ist ein wichtiger, aber zu kleiner Schritt in die richtige Richtung.

AB 2001 N 387 / BO 2001 N 387

Unsere Gesamtbilanz nach den Beratungen in der SGK fällt jedoch negativ aus. Sollte die 11. AHV-Revision eine Sparvorlage bleiben, deren Preis die Rentner und Rentnerinnen zu bezahlen hätten, könnten wir ihr nicht zustimmen. Sie müssten dann aber erklären, wieso Frauen und Männer, die ein Arbeitsleben lang zum Wohlstand dieses Landes beigetragen haben, nicht in Würde und in sozialer Sicherheit alt werden dürfen.

Stahl Jürg (V, ZH): Wenn wir die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates – mit dem Ziel der mittel- und langfristigen Sicherung des bedeutendsten Sozialwerkes und der flexiblen Anpassung des Rentenalters – mit dem Resultat der Arbeiten der vorberatenden Kommission vergleichen, dann komme ich nur zu einem Schluss: Der Entwurf der Kommission, wie er heute vorliegt, entspricht einer Verschlechterung. Wenn wir in den nächsten drei Tagen die dringend nötigen Korrekturen nicht anbringen, verpassen wir eine einmalige Chance, eine Revision durchzuziehen, die einzig und allein die Sicherung des Sozialwerkes AHV und nicht bloss wünschbare – zum Teil auch gar nicht nötige – Ausbauschritte beinhaltet.

Warum bin ich nach den Marathonverhandlungen der SGK unzufrieden? Die finanziellen Zielsetzungen des



Bundesrates wurden definitiv nicht erreicht. Vorhandenes und gut vorgebrachtes Sparpotenzial des Bundesrates wurde nicht voll ausgeschöpft. Insbesondere durch die Anspruchsvoraussetzung bei der Witwenrente, aber ebenso durch die Mehrausgaben bei der Flexibilisierung wurden diese Sparpotenziale nicht ausgeschöpft.

Mein Credo als Vertreter der "U40-Fraktion" der SVP-Fraktion ist: Sicherung der heute gültigen Renten ohne zusätzliche Steuern, ohne zusätzliche Erhöhung von Lohnabgaben oder gar die Einführung von neuen Steuern. Dieses Credo muss – vorausgesetzt, Verantwortungsbewusstsein und Weitsicht sind vorhanden – ungeachtet des guten Abschlusses der AHV im vergangenen Jahr konsequent weiterverfolgt werden.

Der Sozialstaat Schweiz ist gebaut. Konsolidieren statt ausbauen ist die Lösung. Einzig gesellschaftliche Veränderungen sollen Einfluss haben. Aber es gilt jetzt, nicht in die Falle der Ausbaupolitik zu tappen und den nachfolgenden Generationen keine "Klumpfüsse" zu hinterlassen. Die junge Generation hat ein Anrecht darauf, auch in dreissig, vierzig Jahren noch von einer gesunden und guten AHV leben und profitieren zu können. Darum muss die demographische Entwicklung ernster genommen werden, als das die Linke tut. Es müssen jetzt pragmatische Lösungen angepackt werden. Dazu gehört auch unser Antrag, die überschüssigen Goldreserven der Nationalbank zugunsten der AHV zu verwenden.

Ich möchte es nicht unterlassen, hier noch zwei, drei Punkte aus gewerblicher Sicht zu deponieren:

1. Zum Beitragssatz der Selbstständigerwerbenden: Das ist ein wichtiges Thema. Denken Sie daran, wie viele Leute in diesem Land den Status des Selbstständigerwerbenden haben und wie viele Leute als Selbstständigerwerbende ein unheimlich grosses Pensum für unseren Staat leisten, nicht nur monetär, sondern auch ideell. Die Flexibilisierung des Rentenalters ist nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Überlegungen nicht klug, sondern auch aus der Überlegung heraus, dass die verursachten Mehrausgaben diesen Rahmen sprengen.

2. Ein Wort noch aus gewerblicher Sicht zum Thema Witwer- und Witwenrenten: Ich habe mit einem pragmatischen Lösungsvorschlag versucht, der Angstmacherei der SP entgegenzutreten. Mit möglichen Lösungen sollten Härtefälle gut aufgefangen werden können. Es geht darum, dass die Anpassung der Witwer- und Witwenrente nicht zuletzt wegen der seit Jahrzehnten geforderten Gleichstellung jetzt so dasteht.

Zusammengefasst: Die AHV-Sicherung ohne Mehrwertsteuererhöhung, ohne Ausbau ist die Lösung, und dafür sind wir hier zusammengekommen – damit auch die junge Generation motiviert in die Zukunft blicken kann und in den nächsten Jahren mit ihrer Arbeitsleistung unserem Staat und unserer AHV Gutes tun kann, damit die heutigen Renten gesichert sind, damit aber auch die zukünftigen Renten gesichert sind.

Ich bitte Sie ebenfalls, bei der Vorlage 1 der Minderheit zu folgen und nicht einzutreten.

Fasel Hugo (G, FR): Die AHV ist das Herzstück schweizerischer Sozialpolitik. Bei der 11. Revision entscheiden wir darüber, ob wir einen Teil dieses Herzstücks amputieren, indem wir das Rentenalter der Frauen anheben, indem wir die Witwenrenten kürzen und indem wir den Anpassungsrhythmus der Renten reduzieren. Wir können aber auch einen anderen Weg gehen, indem wir der AHV die Mittel zur Verfügung stellen, die sie braucht, um ohne Wenn und Aber allen Rentnerinnen und Rentnern in diesem Lande – wie es die Verfassung verlangt – die Existenz zu sichern.

Wenn wir die Neunzigerjahre betrachten, so stellen wir fest, dass vor allem Unsicherheit gesät worden ist – oft ganz gezielt, um in seitengrossen Inseraten Werbung für private Lebensversicherungen zu betreiben, weil auf diese Weise gutes Geld verdient werden kann. Wenn von Unsicherheit die Rede war, dann immer mit dem Argument, es fehlten die Mittel für die AHV und mehr könne man nicht geben, weil sonst die Wirtschaft der Schweiz leiden würde; weil sonst die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft leiden und der Soziallastquotient zu gross würde.

Tatsache ist aber, dass wir mehr und mehr die Gesamtsicht über die Alterssicherung aus den Augen verlieren. Ich habe die Zahlen von 1997 zusammengestellt. Jüngere Zahlen sind etwas unvollständig. Wir haben jährlich 83 Milliarden Franken in die drei Säulen hineingegeben – davon 25 Milliarden Franken in die AHV, 50 Milliarden in die Pensionskassen und 8 Milliarden in die Säule 3a.

Genauer noch: Das Überobligatorium in der zweiten Säule, von dem auch in den IDA-Fiso-Berichten nie die Rede war, verschlingt heute genauso viel Geld wie die ganze AHV. Nochmals: Wir geben jährlich 25 Milliarden Franken in die AHV, aber auch gleichzeitig so viel Geld für das Überobligatorium in der zweiten Säule. Das will man in diesem Saal einfach nicht diskutieren; ich habe es auch in der Kommission immer wieder festgestellt. Das Dreisäulenprinzip gerät also gegenwärtig vermehrt in Schiefelage. Gleichzeitig wollen wir dann bei der AHV sparen, obwohl ja gerade das Umgekehrte sinnvoll wäre. Wer für sich beansprucht zu sagen, es fehle an Geld, der müsste die beschränkten Mittel auf die erste Säule konzentrieren, um die Existenzsicherung zu garantieren. Doch wir tun das Zweite, wir vermehren die Mittel in der zweiten Säule, vor allem im Überobligatorium.

Eine weitere Bemerkung: Wir können die 11. AHV-Revision nicht unabhängig davon behandeln, was in der



Finanzpolitik des Bundes geschieht. Wir werden in der Sommersession eine Vorlage auf den Tisch bekommen, die in der Grössenordnung von rund 2 Milliarden Franken Steuern senken will: 2 Milliarden für die Beseitigung des Börsenstempels – also Spekulation an der Börse –, Steuersenkungen für Haushalte mit über 100 000 Franken Einkommen, Steuersenkungen auch für Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer. Es wird nicht möglich sein, dem Schweizervolk zu erklären, es sei Geld da, um Steuersenkungen in der Grössenordnung von 2 Milliarden Franken für Bestverdienende zu realisieren – wie man in diesem Saal behauptet –, gleichzeitig aber zu behaupten, es fehle uns an Geld für die AHV. Das wird das Schweizervolk bei einer allfälligen Abstimmung nicht hinnehmen.

Die grüne Fraktion setzt sich dafür ein, dass wir bei der Flexibilisierung die notwendigen Mittel dafür einsetzen, dass ein Rentenalter von 64 Jahren möglich ist. Wir sind gegen die Kürzung der Witwenrente und setzen uns auch für eine Rentenanpassung im bisherigen Rhythmus ein.

Die Nichteintretens- und Rückweisungsanträge sind Verlegenheitsanträge. Die FDP-Fraktion tut sich schwer damit, endlich Farbe zu bekennen; sie führt damit fort, was wir schon in der Kommission feststellen mussten. Wir lehnen deshalb diese Rückweisungsanträge ab.

AB 2001 N 388 / BO 2001 N 388

Eymann Christoph (L, BS): Wir haben es bekanntlich mit der zweiten AHV-Revision innerhalb relativ kurzer Zeit zu tun. Bedenken wir, wie lange es gedauert hat, bis die 10. Revision unter Dach und Fach war. Die Vollendung der 10. Revision und kurz danach die Inangriffnahme der 11. Revision stellen eine eindruckliche Leistung auch der Verwaltung dar, besonders wenn man in Betracht zieht, was dazwischen noch gearbeitet worden ist.

Die Liberalen betrachten die AHV als äusserst wichtiges politisches Thema. Über die eigentliche Aufgabe der Existenzsicherung hinaus hat die AHV bekanntlich auch noch weitere Bedeutungen: Sie ist ein Symbol des Zusammenwirkens verschiedener Generationen, und sie ist auch ein Symbol der Zuverlässigkeit des Staates gegenüber der Bürgerin und dem Bürger. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Kontinuität wichtig; zu starke Korrekturen erträgt dieses System nicht.

Die Vorlage ist aus unserer Sicht sehr sorgfältig ausgearbeitet worden. Ich möchte – im Gegensatz zu einigen Vorrednern – der Kommission für ihre Arbeit danken. Dass ein heterogenes Bild entsteht, muss nicht immer als eine Schwäche der Kommission oder deren Führung betrachtet werden. Die ersten paar Voten haben Ihnen gezeigt, wie wichtig aus den verschiedenen politischen Optiken die eine oder andere Teilthematik ist, und darin liegt nach meinem Dafürhalten der Grund für das etwas uneinheitliche Bild.

Ich sehe es also anders als Herr Pelli, der hier mit der Kommission zu hart ins Gericht gegangen ist. Einerseits sind die Liberalen in dieser Kommission leider nicht vertreten. Das gibt uns andererseits aber sicher das Recht zu sagen, wir seien eine der wenigen Fraktionen – um mit Herrn Pelli zu reden –, die mit der Arbeit in der Kommission keine kurzfristigen politischen Ziele verfolgten.

Auch das EDI hat seine Hausaufgaben gemacht. Mit den Berichten IDA-Fiso 1 und 2 sind die Grundlagen in transparenter Form und rechtzeitig geliefert worden. Die richtigen Schlüsse hat das Departement gezogen; Flexibilisierung und Sicherung in finanzieller Hinsicht sind auch aus unserer Optik die Hauptziele. Die Liberalen sind der Auffassung, dass diese Vorlage dieser Zielsetzung dient.

Es hat sich auch gezeigt, dass es verfehlt ist, hinsichtlich der Finanzierung in Panik zu machen. Dazu möchte ich doch auch in diesem Saal betonen, dass das EDI sich stets ruhig und zielstrebig gezeigt hat und sich von der Hektik, die von verschiedenen Seiten verursacht worden ist, glücklicherweise nicht hat beirren lassen. Auch das verdient Anerkennung.

Bei alledem dürfen wir aber nicht übersehen, dass die zurzeit sehr gute Wirtschaftslage für die gute Einnahmensituation hauptverantwortlich ist. Aber die vorgesehenen Massnahmen sollen eben helfen, die finanzielle Grundlage auf viele Jahre hinaus zu sichern. Die Liberalen sind der Ansicht, dass diese Vorlage tauglich ist, dieser Zielsetzung zu dienen.

Deshalb stimmen wir der Vorlage zu und lehnen die Rückweisungs- und Nichteintretensanträge ab.

Studer Heiner (E, AG): Ich stelle mir vor, dass es in unserem politischen Alltag die grosse Sensation wäre, wenn Herr Bortoluzzi, Frau Egerszegi, Frau Dormann und Frau Goll hier in dieser heiklen Materie gemeinsam einen Vorschlag unterbreiten würden, dem alle vier Bundesratsparteien zustimmen könnten. Wenn Sie vier Fraktionen das fertig bringen würden, dann wären die Liberalen, die Grünen und wir überflüssig. Offensichtlich ist das aber nicht der Fall, und damit ist der Alltag eben doch anders, als man ihn in der Sache vielleicht gerne hätte. Von daher komme ich, aus der Sicht meiner Fraktion, zu einer ähnlichen Wertung wie mein Vorredner,



Herr Eymann, von der liberalen Fraktion: Was die Kommission unterbreitet, halten wir von der Ausgangslage her für gar nicht so schlecht, wie die Sprecher der Bundesratsfraktionen es uns weismachen wollen. Ich spreche von Ausgangslage, weil die Kommission ja in einigen Punkten versucht, Anträge zu bringen, die tragfähig sind, aber auch andere Anträge, an denen wir noch wesentliche Veränderungen anbringen können, die aber eine Grundlage bieten.

Sie merken: Wir als Fraktion sind klar für Eintreten auf die Vorlage. Wir kennen die bundesrätlichen Meinungen, jene der Kommission, die abweichenden Anträge, wir konnten uns vorbereiten, und jetzt könnten eigentlich Sternstunden des Parlamentes beginnen, wir sind ja Gesetzgeber. Es ist ja noch möglich – die Chance besteht –, dass wir gemeinsam bis spätestens Mittwoch um 13 Uhr etwas hinkriegen, dem mindestens eine rechte und eine linke Breite dieses Plenums zustimmen können; dafür wollen wir uns engagieren.

Auch wir haben unsere Schwerpunkte, bei denen wir uns exponieren. Bei der Flexibilisierung z. B. ist für uns das, was die Kommission vorschlägt, das absolute Minimum – es ist aber ein Ausgangspunkt. Bei der Witwenrente werden wir uns gegen jede Variante wehren, bei denen Mütter, die Kinder haben, aus dem Leistungsanspruch hinausfallen würden. Damit erwähne ich zwei wesentliche Beispiele. Es wird dann bei der Detailberatung Gelegenheit geben, dies noch weiter zu vertiefen.

Heberlein Trix (R, ZH): Die primäre Zielsetzung der bundesrätlichen Vorlage zur 11. AHV-Revision bestand bekanntlich in der finanziellen Konsolidierung. Wir haben in der Kommission eigentlich das Gegenteil davon erreicht. Schon das bundesrätliche Sparziel von 1,26 Milliarden Franken wurde halbiert, und es wird je nach den Beschlüssen, die hier gefällt werden, noch weiter eingeschränkt werden.

Trotzdem ist die FDP-Fraktion bereit, auf die Vorlage einzutreten. Wir wollen Entscheide fällen; wir wollen aber Entscheide fällen, die der Zukunft der AHV dienlich sind.

Bekannt ist die demographische Entwicklung, die durch das vor kurzem veröffentlichte Material des Bundesamtes für Statistik nicht entschärft wurde, im Gegenteil. Der Planungshorizont der Vorlage von 2010 greift zu kurz. Die Rentner von 2065 sind heute alle geboren. Der Anteil der über 65-Jährigen wird bis 2035 von heute 14 Prozent auf 24 Prozent ansteigen, und die dazumal Erwerbstätigen müssen somit die Renten von rund einem Viertel der Bevölkerung sichern.

Finanzielle Konsolidierung heisst für die FDP langfristige Sicherung der Renten und nicht Verlagern der Probleme auf die nächste Generation, wie es ein Teil der SP machen möchte. Nicht Anreize zur Frühpensionierung müssen geschaffen werden, sondern im Gegenteil Anreize dazu, länger im Arbeitsprozess zu verbleiben. Wenn die SP heute von einem notwendigen Wachstumsszenario von 2 bis 3 Prozent ausgeht, ist dies zwar erfreulich; das Szenario aber, wie es in der AHV-Revision vorgesehen ist, mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,3 bis maximal 2 Prozent, ist sicher realistischer.

Zur Sicherung des Erwerbspotenzials und damit zur Sicherung des Wachstums sind wir auf Arbeitskräfte angewiesen, auch auf ältere. Wenn heute hundert Erwerbspersonen schweizerischer Nationalität zwischen 20 und 64 Jahren 36 Personen über 65 Jahren gegenüberstehen, so kommen 2060 auf hundert Schweizer im erwerbsfähigen Alter 63 Personen, die über 65 Jahre alt sind.

Die Erwerbsquote der Frauen ist in der Schweiz schon sehr hoch, sie ist im Durchschnitt der europäischen Länder an der Spitze. Auch hier kann man nicht mehr allzu viel herausholen. Bei allen Szenarien ist der Mehrbedarf bei allen Sozialversicherungen gegeben. Diese Tatsache lernten wir spätestens mit den IDA-Fisoberichten kennen. Die Berichte zeigen klar, dass Handlungsbedarf besteht. Dies hat nichts mit Schwarzmalerei zu tun. Dieser Handlungsbedarf muss aber in Richtung Opfersymmetrie gehen. Das heisst, es müssen bis mindestens 2025 langfristige Rentensicherungen gemacht werden, was bedeutet, dass heute nicht nur Mehrausgaben, sondern eben auch Ausgaben senkende Massnahmen beschlossen werden müssen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben intensive Arbeit geleistet; wir möchten ihnen dafür ganz herzlich danken. All die eingeholten Berichte und Zahlen müssen wir jetzt aber nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern wir müssen auch entsprechend entscheiden. Die

AB 2001 N 389 / BO 2001 N 389

finanzielle Lage der AHV wird durch verschiedene Faktoren bestimmt: einmal bekanntlich durch die Generation der Babyboomer – die jetzt dann zur Generation der "Rentnerboomer" wird –, dann durch die zunehmende Lebenserwartung, weiter entscheidend durch die Faktoren Wirtschaftswachstum und Erwerbsquote und schliesslich eben vor allem durch die institutionelle Ausgestaltung, das heisst durch die Festlegung von Rentenalter, Leistungen und Beiträgen. Die Unbekannten "Steigerung der Erwerbsquote" und "Wirtschaftswachstum" machen nur einen kleinen Teil aus, und im Verhältnis zu den bekannten Fakten sind sie stark zu relativieren. Es zeugt nicht gerade von einem hohen politischen Verantwortungsbewusstsein, wenn einerseits





sämtliche Massnahmen auf der Leistungsseite als Sozialabbau qualifiziert werden, andererseits aber höhere Soziallasten und neue Mehrwertsteuerprozente zur Finanzierung in Kauf genommen werden. Auch diese Massnahmen sind wenig sozial. Bekanntlich hat die Sozialquote als Indikator für die Belastung der Volkswirtschaft von 19,6 Prozent im Jahre 1980 auf 27 Prozent im Jahre 1998 zugenommen.

Bei einem weiteren Aufschub der Entscheide über die Sozialversicherungen belasten wir die Generationen unserer Kinder und Enkel noch stärker. Die FDP-Fraktion unterstützt das Dreisäulenprinzip. Wir wollen dieses Sozialversicherungssystem sichern. Die AHV soll eine Volksversicherung bleiben und zusammen mit den Ergänzungsleistungen die Existenz sichern. Nach zehn Ausbauvorlagen gilt es nun, sie finanziell zu sichern. Heute sind die zweite und dritte Säule ebenso mit einzubeziehen. Wir sind überzeugt, dass bei der zweiten Säule auch niedrige Einkommen mit einbezogen werden müssen. Aus der Botschaft ist ersichtlich, dass rund zwei Drittel der Ehepaare und über 40 Prozent der Alleinstehenden eine Maximalrente beziehen. Da müssen wir das Dreisäulenprinzip ganz klar mit einbeziehen. Junge Familien dagegen werden immer stärker belastet. Das darf nicht das Ziel unserer Arbeit sein. Wir wollen keine Erhöhung der Sozialabgaben und auch keine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Vorrat; diese muss auf den Demographiefaktor beschränkt werden. Wenn wir bereit sind, bei der Kürzung der Witwenrente Hand zu bieten für eine Lösung, die den gesellschaftlichen Realitäten eher Rechnung trägt, so darf eine Flexibilisierung – davon sind wir in der FDP-Fraktion mehrheitlich überzeugt – nur mit einer versicherungsmathematisch bedingten Kürzung der Rente erfolgen, d. h. im Sinne der Minderheit Widrig. Wir müssen die Mittel gezielt dort einsetzen, wo sie nötig sind, und müssen damit auch die Ergänzungsleistungen ganz klar mitberücksichtigen. Wir dürfen auch keine AHV für einzelne Berufskategorien schaffen, wie sie im Antrag der Mehrheit zum Ausdruck kommt.

Noch ein paar Worte zum Finanzierungsbeschluss: Abgekoppelt wurde auf Antrag der FDP-Fraktion ganz klar die Vorlage zur Finanzierung der IV. Diese muss nun mit dieser Vorlage zusammen behandelt werden.

Der Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion löst unseres Erachtens keine Probleme, denn die Finanzierung muss gesichert werden. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung betragen die Mehrkosten im Jahr 2010 rund 2,4 Milliarden Franken, ohne dass die Leistungen ausgebaut werden, wie das dem Antrag der Mehrheit zur Flexibilisierung entsprechen würde.

Auch die "Nationalbankgold-Lösung" bringt nur eine Verschiebung der Probleme. Auch wenn wir den gesamten Erlös und nicht nur die Zinsen mit einbeziehen würden, wäre das nur ein Aufschieben der Probleme: Rund 800 Millionen Franken pro Jahr würde die Flexibilisierung, wie sie von einem Teil der SVP-Fraktion vorgeschlagen worden ist, kosten.

Die FDP-Fraktion ist bereit, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in Kauf zu nehmen, um die durch die demographische Entwicklung bedingten Mehrkosten zu decken – aber nicht auf Vorrat und nicht für zusätzliche Leistungen.

Ich möchte zusammenfassen: Die FDP-Fraktion ist mit der Vorlage, wie sie aus den Kommissionsberatungen herausgekommen ist, nicht zufrieden. Das kommt auch in unserem Rückweisungsantrag zum Ausdruck. Wenn wir heute auf die Vorlage eintreten, heisst das in keiner Art und Weise, dass wir die Vorlage in der Schlussabstimmung gutheissen werden.

Die 11. AHV-Revision muss einen Beitrag zur Konsolidierung leisten, und zwar im Sinne der Opfersymmetrie. Die von der Kommission getroffenen Entscheide verschieben die Probleme auf die 12. AHV-Revision, die bekanntlich bereits in Vorbereitung ist. Hier bedeutet für einmal die mittlere Unzufriedenheit keine politisch akzeptierbare Lösung. Im Gegenteil: Niemand ist mit den Resultaten der Kommissionsarbeit zufrieden. Ich hoffe, dass sie im Plenum noch verbessert werden können.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien, à l'unanimité, veut entrer en matière et traiter la 11e révision de l'AVS. Le système bicaméral permet de mûrir et de corriger éventuellement les positions. Il est aussi opposé à un renvoi, et je vais vous dire pourquoi. D'abord, il sait ce qu'il veut. Il a travaillé sur ce projet, il a dégagé des lignes de force. Cette révision a deux buts: premièrement, la consolidation de notre AVS avec l'assurance de pouvoir continuer à verser une rente convenable dans la pérennité à nos retraités et, deuxièmement, l'introduction de la retraite flexible.

Un renvoi à la commission ne permettra pas de trouver un consensus. La représentation politique multicolore a étudié les problèmes, et les positions ont été prises. Il faut qu'elles soient discutées en plénum. Chaque fois que nous ouvrons un dossier, les uns veulent augmenter les prestations, les autres obtenir des économies maximales. Il faudra bien trouver une solution applicable et acceptable. Nous sommes dans une démocratie, et notre rôle est justement de trouver ces solutions. Alors, discutons-les!

Bien sûr, il est plus facile d'examiner des projets qui renforcent les prestations; c'était le lot de la 10e révision de l'AVS. C'est un grand défi de maintenir, d'un côté, un excellent filet social et, de l'autre, de le financer en



tenant compte aussi de la solidarité entre les générations. De notre côté, nous avons examiné le projet avec le souci de cibler les besoins pour tisser un filet social responsable, mais aussi de garantir un financement supportable.

L'examen du projet a eu lieu dans des conditions difficiles, avec des statistiques financières changeantes, mais nous devons reconnaître que le problème démographique est là. En 2035, il y aura en Suisse deux cotisants pour un retraité. En 2020, en restant sous le droit actuel, il faudrait servir 45 milliards de francs de rente, et les recettes des cotisations seraient de 25 milliards de francs. Donc, il faudrait trouver 20 milliards de francs provenant des ressources internes de la Confédération ou de la TVA. Je ne sais pas si, à la longue, nos habitants seront d'accord de voter des augmentations d'impôts et, de l'autre côté, je ne sais pas s'il est judicieux de charger les jeunes familles qui ont besoin de leurs moyens pour élever et former leurs enfants. Ces réflexions ont motivé nos propositions, qui ciblent plus les besoins et ainsi permettront d'assurer la pérennité de l'institution qui est le fleuron de nos assurances sociales.

Pour le financement, le groupe démocrate-chrétien votera l'attribution de points de TVA supplémentaires et du produit brut de l'impôt sur les jeux entièrement au fonds AVS. Il s'agit ici aussi d'une question de transparence. Bien sûr, la Confédération devra trouver des moyens supplémentaires dans ses ressources internes pour financer ses 17 pour cent de participation. Nous ne voterons pas l'attribution des revenus de l'or ou du bénéfice de la Banque nationale à l'AVS. Mais nous y reviendrons dans l'examen de détail. Cette ligne de financement permet de repousser à 2007, puis à 2011 les augmentations de la TVA, et nous trouvons que c'est judicieux. Les deux autres grands sujets de discussion intense ont été la question de la rente de veuf et de veuve et les moyens à mettre à disposition pour faciliter la retraite flexible. La question de l'indice mixte pour le calcul des rentes a été aussi discutée. Elle est importante, car elle détermine non seulement l'adaptation des rentes, mais aussi le calcul de la rente initiale. Nous soutenons, à l'unanimité, la proposition de la

AB 2001 N 390 / BO 2001 N 390

majorité de la commission, qui est derrière le Conseil fédéral et qui veut un indice des rentes tenant compte à 50 pour cent de l'indice des salaires et à 50 pour cent de l'indice suisse des prix à la consommation. Cette disposition permet de servir des rentes convenables et adaptées à nos rentiers.

Le projet du Conseil fédéral concernant les rentes de veuve et de veuf est à notre avis inacceptable. Nous avons donc reconstruit une couverture pour le douloureux événement qu'est un veuvage par des mesures ciblées qui donnent un soutien aux conjoints survivants qui en ont besoin. Ce modèle n'abandonne personne. Le projet du Conseil fédéral donne une rente au conjoint survivant s'il a des enfants jusqu'à 18 ans. Il prévoit aussi une mesure qui permet à celui qui a 50 ans avant que son dernier enfant ait 18 ans de garder sa rente. Il pose aussi le principe que certaines veuves qui ont obtenu une rente jusqu'à présent devraient pouvoir s'en passer à l'avenir. Nous ne pouvons souscrire à ces dispositions. Des personnes frappées par un veuvage seraient en difficulté alors qu'elles doivent encore subvenir aux besoins de leurs enfants qui font des études et qui sont en formation.

Nous voulons donc absolument une rente assurée au conjoint survivant qui a des enfants à charge jusqu'à 25 ans au maximum, pour pouvoir justement subvenir à la formation de ces enfants. Nous voulons aussi des mesures spéciales pour soutenir les femmes qui ont eu leurs enfants plus tard et sont restées éloignées du marché du travail. Il n'est pas possible, actuellement, de voter un projet égalitaire. La réalité sociale n'est pas encore assez probante. Nous voulons aussi, par une indemnité, aider des femmes avec ou sans enfants qui n'ont pas droit à la rente à se réinsérer et à se réorganiser. Et nous voulons que toutes les personnes frappées par un veuvage aient droit aux prestations complémentaires, même si elles n'ont pas droit à la rente, ceci pour que personne ne tombe à l'assistance à cause d'un veuvage. Nous voulons enfin des droits acquis complets pour ceux qui ont une rente. Vous voyez que le filet social est serré et ne laisse passer personne entre ses mailles. Ces mesures ciblées amènent cependant des économies de 440 millions de francs sans abandonner personne. Elles sont donc intéressantes.

Dernier point chaud, la retraite flexible: tout le monde est d'accord à 500 pour cent d'introduire la retraite à la carte. C'est sur les moyens à mettre à disposition pour atténuer la réduction des rentes que les divergences sont grandes, allant de 1,5 milliard de francs à 0 en passant par 800 et 400 millions. Le groupe démocrate-chrétien soutiendra la version du Conseil fédéral qui accorde 400 millions de francs, mais modifiée pour favoriser les personnes qui disposent d'un bas revenu. La commission a biffé l'obligation d'arrêter de travailler pour prendre une retraite anticipée et, dans ces conditions qui changent un peu le problème, nous pensons qu'un appui de 400 millions de francs peut apporter une aide appréciable. La 10^e révision de l'AVS offre déjà une possibilité de retraite à la carte, mais elle est limitée. Elle ne rencontre pas le succès escompté. Il faut donc soutenir la démarche.



La solution prévoyant 800 millions de francs, votée par la commission, met des moyens plus importants à disposition, mais elle ne résoudra pas le problème des personnes disposant d'un très bas revenu qui devront de toute façon faire appel à des prestations complémentaires. Bien sûr que des cas particuliers comme ceux des agriculteurs nous interpellent, mais il est difficile de mettre en place une mesure générale, car cela prêterait un peu la consolidation de cette révision. Nous devons trouver une autre solution pour eux.

Comme vous le voyez, nous avons les idées claires pour permettre une consolidation à long terme en dégageant des moyens pour soutenir ceux qui en ont besoin. Nous ne faisons pas les autruches, nous faisons face au défi de la 11^e révision de l'AVS et nous vous engageons à entrer en matière et à traiter l'objet, donc à ne pas soutenir les propositions de renvoi et de non-entrée en matière.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die AHV besteht seit 1948. In zehn Revisionen, um die hart gerungen werden musste, ist sie jedes Mal verbessert worden, ist sie jedes Mal dem Ziel der Existenzsicherung, die in der Verfassung festgeschrieben ist, seit sie 1925 in der Volksabstimmung angenommen worden ist, angenähert worden. Dieses Ziel der Existenzsicherung ist bis heute nicht erreicht; immerhin hatte jede Revision dieses Ziel verfolgt.

Wir haben heute zum ersten Mal eine Vorlage zu einer AHV-Revision zu beraten, die dieses Ziel nicht mehr verfolgt, sondern – so, wie sie vorliegt, so, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen ist, aber auch so, wie sie von der Kommissionsmehrheit beantragt wird – für die Bevölkerung einen Leistungsabbau unter allen Titeln mit sich bringt, sich also nicht dem Ziel der Existenzsicherung annähert, wie es die Verfassung vorschreibt, sondern sich von diesem Ziel entfernt. Das ist eine inakzeptable Ausgangslage.

Die Basis für diese Vorlage mit Sozialabbau sind Krisenszenarien, auch Krisenerfahrungen der Neunzigerjahre, die man dieser Vorlage auf Schritt und Tritt anmerkt; Krisenszenarien, die statistisch untermauert werden, aber letztlich Gespensterszenarien sind, wie man feststellen muss. So, wie der Bundesrat noch argumentiert hat, so wie die Kommission auch noch arbeiten musste, gingen die Szenarien davon aus, dass die Schweiz ab dem Jahre 2005 in eine immerwährende Wirtschaftskrise geraten würde. Seit einer guten Woche sieht es anders aus: Die Schweiz wird erst ab dem Jahre 2015 in diese immerwährende Krise fallen. Das ist die Ausgangslage. Diese Szenarien gehen nämlich davon aus, dass man ab dem Jahre 2015 immer eine abnehmende Beschäftigung haben wird. Im Gegensatz zu allen historischen Erfahrungen, die die Schweiz bisher über hundert Jahre hinaus gekannt hat, wird mit den Krisenszenarien von einer abnehmenden Beschäftigung und einer immerwährenden Krise ab dem Jahre 2015 ausgegangen.

Das sind unverantwortliche Szenarien, vor allem dann, wenn mit diesen Szenarien Leistungsabbau und Sozialabbau begründet werden sollen. Parallel dazu haben wir eine Entwicklung, die zeigt, wozu diese Szenarien gut sind, wozu diese Panikmache, diese Angstmache gut sind. Wir haben Steuerabbaupläne, wie wir sie noch nie gesehen haben: Ein Fünftel des Volumens der direkten Bundessteuer soll bei den hohen und höchsten Einkommen abgebaut werden. In der Kommission, in der die Steuervorlagen behandelt werden, ist gegen unseren Widerstand aus dem Stand eine Senkung der Unternehmenssteuer beschlossen worden, also der Steuern, bezüglich derer die Schweiz schon heute in der OECD Weltspitze ist.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund verlangt mit dieser AHV-Revision die Erreichung des ursprünglich deklarierten Zieles: die Realisierung eines flexiblen Rentenalters, welches die Frühpensionierung auch den unteren und mittleren Einkommen erlaubt. Alle Statistiken zeigen, dass die oberen Einkommen heute schon zunehmend vom vorzeitigen Altersrücktritt Gebrauch machen. Das betrifft diejenigen, die sich das aufgrund des Vermögens, vor allem aber aufgrund einer gut ausgebauten zweiten Säule erlauben können. Wer sich das heute, beim gegenwärtigen Zustand der Sozialversicherungen, nicht leisten kann, sind diejenigen, die im Alter in erster Linie auf die AHV angewiesen sind: die Leute mit unteren und mittleren Einkommen in diesem Land. Wir verlangen, dass eine soziale Regelung des Rentenalters erfolgt, so wie es das Volk in der Volksabstimmung vom vergangenen November auch ausgedrückt hat. Wir nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die CVP-Fraktion, die in ihrer Mehrheit – in der Kommission mindestens – einen Kompromiss von 800 Millionen Franken mitgetragen hat, jetzt – aufgrund der Ausführungen der Fraktionssprecherin – zusammen mit der SVP- und FDP-Fraktion zurückbuchstabiert und sagt, dass die Frauen eine weitere Erhöhung des Rentenalters schlucken müssen, umgekehrt aber keine Flexibilisierung des Rentenalters, die sozialverträglich wäre, zugestanden erhalten bekommen.

Ebenso bedenklich ist der Abbau bei der Witwenrente. Die Vorschläge, die bedenklicherweise auch von der CVP-Fraktion mitgetragen werden, bedeuten soziale Not für Leute mit unteren und mittleren Einkommen. Von der Verwitwung sind



in erster Linie Leute mit unteren Einkommen betroffen. Es ist auch so, dass die Situation vor dem Tod ungleich ist: Ein Bauarbeiter hat ein dreimal höheres Risiko, vor der Erreichung des ordentlichen Rentenalters zu sterben als beispielsweise ein Lehrer. Es ist in höchstem Masse ungerecht, dass genau diese Witwen von einer Rentenabbaulösung getroffen werden, die Einsparungen von rund einer halben Milliarde bringen soll. Getroffen werden sollen 50 Prozent der Witwen – nämlich jene Frauen, die ihre Kinder früh bekommen haben; Frauen stammen im Allgemeinen aus den unteren sozialen Schichten. Die Witwenrente ist heute nicht besonders hoch: Sie beträgt im Schnitt 1500 Franken pro Monat. Sie bedeutet für die betroffenen Frauen einen Ausgleich, und es ist unsozial und nicht akzeptabel, dass diese Rente abgebaut werden soll.

Wir haben zusätzlich einen Angriff auf die Renten zu verzeichnen. Er ist vielleicht nicht so dramatisch ausgefallen, wie er ursprünglich einmal geplant war, aber immerhin: Über die Verlangsamung des Rentenanpassungsrhythmus werden auch die Rentnerinnen und Rentner getroffen, und es wird indirekt ein Angriff auf den Mischindex geführt. Für die Verbände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es inakzeptabel, dass die Renten angegriffen werden. Wenn diese Vorlage so angenommen wird, wie sie sich heute präsentiert – und das ist zu vermuten aufgrund der Deklarationen der SVP-, der FDP- und auch einer Mehrheit der CVP-Fraktion, die offenbar nur noch die Interessen der Reichen im Lande im Auge haben –, dann werden die Verbände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land – der Schweizerische Gewerkschaftsbund – das Referendum gegen diese Vorlage ergreifen müssen, und zwar im Interesse einer sozialen Schweiz. Die AHV ist der Kern, das Herzstück unseres Sozialstaates. Die AHV steht für sozialen Ausgleich, für den Ausgleich auch zwischen den Generationen. Diese AHV darf nicht über die Rentenleistungen geschwächt werden, sie muss gestärkt werden.

1948 gab es in diesem Land weniger Geld als heute, aber es gab in diesem Land einen Sinn für sozialen Ausgleich. Das war die Basis für die Schaffung dieses Sozialwerkes. Heute ist leider davon nur wenig zu spüren, meine Damen und Herren in den bürgerlichen Reihen. Wenn das nicht ändert, wird diese Vorlage nicht akzeptiert werden können.

Fattebert Jean (V, VD): Pour en arriver au débat d'aujourd'hui, il en a fallu du travail, des chiffres, des rapports. Il en a fallu de l'engagement de la part des fonctionnaires à qui les parlementaires ne finissent jamais de demander des compléments d'analyse, toutefois utiles; merci, Mesdames et Messieurs.

En qualité de membre de la commission, j'aimerais aussi, même si c'est une répétition, saluer la manière dont Mme Dreifuss, conseillère fédérale, a conduit ce dossier. Sa maîtrise des dossiers, son pouvoir de persuasion au moment de défendre l'avis du Gouvernement, qui sur certains détails ne correspondait pas forcément à ses convictions profondes, furent en tout point remarquables.

Pour les membres de la commission, les séances furent parfois laborieuses, mais toujours intéressantes. Personne n'a pu obtenir systématiquement ce qu'il espérait sur tous les points, mais la politique n'est-elle pas l'art du possible? Il y a eu la volonté de bien faire, de trouver des équilibres. Il y a eu des calculs politiques aussi. Et puis, il y a les chiffres et les réalités qui sont implacables. Les évidences actuarielles sont incontournables. L'espérance de vie s'allonge, tout le monde s'en réjouit, mais l'on ne peut que constater que cela suppose un financement. Il y a les changements profonds de la société, qui font que les femmes sont de moins en moins dépendantes de leurs maris, mais bénéficient, c'est heureux, de plus en plus souvent d'un deuxième pilier. La volonté sociale unanime est d'assurer le premier pilier sur le long terme. Dès lors, les considérations humaines, jamais oubliées, sont cachées derrière le paravent d'une froide comptabilité.

L'embellie de l'année 2000 ne doit pas faire oublier les années nonante. Il s'agit vraiment de raisonner sur le long terme. Alors, sur le long terme, il faut trouver de quoi équilibrer les comptes, la solution facile n'existe pas, ou alors cela se saurait. Recourir sans mesure à la TVA, c'est péjorer notre place économique, c'est charger les familles d'un impôt supplémentaire, c'est défavoriser nos commerçants face à la concurrence des pays voisins.

Le groupe de l'Union démocratique du centre vous propose de consacrer le produit des réserves d'or de la Banque nationale suisse au fonds de l'AVS. C'est une mesure dont on sait qu'elle est acceptée par la population, mais pas par vous tous. Cela ne sauverait pas l'AVS, mais cela y contribuerait. Sans cette mesure, la solution que nous préconisons sera boiteuse, mais je compte sur le peuple pour corriger, le cas échéant, les erreurs que nous pourrions commettre.

La flexibilisation de l'âge de la retraite vous est proposée sous une forme ciblée et sociale. C'est un effort très considérable. Aller plus loin, ce serait pénaliser les jeunes. D'autres proposent des solutions avec lesquelles nous ne sommes pas tous d'accord. Les propositions rejetées en commission font pratiquement toutes l'objet de propositions de minorité. Vous pourrez donc vous prononcer sur toutes les solutions imaginées.

On demande des sacrifices, en particulier de la part des femmes. Peut-être trouverons-nous dans le cadre de



ces débats une solution idéale pour les rentes de veuve et de veuf. Une solution ciblée sur les situations les plus modestes serait bienvenue.

Comme dans un ménage familial, il faut gérer, il faut de la rigueur. La situation évolutive nécessite des adaptations. Les dépenses doivent être limitées par des sacrifices et les recettes imaginées au moins douloureux. La pire des choses serait de ne rien décider. Que ferait-on si l'on refusait d'entrer en matière? Renvoi en commission, au Conseil fédéral? La solution miracle, encore une fois, n'existe pas.

Notre AVS a besoin d'un lifting, renvoyer les échéances ne résoudra rien. C'est loin d'être parfait, mais la perfection n'existe pas.

Je vous invite donc à entrer en matière.

Egerszegi-Obriest Christine (R, AG): Die Freisinnigen haben sich gründlich mit der Zukunft der AHV auseinandergesetzt und sind überzeugt, dass die finanzielle Sicherstellung der Renten für die nächsten zwanzig Jahre jetzt an die Hand genommen werden muss. Nur in einem Gesamtkonzept können unvermeidbare Mehrwertsteuererhöhungen geplant und zumutbare Leistungsanpassungen verantwortet werden. Beide Massnahmen sind unpopulär – das ist uns bewusst –, aber für eine verantwortungsbewusst betriebene Sozialpolitik notwendig.

Die AHV ist die einzige Versicherung, die gut planbar ist. Wir wissen, dass in zwanzig Jahren mehr Leute eine Rente beziehen werden, denn diese Leute stehen bereits heute im Erwerbsleben. Wir wissen auch, dass wir dafür jährlich rund 12 Milliarden Franken mehr brauchen werden. Deshalb wird eine Mehrwertsteuererhöhung wahrscheinlich notwendig sein; sie muss aber möglichst lange hinausgezögert werden, vor allem auch im Wissen um den finanziellen Bedarf bei der stark defizitären IV.

Mit gewissen sozialpolitisch wirklich vertretbaren Leistungsanpassungen können wir aber bis 2025 weitere Steuerprozentpunkte umgehen. Dies ist umso wichtiger, als diese Konsumsteuer Familien mit kleineren und mittleren Einkommen besonders belastet. Wir sind überzeugt, dass alle zu diesen Leistungsanpassungen beitragen müssen. Es muss ein Mix zwischen Mehreinnahmen und Leistungsanpassungen sein. Es muss in einer grossen Opfersymmetrie vonstatten gehen. Deshalb setzen wir uns für Rentenalter 65 für Männer und Frauen ab dem Jahr 2009 ein. Das ist für uns unverzichtbar. Es war bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 bereits so.

Das Rentenalter der Frauen war bei den Revisionen von 1957 und 1964 zunächst auf 63, dann auf 62 Jahre herabgesetzt worden, weil die steigende Beschäftigungsquote und der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte den

AB 2001 N 392 / BO 2001 N 392

Ausgleichsfonds bis aufs Zwölfwache eines Jahresbedarfs anschwellen liessen. Daraus ersehen Sie auch, wie schnell der Fonds schwinden kann. Es gibt keinen objektiven Grund für ein anderes Rentenalter für Frauen, zumal die Frauen durchschnittlich sieben Jahre älter werden und dementsprechend auch länger Renten beziehen können.

Für uns ist klar, dass die Flexibilisierung des Rentenalters ein grosses Anliegen ist. Es wäre ideal, wenn man den Zeitpunkt der Pensionierung frei, je nach Gesundheitszustand und sozialem Umfeld, zwischen 62 und 68 Jahren wählen könnte. Angesichts der Belastung durch die demographische Entwicklung hat dies aber mit einem versicherungstechnischen Abzug bei Vorbezug zu geschehen. Bei Vorbezug ist auf eine spezielle soziale Abfederung zu verzichten, da die Ergänzungsleistungen bei Leuten mit kleinen Einkommen das Nötige aufstocken. Diese Lösung ist nicht kostenneutral, es trifft andere Kassen, aber sie ermöglicht die gezielte Einführung eines frühen Rentenalters für alle. Es ist unverständlich, dass im Rahmen der Rentenalterflexibilisierung die Ergänzungsleistungen als unwürdiges Instrument verteufelt und sie gleichzeitig bei Familien in schwierigen Verhältnissen als neues Allheilmittel angepriesen werden. Die Ergänzungsleistungen sind keine Almosen, deshalb muss der Anspruch in der Bundesverfassung verankert werden, wie es eine freisinnige Initiative auch will.

Um die Sparmassnahmen auf möglichst viele Schultern zu verteilen, befürworten wir bei der Neuregelung auch die Beitragssätze für Selbstständigerwerbende. Eine Anhebung auf 8,1 Prozent erscheint uns vertretbar, da dies früher ein Privileg der Selbstständigerwerbenden war, die keine Möglichkeiten der beruflichen Vorsorge hatten. Statt einer Streichung der Freibeträge für Rentner bevorzugen wir aber eine Senkung von 16 800 Franken auf jährlich 4000 Franken. Die Beitragspflicht für Kleinstinkommen ist ein administrativer Unsinn und birgt die Gefahr, dass schwarz gearbeitet wird. Eine Anpassung der Witwen- an die Witwerrenten entspräche zwar dem Gleichstellungsgebot, aber sie entspricht nicht der sozialen Realität. Deshalb kommt für uns nur der Antrag der Minderheit Guisan als erster Schritt zu einer Gleichstellung infrage. Es ist für uns unverständlich,



dass der Bundesrat den gewaltigen Sparbeitrag der Vorlage auf die Witwen abwälzen will.

Überhaupt liegt dies quer in der sozialpolitischen Landschaft: Zum ersten Mal will der Bundesrat bestehende Renten streichen. Er setzt die Berufstätigkeit der Frau voraus, ist aber bei der Revision der zweiten Säule nicht bereit, kleine Einkommen und Teilzeiteinkommen mit einzubeziehen. Er übersieht auch, dass die AHV eine Alters- und Hinterlassenenversicherung ist – das ist die staatliche Altersvorsorge, eine Volksversicherung, zu der alle Einkommen beitragen. Er übersieht auch, dass die Ehepaarrente auf 150 Prozent plafoniert ist, weil sie eben genau eine Witwenrente auslösen kann. Mit einer Streichung erhöhen sich die Nachteile für die Eheleute gegenüber jenen für die Konkubinatspaare.

Mit dem Paket, das durch eine Korrektur beim Mischindex ausgeglichen wird – wir werden uns dazu in der Debatte noch genauer äussern –, erfüllen wir einerseits den Sparauftrag, andererseits tragen wir aber auch den sozialen Gegebenheiten Rechnung.

Die Freisinnigen setzen sich für eine dauerhafte, zuverlässige Wirtschaftsentwicklung ein und verzichten auf den Traum der SP vom überdurchschnittlichen Wachstum. Höchst fragwürdig mutet es an, wenn man anlässlich der AHV-Revision in Anträgen Verteuerungen von rund 4 Milliarden Franken verlangt und gleichzeitig noch von Wirtschaftswachstum spricht.

Diese 11. AHV-Revision ist eine Herausforderung für uns alle. Wir müssen der Bevölkerung wieder das Vertrauen in das wichtigste Sozialwerk zurückgeben. Die Sicherstellung der Leistungen der AHV ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten zwei Jahrzehnte. Dabei ist eines sicher: Beharren auf starrem Besitzstanddenken führt nicht weiter. Alle werden dazu beitragen müssen, sei es mit einem höheren Rentenalter, abgeschwächter Rentenanpassung, anderem Beitragssatz oder ganz einfach als Steuerzahler. Die Herausforderung ist gross. Verglichen aber mit dem, was unsere Vorfahren mit dem freisinnigen Bundesrat Walter Stampfli an der Spitze geleistet haben, um die AHV einzuführen, sollte dies doch zu bewältigen sein. Wenn die Mehrheit des Nationalrates allerdings dazu nicht bereit ist, werden wir die Vorlage ablehnen.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Ainsi donc, même si quelques bémols sont aussitôt apportés par le Conseil fédéral dans son message, le grand jour est arrivé! Quel grand jour, me direz-vous? Eh bien, celui de l'égalité entre hommes et femmes qui voit les tâches ménagères et familiales réparties dans un esprit de partenariat.

Selon le Conseil fédéral, on peut donc sans hésiter augmenter l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans et adapter la rente de veuve à celle de veuf, les femmes offrant ainsi, une fois encore, la plus grande contribution à la consolidation financière de l'AVS: 422 millions de francs pour l'augmentation d'un an de l'âge de la retraite et 786 millions de francs avec l'alignement de la rente de veuve sur celle de veuf, sans compter que les femmes sont également concernées par le rythme d'adaptation des rentes. Au total, donc, plus de 1,2 milliard de francs à la charge des femmes qui auraient enfin atteint l'égalité.

Même si je rêve, comme le Conseil fédéral, d'une société vraiment égalitaire qui verrait femmes et hommes exercer une activité professionnelle à temps partiel pendant la période éducative, même si je rêve d'une société où femmes et hommes sont également présents auprès de leurs enfants sans perdre pour autant le contact avec le monde professionnel, je n'ai qu'à regarder autour de moi pour constater que ce rêve n'est de loin pas la réalité.

Cette réalité, quelques chiffres suffisent à l'illustrer clairement. Ainsi, 75 pour cent des femmes exercent une activité professionnelle entre 25 et 39 ans, alors que les hommes du même âge sont 98 pour cent. Ainsi, parmi les femmes actives professionnellement, la moitié le sont à temps partiel, alors que plus de 90 pour cent des hommes le sont à plein temps. Ainsi, parmi les femmes actives à temps partiel, 80 pour cent le sont dans des activités non qualifiées. Ainsi encore, la comparaison des salaires standardisée montre une différence de plus de 23 pour cent entre hommes et femmes. Enfin, la plus grande part des heures de travail non rémunéré effectuées au sein du ménage est toujours largement le fait des femmes, que celles-ci soient actives professionnellement ou pas, qu'elles aient des enfants ou pas.

Je pourrais continuer longtemps cette énumération, mais je la conclurai avec un élément que je soumets à votre réflexion, car il est fondateur des inégalités futures. Ainsi, selon l'enquête suisse sur la population active de 1999, dans toutes les catégories d'âge, le taux d'activité des hommes est plus élevé que celui des femmes, sauf dans la catégorie des 15 à 24 ans, où l'on assiste à la situation inverse, parce que les jeunes filles font des études moins longues que les garçons, comme leurs mères et leurs grands-mères avant elles, dans un mouvement que l'on ne peut vouloir perpétuel.

Malgré le fossé existant entre le projet du Conseil fédéral et la réalité vécue par les femmes suisses, je suis pourtant entrée en matière en commission sur la 11e révision de l'AVS avec les autres représentantes et représentants du groupe socialiste. Je partage en effet les buts de cette révision: consolider, d'une part, les bases financières de l'AVS et créer, d'autre part, la possibilité d'une retraite anticipée.



Consciente de ma responsabilité pour l'avenir de l'AVS, mais aussi de la nécessité de garantir aux personnes qui en bénéficient les indispensables prestations de cette assurance, je suis heureuse de constater que la majorité de la commission a d'ores et déjà assoupli le projet en matière de rente de veuve, même si la solution qu'elle préconise constitue encore et toujours un démantèlement de la rente de veuve. Ce premier pas n'est cependant pas encore suffisant, parce qu'il entraîne des conséquences négatives pour la moitié des bénéficiaires potentielles, parce qu'il s'engage sur le chemin contestable et contesté des prestations

AB 2001 N 393 / BO 2001 N 393

d'assistance, s'éloignant ainsi du principe d'assurance, et enfin parce qu'il est source d'arbitraire en fixant une limite d'âge qui ne repose sur aucune évidence.

Pour toutes ces raisons, nous combattons la proposition de la majorité de la commission en ce qui concerne la réglementation des rentes de veuve, comme nous aurons l'occasion de vous l'expliquer plus amplement lors de l'examen de détail.

Nous vous invitons malgré tout à entrer en matière.

Widrig Hans Werner (C, SG): Die CVP-Fraktion beantragt Eintreten und Behandlung der Vorlage jetzt in diesem Rat, denn Fragen zu drei Bereichen müssen hier beantwortet werden:

1. zur Demographie;
2. zur Finanzierung;
3. zu den Konsequenzen daraus.

1. Zur Demographie: In der Schweiz werden in den kommenden fünfzig Jahren die über 65-Jährigen von heute einer Million auf 1,8 Millionen zunehmen. Das ist erfreulich. Fatal daran ist aber, dass in dieser Zeitspanne die Zahl der 20- bis 64-Jährigen zurückgehen wird – der Knick wird etwa im Jahr 2010 beginnen –, und zwar von 3,7 auf 3,5 Millionen. Wie schrieb Werner Hug kürzlich treffend: Diejenigen Generationen, die anstatt in Humankapital (höhere Geburtenrate) in Sachkapital (Aktien, Immobilien) investiert haben, müssen die Folgen der Überalterung auch aus eigener Kraft überwinden.

Nun kommen die Gewerkschaften und sagen, in den Siebzigerjahren habe man das Problem mit Wachstum gelöst, mit der Einwanderung von 500 000 ausländischen Arbeitskräften. Ich überlasse es Ihrer Fantasie zu beurteilen, ob dies heute politisch nochmals durchsetzbar ist.

Zum Argument der Frauenerwerbsquote: Sie stieg von 1990 bis 1999 von 70 auf 75 Prozent; die Männererwerbsquote fiel von 91 auf 89 Prozent. Das ergibt ein Mittel von 84 Prozent. Das ist der höchste Wert auf der Welt, da liegt wahrscheinlich auch nicht mehr so viel drin.

2. Die Finanzierung: Die Sicherung der Finanzierung muss zwei Seiten haben. Auf der Einnahmenseite die 1,5 Prozent Mehrwertsteuer, diese 3,9 Milliarden Franken Zusatzfinanzierung, zu der wir stehen. Auf der Leistungsseite sind Einsparungen notwendig. Der Bundesrat spart 982 Millionen Franken, die Kommission hat das Sparpotenzial auf 305 Millionen Franken reduziert. Zur Steuersituation, zu diesem Schönwetter Szenario: Die Fiskaleinnahmen des Bundes betragen im ersten Quartal 2000 8,2 Milliarden Franken. Im ersten Quartal 2001 lagen diese Fiskaleinnahmen nur noch bei 6,9 Milliarden Franken. Das belegt, dass das Jahr 2000 ein ausserordentliches Jahr war – Stichworte Bemessungslücke, Verrechnungssteuer.

3. Die Konsequenzen aus der Sicht der CVP-Fraktion: Wir stimmen bei der Einnahmenseite der Finanzierung durch das Mehrwertsteuerprozent zu, verlangen aber gleichzeitig Sparmassnahmen auf der Leistungsseite – also keine Flexibilisierung zum Nulltarif. Wenn Sie hier überschüssen, ist das natürlich ein Ausbau des Sozialstaates für die Männer, nicht für die Frauen. Zu den Witwen- und Witwerrenten: Wir treten nicht für die harte Linie des Bundesrates, sondern für sozial vertretbare Einsparungen ein. Zum Mischindex, zur längerfristigen Sicherung: Wenn der Fonds unter 70 Prozent fällt, soll der Bundesrat Antrag machen können, den Index zu ändern. Aber entschieden wird dann hier im Parlament.

Wichtig ist, dass alles in einem Gesamtzusammenhang steht. Es ist die Finanzierungssicherung, die hier wie eine Klammer alles zusammenhalten muss. Wenn Sie bei den Witwen- und Witwerrenten den Status quo beschliessen oder beispielsweise bei der Flexibilisierung 800 Millionen Franken oder 1,5 Milliarden Franken zustimmen, müssen Sie konsequenterweise andernorts wieder Einsparungen vornehmen, also beispielsweise dem Antrag Heberlein zustimmen. Dieser will ja den Mischindex sofort auf das Verhältnis ein Drittel zu zwei Dritteln ändern, was dann längerfristig wieder Einsparungen ergibt.

Wir von der CVP-Fraktion drohen nicht mit dem Referendum, wie das vorhin Kollege Paul Rechsteiner von der SP-Fraktion machte. Wir sind für konstruktive Zusammenarbeit. Ich bitte Sie, hier an einer guten Lösung mitzuarbeiten und für Eintreten und Behandlung in dieser Session zu stimmen.



Hassler Hansjörg (V, GR): Ich spreche im Namen einer Minderheit der SVP-Fraktion. Neben anderen Mitgliedern unserer Fraktion bekennen sich alle drei SVP-Nationalrätinnen zu dieser Minderheit.

Die AHV ist unser bedeutendstes Sozialwerk. Wir müssen alles dafür tun, es langfristig zu erhalten. Die weitere Entwicklung der AHV wird vor allem von zwei Faktoren abhängen: einerseits von der demographischen und andererseits von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die demographische Entwicklung ist bekannt, sie wird sich in Zukunft nachteilig auf die Entwicklung der AHV auswirken. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin Schwankungen unterworfen sein, wie das bisher auch der Fall war, aber für die nächsten Jahre sieht die Konjunkturlage sehr vielversprechend aus.

Der Bundesrat hat in der Botschaft zwei Hauptziele der 11. AHV-Revision formuliert. Es sind dies die mittel- und langfristige Sicherung der Finanzierung der AHV und die Einführung eines sozial ausgestalteten flexiblen Rentenalters. Mit diesen Hauptzielen der 11. AHV-Revision sind wir einverstanden.

Für die Finanzierung der AHV sah es noch Ende der Neunzigerjahre nicht so gut aus. Dank dem wirtschaftlichen Aufschwung hat sich die finanzielle Situation der AHV aber deutlich entspannt. So waren für das Jahr 2000 noch deutliche Defizite in der Betriebsrechnung der AHV prognostiziert worden. Eingetreten ist nun ein Vortrag von fast einer Milliarde Franken. Für die finanzielle Sicherung der AHV hat der Bundesrat einige wichtige Massnahmen ergriffen. Die vorberatende Kommission hat weitere Beschlüsse gefasst, damit die Finanzierung sichergestellt werden kann. Für mich ist unbestritten, dass in Zukunft das AHV-Alter für beide Geschlechter bei 65 Jahren liegen muss. Einsparungen bei den Witwenrenten sind meiner Meinung nach möglich und verantwortbar, aber nicht in dem Ausmass, wie es der Bundesrat vorgesehen hat. Diese Lösung ist zu radikal ausgefallen. Das ganze Mehrwertsteuerprozent gehört in die AHV. Es geht nicht an, dass der Bund einen Teil des Mehrwertsteuerprozentes in die Bundeskasse ableitet, um dann den Bundesanteil an die AHV zu finanzieren. Auch zusätzliche Mehrwertsteuerprozente sollen eingesetzt werden können, aber nur dann, wenn dies unbedingt nötig ist. Es werden keine Mehrwertsteuerprozente auf Vorrat beschlossen.

Wir dürfen heute feststellen, dass die AHV aufgrund dieser Finanzierungsbeschlüsse der Kommission bis zum Jahr 2017 finanziert werden kann. Das ist eine relativ lange Zeitspanne.

Das zweite Ziel ist die soziale Ausgestaltung des flexiblen Rentenalters: Der Ausbau der Flexibilisierung des Rentenalters ist dringend; er wird von allen Bevölkerungskreisen gewünscht und sehnlichst erwartet. Aber wenn wir die Flexibilisierung allen Bevölkerungsschichten zugute kommen lassen wollen, dann braucht es eine soziale Abfederung des Kürzungssatzes. Bei einer rein versicherungsmathematischen Kürzung der Rente wird die vorzeitige Pensionierung für Personen mit bescheidenen Einkommen praktisch verunmöglicht, weil die Kürzung der Rente in diesem Ausmass für diese Personengruppen nicht verkraftbar wäre. Hinzu kommt, dass vielfach den Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen auch eine zweite oder dritte Säule fehlt. Ich denke vor allem an folgende Bevölkerungsgruppen: Die Frauen sind ganz allgemein in grosser Anzahl in den tiefen Einkommensbereichen anzutreffen, und – das kann keine Geiss wegschlecken – viele Gewerbetreibende sind in den unteren Einkommensschichten anzutreffen. Es sind Handwerker betroffen; denken Sie nur an die Bauarbeiter, die wegen ihrer früheren Erwerbstätigkeit, wegen der körperlichen Schwerarbeit, die sie zu leisten hatten, aus gesundheitlichen Gründen früher in Pension gehen müssen! Auch sie sind auf einen reduzierten Kürzungssatz für die

AB 2001 N 394 / BO 2001 N 394

tiefen Einkommen angewiesen. Es trifft auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in technischen Berufen, die – weil sie mit der technischen Entwicklung, die heute rasant ist, nicht mehr mithalten können – darauf angewiesen sind, dass sie die Rente früher bekommen.

Natürlich sind auch die Landwirte betroffen, das will ich nicht verschweigen, aber wenn Sie meinen, dass das für mich ein rein landwirtschaftliches Anliegen sei, dann täuschen Sie sich! Die Landwirte sind heute in einer schwierigen Situation. Ihnen fehlt meistens eine zweite Säule. Sie hätten die Möglichkeit, eine zweite Säule anzulegen, aber meist fehlen die finanziellen Mittel dafür. Natürlich ist die soziale Abfederung des Kürzungssatzes auch ein Anliegen der Landwirtschaft, aber ich stelle mit aller Deutlichkeit fest, dass es nicht nur ein Anliegen der Landwirtschaft ist, sondern aller Bevölkerungskreise in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen; das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Aus all diesen Gründen ist eine soziale Abfederung der Flexibilisierung, die diesen Namen auch verdient, eine absolute Notwendigkeit. Der Bundesrat schlägt für die soziale Abfederung 400 Millionen Franken vor. Es ist lobenswert, dass der Bundesrat hier Handlungsbedarf gesehen hat und die soziale Abfederung der Flexibilisierung einführen will. Einzig: Mit diesen 400 Millionen Franken kann nur den alleruntersten Einkommensschichten geholfen werden. Diese 400 Millionen greifen meines Erachtens zu wenig. Nach eingehender Prüfung komme ich zum Schluss, dass 800 Millionen für die soziale Abfederung eingesetzt werden müssen,



damit diese einigermaßen greifen kann. Das ist aus meiner Sicht ein absolutes Minimum. Es entspricht ungefähr einem Drittel der Aufwendungen, die die AHV-Initiativen, über die wir im letzten Jahr abgestimmt haben, gekostet hätten. Aus sozialpolitischer Sicht braucht es 800 Millionen Franken; sie sind finanziell tragbar. Ich möchte Ihnen daher beliebt machen, diese sozial abgefederte Flexibilisierung zu unterstützen. Selbstverständlich sind wir für Eintreten auf die Vorlage.

Rossini Stéphane (S, VS): Envisager la révision de la principale oeuvre sociale de notre pays doit être fait dans une optique de modernisation. Dans ce contexte, la problématique de la flexibilisation, liée à toute celle de l'âge, est centrale. Si nous voulons véritablement aller au fond des choses, il convient de dépasser des approches essentiellement techniques, financières ou administratives, car la flexibilisation s'inscrit inévitablement dans un contexte beaucoup plus large. Notre approche doit donc être une approche transversale de cette problématique. Elle doit s'inscrire au coeur de plusieurs phénomènes: le phénomène démographique, bien entendu, il en a été question jusqu'ici; mais aussi l'évolution de l'emploi sur la scène économique; mais encore toute la question des inégalités sociales de la population suisse devant la formation, puis devant le travail; mais aussi l'inégalité devant les conditions de travail et les conditions de revenu et, par voie de conséquence, l'inégalité devant les conditions de retraite et de durée de retraite, et ce, selon des qualités de vie qui sont fort diverses.

Ainsi, le champ est extrêmement complexe, j'en conviens, mais notre processus de décision, s'il veut être cohérent et crédible, doit prendre en considération l'ensemble de ces éléments. C'est un enjeu majeur. C'est un enjeu dans le sens de notre capacité d'élus à intégrer l'évolution de la société dans notre décision.

Très concrètement, si on devait considérer la question de la démographie comme étant l'élément central et principalement déterminant, et en passant par des analogies avec l'introduction de l'AVS en 1948, il faudrait aller au bout du raisonnement et proposer un âge de la retraite de 68, voire de 70 ans. Mais cela n'est pas du tout réel, pas du tout acceptable, parce qu'il faut prendre en considération deux autres éléments. D'abord, la situation des individus devant la vie. Là, les statistiques qui nous ont été remises sont très claires: le pourcentage d'invalides selon les groupes professionnels passe de 3 à 40 pour cent selon la profession exercée. Le pourcentage de décès passe de 9 à 30 pour cent selon les catégories socioprofessionnelles. Ce sont des éléments que l'on doit prendre en considération, mais aussi la question de l'évolution du marché du travail.

Lorsqu'on analyse les taux d'activité du groupe d'âge de 55 à 64 ans pour les pays de l'OCDE, on observe au cours des 25 dernières années une chute très directe de ce taux. Ce taux passe par exemple pour la France de 75 à moins de 40 pour cent; pour l'Espagne, de 84 à 47 pour cent; pour la Suède, de 84 à 65 pour cent; et pour la Suisse, on se rend compte qu'entre l'âge de 55 ans et le moment de la retraite pour les hommes, on passe globalement de 96 à 62 pour cent de taux d'activité, pour les femmes de 70 à 45 pour cent. Cette situation doit être rigoureusement prise en considération dans notre débat sur la flexibilisation. On ne doit pas, avec un système de protection sociale, renforcer encore les inégalités qui sévissent déjà durant tout le parcours professionnel des personnes.

Pour ces différentes raisons, au nom du groupe socialiste, le projet du Conseil fédéral qui accorde 400 millions de francs à la flexibilisation, vous l'avez déjà entendu, est pour nous inacceptable.

La proposition de la majorité de la commission qui prévoit 800 millions de francs peut être satisfaisante à la seule condition que l'ensemble des autres mesures ne relève pas d'un démantèlement social, et je pense tout particulièrement à la question de la rente de veuve ou de veuf, mais aussi à la question de l'indexation des rentes.

Quant à la proposition de la minorité III (Fasel), elle reste, devant l'évolution qui se produit surtout dans l'environnement économique, la plus réaliste pour tenir compte des inégalités sociales au sein de la population de ce pays par rapport au marché du travail et ensuite vis-à-vis de la retraite.

Teuscher Franziska (G, BE): Während in den Chefetagen immer skandalöser abkassiert wird, wird der Sozialstaat demontiert. Bereits in der Krise der Neunzigerjahre hat eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben stattgefunden, und damit soll nun frisch und fröhlich weitergefahren werden: Den Gutverdienenden und den Eigenheimbesitzern gewährt man grosszügige Steuergeschenke; Kapitalgewinne bleiben steuerfrei; und die Vermieter bekommen neue Möglichkeiten, sich an den Mieterinnen und Mietern gesundzustossen.

Herr Widrig hat vorhin gesagt, er und die CVP-Fraktion möchten konstruktive Arbeit leisten. Hier hätte ich einen konstruktiven Vorschlag an die bürgerliche Seite: Werfen Sie die Idee der Steuergeschenke über Bord, dann haben wir genug Geld für einen guten Sozialstaat! Im Moment bleibt nämlich für die AHV fast nichts übrig.

Deshalb greift man zu einer bewährten Sanierungsmethode: Die Frauen sollen einmal mehr bezahlen, denn in den Augen der Sozialabbauer und der Verteiler von Steuergeschenken haben die Frauen in der AHV Privi-



legien, die in einem modernen Sozialstaat völlig antiquiert seien. Beim Rentenalter und bei der Witwenrente sind die Frauen doch tatsächlich besser gestellt als die Männer! Das ist für die Sozialabbauer unerhört, und das muss in der 11. AHV-Revision schleunigst korrigiert werden.

Zuerst zum Rentenalter: Bereits in der 10. AHV-Revision ist das Rentenalter der Frauen um zwei Jahre heraufgesetzt worden. Diese Erhöhung ist uns Frauen mit dem Splitting und der Betreuungsgutschrift schmackhaft gemacht worden. In der 11. AHV-Revision sollen die Frauen nur noch bezahlen, ohne eine Gegenleistung zu bekommen: Das Rentenalter der Frauen soll unter dem Vorwand der Gleichstellung mit den Männern auf 65 Jahre erhöht werden.

Wenn die Gleichstellung dem Mann etwas bringt, dann ist die Mehrheit gerne bereit, sie so rasch wie möglich voranzutreiben. Umgekehrt können wir Frauen wohl noch ein paar Jahrhunderte warten, bis wir endlich gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit erhalten oder bis sich die Männer auch gleichberechtigt an der Betreuungsarbeit beteiligen. Es wäre auch aus gleichstellungspolitischer Sicht immer noch die

AB 2001 N 395 / BO 2001 N 395

beste Lösung, wenn Frauen und Männer ab 62 Jahren mit voller Rente in Pension gehen könnten, wenn sie dies wollen.

Ziel der 11. AHV-Revision ist es, das flexible Rentenalter einzuführen. Den einen grossen Teil dieser Flexibilisierung sollen also alle Frauen mit der Erhöhung des Rentenalters bezahlen. Und den andern grossen Teil? Hier werden die Frauen ein zweites Mal zur Kasse gebeten. Diesmal sind es die Witwen. Zwar setzt die Kommissionsmehrheit bei den Witwenrenten nicht zum selben Kahlschlag an wie der Bundesrat; aber indem die Kommissionsmehrheit die Hälfte der Witwenrente abschaffen will, werden die Witwen auch von ihr kräftig zur Kasse gebeten. Davon wären vor allem diejenigen Frauen betroffen, die ihre Kinder zur Welt brachten, bevor sie 28-jährig waren. Dies sind in erster Linie Frauen aus wenig begüterten Familien und mit einer eher schlechten Ausbildung. Denn Frauen mit guter und tendenziell längerer Ausbildung bekommen ihre Kinder häufig erst später.

Aber damit nicht genug: Diese weniger privilegierten Frauen haben häufig einen Ehemann, der eine körperlich anstrengende und eher schlecht bezahlte Arbeit verrichtet und dadurch ein erhöhtes Risiko hat, das ordentliche Rentenalter gar nicht mehr zu erleben. Dies hat letztes Jahr eine Genfer Studie gezeigt. Nicht einmal 60 Prozent der Bauarbeiter erreichen das Pensionsalter lebend oder ohne Invalidität. Damit ist eine Frau, die in jungen Jahren Mutter wurde und deren Ehemann körperlich schwer arbeitet und daher ein höheres Risiko hat, das Rentenalter gar nicht zu erreichen, doppelt gestraft. Stirbt ihr Ehemann, so hat sie kaum Ersparnisse, bekommt keine Witwenrente und muss mit ihrer heute schlechten Ausbildung wieder eine Erwerbsarbeit suchen. Auch wenn die Wirtschaft jetzt grundsätzlich wieder boomt – auf ältere Frauen mit schlechter Ausbildung und längeren Unterbrüchen in der Erwerbstätigkeit wartet auf dem Arbeitsmarkt niemand. Diese Frauen müssen dann mit Arbeit auf Abruf und miserablen Löhnen Vorlieb nehmen; ihnen nützt auch das flexible Rentenalter, welches uns als Errungenschaft der 11. AHV-Revision verkauft wird, herzlich wenig.

Mit den viel zu hohen lebenslänglichen Rentenkürzungen wird die Frühpensionierung für Frauen und Männer mit kleinen Einkommen unerschwinglich. Es ist beschämend, was die reiche Schweiz den Frauen und Leuten mit kleinen und mittleren Einkommen in der 11. AHV-Revision zumuten will.

Hier muss der Nationalrat noch kräftig nachbessern, damit die Grünen dieser Revision zustimmen können.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Sie haben es heute Nachmittag schon einige Male gehört: Mit der 11. AHV-Revision werden gemäss der bundesrätlichen Botschaft zwei Hauptziele verfolgt:

1. Gesicherte Finanzierungsgrundlagen für die mittel- und längerfristige Zukunft der AHV sind zu erarbeiten, und zwar sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite.
2. Das flexible Rentenalter soll realisiert werden.

Misst man die jetzige Vorlage unserer Kommission an diesen Vorgaben und an diesen Zielen, so erkennt man, dass sich die Meinungen über die nötigen Massnahmen diametral gegenüberstehen. Lassen Sie mich deshalb anlässlich dieser Eintretensdebatte einige wichtige Tatsachen in Erinnerung rufen, die es zu berücksichtigen gilt. Sie betreffen:

1. die heutigen und künftigen Soziallasten;
 2. die demographische Herausforderung;
 3. die Tatsache, dass die AHV als Volksversicherung nicht geeignet ist, allen Einzelfällen gerecht zu werden.
- Das grosse soziale Netz dieses Landes hat sich weitgehend in den letzten hundert Jahren entwickelt. Zu Recht dürfen wir darauf stolz sein, dass unser Dreisäulensystem der sozialen Sicherheit auch im Ausland hohes Ansehen genießt. Allerdings zeigt die kürzlich publizierte erste Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit in der



Schweiz, dass der Staatshaushalt zunehmend belastet wird. Vor zehn Jahren lag die schweizerische Quote der Sozialausgaben mit rund 20 Prozent noch deutlich unter dem Durchschnitt der heutigen EU-Staaten. Heute, erst zehn Jahre später, weist die Schweiz im Vergleich zur EU schon eine leicht überdurchschnittliche Quote von 28 Prozent auf. In Kaufkrafteinheiten gemessen gehört die Schweiz gar zur "Spitzengruppe". Umgekehrt stagnieren die Investitionen in zukunftsträchtige und innovative Staatsaufgaben wie Bildung und Forschung zunehmend. Die Staatsverschuldung steigt weiter.

Vor diesem Hintergrund muss es ein zentrales Anliegen sein, das gesamte schweizerische Sozialsystem langfristig und nachhaltig zu sichern – nicht nur, aber auch die AHV.

Neben der Sozial- und Staatsquote und ihrer Bedeutung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stellt der demographische Wandel eine weitere zentrale Rahmenbedingung für die 11. AHV-Revision dar. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit gibt es mehr alte als junge Menschen. Im 21. Jahrhundert wird die Bevölkerung in vielen Industrienationen abnehmen: Die erste so genannte demographische Umkehr seit Jahrhunderten. Wir werden nicht mehr mit dem alten Schreckgespenst der Überbevölkerung konfrontiert sein, sondern mit einer zunehmenden Unterbevölkerung der Industriestaaten. Während die Menschen länger leben, nehmen auf der ganzen Welt die Geburtenzahlen stark ab. Die Kombination von wachsender Lebenserwartung und geringer Fruchtbarkeit treibt unser Durchschnittsalter unerbittlich nach oben. In der Schweiz stehen heute einem Rentner vier Erwerbstätige gegenüber; wie die neuen Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen, werden es im Jahre 2050 noch 2,2 Erwerbstätige sein. Zudem hat die Alterung zur Folge, dass die Erwerbsbevölkerung ab 2015 – schon sehr bald also – schrumpfen wird. Der Arbeitsmarkt wird also noch mehr ausgetrocknet. Das ist keine Angstmacherei; das sind schlicht die Fakten. Die steigenden Sozial- und Gesundheitskosten benötigen jedoch Wirtschaftswachstum – ein Wachstum, das durch die rückläufigen Bevölkerungs- und Arbeitnehmerzahlen zunehmend gebremst wird.

Die Erwerbsquote der Männer und Frauen in der Schweiz ist schon heute relativ hoch. Bei einmal angenommener konstanter Immigration heisst dies, dass die älteren Menschen wohl oder übel die einzige Reserve für den Arbeitsmarkt der Zukunft bilden.

Schliesslich ist daran zu erinnern, dass die AHV in ihrem Grundkonzept eine Versicherung darstellt. Sie ist ein Teil der Alterssicherung, ein Grundnetz neben der zweiten Säule, dem individuellen Sparen sowie neben IV- und Ergänzungsleistungen. Sie ist eine Volksversicherung und gerade nicht geeignet, auf Einzelfälle angemessen einzugehen.

Die aufgezeigten Perspektiven bedeuten also, dass die Flexibilisierung Anreize schaffen sollte, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsprozess gehalten werden können und nicht umgekehrt.

Die durchaus realen Probleme einzelner Berufsgruppen – die hier in diesem Saal heute Nachmittag angesprochen wurden – können nicht über die Volksversicherung gelöst werden. So haben die viel zitierten Mitarbeiter in der Baubranche in der Tat eine höhere Sterblichkeit als der schweizerische Durchschnitt. Allerdings liegen die Gründe dafür nicht nur in beruflichen Risiken. So sind beispielsweise auch alkohol- und tabakbezogene Todesfälle in dieser Berufsgruppe deutlich häufiger als im Durchschnitt.

Die Lösungen müssen nicht allgemein über die AHV-Volksversicherung, sondern spezifisch, z. B. über entsprechende Branchenlösungen, gefunden werden. Wir wollen keine falschen neuen Lösungen nach dem Giesskannenprinzip.

Bei der nachhaltigen Entwicklung der AHV geht es heute vor dem Hintergrund unserer gesamten sozialen Sicherung nicht um kurzfristige Versprechungen, sondern um nachhaltige Reformen, welche auch zukünftigen Generationen die Sicherheit auf künftige Leistungen geben können. Erliegen wir deshalb nicht dem politischen Reiz des Umlageverfahrens.

Für uns heisst das klar: Wir wollen in der 11. AHV-Revision ein Rentenalter von 65 Jahren, eine Flexibilisierung nach unten und oben bei versicherungstechnisch gekürzten bzw. erhöhten Renten. Speziallösungen sind auf die zweite Säule bzw. auf die weiteren Sozialwerke, auf Branchenlösungen usw. zu verweisen.

Ich bitte Sie – falls Sie eintreten –, die Vorlage entsprechend zu verbessern.

AB 2001 N 396 / BO 2001 N 396

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Am 4. März 2000, also vor gut einem Jahr, hat die SVP ihre Thesen zur AHV präsentiert. Ich zitiere: Ein "Abbau von Besitzständen" sei "unvermeidlich", "Kapitaldeckung statt Umlageverfahren in der AHV", "Massgeschneiderte Vorsorge statt Zwangskorsett" – was wohl heissen soll: Fürsorge statt Rechtsansprüche. Kurz darauf wurden diese Forderungen von der Partei dementiert. Heute aber scheint es, dass die vereinigten Fraktionen von CVP, FDP und SVP immer noch ein geheimes Drehbuch haben, das genau



darauf hinausläuft. Die Einflüsterer sind immer die gleichen, sie sitzen bei der Privatassekuranz und bei den Banken. Dies meine ich mit Blick auf die Vorschläge im Bereich der Indexierung: Die FDP-Fraktion beantragt Rückweisung, Herr Triponez will den Teuerungsausgleich erst nach vier Jahren, Frau Heberlein will mit ihrem Antrag den Mischindex schrittweise abschaffen, die Mehrheit der Kommission will den Mischindex ausser Kraft setzen, wenn das Volk einmal ein Mehrwertsteuerprozent ablehnen würde – wobei wir heute nicht wissen, mit welchen Paketen dieses Mehrwertsteuerprozent dann verbunden würde.

Wir von der SP-Fraktion lehnen diese Angriffe auf die Indexierung allesamt ab, und zwar nicht einfach deshalb, weil sie unsozial sind und heute die Opfersymmetrie fehlt, sondern vor allem, weil den bürgerlichen Vorschlägen jegliche Einsicht in makroökonomische Zusammenhänge fehlt.

Die Wirtschaft lebt bekanntlich vom Ausgeben, also von der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, und nicht von den Ersparnissen und der Spekulation in Fantasiewerte. Wer die AHV hier knebelt, der verlagert die ganze Alterssicherung einfach auf die Ersparnisse in der zweiten Säule.

Wie sieht es denn dort aus? Die Schweiz spart Jahr für Jahr 20 bis 30 Milliarden Franken mehr, als in diesem Land investiert werden können. Mit dem Mischindex fahren wir die AHV schon jetzt schrittweise zurück, denn die Renten folgen den Löhnen nicht – nur zu 50 Prozent –, was heisst, dass die Neurenten, verglichen mit den Löhnen, jedes Jahr ein bisschen weniger wert sind.

Bei der zweiten Säule haben wir die umgekehrte Situation: Niemand weiss wohin mit dem Geld. Jede blöde Internetfirma ist gut genug, dass man ihr das Geld nachwirft – damit die grossen Kapitalien irgendwo versorgt werden können. Dabei ist es völlig offen, was man für dieses Geld einmal bekommt, wenn die Babyboomer-Generation weltweit pensioniert wird und alle diese Leute beginnen, ihre Aktien zu versilbern.

Es gibt nur noch ein einziges Land auf der Welt, das so agiert, und das ist Japan. Dort hatten wir die genau gleichen Immobilienpreisexzesse, wir hatten eine Börsenexpansion mit anschliessendem Zusammenbruch. Auch in der Schweiz steuern Sie voll in diese Richtung, wenn Sie am AHV-Mischindex rütteln, Sie verschärfen diesen Trend. Der Internationale Währungsfonds, mit dem wir ja sonst nicht immer einig sind, hat 1996 eine Studie publiziert: "Is capital being overaccumulated in Switzerland?" Darin wird nachgewiesen, dass die Schweiz mit unvernünftig hohen Summen auf unvernünftige Art und Weise Ersparnisse bildet, und zwar Ersparnisse, die nicht mehr real zu einer Rendite führen, weder mikro- noch makroökonomisch.

Kein anderes Industrieland der Welt spart so viel wie die Schweizer und Schweizerinnen, wir sollten es hier nicht noch mehr auf die Spitze treiben. Hören Sie auf mit dieser Selbsthypnose in Sachen Demographie: Seit 1975 hat sich die Zahl der Rentner bereits um 50 Prozent erhöht, niemand hat es gemerkt! Wir mussten nur einmal die Beiträge erhöhen, aber nicht etwa wegen der demographischen Entwicklung, sondern wegen einer hausgemachten langen Rezession, die genau auf diese Sparexzesse zurückzuführen ist.

Die zweite Säule ist nicht sicherer als die AHV. Wir brauchen beide Systeme, und wir müssen sie so ausbauen, dass das Wirtschaftswachstum möglichst gross ist. Das erreichen wir nur, wenn wir die AHV im heutigen Ausmass weiterführen. Deshalb: Hände weg vom Mischindex, sonst ist ein Referendum wahrscheinlich!

Robbiani Meinrado (C, TI): Nell'ambito della posizione favorevole all'entrata in materia del gruppo democratico-cristiano, desidero sottolineare l'importanza decisiva del pensionamento flessibile o "à la carte" quale elemento qualificante dell'11a revisione dell'AVS. Una soluzione adeguata in materia di pensionamento flessibile costituisce innanzitutto un atto di intelligente adattamento a quella che è l'evoluzione a livello culturale e sociale, in secondo luogo un atto di responsabile adattamento all'evoluzione in atto nell'economia, e in terzo luogo un atto tout court di giustizia rispetto alle disparità tutt'ora esistenti anche nel campo del pensionamento.

Prima considerazione: da un profilo generale, appare con evidenza che il corpo sociale tende a diversificarsi nelle scelte dei suoi attori. A schemi piuttosto rigidi e uniformi prevalenti in passato, vanno gradatamente sostituendosi traiettorie più fluide, più diversificate, più personalizzate, ruotanti attorno al baricentro dell'individuo. L'organizzazione del tempo è certamente un terreno privilegiato dove il singolo individuo esercita la sua autonomia. La tendenza ad individualizzare i percorsi è oggi più forte e più visibile, accentuata nella gestione del tempo ravvicinata, riguardante cioè la durata settimanale e annuale del tempo, piuttosto che nella sua articolazione di più ampio termine, cioè riguardante l'arco della vita. Tuttavia la realtà sociale presenta già oggi una gamma particolarmente diversificata di opzioni anche in questo campo, cioè in materia di pensionamento. La sicurezza sociale, per evitare uno scollamento crescente rispetto alla realtà sociale, non può che adattarsi a forme di flessibilità anche in questo campo.

Seconda constatazione: il pensionamento flessibile è indispensabile alla luce dell'evoluzione in atto nell'economia e nel mercato del lavoro. L'attuale ristrutturazione condotta dalle aziende, alla ricerca di dimensioni e di fisio-nomie rispondenti ad un mercato più aperto e competitivo, esercita ricadute sull'occupazione, e in particolare sull'impiego di coloro che sono meno attrezzati dal profilo del dominio delle nuove tecnologie e delle compe-



tenze oggi richieste. D'altronde, l'organizzazione del lavoro e i processi di produttività accresciuta accentuano fortemente i ritmi e il carico di lavoro, con un logoramento precoce, soprattutto in certi settori e funzioni. Tant'è vero che la congiunzione tra, da una parte, la tendenza all'individualizzazione dei percorsi e, dall'altra, l'evoluzione in atto nell'economia e nel mercato del lavoro, fanno sì che negli anni novanta, come indicato dall'Ufficio federale di statistica, circa un terzo delle persone attive ha anticipato di un anno il pensionamento, un quinto lo ha anticipato di tre anni, e un dodicesimo circa di cinque anni. Quindi l'attuale limite legale di pensionamento visibilmente non riflette più una realtà andata rapidamente diversificandosi.

Terza constatazione: il pensionamento flessibile è anche, e direi soprattutto, un fattore di giustizia: troppo spesso si dimentica che il pensionamento codifica oggi situazioni di evidente disparità. Le disparità tra le diverse categorie socioprofessionali sono particolarmente acute dal profilo della mortalità e dell'invalidità e di conseguenza dal profilo dell'accesso e della durata del pensionamento stesso. La probabilità di raggiungere il pensionamento è più bassa per le persone che esercitano un'attività manuale, e per questa categoria anche la durata del pensionamento è mediamente più breve. Non è perciò superfluo ricordare che studi recenti indicano che il tasso di mortalità dei lavoratori dell'edilizia prima dell'età del pensionamento è ad esempio di circa 1,6 volte superiore a quello delle persone più qualificate, oppure che solo circa il 60 per cento dei lavoratori dell'industria dell'edilizia raggiungono i 65 anni pienamente abili al lavoro. Disparità esistono anche dal profilo del prepensionamento: con la situazione odierna, la percentuale dei quadri, cioè di chi esercita responsabilità e funzioni direttive in prepensionamento, è circa doppia rispetto a quella delle altre categorie.

Proprio queste disparità mettono in evidenza la necessità non solo di un sistema ben strutturato di un pensionamento flessibile, ma anche di un sistema sociale di flessibilità. È cioè indispensabile che anche le persone con il reddito più

AB 2001 N 397 / BO 2001 N 397

basso possano effettivamente optare per il prepensionamento senza esserne escluse de facto. È un atto di irrinunciabile giustizia sociale adottare un modello che favorisca le persone a reddito modesto.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Wenn wir auf die 11. AHV-Revision eintreten, ist dies der Beginn von wichtigen Revisionen einer ganzen Reihe von Sozialversicherungen. Es folgen ja bekanntlich die Revision des BVG, die 4. IV-Revision, auch die ALV soll revidiert werden. Man könnte dann auch noch die "Dauerbaustelle" KVG dazunehmen. Das ist für uns beteiligte Parlamentarier, die sich mit diesen Fragen auseinander setzen, natürlich hochinteressant. Aber viel wichtiger ist, dass damit für unsere Bevölkerung und unser Land wichtige Entscheide zu fällen sind. Eine eigentliche innenpolitische Weichenstellung ist damit verbunden.

Die Fragen, die sich zu Beginn dieser Revisionen und dieser Weichenstellung stellen – insbesondere bei der AHV –, sind klar: Wieviel Sozialstaat wollen wir? Wie gross darf die Last sein, die Beitragszahlern zugemutet werden darf oder kann? Oder: Gibt es ernsthafte gesellschaftliche und soziale Probleme in unserem Land, die einen Weiterausbau, wie wir ihn bisher gehabt haben, rechtfertigen? Das sind die entscheidenden Fragen, welche es in dieser Sondersession zu beantworten gilt.

Wenn wir eine Gesamtbeurteilung aus Sicht der SVP-Fraktion vornehmen, können wir feststellen, dass eine eigentliche soziale Not, wenn überhaupt, nur noch in bescheidenstem Mass vorhanden ist – zum guten Glück. Es schliesst aber selbstverständlich nicht aus, dass gesellschaftliche Veränderungen, welche immer wieder stattfinden, den Gegebenheiten entsprechend in unsere Sozialversicherungen aufzunehmen und die Anpassungen zu machen sind. Theoretische Menschenbilder allerdings und vorauseilende gesellschaftliche Wunschvorstellungen haben im Zusammenhang mit den Volksversicherungen keinen Platz.

Aufgrund der finanziellen Entwicklung der Soziallast in unserem Land – welche in den letzten zehn Jahren von rund 21 Prozent auf etwa 26 oder 27 Prozent des Bruttoinlandproduktes angestiegen ist – ist grosse Zurückhaltung angesagt. In den Rezessionsjahren nach 1991 war die Herausforderung selbstverständlich viel grösser. Nach der Überwindung dieser Rezessionszeit müsste man nun umso mehr versuchen, die Last wieder abzubauen. Mit einem Aufwand von über einem Viertel des Bruttoinlandproduktes für die soziale Sicherheit ist das erträgliche Mass überschritten.

Wenn ich vorhin von innenpolitischen Weichenstellungen gesprochen habe, so habe ich es vor diesem Umfeld und aufgrund des Wissens getan, dass vergleichbare westliche Staaten, welche mit 30 Prozent und mehr Soziallast konfrontiert sind, heute damit beschäftigt sind, unangenehme und einschneidende Reformen durchzuführen. Herr Rechsteiner-Basel, das ist die Arbeit ihrer Parteikollegen in den übrigen westeuropäischen Staaten. Sie haben in der Sozialpolitik jahrelang Versprechungen gemacht, die sie heute nicht mehr halten können. Wir sollten daraus eigentlich die Lehre ziehen, den Bogen nicht zu überspannen. Die Erhaltung der Renten ist angesagt – nicht Experimente, die in zehn bis fünfzehn Jahren nicht mehr bezahlt werden können.



Während einiger Jahrzehnte war der schrittweise Ausbau der Sozialversicherungen nur gerade in der Grösse der Schritte umstritten, aber nicht in der Richtung. Es waren alle mit der Marschrichtung einverstanden. Heute können wir dieser Marschrichtung, diesem weiteren Ausbau der Sozialversicherungen, nicht mehr zustimmen. Korrekturen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel können sinnvoll sein. Ein weiterer Ausbau gefährdet die Solidarität, und die Schattenwirtschaft wird gefördert. Wenn Sie die Entwicklung der Schattenwirtschaft in den letzten Jahren verfolgt haben, sollten Sie eigentlich mit neuen Steuern und Abgaben vorsichtig sein. Es soll sogar ein Gesetz geben. Ich empfehle Ihnen, kein Gesetz gegen die Schattenwirtschaft zu machen, sondern eben die Abgabenlast zu reduzieren oder zumindest zu stabilisieren. Das ist die beste Massnahme gegen die Schattenwirtschaft. Der Weiterausbau von Sozialleistungen ist mit Unsicherheiten verbunden. Es wurde verschiedentlich angesprochen, dass sehr viele Minderheitsanträge in der Vorlage zu finden sind, dass die Arbeit der Kommission nicht besonders gut gewesen sei. Diese Vielfalt von Minderheitsanträgen ist das Resultat der bevorstehenden spürbaren Weichenstellung im sozialpolitischen Bereich, die ich angesprochen habe. Eine Rückweisung, wie sie die FDP-Fraktion bezogen auf die AHV-Gesetzesrevision vorschlägt, bringt nichts. Die Anliegen, die Sie aufgelistet haben, haben wir alle detailliert besprochen, und wir haben entschieden. Eine Rückweisung dürfte keine neuen Resultate bringen. Es ist eine politische Frage, die wir hier im Parlament auszumehren haben. Das sind Fragen, denen wir uns zu stellen haben. Die SVP-Fraktion wird auf die Vorlage 2, auf die eigentliche AHV-Gesetzesrevision, eintreten, im Wesentlichen auf Ausbauschritte verzichten und dem Auftrag unserer Wähler folgen, die Renten zu sichern, ohne neue Steuern zu erheben. Das heisst eben auch, dass wir auf die Vorlage 1, Mehrwertsteuererhöhung, nicht eintreten werden und allenfalls alternativ, eventual, die Rückweisung dieses Teils der Vorlage unterstützen werden.

Cavalli Franco (S, TI): Peccato che il collega Bortoluzzi non abbia parlato in italiano, altrimenti avremmo avuto tre oratori che si esprimevano in italiano uno dopo l'altro, un record per questo Parlamento!

La costituzione dice che l'AVS deve garantire il minimo sufficiente per vivere. Siamo ancora abbastanza lontani dal raggiungere questo traguardo, ecco perché il gruppo socialista non è abbastanza soddisfatto del messaggio del Consiglio federale, che è un messaggio di regressione sociale. Ma anche il risultato raggiunto dalla commissione non ci soddisfa: è un minimo da cui il nostro gruppo vuole partire per migliorarlo e del quale non si accontenterà.

Tutto ciò è il risultato di una campagna isterica, che dura ormai da più di dieci anni e che predica che purtroppo in futuro non potremo più finanziare l'AVS. Da quando esistono i sistemi pensionistici, la destra, a cominciare dagli anni trenta in Germania e in Gran Bretagna, ha sempre detto: "Se si continua così, non potremo più finanziare le pensioni!" Non è mai stato vero, e non è vero nemmeno questa volta. Basta guardare i conti dell'anno scorso: sette miliardi di franchi in più del previsto per la Confederazione, quasi un miliardo e mezzo di franchi in più per l'AVS.

Ora non abbiamo più solo l'UDC, che se potesse eliminerebbe l'AVS – come le è scappato detto l'unica volta che è stata sincera, ad Altdorf. Ma anche il Partito radicale-democratico, con una mossa demagogica – che è forse il primo risultato dell'era Bühler – viene qui a proporre il rinvio in commissione. Tutti sanno che il rinvio in commissione non cambia per niente il risultato, non lo migliorerebbe. Anzi il Consiglio federale ha già ceduto qualcosa sulla pensione delle vedove. Approfittiamo di questo momento favorevole e decidiamo qui, sul nucleo centrale, che è quello del pensionamento flessibile.

Come ha ben detto il collega Robbiani, le differenze nella durata della vita a disposizione aumentano tra coloro che hanno e coloro che non hanno. È quindi un dovere morale urgente permettere un pensionamento flessibile per compensare queste differenze. Decidiamo però qui: non ha nessun senso tornare in commissione, poiché l'unica arma che può ancora far migliorare quanto è stato ottenuto dalla commissione è la paura che tutti devono avere – penso al risultato chiarissimo ottenuto nella Svizzera italiana sul pensionamento flessibile – , cioè quella del ricorso alla votazione popolare. È solo con quest'arma che possiamo migliorare il risultato. Cerchiamo quindi di decidere oggi.

Baumann Stephanie (S, BE): Sie alle wollen die AHV langfristig sichern, aber die FDP-Fraktion will hier drin nicht einmal über die ganze Breite der Vorschläge diskutieren, die vorliegen. Das ist übrigens der einzige Punkt, in dem ich mit

AB 2001 N 398 / BO 2001 N 398

Herrn Bortoluzzi übereinstimme, nämlich dass die Vorschläge alle auf dem Tisch liegen. Sie alle wollen also die AHV retten – und was tun Sie? Sie kürzen oder streichen die Renten ausgerechnet bei den Leuten, die auf eine gute Alters- oder Witwenrente angewiesen sind.





Die FDP-Fraktion, die SVP-Fraktion und ein Teil der CVP-Fraktion wollen nur denjenigen eine Frühpensionierung erlauben, die es sich finanziell leisten können. Sie wollen, dass die Verkäuferin, der Bauarbeiter bis 65 oder länger arbeiten müssen; kein Wort davon, dass man in diesen Berufen mit 62 Jahren ausgebrannt sein könnte. Alles unter dem Titel: Sicherung der AHV.

Die Wirtschaft brauche Arbeitskräfte, ist hier gesagt worden. Das ist eine sehr herzlose Behauptung angesichts der vielen Frauen und Männer in tiefen und mittleren Einkommensschichten, die alle keine Anstellung mehr erhalten, wenn sie über 55 sind. Wer nicht ganz abgehoben politisiert, kennt selber unzählige Beispiele, und wer nur ein wenig nachdenkt, der weiss, dass man nicht plötzlich aus einem Metzger, der keine Stelle mehr findet, einen gefragten Informatiker machen kann.

Die SVP-Fraktion und die CVP-Fraktion wollen den Witwen die Rente verweigern, die sie in einer schwierigen Lebenssituation dringend brauchen würden. Ausgerechnet diejenigen Politiker, die die Frauen daheim am Herd behalten wollen, erwarten von den gleichen Frauen, dass sie dann als Witwen ohne Berufserfahrung ihr Leben ohne Unterstützung selbst in die Hand nehmen können.

Warum diese Härte? Eine Sozialversicherung, welche diesen Namen verdient, muss sich an den sozialen Bedürfnissen orientieren. Herr Pelli, Sie stellen die soziale Abfederung der Frühpensionierung als ideologisch verbrämte Forderung dar. Herr Bortoluzzi stellt sie als gefährliches Experiment dar, sozusagen als nettes Geschenk, das wir uns nicht leisten können. Abfederung der Frühpensionierung ist erstens kein nettes Geschenk, und zweitens können wir uns eine sozial abgefederte Frühpensionierung leisten. Auch wenn wir in dieser 11. AHV-Revision die Witwen nicht bluten lassen, auch wenn wir eine sozial abgefederte Frühpensionierung beschliessen, bleibt die Bilanz für die AHV-Rechnung positiv.

Die SP-Fraktion wird es also nicht zulassen, dass hier die AHV in einer ungerechten Sparübung kaputtgemacht wird, und – Frau Egerszegi – wir lassen es uns auch nicht nehmen, dass der eigentliche Vater der AHV ein SP-Bundesrat war, nämlich Hans-Peter Tschudi.

Wir werden am Ende der Beratungen Bilanz ziehen. Zuerst kämpfen wir aber für unsere Vorstellungen, treten deshalb auf beide Vorlagen ein und weisen sie nicht an die Kommission zurück.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Mit Ihren engagierten Voten habe ich eigentlich gerechnet. Aber so viele Utopisten, Fantasten, Irrealisten, Idealisten und eine Hand voll Realisten habe ich noch nie unter dem gleichen Dach angetroffen. Ich spreche bewusst in der männlichen Form: Es haben vierzehn Männer gesprochen und sieben Frauen. Zwei Fünftel dieser Rednerinnen und Redner möchten die AHV ganz klar verbessern und ausbauen; zwei Fünftel möchten sie ganz klar restriktiver gestalten; ein Fünftel ist bereit, auf die Mehrheitsbeschlüsse der Kommission einzutreten und findet diese Beschlüsse sogar diskussionswürdig. Herr Bortoluzzi möchte auf die Vorlage 1 nicht eintreten; das ist der Teil der Finanzierung. Ich muss Sie fragen, Herr Bortoluzzi, ob ich mein Büchergestell, das ich an meine neue Wohnung anpassen möchte, in Ihre Schreinerei bringen kann, ohne zu fragen, was die ganze Sache kostet. Sie müssten immerhin bereit sein, auf diese Vorlage einzutreten und dann eben mitzudiskutieren und zu sagen, was Sie überhaupt möchten. Zudem sind Sie widersprüchlich, Herr Bortoluzzi: Bis jetzt haben Sie eigentlich immer die Meinung vertreten, dass Sie eine langfristige Planung der Finanzen bis ins Jahr 2025 möchten; heute schimpfen Sie, dass man im Bereich der Mehrwertsteuer kaum verbindliche Zahlen habe und dass man über Mehrwertsteuerprozentage nicht diskutieren dürfe. Dabei haben wir in der Kommission klar entschieden, dass nicht der Bundesrat die Kompetenz bekommt, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, sondern das Parlament.

Herr Zisyadis möchte auf die Vorlage 2 nicht eintreten, und Herr Maspoli möchte sie zurückweisen. Herr Zisyadis macht geltend, dass er endlich die zweite Säule mit der ersten fusionieren möchte. Ich kann ihm keinen Vorwurf machen, da er nicht im Parlament war, sondern eine Pause machte, als wir hier 1995 eine grosse Grundsatzdebatte über den so genannten Dreisäulenbericht geführt haben. Wie der Bundesrat wollte auch eine Mehrheit des Parlamentes ganz klar am Dreisäulenprinzip festhalten. Das ist ein Grundsatzentscheid, den wir nun effektiv respektieren müssen.

Ganz klar jedoch nehmen wir eine Annäherung der zweiten an die erste Säule vor, indem wir in der Kommission und in der Subkommission jetzt ganz intensiv über einen Koordinationsabzug diskutieren, der auch mehr Leute im Arbeits- und Teilzeitbereich erfassen würde.

Herr Pelli möchte namens der freisinnig-demokratischen Fraktion die Arbeit an die Kommission zurückgeben, weil die Kommission angeblich nicht parlamentswürdig gearbeitet hat. Ich muss Ihnen sagen, dass die Arbeit in der Kommission äusserst intensiv und spannend war. Zudem habe ich als Präsidentin dieser Kommission noch nie eine so grosse Leistungsbereitschaft erlebt. Die Kommission war bereit, im Januar 2001 sogar drei Tage zusätzlich zu tagen – hinzu kam ein Sitzungstag der Subkommission, für deren Mitglieder waren es also vier zusätzliche Tage –, und die Kommission war komplett anwesend. Ich bitte Sie, Herr Pelli, Ihre sechs



sehr engagierten Kommissionsmitglieder aus der FDP-Fraktion zu konsultieren, bevor wir die Vorlage zurückweisen. Konsultieren Sie erst die beiden Frauen, die sich in der Witwenfrage nicht einig sind, dann die vier Männer und dann alle sechs Mitglieder miteinander: Die FDP-Fraktion war sich nicht einmal in der Frage des Teuerungsausgleichs einig; nicht einmal in der Frage, ob man zum Beispiel bei 4 oder 6 Prozent Teuerung eine ausserordentliche Anpassung vornehmen soll. Es ist eine wahre Utopie zu glauben, dass die Kommission bei einer Rückweisung zu neuen Zielen und zu neuen Entscheiden kommen wird, wenn schon die Fraktionen in sich dermassen gespalten sind.

Ich glaube, Herr Stahl gehört zu den Fantasten: Er glaubt im wahrsten Sinn des Wortes, dass man die AHV-Rentensumme – das will er klar mit Blick auf seine Wählerschaft – ohne Mehrwertsteueranpassung, ohne Lohnprozente und ohne die Anpassung und Erhöhung der Beiträge der Selbstständigerwerbenden erhalten kann.

Zum ersten Mal höre ich von der SVP-Fraktion, dass es eine Minderheit gibt. Ich bin froh darüber, dass das zum Ausdruck kommt und eine Gruppe bereit ist, zu diskutieren. In der Tat: Was wir heute tun, ist ein Politikum; die Fakten liegen alle auf dem Tisch. Als Richterin und Mediatorin sage ich immer, dass ein Kompromiss dann gut ist, wenn beide Seiten damit nicht ganz zufrieden sind.

Abschliessend würde ich sagen – Herr Fattebert hat es auf den Punkt gebracht -: Politik heisst, Unmögliches möglich machen. Seien Sie bereit, werden Sie Realisten und Realistinnen, dann haben wir am Mittwoch eine gute Lösung für die Zukunft unseres Landes, für die Rentnerinnen und Rentner. Alle werden froh sein, wenn wir ihre Anliegen und Erwartungen ernst nehmen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Je concède volontiers à M. Bortoluzzi que les prévisions économiques sont délicates à moyen terme et aléatoires à long terme. Par contre, le nombre de retraités en 2025 est déjà connu. Il est certain que tout développement social alourdit la facture. Toutefois, j'aimerais faire remarquer les éléments suivants, aussi bien aux critiques des améliorations sociales, qu'ils jugent excessives, qu'à ceux qui les jugent insuffisantes, voire envisagent une refonte complète de la prévoyance-vieillesse.

1. La majorité de la commission est très attachée à notre système des trois piliers et n'entend pas le remettre en

AB 2001 N 399 / BO 2001 N 399

question. Ceci est ressorti à maintes occasions au cours des travaux.

2. Il y a eu 46 pour cent de oui à l'initiative populaire des Verts visant à l'introduction d'une retraite à la carte favorisant les revenus modestes, et une majorité évidente en Romandie et au Tessin. La majorité de la commission n'a pas entendu se dérober devant ces résultats et renvoyer les attentes d'une bonne partie de la population aux oubliettes. L'échec de l'initiative est essentiellement dû à ses ambitions peu réalistes et à ses coûts excessifs de 2,5 milliards de francs.

3. La commission a constaté que les revenus provenant de la TVA croissent moins vite que les dépenses supplémentaires de l'AVS dues à l'évolution démographique, et l'or de la BNS ne sera pas l'oeuf de Colomb, n'en déplaise à M. Fattebert. Les 800 millions de francs que pourraient rapporter les 1300 tonnes d'or ne font de toute évidence, pardonnez-moi l'expression, pas le poids face aux 4 milliards de francs que rapporte 1,5 point de TVA.

Il importe donc de se montrer prudent, malgré la reprise économique et les résultats fiscaux exceptionnels de l'année 2000. Les mesures préconisées par la 11e révision sont insuffisantes à elles seules pour garantir le financement de l'AVS sans recourir à la TVA.

Enfin, la proposition de renvoi à la commission du groupe radical-démocratique comporte quatre propositions qui ont déjà été examinées en profondeur par la commission au vu des données disponibles et dans la perspective évoquée. Un renvoi déboucherait sans doute sur un résultat similaire à quelques nuances près, étant donné les sensibilités politiques en présence.

Il appartient donc à ce Conseil de prendre ses responsabilités. Les différentes interventions que nous avons entendues jusqu'à présent au cours du débat d'entrée en matière ont déjà permis de dégager une certaine évolution de la réflexion.

La commission vous recommande donc d'entrer en matière sur le projet 1 de financement, par 15 voix contre 5 et avec 2 abstentions, et, à l'unanimité, pour le projet 2 de 11e révision de l'AVS.

Dreifuss Ruth (,): Je tiens tout d'abord à remercier la commission. Contrairement à ce qui a été dit, la commission a travaillé très sérieusement. Elle s'est non seulement penchée sur les différents éléments qu'elle avait à traiter, mais elle s'est efforcée, quitte à arriver parfois à des conclusions différentes, à étudier aussi les effets à moyen et à long terme des mesures qui lui étaient soumises. Cela l'a amenée à modifier toute une série



de points par rapport au projet du Conseil fédéral. Ce travail important et sérieux et l'analyse qui ont été faits méritent mieux qu'un renvoi en commission et méritent d'être poursuivis ici au plénum sur la base du terrain déblayé par la commission.

Il est vrai que la commission n'a pas été en mesure, jusqu'à présent, de réunir une majorité stable et qui se tienne sur l'ensemble des propositions. Il est clair que selon les sujets, les majorités sont changeantes et que l'on ne voit pas encore se dessiner clairement le paquet que pourraient représenter ces différentes mesures. C'est donc maintenant au plénum de faire ce travail d'approfondissement des différentes propositions qui sont sur la table afin de définir ensuite lesquelles sont possibles par rapport à une réforme d'ensemble.

Le Conseil fédéral vous prie instamment d'assumer cette responsabilité et de vous engager dans ce travail, c'est-à-dire d'entrer en matière sur les deux projets qui vous sont présentés aujourd'hui.

Le Conseil fédéral considère que cette entrée en matière signifie au fond trois choses:

Premièrement, le moment d'une révision est venu. Et je n'ai entendu personne nier que le moment soit bien choisi pour mener à bien cette 11^e révision de l'AVS. Il ne s'agit pas de régler tous les problèmes à très longue échéance. Il s'agit par contre d'amorcer le tournant, l'évolution nécessaire pour assurer l'objectif d'un équilibre à long terme, aussi par des mesures qui ont des effets à court terme. Le fait même que la situation n'est ni dramatique, comme certains aimeraient le faire croire, ni sans problème pour l'avenir à long terme, montre justement que l'horizon de cette réforme est bien choisi.

Deuxièmement, d'après différentes solutions possibles, cet horizon est une consolidation, un équilibre financier pour les dix, douze, voire quinze ans à venir. Je crois que jamais l'ambition du législateur n'aura été aussi grande d'établir, pour l'AVS, cet équilibre sur une période aussi longue. Par le passé, on a souvent pris des décisions sans se poser la question de savoir à partir de quel moment les dépenses pourraient dépasser les recettes. Ici, nous le faisons, et c'est un horizon raisonnable, étant donné que la direction générale est aussi la bonne.

Troisièmement, la révision montre quel est le débat. Le Conseil fédéral a proposé un certain nombre de mesures dans un certain nombre de domaines. Et grosso modo, on peut dire que la commission est entrée en matière sur chacun de ces domaines et qu'elle n'en a pas réellement ajouté d'autres. C'est-à-dire que nous savons sur quels points il vaut la peine aujourd'hui de discuter et d'essayer de trouver des aménagements capables de rallier finalement, au moment où l'ensemble sera discuté, un accord plus général.

A ce stade du débat d'entrée en matière à la première Chambre, le Conseil fédéral ne veut pas prendre position définitivement sur les différentes propositions dont il faut encore discuter. Il peut, je le dirai tout à l'heure, dans un certain nombre de domaines, abandonner les positions qui étaient initialement les siennes, ou signaler qu'une certaine évolution est nécessaire. C'est justement ce que j'attends ici de chacun d'entre vous: c'est-à-dire que tout en ayant des convictions fortes, vous puissiez savoir dans quels domaines faire un pas à la rencontre des autres est souhaitable, pour arriver à trouver une solution à laquelle, finalement, l'ensemble puisse se rallier.

Il faut très rapidement que je m'arrête sur les propositions qui sont maintenant sur la table, au moment où nous discutons de l'entrée en matière, et que je joigne ma voix à celle des rapporteurs de votre commission.

Première proposition, celle de M. Zisyadis qui refuse l'entrée en matière. M. Zisyadis n'a jamais réussi à accepter le système des deux piliers – les deux piliers principaux –, voire des trois piliers si on y ajoute ce qui reste malgré tout un privilège assez particulier, c'est-à-dire l'épargne individuelle favorisée sur le plan fiscal. Il souhaite en fait revenir, encore et toujours, à la fameuse votation de 1972, c'est-à-dire à une solution qui se rapprocherait de celle d'autres pays européens. Ces mêmes pays se demandent actuellement comment ils pourraient au contraire introduire, dans des systèmes de répartition générale, des éléments de capitalisation, des éléments de retraite obligatoire, mais modulés individuellement, tels que nous les avons avec le deuxième pilier.

En fait, M. Zisyadis nous dit: "C'est ce système que je ne veux pas; c'est ce système que je ne veux pas réformer; c'est ce système que je veux abolir dans les deux éléments qui le composent", à savoir un élément de répartition à forte redistribution sociale et un système que j'appellerai d'épargne forcée et de capitalisation à fort contenu, dans la mesure où il est suffisamment large – la commission aura à en discuter dans la réforme de la LPP – et permet de garantir un maintien du niveau de vie antérieur tout en laissant jouer à l'AVS son rôle redistributeur.

J'aimerais donc vous prier de ne pas suivre la proposition de non-entrée en matière Zisyadis, ni les arguments de M. Maspoli qui vont dans le même sens, et donc d'entrer en matière sur la 11^e révision de l'AVS.

J'aimerais vous prier de ne pas suivre la proposition de la minorité qui prévoit de ne pas entrer en matière sur le projet 1, celui concernant le financement par la fiscalité. Il est évident, indiscutable que l'AVS aura besoin, au cours des prochaines années ou des prochaines décennies, de moyens supplémentaires. Il est évident et



il n'est pas

AB 2001 N 400 / BO 2001 N 400

discutable que nous devons être prêts pour cette échéance, sans faire courir le risque à notre population d'une exigence – qui ne serait pas nécessaire – d'une augmentation fiscale. Mais nous devons être prêts, et dire clairement au peuple suisse que l'AVS ne peut pas être consolidée au tarif zéro.

La TVA a toujours été le type de fiscalité qui, aux yeux du Conseil fédéral, était celui que l'on devait réserver dans ses augmentations futures aux grands équilibres de la sécurité sociale. Cela, pour toute une série de raisons dont nous aurons l'occasion de parler plus tard, si vous acceptez de suivre la majorité de la commission et le Conseil fédéral et d'entrer en matière.

Une de ces raisons est que la TVA ne péjore pas la capacité concurrentielle du pays. Contrairement à ce qu'affirmait M. Fattebert, il est clair que c'est justement la TVA qui permet, dans les échanges internationaux, de régler le mieux les problèmes nationaux, sans peser sur les problèmes de concurrence internationale.

Le Conseil fédéral est convaincu, comme la commission, que l'on n'aura pas besoin de prélever un demi-point de taxe sur la valeur ajoutée dès 2003 ou 2004. Il renonce donc à demander à ce qu'il y ait un automatisme pour l'introduction rapide de ce demi-point. Il est plein de compréhension aussi pour la demande de la commission qui souhaite réserver au Parlement la possibilité, par voie légale, de mobiliser la taxe sur la valeur ajoutée. Il n'y a pas là de différence, surtout si j'ajoute que le Conseil fédéral comprend très bien que la discussion concernant le financement de l'assurance-invalidité devrait être liée à celle sur la réforme de l'assurance-invalidité. Quitte, en fin de compte, à présenter au peuple suisse un projet qui lui permette de connaître la facture dans son intégralité pour les douze ou quinze prochaines années.

Là où le Conseil fédéral aura de la peine avec les propositions de la majorité de la commission – et j'aimerais l'annoncer d'entrée de jeu –, c'est lorsque celle-ci ne tient pas compte de la charge supplémentaire pour les finances publiques liée à l'augmentation des dépenses de l'AVS. En privant la caisse publique d'une source de financement pour participer à la couverture des dépenses de l'AVS – et c'est la fameuse discussion sur la part de 17 pour cent –, la commission, au fond, remplit un trou en en creusant un autre. Et certains y trouveront certainement un avantage en se disant que l'Etat, privé de moyens, sera obligé de réduire son activité dans d'autres domaines. Sur ce plan-là donc, dans l'examen de détail, j'aimerais pouvoir vous expliquer les conséquences de la proposition de la majorité de la commission et vous annoncer que le Conseil fédéral se sent la responsabilité sinon de la combattre, du moins de chercher d'autres réponses qui permettront aux finances fédérales de réduire cette charge accrue, qu'autrement elles ne pourraient pas couvrir.

En ce qui concerne la proposition du groupe radical-démocratique consistant à renvoyer l'objet à la commission, j'ai déjà dit que la commission avait fait un excellent travail et que tout était maintenant sur la table. Je suis heureuse de voir que d'autres partagent cette analyse et j'espère ainsi qu'il n'y aura pas de renvoi à la commission.

J'aimerais finalement souligner une chose pour répondre aux deux problèmes mis en évidence par le groupe radical-démocratique, qui propose le renvoi à la commission. Lorsque M. Pelli dit que le financement de l'AVS à moyen et à long terme pose des problèmes plus graves depuis les dernières statistiques qui ont été publiées, je suis au regret de devoir le contredire. Les dernières statistiques sont plus optimistes ou moins pessimistes que toutes les prévisions sur lesquelles nous avons basé jusqu'à présent les perspectives d'avenir de l'AVS. Le vieillissement de la population semble se ralentir au vu des dernières données intégrées. Il n'y a là donc aucun argument en faveur d'une situation qui se révélerait tout d'un coup plus dramatique. Bien au contraire, je crois que nous entrons dans des eaux plus calmes et que nous pouvons aborder les choses avec plus de sérénité. Mais prenons les deux prestations que le groupe radical-démocratique a évoquées.

1. La question de la flexibilisation de l'âge de la retraite: le Conseil fédéral s'opposera de façon véhémement à une formule qui, selon le calcul actuariel, pénaliserait autant les petits que les hauts revenus et priverait de ce fait les petits revenus de la possibilité d'une retraite anticipée. J'aurai l'occasion de revenir là-dessus, mais il est clair que la somme de 400 millions de francs du projet du Conseil fédéral est à considérer comme un minimum. Cette solution est celle que le Conseil fédéral vous présente, et il n'entend soutenir aucune proposition qui irait en dessous de ce que prévoit son projet dans ce domaine.

2. En ce qui concerne la mise en conformité des droits des assurés avec les réalités sociales d'aujourd'hui et de demain, cela suppose un réexamen modéré de ces droits. Mais en aucun cas cela ne justifierait la suppression du système de la rente de veuve et de veuf, comme l'exprime le groupe radical-démocratique. Premièrement, je dois lui donner fondamentalement raison – le Conseil fédéral n'a jamais voulu supprimer le système de la rente de veuve et de veuf. Deuxièmement, je dis que les dispositions du projet du Conseil fédéral ne concernent sans doute pas encore les réalités sociales d'aujourd'hui. Et de ce fait, le Conseil fédéral attend



avec intérêt les débats ici et considère que son propre projet était sur ce point un projet qu'il n'était pas bon de suivre. Le coût de cette réforme serait trop lourd à porter pour des personnes à qui l'économie n'offre pas encore la possibilité de vivre de façon autonome et de recevoir les ressources dont elles ont besoin par leur propre travail. C'est ainsi que le Conseil fédéral montre qu'il souhaite être flexible dans le cadre d'une ambition de cette 11^e révision qui n'a pas été discutée. Il vous invite donc à montrer la même volonté d'aboutir et la même prudence à ne pas casser des situations sociales qui méritent notre plein soutien.

Il y a des devises qui sont vivantes lorsqu'on les transcrit dans une loi: un pour tous, tous pour un; c'est notre devise. L'AVS est certainement la loi qui permet au mieux de la faire entrer dans la vie quotidienne.

Je vous appelle donc à la fois de faire acte de volonté, de prudence dans la recherche de solutions et de vous écouter les uns les autres. Dans ce sens-là, veuillez entrer en matière sur les deux volets du projet de réforme présenté.

Hess Peter (C, ZG): Wir stimmen zuerst über den Antrag der Minderheit Bortoluzzi ab, auf die Vorlage 1 nicht einzutreten.

Abstimmung – Vote

Für Eintreten 151 Stimmen

Dagegen 28 Stimmen

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir stimmen nun über den Antrag Zisyadis ab, auf die Vorlage 2 nicht einzutreten.

Abstimmung – Vote

Für Eintreten 177 Stimmen

Dagegen 5 Stimmen

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir kommen nun zu den Rückweisungsanträgen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Maspoli 11 Stimmen

Dagegen 171 Stimmen

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der FDP-Fraktion 39 Stimmen

Dagegen 143 Stimmen

AB 2001 N 401 / BO 2001 N 401

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1





Antrag der Kommission

Abs. 2 Bst. c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Streichen

Abs. 6

Der Bundesrat kann für bestimmte Tätigkeiten vorsehen, dass Personen mit Wohnsitz im Ausland, die einer dieser Tätigkeiten während verhältnismässig kurzer Zeit in der Schweiz nachgehen, auf ihr Gesuch hin von der Versicherungspflicht befreit sind.

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 2 let. c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

Biffer

Al. 6

Le Conseil fédéral peut prévoir, pour des activités déterminées, que des personnes domiciliées à l'étranger, qui viennent en Suisse pour exercer une de ces activités pendant une période relativement courte, soient exemptées à leur demande de l'obligation de s'assurer.

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 5

Antrag der Kommission

Die Nichterwerbstätigen bezahlen einen Beitrag je nach ihren sozialen Verhältnissen. Der Mindestbetrag beträgt 648 Franken im Jahr. Die Beiträge werden in gleicher Weise abgestuft wie die Beiträge nach Artikel 10 Absätze 1bis und 1ter.

Art. 2 al. 5

Proposition de la commission

Les assurés n'exerçant aucune activité lucrative paient des cotisations selon leur condition sociale. La cotisation minimum s'élève à 648 francs par an. Les cotisations sont échelonnées de la même manière que les cotisations dues en vertu de l'article 10 alinéas 1bis et 1ter.

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... und endet am Ende des Monates, in welchem sie das 65. Altersjahr vollenden, oder am Ende des Monates, bevor sie eine volle Altersrente vorbeziehen.

Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Föhn

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

.... ab welchem sie eine ganze Altersrente vorbeziehen.

Art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

.... 20 ans et cesse à la fin du mois où elles atteignent 65 ans ou à la fin du mois qui précède celui où elles touchent une rente de vieillesse complète.

Al. 4



Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Föhn

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

.... ou celle où elles touchent une rente de vieillesse anticipée complète.

Abs. 1 – Al. 1

Föhn Peter (V, SZ): Ich beantrage bei Artikel 3 Absatz 1 zweiter Satz dem Bundesrat zu folgen, was dann auch – das nehme ich hier gleich zusammen – bei Artikel 5 Absatz 3 meiner Meinung nach sinngemäss angewendet werden müsste.

Es geht hier um die Beitragsleistung für Nichterwerbstätige, bei der ich der Meinung bin, dass richtigerweise die Beitragspflicht am 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres beginnt und – wie es der Bundesrat vorerst vorgeschlagen hat – am 31. Dezember vor Vollendung des 65. Altersjahres oder vor dem Kalenderjahr, ab welchem sie eine ganze Altersrente vorbeziehen, zu beenden ist. Das betrifft, ich sage es noch einmal, Artikel 3 Absatz 1.

Zurzeit dauert die Beitragspflicht für Nichterwerbstätige bis zum Ende des Monats, in welchem sie das 63., 64. oder 65. Altersjahr vollendet haben. Daraus ergibt sich, dass eine im Januar geborene Person nur noch für einen Monat Beiträge schuldet, während die im Dezember geborenen Versicherten noch Beiträge für zwölf Monate zu bezahlen haben. Die Beitragspflicht beginnt aber, wie schon gesagt, nach Vollendung des 20. Altersjahres.

Wird das Ende der Beitragspflicht bei Nichterwerbstätigen einheitlich auf den 31. Dezember des dem Rentenalter bzw. dem Vorbezug einer ganzen Altersrente vorangehenden Jahres festgesetzt, dann lässt sich diese Ungleichbehandlung eliminieren. Diese Änderung rechtfertigt sich umso mehr, als für die Rentenberechnung das nach dem 31. Dezember vor Eintritt des Rentenbeginnes erzielte Erwerbseinkommen berücksichtigt wird. Das zu meinem Antrag.

Zudem haben Sie vielleicht die Nuance gesehen: Im Entwurf des Bundesrates und im Antrag der Kommissionmehrheit wird fälschlicherweise von einer "vollen Altersrente" gesprochen. Man spricht aber entweder von einer ganzen oder eben von einer halben Rente. Eine volle Rente bedeutet nichts anderes als die vollständige Beitragsdauer. Deshalb müsste auch diese Korrektur vorgenommen werden.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, der diese Korrektur am Entwurf des Bundesrates vornimmt.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Herr Föhn möchte bei den Beiträgen der Nichterwerbstätigen und der Erwerbstätigen zurück zum Modell Bundesrat. Die Kommission hat in beiden Artikeln anders entschieden, und zwar aus finanziellen Gründen.

Wenn jemand z. B. im Dezember Geburtstag hat, wird er schon im Jahr zuvor von der AHV nicht mehr erfasst, d. h., er muss keine Beiträge mehr bezahlen. Nachdem die 11. AHV-Revision unter dem Zeichen der Konsolidierung der Finanzen steht, ist der Antrag in der Kommission praktisch einstimmig angenommen worden. Ich bitte Sie also, dem Antrag der Kommission zuzustimmen und den Antrag Föhn zu Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b abzulehnen.

Hingegen hat Herr Föhn Recht, wenn er den zweiten Satz von Artikel 3 Absatz 1 ändern will: "ganze Altersrente" statt "volle Altersrente". Wir sprechen ja von "halben" und "ganzen" Renten.

AB 2001 N 402 / BO 2001 N 402

Ich empfehle Ihnen namens der Kommission, in Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b dem Antrag der Kommission zuzustimmen und den Antrag Föhn abzulehnen, aus finanziellen Gründen für die Kasse, aber in Artikel 3 Absatz 1 im zweiten Satz "volle" durch "ganze" zu ersetzen.

Dreifuss Ruth (,): Plusieurs choses sont incluses dans cette proposition. La première concerne la rente de vieillesse anticipée complète; là, les remarques de M. Föhn, en termes de rédaction, sont fondées.

En ce qui concerne le fait de savoir si c'est le 31 décembre ou si c'est le mois, je vous prie de suivre la proposition de la commission qui est plus favorable pour l'équilibre de l'AVS que la proposition Föhn.

Abstimmung – Vote

Für den modifizierten Antrag der Kommission 127 Stimmen

Für den Antrag Föhn 23 Stimmen





Präsident (Hess Peter, Präsident): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Abstimmung bei Artikel 21 nachträglich auch die Formulierung von Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 3 bestimmen wird.

*Abs. 4 – Al. 4
Angenommen – Adopté*

Art. 4 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 4 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 5
Antrag der Kommission
Abs. 2
Unverändert
Abs. 3 Bst. b, Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Föhn
Abs. 3 Bst. b

b. nach dem 31. Dezember vor Vollendung des 65. Altersjahres oder vor dem Kalenderjahr, ab welchem sie eine ganze Altersrente vorbeziehen.

Art. 5
Proposition de la commission
Al. 2
Inchangé
Al. 3 let. b, al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Föhn
Al. 3 let. b

b. après le 31 décembre de l'année précédant celle où ils atteignent l'âge de 65 ans, ou celle où ils touchent une rente de vieillesse anticipée complète.

Abs. 2, 5 – Al. 2, 5
Angenommen – Adopté

Abs. 3 Bst. b – Al. 3 let. b

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag Föhn ist aufgrund der vorangehenden Abstimmung erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 6
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit I



(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... betragen 8,4 Prozent

Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... 100 Franken abgerundet. (Rest des Absatzes streichen)

Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Stahl, Widrig)
Unverändert (7,8 Prozent)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Eventualantrag Cina

(falls der Antrag der Minderheit II abgelehnt wird)

Abs. 1

.... betragen 7,9 Prozent

Art. 6

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... à 8,4 pour cent du salaire

Minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... 100 francs immédiatement inférieur. (Biffer le reste de l'alinéa)

Minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Stahl, Widrig)
Inchangé (7,8 pour cent)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition subsidiaire Cina

(au cas où la proposition de la minorité II serait rejetée)

Al. 1

.... à 7,9 pour cent du salaire

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

.... von 8,1 Prozent wird erhoben

Minderheit I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... von 8,4 Prozent

Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... 100 Franken abgerundet. (Rest des Absatzes streichen)

Minderheit II

(Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Schenk, Stahl, Triponez, Widrig, Zäch)
Unverändert (7,8 Prozent)

Abs. 2





Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2001 N 403 / BO 2001 N 403

Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Versicherte, die auf ihrem massgebenden Lohn zusammen mit dem Arbeitgeber mindestens den Mindestbeitrag von 324 Franken im Jahr bezahlt haben, können verlangen, dass auf ihrem Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit anstelle des Mindestbeitrages ein Beitrag von 8,4 Prozent erhoben wird.

Abs. 3

.... dass auf einem jährlichen Einkommen aus einer nebenberuflich ausgeübten selbstständigen Erwerbstätigkeit bis zum Betrag der maximalen monatlichen Altersrente nur auf Verlangen des Versicherten Beiträge erhoben werden.

Eventualantrag Cina

(falls der Antrag der Minderheit II abgelehnt wird)

Abs. 1

.... von 7,9 Prozent

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

.... de 8,1 pour cent est perçue

Minorité I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

.... de 8,4 pour cent

Minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

.... 100 francs immédiatement inférieur. (Biffer le reste de l'alinéa)

Minorité II

(Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Schenk, Stahl, Triponez, Widrig, Zäch)

Inchangé (7,8 pour cent)

Al. 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Les assurés qui, conjointement avec leur employeur, ont acquitté un montant minimal de 324 francs sur leur salaire déterminant, peuvent exiger qu'en lieu et place du montant minimal perçu sur le revenu de leur activité indépendante un montant de 8,4 pour cent soit perçu.

Al. 3

.... les cotisations dues sur un revenu annuel égal ou inférieur à la rente mensuelle maximale, provenant d'une activité

Proposition subsidiaire Cina

(au cas où la proposition de la minorité II serait rejetée)

Al. 1

.... de 7,9 pour cent

Art. 9bis

Antrag der Kommission

*Mehrheit*

Der Bundesrat kann die Grenzen der sinkenden Beitragsskala nach den Artikeln 6 und 8 sowie den Mindestbeitrag nach den Artikeln 2, 8 und 10 dem Rentenindex nach Artikel 33ter anpassen.

Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9bis*Proposition de la commission**Majorité*

Le Conseil fédéral peut adapter à l'indice des rentes prévu à l'article 33ter les limites du barème dégressif visé aux articles 6 et 8 ainsi que la cotisation minimum fixée aux articles 2, 8 et 10.

Minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Hess Peter, Präsident): Zu den Artikeln 6, 8 und 9bis findet eine gemeinsame Debatte statt.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Comme cela a déjà été rappelé lors du débat d'entrée en matière, un des buts principaux de la 11e révision de l'AVS est d'assurer les bases financières de cette assurance cinquantenaire. Pour ce faire, le Conseil fédéral a proposé plusieurs pistes, tant du côté des économies sur les prestations que de celui des recettes supplémentaires, dans une tentative de symétrie des contributions. Une des recettes supplémentaires devrait ainsi provenir d'une mise à niveau des cotisations des personnes indépendantes avec celles des personnes salariées, d'une part en supprimant l'échelle dégressive dont bénéficient les personnes indépendantes gagnant moins de 48 300 francs par an, et d'autre part en portant à 8,4 pour cent leur taux de cotisation par analogie avec celui des personnes salariées.

Telles sont du moins les deux propositions que je vous fais, reprenant ainsi celles du Conseil fédéral lors de la procédure de consultation. Il est à cet égard intéressant de constater que, bien qu'elles aient obtenu toutes deux une majorité d'avis positifs au cours de cette procédure préliminaire, le Conseil fédéral a fait marche arrière et ne nous propose qu'une solution intermédiaire avec un taux de 8,1 pour cent, coupant la poire en deux entre les 7,8 pour cent actuels et les 8,4 pour cent des personnes salariées, et avec un gel du barème dégressif en lieu et place de sa suppression.

Plusieurs arguments plaident pourtant en faveur de mes propositions, dont certains ont du reste été avancés par le Conseil fédéral, soit au cours de la procédure de consultation, soit dans son message.

1. Il est intéressant de rappeler que le taux plus bas pour les personnes exerçant une activité indépendante a été introduit en 1969 dans le but de tenir compte de l'absence de prévoyance professionnelle. La situation s'est toutefois considérablement modifiée au cours des 30 dernières années, puisque les personnes indépendantes bénéficient maintenant d'un accès élargi aux deuxième et troisième piliers qui remplacent aisément la prévoyance professionnelle obligatoire des personnes salariées de revenu comparable.

2. Si le taux de cotisation n'est pas le même dans l'AVS, il est en revanche identique dans les autres branches d'assurance sociale pour les personnes salariées et indépendantes. Fixer un même taux aussi dans l'AVS permettrait de simplifier grandement la détermination et le prélèvement des cotisations. Cela permettrait également d'éviter que des personnes salariées qui exercent une activité indépendante à titre accessoire bénéficient d'un taux réduit ou même d'un barème dégressif.

3. Les contestations d'ordre comptable ne résistent pas à l'importance du message de la réalisation d'une égalité entre personnes salariées et indépendantes. En effet, les premières ne paient apparemment que 4,2 pour cent de cotisation, mais les 4,2 pour cent de la part employeur sont, de fait, inclus dans le coût du travail global des personnes salariées. Les 8,4 pour cent pour toutes et tous seraient donc beaucoup plus simplement communicables.

4. Pour ce qui est du barème dégressif, rappelons que cette mesure était prévue à l'origine pour soulager les personnes de condition indépendante ayant vraiment peu de revenu, mais que, à l'heure actuelle, suite à l'adaptation automatique

AB 2001 N 404 / BO 2001 N 404

du montant d'entrée dans le barème dégressif, ce sont quelque 60 pour cent des indépendantes et indépendants qui en profitent, faussant par là-même complètement un but initial louable de ce barème dégressif.





5. A revenu égal, les personnes salariées gagnant 48 300 francs au plus ne bénéficient pas des mêmes possibilités d'allègement, ni en matière d'AVS où le taux de cotisation est de 8,4 pour cent au total, ni en matière fiscale puisqu'elles n'ont que fort peu de possibilités de déductions sur leur revenu brut. Non, il n'est pas justifié que des personnes de condition indépendante puissent s'offrir une retraite en participant moins à son financement que des personnes salariées dont le revenu est identique. Non, il n'est pas judicieux de prendre des mesures de nature économique pour encourager les indépendantes et indépendants au sein d'une assurance sociale vieillesse et survivants; ce n'est pas là son but.

Je vous prie donc de suivre mes propositions de minorité prévoyant une augmentation du taux de prélèvement à 8,4 pour cent et de suppression du barème dégressif aux articles 6 et 8. De manière subsidiaire, en cas de refus de votre part, je vous prie de suivre ma proposition de minorité à l'article 9bis qui reprend le projet du Conseil fédéral consistant à geler le montant d'entrée dans le barème dégressif afin de mettre fin à terme à une rente de situation pour un nombre toujours plus grand de personnes indépendantes.

Enfin, je termine par là où j'aurais dû commencer en déclarant mes liens d'intérêt ou plutôt de désintérêt puisqu'il se trouve que j'exerce une activité en tant qu'indépendante et que je bénéficie personnellement du barème dégressif.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich möchte eine Vorbemerkung machen: Ich finde es nicht ganz glücklich, dass die Artikel 6, 8 und 9bis zusammen diskutiert werden, weil nämlich Artikel 9bis mit den beiden anderen überhaupt nichts zu tun hat. Das als Vorbemerkung, um hier Klarheit zu schaffen.

Zuerst darf ich Ihnen meine Interessen offen legen: Ich bin Selbstständigerwerbender, einer dieser etwa 200 000, die es in unserem Land gibt. Wenn die 8,1 Prozent, die – gemäss Kommissionsmehrheit – von Selbstständigerwerbenden neu als Beitrag erhoben werden sollen, korrekt wären, dann würde ich nicht hier stehen. Dann würde ich das akzeptieren.

Es gibt aber zwei wesentliche Unterschiede zwischen Arbeitnehmenden und Selbstständigerwerbenden, die es rechtfertigen, beim Beitragssatz von 7,8 Prozent zu bleiben. – Ich möchte Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit meinen Ausführungen zu widmen, denn es geht immerhin um eine Massnahme, die eben nicht ganz unproblematisch wäre.

Der Bundesrat und auch Frau Maury Pasquier haben den Antrag auf 8,1 bzw. 8,4 Prozent in erster Linie damit begründet, dass sich die Verhältnisse für die Selbstständigerwerbenden im Bereich der Vorsorge – zweite und dritte Säule – seit der Einführung 1969 geändert haben. Da möchte ich den Ausführungen, wie der Bundesrat sie in der Botschaft macht und wie Frau Maury Pasquier sie gemacht hat, zustimmen: Es ist so, die Verhältnisse haben sich geändert – wobei längst nicht alle Selbstständigerwerbenden von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen. Meine Vorsorge, die zweite Säule, findet nicht mit Geldmitteln statt, sondern in meinem Betrieb. Wenn Sie diesbezüglich einen Vergleich machen wollten, dann müssten wir noch über die Liquiditätssteuer sprechen, die hier hereinspielt.

Dieser erste Bereich scheint das kleinere Problem zu sein als der zweite Teil: Hier ist nicht nur ein buchhalterischer, sondern ein richtiger rechnerischer Mangel vorhanden. Der Arbeitnehmer zahlt seinen Beitrag von 8,4 Prozent an die AHV von seinem Bruttolohn, der Selbstständigerwerbende bezahlt seinen Beitrag von seinem Betriebsergebnis, seine Einnahmen gemäss Steuererklärung werden für die Berechnung beigezogen. Wo liegt der Unterschied? Der Unterschied liegt darin, dass die Arbeitgeberbeiträge, also dieser 4,2-Prozent-Anteil an der AHV, der Anteil an der IV, der Anteil an der Erwerbsersatzordnung, in die Berechnung der Basis für den Arbeitnehmer nicht einbezogen werden. Es gilt auch mit zu berücksichtigen, dass der Selbstständigerwerbende keine Arbeitslosenversicherung hat, dass er, in den meisten Kantonen, keine Familienzulagen hat. Das ist Inhalt seines hundertprozentigen Einkommens, das für die Berechnung des AHV-Beitrages beigezogen wird.

In meinem persönlichen Fall können Sie als Beispiel in etwa davon ausgehen, dass die Bemessungsgrundlage für den AHV-Beitrag bei mir etwa 110 Prozent der Bemessungsgrundlage eines Arbeitnehmers ausmacht. Wenn Sie nun von diesen 110 Prozent diese 7,8 Prozent abrechnen, die heute Gültigkeit haben, dann kommen Sie auf einen höheren Beitrag als jenen, den der Arbeitnehmer von seiner Beitragsbemessung her gesehen bezahlen muss. Ich weiss, das tönt vielleicht etwas kompliziert, aber es ist so, dass die Berechnung von 7,8 Prozent absolut gerechtfertigt ist, um eine Gleichbehandlung mit den Arbeitnehmern, die einen Beitragssatz von 8,4 Prozent haben, zu erreichen.

Wenn nun Kollege Cina einen Eventualantrag auf 7,9 Prozent gemacht hat, dann ist dieser Antrag – allein auf die AHV, auf die Erwerbsersatzordnung und auf die IV bezogen – korrekt. Er bezieht aber in keiner Art und Weise die von mir genannten weiteren Teile, die der Selbstständigerwerbende von sich aus zu berappen hat, mit ein. Nicht erwähnt habe ich beispielsweise auch die eigene Vorsorge in Fragen des Krankheits- und Unfallausfalls. Das bezahlt der Selbstständigerwerbende alles von seinem hundertprozentigen Ertrag, den er



erwirtschaftet und der für die Berechnung der AHV beigezogen wird.

Wenn Sie alle diese Dinge abziehen und dann mit den Beiträgen der Arbeitnehmer vergleichen, dann sind Sie mit 7,8 Prozent immer noch auf einem Niveau, das diesem Vergleich standhält.

Ich bitte Sie im Sinne der Gerechtigkeit und Korrektheit, bei diesen 7,8 Prozent gemäss geltendem Recht zu bleiben.

Cina Jean-Michel (C, VS): Als designierter Präsident des Schweizerischen Verbandes freier Berufe, einer Dachorganisation von 14 Standesorganisationen mit rund 85 000 Mitgliedern, möchte ich Sie an dieser Stelle eindringlich bitten, die Anträge der Minderheiten II (Triponez/Bortoluzzi) zu unterstützen.

Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, um am reduzierten Beitragssatz für Selbstständigerwerbende zu rütteln und damit eine erhebliche Verschlechterung gegenüber den Lohnempfängern zu bewirken. Handwerker, Angehörige der freien Berufe und Landwirte dürfen nicht zu den Benachteiligten der 11. AHV-Revision werden. Die Anhebung des reduzierten Beitragssatzes für die Selbstständigerwerbenden auf über 7,9 Prozent hätte nämlich zur Folge, dass die Selbstständigerwerbenden auf einem gleichen Bruttoeinkommen höhere AHV-Beiträge bezahlen müssten als die Lohnempfänger. Eine derart fragwürdige Ungleichbehandlung wird durch den bescheidenen Mehreingang an Beiträgen nie und nimmer gerechtfertigt; denn mit diesen Beiträgen wird eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Situation der ersten Säule nie und nimmer erreicht. Ein Beitragssatz von 7,9 Prozent ist die absolute Schmerzgrenze, die akzeptiert werden könnte.

Ich bitte Sie deshalb, sofern die Anträge der Minderheiten II (Triponez/Bortoluzzi) keinen Erfolg haben, meinen Eventualantrag zu unterstützen. Er gewährleistet nach angestellten Berechnungen und Gutachten eine gerechte Lösung.

Polla Barbara (L, GE): Dans le cadre de cette discussion sur les articles 6, 8 et 9bis, j'aimerais, au nom du groupe libéral, m'exprimer plus particulièrement sur l'article 8 concernant les indépendants.

Comme Mme Maury Pasquier, comme M. Bortoluzzi, je suis indépendante et, au nom de tous les indépendants que je représente dans ce pays qui est fait de démocratie représentative, j'aimerais m'opposer absolument à l'assertion de Mme Maury Pasquier qui prétend que les indépendants bénéficient d'une rente de situation.

Non, Madame Maury Pasquier, nous ne voulons pas d'une augmentation des cotisations perçues sur le revenu

AB 2001 N 405 / BO 2001 N 405

provenant d'une activité indépendante, et oui, Madame Maury Pasquier, soulager les indépendants reste aujourd'hui encore louable, en 2001 exactement comme au début des années soixante. Les indépendants sont déjà très lourdement soumis aux cotisations et participent plus qu'à leur tour au financement de l'AVS. La proposition de minorité I d'augmentation à 8,4 pour cent est particulièrement inacceptable et fait poser la question de la crédibilité du groupe socialiste lorsqu'il annonce, urbi et orbi, qu'il veut soutenir la classe moyenne, car les indépendants de ce pays sont et restent, dans leur grande majorité, dans cette classe moyenne et contribuent de façon absolument majeure à l'ensemble des recettes dont bénéficie notre pays. Il est donc parfaitement logique de s'en tenir à la situation actuelle en termes de cotisations.

Les aspects techniques vous ont été très bien expliqués par mes préopinants en allemand, M. Bortoluzzi et M. Cina, et je ne vais pas vous les répéter en français, mais je vous invite tous à accepter, dans un premier temps, la proposition des minorités II (Triponez/Bortoluzzi) et, comme M. Cina l'a proposé, en cas de non-acceptation, ce que je regretterais fort, à accepter la proposition subsidiaire Cina.

Heberlein Trix (R, ZH): Die Höhe des Beitragssatzes der Selbstständigerwerbenden war bereits anlässlich der 10. AHV-Revision ein grosser Diskussionspunkt. Er wurde schliesslich fallen gelassen, um die Vorlage nicht zu gefährden. Seit 1969 kennt die AHV diesen geringeren Beitragssatz von 7,8 Prozent gegenüber 8,4 Prozent der Angestellten. Begründet wurde der unterschiedliche Beitragssatz mit dem Fehlen der Möglichkeit der beruflichen Vorsorge bei Selbstständigerwerbenden. Auch die unterschiedliche Berechnungsweise der Beiträge für Selbstständig- und Unselbstständigerwerbende muss mit einbezogen werden – ich möchte hier nicht auf die Details eingehen.

Der Antrag der Kommissionmehrheit, der von der FDP-Fraktion mehrheitlich mitgetragen wird, bedeutet für das Gewerbe eine Mehrbelastung; dessen sind wir uns bewusst. In Kombination mit den IV- und EO-Beiträgen kommt man dann auf 9,8 Prozent, eine Grenze, die sicher nicht überschritten werden darf. Die mathematische Gleichstellung würde einen Betrag von 8,06 Prozent ausmachen – auch wenn wir hier von einem einzelnen Experten zwei verschiedene Berechnungsweisen bekommen haben! Was wir dann noch zugeschickt erhielten, berührte uns etwas komisch, nachdem eine erste Berechnungsart bereits andere Resultate ergeben hatte.

Unterdessen haben jedoch Selbstständigerwerbende die Möglichkeit der beruflichen Vorsorge. Sie soll im



Rahmen der laufenden BVG-Revision auch für tiefe Einkommen ermöglicht werden. Im Rahmen der dritten Säule stehen Selbstständigerwerbenden weiter gehende Möglichkeiten zur Verfügung – auch steuerlich –, als dies bei Angestellten der Fall ist. Sie haben eine breitere Palette von Abzugs- und Sparmöglichkeiten. Die Mehreinnahmen von rund 74 Millionen Franken pro Jahr sind im Sinne der Opfersymmetrie gerechtfertigt; wir verlangen auch von den Rentnern Opfer, wir verlangen insbesondere von den Frauen Opfer. Frau Polla, auch wenn wir selber als Selbstständigerwerbende dafür eintreten müssten, sind wir mehrheitlich bereit, diese Idee der Opfersymmetrie mitzutragen. Sie entspricht den veränderten Rahmenbedingungen. Abzulehnen ist klar der Antrag der Minderheit I (Maury Pasquier), der eine unverhältnismässige Erhöhung bedeuten würde.

Bei Artikel 9bis, der, wie erläutert wurde, eine völlig andere Thematik betrifft, möchte ich nicht auf die Details eingehen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Kommissionsmehrheit. Die Kommissionssprecher werden dort dann die notwendigen Erläuterungen machen.

Bei Artikel 8 hat die Mehrheit der FDP-Fraktion – bei fünf Gegenstimmen, die für den Antrag der Minderheit II (Bortoluzzi) abgegeben wurden – dem Antrag der Kommissionsmehrheit zugestimmt. Für die Minderheit der FDP-Fraktion hat nun noch Herr Triponez das Wort.

Triponez Pierre (R, BE): Im Namen der Minderheit der FDP-Fraktion bitte ich Sie, der Minderheit II der Kommission zu folgen und den Beitragssatz aus selbstständiger Erwerbstätigkeit bei 7,8 Prozent zu belassen. Eine Erhöhung auf 8,1 Prozent wäre ungerechtfertigt, einseitig und unangemessen. Er läge im Verhältnis zu den sonst unverändert bleibenden Beiträgen viel zu hoch.

Vergessen wir nicht, dass Selbstständigerwerbende quasi einen doppelten Beitrag zu bezahlen haben, nämlich denjenigen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Beitragssatz liegt heute zu Recht bei 7,8 Prozent, weil die Bemessungsgrundlagen eben unterschiedlich sind.

Herr Bortoluzzi hat zu Recht auch darauf hingewiesen, dass die Selbstständigerwerbenden eine Reihe von überdurchschnittlichen Leistungen an die Sozialwerke entrichten und beispielsweise selber keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen können. Würde man einzig und einseitig für die Selbstständigen, die Gewerbetreibenden und übrigens auch für die Landwirte einen höheren Beitragssatz festsetzen, so wäre das eine klare Benachteiligung dieser Kategorien.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit II zu folgen und bei 7,8 Prozent zu bleiben.

Gross Jost (S, TG): Ich beantrage Ihnen im Namen der SP-Fraktion, im Hauptstandpunkt der Minderheit I zu folgen, im Eventualstandpunkt der Mehrheit und dem Bundesrat.

Ich möchte meine Interessenbindung auch offen legen. Ich bin frei praktizierender Anwalt; aber im Unterschied zu Kollege Cina vertrete ich hier nicht einen Interessenstandpunkt, sondern bin ich für die Gleichbehandlung der selbstständig und der unselbstständig Erwerbstätigen auch beim Beitragssatz.

Worum geht es bei der Privilegierung der Selbstständigerwerbenden, wie sie bisher im Beitragssatz von 7,8 Prozent zum Ausdruck gekommen ist? Die ursprüngliche Motivation – wenn man in die Geschichte der Gesetzgebung zurückschaut – ist ganz klar: Man glaubte, damals zu Recht, gewisse Gruppen von selbstständig Erwerbstätigen wie Kleingewerbler und mittelständische Unternehmer hätten nicht die gleichen Möglichkeiten, sich beispielsweise einer Pensionskasse anzuschliessen. Das ist Vergangenheit! Der Zugang des mittleren Gewerbes und des Kleingewerbes zur zweiten Säule ist gewährleistet, und die dritte Säule ist gerade für die selbstständig Erwerbstätigen mit grossen steuerrechtlichen Abzugsmöglichkeiten verbunden. Es gibt deshalb keinen Grund, die selbstständig Erwerbstätigen aus diesem ursprünglichen gesetzgeberischen Motiv heraus weiter zu privilegieren.

Das System ist pervertiert. Ich kann es nicht anders sagen. Wie sonst können Sie sich erklären, dass heute 60 Prozent der selbstständig Erwerbstätigen vom System der sinkenden Skala profitieren und dass von diesen 60 Prozent rund 37 Prozent privilegiert werden, weil sie eine selbstständige, aber gleichzeitig auch eine unselbstständige Erwerbstätigkeit ausüben und damit möglicherweise noch ein sehr hohes Zusatzeinkommen erzielen? Die AHV ist eine Volksversicherung, die alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt in das Leistungs- und Finanzierungssystem einbeziehen muss.

Die Privilegierung der selbstständig Erwerbstätigen über den Beitragssatz ist deshalb systemwidrig. Herr Triponez hat in der Kommission davon gesprochen, es liege ein überdurchschnittlicher Solidaritätsbeitrag der Selbstständigerwerbenden an die AHV vor. Richtig ist aber, Herr Triponez, dass hier eine Quersubventionierung der Selbstständigerwerbenden durch die Arbeitnehmer stattfindet. Das ist die Realität.

Herr Bortoluzzi hat Recht, wenn er sagt, die Bemessungsgrundlagen seien unterschiedlich. Es ist richtig, dass sich die Bruttoeinkommen dieser beiden Gruppen als Bemessungsgrundlage insofern voneinander unterscheiden, als die Arbeitgeberleistung im Bruttolohn des Arbeitnehmers nicht enthalten ist. Herr Cina verschweigt



aber, dass der Verband der selbstständig Erwerbstätigen einen ganz anderen Vorschlag macht. Der Verband sagt nämlich, um eine

AB 2001 N 406 / BO 2001 N 406

Übereinstimmung der Bemessungsgrundlagen herbeizuführen, müsste man Artikel 10 Absatz 2 AHVG ändern, statt über den Beitragssatz die Privilegierung der selbstständig Erwerbstätigen fortzusetzen.

In der Kommission wurde auch von notwendigen wirtschaftlichen Anreizen für die selbstständig Erwerbstätigen in diesem Land gesprochen. Das ist keine Legitimation für die Weiterführung dieser eklatanten Ungleichbehandlung. Wo sind denn die entsprechenden Anreize für Arbeitnehmer, die ja über Lohnprozente immer höhere Lasten der sozialen Sicherheit zu finanzieren haben?

Noch ein Wort zu Herrn Bortoluzzi: Die wirtschaftliche Situation der Arbeitgeber, der Selbstständigerwerbenden, dürfen Sie nicht mit jener der Arbeitnehmer vergleichen, indem Sie beispielsweise sagen, die Selbstständigerwerbenden hätten ja keine Arbeitslosenversicherung. Die selbstständigen Unternehmer haben nicht nur das unternehmerische Risiko; sie haben auch die damit verbundene Gewinnerwartung. Sie können doch hier die Situation der Arbeitgeber nicht mit jener der Arbeitnehmer vergleichen, indem Sie den Sozialschutz des Arbeitnehmers in der Sozialversicherung gewissermassen ad absurdum führen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Minderheit I und eventuell der Mehrheit und damit dem Bundesrat zu folgen.

Hess Peter (C, ZG): Die grüne Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Minderheit I (Maury Pasquier) unterstützt.

Widrig Hans Werner (C, SG): Bei den Artikeln 6 und 8 unterstützt die CVP-Fraktion in der Mehrheit – etwa im Verhältnis von drei zu eins – die Anträge der Minderheiten II (Triponez/Bortoluzzi). Gefragt ist hier Gleichbehandlung aller Gruppen im Bereich des Beitragssatzes. Dazu verweisen wir auf Gutachten wie jenes des Expertenbüros Dr. Wechsler & Meier, Büro für unabhängige Pensionskassen- und Versicherungsberatung. Der rechnerisch ausgewiesene Beitragssatz für die Gleichstellung der Beiträge mit den Arbeitnehmern beläuft sich auf 7,9 Prozent. Der Grund dafür liegt einfach darin, dass bei den Arbeitnehmern die Hälfte aller AHV-Beiträge als Geschäftsaufwand gilt und nicht der AHV-Beitragspflicht untersteht, während bei den Selbstständigerwerbenden die gesamten AHV-Beiträge aufgerechnet und die AHV-Beiträge von dieser aufgerechneten Basis verrechnet werden. Das ist der Unterschied.

Kollege Cina hat nachträglich einen Eventualantrag für eben diese 7,9 Prozent eingereicht. Das wäre aus der Sicht der Mehrheit der CVP-Fraktion in zweiter Priorität ebenfalls akzeptierbar. In erster Priorität bitte ich Sie aber, den Anträgen der Minderheiten II (Triponez/Bortoluzzi) für den Beitragssatz von 7,8 Prozent zuzustimmen. Falls diese abgelehnt werden, unterstützen Sie bitte den Eventualantrag Cina für 7,9 Prozent.

Zu Artikel 9bis: Dieser Artikel wird ja auch behandelt, wie ich jetzt vernommen habe. Die sinkende Beitragsskala ist eine der wenigen sozialen Abfederungen, die den Selbstständigerwerbenden zugute kommt. Wenn ich in Betracht ziehe, dass man bei den Nichterwerbstätigen neu abgestufte Beitragssätze einführen will – ich denke an das Dreistufenprinzip gemäss Artikel 10 Absatz 1bis –, dann erachte ich den vom Bundesrat gemachten Vorschlag des Einfrierens der sinkenden Skala, diplomatisch gesagt, als unpassend. Es geht doch nicht, bestehende Abstufungen aufzuheben, um sie anderen Gruppierungen neu zu gewähren.

Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 9bis der Mehrheit zuzustimmen. Es ist nicht einmal eine Muss-Formulierung – diese wurde abgelehnt –, sondern es ist eine Kann-Formulierung. Der Bundesrat hat hier die Möglichkeit, die heutige Situation beizubehalten.

Stahl Jürg (V, ZH): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, der Minderheit II zu folgen und die Minderheit I (Maury Pasquier) abzulehnen.

Ich möchte nicht im Detail das wiederholen, was die Vorrednerinnen und Vorredner zum Antrag der Minderheit II gesagt haben. Ich möchte aber zu den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktionsmehrheit sprechen.

Zum Thema der Opfersymmetrie: Ich bin schon ein wenig erstaunt darüber, dass Sie es zulassen, dass die Selbstständigerwerbenden im Rahmen einer Opfersymmetrie diesen Beitragssatz erhöht erhalten sollen. Ich bin der festen Überzeugung, dass das hier kein Basar ist, auf dem man ein wenig mit den Beitragssätzen spielen kann. Wir alle wissen ganz genau: Es sind unterschiedliche Berechnungsgrundlagen. Das hat auch Kollege Jost Gross so bestätigt. Aber es geht nicht um einen Basar, sondern es geht darum, Zeichen und Signale zu setzen. Nachdem wir jahrelang das Unternehmertum in diesem Land fördern wollten und das auch versucht haben, setzen wir hier ein falsches Signal, wenn wir die Erhöhung auf 8,1 Prozent zulassen. Es wäre aus meiner Sicht ein falsches Signal, das Unternehmertum für das zu bestrafen, was es tut.



Die SVP-Fraktion steht voll und ganz, ohne Gegenstimme, hinter der Minderheit II. Ich hoffe, Sie werden das auch tun.

Hess Peter (C, ZG): Ich beabsichtige, folgende Abstimmungen durchzuführen: eine erste Abstimmung zum Thema des Beitragssatzes, eine zweite Abstimmung zum Thema der sinkenden Beitragsskala und eine dritte Abstimmung zum Thema des Einfrierens der Beitragsskala.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: In Artikel 6 Absatz 1 und in Artikel 8 Absatz 1 geht es um den gleichen Beitragssatz – zwar von unterschiedlichen Personenkategorien – und um die sinkende Beitragsskala, allerdings für beide Kategorien. In Artikel 6 geht es um die zahlenmässig eher unbedeutende Anzahl von Arbeitnehmenden, deren Arbeitgebende keine Beitragspflicht haben, zum Beispiel gewisse Angestellte von diplomatischen Missionen oder von ausländischen Arbeitgebenden. In Artikel 8 geht es um die Selbstständigerwerbenden, die mit ihrem Beitrag den Arbeitgeber- wie den Arbeitnehmerbeitrag abdecken.

Seit 1969 kennt die AHV einen Beitragssatz für Selbstständigerwerbende, der geringer ist als derjenige für Arbeitnehmende. Heute betragen die entsprechenden Sätze 7,8 Prozent gegenüber 8,4 Prozent. Bereits bei der 10. AHV-Revision wurde versucht, den Beitragssatz der Selbstständigerwerbenden jenem der Arbeitnehmenden anzugleichen. Damals liess sich noch kein Konsens finden, die Massnahme drängt sich aber heute aus verschiedenen Gründen auf.

Die seinerzeit in erster Linie mit dem Fehlen einer beruflichen Vorsorge für die Selbstständigerwerbenden begründete Differenzierung ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Selbstständigerwerbende können sich heute der zweiten Säule anschliessen und haben im Rahmen der dritten Säule sogar weiter gehende Möglichkeiten als Unselbstständigerwerbende. Ausserdem kennen weder die IV noch die Erwerbsersatzordnung bezüglich Beitragssatz eine Vorzugsbehandlung der Selbstständigerwerbenden.

Der Bundesrat schlägt vor, den Beitragssatz der Selbstständigerwerbenden mit einer Erhöhung von 0,3 Prozent jenem der Unselbstständigerwerbenden schrittweise anzugleichen. Das heisst: Neu würde der Beitrag der Selbstständigerwerbenden 8,1 Prozent betragen, also noch immer 0,3 Prozent weniger als jener der Unselbstständigerwerbenden. Die höheren Beiträge der Selbstständigerwerbenden brächten 63 Millionen Franken mehr in die AHV-Kasse. Es geht aber primär nicht um diese Einnahmenerhöhung, sondern um mehr Gerechtigkeit zwischen Selbstständig- und Unselbstständigerwerbenden.

Die Minderheit I (Maury Pasquier) will den heutigen Beitragssatz für Selbstständigerwerbende voll jenem der Arbeitnehmenden anpassen und ihn von heute 7,8 auf 8,4 Prozent erhöhen.

Die Minderheit II möchte am heutigen Beitragssatz von 7,8 Prozent festhalten, dies mit der Begründung, Personen,

AB 2001 N 407 / BO 2001 N 407

die neu den Status der Selbstständigerwerbenden wählten, sei der Start nicht zu erschweren. Nach Meinung der Minderheit soll das, was während der Rezession selbst von der Arbeitslosenversicherung gefördert worden ist, nun nicht mit einem höheren Rentenbeitrag belastet werden. Zudem würden heute die Selbstständigerwerbenden ohnehin auf einem Bruttoeinkommen von 120 Prozent ihre Beiträge an die AHV bezahlen, was den tiefen Beitragssatz begründe.

Was Herr Bortoluzzi anspricht, trifft so nicht genau zu. Der Arbeitnehmende bezahlt seinen Beitrag auf der Basis seines Bruttolohnes. Der Selbstständigerwerbende bezahlt seine Beiträge auf der Basis eines rohen Einkommens mit Abzügen. Dieses sind Gewinnungskosten in beschränktem Umfang, Abschreibungen und Rückstellungen sowie 3,5 Prozent des in den Betrieb investierten Eigenkapitals. Wenn sich der Selbstständigerwerbende einer Pensionskasse anschliesst, kann er die Arbeitgeberbeiträge von seinem Einkommen abziehen.

Schliesslich kommt der Selbstständigerwerbende noch in den Genuss der sinkenden Beitragsskala. Bundesrat und Mehrheit der Kommission möchten an der sinkenden Beitragsskala festhalten; diese entspricht einer Degression der Beitragssätze. Selbstständigerwerbende mit Einkommen unter rund 49 000 Franken im Jahr können dabei profitieren. Nach der Regel "Je tiefer das Einkommen, desto tiefer die Beiträge an die AHV" will man vor allem Selbstständigerwerbenden mit kleinen Einkommen entgegenkommen. Diese Regel gilt aber nur für die Selbstständigerwerbenden, obwohl es oft Nichterwerbstätige gibt, die finanziell in einer viel misslicheren Situation stehen als die Selbstständigerwerbenden.

Der Mindestansatz in der AHV bei Jahreseinkommen von Selbstständigerwerbenden bis 7800 Franken beträgt heute 4,2 Prozent. Neu schlägt der Bundesrat vor, den tiefsten Beitragssatz von 4,2 Prozent bei einem Einkommen ab mindestens 7800 Franken pro Jahr festzulegen und dann den Beitragssatz bis zu einem Jahreseinkommen von 49 000 Franken linear auf neu maximal 8,1 Prozent ansteigen zu lassen. Ab diesem Einkommen



bleibt der Beitragssatz in Zukunft bei 8,1 Prozentpunkten unverändert. Die gleiche Abstufung kennen wir in der EO und in der IV.

Die Mehrheit der Kommission will mit dem Bundesrat die Fortführung der sinkenden Beitragsskala.

Die Minderheit I (Maury Pasquier) will die sinkende Beitragsskala in Artikel 8 Absatz 1 mit der Begründung aufheben, dass man zu Beginn der Einführung der sinkenden Beitragsskala die wirklich tiefen Einkommen entlasten wollte. Heute seien es gemäss Statistik über 60 Prozent aller Selbstständigerwerbenden, die in den Genuss der sinkenden Beitragsskala kämen. Es sei auch erstellt, dass heute rund 37 Prozent eine Beschäftigung als Arbeitnehmer hätten und dennoch von der sinkenden Beitragsskala profitieren könnten. Diese Personen würden beitragsmässig privilegiert, auch wenn sie insgesamt ein hohes Einkommen erzielten. Selbst wenn den Ausführungen von Frau Maury Pasquier wenig entgegengehalten werden kann, wollen der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission an dieser sinkenden Beitragsskala festhalten – dies ganz klar aus Rücksicht auf kleine Betriebe, noch mehr aber aus Rücksicht auf neu gegründete Betriebe, deren Startphase nicht zu stark belastet werden soll.

In der Kommission ist der Antrag Maury Pasquier betreffend die Streichung der sinkenden Beitragsskala mit 14 zu 7 Stimmen abgelehnt worden.

Ich bitte Sie namens der Kommissionsmehrheit, in Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 1 die Minderheitsanträge abzulehnen und der Mehrheit zuzustimmen.

Artikel 6 Absatz 2 blieb in der Kommission unbestritten. Artikel 8 Absatz 2 regelt den Beitragssatz eines Selbstständigerwerbenden, der ein Jahreseinkommen von weniger als 7800 Franken erzielt. Für diese Fälle schlägt der Bundesrat vor, den Mindestbeitrag von heute 324 Franken im Jahr beizubehalten, es sei denn, der betreffende Selbstständigerwerbende habe auf seinem Lohn bereits einen Beitrag in diesem Umfang entrichtet. In diesem Fall könnte er verlangen, dass der Beitrag zum untersten Satz der sinkenden Skala von 4,2 Prozent erhoben würde.

Die Minderheit I (Maury Pasquier) möchte in Absatz 2 dem Selbstständigerwerbenden, der den Mindestbeitrag von 324 Franken pro Jahr auf seinem Lohn bezahlt hat, die Gelegenheit geben, anstelle des tiefsten Beitragssatzes von 4,2 Prozent den Beitrag von 8,4 Prozent zu bezahlen.

Artikel 9bis ist ein verwandter Artikel; es geht um das Einfrieren der sinkenden Beitragsskala. Anstelle der Aufhebung der sinkenden Beitragsskala will der Bundesrat in Artikel 9bis die sinkende Beitragsskala in Zukunft nicht mehr an den Rentenindex anpassen, wie er dazu gemäss dem bisherigen Artikel 9bis befugt war.

Der Bundesrat möchte diese sinkende Beitragsskala so lange einfrieren, als deren Grenzen dem ursprünglich damit verfolgten Ziel nicht entsprechen. Dieser Vorschlag ist ein Kompromiss, mit welchem radikale Massnahmen vermieden werden sollen; gleichzeitig soll ermöglicht werden, dass niedrige Einkommen in der Startphase der KMU nur geringfügig belastet werden.

Die Mehrheit will die sinkende Beitragsskala in Artikel 9bis nicht einfrieren lassen, weil dies ein ganz grosses Anliegen der kleinen KMU ist. Sie formulierte ihren Antrag denn auch in der Kann-Formel, denn in den Genuss der sinkenden Beitragsskala kommen all jene Betriebe, die mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sind. Es wird befürchtet, dass mit einem Einfrieren durch die Erhöhung der Beiträge zusätzliche Schwierigkeiten geschaffen werden, z. B. Mehrkosten bei der Arbeitslosenversicherung.

Die Minderheit Maury Pasquier möchte am Entwurf des Bundesrates festhalten, um damit Selbstständigerwerbende und unter Umständen Selbstständigerwerbende im Nebenberuf gegenüber den Arbeitnehmenden nicht unnötig zu privilegieren.

Die Lösung des Bundesrates und der Minderheit ist in der Kommission mit 13 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen unterlegen.

Ich bitte Sie folglich, auch in Artikel 9bis mit der Mehrheit zu stimmen.

Falls beim Beitragssatz 8,1 Prozentpunkte durchkommen, muss ich Sie – als Vertreterin der Kommissionsmehrheit – bitten, dann den Eventualantrag Cina auf 7,9 Prozentpunkte abzulehnen. Dies mit der Option, dass der Ständerat die genannten Expertisen noch überprüft – in der Kommission lagen sie nicht vor – und den Beitragssatz entsprechend anpasst.

Dreifuss Ruth (,): Les indépendants, par rapport aux salariés, bénéficient d'une situation privilégiée dans l'AVS que l'on peut estimer à environ 180 millions de francs. Il y a dans ce privilège la volonté très claire d'encourager en particulier les toutes petites entreprises, celles qui sont souvent à la limite de la viabilité.

C'est la raison pour laquelle le projet du Conseil fédéral n'agit qu'à deux endroits pour réduire ce privilège, et non pas pour le supprimer. D'abord sur le taux de cotisation. J'aimerais en appeler à la minorité I, qui souhaite passer à 8,4 pour cent du revenu, pour lui demander de renoncer à cette proposition. 8,4 pour cent est une erreur de calcul. Cela ne correspond pas à la même charge pour les indépendants que pour les salariés, étant



donné que la base de ce calcul n'est pas la même. Dans un cas, c'est en dessous de 100 pour cent, dans l'autre cas, cela vient s'ajouter aux 100 pour cent, pour simplifier l'explication du calcul. Donc, c'est bien le 8,1 pour cent qui correspond, chez l'indépendant et chez la personne dont l'employeur ne paie pas de cotisation, aux 8,4 pour cent du salarié. C'est une équivalence arithmétique.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral et la majorité vous proposent ce chiffre-là. Cela ne fait que mettre l'indépendant au même niveau de charge que le salarié. C'est la raison pour laquelle nous vous prions de suivre la proposition de la majorité et de rejeter également la proposition de la minorité II qui entend maintenir un privilège dans ce domaine.

AB 2001 N 408 / BO 2001 N 408

Pour le débat que nous allons mener pendant deux jours et demi, ce serait un signal vraiment inquiétant qu'à la première décision, qui porte sur une mesure d'équilibrage de l'AVS, un groupe monte au créneau pour refuser une participation qui, en tout, représente dans ce cas 60 millions de francs par année.

J'en appelle aux représentants des indépendants pour qu'ils renoncent, là aussi, à leur proposition de minorité II qui veut maintenir un privilège au moment où l'AVS a besoin d'équilibrer la participation et les sacrifices de tous.

Deuxième privilège: l'échelle dégressive. Le Conseil fédéral a renoncé à la supprimer, considérant que c'était justement les toutes petites entreprises qui devaient être soutenues. Ce faisant, le Conseil fédéral laisse à peu près 120 millions de francs de "privilège" aux indépendants avec une justification sociale. Sur ce plan-là, je crois qu'il est tout à fait normal de suivre le Conseil fédéral et de ne pas exiger, comme il l'avait d'ailleurs fait par le passé, que les toutes petites entreprises soient obligées de renoncer à ce tarif préférentiel, puisque c'est ce qui se passe en dessous du plafond de revenu de 48 300 francs par année. Par contre, le Conseil fédéral vous propose de geler ce plafond, ce qui permettra toujours à une décision politique mûrement réfléchie d'augmenter à l'avenir ce plafond, si cela se révèle nécessaire. Il ne faut pas créer ici un automatisme faisant durer ad aeternum ce qui est malgré tout un privilège.

Dans ce sens-là, je considère que le projet du Conseil fédéral, encouragé par la majorité de la commission, mérite d'être suivi. Par contre, l'automatisme de l'adaptation de ce plafond de l'échelle mobile me paraît quelque chose de prématuré. C'est un automatisme inutile dans un domaine où il est nécessaire de temps en temps de se poser la question des besoins des toutes petites entreprises ou des petits indépendants. Il ne faut pas leur assurer à perpétuité un privilège particulier.

C'est donc bien la majorité de la commission que je vous encourage à suivre, à l'exception de l'article 9bis où je vous demande de suivre la minorité I.

Hess Peter (C, ZG): Wir sprechen uns zunächst über den Beitragssatz bei Artikel 6 Absatz 1 erster Satz und Artikel 8 Absatz 1 erster Satz aus.

Art. 6 Abs. 1 (Beitragssatz); Art. 8 Abs. 1 (Beitragssatz)

Art. 6 al. 1 (taux de cotisation); art. 8 al. 1 (taux de cotisation)

Abstimmung – Vote**Eventuell – A titre préliminaire**

(namentlich – nominatif; 00.014/1190)

Für den Antrag der Minderheiten II (Triponez/Bortoluzzi) 94 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 82 Stimmen

Präsident (Hess Peter, Präsident): Damit entfällt die Abstimmung über den Eventualantrag Cina.

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Minderheiten II (Triponez/Bortoluzzi) 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I (Maury Pasquier) 62 Stimmen

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir stimmen nun bei Artikel 6 Absatz 1, Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 2 über das Thema der sinkenden Beitragsskala ab.

Art. 6 Abs. 1 (Skala); Art. 8 Abs. 1 (Skala), Abs. 2





Art. 6 al. 1 (barème); art. 8 al. 1 (barème), al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 116 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 59 Stimmen

Art. 9bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 61 Stimmen

Art. 6 Abs. 2; Art. 8 Abs. 3 – Art. 6 al. 2; art. 8 al. 3
Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 10 Abs. 1, 1bis, 1ter, 1quater, 2, 2bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 10 al. 1, 1bis, 1ter, 1quater, 2, 2bis

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 2

Antrag der Kommission

Stellt die Bezahlung des Mindestbeitrages für einen obligatorisch Versicherten eine grosse Härte dar, kann der Beitrag erlassen werden. Für diese Versicherten bezahlt der Wohnsitzkanton den Mindestbeitrag.

Art. 11 al. 2

Proposition de la commission

Le paiement de la cotisation minimum qui mettrait une personne obligatoirement assurée dans une situation intolérable peut être remis. Le canton de domicile versera la cotisation minimum pour ces assurés.

Angenommen – Adopté

Art. 14

Antrag der Kommission

Abs. 5

Mehrheit

Der Bundesrat kann bestimmen, dass auf einem jährlichen massgebenden Lohn bis zum Betrag der maximalen monatlichen Altersrente keine Beiträge

Minderheit

(Egerszegi, Bangerter, Borer, Bortoluzzi, Christen, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Triponez)

Der Bundesrat kann bestimmen, dass auf einem massgebenden Lohn von jährlich bis zu 4000 Franken keine Beiträge



Abs. 6

Der Bundesrat erlässt Vorschriften über ein vereinfachtes Abrechnungsverfahren für befristet Beschäftigte und Beschäftigte mit kleinen Löhnen.

Art. 14

Proposition de la commission

Al. 5

Majorité

.... si le salaire annuel déterminant ne dépasse pas la rente mensuelle maximale; il peut

Minorité

(Egerszegi, Bangerter, Borer, Bortoluzzi, Christen, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Triponez)

.... si le salaire déterminant est inférieur ou égal à 4000 francs par an; il peut

AB 2001 N 409 / BO 2001 N 409

Al. 6

Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur une procédure de décompte simplifiée applicable aux travailleurs occupés temporairement et aux travailleurs à faible rémunération.

Abs. 5 – Al. 5

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Die Minderheit empfiehlt Ihnen, den Freibetrag auf 4000 Franken festzusetzen und ihn nicht auf eine Monatsrente zu beschränken. Häufig erhalten Personen für ihr soziales, kulturelles oder sportliches Engagement ein symbolisches Entgelt. Auf diese Einkommen müssen sie Beiträge entrichten, obwohl sie nach Abzug der Unkosten nicht selten nur einige Hundert Franken oder weniger erreichen. Bisher wurden Einkommen aus einem Nebenerwerb von der Beitragspflicht ausgenommen, wenn sie 2000 Franken nicht überschritten. Neu ist diese Grenze bei 2000 Franken für alle angesetzt, also nicht nur für jene Personen, die damit einen Nebenerwerb haben, sondern auch für die Rentnerinnen und Rentner, die bisher einen Freibetrag von 16 800 Franken hatten. Der Bundesrat kann die Einkommensgrenze noch dem Rentenindex anpassen.

Wir von der Minderheit sind der Meinung, dass hier Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander stehen. Dieser Betrag von 2000 Franken darf nicht halbiert werden, im Gegenteil: Wenn wir schon die Rentnerinnen und Rentner dazu verpflichten, Beiträge zu bezahlen, sollen sie auch einen richtigen Freibetrag haben. Er entspricht zwar nicht mehr dem, was sie früher hatten, er wird auf mehr als ein Viertel gekürzt. Wir möchten aber alle, die sich fast gratis engagieren – diese 4000 Franken entsprechen einem Wochenverdienst von nicht einmal 100 Franken –, von der Beitragspflicht ausnehmen.

Wir müssen darauf achten, dass Beiträge bezahlt werden. Nutzen und Aufwand müssen aber doch in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen.

Ich bitte Sie im Namen einer stattlichen Minderheit, deren Antrag zu unterstützen.

Zäch Guido (C, AG): In Artikel 14 Absatz 5 wird der Freibetrag pro Jahr geregelt; der Betrag also, bis zu dem keine Beiträge an die AHV entrichtet werden müssen. Wir entscheiden nun über die Höhe dieses Freibetrages. Dabei ist vor allem auf eine sinnvolle und praktikable Regelung zu achten, die keinen unnötigen Aufwand verursacht, aber trotzdem ihren Zweck erfüllt.

Der Bundesrat schlägt als Freibetrag 1000 Franken vor. Dieser sehr tiefe Freibetrag verursacht in der Verwaltung, aber auch bei den abrechnungspflichtigen Betrieben einen Mehraufwand, der in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrag steht. Von diesen Umtrieben wären einmal mehr vor allem die kleinen und mittleren Betriebe betroffen.

Darum hat, auf Antrag der Mitglieder der CVP-Fraktion, die Mehrheit der Kommission einer Regelung zugestimmt, die den Freibetrag auf die Höhe einer maximalen monatlichen Altersrente von zurzeit 2060 Franken pro Jahr erhöht. Damit kann auch der letzte Satz der bundesrätlichen Vorlage betreffend Anpassung des Freibetrages an den Rentenindex weggelassen werden.

Die Altersrente wird ja bekanntlich regelmässig angepasst. Einerseits legen wir den Freibetrag damit nach klaren und einsichtigen Kriterien fest, andererseits umgehen wir eine willkürliche und argumentativ nicht belegbare Zahl. Dieser Freibetrag betrifft nicht nur die Angestellten, sondern alle Erwerbstätigen – auch die Selbstständigwerbenden. Wir stellen auch die Gleichbehandlung aller Erwerbstätigen sicher.



Andererseits darf der Freibetrag aus Gründen der Solidarität nicht zu hoch angesetzt werden. Der Antrag der Minderheit mit einem Betrag von 4000 Franken war die Variante mit dem höchsten Betrag, die in der Kommission diskutiert wurde. Dieser Betrag ist willkürlich gewählt und übersteigt die Grenze des geringfügigen Einkommens. Er schiesst weit über das Ziel hinaus.

Die Befreiung eines jährlichen Einkommens von 2060 Franken – dieser Betrag entspricht zurzeit einer maximalen monatlichen Altersrente – ist ebenso massvoll wie zweckmässig.

Ich bitte Sie namens der CVP-Fraktion, aus diesen Gründen dem Antrag der Mehrheit zu folgen und weder dem bundesrätlichen Entwurf, der mehr Bürokratie zur Folge hätte, noch dem Antrag der Minderheit mit einer überhöhten Beitragsbefreiung zuzustimmen.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Wie mein Vorredner möchte ich Ihnen empfehlen, beim Mittelweg der Mehrheit der Kommission zu bleiben.

Die Grundproblematik, die sich hier stellt, ist die der Mehrfachbeschäftigten. Es ist zwar sympathisch, jemandem einen Freibetrag von 4000 Franken zu geben, aber Sie müssen wissen, dass bei der AHV im heutigen Abrechnungsverfahren in jeder Ausgleichskasse die 4000 Franken separat verrechnet werden. Es gibt dann bestimmt wieder Schlaumeier, die während einem Jahr fünf Beschäftigungen haben, dabei auf 20 000 Franken Lohn kommen und nirgends eine Prämie bezahlen. Es ist völlig legal, wenn das bei unterschiedlichen Ausgleichskassen abgewickelt wird. Das sind dann jene Leute, die im Rentenalter Beitragslücken haben und dem Staat zur Last fallen, indem sie Ergänzungsleistungen beantragen und von der Allgemeinheit ausgehalten werden müssen.

Die Kommission hat das Problem sehr einlässlich studiert. Sie hat dem Bundesrat den Auftrag gegeben, auf dem Verordnungsweg insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen ein vereinfachtes Abrechnungsverfahren einzuführen. Wir durften mit Befriedigung feststellen, dass die Verwaltung in diesem Bereich bereits Vorschläge entwickelt hat und in Zusammenarbeit mit dem Seco daran ist, diese Vorschläge umzusetzen. Das Gesetz wird dann weiter hinten eine entsprechende Auflage statuieren.

In diesem Zusammenhang bitte ich Sie zu beachten, dass die Mehrheit der Kommission bereits eine Verbesserung vorgeschlagen hat. Es sind jetzt nicht mehr 1000 Franken, die freigestellt sind, sondern es ist die Leistung einer maximalen einfachen Altersrente; das sind zurzeit 2070 Franken.

Ich bitte Sie, im Sinne des Kompromisses, aber auch damit keine Leistungsausfälle entstehen, diesen Mittelweg mit uns zu gehen. Es wurde noch nie beziffert, wie hoch denn die Einnahmehausfälle wären, wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen würden. Es ist klar, dass diese höheren Freibeträge viel Geld kosten würden, weil sie bei Mehrfachbeschäftigten immer wieder von neuem abgezogen werden könnten.

Fattebert Jean (V, VD): J'aimerais parler en particulier de la franchise qui était à 2000 francs et qui descendrait à 1000 francs. Je comprends la volonté d'économiser dont fait preuve le Conseil fédéral. Ici, on est dans des chiffres naturellement bien inférieurs à ceux mentionnés précédemment.

En fait, l'économie n'est pas vraiment prouvée. Si, mathématiquement, elle est prévue, il n'en est pas tout à fait de même dans les faits. Il y a les frais d'administration qui mangent une partie de l'économie. L'administration ne fait pas que coûter, elle complique aussi la vie, vous le savez. Elle ne complique pas trop celle des grandes entreprises qui ont une administration équipée informatiquement, au point qu'un salaire de plus ou de moins ne change pas grand-chose. Par contre, les salaires jusqu'à 4000 francs sont servis la plupart du temps par des privés, qui s'offrent les services d'un jardinier occasionnel ou d'une femme de ménage, ou autre. Obliger ces gens à cotiser, c'est les obliger à subir des complications qui risquent de les inciter à engager du personnel au noir, faisant perdre au passage l'impôt à la source, ouvrant aussi la porte à des dérapages que vous connaissez. Nous ne parlons pas ici d'assurance-maladie, évitons de faire trop de pharmacie!

J'aimerais ajouter que ce sont des revenus qui font souvent juste l'équilibre dans des budgets limités chez les salariés,

AB 2001 N 410 / BO 2001 N 410

et le patron tient compte de ce genre de déduction pour fixer le salaire. Finalement, c'est le salarié qui supporte toute la charge; il n'y a pas de convention collective de travail dans ce genre de relation de patron à employés. Au nom du groupe de l'Union démocratique du centre, je vous prie de soutenir la proposition de minorité Egerszegi.

Triponez Pierre (R, BE): Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen, der Minderheit Egerszegi zuzustimmen. Es geht nicht um eine weltbewegende Angelegenheit, aber doch um eine Vereinfachung der Administration, und das ist bekanntlich immer gut. Geringfügige Beiträge beeinträchtigen zudem spätere Rentenzahlungen





nicht, wobei Herr Rudolf Rechsteiner zu Recht darauf hingewiesen hat, dass auch das seine Grenzen hat. Aber es ist schon erstaunlich, dass der Bundesrat in seinem Entwurf – obwohl es eine Kann-Bestimmung ist, darauf muss man deutlich hinweisen – mit einem Vorschlag von 1000 Franken Jahreseinkommen sehr tief gegangen ist, denn bisher war er bei 2000 Franken.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, den Betrag bei der Höhe einer maximalen monatlichen Altersrente festzulegen; sie geht also weiter als der Bundesrat. Aber wir kritisieren dort, dass die Flexibilität noch zu wenig gross ist und mit dem Begriff der maximalen monatlichen Altersrente kein fester Betrag bestimmt wird.

Der Antrag der Minderheit ist klar und einfach:

1. Wir bleiben bei der Formulierung des Bundesrates.
2. Die Grenze soll bei einem Lohn von 4000 Franken pro Jahr festgelegt werden.
3. Die Vorschrift soll eine Kann-Vorschrift bleiben, und der Bundesrat kann auch Bestimmungen zum Abschluss dieser Befreiung vorsehen.
4. Das scheint mir wichtig zu sein: Der Arbeitnehmer kann in jedem Fall verlangen, dass der Arbeitgeber die Beiträge entrichtet.

Stimmen Sie der Minderheit Egerszegi zu, wie dies die FDP-Fraktion tun wird.

Fasel Hugo (G, FR): Der Sprecherin der Minderheit ist zugute zu halten, dass sie geschickt argumentiert hat. Sie hat gesagt, wenn jemand etwa bei einem Sportverein tätig sei und dafür 4000 Franken bekomme, sei es doch nicht notwendig, dieses Einkommen noch der AHV zu unterstellen – absolut perfekt. Nur hat sie nicht gesagt, dass ein Betrag in dieser Höhe für viele Leute natürlich das einzige Einkommen ist. Wir haben eine grosse Flexibilität, so wie sie am Arbeitsmarkt heute auch gefordert ist. Ich denke an die Erfahrungen, die wir alltäglich machen – auch wenn Frau Egerszegi nun etwas schmunzelt –; ich kann Ihnen reihenweise Beispiele geben. Wir haben eine Vielzahl von Leuten, die heute pro Jahr – wie es gerade auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz fordert – fünf, sechs verschiedene Arbeitgeber haben, dies jeweils mit einem Lohn von unter 4000 Franken. Sie sehen: Diese Leute haben dann ein jährliches Einkommen von 20 000 Franken und mehr und sind trotzdem nicht AHV-berechtigt. Das ist natürlich ein grundlegender Irrtum. Das heisst, für diese Leute ist es ein echtes Problem, dass sie sich zwar aus der Sicht des Arbeitsmarktes optimal verhalten, von der AHV aber trotzdem nicht profitieren können, weil sie so keine Renten auslösen können.

Ursprünglich war ich ganz konsequent für den Entwurf des Bundesrates. Man sieht wieder einmal: Auch die Grünen unterstützen regelmässig die Bundesrätin. Weil wir in der Kommission aber gesehen haben, dass dies nicht unbedingt die besten Chancen bringt, haben wir uns auf das Konzept der Mehrheit zubewegt, dies umso mehr, als auch vorgeschlagen wird, dass man für Kleinkommen jetzt auch Möglichkeiten eines Checksystems prüft und dass damit die wirklichen administrativen Probleme, die entstehen können, sehr klein zu halten sind. Das BSV hat in den Beratungen in der Kommission klar und deutlich gesagt, dass sich hier Möglichkeiten eröffnen, die von der Administration leicht zu handhaben sind.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Der neue Absatz 5 von Artikel 14 hat in der Kommission eine ganze Reihe Fragen und lange, intensive Diskussionen ausgelöst. Wir haben sogar Zusatzberichte von der Verwaltung eingeholt. Diese Form beitragsfreier Arbeit hat sehr viel mit Schwarzarbeit zu tun.

Im Grundsatz war sich die Kommission sehr rasch einig und stieg auf den Entwurf des Bundesrates ein. Ausführlich diskutiert haben wir über die Höhe des jährlichen Freibetrages, insbesondere über die Missbrauchsmöglichkeiten. Die Frage ist die Möglichkeit der Kumulation dieses beitragsfreien Einkommens. Kann eine Person, die beispielsweise acht Arbeitgeber hat und bei allen etwa 1000 Franken verdient, für die so erworbenen 8000 Franken beitragsfrei bleiben? Das wäre ja eine Einladung zur Schwarzarbeit.

In der Kommission hat daher vor allem die Minderheit die Meinung vertreten, dass eine Möglichkeit geschaffen werden müsse, die die Kumulation von beitragsfreien Kleinsteinkommen verhindere. Das ist schlicht und einfach nicht möglich, auch im Zeitalter des Computers nicht; denn der Witz der Beitragsbefreiung ist ja gerade, dass die Leute gar nicht mit der AHV in Kontakt kommen müssen. Muss jemand keine Beiträge bezahlen, wird er von der AHV gar nicht erfasst.

Um mögliche Kumulationen ausschliessen zu können, bliebe nur der Weg, eine zentrale Stelle zu schaffen, über die sich feststellen liesse, dass jemand bereits gearbeitet hat, d. h., dass für die gleiche Periode schon ein beitragsfreies Einkommen gemeldet worden ist. Wenn man die Kumulation von stundenmässig geringen Erwerbstätigkeiten kontrollieren möchte, müsste eine Clearingstelle geschaffen werden, die diese Erwerbstätigkeiten laufend erfassen und die daraus resultierenden Einkommen berechnen würde. Diese Aufgabe müsste eine Stelle erfüllen, die in der ganzen Schweiz Niederlassungen hätte und in Sachen Geldverkehr erfahren wäre.



Zu diskutieren wäre auch, ob nur eine einzige AHV-Ausgleichskasse mit diesen kleinen Beschäftigungsverhältnissen betraut sein sollte. Das würde allerdings zu grossen Änderungen führen. Die Ausgleichskasse Wirte z. B. kann nicht prüfen, ob der Ausgleichskasse des Kantons ein Einkommen gemeldet worden ist oder ob Beiträge zu Recht nicht bezahlt worden sind. Sie verfügt über keine Angaben darüber.

Nachdem der administrative Aufwand für die Schaffung und Führung einer solchen Zentralstelle unverhältnismässig gross wäre, muss nach Meinung der Mehrheit der Kommission der beitragsfreie Betrag klein bleiben. Bis anhin ging der Bundesrat von runden 2000 Franken pro Jahr aus und meinte, wie erwähnt, damit den Nebenerwerb. Heute meint er ein Kleinsteinkommen bis zu 1000 Franken.

Die Mehrheit der Kommission übernimmt diesen Betrag in etwa. Das heisst, die maximale monatliche einfache Altersrente von zurzeit 2060 Franken soll massgebend sein. Damit ist gesichert, dass sich dieser beitragsfreie Betrag regelmässig der Teuerung anpasst.

Die Minderheit Egerszegi möchte nun unter diesem beitragsfreien Betrag das Doppelte verstanden wissen, nämlich 4000 Franken pro Jahr. Frau Egerszegi macht in der Begründung geltend, dass es sich dabei um einen wöchentlichen Lohn von nur rund 100 Franken handeln könne, was nicht viel sei. Da hat sie Recht, was die Lohnsumme betrifft. Wird aber dieser Betrag gerade von Raumpflegerinnen erarbeitet, die vielleicht geschieden sind und die seit der Scheidung allein für ihre zukünftige AHV-Rente verantwortlich sind, können sich 2000 oder 4000 Franken auf diese Rente auswirken. Nicht selten sind solche Frauen empört, ähnlich entrüstet wie Selbstständigerwerbende, die ich in schöner Regelmässigkeit über ihre AHV-Rente lästern höre, da diese angeblich zu klein sei. Aber wer Lohnarbeit leistet und frei ist in der Abrechnung mit der AHV, dabei aber glaubt, er mache einen guten Deal, wenn er wenig AHV-Beiträge einbezahlt, macht die Rechnung ohne den Wirt. Spätestens mit dem Eintritt ins Rentenalter kommt das enttäuschende Erwachen,

AB 2001 N 411 / BO 2001 N 411

weil die Rentensumme nicht den Erwartungen entspricht. Für die spätere AHV-Rente ist die einzelne Person weitgehend allein verantwortlich.

Da sich eine Kumulation von mehreren Arbeitsaufträgen und damit eine Verdoppelung, Verdreifachung usw. der pro Jahr maximal rund 2000 Franken nicht ohne unverhältnismässig grossen Aufwand verhindern lässt, müssen wir sowohl im Interesse der Bürgerin und des Bürgers als auch im Interesse der AHV-Kasse der Mehrheit der Kommission zustimmen. Diese hat ihren Entscheid gegen den Antrag, der jetzt als Antrag der Minderheit Egerszegi vorliegt, mit 13 zu 9 Stimmen gefasst.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Frau Dormann, dieser Artikel gilt ja jetzt auch für Rentnerinnen und Rentner, denen man den Freibetrag von 16 800 Franken gestrichen hat. Warum hat man in diesem Zusammenhang nie von einer Missbrauchsmöglichkeit gesprochen? Auch dieser Betrag hätte sich kumulieren lassen.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Im Gesetz machen wir keinen Unterschied zwischen den Rentnern und den jungen Arbeitnehmern. Für alle gilt das Kleinsteinkommen von 2000 Franken. Durch die Streichung des Freibetrages ist für die Rentnerinnen und Rentner jedoch neu, dass der Betrag, den sie nach der Erreichung des Rentenalters noch verdienen, rentenbildend ist, falls sie noch keine Maximalrente haben. Das war bis anhin nicht der Fall. Sie mussten bloss bezahlen, ein Teil ihres Einkommens war allerdings von diesen Zahlungen befreit. Sie hatten jedoch keine Chance mehr, ihre Rente aufzubessern. Neu haben sie diese Möglichkeit. Die Möglichkeit des Missbrauchs ist bei jungen und alten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen genau die gleiche. Deshalb müssen wir eben für einen kleinen Betrag votieren.

Dreifuss Ruth (,): Pour être tout à fait clair, le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité de la commission. Nous trouvons que la formule de lier cette franchise au montant de la rente mensuelle maximale est subtile. Ce serait 2060 francs maintenant, et cela évoluera avec le montant de la rente maximale. Nous pensons aussi que la contribution de la commission, qui a introduit un article sur la nécessité d'un décompte simplifié pour ces petits salaires ou ces petits revenus, est extrêmement utile, et nous nous rallions donc à cette proposition de la majorité de la commission.

J'aimerais rappeler ce qui a déjà été dit: ces montants peuvent être cumulés. Ils valent pour chaque rapport de travail. Ils peuvent même valoir pour un rapport de travail avec le même employeur dans la mesure où dans l'année, il y aurait plusieurs mandats ou plusieurs activités de durée limitée qui seraient chaque fois un nouveau rapport de travail. Dans ce sens, il faut bien sûr veiller à ne pas inciter ou encourager l'idée qu'en fractionnant, en saucissonnant les rapports de travail, que ce soit dans le temps ou avec des employeurs différents, on peut échapper à l'obligation de participer au financement de l'AVS, financement ensuite qui revient d'ailleurs au



bénéfice de l'assuré. Dans ce sens-là, la proposition de la majorité de la commission est digne d'être suivie. Par contre, la proposition de minorité, qui parle de 4000 francs, est tout simplement trop importante si l'on part de l'idée du cumul.

En commission, nous nous sommes posé la question de savoir si nous pouvions empêcher que la règle vaille également pour chaque nouveau rapport de travail. Nous n'avons pas les moyens de le faire, sauf à bureaucratiser l'AVS et à lui demander de tenir des registres pour chaque personne en fonction des différents rapports de travail qu'elle peut avoir. Nous ne souhaitons certainement pas introduire un tel système où l'AVS elle-même contrôlerait si la personne a déjà atteint le seuil des 4000 francs. Il s'agit donc bien pour chaque rapport de travail de fixer une franchise, avec l'idée que cela correspond à peu près à la situation actuelle, mais de façon évolutive. En fixant la rente mensuelle maximale, nous pensons qu'un bon équilibre a été trouvé. Le Conseil fédéral renonce donc à sa variante de la fixer à 1000 francs et se rallie en tous points à la proposition de la majorité de la commission.

Permettez-moi encore une remarque. J'aimerais dire que c'est la deuxième fois qu'on a l'occasion, sur une toute petite chose – je reconnais avec M. Triponez qu'il faut peut-être savoir distinguer ce qui est "weltbewegend" de ce qui ne l'est pas, mais il y a quand même un climat général de cette réforme qu'il faut maintenir –, de décider si on veut maintenir un privilège. Vous en avez décidé ainsi dans le vote précédent. Cette fois-ci, il faut se demander si on introduit une possibilité de se soustraire au paiement de cotisations de l'AVS. Je crois que pour exprimer la volonté de chercher des solutions où chacun participe aux mesures nécessaires à l'assainissement, à trouver un équilibre des sacrifices dans cette réforme, il serait bon que vous vous ralliez à la majorité de la commission. Cela montrerait que nous ne commençons pas une bataille dans laquelle chaque groupe défendra, bec et ongles, ses propres privilèges ou sa propre situation dans l'AVS. Je vous prie de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/1193)

Für den Antrag der Mehrheit 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

Abs. 6 – Al. 6

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... oder entrichtet werden. In Abweichung von Artikel 24 Absatz 1 ATSG endet die Verjährungsfrist für Beiträge nach den Artikeln 6 Absatz 1, 8 Absatz 1 und 10 Absatz 1 erst ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die massgebende Steuerveranlagung rechtskräftig wurde

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

.... so erlischt der Anspruch auf Rückerstattung in Abweichung von Artikel 25 Absatz 3 ATSG ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres

Art. 16

Proposition de la commission

Al. 1

.... ni payées. En dérogation à l'article 24 alinéa 1er LPGA, s'il s'agit de cotisations selon les articles 6 alinéa 1er, 8 alinéa 1er et 10 alinéa 1er, le délai n'échoit

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... le droit à restitution s'éteint, en dérogation à l'article 25 alinéa 3 LAPG, un an après la fin

Angenommen – Adopté



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sondersession Mai 2001 • Erste Sitzung • 07.05.01 • 14h30 • 00.014
Conseil national • Session spéciale mai 2001 • Première séance • 07.05.01 • 14h30 • 00.014



*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.55 Uhr
La séance est levée à 19 h 55*

AB 2001 N 412 / BO 2001 N 412



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 18 Abs. 1 zweiter Satz, 2bis, 4

Antrag der Kommission

Abs. 1 zweiter Satz

Streichen

Abs. 2bis, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Föhn

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 18 al. 1 deuxième phrase, 2bis, 4

Proposition de la commission

Al. 1 deuxième phrase

Biffer





Al. 2bis, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Föhn

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Föhn Peter (V, SZ): Ich spreche zu Artikel 18 Absatz 1 zweiter Satz, der in der Fahne auf Seite 11 zu finden ist. Es kommt mir mehr als spanisch vor, wenn eine Kommission in einem Rechtsstaat diese Bestimmung streichen will. Ich bitte Sie dringendst: Folgen Sie hier dem Bundesrat – oder will jemand hier im Saal vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen noch belohnen? Nein, lassen Sie den Satz bitte im AHV-Gesetz stehen: "Hat ein Hinterlassener den Tod des Versicherten vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt, so können die Renten dauernd oder vorübergehend verweigert, gekürzt oder entzogen werden."

Nach meinem Wissen erlaubt die Rechtsprechung die Verweigerung oder Kürzung einer Rente, wenn ein Versicherungsfall vorsätzlich oder bei Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt worden ist. Unzulässig wäre eine Verweigerung oder Kürzung, wenn ein Versicherungsfall "nur" grobfahrlässig herbeigeführt wurde. Deshalb hat der Bundesrat richtigerweise das Wort "grobfahrlässig" gestrichen und die Wortfolge "bei vorsätzlicher" eingesetzt. Somit entspricht Artikel 18 Absatz 1 auch der jüngeren Rechtsprechung auf nationaler und internationaler Ebene.

Es wäre der absolute "Hammer", wenn ein Verbrechen auch noch mit einer Rente belohnt werden müsste. Ein Verbrechen oder Vergehen muss bestraft und darf nicht belohnt werden. Die Rentenkürzung oder -verweigerung ist mit der vorgeschlagenen Kann-Formulierung nicht zwingend, aber die Möglichkeit einer Kürzung wäre gegeben, wie es bei anderen Versicherungsleistungen auch der Fall ist, z. T. schon bei Selbstverschulden. Streichen wir also gut gemeinte Artikel nicht aus der Gesetzgebung. Die Regelung "Hat ein Hinterlassener den Tod des Versicherten vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt, so können die Renten dauernd oder vorübergehend verweigert, gekürzt oder entzogen werden" ist im AHV-Gesetz zu belassen.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zu folgen.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Ich kann Sie absolut beruhigen, Herr Föhn, Ihr Anliegen ist bereits aufgenommen worden, aber nicht mehr im AHV-Gesetz. Wir haben inzwischen das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechtes (ATSG) verabschiedet, das nächstens in Kraft treten wird. Dort ist diese Frage für alle Versicherungen geregelt. Diese Bestimmung ist also nicht inhaltlich gestrichen worden, sondern nur ins ATSG, das auch für alle anderen Versicherungen Gültigkeit hat, übergeführt worden. Die Streichung hier ist eine Bereinigung, weil die Bestimmung in das ATSG übertragen worden ist. Ich gehe davon aus, dass Sie damit zufrieden sein und Ihren Antrag zurückziehen können. Die Bestimmung ist nicht gestrichen worden, sie gilt jetzt aber für alle Versicherungen.

Dreifuss Ruth (,): Effectivement, nous avons la même attitude que celle qu'a exprimée M. Föhn à la tribune. Si le Conseil fédéral a d'abord proposé une modification de la loi, c'est pour la mettre en harmonie avec les normes internationales. J'ai entendu avec satisfaction que M. Föhn, lui aussi, accepte tout à fait que l'on biffe la notion de négligence grave et que l'on en reste à la notion d'intention qui aurait causé la mort de l'assuré. Dans ce sens-là, nous nous adaptions au droit international, parallèlement à cette proposition. La partie générale des assurances sociales a été modifiée et a introduit ce principe pour l'ensemble des assurances. Il était donc normal que la commission prenne acte de ce changement et le biffe dans la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants, en sachant que ce principe général du droit l'est maintenant en droit suisse.

Hess Peter (C, ZG): Herr Föhn erklärt, dass er seinen Antrag aufgrund der Erklärungen zurückzieht.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Präsident (Hess Peter, Präsident): Ich schlage Ihnen vor, die Artikel 21 und 40ter gemeinsam zu behandeln.

Art. 21

Antrag der Kommission

Mehrheit





Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Rossini, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul)

Abs. 1

Anspruch auf eine Altersrente haben:

- a. Männer und Frauen, die das 65. Altersjahr vollendet haben;
- b. Versicherte mit 40 vollständigen Beitragsjahren frühestens ab dem vollendeten 60. und spätestens ab dem vollendeten 65. Altersjahr;

AB 2001 N 413 / BO 2001 N 413

c. Versicherten, die vor dem vollendeten 60. Altersjahr 40 vollständige Beitragsjahre aufweisen, wird ein stufenweiser Vorbezug der Rente gewährt unter der Bedingung, dass sie ihren Beschäftigungsgrad reduzieren. Die Reduktion muss aber mindestens 50 Prozent betragen. Die Höhe der Rente wird proportionell zum Beschäftigungsgrad bemessen.

Abs. 2

Der Anspruch auf die Altersrente erlischt mit dem Tod des Anspruchsberechtigten.

Minderheit II

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(Eventualantrag nur im Zusammenhang mit dem Antrag der Minderheit IV zu Art. 40ter)

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Der Anspruch auf die Altersrente entsteht bereits nach Vollendung des 62. Altersjahres, wenn keine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird oder wenn das Erwerbseinkommen geringer ist als das Anderthalbfache der Mindestrente.

(Bisheriger Abs. 2 wird zu Abs. 3)

Antrag Ménétrey-Savary

Unverändert

Art. 21

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Rossini, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul)

Al. 1

Ont droit à une rente de vieillesse:

- a. les hommes et les femmes qui ont atteint 65 ans;
- b. les personnes assurées qui comptabilisent 40 années complètes de cotisation au régime, mais au plus tôt dès 60 ans révolus et au plus tard à 65 ans révolus;
- c. si l'assuré atteint 40 années complètes de cotisation au régime avant 60 ans révolus, une préretraite progressive est allouée sous condition d'une réduction du taux de l'activité professionnelle, mais au maximum de 50 pour cent. Le montant de la rente est proportionnel à la réduction du taux d'activité.

Al. 2

Le droit à la rente vieillesse s'éteint par le décès de l'ayant droit.

Minorité II

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(Proposition subsidiaire, en cas d'acceptation de la minorité IV à l'art. 40ter)

Al. 1

Inchangé

Al. 2





Le droit à une rente de vieillesse prend naissance le premier jour du mois suivant celui où a été atteint l'âge de 62 ans, si aucune activité lucrative n'est exercée ou si le revenu est inférieur à 150 pour cent de la rente minimale.

(Al. 2 actuel devient al. 3)

Proposition Ménétreay-Savary
Inchangé

Art. 40ter

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

.... gekürzt. Der monatliche Kürzungsbetrag der Rente wird aufgrund der durchschnittlichen Monatsrente, die vorbezogen wird, und des Kürzungssatzes berechnet.

Abs. 2

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

– Bis zu einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen in der Höhe des 48fachen Betrages der Minimalrente: für 12 ganze Monatsrenten 0,9 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 4,1 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 8,4 Prozent.

– Ab einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: für 12 ganze Monatsrenten 3,4 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 8,4 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 14,3 Prozent.

Abs. 3

Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende durchschnittliche Erwerbseinkommen zwischen dem 48fachen und dem 72fachen Betrag der Minimalrente liegt und auch wenn der Rentenvorbezug zwischen einem Monat und 35 Monaten beträgt.

Abs. 4

Wenn nur die halbe Rente vorbezogen wird, werden die Kürzungssätze bis zum Erreichen des Rentenalters gemäss Artikel 21 halbiert.

Minderheit I

(Widrig, Bangarter, Bortoluzzi, Egerszegi, Gutzwiller, Triponez)

Abs. 1

Die Rente wird um den versicherungstechnischen Gegenwert der vorbezogenen Leistungen gekürzt. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 2

Der Bundesrat legt die Kürzungssätze für Männer und Frauen einheitlich fest und ordnet das Verfahren.

Abs. 3, 4

Streichen

Minderheit II

(Meyer Thérèse, Guisan)

Abs. 1

.... gekürzt. Der monatliche Kürzungsbetrag der Rente wird aufgrund der durchschnittlichen Monatsrente, die vorbezogen wird, und des Kürzungssatzes berechnet.

Abs. 2

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

– Bis zu einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen in der Höhe des 48fachen Betrages der Minimalrente: für 12 ganze Monatsrenten 2,9 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 6,9 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 11,3 Prozent.

– Ab einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: für 12 ganze Monatsrenten 5 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 10,7 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 16,5 Prozent.

Abs. 3



Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende durchschnittliche Erwerbseinkommen zwischen dem 48fachen und dem 72fachen Betrag der Minimalrente liegt und auch wenn der Rentenvorbezug zwischen einem Monat und 35 Monaten beträgt.

Abs. 4

Wenn nur die halbe Rente vorbezogen wird, werden die Kürzungssätze bis zum Erreichen des Rentenalters gemäss Artikel 21 halbiert.

Minderheit III

(Fasel, Baumann Stephanie, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

Abs. 1

.... gekürzt. Der monatliche Kürzungsbetrag der Rente wird aufgrund der durchschnittlichen Monatsrente, die vorbezogen wird, und des Kürzungssatzes berechnet.

Abs. 2

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

– Bis zu einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen in der Höhe des 60fachen Betrages der Minimalrente: für 12 ganze Monatsrenten 0 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 1,1 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 4 Prozent.

AB 2001 N 414 / BO 2001 N 414

– Ab einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: für 12 ganze Monatsrenten 0 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 3,2 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 8,7 Prozent.

Abs. 3

Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende durchschnittliche Erwerbseinkommen zwischen dem 60fachen und dem 72fachen Betrag der Minimalrente liegt und auch wenn der Rentenvorbezug zwischen einem Monat und 35 Monaten beträgt.

Abs. 4

Wenn nur die halbe Rente vorbezogen wird, werden die Kürzungssätze bis zum Erreichen des Rentenalters gemäss Artikel 21 halbiert.

Minderheit IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(Eventualantrag zu den Minderheiten I und II im Zusammenhang mit Art. 21)
(= Antrag der Minderheit II zu Art. 21)

Art. 40ter

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

.... de la contre-valeur des prestations perçues avant terme. Le montant de la réduction mensuelle de la rente est fixé en fonction de la rente mensuelle moyenne versée par anticipation et du taux de réduction.

Al. 2

Les taux de réduction sont fixés comme suit:

– Jusqu'à un revenu moyen d'une activité lucrative égal à 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: pour 12 rentes mensuelles entières 0,9 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 4,1 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 8,4 pour cent.

– A partir d'un revenu moyen d'une activité lucrative égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: pour 12 rentes mensuelles entières 3,4 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 8,4 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 14,3 pour cent.

Al. 3

Le taux de réduction est échelonné de manière linéaire pour des revenus annuels moyens d'une activité lucrative qui se situent entre 48 et 72 fois la rente de vieillesse minimale tout comme pour des périodes de versement anticipé entre un et 35 mois.

Al. 4

Si le versement anticipé ne porte que sur la moitié de la rente, les taux de réduction sont diminués de 50 pour cent jusqu'à l'âge de la retraite selon l'article 21.



Minorité I

(Widrig, Bangarter, Bortoluzzi, Egerszegi, Gutzwiller, Triponez)

Al. 1

La rente est réduite de la contre-valeur actuarielle des prestations touchées par anticipation. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe les taux de réduction de manière uniforme pour les deux sexes et règle la procédure.

Al. 3, 4

Biffer

Minorité II

(Meyer Thérèse, Guisan)

Al. 1

.... de la contre-valeur des prestations perçues avant terme. Le montant de la réduction mensuelle de la rente est fixé en fonction de la rente mensuelle moyenne versée par anticipation et du taux de réduction.

Al. 2

Les taux de réduction sont fixés comme suit:

– Jusqu'à un revenu moyen d'une activité lucrative égal à 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: pour 12 rentes mensuelles entières 2,9 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 6,9 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 11,3 pour cent.

– A partir d'un revenu moyen d'une activité lucrative égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: pour 12 rentes mensuelles entières 5 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 10,7 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 16,5 pour cent.

Al. 3

Le taux de réduction est échelonné de manière linéaire pour des revenus annuels moyens d'une activité lucrative qui se situent entre 48 et 72 fois la rente de vieillesse minimale tout comme pour des périodes de versement anticipé entre un et 35 mois.

Al. 4

Si le versement anticipé ne porte que sur la moitié de la rente, les taux de réduction sont diminués de 50 pour cent jusqu'à l'âge de la retraite selon l'article 21.

Minorité III

(Fasel, Baumann Stephanie, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

Al. 1

.... de la contre-valeur des prestations perçues avant terme. Le montant de la réduction mensuelle de la rente est fixé en fonction de la rente mensuelle moyenne versée par anticipation et du taux de réduction.

Al. 2

Les taux de réduction sont fixés comme suit:

– Jusqu'à un revenu moyen d'une activité lucrative égal à 60 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: pour 12 rentes mensuelles entières 0 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 1,1 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 4 pour cent.

– A partir d'un revenu moyen d'une activité lucrative égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: pour 12 rentes mensuelles entières 0 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 3,2 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 8,7 pour cent.

Al. 3

Le taux de réduction est échelonné de manière linéaire pour des revenus annuels moyens d'une activité lucrative qui se situent entre 60 et 72 fois la rente de vieillesse minimale tout comme pour des périodes de versement anticipé entre un et 35 mois.

Al. 4

Si le versement anticipé ne porte que sur la moitié de la rente, les taux de réduction sont diminués de 50 pour cent jusqu'à l'âge de la retraite selon l'article 21.

Minorité IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

(Proposition subsidiaire aux minorités I et II en rapport avec l'art. 21)

(= proposition de la minorité II à l'art. 21)



Rossini Stéphane (S, VS): J'interviens ici sur le modèle des 40 années de cotisation et je renvoie celles et ceux qui sont intéressés par le contexte général à ce que j'ai évoqué hier lors de l'entrée en matière, et plus particulièrement sur la nécessité de développer une approche transversale relativement à cette question. J'insiste sur un élément qui se réfère à la nécessité pour nous de procéder à une analyse rigoureuse et à une pesée des influences et des conséquences concernant à la fois la problématique démographique, la situation sur le marché de l'emploi – j'ai cité hier quelques exemples concernant l'exclusion des travailleurs entre 55 et 65 ans –, mais aussi sur les inégalités relevant des conditions socioprofessionnelles en matière d'invalidité et de décès.

Devant tant d'inégalités pour les personnes assurées et surtout devant les difficultés auxquelles nous sommes

AB 2001 N 415 / BO 2001 N 415

confrontés ici pour véritablement définir un modèle, des règles et des moyens pour réaliser cette question de la flexibilisation, j'ai tenté de proposer une solution plus simple, moins inégalitaire, certes très orientée parce qu'elle tente de réduire la question des inégalités, de la pénibilité sous l'angle professionnel, et j'ai proposé cette question des 40 années de cotisation. De plus, dans ma proposition de minorité I, il s'est agi aussi d'essayer de trouver une solution à une autre problématique, une solution nationale à la problématique des travailleurs âgés qui, aujourd'hui, sont délogés sur la question de l'aide sociale ou sur les régimes spéciaux des cantons. Cette problématique contribue, elle aussi, à alourdir la facture globale de la problématique de la vieillesse. Ignorée au niveau fédéral, cette question ne change rien à la réalité sociale. Par contre, nous en payons tout de même la facture.

Au coeur de ma proposition, dans ce modèle, j'aimerais insister sur deux éléments qui sont complémentaires: d'une part, et je viens de l'évoquer, la question de la pénibilité, c'est-à-dire tenir compte des désavantages de la population active, désavantages relatifs à la formation, aux conditions de travail, à la question des revenus, et qui ont des conséquences immédiates sur le niveau des rentes qui sont généralement plus basses et sur une plus courte période. Je tiens à rappeler que ce modèle se base sur un âge de la retraite à 65 ans et que la flexibilisation intervient pour la dynamique professionnelle, puisqu'elle intervient entre 18 et 25 ans pour les cotisations et entre 60 et 65 ans pour les prestations. Par contre, le principe d'universalité, qui est fondamental à notre AVS, est maintenu pour les assurés, puisqu'à partir de 25 ans la cotisation est obligatoire, et bien évidemment cette proposition maintient le bonus éducatif et le bonus pour tâches d'assistance.

D'autre part, j'aimerais insister encore sur un élément qui me paraît essentiel: ne faisons pas une confusion sur les 40 années de cotisation. Ces 40 années de cotisation ne sont pas calculées sur le modèle actuel, mais sur 40 années effectives. Dans la discussion en commission, j'ai présenté la notion de trimestre.

Vous me permettrez encore d'évoquer rapidement la question du traitement de cette proposition en commission, parce que je considère qu'elle a été traitée de manière très sommaire, pour ne pas dire de manière lacunaire, voire encore franchement évacuée. L'aspect politique n'y est pas entré, les priorités portant sur la flexibilisation et le montant accordé à celle-ci. L'administration a répondu aux questions que je souhaitais comme étant politiques par des réponses techniques. Quant à l'argument-massue qui tue toute réflexion et sans nuance du coût de ce modèle, 2,4 milliards de francs, on ne connaît finalement rien de son contenu méthodologique. Cet objet, on peut le dire, n'a pas été franchement et rigoureusement étudié, ce qui laisse bien sûr flotter un certain nombre de doutes et ce qui empêche tout aménagement et toute recherche de consensus.

En conclusion: le principe d'une nouvelle approche de la flexibilisation de l'âge de la retraite est et sera essentiel à l'avenir. La guerre des chiffres et des courbes n'apportera rien, on le voit. Elle est plus destructrice que constructive. Tenir compte d'un modèle nouveau n'est donc pas, à mon avis, utopique, mais c'est une condition de progrès et d'innovation, car toutes et tous ne sont pas égaux ni devant la vie ni devant la mort et encore moins devant la retraite.

Je vous remercie donc de votre soutien à cette proposition de principe.

Ménétreay-Savary Anne-Catherine (G, VD): Après avoir provoqué une immense émotion il y a quelques années, la question de l'âge de la retraite des femmes est en train de sombrer dans l'oubli, ou peut-être dans la résignation. Les Verts y ont peut-être contribué par leur initiative populaire "pour une retraite à la carte dès 62 ans, tant pour les femmes que pour les hommes", qui doit son relatif succès au fait qu'elle égalisait l'âge de la retraite, mais au moins le faisait-elle en faveur de la position la plus favorable! Dans le débat actuel, la situation des femmes n'est plus un thème, sauf pour les veuves. Mais toutes les femmes ne sont pas des veuves!

Durant la campagne de novembre 2000, j'ai pu constater qu'à droite on ricane volontiers sur cette différence d'âge entre les hommes et les femmes, réminiscence d'une époque où l'AVS était servie au couple. On se veut



progressiste et on prône l'émancipation, l'égalité, l'autonomie. Mais c'est une égalité formelle, qui consiste à mettre tout le monde sur la même ligne de départ. C'est une égalité qui masque des inégalités. Ce n'est pas un modèle solidaire, c'est un modèle individuel. Ce n'est pas, Madame la Conseillère fédérale, "un pour tous, tous pour un", c'est "chacun pour soi et Dieu pour tous". Comme s'il suffisait de décréter l'égalité pour qu'elle existe! Rien n'est plus faux. A procéder par décrets, on ne fait que bétonner l'inéquité des discriminations actuelles, plutôt que de les éliminer.

Même si l'on souhaite une évolution des mœurs, il ne faut pas se leurrer. De nombreuses femmes vont continuer à renoncer à leur emploi rémunéré quand leur mari prendra sa retraite ou sa préretraite, soit à 60 ou 61 ans. Elles perdront ainsi des sommes importantes. D'autres vont perdre leur emploi, et ce chômage souvent non annoncé péjorera encore leur situation. Maintenir une différence entre les hommes et les femmes pour l'âge de la retraite, c'est prendre en compte les situations concrètes. C'est prendre en compte que les salaires des femmes sont inférieurs d'un quart à ceux des hommes, que leur statut professionnel est plus précaire, que deux fois plus de femmes que d'hommes n'ont pas de formation professionnelle; que la plupart des femmes n'ont ni deuxième ni troisième pilier; que leur longévité plus grande se paie par une qualité de vie moindre, précarité matérielle, santé médiocre, reconnaissance sociale quasi nulle. Il faut surtout prendre en compte que les femmes accomplissent encore aujourd'hui les deux tiers des tâches domestiques non rémunérées, des tâches évaluées à une valeur de 130 milliards de francs par année. Et ce ne sont pas seulement les mères qui accomplissent des tâches sociales. Même à la retraite, les femmes continuent à s'engager bénévolement pour la collectivité. Certaines utilisent leur retraite pour faire de la politique. Elles ne le feraient probablement pas si elles devaient travailler jusqu'à 65 ans. C'est en tout cas le cas de quelqu'un que je connais bien! Et toutes les femmes fournissent des soins à leur entourage ou prennent en charge des petits-enfants ou des parents âgés. A côté du bonus éducatif, on devrait encore instaurer un bonus social. Ne pas tenir compte de ces différences, c'est faire de l'égalitarisme de façade. Pire, c'est aggraver la situation des femmes au nom même de l'égalité. C'est ce que fait le projet de Conseil fédéral, et ça nous apparaît comme une escroquerie.

En travaillant une année de plus, trois ans de plus par rapport à la situation dont j'étais une des dernières à bénéficier en l'an 2000, on fait payer aux femmes le coût d'une flexibilité dont beaucoup d'entre elles ne pourront même pas bénéficier, pour des raisons financières. La commission, y compris la minorité Fasel et la minorité Goll, a voulu donner la priorité à la flexibilité. Je le comprends d'autant mieux que c'est ce que le groupe écologiste avait fait avec son initiative. Mais celle-ci proposait la flexibilité sans réduction de rente. Toute réduction de rentes pénalise particulièrement les femmes. La proposition de minorité II est une proposition subsidiaire, la mienne ne l'est pas.

Je vous demande donc de soutenir ma proposition en faveur du maintien d'une différence de l'âge de la retraite entre les femmes et les hommes. C'est une proposition qui n'est peut-être pas égalitaire, mais elle est équitable.

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich bitte Sie aus drei Gründen, bei Artikel 40ter dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen.

Der erste Grund ist die Transparenz. Hier sind einfache Gesetze wichtig, gerade bei einem Vorbezug. Wenn jemand krank ist, wird dies der Arzt feststellen, dann erfolgt die Finanzierung über die IV. Wenn jemand arbeitslos ist, erfolgt die Finanzierung des Verdienstausfalles über die

AB 2001 N 416 / BO 2001 N 416

Arbeitslosenversicherung. Wenn jemand gesund und im Arbeitsprozess ist, aber mit 62 Jahren in Pension gehen will, so hat er die Kürzung von 5,2 Prozent pro Jahr hinzunehmen. Diese Regelung ist einfach und transparent. Die Koordination mit dem Ausland und die Gleichbehandlung aller Versicherten sind voll gewährleistet – im Gegensatz zur Regelung gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit und Entwurf des Bundesrates. Mit dieser Lösung erfolgt nämlich ein "Export" ins Ausland.

Der zweite Grund ist das soziale Argument. Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen haben bereits während des Vorbezuges einen Rechtsanspruch auf Ergänzungsleistungen, und die Kürzung kann damit in Abhängigkeit von den aktuellen Einkommen und Vermögen ausgeglichen werden. Das Instrument der Ergänzungsleistungen stellt, im Gegensatz zum Modell des Bundesrates, auf die aktuelle Lage des Rentners ab. Das durchschnittliche Einkommen aus früheren Jahren steht nicht in direktem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation von Rentenberechtigten. Denken Sie z. B. an die Vermögenslage.

Der dritte Grund: Der OECD-Bericht vom Dezember 2000 kommt zum Schluss, dass die Schweiz besonders Sorge dazu zu tragen hat, dass das effektive Rentenalter hoch bleibt. Bei der Flexibilisierung des Rentenalters in der AHV sei die Neigung zum frühzeitigen Rücktritt im Auge zu behalten. Darum sei primär die Lage der



älteren Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern – also kein Abschieben in die Pension, sondern Hilfe in der Arbeitswelt. Die hohe Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer dürfe nicht geschmälert werden, schon aus Wachstumsgründen nicht. Mit der Ermöglichung des Rentenvorbezuges ab 62 Jahren für alle – wie wir sie hier schaffen – und mit dem neu vorgeschlagenen versicherungsmathematisch korrekten Teilvorbezug sowie mit der EL-Berücksichtigung ab dem Zeitpunkt des Vorbezuges wird dieses Flexibilitätsmodell adäquat zur OECD verbessert.

Was der Bundesrat hier mit 400 Millionen Franken und die Kommissionsmehrheit mit 800 Millionen Franken Abfederung beantragen, ist ein Sozialausbau für Männer zwischen 62 und 65 Jahren, indem bei tiefen und mittleren Einkommen für das Rentenalter 62 subventioniert wird.

Alle Länder in Europa kennen für Mann und Frau das Rentenalter 65, ohne diese massive Abfederung beim vorzeitigen Rücktritt. Es gibt in Europa nur drei Ausnahmen: Dänemark hat das Rentenalter 67 für Mann und Frau, Norwegen hat das Rentenalter 67 für Mann und Frau, und Frankreich hat das Rentenalter 60 für Mann und Frau. Das sind die drei Ausnahmen.

Fazit: Rentenalter 65 heisst nicht nur mehr Arbeitskräfte für die Wirtschaft; Rentenalter 65 heisst auch für die AHV während drei Jahren möglichst viele Beitragszahlende. Einen Männerjahrgang vorzeitig in die Rente zu schicken, ergibt einen Ausfall von 730 Millionen Franken pro Jahr. Bei den Frauen sind es 400 Millionen Franken. Ein Jahrgangsausfall würde demzufolge 1,1 Milliarden Franken weniger an Rentenzahlungen entsprechen.

Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 40ter dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen.

Meyer Thérèse (C, FR): La minorité II adhère au projet du Conseil fédéral, mais modifié par la majorité, avec le "so genannte Knickpunkt" qui permet d'avantager les petits revenus jusqu'à 48 000 francs. La version du Conseil fédéral primitive comportait une courbe linéaire inadéquate.

Sur le dépliant, vous ne voyez que deux noms qui soutiennent cette proposition de minorité. Cependant, pour vous renseigner, je puis vous dire que cette proposition a recueilli 10 voix quand elle a été opposée à la proposition qui demande d'injecter 800 millions de francs pour atténuer la diminution des rentes en cas de retraite anticipée.

Devant l'écart énorme des propositions en la matière, allant de 0 à 1,5 milliard de francs, et confrontés à la difficile tâche de consolider notre premier pilier dans la pérennité, nous pensons que la version du Conseil fédéral modifiée par la majorité apporte déjà un bon appui et permet une réduction appréciable des rentes en cas de retraite anticipée. Quelques chiffres: l'injection de 400 millions de francs pour aider à la retraite flexible, ce n'est tout de même pas rien, comme certains le prétendent. Si la retraite est prise à 64 ans, ce sera une diminution de 34 francs de la rente, contre 67 francs si la mesure n'est pas acceptée, ceci pour une rente de 1266 francs. Si la retraite est prise à 63 ans, c'est 84 francs contre 136 francs; et à 62 ans, 141 francs contre 202 francs. Vous voyez que l'amélioration est quand même sensible.

Je puis dire aussi que pour les tout bas revenus, toutes les améliorations, si importantes qu'elles soient, ne vont pas modifier le montant à disposition à la fin pour ces rentiers, car ceux-ci devront de toute façon faire appel aux prestations complémentaires pour faire face à leurs besoins de base. Bien sûr, il y a le cas des agriculteurs qui est un cas tout à fait spécifique. Nous y sommes sensibles, mais il est difficile d'introduire une solution générale pour couvrir cette situation particulière. Je crois que l'on devra plancher pour trouver une autre solution.

Cette solution permet donc d'apporter une réelle amélioration à la flexibilisation, sans mettre en péril la pérennité de notre assurance de base, et ceci aussi sans trop charger les jeunes familles qui ont besoin de leurs moyens pour l'éducation et la formation de leurs enfants.

Je vous demande donc de soutenir cette version à 400 millions de francs modifiée.

Fasel Hugo (G, FR): Die Frage des flexiblen Rentenalters und von dessen Ausgestaltung ist, das kann man mit Bestimmtheit sagen, eines der Kernprobleme, das wir in dieser 11. AHV-Revision behandeln. Wir können darüber aber nicht ganz unabhängig entscheiden, d. h., wir müssen die Abstimmungsresultate vom November 2000 mit berücksichtigen. Wir haben in diesem Lande im November 2000 über zwei Volksinitiativen abgestimmt, die das Rentenalter 62 einführen wollten. Wenn wir uns erinnern, lautete die Propaganda immer klar und deutlich, dass die AHV mit diesem Rentenalter 62 – "à la carte" – bald einmal bankrott machen würde. So lauteten die Aussagen auf den Plakaten, so war die Propaganda all jener angelegt, die von diesen beiden Volksinitiativen nichts wissen wollten. Über die künftige finanzielle Entwicklung der AHV standen auch andere Zahlen im Raum. Es wurde schwarz gemalt; bezüglich der künftigen finanziellen Entwicklung der AHV sah man nur noch rote Zahlen. Vor diesem Hintergrund kam trotzdem ein völlig anderes Resultat zum Vorschein:



Die Volksinitiative der Grünen wurde nämlich in sieben Kantonen, in allen Westschweizer Kantonen und im Kanton Tessin, klar und deutlich gutgeheissen. Gesamtschweizerisch hat diese Volksinitiative sogar 46 Prozent Zustimmung erfahren. Wir haben also, wenn wir jetzt über das Rentenalter und dessen Flexibilisierung entscheiden, diesem Volksentscheid Rechnung zu tragen.

Das Volk hat damit ein starkes Signal dahingehend gesetzt, dass es ein früheres Rentenalter will, dass es eine soziale Ausgestaltung der Flexibilisierung will und dass es auch bereit ist, dafür zu bezahlen. Wir – die Minderheit II – haben diesen Volksentscheid umgesetzt, indem wir ein flexibles Rentenalter wollen, das einen Rückzug aus dem Erwerbsleben mit 64 Jahren möglich macht. Wir sind also weit davon entfernt, das zu wiederholen, was die Initiativen wollten. Nein, wir sind konsequent, wir haben uns auf einen moderaten Vorschlag zurückgezogen und ein flexibilisiertes Rentenalter ab 64 Jahren vorgeschlagen.

Diese Lösung kostet 1,5 Milliarden Franken, und die Grünen waren auch hier konsequent. Sie haben eine Volksinitiative lanciert, über die noch abzustimmen sein wird, die unter dem Titel "Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern" auch die notwendigen Mittel dafür bereitstellen will.

Warum eine vorzeitige Pensionierung? Auch wenn die OECD und einige Teile der Wirtschaft jetzt plötzlich die älteren Jahrgänge wieder entdecken wollen, spricht der Arbeitsmarkt nach wie vor eine andere Sprache, und er wird das auch künftig tun. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Verkauf, im Gastgewerbe, im Bausektor, im

AB 2001 N 417 / BO 2001 N 417

Reinigungsgewerbe, meist auch in den Pflegebereichen, gilt: Man will niemanden mehr, der über sechzig ist. Das zeigen alle statistischen Unterlagen zum Arbeitsmarkt. Wer auch diesen nicht glaubt, kann sich ja davon selber durch einen Augenschein in diesen Branchen überzeugen. Ich sage es noch einmal: Verkauf, Gastgewerbe, Bau, Landwirtschaft und Reinigung. Dort sind Leute, die über sechzig sind, nicht gefragt, nicht gewollt, unbrauchbar.

Für diese Leute gilt es eine Lösung zu suchen. Wer Angst hat, man würde dann die älteren Arbeitskräfte plötzlich vom Arbeitsmarkt "wegputzen", dem sei gesagt: Es ist ja niemandem verboten weiterzuarbeiten. Wir haben gestern auch die Lösung getroffen, dass jene, die weiterarbeiten, auch weiter in die AHV einbezahlen, d. h., wir lassen sie nicht nur nach ihrem Gusto arbeiten, sondern sie werden auch weiter zur Finanzierung der AHV beitragen.

Ich denke also, dass wir mit unserem Vorschlag, eine vorzeitige Pensionierung für alle ab 64 Jahren möglich zu machen, einem grundlegenden Wunsch unseres Volkes nachkommen. Ich weise auch darauf hin, dass das, was hier immer heftig als fremd bekämpft wird, in der zweiten Säule längst Realität ist. Ich kenne kein Pensionskassenreglement, das bei 64 Jahren ansetzt, sondern sie sehen vorzeitige Pensionierungen mit 60 Jahren und darunter vor. Meistens sind Pensionskassenreglemente sogar so angelegt: Je höher das Einkommen, umso früher kann man in Rente gehen. Das ist in Anbetracht des Rentenalters eine soziale Ungerechtigkeit. Wenn wir also das Rentenalter 64 wollen, leisten wir damit auch einen Beitrag dazu, dass der Übertritt ins Rentenalter nicht zu einem sozialen Privileg wird. Das bedeutet einen Teil an minimaler sozialer Gerechtigkeit für dieses Land.

Ich hoffe, dass Sie dem Antrag der Minderheit III zustimmen werden.

Goll Christine (S, ZH): Der Preis, den die Frauen bei der 10. AHV-Revision zu bezahlen hatten, war bereits viel zu hoch. Für die längst fällige Einführung von Splitting sowie Erziehungs- und Betreuungsgutschriften wurden die Frauen mit einer Erhöhung des Rentenalters von 62 Jahren auf 64 Jahre bestraft.

Diese Bestrafungslogik soll sich hier in der 11. AHV-Revision fortsetzen. Der Bundesrat will mit einer weiteren Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre 400 Millionen Franken einsparen. Er ist bereit, diese 400 Millionen Franken für ein Flexibilisierungsmodell einzusetzen. Er nennt dies eine kostenneutrale Flexibilisierung. Klar ist aber, dass diese für diejenigen Einkommen nicht ausreicht, die eine Flexibilisierung am nötigsten haben.

Ich bitte Sie, auch hier wieder von der Realität auszugehen. Bereits heute tritt knapp die Hälfte der Erwerbstätigen vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters zurück. Die einen, die mit einer gut ausgebauten zweiten Säule auf Rosen gebettet sind, können das auch unbekümmert tun. Der Grossteil der Leute – das haben wir auch in den Neunzigerjahren erlebt – wird jedoch zwangsweise frühpensioniert, wird an die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung abgeschoben und landet sehr oft bei der Endstation Sozialhilfe.

Die Flexibilisierung des Altersrücktrittes ist das einzige zeitgemässe Modell. Klar ist aber, dass ein vorzeitiger Altersrücktritt vor allem für die mittleren und kleinen Einkommen möglich sein muss.

Das Modell des Bundesrates, der eine kostenneutrale Flexibilisierung realisieren will, würde zu massiven le-



benslangen Rentenkürzungen für die Rentner und Rentnerinnen führen. Ein Beispiel: Bei einem Jahreseinkommen von 49 000 Franken hätten Personen, die sich mit 62 Jahren pensionieren lassen wollen und meist auch müssen, lebenslang eine monatliche Renteneinbusse von fast 200 Franken in Kauf zu nehmen.

Das Modell der Kommissionsmehrheit hat den Einsatz verdoppelt. Mit den 800 Millionen Franken, die für die Flexibilisierung eingesetzt würden, hätten diese Personen mit einem Jahreseinkommen von 49 000 Franken immerhin jeden Monat 50 Franken mehr im Portemonnaie.

Der Antrag der Minderheit III (Fasel) mit den 1500 Millionen Franken würde dazu führen, dass diese Personen jeden Monat nochmals 75 Franken mehr im Portemonnaie hätten; für diese Einkommenskategorie ist das nicht etwa eine Kleinigkeit.

Im Vorfeld der Volksabstimmung zu den Flexibilisierungs-Initiativen Ende letzten Jahres wurden immer wieder Versprechungen gemacht. Es ist so, dass eine knappe Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Schweiz diese Initiativen zwar abgelehnt hat, allerdings im Vertrauen auf die Versprechungen, die gemacht wurden, dass sowohl der Bundesrat als auch das Parlament jetzt, bei dieser 11. AHV-Revision, ein soziales Modell für einen vorzeitigen Altersrücktritt entwickeln würden.

Der finanzielle Spielraum für eine sozial ausgestaltete Flexibilisierung ist vorhanden. Wir sind dagegen, dass das Frauenrentenalter erhöht wird bzw. dass Frauen gezwungen werden, ein Jahr länger zu arbeiten, um die Flexibilisierung des Altersrücktrittes einiger weniger gut verdienender Männer zu finanzieren. Deshalb stellen wir hier einen Eventualantrag. Falls aus den Beratungen kein Modell resultieren sollte, das gerade den unteren und mittleren Einkommen einen vorzeitigen Altersrücktritt ohne massive Renteneinbusse erlaubt, werden wir einer weiteren Erhöhung des Frauenrentenalters nicht zustimmen können.

Gestern in der Eintretensdebatte haben wir gehört, dass einige bürgerliche Vertreter und Vertreterinnen hier die übermächtigen Interessen der Banken und der Privatversicherungen verteidigen, die ihr gewinnträchtiges Geschäft im Bereich der privaten Altersvorsorge weiter ausbauen wollen.

Wir möchten jedoch die AHV als wichtigstes Sozialwerk, das für die gesamte Bevölkerung Leistungen erbringt, stärken. Zu dieser Stärkung gehört eben auch, dass wir bei der 11. Revision ein Flexibilisierungsmodell verabschieden, das vor allem denjenigen Frauen und Männern zugute kommt, die es am nötigsten haben.

Zäch Guido (C, AG): Die Flexibilisierung des Rentenalters ist ein absolutes Kernanliegen der 11. AHV-Revision. Wir haben sie unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Vorfeld der AHV-Abstimmungen im vergangenen Jahr versprochen. Wir werden dieses Versprechen halten.

Die knappe Ablehnung der Volksinitiativen am 26. November 2000 nehmen wir sehr ernst. Sie ist ein Hinweis auf das dringliche Bedürfnis der Bevölkerung, bei der AHV nicht an ein starres Rentenalter gebunden zu sein, sondern eine Wahlmöglichkeit zu erhalten. Dieser Entscheidungsfreiraum ist notabene nicht nur nach unten, sondern – und das will ich speziell betonen – auch nach oben vorgesehen.

Namens der CVP-Fraktion empfehle ich Ihnen, bei Artikel 21 Absatz 1 der Kommissionsmehrheit und bei Artikel 40ter der Minderheit II (Meyer Thérèse) zuzustimmen. Unsere Haltung stützt sich auf begründete Argumente. Wie Sie wissen, gehen bei dieser Frage die Meinungsverschiedenheiten quer durch alle Fraktionen. Im Laufe der intensiven Auseinandersetzungen haben viele Kolleginnen und Kollegen hart um ihre Stellungnahme gerungen. Für mich ist gerade das aber der Beweis für die Tiefe und Gründlichkeit der Auseinandersetzung in unserer Kommission. Die vielen Meinungen in den Fraktionen sind ein Hinweis auf ein lebendiges und sachlich, jenseits von Parteidoktrin und Ideologie argumentierendes Parlament.

Die Anträge der Minderheiten I (Rossini) und II (Goll) zu Artikel 21 sind mit Bestimmtheit abzulehnen. So interessant und logisch eine Regelung klingt, die auf die Beitragsjahre der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abstellt, so ungerecht ist sie. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer länger dauernden Ausbildung würden bestraft. Dabei sind wir in unserem Lande gerade auf junge Leute angewiesen, die den Wert einer hervorragenden mehrjährigen Ausbildung entdecken und sich um fundierte Kenntnisse und grosse Fachkompetenz bemühen. Auch der Eventualantrag der Minderheit IV (Goll) verletzt das Gebot der Gleichbehandlung offensichtlich; vor allem, wenn man bedenkt, dass damit verschiedene Kategorien von Arbeitnehmerinnen und

AB 2001 N 418 / BO 2001 N 418

Arbeitnehmern geschaffen werden. Mit dieser unklaren Formulierung wird Missbräuchen Tür und Tor geöffnet. Die CVP-Fraktion hat sich bei der Kommissionsarbeit, aber auch bei der Meinungsbildung in der Fraktion, an zwei wesentliche Grundsätze gehalten:

1. Eine Flexibilisierung des Rentenalters gibt es nicht zum Nulltarif.
2. Die Sicherung der Finanzen bleibt das Ziel auf lange Sicht.

Zum ersten Grundsatz: Eine Flexibilisierung, die nicht nur Wohlhabenden zugute kommen soll, wird viel Geld





kosten. Wer dies infrage stellt, erkennt weder die realpolitischen Gegebenheiten noch die sozialpolitischen Notwendigkeiten. Mit dem Antrag der Minderheit II würden Kosten in der Höhe von 400 Millionen Franken entstehen. Dieser Betrag käme aber insbesondere den kleinen Einkommen zugute. Zwar werden alle Renten auch bei der Bezugsdauer von weniger als einem Jahr gekürzt, aber die Kürzungen für kleine Einkommen sind – im Gegensatz zum bundesrätlichen Entwurf und zum Antrag der Minderheit I – wesentlich geringer. Damit wird unsere Flexibilisierung nicht nur zum Privileg von Vermögenden, sondern zur Chance für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ab 62 Jahren in Pension gehen wollen oder müssen.

Es ist klar, warum nicht der an sich logische, rein versicherungstechnische Abzug übernommen werden kann. Gerade bei kleinen Renten würde dies zu derart hohen lebenslangen Abzügen führen, dass für Arbeiter, Kleinunternehmer oder Bauern, aber auch für zahlreiche Frauen, denen oft nur eine sehr kleine Rente der zweiten Säule zusteht, eine Flexibilisierung nicht infrage kommen würde. Von 80 000 Bauern verfügen nur etwa 5 Prozent über eine zweite Absicherung mit der beruflichen Vorsorge. Darum hat bei diesen Personengruppen die AHV-Rente eine sehr viel grössere Bedeutung. Wenn wir die Versprechen vom vergangenen Herbst einhalten wollen, müssen wir eine Flexibilisierung beschliessen, die vor allem jenen einen Vorbezug der Rente ermöglicht, die ihn unverschuldet dringend brauchen. Sonst besteht die reale Gefahr, dass wir das Problem in die Invalidenversicherung exportieren oder einfach die Ergänzungsleistungen belasten. Die Entwicklung der IV während der Rezession der Neunzigerjahre hat gezeigt, wie beschämend viele ältere Arbeitnehmer mit einer IV-Rente ausgestattet wegrationalisiert worden sind. Die IV wurde zur "verlängerten Arbeitslosenversicherung" für Tausende von Ausgesteuerten bis zum Ruhestand. Das gilt es zu vermeiden, indem mit einer gerechten Flexibilisierung ein würdevolles Alter ermöglicht wird.

Zum zweiten Grundsatz: Das Ziel der Konsolidierung des Sozialwerkes muss unbedingt beibehalten werden. Wer von Konsolidierung spricht, muss gleichzeitig ans Sparen denken. Schon mehrfach wurde von der vorausberechenbaren Bevölkerungsentwicklung gesprochen. Niemand hat bisher ein alternatives Konzept zur Bewältigung dieser demographischen Herausforderung vorgelegt. Ein Greifen nach dem vermeintlich so vollen "Mehrwertsteuer-Topf" scheint zwar naheliegend, überzeugt aber jene nicht, die sich der volkswirtschaftlichen Verantwortung bewusst sind. Jeder für Soziales ausgegebene Franken muss zuerst in der freien Marktwirtschaft verdient werden! Bewusst haben wir die Finanzierungsvorlage an den Schluss der Debatte verlegt; aber nicht, um die Finanzierung auszuklammern und dann am Schluss einfach die benötigten Mittel zu sprechen, sondern um auch während der parlamentarischen Auseinandersetzung daran erinnert zu werden, was noch bevorsteht.

Bedacht werden muss auch, dass ein Mehr an Rente nicht zwingend ein Mehr an Solidarität bedeutet. Im Gegenteil, Solidarität kann und muss im umfassenden Sinne als Solidarität zwischen den Generationen aufgefasst werden. Es gibt dabei nicht nur die Solidarität der jungen Generation mit der älteren, sondern auch jene der älteren Generation mit der jungen.

Angesichts der demographischen Entwicklung ist auch eine Rücksichtnahme der älteren Generation gegenüber der sie unterstützenden jungen Generation nötig.

Diese Rücksichtnahme zwingt uns, für die Zukunft der AHV zu arbeiten, die auch für künftige Generationen Sicherheit im Alter bringen soll. Solidarität ist kein Selbstbedienungsladen, in dem man sich jeweils jene Form von Solidarität aussuchen kann, die gerade in das politische Konzept passt. Wer dabei schon vor Sozialabbau warnt, hat vergessen, wie die heutige Situation betreffend Flexibilisierung aussieht.

Mit dem von der CVP-Fraktion bevorzugten Minderheitsantrag II (Meyer Thérèse) werden die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, die weiteren Kreisen einen vorzeitigen Ruhestand ermöglichen. Dies ist kein Sozialabbau, sondern eine gangbare Lösung. Wer zu einer langfristigen Sicherung nicht bereit ist, gefährdet den sozialen Zusammenhalt dieses Landes.

In der CVP-Fraktion hat sich deshalb die Ansicht durchgesetzt, dass die "Sicherheit der AHV" über die "Wunschliste verschiedenster Interessengruppen" gestellt werden muss. Die finanziellen Konsequenzen können mit dem Antrag der Minderheit II in einem erträglichen Rahmen von 400 Millionen Franken gehalten werden. Mit der Annahme dieses Antrages können wir bis 2010 eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer verhindern. Das kommt nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern allen Konsumentinnen und Konsumenten direkt zugute. Unserer Ansicht nach ist nichts gewonnen, wenn wir die Flexibilisierung der AHV über Gebühr "aufblasen" und dieses Geld bei den Konsumentinnen und Konsumenten wieder abkassieren. Es ist an dieser Stelle daran zu erinnern, dass die Mehrwertsteuer nicht gerade eine soziale Steuer ist. Es ist darum auch seltsam, dass gerade jene, die sich als sozial ausgeben, ausgerechnet in der Mehrwertsteuer die Lösung aller anstehenden Finanzprobleme der AHV sehen. Vielmehr handelt es sich um einen Griff in das Portemonnaie der werktätigen Bevölkerung.

Wagen wir den Spagat zwischen der Einhaltung des von uns gegebenen Versprechens für eine brauchba-



re Flexibilisierung und unserer Verantwortung für künftige Generationen. Machen wir den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen nichts vor, und sprechen wir nicht vom angeblich überquellenden Geldtopf der AHV. Extreme Haltungen geniessen bekanntlich mehr Publizität. Es ist einfacher, auf einer extremen Position zu beharren und von Sozialabbau oder AHV-Vernichtung zu sprechen, als zwischen schwierigen Positionen einen Mittelweg zu finden. Gerade in unserem politischen System ist es wichtig, mehrheitsfähige Zwischenlösungen zu suchen. Die überwiegende Mehrheit der CVP-Fraktion sieht diese Zielsetzung im Antrag der Minderheit II (Meyer Thérèse) verwirklicht. Das ist eine Lösung, die auch im Volk tragfähig sein wird. Ich bitte Sie deshalb, diesem ausgewogenen Antrag der Minderheit II zuzustimmen.

Polla Barbara (L, GE): Le groupe libéral va défendre globalement une position similaire à celle défendue par notre préopinant, à savoir l'élévation de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans, d'une part, et puis la proposition de minorité II (Meyer Thérèse), d'autre part, en ce qui concerne la flexibilisation.

L'élévation de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans est pour nous un pas nécessaire vers l'adaptation de la retraite, mieux, voire même vers l'évolution de la notion même de retraite, face aux réalités démographiques actuelles, une adaptation nécessaire en raison de l'augmentation de l'espérance de vie qui, d'une façon tout à fait inéquitable et injuste, bénéficie en particulier aux femmes. Nous assistons en effet à une inversion de la pyramide des âges, ceci tant en Suisse qu'en Europe et d'ailleurs partout dans le monde. D'après les chiffres de la conférence internationale "Managing the Global Transition", qui a eu lieu à Rüslikon au début de cette année, 26 pour cent de personnes en l'an 2000 ont plus de 64 ans en Europe. Nous serons 54 pour cent en 2050 à avoir plus de 64 ans. D'autre part, l'espérance de vie des femmes est globalement, en Suisse et en Europe, de quatre à cinq ans supérieure à celle des hommes: un petit garçon qui naît aujourd'hui a une espérance de vie de 84 à

AB 2001 N 419 / BO 2001 N 419

85 ans; une petite fille qui naît aujourd'hui a une espérance de vie de 89 ans. Et il ne s'agit pas seulement de l'espérance de vie, il s'agit d'une vie globalement en bonne santé, comme les études suisses l'ont particulièrement bien démontré. Il s'agit donc réellement d'un cadeau de vie supplémentaire. Je pense que cette différence, dont nous ne comprenons d'ailleurs pas les causes qui sont certainement en relation avec des phénomènes, d'une part, biologiques et, d'autre part, environnementaux que nous ne connaissons et ne comprenons pas encore, est une première réponse naturelle, si je puis dire, au souci de Mme Ménétrety-Savary de rétablir une situation équitable entre femmes et hommes.

Plus de 10 000 centenaires à l'heure actuelle au Japon, également une prépondérance de femmes, et de nouveau, ceci pour une raison ignorée. Mme Dreifuss, conseillère fédérale, nous disait hier que les choses, dans le fond, n'étaient pas si graves, que l'augmentation de l'espérance de vie était en train de s'infléchir. Mais dire qu'une diminution de cette augmentation, dans le fond, n'est pas si grave, c'est considérer en fait que l'élévation de l'âge global de la population correspond à ce qu'on appelle aujourd'hui le "péril gris". Néanmoins, dans la mesure où cette élévation de l'âge, de l'espérance de vie correspond à une vie en excellente santé, on peut effectivement dire que le péril gris ne porte pas menace sur le développement social durable, mais qu'au contraire, il s'agit, comme je le disais tout à l'heure, d'un réel cadeau de vie.

Afin de considérer cette augmentation de la durée de vie comme un cadeau, il faut, bien sûr, trois conditions. Toutes ont rapport avec l'autonomie: l'autonomie physique, l'autonomie financière et l'autonomie psychologique. Or, ces trois types d'autonomie sont globalement favorisés par une augmentation de la durée de l'activité professionnelle. Non seulement l'autonomie est favorisée par l'augmentation de la durée de l'activité professionnelle, mais également l'intégration sociale. En effet, même le programme national de recherche 32 (PNR 32) consacré au vieillissement conclut: "L'élévation de l'âge de la retraite améliore le rapport entre les retraités et la population au travail." Evidemment, pour favoriser une flexibilisation vers le haut, nous aurons besoin de mesures incitatives supplémentaires, et celles-ci ne seront probablement apportées que par la 12e révision de l'AVS que nous attendons déjà avec beaucoup d'espoir dans ce sens.

M. Zäch a insisté sur la notion de flexibilisation vers le haut. Nous aussi, nous défendons cette flexibilisation vers le haut, non seulement parce que nous pensons que c'est elle seule au long terme qui pourra effectivement permettre la flexibilisation vers le bas, mais aussi parce qu'elle permet une augmentation de la solidarité, non seulement de la solidarité entre les générations, mais également entre ceux qui poursuivent leur activité professionnelle et ceux qui ne la poursuivent pas.

La flexibilisation vers le bas répond néanmoins à des besoins et à des réalités que nous ne pouvons pas ignorer aujourd'hui, même si notre objectif prioritaire est bien sûr celui d'assurer le financement de l'AVS dans le long terme. En attendant donc que la flexibilisation vers le haut trouve des mesures incitatives suffisantes





pour pouvoir financer celle vers le bas, le groupe libéral soutiendra, à l'article 40ter, la proposition de minorité II (Meyer Thérèse), comme une proposition équitable, qui est à la fois généreuse et raisonnable.

En conclusion, l'élévation de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans, assortie des mesures proposées par la minorité II, généreuses et raisonnables pour la flexibilisation des retraites en faveur des petits revenus, nous paraît, certes pas égalitaire, mais tout à fait équitable. Considérons le fait que cette élévation de l'âge de la retraite à 65 ans va en fait amener à une diminution actuelle de la durée de la retraite des femmes, en tenant compte des chiffres actuels de l'espérance de vie, de 25 à 24 ans, alors que la durée de la retraite des hommes aujourd'hui est de 20 ans. J'espère que toutes les femmes de ce Parlement, considéreront que cette inéquité naturelle de laquelle nous bénéficions compense toutes les difficultés supplémentaires que nous avons aujourd'hui encore à assumer dans notre vie professionnelle et sociale.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die neuesten Untersuchungen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (Sake) bestätigen den internationalen Trend: Die vorzeitigen Pensionierungen, die Frühpensionierung oder der vorzeitige Ruhestand nehmen in allen westlichen Staaten, auch in der Schweiz, und ganz unabhängig von den gesetzlichen Regelungen zu. Aber welches sind die Effekte und die genauen Umstände dieser Zunahme?

Es ist so, dass in der Schweiz in den Branchen, in denen die Frühpensionierung zunimmt, relativ gute finanzielle Verhältnisse herrschen; diese Branchen kennen gut ausgebaute Pensionskassen: Banken, Versicherungen, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Chemie. In allen Branchen, in denen diese finanziellen Verhältnisse nicht gegeben sind – Bau, Reinigung, Gastgewerbe, Detailhandel –, überall dort, wo Leute arbeiten, die auf diesen vorzeitigen Ruhestand angewiesen wären, gibt es keinen vorzeitigen Ruhestand für die Betroffenen. Dort können sich die Leute das nicht leisten.

Genau so lauten die Ergebnisse einer Sake-Studie in Bezug auf die betroffenen Gruppen. Die Vorpensionierungen nehmen bei den Führungskräften enorm zu. Ganz überdurchschnittlich treten Führungskräfte vor Erreichung des gesetzlichen Rentenalters zurück. Offenbar finden das alle in Ordnung. Umgekehrt können ungelernte Arbeitskräfte, Arbeiterinnen und Arbeiter, nur in Ausnahmefällen von der Frühpensionierung Gebrauch machen. Sie haben nicht die Chance dieser Vorpensionierung.

Die Gesundheitsdaten sprechen dieselbe Sprache. Man stellt fest, dass genau in den hauptsächlich betroffenen prekären Branchen, wo hart gearbeitet wird – auf dem Bau, im Reinigungsgewerbe, im Gastgewerbe, im Detailhandel –, der Gesundheitszustand der Leute im Alter von 55 bis 65 Jahren oft jenem entspricht, den Leute, die in ihrem Beruf nicht den gleichen Anforderungen ausgesetzt sind, erst mit 65 oder 70 Jahren aufweisen. Es geht also um eine Ungleichheit, eine enorme Ungleichheit, nicht nur angesichts der Wahrscheinlichkeit des vorzeitigen Todes, sondern auch bezüglich des Gesundheitszustandes.

Das erfordert eine Lösung bezüglich des vorzeitigen Ruhestandes, eine Flexibilisierung des Rentenalters, die es all jenen, die darauf angewiesen wären – eben nicht den Führungskräften, sondern den Ungelernten und den Arbeiterinnen und Arbeitern, den gewöhnlichen Angestellten –, möglich macht, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Für alle diese Berufsgruppen ist die erste Säule entscheidend dafür, ob sie es sich leisten können, vorzeitig pensioniert zu werden. Sie haben in aller Regel keine zweite Säule, die ihnen eine vorzeitige Pensionierung erlaubt. Auch das Abschieben auf die IV ist keine würdige Lösung für die Betroffenen. Sie haben – nachdem sie in der Regel vierzig und mehr Jahre Beiträge an die AHV einbezahlt und somit entsprechende Leistungen erbracht haben – Anspruch auf einen würdigen Ruhestand, und der kann nur realisiert werden, wenn er über die erste Säule garantiert wird.

An die Adresse des Sprechers der Mehrheit der CVP-Fraktion: Mit 400 Millionen Franken, also mit jenem Betrag, den der Bundesrat vorgeschlagen hat – Sie haben die entsprechenden Tabellen des BSV ausgeteilt erhalten –, können sich diejenigen, die auf eine funktionierende erste Säule angewiesen sind, weil sie eben nicht über eine luxuriöse zweite Säule oder über viel Vermögen verfügen, einen vorzeitigen Ruhestand nicht leisten; die Rentenkürzungen, die eine Flexibilisierung auf der Basis von 400 Millionen Franken zur Folge hat, wären zu gross.

Das absolute Minimum, das realisiert werden muss, damit ein einigermaßen sozialer vorzeitiger Ruhestand möglich wird, ist der Kompromiss der Kommissionsmehrheit, die Basis von 800 Millionen Franken. Noch besser sind der Antrag der Minderheit III (Fasel) oder der Antrag der Minderheit I (Rossini). Das absolute Minimum aber, damit die Rentenkürzungen nicht zu hoch werden und von dieser Möglichkeit,

AB 2001 N 420 / BO 2001 N 420

vorzeitig in den Ruhestand zu treten, effektiv Gebrauch gemacht werden kann, ist diese Basis von 800 Millionen Franken. Es ist umso unverständlicher, dass jetzt eine Mehrheit gerade auch der CVP-Fraktion, zusammen mit den Sprechern der liberalen, der FDP- und der SVP-Fraktion, für eine mickerige Lösung von 400 Millionen





Franken spricht, als diese AHV-Vorlage unter allen Titeln – wenn Sie den Beschlüssen folgen – Leistungsabbau bringt und der vorzeitige Ruhestand mit 400 Millionen Franken ausschliesslich durch die Erhöhung des Frauenrentenalters finanziert wird, ohne dass zusätzliche Mittel eingeschossen werden.

Sie haben den Selbstständigerwerbenden gestern erneut ein Geschenk gemacht, indem Sie ihnen einen tieferen Beitragssatz zugestanden haben – wohlan, ein Geschenk an die Selbstständigerwerbenden, das ja dann von den Unselbstständigerwerbenden, den Lohnabhängigen, bezahlt werden muss. Man hat in einer anderen Kommission, der WAK, bei den Unternehmenssteuern einen Betrag von fast 400 Millionen Franken für die Senkung dieser Steuern eingesetzt; in einem Bereich, in dem die Schweiz – nach Ansicht der OECD – schon heute Weltspitze ist. Nun wollen Sie nicht, dass für einen vorzeitigen Ruhestand der betroffenen Berufsgruppen in den prekären Branchen, für alle mit unteren und mittleren Einkommen, ein minimaler Betrag von 800 Millionen Franken investiert wird! Das ist Sozialabbau, das ist Umverteilung von unten nach oben!

Die AHV ist ein Sozialwerk, das eben gerade auf der Solidarität der Generationen beruht, das auch eine Zukunftsinvestition darstellt. Alle werden einmal alt; nicht nur alle in diesem Saal, sondern auch alle, die heute 10, 20 oder 30 Jahre alt sind. Wenn es einen Sicherheitsbegriff in diesem Land gibt, der auf die Zukunft orientiert ist, dann ist es der Begriff der sozialen Sicherheit.

In diesem Sinne muss jetzt ein Betrag von mindestens 800 Millionen Franken investiert werden oder – noch besser – ein Betrag von 1,5 Milliarden Franken, wie es der Antrag der Minderheit III (Fasel) vorsieht. Mit der 11. AHV-Revision ist eine soziale Abfederung der Frühpensionierung versprochen worden: Wenn hier nicht mindestens 800 Millionen Franken eingesetzt werden, ist das Ziel dieser 11. AHV-Revision verfehlt!

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Il est certainement aussi difficile de partager le temps de parole au Conseil national que le gâteau de l'AVS! Quelques mots cependant sur la flexibilisation pour vous dire que bien que personne ne conteste le but de l'introduction d'une flexibilisation dans la 11^e révision de l'AVS, le problème auquel nous sommes confrontés aujourd'hui consiste bien à définir quelle flexibilisation nous voulons et, finalement, quels moyens nous voulons mettre à disposition pour la réaliser.

De toutes les propositions que nous examinons aujourd'hui, certaines sont à nos yeux totalement inacceptables. La proposition de minorité I (Widrig) qui propose des réductions définies de manière actuarielle est de celles-là; la proposition de minorité II (Meyer Thérèse) et celle de la majorité de la commission qui mettent pourtant 400 millions de francs à disposition de la flexibilisation, également. Et ceci tout simplement, comme M. Rossini l'a rappelé tout à l'heure, parce que nous ne sommes pas égaux devant la mort. Toutes les études, de la plus ancienne à la plus récente, faites à l'étranger comme en Suisse, ne peuvent, en effet, que constater cette inégalité devant la mort et devant l'invalidité.

J'aimerais vous rappeler ici l'étude récemment publiée, réalisée par l'Office cantonal de l'inspection et des relations du travail de Genève, qui ne faillit pas à la règle. Son but était d'évaluer l'impact de l'invalidité et de la mortalité depuis l'âge moyen de 45 ans jusqu'à l'âge de la retraite. Pour ce faire, plus de 5000 hommes de toutes les catégories socioprofessionnelles ont été suivis entre 1970 et 1992. Les résultats sont spectaculaires: en matière d'invalidité d'abord, dans les 15 pour cent des hommes suivis qui sont devenus invalides entre 45 et 65 ans, il y a des différences considérables entre les différents groupes socioprofessionnels, puisque le taux d'invalidité passe de 2,9 pour cent pour les scientifiques à 40 pour cent pour les travailleurs du bâtiment. En matière de mortalité aussi, le pourcentage d'hommes décédés entre 45 et 65 ans est de 13,2 pour cent dans la classe socioprofessionnelle la plus favorisée et de 20,5 dans celle des ouvriers semi-qualifiés et qualifiés.

A Genève, on constate que l'espérance de vie à la naissance varie de 4,4 ans selon la classe socioprofessionnelle considérée. Ainsi, les personnes qui ont les revenus les plus faibles, qui exercent les activités les plus pénibles et les plus dangereuses sont aussi celles qui ont le plus besoin de prendre une retraite anticipée. C'est là tout l'enjeu des montants mis à disposition de la flexibilisation. A priori, bien sûr, pour les personnes en tant que telles, les montants sont pourtant bien faibles: de 52 à 147 francs pour un revenu de 24 720 francs par an ou de 169 à 195 francs pour un revenu de près de 50 000 francs par an. Seulement voilà: sur une rente de 1298 francs, ça change beaucoup si on retranche 52 ou 147 francs par mois, tous les mois, jusqu'à la fin de ses jours. Ceci est d'autant plus vrai que ce sont justement là des personnes qui, réalisant un revenu trop faible, n'ont pas eu accès au deuxième pilier.

Oui, votre décision d'aujourd'hui en matière de flexibilisation est particulièrement significative. Elle dira si nous admettons le droit de toutes et tous à anticiper leur retraite en fonction des montants mis à disposition: 800 millions de francs, c'est pour nous un minimum. Bien sûr, 1500 millions de francs, c'est encore plus adéquat. Sinon, cela signifie que la flexibilisation est destinée aux seules personnes les plus favorisées.

Cela, nous ne pouvons l'admettre. C'est la raison pour laquelle je vous invite à suivre la minorité III (Fasel) à l'article 40ter, éventuellement la majorité de la commission. Je vous invite également à adopter la proposition



de minorité I (Rossini) à l'article 21 pour mieux coller à la réalité des classes socioprofessionnelles les plus défavorisées, et, pour les motifs que j'ai invoqués lors du débat d'entrée en matière, de soutenir la proposition Ménétreay-Savary.

Studer Heiner (E, AG): Die evangelische und unabhängige Fraktion ist etwas enttäuscht vom Verlauf der Debatte, vor allem nach dem Votum von Herrn Kollege Zäch. Ich möchte deshalb unsere Haltung anhand dieses Votums darlegen. Wir haben gestern in der Eintretensdebatte angetönt, die Kommissionsarbeit sei besser, als sie von vielen dargestellt worden ist. Wir sind der Meinung, dass die Kommissionsmehrheit gerade in dieser zentralen Frage der Flexibilisierung des Rentenalters einen sehr guten Antrag unterbreitet hat, der Wesentliches bringt. Deshalb haben wir auch gesagt – und stehen dazu -: Das ist für uns das Minimum für die Flexibilisierung in dieser Revision.

Nun stellen wir mit dem Votum von Herrn Kollege Zäch fest, dass die zentrale Fraktion, von der ich Solidarität mit der Kommissionspräsidentin – die zu dieser Fraktion gehört – erwartet habe, uns eine andere Form von Solidarität präsentiert. Nun stellen wir fest, dass offensichtlich sogar ein Sprecher, der zu diesem Konsens, diesem Kompromiss, aktiv beigetragen hat, im Namen seiner Fraktion etwas anderes vertritt. Das ist legitim in der Politik, aber es ist schade. Es ist schade, weil damit die Lösung der Kommission bei der Flexibilisierung nicht mehr mehrheitsfähig ist. Diese Enttäuschung musste ich einfach zum Ausdruck bringen, weil hier ja der Zusammenhang wesentlich ist: Wenn schon das Rentenalter der Frauen auf 65 erhöht wird, dann darf die Lösung bei der Flexibilisierung nicht schlechter sein als der Antrag der Mehrheit der Kommission. Ich bitte Sie also nochmals, sich zu überlegen, ob Sie der Kommission, die hier intensiv gearbeitet hat, nicht doch folgen und ihr zum Durchbruch verhelfen wollen.

Unsere Fraktion unterstützt auch den Antrag der Minderheit I (Rossini) bei Artikel 21, weil sie es als wesentliche Ergänzung empfindet, dass gerade Leute, die während mindestens 40 Jahren in die AHV-Kasse einbezahlt haben und damit 40 vollständige Beitragsjahre aufweisen, schon früher und ohne Kürzung eine Rente beziehen können. Das hat

AB 2001 N 421 / BO 2001 N 421

nichts mit falscher Solidarität zu tun, wie Guido Zäch gesagt hat. Leute, die 40 Jahre lang AHV-Beiträge bezahlt haben, haben offensichtlich lediglich eine Grundausbildung, also eine Berufsausbildung. Sie haben vielleicht neben der Arbeit Weiterbildungen gemacht, aber nicht mehr, und sie sind im Normalfall auch diejenigen, die die tiefen Einkommen haben, die auf dem Bau oder als Verkäuferinnen arbeiten. Sie haben während 40 Jahren zu unseren Sozialversicherungen beigetragen. Diejenigen, die studiert haben, haben noch viele Jahre von den Steuergeldern profitiert. Das ist in Ordnung, das wollen wir auch so; aber dann ist es doch richtig, dass der Antrag der Minderheit I, ergänzt durch den Antrag der Kommissionsmehrheit bei der Flexibilisierung, eine gute Lösung wäre, die eigentlich auch gegenüber dem Volk sehr gut und sachlich begründet vertreten werden könnte.

Wir werden als Fraktion in der zentralen Frage der Flexibilisierung der Kommissionsmehrheit und bei Artikel 21 auch dem Antrag der Minderheit I (Rossini) zustimmen.

Heberlein Trix (R, ZH): Die Ausgangslage nach den Abstimmungen über die Rentenalter-Initiativen sollte eigentlich für Kommission und Rat klar sein: Rentenalter 65 für den Mann und in angemessenen Schritten Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre für die Frau. Davon ist bei einer Flexibilisierung nach unten und nach oben auszugehen. Eine solche schlägt auch der Bundesrat in seiner Vorlage vor, er verzichtet aber auf eine versicherungsmathematische Kürzung.

Die Kommissionsmehrheit hat aufgrund der Vorarbeiten der Subkommission ohne Rücksicht auf das Konsolidierungsziel ein Wunschprogramm beschlossen, welches realistischere ein Rentenalter 64 und Beiträge von 800 Millionen Franken zur Erleichterung der Frühpensionierung festschreibt.

Auszugehen ist beim Entscheid über die Art der Flexibilisierung von der Tatsache, dass sich der Anteil der Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Rentnern in den nächsten Jahren stark verschlechtern wird; dies haben wir bereits bei der Eintretensdebatte gehört. Aber das notwendige Wirtschaftswachstum, das auch von der SP gefordert wird, kann nur mit einer genügenden Anzahl von produktiven Kräften gesichert werden. Daher müssen statt Belohnungssystemen für frühzeitiges Ausscheiden viel eher Anreize für ein längeres Verbleiben im Arbeitsprozess geschaffen werden.

Die Zeitachse darf hier wiederum nicht 2010, sondern muss eben 2025 sein, und es geht um die notwendigen finanziellen Mittel für die Zahl der dannzumal anfallenden Rentnerinnen und Rentner. Sicher ist es richtig, dass ein stufenweiser Übergang bei der Pensionierung eingeführt wird; es muss aber auch die Möglichkeit bestehen, länger arbeiten zu können, wenn dies gewünscht wird. Wenn alle Schweizer Männer ab 55 oder 60 Jahren



jedoch auf dem Ruhebänklein sitzen würden, entgingen der AHV nicht nur Beitragsjahre; die Folge wären eben auch erheblich höhere Rentenzahlungen, die AHV erführe so eine doppelte Belastung. In der Schweiz arbeiten heute beinahe 80 Prozent der Männer zwischen 55 und 64 Jahren und beinahe 62 Prozent der Frauen zwischen 55 und 61 Jahren. Daher dürfen wir keinesfalls die älteren Menschen aus dem Arbeitsmarkt werfen; wir brauchen diese Reserve. Wir haben ab 2015 rückläufige Erwerbsquoten. Ein stärkerer Einbezug der Frauen ist zwar wünschenswert, aber nur in begrenztem Rahmen machbar; die Problematik der Diskussion in Bezug auf einen Einbezug ausländischer Arbeitskräfte kennen Sie.

Bereits die 10. AHV-Revision ermöglichte eine gewisse Flexibilisierung mit einem versicherungsmathematischen Kürzungssatz – Männer können die Rente zwei Jahre früher beziehen, dies bei einem Kürzungssatz von 6,8 Prozent; bei den Frauen beträgt der Satz während des Übergangs 3,4 Prozent.

Der Antrag der Minderheit I (Widrig) bei Artikel 40ter, den die FDP-Fraktion mehrheitlich unterstützt, ermöglicht eine Flexibilisierung so, wie der Bundesrat sie punkto Jahre vorschlägt, fordert aber die notwendige versicherungstechnische Kürzung der Rente und gibt dem Bundesrat die Kompetenz des Festlegens der Sätze und des Verfahrens.

In der Kommission war die Diskussion erwartungsgemäss sehr kontrovers, wobei auch die Anträge zur faktischen Herabsetzung des Rentenalters, die von Volk und Ständen eben verworfen wurde und die auch der Politik aller umliegenden Länder widerspricht, wieder aufgenommen wurden.

Ich möchte noch einige Bemerkungen zum Antrag der Minderheit I (Rossini) bei Artikel 21 machen: Die im Antrag verlangten 40 vollständigen Beitragsjahre als Voraussetzung zur Auszahlung der AHV-Rente hätten einen vollständigen Systemwechsel zur Folge. Dieser Systemwechsel wirft zahlreiche Fragen auf: Was gilt als Beitragsjahr? Sind es zum Beispiel minimale Beiträge für Teilzeitjobs in den Semesterferien? Ist es ein Lehrlingslohn? Wie steht es mit den Pflegebeiträgen, den Familienbeiträgen? Die Kostenfolgen belaufen sich gemäss Auskünften des Bundes auf 2450 Millionen Franken pro Jahr. Bereits diese Zahl allein sollte uns davon überzeugen, einem Wechsel von heute 44 Beitragsjahren auf 40 Beitragsjahre keine Folge zu leisten. Der Antrag der Minderheit I (Rossini) passt nicht in unser AHV-System, denn im Gegensatz zur zweiten Säule erwirbt man sich nicht einen Kapitalstock pro Beitragsjahr, die Beiträge werden nach den Einkünften berechnet. Die Leistungen dafür sind für alle ähnlich.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu Herrn Rechsteiner Paul machen, der die Steuervorlage angeführt hat, aber nur die eine Seite erwähnt hat, nämlich die Unternehmenssteuer, bei der es eine Erleichterung geben soll. Diese Erleichterung brauchen wir ganz sicher auch, denn wir alle brauchen, wenn wir die AHV sichern wollen, starke Unternehmen. Herr Rechsteiner hat dabei die Seite der Entlastung der Familien völlig vergessen: Heute haben wir rund 15 Prozent steuerbefreite Haushalte, neu sollen es ein Drittel sein. Die Kinderabzüge erfahren eine Erhöhung von heute 5000 auf 9000 Franken, das Splittingverfahren bevorzugt die Familien, und auch das Steuerverfahren für registrierte Konkubinatspaare wird erleichtert. Rund 20 Prozent der Familien werden entlastet. Ich denke, hier müssen wir auch den Grundsatz festhalten, dass die Bundessteuer heute im Vergleich mit allen umliegenden Ländern die stärkste Progression aufweist.

Sie dürfen nicht nur eine Seite, sondern müssen beide Seiten der Medaille erwähnen. Grosszügige Lösungen, auch für die frühzeitige Pensionierung, müssen für alle finanzierbar sein, vor allem für diejenigen, welche die nächste Rentnergeneration finanzieren müssen. Für die heutigen Rentnerinnen und Rentner besteht keine Gefährdung der Rente. Dies müssen wir in unseren Diskussionen auch immer wieder betonen. Die Gefährdung der Rente besteht für die nächste Rentnergeneration und übernächste. Dort, wo gezielte Verbesserungen notwendig sind, soll dies mit Ergänzungsleistungen weiterhin geschehen. Eine Grundversicherung für alle kann nicht auf einzelne Berufs- oder Branchenkategorien Rücksicht nehmen. Sie kann nicht sämtliche Lebenssituationen auffangen, wenn sie in Zukunft finanzierbar sein soll.

Ich beantrage Ihnen daher im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion, dem Antrag der Minderheit I (Widrig) zuzustimmen.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 21, 40ter (Fortsetzung) – Art. 21, 40ter (suite)

Triponez Pierre (R, BE): Mit der Festsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre für alle haben wir eine einheitliche, eine einfache, eine diskriminierungsfreie und auch eine bezahlbare Lösung für die Zukunft gefunden. Das Rentenalter 65 wird auch von einer überwiegenden Mehrzahl der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger getragen. Dies geht aus den Resultaten aller Volksabstimmungen der letzten Zeit klar hervor.

Es ist eine seltsame Auslegung von Kollege Fasel, wenn er diesen klaren und deutlichen Volkswillen auf irgendwelche Weise ins Gegenteil umzukehren versucht. Richtig ist, dass das Volk bisher alle Versuche, das Rentenalter 65 zu verhindern, klar und deutlich abgelehnt hat. Alle Vorschläge, mittels Zusatzkriterien das Rentenalter zu unterlaufen, zu durchlöchern, zu verkomplizieren und damit neue Ungerechtigkeiten und Sondertatbestände zu schaffen, sind zurückzuweisen. Gerade das Kriterium der Beitragsjahre, wenn möglich noch mit branchen- oder berufsspezifischen Besonderheiten verkompliziert, wie das Kollege Rossini beispielsweise vorgeschlagen hat, kann zu solchen Ungerechtigkeiten führen und ist deshalb abzulehnen.



Das Rentenalter 65 bildet eine klare Ausgangsbasis. Von dort aus hat also die Flexibilisierung zu erfolgen, wobei es auch hier klare und nachvollziehbare Kriterien braucht. Wer früher als mit 65 in Pension geht, der muss und soll eine entsprechende Kürzung in Kauf nehmen. Dies entspricht übrigens – davon ist hier nicht sehr viel gesprochen worden – auch der Gerechtigkeit und Solidarität gegenüber jenen, die auch künftig bis 65 arbeiten und ihre Beiträge voll und ganz bezahlen. Kollege Widrig hat dies bei seiner Begründung des Antrages der Minderheit I zu Artikel 40ter zutreffend aufgezeigt.

Es ist sachlich und auch sozialpolitisch richtig, wenn ein vorgängiger Rentenbezug, der durchaus möglich sein soll, eine versicherungstechnisch einwandfrei berechenbare Rentenkürzung zur Folge hat. Wichtig scheint mir, an die Tatsache zu erinnern, dass eine soziale Abfederung durch unser System der Ergänzungsleistungen durchaus dort gewährleistet ist, wo eine solche Hilfe effektiv sozialpolitisch notwendig ist.

Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen vor allem, wie es Frau Heberlein schon gesagt hat, bei Artikel 40ter der Minderheit I (Widrig) zu folgen.

Teuscher Franziska (G, BE): Für die Sozialversicherungen hat die Schweiz definitiv neue Milchkühe entdeckt: die Frauen. Immer wieder werden sie gerufen, um die Sozialversicherungen zu finanzieren. Bereits bei der 10. AHV-Revision wurden die Frauen kräftig gemolken. Die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre wurde den Frauen mit dem Splitting und der Betreuungsgutschrift schmackhaft gemacht. In der 11. AHV-Revision fällt nun sogar dieses Zückerchen für die Frauen weg. Mit der Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre sollen die Frauen über 400 Millionen Franken pro Jahr an die AHV beisteuern, selber gehen die Frauen aber leer aus.

Diese Tatsache allein wäre ungerecht genug, aber damit nicht genug: Die Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre wird uns noch als Gleichstellung von Frau und Mann verkauft! Das ist schlicht ein Hohn, denn nur im Bereich des Rentenalters wird auf die Gleichstellung gesetzt, von Gleichstellung in der Erwerbsarbeit und beim vorzeitigen Rentenbezug kann keine Rede sein. Die meisten erwerbstätigen Frauen können sich mit dem Modell des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit gar keinen vorzeitigen Altersrücktritt erlauben. Sie sind auf die volle AHV-Rente angewiesen, weil sie oft keine ausreichende zweite Säule, geschweige denn eine dritte Säule haben.

Wie ernst es dem Nationalrat mit der Gleichstellung ist, hat er gestern ein erstes Mal bewiesen. Die Gleichstellung der Selbstständigerwerbenden mit den Unselbstständigerwerbenden wurde klar abgelehnt. Damit finanzieren die Frauen, die meist unselbstständigerwerbend sind, mit tiefen Frauenlöhnen einen Teil der häufig finanziell gut gestellten Selbstständigerwerbenden. Ich frage Sie: Was hat dies mit Gleichstellung zu tun?

Nun sollen eben unter dem Deckmantel der Gleichstellung die Frauen in der 11. AHV-Revision noch einmal schlechter gestellt werden.

Erstens sollen die Frauen nämlich eine Revision bezahlen, von der vor allem Leute mit gutem Einkommen – somit mehrheitlich Männer – profitieren.

Zweitens bringt die 11. AHV-Revision den Frauen keine Gleichstellung in der Altersvorsorge. Aufgrund der tiefen Frauenlöhne haben Frauen nach wie vor tiefere Renten, und von guten Pensionskassenleistungen können sie nur träumen.

Drittens sind die Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt noch lange nicht beseitigt, sodass die Frauen als Folge davon in der Altersvorsorge benachteiligt sind. Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit immer noch rund einen Fünftel weniger als Männer. Frauen leisten immer noch fast 100 Prozent der Betreuungsarbeit, und zwar gratis.

Der Bundesrat sieht die Erhöhung des Frauenrentenalters als eine praktische Finanzierungsquelle an. Welches mühsame Schicksal er den Frauen da zumutet, blendet er aber in seiner Wahrnehmung aus. Auch wenn heute wieder Arbeitskräfte gefragt sind, auf ältere Frauen mit schlechter Ausbildung und längeren Unterbrüchen in der Erwerbstätigkeit wegen der Kinderbetreuung wartet heute auf dem Arbeitsmarkt niemand. Der Arbeitsmarkt setzt immer noch die Massstäbe "jung, fit und flexibel". Gerade für ältere Frauen hat es da keinen Platz. Sie müssen sich dann mit prekären Arbeitsverhältnissen und schlecht bezahlter Arbeit durch die verbleibenden Erwerbsarbeitsjahre schlagen. Es ist ja nicht so, dass diese Frauen in ihrem Leben gar nichts geleistet

AB 2001 N 423 / BO 2001 N 423

hätten: Neben ihrer Erwerbsarbeit haben sie meistens auch Kinder grossgezogen und waren alleine verantwortlich für den Haushalt.

Weil wir wissen, dass die Kriterien auf dem Arbeitsmarkt "jung, fit und flexibel" lauten, müssen wir uns dafür einsetzen, dass das Rentenalter eben auch flexibel ausgestaltet wird. Dass diese Idee in der Bevölkerung grosse Sympathie hat, zeigte die Abstimmung über die Initiative der Grünen für ein flexibles Rentenalter. Sensationelle 46 Prozent haben im letzten November zu einem flexiblen Rentenalter ab 62 ja gesagt.





Ich verstehe nicht, warum Herr Triponez vorhin gesagt hat, die Stimmbevölkerung habe sich immer klar für das Rentenalter 65 ausgesprochen. Hätte nämlich die Romandie in dieser Frage das Sagen, würden wir jetzt nicht über ein ungenügend abgefedertes Rentenalter reden, sondern über die Einführung des flexiblen Rentenalters ab 62 Jahren. Weder die 400 Millionen Franken, welche uns der Bundesrat vorschlägt, noch die von der Mehrheit unserer Kommission beantragten 800 Millionen Franken sind nach Auffassung der Grünen für die Abfederung der Renteneinbussen akzeptabel. Einzig der Antrag der Minderheit III (Fasel) ist eine moderate Lösung in der richtigen Richtung. Hier wäre es wenigstens allen möglich, ab 64 mit voller Rente in Pension zu gehen. Wenn keine soziale Ausgestaltung des Rentenalters durchkommt, werden wir dem Antrag Ménétrey-Savary zustimmen. Er verlangt, dass das Rentenalter der Frauen bei 64 Jahren zu belassen ist.

Sie fragen nun, was dies mit Gleichberechtigung zu tun habe. Sehr viel, denn Frauen leisten während Jahrzehnten den Grossteil der gesellschaftlichen Arbeit und bekommen dafür nur einen kleinen Teil der Lohnsumme. Es wäre doch nichts als gerechtfertigt, wenn Frauen wenigstens ein Jahr früher pensioniert würden als Männer. Nach der Pensionierung bleibt die Ungleichheit von Frauen und Männern nämlich bestehen, denn Frauen arbeiten, auch wenn sie pensioniert sind, meist fast voll weiter. Sie machen den Haushalt, schauen zu Enkelkindern und betreuen ihre Männer, wenn diese pflegebedürftig werden. Damit übernehmen Frauen bis ins hohe Alter sehr viel Gratisarbeit und ersparen dem Staat enorme Kosten, die er sonst für die professionelle Pflege all dieser Ehemänner ausgeben müsste. Wie ich eingangs erwähnt habe, sind Frauen für unsere Sozialversicherungen eben die geeigneten Milchkühe. Frauen und Männer sind weder in der Erwerbsarbeit noch in der Haus- und Betreuungsarbeit gleichgestellt. Vor diesem Hintergrund ist ein unterschiedliches Rentenalter von Frau und Mann durchaus mit dem Gleichstellungsprinzip vereinbar.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Wir haben hier verschiedene Varianten der Flexibilisierung. Interessant ist dabei eigentlich, dass zu Artikel 39, der ja auch ein Teil dieser Flexibilisierung ist, noch gar niemand gesprochen hat; es geht dort um "65 plus". Es ist weiter interessant, dass sich am Aufschub niemand besonders stört, weil es sich um eine rein versicherungstechnische Berechnung handelt. Das ist eigentlich bezeichnend, obwohl man ja alle Rentner, die das Risiko eines Rentenaufschubs auf sich nehmen, eigentlich auszeichnen müsste. Man vergisst bei dieser Diskussion immer wieder, dass auch "65 plus" ein Thema der Flexibilisierung ist.

Beim Vorbezug sieht die Sache dann allerdings etwas anders aus. Die Ideenvielfalt, wie man hier bessere Rentenleistungen schaffen könnte, ist ausgeschöpft worden; wir haben fünf Varianten. Hier ist es natürlich auch interessanter, Vorschläge zu machen. Damit kann man sich natürlich in der Bevölkerung einen guten Namen schaffen, man hat ja dann etwas getan. Wer die Kosten für diese Beschlüsse übernimmt, das überlässt man dann den Nachfolgern, weil die Beschlüsse ja erst etwa in 15 Jahren voll wirksam werden.

Was die Minderheit I (Rossini) zu Artikel 21 Absatz 1 vorschlägt, ist für mich persönlich an sich ein hervorragender Antrag: Weil ich ja bereits mit 18 Jahren Beiträge bezahlt habe und kaum Beitragslücken aufweise, könnte ich mich also mit 60 Jahren ohne Rentenkürzung pensionieren lassen. Aber Sie müssen keine Bedenken haben, ich werde diesem Antrag trotzdem nicht zustimmen, weil er für die Bevölkerung mit gut einem Mehrwertsteuerprozent Mehrkosten verbunden ist. Da zeigt sich ja das Problem: Mit dem Antrag der Minderheit I (Rossini) sind also etwa 2,5 Milliarden Franken Kosten verbunden. Ich glaube, das ist doch nicht realistisch.

Am Beispiel dieses Antrages sehen Sie auch – hier liegt ja die Krux der Flexibilisierung –, dass Sonderlösungen ausserordentlich problematisch sind. Es gibt meines Erachtens zwei Gründe, warum die hier in den verschiedenen Varianten vorgeschlagene Flexibilisierung nur in der Variante der Minderheit I (Widrig) als versicherungstechnische Kürzung ohne Vorbehalte durchgeführt werden kann:

1. Die Kostenfolge ist ja der Hauptgrund für die Ablehnung der verschiedenen Minderheitsanträge respektive für die Unterstützung des Antrages, sich auf die versicherungstechnische Kürzung zu beschränken; ein anderer Grund ist die Bevölkerungsentwicklung. Denn wenn 2015 die grosse Altersverschiebung kommt, sollte die AHV dieser Herausforderung eigentlich immer noch gewachsen sein.

2. Nicht weniger wichtig ist das völlig neue Element, welches in unsere Volksversicherung Nummer 1 eingeführt werden soll. Heute haben wir eine überschaubare, saubere Ordnung in der AHV: Das Alter ist allein entscheidend für die Rentenberechtigung; die Rentenhöhe wird im Verhältnis von eins zu zwei vom Minimum zum Maximum der Rentenleistung nach einem – so möchte ich das einmal nennen – "sozialen Versicherungsprinzip" gerechnet. Alle Minderheitsanträge, der Antrag der Kommissionsmehrheit und der Entwurf des Bundesrates – ausser dem Antrag der Minderheit I (Widrig), den ich und die Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützen – haben die Gemeinsamkeit, dass eben ein solches neues Element eingeführt werden soll. Die bestehende Rentenformel wird nach dem Antrag der Kommissionsmehrheit und den Anträgen der Minderheiten II und III mit einer neuen Formel beim Vorbezug überdeckt. Wir haben also eine zusätzliche Formel, die meines Erachtens dem Wesen der AHV widerspricht, weil das Versicherungsprinzip mit den entstehenden



Mehrkosten einmal mehr ein Stück weit unterlaufen würde. Das ist eine doppelte Solidarität, welche für all jene, die über Jahre hinweg weit über ihren Rentenerwartungen liegende Beiträge bezahlen – das ist eine schöne Anzahl Personen in unserer Bevölkerung –, nicht unproblematisch ist.

Es muss von einer Verschlechterung in der AHV gesprochen werden, wenn eine weitere Formel über die bereits bestehende gelegt wird.

Im Zusammenhang mit der AHV gilt es ja immer auch mit einzubeziehen – ich versuche das überall auch immer wieder zum Ausdruck zu bringen –, dass das gute Image und die Akzeptanz unserer ersten Säule weitgehend auch auf das einfache, an sich grundsätzlich nachvollziehbare Prinzip zurückzuführen ist. Bei Elementen, die einzelne Gruppen bevorzugen, die versuchen, Sonderregelungen zu treffen, ist meines Erachtens auch aus diesem Grund grösste Vorsicht geboten.

In diesem Zusammenhang wird bei den Flexibilisierungsvorschlägen immer auch von den Leuten mit bescheidenen Einkommen gesprochen, welche den vorzeitigen Rücktritt ins Auge fassen. Man begünstige mit diesen Vorschlägen diese Absicht. Hier gilt es doch auch einmal festzuhalten, wovon wir denn eigentlich sprechen. Der Unterschied, den beispielsweise die Annahme des Antrages der Mehrheit und des Antrages der Minderheit I (Widrig) zu Artikel 40ter – also soziale Abfederung gegen versicherungstechnische Kürzung – zur Folge hat, beträgt bei einer kleinen Monatsrente etwa 50 bis höchstens 150 Franken. Das ist der Unterschied, welcher in den Renten bei diesen beiden Anträgen zum Ausdruck kommt. Davon sprechen wir. Ich kann nicht glauben, dass diese Unterschiede nun dazu führen sollen, dass diese Leute, wie sie vorhin der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes aufgeführt hat – diejenigen vom Gastgewerbe, die kleine Löhne haben –, nun einen vorzeitigen Rücktritt ins Auge fassen können, und darum würde

AB 2001 N 424 / BO 2001 N 424

es doch bei der Flexibilisierung gehen. Das, habe ich vorhin immer gehört, sei die Absicht dieser sozialen Abfederung. Dass diese Leute keine zweite Säule zur Verfügung haben, die einen vorzeitigen Rücktritt doch möglich macht, müssen Sie auch sehen.

Also ist diese Flexibilisierung mit so genannt sozialer Abfederung doch sozialpolitische Augenwischerei. Sie bringt nämlich den Leuten, die glauben, es nütze ihnen, eben nichts, weil sie die anderen Möglichkeiten nicht haben, um davon zu profitieren. Das ist die Realität, und dieser haben wir, so meine ich, ins Auge zu sehen. Was wir mit solchen Mehrkosten produzieren, sind nicht bessere Bedingungen für diese Leute. Wir schaffen denjenigen bessere Bedingungen, die die nächsten Wahlen bestreiten und von sich behaupten können, sie hätten sozialpolitisch etwas gemacht; das ist ziemlich das Einzige. Und nebenbei bringen wir die AHV mit zusätzlichen Kosten unnötig unter Druck.

Das ist die Situation, und darum ist der wesentliche und grössere Teil der SVP-Fraktion der Meinung, man sollte flexibilisieren – das ist unbestritten –, aber eine Flexibilisierung wählen, die die Kostenneutralität wahrt. Das ist das Ziel des Antrages der Minderheit I (Widrig).

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir kommen nun zu einer Pièce de résistance. Davon gibt es in der laufenden AHV-Revision drei. Hier geht es um die Fragen des Rentenalters und der Flexibilisierung, die in der Kommission gemeinsam behandelt worden sind. Zu Artikel 21 Absatz 1 liegen zwei Minderheitsanträge vor, ein verbindlicher Antrag und ein Eventualantrag. Der Antrag Ménétrey-Savary verlangt, dass das Rentenalter der Frau bei 64 bleibt, wie es heute geregelt ist. Sie wissen, dass die Frauen seit 1. Januar 2001 mit 63 Jahren und ab 2005 mit 64 Jahren pensioniert werden. Ab 2009 wäre ja die Pensionierung der Frauen mit 65 Jahren vorgesehen. Frau Ménétrey-Savary möchte in jedem Fall an 64 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer festhalten. Das würde heissen, dass die Frauen die Rente in jedem Fall nur während zwei Jahren vorbezahlen könnten, die Männer allerdings – je nach dem heutigen Entscheid – während drei Jahren.

Sie wissen, dass wir in diesem Bereich mehrere Volksabstimmungen hatten und dass sämtliche Initiativen, seinerzeit selbst die Auffang-Initiative, abgelehnt worden sind. Aus diesem Grund kann ich Ihnen empfehlen, den Antrag Ménétrey-Savary abzulehnen, obwohl dies in der Kommission nicht verbindlich beantragt worden ist.

Zu Artikel 21 Absatz 1 liegt der Minderheitsantrag II (Goll) vor. Frau Goll behält sich vor, je nach Ausgang der Abstimmung zu Artikel 40ter – Kürzung bei Vorbezug der Altersrente – auf die Frage des Rentenalters 65/65 zurückzukommen. Die Minderheit Goll möchte dann am Rentenalter 65 für die Männer und 64 für die Frauen festhalten und gleichzeitig all jenen Männern und Frauen, die keine Erwerbstätigkeit mehr ausüben oder bei denen das Erwerbseinkommen geringer ist als das Anderthalbfache der Mindestrente, einen Rentenanspruch ab 62 Jahren gewähren. Dieser Eventualantrag hat in der Kommission keine Mehrheit gefunden.

Im Bereich des flexiblen Rentenalters haben wir in der Kommission eingehend über zwei grundsätzliche Mo-



delle diskutiert, nämlich über das Erwerbsjahresmodell und über das Beitragsmodell. Bei Artikel 21 Absatz 1 verlangt die Minderheit I (Rossini), dass Männer und Frauen nach 40 vollständigen Beitragsjahren ab dem 60. Altersjahr in Pension gehen können, ohne eine Rentenkürzung in Kauf nehmen zu müssen.

Dieses Erwerbsjahresmodell wäre nicht gratis zu haben. Es würde die AHV-Rechnung mit rund 2,4 Milliarden Franken belasten. Dieses Erwerbsjahresmodell geht von der Überlegung aus, dass Personen, welche bereits früh ins Erwerbsleben eingetreten sind, in der Regel häufig eine schlechtere Ausbildung geniessen konnten und daher auch eher über tiefe Einkommen und folglich über tiefere Renten verfügen als Personen, die spät ins Erwerbsleben eingetreten sind. Sie sollen daher die Möglichkeit erhalten, bereits ab dem 60. Altersjahr eine ungekürzte Rente beziehen zu können, wenn sie 40 vollständige Beitragsjahre ausweisen können.

Dieses Modell – Herr Studer Heiner hat es bereits erwähnt – hört sich in der Tat auf den ersten Blick sehr interessant an. Bei diesem Modell stellt sich aber grundsätzlich die Frage: Wann und unter welchen Umständen ist ein Erwerbsjahr vollständig erfüllt? Unbestritten war in der Kommission die Meinung, dass ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielt werden muss, um ein vollständiges Erwerbsjahr ausweisen zu können. In der Kommission haben wir zum Beispiel von einem monatlichen Einkommen von mindestens 1500 Franken gesprochen. Wir müssen nun aber wissen, dass allein die durchschnittliche IV-Rente im letzten Jahr 1313 Franken pro Monat betrug und folglich ein Grossteil dieser Rentenbezüger und -bezügerinnen kein vollständiges Erwerbsjahr erfüllen könnten.

Zudem hätten Frauen, die in ihrer Biografie erwerbslose Jahre wegen Familie und Mutterschaft aufweisen, keine Chance, vom ungekürzten Vorbezug zu profitieren. In der gleichen Position wären Arbeitslose oder gesundheitlich beeinträchtigte Personen. Um solchen Situationen gerecht zu werden, müssten wir Zeiten, während denen Arbeitslose Leistungen der Arbeitslosenversicherung bezogen haben, berücksichtigen; wir müssten Zeiten, während welchen nach krankheits- oder unfallbedingter Aufgabe der Erwerbstätigkeit Taggelder als Ersatzeinkommen bezogen wurden, mit einbeziehen; wir müssten Dienstleistungen in Armee und Zivildienst, sofern Erwerbsausfallentschädigungen ausgerichtet wurden, anrechnen; wir müssten Zeiten des Bezugs einer IV-Rente, sofern noch eine Resterwerbstätigkeit ausgeübt wird, mitberücksichtigen, und wir müssten auch Zeiten der Aussteuerung und des Bezugs der wirtschaftlichen Sozialhilfe anrechnen.

Trotz der Anrechnung dieser Ersatzzeiten bliebe das Modell in erster Linie auf Männer zugeschnitten. Gemäss den Berechnungen der Bundesverwaltung könnten rund zwei Drittel der Männer die vorzeitige Rente bereits mit 64 Jahren beziehen, und zwar ungekürzt, währenddem es bei den 64-jährigen Frauen nur 42 Prozent wären. Besonders gravierend wären die Schwächen mit Blick auf die Frauen, die im Betrieb des Ehemannes mitgearbeitet haben und daher AHV-rechtlich überhaupt nicht erfasst sind. Denken wir an Ehefrauen im Gewerbe und in der Landwirtschaft. Dieser Schwachpunkt liesse sich mit der Zeit korrigieren, wenn zum Beispiel die Mitarbeit im Betrieb des Ehegatten bei der AHV registriert würde. Konsequenterweise müsste dann allerdings auch für diese Personen eine effektive Beitragspflicht eingeführt werden. Rückwirkend ist dies aber schlicht unmöglich.

Sie sehen: Dieses Erwerbsjahresmodell setzt einen riesigen administrativen Berechnungsaufwand voraus, damit gerade jene profitieren könnten, die man als Klein- und Kleinstverdiener und -verdienerinnen erfassen und berücksichtigen möchte, damit sie ab dem 60. Altersjahr eine ungekürzte Rente beanspruchen könnten. Bei Personen aber, die kein lückenloses Jahreseinkommen von mindestens 18 000 Franken erreichen, würde die versicherungstechnische Kürzung voll greifen. Das wäre ein ganz klarer Nachteil gegenüber dem Modell Vorbezug mit Kürzungssatz. Dort kommt es nur bei obersten Einkommen zu versicherungstechnischen Kürzungen. Dazu kommt noch ein weiterer Aspekt, nämlich jener der Ausländer und Ausländerinnen, die einige Erwerbsjahre in der Schweiz verbracht haben und folglich AHV-Beiträge geleistet und einen Anspruch auf ihre Renten haben. Der Berechnungsaufwand für jene, die heute im Ausland leben, wäre in diesem Erwerbsjahresmodell unwahrscheinlich gross.

Nach Meinung einer Mehrheit der Kommission wären aber auch in der Schweiz, für die schweizerischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, für die Berechnung dieser Erwerbsjahre die Hürden sowie der administrative Aufwand unwahrscheinlich gross, weil auf AHV-fremde Unterlagen abgestellt werden müsste. In der Kommission ist aus all diesen Gründen das Erwerbsjahresmodell gemäss Minderheit I (Rossini) gegenüber einer Flexibilisierung mit Kürzungssatz mit 14 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen unterlegen.

AB 2001 N 425 / BO 2001 N 425

Ich bitte Sie namens der klaren Mehrheit der Kommission, die Flexibilisierung mit Kürzungssatz dem Erwerbsjahresmodell vorzuziehen und den Antrag der Minderheit I wie auch den Antrag Ménétrety-Savary zu Artikel 21 Absatz 1 abzulehnen.

Ich darf Ihnen nun das Modell Flexibilisierung mit Kürzungssatz vorstellen. Es ist in Artikel 40ter Absätze 1 bis





4 geregelt. Ich verweise dabei auf die Unterlagen, die Ihnen gestern und heute zugestellt respektive ausgeteilt worden sind. Sie geben eine klare Übersicht über die verschiedenen Wirkungen der Kürzungssätze.

Der Bundesrat schlägt ja vor, das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre anzuheben und gleichzeitig einen Vorbezug einer vollen Rente ab 62 Jahren und einer halben Rente ab 59 Jahren für Mann und Frau zu ermöglichen. Da die Anhebung des Rentenalters der Frauen ein eher schmerzhafter Entscheid ist, ist der Bundesrat bereit, die durch die Erhöhung des Rentenalters gewonnenen rund 400 Millionen Franken bei der Flexibilisierung einzusetzen. Mit diesen rund 400 Millionen Franken soll eine soziale Abfederung für finanziell schwache Personen eingebaut werden, damit eine Frühpensionierung nicht nur Gutsituierten vorbehalten bleibt, sondern damit auch Personen mit Kleinsteinkommen frühzeitig in Pension gehen können.

Der Bundesrat sah eine Schwelle bei rund 24 000 Franken Jahreseinkommen vor, bis zu welchem der Kürzungssatz speziell tief behalten bliebe. Er würde ab dieser Einkommensgrösse bis zum Jahreseinkommen von rund 74 000 Franken linear ansteigen. Ab diesem Einkommen kommt der Kürzungssatz einer versicherungstechnischen Kürzung gleich, d. h., er wird für die AHV-Rechnung kostenneutral. Bis zu dieser Einkommensgrösse von rund 74 000 Franken sind die Beiträge an die AHV rentenbildend.

Das Gemeinsame an allen vorliegenden Anträgen zu Artikel 40ter liegt darin, dass im Kürzungssatz immer auch die AHV-Beiträge für die Zeit des Vorbezuges inbegriffen sind. Gleichzeitig erfahren beim Modell der Mehrheit wie bei den Modellen der Minderheiten II (Meyer Thérèse) und III (Fasel) nur die Einkommen bis zu rund 74 000 Franken eine soziale Abfederung. Ab diesem Betrag ist bei all diesen Modellen ein kostenneutraler Kürzungssatz vorgesehen.

Auch ist bei diesen drei erwähnten Modellen eine speziell gute soziale Abfederung eingebaut, nicht nur bis zur vom Bundesrat vorgeschlagenen Einkommenshöhe von rund 24 000 Franken, sondern bis zu rund 49 000 Franken. Weshalb?

Wir haben in der Kommission festgestellt, dass der Bundesrat vor allem die Leute mit Kleinsteinkommen berücksichtigen wollte, damit auch sie eine Möglichkeit zum frühen Rücktritt aus dem Erwerbsleben haben. Dieses Einkommenssegment ist aber in der Regel auf Ergänzungsleistungen angewiesen, weil hier einerseits die AHV-Renten zum Leben zu tief sind und andererseits keine zweite Säule aufgebaut werden konnte.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen: Ein tiefer Kürzungssatz beim Vorbezug soll nicht nur Kleinst-, sondern auch Kleineinkommen zukommen. Mit der Festlegung des tiefsten Kürzungssatzes bis zu einem Erwerbseinkommen von rund 49 000 Franken berücksichtigen wir jene Gruppe, die knapp oberhalb jenes Punktes liegt, bis zu dem eine Ergänzungsleistung ausgerichtet werden kann. Dort dürfte man in der Regel auch nicht über eine sehr komfortable zweite Säule verfügen. Es ist jene Gruppe, die überall mitträgt, aber bei keiner Verbilligungsmöglichkeit oder Unterstützung mehr berücksichtigt wird: weder bei der Prämienverbilligung in der Krankenkasse, noch im Steuerrecht, noch beim Anspruch auf Ergänzungsleistungen.

Mit dieser Korrektur lässt sich auch verhindern, dass lediglich wegen des Kürzungssatzes Ergänzungsleistungen bezogen werden müssen. Wir erfassen damit die Personengruppen, die in der Studie des Genfer Arbeitsinspektorates erwähnt werden, oder auch jene, die man mit dem Erwerbjahresmodell erreichen wollte. Es sind die Handwerker, es sind die Schwerstarbeiter, die dank lebenslanger Arbeit gleich viel oder gleich wenig haben und verdienen wie jene, die Zusatzleistungen über Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligungen in Anspruch nehmen können.

Allen Modellen liegt auch eine gemeinsame Philosophie zugrunde, was den Anstieg des Kürzungssatzes betrifft. Wer nur 12 Monate vor dem Rentenalter in Pension geht, hat einen tieferen Kürzungssatz als jene Person, die zwei oder drei Jahre früher in Pension geht. Damit wollte man keine Anreize schaffen für einen früheren Austritt aus dem Erwerbsleben. Allen gemeinsam ist auch ein Entscheid der Kommission, für die Berechnungsgrundlage nicht vom rentenbildenden Jahreseinkommen auszugehen, sondern vom durchschnittlichen Erwerbseinkommen. Damit will man verhindern, dass ein eventueller Erziehungs- oder Betreuungsbonus zum Malus wird.

Bei allen Modellen wird die Berechnung des Kürzungssatzes auf das Erwerbseinkommen abgestellt und nicht etwa auf die Rentenhöhe. Die Rentenhöhe hängt zwar vom Durchschnittseinkommen ab, aber auch von der Beitragsdauer. Man kann sehr gut gestellt sein und dennoch eine sehr tiefe Rente erhalten, wenn man nur drei Beitragsjahre aufweisen kann. Von daher ist es sicher sehr sinnvoll, auf der Einkommensgrundlage und nicht auf dem Rentenbetrag zu kürzen.

Die Konzepte der Mehrheit wie der Minderheiten II (Meyer Thérèse) und III (Fasel) sind identisch. Unterschiedlich ist der Betrag, den man für die soziale Abfederung investieren will. Das ist die politische Frage, die wir heute in diesem Saal entscheiden müssen. Beim Antrag der Kommissionsmehrheit sind rund 800 Millionen Franken für die soziale Abfederung des Kürzungssatzes inklusive Beitragsausfall reserviert. Das hat zur Folge, dass auf rentenbildenden Erwerbseinkommen bis zu rund 49 000 Franken bei einem Jahr Vorbezug um 0,9



Prozent, bei zwei Jahren Vorbezug um 4,1 Prozent und bei drei Jahren Vorbezug um 8,4 Prozent gekürzt wird. Die jeweilige Kürzung bleibt für die gesamte zukünftige Rentenbezugsdauer bestehen. Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende Einkommen zwischen dem 48fachen und dem 72fachen Betrag der Minimalrente von heute 1030 Franken liegt und auch wenn der Rentenvorbezug zwischen einem Monat und 35 Monaten beträgt. Wenn nur eine halbe Rente vorbezogen wird, werden die Kürzungssätze bis zum Erreichen des Rentenalters entsprechend halbiert.

Die Verwaltung hat zuhanden der Kommission eine mögliche Berechnung der zu erwartenden Anzahl an Vorbezügen erstellt, immer basierend auf dem massgebenden Durchschnittseinkommen der Neurentner und -rentnerinnen im Jahr 1998.

Beim Modell der Kommissionsmehrheit – 800 Millionen Franken – müsste man davon ausgehen, dass drei von fünf Frauen heute mit 64 Jahren in Pension gehen würden.

Es wird in diesen Berechnungen generell davon ausgegangen, dass der Anteil der Männer und Frauen, die sich mit 62 Jahren aus dem Erwerbsleben zurückziehen, markant tiefer ist als der Anteil derjenigen, die sich z. B. mit 63 oder gar 64 Jahren zurückziehen. Das belegen die Berechnungen der Anteile Männer und Frauen, die mit 62 anstatt mit 63 oder 64 Jahren vom Vorbezug der Rente Gebrauch machen würden. Dieser Anteil wäre markant tiefer.

Herr Bortoluzzi hat vorhin gefragt, was schon 100 oder 150 Franken Differenz seien. Ich muss Ihnen sagen, dass zwischen dem Modell der Kommissionsmehrheit mit 800 Millionen Franken und dem Modell der Kommissionsminderheit II mit 400 Millionen Franken bei einem Vorbezug von drei Jahren immerhin 73 Franken Differenz pro Monat liegen. 73 Franken pro Monat machen rund 840 Franken pro Jahr aus. Das ist ein Betrag, den der betreffende Mensch mit einem kleinen Einkommen spürt.

Die Kommissionsmehrheit wollte ganz klar auch berücksichtigen, dass Personen mit einem Lohn von rund 4000 Franken – von denen es in unserem Land sehr viele gibt – auch nur eine kleine Leistung aus der zweiten Säule erwarten können. Beim Modell der Kommissionsmehrheit wollte man ganz klar auch die älteren arbeitslosen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen berücksichtigen, die überhaupt keine

AB 2001 N 426 / BO 2001 N 426

Chance mehr haben, ins Erwerbsleben integriert zu werden. Man hat berücksichtigt, dass die Schwer- und Schwerstarbeiter heute zum grossen Teil kurz vor der Pensionierung invalidisiert werden. Man wollte auf den Ausgang der Abstimmungen in diesem Land Rücksicht nehmen, bei denen die Westschweiz und die italienische Schweiz klar Ja zu einer guten Flexibilisierung und sogar zu weniger Erwerbsjahren gesagt haben.

Gemäss Kommissionsmehrheit ist das Modell mit 800 Millionen Franken die gerechteste Möglichkeit, all diesen verschiedenen Bezügen gerecht zu werden und zu berücksichtigen, dass immerhin 52 Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen in der Schweiz Frauen sind, die wegen ihrer tiefen Einkommen massgebend von einem tieferen Kürzungssatz profitieren würden. Die Frauen werden bei einem entsprechenden Referendum auch massgebend sein.

Dem Modell der Minderheit II (Meyer Thérèse) liegen nur die 400 Millionen Franken des Bundesrates zugrunde, aber mit der modifizierten Lösung, d. h. mit dem Knick bei Einkommen bis zu 49 000 statt nur bis zu 24 000 Franken wie bei der Lösung des Bundesrates. Das hat gegenüber dem Modell der Kommissionsmehrheit entsprechend höhere Kürzungssätze zur Folge, und zwar für die Einkommen bis zu 49 000 Franken wie für jene zwischen 49 000 und 74 000 Franken.

Gemäss den Berechnungen der Verwaltung muss beim Modell der Minderheit II mit einem Einsatz von 400 Millionen Franken bei einem Lohnsegment bis 49 000 Franken und Rückzug der Frauen aus dem Erwerb mit 62 Jahren damit gerechnet werden, dass jede zweite Frau und jeder vierte Mann davon Gebrauch machen würden.

Die Minderheit III (Fasel) will 1,5 Milliarden Franken für das flexible Rücktrittsalter investieren. Sie sehen auf der ausgeteilten Papierfolie, dass dies faktisch zu einem Rentenalter 64 für Männer und Frauen führen würde, da bei einem Vorbezug um ein Jahr keine Kürzung erfolgen würde, weder bei den unteren und mittleren noch bei den hohen Einkommen. Die 1,5 Milliarden Franken hätten eine breite Wirkung speziell auch auf die kleinen und mittleren Einkommen, da erst ab einem Einkommen von rund 60 000 Franken ein linear ansteigender Kürzungssatz vorgesehen ist.

Die Minderheit I (Widrig) vertritt den versicherungstechnischen, d. h. einen kostenneutralen Kürzungssatz, der für die ersten zwölf Monate Vorbezug 6,7 Prozent, bei zwei Jahren Vorbezug 12,9 Prozent und bei drei Jahren Vorbezug 18,6 Prozent beträgt. Auch diese Kürzungssätze bleiben, einmal festgelegt, für den ganzen Rest der Rentenbezugsdauer unverändert.

Herr Widrig macht nun zur Hauptsache geltend, dass diese Kürzungen dort, wo aufgrund der finanziellen Ver-



hältnisse ein Anspruch darauf besteht, durch Ergänzungsleistungen ersetzt werden könnten. Auch der Entwurf des Bundesrates sieht im Fall eines Rentenvorbezugs einen Rentenanspruch auf Ergänzungsleistungen vor. Dazu ist aber zu erwähnen, dass die Ergänzungsleistungen zum grössten Teil von den Kantonen bezahlt werden, diese decken durchschnittlich 75 Prozent der Aufwendungen. Je nach Finanzkraft der Kantone trägt der Bund zwischen 10 und 35 Prozent bei. Ein Ausbau der Ergänzungsleistungen hätte eine Verlagerung von einer beitragsfinanzierten zu einer steuerfinanzierten Flexibilität zur Folge, die nach geltendem Recht in erster Linie zulasten der Kantone geht. Es ist bekannt, dass die Kantone in einem Schreiben an den Bundesrat festhielten, dass ihre Bereitschaft, das flexible Rentenalter zu finanzieren, nicht unbegrenzt ist.

Aus all diesen Gründen hat die Kommission dem Modell 800 Millionen Franken gegenüber dem Modell der Minderheit II (Meyer Thérèse) – 400 Millionen Franken – mit 14 zu 10 Stimmen den Vorzug gegeben. Die Minderheit III (Fasel) mit dem Modell 1,5 Milliarden Franken ist gegenüber dem Modell 800 Millionen Franken mit 7 zu 9 Stimmen bei 8 Enthaltungen unterlegen. Die Minderheit I (Widrig) mit dem Modell einer kostenneutralen Kürzung ist gegenüber der Minderheit II (Meyer Thérèse) mit dem Modell 400 Millionen Franken mit 7 zu 17 Stimmen unterlegen.

Ich bitte Sie, bei Artikel 40ter Absätze 1, 2, 3 und 4 dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen und alle anderen Anträge abzuweisen.

Noch ein Wort zu Artikel 39, Aufschub der Altersrente: Sie wissen, dass die Rente seit 1969 um fünf Jahre aufgeschoben werden kann und dann natürlich die Arbeit rentenbildend ist. Bei fünf Jahren Aufschub kann man eine um rund 31,5 Prozent höhere Rente erhalten; das bleibt unverändert. Auch die Möglichkeit, dass jemand z. B. ab 60 Jahren zur Hälfte in Pension geht und dann bis zum Alter 70 zur Hälfte im Arbeitsprozess bleibt, ist nicht ausgeschlossen; der Kürzungssatz ist dann wieder wettgemacht.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 21, 40ter (Fortsetzung) – Art. 21, 40ter (suite)

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: L'élévation de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans dès 2009 n'est pas seulement dictée par les principes d'égalité, contrairement

AB 2001 N 427 / BO 2001 N 427

aux affirmations de Mme Ménétreay-Savary. Les débats en commission ont relevé à plusieurs reprises qu'il y a lieu de faire une distinction entre l'égalité juridique et la situation de fait où actuellement elle n'est manifestement pas encore réalisée, mais elle repose aussi sur des considérations financières puisqu'il en résulte un gain de 400 millions de francs. Or, dans le projet initial du Conseil fédéral, ce sont précisément ces 400 millions de francs qui sont appelés à financer une retraite anticipée avec des considérations sociales pour les bas revenus.

A l'article 21, la minorité I (Rossini) s'oppose au système de rente anticipée, tel que prévu par le projet du Conseil fédéral, en fixant le droit à la retraite après 40 ans de cotisations de manière à établir une fourchette





plus large entre 60 et 65 ans, sans fixer d'âge précis. La commission a constaté que cette proposition, déjà en usage dans de nombreux secteurs de la fonction publique, désavantage les personnes qui échappent à une prise en compte par l'AVS, comme les femmes qui assistent leur mari dans leur commerce, leur entreprise ou l'agriculture, celles qui, pour une raison ou une autre, ont dû interrompre leur activité professionnelle, et enfin pose problème pour les étrangers n'appartenant pas à l'Union européenne, en raison des difficultés à obtenir une information fiable et de l'absence de réciprocité. Enfin, cette proposition manifestement à l'avantage des hommes a un coût de 2,45 milliards de francs. C'est donc avec de bonnes raisons et non de manière cavalière qu'elle a été écartée par la commission au profit du système de rente anticipée proposé par le Conseil fédéral, par 14 voix contre 6 et avec 4 abstentions.

Devant l'importance de la réduction de la rente de vieillesse en cas d'anticipation, qui est l'un des aspects centraux de la 11^e révision de l'AVS, la commission a créé une sous-commission afin d'évaluer l'impact sur les assurés des différentes propositions susceptibles d'entrer en ligne de compte, les relations avec les autres régimes d'assurance, prévoyance professionnelle, prestations complémentaires, AI et assurance-chômage, et la gestion de l'AVS.

D'autre part, étant donné les options fondamentalement différentes, voire opposées, entre les différents membres de la commission, il s'agissait de déterminer dans quelle mesure un accord pouvait se faire autour d'un dénominateur commun. La majorité de la commission s'est ralliée à un rééchelonnement des réductions de prestations en fonction du revenu, de manière à ne pas inciter les bas revenus à renoncer à une retraite anticipée parce que la pénalisation est trop élevée, d'autant plus que ces personnes n'ont pas de deuxième pilier sur lequel s'appuyer.

Enfin, il ne s'agit plus de prendre en compte le revenu annuel moyen AVS qui prend en considération, dans son calcul, les bonifications d'éducation, mais les revenus moyens effectifs. Cela permet de se rapprocher de la réalité économique des intéressés.

Le taux proposé par le Conseil fédéral a été ainsi diminué et appliqué de manière uniforme en dessous d'un revenu annuel moyen égal à 48 fois la rente minimale, pour ensuite procéder à une progression linéaire et compensatrice entre 48 et 72 fois. En dessus, la réduction obéit au système actuariel en vigueur et est donc neutre.

Dans le cadre de ces principes, la commission s'est penchée sur trois modèles en fonction de l'engagement financier qu'ils représentent, à savoir celui du Conseil fédéral modifié, avec un montant inchangé de 400 millions de francs; celui de la majorité, 800 millions de francs; celui de la minorité III (Fasel), avec une échelle variable comprise entre 60 et 72 fois le montant de la rente annuelle minimale, pour un montant de 1,5 milliard de francs. Enfin, la minorité I (Widrig) propose le statu quo.

La commission a été très attentive à l'évolution de la proportion entre cotisants et retraités au vu de l'évolution démographique et des inconvénients pouvant résulter d'une incitation excessive à la prise d'une retraite anticipée. Elle a néanmoins estimé que la version du Conseil fédéral concédait un effort insuffisant pour privilégier les professions particulièrement exigeantes sur le plan physique, comme l'agriculture et la construction dont les effets délétères sur la santé empêchent bien souvent d'atteindre l'âge de la retraite.

En mettant à disposition le double des moyens, le taux de réduction pouvait être abaissé entre 0,9 et 8,4 pour cent en dessous de 48 fois le montant du revenu minimal de la rente. La minorité III (Fasel) estime que 8,4 pour cent est un montant encore trop significatif et dissuasif pour permettre une retraite anticipée à ces métiers qui sont modérément rétribués et ne sont pas au bénéfice – ou sinon de manière insuffisante – du deuxième pilier. Il s'appuie sur le résultat des votations du 26 novembre 2000 sur l'initiative populaire du Parti écologiste suisse pour présenter une proposition de 1,5 milliard de francs permettant de limiter entre 0 et 4 pour cent le taux de réduction des rentes en dessous de 60 fois la rente minimale.

A l'opposé, la minorité I (Widrig) estime que la préoccupation principale doit être la consolidation de l'AVS. Rien ne devrait s'opposer au statu quo avec une réduction actuarielle permettant de garantir la neutralité des coûts.

Les bas revenus peuvent bénéficier du soutien des prestations complémentaires. La minorité II (Meyer Thérèse) recherche un compromis raisonnable en restant à la version du Conseil fédéral modifiée, soit avec un échelonnement des taux de réduction conforme aux vœux de la commission. Les graphiques que vous avez sous les yeux vous permettent de vous faire une idée concrète de la portée de ces différentes variantes.

Au vote, la proposition de la minorité I (Widrig) a été éliminée au profit de celle de la minorité II (Meyer Thérèse), par 14 voix contre 7; cette dernière par celle de la majorité, par 14 voix contre 10. Enfin, la proposition de la majorité (800 millions de francs) a été confirmée en étant opposée à la celle de la minorité III (Fasel), qui a été écartée par 9 voix contre 7 et avec 8 abstentions.

Enfin, la minorité IV (Goll) fait ici une proposition subsidiaire de réduction de l'âge de la retraite à 62 ans au cas



où les modèles d'anticipation de 1,5 milliard de francs proposés par la minorité III (Fasel) ou de 800 millions de francs selon la majorité de la commission ne seraient pas acceptés. Cette proposition a été refusée en deuxième lecture, par 11 voix contre 6 et avec 2 abstentions.

Dreifuss Ruth (,): On a beaucoup parlé, tout à l'heure, de promesses, de perspectives ouvertes et d'espoirs. Permettez-moi de commencer ce point central de nos travaux par quelques rappels.

Promesses d'abord: je lis une promesse forte déjà au moment de la 10e révision de l'AVS en faveur d'une flexibilisation qui tienne compte des possibilités sociales et des besoins des personnes ayant des revenus bas ou insuffisants. Je vois une preuve aussi de cette promesse dans le fait que, pour une période limitée en attendant la 11e révision de l'AVS, on a accordé aux femmes une réduction par moitié du taux actuariel. Cela en particulier à l'initiative du groupe démocrate-chrétien, mais cela seulement pour une période limitée, laissant entendre que c'est à ce moment-là qu'on trouverait pour les hommes et pour les femmes la possibilité de réduire la dureté d'un calcul purement actuariel. Calcul qui, bien sûr, dans la réalité quotidienne touche les bas revenus beaucoup plus que les hauts revenus. En effet, vous le savez, au lieu de 6,8 pour cent de réduction par année d'anticipation, la 10e révision de l'AVS prévoit pour moins de dix ans une réduction de 3,4 pour cent pour les femmes. Pouvez-vous imaginer que vous retourniez maintenant auprès de vos électeurs et de vos électrices en leur disant: "Ce n'était qu'un sucre pour faire passer l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes; maintenant que vous avez accepté cela, c'est le taux actuariel qui vous sera appliqué, à vous, les femmes, et bien sûr également aux hommes"? Non, je sens dans cette décision qui a été prise ici plus qu'un truc, plus qu'un sucre pour faire passer une potion amère. J'y lis l'engagement de régler avec la 11e révision de l'AVS la question d'une flexibilisation, en tenant compte des problèmes sociaux d'une anticipation.

AB 2001 N 428 / BO 2001 N 428

C'est vous dire – j'anticipe, mais ce n'est pas inattendu – si je vous demande de combattre fermement la proposition de minorité I (Widrig) qui consiste à appliquer le taux actuariel de réduction, sans tenir compte – j'y reviendrai – des possibilités des uns et des autres.

Mais il n'y a pas que cette promesse que je lis dans la 10e révision de l'AVS. Il y a autre chose. Il y a la perspective que le Conseil fédéral lui-même a ouverte en mettant la réforme de l'AVS en consultation – je dirais, fort opportunément juste avant une votation sur l'initiative populaire du 21 juin 1995 dite "de rattrapage" de la 10e révision de l'AVS. Le Conseil fédéral demandait à celles et ceux qu'il consultait de se prononcer sur un projet où la flexibilité était estimée à un coût de 800 millions de francs. Cette proposition a certainement influencé aussi le débat politique autour de cette initiative populaire. Et ce n'est qu'après ce vote que le Conseil fédéral lui-même a réduit l'enveloppe accordée à cette flexibilisation. Pourtant, un espoir s'est fait jour à l'occasion de la votation populaire des doubles initiatives populaires (objet 97.088) sur la rente de retraite – "Ruhestandsrente" – dès 62 ans.

Vous connaissez le bon score au soir du 26 novembre 2000, il a été évoqué ici. Ce bon score ne montre pas une sensibilité différente entre la Suisse latine et la Suisse alémanique. Or, si l'on considère combien de personnes ont choisi l'une des deux initiatives qui étaient sur la table en rejetant l'autre, on voit qu'une majorité dans ce pays est en faveur d'une retraite flexible. Le Parlement doit être sensible à cet espoir, un espoir qui de nouveau s'est manifesté alors que la 11e révision de l'AVS entrait en discussion devant votre commission.

Ensuite, je tiens à dire que, pour le Conseil fédéral, il y a, comme il y avait justement dans la 10e révision de l'AVS également, un lien indissociable entre la fixation de l'âge de la retraite à 65 ans pour les hommes et pour les femmes et une flexibilité qui tienne compte des exigences sociales d'accès à la retraite.

Ce lien est indissociable, dans la mesure où il ne serait pas compréhensible que l'on augmentât l'âge de la retraite des femmes sans offrir en même temps la possibilité de moduler – à la baisse ou à la hausse – le passage de la vie professionnelle à la vie de retraité.

Une chose doit être dite clairement: les modèles que nous proposons, contrairement aux modèles de la rente de retraite – et c'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral les a aussi combattus –, n'encouragent pas à partir plus tôt. Abandonner la vie professionnelle pour aller à la retraite reste un sacrifice. Il ne s'agit donc pas d'une incitation à partir. Je partage d'ailleurs absolument l'avis qui a été exprimé ici, qui voit dans le haut taux d'activité des travailleurs et des travailleuses âgés, en comparaison internationale, une chance pour la Suisse. C'est une chance, nous devons nous en réjouir et ne pas aller dans un sens qui encouragerait les gens à partir. Mais nous devons faire oeuvre d'équité et nous ne voulons pas qu'une retraite flexible reste le privilège des personnes qui ont des hauts revenus. Or, c'est bien ce que nous constatons actuellement: il y a des départs à la retraite, mais ces départs à la retraite sont majoritairement des départs à la retraite de personnes qui ont des ressources suffisantes, qui ont des postes à responsabilité et dont l'expérience dans l'entreprise peut



encore être valorisée. Au contraire, celles et ceux qui ont eu un travail extrêmement difficile et qui les a usés, leur rendant tout changement dans leur carrière professionnelle difficile, ne peuvent pas partir à la retraite anticipée. Non, ils doivent passer par le chemin extrêmement douloureux du chômage, de l'invalidité – les statistiques montrent à quel point l'invalidité augmente dans les années qui précèdent la retraite normale –, voire de l'aide sociale. Cela a été dit ici. Cette voie pour passer de la vie professionnelle à une vie de retraité est une voie douloureuse et je crois qu'il est indigne pour un pays comme la Suisse de considérer comme normal que l'on passe par là.

Je crois que nous sommes tous fiers, et je l'ai à nouveau entendu à cette tribune, du caractère redistributeur de l'AVS, d'une assurance qui ne plafonne pas les cotisations et qui a un plafonnement rigoureux des rentes du simple au double. Nous considérons que ce socle n'est pas très généreux, mais qu'il forme le fondement et permet de combattre très largement la pauvreté des personnes âgées. C'est vraiment le succès de notre système d'avoir un socle largement redistributeur et il est clair que nous devons être reconnaissants à tous ceux qui paient des cotisations au-delà de ce qui est formateur de rentes. Mais nous devons nous poser la question de savoir si ce système social, qui est un des éléments de la cohésion de ce pays, correspond effectivement à la réalité. Il ne correspond pas à la réalité dans la mesure où l'espérance de vie des personnes de 60, 62 ou 65 ans disons, dépend fortement de leur appartenance à un groupe socioprofessionnel. Plus bas est le revenu, plus ce groupe socioprofessionnel est défavorisé, plus courte est l'espérance de vie. Alors, que dire d'une institution que l'on veut redistributrice, si la période pendant laquelle on touche la rente devient tellement petite pour certaines catégories socioprofessionnelles qu'elles aussi deviennent des payeurs nets de l'AVS! Cela ne correspond ni à l'intention du législateur, ni à l'image que nous nous faisons de la solidarité dans ce pays.

J'en viens donc maintenant à commenter les différentes propositions qui sont sur la table, en commençant par celles concernant l'article 40ter, puisque cet article-là pose les fondements de la flexibilité.

Vous aurez compris sans peine, je l'ai dit tout à l'heure, que la proposition de minorité I (Widrig) est à rejeter. Les promesses que l'on a faites, en marge, en disant: "Mais, vous pourrez toucher des prestations complémentaires, mais vous avez le deuxième pilier", ne concernent de loin pas toutes les personnes qui seraient au bénéfice de la flexibilité, que ce soit dans la variante proposée par la majorité de la commission ou dans celle de la minorité II (Meyer Thérèse). En effet, il suffit, comme paysan ou comme petit propriétaire d'un commerce ou d'une activité indépendante, d'avoir quelques biens immobiliers pour ne plus avoir le droit de toucher les prestations complémentaires. Ces mêmes personnes ne touchent justement pas le deuxième pilier et, en général, leur revenu était trop bas pour constituer un troisième pilier. C'est donc toute une catégorie de personnes indépendantes qui seraient pénalisées par le système proposé par la minorité I (Widrig). J'attire votre attention, Mesdames et Messieurs: le privilège que vous avez maintenu hier en faveur des indépendants, sur le plan financier, n'est pas grand-chose en regard de ce que vous leur enlèveriez si vous suiviez aujourd'hui la proposition de minorité I. Leur rente AVS serait réduite, en effet, à vie.

Donc, que ceux qui se sont dits ici les protecteurs des indépendants à faible revenu se rendent compte que c'est aujourd'hui que la question se pose. Ce n'était pas hier, c'est aujourd'hui qu'il faut savoir si l'on considère que, une fois atteint l'âge de la retraite, anticipée éventuellement, ils pourront mieux se débrouiller ou si, au contraire, on leur enlèvera au niveau de la rente ce que l'on a cru leur donner hier au niveau des cotisations. Et on le leur enlèvera au centuple.

Je vous prie donc de rejeter la proposition de minorité II!

En ce qui concerne la proposition de minorité II, elle correspond à l'enveloppe qui a été présentée par le Conseil fédéral, elle modifie uniquement le mode de calcul. Le Conseil fédéral est persuadé que le mode de calcul, la modulation fine du modèle telle que proposée par la commission, que ce soit d'ailleurs dans la minorité II ou dans la majorité, est meilleure que son propre projet linéaire. Dans ce sens-là, le Conseil fédéral retire, si je puis dire, sa version et vous demande de suivre en tout cas le mode de calcul, la courbe, à la place de la droite telle qu'elle figure dans le graphique et telle qu'elle ressort des travaux de la commission.

Je n'entre pas dans les détails, il y a toutes sortes de raisons qui militent en faveur de ce nouveau mode de calcul. Je l'ai dit: le montant de l'enveloppe correspond à ce que le Conseil fédéral vous présentait, et à la proposition de la minorité II. Il est clair que l'enveloppe de la majorité qui a été présentée dans le message du Conseil fédéral correspond

AB 2001 N 429 / BO 2001 N 429

davantage aux travaux préparatoires de l'administration et aux besoins des personnes.

C'est une réponse non seulement un peu plus généreuse, mais aussi un peu plus réaliste dans la mesure où, effectivement, elle autorise également des personnes à bas revenus à envisager le passage à la retraite au





moment où l'épuisement les guette.

Il s'agit aussi de rejeter la proposition de minorité III (Fasel). La minorité III rejoint pratiquement les initiatives sur la rente de retraite. Elle postule une absence de déductions pour le passage anticipé à la retraite; elle coûte 1,5 milliard de francs et elle est encore une fois du même ordre de grandeur que les initiatives que vous avez déjà eu l'occasion de rejeter lors de ce débat. Dans ce sens-là, la proposition de minorité III n'est qu'une formule que nous avons déjà connue et qui paraît trop coûteuse, et finalement sans doute trop incitative pour le départ à la retraite, ce que nous ne souhaitons pas.

J'en viens maintenant à l'article 21 et aux propositions des minorités Rossini, Goll et surtout à la proposition Ménétrety-Savary.

En ce qui concerne la proposition de minorité I (Rossini), votre présidente et rapporteuse de langue allemande a expliqué dans le détail les conséquences de cette proposition. Je l'en remercie. Je ne répéterai pas tout ce qu'elle a dit. Je dirai tout simplement que la proposition, en fait, est une proposition qui repose sur un nombre d'années insuffisant. Si on retenait ce modèle, alors le simple fait de dire que la proposition de minorité I coûte 2,4 milliards de francs signifie qu'avec 40 années de cotisation on n'arrive pas à couvrir de façon satisfaisante le besoin d'une retraite, avec l'espérance de vie que nous connaissons actuellement. Donc, si l'on voulait entrer dans ce domaine et arriver à un certain équilibre, il faudrait certainement abandonner l'idée des 40 ans et nous orienter vers les 41 ou 42 ans. A ce moment-là, les bénéficiaires qu'attend M. Rossini de sa solution seraient moindres que pour les modèles qui reposent sur l'âge terme de 65 ans avec la variation de plus ou moins trois ans. En dehors de cela, je dirai tout simplement que le système proposé par M. Rossini est effectivement un système difficile à intégrer dans l'AVS, et il le sait. Il est difficile de faire reposer une caisse populaire sur un système qui repose, en fait, sur l'idée qu'il s'agirait de valoriser les années d'activité professionnelle. C'est ce que vous essayez de faire en découpant ensuite par trimestre les cotisations qui devraient être payées. Mais vous savez que nous avons nous-mêmes fait des recherches dans ce sens-là, en fixant un revenu moyen qui serait un indice d'activité professionnelle. Là aussi, nous sommes arrivés à la même conclusion: cela pénalise les femmes, cela ne peut que correspondre à un modèle assez classique, mais c'est, fondamentalement, quelque chose qui peut plutôt être pris en considération dans des retraites professionnelles, donc plutôt dans les modèles du deuxième pilier, à l'étranger dans des modèles professionnels qui reposent sur la répartition, mais qui tiennent compte des années d'activité et non pas des années de cotisation.

Je crois pouvoir dire, contrairement à votre impression – et que je regrette –, que ce modèle a été examiné sous des angles très différents. La proposition paraît absolument convaincante et lumineuse à expliquer aux citoyens et aux citoyennes de ce pays, mais elle pose toute une série de problèmes. Elle repose, en effet, sur d'autres principes que les principes généraux de l'AVS qui sont que tout le monde y participe, quelles que soient les raisons pour lesquelles on paie des cotisations. C'est pourquoi il paraît difficile de se rallier à cette proposition, et certainement pas au stade-ci de cette réforme.

De même, je dois m'opposer à la proposition de minorité II (Goll), à l'article 21, et à la proposition Ménétrety-Savary de maintenir l'âge des femmes en l'état. Je crois avoir montré, en évoquant au début cette réduction pour la retraite des femmes qui anticipent maintenant (celles dont l'âge de la retraite va passer de 63 à 64 ans, possibilité qui est limitée dans le temps), que le gel de la situation n'est pas ce dont nous avons besoin. Ce dont nous avons besoin, c'est d'un système de flexibilité qui, avec l'âge terme de 65 ans pour les hommes et pour les femmes, permette aux hommes et aux femmes, en particulier aux femmes qui ont des bas revenus, de pouvoir choisir librement le passage à la retraite. Tout dépend, dans cette réforme, de la façon dont nous réaliserons les promesses: comment nous répondrons aux attentes et confirmerons les perspectives ouvertes par le Conseil fédéral en matière de flexibilité.

Art. 40ter

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III 63 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 00.014/1196)

Für den Antrag der Minderheit II 90 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 90 Stimmen

Mit Stichentscheid des Präsidenten





*wird der Antrag der Minderheit II angenommen
Avec la voix prépondérante du président
la proposition de la minorité II est adoptée*

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Minderheit II 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 62 Stimmen

Präsident (Hess Peter, Präsident): Frau Goll wünscht das Wort für eine persönliche Erklärung.

Goll Christine (S, ZH): Sie zwingen uns, an unserem Eventualantrag festzuhalten. Wir haben von Anfang an betont, dass wir nicht bereit sind, eine weitere Rentenaltererhöhung der Frauen zu akzeptieren, wenn hier und heute kein Flexibilisierungsmodell, das sozial ausgestaltet ist, das Ergebnis sein sollte. Sie haben knapp entschieden, und ich möchte Ihnen sagen, was Sie mit dieser Entscheidung bewirkt haben.

Sie haben bewirkt, dass Sie künftig den Rentnern und Rentnerinnen, die mit 62 Jahren ausgebrannt sind, zumuten, lebenslang eine monatliche Rentenkürzung zwischen 150 Franken für die untersten Einkommen und 340 Franken für Rentner und Rentnerinnen mit einer Maximalrente in Kauf zu nehmen. Sie haben mit diesem Entscheid zusätzlich dazu beigetragen, dass Frauen gezwungen werden, ein Jahr länger zu arbeiten, um damit eine vorzeitige Pensionierung für einige wenige privilegierte Männer zu bezahlen.

So geht das nicht; wir halten an unserem Eventualantrag fest.

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

Für den Antrag der Minderheit II 108 Stimmen

Für den Eventualantrag der Minderheit IV 71 Stimmen

Art. 21

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 110 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 72 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 113 Stimmen

Für den Antrag Ménétrey-Savary 67 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 110 Stimmen

Für den Eventualantrag der Minderheit II 69 Stimmen

Art. 22ter

Antrag Meier-Schatz

Titel

Kinderzulagen

AB 2001 N 430 / BO 2001 N 430

Abs. 1

Personen, welchen eine Altersrente zusteht, haben für jedes Kind Anspruch auf eine Kinderzulage gemäss den kantonalen Familienzulageordnungen.

Abs. 2

Streichen

Art. 22ter

Proposition Meier-Schatz

Titre

Allocations pour enfants

Al. 1





Les personnes auxquelles une rente de vieillesse a été allouée ont droit, pour chaque enfant, à une allocation selon le droit cantonal applicable.

Al. 2

Biffer

Meier-Schatz Lucrezia (C, SG): Es geht hier nicht um die Einführung eines neuen Artikels, sondern ganz klar um das Ersetzen des geltenden Artikels.

Ich habe am 26. September 2000 mit einer Motion (00.3458) den Bundesrat ersucht, Artikel 22ter des AHV-Gesetzes zu überprüfen. Was will Artikel 22ter? Er besagt, dass Personen, welche eine Altersrente beziehen und ein minderjähriges Kind haben, Anspruch auf eine Kinderrente haben. Ich möchte diese Kinderrente ändern. Nun stelle ich fest, dass der Bundesrat meine Motion in ein Postulat umwandeln möchte, aber hier dennoch nicht gehandelt hat.

Ich möchte kurz begründen, weshalb ich dies beantrage: Die Veränderung der Lebens- und Familienformen führt bekanntlich zu einer wachsenden Zahl von Personen im AHV-Alter mit minderjährigen Kindern. Das sind die so genannten Spätvaterschaften. Diese Eltern werden wesentlich besser gestellt als Eltern im Erwerbsleben, und dadurch entsteht eine Diskriminierung, die sich nicht vertreten lässt. Familien im Erwerbsalter erhalten durchschnittlich 183 Franken Kinderzulagen pro Monat und Kind; bei AHV-Bezüglern – im Fall von Spätvaterschaften – beträgt hingegen eine Kinderrente von durchschnittlich 644 Franken pro Monat und Kind. Gegenwärtig werden somit jährlich mindestens 60 Millionen Franken AHV-Gelder für Spätvaterschaften in Form von Kinderrenten an Senioren ausbezahlt, was 11 500 Kinderrenten gleichkommt.

Gemäss Bundesrat und Bundesamt für Sozialversicherung ist mit einem weiteren Anstieg der Anzahl Bezüger von Kinderrenten bis mindestens 2009 zu rechnen. Ferner stellt selbst der Bundesrat fest, dass Versicherte mit Anspruch auf Kinderrenten verstärkt zum Rentenvorbezug tendieren; damit entstehen zusätzliche Mehrkosten, und zwar ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage dieser Senioren.

Die Festlegung der Höchst- und Mindestbeiträge der Renten beeinflussen die Höhe der Kinderrente – minimal 415 Franken, maximal 721 Franken –, welche also proportional zur Rente des Vaters oder allenfalls der Mutter ausgerichtet wird.

Da aber die ausbezahlten Leistungen der AHV und die tatsächlichen Einkommen der Rentner nur bedingt von einander abhängig sind, ist nicht einzusehen, weshalb die Grundrente mit einer Kinderrente und nicht – wie bei der grossen Mehrheit der Eltern – mit einer normalen Kinderzulage ergänzt wird. Die Kinderrente führt dazu, dass Väter mit einer Maximalrente eine höhere Kinderrente erhalten als jene, die früher schon tiefere Einkommen erzielten. Auch dies ist meines Erachtens ungerechtfertigt, namentlich auch jenen Personen gegenüber, die im Erwerbsleben sind.

Wie Sie alle wissen, ist die Ausgestaltung der Familien- und Kinderzulagen nach wie vor höchst unterschiedlich und sehr unbefriedigend geregelt. Die Leistungen sind nach Bezügerkreisen und Kantonen unterschiedlich. So erhalten z. B. je nach Kanton Nichterwerbstätige keine Zulage, es sei denn, sie seien Rentner. Die Ausnahme ist aus zwei Gründen stossend: Erstens beträgt die Höhe der bezahlten Kinderrente an AHV-Bezüglern das Mehrfache einer Kinderzulage, und zweitens widerspricht diese privilegierte Behandlung dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit. Derart unterschiedliche Leistungssysteme sind nicht nur intransparent, sondern widersprechen dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Die Familien sollen in Anbetracht der Leistungen, die sie erbringen, in Bezug auf Kinderrenten respektive Kinderzulagen gleichgestellt werden, nach dem Motto: ein Kind, eine Zulage. Sollten AHV-Bezüglern, welche noch Elternpflichten wahrnehmen, mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sein, dann soll ihnen das gleiche Recht auf Unterstützung – Stichwort z. B. Bedarfsleistung – gewährt werden, aber nicht ein Recht auf eine wesentlich höhere Zulage in der Form einer Kinderrente.

Viele in diesem Saal verlangen, dass die Witwen nun ein Opfer erbringen und auf das bis anhin gewährleistete Recht auf eine Versicherungsleistung verzichten sollten. Ich lade Sie nun aber ein, das Recht auf eine Kinderrente, welche das Mehrfache einer Kinderzulage ausmacht, kritisch zu hinterfragen. Hier werden, ohne jegliche Abklärungen über Bedarf und Notwendigkeit dieser zusätzlichen Zustüpfen zu treffen, jährlich mindestens 70 Millionen Franken Vätern zugespielt.

Ich lade Sie ein, meinem Antrag zuzustimmen, auch im Wissen darum, dass vielleicht der Ständerat noch allfällige Formulierungen präzisieren oder überprüfen wird. Somit können wir in einem späteren Schritt, wie dies der Bundesrat vorschlägt, über ein einheitliches und unter den Sozialversicherungen koordiniertes Konzept der ausgerichteten Leistungen für Kinder bestimmen können.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Wir hatten ja diesen Antrag nicht in der Kommission und konnten uns deshalb auch nicht eingehend darüber unterhalten. Mir scheint aber die Stossrichtung, die Frau Meier-Schatz vorschlägt,



richtig zu sein. Sie hat es begründet: Es gibt keinen Grund, über 65-jährige Eltern bezüglich der Kinder besser zu stellen als alle anderen Eltern. Es lohnt sich sicher, diesen Antrag zu unterstützen, schon nur deshalb, damit sich der Ständerat noch darüber unterhalten kann.

Es ist natürlich problematisch, wenn man auf kantonale Gesetzgebungen verweist, bei denen der eidgenössische Gesetzgeber nie so genau weiss, was dann genau passiert. Wahrscheinlich müsste man den Text noch etwas anpassen; das mag ein Schönheitsfehler sein, aber die Stossrichtung stimmt, und wir werden den Antrag Meier-Schatz unterstützen.

Hess Peter (C, ZG): Die SP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie den Antrag Meier-Schatz ablehnt. Die FDP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie den Antrag Meier-Schatz unterstützt.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Heute erhält ein Rentner bzw. eine Rentnerin eine Kinderrente, wenn er oder sie Kinder unter 18 Jahren bzw. Kinder zwischen 18 und 25 Jahren hat, die noch in Ausbildung sind. Das betrifft rund 12 000 Personen, davon rund 8300 Personen in der Schweiz und die anderen im Ausland. Von diesen 12 000 Personen trifft es rund 10 000 Männer und etwa 2000 Frauen. Eine durchschnittliche Rente beträgt etwa 600 Franken. Diese Kinderrente, die vorhin von Frau Meier-Schatz begründet worden ist, ist ein Ersatzeinkommen. Deshalb stimmt ihre Begründung, das sei eine Besserstellung der pensionierten Frauen und Männer gegenüber den Erwerbstätigen, so nicht. Die Erwerbstätigen haben noch ihren Lohn, die Pensionierten haben keinen Lohn mehr und erhalten selbst eine AHV-Rente und für die Kinder ein Ersatzeinkommen. Die Kinderzulagen sind Zusatzleistungen zum Lohn. Aber sicher kann man Kinderrenten und Zusatzleistungen nicht vergleichen. Wenn wir dem Antrag Meier-Schatz stattgeben, dann könnten wir ungefähr zwei Drittel dieser heutigen rund 70 Millionen Franken einsparen, die uns diese Kinderrenten kosten. Ein Drittel dieses Betrages würde dann in Form der Kinderzulagen ausgegeben.

AB 2001 N 431 / BO 2001 N 431

Der Antrag Meier-Schatz lag in der Kommission nicht vor, aber ich muss Sie bitten, diesen Antrag klar abzulehnen: Einerseits bedeutet dieser Antrag einen Bruch mit dem Versicherungsprinzip, indem selektiv ein Teil der heute Versicherten anders behandelt wird und keinen Anspruch mehr auf eine zugesicherte Leistung hat; andererseits ersetzt sie dieses Erwerbseinkommen durch Zusatzleistungen, d. h. mit Kinderzulagen. Hinzu kommt, dass jeder Kanton in diesem Land ein eigenes Kinderzulagengesetz hat. Das gäbe einen riesigen administrativen Aufwand. Wir müssten praktisch bei jedem einzelnen Fall abklären, wo die betreffende Person wohnt und wie viel sie zugute hat. Dazu kommt, dass gewisse Kantone für das erste und für die weiteren Kinder abgestufte Kinderzulagen haben, auch da müssten wir noch ganz grosse Abstufungen machen.

Was heisst der Antrag Meier-Schatz auch noch? Frau Meier-Schatz denkt vermutlich vor allem an die Männer im "zweiten Frühling", die mit über 50 Jahren nochmals Kinder zeugen, was ja ihr gutes Recht ist. Aber es trifft auch die Männer ab 40; diese haben heute die Möglichkeit und Chance, für Kinder, die noch bis zum Alter von 25 Jahren in Ausbildung sind, im Pensionsalter eine Kinderrente zu bekommen. Das heisst, wenn man den durch den Antrag anvisierten Männern und Frauen den Anspruch auf eine Kinderrente absprechen will, dann dürfen in Zukunft ab dem Alter von 40 Jahren keine Kinder mehr gezeugt werden. Wollen Sie das? Es gibt kinderreiche Familien, deren Väter natürlicherweise im Alter von 40 Jahren noch einmal Kinder haben. Sie treffen also nicht nur die Väter im "zweiten Frühling", sondern auch jene, die noch im "besten Alter" sind.

Ich denke, dieser Antrag ist nicht ausgereift. Wir können ihn unter keinen Umständen zur Annahme empfehlen, weil er einerseits einen Bruch mit dem Versicherungsprinzip bedeutet und andererseits nicht das hält, was versprochen wird.

Ich bitte Sie, den Antrag Meier-Schatz abzulehnen.

Dreifuss Ruth (,): Comme Mme Dormann pour la commission, je vous prie de rejeter la proposition Meier-Schatz qui aurait en fait pour conséquence de redonner compétence aux cantons sur le droit relatif aux allocations familiales, alors qu'il est actuellement réglé sur le plan fédéral. Je dois dire, et je l'ai d'ailleurs dit à Mme Meier-Schatz, que je m'étonne de la longueur du détour qu'elle fait pour arriver à ce qui est son propre objectif, c'est-à-dire à une réglementation qui soit uniforme dans le domaine des allocations familiales et appliquée dans l'ensemble du pays.

Je ne suis donc pas sûre que le chemin emprunté, c'est-à-dire diminuer un des deux seuls domaines où il y a déjà une solution au niveau national, en la renvoyant aux cantons, soit tout à fait approprié. Mais surtout, il y a, à mon avis, une erreur d'appréciation fondamentale de ce qu'est l'allocation pour enfant de personnes qui ont une rente de vieillesse et de ce qu'est l'allocation pour enfant du salarié. Dans le cas de l'allocation pour enfant du salarié, il s'agit d'un revenu additionnel au revenu de base qui est celui du travail. En ce qui concerne



la rente, celle-ci est calculée pour couvrir la vie du rentier ou de la rentière. Il ne s'agit donc pas d'améliorer le revenu par une allocation, mais effectivement de remplacer ce qui manque dans le revenu de la famille, parce que cette personne n'est plus salariée, mais rentière. C'est une toute autre logique et il serait tout à fait faux, préjudiciable et injuste, par rapport à un traitement égalitaire de tous les rentiers AVS, de supprimer cet article que nous avons dans la loi.

J'aimerais aussi rappeler que Mme Meier-Schatz a proposé que nous examinions ces choses. Nous sommes prêts à les examiner, simplement non pas dans le sens d'une allocation qui soit proportionnelle à la retraite et qui varie donc, elle aussi, du simple au double, mais éventuellement, plutôt en imaginant un taux unique qui devra être fixé dans la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants. Elle concerne des personnes qui reçoivent des rentes AVS et lorsqu'elles ont des enfants, ces rentes AVS ne suffisant pas, il faut qu'il y ait une allocation spéciale pour ces enfants.

Je trouve que pour l'économie que Mme Meier-Schatz nous propose ici, il y a sur le plan des principes quelque chose de tellement choquant qu'il faut répondre par un non à la proposition Meier-Schatz.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Meier-Schatz 73 Stimmen

Dagegen 71 Stimmen

Präsident (Seiler Hanspeter, alt Präsident): Damit ändert sich auch das bisherige Recht (Ziff. III Ziff. 2 Art. 17).

Art. 23

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

....

b. Streichen

....

Abs. 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Unverändert

Minderheit II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)

Unverändert

Minderheit III

(Meyer Thérèse, Guisan, Hassler, Robbiani, Widrig)

Abs. 1

....

a. im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder mit einem Anspruch auf Waisenrenten oder einem Anspruch auf Ergänzungsleistungen für Waisen haben oder ein Kind betreuen, das ihnen einen Anspruch

Minderheit IV

(Triponez, Gysin Hans Rudolf)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 23

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

....

b. Biffer





....

Al. 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Inchangé

Minorité II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)
Inchangé

Minorité III

(Meyer Thérèse, Guisan, Hassler, Robbiani, Widrig)

Al. 1

....

a. au moment du veuvage, ont un ou plusieurs enfants ayant droit à une rente d'orphelin ou à des prestations complémentaires pour orphelins ou prennent en charge

AB 2001 N 432 / BO 2001 N 432

Minorité IV

(Triponez, Gysin Hans Rudolf)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 23a

Antrag der Kommission

Eine Entschädigung, die dem Betrag einer Jahresrente entspricht, wird ausgerichtet:

- der Witwe, die eines oder mehrere Kinder und keinen Anspruch auf die Rente nach Artikel 23 hat;
- der Witwe ohne Kinder, die im Zeitpunkt der Verwitwung das 45. Altersjahr zurückgelegt hatte und fünf Jahre verheiratet war.

Art. 23a

Proposition de la commission

Une indemnité correspondant au montant d'une rente annuelle sera versée à:

- la veuve qui a un ou des enfants et qui n'a pas droit à la rente selon l'article 23;
- la veuve sans enfant qui a 45 ans révolus et cinq années de mariage au moment du décès de son conjoint.

Art. 24

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

....

a. wenn keine der Voraussetzungen nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a mehr erfüllt ist;

....

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Unverändert



Minderheit II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)

Abs. 1

Aufheben

Abs. 2

Unverändert

Minderheit III

(Triponez, Gysin Hans Rudolf)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 24

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

....

a. lorsque aucune des conditions visées à l'article 23 alinéa 1er lettre a n'est plus remplie;

....

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Inchangé

Minorité II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)

Al. 1

Abroger

Al. 2

Inchangé

Minorité III

(Triponez, Gysin Hans Rudolf)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 24a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Titel

Besondere Bestimmungen für die Witwenrente

Text

Der Anspruch auf die Witwenrente entsteht überdies oder erlischt nicht, wenn die Witwe das 45. Altersjahr vollendet hat, bevor das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendete oder die Betreuungsgutschriften wegfielen.

Minderheit I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Unverändert

Minderheit II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)



Abs. 1

....

- a. Unverändert
- b. Aufheben
- c. Unverändert

Abs. 2

Unverändert

Minderheit III

(Stahl, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Triponez)

Titel

Besondere Bestimmungen für die Witwenrente

Text

Der Anspruch auf die Witwenrente entsteht überdies oder erlischt nicht, wenn die Witwe das 50. Altersjahr vollendet hat, bevor das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendete oder die Betreuungsgutschriften wegfielen.

Minderheit IV

(Triponez, Gysin Hans Rudolf)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 24a

Proposition de la commission

Majorité

Titre

Dispositions spéciales pour les veuves

Texte

Le droit à la rente de veuve naît également ou ne s'éteint pas si la veuve a 45 ans avant que le plus jeune des enfants atteigne 18 ans ou que le droit aux bonifications pour tâches d'assistance prenne fin.

Minorité I

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Inchangé

Minorité II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)

AB 2001 N 433 / BO 2001 N 433

Al. 1

....

- a. Inchangé
- b. Abroger
- c. Inchangé

Al. 2

Inchangé

Minorité III

(Stahl, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Triponez)

Titre

Dispositions spéciales pour les veuves

Texte

Le droit à la rente de veuve naît également ou ne s'éteint pas si la veuve a 50 ans avant que le plus jeune des enfants atteigne 18 ans ou que le droit aux bonifications pour tâches d'assistance prenne fin.

Minorité IV

(Triponez, Gysin Hans Rudolf)





Adhérer au projet du Conseil fédéral

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Pour nous aider à prendre des décisions fondées non sur le désir d'une société idéale, mais sur la réalité vécue directement par les personnes touchées par le veuvage, le message du Conseil fédéral ne nous a été d'aucune utilité. Nous avons donc demandé, au début des travaux en commission, des informations complémentaires sur la situation des veuves. Bien que ces informations se soient révélées très lacunaires, elles permettent, avec d'autres éléments provenant d'études sectorielles, de dresser un portrait forcément grossier – vous m'en excuserez – des veuves de Suisse. Ce portrait, j'aimerais vous le brosser pour que vous preniez vos décisions en connaissance de cause.

Bien que le montant de la rente soit particulièrement faible – il oscille aujourd'hui entre 825 et 1650 francs –, il constitue souvent la seule source de revenu de la veuve. La rente moyenne versée en 1998 était de 1433 francs. Entre 72 et 90 pour cent des veuves vivent seules. Une étude sectorielle, réalisée par le bureau BASS, dans le cadre du rapport IDA-Fiso 2, a étudié un groupe de veuves sans enfants âgées de plus de 45 ans. Il ressort de cette étude que 48 pour cent de ces femmes ont la rente de veuve pour seul revenu. Leur taux d'activité est de 51 pour cent, 70 pour cent d'entre elles vivent seules. En cas de suppression de la rente de veuve, le revenu annuel moyen de ces femmes est de 16 000 francs, soit 1300 francs par mois. La même étude s'est penchée sur les veuves avec un ou des enfants de plus de 18 ans: 25 pour cent de cette catégorie de personnes ont comme seul revenu la rente de veuve; leur taux d'activité est de 66 pour cent; leur veuvage est survenu en moyenne à 40 ans; la suppression de la rente de veuve offrirait à ces femmes 25 000 francs de revenu annuel seulement, ce revenu annuel étant constitué à la fois par le revenu de l'activité et par la présence d'une ou de plusieurs éventuelles rentes d'orphelins.

Autre élément d'information: trois quarts des veuves reçoivent seulement une rente de veuve. Je profite de redire ici, parce que c'est souvent source de confusion, qu'à l'heure actuelle aucune jeune femme sans enfants ne peut prétendre à une rente, puisqu'elle doit, selon l'article 24 LAVS, être âgée de 45 ans révolus et avoir été mariée pendant cinq ans au moins.

L'âge moyen des veuves est de 54 ans et je rappellerai enfin que les veuves les plus touchées en nombre par une suppression de leur rente seront forcément celles des catégories d'âges les plus élevés. Si on prend les chiffres de 1996, 30 pour cent des nouvelles veuves de cette année étaient âgées de 56 à 61 ans et 21 pour cent, de 50 à 55 ans. Ma proposition d'en rester au droit actuel en la matière est donc basée sur la recherche de la prudence et du respect des personnes.

J'ai reçu ce matin même une lettre dont j'aimerais vous donner, en tout cas en partie, lecture et qui me dit ceci: "Écoutant la radio à midi, j'ai entendu les propos d'une conseillère nationale concernant la 11e révision de l'AVS sur le chapitre de la rente des veuves. Elle a tenu des propos qui m'ont vraiment choquée, notamment elle a osé dire que les veuves sont 'un objet en voie de disparition'. Quand on entend de tels propos on peut craindre le pire pour les jours qui viennent. Il y a longtemps que le sujet me préoccupe. Je sais que la commission du Conseil national a fait des propositions un peu plus humaines, mais je reste écoeurée que l'on s'attaque à des personnes qui sont dans l'épreuve pour faire des économies, alors que notre pays est l'un des plus riches du monde."

Je terminerai ici la lecture de cette lettre en vous disant que la femme qui la signe, maintenant en âge AVS, est devenue veuve à 58 ans. Ayant élevé des enfants, devenus adultes dans l'intervalle, et qu'elle avait mis au monde avant d'avoir 27 ans, elle n'avait plus exercé d'activité lucrative depuis plus de 30 ans. Impossible donc pour elle de se réinsérer sur le marché du travail, impossible aussi de vivre avec le seul deuxième pilier de son mari. La rente de veuve lui était indispensable. Eh bien, c'est à elle que je pense en faisant ma proposition, à elle et à toutes ses semblables qui ont fait le "mauvais" choix de cesser toute activité lucrative. Si vous acceptez la proposition de minorité II (Guisan), vous permettrez au moins à celles qui ont eu un ou des enfants de ne pas être pénalisées de s'en être occupées en diminuant ou en cessant leur activité professionnelle. Ce serait le minimum, loin des solutions d'assistance proposées par la majorité de la commission, qui ne visent en fait qu'à faire mieux passer la pilule.

Mais, en acceptant ma version, vous reconnaîtrez qu'il n'est pas défendable de supprimer comme ça, d'un jour à l'autre, parce que trois ans de dispositions transitoires, c'est bien d'un jour à l'autre, la possibilité sur laquelle ces femmes ont basé, à tort ou à raison, l'organisation de toute leur vie et qui consistait à pouvoir bénéficier si besoin, en cas de décès de leur mari, d'un revenu de substitution suffisant, sans recourir à l'assistance, sans devoir faire appel à la charité.

Changer les habitudes, ça se fait et c'est tant mieux, mais ça prend du temps. Et ce n'est pas aux veuves de payer cette 11e révision de l'AVS qui m'a l'air décidément très mal partie. Elles ne sont ni assez riches ni trop privilégiées pour cela.



Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Die Minderheit II will einerseits am geltenden Recht festhalten, ist aber andererseits bereit, einen kleinen Schritt hin zur Kompromissbildung zu tun. Unsere Minderheit bekräftigt, dass die AHV nicht nur eine Alters-, sondern auch eine Hinterlassenenversicherung ist. Alle Beitragszahlenden tragen solidarisch beiden Teilen Rechnung und zählen auch auf diese Leistungen. Gerade bei der AHV wird die Ehepaarrente beim Maximum von 150 Prozent plafoniert, weil Ehepartner Hinterlassenenrenten auslösen können. Diese müssen finanziert werden. Unsere Minderheit anerkennt, dass die Gleichbehandlung der Geschlechter eigentlich eine Angleichung der Witwer- an die Witwenrente bedingen würde. Auch das neue Eherecht teilt innerhalb der ehelichen Gemeinschaft keine spezifische Ernährerrolle zu. Aus finanziellen Gründen ist diese Angleichung leider nicht möglich.

Unsere Minderheit wehrt sich vehement gegen den Entwurf des Bundesrates bzw. den Antrag der Minderheiten III bzw. IV (Triponez), die bestehenden Witwenrenten zu streichen und Renten unmittelbar an die Kinderbetreuung zu knüpfen. Sie bilden den eigentlichen Sparbrocken dieser 11. Revision – 786 Millionen Franken –, der einem Teil unserer Bevölkerung, den Witwen, zugeschoben werden soll. Dazu fehlt das nötige soziale und gesellschaftliche Umfeld, die Möglichkeit der zweiten Säule für Klein- und Teilzeiteinkommen. Es fehlen aber auch familienergänzende Betreuungsstrukturen und genügend Teilzeitjobs.

Auch der Antrag der Kommissionsmehrheit ist für die Minderheit II inakzeptabel, obwohl er um einiges verbessert

AB 2001 N 434 / BO 2001 N 434

worden ist. Auch er knüpft die Rentenauszahlung an die unmittelbare Kinderbetreuung, sieht aber Erleichterungen in Form einer einmaligen Abfindung, einer Jahresrente vor, sowie die Möglichkeit von Ergänzungsleistungen für Personen in schwierigen Verhältnissen. Dass der Eingriff in die Struktur der Witwenrente nach wie vor aber sehr gross ist, zeigt der damit getätigte Sparbeitrag von immer noch 440 Millionen Franken. Er bestraft Mütter, die ihre Kinder früh zur Welt bringen, geradezu.

Das geltende Recht sieht vor, dass kinderlose Witwen nur Anspruch auf eine Rente haben, wenn sie zum Zeitpunkt der Verwitwung älter als 45 Jahre sind und mindestens fünf Jahre verheiratet waren. Gerade hier wären wir bereit, einen Schritt in die Richtung der Kommissionsmehrheit zu tun. Wir beantragen, das Mindestalter zur Auslösung einer Witwenrente – nach einer sehr langen Übergangsphase – bei 60 Jahren festzulegen. Dabei bleiben laufende Witwenrenten bestehen; die heutigen Bestimmungen gelten noch drei Jahre über das Inkrafttreten hinaus. Nach und nach sollte sich dann das auslösende Altersjahr erhöhen. Dieser Vorschlag bringt immerhin noch einen Sparbeitrag von 120 Millionen Franken.

Wir sind uns bewusst, dass damit vor allem kinderlose Frauen mit anderen Betreuungsaufgaben und -pflichten – die wir in der 10. AHV-Revision ja berücksichtigt haben – nicht mehr speziell berücksichtigt werden. Auch jene Frauen, die sich in der sozialen und kulturellen Freiwilligenarbeit engagieren, wären betroffen. Aber wir tragen doch vermehrt dem Umstand Rechnung, dass die meisten kinderlosen Frauen ihre Berufstätigkeit ganz oder teilweise weiterführen. Die Zahl der berufstätigen Frauen wird noch zunehmen; deshalb ist auch eine so lange Übergangsfrist anzusetzen.

Um diese Entwicklung zu erleichtern, muss aber zwingend das ganze Umfeld mit der zweiten Säule angepasst werden. Wir gehen davon aus, dass kinderlose Paare vermehrt Mittel zur Verfügung haben, um die eigene Vorsorge selber gestalten zu können.

Der Antrag der Minderheit II ist für uns sozialpolitisch der einzige mögliche Kompromiss – im Sinne einer Opfersymmetrie, die wir gestern leider durchbrochen haben, die wir aber nach wie vor aufrechterhalten und für die wir kämpfen wollen. Unser Antrag trägt den heutigen gesellschaftspolitischen Realitäten am besten Rechnung.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit II zu unterstützen.

Meyer Thérèse (C, FR): La question de la rente de veuve ou de veuf a été une des plus délicates des délibérations de la commission. Plusieurs parlementaires l'ont dit hier, la rente de vieillesse et de survivants est destinée à assurer le revenu existentiel. A l'instauration de la rente de veuve, c'était vraiment souvent le seul revenu sur lequel les femmes confrontées à la dure réalité de la disparition de leur mari pouvaient compter.

Aujourd'hui, la situation a évolué. Selon la dernière statistique, plus de 70 pour cent des femmes entre 24 et 55 ans travaillent. Cependant, il faut dire qu'elles travaillent souvent à temps partiel et qu'elles ont souvent des revenus bas.

Le Conseil fédéral propose une solution égalitaire qui donne une rente au conjoint survivant: s'il a un ou des enfants jusqu'à 18 ans, s'il a 50 ans quand son dernier enfant a 18 ans, il gardera sa rente. Et le droit transitoire devrait à la longue supprimer des rentes pour certaines catégories de veuves.



Ces propositions sont inacceptables. La situation sociale évolue, mais force est de constater qu'un soutien accru aux femmes est encore nécessaire. D'autre part, le conjoint survivant qui a des enfants en formation doit aussi absolument être soutenu. Nous avons donc, à partir du projet du Conseil fédéral, à reconstruire une rente de veuve et de veuf appelée à couvrir les besoins, mais d'une manière plus ciblée en tenant compte de l'évolution de la société, mais aussi de la situation encore défavorisée des femmes.

Ma proposition de minorité, à l'article 23, fait partie d'un projet global, dont les autres mesures ont été acceptées par la commission. Mais nous voulons absolument, par cette proposition, assurer une rente au conjoint survivant qui a un ou des enfants à charge ou en formation jusqu'à 25 ans au maximum.

Mit diesem Vorschlag wollen wir, dass alle Witwen und Witwer mit Kindern in Ausbildung bis zum Alter von maximal 25 Jahren ein Recht auf eine Rente erhalten.

Je vous engage de toutes mes forces à voter cette mesure qui est absolument nécessaire pour que le projet de la commission couvre les besoins les plus grands. Nous ne voulons pas que, lors d'un veuvage, le conjoint survivant ne puisse plus faire face à la formation de ses enfants. Je vous signale que la demi-rente d'orphelin est de 400 francs et que la formation coûte cher, de 15 000 à 20 000 francs, surtout si les jeunes doivent loger loin de leur famille pour continuer leurs études, ce qui prêterait encore les personnes qui sont dans des régions défavorisées.

La proposition de la majorité de la commission, qui comporte des mesures spéciales pour les veuves – celles qui ont 45 ans avant le 18e anniversaire de leur enfant pourront garder leur rente; une indemnité sera versée à toutes les veuves qui n'ont pas droit à la rente, pour aider à la réinsertion et la réorganisation; l'accès aux prestations complémentaires pour tous les conjoints survivants, et les droits acquis complets pour tous les bénéficiaires de rente – doit être complétée par cette proposition de minorité qui en ferait un projet qui couvre les besoins d'une manière ciblée et ne laisse tomber personne.

Je m'exprimerai encore sur le projet dans son ensemble comme rapporteure du groupe.

Je vous demande instamment de voter cette proposition de minorité, pour compléter le projet du Conseil fédéral.

Triponez Pierre (R, BE): Der Antrag der Minderheit IV ist identisch mit jenem des Bundesrates. Sie will mit dem Bundesrat die Anspruchsvoraussetzungen für die Witwenrente an jene der Witwerrente angleichen, die gleichzeitig etwas verbessert werden soll, und er will sie auf die gleiche Stufe stellen.

Diese Gleichstellung und Anpassung haben zur Folge, dass in der Regel, wenn nicht besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen, ein Rentenanspruch von Verwitweten nur noch erfolgen kann, wenn gemäss Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a Kinder unter 18 Jahren zu betreuen sind oder gemäss Buchstabe b, wenn der oder die Verwitwete zum Zeitpunkt der Verwitwung das 50. Altersjahr vollendet hat.

Sie haben es Ihren Unterlagen entnehmen können: Das Einsparungspotenzial hier ist langfristig natürlich das grösste und beläuft sich gemäss Botschaft auf 786 Millionen Franken. Zweifellos ist dieser Vorschlag für viele Witwen eine weniger günstige Lösung als die bestehende; das ist klar zuzugeben. Sie ist aber nach den Ausführungen in der Botschaft des Bundesrates auch deshalb zu verantworten, weil sich einerseits die gesellschaftliche Entwicklung verändert hat, und andererseits, weil langfristige Übergangsregelungen vorgesehen sind. Zudem ist nicht nur eine Besitzstandswahrung für alle heute anspruchsberechtigten Personen vorgesehen – das sollte man doch nicht vergessen –, sondern auch eine Übergangsregelung nach Inkrafttreten.

Die Minderheit IV ist deshalb der Auffassung, dass der Entwurf des Bundesrates zu unterstützen sei, und beantragt Ihnen dies.

Stahl Jürg (V, ZH): Die Angleichung der Witwen- an die Witwerrente mit einer vernünftigen Übergangsregelung ist vertretbar, aber anhand dieses Beispiels werden die Konsequenzen des Gleichstellungspostulates klar aufgezeigt – das ist und bleibt ein hochsensibles Thema.

Der Bundesrat geht in seinem Entwurf mit der Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Witwenrente sehr weit. Für die Mehrheit der SVP-Fraktion ist jedoch die Lösung durch die grosszügigen Übergangsbestimmungen trag- und vertretbar.

AB 2001 N 435 / BO 2001 N 435

In der Kommission habe ich mit einem Antrag zu Artikel 24a eine Lösung zu finden versucht, die eben die Witwe in einer besseren Form oder durch eine bessere Möglichkeit besser stellt. In Anbetracht dessen, dass unser Minderheitsantrag vom Entwurf des Bundesrates nur unwesentlich abweicht, ziehe ich ihn zugunsten des Antrages der Minderheit IV (Triponez) zurück.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit IV ebenfalls un-



terstützt. Wir teilen die Ansicht, dass den Witwen, die beim Erwachsenwerden ihres jüngsten Kindes das 50. Altersjahr noch nicht überschritten haben, ein beruflicher Wiedereinstieg zugemutet werden kann. Das ist eine schwierige Geschichte und eine Herausforderung. Aber wir müssen auch die veränderten Bedingungen und die veränderten gesellschaftlichen Formen berücksichtigen. Ich bin überzeugt, dass wir dieses Einsparungspotenzial dann nach dieser Übergangsfrist, die grosszügig ausgelegt ist, zur Sicherung der übrigen Renten zur Verfügung haben werden.

Genner Ruth (G, ZH): In die Artikel 23 und 24 dieser 11. AHV-Revision hat der Bundesrat das grösste Sparpaket eingebaut. Das Hauptopfer zur finanziellen Konsolidierung der AHV hätten nach Auffassung des Bundesrates die Witwen zu tragen. Ein Kahlschlag bei den Witwenrenten ist für die grüne Fraktion unhaltbar und inakzeptabel. Sieben von zehn Witwen würden künftig keine Rente mehr erhalten. Damit würde ein Einsparungspotenzial von rund 800 Millionen Franken möglich werden. Unhaltbar ist aus unserer Sicht auch die Begründung des Bundesrates in der Botschaft. Er schreibt: "Die Angleichung der Witwen- an die Witwenrente baut auf einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung in der Familie auf." Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Voraussetzungen für die Einschränkung und Gleichstellung bei den Witwenrenten zum heutigen Zeitpunkt wirklich gegeben sind. Solange Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt sind, verkommt jede Gleichstellungsmassnahme im Hinblick auf die Angleichung an männliche Arbeitsbiografien zu einer weiteren Benachteiligung und damit zu einer Schlechterstellung der Frauen.

Es ist daher wichtig, in diesem Zusammenhang die Situation der Frauen genauer zu betrachten. Welche Ziele der Gleichstellung sind erreicht worden? Welche Veränderungen haben dabei die Lebensformen von Männern und Frauen erfahren?

Frau Bundesrätin, Sie kennen die Daten bezüglich Umsetzung von Gleichstellungsbemühungen ganz genau. In der Schweiz sind Frau und Mann weit davon entfernt, im gelebten Alltag gleichgestellt zu sein. Die Lohnschiere ist nach wie vor offen, die Differenz beträgt noch immer rund 20 Prozent. Zwar gehen immer mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nach, wenn wir jedoch den Beschäftigungsgrad anschauen, sehen wir, dass Männer zu 90 Prozent Vollzeit arbeiten und Frauen zu 55 Prozent Teilzeit. Warum? Die Frauen leisten den vorwiegenden Teil der Haushalts- und Erziehungsarbeit.

Eine Gleichstellung von Mann und Frau bezüglich Rentenleistungen setzt jedoch auch eine Gleichstellung in den Arbeitsverhältnissen und entsprechend in den Arbeitsbedingungen voraus. Auch wenn die Frauen im Erwerbsleben immer mehr Fuss fassen – und diese Entwicklung ist zu fördern und zu unterstützen –, zeigt es sich, dass die Frauenbiografien bei der Geburt von Kindern einschneidende Veränderungen erfahren. Von den vollzeitlich erwerbstätigen Frauen blieben 1999 ein Drittel nach der Geburt des ersten Kindes vollzeitbeschäftigt, ein Drittel reduzierte den Beschäftigungsgrad, und ein weiteres Drittel stieg aus dem Erwerbsleben aus. Von den teilzeiterwerbstätigen Frauen blieb rund die Hälfte nach der Geburt des ersten Kindes erwerbstätig, die andere Hälfte gab die Berufstätigkeit auf.

Sicher ist der Wiedereinstieg ein wichtiges Thema. Viele Frauen nehmen, wenn die Kinder grösser sind, die Berufstätigkeit wieder auf. Aber das Dilemma der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich heute bei allen Frauen und Männern, die Kinder haben wollen und Kinder haben. Die immer wieder diskutierten Probleme wie Mutterschaftsversicherung, Kinderbetreuung, Tagesschulen, Kinderkosten usw. sind noch nicht gelöst.

Die Erfahrung, als Verwitwete plötzlich alleine zu sein, hat in unserer Gesellschaft sehr einschneidende Konsequenzen. Verwitweten gemeinsam ist, dass sie ungewollt im Leben allein stehen. Wie sie ihren Verlust und die Trauer überwinden und ihr Leben weiterleben, ist so individuell, wie es die Frauen oder Männer selber sind. Bei den Witwern, die gegenüber den Witwen statistisch die viel kleinere Gruppe ausmachen, reagiert die Gesellschaft entsprechend den gängigen Rollenvorstellungen jedoch ganz anders. Witwer werden insbesondere im Haushalt und im Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern weit mehr unterstützt als Witwen. Auch kann festgestellt werden, dass sich viele Witwer bald wieder verheiraten. Übrigens arbeiten die meisten Witwer Vollzeit, auch wenn sie Kinder haben; die Frauen arbeiten höchstens Teilzeit und leben im Vergleich auch zu geschiedenen Frauen weit mehr allein.

Der Bundesrat und auch die Kommissionsmehrheit sehen unsinnigerweise zwei Sorten von Witwen vor. Der Bundesrat sieht nämlich eine Kategorie von Müttern vor, die ihre Kinder früh hatten, und eine Kategorie von Müttern, die ihr erstes oder jüngstes Kind nach dem 32. bzw. 27. Altersjahr hatten. Ausgerechnet diejenigen Frauen mit wenig Berufserfahrung und einer eher kurzen Ausbildung sollen also keine Hinterlassenenrente mehr erhalten. Keine Mutter wird während der Erziehungsphase als Witwe voll arbeiten können. Dementsprechend hat sie keine oder nur eine reduzierte private Vorsorge aufbauen können. Wer wird die fehlenden Beitragsgelder bei der Pensionskasse für diese nur mit kleinen Pensenen erwerbstätigen Mütter übernehmen? Wer bezahlt Weiterbildung und Umschulung? Gerade im Hinblick auf den Wiedereinstieg und die Altersvorsorge



sind die vorgeschlagenen Modelle nicht durchdacht.

Der Bundesrat selber steht nicht dazu, dass er den Koordinationsabzug abschaffen muss, gerade im Hinblick auf diese Teilpensen. Auch hier besteht ein Widerspruch zum Modell.

Frau Bundesrätin Dreifuss, Rentenleistungen für Witwen und Waisen bedeuten in einem hohen Masse reine Kaufkraft. Diese heutigen Zahlungen sichern nämlich Existenzen.

Familien mit Kindern haben mit den vorgesehenen Neuregelungen ein massiv tieferes Versicherungsniveau, auch bei der Altersvorsorge. Wenn beide Ehepartner die Erwerbsarbeit aufteilen, also partnerschaftlich arbeiten, werden sie mit einem doppelten Koordinationsabzug bestraft. Aus versicherungstechnischen Überlegungen würden am besten beide Elternteile gleichzeitig voll im Erwerbsleben bleiben. Es stellt sich dann einfach die Frage, wer denn die Erziehungsarbeit leisten soll.

Der Bundesrat gibt mit diesem Modell schlechte und dazu auch unkoordinierte Signale an die Familien: bisher keine Mutterschaftsversicherung, keine Ergänzungsleistungen für Familien – die kommen jetzt dann hoffentlich –, keine Familien- oder Kinderrenten, dafür aber Steuerabzüge, welche nur gut gestellten Familien dienen.

Die gewünschte partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit setzt die Umsetzung wichtiger Rahmenbedingungen voraus, und in diesem Zusammenhang muss die Witwenrente beurteilt werden. Es darf nicht sein, dass die Gleichung "Gleichstellung gleich Einschränkung" für die Witwen Realität wird – insbesondere, weil die Mehrzahl der Witwen ohnehin Einschränkungen und Entbehrungen erfahren musste. Eine Studie von 1998 belegt die gravierenden finanziellen Auswirkungen, die vielen Frauen im Witwenstatus drohen. Leider werden aber als Beispiele oft privilegierte Witwen herangezogen. Es gibt privilegierte Witwen, aber als Beispiel für die Machbarkeit der Kürzungen können sie nicht angeführt werden.

Die grüne Fraktion geht davon aus, dass der unsägliche Vorschlag des Bundesrates, bestehende Rentenleistungen zu streichen, in diesem Rat keine Chance hat. Wenn die Besitzstandswahrung bei Rentenleistungen angetastet würde, würde damit das Vertrauen in das Sozialversicherungssystem grundlegend erschüttert. Wir bitten Sie deshalb, dem Prinzip der Besitzstandswahrung treu zu bleiben und keine

AB 2001 N 436 / BO 2001 N 436

laufenden Renten zu streichen. Aufgrund der vorhin gemachten Überlegungen unterstützt die grüne Fraktion alle Anträge der Minderheit I (Maury Pasquier), die geltendes Recht beibehalten wollen.

Die grüne Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, dass sich die Sozialversicherungen dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen haben. Sie dürfen nicht einem gesellschaftlich wünschbaren Gleichstellungsprozess vorgreifen und dabei auch noch eine Schlechterstellung der Schwächeren bringen. Erst mit einer allfälligen 12. AHV-Revision und nach einer entsprechenden Entwicklung der Gesellschaft können wir im Versicherungsbereich Veränderungen für Witwen vornehmen.

Studer Heiner (E, AG): Wir haben es angetönt und möchten es präzisieren: Wir als Fraktion sind gegen jede Variante, welche nicht sicherstellt, dass Mütter mit Kindern, wenn sie Witwen werden, eine Rente beziehen können. Das heisst also, dass wir in diesem Fall den Antrag der Kommissionmehrheit nicht als den betrachten, der eine sinnvolle Lösung bringt. Man muss sich überlegen: Soll es die Beibehaltung des geltenden Rechtes sein? Oder wäre der Antrag der Minderheit II (Guisan) der sinnvolle Antrag?

Wir als Fraktion unterstützen den Antrag der Minderheit II. Dass ein Schritt in die Richtung der Gleichstellung getan wird, das können wir mitvollziehen. Wir können aber, wenn wir die gesellschaftliche Realität und auch das Anliegen der Familienförderung ansehen, auf keinen Fall mitvollziehen, dass ein Teil derjenigen Witwen, die Kinder haben, ihren Anspruch verliert.

Wir sind eigentlich froh, dass der Antrag der Minderheit II Leute aus einem breiten politischen Feld hinter sich hat, und wir hoffen, dass dieser deshalb auch eine klare Mehrheit gewinnen kann.

Ich möchte aber etwas ergänzen: Es wird – zu einfach – immer wieder gesagt oder angetönt, Witwer hätten es einfacher als Witwen – nicht, wenn Kinder da sind. Ich erlebe vielmehr, dass Witwer, wenn sie Kinder haben, die hilfloseren sind. Wenn sie voll erwerbstätig sind, ist es sehr teuer, eine Lösung zu finden. Hier stimmt die Gleichung nicht. Witwen haben es häufig einfacher, die Familie zu managen; das Problem ist aber hier, das erforderliche Erwerbseinkommen zu erzielen.

Weil es uns klar ist, dass heute und auch in der nächsten Zukunft – wenn wir die wirtschaftliche Situation und nicht die persönliche in der Familie ansehen – die Frauen immer noch in der schwierigeren Lage sind als die Männer, sind wir der Meinung, dass der Antrag der Minderheit II (Guisan) hier die beste Lösung bringt.

Baumann Stephanie (S, BE): Witwen sind Frauen von verstorbenen Männern. Ein Satz, der zwar nicht von mir stammt, der aber kurz zusammenfasst, was zu diesem Thema mindestens im Rahmen dieser AHV-Revision





gesagt werden muss. Dies, weil die finanzielle Situation einer Witwe untrennbar verknüpft ist mit der finanziellen Situation ihres verstorbenen Ehemannes, seinem Beruf, seiner Situation, seiner Stellung in der Gesellschaft und auch mit der Art und Weise, wie sie beide ihr gemeinsames Leben organisiert haben – natürlich immer im Rahmen der heutigen Möglichkeiten bezüglich Arbeitsmarkt und Kinderbetreuungsplätze.

Wenn wir also heute darüber diskutieren, wieweit eine Witwenrente noch notwendig ist, dürfen wir uns nicht von Wunschvorstellungen leiten lassen, sondern müssen uns an der real existierenden Ungleichstellung orientieren.

Frauen verfügen nach wie vor im Durchschnitt über eine schlechtere Berufsausbildung und verdienen weniger als die Männer. Natürlich hoffen wir, dass dies nicht immer so bleibt, aber wir diskutieren heute über die Abschaffung der Witwenrente oder über ihre Teilabschaffung. Wir müssen deshalb heute entscheiden, ob wir die Witwen dafür bestrafen sollen, dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität noch nicht unseren Vorstellungen entspricht, und ob wir darauf hoffen dürfen, dass sich dadurch, dass wir in der AHV die formale Gleichstellung verankern und den Witwen die Renten wegnehmen, die Realität schon unseren Vorstellungen anpassen wird.

Der Bundesrat hat diesen Weg gewählt und damit zulasten der Frauen 800 Millionen Franken hereingeholt. Die Kommissionmehrheit will die Frauen nur mit einer halben Milliarde Franken belasten, unterliegt aber auch der gleichen Logik: zuerst die formale Gleichstellung, die reale Gleichstellung kommt dann schon. Der Antrag der Minderheit III (Meyer Thérèse) macht noch eine kleine Zusatzkorrektur von 70 Millionen Franken für Kinder in Ausbildung bis zum Alter von 25 Jahren.

Aber diese Abschwächungsanträge bedeuten nach wie vor, dass man Frauen bestraft, die in jungen Jahren Kinder hatten, sich hauptsächlich der Kinderbetreuung widmeten und deshalb vielleicht auf eine bessere Ausbildung, auf Berufserfahrung und Karriere verzichtet haben. Ob sie nun mit 45 oder mit 50 Jahren Witwe werden, ob sie ab und zu einen Teilzeitjob gehabt haben, spielt bezüglich ihrer weiteren beruflichen Aussichten keine grosse Rolle. Sie haben so oder so eine Lücke, die sie gar nie mehr aufholen können. Entsprechend werden auch ihre Anstellungschancen sein, entsprechend hoch oder eben tief auch der Lohn, entsprechend hoch oder tief eben auch die Pensionskassenleistungen.

Witwen sind Frauen von verstorbenen Männern, das hat noch eine weitere Bedeutung: Das Risiko, noch vor dem Erreichen des Rentenalters Witwe zu werden, ist für die Frau eines Arbeiters höher als für die Frau eines Akademikers. Das bedeutet für diese Frauen gleichzeitig auch kleinere Ersparnisse und schlechtere Pensionen. Sollen diese Frauen jetzt, nachdem sie ihre Kinder grossgezogen haben und mangels guter Ausbildung oder von Krippenplätzen ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, auf das Recht auf eine Rente verzichten müssen? Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Rente ohnehin nicht den Existenzbedarf deckt, sondern nur als Zustupf zu einem schlecht bezahlten Job dienen kann.

Wer also den Entwurf des Bundesrates, die Anträge der Kommissionmehrheit und der Minderheit III (Meyer Thérèse) unterstützt, bringt Frauen, die Kinder grossgezogen haben, in finanzielle Not. Der einzige Ausweg aus dieser unmöglichen Situation ist der Antrag der Minderheit I (Maury Pasquier), der beim geltenden Recht bleiben will, oder aber auch der Kompromissantrag der Minderheit II (Guisan), welcher nur die kinderlosen Frauen betrifft und eine Besitzstandsgarantie und auch eine Übergangszeit vorsieht. Diesem Kompromissantrag der Minderheit II können wir auch zustimmen.

Goll Christine (S, ZH): Bitte vergegenwärtigen Sie sich, was die Witwenrente heute überhaupt bedeutet. Die Witwenrente wird heute in einer Höhe zwischen minimal 800 bis maximal 1600 Franken ausbezahlt. Das heisst also konkret: Eine Witwenrente bedeutet für die betroffenen Frauen keine Existenzsicherung. Eine Witwenrente ist ein nötiger Zustupf in einer schwierigen Lebenssituation, wenn das Erwerbseinkommen des Partners, des Ehemannes wegfällt.

Ich bitte Sie auch, die gesellschaftlichen Realitäten zu berücksichtigen. Wir wissen, dass 46 Prozent der Frauen ihre Erwerbstätigkeit während der Kinderphase einstellen. Wir wissen auch, dass gerade Frauen – um Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen – sehr oft in Teilzeitarbeitsverhältnissen tätig sind.

Die SP-Fraktion hat bei der Witwenrente sowohl die sozialen als auch die gleichstellungspolitischen Aspekte dieses Vorschlages berücksichtigt. Für uns ist klar: Gleichstellungsmassnahmen können und müssen immer sozial sein. Die Realität sagt uns heute auch, dass die Bezügerinnen von Witwenrenten Frauen im Alter zwischen 55 und dem Rentenalter sind. Wir wissen auch, dass unter den heutigen Witwen überdurchschnittlich viele aus unteren Schichten stammen. Das ist kein Zufall, denn wir wissen ja, dass der soziale Status auch etwas mit der Lebenserwartung und mit dem Gesundheitszustand zu tun hat.



Es ist kein Trost, wenn Sie hier versprechen, diese Frauen könnten ja dann allenfalls Ergänzungsleistungen geltend machen. Sie schieben damit Frauen an ein Fürsorgesystem ab, das von vielen nicht in Anspruch genommen wird.

Es ist für uns klar: Weder die Fortsetzung des patriarchalen Ernährerprinzips durch den Sozialstaat noch realitätsferne Gleichmacherei können die Lösung sein. Wir gehen davon aus, dass die wirtschaftliche und soziale Realität der Witwen berücksichtigt werden muss. Für uns ist auch klar, dass wir weiterhin nach zivilstandsunabhängigen Modellen der Existenzsicherung suchen müssen, auch in anderen politischen Bereichen, denn solche zivilstandsunabhängige Lösungen tragen auch den veränderten Lebensumständen Rechnung. Das heisst auch, dass wir uns durchaus Lösungen vorstellen können, die nicht einfach davon abhängen, dass eine finanzielle Absicherung gegeben ist, wenn der Ernährerlohn wegfällt, sondern dass allgemein Existenzgrundlagen für Alleinstehende mit Familienpflichten, deren Einkommen wegfällt, geschaffen werden müssen. Was aber nicht angeht, ist, dass wir hier bei der 11. AHV-Revision diesen krassen Abstrich machen. Sie schaffen damit nur neue Fälle für die Sozialhilfe.

Die SP-Fraktion muss beide Modelle ablehnen, einerseits das Modell des Bundesrates, das sieben von zehn Witwen treffen würde. Wir lehnen andererseits aber auch das Modell der Kommissionmehrheit ab, mit dem der Entwurf des Bundesrates nicht verbessert wurde. Über eine halbe Milliarde Franken würde beim Kommissionsmodell immer noch auf dem Buckel der Frauen gespart, und es würde künftig jede zweite Frau, die betroffen ist, die Witwe wird, keine Rentenleistungen mehr erhalten. Deshalb werden wir nur diejenigen Anträge unterstützen, die keinen so drastischen Einschnitt verlangen.

Hassler Hansjörg (V, GR): Wenn wir über die zukünftige Ausgestaltung der Witwen- und Witwerrenten beraten und beschliessen, müssen wir in Betracht ziehen, dass sich die gesellschaftliche Situation gegenüber früher stark verändert hat. Der Familienvater ist nicht mehr alleine der Ernährer der Familie, Mann und Frau teilen sich vielfach die Erwerbs- und Familienaufgaben. Wir wissen auch, dass heute rund 70 Prozent der Frauen erwerbstätig sind oder nach den Betreuungsjahren für die Kinder wieder ins Erwerbsleben eintreten. Aus dieser Sicht ist es gerechtfertigt, die Witwen- und Witwerrente einander anzugleichen. Das geltende Recht ist in Anbetracht der heutigen gesellschaftlichen Situation ausserordentlich grosszügig. Alle Witwen erhalten eine Rente, unbesehen davon, ob sie diese aus wirtschaftlicher Sicht benötigen oder nicht.

Der Entwurf des Bundesrates geht der SVP-Fraktion zu weit. Er ist zu krass ausgefallen und trägt den gesellschaftlichen Empfindlichkeiten zu wenig Rechnung. Aber nach Auffassung der SVP-Fraktion ist es vertretbar, bei den Witwenrenten nach einer neuen Lösung zu suchen. Es ist verantwortbar, die Witwen- und Witwerrente in Zukunft grundsätzlich so lange auszurichten, bis das jüngste Kind der betroffenen Person das 18. Altersjahr vollendet hat.

Bei den Witwenrenten müssen aber aus sozialpolitischer Sicht einige Ausnahmen gemacht werden. So will die Kommissionmehrheit die Witwenrente weiter ausrichten, wenn die Witwe das 45. Altersjahr vollendet hat, bevor das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet hat oder die Betreuungsgutschriften wegfallen. Zudem wird den Witwen, die keinen Anspruch auf eine Witwenrente haben, sofern sie Kinder haben oder das 45. Altersjahr vollendet haben, eine Entschädigung ausgerichtet, die dem Betrag einer Jahresrente entspricht. Auch wird der Besitzstand gewahrt. Jeder Witwe, die heute eine Witwenrente bezieht, wird diese Rente weiterhin ausgerichtet.

Die Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Kommissionmehrheit. Die vorgeschlagene Lösung ist sozial- und gesellschaftspolitisch vertretbar und verantwortbar.

Suter Marc F. (R, BE): Immer wieder wird in der Diskussion unterschlagen, dass es bei der AHV auch um eine Hinterlassenenversicherung geht; da sind natürlich in erster Linie die Witwen angesprochen. Auch ist die AHV keine Beletage-Versicherung, sondern eine Grundversicherung, die als erste Säule den Existenzbedarf decken soll. Gemessen an dieser Ausgangslage scheint unserer Fraktion, dass man sich zunächst die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Anträge noch einmal vor Augen führen muss. Wenn es so läuft, wie all jene es wollen, die die Witwenrente auf ein kleines Restchen zusammenstutzen möchten, dann wäre diese AHV-Revision eine Revision auf dem Buckel der Frauen. Warum? Die Heraufsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre macht 500 Millionen Franken aus, der Antrag der Kommissionmehrheit zur Neuregelung der Witwenrenten ebenfalls fast eine halbe Milliarde Franken. Sie sehen also: Unter dem Strich wird hier fast eine Milliarde Franken vornehmlich auf dem Buckel der Frauen zur Sanierung der AHV eingesetzt – und das kann nicht richtig sein.

Nun, meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass die soziale Realität es nicht zulässt, hier bei der Regelung der Witwen- und Witwerrenten eine radikale Änderung vorzunehmen. Mir



scheint auch wichtig zu sein, was das Bundesgericht in der Scheidungspraxis zu dieser sozialen Ausgangslage und Realität sagt: In seiner langjährigen Rechtsprechung hat es immer wieder bekräftigt, dass der Ehepartner, der im 46. Altersjahr nicht entweder in das Erwerbsleben eingegliedert ist oder zum dannzumaligen Zeitpunkt wiedereingegliedert werden kann, auf dem Arbeitsmarkt praktisch keine Chancen hat, auf einen grünen Zweig zu kommen, also keine Möglichkeit mehr hat, ein hinreichendes Erwerbseinkommen zu erzielen, was im Scheidungsrecht Anspruch auf eine lebenslange Unterhaltsrente gibt.

Die noch immer vorherrschende soziale Realität ist die, dass die allermeisten Witwen die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben nicht schaffen können, und zwar wegen der herkömmlichen Rollenverteilung, die noch längere Zeit in den weitaus meisten Fällen gelten wird. In der Regel sind es halt auch die Frauen, die den Ehepartner verlieren, und nicht die Männer. Das hat damit zu tun, dass sie eine höhere Lebenserwartung haben und in der Regel jünger sind als ihre Partner.

Ein Aspekt, der in der Diskussion auch zu wenig zur Sprache kam, ist das Vertrauen der Versicherten in eine einmal getroffene Lösung. Über ein Drittel der Ehen wird heute geschieden. Denken Sie an all die Scheidungskonventionen, die gestützt auf die geltende und voraussehbare Rechtslage gestaltet werden und bei denen man gerade dem Todesfall sehr bewusst Rechnung trägt und die Rentenverpflichtungen entsprechend ausgestaltet. Alle Betroffenen sollen nun vor eine radikal andere Situation gestellt werden. Das kann nicht richtig sein.

Unsere Fraktion hat sich bemüht, aus den verschiedenen Modellen, die vorgeschlagen wurden, jenes zu wählen, das einen Sparbeitrag beinhaltet und der sozialen Wirklichkeit gerecht wird. Das einzige Modell, das diesen beiden Vorgaben einigermaßen Rechnung trägt, ist der Antrag der Minderheit II (Guisan). Dieser Antrag beinhaltet eine Einsparung von 120 Millionen Franken und belässt das geltende Recht bei Ehepaaren mit Kindern. Das erscheint verkraftbar. Ich erinnere an den gestrigen Beschluss, den Beitragssatz für Selbstständigerwerbende von 8,1 auf 7,8 Prozent herabzusetzen. Diese Herabsetzung macht über 60 Millionen Franken im Jahr aus. Ich erwähne dies, damit man auch hier die finanziellen Grössenverhältnisse im Auge behält.

Der Antrag der Mehrheit wie auch die Nachbesserung durch den Antrag der Minderheit III (Meyer Thérèse) ändern nichts daran, dass hier neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Der Antrag Ihrer Minderheit, Frau Meyer Thérèse, ist gut gemeint, aber es trifft die Mütter, die ihre Kinder in jungen Jahren hatten, hart, wenn sie Witwen werden. Sie gehen nämlich leer aus, und diese Tatsache lässt sich auch mit schönen Worten nicht wegreden. Wie eine Studie unter Leitung unseres Kollegen Gutzwiller ergeben hat, sind es gerade die Frauen, die jung Mutter werden, die in der Regel über ein tiefes Bildungsniveau, eine schlechte berufliche

AB 2001 N 438 / BO 2001 N 438

Eingliederung und entsprechend verminderte Erwerbchancen verfügen; sie müssen also von vornherein auch wiederum im ganzen Vorsorgesystem untendurch. Von diesen Frauen soll nun wieder ein Sonderopfer verlangt werden, weil man bei der finanziellen Architektur dieser Sparübung zur Witwenrentenregelung die Mitte treffen will. Wir lehnen das ab.

Ein Wort noch zu den Übergangsbestimmungen gemäss Antrag der Minderheit II: Wir denken, dass diese Übergangsbestimmungen noch nicht ausgereift sind. Noch heute ist es auch bei vielen kinderlosen Paaren eine Realität, dass der eine Ehepartner nicht berufstätig ist, weil er oder sie beispielsweise einen behinderten Partner zuhause pflegt. Diese können dann auch in eine finanzielle Härtesituation geraten, wenn dieser Wechsel zu schnell vorgenommen wird.

Ich muss hier also im Hinblick auf die ständerätliche Beratung eindringlich darauf hinweisen, dass die Übergangsfrist von drei Jahren – ich verweise auf Seite 30 der Fahne – nicht ausreichend ist. Es bedarf einer wesentlich längeren Bestandesgarantie. Auch kinderlose Ehepaare müssen sich einrichten können, müssen ihre Vorsorge umgestalten können, um dieser neuen Rechtslage Rechnung tragen zu können. Das ist meines Erachtens ein ganz wichtiger Aspekt.

Mit diesem Vorbehalt, der im Hinblick auf die Beratung des Ständerates angebracht wird, kann sich die Mehrheit unserer Fraktion hinter den Antrag der Minderheit II stellen. Ich bitte Sie, diesem Minderheitsantrag zu folgen.

Meyer Thérèse (C, FR): Certains ont qualifié la proposition de la majorité de la commission de démantèlement de la rente de veuve. Je pense que la proposition de la majorité de la commission avec l'adjonction de la proposition de minorité III peut apporter une solution. C'est en fait une reconstruction d'une rente pour veuf et veuve défendable par rapport au projet très sec du Conseil fédéral. En voici sa teneur sous sa forme complète. Nous voulons une rente pour le conjoint survivant qui a un ou des enfants à charge pour cause de formation jusqu'à 25 ans au maximum. Nous voulons aussi instituer des mesures spéciales pour les femmes, parce



que la réalité sociale ne permet pas de soutenir un projet égalitaire. Les veuves qui ont 45 ans avant le dix-huitième anniversaire de leur dernier enfant ont droit à la rente et la gardent. Nous voulons instituer une indemnité correspondant au montant d'une rente annuelle qui sera versée à la veuve qui a un ou des enfants et qui n'a pas droit à la rente ou à la veuve sans enfant qui a 45 ans et cinq ans de mariage, comme une aide à la réinsertion ou à la réorganisation dans ce moment difficile qu'est un veuvage. Dans notre version, le conjoint survivant aura droit à une rente complémentaire si le revenu déterminant est insuffisant, même s'il n'a pas droit à une rente de veuf ou de veuve. Cela, c'est une mesure tout à fait ciblée pour compléter les conditions d'existence qui seraient devenues précaires après un veuvage. Nous demandons aussi que les droits acquis complets pour les bénéficiaires d'une rente soient maintenus. Nous ne voulons pas enlever une rente à une veuve qui en est bénéficiaire actuellement.

Cette solution est faite de mesures ciblées peut amener des économies de 440 millions de francs, alors que la version de la majorité de la commission amenait des économies de 510 millions de francs.

Notre concept couvre les besoins des personnes confrontées à un veuvage. Il maintient des mesures spéciales pour soutenir les femmes, parce que la réalité sociale n'est pas assez avancée pour défendre le projet égalitaire. Il aide à la réinsertion et il garantit des conditions d'existence à toutes les personnes confrontées à un veuvage. Il maintient aussi les droits acquis, je l'ai dit. Comme vous le voyez, le filet social est serré et personne n'est abandonné.

Ce modèle a été critiqué. On nous a dit qu'il était invendable. Mais, nous ne voulons pas vendre un modèle, nous voulons trouver une solution qui prend en compte les réalités de la vie et soutient les personnes qui ont besoin de cette rente. Il a été critiqué aussi parce que les jeunes veuves avec enfants seraient abandonnées. Ce n'est pas vrai. Je répète que toutes les veuves avec enfants auront droit à la rente, au moins jusqu'à ce que leur dernier enfant en formation ait 25 ans dans notre modèle. Celles qui ont eu leurs enfants jeunes, c'est vrai, n'en bénéficieront pas par la suite, mais les statistiques montrent que, souvent, ces femmes sont déjà dans le monde du travail. Je l'ai dit dans ma première intervention: plus de 70 pour cent des femmes entre 24 et 55 ans travaillent. Actuellement, il y a environ 80 000 femmes veuves et plus de 50 000 travaillent, même si elles ont une rente assurée sans conditions actuellement. Je crois que nous devons admettre que la situation sociale a légèrement évolué.

Notre modèle, qui institue des mesures ciblées et qui permet aussi de compléter les moyens d'existence si nécessaire, est équilibré. Nous ne voulons pas qu'une personne touchée par un veuvage doive faire appel à l'assistance et la forme du modèle va dans ce sens. Ce modèle dans son ensemble, il est vrai, permet quelques économies, mais c'est surtout le fait qu'il permet d'apporter un vrai soutien aux personnes qui en ont besoin qui nous permet de le défendre.

Le groupe démocrate-chrétien soutiendra donc la proposition de la majorité de la commission, plus la proposition de minorité III qu'il veut absolument introduire dans ce projet, parce qu'elle est absolument nécessaire. Nous vous engageons donc à voter le modèle dans son ensemble selon la proposition de minorité III.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir kommen zur zweiten Pièce de résistance: Im letzten Jahr haben rund 122 000 Witwen, Witwer, Halb- und Vollwaisen, die in der Schweiz oder im Ausland leben, eine Hinterlassenen- oder Waisenrente bezogen. Vor fünfzig Jahren betrug diese Witwenrente gerade einmal 40 Franken pro Monat. Dank der ständigen Anpassungen an die Teuerung beträgt diese heute im Durchschnitt 1440 Franken pro Monat. Hinzu kommt die Witwenrente aus der zweiten Säule, die durchschnittlich 1170 Franken pro Monat beträgt. Ein Anspruch auf eine Witwenrente besteht erst seit der 10. AHV-Revision. Einen solchen Anspruch haben sich die Männer bei den ersten neun Revisionen nicht verschafft, und wir Frauen konnten ihnen dabei noch nicht helfen.

Der Bundesrat möchte nun in der 11. AHV-Revision den Schritt zur Angleichung der Witwen- an die Witwenrente tun. Er schlägt in seinem Entwurf vor, fortan auch die Witwenrente von Betreuungspflichten abhängig zu machen. Nach seiner Meinung soll ein Anspruch auf eine Witwenrente nur noch bestehen, wenn eine Witwe Kinder unter 18 Jahren hat oder ein Kind betreut, das ihr Anspruch auf Betreuungsgutschriften im Sinne von Artikel 29septies gibt. Sobald diese Voraussetzung wegfällt und das letzte Kind 18 Jahre alt ist, erlischt der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwenrente. In diesem Punkt passt sich die Rente einer Witwe jener eines Witwers an. Den Witwen wird die Fortführung, allenfalls die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zugemutet.

Dieser Grundsatz wird von der Mehrheit der Kommission dahingehend ergänzt, dass diejenigen Witwen, die mit 45 Jahren noch Kinder unter 18 Jahren zu betreuen haben, einen Anspruch auf eine unbefristete Rente haben sollen. Die Überlegung, die dahintersteckt, deckt sich mit jener des Bundesrates in der Botschaft: Wer in jungen Jahren seine Kinder gebärt, hat bessere Möglichkeiten, früh zur bezahlten Arbeit zurückkehren zu können.



Dass dieser schrittweisen Angleichung der Witwenrente an die Witwerrente der Gleichstellungsauftrag zugrunde liegt und nicht, wie behauptet, der Sparwille, beweist der sehr langsame und verzögerte Spareffekt. In der Fassung des Bundesrates würde im Endzustand der Rentenanspruch für rund 70 Prozent der heutigen Witwen dahinfallen. Das Sparpotenzial würde beim Modell des Bundesrates 780 Millionen Franken betragen. Allerdings würde dieser Prozess aufgrund der Übergangsbestimmungen nur sehr langsam wirken. Im Jahre 2010 wären rund 40 Prozent der Einsparungen realisiert. Der Endzustand würde im Jahre 2018 erreicht.

AB 2001 N 439 / BO 2001 N 439

Mit der Herabsetzung des Grenzalters der Witwe von 50 auf 45 Jahre durch die Kommissionsmehrheit stellt sich der Endzustand dieser neuen Regelung entsprechend später ein. Frühestens im Jahre 2023 würde die heutige Veränderung der Witwenrente gemäss dem Antrag der Mehrheit der Kommission ihre volle Wirkung haben. Rund 45 Prozent der heutigen Witwen würden nach dieser Neuregelung dann ihren Anspruch auf eine Witwenrente verlieren, darunter jede dritte Frau, die ihre Kinder in sehr jungen Jahren geboren und mit 45 Jahren keine Betreuungspflichten mehr zu erfüllen hat. Diese Tatsache ist der Hauptgrund der Gegner und Gegnerinnen einer Änderung, die eine Änderung der Witwenrente in der 11. AHV-Revision als zu früh erachten und deshalb jede Anpassung der Witwen- an die Witwerrente zum heutigen Zeitpunkt bekämpfen. Sie machen auch zu Recht geltend, dass der grösste Teil dieser Frauen durch die frühe Heirat und Mutterschaft keine grosse Ausbildung genossen hat, folglich nur kleine Löhne zu erwarten und auch nur eine kleine Rente zugute hat.

Rund 34 Prozent der ganz jungen Frauen hätten nach dem Modell der Mehrheit der Kommission keinen Anspruch mehr auf eine Witwenrente, und rund 11 Prozent kinderloser Witwen, die heute noch einen Anspruch haben, wenn sie 45 Jahre alt sind und mindestens fünf Jahre verheiratet waren, würden ihren Anspruch verlieren.

Wir wissen, dass die Frauen bei der Geburt ihrer Kinder früher bedeutend jünger waren. Schliesslich war auch ihre Ausbildungsphase gegenüber heute um einiges kürzer. Dies ist gemäss dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz belegt: Lag das mittlere Alter einer Mutter bei Geburt des ersten Kindes im Jahre 1980 noch bei 26,3 Jahren, betrug es fünfzehn Jahre später bereits 28,3 Jahre. Die Tendenz ist ganz eindeutig steigend. Wenn im Modell der Kommissionsmehrheit die Frauen ab Jahrgang 1958 – falls die 11. AHV-Revision am 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt wird – nur noch eine zeitlich unbeschränkte Witwenrente garantiert haben, wenn sie bei der Geburt ihres letzten Kindes mindestens 27 Jahre alt waren, wird sich der bei den heutigen Witwen gemessene Anteil von 34 Prozent markant senken. Je mehr das Alter der Frau bei der Geburt des letzten Kindes ansteigt, desto kleiner ist das Risiko, im Falle einer Verwitwung keine Witwenrente mehr zu erhalten. Sehr langfristig, frühestens in 22 Jahren, würde diese Veränderung ihre vollen Konsequenzen tragen. Folglich könnten mit diesem Antrag der Kommissionsmehrheit auch erst im Jahre 2023 die 510 Millionen Franken eingespart werden.

Die Mehrheit der Kommission möchte allen Witwen, die keinen Anspruch auf eine Hinterlassenenrente haben, eine einmalige Entschädigung in der Höhe einer ihnen zustehenden Jahresrente zukommen lassen. Darunter sind Frauen, die bei ihrer Verwitwung 45 Jahre alt sind und keine Kinder unter 18 Jahren mehr zu betreuen haben, und auch kinderlose Frauen, die zum Zeitpunkt der Verwitwung das 45. Altersjahr zurückgelegt haben und mindestens fünf Jahre verheiratet waren. Diese einmalige Entschädigung belastet die AHV-Rechnung mit 45 Millionen Franken pro Jahr. Es gibt den Witwen zusammen mit den Leistungen der zweiten Säule aber die nötige Zeit, wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen oder eventuell ein Teilpensum aufstocken zu können. Allen Modellen gemeinsam ist die Möglichkeit, neu auch einen Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu erhalten, wenn kein Anspruch auf eine Hinterlassenenrente besteht. Dies gilt für Witwer und Witwen. Ausschlaggebend dafür ist die Verwitwung von Mann oder Frau und nicht wie im geltenden Gesetz der Rentenanspruch. Diese Ergänzungsleistungen könnten allerdings nach geltendem Recht den Verlust der Witwenrente nicht voll abdecken. Denn heute lautet die Regelung in der Verordnung zum ELG so, dass Witwen, welche ein Erwerbseinkommen haben, welches in die Nähe der Ergänzungsleistungsgrenze kommt, trotz diesen Leistungen deutlich weniger Mittel zur Verfügung haben als solche, die eine Rente beziehen. Den Witwen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben, wird altersabhängig ein fiktives Einkommen angerechnet.

Die Minderheit III (Meyer Thérèse) möchte in Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a den Anspruch auf die Witwen- oder Witwerrente grundsätzlich so lange gewähren, bis Kinder ihren Halbweisenanspruch verlieren, längstens bis zu deren 25. Altersjahr. Dieser Antrag hätte Zusatzkosten von 25 Millionen Franken zur Folge. Begründet wird er mit dem Faktum der hohen Ausbildungskosten und damit, dass im heute geltenden Recht die Witwerrenten und künftig auch die Witwenrenten gerade dann eingestellt werden, wenn die Kinder am meisten Kosten verursachen.



Ein Teil der Gegnerschaft dieses Antrages macht geltend, dass die AHV gerade deshalb die Leistungen an die Waisen und Halbwaisen bis zum Ende ihrer Ausbildung kennt und diesem Faktum der hohen Bildungskosten schon heute gerecht wird. Denn die Halbwaisen haben nebst dem allfälligen Lehrlingslohn, falls sie eine Lehre absolvieren, noch die Rentenleistung der AHV, was andere, die auch hohe Ausbildungskosten haben, nicht kennen. Es ist zu erwähnen, dass sich dieser Minderheitsantrag natürlich gerade auf die Witwen positiv auswirkt, die in ganz jungen Jahren ihre Kinder geboren haben und die im Modell der Mehrheit der Kommission ihren Anspruch verlieren, wenn die Kinder 18 Jahre alt sind, bevor ihre Mütter 45 Jahre alt sind. Heute dauert eine durchschnittliche Lehr- und Ausbildungszeit mindestens bis zum 20. Altersjahr. Das ergäbe einen durchschnittlich zwei Jahre längeren Anspruch auf eine Hinterlassenenrente, übrigens auch für Witwer. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 8 zu 6 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Übrigens: Einen Anspruch auf eine Witwenrente kann sich auch eine Witwe verschaffen, die nahe Verwandte pflegt, deren Betreuung einen Anspruch auf Betreuungsgutschriften gibt.

Die Minderheit I (Maury Pasquier) möchte grundsätzlich am Status quo festhalten, d. h. keine Änderung der heutigen Regelung für Witwen und Witwer vornehmen. Sie begründet diesen Antrag vor allem mit den verhältnismässig kleinen Rentensummen, die den untersten Einkommensschichten zustehen. Zudem sind sozial schlechter Gestellte oftmals in Berufen mit geringerer Lebenserwartung.

Mit der Streichung der Hinterlassenenrente nach Modell Bundesrat oder nach Modell Kommissionsmehrheit würden gerade jene nicht berücksichtigt, die eine kurze Ausbildung machten und früh Kinder geboren haben. Wie bereits erwähnt, geht es primär um den Gleichstellungsantrag und die Anpassung der AHV im Bereich Witwen- und Witwerrente an die gesellschaftlichen Veränderungen. Diesbezüglich lohnt sich ein Vergleich mit den Ergebnissen der Volkszählungen von 1970 und 1980. Diese zeigen den grossen Wandel im Erwerbsverhalten der Frauen. Damals gingen nur noch rund ein Viertel der Frauen nach der Geburt des ersten Kindes einer Erwerbstätigkeit nach. Heute ist der Wiedereinstieg ja ein wichtiges Thema. Von den Frauen, die heute aufgrund der Geburt des ersten oder zweiten Kindes aus dem Erwerbsleben aussteigen, nehmen sehr viele wieder eine Berufstätigkeit auf, wenn die Kinder etwas älter sind. Von den Frauen, deren jüngstes Kind zehn Jahre alt ist, waren in den Neunzigerjahren nur gerade 22 Prozent nicht erwerbstätig, verglichen mit 41 Prozent Nichterwerbstätigen nach der Geburt des ersten Kindes und verglichen mit 60 Prozent nach der Geburt des zweiten Kindes. Daraus ist zu schliessen: Je länger und höher die Ausbildung ist, desto früher drängen die Frauen wieder zurück an den Arbeitsplatz.

Der Antrag, der von der Minderheit I (Maury Pasquier) übernommen wurde, unterlag in der Kommission mit 8 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen jenem Antrag, der Ihnen als Antrag der Mehrheit vorliegt.

Die Minderheit II (Guisan) will am geltenden Recht festhalten, mit einer Ausnahme: Alle kinderlosen Frauen, seien diese verwitwet oder geschieden – das sind, wie erwähnt, 11 Prozent der heutigen Witwen – sollen wegen ihrer Kinderlosigkeit keinen Anspruch mehr auf eine Hinterlassenenrente haben. Damit würde man 120 Millionen Franken einsparen. Diese Streichung der Witwenrente für kinderlose Witwen soll nach einer Übergangszeit von drei Jahren in

AB 2001 N 440 / BO 2001 N 440

Kraft gesetzt werden. Zudem sollen kinderlose verwitwete oder geschiedene Personen, die bei Inkraftsetzung der 11. AHV-Revision das 60. Altersjahr erreicht haben, im Sinne eines Übergangsrechtes noch Anspruch auf eine Hinterlassenenrente haben. Diese Altersgrenze soll sich aber jeweils nach Ablauf eines Jahres um ein Jahr erhöhen.

In der Tat enthält der Antrag der Minderheit II (Guisan) zwei Übergangsregelungen: Bei der einen sollen nach Inkraftsetzung des Gesetzes die kinderlosen Witwen ab 45 Jahren noch während drei Jahren einen Anspruch gemäss bisherigem Recht haben; bei der anderen nur noch Witwen ab dem 60. Altersjahr. Diese Altersgrenze erhöht sich ebenfalls jährlich. Diesen Widerspruch wird der Ständerat bereinigen müssen, falls die Minderheit II heute durchdringt.

Es ist zu erwähnen, dass seit der 10. AHV-Revision nur noch jene kinderlosen Witwen Anspruch auf eine Rente haben, die im Zeitpunkt ihrer Verwitwung 45 Jahre alt und mindestens fünf Jahre verheiratet waren. Sie wären von der Regelung im Antrag der Minderheit II betroffen. Allen jüngeren kinderlosen Witwen wurde der Anspruch auf eine Leistung bei Verwitwung bereits bei der 10. AHV-Revision gestrichen. Den Besitzstand will die Minderheit II allerdings in jedem Fall gewahrt haben. Der Antrag, der von der Minderheit II übernommen wurde, unterlag in der Kommission jenem Antrag, der Ihnen als Antrag der Mehrheit vorliegt, nur mit 12 zu 13 Stimmen.

Die Minderheit IV (Triponez) hält schliesslich am Modell des Bundesrates fest, das in seiner Gesamtheit nur noch 30 Prozent der heutigen Witwen eine Rente gewähren würde. Mit diesem Modell würden unter Berück-



sichtigung der Zusatzaufwendungen für die Ergänzungsleistungen rund 750 Millionen Franken eingespart. Aber es würden nebst den Witwen auch die Witwer – obwohl diese bis zu 90 Prozent im Erwerbsleben bleiben – eine zeitlich unbefristete Rente erhalten, wenn sie Kinder unter 18 Jahren zu betreuen haben und selbst 50-jährig sind. Dieser Antrag fand lediglich Unterstützung durch zwei Mitglieder der Kommission. Ich bitte Sie namens der Kommissionmehrheit, bei den Artikeln 23, 24 und 24a immer den Mehrheitsantrag zu unterstützen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: La rente de veuf et de veuve constitue indiscutablement le point central de la 11^e révision de l'AVS, le plus contesté, le plus difficile à traiter aussi. Il pose une question de principe fondamentale: est-il admissible de financer la retraite à la carte sur le dos des veuves et des veufs? Plusieurs autres encore sont en relation avec la situation sociale des personnes concernées et l'équilibre financier de la loi. Il en résulte que les différents articles qui touchent cette question (art. 23, 24 et 24a) ne peuvent guère être dissociés, de même que les propositions de minorité qui s'y rattachent.

Nous sommes confrontés à cinq propositions:

1. Le projet du Conseil fédéral, représenté respectivement par la minorité IV à l'article 23 et III à l'article 24, permet une économie de 748 millions de francs. N'ont droit à une rente que les veufs et que les veuves qui ont 50 ans avant que le plus jeune de leurs enfants atteigne 18 ans, c'est-à-dire ceux qui ont eu leurs enfants avant l'âge de 32 ans.
2. La proposition de la majorité de la commission reprend le cadre défini par le Conseil fédéral, mais abaisse l'âge à 45 ans, C'est la variante que j'appellerai "18/45". Ainsi, ont droit à une rente les veufs et les veuves qui ont eu des enfants après l'âge de 27 ans.
3. La proposition de minorité III (Meyer Thérèse), la variante dite "18/45 plus", assortit cet assouplissement de deux mesures d'accompagnement: l'une qui maintient le droit à la rente tant que les enfants ont droit à des prestations d'orphelin, c'est-à-dire jusqu'à 25 ans, des prestations complémentaires ou donne lieu à des prestations d'assistance, et l'autre qui prévoit à l'article 23a une rente d'une année aux femmes, et exclusivement aux femmes qui n'ont pas droit à la rente, pour leur permettre de se retourner et de réintégrer le monde du travail.

A noter en passant que cette disposition n'est pas limitée à la proposition de minorité III, mais peut s'appliquer indistinctement à tous les autres modèles proposés. Avec la proposition "18/45 plus", les économies se réduisent à 503 millions de francs.

4. La minorité II (Guisan) propose de maintenir le droit actuel pour toutes les veuves et veufs qui ont des enfants et de ne le supprimer que pour ceux qui n'en ont pas. Ceci ne permet d'économiser que 120 millions de francs.
5. Le maintien du statu quo représenté par la proposition de minorité I (Maury Pasquier). Il n'y a donc plus aucune économie.

La commission a ressenti, dans sa majorité, que le projet du Conseil fédéral était hautement problématique. Il prive de prestations pratiquement 70 pour cent des veuves et veufs à moyen et à long terme, c'est-à-dire une fois les dispositions transitoires expirées. Une majorité s'est par conséquent dégagée en vue d'une proposition de compromis, avec le statu quo défendu de manière très virulente par ses partisans. A cet effet, un groupe de travail s'est constitué, auquel les tenants du statu quo se sont abstenus de participer. Il en est ressorti deux propositions, la première visant à baisser l'âge déterminant à 45 ans, ce qui permettait d'abaisser la proportion de veuves et de veufs concernés à 47 pour cent; et une deuxième, munie de mesures d'accompagnement décrites précédemment, réduisant ce pourcentage à 45.

C'est cette dernière proposition qui a retenu les faveurs de la majorité de la commission en première lecture, malgré l'opposition véhémement des partisans du droit actuel. Ceux-ci ont fait valoir que le projet du Conseil fédéral aussi bien que la variante "18/45 plus" pénalisaient essentiellement les milieux qui ont reçu une formation courte, ont eu des enfants tôt et se trouvent dans une situation économiquement modeste.

La majorité des veuves ont plus de 45 ans et une réinsertion dans le monde du travail après des années d'interruption est, en règle générale, totalement illusoire. La question est en fin de compte de savoir si l'on doit faire des économies par un démantèlement de l'acquis social ou, au contraire, par l'accroissement des ressources.

Les menaces financières dues à l'évolution démographique ne résultent pas de prestations trop généreuses, mais d'une politique familiale et nataliste insuffisante: l'initiative parlementaire Fankhauser 91.411 sur les prestations familiales toujours en suspens, pas d'assurance-maternité, pas de vacances parentales, pas de crèches. Là-dessus se greffent encore les insuffisances du deuxième pilier: le niveau trop élevé du revenu de coordination en exclut le travail à temps partiel et les revenus provenant des petits travaux; dans ces conditions,



ce sont essentiellement des femmes qui n'y ont pas droit.

Le Conseil fédéral fait valoir que l'objectif essentiel de la 11e révision de l'AVS est une consolidation de la 10e, face aux enjeux démographiques. Cette dernière introduit la rente de veuf, mais avec des conditions d'octroi plus restrictives que pour les veuves. Il s'agit donc d'aligner progressivement les rentes de veuves sur celles des veufs, et non l'inverse. Il appartenait dès lors à la commission de choisir la variante qu'elle entendait opposer au statu quo. La proposition "18/45 plus" a le défaut de multiplier les mécanismes pour couvrir l'ensemble des besoins, de manière à se rapprocher d'une opération blanche, mais complexe. Il rappelle que les bénéficiaires actuels de rente ne sont pas remis en question et que les nouveaux ayants droit obéiront à l'ancien droit jusqu'à l'expiration des dispositions transitoires en 2008.

En première lecture, la commission s'est donc prononcée, par 11 voix contre 8 et avec 3 abstentions, pour la variante "18/45 plus", contre la proposition du Conseil fédéral et contre le statu quo. De toute évidence, cette solution a engendré auprès d'un certain nombre de commissaires un certain malaise.

Une nouvelle proposition a donc été déposée par celui qui vous parle, en deuxième lecture, pour maintenir le statu quo à toutes les veuves et tous les veufs qui ont des enfants et

AB 2001 N 441 / BO 2001 N 441

ne supprimer les prestations qu'à celles et ceux qui n'en ont pas, avec des dispositions transitoires leur permettant encore de bénéficier partiellement de la rente jusqu'à ce que l'âge limite de 65 ans pour les femmes soit entré en vigueur. Cela ne concerne que 11 pour cent des veuves et veufs qui en général ont gardé une activité professionnelle tout au long de leur vie de couple, ce qui leur donne accès au deuxième pilier.

Il semble en effet prématuré d'aligner les veuves sur les veufs, comme cela ressort de la 10e révision. Le critère d'âge introduit comme couperet par la version du Conseil fédéral ou celle "18/45 plus" adoptée en première lecture ne tient manifestement pas la route et serait politiquement et socialement bien difficile à défendre, en votation populaire en particulier.

Comment expliquer à une veuve ou à un veuf qu'elle ou qu'il a eu ses enfants trop tôt et qu'en conséquence elle ou il n'a pas droit à une rente? Mais l'économie qui résulte de l'opération devient modeste avec 120 millions de francs. Certains commissaires ne s'y rallient donc qu'à condition que l'on supprime l'indice mixte. En votation, la commission s'est montrée profondément partagée et la proposition "18/45 plus" ne l'a emporté sur la proposition statu quo pour veuve et veuf avec enfants que par une seule voix, soit par 13 voix contre 12. Elle est renforcée par l'adoption de l'article 23a, par 11 voix contre 6 et avec 5 abstentions. Opposée à cette variante, celle du Conseil fédéral n'a recueilli que 2 voix contre 13 et 10 abstentions. Enfin, la proposition de statu quo a recueilli 9 voix contre toujours 13, pour la variante "18/45 plus".

Dreifuss Ruth (,): J'aimerais m'adresser en particulier aux porte-parole de la minorité IV, c'est-à-dire à MM. Triponez et Gysin Hans Rudolf, ainsi qu'à M. Stahl qui a annoncé son soutien à cette proposition.

Cette minorité entend reprendre la disposition du Conseil fédéral et la soutenir. Je dois leur dire que le Conseil fédéral, préparant cette session et recevant de moi une analyse de l'ensemble de la situation, en est arrivé à la conclusion que sa disposition initiale était effectivement trop dure et qu'il était ainsi prêt à la retirer ou à ne pas la défendre. J'aimerais très clairement dire à ceux qui volent au secours du Conseil fédéral que celui-ci ne souhaite pas d'appui. C'est pourquoi je prie MM. Triponez et Gysin Hans Rudolf de se rallier à l'une des autres propositions qui sont sur la table.

Pourquoi la disposition du Conseil fédéral est-elle trop dure? On l'a dit, d'abord parce qu'il y a non pas maintien des acquis, mais modification au bout de trois ans, pour autant que le seuil d'âge ne soit pas franchi pour une rente permanente. Or, une chose qui est très importante dans toutes les assurances sociales, c'est certainement de faire des assurances sociales l'instrument privilégié pour permettre aux gens, malgré les aléas de l'existence, de réaliser leurs projets de vie. Rien de plus humiliant que de ne pas pouvoir faire de projets, de ne pas pouvoir, de façon autonome, se projeter dans l'avenir. Pour pouvoir le réaliser, une certaine stabilité est nécessaire. Il faut pouvoir compter sur un appui, ce qui se passe en cas de difficultés. Ce principe est juste et n'a pas été respecté dans la disposition initiale du Conseil fédéral. Il est revenu là à de meilleurs sentiments.

Ensuite, il est clair que la disposition du Conseil fédéral a été avancée en mesurant le risque que l'évolution de la société ne se fasse pas aussi vite que cette disposition le suppose. Il y a une clause, par exemple, qui permet de repousser dans le temps l'entrée en vigueur. Il y a un doute quant à la capacité de l'économie, selon la conjoncture, à offrir effectivement les moyens d'être autonomes financièrement à des femmes de moins de 50 ans si leur enfant a déjà quitté le foyer, ou à des femmes de plus de 50 ans si elles n'ont pas d'enfants.

Devant ces doutes et devant le risque que sa disposition anticipe trop une évolution sociale, le Conseil fédéral, comme je l'ai dit, renonce à sa disposition et vous prie de ne pas soutenir sa position initiale.



Est-ce à dire que, au nom du Conseil fédéral, je peux vous donner une opinion quant au choix à opérer entre les propositions de la majorité et des minorités I, II et III? C'est difficile. Nous sommes au premier Conseil et le Conseil fédéral a l'habitude de réserver son opinion à l'écoute d'une première discussion au niveau parlementaire. Il m'a ainsi chargée de ne pas préjuger de ces différentes propositions. J'aimerais dire cependant que les propositions qui consistent à tout laisser en l'état ne répondent pas aux besoins de cette 11e révision de l'AVS et de sa consolidation nécessaire. Elles ne font que repousser non pas un problème, mais une nouvelle formule qui se révélera nécessaire à l'avenir.

Je dirais sans doute la même chose de la proposition de minorité II qui choisit dans la situation actuelle une catégorie de veuves, celles sans enfants et dit: "O.K., pour celles-là, nous acceptons de supprimer tout droit à une rente", en la maintenant pour celles qui ont élevé des enfants. Je pense finalement que la solution se trouvera non pas directement dans la proposition de minorité III qui demande certainement encore quelques ajustements, mais dans un réaménagement correct et qui ne refuse pas le changement, en maintenant le statu quo pour tout ou partie.

Je pense qu'il y a, dans les propositions de minorité III (Meyer Thérèse), plusieurs idées qui amorcent des solutions d'avenir. C'est ce qui devrait peut-être inspirer votre décision.

Polla Barbara (L, GE): Madame la Conseillère fédérale, pour les libéraux qui n'ont pas participé aux travaux de la commission, il reste un point obscur par rapport aux discussions concernant la rente de veuve. Effectivement, toute la discussion a porté sur les veuves, alors qu'apparemment le texte inclut les situations de divorce.

Est-ce que vous pourriez nous éclairer à ce sujet?

Dreifuss Ruth (,): Il est difficile de donner une réponse absolument sûre et c'est pour cette raison que je voulais l'avis des rapporteurs de la commission. Je peux vous confirmer qu'il y a égalité de traitement pour les veuves, qu'elles soient divorcées ou qu'elles aient été encore mariées au moment du veuvage.

Polla Barbara (L, GE): L'ensemble des mesures proposées concerne donc les veuves et les divorcées?

Dreifuss Ruth (,): Oui, à situation égale en termes d'enfants et d'âge.

Art. 23, 24, 24a

Präsident (Hess Peter, Präsident): Herr Stahl teilt mit, dass die Minderheit III (Stahl) bei Artikel 24a ihren Antrag zugunsten der Minderheit IV (Triponez) zurückzieht.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit III (Meyer Thérèse) 105 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 58 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Minderheit II 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 66 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 00.014/1206)

Für den Antrag der Minderheit II 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III (Meyer Thérèse) 76 Stimmen

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

Für den Antrag der Minderheit II 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheiten III/IV (Triponez) 43 Stimmen

AB 2001 N 442 / BO 2001 N 442

Art. 23a

Angenommen – Adopté





Art. 29bis Abs. 2

Antrag der Kommission

.... Er regelt die Auswirkungen der Beiträge und der Beitragszeiten, welche nach der Entstehung des Anspruches auf die Altersrente zurückgelegt wurden.

Art. 29bis al. 2

Proposition de la commission

.... Il règle les effets des cotisations ou périodes de cotisations postérieures à la date d'ouverture du droit à la rente de vieillesse.

Angenommen – Adopté

Art. 29quinquies Abs. 4; 29septies Abs. 1; 30 Abs. 1; 30bis; 30ter Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 29quinquies al. 4; 29septies al. 1; 30 al. 1; 30bis; 30ter al. 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr

La séance est levée à 12 h 50



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 33ter Abs. 1, 4

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini)

Unverändert

Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Stahl)

Abs. 1

.... alle vier Jahre





Abs. 4

.... mehr als 6 Prozent

Art. 33ter al. 1, 4

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini)

Inchangé

Minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Stahl)

Al. 1

.... tous les quatre ans

Al. 4

.... de plus de 6 pour cent

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Es geht nun um den Teuerungsausgleich auf den Altersrenten. Gemäss Bundesrat und Antrag der Kommissionsmehrheit sollen die Rentnerinnen und Rentner nur noch alle drei Jahre die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung erhalten; sie erhalten sie auch dann noch automatisch, wenn der Index um mehr als 4 Prozent ansteigt. Herr Triponez von der FDP-Fraktion will den Teuerungsausgleich sogar nur noch alle vier Jahre gewähren. Während man zurzeit also in der WAK daran geht, ein Steuerpaket zu schnüren, welches für reiche Ehepaare und die Unternehmen Steuererleichterungen von zwei Milliarden Franken vorsieht, sollen bei der AHV, wo es um die kleinen Leute geht, die Altersrentner Opfer von Sparmassnahmen werden – die Opfersymmetrie stimmt hier ganz offensichtlich nicht. Deshalb lehnen wir diese Kürzungen beim Teuerungsausgleich ab und beantragen Ihnen, die bisherige Praxis weiterzuführen; dies aus verschiedenen Gründen, aus sozialen und volkswirtschaftlichen.

Die Untersuchungen von Professor Leu zeigen, dass die AHV für die grosse Mehrheit der Bevölkerung mit Abstand die wichtigste Einkommensquelle ist. Wenn Sie hier bei der Teuerung sparen, ist es natürlich so, dass die kleinen Einkommen darunter am meisten leiden, denn bei ihnen ist die AHV die grosse, massgebliche Einkommensquelle. Die AHV ist heute die einzige Altersversicherung, die einen garantierten Teuerungsausgleich mit einer Anpassung an die Lohnentwicklung kennt.

Wir haben schon heute eine starke Verschiebung der Vorsorge in Richtung zweiter Säule. Vor 25 Jahren war die AHV noch fast eineinhalb Mal so gross wie die zweite Säule. Heute sind die Verhältnisse umgekehrt. Sicher ist es so, dass in den letzten Jahren bei der zweiten Säule sehr gute Renditen erzielt wurden. Trotzdem kennt die zweite Säule keinen garantierten Teuerungsausgleich, selbst wenn die Mittel in den Kassen vorhanden sind. Es ist deshalb heute völlig unklar, wie die Leute bei der zweiten Säule zu einem Teuerungsausgleich kommen sollen. Es ist ja im Gegenteil noch geplant, den Rentenumwandlungssatz zu kürzen, was die Renten auch bei der zweiten Säule um 8 Prozent schmälern würde.

Wir wissen heute, dass die grossen Verdiener bei der zweiten Säule die Vermögensverwalter, die Anlageberater, die Aktienhändler und die Funktionäre der Beteiligungsgesellschaften sind. Wir wissen nicht, wie viel Geld bei der zweiten Säule tatsächlich unten bei den Versicherten ankommt. Obschon es vorgeschrieben wäre, die Verwaltungskosten bei der beruflichen Vorsorge auszuweisen, ist die Praxis heute leider so, dass diese hohen Kosten verschwiegen werden. Demgegenüber haben wir in der AHV eine sehr effiziente Versicherung mit tiefen Verwaltungskosten.

Sie schüren grosse Ängste in der Bevölkerung, wenn Sie hier heute den Besitzstand der Altersrentner schmälern. Diese Übung ist unnötig. Die AHV hat genug Geld, und die Bereitschaft ist da, diese Versicherung nach dem Umlageverfahren bei Bedarf mit mehr Einnahmen zu finanzieren. Zwingen Sie die Leute nicht, immer mehr Geld auf die hohe Kante zu legen! Die Schweiz überspart in grossem Mass. Es ist zu viel Geld da; man weiss nicht, wohin damit. Das treibt nur die Börsenkurse in die Höhe und führt zu spekulativen Exzessen. Sparen ist sinnvoll, wenn das Geld investiert werden kann. In der zweiten Säule sind wir heute weit weg davon. Es ist wie im Kino: Wenn einer nichts sieht, und er steht auf den Stuhl, um besser zu sehen, dann verbessert er seine Sicht, und das macht Sinn. Wenn aber nachher alle auf den Stuhl stehen, dann wird die ganze Sache



ungemütlich; was aus individueller Sicht produktiv aussieht, verliert kollektiv gesehen seine Logik. Behalten wir deshalb die gute Umlageversicherung der AHV! Lassen Sie den Index intakt, nehmen Sie den alten Leuten ihr Geld nicht weg! Das sind Garantien, die abgegeben wurden und die wir heute einhalten müssen.

Triponez Pierre (R, BE): Die Minderheit II schlägt Ihnen bei Absatz 1 vor, den Rhythmus der automatischen Teuerungsanpassung, die der Bundesrat gemäss seinem Entwurf in der Regel alle drei Jahre vornehmen wird, auf vier Jahre festzusetzen.

Allein schon der Begriff "in der Regel" zeigt, dass das der Fall sein dürfte, wenn sich die Preisentwicklung bzw. die Teuerung während längerer Zeit in vernünftigen bzw. relativ kleinem Rahmen bewegt. Es ist ganz klar und dazu steht die Minderheit II, dass diese vierjährige Regelanpassung

AB 2001 N 444 / BO 2001 N 444

eine Sparmassnahme im Rahmen unserer Bestrebungen darstellt, die AHV mittel- und längerfristig finanziell zu sichern.

Wir haben im Verlaufe der bisherigen Debatte gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf schon einige Einsparungen nicht vorgenommen, und das wird das Gesamtbild des finanziellen Gleichgewichtes natürlich nicht verbessern. Es kommt auch ein bisschen darauf an, wie wir den Mischindex bei der ganzen Operation ausrechnen; hier hoffen wir natürlich auch noch auf eine sparsame Lösung.

Herr Rechsteiner Rudolf hat ein etwas schwarzes Bild von der Problematik und den Schwierigkeiten gemalt, die sich aus dieser vierjährigen Anpassung ergeben könnten.

Nochmals: Wenn sich die Teuerung beispielsweise in dem Ausmass weiterentwickelt, wie sie dies in den letzten Jahren getan hat – es sieht heute so aus –, wäre eine solche vierjährige Regelzeit als Anpassung durchaus tragbar und verkraftbar. Man muss ja auch sehen, dass eine kurzfristigere Anpassung möglich ist, wenn – je nach Entscheidung, die wir treffen werden – die Teuerung über einen bestimmten Faktor hinausgeht.

In diesem Sinne denken wir, dass wir mit unserem Minderheitsantrag einen weiteren Beitrag zur sparsamen Ausgestaltung der AHV leisten. Wir bitten Sie, der Minderheit II zu folgen.

Hess Peter (C, ZG): Herr Triponez, haben Sie gleichzeitig auch Ihren Minderheitsantrag zu Absatz 4 begründet?

Triponez Pierre (R, BE): Nein, das habe ich nicht getan. Sie haben mich nur aufgefordert, zu dieser Vierjahresregel zu sprechen.

Es ist tatsächlich so, dass sich die Frist von vier Jahren verkürzen würde, wenn die Teuerung höher als 6 Prozent ausfiele. Diese 6 Prozent sind im Rat auch nicht unbestritten; es gibt dazu ja noch verschiedene Anträge. Die Minderheit II ist tatsächlich die gleiche, die dann auch beantragt, die Anpassung vor Ablauf von vier Jahren vorzunehmen, wenn 6 Prozent überschritten würden. Das würde bedeuten, dass eine kürzere Frist zum Zuge käme, wenn die Teuerung relativ rasch ansteige; das kann man ja nicht ausschliessen.

Zusammenfassend, damit ich das jetzt sauber sage: Es ist eigentlich eine doppelte Barriere. Auf der einen Seite stehen die vier Jahre als Regelfall. Wenn aber auf der anderen Seite die Teuerungsentwicklung so sein würde, dass 6 Prozent in kürzerer Zeit erreicht oder sogar überschritten würden, dann wäre die Anpassung natürlich automatisch schon in einer kürzeren Zeit richtig und notwendig.

Goll Christine (S, ZH): Die SP-Fraktion lehnt die verzögerte Rentenanpassung ab, die künftig nur noch alle drei statt wie bisher alle zwei Jahre stattfinden soll. Ich fordere Sie auch auf, den Antrag der Minderheit II (Triponez) bei Absatz 4 abzulehnen. Es ist so, dass der Bundesrat vorgesehen hat, eine raschere Rentenanpassung vorzunehmen, wenn die Teuerung im Vergleich zur letzten Anpassung 4 Prozent übersteigt. Das würde also wie bisher bedeuten: alle zwei Jahre, im Extremfall sogar jedes Jahr. Herr Triponez möchte diesen Indexstand bei 6 Prozent festschreiben. Das ist für uns nicht akzeptabel. Bei diesen Rentenanpassungen geht es auch darum, die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner zu erhalten, das heisst konkret: Jeder AHV-Franken ist auch ein Kaufkraftfranken. Die Rentnerinnen und Rentner werden bereits heute nur zur Hälfte am Produktionsfortschritt beteiligt, das heisst: Seit diese Rentenanpassung und der Mischindex eingeführt wurden, wurden die Renten bereits entwertet.

Zusätzlich, das werden wir in der nächsten Runde beraten, folgt mit Anträgen von rechts auch ein Angriff auf den Mischindex. Sie werden das bei Absatz 2 sehen; eine Arroganz sondergleichen, die ebenso zu Rentenkürzungen für die Rentnerinnen und Rentner führen wird.

Ich kann Ihnen garantieren, dass die Rentnerinnen- und Rentnerorganisationen sich dies nicht gefallen lassen werden. Ich zitiere hier aus der offiziellen Stellungnahme der Dachorganisation Vasos mit rund 150 000



angeschlossenen Rentnerinnen und Rentnern:

"Für die heutige Rentnergeneration ist vorab der Teuerungsausgleich von grosser Bedeutung. Auch beim heute geltenden Mischindex, der je zur Hälfte die Teuerung und den Lohnanstieg berücksichtigt, tritt eine allmähliche Entwertung der Renten ein. Deshalb sind Verschlechterungen des Mischindex, wie sie in einzelnen Anträgen verlangt werden, kategorisch zurückzuweisen. Auch die Absicht, den Teuerungsausgleich für AHV-Renten von zwei auf drei Jahre zu erstrecken, ist ein Relikt aus früheren Sparmassnahmen im Bundeshaushalt. Die Vaso ist der Meinung, dass eine solche Massnahme nicht aufrecht erhalten werden kann in einer Zeit, in der massive Steuergeschenke an die Reicheren zur Diskussion stehen."

Die Konsequenz dieser verzögerten Rentenanpassung wäre, dass den Rentnerinnen und Rentnern jährlich 150 Millionen Franken weggenommen werden. Sie wissen aber genauso gut wie wir, dass die AHV-Renten für die allermeisten Haushalte eine existenzielle Lebensgrundlage sind. Wir wissen aus der Statistik, dass der grösste Teil der Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern auf die AHV als hauptsächliche Einnahmequelle angewiesen sind.

Die Rentenkürzungen, die hier vorgenommen werden sollen, werden mit der Finanzlage der AHV begründet. Es ist aber bezeichnend, dass wir über die Finanzen erst am Schluss der materiellen Beratung zu den AHV-Leistungen entscheiden werden.

Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, dass der Einschnitt, der bei Artikel 33ter vorgenommen werden soll, auch viele IV-Rentner und Rentnerinnen treffen wird. Es sind gerade Menschen mit Behinderungen, die heute kleine Renten haben. Sie hätten das Nachsehen. Zahlreiche Menschen mit Behinderungen sind nur teilweise erwerbsfähig, was sich natürlich auch auf die Berechnung der Rente auswirkt. Es geht in diesem Bereich auch um Geburtsbehinderte und um Menschen, die im Jugendalter eine dauerhafte Behinderung erleiden. Diese erhalten so oder so nie mehr als die so genannte ausserordentliche Rente, welche 133 Prozent der minimalen Rente ausmacht. Gerade bei diesen kleinen Renten spielt jeder Franken eine grosse Rolle. Das bedeutet, dass ein dreijähriger Anpassungsrythmus gerade bei Menschen mit Behinderungen zu massiven Einbussen führen würde.

Hess Peter (C, ZG): Die CVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Mehrheit unterstützt. Die SVP-Fraktion wird der Minderheit II (Triponez) zustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Die 10. AHV-Revision hat ganz gezielt Verbesserungen für niedrigere Einkommen und für die Frauen gebracht. Man gab aber damals den Auftrag weiter, dass die 11. AHV-Revision dann eine Konsolidierung dieses Sozialwerkes bringen müsse.

Wir können dieses Sozialwerk nicht konsolidieren, wenn sich alle Interessengruppen darauf berufen, bei ihnen solle man nicht sparen. Wir müssen darauf achten, dort, wo es möglich ist, wo es sozialverträglich ist, auch einmal etwas einsparen zu können.

Die FDP-Fraktion bittet Sie, hier der Mehrheit zu folgen und die Anträge der beiden Minderheiten, die zu weit nach oben bzw. nach unten gehen, abzulehnen.

Die Freisinnigen haben sich bereits im Rahmen der Gespräche am "runden Tisch" dafür eingesetzt, dass man den Zustand der Rentenanpassung wieder so herstellt, wie er vor 1994 war, nämlich alle drei Jahre, ausser wenn die Teuerung ein Niveau von 4 Prozent überschreitet. Das ist zumutbar.

Frau Goll, Sie haben zitiert, dass sich die betroffenen Kreise das nicht gefallen lassen. Wir haben gestern genau dasselbe von den Selbstständigerwerbenden gehört. So können wir dieses Sozialwerk nicht auf gesunde Füsse stellen. Wir werden Sparmassnahmen auf die nächste Generation verschieben müssen, und die wird es umso schwerer haben.

AB 2001 N 445 / BO 2001 N 445

Bei der AHV haben wir, wenn wir diese Teuerung auch später angleichen, immer das bewährte Netz der Ergänzungsleistungen. Ergänzungsleistungen sind keine Almosen – sie sind ein Anspruch, den man hat, um das Notwendige, das fehlt, zu ergänzen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir dieses Instrument endlich in der Verfassung festschreiben.

Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, hier weder nach oben noch nach unten zu weit zu gehen und der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Le président (Hess Peter, président): Le groupe libéral déclare qu'il va soutenir la majorité.

Fasel Hugo (G, FR): Wenn es um die Anpassung der Renten geht, braucht man sich nur ein konkretes Bild vor Augen zu halten, dann sieht man, dass hier kein Spielraum gegeben ist. Es ist in diesem Land nicht so, dass



alle Leute eine zweite Säule haben, wenn sie ins Rentenalter eintreten. Mehr als die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner hat bis heute keine zweite Säule, und wir wissen auch, dass es deshalb immer noch viele – auch Leute mit Kleinkommen – gibt, die auf eine gute AHV angewiesen sind.

Ich erinnere auch daran, dass die erste Säule gemäss Verfassungsauftrag die Existenzsicherung als Ziel hat. Darauf ist auch bei der Rentenanpassung zu achten. Wenn wir jetzt eine kleine Rente nehmen, eine Minimalrente von heute 1000 Franken, dann kann man sich sehr leicht ein Bild davon machen, was es für diese Leute bedeutet, wenn Rentenanpassungen verzögert werden. Herr Triponez, der in seinem Antrag gerne noch etwas weiter gehen möchte, würde immerhin eine vorübergehende Rentenkürzung von 6 Prozent zulassen. Das zeigt doch, dass bei kleinen Renten ein solcher Abbau – Einsparungen kann man da nicht sagen, sondern da muss man doch von einem bedeutsamen Abbau reden –, nicht verträglich ist, weil diese Leute Tag für Tag jeden Rappen im Portemonnaie umdrehen müssen, bevor sie ihn in den Konsum geben können. Es gibt Leute in diesem Land, die so rechnen müssen, und sie sollten wir jetzt im Auge behalten.

Ein zweiter Punkt: Ein Kennzeichen der AHV ist die Sicherheit der Renten und deshalb auch der Rentenanpassung. Es ist eine zentrale Stärke dieser ersten Säule, dass jene, die einmal eine Rente bekommen, auch die Garantie haben, dass sich diese Rente kontinuierlich den Lebenshaltungskosten und dem Lohnindex anpasst. Ich erinnere auch daran, dass die Verschlechterung, die bei der seinerzeitigen Lösung vollzogen wurde, am "runden Tisch" beschlossen wurde, in einer Zeit also, als wir in diesem Lande noch darauf angewiesen waren, mit Notmassnahmen die Bundesfinanzen zu sanieren. Da sich die Situation heute grundlegend verändert hat, ist es entsprechend notwendig, mit diesen Notmassnahmen aufzuhören und deshalb konsequenterweise dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen.

Eben wurde hier am Rednerpult noch gesagt, dass wir sozialverträglich sparen sollten. Wenn wir schon sozialverträglich sein wollen, dann sollten wir immer die ganze Alterssicherung im Auge behalten, also auch die zweite und dritte Säule. Wenn schon bei der Alterssicherung gespart werden muss, dann eben nicht bei der ersten Säule, welche die Existenzsicherung garantieren soll, sondern meinetwegen bei der Säule 3a. Doch gerade in diesem Luxusbereich stellen wir fest, dass bereits Ausbaumassnahmen vorgeschlagen werden. Demzufolge ist das, was hier die Minderheit I beantragt, nur konsequent: Den Verfassungsauftrag umzusetzen und alles dafür zu tun, dass die Existenzsicherung für kleine Renten garantiert bleibt.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: In Artikel 33ter müssen die Absätze 1 und 4 gemeinsam angeschaut werden. Es handelt sich hier um den Anpassungsrhythmus der Renten. Bis 1994 galt in der AHV die dreijährliche Anpassung. Seither werden die Renten in der Regel alle zwei Jahre zu Beginn des Kalenderjahres der Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Nach der heutigen Bestimmung wird der Zweijahresrhythmus unterbrochen, wenn die Teuerung innerhalb eines Jahres um mehr als 4 Prozent angestiegen ist. Diese Regelung geht also davon aus, dass es den Rentnerinnen und Rentnern nicht zuzumuten ist, bei einer Teuerung von mehr als 4 Prozent auf eine Rentenanpassung zu verzichten.

Der Bundesrat schlägt nun in Absatz 1 vor, die Renten wieder im Dreijahresrhythmus der Teuerung anzupassen, allerdings mit der Klausel in Absatz 4, dass die Anpassung früher erfolgt, wenn die aufgelaufene Teuerung 4 Prozent überschreitet.

Die Mehrheit der Kommission folgt bei den Absätzen 1 und 4 dem Entwurf des Bundesrates. Da die AHV-Revision eine Konsolidierung der Finanzen bringen soll, ist die dreijährliche Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung der so genannte Sparbeitrag der heutigen Rentnergeneration. Nur wenn die Teuerung über ein Mass von 4 Prozent seit der letzten Rentenanpassung ansteigt, passt der Bundesrat die ordentlichen Renten früher an.

Der Antrag Rechsteiner-Basel, bei der zweijährlichen Anpassungsfrist zu bleiben, unterlag in der Kommission mit 9 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Antrag Triponez, die Renten alle vier Jahre anzupassen und dadurch in der AHV statt 150 Millionen pro Jahr 230 Millionen Franken einzusparen, unterlag in der Kommission mit 5 zu 8 Stimmen. Wir müssen uns bewusst sein, dass mit einer späteren Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung für die Rentenbezüger und -bezügerinnen die Renten auf ihrer aktuellen Höhe blockiert bleiben, auch wenn die Lebenshaltungskosten angestiegen sind.

Der Antrag der Minderheit Triponez zu Absatz 4 in Artikel 33ter, die ordentlichen Renten nur dann früher anzupassen, wenn der Landesindex seit der letzten Rentenanpassung um mehr als 6 Prozent angestiegen ist, unterlag in der Kommission deutlich mit 4 zu 18 Stimmen.

Ich bitte Sie folglich klar, in Artikel 33ter Absätze 1 und 4 dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: De l'avis du Conseil fédéral, la consolidation de l'AVS exige l'engagement de l'ensemble de la population, y compris les rentiers. Passer d'une adaptation bisannuelle à



une adaptation trisannuelle permet une économie de 150 millions de francs. Cette modification repose sur les discussions de la "table ronde" de 1998. Toutefois, il y a un certain nombre de garde-fous sociaux. Dès que le renchérissement dépasse 4 pour cent, il y a adaptation; celle-ci pourrait même avoir lieu chaque année si l'évolution de la situation y obligeait. Par ailleurs, les prestations complémentaires restent toujours à disposition en cas de nécessité.

Le renoncement des rentiers à ces 150 millions de francs paraît admissible aux yeux de la majorité de la commission, puisque le dispositif social n'est pas mis en danger par cette mesure. Par contre, il n'en va pas de même de la proposition de minorité II (Triponez) qui aboutirait, certes, à une économie de 230 millions de francs, et même de 270 millions de francs si l'on suit son intention de n'adapter les rentes au renchérissement que si l'indice suisse des prix à la consommation augmente de 6 pour cent. Cette proposition drastique a été repoussée, par 8 voix contre 5. A l'autre extrémité, la minorité I (Rechsteiner-Basel) ne veut rien changer du tout au système actuel qui prévoit une adaptation tous les deux ans avec un taux de renchérissement déclenchant de 4 pour cent.

La majorité de la commission ne partage pas cet avis. Elle estime, par 13 voix contre 9 et avec 1 abstention, que l'on peut quand même raisonnablement demander également aux rentiers de consentir un petit effort selon le principe de la symétrie des sacrifices, conformément au projet du Conseil fédéral.

Dreifuss Ruth (,): A l'origine, cette réflexion sur le taux d'adaptation a été liée à la "table ronde" et aux mesures d'économie. Heureusement, je dirai, cette

AB 2001 N 446 / BO 2001 N 446

mesure n'a pas été nécessaire. En particulier, la recherche de l'équilibre de ces mesures d'économie a justifié qu'on ne maintienne pas ce taux dans ce paquet.

Nous sommes aujourd'hui dans une procédure tout à fait ordinaire où nous devons nous poser la question de savoir comment garantir à moyen et à long terme l'équilibre de l'AVS. Parmi les mesures envisageables, il y a celle-ci. Dans le cadre d'un équilibre entre les sacrifices que l'on demande aux uns et aux autres, cette mesure semble acceptable. Il ne s'agit donc plus d'une mesure d'urgence, il s'agit d'une procédure tout à fait ordinaire sur laquelle nous avons la possibilité de nous pencher, de réfléchir quant aux conséquences et de voir si cela est acceptable. Aux yeux du Conseil fédéral, ça l'est, mais ça l'est uniquement à condition que l'on maintienne les 4 pour cent de renchérissement comme le seuil qui permet d'adapter les rentes, à l'intérieur d'une période de trois ans.

Les propositions qui nous sont soumises, en particulier celles qui consisteraient à choisir à la fois un rythme de quatre ans et le seuil de 6 pour cent, conduiraient à demander un effort additionnel aux personnes retraitées de 270 millions de francs, par exemple si on prend l'année 2003. La perte subie par la lenteur de l'adaptation serait, en une seule année, de ce montant.

Nous nous contentons de demander un sacrifice de 150 millions de francs. Il est lourd, mais il nous paraît acceptable. Encore une fois, avec la proposition de minorité II (Triponez), c'est, dans ce cas de figure, 420 millions de francs qui devraient être demandés et qui appauvriraient d'autant ceux qui reçoivent les rentes. Cela est absolument exagéré, d'autant plus, j'aimerais quand même le rappeler, que quatre ans, c'est long pour une personne âgée. C'est long, quand on s'approche du terme de la vie, pour savoir si l'on peut maintenir le pouvoir d'achat auquel on s'est habitué. En général, on s'est adapté à la baisse en essayant tout simplement de faire face aux dépenses à l'aide d'une rente et des revenus qui restent pour cette tranche de vie.

En d'autres termes, j'aimerais vous demander, comme d'autres l'ont fait, de rejeter à la fois la proposition de minorité I et la proposition de minorité II en ce qui concerne le premier point, la proposition de minorité II en ce qui concerne le taux-seuil pour l'adaptation, et de suivre la majorité de la commission et le Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 45 Stimmen

Definitiv – Définitivement

(namentlich – nominatif; 00.014/1210)

Für den Antrag der Mehrheit 104 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 70 Stimmen

**Art. 33ter Abs. 2***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Suter, Triponez)

Der Rentenindex setzt sich zusammen aus einem Drittel des Nominallohnindex und zwei Dritteln des Landesindex der Konsumentenpreise, welche vom Bundesamt für Statistik ermittelt werden.

Minderheit II

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

Der Rentenindex setzt sich zusammen aus zwei Dritteln des Nominallohnindex und einem Drittel des Landesindex der Konsumentenpreise, welche vom Bundesamt für Statistik ermittelt werden.

Art. 33ter al. 2*Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Suter, Triponez)

L'indice de rente se compose pour un tiers de l'indice du salaire nominal et pour deux tiers de l'indice national des prix à la consommation, fournis par l'Office fédéral de la statistique.

Minorité II

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

L'indice de rente se compose pour deux tiers de l'indice du salaire nominal et pour un tiers de l'indice national des prix à la consommation, fournis par l'Office fédéral de la statistique.

Heberlein Trix (R, ZH): Der Mischindex, wie er heute besteht, wurde 1980 eingeführt. Die Minimalrente betrug damals 550 Franken. Heute liegt sie dank dieser Anpassung bei 1005 Franken minimal, und die Maximalrenten sind im Zeitraum von 20 Jahren um rund 83 Prozent gestiegen. Würde nur eine Preisanpassung berücksichtigt, läge die Rente bei 955 Franken, würde die volle Lohnentwicklung mit einbezogen, läge sie bei 1055 Franken. Die Ersatzquote, also das Verhältnis zwischen Rente und früherem Einkommen, ist durch die 50 Prozent Lohn- und 50 Prozent Preisbasis des heutigen Rechtes kleiner geworden, ohne dass dies für die Rentner zu einschneidenden Konsequenzen führte. Denn die Minimalrente wurde, Sie haben es gehört, auf 1005 Franken erhöht.

Mit meinem Antrag möchte ich nicht das "système génial", wie Frau Bundesrätin Dreifuss den Mischindex in der Kommission genannt hat, abschaffen. Im Gegenteil, wir stehen zum Mischindex. Aber auch ein "système génial" müsste den Verhältnissen der Zeit angepasst werden – wir wollen lediglich den anteilmässigen Einbezug von Lohn und Preisindex verändern. Das Verhältnis von zwei Dritteln Preisindex und einem Drittel Nominallohnindex, wie ich es in meinem Antrag vorschlage, hätte längerfristig einen höheren Spareffekt zur Folge. Die einzelnen Rentner werden im Rahmen des etablierten BVG-Systems in zehn bis zwanzig Jahren diese Einbusse kaum zur Kenntnis nehmen. Wir wollen aus diesem Grund die zweite Säule auch für kleine Einkommen stärken, wie dies in der Subkommission BVG im Moment vorbereitet wird. Die Beitragszahler, die jungen Familien, hätten aber eine Erleichterung im Bereich der direkten und indirekten Steuern.

Wir haben hier die Aufgabe, für die AHV langfristige Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, damit nicht die Generation der Aktiven, die immer kleiner wird, unverhältnismässig belastet wird. Dabei sind sämtliche Leistungen in unserem Dreisäulensystem mit einzubeziehen, und es ist nicht ein selektives Wunschdenken zu pflegen. Eine Opfersymmetrie, welche sich auf das Rentenalter der Frau und die Witwenrente beschränkt und nicht alle zukünftigen Rentner in die Massnahmen mit einbezieht, ist für uns inakzeptabel. Nach zehn Ausbaurevisionen haben wir zur Kenntnis zu nehmen, dass in Zukunft nicht mehr eine wachsende Zahl Beitragszahler existiert, welche dies zu finanzieren hat, und dass die abnehmende Zahl der Aktiven nicht zu Beitragserhöhungen und zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten bereit sein wird.



Der Antrag der Minderheit II (Rechsteiner-Basel) wird bei gleich bleibender Lohnentwicklung zu erheblichen Mehrkosten führen. Er ist wohl auch politisch nicht ganz seriös gemeint, sondern als Gegenantrag zum Antrag der Minderheit I.

Im Lauf der Jahre wirken sich die Einsparungen kumulativ aus, Stichwort Anzahl Rentner. Bei einem Prozent Produktivitätswachstum ergeben sich nach zehn Jahren rund

AB 2001 N 447 / BO 2001 N 447

650 Millionen Franken Einsparungen pro Jahr, nach zwanzig Jahren gar 1400 Millionen Franken, ohne dass dies mit neuen Beiträgen ausgeglichen werden müsste.

Die Kommission hat den Antrag der Minderheit I mit 13 zu 11 Stimmen – also ganz knapp – abgelehnt. Ich ersuche Sie, ihm nun hier zuzustimmen.

Wir haben bei der Witwenrente auch erhebliche Mehrausgaben gegenüber der Vorlage des Bundesrates vorgenommen. Diese sind nicht durch zusätzliche Mehrwertsteuerprozentente oder Lohnprozentente, sondern durch eine langfristige Sanierung hereinzuholen.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Frau Heberlein will die Renten von der Lohnentwicklung abkoppeln. Das hätte in der Tat dramatische Folgen für die AHV. Sie schütteln den Kopf, Frau Heberlein – natürlich wollen Sie die Renten von den Löhnen abkoppeln; Sie machen es einfach in Etappen, jetzt kommt die erste Kürzung. Sie haben gesagt, wie viel Geld das ausmacht: 650 Millionen Franken nach zehn Jahren. Wir schlagen Ihnen im Gegensatz dazu vor, die Renten vermehrt wieder an die Lohnentwicklung anzupassen. Denn wir stellen fest, dass die AHV, gemessen an den Löhnen für Neurentner, wegen dem Mischindex ständig an Wert verliert. Die Erosion macht seit Einführung des Mischindex mehr als fünf Prozent aus und geht bei hoher Lohnentwicklung, wie wir sie jetzt haben, verstärkt weiter.

Was hat es für Folgen, wenn Sie den Mischindex abschaffen? Natürlich, die Leute wollen eine gute Alterssicherung, sie bringen mehr Geld in die zweite Säule. Das Vermögen der zweiten Säule ist seit 1975 von 50 auf 500 Milliarden Franken gestiegen; es hat sich verzehnfacht. Wie ich schon gesagt habe, werden fünf Prozent des Bruttosozialproduktes als Kapitalexpert ins Ausland exportiert; man weiss nicht, wohin mit dem Geld.

Der Währungsfonds schrieb dazu, dass sich der Kapitalbestand als eigentliche Fehlinvestition erweise: "Wenn in einer dynamisch-effizienten Wirtschaft die Investitionen die Gewinne stets übersteigen, wenn mehr in den Kapitalektor eingezahlt wird, als daraus zurückfliesst, dann wird er zur Nettobelastung für die Volkswirtschaft." Sie sehen, es hat volkswirtschaftlich kontraproduktive Folgen, immer mehr Geld in die zweite Säule zu stecken. Es ist klar, woher der Antrag der Minderheit I (Heberlein) kommt, er trägt die Handschrift der Banken und der Versicherungen.

Empirisch gesehen, rückblickend, ist es nicht so, dass das Umlageverfahren schlechter rentiert hat als die Kapitaldeckung, auch wenn die Börsenkurse in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Es scheint mir fast, dass die Köpfe gewisser Leute durch die dort gemachten Gewinne etwas umnebelt sind.

Wenn wir nämlich die Börsenentwicklung ins Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Substanz setzen, stellen wir fest, dass die hohen Bewertungen in den Bilanzen der Pensionskassen eigentlich Überbewertungen sind. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis hat sich bei den Aktien von zehn auf dreissig erhöht. Das heisst, Aktien sind heute im Mittel dreimal höher bewertet als in den Siebzigerjahren. Es droht hier das Gleiche wie bei den Immobilien: Wenn Sie immer mehr Geld in die zweite Säule stecken, kommt es periodisch zu Kurseinbrüchen, zu grossen Wertverminderungen, zu Kapitalvernichtung.

Die Kurseinbrüche der letzten zwölf Monate haben manchem Vermögensverwalter bereits die Augen geöffnet und schmerzhaft in Erinnerung gerufen, dass die Bäume eben nicht in den Himmel wachsen. Was uns dann in der zweiten Säule droht, ist Folgendes: Der Mindestzins wird herabgesetzt, wenn keine Rendite mehr erwirtschaftet wird, und die Leute verlieren ihr Geld und ihre Rentenansprüche. Deshalb ist es wichtig, dass die Arbeitsteilung zwischen AHV und zweiter Säule so weitergeführt wird, dass die AHV nicht erodiert.

Sie argumentieren stets mit der Demographie, aber so und so viele Prognosen haben sich als falsch herausgestellt. Ich zitiere aus der Vergangenheit, aus den Berichten des Bundesamtes für Sozialversicherung: 1978 hat das Bundesamt für das Jahr 1990 einen Milliardenverlust prognostiziert. Die AHV machte dann 1990 zwei Milliarden Franken Überschüsse.

Der IDA-Fiso-Bericht rechnete mit einer Dauerkrise ab dem Jahr 2005. Jetzt hat das Bundesamt für Statistik diese Prognose aus dem Jahre 1995 bereits revidiert und die Dauerkrise um zehn Jahre hinausgeschoben.

In der Botschaft des Bundesrates zur 11. AHV-Revision steht, wir müssten im Jahr 2003 zusätzliche Mehrwertsteuerprozentente einführen. Noch während der Beratungen musste diese Zahl zweimal nach oben korrigiert werden. Jetzt sind wir beim Jahr 2007, in dem die ersten Mehrwertsteuerprozentente fällig sind, und dabei ist das



Gold der Nationalbank noch nicht einmal eingerechnet. Deshalb können wir damit rechnen, dass die AHV in diesem Jahrzehnt mit grosser Wahrscheinlichkeit einen ausgeglichenen Haushalt aufweist. Solche Zwangsmassnahmen, wie sie hier vorgeschlagen werden, die der AHV ans Leder gehen, sind unnötig, und sie sind unsozial.

Lehnen Sie den Antrag der Minderheit I ab, und stimmen Sie dem Antrag der Minderheit II zu.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit I (Heberlein) zu unterstützen.

Gehen wir das Problem doch einmal auf einer sachlicheren Ebene an. Der Mischindex hat zwei Komponenten: Erstens legt er die Erstrente fest, zweitens passt er die laufenden Renten der Teuerung an. Der Mischindex wurde seinerzeit von Bundesrat Tschudi willkürlich festgelegt. Er wird zur einen Hälfte über den Index der Konsumentenpreise, zur anderen Hälfte über den Index der Lohnentwicklung berechnet. Damit nehmen die Erstrentner je zur Hälfte Anteil an der Produktivität und an der Teuerung. Aber auch die Bezüger der laufenden Renten erhalten, nachdem sie aus dem aktiven Berufsleben, aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschieden sind, immer noch die Hälfte des laufenden Wirtschaftswachstums ausgeglichen. Das hat in den Neunzigerjahren dazu geführt, dass die Löhne der aktiven Erwerbstätigen real stagnierten oder sogar zurückgingen, während die AHV-Renten real erhöht wurden.

Die Wirkung einer Korrektur hier ist nicht zu unterschätzen. Würden die Erstrenten nach dem geltenden Mischindex festgelegt und die laufenden Renten der Teuerung angepasst, so könnte die Finanzierung der AHV laut wissenschaftlichen Berechnungen der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich ohne Weiteres bis über das Jahr 2015 hinaus gesichert werden.

Aber es gäbe bei den Rentnern unterschiedliche Eintrittsgenerationen. Damit erhielte jede Generation ihren Anteil am Wirtschaftswachstum – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Aber die laufenden Renten erhielten jedes Jahr die Teuerung ausgeglichen. Die Kaufkraft der Renten bliebe erhalten. Der Effekt auf den Finanzhaushalt der AHV ist deshalb so ausgeprägt, weil die kommende Rentnergeneration der Babyboomer nur noch das erhält, was sie einmal als Wirtschaftswachstum selber erarbeitet hat. Auf die Einzelrenten selber sind die Auswirkungen klein. Sie haben es von Frau Heberlein gehört. Es sind nicht einmal fünf Franken pro Rente. Die Auswirkungen wachsen aber mit den Jahren, mit den Zinsen und Zinseszinsen, die anders anfallen.

Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, den Antrag der Minderheit I (Heberlein) zu unterstützen. Er sieht keine direkte Zweiteilung des Mischindex vor. Er möchte die Lohnentwicklung zu einem Drittel und dafür die Teuerung zu zwei Dritteln berücksichtigen. Das liegt im Interesse der Rentnerinnen und Rentner. Wie wir aus der Demographie wissen, nimmt die Zahl der Erwerbstätigen ab, und die Zahl der über 65-Jährigen nimmt zu. Damit werden die Löhne steigen, weil weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden, als man eigentlich bräuchte. Während die Belastung der Aktiven zunehmen würde – sie hätten mit ihren Lohnbeiträgen die Sozialversicherungen für mehr Empfänger zu stützen –, könnten die Rentner von dieser Lohnentwicklung über

AB 2001 N 448 / BO 2001 N 448

Gebühr profitieren. Dabei geht es beim Mischindex primär darum, die laufenden Renten der Teuerung anzupassen.

Mit diesem Vorschlag von einem Drittel Lohnentwicklung und zwei Dritteln Preisentwicklung wird den Rentnern also nichts weggenommen. Die Kaufkraft der Renten bleibt erhalten, aber die Aktiven werden weniger stark belastet.

Der Mischindex scheint bei der SP-Fraktion absolut sakrosankt. Die Wirkung des Mischindex in seiner heutigen Zusammensetzung wurde aber nie wissenschaftlich geprüft. Vor etwa dreissig Jahren wurde hier beschlossen, dass Bundesrat Tschudi Professor Würigler einen entsprechenden Auftrag geben solle. Tschudi machte aber schliesslich kein Geld dafür locker, und der Auftrag verlief im Sand. Also könnte der Mischindex statt 50 zu 50 genauso fundiert aus einem Drittel Lohnentwicklung und zwei Dritteln Preisentwicklung zusammengesetzt sein.

Es ist absolut unverständlich, warum Rudolf Rechsteiner uns vorwirft, wir wollten mit einer Korrektur den Mischindex abschaffen. Mit seiner Korrektur will er ihn ja auch nicht abschaffen. Gerade bei den Rentnern ist es doch wichtig, dass sie die Teuerung bei den Mieten, bei den Gesundheitskosten vergütet erhalten, um den täglichen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Von dramatischer Wirkung keine Spur!

Mit diesem Antrag tragen wir zu einer nachhaltigen finanziellen Sicherung der AHV bei. Er schafft keine Härtefälle und nimmt niemandem etwas weg. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Freisinnigen, den Antrag der Minderheit I (Heberlein) zu unterstützen.



Bortoluzzi Toni (V, ZH): Der Mischindex ist hier im Saal immer wieder ein Diskussionspunkt. Ich war schon mehrere Male dabei. Es dürfte vor allem daran liegen, dass der Einbezug der Lohnentwicklung schlicht und einfach unbefriedigend ist, weil er, wie Frau Egerszegi schon gesagt hat, eine Willkür darstellt. Ich hätte an sich nichts gegen einen sauberen Mischindex, der den für die Rentner wichtigen Warenkorb enthält und eine Lohnentwicklung mit einbezieht, welche für eine Berechnung der Entwicklung auch richtig ist. Wenn die ganze SVP-Fraktion dem Antrag der Minderheit I (Heberlein) zustimmt, dann vor allem deshalb, weil der Lohnindex, der heute zur Hälfte einbezogen ist, eben nicht dem immer wieder zitierten verfügbaren Lohn der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entspricht.

Dort liegt meines Erachtens das Problem: Für die Berechnung des Lohnindex für die Renten wird der Brutto-lohn der Arbeitnehmer einbezogen. Das ist ein Lohngefüge, welches mit den Interessen der Rentner eigentlich nichts mehr zu tun hat. Wenn beispielsweise die Sozialabgaben steigen, stehen dem Arbeitnehmer weniger Mittel zur Verfügung; für den Rentenindex aber können dann allfällige Lohnkorrekturen wirksam werden, obwohl der Arbeitnehmer weniger oder gleich viel Geld zur Verfügung hat. Das ist doch nicht die Idee eines Lohnindex. Das ist verfehlt.

In den Neunzigerjahren war genau dies der Fall, und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten weniger Mittel zur Verfügung, weil die Kosten für die Sozialversicherungen anstiegen. Aber beim Rentenindex hatte das überhaupt keine Auswirkungen. Kleinste Bruttolohnkorrekturen führten dann noch dazu, dass trotzdem eine Teuerung auf den Löhnen ausgewiesen wurde. Hierin liegt der grosse Mangel dieses Mischindex. Man müsste – ich habe das in der Kommission schon gesagt – diese Frage unbedingt einmal umfassend angehen. Hier bei dieser Revision ist es nicht möglich; man war darauf auch nicht vorbereitet. Aber es rechtfertigt sich aufgrund dieser speziellen Situation, den Lohneinbezug von der Hälfte – wie er heute gilt – auf einen Drittel zu korrigieren, wie es die Minderheit I vorschlägt. Damit wird dieses Zerrbild wenigstens etwas gemildert. Das allein wäre ein Grund, dem Antrag der Minderheit I (Heberlein) zuzustimmen. Ich bitte Sie darum.

Fasel Hugo (G, FR): Ich möchte dort weiterfahren, wo Herr Bortoluzzi aufgehört hat, weil sein Votum einen ganz grundlegenden Denkfehler enthält. Wir reden immer wieder vom Mischindex, vom Index überhaupt, und zwar als Massstab zur Anpassung der Renten. Das ist nur ein kleiner Teil der Wahrheit.

Der Mischindex wird für zwei Dinge gebraucht. Nicht nur für die Anpassung der Renten, die jemand bezieht, wenn er 65 und älter ist, sondern der Mischindex – das ist weit wichtiger – wird bei der Entstehung der Renten eingesetzt. Es geht um folgende Frage: Wie werden meine Einzahlungen nach und nach bis zum Rentenalter 65 hochgerechnet, wenn ich ab dem zwanzigsten Altersjahr Beiträge zahle? In diesem Bereich ist der Index wesentlich wichtiger, sogar wichtiger als anschliessend für die Rentenanpassungen bei jenen, die schon eine Rente beziehen. Dieser Teil wird immer wieder ausgeblendet, und nur deshalb kann man zu Aussagen kommen, wie Herr Bortoluzzi sie macht, wonach die Lohnentwicklung für die Rentnerinnen und Rentner, die heute eine Rente beziehen, eigentlich keine Rolle spielen sollte.

Wenn man sieht, dass der Mischindex für die Entstehung der Renten entscheidend ist, wird man ganz anders argumentieren müssen. Insofern hat dann auch Frau Egerszegi Recht, wenn sie sagt, dass dieser Teil für uns etwas Sakrosanktes hat.

Noch ein zweites Argument: Warum hängen wir am Mischindex und finden es grundlegend wichtig, dass er erhalten bleibt? Es geht einfach um die Sicherheit der AHV und der Personen, die von der AHV leben müssen. Es ist das entscheidende Argument und der entscheidende Vorteil gegenüber der zweiten Säule, dass wir dort einen klaren Anpassungsmechanismus haben. Alle, die einmal AHV bekommen, wissen, was sie erwartet. Diese minimalen Sicherheiten in diesem Lande sollten wir nicht antasten. Die Leute sollten wissen, was eine AHV-Rente dann in ihrer Fortentwicklung auch wert sein wird.

Ich habe in den letzten Jahren öfter Inserate von Lebensversicherungen zur Seite gelegt. Schon jetzt, heute, da der Ausgleich der Teuerung und teilweise die Anpassung an die Lohnentwicklung garantiert sind, wird in diesen Inseraten immer wieder gesagt, die AHV sei nicht mehr sicher, sie würde ja in Schwierigkeiten geraten, schreibe rote Zahlen, man solle doch bitte selber noch etwas ansparen, solle eine Lebensversicherung abschliessen usw.

Stellen Sie sich vor, welcher Inserateschwall uns an dem Tag erwarten wird, an dem die gleichen Marketingexperten dann auch noch sagen können, die AHV-Renten würden ja nicht mehr wie in der Vergangenheit garantiert angepasst, man müsse diese Unsicherheiten auf jeden Fall durch ein Lebensversicherungsprodukt abdecken! Das ist nicht die Lösung, die wir wollen. Wir wollen, wie gesagt, sichere Renten für jene, die künftig Renten beziehen, und für solche, die sie bereits haben.

Wir stimmen deshalb dem Antrag der Minderheit II zu. Wir haben aber auch Verständnis dafür, dass einige nicht über den historischen Kompromiss hinausgehen möchten und deshalb dem Antrag der Mehrheit zustimmen.



Rossini Stéphane (S, VS): Au nom du groupe socialiste, je vous propose de soutenir la proposition de minorité II (Rechsteiner-Basel) et de vous opposer à la proposition de minorité I (Heberlein). En effet, sous des airs de principe technique, vous l'avez remarqué dans le débat jusqu'ici, la question d'indice mixte relève en fait d'un enjeu politique fondamental. Elle touche l'essence même du revenu de substitution qui sous-tend la mise sur pied de l'AVS et ses effets économiques, non seulement en termes de redistribution, mais aussi en termes de capacité de consommation des rentiers. Cet effet de revenu de substitution est essentiel.

Dans notre pays, malgré la constitution, alors que les rentes AVS sont loin d'atteindre les objectifs que nous avons définis démocratiquement – c'est aussi une question sur laquelle nous devrions peut-être un jour nous pencher sérieusement – d'autre part, alors que les prestations complémentaires sont extrêmement inégales selon les cantons et que leur accès est plus ou moins difficile, ou facile diront certains, dans ce domaine on doit quand même observer qu'entre un

AB 2001 N 449 / BO 2001 N 449

quart et un tiers des ayants droit n'en bénéficient pas, ce qui doit nous interpellier. Nous devons impérativement tenir compte de l'évolution du coût de la vie et assurer un niveau de rente qui soit suffisamment élevé pour se rapprocher un tant soit peu de l'objectif constitutionnel. C'est là tout le principe qui sous-tend notamment cette question du renchérissement.

Pour la gauche et les syndicats, nous le réclamons avec vigueur pour les salaires. Si nous faisons une analogie avec les rentiers, nous ne devons plus parler de revendication, mais plus simplement de nécessité. C'est un minimum que l'on doit exiger. Le renchérissement est pour nous une composante essentielle de la solidarité. Reste à lui donner un minimum de substance.

En privilégiant l'évolution des prix et non celle des salaires, tel que le fait la proposition de minorité I, on opte pour le choix de pénaliser cette adaptation en l'affaiblissant. Pour que celle-ci ne soit pas ralentie, le consensus qui est trouvé de très longue date par la moyenne arithmétique en vigueur dans la loi, ce consensus devrait pour le moins être maintenu. Malheureusement, dans le cadre du débat actuel, les velléités d'économie et de réduction du premier pilier sont telles que l'on doit privilégier un mouvement inverse. C'est le sens de la proposition de minorité II que nous devons soutenir.

La réalité du niveau des rentes dans ce pays et son décalage par rapport aux objectifs constitutionnels sont tels que l'adaptation doit être substantielle.

C'est donc en dénonçant les dangers de symétrie des sacrifices additionnels, parce qu'on additionne des sacrifices aujourd'hui et que ces sacrifices deviennent la règle, qu'au nom du groupe socialiste, je vous demande de soutenir la proposition de minorité II (Rechsteiner-Basel).

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Ich spreche zur dritten Pièce de résistance in dieser Vorlage, nämlich zum Mischindex. Es ist sehr wichtig und sehr bedeutungsvoll, was wir heute in Artikel 33ter Absatz 2 betreffend Teuerung bestimmen und entscheiden.

Dieser Mischindex ist das arithmetische Mittel zwischen Lohn- und Preisindex. Diese Anpassungsmethode bezweckt die Erhaltung der Kaufkraft und die Partizipation am Produktivitätsfortschritt. Bereits laufende Renten und Neurenten werden gleich behandelt. Dadurch wird verhindert, dass für jeden Rentnerjahrgang ein anderes Rentensystem mit unterschiedlichen Minimal- und Maximalrenten entsteht.

Diese Anpassungsmethode besteht seit der 9. AHV-Revision und hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren bewährt. Der Mischindex ist ein zentraler Punkt in der Altersversicherung, welcher auf die Rentenmenge einen sehr bedeutungsvollen Einfluss hat. Der Mischindex wirkt bei der Berechnung der Neurente – Sie haben es vorhin von Herrn Fasel erklärt bekommen –, bei der Aufwertung der Einkommen, bei Rentenformeln sowie bei der Anpassung der laufenden Rente.

Stellen Sie sich vor, die ganze Million Rentner und Rentnerinnen würden vor dem Bundeshaus stehen und mit der Glocke läuten; es geht um ihre Rentensumme in der Zukunft.

In Artikel 30 schlägt der Bundesrat, wie vorhin erwähnt, vor, die Erwerbseinkommen jahresweise entsprechend dem Rentenindex aufzuwerten. Da wo eigentlich der letzte aktuelle Lohn stehen müsste, steht der Rentenindex. Hinkt nun der Rentenindex dem Lohnindex immer hintennach, wird automatisch das rentenbildende Einkommen Jahr für Jahr etwas weniger stark bewertet.

Die Minderheit I (Heberlein) möchte nun aus Spargründen in Zukunft einen anderen Rentenindex, der sich aus einem Drittel des Nominallohnes und aus zwei Dritteln des Landesindex der Konsumentenpreise zusammensetzt.

Die Minderheit II (Rechsteiner-Basel) möchte einen Rentenindex, zusammengesetzt aus zwei Dritteln Nominallohnindex und einem Drittel Landesindex für Konsumentenpreise.



Was heisst das konkret? 1980 betrug die einfache minimale Altersrente monatlich 550 Franken. Zwanzig Jahre später beträgt diese monatlich 1030 Franken. Diese Aufrechnung basiert auf je zur Hälfte Preis- und Lohnindex. Wären in den zwanzig Jahren die Renten nur gemäss Preisindex angepasst worden, würde die einfache minimale Altersrente heute monatlich 985 Franken betragen, also 45 Franken weniger. Wären die Renten in all den Jahren gemäss Lohnindex aufgewertet worden, würde die einfache minimale Altersrente heute 45 Franken mehr betragen. Sie sehen also, der Rentenindex ist ein Schlüsselement in der Altersversicherung, da er massgeblich die Rentensumme bei deren Entstehen bestimmt. Dazu ist zu erwähnen, dass eine Veränderung des Rentenindex zulasten der Renten eine Verschiebung zu den Ergänzungsleistungen bewirken könnte.

Folgen wir der Minderheit I, bauen wir sukzessive die Rentenmenge etwas ab und werden dadurch der Teuerung nicht voll gerecht. Geben wir der Minderheit II Recht, wird die Rentenmenge kontinuierlich etwas höher angepasst, als die ordentliche Teuerung dies bedingt. Ideal wäre für die Rentnergeneration natürlich die Lösung der Minderheit II. Sie wissen aber, dass die 11. AHV-Revision unter dem Stern der Konsolidierung steht. Deshalb ist der Antrag, das arithmetische Mittel zwischen Lohn- und Preisindex auch zukünftig anzuwenden, ein guter und vertretbarer Kompromiss. Dieser Mischindex ist kein Geschenk an die heutige Rentner- und Rentnerinnengeneration, sondern ein Versprechen an die Jungen, dass sich ihre Beiträge an die AHV auch zukünftig entwickeln und sich dem Preis- und Lohnindex anpassen werden.

Wenn schon im Volk immer die Angst besteht, einmal keine AHV-Renten mehr beziehen zu können, so haben wir heute einmal mehr die Gelegenheit, diese Rentenleistungen abzusichern und zukünftigen Generationen eine ausgewogene Rentenmenge in Aussicht zu stellen.

In der Kommission ist der Antrag Heberlein mit 11 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung unterlegen, und der Antrag Rechsteiner-Basel ist mit 14 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt worden.

Ich bitte Sie namens der Mehrheit der Kommission, der Mehrheit überzeugend zuzustimmen.

Le président (Hess Peter, président): Le groupe libéral déclare qu'il va soutenir la majorité.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: L'indice mixte a donné lieu à des débats absolument passionnés en commission. Les deux propositions qui vous sont soumises se sont très ardemment affrontées.

Celle de la minorité I (Heberlein) envisage de réaliser des économies supplémentaires qui pourraient se monter à environ 1,1 milliard de francs d'ici 2020, avec une croissance de la productivité de 1 pour cent en prenant en considération l'indice des salaires dans une proportion de un tiers et celui des prix à la consommation à raison de deux tiers. Ses adversaires contestent ces objectifs d'économie. Ils font valoir que, depuis 1948, l'AVS a permis de réaliser régulièrement des améliorations, sans jamais mettre son financement en danger. Pourquoi devrait-il en être tout d'un coup ainsi, alors que la croissance économique se poursuit, même si cette évolution est plus modeste et parfois par à-coup? De plus, la proposition de minorité I met potentiellement en péril l'objectif fondamental de l'AVS, à savoir la garantie des besoins vitaux, en s'appuyant indirectement sur le deuxième pilier.

La minorité II (Rechsteiner-Bâle) aimerait au contraire combattre l'érosion des rentes résultant de l'indice mixte en introduisant une proportion inverse (deux tiers salaire, un tiers indice des prix à la consommation), les coûts supplémentaires cette fois-ci également de 1,1 milliard de francs, mais dans le sens inverse bien entendu, étant couverts par la croissance économique.

Cette vision des choses ne paraît pas très réaliste non plus, ne fût-ce que parce que jusqu'à présent il y avait un rentier pour quatre personnes actives et que l'on se dirige vers la proportion d'un rentier pour 2,5 personnes actives en 2025.

AB 2001 N 450 / BO 2001 N 450

Par ailleurs, les protagonistes de l'une et de l'autre proposition ne prennent pas suffisamment en compte les mérites de l'indice mixte. Il ne s'agit pas simplement de l'adaptation de la rente au renchérissement, mais aussi de la fixation des nouvelles rentes et du maintien, par ce biais, d'une relation harmonieuse entre cotisants nouveaux et anciens rentiers. Toute remise en question de l'indice mixte compromet cette mécanique subtile, pénalise les nouveaux rentiers en accroissant l'érosion des cotisations par rapport à la rente et introduit des disparités entre nouveaux et anciens rentiers qui, au gré du renchérissement, ont un pouvoir d'achat différent.

Cette argumentation du Conseil fédéral convainc la commission qui rejette la proposition de minorité I, par 13 voix contre 11 et avec 1 abstention, et la proposition de minorité II, par 14 voix contre 8 et avec 2 abstentions. Elle vous prie d'en faire de même.

Dreifuss Ruth (,): Effectivement, le système de l'indice mixte est un système subtil et je crois qu'il n'a jamais





été débattu avec autant de clarté qu'actuellement. Je m'étonne seulement qu'après la magistrale explication donnée par Mme Egerszegi, qui a vraiment compris la subtilité de la mécanique, cette dernière en arrive à une conclusion qui ne tient pas compte de la logique de ce système, mais qui applique sur la longue période un système qui conduit à une érosion plus rapide des nouvelles rentes et à une adaptation plus lente des rentes versées aux rentiers eux-mêmes.

Permettez-moi juste de résumer encore une fois simplement de quoi il s'agit, et Mme Egerszegi encore une fois l'avait fort bien dit, c'est sa conclusion qui m'étonne. Pendant la période où l'on accumule un droit, c'est-à-dire pendant la vie active, on cotise en fonction de l'évolution des salaires. Il est donc important de savoir si la rente que l'on touchera à la fin de cette période est dans une relation acceptable avec les cotisations que l'on a versées; cela tient vraiment au principe d'assurance, dans ce cas. Et cela se déroule sur une longue durée, sur quarante ans!

Donc, si l'on n'a pas cette dynamisation totale, comme d'autres pays l'ont choisie pour le calcul des nouvelles rentes, mais que l'on tient compte non pas pleinement de l'augmentation des salaires, mais d'un indice pondéré moitié-moitié, salaire/augmentation des coûts, on assiste à une lente érosion. De génération en génération, la proportion entre ce qui est versé et ce qu'on touche au moment où l'on devient rentier est un peu moins favorable.

Cela serait totalement défavorable. Ce serait l'accrocher à un élément sans relation directe avec la cotisation versée, si on ne l'adaptait qu'au renchérissement et non à l'évolution des salaires qui, elle, reflète en même temps l'évolution des cotisations. Avec l'indice mixte à la place de la pleine dynamisation, donc du plein rattachement à l'augmentation des salaires, nous avons aussi une légère érosion du taux de remplacement du salaire par la rente. Mais cette légère érosion est compensée, pendant les vingt ans durant lesquels on touche la rente, par une adaptation de cette dernière qui est, en moyenne, supérieure sur cette période à la simple compensation du renchérissement. Nous avons donc un système de balance entre le fait que le taux de remplacement a tendance à baisser et le fait que le taux d'adaptation des rentes est supérieur à celui que demanderait le simple renchérissement.

C'est ce que j'ai appelé un système génial, Madame Heberlein. Par l'intermédiaire d'un seul élément, on arrive à trouver cette balance avec, d'un côté, le même taux d'adaptation pour calculer ce que valent les cotisations et permettre de déterminer la nouvelle rente, encore une fois sur 40 ans, et, de l'autre, une adaptation possible des rentes pour les personnes qui sont déjà à l'âge de l'AVS. Si on ne veut pas de ce système, il faut alors découpler les choses. Il faut une pleine dynamisation pour le calcul de la rente au départ et, à ce moment-là, vous l'avez dit, on pourrait envisager de ne compenser que le renchérissement pour les rentiers. On aurait alors un système qui voudrait que les rentes soient différentes selon le moment où l'on est entré dans le système de la retraite.

Nous avons un système qui a fait ses preuves, nous avons un système qui établit en gros cette balance. Cette balance serait meilleure avec la proposition de minorité II, à cause de la période pendant laquelle il y a érosion et de la période pendant laquelle il y a amélioration de la situation. Mais nous avons pensé que dans cette proposition qui doit viser à consolider l'AVS, nous ne pouvions pas aller plus loin en faveur d'un indice qui tiendrait compte de l'évolution des salaires par rapport aux coûts.

Il faut donc rejeter la proposition de minorité I (Heberlein). Elle accélère l'érosion et elle permet moins de compenser dans l'âge. C'est donc un système qui consiste à affaiblir le premier pilier, alors qu'il est déjà tendanciellement en train de se faire remplacer dans l'ordre d'importance par le deuxième pilier. Il ne faut pas accélérer ce mouvement.

Une dernière remarque: l'argument qui consisterait à plaider ici en faveur de la proposition de minorité I au nom des jeunes familles de cotisants est bien sûr totalement faux. Les jeunes familles de cotisants veulent savoir quelles vont être leurs rentes lorsqu'elles seront à la retraite, et la proposition de minorité I leur dit: "Vous continuerez à payer des cotisations, mais vous aurez proportionnellement un moins bon taux de couverture de ce revenu, c'est-à-dire que vos cotisations constitueront des rentes plus faibles." C'est un marché de dupes que vous proposez là aux jeunes cotisants, aux familles.

Je vous prie de rejeter la proposition de minorité I. Avec moins de véhémence, parce qu'il y a des arguments de calcul qui vont dans le sens de cette proposition, je vous demande, malgré tout, de rejeter également la proposition de minorité II. Nous devons consolider l'AVS, et la proposition de minorité II consiste à augmenter la valeur des rentes. Nous ne pouvons pas aujourd'hui faire ce pas, même s'il pourrait être souhaitable.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire





Für den Antrag der Minderheit I 93 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II 78 Stimmen

Definitiv – Définitivement

(namentlich – nominatif; 00.014/1212)

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 77 Stimmen

Art. 33quater

Antrag der Kommission

Mehrheit

Titel

Finanzierung der Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung

Text

Zeichnet sich ab, dass der Ausgleichsfonds der AHV unter den Betrag von 70 Prozent einer Jahresausgabe fällt, und ist die Finanzierung der Anwendung von Artikel 33ter AHVG nicht anderweitig gesichert, setzt die Anwendung von Artikel 33ter AHVG voraus, dass Volk und Stände einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zustimmen, und zwar in dem Umfang, dass mit den daraus erzielten Erträgen die Finanzierung der Anwendung von Artikel 33ter AHVG für eine Periode von mindestens fünf Jahren sichergestellt ist. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, beantragt der Bundesrat, dass die Renten nur der Preisentwicklung angepasst werden.

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
Ablehnung des Antrages der Mehrheit

AB 2001 N 451 / BO 2001 N 451

Art. 33quater

Proposition de la commission

Majorité

Titre

Financement de l'adaptation des rentes à l'évolution des salaires et des prix

Texte

Si, selon toute probabilité, le fonds de compensation de l'AVS est inférieur à 70 pour cent de la somme correspondant aux dépenses d'une année et que le financement de l'adaptation prévue par l'article 33ter LAVS ne peut être assuré autrement, l'application de l'article 33ter suppose que le peuple et les cantons approuvent une augmentation du taux de la taxe sur la valeur ajoutée. Ladite augmentation doit permettre la perception de recettes qui assurent l'application de l'article 33ter LAVS pendant une période d'au moins cinq années. Si cette condition n'est pas remplie, le Conseil fédéral propose de n'adapter les rentes qu'à l'évolution des prix.

Minorité

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
Rejeter la proposition de la majorité

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Der nächste Antrag der Mehrheit beinhaltet bereits wieder Sparmassnahmen auf Vorrat; er ist wieder ein Angriff auf den Mischindex. Wir lehnen ihn ab, weil wir ihn für unnötig halten und weil wir aus der jetzigen Formulierung nicht erkennen können, wovon dieser Artikel eigentlich genau handelt. Es ist nämlich völlig unklar, was alles sonst noch im gleichen Paket drin wäre, wenn über ein neues Mehrwertsteuerpaket abgestimmt und ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent abgelehnt würde. Angesichts gewisser Anträge aus dem Rat ist ja denkbar, dass man das nächste Mehrwertsteuerprozent mit dem Rentenalter 75 oder 85 verknüpft; dann wäre es logisch, dass die Bevölkerung so einen Vorschlag ablehnen würde. Ich bitte Sie deshalb, davon abzusehen, im Gesetz bereits jetzt präventiv Rentenabbau festzuschreiben.

Wir haben viele Möglichkeiten, die AHV zu finanzieren. Es ist nicht so, dass die Anträge dazu nicht gestellt wurden: Wir haben das Gold aus der Nationalbank, die Gewinne der Nationalbank, die wir als wiederkehrenden Beitrag für die langfristige Sicherung der AHV verwenden können, wir können eine Erbschaftssteuer einführen – bekanntlich ist eine Erbschaftssteuer mit der Alterspyramide positiv korreliert, und es tut niemandem weh,



wenn einige Millionärssöhnchen und Milliardärstöchterchen in Zukunft etwas leisten müssen, anstatt einfach nur ein Leben als Erbe oder Erbin zu führen. Ich glaube, wenn man die AHV finanzieren will, dann gibt es tatsächlich sehr viele Möglichkeiten dazu. Wir wehren uns dagegen, dass die Sparschraube immer gegen die kleinen Einkommen geht, während man bei der dritten Säule in der Kommission jetzt bereits wieder daran geht, Steuergeschenke zu machen – das ist einseitig.
Lehnen Sie hier diese Kürzung der Renten auf Vorrat ab!

Hess Peter (C, ZG): Die FDP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Mehrheit unterstützt.

Gross Jost (S, TG): Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Minderheit zu unterstützen und diesen Artikel 33quater, den die Mehrheit zusätzlich ins Gesetz einfügen will, zu streichen.

Frau Bundesrätin Dreifuss hat in der Kommission gesagt, der Mischindex sei keine heilige Kuh, aber doch ein sehr geliebtes Vieh. Für uns ist der Mischindex die Garantie, dass die Renten über die hälftige Anbindung an die Löhne an die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande angekoppelt sind und bleiben. Wer das in Frage stellt, leistet einerseits der kalten Degression der Renten Vorschub, das heisst, dass die Renten schleichend immer mehr an Kaufkraft verlieren. Er fördert aber andererseits auch die zweite Säule mit dem Kapitaldeckungsverfahren zulasten der AHV, die immer noch für zwei Drittel der Rentner in diesem Land die wichtigste Einkommensquelle ist. Und schliesslich relativiert dieser Mehrheitsantrag den in Artikel 111 BV festgelegten Verfassungsauftrag, der die AHV verpflichtet, Existenzsicherung zu gewährleisten.

Von der Lohnentwicklung abgekoppelte Renten können auf Dauer nicht existenzsichernd sein. Schliesslich kommt dieser sehr fragwürdige Automatismus bei der Anpassung der Renten dazu, der in Artikel 33quater gemäss Mehrheitsantrag vorgesehen ist. Das bedeutet nichts anderes als eine Aushöhlung der parlamentarischen Kompetenzen in einem zentralen Bereich der Rentenbemessung. Das ist Notrecht in der Kompetenz des Bundesrates. Das Parlament würde gewissermassen die eigene Entmachtung in diesem Bereich beschliessen, und das Notrecht würde genau in jenen Zeiten der wirtschaftlichen Rezession, der wirtschaftlichen Not, aufgrund der sinkenden Lohnsummen und der sinkenden Lohnnebenkosten anwendbar sein.

Genau zu diesem Zeitpunkt wäre die existenzhaltende Bedeutung, die existenzhaltende Funktion der Renten infrage gestellt. Das wollen wir nicht, das ist ein weiterer Angriff auf den Mischindex.

Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit zu folgen.

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich bitte Sie namens der CVP-Fraktion, der Mehrheit zuzustimmen. Es gibt berechenbare und nicht berechenbare, offene Faktoren bei der Sicherung der Finanzierung der AHV. Nicht berechenbar ist zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung. Diese ist ungewiss. Hätten Sie 1989 gedacht, dass wir im Jahre 1994 ganze 6 Prozent Arbeitslose haben? Nicht berechenbar ist auch die Partizipation am Arbeitsmarkt. Wir haben eine Erwerbsquote von 83 Prozent. Berechenbar ist die Demographie.

Das ordentliche Rentenalter haben wir bei 65 Jahren festgelegt, und jetzt das Rentenniveau und die Rentenanpassungen, also den Mischindex. Hier sind längerfristig Finanzierungssicherungen möglich. Die hat die Kommission in diesen Artikel 33quater eingebaut und eine gute Lösung gefunden. Demnach muss der Bundesrat Antrag stellen, dass die Renten nur dann der Preisentwicklung angepasst werden, wenn der Ausgleichsfonds der AHV unter den Betrag von 70 Prozent einer Jahresausgabe fällt und die Mehrwertsteuerfinanzierung nicht gesichert ist.

Entscheiden tun wir dann hier im Rat, Herr Gross, das ist keine Aushöhlung der parlamentarischen Kompetenzen, im Gegenteil. Hier wird dann entschieden, der Bundesrat stellt den Antrag. Wir haben ja vorhin lang und breit die Mischindexdiskussion geführt: Ist er sozial, ist er gerecht?

Zur Frage, ob er gerecht ist, möchte ich sagen: Das Verhältnis Erwerbstätige zu Rentner von fünf zu eins wird ändern auf zwei zu eins. Es gibt immer mehr Leute, die weiter weg vom aktiven Wirtschaftsleben sind. Darum hat die Lohnentwicklung – das reale Wachstum der Löhne – eine immer weniger grosse Berechtigung für die laufenden Renten. Das zur Gerechtigkeit.

Zur Frage, ob er sozial ist: Der Rentner partizipiert ja nach wie vor an der Teuerung, an der Inflation. Das hat doch für ihn die entscheidende Bedeutung. Ich gebe zu: Wenn man ihn abkoppelt, ist das ein kleines Opfer, aber weil es sehr viele sind, ist der Gesamtbetrag eben gross.

Wir von der CVP-Fraktion haben den Antrag der Minderheit I (Heberlein) zu Artikel 33ter abgelehnt, weil er zu kurz greift. Wir sind aber der Auffassung, hier sei der Antrag der Mehrheit für die langfristige Sicherung der Finanzierung richtig. Diesen Antrag müssen wir im Interesse einer gesicherten Finanzierung annehmen.

Ich bitte Sie namens der CVP-Fraktion, bei Artikel 33quater der Mehrheit zuzustimmen.



Fasel Hugo (G, FR): Ich will mich bei diesem Artikel kurz halten, aber doch darauf hinweisen, dass es hier um nichts anderes geht als um politische Redlichkeit und politische Transparenz und – vielleicht für jene, die den Begriff noch kennen – auch um eine minimale politische Aufrichtigkeit.

AB 2001 N 452 / BO 2001 N 452

Wir wollen nicht zulassen, dass jene, die verhindern wollen, dass die AHV die nötigen Mittel bekommt – obwohl sie über die Mehrwertsteuer vorgesehen sind –, sich verstecken können, ohne zu sagen, wo anschliessend Leistungen gekürzt werden. Mit einem solchen Automatismus kann man sich einfach hinter einem Gesetz verstecken, ohne politisch die Verantwortung zu übernehmen und in aller Öffentlichkeit dafür einzustehen, wo man Leistungen kürzen will. Deshalb, denke ich, ist es notwendig, dass wir dem Antrag der Minderheit Rechsteiner-Basel klar und deutlich zustimmen.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu meinem Vorredner, der gesagt hat, wir seien als Parlamentarier immer weiter weg von jenen Leuten, die im aktiven Erwerbsleben stünden. Erstens einmal, Herr Widrig, beträgt das Verhältnis der Rentner zur aktiven Bevölkerung heute nicht eins zu fünf, sondern eins zu vier. Es ist ein relativ grosser Unterschied; in Ihrem Beruf werden Sie diesen Unterschied wohl verstehen.

Zweite Ergänzung: Sie sagten, dieses Verhältnis werde auf eins zu zwei ändern. Was wir bis ins Jahr 2020 wissen, ist, dass wir dann ungefähr bei eins zu drei sind. Ihre Behauptung, das Verhältnis werde eins zu zwei betragen, ist jenen Analysen entnommen, die vor kurzem auf den Tisch gekommen sind, in denen man den Leuten in diesem Lande klar machen will, wie das Verhältnis der aktiven Bevölkerung zu Rentnerinnen und Rentnern in sechzig Jahren aussehen wird.

Ich frage einmal hier im Saal – anderswo hat man ja die Gelegenheit nicht -: Ist das noch seriöse wissenschaftliche Arbeit? Ich sage: Nein. Wer hätte 1940 als Prophet auftreten und sagen wollen, wie unsere Bevölkerung im Jahr 2000 zusammengesetzt sein wird? Das hat etwas mit wissenschaftlicher Arroganz zu tun, mehr nicht.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Mit Artikel 33quater will die Mehrheit der Kommission den nötigen Fonds sicherstellen, den es für die Ausrichtung der jährlichen Rente sowie für deren Anpassung an die Teuerung braucht. Dieser Antrag kam in der Kommission zustande, nachdem in Artikel 33ter der Mischindex – so wie vorhin hier im Plenum – unverändert blieb, also weder ein kontinuierlicher Ausbau noch ein langsamer Abbau der Rentensumme beschlossen wurde.

Die Mehrheit der Kommission kann diesem Artikel 33quater auch einen präventiven Aspekt abgewinnen. Mit Artikel 33quater kann man bei einer möglichen Volksabstimmung über eine Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV den Warnfinger erheben und das Volk orientieren, dass die AHV-Renten gekürzt werden, wenn die von Bundesrat und Parlament beantragte Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zustande kommt. Stimmt das Volk nicht zu, weiss es zum Voraus, dass dann der Bundesrat dem Parlament gemäss Artikel 33quater beantragen kann, die Renten fortan nur noch der Preisentwicklung anzupassen. Entscheiden über eine mögliche Neuanpassung an die Teuerung würde aber in jedem Fall nicht der Bundesrat selbst, sondern das Parlament oder in letzter Instanz das Volk. Deshalb hat die Kommission mit 14 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung diesem Artikel 33quater zugestimmt.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: L'article 33quater est un article d'exception, pour le cas où le fonds de compensation tomberait en dessous de 70 pour cent. Ce taux de 70 pour cent ne tient pas du hasard. Il faut compter normalement avec une réserve de 15 à 20 pour cent pour faire face aux variations conjoncturelles. Mais comme le temps nécessaire pour prendre des mesures politiques de correction de la situation se situe entre trois et cinq ans, il faut compter avec un supplément de 50 pour cent pour assurer les rentes dans l'intervalle.

Relever le taux de la TVA est en effet une opération qui devra, sans aucun doute, être couplée à un projet de redressement. Vous n'accepterez jamais simplement de boucher un trou, et cela d'autant moins sans doute qu'en cas de refus, le Conseil fédéral vous proposera alors de n'adapter les rentes qu'à l'indice des prix.

La consolidation du fonds de compensation est manifestement dans l'intérêt de tous, mais en particulier de la jeune génération qui représente les rentiers de demain. La minorité Rechsteiner-Basel interprète le mécanisme fixé à l'article 33quater comme une attaque lancée contre l'indice mixte. Sans doute, mais une fois encore il s'agit d'une situation d'exception, et se priver d'un moyen d'intervention est tout simplement irresponsable.

La commission vous recommande donc d'accepter l'article 33quater et de refuser la proposition de minorité, par 12 voix contre 8 et avec 2 abstentions, en première lecture, et par 14 voix contre 7 et avec 1 abstention, en deuxième lecture.

Dreifuss Ruth (,): Vous me permettrez de parler un bref instant du point que nous n'avons pas encore discuté,



à savoir la modification de la constitution pour assurer le financement de l'AVS à travers la taxe sur la valeur ajoutée.

Pourquoi est-ce que je me permets de parler de cela, alors que nous ne sommes pas encore à ce point de l'ordre du jour? C'est parce que le Conseil fédéral avait proposé de faire un lien, au niveau de la constitution, entre la situation où le fonds de compensation descendrait en dessous de 70 pour cent des dépenses annuelles de l'AVS, et la possibilité de renoncer au mécanisme habituel d'adaptation des rentes.

Dans son projet, le Conseil fédéral prévoyait même de pouvoir aller très loin et de ne pas compenser le renchérissement, c'est-à-dire de mettre hors vigueur un article constitutionnel parallèle à celui-ci, qui pose comme niveau minimum de l'adaptation au moins le renchérissement.

Je considère la proposition de la majorité que M. Widrig a introduite dans la commission comme une alternative à la version du Conseil fédéral, au niveau de la constitution. Elle est moins rigoureuse, puisqu'elle ne permet pas de descendre en dessous de la compensation du renchérissement; elle applique donc bien cette règle constitutionnelle générale. Elle est moins automatique aussi, et cela permet, pendant une période limitée, de prendre les mesures pour retrouver ce taux de 70 pour cent.

Je considère également que la proposition de la majorité a l'avantage de ne toucher que l'adaptation des rentes. Elle ne modifie pas l'indice mixte en lui-même, dans la mesure où c'est l'instrument qui permet de fixer les nouvelles rentes; elle modifie uniquement, pendant une période limitée, l'adaptation des rentes déjà perçues, donc de n'assurer à nos rentiers AVS que la compensation du renchérissement.

Dans ce sens – M. Widrig hochait la tête pendant que je parlais –, comme alternative plus douce au projet du Conseil fédéral, j'aimerais soutenir la proposition de la majorité. Cela implique que le Conseil fédéral retire sa formulation plus dure au niveau de la constitution, et qu'il combatte certaines des propositions qui entendent introduire dans la constitution la possibilité d'aller en dessous de la compensation du renchérissement.

En d'autres termes, pour ceux qui critiquent la proposition de la majorité, j'aimerais leur faire comprendre que celle-ci est un compromis qui atténue la rigueur du projet du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral peut se rallier à l'esprit sinon à la formulation exacte de cette proposition de la majorité, et il vous prie de faire de même.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

Art. 34

Antrag der Kommission

Abs. 2

Mehrheit

Unverändert

AB 2001 N 453 / BO 2001 N 453

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Gross Jost, Hollenstein, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

....

a. Ist das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen kleiner oder gleich dem 36fachen Mindestbetrag der Altersrente, so beträgt der feste Rententeil sieben Zehntel des Mindestbetrages der Altersrente und der variable Rententeil einen Vierzigstel des massgebenden Jahreseinkommens.

b. Ist das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen grösser als das 36fache des Mindestbetrages der Altersrente, so beträgt der feste Rententeil sechs Fünftel des Mindestbetrages der Altersrente und der variable Rententeil einen Neunzigstel des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens.

Abs. 5

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Rechsteiner Paul, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Der Mindestbetrag der vollen Altersrente von 1080 Franken (der Betrag wird bei Inkrafttreten der 11. AHV-Revision an die in diesem Zeitpunkt geltenden Indexgrundlagen angepasst)

Art. 34



*Proposition de la commission**Al. 2**Majorité*

Inchangé

Minorité

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Gross Jost, Hollenstein, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

....

a. Si le revenu annuel moyen déterminant est inférieur ou égal au montant minimum de la rente de vieillesse multiplié par 36, le montant fixe de la rente est égal à sept dixièmes du montant minimum de la rente de vieillesse, et le montant variable à un quarantième du revenu annuel moyen déterminant.

b. Si le revenu annuel moyen déterminant est supérieur au montant minimum de la rente de vieillesse multiplié par 36, le montant fixe de la rente est égal à six cinquièmes du montant minimum de la rente de vieillesse, et le montant variable à un nonantième du revenu annuel moyen déterminant.

*Al. 5**Majorité*

Inchangé

Minorité

(Rechsteiner Paul, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Le montant minimum de la rente de vieillesse entière de 1080 francs (au moment de l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS, le montant sera adapté aux éléments de l'indice en vigueur à cette date)

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Bei der 10. AHV-Revision wurde der berühmte Rentenknick eingebaut, der eine Anpassung der kleinen und mittleren Renten nach oben bewirkte. Der Minderheitsantrag geht in die gleiche Richtung; er würde die Renten im mittleren Bereich um 5 Prozent verbessern. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Aus einem Erwerbseinkommen von 3090 Franken resultiert heute eine Rente von 1566 Franken im Monat. Mit der neuen Rentenformel würden 1647 Franken Monatsrente ausbezahlt. Es ist eine Tatsache, dass viele Rentner und Rentnerinnen in diesem Bereich eine sehr schlechte Absicherung haben. Der Mensch lebt bekanntlich von Franken und nicht von Prozenten. Die gängige Rentenformel "60 Prozent sollen genügen" führt in diesem Bereich dazu, dass die Ersatzquote zu tief ist und dass im Rentenalter die Konsumbedürfnisse zur Fortsetzung der gewohnten Lebensweise real nicht erfüllt werden können.

Laut Bundesverfassung soll die AHV die Existenz sichern. Dies soll geschehen, ohne dass viele Leute auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Dem Antrag der Minderheit stehen selbstverständlich Einsparungen bei den Ergänzungsleistungen gegenüber. Vor allem aber geht es darum, die Lage der Bezüger von kleinen Renten zu verbessern. Dies auch aus einem sehr speziellen Blickwinkel der Finanzierung: Wenn Sie die Finanzierung in Richtung Mehrwertsteuerprozente und Goldreserven verschieben, dann ist es eben vernünftig und adäquat, den kleinen Einkommen eine kleine Zulage zu geben, denn sie haben im selben Ausmass Anspruch auf die Zuwendungen aus den Goldreserven wie Bezügerinnen und Bezüger einer Maximalrente.

Wie Sie wissen, ist die Mehrwertsteuer regressiver als die geltenden Lohnprozente. Es trifft die Erwerbstätigen mit einem kleinen Einkommen also stärker als jene mit einem grossen Einkommen. Es ist deshalb folgerichtig, dass wir die Rentenformel zugunsten der kleinen Einkommen etwas verbessern.

Von einer Einheitsrente möchten wir indessen Abstand nehmen, weil wir nach wie vor der Ansicht sind, es solle ein wirklich wirksamer Anreiz bestehen, dass die Erwerbstätigen von sich aus Beiträge zahlen und über ihre Beiträge auch die Rentenhöhe verbessern können. In diesem Bereich ist es sehr vernünftig, diesen "Bauch" in der Rentenkurve ein bisschen zu verstärken. Es ist eine Hilfe, die sofort wirkt. Natürlich müssen wir auch beim Koordinationsabzug in der zweiten Säule eine Reform durchführen. Dort geht es jedoch mehrere Jahrzehnte, bis eine Reform rentenwirksam wird, während wir bei der AHV bereits heute Verbesserungen vornehmen können.

Rechsteiner Paul (S, SG): Mit dem Antrag der Minderheit zu Absatz 5 möchte ich auf ein Problem aufmerksam machen, das bei allen Diskussionen rund um den Mischindex bisher unters Eis geraten ist. Es geht um das Problem der so genannten "kalten Degression" der AHV-Renten. Sie ersehen aus der Formulierung des Antrages, dass mit der Realisierung dieses Antrages die AHV-Renten auf der Basis der einfachen, minimalen Rente gegenüber heute um 50 Franken aufgewertet würden – das heisst 1080 Franken gegenüber den heutigen 1030 Franken. Es geht also um Rentenerhöhung von 50 Franken bei den minimalen, einfachen Renten.

Wodurch begründet sich dieser Antrag? Ganz einfach – es ist in diesem Sinne auch ein didaktischer Antrag.



Er gleicht die so genannte "kalte Degression" der AHV-Renten seit der Einführung des so genannten Mischindex 1979 bzw. 1980 im Zusammenhang mit der 9. AHV-Revision aus.

Dies steht im Gegensatz zu dem, was heute immer behauptet worden ist. Frau Egerszegi hat in ihrem Votum gesagt, dass die Renten in den Neunzigerjahren zugelegt hätten, weil die Teuerung höher als die Einkommensentwicklung gewesen sei. So war es eben nicht! Im Unterschied zu dem, was behauptet worden ist, haben die Renten im Einkommensvergleich real ständig an Wert verloren. Sie haben seit 1980, seit der Schaffung des Mischindex, an Wert verloren, und zwar genau um diesen Betrag, genau um den Wert von – je nachdem, wie man rechnet – 5 bis 7 Prozent. Diesen Verlust bei den AHV-Renten nennt man "kalte Degression". Sowohl die Ersatzquote als auch der Wert dieser AHV-Renten sind gesunken. Damit hat sich auch das Gewicht der ersten Säule gegenüber der zweiten Säule, den Pensionskassen, und der dritten Säule verringert. Die Renten haben also relativ – bezogen auf das verfassungsmässige Ziel der Existenzsicherung – an Wert verloren.

Nun hat der Gesetzgeber bei der Schaffung des Mischindex – Anpassung der Renten zu 50 Prozent an die Teuerung und zu 50 Prozent an die Lohnentwicklung –, der ja eine Kompromissformel war, auf diese Problematik bereits Rücksicht genommen. Er hat nämlich im heutigen Artikel 33ter Absatz 3 vorgeschrieben, dass der Bundesrat periodisch überprüfen muss, wie sich das Verhältnis dieser beiden

AB 2001 N 454 / BO 2001 N 454

Werte entwickelt; er muss periodisch Ergänzungen vorschlagen, um die Substanz der AHV-Rente zu sichern. Wenn nun der Bundesrat das machen würde, was in diesem Absatz 3 von Artikel 33ter des AHV-Gesetzes vorgeschrieben ist, müsste er heute, statt Abbauvorschläge zu machen, eine Wiederaufbesserung der AHV-Renten vorschlagen.

Finanziell ist das kein Pappenstiel, das muss ich einräumen; es macht umgerechnet rund 5 Prozent der gesamten AHV-Ausgaben aus. Rund 1,4 Milliarden Franken sind es nun, die Jahr für Jahr aufgrund dieser kalten Degression auf dem Buckel der Rentner und Rentnerinnen eingespart werden. Eigentlich müsste eine AHV-Revision, die die AHV mit Blick auf die Existenzsicherung wieder auf die Höhe der Zeit bringen würde, genau diese Verbesserung vorschlagen. Das wäre hier und heute fällig.

Es ist mir bewusst, dass es in dieser AHV-Revision nicht geschehen kann. Das ist auch der Grund, weshalb ich diesen Antrag hier mehr aus Gründen der Illustration gestellt habe. Aber ich möchte sagen: Wenn diese 11. AHV-Revision nun geglückt oder gescheitert ist – vorläufig sieht es eher nach Scheitern aus, wenn es bei den Beschlüssen bleibt, die bis heute gefasst worden sind –, wird schleunigst eine neue Revision eingeleitet werden müssen, die wieder die relative Werterhaltung der AHV-Renten gewährleistet.

Das ist das Thema der Zukunft: Die erste Säule muss – wenn sie sich der Existenzsicherung annähern will – in diesem Punkt die Ersatzquote halten, muss wiederum gestärkt werden. Ich möchte deshalb den Bundesrat einladen, diese Entwicklung im Auge zu behalten und bei einer Verbesserung der Finanzlage des Bundes, bei einer Verbesserung auch der Finanzlage der AHV, die ja von der Wirtschaftsentwicklung abhängig ist, diese Hausaufgabe zu erledigen.

Zum heutigen Zeitpunkt möchte ich, nachdem dies gesagt ist, diesen Antrag aber zurückziehen.

Rossini Stéphane (S, VS): Le groupe socialiste soutient bien évidemment, à l'alinéa 2, la proposition de minorité qui vient d'être développée. J'aimerais insister sur un ou deux éléments complémentaires.

M. Rechsteiner-Basel a rappelé l'objectif de la constitution: la couverture des besoins vitaux par le premier pilier, ce que j'ai aussi évoqué tout à l'heure dans le cadre d'une autre proposition. J'aimerais évoquer ici en plus le danger de dérive, le danger de glissement, qui se dessine, qui se trame gentiment au fur et à mesure de nos décisions, entre l'objectif constitutionnel d'un premier pilier devant couvrir les besoins vitaux, additionné à un deuxième pilier qui devrait garantir le niveau de vie antérieur, dérive qui tendrait à se diriger vers un premier pilier plus un deuxième qui, ensemble, devraient couvrir les besoins vitaux. Nous devons prendre garde de ne pas entrer dans cette logique. Sinon, nous irions à l'encontre de la constitution. Lorsqu'on suit ce débat, on peut avoir la crainte de cette dérive.

Le deuxième élément – il a été brièvement évoqué par M. Rechsteiner-Basel –, c'est celui de la réalité qui est vécue par les rentières et les rentiers de ce pays. Cette réalité est la suivante: dans les données qui ont été mises à notre disposition, on s'aperçoit que le premier pilier plus le deuxième, jusqu'à un niveau de 40 000 à 45 000 francs, parviennent à garantir l'objectif constitutionnel. Au-delà, on est en dessous de l'objectif constitutionnel. Il faut rappeler que le niveau des rentes maximum est d'à peu près 2000 francs pour une rente simple, 3000 francs pour une rente de couple. Il faut rappeler aussi que 50 pour cent des rentiers de ce pays – j'insiste, 50 pour cent, parce qu'en parcourant les débats politiques, on n'a pas du tout l'impression que les politiciens s'en rendent vraiment compte – n'ont que l'AVS pour vivre, qu'ils n'ont pas de deuxième pilier.



On ne peut pas, dans un débat législatif comme celui-ci, péjorer davantage la situation des plus faibles, la situation de ceux qui ont des rentes qui ne permettent pas de couvrir les besoins vitaux. Je ne reviendrai pas sur le débat des prestations complémentaires; j'ai évoqué tout à l'heure le fait qu'entre un quart et un tiers de ces ayants droit n'en sont pas bénéficiaires.

Par conséquent, je vous invite à soutenir cette proposition parce que soit dans le domaine de la situation de la santé des rentiers, soit dans le domaine de la situation économique – malgré les études du Fonds national suisse de la recherche scientifique –, il n'existe pas dans ce pays, contrairement à ce qu'on a voulu nous montrer, de rentier moyen qui soit dans une excellente situation économique et une excellente situation de santé. Il y a une multitude de situations; il y a, parmi la population des rentiers de ce pays, certes les plus riches, mais aussi les plus pauvres des habitants de notre pays, raison pour laquelle il faut se diriger vers l'objectif de la constitution.

Je vous invite à soutenir la proposition de minorité Rechsteiner-Basel.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Bei diesem Minderheitsantrag zu Absatz 2 handelt es sich um eine andere Berechnung der Renten. Eigentlich ist in der 11. AHV-Revision keine Veränderung der Rentenformel und von deren Berechnung vorgesehen. Was die Minderheit heute beantragt, wäre allerdings sympathisch, vor allem aus der Sicht der Mittel- und Kleinverdiener. Wir müssen aber wissen, dass dieser Antrag, falls er angenommen wird, auf die AHV-Rechnung entsprechende finanzielle Auswirkungen hat. Er würde die AHV mindestens mit 300 Millionen Franken und die IV mit rund 80 Millionen Franken mehr belasten. Die Erhöhung im Knickpunkt würde 5,2 Prozent ausmachen. Einerseits würden allein stehende Personen von einer höheren Rente profitieren, andererseits hätte der Antrag auch Auswirkungen auf verwitwete Personen und Paare, bei denen auch die Maximalrenten steigen würden. Von den Ehepaaren beziehen heute rund 75 Prozent eine Maximalrente, nicht zuletzt dank der Einführung des Erziehungsbonus. Neu wären es mit der Neuberechnung der Renten gemäss der Minderheit Rechsteiner-Basel 80 Prozent.

Aufgrund der zu erwartenden Mehrkosten hat die Kommission mit 15 zu 8 Stimmen beschlossen, nicht auf den Antrag der Minderheit zu Absatz 2 einzutreten.

Der Antrag zu Absatz 5 ist von Herrn Rechsteiner Paul zurückgezogen worden.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: M. Rechsteiner-Basel aimerait modifier l'article 34 alinéa 2, à savoir le calcul des rentes pour améliorer la situation des revenus moyens, en modifiant la relation entre le montant fixe et le montant variable. Dans la loi actuelle, le montant fixe est obtenu en multipliant le revenu annuel moyen AVS par 74 centièmes s'il est inférieur à la rente minimale multipliée par 36 – c'est un petit peu compliqué – et par 104 centièmes s'il est supérieur. M. Rechsteiner souhaiterait remplacer ces facteurs par 70 centièmes et 120 centièmes. En ce qui concerne la part variable, le revenu actuel moyen est multiplié par 13 six centièmes si le revenu annuel moyen est inférieur à la rente minimale multipliée par 36 et 8 six centièmes pour les revenus annuels moyens supérieurs. Je me suis permis de convertir ce qui figure dans la loi en centièmes ou en six centièmes, de telle façon que les comparaisons puissent être plus facilement comprises. M. Rechsteiner-Basel aimerait remplacer ces valeurs par 15 six centièmes par rapport à 13 et par 6,6 par rapport à 8.

La majorité de la commission constate que cette proposition coûterait 300 millions de francs supplémentaires à l'AVS et 80 millions de francs de plus à l'AI. Le relèvement du point d'inflexion accroîtrait les coûts de 5,2 pour cent. D'un côté, les personnes seules bénéficieraient d'une rente plus élevée et, de l'autre, la proposition profiterait aux personnes veuves et aux couples dont les rentes maximales augmenteraient également, car les rentes des personnes veuves bénéficieraient d'un supplément de 20 pour cent, tandis que pour les couples les rentes seraient cumulées puis plafonnées. Il faut remettre en question en particulier les améliorations prévues pour les veufs et les veuves à qui iraient environ 40 pour cent des dépenses supplémentaires. En effet, ce groupe qui perçoit déjà en moyenne les rentes les plus élevées serait encore avantagé. Quelque 10 pour cent supplémentaires et

AB 2001 N 455 / BO 2001 N 455

au total plus de 50 pour cent des veufs et veuves percevraient une rente maximale. Un déplacement analogue s'observerait dans les rentes qu'obtiennent les couples mariés. Si, à l'heure actuelle, plus de 75 pour cent d'entre eux perçoivent une rente maximale, ils seraient désormais 80 pour cent.

La commission vous prie donc de rejeter la proposition de minorité Rechsteiner-Basel, par 15 voix contre 8.

A l'article 34 alinéa 5, en fixant dans la loi le montant de la rente minimale à 1080 francs, M. Rechsteiner Paul anticipe sur la décision de l'adaptation du montant des rentes, qui sera de toute manière prise avec l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS.



La loi actuelle prévoit 550 francs et, combinée avec la précédente proposition, cette manière de faire combat à nouveau, indirectement, les effets d'érosion de l'indice mixte. De facto, la proposition qui nous est faite est d'abandonner cet indice pour se référer à nouveau à celui des salaires, pour compenser au passage les pertes subies au cours des vingt dernières années par les rentiers, du fait de l'indice mixte. Son coût, converti par rapport à 2003, représenterait 4,9 pour cent des dépenses, soit 1,4 milliard de francs. Pour cette raison, la commission a rejeté la proposition de minorité Rechsteiner Paul.

Dreifuss Ruth (,): Je n'ai rien à ajouter aux excellentes explications qui ont été données par vos rapporteurs. Comme eux, je vous demande de rejeter la proposition de la minorité Rechsteiner-Basel à l'article 34 alinéa 2. M. Rechsteiner Paul a retiré sa proposition de minorité à l'alinéa 5, mais il l'a couplée avec le rappel que le Conseil fédéral a l'obligation de veiller à ce qu'en cas de besoin et si c'est possible, les rentes puissent être adaptées pour mieux jouer le rôle qui leur est dévolu de par la constitution. Je ne peux que lui donner raison. C'est une de nos tâches de faire des propositions lorsque le besoin s'en fait sentir. L'indice mixte, tout génial qu'il est, n'est pas un mécanisme qui, sur le long terme, peut toujours nous satisfaire. Mais, pour le moment, nous n'avons pas les moyens de faire des propositions d'amélioration de cette rente. Nous vous prions de vous en remettre à l'indice mixte que vous avez reconduit tout à l'heure.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 66 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Präsident (Hess Peter, Präsident): Die Minderheit Rechsteiner Paul hat ihren Antrag zu Absatz 5 zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 39

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Hess Peter, Präsident): Artikel 39 wurde bereits im Zusammenhang mit den Artikeln 21 und 40ter erwähnt.

Angenommen – Adopté

Art. 40

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Streichen

Art. 40

Proposition de la commission

Al. 1, 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Biffer



Angenommen – Adopté

Art. 40bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 44

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden in der Regel auf ein Bank- oder Postkonto überwiesen. Auf Antrag des Bezügers können sie direkt ausbezahlt werden. Der Bundesrat regelt das Verfahren.

Abs. 2

Teilrenten, deren Betrag 10 Prozent der minimalen Vollrente nicht übersteigt, werden in Abweichung von Artikel 19 Absätze 1 und 3 ATSG einmal jährlich nachschüssig im Dezember ausbezahlt. Der Berechtigte kann die monatliche Auszahlung verlangen.

Abs. 3

Streichen

Antrag Föhn

Abs. 2

.... im Dezember ausbezahlt. (Rest des Absatzes streichen)

Art. 44

Proposition de la commission

Al. 1

Les rentes et allocations pour impotents sont, en règle générale, versées sur un compte bancaire ou un compte postal. A la demande du bénéficiaire, elles peuvent lui être versées directement. Le Conseil fédéral règle la procédure.

Al. 2

En dérogation à l'article 19 alinéas 1er et 3 LPGA, les rentes partielles dont le montant ne dépasse pas 10 pour cent de la rente minimale complète sont versées une fois l'an au mois de décembre. L'ayant droit peut exiger le paiement mensuel.

Al. 3

Biffer

Proposition Föhn

Al. 2

.... une fois l'an au mois de décembre. (Biffer le reste de l'alinéa)

Föhn Peter (V, SZ): Mit Artikel 44 Absatz 2 wird ein Auszahlungsmodus neu aufgenommen, welcher einen hohen technischen Aufwand in sich birgt. Teilrenten, deren Betrag 10 Prozent der minimalen Vollrente nicht übersteigt, könnten einmal jährlich nachschüssig im Dezember ausbezahlt werden, was grundsätzlich richtig ist. Aber mit dem letzten Satz wird diese gut gemeinte Regelung und Vereinfachung faktisch wieder aufgehoben, denn es heisst da: "Der Berechtigte kann die monatliche Auszahlung verlangen." Gemäss Auskunft unserer kantonalen AHV-Stelle gibt es diese Minimalrente wie angesprochen in der Schweiz äusserst selten, und wenn schon würden die meisten mit Bestimmtheit und mit Recht eine monatliche Auszahlung fordern und fordern können.

Grundsätzlich könnte man den ganzen Absatz 2 streichen, aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob dies vor allem für Renten gedacht ist, welche ins Ausland ausbezahlt werden.



Wegen den im Verhältnis sehr hohen Anweisungskosten wäre es in diesem Fall ein Muss, dass diese Kleinrenten nur einmal jährlich ausbezahlt werden könnten. Dann muss der letzte Satz unbedingt – so wie ich es vorschlage – gestrichen werden.

Ich bitte Sie, mindestens meinem Antrag zu folgen. Im Ständerat könnte dieser Artikel bei Bedarf noch weiter bereinigt oder ganz gestrichen werden. Mit der neuen AHV-Gesetzgebung soll nach Möglichkeit eine administrativ einfache Handhabung ohne technische Kapriolen angestrebt werden.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zu folgen.

Hess Peter (C, ZG): Die SP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie den Antrag Föhn zu Absatz 2 ablehnt.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Artikel 44 Absatz 2 ist eigentlich für das Ausland bestimmt. Sie wissen, dass viele Ausländerinnen und Ausländer einmal in der Schweiz gearbeitet und Beiträge bezahlt haben. Entsprechend diesen Beiträgen und vor allem entsprechend der Beitragsdauer setzt sich dann ihre Rentensumme zusammen. Je nach Beitrags- und Aufenthaltsdauer in der Schweiz kann diese Rentensumme sehr klein sein. Aber die Betroffenen müssen mindestens ein Jahr in der Schweiz gearbeitet haben, um überhaupt einen Anspruch auslösen zu können.

Herr Föhn macht nun geltend, dass der Aufwand viel zu gross sei, eine minimale Rente von 100 Franken – das sind 10 Prozent der minimalen Vollrente – monatlich auszuzahlen. Sie sehen im Text auf der Fahne, dass die Regel von der Kommission klar bestimmt ist: Dieser Betrag wird einmal im Jahr – nämlich im Dezember – ausbezahlt, aber der oder die Berechtigte kann die monatliche Auszahlung verlangen.

Es geht ja um Gelder, die ins Ausland gehen. Sie müssen sich vorstellen: 100 Franken – für uns ein Pappenstiel – können vielleicht in einem Balkanstaat effektiv ein Existenz sichernder Beitrag sein. Aus diesem Grunde hat die Kommission an dieser Formulierung festgehalten: Im Grundsatz einmal pro Jahr, aber auf Verlangen kann man diese Renten monatlich ausbezahlen. Ich denke, es geht nicht an, dass wir einen anderen Modus einführen, vor allem weil er bereits mit der Kann-Formel abgeschwächt ist.

Ich bitte Sie namens der Kommission, an ihrer Fassung festzuhalten und den Antrag Föhn abzulehnen.

Dreifuss Ruth (,): Monsieur Föhn, ce n'est pas quelque chose de nouveau que nous avons introduit avec cette phrase qui vient compléter l'article 44 alinéa 2. Avant, elle était simplement dans une ordonnance; cela correspondait à la pratique générale.

Maintenant, nous avons le principe général que les paiements doivent être mensuels, dans la partie générale sur les assurances. Donc, nous introduisons ici la dérogation et nous voulons maintenir la possibilité, selon la situation particulière, de demander aussi un versement mensuel et pas annuel. Je puis vous rassurer; beaucoup demandent un versement annuel, et ils sont tout à fait satisfaits. Il ne s'agit pas seulement d'économiser des frais pour la caisse de compensation, mais ce sont aussi les assurés eux-mêmes qui peuvent y avoir un intérêt, parce qu'autrement ils ont des frais de transferts bancaires par exemple. Il peut cependant y avoir des situations où le versement mensuel est nécessaire. Dans ce cas, nous devons garder ce principe général et cette possibilité, comme nous l'avons jusqu'à présent.

En d'autres termes, ce n'est pas une nouveauté. Cette situation est rare, mais nous n'aimerions pas empêcher les assurés de toucher aussi mensuellement, selon leur situation particulière, cette rente partielle.

Je vous prie donc de rejeter la proposition Föhn.

Abs. 1, 3 – Al. 1, 3

Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 106 Stimmen

Für den Antrag Föhn 44 Stimmen

Art. 48ter; 48quater Abs. 2; 48quinquies Abs. 2; 48sexies; 48septies

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 48ter; 48quater al. 2; 48quinquies al. 2; 48sexies; 48septies

Proposition de la commission





Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 52

Antrag der Kommission

Titel

Haftung

Abs. 1

Fügt ein Arbeitgeber durch absichtliche oder grobfahrlässige Missachtung von Vorschriften der Versicherung Schaden zu, so hat er diesen zu ersetzen.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Die zuständige Ausgleichskasse macht den Schadenersatz durch Verfügung geltend.

Abs. 5

In Abweichung von Artikel 58 Absatz 1 ATSG ist für die Beschwerde das Versicherungsgericht des Kantons zuständig, in welchem der Arbeitgeber den Wohnsitz hat.

Abs. 6

Die Haftung nach Artikel 78 ATSG ist ausgeschlossen.

Art. 52

Proposition de la commission

Titre

Responsabilité

Al. 1

L'employeur qui, intentionnellement ou par négligence grave, n'observe pas des prescriptions et cause ainsi un dommage à l'assurance, est tenu à réparation.

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

La caisse de compensation fait valoir sa créance en réparation du dommage par décision.

Al. 5

En dérogation à l'article 58 alinéa 1er LPGA, le tribunal des assurances du canton dans lequel l'employeur est domicilié est compétent pour traiter le recours.

Al. 6

La responsabilité au sens de l'article 78 LPGA est exclue.

Angenommen – Adopté

Art. 84 Abs. 1 zweiter Satz; 87 viertes Lemma

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 84 al. 1 deuxième phrase; 87 quatrième paragraphe

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 90 Abs. 2

Antrag der Kommission

Die Urteile der Ausgleichskasse zuzustellen, welche die strafbare Handlung angezeigt hatte.



AB 2001 N 457 / BO 2001 N 457

Art. 90 al. 2

Proposition de la commission

.... être communiqués immédiatement, en expédition

Angenommen – Adopté

Art. 93 Abs. 2

Antrag der Kommission

Auf Antrag und gegen entsprechende Gebühr erhalten Versicherte wiederkehrend einen Versicherungsausweis, der über die jährlich geleisteten Beiträge Auskunft gibt.

Antrag Estermann

Streichen

Art. 93 al. 2

Proposition de la commission

Sur demande de leur part et moyennant paiement, les assurés peuvent obtenir et faire renouveler une carte indiquant le montant des cotisations qu'ils ont versées annuellement.

Proposition Estermann

Biffer

Estermann Heinrich (C, LU): Ich spreche zum Streichungsantrag zu Artikel 93 Absatz 2. Am Schluss der Gesetzesberatung in der SGK wurde dieser Artikel in das Gesetz aufgenommen. Dieser im Entwurf des Bundesrates nicht zur Diskussion gestellte Artikel würde den Ausgleichskassen aber nur Schwierigkeiten bereiten. Worum geht es?

Der Artikel verlangt, dass Versicherte wiederkehrend von ihrer Kasse einen Versicherungsausweis verlangen können, der über die jährlich geleisteten Beiträge Auskunft gibt. Für die Aufwendungen müsste der Versicherte eine Gebühr bezahlen. Gemäss geltendem Recht können die Versicherten bei Bedarf einen Auszug aus ihrem individuellen Konto verlangen, der innert wenigen Tagen kostenlos zugestellt wird.

Der beantragte Gesetzestext ist eigentlich unklar, da heute unter dem Begriff "Versicherungsausweis" die AHV-Karte gemeint ist, die sich schon im Besitz der Versicherten befindet. Somit ist der Gesetzestext mit dem Begriff "Versicherungsausweis" höchst unglücklich formuliert.

Im Weiteren weisen die Konti der Versicherten nicht die geleisteten Beiträge, sondern die erzielten Einkommen aus. Der Festsetzung der Renten werden ebenfalls die erzielten Einkommen und nicht die geleisteten Beiträge zugrunde gelegt. Mit der vorgeschlagenen Formulierung wird somit über etwas Auskunft verlangt, das bei den Kassen gar nicht sofort greifbar ist.

Der Begriff "wiederkehrend" ist ebenfalls unklar. Möglicherweise müsste die versicherte Person quasi ein Abonnement lösen und auch bezahlen. Den Versicherten würden unnötige Kosten erwachsen, und die Ausgleichskassen wären mit hohen administrativen Umtrieben belastet; der Staat würde mit administrativem Kram überlastet.

Angesichts der dargelegten Unklarheiten dieses Artikels, der weder im Interesse der Versicherten noch der Ausgleichskassen liegt, bitte ich Sie alle, Artikel 93 Absatz 2 ersatzlos zu streichen. Die heutige Praxis erfüllt die Wünsche und Begehren der Versicherten vollumfänglich und erst noch kostenlos.

Ich bitte Sie, meinem Streichungsantrag zuzustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Es ist so, wie der Antragsteller gesagt hat: Dieser Antrag kam am Schluss der Beratungen noch hinzu. Ich war sehr unglücklich über die Zustimmung in der Kommission. Auf der einen Seite ist das Bedürfnis der Versicherten gross, dass sie Informationen erhalten. Das ist heute schon der Fall. Es muss auch garantiert werden, dass sie diese Informationen erhalten können. Aber so, wie das jetzt formuliert ist, geht es nicht. Man kann diese Informationen, die man dann bezahlen muss, nicht wiederkehrend auf Antrag, praktisch im Abonnement eben, zuliefern. Die Zustimmung in der Kommission kam, so wie ich als Mitglied es einschätze, wie folgt zustande: Die einen haben zugestimmt, weil ihnen die Informationspflicht sehr wichtig ist, die anderen, weil dies den Versicherungsnehmern verrechnet wird. Man hat gedacht, man könne



da noch etwas herausholen. Auf jeden Fall ist es am Schluss so gewesen, dass dieser Artikel hineingerutscht ist. Es ist auf der einen Seite ein administrativer Unsinn, auf der anderen Seite müssen wir uns aber bewusst sein, dass diese Informationen gewährleistet sein müssen.

Ich möchte Sie bitten, diesen Artikel, so wie er da steht, wirklich zu streichen. Aus dem Amtlichen Bulletin unserer Debatten wird zuhanden des Ständerates aber hervorgehen, dass dieses Problem noch einmal angeschaut werden muss.

Ich bitte Sie, Artikel 93 Absatz 2 zu streichen.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Ich kann mich kurz fassen. Herr Estermann verlangt die Streichung von Artikel 93 Absatz 2 mit der Begründung, dass der Text nicht klar ist. In der Tat gibt es heute einen Versicherungsausweis, den wir alle besitzen. Wenn wir z. B. den Arbeitgeber wechseln, müssen wir uns mit unserer Nummer so genannt ausweisen, damit unsere Konten gefüllt werden. Hier wäre ein Versicherungsausweis gemeint, der Auskunft über die so genannt geleisteten Beiträge gibt. Es müsste jedoch eher Kontoauszug heissen.

Sie wissen vielleicht, dass es seit dem 1. Januar 1998 möglich ist, als Bürgerin und Bürger dieses Landes bei der AHV unentgeltlich einen Kontoauszug zu verlangen, der Auskunft über den Stand der Einzahlungen gibt. Einmal pro Jahr gibt es gratis einen Kontoauszug. Seit dem 1. Januar 2001 kann ich zudem einmal pro Jahr einen prognostischen Rentenberechnungsausweis verlangen. Ich kann daraus ersehen, was ich zu erwarten habe, wenn ich einmal 62- oder 65-jährig bin und in Pension gehen möchte. Diesen Auszug zu verlangen, ist jedoch eher sinnvoll, wenn man ein gewisses Alter hat, als bereits mit 20 Jahren. Deshalb ist auch vorgesehen, dass dieser prognostische Berechnungsbeleg in der Regel gratis abgegeben wird, aber für junge Leute bis 45 Jahre eher gegen eine Gebühr.

Nun möchte die Mehrheit der Kommission bewirken, dass man pro Jahr im Abonnement Auskunft über die geleisteten Beiträge erhält, also so genannte Kontoauszüge, die dann entschädigt werden müssten. Das ist in der Tat ein Rückschritt gegenüber der heutigen Praxis, gemäss der man seit drei Jahren immer einen so genannten Kontoauszug verlangen kann.

Ich würde auch sagen, dass es eher als Unfall anzusehen ist, dass wir in der Kommission diesem Antrag mit 11 zu 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt haben, weil er in der Tat gegenüber der heutigen Praxis, gemäss der ich diesen Kontoauszug jährlich gratis verlangen kann, ein Rückschritt ist.

Dennoch muss ich Sie à contrecœur als Kommissionssprecherin bitten, diesem Antrag zuzustimmen und den Individualantrag Estermann abzulehnen. Persönlich werde ich das Gegenteil machen.

Dreifuss Ruth (,): La commission a, d'un côté, mis le doigt sur une lacune de la loi – ce qui n'est pas une erreur de la pratique –, mais, d'un autre côté, elle a un peu compliqué les choses. J'aimerais très clairement demander, moi aussi, que le Conseil des Etats se penche très attentivement sur la question, avec plus de temps que la commission du Conseil national n'a pu lui en consacrer.

Je pense qu'il serait bon que la loi précise ce qui est déjà un droit inscrit dans l'ordonnance, c'est-à-dire que chacun peut demander gratuitement un extrait de son compte, en tout temps. Mais que l'on renonce à cette idée d'abonnement annuel, cela pour plusieurs raisons. D'abord, il est difficile d'avoir un abonnement annuel qui donne vraiment l'information sur l'ensemble de la situation. Les différentes caisses ne sont pas centralisées et elles ne peuvent donc pas indiquer de façon absolue l'ensemble des paiements qui ont été faits au cours de l'année. Ensuite, on aurait une situation un peu

AB 2001 N 458 / BO 2001 N 458

inégalitaire entre ceux qui peuvent demander en tout temps, gratuitement, un extrait de leur compte et ceux qui devraient payer pour le recevoir automatiquement chaque année à une date fixe. Et finalement, si on ne paie pas, qu'est-ce qui se passe? Est-ce qu'il faudrait encore dépenser de l'argent pour récupérer une participation aux frais, ce qui ne pourrait sans doute pas couvrir l'ensemble de l'opération? Je crois que le droit de l'assuré à l'information est quelque chose de très important.

Le mérite de la proposition de la commission est de mettre le doigt sur la question, mais la proposition telle quelle pose trop de problèmes pour que je puisse vous recommander de la soutenir. Je crois que, dans ce domaine, on peut vraiment faire confiance à l'autre Chambre pour trouver une solution. Nous devons lui dire que nous voulons cette solution, mais que la formule proposée n'étant pas la bonne, nous suivons la proposition Estermann de biffer l'article 93 alinéa 2 dans le projet de loi.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Estermann 89 Stimmen





Für den Antrag der Kommission 60 Stimmen

Hess Peter (C, ZG): Wir kommen zur Beratung des Finanzierungsteils. Dieser umfasst Vorlage 1 und einzelne Artikel der Vorlage 2 (AHVG).

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze
1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 99 BV

Antrag der Kommission

Abs. 3a

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Fattebert, Bortoluzzi, Dunant, Stahl)

Die währungspolitisch nicht mehr erforderlichen Währungsreserven der Nationalbank oder deren Erträge werden dem Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung zugeführt. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Abs. 4

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

Der Reingewinn der Nationalbank geht an den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Vorbehalten bleiben ein Anteil der Kantone von 1 Milliarde Franken und ein Anteil des Bundes von 500 Millionen Franken jährlich.

Art. 99 cst.

Proposition de la commission

Al. 3a

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Fattebert, Bortoluzzi, Dunant, Stahl)

Les réserves monétaires de la Banque nationale qui ne sont plus requises au titre de la politique monétaire ou les revenus qui en sont tirés, sont transférés au fonds de compensation de l'assurance-vieillesse et survivants.

La loi règle les modalités.

Al. 4

Majorité

Inchangé

*Minorité*

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
Le bénéfice net de la Banque nationale est versé au fonds de compensation de l'assurance-vieillesse et survivants. Sont réservées une part revenant aux cantons de 1 milliard de francs et une part revenant à la Confédération de 500 millions de francs par année.

Art. 112 Abs. 3 Bst. d BV*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit I

(Stahl, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Triponez)

d. durch den Ertrag aus Währungsreserven (Art. 99 Abs. 3a BV).

Art. 112 al. 3 let. d cst.*Proposition de la commission**Majorité*

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité I

(Stahl, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Triponez)

d. par le produit des réserves de devises (art. 99 al. 3a cst.).

Stahl Jürg (V, ZH): Erlauben Sie mir, den Antrag der Minderheit Fattebert betreffend Artikel 99 Absatz 3a und meinen Antrag betreffend Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe d zusammen zu begründen, denn sie ergänzen sich bis zu einem gewissen Masse.

Die Minderheit Fattebert möchte die Idee der Gold-Initiative der SVP in die Bundesverfassung aufnehmen; mein Antrag ist die Ergänzung und die Folge davon, nämlich dass wir die Goldreserven als Finanzierungsquelle der AHV ebenfalls in die Bundesverfassung aufnehmen.

Die Goldreserven sind, in welcher Höhe auch immer, zur Finanzierung der AHV einzusetzen. Selbstverständlich liegt mir diese Idee sehr am Herzen, selbstverständlich liegt mir auch die Idee unserer Initiative am Herzen. Es geht in Artikel 99 darum, dass wir die währungspolitisch nicht mehr erforderlichen Währungsreserven der Nationalbank oder deren Erträge eben direkt der AHV zuführen. Die bisherigen Quellen der Finanzierung sind die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge, Bundes- und Kantonsbeiträge und eben die Mehrwertsteuerzuschläge – sie behandeln wir später. Es geht darum, dass wir diese voll und ganz der AHV zuführen. Es geht ebenfalls darum, dass wir neben diesen bisherigen Quellen auch den Ertrag aus den Währungsreserven der AHV zuführen, egal, ob wir diesen ganzen Ertrag oder einen Teil davon für die AHV verwenden.

Damit ein erster Teil dieses Ertrages bereits in kurzer Zeit in die AHV einfließen kann, im Sinne einer einfachen und schnellen Lösung, unabhängig von der Idee der Solidaritätsstiftung, bitte ich Sie, diesen zwei Anträgen zuzustimmen, damit wir eben eine effiziente, eine gute Möglichkeit haben.

Auch wenn Sie sich mit der grundsätzlichen Idee der Gold-Initiative der SVP nicht ganz einverstanden erklären können, scheint es mir insbesondere bei Artikel 112 Absatz 3 ganz wichtig, dass wir die Finanzierungsquellen der AHV um die Erträge aus den Währungsreserven ergänzen können. Damit stehen uns dann auch die entsprechenden Möglichkeiten offen.

AB 2001 N 459 / BO 2001 N 459

Dahinter steckt die Absicht – das ist wahrscheinlich unschwer zu erkennen –, dass wir in absehbarer Zeit ohne zusätzliche Mehrwertsteuerprozentente auskommen können. Das ist ein grundsätzliches Ziel der SVP und der beiden Anträge der Minderheiten Fattebert und Stahl und gäbe uns die Möglichkeit, die finanzielle Absicherung der AHV so zu erreichen, wie wir dies ursprünglich wollten. Wir haben dieses Ziel in der Zwischenzeit ja etwas aus den Augen verloren. Die beiden Anträge würden die Wege öffnen, damit wir diese Konsolidierung in Zukunft erreichen können und damit wir auch in zehn und in zwanzig Jahren gesicherte Renten für die nachfolgende Generation haben.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu den beiden Minderheitsanträgen.

Wasserfallen Kurt (R, BE): Herr Stahl, ich hätte eine Frage zu Artikel 99 Absatz 3a: Man spricht hier von "währungspolitisch nicht mehr erforderlichen Währungsreserven der Nationalbank oder deren Erträgen". Ist



damit gemeint, dass die ganzen Goldreserven aufgelöst werden und der ganze Ertrag einmalig in die AHV fließt, oder ist damit gemeint, dass die Zinserträge laufend pro Jahr der AHV überwiesen werden?

Zu beidem die Frage: Mit welchen Zahlen rechnen Sie, wie viele Millionen oder Milliarden Franken wären das?

Stahl Jürg (V, ZH): Herr Kollege Wasserfallen, wir haben im Antrag der Minderheit diese Frage absichtlich offen gelassen, weil man eben sowohl Goldreserven als auch Zinserträge in die AHV einfließen lassen könnte. Es besteht die Absicht, dass das nicht eine einmalige Einlage sein sollte und wir sämtliche Reserven in diesem Sinne aufbrauchen, sondern dass wir auch eine Kontinuität darin haben. Folglich kann ich die erste Frage mit einem klaren Nein beantworten. Das soll eine kontinuierliche Situation sein.

Bei der Höhe gibt es verschiedene Berechnungen. Ich möchte mich hier nicht unbedingt festlegen. Das hängt auch primär davon ab, wieweit beides berücksichtigt wird, die Reserve oder der Ertrag.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Die Dynamik, die die Beratung jetzt angenommen hat, hat mich etwas überfordert. Ich bitte Sie um Entschuldigung. Es ist aber erfreulich, dass wir so rasch vorankommen, und ich darf Ihnen nun einen Antrag präsentieren, der massgeblich zur Lösung weiterer Probleme beiträgt.

Ich beantrage Ihnen, die Gewinne der Nationalbank, soweit sie nicht heute bereits zweckgebunden sind, an die AHV zu überweisen. Dabei soll der Besitzstand der Kantone und des Bundes erhalten bleiben, die jetzigen 1,5 Milliarden Franken sollen weiter gemäss dem bestehenden Schlüssel verteilt werden.

Die demographische Entwicklung kostet Geld, das ist uns klar. Auch sollte es klar sein, dass es vernünftig ist, die bisherige Arbeitsteilung zwischen Kapitaldeckung und Umlageverfahren beizubehalten und die AHV nicht weiter zurückzufahren. Wenn wir die Gewinne der Nationalbank für die AHV verwenden, lösen wir viele Probleme. Wir können die Erhöhung der Mehrwertsteuer aufschieben, wir entlasten die junge Generation, und wir können zur Sicherheit der Renten beitragen.

Die meisten Vermögenswerte der Nationalbank tragen Zinsen. Es handelt sich um rund 50 Milliarden Franken Währungsreserven und 18 Milliarden Franken bei Banken. Dazu kommen die Goldreserven, die allerdings mit meinem Vorschlag nichts zu tun haben, sie bringen auch keine Zinserträge. Die Nationalbank hat in den letzten zwölf Jahren durchschnittlich 2,8 Milliarden Franken Gewinn gemacht. In den nächsten Jahren sind noch höhere Gewinne zu erwarten, zum einen, weil die Anlagevorschriften liberalisiert worden sind, zum anderen, weil höhere Reserven als früher vorhanden sind. Nationalbankdirektor Gehrig hat am 15. Juni 2000 erklärt, dass wir auf den Währungsreserven mit den neuen Vorschriften einen Ertrag von knapp 6 Prozent erwarten können. Das heisst bei 50 Milliarden, dass wir allein aus den Währungsreserven auf einen Ertrag von gegen 3 Milliarden Franken jährlich kommen.

Dazu kommen die Guthaben bei Banken von netto 10 Milliarden Franken, die bisher mit ungefähr 3 Prozent Rendite laufen. Das heisst nichts anderes, als dass wir in den nächsten Jahren im Mittel einen Gewinn in der Grössenordnung von 3 bis 3,5 Milliarden Franken auf sicher haben. Sie wissen, es gibt manchmal Währungsverluste, aber diese werden jeweils durch Kursschwankungen im Folgejahr wieder gutgemacht. Wir möchten keine neuen Regeln über die Bestimmung der Gewinnausschüttung einführen. Die heutigen Regeln sind richtig: In Fünfjahresetappen wird jeweils das verteilt, was sich in den vorangehenden fünf Jahren zum Verteilen angesammelt hat. Das Einzige, was wir hier beantragen, ist eine neue Kontonummer, ein "neues Konto", auf welches das Geld bzw. der Gewinn der Nationalbank überwiesen wird, eben in den AHV-Fonds. Auf diese Weise können in Zukunft 1,5 bis 2 Milliarden Franken der AHV abgeliefert werden. Zusammen mit den 1,5 Mehrwertsteuerprozenten werden wir, so glaube ich, bis ins Jahr 2025 mit einem ausgeglichenen AHV-Haushalt rechnen können, ganz besonders wenn wir noch einkalkulieren, was aus dem Verkauf der Goldreserven – je nach Variante – der AHV zugute kommt.

Die Nationalbank gehört dem Volk. Es gibt keine Regelung, die den Besitzstand der Kantone auf immer und ewig festschreibt. Die Kantone haben ohnehin in der Mehrheit heute ausgeglichene Haushalte. Wenn Sie also den Kantonen noch mehr Geld zuführen, ist bei den heutigen politischen Konstellationen völlig klar, dass vor allem Steuern gesenkt werden. Wir sind der Meinung, dass wir zuerst die offenen Rechnungen bezahlen müssen, bevor Steuern gesenkt werden. Die Kürzungen bei der AHV sind unnötig. Es muss weder ein Teuerungsausgleich gekürzt noch sonstwo am Mischindex gerüttelt werden. Bei mittlerem Wachstum können wir mit kleinen Modifikationen die demographische Veränderung meistern.

Ich beantrage namens der Minderheit: Weisen Sie die Gewinne der Nationalbank der AHV zu. Die Solidaritätsstiftung – was immer Sie mit dem Gold machen – steht hier nicht zur Diskussion und bleibt davon völlig unberührt. Sie können dort später entscheiden, wie Sie wollen. Wir wollen eine neue Verteilung bei den laufenden Gewinnen. Das ist eine nachhaltige, wiederkehrende und dauerhafte Finanzierung der AHV, ein wirkliches, gutes Substrat, das uns die Erhöhung von Abgaben auf einige Zeit erspart.



Dormond Marlyse (S, VD): Les travaux sur la 11^e révision de l'AVS ont été marqués par l'affirmation constante, maintes fois répétée également à cette tribune, qu'il faut assurer le financement de l'AVS qui est un pilier de la sécurité sociale de ce pays. Il est frappant cependant de constater que les principales options retenues pour garantir la sécurité de l'AVS sont des économies. Or, des possibilités de financement complémentaires à celles des cotisations existent, et la proposition de la minorité Rechsteiner-Basel à l'article 99 alinéa 4 de la constitution en est une et d'importance.

Ce financement complémentaire, consistant à affecter une partie des revenus de la Banque nationale, comporte plusieurs avantages. Premièrement, il répond à l'inquiétude d'une partie du Parlement qui ne veut pas de nouvel impôt. Deuxièmement, cette proposition a l'avantage de préserver la part distribuée aux cantons, 1 milliard de francs à l'heure actuelle.

La Banque nationale dispose d'une fortune qui dépasse les 100 milliards de francs, fortune qui rapporte environ 3 milliards de francs par année en moyenne. Selon l'ancien président de la BNS, Hans Meyer, la Banque nationale devrait pouvoir distribuer des excédents plus élevés dès 2003. Or, seule une partie des gains considérables de la BNS a été redistribuée jusqu'à ce jour: 1 milliard de francs pour les cantons, je le répète, et 500 millions de francs pour la Confédération. Le projet du Conseil fédéral de doubler ces

AB 2001 N 460 / BO 2001 N 460

montants dès 2003 ne nous paraît pas être un bon choix. La Confédération et la plupart des cantons ont des comptes assainis, voire largement bénéficiaires, et n'ont donc pas besoin de cet argent. Il est donc important que la redistribution de ces revenus serve de manière équitable à l'ensemble de la population de notre pays.

Affecter ces recettes à l'AVS permet d'en garantir le financement dans la pérennité. Cette solution profiterait aux bénéficiaires, donc aux rentiers, aux actifs et aux jeunes, en garantissant le niveau des rentes, en évitant une augmentation des cotisations et en assurant un financement complémentaire à long terme.

Ce financement complémentaire garantirait aussi les prestations de l'AVS et permettrait de stopper le démantèlement de cette assurance.

Enfin, il s'agit là d'un financement qui ne coûte rien à l'économie, qui ne coûte rien aux entreprises et qui ne coûte rien aux assurés. L'AVS devrait, selon la constitution, garantir le minimum vital, ce qu'elle ne fait plus sans les prestations complémentaires pour un nombre croissant de rentiers.

Pour éviter qu'elle ne devienne une assurance permettant juste de survivre, je vous prie de soutenir la proposition de minorité Rechsteiner-Basel.

Rossini Stéphane (S, VS): J'interviens sur l'autre partie de l'objet de la discussion, à savoir la proposition de minorité Fattebert relative à la proposition du groupe de l'Union démocratique du centre sur l'utilisation des réserves monétaires de la Banque nationale suisse.

Au nom du groupe socialiste, je vous propose de vous opposer à cette proposition pour deux éléments importants qui militent en faveur du rejet, à savoir, d'une part, que la démarche du groupe de l'Union démocratique du centre, à travers cette initiative, ne se rapporte pas prioritairement à l'assainissement ou à la consolidation financière de l'AVS à long terme; on a plutôt l'impression qu'elle est un alibi ou un moyen populiste, pour le groupe de l'Union démocratique du centre, de torpiller la Fondation suisse solidaire. Au fond, qui ne voudrait pas d'une ressource supplémentaire de financement pour l'AVS? Personne, évidemment! Cependant, nous entendons être cohérents. Nous entendons postuler une démarche à long terme, et la solution qui nous est proposée ne peut pas être acceptable. On ne peut pas piloter l'AVS à coup de recettes extraordinaires. Les auteurs de cette proposition jouent la corde la plus sensible, la partition la plus facile, mais si elle est simple pour être défendue auprès de la population, elle n'est pas adéquate pour l'AVS.

Deuxième argument, très rapidement, très concrètement. Le Conseil des Etats traite actuellement de la question de l'utilisation des réserves d'or de la Banque nationale suisse et plusieurs centaines de millions de francs sont ainsi prévus pour être alloués à l'AVS dans une dynamique à long terme.

Nous considérons donc que la proposition de minorité Fattebert est désormais caduque. C'est la raison pour laquelle nous vous proposons de la rejeter.

Polla Barbara (L, GE): Hier, M. Pelli nous faisait toute une série de demandes précises pour motiver la demande de renvoi à la commission. Il demandait notamment que le financement de l'AVS soit garanti au long terme par un juste éventail de mesures assurant un certain équilibre entre les recettes et les dépenses. L'utilisation des réserves monétaires ou des bénéfices de la Banque nationale ne fait pas partie, selon le groupe libéral, de ces mesures ni de cet équilibre.

En ce qui concerne les réserves monétaires, non seulement les fondements théoriques économiques n'existent



pas pour une telle approche, mais concrètement ces réserves ne représenteraient finalement qu'une goutte d'eau dans le lac de financement de l'AVS, disons comme une goutte d'eau dans le lac de Zurich.

Ces réserves seraient bien mieux utilisées à d'autres fins, et les libéraux continuent de croire en l'avenir de la Fondation Suisse solidaire, un avenir qui se rapprochera à grand pas dès que notre Conseil aura rejeté la très mauvaise proposition Fattebert. Dans le ruisseau de la solidarité suisse, les réserves de la Banque nationale ont bien des chances de représenter cette fois-ci plus qu'une simple goutte d'eau.

Nous rejetons également la proposition qui vise à affecter non pas les réserves monétaires, mais le bénéfice net de la Banque nationale au fonds de compensation de l'AVS. Une telle mesure grèverait d'une façon inacceptable l'indépendance et la compétitivité de notre Banque nationale. Aucune autre banque nationale ne se trouve dans une telle situation, alors que notre Banque nationale reverse déjà des parts importantes aux cantons et à la Confédération, cantons et Confédération qui continueront d'ailleurs d'avoir besoin de cette manne, contrairement à ce qui a été dit.

Rappelons que du point de vue historique, la participation des cantons de deux tiers aux bénéfices de la Banque nationale s'explique par la cession du monopole d'émission à la Confédération, au moment de la création de la Banque nationale. Les cantons approuvent nonobstant largement la création de la Fondation Suisse solidaire, mais certainement pas la proposition socialiste.

Qu'il s'agisse des réserves ou des bénéfices, laissons à la Banque nationale ce qui est à la Banque nationale et trouvons ailleurs, comme le demandent M. Pelli et de nombreux autres membres de ce Parlement, le nécessaire équilibre entre recettes et dépenses qui nous permettra d'assumer le financement au long terme de l'AVS.

Heberlein Trix (R, ZH): Die zur Diskussion stehenden Fragen zur Finanzierung der AHV sind nicht nur für deren Zukunft, sondern eben auch für die Zukunft der Volkswirtschaft von grosser Bedeutung. Politik ist bekanntlich oft flatterhaft, und eine seriöse Sicherstellung der finanziellen Grundlagen des wichtigsten Sozialwerkes ist weder populistisch verkäuflich noch lorbeerträchtig. Es ist jedoch unerlässlich, dass wir eine seriöse Finanzierungsgrundlage finden, denn wir wollen verantwortungsbewusst politisieren. Wenn die AHV-Rechnung in diesem Jahr wider Erwarten positiv abgeschlossen hat, so ist dies zwar erfreulich, vor allem aber auf das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, auf die gute Wirtschaftslage und auf die Anlagemöglichkeiten zurückzuführen, welche dem Fonds neu zur Verfügung stehen.

Von den rund 27,6 Milliarden Franken einer Jahresausgabe der AHV decken die Bundesbeiträge lediglich noch ein Viertel; 1970 waren dies noch 90 Prozent. Dieser Bundesbeitrag aber bedeutet rund 10 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Das EDI schätzt den Finanzierungsbedarf unter Einbezug der Massnahmen der 11. AHV-Revision von 2010 bis 2025 auf 3,1 Mehrwertsteuerprozent. Das sind die Fakten, und die Finanzierungsbeschlüsse müssen entsprechend lauten.

Ich möchte meine Interessenbindung noch offen legen: Ich bin Mitglied des Bankratsausschusses der Schweizerischen Nationalbank.

Die FDP-Fraktion lehnt die Anträge der Minderheiten Fattebert, Stahl und Rechsteiner-Basel klar ab.

Die Anträge der Minderheiten Fattebert und Stahl wollen die Gold-Initiative der SVP auf einem einfachen Weg umsetzen. Der Verkauf der nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank wird voraussichtlich einen Ertrag bringen, der die Ausgaben der AHV – würde er gesamthaft ausgegeben – nur während rund neun Monaten decken würde. Dann wäre er voll aufgebraucht, das Volksvermögen also verscherbelt, um im Jargon der SVP zu sprechen. Würden lediglich die Erträge für die Finanzierung beigezogen, könnten damit die Renten während rund zehn Tagen finanziert werden, in der Annahme, dass der ganze Betrag verwendet würde, und unter Erhaltung der Substanz, wie dies auch in den Beschlüssen der WAK des Ständerates festgehalten worden ist.

Von einer nachhaltigen Finanzierung kann also keinesfalls gesprochen werden. Jedermann, der die Ausgangslage realistisch beurteilt, muss feststellen, dass für die Demographiekosten Mehrwertsteuerprozent erforderlich sein werden.

AB 2001 N 461 / BO 2001 N 461

Der Antrag der Minderheit Rechsteiner-Basel würde entgegen der heutigen Regelung der Bundesverfassung, wonach die Kantone zwei Drittel und der Bund einen Drittel der Erträge erhalten, die Nationalbank verpflichten, die laufenden Gewinne an den AHV-Fonds abzuliefern. Kantone und Bund würden lediglich eine Milliarde Franken bzw. 500 Millionen Franken bleiben. Abgesehen davon, dass es nicht Aufgabe der Nationalbank sein kann, die AHV zu sanieren und aus diesem Grund ihre Gewinne zu maximieren, ist auch festzustellen, Herr Rechsteiner, dass die Ertragssituation sehr unterschiedlich sein kann. Sie haben gesagt, wenn in einem Jahr



das Wechselkursrisiko sehr gross sei, könne dies im nächsten Jahr problemlos wieder eingeholt werden. Dies ist nicht der Fall. Es widerspricht auch den Zielsetzungen der Nationalbank, eine Gewinnmaximierung zu erzielen, um die AHV zu finanzieren. Eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung würde von den Kantonen ganz klar verworfen werden. Auch hier nehmen Sie eine Initiative auf, die zuerst einmal ausdiskutiert werden müsste, bevor darüber entschieden wird. Ich nehme an, dass die Diskussion in der jetzt angelaufenen Revision des Nationalbankgesetzes ohnehin aufgenommen wird. Die FDP-Fraktion wird zu den Mehrwertsteuervorlagen noch Stellung nehmen. Die Erträge der Goldreserven sollen entsprechend den Anträgen der WAK des Ständerates zu einem Drittel zur Finanzierung der AHV beigezogen werden können. Es ist aber nicht an uns, jetzt darüber zu entscheiden. Der Antrag der Kommissionsmehrheit lässt diese Möglichkeit offen. Wir werden morgen ja noch darauf zurückkommen.

Borer Roland (V, SO): Verehrte Kollegin, Sie haben vorhin den Betrag, der durch die Bewirtschaftung oder den Verkauf der Goldreserven lockergemacht werden kann, etwas lächerlich gemacht und damit auch die Idee der SVP eher ins Lächerliche gezogen. Damit wir nicht noch bei der Regelung der Goldbewirtschaftung über neun Tage oder neun Monate bei den AHV-Leistungen diskutieren müssen, nennen Sie uns doch bitte Zahlen: Wie viele Franken können durch den Verkauf der überzähligen Goldreserven lockergemacht werden? Wie viele Franken ergibt das jährlich für die AHV, wenn man diesen Ertrag dann bewirtschaftet?

Eine Zusatzfrage: Wenn der Betrag so lächerlich ist, dann sagen Sie mir doch, warum man diese an sich lächerliche Summe noch aufteilen will und für eine Solidaritätsstiftung, für die Kantone und für die AHV einsetzen will. Warum setzt man das Geld nicht an einem Ort ein, nach dem Motto "Klotzen, nicht kleckern"?

Heberlein Trix (R, ZH): Ich kann Ihnen nur die Schätzungen bekannt geben, welche die WAK des Ständerates gemacht hat. Es sind rund 750 Millionen Franken, welche aus den Erträgen herauschauen würden – wenn die Substanz nicht angetastet wird. Meine Annahme, die zwar nicht realistisch ist, ging davon aus, dass die AHV mit dieser Summe während rund zehn Tagen vollumfänglich finanziert werden könnte. Ich denke, es wird nicht sein, dass man den ganzen Betrag einlöst. Es gibt einen Beitrag, das ist selbstverständlich klar. Der Ertrag aus den Goldverkäufen – würde die Substanz aufgebraucht – würde nicht einmal dem Jahresbetrag der AHV-Ausgaben entsprechen, wie ich ihn genannt habe, den 27 Milliarden Franken.

Widrig Hans Werner (C, SG): Zu Artikel 99 Absatz 3a der Bundesverfassung: Schon verschiedene Kommissionen haben sich mit dem Verwendungszweck der Währungsreserven befasst. Nach Auffassung der CVP-Fraktion sind die Forderungen der Kantone durchaus berechtigt; diese sind dann insbesondere bei den Ergänzungsleistungen gefordert. Der Vorschlag des Bundesrates ist besser als dieser Minderheitsantrag zu Absatz 3a. Der Verwendungszweck Schuldenabbau beispielsweise wird bei diesem Minderheitsantrag völlig unter den Teppich gekehrt – ich frage mich, wann wir denn eine Reduktion vornehmen können, wenn nicht jetzt. Die Vorlage des Bundesrates ist eine gute Diskussionsgrundlage, wir denken z. B. an die Überbrückungsrente, die hier in Bezug auf den AHV-Bereich in die Diskussion eingebracht wird.

Die CVP-Fraktion beantragt deshalb, bei Absatz 3a dem Antrag der Mehrheit zu folgen.

Zu Absatz 4, Nationalbankgewinne für die AHV: Feste Zweckbestimmungen sind immer problematisch für die Handlungsfähigkeit des Staates – wenn es beispielsweise darum geht, rasch einen Zweck zu ändern, sich anzupassen –, sind natürlich systematisch schlecht. Zu den verbleibenden Überschüssen: Ob sie nun so gross oder klein sind, sei dahingestellt; vor allem können sie stark ausschlagen. Reingewinne sind eine variable Grösse, auch wenn Sie einen Teil konstant kappen. Und dann verhindern solche Beiträge auch strukturelle Reformen der AHV-Finanzierung. Wir sind der Auffassung, dieser Vertrag müsse zwischen den Generationen und nicht zwischen der Nationalbank und dem Staat gemacht werden.

Namens der CVP-Fraktion bitte ich Sie, auch hier dem Antrag der Mehrheit zu folgen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Die Anträge der Minderheiten Fattebert und Stahl, die von Herrn Stahl begründet worden sind, sind Teil des AHV-Finanzierungskonzeptes der SVP. Es geht, wie Sie richtig erkannt haben, um nichts anderes als um die Gold-Initiative der SVP. Wir schlagen Ihnen vor, die Finanzierung der AHV durch die nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank in die Verfassung aufzunehmen. Die SVP-Fraktion wird diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. Frau Heberlein hat gesagt, wir wählten den einfachen Weg, indem wir hier unsere Gold-Initiative aufnahmen; eine Mehrheit dafür zu finden dürfte im Parlament jedoch schwieriger sein als im Volk.

Wir freuen uns natürlich ausserordentlich auf diese Volksabstimmung, denn es ist eine gute Initiative. Sie zeigt auf, dass die nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank so allen Teilen der Bevölkerung zugutekommen: einerseits den Rentnerinnen und Rentnern, andererseits natürlich den Beitragszahlern, indem die



drohende Mehrwertsteuererhöhung mindestens zu einem Teil abgewendet werden kann. Beim AHV-Gesetz war ja die Aufnahme einer entsprechenden Formulierung in Artikel 102 Absatz 1 Buchstabe f unbestritten. Die Kommission beabsichtigte mit ihrem Antrag, dass der Nationalrat das Anliegen der Verwendung der Goldreserven aufnimmt; auch im Hinblick darauf, dass der Ständerat mindestens einen Teil dieser Reserven für die AHV verwenden will.

Es geht um einen Betrag in der Grössenordnung von 20 Milliarden Franken. Ein Ertrag von 5 Prozent gäbe dann etwa eine Milliarde. Das ist nicht unrealistisch. Finanzfachleute sehen bei dieser Goldmenge sogar noch etwas mehr. Aber ob es nun ein bisschen mehr oder weniger ist, spielt ja an sich keine Rolle. Wichtig ist, dass davon wirklich alle profitieren können. Mit dem Antrag der Minderheit I (Stahl) zu Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe d der Bundesverfassung bringen wir ja den Willen zum Ausdruck, nur die erwirtschafteten Erträge der AHV zukommen zu lassen. Das ist eine Verfeinerung der Initiative und war eigentlich auch immer unsere Absicht. Wir waren aber der Meinung, im Währungsartikel könne dies offen gelassen werden. Die Vermögenswerte sollen also erhalten bleiben. So viel zu unserer Initiative.

Nun noch zwei, drei Bemerkungen zum Antrag der Minderheit Rechsteiner-Basel zu Artikel 99 Absatz 4 der Bundesverfassung, der hier die Volksinitiative seiner Gruppe einbringt. Dieser Antrag nimmt nämlich die Idee auf, den Reingewinn der Nationalbank für die AHV zu verwenden.

In diesem Zusammenhang gilt es allerdings zu bemerken, dass es nicht ganz unproblematisch ist, wenn der AHV, welche auf eine gewisse Kontinuität in den Einnahmen angewiesen ist, nun Einnahmen zugewiesen werden sollen, die sehr unsicher sind. Da kann es vielleicht einmal Jahre geben, in denen der Ertrag oder der Überschuss, wie es Herr Rechsteiner-Basel formuliert, eine Milliarde Franken beträgt, die der AHV zukommen, und in anderen Jahren erhält die

AB 2001 N 462 / BO 2001 N 462

AHV aus diesen Reingewinnen der Nationalbank nichts. Das ist eine Finanzierungsquelle, die, so meine ich, für die AHV ungeeignet ist. Im Umlageverfahren ist man, wie gesagt, darauf angewiesen, dass eine gewisse Gleichmässigkeit der Einnahmen gewährleistet ist, sonst können Löcher entstehen, die nicht so leicht und so schnell wieder gestopft werden können mit einem Fonds, der auch nur noch 70 Prozent betragen soll.

Zusammenfassend: Wir werden die Anträge der Minderheit Fattebert und der Minderheit I (Stahl), die Gold-Initiative der SVP, selbstverständlich unterstützen, wir werden aber den Antrag der Minderheit Rechsteiner-Basel ablehnen, weil er uns für die Finanzierung der AHV nicht geeignet scheint.

Gonseth Ruth (G, BL): Im Gegensatz zur egoistischen Nabelschau der SVP haben wir Grünen von allem Anfang an die Idee der Solidaritätsstiftung unterstützt. Diese gute Idee wurde ja im Jubiläumsjahr vom Bundesrat lanciert. Damit wurde auch aller Welt angekündigt, dass die Schweiz im In- und Ausland mit Menschen in Not solidarisch sein will. Wir Grünen stehen nach wie vor hinter dieser Stiftung, und wir begrüssen auch die diesbezüglichen Kompromissvorschläge der Ständeratskommission. Wir freuen uns insbesondere auch, dass nun vorgeschlagen worden ist, die Stiftung in die Hände junger Leute zu legen.

Wir bitten Sie deshalb, die Anträge der Minderheit Fattebert und der Minderheit I (Stahl) abzulehnen, mit welchen durch die Hintertür eigentlich nur die SVP-Gold-Initiative auf die leichte Tour eingebracht werden soll. Herr Bortoluzzi hat das ja auch gesagt. Mit der Annahme dieser fatalen Minderheitsanträge würde die Schweiz bezüglich der gemachten Versprechen dem Ausland gegenüber wortbrüchig. Das würde unserem Ruf nur schaden.

Wir unterstützen, dass ein Drittel aus dem Ertrag der nicht mehr gebrauchten Nationalbankreserven in die AHV fliessen soll. Im Übrigen hat ja die Bevölkerung demnächst über die Volksinitiative "für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!" der Grünen abzustimmen. Sie haben dieses Anliegen leider nicht unterstützt, aber das ist ein zukunftsweisender Weg, um die AHV eben langfristig zu sichern.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir haben uns in der Kommission sehr lange und intensiv mit vielen möglichen Finanzierungsmodellen befasst. Zum Bereich Goldreserven lagen mehrere Anträge vor. Darunter wurde jener von Herrn Fattebert zu Artikel 99 Absatz 3a der Bundesverfassung aufrechterhalten. Alle anderen wurden zugunsten des gleichzeitig in der Ständeratskommission behandelten Geschäftes betreffend die Verwendung der nicht mehr benötigten Währungsreserven der Nationalbank zurückgezogen. Wir konnten vor wenigen Tagen aus den Medien erfahren, wie die WAK-SR darüber entschieden hat.

Nun liegen zwei Minderheitsanträge vor: Derjenige zu Artikel 99 Absatz 3a der Bundesverfassung befasst sich mit den vergangenen, derjenige zu Artikel 99 Absatz 4 der Bundesverfassung mit den zukünftigen Reingewinnen.

Der Antrag der Minderheit Fattebert entspricht im Text genau der von der SVP eingereichten Volksinitiative. Er



lässt wie die Volksinitiative offen, ob die volle Substanz der Goldreserven oder nur deren Erträge in die AHV-Kasse fliessen sollen. Dabei meinen wir immer die 1300 Tonnen Gold, die im Keller der Nationalbank liegen und nicht mehr als Währungsreserven benötigt werden. Die Kommission wollte zum Zeitpunkt ihrer Beratungen nicht den Ergebnissen der Volksabstimmung zur Initiative der SVP vorgreifen und auch nicht die Beratungen über einen Gegenvorschlag zu dieser Gold-Initiative belasten oder beeinflussen. Eine eindeutige Mehrheit der Kommission will auch ganz klar an der Solidaritätsstiftung festhalten. Deshalb wurde der Minderheitsantrag Fattebert nach kurzer Diskussion in der Kommission – mit 16 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen – abgelehnt. Der Antrag der Minderheit I (Stahl) möchte in Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe d der Bundesverfassung ergänzen, dass der Ertrag aus den Währungsreserven gemäss Artikel 99 Absatz 3a in die AHV fliesst. Diesem Antrag liegt die Überlegung zugrunde, dass dadurch vorläufig ohne Mehrwertsteuererhöhung auszukommen ist. Zu diesem Antrag ist zu sagen, dass die Kommission bei Artikel 102 AHVG – Vorlage 2 – beantragt hat, dass die Erträge aus den von der Nationalbank freigegebenen, nicht benötigten Währungsreserven, sofern diese nicht durch Verfassung oder Gesetz einem anderen Zweck zugewiesen sind, in die AHV-Kasse fliessen sollen.

Auch hierzu ist zu erwähnen, dass eine Revision des Nationalbankgesetzes ansteht und ein solcher Antrag dort geregelt werden müsste. Die Kommission hat diesen Antrag Stahl vielfach aus diesem Grund – mit 15 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen – abgelehnt.

Noch ein Wort zu Artikel 99 Absatz 4, zum Antrag der Minderheit Rechsteiner-Basel: Herr Rechsteiner verlangt in Artikel 99 Absatz 4 der Bundesverfassung, dass der Reingewinn der Nationalbank zukünftig an den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung gehen soll. Vorbehalten bleiben ein Anteil der Kantone von einer Milliarde Franken und ein Anteil des Bundes von 500 Millionen Franken jährlich. Ausgangspunkt sind für die Minderheit Rechsteiner-Basel die angeblich riesigen Reserven, die die Nationalbank angelegt hat und die sie für ihre Währungspolitik nicht benötigt. Herr Rechsteiner möchte damit vor allem die Mehrbelastung der AHV wegen der demographischen Entwicklung auffangen.

Wir haben zu diesem Antrag, der eine völlig neue Finanzpolitik bei den Kantonen zur Folge hätte, in der Kommission kurzfristig ein Hearing durchgeführt. Daran nahmen auch ein Vertreter der Kantone und ein Vertreter der Nationalbank sowie Mitarbeiter des Eidgenössischen Finanzdepartementes teil. Die Kantone haben ein legitimes Interesse an Mehreinnahmen. Sie sind auch Hauptaktionäre der Nationalbank. Ihnen steht deshalb ein Teil der Reserven zu.

Die Mehrheit der Kommission will einerseits nicht dem Gesetz über eine neue Finanzordnung vorgreifen, denn die Auszahlung des Reingewinnes an die Kantone ist ein Element des Finanzausgleichs. Andererseits will sie auch nicht der Revision des Nationalbankgesetzes vorgreifen, das in Vorbereitung ist. Das wäre der richtige Ort für eine Neuregelung, wenn sich eine solche als nötig erweisen sollte. Zudem haben auch die Kantone ein legitimes Interesse an Mehreinnahmen. Aus diesen Gründen wurde der Minderheitsantrag zu Artikel 99 Absatz 4 der Bundesverfassung – mit 13 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung – abgelehnt.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Kommissionsmehrheit, alle Minderheitsanträge abzulehnen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Curieusement, l'or de la Banque nationale, véritable caverne d'Ali Baba, donne naissance aux fantômes les plus extraordinaires, et la commission en a très largement délibéré. M. Fattebert a repris, dans sa proposition de minorité, l'initiative populaire de l'UDC. La commission s'y oppose, non pas en raison des objectifs, louables en soi, mais du contenu. De facto, c'est une opération de torpillage pur et simple de la création d'un fonds de solidarité que le Conseil fédéral souhaite ardemment et, avec lui, un bon nombre de commissaires. C'est pour ça que cette proposition a été clairement rejetée, par 16 voix contre 4 et avec 3 abstentions.

Je ne vais pas revenir sur les appréciations très optimistes de M. Rechsteiner-Basel quant aux réserves de la Banque nationale à disposition, à la santé financière des cantons et aux rendements des capitaux obtenus grâce à la vente de l'or, qu'il estime entre 1,9 et 2,5 milliards de francs.

La majorité de la commission relève que l'article 99 alinéa 2 actuel de la constitution donne la mission explicite à la Banque nationale de constituer, à partir de ses bénéfices, des réserves suffisantes pour lui permettre de mener une politique monétaire servant les intérêts généraux du pays. Ces bénéfices sont sujets à d'énormes fluctuations qui en font une source de financement aléatoire pour l'AVS. Pour cette

AB 2001 N 463 / BO 2001 N 463

raison, la répartition qui se fait en faveur des cantons et de la Confédération, à raison respectivement de deux tiers/un tiers est établie sur la base des résultats des cinq dernières années. Une attribution obligatoire dans un but de financement de l'assurance sociale affaiblirait donc considérablement sa marge de manoeuvre et



son indépendance en matière de politique monétaire. Les cantons sont aussi les actionnaires principaux de la Banque nationale, c'est pourquoi une part des réserves leur revient légitimement.

Le versement des bénéfices aux cantons est également un élément de la péréquation financière en discussion. Enfin, une révision de la loi sur la Banque nationale et donc des modalités de répartition est en préparation. Si à cet égard des changements s'avéraient nécessaires, c'est là qu'il faudrait les introduire.

Au vu de ces considérations, qui s'appliquent aussi bien à la proposition de minorité Rechsteiner-Basel qu'à la proposition de minorité I (Stahl) à l'article 112 et par effet de report à l'article 99, la majorité de la commission a repoussé ces propositions, par 13 voix contre 7 et avec 1 abstention.

Dreifuss Ruth (,) : Le Conseil fédéral vous propose également de rejeter les propositions de minorité Fattebert et Rechsteiner-Basel.

L'AVS a besoin d'être consolidée sur le moyen et le long terme. Elle a besoin de trouver un équilibre, à la fois par un certain nombre de décisions douloureuses qui ont été prises du côté des prestations, de décisions prises du côté des cotisations qui alourdissent la charge directe des assurés, et également par la recherche de nouvelles ressources par la fiscalité. Depuis des années, ce plus de ressources, le Conseil fédéral le voit dans la perception, au moment où cela sera nécessaire, de la taxe sur la valeur ajoutée. Et il reste sur cette ligne. Tout le reste me paraît faire un peu partie des trucs que l'on essaie de mettre en place pour ne pas créer le fondement solide, automatique, d'un financement régulier pour l'AVS. Et c'est de cela dont nous avons besoin, ne serait-ce que pour recréer aussi ce climat de sérénité, de tranquillité dont les personnes âgées, les futurs rentiers ont besoin. L'AVS et les personnes qui la touchent ont suffisamment souffert ces dernières années d'une atmosphère de panique qui a été créée autour de cette assurance sociale. Il nous appartient, je crois, avec cette 11e révision, de recréer un climat de calme, de sécurité, de montrer aussi notre volonté politique d'un équilibre. Il faut aussi, et j'y reviendrai lorsqu'on en sera à ce point-là, que le citoyen, que la citoyenne sachent de combien la fiscalité devra être augmentée au cours des prochaines années pour assurer l'équilibre des assurances sociales. Et vous le savez, nous aurons besoin d'un point de TVA pour l'assurance-invalidité. Nous chiffrons à peu près à 1,5 pour cent sur une période de 12, 13, 14 ans le besoin pour l'AVS. Il est bon que l'on puisse présenter le coût forfaitaire en assurant nos compatriotes que nous ne prélèverons ces impôts qu'au moment où cela sera vraiment nécessaire. Mais qu'ils sachent déjà, d'entrée de cause, quelle pourrait être l'ampleur de cette facture.

C'est dans ce sens-là que toutes les autres solutions ne devraient pas être mises au premier plan.

Si la proposition de la majorité de la commission garantit l'existence de la Fondation de solidarité, si elle maintient pour les cantons la possibilité de toucher quelque chose sur les réserves excédentaires de la Banque nationale et permet d'enrichir un peu le fonds de l'AVS, pourquoi pas? C'est bon à prendre, mais ne faisons pas reposer le financement d'une assurance sur la découverte d'une caverne d'Ali Baba qui, de toute façon, n'est pas aussi richement dotée que les fantasmes qu'elle fait naître.

Donc, raison de plus pour rejeter la proposition de minorité Fattebert.

Pour la proposition de minorité Rechsteiner-Basel, je dirai la même chose: ces ressources ne sont pas régulières et ce ne sont pas elles qui fondent réellement un financement qui inspire durablement confiance. Par ailleurs, la BNS et le Conseil fédéral sont d'accord pour dire que l'indépendance de la BNS serait réduite si l'on pouvait faire pression sur cette institution pour qu'elle attribue une part de ses bénéfices au financement – donc à l'équilibre – d'une assurance sociale aussi importante que l'AVS.

Je pense qu'il est plus important que la part que la Confédération reçoit de la BNS puisse être éventuellement allouée à telle ou telle dépense liée, encore que je ne sois pas particulièrement amie de ces systèmes de dépenses liées. Mais cela serait plus clair, parce que la responsabilité en incomberait au Conseil fédéral ou à la Confédération. Essayons donc de tenir quand même la BNS en dehors de ce qui pourrait devenir des pressions politiques pour distribuer plus de bénéfices que cela ne serait idéal au vu du rôle essentiel que doit jouer la BNS.

Dans ce sens-là, le Conseil fédéral vous propose de rejeter ces deux propositions de minorité.

Art. 99 Abs. 3a BV; 112 Abs. 3 Bst. d BV

Art. 99 al. 3a cst.; 112 al. 3 let. d cst.

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir stimmen über den Antrag der Minderheit Fattebert zu Artikel 99 Absatz 3a und über den Antrag der Minderheit I (Stahl) zu Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe d ab.

Abstimmung – Vote



Für den Antrag der Mehrheit 118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit/Minderheit I 31 Stimmen

Art. 99 Abs. 4 – Art. 99 al. 4

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 91 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 62 Stimmen

Art. 106 Abs. 3 BV

Antrag der Kommission

.... Sie dient als Finanzierungsbeitrag an die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Art. 106 al. 3 cst.

Proposition de la commission

.... cet impôt est utilisé pour financer l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité.

Angenommen – Adopté

Art. 112 Abs. 3 Bst. c BV

Antrag der Kommission

Mehrheit

c. durch den Ertrag aus den Mehrwertsteuerzuschlägen nach Artikel 130 Absätze 3 und 4.

Minderheit II

(Egerszegi, Christen, Gutzwiller, Heberlein)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 112 al. 3 let. c cst.

Proposition de la commission

Majorité

c. par le produit des augmentations de la taxe sur la valeur ajoutée selon l'article 130 alinéas 3 et 4.

Minorité II

(Egerszegi, Christen, Gutzwiller, Heberlein)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 112 Abs. 5 BV

Antrag der Kommission

.... der Tabaksteuer und der Steuer aus gebrannten Wassern gedeckt.

Antrag Lauper

Die Leistungen des Bundes werden mit den allgemeinen Mitteln gedeckt.

AB 2001 N 464 / BO 2001 N 464

Antrag Studer Heiner

.... der Tabaksteuer und der Steuer aus alkoholischen Getränken

Art. 112 al. 5 cst.

Proposition de la commission

.... le tabac et de l'impôt sur les boissons distillées.

Proposition Lauper

Les prestations de la Confédération sont financées par les ressources générales.

Proposition Studer Heiner





.... de l'impôt sur le tabac, de l'impôt sur les boissons alcooliques

Art. 130 BV

Antrag der Kommission

Abs. 4

Sobald dies zur Sicherstellung der Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung nötig ist, können die nach den Absätzen 1 und 3 festgesetzten Sätze der Mehrwertsteuer durch das Gesetz um insgesamt höchstens 1,5 Prozentpunkte angehoben werden.

Abs. 5

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Bangerter, Dunant, Egerszegi, Hassler, Widrig, Zäch)

Für den Fall der Ablehnung der Zusatzfinanzierung zugunsten der Alters- und Hinterlassenenversicherung trifft das Gesetz zur Kompensation des entgangenen Ertrages eine neue, gegebenenfalls von Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe d abweichende Regelung für die Anpassung der Renten.

Abs. 6

Mehrheit

Der Ertrag aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze nach den Absätzen 3 und 4 geht an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. (Rest des Absatzes streichen)

Minderheit

(Egerszegi, Christen, Gutzwiller, Heberlein)

Der Ertrag aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze nach Absatz 4 geht an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Das Gesetz legt einen prozentualen Anteil des Bundes am Ertrag fest. Dieser Anteil entspricht höchstens seinem prozentualen Anteil an den Ausgaben dieser Versicherung.

Abs. 7

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Bortoluzzi, Borer, Triponez)

Die aus den Absätzen 4 bis 6 erzielten Einnahmen werden durch Reduktion der direkten Bundessteuer (Art. 128 BV) in vollem Umfang kompensiert.

Art. 130 cst.

Proposition de la commission

Al. 4

Dès que le financement de l'assurance-vieillesse et survivants doit être garanti, les taux de la taxe sur la valeur ajoutée fixés aux alinéas 1 et 3 peuvent être relevés de 1,5 point au plus.

Al. 5

Majorité

Biffer

Minorité

(Bangerter, Dunant, Egerszegi, Hassler, Widrig, Zäch)

Si le financement supplémentaire en faveur de l'assurance-vieillesse et survivants est refusé, pour compenser cette perte de recettes, la loi règlera l'adaptation des rentes, le cas échéant, différemment de l'article 112 alinéa 2 lettre d.

Al. 6

Majorité

Le produit du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée selon les alinéas 3 et 4 est attribué à l'assurance-vieillesse et survivants. (Biffer le reste de l'alinéa)

Minorité





(Egerszegi, Christen, Gutzwiller, Heberlein)

Le produit du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée selon l'alinéa 4 est attribué à l'assurance-vieillesse et survivants. La loi fixe une part de la Confédération en pour cent du produit. Cette part correspond tout au plus à la part proportionnelle de la Confédération à ses dépenses.

Al. 7

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Bortoluzzi, Borer, Triponez)

Les recettes provenant des mesures visées aux alinéas 4 à 6 sont intégralement compensées par une baisse proportionnelle de l'impôt fédéral direct (art. 128 cst.).

Art. 102 Abs. 1 AHVG

Antrag der Kommission

....

- e. Einnahmen, die sich aus der für die Versicherung bestimmten Anhebung der Mehrwertsteuersätze ergeben;
- f. die Erträge aus den von der Schweizerischen Nationalbank freigegebenen, nicht benötigten Währungsreserven, sofern diese nicht durch Verfassung oder Gesetz einem anderen Zweck zugewiesen werden;
- g. den Ertrag aus der Spielbankenabgabe.

Antrag Lauper

....

- e. die Erträge aus den Abgaben auf Tabak und alkoholischen Getränken sowie aus der Spielbankenabgabe;
- f. Einnahmen, die sich aus der für die Versicherung bestimmten Anhebung der Mehrwertsteuersätze ergeben;
- g. Streichen

Art. 102 al. 1 LAVS

Proposition de la commission

....

- e. les recettes qui résultent du relèvement, effectué pour l'assurance, des taux de la taxe sur la valeur ajoutée;
- f. le produit des réserves de devises inutilisées libérées par la Banque nationale suisse, dans la mesure où il n'est pas affecté à une autre utilisation conformément à la constitution ou à la loi;
- g. l'impôt sur les recettes brutes des jeux.

Proposition Lauper

....

- e. les recettes provenant de l'imposition du tabac et des boissons alcooliques, ainsi que de l'impôt sur les produits bruts des jeux;
- f. les recettes qui résultent du relèvement, effectué pour l'assurance, des taux de la taxe sur la valeur ajoutée;
- g. Biffer

Art. 104 Abs. 1 AHVG

Antrag der Kommission

.... aus dem Reinertrag der Tabaksteuer und der Steuer auf gebrannten Wassern. (Rest des Absatzes streichen)

Antrag Lauper

Der Bund leistet seinen Beitrag aus den allgemeinen Mitteln.

Art. 104 al. 1 LAVS

Proposition de la commission

.... du tabac et des boissons distillées. (Biffer le reste de l'alinéa)



AB 2001 N 465 / BO 2001 N 465

Proposition Lauper

La Confédération fournit sa contribution au moyen des ressources générales.

Art. 111 AHVG*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Die Erträge aus dem Reinertrag der Tabaksteuer und der Steuer auf gebrannten Wassern werden laufend

Minderheit

(Egerszegi, Christen, Gutzwiller, Heberlein)

Die Erträge aus dem Reinertrag der Tabaksteuer und der Steuer auf gebrannten Wassern sowie der Anteil des Ertrages der für die Versicherung erhobenen Mehrwertsteuer werden laufend

Antrag Lauper

Streichen

Art. 111 LAVS*Proposition de la commission**Majorité*

.... du tabac et des boissons distillées sont créditées

Minorité

(Egerszegi, Christen, Gutzwiller, Heberlein)

.... du tabac et des boissons distillées et la part des recettes de la taxe sur la valeur ajoutée

Proposition Lauper

Biffer

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Ich bitte Sie mit hartnäckiger Ausdauer, den Bundesanteil an der Mehrwertsteuer zu belassen. Es ist klar: Wir brauchen die Gelder der Mehrwertsteuer für das Auffangen der Folgen der demographischen Entwicklung. Es ist ebenso klar: Wenn die Folgen der demographischen Entwicklung bei den vier Fünfteln, die aus den Lohnbeiträgen in die Ausgleichskasse fliessen, spürbar sind, dann ist die Mehrbelastung auch beim Bundesanteil spürbar.

Ich hatte beim letzten Mal, als wir über dieses Problem abstimmten, noch Verständnis für jene, die bei der letzten Diskussion das ganze Demographieprozent zur AHV schlagen wollten, um glaubwürdig zu bleiben, weil sie nämlich – damals bei der Abstimmung um die Einführung der Mehrwertsteuer – gesagt hatten, dieses eine Demographieprozent sei ganz für die AHV. Hier bei den nun folgenden Beschlüssen aber sind Sie völlig frei. Das heisst, so frei sind Sie allerdings auch wieder nicht: Denn wenn Sie hier der Bundeskasse mit den 1,5 Mehrwertsteuerprozenten rund 600 Millionen Franken abknöpfen und nachher, wie bereits in der Kommission angekündigt, auch den Bundesanteil für die IV dem Bund entnehmen, dann macht das nicht mehr einfach nur 400 oder 600 Millionen Franken aus. Dann entnehmen Sie der Bundeskasse als Konsequenz bis ins Jahr 2010 zwei Milliarden Franken pro Jahr. Überlegen Sie sich heute, wie Sie dieses Loch füllen wollen! Auf Steuerentlastungen verzichten, auf Steuerentlastungen für Familien, für Wohneigentümer, für Unternehmer? Oder wollen Sie dieses Loch von zwei Milliarden Franken über neue Steuern füllen, die der Bund direkt erhebt? Das Problem, das entsteht, wenn Sie hier den Bundesanteil wegnehmen, müssen Sie heute schon bedenken. Eine Aufhebung des – künftigen – Bundesanteils an den für AHV und IV zweckgebundenen Mehrwertsteuerprozenten hätte für den Bundeshaushalt schwerwiegende Folgen. Sie plündern ein Portemonnaie, um das Geld in ein anderes zu tun. Sie können das machen, z. B. um die Flexibilisierung zu finanzieren, aber es hat Konsequenzen.

Stellen Sie sich vor, Sie wollten eine Weltreise machen, aber das Geld dafür fehlt Ihnen. Sie nehmen dann das Geld aus der Kasse, aus welcher die Steuern bezahlt werden müssten. Sie können die Reise selbstverständlich machen, aber wenn Ihnen nachher im Oktober das Geld für die Steuern fehlt, müssen Sie sich nicht wundern. Sie können das selbstverständlich tun, aber haben Sie ja nicht das Gefühl, dabei noch gespart zu haben!



Genau so handeln Sie jetzt, wenn Sie den Bundesanteil an die Mehrwertsteuer aus der Bundeskasse nehmen. Sie bezahlen heute die Flexibilisierung damit, aber es ist nicht gespart, es ist Geld, das ersetzt werden muss. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, hier den Bundesanteil der Mehrwertsteuer zu belassen und die Minderheit II zu unterstützen.

Bangerter Käthi (R, BE): In Artikel 130 Absatz 5 der Bundesverfassung wird die Finanzierung der Renten geregelt, sollte der Ausgleichsfonds unter die Grenze von 70 Prozent fallen und das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht gewährleistet sein. Mein Antrag soll es möglich machen, dass der Rentenindex, d. h. die Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung, in einem solchen Fall ausgesetzt werden könnte. Ein Teil meines Anliegens, das Aussetzen der Anpassung an die Lohnentwicklung, ist nun in Artikel 33quater im Gesetz neu geregelt und hat heute im Rat auch eine komfortable Zustimmung gefunden. Aus diesem Grund ziehe ich meinen Minderheitsantrag zurück.

Lauper Hubert (C, FR): Rendons à l'AVS ce qui revient à l'AVS! Voilà le sens des propositions que j'ai déposées et dont le but est l'affectation directe à l'AVS des impôts qui ont été votés constitutionnellement, avant même l'adoption et l'entrée en matière de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants. Il s'agit en clair des recettes de l'impôt sur le tabac et de l'impôt sur les boissons distillées, qui rapportent actuellement plus de 2 milliards de francs par année à la Confédération. Oui, à la Confédération, quand bien même le peuple en a décidé le versement à l'AVS! Pour comprendre cela, faisons un peu d'histoire. C'est à la fin de l'année 1925, par l'introduction d'un article 34quater dans la constitution, que le produit total de l'imposition du tabac a été versé au fonds en vue de l'introduction de l'assurance-vieillesse. De même, la part des recettes que la Confédération retirait de l'imposition des boissons distillées devait être versée au fonds en question. Dans les années d'avant-guerre, l'impôt sur le tabac a été affecté aux besoins généraux de la Confédération: crise oblige. Lorsque, en 1946, la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants et celle sur son financement furent votées, le Conseil fédéral a proposé et obtenu que les recettes qui sont réservées à l'assurance en vertu de dispositions constitutionnelles, c'est-à-dire le produit de l'imposition du tabac et des eaux de vie, ainsi que les fonds accumulés soient mis à la disposition de la Confédération pour le financement de sa contribution.

Vous pouvez lire l'histoire de ce que j'appelle un "détournement de fonds" dans le message du Conseil fédéral du 29 mai 1946 concernant le financement au moyen de fonds publics de l'AVS.

On a donc constitué un fonds spécial à disposition du Conseil fédéral pour payer la part de la Confédération de l'ordre de 17 pour cent aux charges de l'AVS, fonds qui portait alors intérêt en faveur de l'assurance. Cela a duré ainsi jusqu'en 1976, où, dans le cadre de la 9e révision de l'AVS, le fonds ainsi constitué et qui, entre-temps, avait été "légumé", a été débaptisé pour ne plus s'appeler qu'une "réserve", soit un compte transitoire qui ne porte même plus d'intérêts: deuxième détournement.

Il y eut ensuite la loi sur les maisons de jeu en 1998 et, dans ce cadre, la tentative du Conseil fédéral d'attribuer les recettes de l'impôt sur les casinos à la fameuse réserve de la Confédération. J'ai veillé au grain et j'ai réussi à démontrer à la Commission des affaires juridiques et au plénum que l'on violait la volonté populaire. Ce nouveau détournement a été évité, si bien que l'impôt sur les maisons de jeu est d'ores et déjà acquis à l'AVS. Le Conseil fédéral en a fait la semaine dernière une première affectation de 59 millions de francs.

AB 2001 N 466 / BO 2001 N 466

Enfin, le point supplémentaire de TVA dont vient de parler Mme Egerszegi, perçu à partir du 1er janvier 1999 a, à mon avis, aussi fait l'objet d'un détournement pour 17 pour cent de sa valeur en faveur de la caisse fédérale, quand bien même le peuple en avait voté l'affectation à l'AVS. Quels trésors d'explications démographiques et démagogiques a déployés le Conseil fédéral pour nous faire accroire qu'il respectait la volonté populaire! Et ça a marché. J'espère pas pour longtemps.

Pourquoi je vous raconte tout cela en sachant pertinemment qu'une proposition individuelle, faite par un député qui n'est pas membre de la commission et qui risque de passer pour un farfelu, n'a aucune chance d'aboutir? Simplement parce que j'ai le sentiment que le peuple est grugé et qu'il ne se rend pas compte de ce que l'on fait de ses décisions. Faites vous-mêmes un petit sondage et posez à un fumeur ou à n'importe quel citoyen de ce pays la question de savoir à quoi sert l'impôt sur le tabac ou sur l'apéritif qu'il est en train de boire. A l'AVS, vous répondront tous ceux que vous interrogerez. Alors que, comme je viens de tenter de vous l'expliquer, ces impôts et leurs augmentations n'amènent pas un centime de plus dans les caisses de l'AVS et ne servent qu'à diminuer la part de 17 pour cent des charges que la Confédération doit à l'AVS.

Deux chiffres pour expliquer un peu de ma colère. L'impôt sur le tabac a passé de 797 millions de francs en



1996 à 1,709 milliard en 1999. Il a plus que doublé et il a encore augmenté l'année passée, puisque le prix du paquet de cigarettes a été augmenté de 20 centimes pour, comme a dit le Conseil fédéral, cofinancer l'AVS, alors que la part de la Confédération à l'AVS est quasiment restée la même dans le même temps.

En conclusion, je demande que l'on profite de cette modification constitutionnelle et législative pour rétablir la volonté populaire et restaurer la transparence, que le produit de l'impôt sur le tabac et sur les boissons distillées soit versé directement à l'AVS et qu'il en soit de même et bien sûr de la totalité du point TVA, et enfin que la réserve prévue à l'article 111 de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants soit abolie. Je sais qu'il en va de plus de 2 milliards de francs qui vont manquer à la caisse fédérale. Des solutions devraient pouvoir être trouvées, soit par l'amélioration constante des résultats des comptes, qui s'est amorcée en 2000, soit par des économies. On me répondra – et je termine par là – que cette proposition n'a pas été discutée en commission et qu'il faut, dès lors, la rejeter. Il est vrai qu'elle demanderait des études complémentaires, mais je tenais à ce que ces choses soient dites, afin qu'un jour je puisse vous rappeler que je vous l'ai dit.

Donzé Walter (E, BE): Bisher unterliegen nur gebrannte Wasser der Steuer, die hier der AHV zukommt; dazu haben wir eine Biersteuer. Gemäss dem Anliegen meines Kollegen und meiner Fraktion sollten wir hier die Gelegenheit wahrnehmen, auf Verfassungsstufe die Möglichkeit zu schaffen, auch weitere alkoholische Getränke der Steuer zu unterstellen. Mit Kollege Lauper gehen wir einig, dass der Ertrag ausschliesslich der AHV zugute kommen soll. Angesichts der volkswirtschaftlichen Kosten, die der Alkohol verursacht, finden wir diesen Vorstoss gerechtfertigt.

Ich bitte Sie, dem Antrag Studer zuzustimmen.

Le président (Hess Peter, président): Le groupe libéral déclare qu'il va soutenir la majorité.

Hassler Hansjörg (V, GR): Bereits im Jahre 1993 hat das Schweizervolk ein Mehrwertsteuerprozent für die Finanzierung der AHV bewilligt. Dieser Beschluss trat im Jahre 1999 in Kraft. Es war im Vorfeld der Abstimmung nie die Rede davon, dass ein Teil dieses Mehrwertsteuerprozentes nicht der AHV zufließen soll. 17 Prozent dieses Mehrwertsteuerprozentes wurden aber der Bundeskasse zugewiesen, um dann wiederum den Bundesanteil an der AHV mitzufinanzieren. Dies entsprach ganz und gar nicht dem Volkswillen. Wenn in Zukunft die Mehrwertsteuersätze für die Finanzierung der AHV angehoben werden müssen, sind diese vollständig für die Finanzierung der AHV einzusetzen.

Es ist schon aus Gründen der Transparenz und der Glaubwürdigkeit erforderlich, dass die Erträge aus einer allfälligen Anhebung der Mehrwertsteuer für die AHV auch vollumfänglich unserer AHV zugute kommen. Einen entsprechenden Beschluss hat unser Rat bereits früher mit deutlichem Mehr gefasst. Es gilt heute diesen Beschluss zu bekräftigen und dem Volkswillen endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Die SVP-Fraktion folgt geschlossen der Kommissionsmehrheit.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutient, à l'unanimité, la proposition de la majorité de la commission qui demande le versement des pour-cent de TVA supplémentaires et du produit brut des jeux directement à l'AVS, ce qui donne des moyens supplémentaires pour faire face aux problèmes de démographie incontournables que vit l'AVS.

Nous estimons que le peuple qui vote des augmentations de TVA pour financer son premier pilier doit savoir que son effort va directement dans le fonds AVS, sans que le 17 pour cent du montant passe par la Confédération pour financer sa participation propre. C'est une question de transparence.

Nous savons bien que la Confédération devra trouver des moyens dans ses ressources internes pour compléter sa participation, mais cela permettra de repousser le relèvement de la TVA à 2007 au lieu de 2003 pour 0,5 point, et à 2011 au lieu de 2006 pour le point supplémentaire. Le 6 décembre 2000, notre Chambre s'était largement prononcée dans ce sens, et ce n'est que par le vote prépondérant de la présidente du Conseil des Etats que le projet avait été refusé le 12 décembre 2000, vous vous en souvenez.

En votant la proposition de la majorité de la commission, le Conseil national garde la ligne prise en décembre et le groupe démocrate-chrétien confirmera son vote par souci de transparence et pour consolider l'assurance de pouvoir verser des rentes convenables à ces rentiers, malgré le problème démographique.

Quant aux propositions Lauper, elles pourraient rencontrer notre sympathie, mais elles demanderaient à la Confédération de trouver 2 milliards de francs dans ses ressources internes, et il nous paraît difficile de les soutenir sans pouvoir en évaluer toutes les incidences. Nous écouterons avec intérêt la représentante du Conseil fédéral à ce sujet.

Le groupe démocrate-chrétien votera donc en faveur de la majorité de la commission sur toute la ligne concernant ces articles.



Hess Peter (C, ZG): Die grüne Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Mehrheit – angereichert durch den Antrag Lauper – unterstützen wird. Die FDP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Minderheit II (Egerszegi) unterstützen wird.

Rechsteiner Paul (S, SG): Das Desinteresse jetzt an dieser Debatte kontrastiert stark mit der Bedeutung dieser Vorlage bzw. dieses Teils der Vorlage, wo es immerhin um Finanzierungsbeschlüsse – Erhöhung von Mehrwertsteuerprozenten – von einer enormen Tragweite geht. Für die SP und die Gewerkschaften sind zusätzliche Mehrwertsteuerprocente nicht etwas Attraktives, sie belasten die Familien und Haushalte über den Konsum bekanntlich sehr stark. Wir sind aber der Auffassung: Wenn Mehrwertsteuerprocente erhoben werden, müssen diese grundsätzlich für die Sozialversicherungen – namentlich für die AHV – reserviert bleiben und dürfen nicht für andere Zwecke eingesetzt werden.

Die Arbeiten in der Kommission haben es zutage gebracht: Im Unterschied zur Ausgangslage für die Vorlage des Bundesrates ist auf absehbare Zeit – in den nächsten Jahren –

AB 2001 N 467 / BO 2001 N 467

eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV hoffentlich nicht nötig. Die AHV wird in allererster Linie über die Erwerbseinkünfte – insbesondere die Löhne – finanziert. Sofern die Beschäftigung stimmt, sofern die Löhne wieder anziehen, ist die AHV-Finanzierung gesichert; sie schreibt heute erfreulicherweise, entgegen den pessimistischen Szenarien, wieder Überschüsse. Diese Überschüsse sind abhängig von der Einkommensentwicklung, von den Löhnen, von der Beschäftigung. Sofern diese anhält, sofern nicht mit wirtschaftspolitischen Dummheiten das Wirtschaftswachstum ins Stocken gebracht wird, wird die AHV-Finanzierung auch in den nächsten Jahren gesichert sein.

Weil aber der Kapitalismus naturgemäss zyklisch ist, müssen wir auch damit rechnen, dass früher oder später wieder eine Wirtschaftskrise kommt. Das ist der Zeitpunkt, für den es eine "Vorsichtsfinanzierung" braucht.

Die Demographie ist zwar auch ein Faktor, doch ist sie weit weniger wichtig als der Faktor Wirtschaftswachstum. Das gilt für die Vergangenheit wie für die Zukunft. Die Folgen der demographischen Entwicklung können über das Wirtschaftswachstum finanziert werden; wenn aber eine Wirtschaftskrise eintritt, braucht es eine "Vorsichtsfinanzierung" über Mehrwertsteuerprocente. Dann soll es dem Gesetzgeber wie in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre möglich sein, mit dem so genannten Demographieprozent gegebenenfalls eine ergänzende Mehrwertsteuerfinanzierung auszulösen. Das hat sich in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre bewährt.

Wir haben mit diesem Finanzierungsbeschluss eine besondere Problematik, auf die noch nicht eingegangen worden ist. Die Kommission hat nämlich den Beschluss bezüglich IV-Mehrwertsteuerprozent von der Finanzierung der AHV durch die Mehrwertsteuer getrennt. Wir machen darauf aufmerksam, dass die Frage der IV-Finanzierung noch sorgfältig geprüft werden muss. Bei der IV besteht im Unterschied zur AHV ein akuter Finanzierungsbedarf. Wir sind aber der Auffassung, dass auch dort zunächst geprüft werden soll, ob nicht eine alternative Finanzierung möglich ist.

Wir denken namentlich an die Frage der Lohnprozentualen Finanzierung im Zusammenhang mit der Reduktion der Lohnprozente bei der Arbeitslosenversicherung, die uns bevorsteht. Es ist für die Bevölkerung – für die Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch für die Beschäftigten – wohl schwer zu verstehen, wenn Lohnprozente gesenkt, im gleichen Atemzug aber neue Mehrwertsteuerprocente erhoben werden sollen. Das ist nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss. Man könnte mit einer Teilsenkung der Lohnprozente bei der Arbeitslosenversicherung und mit einer Verlagerung der entsprechenden Einnahmen auf die Invalidenversicherung die derzeitigen Probleme wohl lösen.

Das wird in der vorberatenden Kommission sorgfältig geprüft werden müssen. Sofern es sich aber zeigt, dass die Finanzierung des Bedarfs bei der IV über die Mehrwertsteuer vorgenommen werden muss, dass das der einzige Weg ist, der sich als beschreitbar erweist, dann muss dieser Beschluss bezüglich Mehrwertsteuerfinanzierung wieder mit der AHV-Mehrwertsteuerfinanzierung gekoppelt werden. Es wäre unverständlich, wenn zwei Mal nacheinander eine Volksabstimmung – obligatorisch, weil es sich um eine Verfassungsbestimmung handelt – durchgeführt werden müsste. Diese Finanzierungsbeschlüsse müssten dann zusammengeführt werden, damit eine einzige Abstimmung durchgeführt werden kann.

Noch ein kurzes Wort zum Antrag Lauper bezüglich Tabak- und Alkoholsteuer. Dieser Antrag ist prima vista sympathisch, das muss man sagen. Die Bevölkerung ist der Auffassung, wer rauche und trinke, trage zur AHV-Finanzierung bei. Das ist nicht der Fall, man trägt ja nur zur Finanzierung des Bundesanteils an die AHV bei. Das ist nicht einleuchtend. Aber umgekehrt muss man Herrn Lauper sagen – das ist ihm wohl auch bewusst -: Man kann in diesem Bereich der Gesetzgebung nicht improvisieren. Die Tragweite eines solchen Vorgehens ist so gross, dass es nicht mit einem Einzelantrag aus dem Plenum beschlossen werden kann. Es handelt sich



trotzdem um einen sympathischen, an sich positiv zu bewertenden Antrag.

Wir sind der Auffassung, dass es jetzt in erster Linie sinnvoll ist, einmal die Frage der Mehrwertsteuerfinanzierung so zu klären, dass Mehrwertsteuerprozentente dort, wo sie der AHV-Finanzierung dienen – das gilt auch für das bisherige Mehrwertsteuerprozent –, vollumfänglich der AHV zugute kommen und nicht der Finanzierung des Bundesanteils dienen dürfen. Denn wir müssen darauf aufmerksam machen, dass der Anteil der Bundessubventionen immer wieder einen Diskussionspunkt darstellt.

Die öffentliche Hand hat sich bezüglich der Finanzierung der Sozialversicherungen in den letzten Jahren stark zurückgezogen, wie es die schweizerische Sozialversicherungsstatistik ausweist. Allein zwischen 1988 und 1998 ist der entsprechende Anteil von 15,4 auf 14,2 Prozent gesenkt worden. Auch die AHV hat das entsprechend gespürt. Der Bundeshaushalt hat sich in diesem Bereich zwischen 1993 und 1999 um insgesamt 1,65 Milliarden Franken entlastet. In diesem Sinne müssen wir sehr darauf achten, dass der Bundesanteil erhalten bleibt. Nach Verfassung könnte er ja bei der AHV – so lautet die Bestimmung aus dem Jahre 1925 – insgesamt bis zu 50 Prozent betragen. Wir sind heute weit davon entfernt; insoweit gilt es, die grossen Zusammenhänge im Auge zu behalten.

Die Finanzierung der AHV erfolgt in erster Linie über die Lohnprozente, die nicht schlecht gemacht werden dürfen. Diese sind ja seit 25 Jahren nicht mehr erhöht worden; das ist eine ausgesprochen erfolgreiche Finanzierungsquelle. Es ist sinnvoll, diese mit Mehrwertsteuerprozenten zu ergänzen, wenn dies nötig ist und es sich als unumgänglich erweist. Auch die Finanzierung aus den Goldreserven ist erwünscht. Aber die "Goldfinanzierung" kann letztlich die ergiebigeren Finanzierungsquellen wie Lohnprozente, aber auch die Mehrwertsteuer nicht ersetzen. Es handelt sich um eine wünschbare Zusatzfinanzierung; auch die Nationalbankgewinne gehören in dieses Kapitel. Aber es ist klar: Die Verfassungsvorlage ist ein Schritt, der jetzt vorgenommen werden muss, bis hin zur Korrektur der Bestimmung hinsichtlich der Spielbankengewinne, wo bereits eine klare Zuordnung durch den Gesetzgeber erfolgt ist; das ist letztlich entscheidend. Es geht heute nur noch darum, die Verfassungsbestimmung dem konkreten Wortlaut des Gesetzes anzupassen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie namens der SP-Fraktion, den Anträgen der Mehrheit der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Herr Rechsteiner, Sie haben dreimal gesagt, dass Ihnen der Antrag Lauper sympathisch sei. Ich bin im Kanton Aargau Präsidentin der Vereinigung, die den Alkoholzehntel verteilt. Wissen Sie, dass mit diesem Antrag Millionen Franken für die Suchtprävention verloren gehen würden?

Rechsteiner Paul (S, SG): Frau Egerszegi, ich habe ausgeführt, dass das Anliegen, das Herr Lauper verfolgt, nicht auf dem Wege der improvisierten Gesetzgebung über einen Antrag im Plenum realisiert werden kann. Das ist unmöglich und war, so glaube ich, auch nicht das Anliegen von Herrn Lauper. Er wollte signalisieren, dass das seine Meinung ist.

Grundsätzlich ist es so, dass eine für die AHV bestimmte Einnahme direkt der AHV zugute kommen sollte und nicht der Finanzierung des Bundesanteils. Es ist aber klar, dass sich die Kommissionsmehrheit – wir waren uns bewusst, dass das eine heikle Materie ist – darauf konzentriert hat, die Sache mit der Mehrwertsteuerfinanzierung und dem Bundesanteil jetzt zu klären, ohne zu übertreiben und zu viel auf einmal regeln zu wollen. Ich meine, dass wir mit diesem Vorgehen gut fahren werden. Deshalb habe ich auch festgehalten, die SP-Fraktion unterstütze die Anträge der Kommissionsmehrheit.

AB 2001 N 468 / BO 2001 N 468

Es ist aber klar: Herr Lauper spricht grundsätzlich eine berechnete Frage an. Es handelt sich um einen sympathischen Antrag, der aber auf diesem improvisierten Weg nicht realisiert werden kann.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr
La séance est levée à 19 h 00*

AB 2001 N 469 / BO 2001 N 469





00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

*Art. 112 Abs. 3 Bst. c; 112 Abs. 5; 130 Abs. 4–7 (Fortsetzung)**Art. 112 al. 3 let. c; 112 al. 5; 130 al. 4–7 (suite)*

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

*Art. 102 Abs. 1; 104 Abs. 1; 111 (Fortsetzung)**Art. 102 al. 1; 104 al. 1; 111 (suite)*

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir kommen mit unserer Vorlage in den Endspurt. Wir haben gestern beschlossen, dass wir die vollen Erträge der Spielbankenabgabe in die AHV-Kasse fliessen lassen wollen. Heute müssen wir über den Antrag der Kommissionsmehrheit entscheiden, d. h. darüber, ob wir das ganze Mehrwertsteuerprozent ohne Vorbehalt für die Bundeskasse in die AHV-Kasse fliessen lassen wollen. Wir müssen über den Antrag Lauper entscheiden, der verlangt, dass auch die ganzen Erträge aus der



Tabak- und Alkoholsteuer in die Bundeskasse fliessen. Der Antrag Studer Heiner möchte die Steuer auf alle alkoholischen Getränke ausdehnen und nicht nur auf die gebrannten Wasser beschränken.

Ich beginne mit Artikel 112 Absatz 3. Da hat die Mehrheit mit hartnäckiger Überzeugung – um ein Wort von Frau Egerszegi aus der gestrigen Debatte zu gebrauchen – an ihrem Entscheid festgehalten, dass künftig das ganze Mehrwertsteuerprozent in die AHV-Kasse fliessen soll.

In der Botschaft geht der Bundesrat für die Jahre zwischen 2004 und 2010 von einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent, für die Zeit danach von 0,7 Prozent und einem jährlichen Anstieg der Jahreslöhne um 1 Prozent aus. Bei diesem vorsichtig gerechneten Szenario würde sich – falls Sie dem Antrag der Kommissionmehrheit zustimmten – im Jahr 2007 ein halbes und im Jahr 2011 ein ganzes Mehrwertsteuerprozent für die AHV aufdrängen. Ein Mehrwertsteuerprozent entspricht rund 2,7 Milliarden Franken. An dieser Prognose wird sich kaum etwas ändern, weil die Entscheide, die wir gestern gefällt haben, das AHV-Budget gemäss Kommissionsbeschlüssen nicht wesentlich verändern.

Nun haben wir schon im vergangenen Jahr eine ausführliche Diskussion zum Mehrwertsteuerertrag geführt. Zwei Mal ist der Nationalrat dem Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit gefolgt und hat entschieden, dass das ganze Mehrwertsteuerprozent inklusive der 17 "Demographie-Prozente", die der Bundesrat heute für seinen Anteil an die AHV zurückhält, in die AHV-Kasse fliessen muss. Zudem ist in der Kommission und im Parlament auch längst der Grundsatzentscheid gefallen, dass zukünftig nicht die Lohnprozente erhöht werden, sondern dass die notwendigen Einnahmen über die Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen sollen. Aber diese Erhöhung darf nicht unkontrolliert erfolgen, belastet sie doch wiederum Familien mit durchschnittlichen Einkommen sehr stark. Deshalb muss eine Erhöhung der Mehrwertsteuer möglichst lange hinausgeschoben werden. Aus Gründen der Transparenz muss der betreffende Ertrag vollumfänglich der AHV-Kasse zufließen, für den explizit die Mehrwertsteuer erhöht worden ist und der für die AHV bestimmt ist. Angesichts des Überschusses im Bundeshaushalt ist eine solche Regelung für den Bund heute absolut verkaufbar. Die künftigen, durch die demographische Entwicklung bedingten Mehrausgaben des Bundes werden überschätzt. Das zeigt ein Blick auf die Entwicklung der letzten 25 Jahre.

Frau Egerszegi, die mit dem Antrag der Minderheit II versucht, in Artikel 112 Absatz 3 der Bundesverfassung den Transfer der "Demographie-Prozente" zu verhindern, hat Recht, wenn sie meint, dass es sich hier nicht um Bundesgeld, sondern um das Geld der Bürger handelt. Nur trifft es nicht die gleichen Bürger. Die Kommissionmehrheit nimmt es in Kauf, dass die vollen Mehrwertsteuererträge, die zukünftig in die AHV fliessen müssen, allenfalls bei den geplanten Steuererleichterungen Konsequenzen haben. Die Kommission hat den Grundsatzentscheid für ein ganzes Mehrwertsteuerprozent an die AHV mit 17 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung gefällt.

Zum Antrag Studer Heiner – ergänzt durch den Antrag Lauper –, der verlangt, dass zukünftig die Alkoholsteuer für die AHV nicht nur die gebrannten Wasser, sondern alle alkoholischen Getränke erfassen soll: Er möchte vor allem eine Weinsteuern einführen, denn die Biersteuer existiert bereits und bringt dem Bund Erträge von rund 100 Millionen Franken ein – nicht zugunsten der AHV, sondern zugunsten der allgemeinen Bundeskasse. Herrn Studer geht es vor allem um eine indirekte Besteuerung des Konsums von Alkohol. Davon würde die AHV-Kasse allerdings nicht profitieren, weil ja der ganze Ertrag in die Bundeskasse geht und der Bund einen Anteil davon in die AHV-Kasse weitergibt.

Zum Antrag Studer Heiner ist zu sagen, dass er der Kommission nicht vorlag und deshalb keine vertiefte Diskussion darüber geführt werden konnte. Wir wissen aber, dass die Eidgenössische Alkoholverwaltung zurzeit eine Studie durchführt, die abklären soll, wie sich der Zusammenhang zwischen dem Konsumverhalten und der Steuerbelastung auswirkt beziehungsweise ob er überhaupt existiert. Deshalb erlaube ich mir als Kommissionspräsidentin, zu beantragen, diesen Antrag abzulehnen, damit die Thematik dann vertieft überprüft werden kann, wenn die Studienergebnisse der Eidgenössischen Alkoholverwaltung vorliegen.

Der Antrag Lauper möchte die volle Konsequenz, nämlich dass sämtliche zweckgebundenen Steuern vollumfänglich und ohne jeden Rückbehalt durch den Bund in die AHV-Kasse fliessen müssen. Das wären das volle Mehrwertsteuerprozent – was die Mehrheit der Kommission auch will –, alle Erträge aus der Spielbankenabgabe, wie wir das gestern beschlossen haben, und neu alle Erträge aus der Tabaksteuer und alle Erträge aus der Alkoholsteuer inklusive Ausdehnung der Besteuerung von den gebrannten Wassern auf sämtliche alkoholischen Getränke.

Im Gegensatz zum Antrag Studer Heiner wird beim Antrag Lauper die Bundeskasse stark betroffen. Heute entsprechen die Tabak- und Alkoholsteuererträge, die der Bund der AHV weitergibt, rund 41 Prozent des gesamten Bundesbeitrages. Das sind rund 1,85 Milliarden Franken oder ein Mehrwertsteuerprozent. Muss der Bund die vollen Erträge aus



AB 2001 N 470 / BO 2001 N 470

Tabaksteuer und Steuer auf gebrannten Wassern oder neu eventuell auch auf Wein in die AHV-Kasse abgeben, würde dies die Bundeskasse mit rund 600 Millionen Franken belasten. Der gesamte Bundesanteil an die AHV beträgt heute 4,485 Milliarden Franken.

Auch der Antrag Lauper lag in der Kommission nicht vor; er konnte also nicht vertieft diskutiert werden. Wir müssen aber wissen: Wenn sämtliche Steuererträge aus dem so genannten sündigen Lebenswandel – aus Spielen, Trinken und Rauchen – in die AHV-Kasse fließen müssen und die AHV vom Lebenswandel des Volkes abhängig wird, dann ist sie gefährdet. Denn irgendwann kann das Volk zu neuen Tugenden wechseln, und die Einnahmen können sich verkleinern. Dann ist die AHV-Kasse bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung der Bürger und Bürgerinnen nicht mehr gesichert.

Nachdem auch dieser Antrag in der Kommission nicht vertieft geprüft werden konnte, bitte ich Sie, auch diesen abzulehnen und beim Mehrwertsteuerprozent nur dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: D'abord, quelques remarques préliminaires pour clarifier les idées sur le financement de l'AVS/AI et en réponse à la proposition Lauper que la commission n'a pas eu l'occasion de traiter. Mme Dormann, de son côté, a répondu à la proposition Studer Heiner.

L'article 112 actuel de la constitution prévoit explicitement à l'alinéa 3 lettre b un financement de l'assurance-veillesse, survivants et invalidité "par des aides financières de la Confédération et, si la loi le prévoit, par celles des cantons". A l'alinéa 5, le texte de la constitution précise: "Les prestations de la Confédération sont financées prioritairement par le produit net de l'impôt sur le tabac, de l'impôt sur les boissons distillées et de l'impôt sur les recettes des maisons de jeu." L'article 103 de la loi actuelle sur l'assurance-veillesse et survivants précise à l'alinéa 1er une participation de la Confédération au financement de l'AVS à raison de 20 pour cent des dépenses. A l'alinéa 2, la participation des cantons est fixée à 1 pour cent jusqu'en 1989, puis selon les modalités AI. Les prescriptions de l'article 112 de la constitution concernant le produit de l'impôt sur le tabac, les boissons distillées et les maisons de jeu sont reprises déjà à l'article 104 de la loi actuelle. Il précise en outre à son alinéa 2 que "le montant résiduel est couvert au moyen des ressources générales". Enfin, les dispositions prévues à l'article 108 alinéa 1er émargent maintenant à l'article 33quater. C'est la raison pour laquelle la commission a décidé de les biffer.

Les vœux de M. Lauper sont donc déjà remplis, l'entier du produit de l'impôt sur le tabac, les boissons distillées et les maisons de jeu est déjà versé à l'AVS. Si cela ne devait pas être le cas, c'est un problème qui relève de la Commission de gestion. Par contre, je reviendrai plus tard pour ce qui a trait à l'attribution de 17 pour cent du produit des points supplémentaires de TVA à la Confédération. La commission en a très largement discuté et va dans son sens.

Article 130 alinéa 4: La sous-commission mise en place avait proposé deux variantes, dont la principale différence résidait dans l'attribution des compétences. La première variante maintenait l'attribution de la décision au Conseil fédéral, la deuxième la délègue au Parlement. De plus, la commission a décidé de dissocier clairement l'AVS de l'AI, dont il n'est par conséquent plus fait mention. Même si l'opportunité de solliciter le peuple une deuxième fois s'avère nécessaire, le cas échéant, la commission estime que la clarté est primordiale. Elle a décidé de séparer clairement les deux objets lors de l'entrée en matière sans contester les difficultés urgentes de financement de l'AI.

L'augmentation de 1,5 pour cent de la TVA ne concerne donc que l'AVS. Par ailleurs, la commission a commencé la semaine dernière l'examen de la 4e révision AI, en sorte que des propositions complémentaires de modification de l'article 130 pourraient vous être soumises lors d'une prochaine session, de manière à ne présenter qu'une seule fois cette révision constitutionnelle au verdict populaire.

La commission s'est prononcée à l'unanimité pour le texte de la majorité, soit par 21 voix sans opposition.

En ce qui concerne l'alinéa 5, les dispositions prévues à cet alinéa sont contenues dans l'article 33quater de la loi, raison pour laquelle la majorité de la commission a décidé de le biffer. La discussion a abondamment porté sur la dernière phrase, à savoir l'opportunité d'introduire une dérogation aux dispositions de l'article 112 de la constitution.

Il est apparu pour le moins incongru de rencontrer quelques articles plus loin, dans le même texte législatif, une disposition contraire à un article précédent. L'article 33quater règle la situation en conformité avec l'alinéa 2 lettre d de l'article 112, précisant que "les rentes sont adaptées au moins à l'évolution des prix".

La décision de biffer l'alinéa 5 de l'article 130 a donc été prise, par 11 voix contre 9.

A l'alinéa 6, la commission a engagé un large débat sur la part de 17 pour cent attribuée à la Confédération au titre de sa participation financière aux conséquences de l'évolution démographique.



La majorité de la commission estime, et pour des raisons de transparence, que cette portion de la TVA ne doit pas être versée dans la caisse générale, même si les Commissions des finances des deux Conseils exigent qu'elle figure dans la comptabilité de la Confédération, pour se trouver au bout du compte restituée à l'AVS. Toute hausse de TVA charge le budget familial, et l'acceptance d'une contribution supplémentaire pourrait se trouver compromise si elle n'est pas entièrement versée à l'AVS. Environ 40 pour cent de la contribution de la Confédération est assurée par le produit de l'impôt sur le tabac et les boissons distillées. A cela va s'ajouter celui de l'impôt sur les maisons de jeu. En 1999, la caisse fédérale a participé à raison de 2,6 milliards de francs, sur un total de 4,5 milliards de francs. L'AVS est financée par une retenue sur les salaires et son équilibre financier a pu être assuré au cours des vingt-cinq dernières années, malgré une augmentation du nombre de rentiers de 50 pour cent, grâce au développement économique. Ces dépenses représentent environ 7 pour cent du PIB. La part de la Confédération est restée stable par rapport au PIB. La comptabilité de l'AVS doit donc, aux yeux de la commission, rester entièrement indépendante et ne pas figurer dans les comptes de la Confédération. Il y a lieu à cet effet de biffer la dernière phrase de l'alinéa 6. Qui plus est, le versement à l'AVS de l'ensemble des recettes réalisées par le biais de l'impôt sur le tabac, l'alcool et les maisons de jeu est déjà de nature à les soulager.

La minorité Egerszegi estime néanmoins plus prudent de fixer la quote-part fédérale de la TVA dans la constitution, en spécifiant qu'elle est destinée à la réserve AVS, pour éviter de charger inutilement le budget de l'Etat.

La commission vous recommande néanmoins, par 17 voix contre 4 et avec 1 abstention, de consacrer l'entier des nouvelles retenues sous forme de TVA à l'AVS et de biffer la dernière phrase de l'article 130 alinéa 6.

Dreifuss Ruth (,): L'objectif de la 11e révision de l'AVS est de consolider cette pierre angulaire de la politique sociale et de sortir aussi d'une période où, à tort plutôt qu'à raison, des doutes quant à sa pérennité sont apparus. Pour ce faire, nous devons veiller avec la même attention scrupuleuse sur les trois sources principales du financement de l'AVS – le problème que nous continuons d'aborder maintenant. Et nous pouvons à ce stade laisser de côté le placement du fonds, qui est une autre source non différente, et l'impôt sur les maisons de jeu. Ils forment ensemble 900 millions de francs de ressources actuellement. Nous laissons éventuellement aussi à part la question de l'or. Car, encore une fois, cela ne peut pas être considéré comme les trois sources principales du financement de l'AVS.

Vous me permettez de reprendre très rapidement le rôle de ces trois sources; je ne voudrais pas répéter ce que je disais à propos de l'indice mixte hier, mais ces trois sources se complètent aussi de façon géniale.

AB 2001 N 471 / BO 2001 N 471

La première source, ce sont les cotisations individuelles. Nous avons vu hier que le lien entre l'évolution de la masse salariale et le niveau des rentes est réglé de façon extrêmement prudente, cela est justifié par l'allongement de la vie humaine et le risque de l'augmentation brutale du nombre des rentes. On peut dire que, selon la conjoncture, l'AVS stabilise l'économie en permettant aux rentiers de conserver un pouvoir d'achat, ou l'économie stabilise l'AVS en période de croissance. Cette part est bien sûr la plus importante dans le financement de l'AVS. Elle représente à peu près 20 milliards de francs sur les 27 milliards de francs de dépenses. Elle crée un lien individuel entre chaque personne et l'AVS: l'AVS est réellement ressentie comme une assurance, et non pas comme un cadeau du Père Noël que serait l'Etat. Chacun se sent effectivement payeur net une partie de sa vie et receveur net dans une autre partie de sa vie. Cela me paraît extrêmement important; cela stabilise l'AVS du point de vue psychologique, et aussi du point de vue du lien entre les personnes et cette assurance: elles s'en sentent responsables. Elles sont prêtes à accepter parfois des sacrifices, parfois des efforts additionnels. C'est "leur" assurance!

Cette partie principale qui nous distingue de systèmes de sécurité sociale plus globaux, plus anonymes, me paraît extrêmement importante. D'où l'importance de stabiliser l'AVS non pas seulement sur le plan des finances, mais également sur le plan de l'attachement de la population à cette institution remarquable.

Nous avons comme deuxième source la taxe sur la valeur ajoutée. C'est d'elle que nous allons parler. Elle est nouvelle, elle n'a été introduite qu'il y a deux ans. Elle a rapporté l'année passée, directement à l'AVS, 1,8 milliard de francs et une part de 17 pour cent additionnelle qui est venue consolider l'AVS par le biais de l'obligation de la Confédération de veiller à son financement; j'y reviendrai tout à l'heure. En d'autres termes, il n'y a là qu'une imputation au compte de la Confédération de cette source. La TVA va directement dans l'AVS; elle y joue un rôle tout aussi important que ce qui y entre sans passer par le compte de la Confédération.

Permettez-moi de rappeler rapidement les avantages principaux de la TVA:

1. Tous y participent. C'est bien sûr quelque chose d'anonyme; il n'y a plus ce lien individuel avec l'assurance



puisque chacun y a son compte. Mais tous y participent. Tous, c'est-à-dire également les retraités. C'est une façon de consolider le contrat de génération, en montrant bien que les retraités, dans la mesure de leurs possibilités, participent également à l'équilibre de l'AVS. C'est donc une décharge pour les jeunes générations. Cela me paraît, à l'heure actuelle, un pas très important.

2. La TVA ne réduit en rien la capacité concurrentielle de notre économie, puisqu'elle ne grève pas les exportations dont nous sommes tous dépendants. Cela convient donc tout particulièrement à une économie comme la nôtre.

3. Défaut ou avantage. Je dirais qu'elle est plus ou moins proportionnelle au revenu. Il est vrai qu'elle est légèrement dégressive et cela n'en fait pas un impôt très social. Elle charge les petits revenus plus qu'il ne serait souhaitable. C'est pourquoi il nous faut veiller sans relâche à ce que l'on utilise la TVA, pour l'essentiel, dans un but qui est aussi en faveur de ces petits revenus. Cela permet de justifier, face à ces contribuables indirects, ce type de financement.

Comme la masse salariale, la taxe sur la valeur ajoutée est sensible à la conjoncture économique, mais malgré tout, elle est relativement stable et supportable dans l'ensemble.

4. Un autre avantage, c'est que son effet est rapide et que si le besoin de la prélever se fait sentir, on peut le faire, ni trop tôt, ni trop tard, à la condition que la base constitutionnelle soit déjà donnée. A ce moment-là, on peut raccourcir la voie de la décision, quitte d'ailleurs à conserver le droit des citoyens et des citoyennes à se prononcer sur le sujet, sans avoir pour autant à passer par une modification constitutionnelle lourde.

C'est ce que nous vous demandons ici et que nous vous avons demandé lors de l'introduction de la TVA. La constitution prévoit donc qu'en cas de besoin, et seulement en cas de besoin, on peut recourir à la taxe sur la valeur ajoutée, c'est-à-dire que le Parlement peut, par une loi soumise au référendum facultatif, prendre cette décision. Je suis persuadé que si le souverain doit se prononcer à ce sujet, sachant que l'on n'y recourra qu'en cas de besoin, que d'autres efforts ont été faits et que ce qu'on lui propose est équilibré, il permettra de recourir à la taxe sur la valeur ajoutée, comme il l'a d'ailleurs déjà fait une fois.

Enfin, j'arrive à la troisième source, qui au début jouait un rôle encore beaucoup plus important qu'aujourd'hui. Il s'agit de la part de l'Etat. La part de l'Etat au financement de l'AVS, qui est aujourd'hui, comme vous le savez, de 20 pour cent, partagés entre la Confédération, 17 pour cent, et les cantons, 3 pour cent. Selon la nouvelle péréquation financière, et cela est logique, c'est la Confédération seule qui devrait en fait payer pour l'AVS, nous l'avons promis plusieurs fois aux cantons. Et j'espère bien que nous pourrions, dans ce domaine, renoncer à faire déboursier les cantons uniquement pour décharger la Confédération de ce poids.

La part de l'Etat a été réduite au cours de l'histoire de l'AVS. Surtout, j'aimerais attirer votre attention là-dessus, on a souvent recouru à des "trucs" qui consistaient à baisser cette part pour des raisons d'économies générales de la Confédération. On a manipulé, je me permets d'utiliser ce terme, quelque chose qui est le principal stabilisateur de l'AVS, dans la mesure où c'est la seule source qui est directement liée aux dépenses. C'est-à-dire que c'est la seule source qui est directement influencée positivement par l'évolution démographique. Positivement, dans le sens où la part couverte par l'Etat assume l'ensemble de l'évolution des grands facteurs qui influencent l'AVS, y compris la démographie, ce qui n'est le cas directement ni de la TVA ni des cotisations. Il est donc extrêmement important que cette part soit stable, qu'elle soit soustraite à ce que j'ai appelé des manipulations passées de promesses non tenues. Je vous rappelle que, dans les années quatre-vingt, on a promis que la part de la Confédération atteindrait les 25 pour cent; ça n'est pas le cas. On a abaissé, on a joué avec cela. Et rien n'est plus négatif pour l'AVS que de toucher à la stabilité de cette part de la Confédération soutenue par les efforts des cantons.

Pour que cette part puisse être payée, on a toujours discuté de savoir si la Confédération devait avoir des ressources liées qui lui permettent de faire face à cette obligation. Nous avons l'impôt sur le tabac et l'impôt sur les boissons distillées. Par le passé, ces deux sources dépassaient même les obligations de la Confédération – ce qui ne signifie pas que la Confédération en gardait une partie, mais que la part que recevait l'AVS était encore plus grande que l'obligation légale de l'Etat. Entre-temps, cette part a baissé; elle représente aujourd'hui à peu près un tiers, je crois, des obligations de la Confédération, à peu près 1,5 milliard de francs.

Nous avons deux propositions sur la table qui consistent l'une à modifier cette imposition sur les boissons distillées et l'autre à soustraire cette fiscalité des comptes généraux de l'Etat.

A ce stade, j'aimerais prendre position par rapport à ces deux propositions.

La proposition Studer Heiner, je ne suis pas sûre de tout à fait bien la comprendre. Est-ce une proposition visant tout simplement à modifier les bases pour la perception de l'impôt sur les boissons distillées, en l'élargissant à l'ensemble des boissons alcooliques? Nous avons certes fait quelques calculs, mais il est difficile d'imaginer ce que pourrait représenter un tel élargissement; il pourrait s'élever peut-être à quelques centaines de millions de francs par année, selon la taxe. On pourrait éventuellement imaginer un revenu de 150 à 300 millions de



francs par année, si cet impôt sur les vins et sur la bière était raisonnable. Mais M. Studer ne nous dit rien sur l'affectation de ces ressources. Et là, je dois lui poser la question. S'il veut ici créer une base légale pour un élargissement de l'assiette fiscale, j'aimerais le prier de ne pas le faire ici, mais de le faire réellement en relation avec la fiscalité et non pas avec l'AVS, dans la mesure où le débat doit être plus large. Il doit tenir compte à la fois des effets

AB 2001 N 472 / BO 2001 N 472

positifs en matière de santé publique et des effets négatifs en termes d'économie, en particulier pour nos vigneronnes. C'est un débat en lui-même. Il est clair que la Confédération conserverait dans ce cas, si je l'ai bien compris, le bénéfice de cette fiscalité élargie. Cela signifie que ce débat peut avoir lieu en dehors de ce que nous discutons aujourd'hui.

Par contre, la proposition Lauper, qui reprend au fond la même idée, dit clairement qu'elle veut allouer l'intégralité de ces ressources non pas à la Confédération afin qu'elle remplisse ses obligations envers l'AVS, mais directement à l'assurance.

Pour moi – j'y reviendrai à propos du 17 pour cent de la taxe sur la valeur ajoutée –, c'est vouloir étrangler l'Etat en prétendant sauver l'AVS. Cela revient à priver l'Etat des moyens dont il a besoin pour consolider l'AVS. L'AVS ne doit pas être sauvée dans ce sens-là. J'ai expressément utilisé des termes un peu forts pour montrer qu'on ne résout pas un problème en en créant un autre.

La Confédération a besoin de ressources pour assumer ses obligations face à l'AVS, en particulier des ressources traditionnelles que sont les boissons alcooliques. Dans le cas actuel, les boissons distillées et le tabac sont un fondement tellement solide de cette obligation de la Confédération que j'ai envie de vous dire: "N'y touchez pas et laissez à la Confédération ces ressources, qu'elles soient élargies comme vous le souhaitez les deux, ou qu'elles restent liées aux boissons distillées. Laissez-les à la Confédération. Sinon, vous étranglez l'Etat et l'empêchez de remplir ses tâches générales."

J'en viens au 17 pour cent, à cette part de la taxe sur la valeur ajoutée que nous avons fait transiter par la Confédération pour lui permettre de réaliser la stabilisation de l'AVS.

Avant de parler de la TVA, je pourrais dire que nous avons nous-mêmes proposé, je crois – ou en tout cas nous sommes absolument d'accord –, que l'impôt sur les recettes des maisons de jeu, lui, soit directement alloué à l'AVS et non pas à la Confédération pour lui permettre de faire face à ses obligations envers l'AVS. Pourquoi? La constitution mettait cet impôt sur le même plan que les boissons distillées et le tabac.

Or, durant la campagne, il y a peut-être eu des malentendus. Le souverain a pu croire, malgré la clarté de l'article constitutionnel, que cet argent alimenterait directement l'AVS en plus de la part de l'Etat. C'est la raison pour laquelle vous avez mis dans la loi une réglementation que je dirais en harmonie avec le message aux citoyens et aux citoyennes pour se déterminer dans leur vote, mais pas avec la constitution. Ceci fait dire à mon collègue et ami, M. Villiger, qu'en Suisse, le message que l'on adresse lors d'une campagne vaut plus que l'acte constitutionnel. Il a raison. Le moment est venu de mettre à jour la constitution et de l'adapter à ce qui a pu être dit ou compris pendant cette campagne. Nous vous proposons donc de suivre sur ce plan-là cette proposition et d'allouer l'intégralité des recettes des casinos directement à l'AVS et d'en priver l'Etat. Il s'agit quand même maintenant de 50 à 60 millions de francs, davantage à l'avenir, qui permettront à la Confédération de faire face à ses obligations envers l'AVS. Il est bon que les citoyens et les citoyennes sachent que nous sommes extrêmement scrupuleux sur ce qu'ils ont pu vouloir, même si la lettre doit éventuellement être adaptée à l'esprit.

Mais il faut dire que, étant donné l'importance d'un taux fixe de prise en charge par l'Etat, il est évident que ces 20 pour cent doivent trouver une source de financement. Il n'y a pas mille manières de le faire. Il n'y en a en fait que trois.

La première, c'est d'ajouter des ressources liées à celles que reçoit aujourd'hui la Confédération. Et c'est ce que nous avons fait avec ces 17 pour cent. Je vais donc plaider pour que vous les mainteniez à la Confédération. C'est très important pour qu'elle puisse faire face à ses obligations, ou alors il faut lui laisser suffisamment de ressources générales. Or, à quoi assistons-nous? A des baisses d'impôts par ailleurs, à des vœux de réductions générales des ressources de l'Etat de la part de certains parlementaires. C'est donc, comme je l'ai dit tout à l'heure, une volonté d'étrangler, de priver l'Etat des moyens pour les tâches qu'on lui confie en espérant que, par là, il sera obligé de renoncer à certaines des obligations qui lui sont faites, c'est-à-dire qu'on va lui demander d'économiser ailleurs. Mais où ailleurs, ai-je envie de dire? Sur la recherche, sur l'armée? Sur quel budget voulez-vous trouver suffisamment d'argent pour compenser la croissance des obligations de la Confédération face aux dépenses de l'AVS? C'est là que je vois des arrière-pensées pas forcément très positives dans cette proposition, et non pas seulement le désir légitime de transparence dans les comptes.



En d'autres termes, la troisième possibilité, et vous aurez compris que c'est celle que je rejette avec le plus de vigueur, c'est de modifier les obligations de la Confédération envers l'AVS. Il est difficile de dire que ces obligations sont sacrées, si on ne donne pas à l'Etat les moyens de les couvrir. C'est la raison pour laquelle je soutiens dans ce domaine la proposition de minorité II (Egerszegi). Nous avons besoin de ressources pour assumer les obligations de la Confédération envers l'AVS. C'est indispensable pour l'AVS également, et c'est cela que j'ai essayé de vous faire accepter comme idée.

Cela signifie également que je soutiens la même position en ce qui concerne le point de TVA déjà prélevé depuis 1999. Cela signifie aussi, je l'ai dit tout à l'heure, que je serais heureuse que M. Studer Heiner ne mêle pas une discussion générale sur la taxation des boissons alcooliques au débat sur l'AVS. J'aimerais dire à M. Lauper qui, lui, veut absolument mêler cette discussion à l'AVS et priver l'Etat de 1,5 milliard de francs supplémentaires que je m'oppose farouchement à sa proposition.

Studer Heiner (E, AG): Ich gehe auf die Einladung von Frau Bundesrätin Dreifuss ein, meinen Antrag zurückzuziehen und ihn anderweitig einzubringen.

Dazu kurz Folgendes: Da wir nicht in der Kommission vertreten waren, konnten wir diese grundsätzliche, ausgeweitete Möglichkeit der Mitfinanzierung, d. h. den Einbezug aller alkoholischen Getränke, nicht einbringen. Wir wollen, dass das Anliegen hier zur Kenntnis genommen wird. Tatsächlich geht es darum, durch den Einbezug aller alkoholischen Getränke zusätzliche Mittel einzubringen, aber – dies auch noch als Antwort an Frau Egerszegi -: Am Alkoholzehntel gemäss Absatz 3 würde sich nichts ändern; auch der würde grösser, der Verfassungsartikel wäre immer noch in Kraft. Für die Prävention würden sogar mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Mein Antrag betrifft nicht die Gesetzesstufe, sondern nur den Verfassungsartikel. Ich bin aber einverstanden, den Antrag zurückzuziehen, und werde ihn dann – gut begründet – in geeigneter Form wieder einreichen und zur Diskussion stellen.

Art. 112 Abs. 3 Bst. c BV; 130 Abs. 6 BV; 111 AHVG

Art. 112 al. 3 let. c cst.; 130 al. 6 cst.; 111 LAVS

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 144 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II/Minderheit 39 Stimmen

Art. 112 Abs. 5 BV; 102 Abs. 1 AHVG; 104 Abs. 1 AHVG; 111 AHVG

Art. 112 al. 5 cst.; 102 al. 1 LAVS; 104 al. 1 LAVS; 111 LAVS

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag Studer Heiner zu Artikel 112 Absatz 5 ist zurückgezogen worden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 145 Stimmen

Für den Antrag Lauper 27 Stimmen

Art. 130 Abs. 4 BV – Art. 130 al. 4 cst.

Angenommen – Adopté

AB 2001 N 473 / BO 2001 N 473

Art. 130 Abs. 5 BV – Art. 130 al. 5 cst.

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag der Minderheit Bangerter zu Artikel 130 Absatz 5 ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 130 Abs. 7 BV – Art. 130 al. 7 cst.





Bortoluzzi Toni (V, ZH): Sie haben mit Ihren Beschlüssen in der Gesetzesrevision ja dafür gesorgt, dass an der Steuerschraube weiter gedreht werden muss. Die Resultate Ihrer Beschlüsse weichen an sich finanziell nicht von den Resultaten ab, welche in der Kommission erzielt wurden. Es wäre aber mit etwas weiter gehenden Einsparungen durchaus möglich gewesen, bei der Finanzierung der AHV, die wir nun hier beraten, auf eine Steuererhöhung zu verzichten, um dann in etwa 10 bis 15 Jahren eine Neu beurteilung vorzunehmen.

Mein Antrag hat in der Kommission für etwas Aufregung gesorgt. Ich weiss eigentlich immer noch nicht so recht warum. Mit dieser AHV-Revision will ich einzig erreichen, dass die Gesamtbelastung für die Bevölkerung nicht ansteigt. Ich finde das natürlich ein ausgesprochen edles Anliegen. Steuerquotenneutralität ist das Ziel dieses Antrages, und das müsste eigentlich überall auf Verständnis stossen, mindestens aufseiten der bürgerlichen Parlamentarier. Diejenigen, die meinem Antrag nicht zustimmen können, befürworten eine markante Ausdehnung der Steuerlast für die Bevölkerung – meines Erachtens eine unzumutbare Entwicklung, der man nicht tatenlos zusehen kann. Es muss etwas dagegen unternommen werden. Mein Antrag zeigt auf, dass eine Kompensation auf Bundesebene eben notwendig ist.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Polla Barbara (L, GE): Le groupe libéral soutiendra, avec tout le poids qui est le sien, le principe contenu dans la proposition de minorité Bortoluzzi. En effet, depuis aussi longtemps que la TVA existe, les libéraux ont toujours défendu le concept de la compensation de toute augmentation de la TVA par une baisse correspondante de l'impôt fédéral direct. Tout particulièrement à l'heure actuelle, il est rédhibitoire d'imaginer de financer quelque prestation supplémentaire que ce soit, y compris aussi prioritaire que l'AVS, par une augmentation de la quote-part fiscale de l'Etat.

Toutes ces dernières années, et encore tout récemment, on constate que la Suisse perd en attractivité et en compétitivité fiscales en regard de la plupart de ses voisins. Il est impératif aujourd'hui de diminuer la quote-part de l'Etat. Bien sûr, je suis tout à fait consciente que ce n'est pas le moment de conduire ici et maintenant un débat fiscal – nous parlons bien de l'AVS –, mais il s'agit d'empêcher l'aggravation de la situation par une augmentation non compensée de la TVA.

C'est bien pour empêcher l'aggravation de l'évolution fiscale suisse qu'il s'agit de voter la proposition de minorité Bortoluzzi.

Par ailleurs, il y a aussi dans cette proposition une façon de préparer notre avenir européen. Alors, ceci n'est probablement pas l'objectif principal de M. Bortoluzzi. Mais n'oublions pas que l'une des craintes importantes qui ont conduit au non du 4 mars 2001 était justement celle d'une augmentation progressive et non compensée de la TVA.

J'en appelle donc à tous ceux qui veulent assurer le financement de l'AVS au long terme d'une façon qui soit supportable pour notre économie et nos citoyens à voter la proposition de minorité Bortoluzzi, car à défaut de compensation de l'augmentation de la TVA par une baisse de l'impôt fédéral direct, la charge fiscale pesant sur nos citoyens pour financer l'AVS s'avèrera bientôt confiscatoire, et ceci risquerait de créer des tensions et des conflits intergénérationnels majeurs qu'il nous faut absolument anticiper et prévenir.

Merci donc de voir loin et de voter la proposition de minorité Bortoluzzi, car il s'agit d'une proposition fondamentale pour assurer l'équilibre de cette éventuelle 11e révision de l'AVS et de l'avenir social durable de notre pays.

Heberlein Trix (R, ZH): Die Forderung nach einer Senkung der direkten Bundessteuer entspricht den klaren Zielsetzungen der FDP. Die FDP-Fraktion hat auch immer gefordert, dass die Finanzquote nicht erhöht, sondern im Gegenteil gesenkt wird. Sie hat diese Ziele bereits vor mehr als zwei Jahren mit mehreren Motionen angestrebt. Aber eine Koppelung der direkten Bundessteuer mit einer Zusatzfinanzierung für die AHV scheint uns äusserst fragwürdig zu sein. Sie entspricht auch nicht der Einheit der Materie.

Wenn wir das Problem der Finanzierung der AHV lösen wollen, müssen wir dies in diesen Beschlüssen heute machen. Wir dürfen keine Mehrwertsteuerprozent auf Vorrat verlangen. Wir haben die Formulierungen im Gesetzentwurf entsprechend abgeändert. Für das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, falls es nötig werden sollte, braucht es einen Parlamentsbeschluss und nicht einfach einen Automatismus mit Entscheid des Bundesrates. Die Vorlage zur Revision der direkten Bundessteuer beinhaltet klare Verbesserungen für Familien mit Kindern, sie beinhaltet aber auch Verbesserungen für Unternehmen, die nach unserer Meinung angestrebt werden sollten. In diesem Sinne erachten wir die Zielsetzungen als äusserst wichtig, wir möchten sie aber nicht in einem sachlich nicht gerechtfertigten Zusammengehen mit einem AHV-Finanzierungsbeschluss koppeln.

Wenn wir also heute den Antrag der Minderheit Bortoluzzi ablehnen, geschieht dies nur aus diesen Gründen, nicht aber, weil wir die Zielsetzungen nicht unterstützen würden.



Ich beantrage Ihnen daher aus diesem Grunde, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Hess Peter (C, ZG): Die CVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Mehrheit unterstützt.

Fasel Hugo (G, FR): Ich glaube, Herrn Bortoluzzi kann man einige Komplimente machen. Bei uns Romanids würde man sagen: einiges an Raffinement, einiges an Mut; er hat sogar behauptet, was hier beantragt werde, sei etwas sehr Edles. Das hängt natürlich immer davon ab, für wen dieses Edle gedacht ist. Man könnte natürlich auch sagen, es sei ein Geschenk, und für die einen dann ein sehr vergiftetes Geschenk. Doch Herr Bortoluzzi ist in der Zwischenzeit in der Politik so erfahren, dass er keine Gelegenheit auslässt, um die Aufmerksamkeit des Rates zu testen, um seinen Unterzug zu platzieren, wenn Sie einmal nicht aufpassen. Doch noch zwei, drei sachliche Bemerkungen, damit wir wissen, worum es geht: Bei der Leistungsseite der AHV haben wir Kürzungen beschlossen, haben Einsparungen bei den Frauen, bei den kleineren und mittleren Einkommen gemacht – die Bilanz ist ja im Wesentlichen negativ. Und jetzt bei der Finanzierungsfrage ist Herr Bortoluzzi so schlau und sagt: Wir machen noch gleich eine Verschiebung; das Geld bei der Mehrwertsteuer nehmen wir bei allen, aber dann senken wir die Steuern für die höheren Einkommen über die direkte Bundessteuer. So etwas überhaupt vorzuschlagen braucht allerhand Mut. Man kann diesen Antrag nur bekämpfen, indem man offen legt, dass damit Milliarden von Franken wiederum von unten nach oben umverteilt werden. Das passt elegant in die Linie der SVP, ist von dorthier verständlich, für uns aber inakzeptabel und würde eigentlich bei uns auch eine kleinere Palastrevolution auslösen. Der Minderheitsantrag ist ein Antrag, den wir absolut, kategorisch und ebenso mutig ablehnen.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Der Antrag der Minderheit Bortoluzzi ist meines Erachtens vor allem der Beweis dafür, dass die SVP ihre Aushungerungspolitik gegenüber der AHV fortzusetzen gewillt ist. Vor einem Jahr hat die SVP die Privatisierung der AHV verlangt, jetzt verweigert sie die nötigen Mittel, um der steigenden Zahl der Rentnerinnen und Rentner gerecht zu werden. Die Distanzierung vor einem Jahr war offenbar nur oberflächlich. Man will die AHV

AB 2001 N 474 / BO 2001 N 474

aushungern und tut so, als könnte eine einmalige Goldeinlage das Problem lösen. Sie wissen genau, Herr Bortoluzzi, dass es mit ein paar Tonnen Gold nicht getan ist, dass damit der AHV keine dauerhaften Einnahmen verschafft werden.

Gestern haben Sie es abgelehnt, der AHV die Gewinne der Nationalbank zuzuführen, obschon Sie wissen, dass bei der Nationalbank im Durchschnitt jedes Jahr Gewinne anfallen und dass diese, im Gegensatz zum Antrag der Minderheit Bortoluzzi, eine dauerhafte Finanzierung ermöglichen würden. Offenbar steht die SVP mit der AHV auf Kriegsfuss; sie politisiert über die Einnahmen, damit nachher die Renten gekürzt werden müssen. Diese Politik lehnen wir ab.

Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Ich glaube, Herr Bortoluzzi ist und bleibt ein Unikum, und so ist auch der Antrag der Minderheit ein Unikum. Herr Bortoluzzi möchte die durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer erzielten Erträge mit einer Reduktion der direkten Bundessteuer kompensieren.

Das würde nicht nur eine Änderung von Artikel 130 der Bundesverfassung, sondern auch eine Änderung von Artikel 128 der Bundesverfassung bedingen. Das wäre wahrscheinlich noch lösbar. Wenn wir aber davon ausgehen, dass im Jahr 2011 gesamthaft 2,5 Mehrwertsteuerprozent in die AHV fließen müssen, entspricht dies zum Preis von 2001, diesem Jahr, mindestens 7,5 Milliarden Franken.

Im vergangenen Jahr betrugen die Einnahmen der direkten Bundessteuer inklusive Kantonsanteile rund 11,6 Milliarden Franken. Mit dem Antrag der Minderheit Bortoluzzi würden wir die heutigen direkten Bundessteuern um rund ein Drittel reduzieren, und zu mindestens 30 Prozent wären die Kantone dadurch bestraft.

Der Antrag hatte in der Kommission keine Chance. Er wurde mit 17 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Ich bitte Sie, ihn auch abzulehnen.

Ich möchte Sie noch ganz kurz darüber orientieren, dass in der Kommission noch eine Petition eines einzelnen Schweizerbürgers vorlag, der verlangt, dass man bei der AHV-Finanzierung zur Deckung der Finanzen der AHV die Computersteuer einführt. Wir haben die Petition zur Kenntnis genommen, und ich beantrage Ihnen hier, wie ich das schon in der Kommission getan habe, diese abzuschreiben.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: La minorité Bortoluzzi s'est opposée à l'entrée en matière sur la partie 1 du projet concernant le financement de l'AVS, en raison de son refus de tout financement supplémen-



taire par le biais de la TVA. Par voie de conséquence, elle estime logique que ces augmentations, si elles ont lieu, soient compensées par une diminution de l'impôt fédéral direct. Cela aurait pour résultat de priver l'Etat d'un tiers de ses ressources. Les 2,5 points de TVA envisagés, AI comprise, représentent environ 7,5 milliards de francs. En l'an 2000, la Confédération a encaissé 11,6 milliards de francs par le biais de l'impôt fédéral direct.

J'espère que ces chiffres font réfléchir les partisans d'une compensation entière de toute augmentation de la TVA par une diminution de l'impôt fédéral direct. Qui plus est, les milieux socioéconomiques touchés par la TVA ne sont pas les mêmes que ceux qui sont concernés par l'impôt fédéral direct. La minorité Bortoluzzi entend ainsi pratiquer une politique fiscale de redistribution qui n'a strictement rien à voir avec l'AVS et qui étrangle l'Etat. La majorité de la commission vous invite donc à repousser cette proposition de minorité qui a été rejetée en commission, par 17 voix contre 1 et avec 3 abstentions.

Enfin, Mme Dormann vous a fait part d'une pétition qui propose de financer en partie l'AVS par le biais d'un impôt sur le trafic électronique. Nous en avons pris connaissance et nous vous invitons à la classer à la suite de cette intervention.

Dreifuss Ruth (,): Je dirai presque que cette proposition me laisse sans voix, tellement elle est, excusez-moi d'utiliser une expression aussi dure, absurde. On a besoin d'un financement additionnel, et celui-ci devrait être compensé par une baisse du financement ailleurs! J'ai entendu l'autre jour, lorsque nous avons discuté en commission et que nous avons eu les premières auditions en ce qui concerne l'assurance-invalidité, la même chanson de la part du représentant des organisations patronales. Et je lui ai dit qu'il se prenait pour Caton qui, dans toutes les occasions, "passend und nicht passend", disait qu'il fallait détruire Carthage. J'ai l'impression que certaines de ces propositions s'inspirent de Caton et disent: "Il faut détruire l'Etat; il faut le priver des moyens de faire face à ses tâches." J'espère que, contrairement à Caton, l'UDC ne réussira pas, même si elle répète sans cesse le même refrain.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 45 Stimmen

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Art. 131 Abs. 1

Antrag Studer Heiner

....

b. alkoholischen Getränken;

c. Streichen

....

Art. 131 al. 1

Proposition Studer Heiner

....

b. boissons alcooliques;

c. Biffer

....

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag Studer ist zurückgezogen worden.

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral





Angenommen – Adopté

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir werden die Gesamtabstimmung zur Vorlage 1 nach der definitiven Bereinigung der Vorlage 2 durchführen.

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 107 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 107 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 108 Abs. 1

Antrag der Kommission

Streichen

AB 2001 N 475 / BO 2001 N 475

Antrag Lauper

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 108 al. 1

Proposition de la commission

Biffer

Proposition Lauper

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Ziff. II Bst. a, b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II let. a, b

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. II Bst. c

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Die neuen Artikel 23, 24 und 24a gelten nur für Frauen, die nach dem 31. Dezember (Jahr vor Inkrafttreten der 11. AHV-Revision) verwitwet sind.

Abs. 2





Der Anspruch auf Witwenrenten von Frauen, die beim Inkrafttreten der Artikel 23 bis 24a das 45. Altersjahr vollendet haben, richtet sich nach den bisherigen Bestimmungen.

Abs. 3

Der Bundesrat schiebt das Inkrafttreten der Artikel 23 bis 24a auf, wenn bei Inkrafttreten dieser Änderung die über 40-jährigen Personen von einer andauernden und erheblichen Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Abs. 4

Streichen

Minderheit I

(Stahl, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Triponez)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)

Abs. 1

Laufende Renten von Witwen und geschiedenen Personen bleiben dem bisherigen Recht unterstellt.

Abs. 2

Der Anspruch auf Witwenrente richtet sich bis drei Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung nach den bisherigen Bestimmungen.

Abs. 3

Das Mindestalter, das eine Witwe ohne Kinder oder eine geschiedene Person ohne Kinder haben muss, damit sie eine Witwenrente nach den bisherigen Artikeln 24 Absatz 1 und 24a Absatz 1 Buchstabe b beanspruchen kann, beträgt 60 Jahre. Ab Inkrafttreten der vorliegenden Revision erhöht es sich für jedes abgelaufene Kalenderjahr um ein Jahr.

Abs. 4

Streichen

Ch. II let. c

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Les nouveaux articles 23, 24 et 24a ne sont applicables qu'aux femmes qui deviennent veuves après le 31 décembre (année précédant l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS).

Al. 2

Le droit à la rente de veuve des femmes qui ont plus de 45 ans lors de l'entrée en vigueur des nouveaux articles 23 à 24a est régi par les anciennes dispositions.

Al. 3

Le Conseil fédéral sursoit à l'application des articles 23 à 24a si, lors de l'entrée en vigueur de la présente modification, les personnes de plus de 40 ans sont frappées par un chômage important et persistant.

Al. 4

Biffer

Minorité I

(Stahl, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Triponez)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité II

(Guisan, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Suter)

Al. 1

Les rentes de veuves et personnes divorcées en cours restent soumises à l'ancien droit.

Al. 2



Jusqu'à la fin de la troisième année suivant l'entrée en vigueur de la modification de la loi, le droit à la rente de veuve est régi par les anciennes dispositions.

Al. 3

L'âge minimum que doit avoir la veuve sans enfants et la personne divorcée sans enfants pour pouvoir prétendre à la rente de veuve selon les articles 24 alinéa 1er et 24a alinéa 1er lettre b jusqu'ici en vigueur est fixé à 60 ans. Il est ensuite relevé d'un an pour chaque année civile écoulée à compter de l'entrée en vigueur de la présente révision.

Al. 4

Biffer

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Buchstabe c ist im Hinblick auf eine Bereinigung im Ständerat in der Fassung der Minderheit II (Guisan) beschlossen.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit II
Adopté selon la proposition de la minorité II*

Übergangsbestimmungen

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Rechsteiner Paul, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Titel

Indexstand

Text

Für den Rentenindex von 100 Punkten gelten folgende Grundlagen (die Indexwerte werden bei Inkrafttreten der 11. AHV-Revision aktualisiert):

- a. 100 Punkte für die Preisentwicklung entsprechen einem Stand des Landesindex der Konsumentenpreise vom Dezember 2000;
- b. 100 Punkte für die Lohnentwicklung entsprechen einem Stand des Nominallohnindex von 1971 Punkten (Juni 1939 = 100).

Disposition transitoire

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

AB 2001 N 476 / BO 2001 N 476

Minorité

(Rechsteiner Paul, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Titre

Indice

Texte

L'indice de la rente de 100 points se fonde sur les bases suivantes (les valeurs de l'indice seront actualisées au moment de l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS):

- a. 100 points pour l'évolution des prix correspondant à l'état de l'indice national des prix à la consommation de décembre 2000;
- b. 100 points pour l'évolution des salaires correspondant à l'état de l'indice nominal des salaires de 1971 points (juin 1939 = 100).

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.





*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

**Ziff. III (Änderung bisherigen Rechts)
Ch. III (modification d'autres actes législatifs)**

Ziff. 1 Ingress

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Ch. 1 préambule

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 3 Abs. 1

*Antrag der Kommission
Mehrheit*

Für die Beitragsbemessung gilt 1,4 Prozent. Der Mindestbeitrag beträgt für obligatorisch versicherte Personen 54 Franken im Jahr und für solche, die nach Artikel 2 AHVG freiwillig versichert sind, 108 Franken im Jahr. Die in Anwendung der sinkenden Skala berechneten Beiträge werden in gleicher Weise abgestuft Dessen Artikel 9bis gilt sinngemäss.

Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini) 108 Franken im Jahr. Die Beiträge dieser Versicherten werden in gleicher Weise abgestuft wie die Beiträge an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Artikel 9bis AHVG gilt sinngemäss.

Ch. 1 art. 3 al. 1

*Proposition de la commission
Majorité*

.... lucrative. La cotisation minimum s'élève à 54 francs par an, pour les personnes assurées obligatoirement, à 108 francs par an pour celles qui sont assurées facultativement en vertu de l'article 2 LAVS. Les cotisations calculées selon le barème dégressif Son article 9bis est applicable par analogie.

Minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini) de l'article 2 LAVS. Les cotisations de ces assurés sont échelonnées de la même manière que les cotisations dues à l'assurance-vieillesse. L'article 9bis LAVS est applicable par analogie.

Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist durch die Beschlüsse zur sinkenden Beitragskala erledigt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 1 Art. 3 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Die Nichterwerbstätigen entrichten einen Beitrag je nach ihren sozialen Verhältnissen. Der Mindestbeitrag beträgt für obligatorisch versicherte Personen 54 Franken im Jahr und für solche, die nach Artikel 2 AHVG freiwillig versichert sind, 108 Franken im Jahr. Die Beiträge werden in gleicher Weise abgestuft wie die Beiträge nach Artikel 10 Absätze 1bis und 1ter AHVG.

Ch. 1 art. 3 al. 1bis

Proposition de la commission



Les personnes n'exerçant aucune activité lucrative paient une cotisation selon leur condition sociale. La cotisation minimum s'élève à 54 francs par an, si elles sont assurées obligatoirement, à 108 francs par an si elles sont assurées facultativement en vertu de l'article 2 LAVS. Les cotisations sont échelonnées de la même manière que les cotisations dues en vertu de l'article 10 alinéas 1bis et 1ter LAVS.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 6 Abs. 2bis; 10 Abs. 1; 22 Abs. 2; 25ter Abs. 1, 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 6 al. 2bis; 10 al. 1; 22 al. 2; 25ter al. 1, 1bis

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 30

Antrag der Kommission

Titel

Erlöschen des Anspruchs

Text

Der Rentenanspruch erlischt am Ende des Monats, in dem die versicherte Person das Rentenalter im Sinne von Artikel 21 AHVG erreicht oder stirbt.

Ch. 1 art. 30

Proposition de la commission

Titre

Extinction du droit

Texte

L'assuré cesse d'avoir droit à la rente d'invalidité dès qu'il atteint l'âge de la retraite au sens de l'article 21 LAVS ou s'il décède.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 52 Abs. 2 Bst. d; 77 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Kommission

Streichen

Ch. 1 art. 52 al. 3 let. d; 77 al. 1 let. e

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Ingress; Art. 10 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 2 préambule; art. 10 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



AB 2001 N 477 / BO 2001 N 477

Ziff. 2 Art. 13

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Um Leistungskürzungen im Falle von Frühpensionierungen abzumildern, können die reglementarischen Bestimmungen vorsehen, dass versicherte Arbeitnehmer über die reglementarischen Prämien hinaus persönliche Beiträge leisten, um ihr Altersguthaben aufzustocken.

Ch. 2 art. 13

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Dans le but d'atténuer les effets d'une réduction des prestations en cas de retraite anticipée, les dispositions réglementaires peuvent prévoir que les salariés assurés versent en sus des primes réglementaires des montants individuels, afin d'accroître leur avoir de vieillesse.

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 13a; 14 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 2 art. 13a; 14 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 17

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Meier-Schatz

Titel

Kinderzulage

Abs. 1

Personen, die eine Altersrente nach den Artikeln 13 und 13a beziehen, haben für jedes Kind Anspruch auf eine Kinderzulage gemäss den kantonalen Familienzulageordnungen.

Abs. 2

Streichen

Ch. 2 art. 17

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Meier-Schatz

Titre

Allocations pour enfants

Al. 1

Les bénéficiaires d'une rente de vieillesse au sens des articles 13 et 13a ont droit, pour chaque enfant, à une allocation selon le droit cantonal applicable.





Al. 2
Biffer

Präsident (Hess Peter, Präsident): Ich gehe davon aus, dass wir den Beschluss zu Artikel 22ter AHVG hier gelten lassen (Antrag Meier-Schatz). Allfällige Überprüfungen wären durch den Ständerat vorzunehmen.

*Angenommen gemäss Antrag Meier-Schatz
Adopté selon la proposition Meier-Schatz*

Übergangsbestimmungen im Rahmen der 11. AHV-Revision

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Dispositions transitoires dans le cadre de la 11e révision de l'AVS

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Ziff. 3 Ingress

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Ch. 3 préambule

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Ziff. 3 Art. 2 Abs. 1bis

Antrag der Kommission
Beim Rentenvorbezug gemäss Artikel 13a des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge bzw. gemäss weiter gehenden reglementarischen Vorbezugsmöglichkeiten tritt der Vorsorgefall nur so weit ein, als tatsächlich der Anspruch auf Altersleistungen geltend gemacht wird. Wird nur ein Teil der Altersrente vorbezogen, so vermindert sich der Anspruch auf die Austrittsleistung entsprechend.

Ch. 3 art. 2 al. 1bis

Proposition de la commission
Le versement anticipé d'une prestation de vieillesse selon l'article 13a de la loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité et les autres anticipations prévues réglementairement ne sont réputés cas de prévoyance que dans la mesure où l'assuré fait effectivement valoir son droit à la prestation de vieillesse. En cas de versement anticipé d'une partie de la rente de vieillesse, le droit à la prestation de sortie est réduit en conséquence.

Angenommen – Adopté

Ziff. 4 Ingress

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Ch. 4 préambule

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*



Angenommen – Adopté

Ziff. 4 Art. 2b

Antrag der Kommission

Titel

Witwen, Witwer und Waisen

Text

Anspruchsberechtigt im Sinne von Artikel 2 sind:

- a. verwitwete Personen;
- b. Waisen, die das 18. Altersjahr noch nicht vollendet haben; für Waisen, die noch in Ausbildung sind, ist Artikel 25 Absatz 5 AHVG sinngemäss anwendbar.

Ch. 4 art. 2b

Proposition de la commission

Titre

Survivants

Texte

Ont droit aux prestations au sens de l'article 2:

- a. les personnes veuves;
- b. les orphelines et les orphelins de moins de 18 ans; lorsque leur formation se prolonge au-delà de cet âge, l'article 25 alinéa 5 LAVS est applicable par analogie.

Angenommen – Adopté

AB 2001 N 478 / BO 2001 N 478

Ziff. 4 Art. 3c Abs. 1 Bst. d; Ziff. 5 Ingress, Art. 19a Abs. 1, 1bis, Art. 27 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 4 art. 3c al. 1 let. d; ch. 5 préambule, art. 19a al. 1, 1bis, art. 27 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 5 Art. 27 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... Die Beiträge dieser Versicherten werden in gleicher Weise abgestuft wie die Beiträge an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Artikel 9bis AHVG gilt sinngemäss.

Ch. 5 art. 27 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
.... Les cotisations de ces assurés sont échelonnées de la même manière que les cotisations dues à l'assurance-vieillesse. L'article 9bis LAVS est applicable par analogie.



Präsident (Hess Peter, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist mit dem Beschluss zu Artikel 9bis AHVG erledigt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 5 Art. 27 Abs. 3 zweiter Satz

*Antrag der Kommission
Streichen*

Ch. 5 art. 27 al. 3 deuxième phrase

*Proposition de la commission
Streichen*

Angenommen – Adopté

Ziff. 6

*Antrag der Kommission
Streichen*

Ch. 6

*Proposition de la commission
Biffer*

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Ingress

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Ch. 7 préambule

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 22

Antrag der Kommission

In Abweichung von Artikel 17 Absatz 1 ATSG kann die Rente ab dem Monat, in dem die berechtigte Person eine ganze Altersrente der AHV bezieht, nicht mehr revidiert werden.

Ch. 7 art. 22

Proposition de la commission

En dérogation à l'article 17 alinéa 1er LPGA, la rente ne peut plus être révisée dès le mois où l'ayant droit bénéficie d'une rente de vieillesse entière de l'AVS.

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 41 Abs. 2; 42 Abs. 2; 44 Abs. 1, 2

*Antrag der Kommission
Streichen*

Ch. 7 art. 41 al. 2; 42 al. 2; 44 al. 1, 2

*Proposition de la commission
Biffer*



Angenommen – Adopté

Ziff. 8 Ingress; Art. 29 Abs. 3, 3bis; 43 Abs. 1; 47 Abs. 1; 51 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 8 préambule; art. 29 al. 3, 3bis; 43 al. 1; 47 al. 1; 51 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 8 Art. 67 Abs. 2, 3; 68 Abs. 2

Antrag der Kommission

Streichen

Ch. 8 art. 67 al. 2, 3; 68 al. 2

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 9 préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 2

Antrag der Kommission

Titel

Beitragspflicht

Abs. 1

Für die Arbeitslosenversicherung (Versicherung) ist beitragspflichtig:

a. wer als Arbeitnehmer (Art. 10 ATSG) in der Alters- und Hinterlassenenversicherung versichert ist und für Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit beitragspflichtig ist;

b. wer als Arbeitgeber (Art. 11 ATSG) nach Artikel 12 AHVG beitragspflichtig ist.

Abs. 2

....

b. mitarbeitende Familienglieder nach Artikel 1a Absatz 2 Buchstaben a und b des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft, die den selbstständigen Landwirten gleichgestellt sind;

....

f. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2001 N 479 / BO 2001 N 479

Ch. 9 art. 2

Proposition de la commission

Titre





Obligation de payer des cotisations

Al. 1

Est tenu de payer des cotisations d'assurance-chômage (assurance):

- a. le travailleur (art. 10 LPG) qui est assuré par l'assurance-vieillesse et survivants et doit payer des cotisations sur le revenu d'une activité dépendante;
- b. l'employeur (art. 11 LPG) qui doit payer des cotisations en vertu de l'article 12 LAVS.

Al. 2

....

- b. les membres de la famille de l'exploitant qui travaillent dans l'exploitation agricole, au sens de l'article 1a alinéa 2 lettres a et b de la loi fédérale du 20 juin 1952 sur les allocations familiales dans l'agriculture, et qui sont assimilés à des agriculteurs indépendants;

....

- f. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 8 Abs. 1 Bst. d

Antrag der Kommission

d. die obligatorische Schulzeit zurückgelegt hat und weder das Rentenalter nach Artikel 21 AHVG erreicht hat noch eine ganze Altersrente der AHV bzw. eine ganze Altersleistung der beruflichen Vorsorge gemäss Artikel 13a BVG vorbezieht.

Ch. 9 art. 8 al. 1 let. d

Proposition de la commission

d. s'il a achevé sa scolarité obligatoire, qu'il n'a pas encore atteint l'âge de la retraite selon l'article 21 LAVS et qu'il ne perçoit pas, par anticipation, une rente de vieillesse entière de l'AVS ou des prestations de vieillesse entières de la prévoyance professionnelle selon l'article 13a LPP.

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 13 Abs. 3

Antrag der Kommission

Aufheben

Ch. 9 art. 13 al. 3

Proposition de la commission

Abroger

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 18

Antrag der Kommission

Abs. 4

Bei Versicherten, die eine halbe AHV-Rente oder einen Teil der Altersleistungen der beruflichen Vorsorge vorbeziehen, entspricht der Entschädigungsanspruch höchstens einer Vermittlungsfähigkeit von 50 Prozent.

Abs. 4bis

Das Taggeld darf zusammen mit vorbezogenen Altersrenten der AHV und vorbezogenen Altersleistungen der beruflichen Vorsorge und mit einem Zwischenverdienst den versicherten Verdienst vor dem Beginn des Vorbezuges nicht übersteigen.

Abs. 5

Streichen

Ch. 9 art. 18

Proposition de la commission

Al. 4



Pour les assurés qui perçoivent par anticipation la moitié d'une rente de vieillesse de l'AVS ou une partie des prestations de vieillesse de la prévoyance professionnelle, le droit à l'indemnité correspond à une aptitude au placement de 50 pour cent au plus.

Al. 4bis

Ajoutée aux rentes et aux prestations de vieillesse anticipées de l'AVS et de la prévoyance professionnelle et à un gain intermédiaire, l'indemnité journalière ne doit pas être supérieure au dernier gain assuré avant le début de l'anticipation des prestations.

Al. 5

Biffer

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 22a Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 9 art. 22a al. 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 10; 11

Antrag der Kommission

Streichen

Ch. 10; 11

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Übergangsbestimmung im Rahmen der 11. AHV-Revision

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Disposition transitoire dans le cadre de la 11e révision de l'AVS

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 12

Antrag der Kommission

Titel

12. Bundesgesetz über die Änderung des Bundesbeschlusses vom 20. März 1998 über die Anhebung der Mehrwertsteuersätze für die AHV/IV

Ziff. 1 Einleitung

Der Bundesbeschluss vom 20. März 1998 wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 2, 3 zweiter Satz

Aufheben

Ch. 12

Proposition de la commission

Titre



12. Loi fédérale sur la modification de l'arrêté fédéral du 20 mars 1998 sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Ch. I introduction

L'arrêté fédéral du 20 mars 1998 est modifié comme suit:

Art. 2 al. 2, 3 deuxième phrase

Abroger

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 149 Stimmen

Dagegen 29 Stimmen

AB 2001 N 480 / BO 2001 N 480

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 41a

Antrag Maspoli

Abs. 1

Personen, die eine Rente von mehr als 8000 Franken pro Monat aus der zweiten Säule beziehen, haben keinen Anspruch auf eine AHV-Rente.

Abs. 2

Personen, die eine Rente zwischen 6000 und 8000 Franken pro Monat aus der zweiten Säule beziehen, haben Anspruch auf eine halbe AHV-Rente.

Art. 41a

Proposition Maspoli

Al. 1

Les personnes qui touchent une rente du deuxième pilier supérieure à 8000 francs par mois n'ont pas droit à une rente AVS.

Al. 2

Les personnes qui touchent une rente du deuxième pilier se situant entre 6000 et 8000 francs par mois ont droit à une demi-rente AVS.

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir haben gestern die Behandlung des Antrages Maspoli wegen der Abwesenheit des Antragstellers auf heute verschoben. Herr Maspoli ist bis jetzt nicht eingetroffen. Er ist bereits in seinem Eintretensvotum auf seinen Antrag eingegangen. Möchte jemand den Antrag Maspoli begründen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Das Gegenteil von "gut" ist oft "gut gemeint" – ich denke, das gilt für den Antrag Maspoli. Die AHV braucht die Millionäre, die Millionäre die AHV aber nicht. Ich möchte Sie bitten, an diesem Grundsatz von heute festzuhalten. Wenn wir das Versicherungsprinzip brechen, ist die AHV gefährdet; wenn die AHV für die Reichen nur noch zur Steuer wird, ist sie gefährdet. Wir wollen eine Volksversicherung behalten, wie Herr Bortoluzzi sie immer vertreten hat. Bitte lehnen Sie den Antrag Maspoli ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Maspoli 2 Stimmen

Dagegen 168 Stimmen

Ziff. IV

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. IV

Proposition de la commission





Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Hess Peter, Präsident): Wir kommen nun zu den Gesamtabstimmungen über beide Vorlagen.

Meyer Thérèse (C, FR): Nous sommes arrivés au bout de l'examen de cette 11e révision de l'AVS, qui a pour but la consolidation de l'institution et l'introduction de la retraite flexible. Malgré toutes les craintes, que nous n'avions pas personnellement, les débats ont pu se tenir, et notre Chambre a pu se déterminer et dégager, dans un premier jet, la ligne de sa volonté dans cet objet, parfois, il est vrai, par une très mince majorité. Je vous l'ai dit dans le débat d'entrée en matière, dans ces dossiers difficiles qui touchent de près la population, nous aurons toujours à faire face à une frange qui désire augmenter au maximum les prestations et à l'autre qui préconise des économies plus drastiques. Notre responsabilité politique est de trouver une solution applicable qui couvre les besoins de notre population, qui est financièrement supportable et qui respecte aussi la solidarité entre les générations. C'est un grand défi, ce n'est pas facile.

Mais le groupe démocrate-chrétien votera cette mouture qui a pu améliorer la situation des veuves, qui donne des moyens comme appui à la flexibilisation – 400 millions de francs, ce n'est pas rien – et qui a quand même pu trouver un financement acceptable.

A charge maintenant au Conseil des Etats de la mûrir et, si c'est possible, de l'améliorer.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Die SVP-Fraktion ist vom Resultat der AHV-Revision nicht befriedigt. Der Bundesrat hat in seinem Antrag Einsparungen von 1,3 Milliarden Franken vorgeschlagen. Wir haben mit unseren Beschlüssen diese Anträge auf 500 Millionen Franken Einsparungen korrigiert.

Wir müssen feststellen, dass es wegen diesen Beschlüssen nötig sein wird, die Mehrwertsteuer anzuheben. Hier möchte ich Ihnen die Bedeutung einer solchen Massnahme in Erinnerung rufen: Die Mehrwertsteuer ist eine Steuer, die vor allem – das möchte ich den Sozialdemokraten in Erinnerung rufen – die kleinen Einkommen trifft. Wir wehren uns gegen diese Massnahme, weil eine AHV-Revision ohne diese Steuererhöhung möglich wäre, umso mehr, als die Goldreserven noch zur Verfügung stehen, um erste Probleme zu lösen.

Auch wenn wir von der Gesetzesrevision nicht befriedigt sind, sind wir nicht interessiert daran, dass diese Revision gestoppt oder aufgehoben wird. Wir brauchen die AHV-Revision, um die Renten zu sichern. Wir werden uns vorläufig bezüglich des Gesetzes der Stimme enthalten. Den Finanzierungsbeschluss – das ist selbstverständlich, wir hatten einen Nichteintretensantrag gestellt – werden wir ablehnen.

Heberlein Trix (R, ZH): Auch die FDP-Fraktion ist mit dem Resultat nicht zufrieden. Wir haben mehr ausgegeben und weniger eingespart, als dies in der bundesrätlichen Vorlage vorgesehen war. Die Zielsetzung der Konsolidierung wurde also nicht erreicht. Wir sind aber auch der Meinung, dass sich der Ständerat mit dieser Vorlage befassen soll.

Für uns wäre der Mischindex klar sehr wichtig gewesen, denn damit hätte man ohne Mehrwertsteuererhöhung die Finanzierung sicherstellen können. Wir hoffen, dass der Ständerat diese Korrekturen noch anbringen wird. Bei uns wird sich ein grosser Teil der Fraktion ebenfalls der Stimme enthalten. Einige werden zustimmen, um zu sichern, dass die Vorlage im Ständerat in unserem Sinne verbessert werden kann.

Studer Heiner (E, AG): Unsere Fraktion stimmt dem Finanzierungsbeschluss zu, dieser ist notwendig. Wir lehnen aber das Gesetz ab, und zwar, weil das Kernstück, das die Kommission optimal unterbreitete, nämlich die Abfederung bei der Flexibilisierung, hier keine Chance mehr hatte.

Aus diesem Grund können wir nicht Ja sagen.

Fasel Hugo (G, FR): Nachdem es nun zur Gewohnheit geworden ist, am Schluss noch einmal so etwas wie eine Eintretensdebatte zu eröffnen, wird man gezwungen, seine Position noch einmal zu erklären. Natürlich ist die grüne Fraktion mit diesem Resultat auch nicht zufrieden. Im Gegenteil: Aus der Revision ist eine Abbau-massnahme geworden. Immerhin werden Leistungen in der Höhe von 500 Millionen Franken gekürzt. Diese 11. AHV-Revision trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen in diesem Land nicht Rechnung. Die grüne Fraktion hat es zu Beginn der Debatte gesagt: Wir haben jetzt in diesem Lande Geld – Milliarden von Franken –, um Steuern zu senken, aber wir haben scheinbar kein Geld für die AHV. Wir haben Milliardenbeträge zur Verfügung, um in absehbarer Zukunft Militärflugzeuge zu kaufen, aber für die AHV haben wir scheinbar das Geld nicht.

Die grüne Fraktion wird das Gesetz ablehnen.



AB 2001 N 481 / BO 2001 N 481

Rechsteiner Paul (S, SG): Die Haltung der SP-Fraktion ist klar; wir haben sie immer zum Ausdruck gebracht. Wir werden dem Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV zustimmen. Die Beschlüsse zum AHV-Gesetz, wie sie sich jetzt präsentieren, können wir nicht akzeptieren. Es ist jetzt am Ständerat, diese Vorlage so zu verbessern, dass sie am Schluss akzeptabel sein wird. Dies wird entscheidend von der Regelung des flexiblen Rentenalters abhängen.

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze
1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 00.014/1219)
Für Annahme des Entwurfes 120 Stimmen
Dagegen 44 Stimmen

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 00.014/1220)
Für Annahme des Entwurfes 62 Stimmen
Dagegen 60 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

Hess Peter (C, ZG): Ich möchte Frau Bundesrätin Dreifuss, den Berichterstatter der Kommission sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit, die sie in den letzten drei Tagen geleistet haben, danken. Die Bearbeitung dieser kontroversen Vorlage ist zügig und gut durchgeführt worden. Ich möchte dafür ganz herzlich danken!



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral





Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Bortoluzzi, Borer, Dunant, Fattebert)

.... werden 3000 Millionen Franken

Art. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Bortoluzzi, Borer, Dunant, Fattebert)

Un transfert de 3000 millions de francs

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de minorité Bortoluzzi et la proposition subsidiaire Borer ont été développées à la fin du débat sur l'objet 01.015.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/1945)

Für den Antrag der Mehrheit 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 29 Stimmen

Art. 1bis

Eventualantrag Borer

(zum Antrag der Minderheit Bortoluzzi zu Art. 1)

(Änderung Art. 27 Abs. 2 EO)

.... Die Beiträge vom Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit dürfen 0,2 Prozent nicht übersteigen

Art. 1bis

Proposition subsidiaire Borer

(à la proposition de la minorité Bortoluzzi à l'art. 1)

(Modification de l'art. 27 al. 2 APG)

.... La cotisation perçue sur le revenu d'une activité lucrative ne peut dépasser 0,2 pour cent

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/1946)

Für den Eventualantrag Borer 29 Stimmen

Dagegen 116 Stimmen

Art. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 00.014/1947)

Für Annahme des Entwurfes 121 Stimmen

Dagegen 12 Stimmen



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

Art. 2; 3 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2; 3 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Es geht um den Zeitpunkt der Überweisung der Mittel des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung im Rahmen der Finanzierung der IV. Weil der Ständerat über die Finanzierung der IV noch nicht befunden hat, beantragt Ihnen die Kommission, die Festlegung des Zeitpunktes dieser Kapitalüberweisung an den Bundesrat zu delegieren.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2002 • Dreizehnte Sitzung • 02.10.02 • 08h35 • 00.014
Conseil national • Session d'automne 2002 • Treizième séance • 02.10.02 • 08h35 • 00.014



Wir bitten Sie, der ständerätlichen Fassung zuzustimmen.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Voici juste une petite explication: il s'agit ici d'une élimination de divergences au sujet de l'entrée en vigueur de la loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité, c'est le projet 3 de la 11^e révision de l'AVS. Notre Conseil avait adopté cette loi lors de la révision de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité, en décembre 2001, avec entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2003 et effet jusqu'au 30 juin 2003. Si le projet est accepté au vote final, vendredi prochain, le délai référendaire commence à courir dès ce moment-là et l'entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2003 est impossible. Le Conseil des Etats a décidé de laisser au Conseil fédéral la compétence de fixer la date du transfert des capitaux – article 2 – et la commission du Conseil national est d'accord avec cette façon de faire.

Elle vous propose donc de suivre le Conseil des Etats et d'éliminer ainsi la divergence.

Angenommen – Adopté



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/2882)

Für Annahme des Entwurfes 142 Stimmen

Dagegen 36 Stimmen

AB 2002 N 1705 / BO 2002 N 1705





00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze **1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée**

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir kommen nun zur Differenzbereinigung in der Frage der Finanzierung unserer Sozialversicherungen AHV und IV. Da hat der Ständerat zwei markante Differenzen zu unserem Rat geschaffen: Er hat einerseits die beiden Finanzierungsvorlagen von AHV und IV zusammengeführt, was richtig ist, dann aber wieder geteilt. Das heisst, der Ständerat verzichtet zum heutigen Zeitpunkt auf die Sicherstellung der AHV im finanziellen Bereich und macht dafür eine sehr knappe Begründung geltend, nämlich man wolle keine Mehrwertsteuerprozente auf Vorrat sprechen.

Wir haben drei Grundsatzentscheide zu fällen: Der eine betrifft Artikel 112, da geht es um den Anteil des Bundes aus den Mehrwertsteuererträgen; in Artikel 130 geht es um die mittel- und langfristigen Mehrwertsteuersätze zugunsten der AHV; und in Artikel 130 Absatz 4bis geht es um die Grundsatzfrage, wie hoch der Mehrwertsteuer-Prozentsatz zugunsten der IV sein soll. Zu all diesen drei Grundsatzfragen gibt es je eine Mehrheit und Minderheiten. Ich denke, wir kommen in der Detailberatung dann noch zu den Argumenten.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: En préambule à cette importante révision constitutionnelle sur le financement de l'AVS/AI, la commission a commencé par se rallier au Conseil des Etats en refusant d'entrer



en matière sur le projet d'arrêté fédéral 2 en relation avec la 4e révision de l'AI. Ce faisant, elle entend, tout comme le Conseil des Etats, traiter de ces modifications globalement.

La discussion a porté essentiellement sur le droit de la Confédération à disposer d'une part du supplément de TVA à percevoir dans le contexte économique et financier actuel et futur. M. Peter Siegenthaler, directeur de l'Administration fédérale des finances, dans un premier temps, et M. Villiger, conseiller fédéral, lui-même, dans un deuxième temps, sont venus nous rappeler les enjeux actuels. La diminution du rendement de l'impôt fédéral direct, difficilement prévisible dans une ampleur pareille, atteint un chiffre de 1,2 milliard de francs. A cela s'ajoute une perte de rendement du droit de timbre de 1 milliard de francs. Il n'était pas prévisible non

AB 2003 N 53 / BO 2003 N 53

plus que la Bourse chute à de pareils niveaux. Enfin, en fonction du plan financier que nous avons adopté récemment, qui comprend entre autres une augmentation de la contribution fédérale à l'abaissement des primes d'assurance-maladie d'environ 500 millions de francs d'ici à 2006, et du nouveau paquet fiscal, il faut s'attendre à une diminution de 4 à 5,5 milliards de francs. Si, de plus, nous renonçons à augmenter les quotas d'importation de la viande et maintenons une augmentation de 6 pour cent du budget de la formation, de la recherche et de la technologie et avons une augmentation des charges de l'assurance-chômage, il faudra envisager un déficit situé autour de 7 milliards de francs. Dans ce contexte, la participation fédérale à l'AVS/AI représente près de 20 pour cent du budget fédéral avec une croissance prévisible de 2,5 pour cent environ. Dans ces conditions, le montant de la participation fédérale au financement de l'AVS/AI ainsi que le droit de la Confédération de disposer d'une partie du supplément de TVA envisagé pour la garantir doivent être réexaminés. A défaut, ces participations ne pourront être maintenues à leur niveau actuel.

Ce discours n'a pas impressionné les commissaires. La majorité entend maintenir le choix fait par notre Conseil lors de sa première délibération. Pour des raisons de transparence, et dans le contexte de l'inquiétude actuelle renforcée encore par les difficultés de la LPP – ce que j'appellerai le "syndrome de la Rentenanstalt" –, tout supplément de la TVA doit être attribué entièrement et complètement à l'AVS ou à l'AI. En l'occurrence, l'assainissement de cette dernière assurance, dont le compte de capital présente un déficit de plus de 4 milliards de francs, demande des mesures urgentes. En revanche, celui de l'AVS maintient un taux de couverture autour de 80 pour cent jusqu'en 2010 environ. Or le seuil d'intervention a été fixé à 70 pour cent.

Cette option de la commission de maintenir la décision du Conseil national du mois de mai 2002 a été prise par 18 voix contre 3 et sans abstention, en particulier à la suite d'une curieuse alliance des contraires UDC/Parti socialiste, dont je renonce à faire l'analyse politique.

Il en résulte concrètement qu'il est difficile de mener un examen de détail sur chacun des articles. Les nouvelles propositions du groupe UDC qui viennent d'être déposées n'ajoutent pas de clarté au débat. L'AI, retirée de l'article 106 apparaît à l'article 130 alinéa 4bis. La seule divergence à ce niveau concerne le taux de TVA appliqué pour obtenir un assainissement satisfaisant. Par contre, les modifications proposées par la majorité à l'article 112 alinéa 3 lettre c, à l'article 130 alinéas 4 et 6, ainsi que sa volonté de biffer l'article 130 alinéa 6bis, forment un tout indissociable. Il en est de même des propositions de minorité qui demandent d'adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Dans ce contexte, il est à noter que la proposition visant à maintenir notre décision à l'article 130 alinéa 4, avec l'ajout qui figure sur votre dépliant, n'a recueilli que 11 voix contre 8, avec 2 abstentions, quelques commissaires jusque-là membres de la majorité préférant cette fois biffer tout simplement cet alinéa par volonté d'envisager une augmentation minimale de la TVA réduite à 0,5 pour cent (minorité Triponez).

La discussion sur l'article 130 alinéa 4bis a porté essentiellement sur le niveau du relèvement des taux de TVA à appliquer au vu des chiffres à disposition. Tous les taux proposés ne prennent pas en compte la participation de la Confédération, mais présupposent qu'elle maintient sa participation au même taux qu'actuellement. Manifestement, 0,5 pour cent est insuffisant pour assainir le déficit du compte de capital de l'AI. 0,7 pour cent pourrait être suffisant, mais seules les valeurs de 0,8 et 1 pour cent permettent de revenir à un compte de capital positif, respectivement en 2014 et en 2008. La commission a également abondamment débattu des effets négatifs d'une augmentation de la TVA dans un contexte économique défavorable et qui ne semble pas près de s'améliorer rapidement.

La commission s'est prononcée, par 15 voix contre 8, pour le taux de 0,8 pour cent.

Couchepin Pascal (,) : Le Conseil national s'était prononcé contre l'attribution à la Confédération d'une part des produits supplémentaires de la TVA. Une divergence a été ainsi créée avec le Conseil des Etats. Cette question est d'une importance capitale; elle n'est pas nouvelle d'ailleurs puisqu'elle s'était déjà posée lors de la discussion relative à l'introduction d'un pour-cent démographique en faveur de l'AVS au 1er janvier 1999.



Vu son importance, la participation de la Confédération aux recettes de la TVA a été maintenue dans le cadre de la 11^e révision de l'AVS. Cette suppression des parts de la Confédération aux recettes de la TVA ne serait pas supportable pour le budget fédéral qui, comme vous le savez, se détériore de semaine en semaine, au vu de l'évolution conjoncturelle négative que l'on connaît.

L'AVS et l'AI sont, vous le savez bien, financées par deux sources.

La première source, ce sont les cotisations des assurés, les contributions patronales ou les contributions salariales. Ces recettes dépendent étroitement de la capacité contributive, de l'évolution conjoncturelle, de l'évolution des salaires. Or, les salaires sont plutôt stables dans la période actuelle et, avec l'augmentation du chômage, il y a plutôt des contribuables qui diminuent leurs prestations que le contraire.

La seconde source, c'est la participation des pouvoirs publics aux dépenses de l'AVS et de l'AI. Cette source n'est pas liée à la capacité financière de la Confédération, ni à l'évolution des recettes de celle-ci, mais elle est liée uniquement aux dépenses des deux assurances concernées. Or, c'est une constatation, les dépenses de l'AVS et de l'AI augmentent; elles croissent plus vite que l'économie suisse en général, et donc que les recettes de la Confédération. Le résultat, c'est que nous aurons dans les années qui viennent un défaut de financement. On a calculé que si on cumule ces défauts de financement, on arrive à un chiffre de 20 milliards de francs en 2020.

Une suppression de la part des recettes de la TVA que reçoit la Confédération ne peut donc être acceptée sans mettre en péril la politique budgétaire. Si elle devait être acceptée, nous serions contraints, parce qu'il y a le frein aux dépenses et le frein à l'endettement, de couper dans d'autres charges de la Confédération. Nous avons essayé jusqu'à maintenant de préserver certains secteurs, notamment l'éducation, la recherche et la technologie. Si la décision qui est la vôtre – celle que vous avez prise précédemment – devait être confirmée aujourd'hui, je crois que nous devrions passer sur nos objections et commencer à discuter la remise en cause de certaines dépenses considérées comme essentielles, et notamment des dépenses destinées aux secteurs de l'éducation, de la recherche et de la technologie.

Il y aurait peut-être une alternative, mais elle n'est pas réaliste politiquement, c'est de trouver de nouvelles sources de recettes pour la Confédération.

Il reste peut-être encore une autre possibilité, c'est d'abaisser les taux de participation de la Confédération aux dépenses des assurances dans la proportion des recettes de la TVA qui échapperaient à l'Etat central. Cette solution permettrait de ramener les contributions fédérales à un niveau qui serait encore financièrement supportable pour les assurances.

Au vu de la situation, le Conseil fédéral, dans une séance du 19 février 2003, a décidé de mettre en application cette alternative, de l'inclure dans le programme d'allègement budgétaire 2003, mais il faudra encore concrétiser cette mesure sur le plan légal. Du point de vue financier, cela signifie qu'au cas où vous décideriez de supprimer les parts de la Confédération aux recettes de la TVA, l'AVS et l'AI ne pourraient bénéficier de moyens supplémentaires en raison de la mise en oeuvre de la solution préventive que j'ai évoquée il y a un instant.

En ce qui concerne l'AI, la commission a adopté, par 15 voix contre 8, une proposition Triponez en faveur d'un relèvement limité de la TVA de 0,8 point pour cette assurance. Avec ce taux réduit, l'AI pourrait amortir ses dettes si les

AB 2003 N 54 / BO 2003 N 54

recettes de la TVA échappaient à la Confédération et allaient directement dans les caisses de l'assurance. Toutefois, cette façon d'agir nous paraît irréaliste puisque, justement dans cette hypothèse, les moyens mis à disposition de l'AI seraient réduits par l'adoption de ce qu'on appelle la solution préventive, c'est-à-dire la diminution de la participation de la Confédération au financement de l'AI. Dans ce cas-là, le 0,8 point ne serait plus suffisant pour couvrir le remboursement des dettes.

La mesure préventive que j'ai évoquée maintenant n'enlève rien à la volonté du Conseil fédéral de tenter de vous convaincre de maintenir la part de la Confédération aux recettes supplémentaires de la TVA. Nous sommes convaincus que le Conseil fédéral avait raison lorsqu'il vous demandait de maintenir les parts de l'Etat central à la hausse de la TVA, qui pourrait être décidée en faveur de l'AVS/AI. Si vous n'acceptez pas cette proposition, il nous faudra trouver d'autres moyens.

J'ai évoqué le moyen qui est le seul possible politiquement, je répète, c'est la diminution de la participation de la Confédération au financement de l'AVS/AI. Ce n'est pas une bonne solution que d'aller dans ce sens-là.

Le Conseil fédéral préfère de beaucoup la solution qu'il a toujours défendue et qui a été celle du Conseil des Etats. Laissez-nous notre part au gâteau!



Titel

Antrag der Kommission
Festhalten

Titre

Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 106 Abs. 3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 106 al. 3

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 112

Antrag der Mehrheit
Abs. 3

....

c. durch den Ertrag aus den Mehrwertsteuerzuschlägen nach Artikel 130 Absätze 3, 4 und 4bis.
Abs. 5
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)
Abs. 3, 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 112

Proposition de la majorité
Al. 3

....

c. par les suppléments de taxe sur la valeur ajoutée, selon l'article 130 alinéas 3, 4 et 4bis.
Al. 5
Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)
Al. 3, 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Es ist nicht das erste Mal, dass wir vor der Frage stehen, ob der Bundesanteil der Mehrwertsteuer gerechtfertigt ist oder ob das Ganze direkt den Sozialversicherungen zugeteilt werden soll. Die Minderheit der Kommission empfiehlt Ihnen, hier dem Ständerat bzw. dem Bundesrat zu folgen und die heutige Regelung zu belassen.

Heute werden rund 16,1 Prozent der AHV und 37 Prozent der IV aus Bundesmitteln berappt. Wenn man das in Franken sieht, dann sind das heute rund 400 Millionen Franken, die hier geleistet werden. Nach der 11. AHV- und der 4. IV-Revision werden dann allerdings diese Mittel rasant zunehmen, und es werden im Jahre 2005 – nach Inkrafttreten dieser Revisionen – rund 800 Millionen sein, die hier auf dem Spiel stehen.

Die Meinungen in der Kommission waren grossenteils anders. Die einen wollten möglichst viel zu den Sozialwerken schaufeln, um mehr Leistungen versprechen zu können, um ihre Wahlversprechen einlösen zu können



und so Zusatzmittel für die Sozialwerke zu generieren. Die anderen sahen sehr wohl, dass man mit der ordentlichen Finanzierung die demographische Entwicklung und die Invalidisierung nicht auffangen kann; sie wollten keine anderen Steuern erheben, und so waren sie sich bewusst: Wenn man den Bundesanteil zu den Sozialwerken gibt, dann hat man da etwas mehr Geld.

Die Minderheit ist aber überzeugt, dass wir hier die Fakten auf den Tisch legen müssen. Die demographische Entwicklung und die Invalidisierung haben sehr grosse Auswirkungen auf die Finanzierung der Sozialwerke, aber auch auf den Bundesanteil: Wenn es insgesamt mehr Geld braucht, dann wächst auch dieser Anteil, und dieser muss spezifisch auch aufgestockt werden können. Diese Finanzierungslücke wird Jahr für Jahr grösser, da man einerseits aufgrund der Invalidisierung und der Längerlebigkeit der Leute mehr Mittel braucht, andererseits dieser Bundesanteil ausgabenprozentual effektiv zunimmt. Die ordentlichen steuerlichen Mittel im Bundeshaushalt sind ans Wirtschaftswachstum gebunden, und das steigt nicht im selben Ausmass wie die Ausgaben bei AHV und IV. Also wenn Sie hier der Mehrheit zustimmen, dann müssen Sie sich ganz bewusst sein: Wir werden hier in den nächsten Jahren Milliardenlöcher stopfen müssen. Das heisst, Sie können sich gerade damit befassen, noch einmal ein Sparpaket zu schnüren, weil wir, seit wir die Schuldenbremse haben, nicht einfach Bundesmittel von einer Kasse in die andere schaufeln können, ohne aufzuzeigen, wie wir diese Löcher stopfen.

Aus diesem Grund hat auch der Ständerat sehr eindeutig Stellung genommen und hier den Bundesrat unterstützt. Wir müssen gemeinsam diese Aufgaben bewältigen. Wir haben heute das Faktum, dass ungefähr dieser Prozentsatz mit Bundesgeldern gedeckt werden muss. Dem müssen wir auch Rechnung tragen; wir müssen dazu stehen.

Deshalb bitte ich Sie, hier nicht ein Loch zu schliessen und ein anderes zu öffnen, sondern die Finanzierung wirklich konsequent anzuvisieren und hier die Minderheit zu unterstützen.

Fasel Hugo (G, FR): Ich kann mich in dieser Frage relativ kurz fassen: Die grüne Fraktion wird klar und deutlich der Mehrheit zustimmen.

Die Argumente, die Frau Egerszegi vorgetragen hat, sind nur ein Stück weit glaubwürdig. Wenn sie die Schuldenbremse ins Feld führt, gilt dieses Argument natürlich auch für andere Beschlüsse, die die FDP-Fraktion momentan fassen hilft. In der WAK hat sie nämlich eindeutig dafür votiert, dass das Steuerpaket von 1,2 Milliarden Franken trotz finanziellen Schwierigkeiten des Bundes beschlossen werden soll. Das heisst, dass in anderen Fällen gerade dieses Argument, das Frau Egerszegi hier einbringt, überhaupt nicht gilt – insofern kann man sehr wohl sehen, dass es hier teilweise um eine Gewichtung der Anliegen geht und nicht um das Argument der Schuldenbremse.

AB 2003 N 55 / BO 2003 N 55

Wir sind der Auffassung: Wenn die Mehrwertsteuer angepasst werden muss, sollten die Mittel vollumfänglich in die AHV gehen, ohne Umweg über den Bund. Wenn wir dem Bund gegenwärtig zusätzliche Mittel geben – das ist jetzt die Umkehrinterpretation der Schuldenbremse –, werden andere hier im Saal genau diese Spannweite, diesen neuen Handlungsspielraum, dazu nutzen, weiter gehende Steuersenkungen durchzuziehen. Namens der grünen Fraktion bitte ich Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen.

Studer Heiner (E, AG): Unsere Fraktion ist in dieser Kommission nicht vertreten. Wenn sie es wäre, würde bei diesem Minderheitsantrag noch ein weiterer Name stehen. Es gibt nämlich nicht nur freisinnige Argumente für die Auffassung der Minderheit, sondern Herr Fasel hat auch schon andere Überlegungen gemacht – er bestätigt das durch Kopfnicken –, kam aber zu einer anderen politischen Folgerung.

Ich sage Ihnen nun, weshalb wir die Wertung anders setzen. Ich glaube, wir stehen nicht im Geruch, dass wir überall und alles wegsparen wollen. Aber wir haben die Verantwortung einerseits für die Sozialversicherungen, andererseits aber auch für den Bundeshaushalt. Wenn wir hier in dieser zentralen Frage dem Bund seinen Anteil wegnehmen, dann fehlen diese Mittel, die auch der Bund für diesen sozialen Bereich braucht und für den er verantwortlich ist, voll und ganz. Das mag die SVP befriedigen – das verstehe ich noch –, die sagt: Wir schauen für die AHV, damit ist unser Ziel erreicht, und der Rest des Bundeshaushaltes ist uns egal – ich sage das jetzt ziemlich plakativ. Hier verstehe ich den politischen Hintergrund noch eher. Aber, Herr Fasel, von der Gewerkschaftsseite verstehe ich es viel weniger, denn wir werden es schwer haben, in den nächsten Jahren genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben. Weshalb wollen wir also dem Bund hier Mittel entziehen, wo es der Logik entspricht, dass der Bund seinen Anteil bekommt, damit er seinen Anteil an der AHV finanzieren kann?

Ich bitte Sie zu überlegen: Auch der Bundeshaushalt muss auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite in





Ordnung sein. Wenn wir hier der Minderheit und dem Ständerat zustimmen – ich hoffe, er wird in dieser Sache hart bleiben, wie er immer hart geblieben ist, diesmal ist das gut –, werden wir die Gesamtbetrachtung AHV/IV/Bundeskasse miteinander bewerkstelligen können.

Heberlein Trix (R, ZH): Die FDP-Fraktion stimmt dem Finanzierungsbeschluss AHV/IV im Grundsatz zu, so wie er vom Ständerat zusammengefasst worden ist. Es erscheint uns richtig, dass heute allein über die Finanzierung entschieden wird und dass der Entscheid über die AHV-Mehrwertsteuerprozente zusammen mit den materiellen Entscheiden der AHV-Revision gefällt wird, denn wie könnten wir heute bereits darüber entscheiden, was dort materiell vorhanden sein wird? Sie werden in der Sondersession sehen, welche Mehrausgaben anstelle einer so genannten Sparvorlage dort beschlossen worden sind.

Nun aber zum Antrag der Minderheit Egerszegi respektive zum Antrag des Bundesrates – dies auch an die Adresse von Herrn Fasel -: Es war ein Antrag des Bundesrates und der damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss, welche hier den Mehrwertsteueranteil beibehalten wollte, und nicht ein freisinniger Antrag.

Die Ausgangslage kennen Sie: Der Ständerat hat sich im Gegensatz zur nationalrätlichen Kommission klar für die Beibehaltung des bestehenden Demographieprozentes ausgesprochen. Für die IV soll dem Bund dabei ein Anteil von 15 Prozent zugestanden werden. Die Beibehaltung dieses Anteils erscheint unserer Fraktion angesichts der schwierigen Finanzsituation des Bundes erst recht gerechtfertigt. Ich will nicht die ganze Diskussion, die wir hier schon mehrmals geführt haben, wiederholen, aber gerade heute ist es eine Notwendigkeit, dass wir diesen Entscheid des Ständerates klar gutheissen, denn die Streichung dieses Mehrwertsteueranteils hat auf die Finanzierung der AHV, aber auch der IV, tief greifende Auswirkungen. Wir haben es erwähnt: Nicht nur die Schuldenbremse, sondern der gesamte Finanzhaushalt wird dadurch belastet, und zwar um ein Mehrfaches. Es geht bei den Bundesbeiträgen an AHV und IV immerhin um einen Fünftel des gesamten Bundeshaushaltes. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Sollte dieser Anteil gestrichen werden, so wäre es vor allem an diejenigen, die ihn streichen wollen, aufzuzeigen, wo sie die entsprechenden Finanzmittel holen wollen und wo – vor allem auch im Bereiche der neuen Anträge aus der SVP-Fraktion – diese Leistungen reduziert werden sollen. Bis jetzt habe ich keinerlei derartige Anträge gehört, auch nicht in der materiellen Bereinigung der AHV-Revision.

Ich möchte Ihnen also beantragen, einmal mehr der Minderheit und dem Bundesrat und dem Ständerat zuzustimmen und diesen Anteil beizubehalten, gerade bei der heutigen schwierigen finanziellen Lage – nicht nur beim Bundeshaushalt im Allgemeinen, sondern auch bei der Invalidenversicherung im Besonderen und auch bei der AHV, über die wir später sprechen werden.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien va soutenir ici la proposition de minorité Egerszegi et désire ainsi verser à L'AVS et à l'AI les suppléments de taxe sur la valeur ajoutée, et non l'entier du produit des augmentations de la taxe sur la valeur ajoutée.

Lors du premier passage de l'arrêté dans notre Conseil, celui-ci avait décidé de verser l'entier des augmentations de point de TVA aux dites assurances dans un souci de transparence louable. Mais cette décision avait comme corollaire direct, selon la réglementation actuelle, de renforcer la participation de la Confédération aux chiffres 2005 d'environ 340 millions de francs pour l'AI et de plus de 400 millions de francs pour l'AVS. Et il est clair que l'engagement de la Confédération aurait dû alors être revu – M. Couchepin, président de la Confédération, l'a évoqué – ou alors que d'autres économies devraient être proposées.

Dans le contexte de coupes sombres que nous vivons, le groupe démocrate-chrétien ne veut pas mettre en péril la formation et la recherche parce que nous avons entendu que des compensations de montants ont été annoncées dans ces domaines-là éventuellement.

D'autre part, le financement de l'AI peut être assuré et le compte assaini avec un fonds qui serait dans les chiffres noirs dès 2011 si nous suivons la décision du Conseil des Etats non seulement à l'article 112 alinéas 3 et 5, mais aussi à l'article 130 alinéas 4bis et 6bis.

Alors, pour ne pas risquer de pénaliser d'autres domaines comme la formation et la recherche, le groupe démocrate-chrétien vous engage à soutenir la proposition de minorité Egerszegi à l'article 112.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich empfehle Ihnen hier namens der SP-Fraktion, bei der Frage der Zuwendung des Mehrwertsteueranteils an den Bund der Mehrheit zuzustimmen. Es geht finanzpolitisch um eine bedeutende Frage. Es geht hier nicht um eine Frage der Finanzierung der AHV, sondern um eine finanzpolitische Frage, die grundsätzlich mit dieser Vorlage eigentlich nichts zu tun hat.

Bundesrat Villiger überschlägt sich jeweils fast bei der Bekämpfung der Position der Kommission, indem er sagt, dass man versuche, den Bundeshaushalt über die AHV zu schröpfen. Das ist natürlich eine arg demagogische Position, die vertreten wird. Jetzt diskutieren wir über zusätzliche Mehrwertsteuerprozente. Wenn



zusätzliche Mehrwertsteuerprozent für die Sozialversicherungen IV und AHV verlangt werden, dann sind wir der Auffassung, soll man auch im Sinne des Beschlusses diese Mittel der AHV und der IV zukommen lassen und nicht dem Bundeshaushalt. Das ist sonst eine Umwegfinanzierung, die mit dieser Vorlage nichts zu tun hat.

Die Mittel, die zur Diskussion stehen, sind nicht unerheblich, ob es nun 17 Prozent wie bei der AHV sind oder 15 Prozent

AB 2003 N 56 / BO 2003 N 56

wie bei der IV. Der Bundesrat hatte ja noch 18,75 Prozent des IV-Mehrwertsteuerprozent für den Bundeshaushalt vorgeschlagen; der Ständerat hat das auf 15 Prozent zurückgenommen – so variabel sind die Grössen. Das zeigt, dass es letztlich um erhebliche Summen geht.

Herr Studer hat finanzpolitisch argumentiert. Hier muss man einfach sagen: Wenn man den Bundeshaushalt finanzieren muss – und man muss ihn finanzieren –, dann muss man sich auch bewusst sein, welche Folgen Steuererhebungen haben. Es kann nicht im Ernst bestritten werden, dass die Mehrwertsteuer keine soziale Steuer ist. Sie betrifft die Haushalte überdurchschnittlich; sie betrifft den Konsum der unteren und mittleren Einkommen. Die Mehrwertsteuer soll deshalb – das ist die gewerkschaftliche Position – für die Sozialversicherungen reserviert bleiben und nicht für andere Zwecke eingesetzt werden. Dafür gibt es andere Einnahmequellen des Staatshaushaltes. Wenn man aber bei dieser Argumentation bleibt – allenfalls zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, die mit Blick auf die Belastung der Haushalte nicht locker nun beschlossen werden können –, dann muss man dieses Mehrwertsteuerprozent den Sozialversicherungen, der IV und der AHV, zukommen lassen. Das ist die finanzpolitische Logik, die sich vertreten lässt.

Wir sind im Übrigen nachdrücklich der Auffassung – hier vertrete ich klar auch die gewerkschaftliche Position –, dass ein Mehrwertsteuerprozent sicher nicht jetzt mitten in der Krise erhoben werden darf, sondern dass das entsprechende Prozent frühestens, wenn der Aufschwung da ist, falls keine wirtschaftspolitischen Dummheiten gemacht werden, per 1. Januar 2005 erhoben werden darf. Das ist unser Standpunkt in diesem Punkt. Wir sind der Auffassung: wenn zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, dann müssen diese Mittel auch den Sozialversicherungen zukommen und nicht direkt oder indirekt dem Bundeshaushalt.

Eine letzte, abschliessende politische Bemerkung: Herr Studer, man kann es auch wieder an Ihrem Votum aufhängen. Der Ständerat ist in diesem Staat nicht das Mass aller Dinge; der Ständerat ist die zweite Kammer. Wir werden bei dieser Vorlage mit dem Ständerat einen Kompromiss finden müssen; das ist unbestritten. Es ist auch klar, dass es eine Reihe von Differenzen zum Ständerat gibt: Bei der materiellen AHV-Vorlage haben wir ein paar ganz gewichtige und zentrale Differenzen. Am Schluss wird entschieden werden müssen, welche Differenzen aufrechterhalten bleiben bzw. wo man eine Einigung findet. Der Nationalrat wird erwarten dürfen, dass auch der Ständerat Schritte macht. In einer späteren Runde werden dann die letzten Entscheidungen getroffen werden müssen. In dieser Phase aber hat der Nationalrat keinen Anlass, von den bisher getroffenen weisen Entscheiden abzuweichen.

Polla Barbara (L, GE): J'aimerais tout d'abord remercier les rapporteurs et surtout M. le conseiller fédéral d'avoir pris la parole dans le débat d'entrée en matière avec des propos particulièrement clairs et éclairants, notamment pour un groupe comme le mien qui n'a pas de membre siégeant dans la commission concernée et pour un sujet particulièrement complexe.

Le groupe libéral vous propose dans cette ronde d'élimination des divergences portant sur le financement de l'AVS/AI de suivre le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et la minorité Egerszegi, ce qui équivaut d'une certaine façon à transformer pour l'instant l'arrêté fédéral sur le financement AVS/AI en fait en un arrêté fédéral sur le financement de l'AI.

Le groupe libéral s'écarte donc clairement de l'alliance Parti socialiste/UDC mentionnée tout à l'heure par M. Guisan, rapporteur. Je vous rappelle à cet égard que l'objectif prioritaire du groupe libéral en termes d'AVS/AI a toujours été, et reste avant tout, d'assurer le financement durable des rentes, y compris dans les circonstances économiques actuelles et à venir si bien détaillées par le rapporteur.

Nous allons donc centre-droite toute et démontrons une fois de plus en termes d'assurances sociales une attitude de responsabilité gouvernementale, malgré la regrettable absence de notre groupe au sein de ce collège. Boucher demain les trous de milliards de francs que nous creuserions aujourd'hui, selon l'expression de Mme Egerszegi, n'est pas un objectif politique intéressant pour le groupe libéral!

Il ne fait par ailleurs aucun sens de prendre aujourd'hui de nouvelles mesures pour le financement de l'AVS, alors que c'est au cours de la session spéciale du mois de mai prochain que nous allons en fait aborder la discussion de fond sur ce sujet; une discussion qui aura des effets tout à fait déterminants sur les besoins de



l'AVS en termes de financement.

Il y a donc lieu à l'heure actuelle de maintenir, à l'article 112, le financement par les suppléments de taxe sur la valeur ajoutée, comme le proposent le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et la minorité Egerszegi. Les alternatives envisagées par le Conseil fédéral, notamment une réduction des investissements dans la recherche et dans la formation sont peut-être bien démagogiques, comme le disait M. Rechsteiner Paul. Nous ne pouvons que l'espérer, mais néanmoins, nous estimons qu'il n'est pas raisonnable de prendre un tel risque à cet égard.

Une diminution de ces investissements serait tout à fait inacceptable pour les libéraux, raison pour laquelle nous suivrons à l'article 112 la minorité Egerszegi.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Die SVP-Fraktion hat immer den Standpunkt vertreten, dass die Finanzierung der Sozialwerke durch Transparenz für die Beitragszahler geprägt sein müsste. Es scheint uns wichtig, weil damit die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Sozialwerken einerseits gestärkt, andererseits aber auch erleichtert wird.

Im Rahmen dieser Diskussion in den vergangenen Monaten hat sich der Nationalrat immer dafür ausgesprochen, dass dem Bund keine Anteile der Mehrwertsteuererträge zugunsten der AHV zustehen. Es ist natürlich verlockend, diese Überlegungen aufgrund der sich verschlechternden Finanzlage des Bundes über den Haufen zu werfen. Der Ständerat sah es als gute Gelegenheit, der von ihm mit geplünderten Bundeskasse unter dem Titel "Finanzierung der Sozialwerke" etwas auf die Beine zu helfen und den leidigen Zustand der Bundeskasse mit einem Zustupf von ein paar hundert Millionen Franken mindestens zu lindern.

Wie völlig willkürlich oder an den Haaren herbeigezogen dieser Bundesanteil ist, kommt bei der IV-Finanzierung zum Ausdruck: Der Ständerat beantragt Ihnen dort, 15 Prozent dieser Mehrwertsteuereinnahmen der Bundeskasse zukommen zu lassen; der Bundesrat hat einmal beantragt, er wolle dafür 18,5 Prozent. Die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Invalidenversicherung beträgt 37,5 Prozent. Es scheint mir völlig unlogisch, dass man hier nun von 15 Prozent spricht. Mindestens weiss ich nicht, warum eigentlich dieser Betrag festgelegt wurde. Es zeigt aber, wie willkürlich diese Auslegung ist und dass sie einer genaueren Prüfung in keiner Art und Weise standhält.

Die Frage sei erlaubt, warum die Kantone nicht einbezogen werden, welche bei der IV ja 12,5 Prozent der Ausgaben finanzieren; bei der AHV sind es 3 Prozent der Ausgaben. Die Kantone werden ausgeschlossen. Sie sollen dann bei der Ausgabenentwicklung, die sie mitzutragen haben, selber schauen, woher sie das Geld nehmen. Daraus ersehen Sie, dass es bei diesem Bundesanteil nicht um eine Finanzierung der Sozialwerke geht, wie der Titel der Vorlage zum Ausdruck bringt, sondern um eine verdeckte neue Einnahme für die Bundeskasse. Es ist ein "Schlungg", der auf einem Schwingplatz Applaus erhalten mag, aber im Nationalrat und in unserer Tätigkeit hat ein "Schlungg" nichts zu suchen.

Ich bitte Sie, am ersten Entscheid des Nationalrates festzuhalten.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Der Ständerat hat bei Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe c mit 24 zu 17 Stimmen – im Unterschied zum Nationalrat – einen Grundsatzentscheid gefällt, wonach die Bundeskasse weiterhin mit einem Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen zugunsten der AHV partizipieren soll, neu auch an den

AB 2003 N 57 / BO 2003 N 57

Mehrwertsteuereinnahmen zugunsten der IV. Der Ständerat will damit nicht nur auf die düstere Finanzlage des Bundes Rücksicht nehmen, sondern auch auf die Entwicklung der demographischen Verhältnisse bezüglich der AHV. Diese spielen in der AHV eine markante Rolle; Sie wissen, wie sich die demographischen Verhältnisse auf die Finanzlage der AHV auswirken.

Heute beträgt der Anteil des Bundes an den Ausgaben der AHV 17 Prozent, und mit eben diesem Prozentsatz möchte der Bund weiterhin an den Mehrwertsteuererträgen partizipieren, um damit die aus demographischen Gründen ständig steigenden Beiträge an die AHV etwas abzufedern. Diese Absicht des Bundesrates wird von der Mehrheit des Ständerates unterstützt. Für die IV sieht der Ständerat einen Anteil des Bundes von 15 Prozent an den Mehrwertsteuererträgen vor.

Die SGK-NR hat mit 18 zu 3 Stimmen an ihrem Grundsatzentscheid festgehalten, wonach die für die AHV und die IV bestimmten Mehrwertsteuererträge aus Gründen der Transparenz und Konsequenz uneingeschränkt in die Kassen der jeweiligen Sozialversicherungen fliessen sollen. Diese grosse Mehrheit Ihrer Kommission will an diesem Grundsatz auch deshalb festhalten, weil das Volk, das einmal für die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zugunsten der AHV um einen Prozentpunkt gestimmt hat, einen Anspruch auf volle Kostentransparenz hat. Festhalten ist von der Mehrheit im Wissen um den desolaten Zustand der Bundeskasse beantragt wor-



den, wie er uns von Bundesrat Villiger in der SGK geschildert wurde. Es herrschte aber in der Kommission die Meinung vor, dass sich die partiellen Beiträge aus den Mehrwertsteuereinnahmen für die AHV und IV zur Sanierung der Bundeskasse schlecht eignen.

Ich muss Sie namens der grossen Mehrheit der Kommission bitten, bei Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe c an diesem Grundsatz festzuhalten. Wenn Sie dem zustimmen, so hat dies auch Gültigkeit für Artikel 112 Absatz 5 und Artikel 130 Absatz 6. Ich gehe davon aus, dass der Bundespräsident die Haltung des Bundesrates selbst nochmals begründen wird.

Couchepin Pascal (,): Le débat n'a pas apporté d'éléments nouveaux. Le problème de fond demeure entier. Si vous refusez à la Confédération sa part à l'augmentation de la TVA, nous aurons un problème ailleurs. J'ai entendu ceux d'entre vous qui disaient: "Cet argent doit être affecté à l'AVS. Point final." Ils ne peuvent pas s'absenter, renoncer à la responsabilité pour l'équilibre global du budget. J'aurais aimé les entendre, ceux d'entre vous qui disent qu'on peut priver la Confédération de cette part de recettes, j'aurais aimé les entendre dire où les économies seront faites ou au moins esquisser des pistes. Mais je crois qu'ils ne l'ont pas fait tout simplement parce que lorsque le moment sera venu de couper ailleurs, ils s'y opposeront aussi. Ce n'est pas de cette manière-là qu'on va réussir à maintenir la crédibilité de l'Etat. Il faut avoir le courage, comme l'ont fait plusieurs d'entre vous, le cas échéant de changer d'opinion et d'accepter de se sentir responsable pour l'ensemble du budget de la Confédération et non pas seulement de cas en cas, pour telle ou telle décision. Le Conseil fédéral vous demande instamment de vous rallier à la décision du Conseil des Etats. Ajoutez à cela qu'il s'agit d'une modification constitutionnelle et qu'il faut être assez clair et assez simple. La clarté et la simplicité sont du côté du projet du Conseil fédéral; je vous prie de le suivre.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/3315)

Für den Antrag der Mehrheit 105 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 67 Stimmen

Art. 130

Antrag der Mehrheit

Abs. 4

.... Absätzen 1 und 3 sowie nach Artikel 196 Ziffer 3 Absatz 2 Buchstabe e festgesetzten

Abs. 4bis

.... um 0,8 Prozentpunkte erhöht

Abs. 6

.... Hinterlassenenversicherung, nach Absatz 4bis an die Invalidenversicherung.

Abs. 6bis

Streichen

Antrag der Minderheit

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Stahl, Widrig)

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Triponez)

Abs. 4bis

.... um 0,7 Prozentpunkte erhöht

Antrag der Minderheit II

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul)

Abs. 4bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Abs. 6, 6bis





Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei

Abs. 4bis

.... die Sätze der Mehrwertsteuer entsprechend. Die Erhöhung ist auf 6 Jahre befristet.

Abs. 4bis a

Als Kompensation werden zum Zeitpunkt der MWSt-Erhöhung die Zuschläge zu den Beträgen der AHV, welche für die EO bestimmt sind, auf 0,2 Prozent gesenkt.

Art. 130

Proposition de la majorité

Al. 4

.... alinéas 1er et 3 ainsi que dans l'article 196 chiffre 3 alinéa 2 lettre e peuvent

Al. 4bis

.... de 0,8 point. Le Conseil fédéral

Al. 6

.... et survivants, selon l'alinéa 4bis à l'assurance-invalidité.

Al. 6bis

Biffer

Proposition de la minorité

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Stahl, Widrig)

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Triponez)

Al. 4bis

.... de 0,7 point. Le Conseil

Proposition de la minorité II

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul)

Al. 4bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Al. 6, 6bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2003 N 58 / BO 2003 N 58

Proposition du groupe de l'Union démocratique du centre

Al. 4bis

.... les taux de la taxe sur la valeur ajoutée. L'augmentation est limitée à 6 ans.

Al. 4bis a

A titre de compensation, les suppléments aux contributions de l'AVS destinées au régime des allocations pour perte de gain sont ramenés à 0,2 pour cent au moment de l'augmentation de la TVA.

Gross Jost (S, TG): Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, als Sprecher der Kommission zum Finanzierungsbeschluss im Rahmen der 4. IV-Revision etwas zu sagen. Beantragt wird Nichteintreten auf den separaten Finanzierungsbeschluss der IV aus formellen Gründen – eben wegen der Zusammenführung –, und die Mehrheit beantragt eine Mehrwertsteuererhöhung von 0,8 Prozent und Ablehnung der anders lautenden Anträge von Herrn Stahl auf 0,7 Prozent einerseits und von Stände- und Bundesrat auf 1,0 Prozent andererseits.





Die Mehrwertsteuererhöhung dient der Entschuldung der IV. Es ist unbestritten, dass die IV diese Finanzspritze braucht. Wer den IV-Finanzhaushalt langfristig betrachtet, stellt fest, dass der Schuldenabbau selbst mit einer 1-prozentigen Mehrwertsteuererhöhung erst im Jahre 2010 realisiert wäre. Nun ist einzuräumen – und darüber haben Sie jetzt in der letzten Abstimmung entschieden –, dass natürlich auch die Frage, ob der Bundesanteil an AHV und IV bestehen bleibt, eine gewichtige Bedeutung in Bezug auf die Entscheidung "0,8 oder 1 Prozent" hat. Sie haben jetzt entschieden, dass es bei der Streichung des Bundesanteiles bleibt. Ob der Ständerat bereit ist, dem zu folgen, ist völlig ungewiss. Deshalb ist es wichtig, dass hier eben auch die Möglichkeit des Minderheitsantrages, der eine Erhöhung von 1 Prozent verlangt, im Raum stehen bleibt; Frau Maury Pasquier wird ja den entsprechenden Antrag begründen.

Nun ist es auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Bundesrat ja die Möglichkeit hat, den Mehrwertsteuersatz wieder zu senken, sobald die Schulden der IV getilgt sind. Deshalb ist es auch völlig unnötig – obwohl die Kommission darüber nicht befunden hat –, eine Befristung auf sechs Jahre vorzusehen, wie es die SVP-Fraktion vorschlägt. Denn der Bundesrat ist ja aufgrund einer Bestimmung der Bundesverfassung verpflichtet, diesen Steuersatz zu senken, sobald die Entschuldung vollzogen ist.

Nun aber zur eigentlichen Frage: 1, 0,8 oder 0,7 Mehrwertsteuerprozent? Meines Erachtens und auch aus Sicht der Kommissionsmehrheit hat der Minderheitsantrag Stahl mit 0,7 Prozent keine Berechtigung; er ist aus den Fingern gesogen und durch entsprechende Zahlen nicht abgesichert, denn die Entschuldung ist auch mit 1 Mehrwertsteuerprozent bei 15 Prozent Ertragsanteil des Bundes im besten Fall erst im Jahre 2010 realisiert. Der Antrag ist deshalb finanz- und sozialpolitisch verantwortungslos. Er bezweckt offensichtlich, das Schreckgespenst einer defizitären IV mit der angeblichen Missbrauchsproblematik am Leben zu erhalten.

Die AHV will man noch schönen, aber die IV nicht mehr. Der Direktor eines grossen Arbeitgeberverbandes – Sie haben das gelesen – leistet hier die notwendige Diffamierungsarbeit, indem er von der IV als Hängematte für Simulanten spricht. Dieses Zerrbild verkennt zweierlei.

Die 4. IVG-Revision ist keine Sozialausbauvorlage, im Gegenteil – es resultieren aus der 4. IV-Revision allein aus der Streichung von Zusatzrenten und Härtefallrenten Einsparungen von 430 Millionen Franken, allerdings wegen des Bestandesschutzes erst allmählich. Die Bilanz wird dann etwa 2007 kostenneutral sein. Dem stehen Mehrausgaben durch die Einführung der Assistenzentschädigung gegenüber, die jetzt leider wieder Hilflosenentschädigung heisst; das sind 162 Millionen Franken plus zusätzliche Ausgaben der Ergänzungsleistungen von 110 Millionen, die teilweise zulasten der Kantone gehen. Es ist wichtig, dass die Nettobilanz der 4. IV-Revision mit 220 Millionen Franken Minderausgaben durchaus nicht eine Ausbaivorlage ist, sondern eine Sparvorlage. Auch der Ständerat hat sich dem angeschlossen, nämlich mit 227 Millionen Franken Nettobilanzeinsparung bei der IV.

Die IV hat durch zusätzliche Massnahmen – Dreiviertelsrente, Pilotartikel und anderes – einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, das Primat der Wiedereingliederung wiederherzustellen. Aber es ist klar, dass diese Massnahmen mittel- und langfristig greifen und den Berentungsdruck nicht kurzfristig aufhalten können. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass der "Missbrauch" von IV-Leistungen, wie er genannt wird, nicht selten in den Direktionsetagen grosser Firmen ausgeheckt wird, zum Beispiel in Form des Abbaus von Arbeitsplätzen durch Aussortierung, Berentung und Frühpensionierung von so genannt Leistungsschwachen durch Psychiatrisierung, was den erheblichen Anteil psychischer Behinderungen bei der Berentung teilweise erklärt.

Die Stossrichtung der Minderheitsanträge Stahl und SVP-Fraktion ist klar: Werden der IV die Mittel zur notwendigen Finanzierung der 4. IVG-Revision entzogen, so wird die Reform als Ganzes gefährdet und infrage gestellt. Der Reformprozess würde gewissermassen über die Guillotine des Ressourcenentzuges gestoppt und gekillt.

Der Antrag kommt von Herrn Stahl, einem Parlamentarier, der in der Gesetzesrevision das von der Mehrheit des Nationalrates optimierte Modell der Assistenzentschädigung sekundiert durch Ergänzungsleistungen mit einer weit höheren Grundentschädigung gewissermassen "links" überholen wollte. Und jetzt beantragte er ursprünglich sogar die Halbierung des vom Bundesrat vorgeschlagenen einen Mehrwertsteuerprozentes! 0,5 Mehrwertsteuerprozent weniger sind aber 1,3 Milliarden Franken weniger pro Jahr, und das wäre der planmässige Overkill jeder verbesserten Assistenzentschädigung.

Deshalb ist dieser Antrag auch im Hinblick auf die Ergebnisse der 4. IVG-Revision klar abzulehnen.

Meyer Thérèse (C, FR): Je parle ici en tant que rapporteur pour la 4e révision de l'AI (2. AF sur le financement de l'AI). Le Conseil fédéral avait primitivement prévu de garantir le futur des deux assurances AVS et AI dans un même arrêté. Dans un premier temps, le Conseil national a suivi la commission, qui avait voulu séparer les financements des deux assurances pour aller plus vite, pour aller de l'avant avec une augmentation de la TVA



nécessaire et précise pour assainir l'assurance-invalidité. L'arrêté 2 proposait de relever la TVA de 1 point au plus pour garantir la pérennité du financement de l'assurance-invalidité.

Le Conseil des Etats, lui, a intégré ce financement de l'arrêté 2 dans le présent arrêté 1 et, à l'article 112, nous venons d'établir les modalités d'affectation de ce point de TVA; donc nous venons de décider de le mettre complètement dans le budget de l'AVS/AI.

La commission s'est donc ralliée au Conseil des Etats dans le sens de ne faire qu'un arrêté, mais elle veut, elle, maintenir l'attribution du produit du relèvement des taux de TVA pour financer l'AVS aussi dans cet arrêté. Bien sûr que ce financement motivera des décisions ultérieures précises avec une possibilité de référendum au moment voulu.

Revenons à l'AI. L'article 130 alinéa 4bis est destiné à décider du taux nécessaire pour garantir le financement de l'assurance-invalidité et pour amortir ses dettes. Les dettes à fin 2003 seront de plus de 4 milliards de francs, malgré le transfert de 1,5 milliard du fonds des APG, qui a eu lieu au 1er février de cette année. Comme nous avons décidé de mettre toute la part de l'augmentation de la TVA à l'assurance, nous devons augmenter la TVA de 0,8 pour cent pour arriver à un équilibre en 2011, et on pourra accepter un abaissement du taux de 0,1 pour cent en 2014; et nous serons alors durablement dans les chiffres noirs.

Les autres propositions, augmentation de 0,5 pour cent ou même de 0,7 pour cent de la TVA, dans cette situation, ne permettent pas un assainissement de l'assurance, qui resterait dans les chiffres rouges à 1 milliard de francs et plus ad aeternum.

AB 2003 N 59 / BO 2003 N 59

Donc je crois que nous avons la responsabilité d'équilibrer ce compte, et je vous engage à suivre la majorité de la commission, en accord avec la décision du Conseil qui vient d'être prise, c'est-à-dire d'augmenter de 0,8 pour cent le taux de TVA.

Triponez Pierre (R, BE): Namens der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, Artikel 130 Absatz 4 zu streichen, wie dies der Ständerat mit erdrückender Mehrheit getan hat. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Bundesrat – es sind drei Jahre her – in seinem Entwurf vorsah, dass er die Kompetenz erhalten sollte, zur Sicherstellung der Finanzierung der AHV plus der IV die Mehrwertsteuer um höchstens 1,5 Prozent erhöhen zu können. Wir im Nationalrat haben dann in der ersten Lesung beschlossen, dass eine derartige Erhöhung nicht vom Bundesrat verfügt werden könne, sondern nur per Gesetz, und dass sie erst dann vorzunehmen sei, wenn dies zur Sicherstellung der Finanzierung der AHV effektiv notwendig werde.

In der Zwischenzeit kann aufgrund der Zahlenentwicklung bei der AHV – das scheint mir entscheidend zu sein – festgestellt werden, dass eine Notwendigkeit zur Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV, entgegen den Erwartungen von vor zwei bis drei Jahren, für die nächsten Jahre mit Sicherheit nicht besteht. Glücklicherweise, würde ich meinen, stellt sich also die Frage für die AHV, im Gegensatz zur Situation bei der IV, im Moment überhaupt nicht; bis zum Jahre 2010 braucht es für die Finanzierung der AHV keine Mehrwertsteuererhöhung. Wie die Beurteilung dannzumal aussehen wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Offen ist – es wurde auch darauf hingewiesen – beispielsweise auch die genaue Ausgestaltung der 11. AHV-Revision. Wir haben da noch einige materielle Fragen offen. Ob und um wie viel genau die Mehrwertsteuer – und das ist doch wichtig – in sechs bis acht Jahren vielleicht zugunsten der AHV angehoben werden muss, kann heute nicht beziffert werden oder jedenfalls nicht genau.

Es ist deshalb nach Auffassung der Minderheit folgerichtig, dass der Ständerat mit erdrückender Mehrheit beschlossen hat, Artikel 130 Absatz 4 zu streichen und dort anzusetzen, wo eben eine Finanzierungslücke offensichtlich ist, nämlich bei der Invalidenversicherung. Darin sind wir uns einig: Zur Sicherstellung der Finanzierung der IV braucht es jetzt rasch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Über die Höhe müssen wir heute auch noch entscheiden, zumindest für die Dauer der nächsten Jahre.

Meinem Kollegen, Herrn Gross Jost, muss ich doch sagen, dass er etwas sehr direkt gewesen ist mit der Behauptung, es sei unverantwortlich, diese Mehrwertsteuer für die IV nur um 0,7 Prozent zu erhöhen. Nachdem wir die allerneuesten Zahlen auf den Tisch bekommen haben – wir haben sie in der Kommission verlangt, sie datieren vom 20. Februar 2003, etwas Neues gibt es nicht –, haben wir vom Bundesamt für Sozialversicherung vorgerechnet bekommen, dass man mit 0,7 Prozent Mehrwertsteuererhöhung bis zum Jahre 2005 in etwa das Defizit abbauen kann und dann bis zum Jahre 2019 etwa in den schwarzen Zahlen wäre. Es kann also nicht als verantwortungslos bezeichnet werden, wenn jemand diesen Prozentsatz vorschlägt.

Ich komme auf den Grundsatz zurück: Es ist nach Auffassung der Minderheit nicht nur ratsam, sondern dringend geboten, die Finanzierungslücke der IV jetzt zu schliessen, während die AHV-Finanzierung in aller Ruhe



zu einem späteren Zeitpunkt neu beurteilt werden kann. Es wäre im Übrigen nach Überzeugung der Minderheit ein falsches Signal und eine wirtschafts- und finanzpolitisch verfehlte Weichenstellung, wenn jetzt, gerade im momentan ungünstigen konjunkturellen Umfeld, eine unnötige Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV quasi auf Vorrat beschlossen würde, welche die Kaufkraft unserer Bevölkerung – dazu gehören übrigens auch die Rentnerinnen und Rentner – um Beträge in Milliardenhöhe schmälern würde.

Die Minderheit empfiehlt deshalb dringend, den realen Gegebenheiten und den neuen Zahlen der AHV-Finanzrechnung zu tragen und damit dem Streichungsbeschluss des Ständerates bei Artikel 130 Absatz 4 zu folgen.

Stahl Jürg (V, ZH): Das Ziel der Revision von AHV und IV ist primär die Sicherung der Zukunft dieser wichtigen Sozialwerke. Dieses Ziel kann nur verfolgt und schlussendlich erreicht werden, wenn wir konsequent und massvoll legislieren. Leider ist in der Vergangenheit wegen Ausbaumassnahmen die Finanzierung zum Hauptproblem geworden. Dazu kommt die demographische Entwicklung, die ein nicht beeinflussbarer Faktor und Tatsache ist. Besonders Besorgnis erregend ist die Schuldsituation bei der Invalidenversicherung.

Nachdem der Ständerat als Mittel zur Schuldentilgung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt beschlossen hat, will die Minderheit I mit einer Erhöhung von 0,7 Punkten zu einer pragmatischen Lösung mit einer etwas längeren Phase der Schuldentilgung beitragen. Angesichts der verschiedenen berechneten Varianten – sie sind berechnet worden – empfehle ich, meiner Minderheit zu folgen. Im Wesentlichen sind es vier Gründe, die dafür sprechen:

1. Eine Erhöhung um 0,7 Prozentpunkte reicht aus, weil zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Botschaft die Mehreinnahmen aufgrund eines Mehrwertsteuerprozentes auf einer anderen Grundlage beruhten. Dazu kommt der Beschluss dieses Rates von vorher, die Erträge aus der Mehrwertsteuer vollumfänglich den Sozialversicherungen zufließen zu lassen.
2. Ich bin überzeugt, dass das Konzept des Bundesrates, welches nach einer beschleunigten Schuldentilgung eine spätere Mehrwertsteuerreduktion vorsieht, nicht richtig ist. Es scheint kaum glaubhaft, dass der Bundesrat jemals eine Reduktion durchsetzen wird.
3. Wenn einer Sozialversicherung, in diesem Fall der IV, Mehreinnahmen zufließen, dann weckt das automatisch und auf jeden Fall neue Begehrlichkeiten. Der Wille zum Sparen, aber auch der richtige Einsatz der vorhandenen Ressourcen und das konsequente Verhindern und Bekämpfen des Missbrauchs in der IV müssen zwingend in die nächste Revision einfließen. Mit der Minderheit I machen Sie einen Schritt in diese Richtung.
4. Überladen Sie diese Vorlage nicht! Ich muss Sie wohl nicht daran erinnern, dass in der heutigen Zeit eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenüber den Konsumierenden, aber auch gegenüber der Wirtschaft sehr schlechte Signale aussendet. Die Mehrwertsteuer ist und bleibt eine unpopuläre Steuer, welche proportional Menschen mit tieferen Einkommen stärker belastet.

In diesem Sinn bitte ich Sie, der Minderheit I zuzustimmen.

Ich muss Ihnen aber noch mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, dass Herr Gross Jost unter dem Deckmantel der Berichterstattung die Zeit gebraucht hat, um Unwahrheiten zu erzählen.

Ich stelle hier Folgendes fest: Richtig ist, dass meine Idee zur Assistenz erstens die Eigenständigkeit behinderter Personen fördert, zweitens die Selbstverantwortung behinderter Personen steigert und drittens längerfristig zu Kostensenkungen führen wird und führen kann. Dass dies dem BSV und Herrn Gross Jost offensichtlich nicht passt, ist kein Geheimnis.

Gross Jost (S, TG): Herr Stahl, 0,3 Mehrwertsteuerprozente weniger entsprechen etwa einem Minderertrag aus der Mehrwertsteuer von rund 750 Millionen Franken pro Jahr. Wo wollen Sie das bei der 4. Revision des IVG oder bei der revidierten Gesetzesvorlage einsparen: bei den Renten, bei der Assistenzschädigung oder wo sonst?

Stahl Jürg (V, ZH): Sie sehen in der Berechnung der Verwaltung, dass der Schuldenabbau mit meiner Lösung etwas länger dauert und dass wir die Schuldsituation gegenüber heute wesentlich verbessern können, und das mit den in der 4. IV-Revision vorgeschlagenen Massnahmen. Dass wir uns in Zukunft, bei den nächsten Revisionen noch intensiver

AB 2003 N 60 / BO 2003 N 60

Gedanken darüber machen müssen, wie die IV auszugestaltet ist, ist in diesem Saal wohl jedem klar.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Vous le savez, la situation financière de l'assurance-invalidité est un grand problème depuis de nombreuses années. Pour trouver des solutions à ce problème, pour améliorer la situation





financière, la 4^e révision de l'AI a été effectuée, notamment aussi dans le but de réaliser des économies. Déjà deux transferts de fonds ont été effectués du fonds des APG vers le compte de l'assurance-invalidité pour améliorer sa situation.

Ces mesures n'ont toutefois de loin pas été suffisantes, raison pour laquelle le Conseil fédéral avait proposé de prélever, aussi longtemps que cela serait nécessaire, un point supplémentaire de TVA pour assainir l'assurance-invalidité, pour lui permettre de ne plus verser 130 millions de francs par an d'intérêts sur la dette et de sortir enfin des chiffres rouges. Rappelons tout de même qu'à l'heure actuelle, malgré le récent transfert de 1,5 milliard de francs des APG vers l'AI, l'endettement de l'assurance-invalidité est de plus de 4 milliards de francs.

Tout au long des débats sur la question du financement de l'assurance-invalidité, on a entendu, aussi bien au Conseil national qu'au Conseil des Etats, répéter qu'il y a une nécessité impérieuse d'assainir au plus vite l'assurance-invalidité et, pour ce faire, d'augmenter d'un point le prélèvement de TVA. La rapporteuse avait affirmé devant notre Conseil: "Le Conseil fédéral pourra élever le taux de 1 pour cent au plus. Le taux sera réduit dès que le compte sera assaini et stabilisé." La conseillère fédérale alors en charge du dossier avait également dit: "Cette décision est une décision de responsabilité qui permet à l'AI d'avoir de meilleures perspectives." Enfin, la rapporteuse au Conseil des Etats avait dit, quant à elle – et il n'y a pas si longtemps puisque c'était en novembre 2002: "Ce dont nous avons besoin maintenant, c'est d'un point supplémentaire de TVA pour l'assurance-invalidité."

La minorité II (Gross Jost) vous propose simplement de répondre à nos engagements, d'assumer nos responsabilités. L'augmentation de 1 pour cent de la TVA permettrait de faire sortir l'assurance-invalidité des chiffres rouges en 2008 et, conformément à la loi, d'envisager de baisser ensuite – on imagine même possiblement une baisse de 0,4 pour cent – ce prélèvement à destination de l'assurance-invalidité.

Le seul but de celles et ceux qui proposent aujourd'hui de diminuer le relèvement des taux de TVA à 0,8, à 0,7 ou même à 0,5 pour cent, voire de le limiter dans le temps, c'est uniquement de faire peser sur l'assurance-invalidité un poids, une dette, de lui faire tirer un boulet. Dans quel but? Eh bien, dans le but de pouvoir faire pression sur les prestations et de moins bien traiter tous ces invalides dont finalement on se demande bien ce qu'ils ont à faire à venir chercher la manne de l'Etat!

Donc en fait, en acceptant aujourd'hui de diminuer ce relèvement des taux, de passer de 1 à 0,8 ou à 0,7 pour cent, vous acceptez de faire pression sur les prestations aux personnes invalides.

C'est pour nous opposer à ce mode de faire, à cette vision des choses que je vous propose, avec la minorité II, de ne pas baisser et de conserver 1 pour cent d'augmentation de TVA.

Baader Caspar (V, BL): Die Entwicklung der IV ist Besorgnis erregend. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist meines Erachtens und nach Meinung der SVP grundsätzlich falsch. Sie führt zu einer erneuten Steigerung der Steuerbelastung unserer Bevölkerung und löst die echten Probleme der IV nicht.

Die Ausgaben der IV haben in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent zugenommen. Die IV weist heute ein jährliches Defizit von 800 Millionen Franken aus. Der Invalidisierungsgrad hat in einzelnen Kantonen 7 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung erreicht. Interessant ist, dass wir grosse Unterschiede zwischen den Kantonen haben, beispielsweise zwischen Basel-Stadt und Appenzell Innerrhoden. Daher sind wir klar der Meinung, dass neben der heutigen Vorlage mit der vorgesehenen Erhöhung der Mehrwertsteuer vor allem dringend andere Massnahmen vorzusehen sind, mit welchen die Probleme der IV zu lösen sind. Es geht darum, die Anspruchsvoraussetzungen und die Anspruchsberechtigung neu zu überdenken; nur so kann die IV langfristig saniert werden.

Die in meinem Antrag vorgesehene zeitliche Befristung ermöglicht es dem Parlament und verpflichtet dieses, die Situation nach sechs Jahren neu zu beurteilen. Dieser Vorschlag auf Befristung verhindert auch einen Automatismus. Die Fassung des Ständerates dagegen schafft keinerlei Anreiz, geschweige denn einen Zwang zu einer Neubeurteilung der grundsätzlichen Probleme der IV; sie führt zu einem Automatismus in der Finanzierung. Die Mehrwertsteuererhöhung ist nämlich praktisch zeitlich unbefristet möglich, wenn die Schulden nicht abgetragen werden, weil beispielsweise die Zahl der IV-Leistungsbezüger weiter ansteigt.

Ich bitte Sie daher, sich gegen dieses "Providurium" auszusprechen und meinen Antrag auf Befristung zu unterstützen. Nur so haben Sie die Garantie, dass die Mehrwertsteuererhöhung tatsächlich eine befristete Massnahme zur Abtragung der Schulden bleibt.

Kaufmann Hans (V, ZH): Transparenz ist nicht nur in der Wirtschaft ein Gebot der Stunde, sondern auch in der Sozialpolitik. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir zweckgebundene Abgaben, wenn sie für einzelne Sozialwerke nicht mehr benötigt werden, reduzieren müssen und sie nicht für andere Zwecke einsetzen sollten.



Dies trifft insbesondere auf die Erwerbsersatzordnungsbeiträge zu. Es darf doch nicht so sein, dass dieses Sozialwerk zu einem Selbstbedienungsladen für andere soziale Anliegen wird. Wenn Sie neue Sozialwerke ins Leben rufen wollen, müssen Sie auch die Finanzierung organisieren und transparent gestalten. Auch die EO steht höheren Ausgaben gegenüber: Beispielsweise sollen die Entschädigungen für Rekruten angehoben werden. Dennoch ist es möglich, die Beiträge von 0,3 auf 0,2 Lohnprozente zu senken, denn wegen der Armeereform XXI werden wir eine Verkleinerung der Armee haben. Daraus resultieren Einsparungen in der Höhe von 113 Millionen Franken, denen 92 Millionen Franken Mehrausgaben für die Erhöhung der Beiträge an die Dienstleistenden gegenüberstehen.

Ich beantrage Ihnen deshalb, als teilweise Kompensation der Mehrwertsteuererhöhung für die AHV, den EO-Satz von 0,3 auf 0,2 Prozent zu reduzieren. Damit schaffen wir Transparenz in der Finanzierung der Sozialwerke. Der Kapitalstock der EO wird mindestens zehn Jahre ausreichen und seinen Zweck weiterhin erfüllen. Auch im Jahre 2013 wird aufgrund der geplanten Ausgaben immer noch die vorgeschriebene Mindesthöhe einer halben Jahresausgabe da sein.

Ich bitte Sie, dieser Entlastung der Lohnempfänger und der Wirtschaft in der heutigen Zeit zuzustimmen.

Goll Christine (S, ZH): Wir behandeln hier in Artikel 130 grundsätzlich zwei verschiedene Differenzen. Zunächst möchte ich mich zur Frage des Auseinanderdividierens von AHV und IV äussern, wie dies der Ständerat beschlossen hat.

Ihre Kommission, die Mehrheit der SGK des Nationalrates, möchte diese beiden Bereiche, sowohl die Zusatzfinanzierung für die AHV als auch jene für die IV, wieder in einem einzigen Finanzierungsbeschluss zusammenführen, wie das ursprünglich auch vom Bundesrat vorgeschlagen wurde. Der Ständerat hat mit fadenscheiniger Begründung entschieden, eine Mehrwertsteuererhöhung vorläufig nur für die Invalidenversicherung vorzusehen. Die Sanierung der tief verschuldeten Invalidenversicherung ist politisch unbestritten. Nur muss auch festgehalten werden, dass eine vollständige Entschuldung der IV alleine durch den Kapitaltransfer

AB 2003 N 61 / BO 2003 N 61

von der EO zur IV nicht möglich ist. Diesen Kapitaltransfer von insgesamt 1,5 Milliarden Franken von der EO zur IV haben wir bereits beschlossen, und er wurde bereits im Februar in der Praxis umgesetzt. Aber noch einmal: Auch mit diesem Beschluss kann die IV nicht vollständig entschuldet und auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden.

Der Entscheid des Ständerates in der letzten Wintersession ist als taktisches Manöver zu werten. Es ist ein taktisches Manöver zu entscheiden, vorläufig nur eine Mehrwertsteuererhöhung für die IV anzustreben und die AHV gänzlich auszublenden bzw. den politischen Entscheid über die Zusatzfinanzierung via Mehrwertsteuer auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Im Klartext heisst das: Damit wird ein einziges Ziel verfolgt, nämlich die Finanzhysterie, die Panikmache um die Zukunft des wichtigsten Sozialwerkes, der AHV, weiterhin zu schüren. Die Folgen sind absehbar, denn es geht ja auch noch um die materielle Beratung der 11. AHV-Revision. Mit diesem Entscheid des Auseinanderdividierens, wie ihn der Ständerat getroffen hat, müsste die 11. AHV-Revision als grösster Sozialabbau in der Geschichte der AHV dem Volk verkauft werden.

Das würde konkret bedeuten, dass vor allem Frauen, die Witwen werden, Opfer bringen müssten. Hier steht ein riesiger Leistungsabbau für einen Bevölkerungsteil zur Diskussion, und zwar für einen Bevölkerungsteil mit einem Durchschnittsalter von 55 Jahren. Mit dem Auseinanderdividieren wird natürlich auch das Ziel verfolgt, dass dann gesagt werden müsste: Es ist leider kein Geld für eine sozial ausgestaltete Flexibilisierung vorhanden. Das würde dazu führen, dass ein vorzeitiger Altersrücktritt weiterhin das Privileg für Reiche bleiben würde. Der Ständerat spielt hier ein gefährliches Spiel mit dem Feuer und gefährdet vor allem den sozialen Frieden in diesem Land.

Ihre Kommission will grossmehrheitlich am ursprünglichen Entscheid festhalten. Ich möchte hier betonen, dass es keineswegs darum geht, jetzt mit diesem Entscheid, wie ihn die Nationalratskommission getroffen hat, einfach einen Blankocheck auszustellen. Wenn Sie die Formulierung in unserem ursprünglichen Antrag lesen, dann sehen Sie auch, dass hier eine Mehrwertsteuererhöhung nur ins Auge gefasst werden soll, wenn dies für die AHV tatsächlich notwendig ist.

Zum zweiten Teil, zu Absatz 4bis in diesem Beschluss: Es wird hier über die Höhe der Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer für die Invalidenversicherung gefeilscht, und zwar ist es ein unwürdiges Feilschen um Zehntelsprozentpunkte. Die Erhöhung um maximal 1 Mehrwertsteuerprozent war bisher nicht umstritten. Jetzt stehen plötzlich andere Vorschläge zur Diskussion: 0,7, 0,8 oder – wie es gar in der Kommission der Fall war – auch ein Vorschlag von 0,5 Prozent. All diese Vorschläge haben kein anderes Ziel, als die Invalidenver-



sicherung weiterhin zu destabilisieren.

Das möchte ich auch an die Adresse der SVP-Fraktion sagen, vor allem zuhänden von Herrn Stahl, Herrn Baader und Herrn Kaufmann: Sie haben hier von Missbrauch bei der Invalidenversicherung gesprochen. Ich möchte Sie doch sehr höflich bitten, hier nicht die zynische Rhetorik des Arbeitgeberchefs Herrn Hasler fortzusetzen, der nämlich von IV-Bezügern und -Bezügerinnen als arbeitsscheuen Simulanten und Simulantinnen spricht, sondern ich möchte Sie bitten, die Realität zur Kenntnis zu nehmen und auch zu sehen, wo hier heute tatsächlich ein Missbrauchspotenzial besteht, nämlich dann, wenn gewisse Arbeitgeberkreise versuchen, das Arbeitslosenproblem über die Invalidenversicherung zu entsorgen.

Meyer Thérèse (C, FR): D'abord, quelques mots sur l'article 130 alinéas 4 et 6. Le Conseil national avait suivi le Conseil fédéral qui voulait prévoir la garantie future du financement de l'AVS aussi dans cet arrêté. Le Conseil des Etats estime, lui, qu'il est prématuré de l'évoquer actuellement et veut attendre l'évolution de la situation. Le groupe démocrate-chrétien, ici, suit la majorité de la commission. Il estime que la consolidation de notre premier pilier a sa place dans cet arrêté, pour montrer la volonté du Parlement d'assurer la pérennité de l'AVS. Les personnes qui ont travaillé toute leur vie ont droit à cette sécurité. Le signal donné serait négatif à l'égard de nos anciens et nous le regretterions. Il est clair que l'augmentation effective éventuelle des taux de la TVA fera l'objet de décisions ultérieures soumises au référendum facultatif.

Donc, à l'article 130 alinéas 4 et 6, je vous invite à soutenir la proposition de la majorité.

L'alinéa 4bis du même article, lui, fixe le taux qui doit garantir le financement de l'AI et l'amortissement de sa dette. En accord avec la décision qui vient d'être prise d'accorder l'entier de l'augmentation de la TVA à l'AVS/AI, un relèvement des taux de 0,8 pour cent amènerait un assainissement et une consolidation du financement de l'AI. En 2014, nous pourrions déjà envisager une diminution de 0,1 pour cent du taux de TVA en assurant le financement et l'équilibre du compte futur de l'AI. Les autres propositions – par exemple 0,7 pour cent – laisseraient le compte AI dans les chiffres rouges d'une façon durable à plus de 1 milliard de francs. Nous avons ici la responsabilité, non seulement de garantir le financement, mais aussi d'arriver à l'assainissement de cette dette.

Quant aux propositions du groupe de l'Union démocratique du centre et de ses membres, je vous demande de les rejeter énergiquement, en particulier la proposition du groupe à l'alinéa 4bisa de baisser les suppléments aux contributions de l'AVS destinées au régime des APG, développée par M. Kaufmann. C'est une manoeuvre pour essayer de torpiller encore une fois le financement du congé-maternité.

Donc, attention, ne soutenez pas ces propositions!

Fasel Hugo (G, FR): Wir haben gleichzeitig über IV und AHV zu beschliessen. Ich beginne hinten auf der Fahne, nämlich bei der IV. Dort wird die grüne Fraktion der Mehrheit zustimmen. Wir hätten der Minderheit Gross Jost dann zugestimmt, wenn wir bei den 500 Millionen Franken nicht bei der Mehrheit geblieben wären. Da die 500 Millionen Franken weiterhin an die Sozialwerke gehen, können wir uns auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent beschränken.

Hingegen lehnen wir die Anträge der SVP-Fraktion ab, insbesondere auch jenen, der von Herrn Kaufmann begründet wurde. Denn würden wir die EO-Beiträge von 0,3 auf 0,2 Prozent senken, dann würde dies im Endeffekt die Realisierung und Umsetzung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs wesentlich erschweren.

Zur Finanzierung der AHV in Artikel 130: Eigentlich sind die Argumente auch hier relativ einfach und klar. Unser Rat hat heute die einmalige Chance, die Finanzierung der AHV bis ins Jahr 2020 zu sichern. Wir haben in den Sozialwerken immer wieder Unsicherheiten zur Kenntnis nehmen müssen, weil sie politisch gezielt und bewusst gesät werden. Deshalb noch einmal: Wir haben heute die einmalige Chance, dem Schweizervolk zu sagen, dass mit unseren Beschlüssen für die AHV 1,5 Mehrwertsteuerprozente fällig werden – 0,5 Prozent im Jahr 2010 und später noch 1 Prozent. Damit können wir Sicherheit schaffen, Sicherheit und Ruhe in einem der zentralsten Sozialwerke der Schweiz. Diese Leistung kann dieser Rat heute vollbringen.

Wenn wir Politik so verstehen, dass es darauf ankommt, Probleme, die sich zeigen, frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren, können wir dies heute tun. Wer es nicht tut, der will damit bewusst politisches Geschäft machen; das heisst, man will weiterhin aufgrund von Unsicherheiten den Sozialstaat schlecht machen. Wir brauchen gegenwärtig bei den Sozialwerken wirklich nichts anderes als einen entscheidenden Beitrag zur Ruhe und zur Sicherheit. Die Probleme oder die Diskussionen, die jetzt wieder bei der zweiten Säule ausgebrochen sind, legen erst recht nahe, dass wir dem Schweizervolk sagen können: Die eidgenössischen Räte haben für die AHV klar und deutlich beschlossen, dass dieses Sozialwerk bis ins Jahr 2020 gesichert ist.

Das ist eine starke Leistung, die wir heute in diesem Rat vollbringen können. Diesen Beschluss zu fassen ist auch



AB 2003 N 62 / BO 2003 N 62

konjunkturpolitisch sinnvoll, weil wir ganz genau wissen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten heute auch unter den Rentnerinnen und Rentnern zu finden sind. Statt über Rentenbeschränkungen oder über Beschränkungen beim Mischindex zu diskutieren, können wir wiederum ein Signal der Ruhe aussenden; dann werden auch die Rentnerinnen und Rentner zu Faktoren werden, die unsere Konjunktur stabilisieren.

Wir haben auch so zu entscheiden, weil wir damit auch finanzpolitische Sicherheit schaffen. Auch die Finanzminister der Zukunft wissen dann, wie ihre Bundesfinanzen künftig aussehen und mit welchen Entwicklungen sie auf der Seite der Mehrwertsteuer zu rechnen haben. Deshalb appelliere ich heute an diesen Rat, einen Entscheid zu fällen, der für die Leute, welche heute schon AHV beziehen, und für jene, die sie künftig beziehen werden, vor allem eines tut: Klarheit und Sicherheit zu schaffen, indem wir der Erhöhung von 1,5 Mehrwertsteuerprozenten zustimmen werden. Wir werden es nicht verpassen, dies selbstverständlich auch in einem Wahljahr all den Wählenden kundzutun, wer in diesem Parlament bereit ist, die Sozialwerke zu sichern, und wer lieber mit Unsicherheit politisieren möchte.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Die SVP-Fraktion hat sich in der Frage der AHV-Finanzierung frühzeitig mit einem Konzept zur Zukunft geäußert. Je nach Entwicklung der Wirtschaft, das haben wir damals schon festgestellt, sind für die nächsten zehn Jahre für die AHV keine neuen Steuern notwendig, sofern man auf Ausbauschritte verzichtet, die Spielbankenabgabe – das ist unbestritten – der AHV zukommen lässt, den Mehrwertsteueranteil des Bundes streicht – das haben Sie vorhin deutlich gesagt, dass Sie das wollen – und das Rentenalter der Frauen und Männer auf 65 Jahre festlegt; das sind die wesentlichen Punkte. Mit Erträgen aus nicht mehr benötigten Goldreserven hätte die Finanzierung der AHV während dieser zehn Jahre noch gestärkt oder vielleicht noch um zwei, drei, vier Jahre ausgedehnt werden können. Ich hoffe aber, dass Teile dieser nicht mehr benötigten Goldreserven dann doch noch der AHV-Nutzung zugewiesen werden.

Teile dieses Konzeptes sind realisiert und andere auf guten Wegen. Die Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV ist zurzeit aufgrund dieser Entwicklung nicht notwendig. Es wären Steuern auf Vorrat, und das sendet wirtschaftspolitisch negative Signale aus; das ist selbstverständlich. Sie sollten darum, weil sie nicht nötig sind, nicht erhoben werden. Die SVP-Fraktion wird also die Minderheit Triponez und den Beschluss des Ständerates unterstützen.

Um es vielleicht wieder einmal in Erinnerung zu rufen: Was heisst das eigentlich, 1,5 Prozent Mehrwertsteuer für die AHV und 0,7 oder 0,8 Prozent für die IV? Insgesamt sind das 2,3 Prozent Mehrwertsteuer. Das heisst: Eine Erhöhung der indirekten Steuer in unserem Land um sage und schreibe 30 Prozent, das ist der Antrag, der hier zur Diskussion steht – ohne irgendeine Kompensation, die vorgesehen ist, also eine reine Ausdehnung der Steuerbelastung in einem Ausmass von rund 6 Milliarden Franken. Ich glaube, dieser Entscheid ist sehr genau zu hinterfragen und zu überprüfen.

Die Stärke unseres Landes war es immer, eine zurückhaltende Steuerpolitik zu betreiben und damit den Arbeitsplatz Schweiz attraktiv zu machen. Das heisst aber auch, die Tätigkeit des Staates auf das Notwendige zu beschränken und auf "Wohlergehensbürokratie" zu verzichten. Diese Tugend ist in den vergangenen Jahren weitgehend verloren gegangen.

Es heisst aber auch, bei den Sozialwerken in Zukunft auf Ausbauschritte zu verzichten. Die Entwicklung der IV in den vergangenen Jahren ist ja ausserordentlich beunruhigend. Es wurden Zahlen genannt – ich möchte sie hier nicht wiederholen, aber doch in Erinnerung rufen -: Innerhalb fünf Jahren gab es eine Ausdehnung der Ausgaben um 30 Prozent in diesem Sozialwerk. Das ist nicht allein auf eine stärkere Invalidisierung unserer Bevölkerung zurückzuführen – das kann mir so niemand glaubhaft erklären –, denn hier geht es wirklich darum, etwas genauer zu überprüfen, wer für eine Invalidenrente infrage kommt und wer als Fürsorgefall in Kantonen und Gemeinden betrachtet werden muss. Dort wiederum muss diese Aufgabe verstärkt wahrgenommen werden, indem man versucht, diese Leute wieder einzugliedern. Bezug von IV-Leistungen heisst nämlich immer auch ein Stück weit Aufgeben dieses Menschen, den man in die Versorgung der IV führt; es heisst damit, einen Menschen abzuschreiben und nicht mehr daran zu glauben, dass die betroffene Person in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu verdienen. Das hängt auch mit der Entwicklung der IV zusammen.

Die Zuführung von Mitteln zur IV ist trotzdem unumgänglich; das muss man einfach eingestehen. Hier hat die SVP-Fraktion nun Anträge gestellt, die Garantie für ein möglichst zurückhaltendes Vorgehen in Bezug auf neue Steuern sind, aber trotzdem einen Beitrag leisten, das Problem wirklich zu lösen. Wir haben einen Minderheitsantrag Stahl, den wir unterstützen: Wir unterstützen die Befristung dieser Erhöhung, weil es die Verantwortlichen zwingt, in sechs Jahren eine ernsthafte Überprüfung der Entwicklung der Ausgaben der IV wieder an die Hand zu nehmen. Wir sehen mit dem Antrag Kaufmann vor, 0,1 Lohnprozente, welche heute an



die EO gehen, der IV zuzuweisen. Das ist übrigens ein Vorgang, der bereits 1995 einmal stattgefunden hat: Damals war die EO ja noch mit 0,5 Lohnprozenten begünstigt, und 0,2 Lohnprozent wurden damals bereits der IV zugewiesen.

Ich bitte Sie also, diesen Anträgen in der genannten Form Ihre Zustimmung zu geben.

Christen Yves (R, VD): Le groupe libéral communique qu'il soutient la proposition de la minorité Triponez à l'alinéa 4 et la proposition de la majorité à l'alinéa 4bis.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Es geht um die Zusammenführung der Finanzierung von AHV und IV in einem einzigen Bundesbeschluss, wie wir es bereits in der ersten Lesung getan haben. In Artikel 130 Absatz 4 wird die AHV geregelt, und hier haben Bundesrat und Nationalrat festgelegt, dass per Gesetz der heutige Mehrwertsteuersatz um insgesamt 1,5 Prozentpunkte angehoben werden kann, sobald die Sicherstellung der Finanzierung der AHV dies notwendig macht. Es ist aber kein Blankocheck, den wir dem Bundesrat zur Verfügung stellen, sondern das Parlament wird das im Gesetz regeln müssen. Somit ist auch ein mögliches Referendum gesichert.

Der Ständerat hat diese Finanzoption für die AHV gestrichen, mit der einzigen Begründung, dass er keine Mehrwertsteuer auf Vorrat sprechen wolle. Ihre SGK hat mit 11 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen Festhalten beschlossen. Durch dieses Festhalten an dieser grundsätzlichen Bestimmung in Absatz 4 von Artikel 130 nehmen wir eine der grössten Ängste im Volk ernst, nämlich dass die AHV früher oder später finanziell nicht mehr gesichert sein könnte und dass dann die heutigen Prämienzahler und -zahlerinnen vergeblich einbezahlt hätten. Auch der Rentnergeneration verschaffen wir durch diesen weisen Beschluss Sicherheit. Diese grossen Verunsicherungen und Ängste sind durch die Machenschaften einzelner Versicherungen in der zweiten Säule und durch die Zinsverluste nicht kleiner geworden. Wir machen also weder einen voreiligen noch einen unnötigen Finanzbeschluss, sondern führen eine bisherige, bewährte Finanzpolitik seriös fort. Gemäss Berechnungen des Bundesamtes – Herr Gredig ist ein absoluter Finanzfachmann – müssen wir etwa im Jahr 2010 den Mehrwertsteuersatz für die AHV um 0,5 Prozentpunkte und im Jahr 2013 um 1 Prozentpunkt anheben, damit die AHV bis im Jahr 2020 langfristig gesichert ist.

In Artikel 130 Absatz 4bis geht es um die Sicherstellung der Finanzierung der IV. Sie haben hier drei Anträge – für 0,8, für 0,7 und für 1 Prozentpunkt. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zugunsten der IV 1 Prozentpunkt für die

AB 2003 N 63 / BO 2003 N 63

Mehrwertsteuer beantragt. Es besteht die Absicht, mit der einen Hälfte dieser Einnahmen die bestehenden Schulden zu tilgen und mit der anderen Hälfte die laufenden Ausgaben zu bestreiten. Sobald die Schulden abgebaut sind, soll der Mehrwertsteuersatz wieder gesenkt werden. Die Einführung dieses Mehrwertsteuersatzes wäre für 2005 vorgesehen; der Satz könnte – bei 1 Prozentpunkt – ungefähr im Jahr 2010 wieder gesenkt werden.

Bei der Festlegung der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für die IV um 0,8 Prozentpunkte ab 2005, wie es die Mehrheit der Kommission mit 15 zu 8 Stimmen beantragt, sind die Berechnungen in der Kommission ohne einen Bundesanteil gemacht worden, so wie es heute auch der Rat beschlossen hat. Das heisst, die vollen Einnahmen aus diesem Mehrwertsteuersatz würden der IV zugute kommen. Die IV wäre dann bis etwa im Jahr 2014 saniert, und der Mehrwertsteuersatz könnte um 0,1 Prozentpunkte gesenkt werden.

Bei der Festlegung der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 0,7 Prozentpunkte, wie es die Minderheit Stahl verlangt – immer ohne Bundesanteil berechnet –, wäre die IV auch im Jahr 2020 noch nicht saniert. Das heisst, der Minderheitsantrag Stahl ist für die IV ein halbherziger Antrag. Seriöserweise könnte nur dann mit einer Erhöhung um 0,7 Prozentpunkte ab dem Jahr 2014 gefahren werden, wenn vorher während neun Jahren mit einer Erhöhung um 0,8 Prozentpunkte gerechnet werden könnte. Deshalb hat nur eine Minderheit von 7 Stimmen diese Variante favorisiert.

Nach unserer Entscheidung zu Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe c, mit dem wir den ganzen Ertrag in die IV geben wollen, muss ich Sie bitten, einer Erhöhung um 0,8 Prozentpunkte und damit dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen, der eigentlich mit dem Beschluss des Ständerates und dem Antrag des Bundesrates – 1 Prozentpunkt, aber mit dem Anteil an die Bundeskasse – korrespondiert.

Nun noch kurz zu den beiden Einzelanträgen aus der SVP-Fraktion. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung zum Antrag Baader Caspar: Ich darf die SVP bitten, ihre Sprachregelung etwas zu verbessern. Es gibt heute zunehmend schwerstbehinderte Personen, die im Rollstuhl sitzen, die 24 Stunden pro Tag Schmerzen haben und die sich beleidigt fühlen, wenn man bei der IV immer nur von Simulanten spricht. Es gibt sicher solche, aber diese Sprachregelung pauschalisiert zu stark. Da fühlen sich die Behinderten absolut beleidigt.



Würden wir dem Antrag Baader Caspar, welcher der Kommission nicht vorlag, zustimmen, müsste die Erhöhung, die wir heute beschliessen, in sechs Jahren – also im Jahr 2011 – wieder gebremst werden. Das heisst, die IV wäre bis dann noch nicht saniert, vor allem wenn man dem Antrag aus der SVP mit einer Erhöhung um 0,7 Prozentpunkte folgen würde.

Wir haben dieses Anliegen von Herrn Baader Caspar aber in der Kommission bereits aufgenommen, indem wir – im Sommer müssen die materiellen Differenzen in der IV-Revision bereinigt werden – eine Motion beschlossen haben, die verlangt, dass man in vier Jahren eine Auswertung der neuen Bestimmungen in der IV vornehmen muss. Wenn die Kosten dann nach wie vor steigen, so muss in sechs Jahren eine neue Botschaft vorliegen, die veränderte Massnahmen bei der IV vorsieht.

Deshalb muss ich Sie bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, da er unseriös ist und eine Abblockung der Finanzierung auf halbem Weg zur Folge hätte.

Der zweite, von Herrn Kaufmann begründete Antrag verlangt, dass bei der EO eine Senkung auf 0,2 Lohnprozente vorgenommen wird, sobald die Mehrwertsteuersätze zugunsten der IV angehoben werden. Herr Kaufmann hat in diesem Zusammenhang von der Transparenz gesprochen, die ihm sehr wichtig ist. Er hat aber nicht erwähnt, dass dadurch vor allem die Mutterschaftsversicherung, die durch die EO bezahlt wird, oder eventuell die jetzt im Ständerat hängige Verbesserung der Entschädigungen an die Rekruten stark gefährdet wären.

Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Er lag der Kommission nicht vor, aber es gibt keinen Zusammenhang, der heute diese Unterstützung notwendig machen würde.

Ich bitte Sie deshalb, immer mit der Mehrheit der Kommission zu stimmen und die beiden Einzelanträge aus den Reihen der SVP-Fraktion abzulehnen.

Baader Caspar (V, BL): Ich habe von der beängstigenden Situation der IV gesprochen, und ich habe davon gesprochen, dass wir im Kanton Basel-Stadt im Vergleich zum Kanton Appenzell Innerrhoden eine wesentlich höhere Zahl an IV-Leistungsbezügern haben; ich glaube, es sind etwa viermal mehr. Aber können Sie mir sagen, wie Sie auf die Idee kommen, zu sagen, dass ich den Begriff "Simulanten" verwendet habe? Diesen Begriff habe ich nie verwendet!

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Das Wort "Simulanten" ist heute mehr als einmal gefallen – wenn es nicht von Ihnen war, dann von jemandem anderen. Aber es ist so, dass sich die Behinderten dann in der Regel beleidigt fühlen.

Was die höhere Invalidisierungsrate im Kanton Basel-Stadt und auch zum Beispiel in Genf betrifft, ist die Bundesverwaltung daran, sie zu evaluieren. Das hat im heutigen Zeitpunkt einen Zusammenhang mit der hohen Wirtschaftskonzentration, die dort vorhanden ist, und heute werden eben wegen der Wirtschaftslage recht viele Leute ausgemustert. Ich denke vor allem an die höhere Anzahl von depressiv Erkrankten, die früher oder später dann eben nicht mehr von der Wirtschaft gebraucht werden, weil sie durch ihre Krankheit zu stark behindert sind.

Baader Caspar (V, BL): Ich bitte Sie einfach, meinen Voten genau zuzuhören; Sie hätten dann feststellen können, dass ich diesen Begriff nie verwendet habe.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Gut, dann entschuldige ich mich, aber das Wort "Simulant" ist heute hier ganz sicher vonseiten der SVP mehr als einmal gebraucht worden. Ich habe die Anliegen aus den Behindertenkreisen aufgenommen, um einmal richtig zu stellen, dass es auch Leute gibt, die wirklich zwingend und dringend auf diese IV angewiesen sind und darauf einen unzweifelhaften Anspruch haben.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Je vous ai déjà fait part de l'essentiel des considérations de la commission en introduction, mais au vu de l'évolution de ce débat, vous me permettrez sans doute de développer encore quelques remarques.

Du moment qu'à l'article 112, vous avez décidé de consacrer l'entier de l'augmentation de la TVA à l'AVS/AI, vous êtes obligés de réintroduire la base légale de ce financement également à l'article 130 par souci de cohérence.

A titre personnel, je me permets de faire remarquer que cette construction est pour le moins boiteuse sur le plan rédactionnel. L'article 130 alinéa 3 parle d'une augmentation de 1 point de TVA au plus. L'alinéa 4 tel que proposé vient avec 1,5 pour cent, sans corriger l'alinéa 3.

Enfin, réintroduire l'AI à l'article 4bis est indispensable du moment que nous avons décidé de biffer la mention de cette assurance à l'article 106. Cette question a fait l'unanimité de la commission.



Sur la question des taux, la majorité de la commission s'est prononcée pour 0,8 pour cent pour se limiter au minimum permettant raisonnablement de revenir à un compte de capital positif de l'AI, sans que la Confédération ait droit à sa part et pour autant qu'elle maintienne sa participation actuelle de 17,5 pour cent. Cette condition impérative n'est pourtant pas apparue absolument clairement au cours des débats de la commission. De toute évidence, elle est en péril au gré des déclarations que le président de la Confédération vient de faire. Mais forte de la conviction implicite qu'il n'en serait rien, la commission s'est prononcée pour le taux de 0,8 pour cent, par 15 voix contre 8.

La commission n'a pas débattu de la proposition du groupe de l'Union démocratique du centre de limiter ces

AB 2003 N 64 / BO 2003 N 64

augmentations à des délais définis dans le temps, soit six ans. Par contre, elle a toujours postulé que ce taux serait abaissé dès que les circonstances le permettraient. Cette attitude pragmatique paraît manifestement plus réaliste qu'un délai chiffré qui pourrait bien mener à une impasse.

La commission n'a pas non plus examiné les conséquences d'une réduction à 0,2 pour cent des suppléments aux contributions de l'AVS destinées au régime des APG. A première vue, cette logique de donner d'une main et de reprendre de l'autre semble peu conséquente face aux problèmes de financement auxquels nous sommes confrontés. J'ai de la peine à imaginer que la commission soit entrée en matière pour inscrire dans la constitution des propositions au caractère manifestement circonstanciel. Je le crains d'autant plus qu'elles ont essentiellement pour effet de déstabiliser encore davantage le peuple, qui veut surtout des garanties quant aux prestations auxquelles il a droit, et non des manipulations.

Couchepin Pascal (,) : Si les problèmes liés au financement de l'AVS sont relativement simples, intellectuellement tout au moins, ceux liés au financement de l'AI sont plus difficiles. Pour l'AVS, finalement, il y a un certain nombre de variables qui nous sont imposées, c'est-à-dire l'évolution démographique, l'âge de la retraite, la situation économique. A la fin, il y a un plus ou un moins, et lorsqu'il y a un moins, cela nous oblige à augmenter les cotisations ou le taux de TVA destinés à financer l'AVS.

Lorsqu'on parle de l'AI, les choses sont plus difficiles puisque la notion d'invalidité évolue naturellement avec le temps, avec la prise de conscience des problèmes psychologiques, psychiatriques et l'évolution de l'attitude de la société à l'égard de certaines formes d'infirmité, notamment des infirmités psychiques. Le résultat est qu'au cours de ces dernières années, nous avons vécu une très forte croissance des dépenses de l'assurance-invalidité ainsi qu'une forte augmentation du nombre de personnes qui en bénéficient. La progression a été ces dernières années de l'ordre de 10 pour cent par an. C'est évidemment beaucoup trop. Ce n'est pas possible de continuer à ce rythme-là, sinon, on en arrivera à la situation hollandaise où une part importante de la population – c'est déjà le cas, d'ailleurs, en Suisse, donc, une part encore plus importante de la population – bénéficierait des rentes AI et sortirait du marché du travail. Il y a probablement un chiffre à partir duquel on ne peut revenir en arrière que par des décisions extrêmement brutales. Il faut prendre des mesures avant que cette frontière soit franchie parce qu'après, nous serons véritablement dans une période de drames, de difficultés et de conflits sociaux importants.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral cherche, avec le Parlement, des solutions pour améliorer l'examen des demandes AI, notamment la possibilité d'avoir des médecins-conseils. C'est un des aspects du problème. Mais même si on réussit à trouver de bonnes solutions dans ce domaine, on n'aura pas encore résolu le problème du passé, en particulier des dettes qui s'élèvent à plus de 4 à 5 milliards de francs.

Vouloir résoudre l'autre problème en ne donnant pas les moyens à l'AI de réduire rapidement les dettes, ce n'est pas correct. C'est facile politiquement de dire que si on met l'AI en difficulté permanente, les responsables seront obligés de chercher des solutions et devront se montrer plus durs, et qu'ainsi on réussira peut-être à diminuer le delta de déficits annuels de l'AI. Je crois que c'est facile, mais c'est faux. Ceux qui veulent absolument trouver des solutions doivent proposer des solutions positives et ne peuvent pas se contenter simplement d'affamer le patient en le privant de ressources, d'autant plus que ces ressources sont destinées à assainir l'institution, à payer les dettes.

Vous avez décidé il y a quelques instants de ne pas attribuer à la Confédération la part habituelle de l'augmentation de la TVA qui lui revient. Je vous l'ai dit, cela signifie que le Conseil fédéral va proposer la diminution de la participation de la Confédération au financement de l'AVS et de l'AI. Par conséquent, il y aura moins de recettes qui viendront de cette source-là dans les comptes de l'AI. Par conséquent, nous sommes obligés de plaider en faveur de l'augmentation maximum qui est proposée, c'est-à-dire 1 pour cent avec la minorité II (Gross Jost). Si vous allez dans le sens de la proposition de la majorité voire, pire encore, de la proposition de la minorité I (Stahl), nous n'arriverons pas à résoudre le problème du remboursement des dettes. Des chiffres vous ont



été donnés, je les ai ici aussi; comme cela, nous irions au-delà de ce qui est possible et de ce qui ressort de la bonne gestion d'une institution comme celle-là. La limite est celle que vous avez fixée et que nous acceptons, à savoir que, au moment où les dettes seront remboursées, nous devons réduire en proportion la contribution que vous nous obligez à verser aujourd'hui. Je prétends, mais je ne serai peut-être plus là lorsque ce moment sera arrivé, avoir une certaine crédibilité lorsque j'affirme cela, puisqu'on l'a fait dans le domaine de l'assurance-chômage où on a fait des réformes et réduit les cotisations lorsque les dettes ont été remboursées. C'est donc fort d'une certaine cohérence avec l'action que j'ai menée dans le passé que je vous demande d'accepter d'aider à réduire ces dettes relativement rapidement en donnant 1 pour cent de TVA supplémentaire pour l'AI, en vous ralliant à la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire en soutenant la proposition de minorité II.

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/3316)

Für den Antrag der Mehrheit 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 86 Stimmen

Abs. 4bis – Al. 4bis

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 70 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 64 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 123 Stimmen

Für den Antrag der SVP-Fraktion 52 Stimmen

Abs. 4bis a – Al. 4bis a

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der SVP-Fraktion 38 Stimmen

Dagegen 139 Stimmen

Abs. 6, 6bis – Al. 6, 6bis

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir kommen zur zweiten Lesung der 11. AHV-Revision. Der Ständerat ist in vielen kleinen Detailfragen der Linie des Nationalrates gefolgt. Unbestritten, wie zu erwarten, blieb das Rentenalter, das ab dem Jahr 2009 für beide Geschlechter bei 65 Jahren festgelegt bleibt. Einen massgebenden Unterschied hat der Ständerat in der Frage der Witwenrente geschaffen. Zu diesem Punkt gibt es Minderheitsanträge aus unserer Kommission. Zudem hat unsere Kommission eine neue Regelung einstimmig verabschiedet, was den Rentenbezug von geschiedenen Ehegatten betrifft.

Eine weitere markante Differenz besteht in der Frage des Frühbezuges der Altersrente. Unbestritten bleibt das Eintrittsalter in die Frühpension, nämlich ab 59 Jahren die Möglichkeit des Bezugs einer halben Rente, ab 62 Jahren einer ganzen Rente. Gesamthaft können drei volle Rentenjahre vorbezogen werden. Flexible Lösungen sind also möglich. Der Ständerat möchte diesen Rentenvorbezug kostenneutral gewähren. Der Nationalrat will eine soziale Abfederung für kleinere Einkommen beibehalten. Dazu bleibt er beim Einsatz der vom Bundesrat vorgeschlagenen 400 Millionen Franken, die sich aus der Heraufsetzung des Rentenalters für die Frauen ergeben. Wir werden bei Artikel 40ter zu dieser brisanten Frage kommen. Der Ständerat hält bei der Frage



der Finanzierung der Altersversicherung am Grundsatz fest, dass der Bund an den für die AHV bestimmten Mehrwertsteuereinnahmen partizipiert. Auch dazu gibt es aus der SGK Minderheitsanträge.

Kurz etwas zu den ersten beiden Differenzen auf der Fahne, bei denen Ihre Kommission Festhalten beantragt: In Artikel 3 geht es um die Beitragspflicht. Der Bundesrat wollte aus Gründen der Rechtsgleichheit neu die Beitragspflicht der Erwerbstätigen per 31. Dezember vor Vollendung des 65. Altersjahres oder vor dem Kalenderjahr, ab welchem eine volle Altersrente vorbezogen wird, beenden.

Der Ständerat ist diesem Antrag gefolgt, damit Personen, die zum Beispiel in den letzten Monaten eines Jahres geboren sind, keinen Rechtsnachteil erfahren müssen. Der Nationalrat hat in seiner ersten Lesung beschlossen, dass die Beitragspflicht am Ende jenes Monats endet, in welchem das 65. Altersjahr vollendet oder eine Altersrente bezogen wird. Das ist die heutige Praxis, die sich bewährt hat und nicht als Rechtsnachteil empfunden wird. Mit der Fassung des Nationalrates fallen der AHV rund 15 Millionen Franken an Mehreinnahmen zu. Ihre Kommission hat an dieser Haltung einstimmig festgehalten.

In Artikel 5 hält Ihre Kommission ebenfalls am Entscheid des Nationalrates fest. Wir wollen an der Streichung von Artikel 5 Absätze 2 und 2bis mit 11 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen festhalten. Hier geht es um die Beiträge an die AHV auf Taggeldern von Arbeitnehmenden bei Krankheit und Unfall. Es handelt sich gemäss Schätzungen um 200 bis 400 Millionen Franken Mehreinnahmen. Grund der Streichung dieser vom Bundesrat vorgeschlagenen Neueinnahmen war bereits in der ersten Beratung der grosse administrative Aufwand, der aus diesem Entscheid erwachsen würde. Sie haben bestimmt aus Arbeitgeberkreisen, namentlich von KMU, viele entsprechende Zuschriften erhalten. Und da man ständig den Abbau von administrativen Hürden verlangt, wird eine massgebende Mehrheit Ihrer Kommission weder der Lösung des Bundesrates noch jener des Ständerates folgen.

Der Ständerat hat immerhin den Vorschlag des Bundesrates im Bereich des administrativen Aufwandes entschlackt. Der Arbeitgeber muss gemäss Ständerat im Falle eines erkrankten oder verunfallten Mitarbeiters dessen Lohn nicht mehr in einen beitragspflichtigen und einen beitragsfreien Teil aufteilen, wie es der heutigen Praxis entspricht. Heute sind bei einer Lohnfortzahlung von 100 Prozent die bei einer Taggeldversicherung rückversicherten 80 Prozent beitragsfrei, die restlichen 20 Prozent aber beitragspflichtig. Im Antrag Ihrer Kommission hätte man, wie bis anhin, das Ersatzeinkommen in einen beitragspflichtigen und einen beitragsfreien Teil aufzuteilen, falls ein Teil durch eine Versicherung rückversichert ist.

Da man nur die Summe der ausbezahlten Tagelder kennt, nicht aber die Anteile, die an den Arbeitgeber beziehungsweise die Versicherten gehen, die kein Arbeitsverhältnis mehr haben, ist es schwierig zu schätzen, wie viele Einnahmen der AHV vorenthalten werden, wenn unser Rat an seinem früheren Entscheid festhält. Sicher wären die Auswirkungen auf eine spätere Rentenhöhe allerdings sehr bescheiden.

Da kein Einzelantrag aus dem Plenum eingereicht worden ist, ist die Streichung von Artikel 5 Absätze 2 und 2bis gemäss Antrag Ihrer Kommission beschlossene Sache.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Avant de commencer l'examen de détail, il est peut-être utile de tirer un court bilan provisoire de la situation.

Le Conseil fédéral prévoyait des économies pour un montant total de 1,329 milliard de francs, réalisées pour la majeure partie par l'alignement de la retraite des femmes sur celle des hommes à 65 ans – ce qui faisait 445 millions de francs –, la réduction des rentes de veuves – 786 millions de francs – et l'espacement des adaptations au renchérissement – 150 millions de francs. Ni cette dernière proposition ni l'alignement de l'âge de la retraite des femmes n'ont fait l'objet de contestations. Notre Conseil a toutefois maintenu les rentes de veuves pour celles avec enfants selon les dispositions actuelles, réduisant les économies envisagées de 786 millions à 120 millions de francs.

Par ailleurs, les modifications que nous avons apportées aux conditions accompagnant le départ à la retraite anticipée pour favoriser les revenus modestes n'ont pas eu d'impact significatif sur la facture. Selon notre projet, les dépenses se montent à 400 millions de francs contre 399 millions pour celui du Conseil fédéral. Il s'agit donc d'une opération pratiquement neutre sur le plan financier. C'est donc surtout le maintien des rentes de veuves qui a réduit les économies résultant du projet de notre Conseil à 449 millions de francs seulement. Le Conseil des Etats a rétabli une partie de la situation en faveur du Conseil fédéral en réduisant les rentes de veuves

AB 2003 N 593 / BO 2003 N 593

à 60 pour cent de la rente vieillesse au profit d'une augmentation des rentes d'orphelins, ce qui ramène les économies à 250 millions de francs, et surtout en rendant pratiquement totalement inopérante la flexibilisation de l'âge de la retraite. Au total, les économies décidées par le Conseil des Etats se montent à 935 millions de





francs.

Si cet effort est sans doute méritoire, la commission s'est refusée à faire marche en arrière et à compromettre aussi bien les objectifs sociaux que notre Conseil avait esquissés que les chances de la révision de trouver grâce devant le peuple en cas de référendum. Toutefois, un certain nombre de compromis sont intervenus, en particulier au niveau des rentes de veuves. Le résultat n'en était toutefois pas chiffrable au moment où la commission en a débattu. Peut-être le président de la Confédération sera-t-il en mesure de donner quelques précisions au cours de ses interventions.

Art. 3 Abs. 1, 4

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 3 al. 1, 4

Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Kommission
Abs. 2
Festhalten
Abs. 2bis
Streichen

Art. 5

Proposition de la commission
Al. 2
Maintenir
Al. 2bis
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 6

Antrag der Mehrheit
Abs. 1
Festhalten
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner Paul, Rechsteiner-Basel, Robbiani, Rossini)
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 6

Proposition de la majorité
Al. 1
Maintenir
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité



(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner Paul, Rechsteiner-Basel, Robbiani, Rossini)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Une fois n'est pas coutume, je vous propose, avec une forte minorité de la commission, de vous rallier au Conseil des Etats, à la fois à l'article 6 alinéa 1er et à l'article 8 alinéa 1er, puisqu'il s'agit en fait de la même problématique. Cette proposition de minorité, modeste, permettrait des rentrées supplémentaires de l'ordre de 21 millions de francs. Alors, c'est sûr que quand on entend les montants évoqués tout à l'heure par le rapporteur, on se dit que ce n'est pas grand-chose. Mais je pense que vous serez d'accord avec moi pour dire que tout a une valeur en la matière.

Cette proposition de minorité est à mettre en relation d'une part avec la situation financière de l'AVS, et d'autre part avec l'ensemble de la 11e révision de l'AVS, dans laquelle des sacrifices particulièrement importants sont demandés, notamment aux femmes, que ce soit avec l'augmentation de l'âge de la retraite à 65 ans ou avec les modifications, les unes ou les autres, concernant le régime des rentes de veuve. Il s'agit donc ici, avec ma proposition de minorité, d'instaurer un équilibre minimum des sacrifices et des participations et de signifier que toutes les catégories de la population doivent participer à l'équilibre des assurances sociales. Je rappelle au passage que le maintien de l'échelle dégressive déjà décidé à l'article 8 permet de prendre en compte la situation particulière des personnes indépendantes avec de faibles revenus et que ne seraient donc touchées là que les personnes indépendantes qui réalisent des revenus confortables.

Dans sa grande sagesse, le Conseil des Etats a compris cette nécessité d'équilibre et je vous invite à faire de même aujourd'hui en vous ralliant à sa décision.

Polla Barbara (L, GE): Depuis aussi longtemps que l'AVS existe, les libéraux veulent qu'elle dure. Le paiement des rentes est la priorité, alors à nous d'aménager les conditions pour rendre cette priorité réaliste. En mai 2001, Mme Dreifuss, alors conseillère fédérale, le disait ici: "L'objectif de la 11e révision de l'AVS est de consolider cette pierre angulaire de la politique sociale et de sortir d'une période où, à tort plutôt qu'à raison, des doutes quant à sa pérennité sont apparus." Deux ans après – nous sommes donc maintenant au stade de l'élimination des divergences –, les doutes dont parlait Mme Dreifuss persistent. Ils sont d'ordre avant tout économique, et ainsi sont donc aussi les solutions.

Le groupe libéral soutiendra donc la proposition de la majorité aux articles 6 et 8. Il s'agit en l'occurrence de maintenir le taux des cotisations des indépendants à son niveau actuel. L'équilibre des sacrifices, qui nous est aussi cher qu'à Mme Maury Pasquier, ne se trouve pas à nos yeux là où elle le voit. Car les indépendants sont aujourd'hui plus que jamais soumis à une pression économique majeure alors qu'en même temps l'activité sociale du pays repose notamment sur leur capacité à générer des revenus. Un relèvement du taux des cotisations des indépendants impliquerait que ces derniers paient, pour le même revenu brut, des cotisations supérieures à celles des salariés, ce qui serait d'autant plus inadéquat que, faut-il le rappeler, les indépendants se voient contraints d'assumer seuls l'ensemble de la charge.

Depuis mai 2001, lorsque ce même Conseil avait décidé de maintenir le taux de cotisations des indépendants à 7,8 pour cent, aucun élément nouveau n'est apparu qui justifierait une pénalisation des indépendants, bien au contraire. Plus que jamais, si nous voulons que l'économie, qui seule peut permettre la redistribution des fonds qu'elle génère pour le mieux-être social de notre pays, puisse continuer de générer ces indispensables recettes, il faut non seulement maintenir, mais encore alléger dans toute la mesure possible toutes les charges sociales et fiscales qui pèsent sur les indépendants et sur l'ensemble des entrepreneurs. Et toute autre façon de faire serait contre-productive.

Un mot sur la suite. En effet, la 12e révision de l'AVS nous attend derrière la porte, et ce sera essentiellement l'adaptation à la démographie qui sera sa priorité. A cet égard, nous attendons avec intérêt la réponse du Conseil fédéral au postulat que le groupe libéral a déposé au mois de mars et qui demande d'évaluer plus concrètement la demande qui se

AB 2003 N 594 / BO 2003 N 594

fait de plus en plus pressante, et de toutes parts, de favoriser le prolongement de l'activité professionnelle de tous ceux qui le désirent (03.3103). Ceci est certainement le cas de l'immense majorité des indépendants qui contribueront ainsi largement au quatrième "pilier" de l'AVS, le quatrième pied de la table dont celle-ci a bien besoin, la flexibilisation vers le haut pouvant seule permettre une flexibilisation vers le bas. Mais, pour l'instant, c'est bien de la 11ème révision de l'AVS dont il s'agit. Il s'agit de la consolider.





Le groupe libéral votera donc toutes les propositions qui vont dans ce sens, dans le sens de l'adaptation de l'AVS à la situation économique, de sa consolidation et de sa pérennité et il commencera dans cette voie en votant la proposition de la majorité aux articles 6 et 8. Il vous invite à en faire de même.

Widrig Hans Werner (C, SG): Die mit der 7. AHV-Revision im Jahre 1969 eingeführte Differenzierung der Beitragssätze für Selbstständigerwerbende und für Unselbstständige ist heute noch gerechtfertigt, ganz einfach deshalb, weil die Bemessungsgrundlagen für beide Partner unterschiedlich sind. Seit der Einführung der Differenzierung dieser Beitragssätze sind keine neuen Argumente aufgetaucht, die hier eine einseitige Benachteiligung rechtfertigen würden. Das Thema wurde ja bereits anlässlich der 9. und 10. AHV-Revision immer wieder diskutiert, mit Gutachten und Gegengutachten untermauert, und immer wieder kam der Rat zum Schluss, die 7,8 Prozent, die wir heute haben, seien richtig. Ich habe nochmals die Begründung in der Botschaft auf Seite 1969 durchgelesen: Das Argument, Selbstständigerwerbende könnten sich heute der zweiten Säule anschliessen, hat mit Berechnungsgrundlagen der AHV-Beiträge nichts zu tun; bei den Selbstständigerwerbenden werden ja die gesamten AHV-Beiträge gerechnet. Der Schlusssatz des betreffenden Abschnitts in der Botschaft, wonach ein um 0,3 Prozentpunkte höherer Beitragssatz jährlich 63 Millionen Franken an Mehreinnahmen für die AHV ergäbe, sagt eigentlich, was mit der Satzerhöhung bezweckt wird.

Was den Grundsatz der Differenzierung betrifft, bestehen hier im Saal keine grossen Differenzen. In Bezug auf die Detaildifferenzierung ist eine Minderheit unserer Fraktion der Auffassung, die Differenzierung auf 7,9 Prozent sei richtig. Die Mehrheit der CVP-Fraktion wird aber am bisherigen Satz von 7,8 Prozent und damit auch am bisherigen Beschluss unseres Rates festhalten.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Herr Widrig, ich höre Ihre Aussagen mit Erstaunen. Bei der ersten Debatte um diesen Beitragssatz haben Sie von Ihrem früheren Fraktionskollegen Baumberger im Namen der Selbstständigerwerbenden einen Brief erhalten. Dort schreibt er ganz explizit, ein Satz von 8,1 Prozent sei nicht richtig, sei abzulehnen. Der einzige Beitragssatz, der korrekt sei, wäre 7,9145 Prozent.

Widrig Hans Werner (C, SG): Wir haben insgesamt festgestellt, dass 7,8 Prozent vertretbar sind, dass man also die entsprechenden Kommastellen weglassen kann. Denn bei den Selbstständigerwerbenden können andere Leistungen auch noch mit eingerechnet werden. Ich denke nicht an das BVG, ich denke an andere Bereiche. Deshalb ist die Zusammenfassung – 7,8 Prozent –, die ich und wir vertreten haben, sowohl in der ersten Runde als auch in der zweiten Runde richtig. Auf einzelne Schreiben und Briefe, die in der Gegend herumflattern, gehe ich nicht ein.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Es geht hier darum, eine gerechte Lösung zu finden, welche die unselbstständigen und die selbstständigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleich behandelt. Wenn man nur die AHV und die unterschiedlichen Lohnbasen betrachtet, auf denen der Beitrag erhoben wird, wäre der Beitragssatz von 8,1 Prozent richtig. Frau Egerszegi-Obrist hat das vorhin auch erwähnt. Wenn man noch einbezieht, dass in IV und EO für Selbstständige und Unselbstständige identische Beitragssätze gelten und dass bei diesen anderen Sozialversicherungen die Selbstständigen etwas zu viel bezahlen, kommt man nach den Berechnungen des BSV zum Schluss, dass die Gleichbehandlung der Selbstständigen zu einem Beitragssatz von 7,9 Prozent führen würde.

Ich bitte Sie, sich in dieser Frage dem Ständerat anzuschliessen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Differenz vor dem Volk nicht rechtfertigen können. Ich habe auch den Eindruck, dass die Selbstständigerwerbenden mit der gestaffelten Beitragsskala für die kleinen Einkommen bereits über erhebliche Privilegien verfügen, welche die Unselbstständigen nicht haben. Dort gelten für alle Lohnhöhen dieselben Abzüge.

Deshalb bitte ich Sie, sich hier dem Ständerat und der Minderheit Maury Pasquier anzuschliessen.

Triponez Pierre (R, BE): Im Namen der FDP-Fraktion ersuche ich Sie, sich der Mehrheit der SGK anzuschliessen und den Beitragssatz der Selbstständigerwerbenden bei 7,8 Prozent zu belassen. Es sind ja auch für die Unselbstständigerwerbenden keine Beitragserhöhungen vorgesehen. Der Streit darüber, welches der genau richtige Satz für die Selbstständigerwerbenden sei, ist alt, und die Frage ist kontrovers. Wir haben es gehört. Ganz sicher ist aber, dass die differenzierten Beiträge seinerzeit nicht eingeführt worden sind, um spezielle Zugeständnisse an die Selbstständigerwerbenden zu machen. Vielmehr wendet man ja unterschiedliche Beitragssätze an, weil die Berechnungsgrundlage unterschiedlich ist. In den für die Beitragsberechnung massgebenden Einkommen der Selbstständigerwerbenden sind eben auch die Leistungen an die Sozialversicherungen enthalten. Bei den Selbstständigerwerbenden wird damit eine Berechnungsbasis herangezogen, die höher ist als diejenige bei den in einem Angestelltenverhältnis Beschäftigten. Um die notwendige Korrek-



tur zu erreichen, sind bei den Selbstständigerwerbenden weiterhin die tieferen Beitragssätze anzuwenden. Würde man davon abweichen, hätten die Selbstständigerwerbenden plötzlich Sozialversicherungsbeiträge auf einem Teil ihrer Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten, was nicht angehen kann. Zu berücksichtigen ist schliesslich auch, dass die Selbstständigerwerbenden im Bereiche Administration und Inkasso zahlreiche unentgeltliche Leistungen erbringen, die für unsere Sozialwerke von grossem Nutzen sind. Auch diese Dienste sollte man in Betracht ziehen.

Im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion ersuche ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Satz bei 7,8 Prozent zu belassen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich habe Sie in der ersten Beratung dieser Gesetzesrevision bereits darauf hingewiesen, dass die Beiträge von 7,8 Prozent der Selbstständigerwerbenden eben nicht einem freundlichen Entgegenkommen der früheren Gesetzgeber entsprechen, sondern einer Berechnung, welche diesen Satz rechtfertigt. Ich gehe hier mit Herrn Rechsteiner Rudolf nicht einig, dass der Satz bei 7,9 oder 8,1 Prozent liegen soll; sonst lege ich ihm die Rechnung, die in meinem Fall zutrifft, einmal vor. Ich kann Ihnen sagen, dass in meinem Fall der Satz noch tiefer sein müsste. Der Selbstständigerwerbende hat verschiedene Risiken, welche für den Arbeitnehmer durch Arbeitgeberleistungen abgedeckt sind, von seinem anrechenbaren Lohn zu begleichen, wenn er dafür keine Versicherung abschliesst. In diesem Fall hat er von seinem anrechenbaren Lohn ohne Abzüge die AHV-Beiträge zu bezahlen. Die Ausgangslage für diese Berechnung ist für den Selbstständigerwerbenden ganz anders als für den Arbeitnehmer.

Es ist kein Zufall, dass in den Siebzigerjahren der Unterschied zwischen dem Satz für die Selbstständigerwerbenden und dem Satz für die Arbeitnehmer noch wesentlich grösser war. Er wurde erst etwa 1975 angehoben. Aber auch damals war die Begründung dieser rechnerischen Anhebung sehr umstritten. Ich glaube, es ist ganz klar: Es kann nicht um den politischen Kompromiss gehen, hier 7,9

AB 2003 N 595 / BO 2003 N 595

Prozent zuzustimmen, sondern es ist eine rechnerische Frage. Es geht auch darum, hier einen Teil der Bevölkerung, der durch seine Selbstständigkeit Eigenverantwortung trägt, nicht mit höheren Versicherungsbeiträgen zu bestrafen, vor allem auch, weil dies völlig unbegründet wäre.

Ich möchte Sie also bitten, der Mehrheit zuzustimmen.

Christen Yves (R, VD): Die grüne Fraktion unterstützt den Antrag der Minderheit.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 1 hängen zusammen; beide Absätze betreffen die Beiträge der Selbstständigerwerbenden an die AHV. Sie wissen, dass im heute geltenden Recht Selbstständigerwerbende einen Beitrag von 7,8 Prozent auf ihrem Erwerbseinkommen an die AHV bezahlen. Sie bezahlen mehr als die Angestellten, da sie beide Seiten begleichen müssen, nämlich den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil. So gesehen bezahlen sie aber mit 7,8 Prozent weniger als die Unselbstständigerwerbenden.

Der Bundesrat wollte diesen Anteil für die Selbstständigerwerbenden um 0,3 Prozent auf 8,1 Prozent anheben, was in der ersten Lesung in unserem Rat keine Mehrheit fand. Der Ständerat hat einen Kompromiss beschlossen und den Beitragssatz um 0,1 Prozent auf 7,9 Prozent angehoben. Ihre Kommission ist diesem Entscheid ganz knapp nicht gefolgt; sie hält mit 11 zu 10 Stimmen am heute geltenden Beitragssatz von 7,8 Prozent fest. Die Erhöhung um 0,1 Prozent ergäbe rund 20 Millionen Franken Mehreinnahmen.

Ich muss Sie als Sprecherin der Kommission bitten, der Mehrheit zuzustimmen. Persönlich bin ich für den Kompromissvorschlag der Minderheit.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Comme l'a rappelé M. Widrig, cet élément n'a fait l'objet d'aucun fait nouveau et la commission s'est contentée de prendre connaissance de la proposition de minorité. Elle s'en est tenue à sa décision de la première délibération, à savoir maintenir 7,8 pour cent, par 11 voix contre 10, sans abstention. Cette décision, bien entendu, vaut également pour l'article 8 de ce projet.

Couchepin Pascal (,): Le Conseil fédéral soutient la solution du Conseil des Etats et par conséquent la minorité. Aujourd'hui, les indépendants peuvent adhérer au deuxième pilier. Il n'y a donc pas de justification à ne pas faire ce petit effort supplémentaire en matière de contribution des indépendants à la 11e révision de l'AVS.

Je voudrais ajouter que je regrette vous n'ayez pas voté sur l'obligation de cotiser concernant les indemnités journalières à l'article 5. Le Conseil fédéral, dans ce cas, défend aussi la décision du Conseil des Etats et il



l'encouragera à rejeter la décision du Conseil national et à maintenir la divergence. Mais c'est un point réglé par la procédure.

Sur les articles 6 et 8, nous vous invitons à soutenir la proposition de minorité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 63 Stimmen

Art. 8 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner Paul, Rechsteiner-Basel, Robbiani, Rossini)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 8 al. 1

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Maury Pasquier, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Rechsteiner Paul, Rechsteiner-Basel, Robbiani, Rossini)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 10 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 2

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 11 al. 2

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 5; 16 Abs. 3; 21 Abs. 1; 22ter

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 14 al. 5; 16 al. 3; 21 al. 1; 22ter

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Festhalten

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 5

Der Anspruch lebt auf, wenn die neue Ehe ungültig erklärt wird. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Antrag der Minderheit

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)

Abs. 1, 5

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 23

Proposition de la majorité

Al. 1

Maintenir

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 5

Le droit renaît en cas d'annulation du mariage. Le Conseil fédéral règle les détails.

Proposition de la minorité

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)

Al. 1, 5

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 23a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2003 N 596 / BO 2003 N 596

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Stahl, Triponez)

(Konzept mit Art. 24)

Eine Entschädigung, die dem Betrag einer Jahresrente entspricht, wird der Witwe ohne Kinder ausgerichtet, die im Zeitpunkt der Verwitwung das 45. Altersjahr zurückgelegt hatte und 5 Jahre verheiratet war.

Art. 23a

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Stahl, Triponez)

(Concept avec art. 24)

Une indemnité correspondant au montant d'une rente annuelle sera versée à la veuve sans enfant qui a 45 ans révolus et 5 années de mariage au moment du décès de son conjoint.

Art. 24

Antrag der Mehrheit





Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Stahl, Triponez)
(siehe Art. 23a)
Festhalten

Art. 24

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Stahl, Triponez)
(cf. art. 23)
Maintenir

Art. 24a

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Beim Tod ihres ehemaligen Ehegatten haben geschiedene Personen Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente:

- a. wenn sie im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder von diesem Ehegatten haben; und
- b. wenn sie einen Anspruch auf eine Rente als Unterhaltsbeitrag im Sinne von Artikel 126 Absatz 1 ZGB haben.
- c. Aufheben

Abs. 2

Kindern im Sinne von Absatz 1 sind gleichgestellt:

- a. Kinder des verstorbenen ehemaligen Ehegatten, die im Zeitpunkt seines Todes mit der geschiedenen Person im gemeinsamen Haushalt leben und von ihr als Pflegekinder im Sinne von Artikel 25 Absatz 3 aufgenommen werden;
- b. Pflegekinder im Sinne von Artikel 25 Absatz 3, die während der gemeinsamen Ehe aufgenommen wurden und die im Zeitpunkt des Todes des ehemaligen Ehegatten mit der geschiedenen Person im gemeinsamen Haushalt leben und von ihr adoptiert werden.

Abs. 3

Der Rentenanspruch erlischt mit dem Tod oder der Wiederverheiratung, in jedem Fall aber mit dem Ende des Anspruchs auf eine Rente als Unterhaltsbeitrag im Sinne von Artikel 126 Absatz 1 ZGB. Der Rentenanspruch des geschiedenen Mannes erlischt ausserdem ebenfalls, wenn das jüngste seiner Kinder von der ehemaligen Ehefrau das 18. Altersjahr zurückgelegt hat.

Antrag der Minderheit

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 24a

Proposition de la majorité

Al. 1

En cas de décès de leur ex-conjoint, les personnes divorcées ont droit à une rente de veuve ou de veuf:

- a. si, au moment du décès, elles ont un ou plusieurs enfants de ce conjoint; et
- b. si elles ont droit à une rente en tant que contribution d'entretien au sens de l'article 126 alinéa 1er CCS.
- c. Abroger

Al. 2

Sont assimilés aux enfants visés par l'alinéa 1er:

- a. les enfants de l'ex-conjoint décédé qui, au moment du décès, vivent en ménage commun avec la personne divorcée et sont pris en charge par elle en tant qu'enfant placé au sens de l'article 25 alinéa 3;
- b. les enfants placés au sens de l'article 25 alinéa 3 qui ont été pris en charge pendant le mariage et qui vivent, au moment du décès, en ménage commun avec la personne divorcée et sont adoptées par celle-ci.



Al. 3

Le droit à la rente s'éteint au moment du décès ou du remariage, en tout cas au moment où s'éteint le droit à une rente en tant que contribution d'entretien au sens de l'article 126 alinéa 1er CCS. En outre, le droit à la rente de l'homme divorcé s'éteint également quand le plus jeune de ses enfants qu'il a eu de son ex-épouse a atteint l'âge de 18 ans.

Proposition de la minorité

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 36

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Streichen

Abs. 2

Der Anspruch der geschiedenen Personen auf eine Witwen- oder Witwerrente wird gekürzt, soweit er den Betrag der im Scheidungsurteil festgesetzten Unterhaltsleistung übersteigt.

Antrag der Minderheit

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 36

Proposition de la majorité

Al. 1

Biffer

Al. 2

Le droit des personnes divorcées à une rente de veuve ou de veuf est réduit dans la mesure où il dépasse le montant de la contribution d'entretien fixée dans le jugement de divorce.

Proposition de la minorité

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 37 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Streichen

AB 2003 N 597 / BO 2003 N 597

Antrag der Minderheit

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 37 al. 1

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Heberlein Trix (R, ZH): Es handelt sich hier gemeinsam um die Artikel 23, 23a, 24, 24a, 36 und 37 sowie um die Übergangsbestimmungen unter Ziffer II. Bereits in der ersten Lesung haben wir intensiv über die Frage des Zuganges zu einer Witwenrente diskutiert. Der Vorschlag des Bundesrates ist bekanntlich unterdessen vom Tisch. Der Bundesrat hat sich dem Ständerat und damit meinem Minderheitsantrag angeschlossen. Lassen Sie mich die Gründe darlegen, weshalb die Mehrheit der FDP-Fraktion diesen Antrag unterstützt und nicht wie die Mehrheit der Nationalratskommission an den durch die gesellschaftliche Realität, durch die unterdessen erfolgten Revisionen von Scheidungsrecht und BVG und durch die 10. AHV-Revision usw. überholten Regeln festhalten will.

Zum Ersten: In den letzten Jahren erfolgte ein starker Einbezug der Frauen in das Erwerbsleben – auch bei der Altersgruppe der Frauen über 45 Jahren, die am ehesten von den Risiken der Witwenschaft betroffen sind. Dies ist nicht einfach eine Annahme, sondern dies wird in der letzten Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung ganz klar bestätigt. Das durchschnittliche Alter bei der Verwitwung liegt bei den Frauen zwischen 55 und 56 Jahren. Das Modell des Ständerates und damit unserer Minderheit knüpft nicht an eine volle Erwerbstätigkeit an, wie dies der Bundesrat wollte, denn diese ist heute sicher noch nicht gegeben; es knüpft an das Einkommen der Witwenfamilie an. Die Ansätze für die Witwen werden von 80 auf 60 Prozent der Altersrente gesenkt, im Gegenzug wird die Waisenrente von 40 auf 60 Prozent der Altersrente hinaufgesetzt. Dies hat zur Folge, dass eine Witwe mit einem Kind die gleiche Rente erhält wie heute; ab zwei Kindern erhält sie sogar mehr als heute. Sind die Kinder 18 Jahre alt oder bis maximal 25 Jahre bei Abschluss der Ausbildung, erhält die Witwe weiterhin eine reduzierte Rente von 60 Prozent. Damit spart diese Lösung rund 250 Millionen Franken ein; das gegenüber 120 Millionen Franken gemäss der Lösung der Mehrheit des Nationalrates. Dies, weil die meisten Witwen erwachsene oder beinahe erwachsene Kinder haben.

Die Einsparungen sind zwar ein Ziel, die Anpassung von Witwen- an die Witwenrenten ein anderes. Mit der Lösung des Ständerates fahren alle Witwen ab dem Zeitpunkt schlechter, ab dem keine Waisenrenten mehr ausgerichtet werden. Dagegen haben sie einen Rentenanspruch gemäss Artikel 24 bei Anspruch auf Betreuungsgutschriften, wenn sie vor der Verwitwung während mindestens fünf Jahren eine Person betreuten, z. B. den kranken Ehegatten oder ein verstorbenes Kind. Selbstverständlich haben sie im Rentenalter Anspruch auf die Witwenrente; hier besteht keine Differenz – siehe dazu Artikel 24 Absatz 1.

In Artikel 24a werden die Rentenansprüche der geschiedenen Frau geregelt; diese Ausführungen werden dann sicher von den Kommissionssprechern noch gemacht. Auch diese Bestimmungen knüpfen an die Betreuung von Kindern an und entsprechen damit dem Konzept, das der Ständerat aufgestellt hat. Ist in der Ständeratsfassung die Frage genügend geklärt, wie es bei geschiedenen Frauen steht, die eine oder zwei Verwitwungen hinter sich haben? Die Regelung, wie sie im Nationalrat, insbesondere auf einen Antrag Dormann hin, beschlossen wurde, ist klar besser.

Noch ein Wort zur Frage der Überversicherung, welche im Ständerat zur Diskussion stand: Bei Witwen mit mehreren Kindern wurde, gemäss den Ausführungen von Jürg Brechbühl, Vizedirektor des BSV, ganz klar festgelegt, dass bei BVG-Minimalleistungen keine Überversicherung eintritt, im Überobligatorium jedoch kann eine Überversicherung eintreten. Das BVG schreibt aber keine Rentenkürzung vor; auch bei der Unfallversicherung, die nur komplementär auszahlt, gibt es keine Überversicherung.

Das Motto der Revision besteht bekanntlich – und heute erst recht – in der langfristigen Sicherung der AHV-Renten. Die Anträge der Minderheit der Kommission gemäss Beschluss des Ständerates, der mit grosser Mehrheit zugestimmt hat, und der Entwurf des Bundesrates zielen klar in diese Richtung. Wir wollen für die Witwen mit Kindern schauen. Wir wollen auch – siehe Artikel 23a und Artikel 24 Absatz 2 – für Witwen ohne Kinder schauen, welche nach dem 45. Altersjahr verwitwen und mindestens fünf Jahre verheiratet waren. Hier wird bei der nationalrätlichen und bei der ständerätlichen Lösung eine Entschädigung in der Höhe einer Jahresrente, also rund 20 000 Franken, ausbezahlt.

Zusammengefasst: Witwen mit einem Kind werden gleich viel erhalten wie heute, Witwen mit zwei Kindern erhalten mehr als heute. Wenn die Kinder ausgeflogen sind, läuft die Rente in der Höhe von 60 Prozent weiter, und nicht in der Höhe von 80 Prozent wie heute – dies unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Realitäten. Mit einer Witwenrente von 60 Prozent kann das Einkommen so gestaltet werden, dass ein Leben allein finanzierbar ist. Tragen wir der Finanzierung der AHV Sorge; sorgen wir dort, wo wir dies machen müssen, dafür, dass Härtefälle nicht entstehen – beispielsweise auch in der BVG-Revision.

Ich möchte Sie ersuchen, dem Ständerat, dem Bundesrat und unserer Minderheit zuzustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Meine Minderheit lehnt die Ausdehnung des Anspruchs auf eine Witwenrente auf den Bereich Betreuungsgutschriften ab. Sie beschränkt sich auf die Ausrichtung einer Entschädigung in der Höhe einer Jahresrente, wenn eine Witwe keine Kinder hat, das 45. Altersjahr zurückgelegt hat und fünf



Jahre verheiratet war.

Ansonsten möchte ich Sie aber darauf aufmerksam machen, dass diese Minderheit in Bezug auf die Ausrichtung einer Witwenrente geteilter Meinung ist. Währenddem ein Teil dieser Minderheit die vorher beschriebene Witwenrentenkürzung, wie sie Frau Heberlein besprochen hat, gutheisst, lehnt der andere Teil diese Kürzung ab; dies auch deshalb, weil eine Witwenrente einen sehr grossen Stellenwert hat. Wenn man die Witwenrente zugunsten der Waisenrente um 20 Prozent kürzt, gibt es im UVG und BVG Überdeckungen, und dann ist dieser Zuspruch von der Witwe zugunsten der Waisen nur ein hypothetischer Zuspruch. Ich verweise auf verschiedene Zuschriften von Pensionskassenexperten. Der eine Teil dieser Minderheit ist ganz klar der Ansicht, dass man bei den Witwen keine neue Armut schaffen sollte, zumal auch Ehepaare nur eine 150-prozentige Rente erhalten. Für die restlichen 50 Prozent sorgt man für die Hinterlassenen, man richtet ihnen eine Witwen- oder Waisenrente aus. Sonst würde diese Bewegung der Kürzung der Hinterlassenenrente ganz klar in Richtung einer zivilstandsunabhängigen Rente gehen, und das können wir uns nicht leisten. Ein Teil dieser Minderheit ist also ganz klar der Ansicht, dass man am damaligen Nationalratsentscheid festhalten sollte.

Finden tut sich diese Minderheit aber im Bereich der Anspruchsberechtigung; diese Minderheit ist bei Artikel 24 nicht bereit, den Anspruch auf den Bereich Betreuungsgutschriften auszudehnen, sondern will an den anderen Beschlüssen festhalten.

Ich bitte Sie, diese Minderheit bei Artikel 24 respektive Artikel 23a gutzuheissen, weil dort ja bei einem Nichtanspruch auf eine Witwenrente mit einer Entschädigung Gerechtigkeit hergestellt wird.

AB 2003 N 598 / BO 2003 N 598

Polla Barbara (L, GE): Il s'agit donc là encore de choisir entre soutenir le mieux possible les veuves dans une "vision" sociale relativement unilatérale, ou bien considérer que la décision du Conseil des Etats tient compte de la façon la plus équilibrée possible des besoins spécifiques de ce groupe de la population, mais aussi de ceux de l'ensemble de la population. Dans la mesure où l'objectif des libéraux est d'assurer le paiement des rentes – de toutes les rentes – dans la durée, il est logique que nous choissions la solution du Conseil des Etats.

Le Conseil fédéral le disait déjà dans son message (ch. 3.1.4.2, p. 1863): il est vrai que "les veuves et les veufs peuvent être confrontés", surtout en ce moment, "aux difficultés liées au marché du travail". Mais ce n'est pas le rôle de l'AVS que de régler ce problème, c'est bien plutôt une couverture de risque qui relève de l'assurance-chômage. Par ailleurs, le principe d'équité entre hommes et femmes a guidé cette révision. Le groupe libéral, très soucieux de cette équité – peut-être surtout en ce qui concerne les hommes –, estime qu'à l'heure actuelle, il est parfaitement raisonnable de limiter les conditions d'octroi de la rente de veuve et de les harmoniser avec la rente de veuf. C'est une femme qui vous parle, ce n'est pas une veuve, mais il me semble bien que les dispositions spéciales prévues par le Conseil des Etats prennent en compte les difficultés spécifiques qui pourraient encore exister, notamment par le biais des mesures proposées à l'article 36, où le groupe libéral votera également la proposition de minorité Heberlein.

Il est évidemment toujours difficile de ne pas répondre à toutes les demandes de prise en compte de besoins spécifiques d'un groupe de la population, et particulièrement lorsqu'il s'agit des veuves. Mais c'est bien ce que nous sommes pourtant en train de défendre, également en ce qui concerne par exemple les droits égaux pour les personnes handicapées. Et, comme le disait dernièrement Mme Metzler, conseillère fédérale, publiquement, ce n'est certes pas très populaire, mais c'est économiquement et socialement supportable. C'est surtout la seule manière d'arriver à l'équilibre et à la consolidation du paiement des rentes AVS dans la durée.

Je vous rappelle à cet égard qu'entre la proposition de minorité Egerszegi et celle de la minorité Heberlein, il y a 130 millions de francs de différence. Les 250 millions de francs d'économies qui découlent de la décision du Conseil des Etats et de la proposition de la minorité Heberlein sont encore bien loin des centaines de millions de francs d'économies qui étaient proposés par le Conseil fédéral et la ministre du Département fédéral de l'intérieur de l'époque, Mme Ruth Dreifuss. Entre les propositions de minorité Egerszegi et Heberlein, ces deux grandes dames du radicalisme suisse, notre coeur ne saurait choisir, mais notre raison choisit clairement le soutien à la proposition de minorité Heberlein. Nous voulons l'AVS pour tous et pour toutes et l'harmonisation proposée tient compte de cet objectif absolument prioritaire. Oui à la consolidation au long terme, non au surendettement de l'AVS.

Le groupe libéral vous prie de bien vouloir suivre la proposition de minorité Heberlein.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutiendra massivement la majorité aux articles 23, 23a, 24, 24a, 36 et 37 concernant les rentes de veufa et de veuves.





Le groupe démocrate-chrétien veut assurer une rente de veuf et de veuve à toutes les personnes qui ont des enfants à charge. Il veut aussi assurer une rente sur la base actuelle à toutes les femmes qui ont eu des enfants et qui sont frappées de veuvage. La version du Conseil des Etats, qui propose d'élever la rente d'orphelin de 40 à 60 pour cent de la rente de vieillesse correspondant au revenu annuel moyen déterminant, et de baisser la rente de veuf et de veuve de 80 à 60 pour cent de la rente vieillesse, a été vivement combattue au sein de notre groupe pour deux raisons majeures:

1. D'une part, le bénéfice escompté par la hausse de la rente d'orphelin, qui aurait pu avantager le conjoint survivant pendant qu'il a des enfants à charge, est estompé assez gravement par les plafonnements de rente en corrélation avec le deuxième pilier, et en cas de surassurance, dans beaucoup de cas, ce sera un résultat nul.

2. D'autre part, personne ne connaît, bien sûr, ni le jour ni l'heure d'un veuvage. Avec la décision du Conseil des Etats, des femmes qui ont consacré beaucoup d'années à l'éducation de leurs enfants pourraient ne recevoir qu'une rente très basse si elles deviennent veuves lorsque les enfants ne sont plus à charge. Elles pourraient être en difficulté car à 50 ans et plus, ce n'est pas facile de se réinsérer dans le monde du travail et justement, le premier pilier est fait pour protéger des groupes de population qui ont une sécurité financière plus faible.

La proportion de femmes qui travaillent est, il est vrai, de plus en plus élevée, mais les femmes ont malgré tout souvent des revenus faibles et elles travaillent à temps partiel pour pouvoir s'occuper de leur famille. Dans le modèle social d'aujourd'hui, le concept de la minorité est trop pénalisant pour les mamans.

Le groupe démocrate-chrétien soutient donc la majorité aux articles 23 et 23a.

Le groupe démocrate-chrétien soutient aussi la majorité à l'article 24 alinéa 1er qui assure une rente aux personnes qui n'ont pas d'enfants ou qui n'en ont pas eu, mais qui ont rempli une tâche d'assistance. Il est favorable aussi, à l'alinéa 2, au versement d'une indemnité correspondant à une rente annuelle pour les personnes sans enfants qui ont 45 ans et 5 ans au moins de mariage au moment du veuvage. Si la majorité l'emporte à l'alinéa 2 de l'article 24, l'article devra être adapté en ce sens que la référence à l'article 36 devra être biffée, ce qui n'a pas été dit en commission.

Enfin, nous soutenons la majorité à l'article 24a concernant le veuvage des personnes divorcées. Le droit actuel leur donne dans certains cas des avantages plus grands qu'aux veuves qui ne sont pas divorcées. Par exemple, la renaissance du droit à la rente en cas de disparition de l'ex-conjoint, après un deuxième mariage qui aura pu peut-être durer 10 ou 15 ans et un deuxième divorce, nous paraît constituer un droit inéquitable.

Le groupe démocrate-chrétien soutiendra la majorité aux articles 36 et 37 qui sont en cohérence avec sa volonté de maintenir le niveau des rentes actuelles.

Le groupe démocrate-chrétien soutient donc la majorité à tous les articles concernant les rentes de veufs et de veuves. Je vous engage à le suivre pour garantir une sécurité sociale à un groupe durement touché à certains moments de la vie.

Goll Christine (S, ZH): Worum geht es eigentlich bei der Witwenrente? Ich bitte Sie, sich nochmals die Fakten in Erinnerung zu rufen. Es ist heute schon einmal erwähnt worden, und ich möchte es wiederholen: Das Durchschnittsalter bei der Verwitwung der Frauen liegt heute zwischen 55 und 56 Jahren. Wir haben bereits mit dem heute geltenden Gesetz die Realität, dass nicht alle Frauen, die Witwen werden, eine Witwenrente erhalten, sondern gerade bei Frauen ohne Kinder müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Sie müssen nämlich mindestens 45 Jahre alt sein, und die Ehe muss mindestens fünf Jahre gedauert haben. Mit diesen Fakten ist auch ein Mythos entlarvt, an dem hartnäckig festgehalten wird, nämlich der Mythos der reichen, jugendlichen Witwe vom Zürichberg. In einer Witwensituation sind heute in der Schweiz rund 75 000 Frauen. Gerade bei dieser entscheidenden Frage der Witwenrente stossen wir einmal mehr auf statistische Mängel. Wir haben bis heute keine offiziellen Statistiken des Bundesamtes für Statistik, die Auskunft über die soziale Lage dieser betroffenen Frauen, über ihre Einkommenssituation und über ihr Haushalteinkommen geben könnten.

Wir haben aber immerhin einige Anhaltspunkte aus verschiedenen Untersuchungen. Frau Heberlein hat hier vorne erwähnt, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen hat. Das ist richtig. Wir wissen aber gerade aus der

AB 2003 N 599 / BO 2003 N 599

Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung, dass Frauen, die älter als 45 Jahre und erwerbstätig sind, in den allerwenigsten Fällen eine Vollzeitbeschäftigung haben. Sie arbeiten überwiegend in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Wir wissen aus anderen Untersuchungen – beispielsweise aus der Studie, die im Kanton Genf gemacht wurde –, dass vor allem Menschen in den unteren Einkommenskategorien, d. h. Menschen, die körperlich hart arbeiten, ihre Pensionierung gar nicht mehr oder nur in schlechter gesundheitlicher Verfassung erleben.





Das heisst konkret, dass Bauarbeiter und Hilfsarbeitskräfte eher dem Risiko ausgesetzt sind, vor dem Erreichen des Rentenalters invalid zu werden oder zu sterben. Sie sind viel eher diesem Risiko ausgesetzt als etwa Hochschulprofessoren oder Freiberufler.

Rufen wir uns die Geschichte zur Witwenrente in der 11. AHV-Revision nochmals in Erinnerung: Wie Sie wissen, wollte der Bundesrat bei der Witwenrente einen radikalen Abbau von rund 800 Millionen Franken. Damit wären künftig sieben von zehn Frauen, die Witwen werden, betroffen gewesen. Der Nationalrat hat sich auf eine Fassung geeinigt, die jetzt mit dem Antrag der Mehrheit auch wieder zur Diskussion steht, wonach den künftig geschiedenen Frauen ohne Kinder keine Rentenleistungen mehr zugestimmt würden. Der Ständerat hat ein neues Modell entwickelt, das jetzt Frau Heberlein für die Minderheit vertreten hat, mit dem die Witwenrenten reduziert und dafür die Waisenrenten ausgebaut werden sollen; damit verbunden wäre ein Abbau von 250 Millionen Franken. Frau Heberlein hat zwar erwähnt, dass gerade Witwen mit mehreren Kindern mit diesem Modell besser gestellt wären; aber ausgerechnet diese Witwen würden schlechter fahren, wenn für ihre Kinder über 18 Jahre oder für ihre in der Ausbildung stehenden Kinder über 25 Jahre die Waisenrente wegfiel, und das wären eben auch wieder ältere Frauen. Das Modell des Ständerates geht zwar in die richtige Richtung; es ist unserer Meinung nach aber noch nicht ausgereift, vor allem auch, weil ältere Frauen, die nach einer Witwenschaft den beruflichen Wiedereinstieg suchen, vom heutigen Arbeitsmarkt nicht mit offenen Armen empfangen werden.

Ich bitte Sie, am ursprünglichen Entscheid des Nationalrates festzuhalten, weil formale Gleichstellungsansprüche und die heutige soziale Realität weit auseinander klaffen. Ich bitte Sie festzuhalten, selbst wenn wir uns bewusst sind, dass auch die Fassung der Mehrheit einen realen Sozialabbau von 120 Millionen Franken beinhaltet.

Wir haben die Verwaltung immer wieder gefragt: Welche Frauen sind bei diesem Abbau von 120 Millionen Franken konkret betroffen? Wie sieht ihre soziale Situation, ihre wirtschaftliche Lage aus? Wir haben keine Antwort erhalten, weil die statistischen Daten fehlen.

Ich bitte Sie deshalb, sich bei diesem Sozialabbau, der bei den Witwenrenten so oder so eintritt, nicht auf einen gefährlichen Blindflug zu begeben.

Genner Ruth (G, ZH): Ich möchte Sie namens der grünen Fraktion bitten, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten und der Mehrheit zu folgen.

Ich kann hier meine Interessenbindung offen legen: Ich beziehe pro Monat 1500 Franken Witwenrente, und zwar entspricht das 80 Prozent der Altersrente. Wenn man jetzt den Betrag gemäss der Aussage von Frau Heberlein, man könne von 60 Prozent gut leben, herunterbricht, dann würde er unter 1200 Franken zu stehen kommen. Ich bin eine privilegierte Witwe: Ich habe eine sehr gute Ausbildung; ich kann auch gut einen Arbeitsplatz erhalten. Aber ich kenne sehr viele verwitwete Frauen, die keine gute Ausbildung haben und die während langer Zeit mehrere Kinder betreuen oder betreut haben. Sie können mit ihrer zum Teil knappen Berufserfahrung nicht einfach in ihren Beruf zurück und leben in schwierigen finanziellen Verhältnissen.

Ich denke, wenn wir die Witwenrenten sichern wollen – das ist das Ziel dieser Vorlage: die längerfristige Sicherung der Hinterlassenenrenten für Frauen und Männer genauso wie der Altersrenten –, dann müssen wir uns den Realitäten anpassen und schauen, wie die Realitäten aussehen. Die Realitäten von Verwitweten sind oft schwierige Schicksale; es sind Lebensgeschichten, die sich nicht einfach in Daten fassen lassen. Wir kennen gewisse Daten; aber es fehlen uns auch sehr viele Angaben, um hier überhaupt präzise zu legiferieren, und vor allem, um Armut zu vermeiden; dies, wenn wir meinen, wir könnten jetzt mit einem Federstrich die Sachen so ganz schön ausglätten und dazu sparen.

Das Ständeratsmodell ist auf den ersten Blick ein bestechendes Modell, weil es den Verwitweten mit Kindern für die Dauer der Betreuungszeit, wenn mehr als ein Kind da ist, mehr Geld gibt. Es ist aber so, dass wir klar zwischen Witwen und Witwern differenzieren müssen, weil wir sehen, dass die Witwer mehrheitlich voll im Arbeitsprozess drinbleiben. Das heisst nicht, dass ihr Lebensschicksal unbedingt einfach ist. Sie haben eine grosse Belastung, die Kinderbetreuung und den Beruf gleichzeitig zu meistern.

Die Witwen aber – wenn wir schauen – arbeiten meistens Teilzeit, wenn es überhaupt geht. Und da ist der grosse Haken.

Wenn wir sehen, wie die jetzige Arbeitssituation ist, können Teilzeitpensen nicht einfach erhöht werden, und es ist auch so, dass diese Teilzeitpensen meist ohne BVG-Versicherung sind. In der Berufsphase, in der man auch für das Alter vorsorgen soll, schauen diese Frauen also für die Kinder; sie arbeiten Teilzeit, sie haben aber zu wenig, um für das Alter etwas auf die Seite legen zu können. Viele von ihnen werden mindestens im Alter ein Armutsrisiko haben.

Ich habe im März in einem Kreis von verwitweten Frauen und Männern gesprochen und diese Modelle dis-



kutiert. Es ist ganz klar herausgekommen, dass die Witwer eigentlich dieses neue Modell des Ständerates bevorzugen würden. Es ist auch klar, dass die Witwer, wenn sie mehr als ein Kind haben, von diesem Modell im Vergleich mit den Frauen profitieren. Aber viele der verwitweten Frauen haben eine grosse Angst vor der wirtschaftlichen Situation, in der sie einmal stehen werden, wenn die Kinder gross sind. Sie sind dem Arbeitsmarkt ausgeliefert, sie können nicht einfach ihr Teilzeitpensum so erhöhen, wie sie das möchten.

Frau Polla sagt: Das ist ein Problem der Arbeitslosenkasse. Das ist kein Problem der Arbeitslosenkasse, denn diese Frauen können sich nicht einfach bei der Arbeitslosenkasse melden, weil die Erhöhung des Arbeitspensums nicht versichert war. Hier ist genau die Falle, in die wir hineintappen, wenn wir jetzt die Witwenrente so ändern wollen, um viel Geld zu sparen.

Wir müssen darauf hinarbeiten, dass wir eine Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf und bei der Familienbetreuung erreichen, dann können wir in diesem Sinne einmal wie der Ständerat legislieren. Aber heute sind die sozialen Gegebenheiten noch nicht da, dass wir jetzt einen Abbau machen können. Wir müssen deshalb an unserer Entscheidung vom letzten Mal festhalten. Es geht vor allem darum, die Zeit nach der Kinderbetreuung und nach der Berufsphase zu sichern. Im Alter haben sonst viele der verwitweten Frauen zu wenig Mittel, sie werden dann in einer viel höheren Masse zu einem Armutsrisiko, als sie das jetzt schon sind. Ich möchte Sie also bitten festzuhalten.

Triponez Pierre (R, BE): Die FDP-Fraktion, in deren Namen ich spreche, empfiehlt Ihnen, die Minderheit Heberlein zu unterstützen und damit auf der ganzen Linie der Lösung des Ständerates zu folgen, der sich in der Zwischenzeit auch der Bundesrat angeschlossen hat.

Mit der Minderheit Heberlein wird dem gesellschaftlichen Wandel und der zunehmenden Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und in die Arbeitswelt in angemessener Weise Rechnung getragen. Eine Witwe mit einem Kind unter 18 Jahren erhält mit dem Vorschlag Heberlein dieselbe Rente wie heute und mit zwei Kindern – Sie haben das soeben auch von Kollegin Genner bestätigt erhalten – sogar mehr.

Die gesamte Finanzierungsproblematik ist in diesem Bereich ebenfalls wegweisend. Es ist daran zu erinnern, dass

AB 2003 N 600 / BO 2003 N 600

die finanzielle Einsparung des Minderheitsantrages Heberlein mit 250 Millionen Franken zwar klar weniger beträgt als der ursprüngliche bundesrätliche Vorschlag, mit welchem 800 Millionen Franken eingespart worden wären, aber sie beträgt eben doch deutlich mehr als der Vorschlag der Mehrheit mit 120 Millionen Franken. Auch diesem Aspekt ist in Würdigung der gesamten Finanzierungsprobleme angemessene Rechnung zu tragen.

Ich empfehle Ihnen namens der Mehrheit der FDP-Fraktion, der Minderheit Heberlein zu folgen und die Differenz zum Ständerat beizulegen.

Genner Ruth (G, ZH): Herr Triponez, es ist klar, dass man sich während der Berufsphase auf die Altersvorsorge vorbereiten muss. Wenn wir Ihrer Argumentation folgen: Sind Sie dann auch bereit, bei der BVG-Revision den Koordinationsabzug entsprechend tief zu halten, damit die Teilzeit arbeitenden verwitweten Frauen auch eine Altersvorsorge haben?

Triponez Pierre (R, BE): Ich danke Ihnen, dass Sie einen Hinweis zum BVG machen. Ich nehme an, dass Sie weniger den Koordinationsabzug als die Eintrittsschwelle ansprechen wollten. Sie wissen, dass ich bei der Eintrittsschwelle und beim Koordinationsabzug ebenfalls die Linie des Ständerates mittrage und dies hier auch begründen werde. Dazu stehe ich.

Christen Yves (R, VD): Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Minderheiten Heberlein und Egerszegi.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Eines der grossen Themen in der 11. AHV-Revision ist die Witwen- und Witwenrente. Sie erinnern sich, dass der Bundesrat die Absicht hatte, die Witwen- der Witwenrente anzugleichen – dies nicht sofort, sondern kontinuierlich.

Heute haben wir drei offene Fragen zu beantworten: Es betrifft dies die Witwen mit Kindern, die Witwen ohne Kinder und die geschiedenen Witwen und Witwer. Wir haben ein Konzept des Ständerates und ein Konzept des Nationalrates, das aber nicht ganz klar und eindeutig bleibt, weil es bei der kinderlosen Witwe übergreifend ist. Zuerst zu den Witwen und Witwern mit Kindern: Der Bundesrat schlug in seiner Botschaft vor, Witwen oder Witwern nur noch eine Hinterlassenenrente auszuzahlen, wenn diese im Zeitpunkt der Verwitwung Kinder unter 18 Jahre zu betreuen haben oder wenn die verwitwete Frau das 50. Altersjahr vollendete, bevor das jüngste



Kind das 18. Altersjahr erreicht hatte. Der Bundesrat wollte damit dem wachsenden beruflichen Wiedereinstieg der Frauen Rechnung tragen.

Dieser Absicht ist unser Rat ganz klar nicht gefolgt; er hat am heute geltenden Recht festgehalten, wonach die Witwen oder Witwer eine Rente erhalten, wenn sie Kinder haben. Der Nationalrat hat einzig eine Revision für die kinderlosen Witwen gemacht, die eine Rente erhalten, wenn sie bei ihrer Verwitwung älter als 45 Jahre und mindestens fünf Jahre verheiratet sind. Diese sollen zukünftig anstelle einer Hinterlassenenrente nur noch eine Entschädigung in der Höhe einer Jahresrente erhalten.

Der Ständerat hat entschieden, dass Witwen oder Witwer einen Anspruch auf eine Hinterlassenenrente haben, sofern sie Kinder haben oder sofern sie während fünf Jahren eines oder mehrere Kinder hatten. Der Ständerat setzt folglich voll auf den Faktor Kind, egal, ob diese noch leben und wie alt sie sind. Er verlangt aber eine Änderung in Artikel 36, was die Höhe der Witwen- oder Waisenrenten betrifft. Heute beträgt die Witwenrente 80 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente; die Waisenrente beträgt 40 Prozent.

Der Ständerat möchte nun die Witwenrenten auf 60 Prozent kürzen und die Waisenrenten um 20 Prozent anheben. Er möchte dadurch den Witwen mit Kindern finanziell mehr unter die Arme greifen. Der Ständerat wollte gleichzeitig dem grösseren Anteil von erwerbstätigen Frauen Rechnung tragen, in der Annahme, dass diese, sobald die Kinder erwachsen sind, wieder selber einer Arbeit nachgehen können. Gemäss vorliegenden Studien weiss man, dass Frauen im Alter um 45 Jahre auch wieder einsteigen, allerdings sehr oft nur in Teilzeitjobs – und wenn in Volljobs, dann eher nur in Segmenten mit kleinem Einkommen. Würden diese Prozentsätze um 20 Prozentpunkte verschoben, hätte dies bei einer Witwe mit einem Kind keinen Einfluss auf die gesamte Leistung der AHV. Bei zwei Kindern würde ein höheres Einkommen als heute erzielt. Wenn die Kinder volljährig sind oder die Ausbildung abgeschlossen haben, behält die Witwe ihre Rente, allerdings eben reduziert auf 60 Prozent gemäss dem Modell Ständerat.

Die Befristungen des Ständerates würden zu Einsparungen von rund 250 Millionen Franken führen. Das Konzept des Nationalrates würde 120 Millionen Franken einsparen. Es ist in der Tat so, dass gemäss Lösung Ständerat alle Witwen schlechter fahren würden, sobald sie keinen Anspruch mehr auf Waisenrenten haben. Solange mehr als eine Waisenrente ausgerichtet wird, also mehr als ein Kind vorhanden ist, ist die ständerätliche Lösung allerdings besser.

In Ihrer Kommission hat die Lösung des Ständerates keine Mehrheit gefunden, da auch die Frage der Überversicherung ins Feld geführt wurde. In einzelnen Fällen, vor allem dort, wo ein Anspruch im überobligatorischen Teil der zweiten Säule besteht, könnte dieser eben gekürzt werden. Das heisst, man möchte keine Leistungsverchiebungen von der AHV zum BVG. Deshalb hat Ihre Kommission die Lösung des Ständerates mit 12 zu 10 Stimmen verworfen.

In Artikel 24 geht es um die kinderlose Witwe. Ich erinnere Sie daran, dass in der 10. AHV-Revision für kinderlose Witwen, die jünger als 45 Jahre sind, bereits jegliche AHV-Hinterlassenenrente gestrichen wurde. In der 11. AHV-Revision ist vorgesehen, dass kinderlose Witwen nur noch eine Rente bekommen, wenn sie fünf Jahre verheiratet waren und mindestens 45 Jahre alt sind. Hier schlägt der Ständerat vor, dass eine kinderlose Witwe auch einen Anspruch auf eine Hinterlassenenrente haben soll, wenn sie im Zeitpunkt ihrer Verwitwung einen Anspruch auf Betreuungsgutschriften hatte. Sie kennen die Betreuungsgutschriften analog den Erziehungsgutschriften, die wir in der 10. AHV-Revision eingeführt haben. Es könnte also sein, dass eine Witwe ihren eigenen Mann, der mindestens in mittlerem Grade hilflos war, betreut und deswegen ihre Arbeit wirklich aufgegeben hat. Die Betreuungsgutschriften gibt es erst seit der 10. AHV-Revision, also seit 1997. Heute werden in etwa 1600 Fällen Betreuungsgutschriften angerechnet. Wie viele auf kinderlose verwitwete Frauen fallen, weiss man nicht.

Nochmals: Ihre Kommission hat sich knapp – mit einer Stimme Differenz – für das Konzept des Ständerates ausgesprochen, auch einer kinderlosen Witwe, die einen Anspruch auf Betreuungsgutschriften hat, einen Rentenanspruch einzuräumen. Die Minderheit Egerszegi möchte am Entscheid des Nationalrates festhalten, wonach eine kinderlose Frau nur einen Anspruch auf eine Hinterlassenenrente hat, wenn sie 45 Jahre alt ist und fünf Jahre verheiratet war.

Nun steht neu noch die Situation der geschiedenen verwitweten Frau oder des geschiedenen Witwers zur Diskussion: Bei der 10. AHV-Revision hat man versucht, die geschiedene Frau, die nach der Scheidung verwitwet ist – d. h., ihr Ex-Mann ist gestorben –, langsam der verheirateten Frau gleichzustellen. Nach der 10. AHV-Revision ist das Scheidungsrecht revidiert worden, und es ist auch in der neuen Form in Kraft. Gemäss dem neuen Scheidungsrecht sind die Voraussetzungen für allfällige gegenseitige Ansprüche auf einen Unterhaltsbeitrag ganz anders, und mit dem neuen Scheidungsrecht wird alles aufgeteilt, was während der Ehe gemeinsam war. Aufgeteilt werden also die erste Säule – die AHV –, die zweite Säule und die dritte Säule.



Jeglicher Erbenspruch erlischt. Einzig der Anspruch auf eine Witwenrente bleibt als so genanntes Unikum noch erhalten.

Der Ständerat hat für die Situation der geschiedenen Witwe eine komplizierte Lösung gefunden, die dann in unserer Kommission vereinfacht wurde, und zwar mit klarer

AB 2003 N 601 / BO 2003 N 601

Einstimmigkeit. Es handelt sich um die Regelung des Anspruches auf eine Hinterlassenenrente bei geschiedenen Ehepartnern; sie betrifft also Witwen und Witwer. Der Nationalrat wollte die geschiedenen den verheirateten Ehepartnern gleichstellen, wie ich vorhin erwähnt habe. Ihre Kommission hat nun in der zweiten Lesung aufgrund der komplizierten Lösung des Ständerates den Entscheid getroffen, dass eine geschiedene Witwe bzw. ein geschiedener Witwer nach dem Tod des Ex-Partners bzw. der Ex-Partnerin eine AHV-Rente nur noch im Rahmen des ihr bzw. ihm gemäss Scheidungsurteil zustehenden Unterhaltsbeitrages erhalten soll. Das heisst, dass der Witwe oder dem Witwer aus einem geschiedenen Verhältnis aus dem Tod des früheren Partners weder ein Nach- noch ein Vorteil erwachsen soll. Sie sollen ganz klar das erhalten, was ihnen im Scheidungsurteil zugesprochen wurde, und da gibt es ja ganz andere Voraussetzungen als die der Verschuldungsfrage, die noch vor der Revision des Scheidungsrechtes eine Rolle spielte. Neu spielt tatsächlich eine Rolle, wer wie viel für den eigenen Unterhalt selbst verdienen kann und wer wie viel und wie lange abhängig vom geschiedenen Partner wird. Deshalb ist es gerecht, dass eine Witwen- oder Witwerrente, die durch den Tod eines früheren Partners, von dem man sich durch die Scheidung getrennt hatte, ausgelöst wurde, nicht mehr so weitergeführt wird, sondern nur noch im Rahmen des Scheidungsurteils. Diese Lösung in Bezug auf die geschiedenen Frauen ist in den Artikeln 23 Absatz 5, 24a und 36 Absatz 2 geregelt.

Selbstverständlich würde eine Witwe oder ein Witwer nach dem Tod des Ex-Partners auch dann eine Rente im Umfang des Scheidungsurteils erhalten, wenn ihr oder ihm zur Zeit der Scheidung keine Rente zugeteilt werden konnte, weil das Einkommen zu klein war. Sie wissen, dass heute im Scheidungsurteil auch dann, wenn leider zu wenig Geld vorhanden ist, festgehalten werden muss, wie hoch der Unterhaltsbeitrag sein müsste, um das Existenzminimum des Partners zu garantieren, und deshalb kann keine Lücke entstehen. Alle Scheidungspartner sollen im Umfang ihres Anspruches beim Tod des Ex-Partners eine Witwenrente erhalten, die im Mass und zeitlich gemäss dem Scheidungsurteil ausfällt. Diesem Vorschlag hat unsere Kommission einstimmig zugestimmt.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit der Kommission zu folgen. Wie gesagt, gibt es eine Inkonsequenz, was die kinderlose Witwe betrifft; hier geht der Ständerat weiter als der Nationalrat, indem er mit einem Anspruch auf eine Betreuungsgutschrift auch einer kinderlosen Witwe eine Rente zusprechen möchte.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Nous entrons ici dans l'un des sujets clés de la 11e révision de l'AVS. Trois propositions se sont trouvées en confrontation:

1. La solution du Conseil national, qui prévoyait le maintien des droits existants pour les veuves avec enfants seulement, en l'assortissant à l'article 23 d'une mesure "adouçissante" pour celles qui n'y ont pas droit, afin de leur donner le temps de se retourner et de retrouver une activité professionnelle. L'économie se limitait à 120 millions de francs.

2. La solution restrictive du Conseil des Etats, selon laquelle les veuves ne bénéficient que d'une rente se montant au bout du compte à 60 pour cent de la rente entière, 80 pour cent si elles ont atteint l'âge de la retraite prescrit à l'article 21, alors que parallèlement la rente d'orphelin est progressivement revalorisée de 40 à 60 pour cent. Cela pénalise les veuves si elles ne bénéficient pas ou plus de la rente d'orphelin. Ceci figure à l'article 36. Cette proposition est assortie des dispositions transitoires correspondantes pour devenir pleinement effective en 2016. A ce titre, Mme Genner a rappelé ce que signifie effectivement une réduction de la rente à 60 pour cent. Les veuves relevant de l'article 24 alinéa 2, à savoir celles de plus de 45 ans, mariées pendant 5 ans au moins et ne remplissant aucune des conditions prévues aux articles 23 ou 24 alinéa 1er – ce sont les questions de l'assistance – restent au bénéfice d'une rente abaissée à 40 pour cent en 2013. Les dispositions prévues à l'article 24 alinéa 2, soit une allocation unique correspondant au montant d'une rente annuelle, entrent en vigueur en 2014. Mme Polla a signalé dans son intervention que ces personnes pourraient avoir droit à une allocation de l'assurance-chômage. Ceci n'est souvent pas réalisé, parce que bien souvent elles n'ont plus travaillé pendant de nombreuses années et n'y ont donc pas droit. Economie de l'opération: 240 millions de francs.

3. Enfin, la solution intermédiaire retenue par la commission, à savoir le droit existant pour l'article 23, mais les mesures limitées à une année pour les veuves sans enfants selon l'article 23a sont biffées au profit de la solution du Conseil des Etats à l'article 24. Avec ce concept, de même que celui du Conseil national, les



modifications apportées par le Conseil des Etats à l'article 36 alinéa 1er et à l'article 37 deviennent caduques, ainsi que les dispositions transitoires y relatives.

Le montant des économies ainsi réalisées n'a pas pu être estimé en temps utile.

La commission s'est ralliée à cette solution, par 12 voix contre 11 sans abstentions.

La commission a en outre adopté, par 19 voix sans opposition et avec 4 abstentions, une proposition de modification de l'alinéa 5 de l'article 23, qui limite la renaissance du droit à la rente en cas de nullité du mariage. En effet, le nouveau droit du divorce a institué des conditions totalement différentes avec le partage des deuxième et troisième piliers. La renaissance du droit à la rente est alors en contradiction avec ces modalités. En ce qui concerne l'article 24a et les problèmes liés au divorce, la décision du Conseil des Etats aboutit au paradoxe pour le moins embarrassant qu'une femme divorcée sans enfants qui reçoit une contribution d'entretien a droit à une rente de veuve, alors que la femme mariée sans enfants n'y a pas droit. Sur proposition de l'administration, la commission vous soumet donc une nouvelle rédaction de cet article, qu'elle a approuvée par 22 voix sans opposition, et qui clarifie la question du divorce.

Couchepin Pascal (,): Le Conseil fédéral soutient la proposition de minorité Heberlein, qui prévoit une adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Nous pensons qu'il faut maintenant avancer et aboutir à un accord et éliminer une divergence. Cette solution est un premier pas vers l'unification du statut des veuves et des veufs. C'est une solution qui est compatible avec l'évolution de la société. Elle contient par ailleurs des éléments de politique sociale forts et positifs. C'est ainsi que le revenu familial est maintenu au niveau actuel s'il y a un enfant; et s'il y a deux enfants, c'est une amélioration par rapport à la situation actuelle, aussi longtemps que les enfants ont droit à des rentes d'orphelins. C'est vrai que lorsque les enfants ont atteint l'âge à partir duquel ils n'ont plus droit à une rente, il y a une dégradation du statut de la veuve. Mais dans la situation actuelle, cela nous paraît acceptable et supportable.

Il s'agit cependant d'éviter de multiplier les mesures qui vont toutes dans le même sens, c'est la raison pour laquelle nous souhaitons que vous suiviez le Conseil des Etats et la minorité Heberlein ici, mais qu'ensuite, lorsqu'on discutera le problème de la retraite flexible, on s'en tienne à la solution qui a toujours été préconisée par le Conseil fédéral, c'est-à-dire que l'on affecte à cette mesure un crédit d'une certaine importance.

Art. 23a, 24

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 91 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 73 Stimmen

Art. 23, 24a, 36, 37

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 75 Stimmen

AB 2003 N 602 / BO 2003 N 602

Art. 24b Abs. 2; 29septies Abs. 1, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 24b al. 2; 29septies al. 1, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 40ter

Antrag der Mehrheit





Festhalten

Antrag der Minderheit I

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rechsteiner-Basel, Rossini)
Festhalten, aber mit dem finanziellen Einsatz von 600 Millionen Franken:

Abs. 2

Bis zu einem durchschnittlichen für 12 ganze Monatsrenten 1,7 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 5,5 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 9,8 Prozent

Ab einem durchschnittlichen für 12 ganze Monatsrenten 4,0 Prozent; für 24 ganze Monatsrenten 9,4 Prozent; für 36 ganze Monatsrenten 15 Prozent

Antrag der Minderheit II

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Gutzwiller, Heberlein, Stahl, Widrig)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit III

(Hassler, Dormann Rosmarie, Fattebert, Meyer Thérèse, Zäch)
Festhalten, plus Ziff. II Bst. d (Übergangsbestimmungen d. Kürzung bei Vorbezug der Altersrente)

Art. 40ter

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité I

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rechsteiner-Basel, Rossini)
Maintenir, mais avec un engagement financier de 600 millions de francs:

Al. 2

Jusqu'à un revenu moyen pour 12 rentes mensuelles entières 1,7 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 5,5 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 9,8 pour cent

A partir d'un revenu moyen pour 12 rentes mensuelles entières 4,0 pour cent; pour 24 rentes mensuelles entières 9,4 pour cent; pour 36 rentes mensuelles entières 15 pour cent

Proposition de la minorité II

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Gutzwiller, Heberlein, Stahl, Widrig)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité III

(Hassler, Dormann Rosmarie, Fattebert, Meyer Thérèse, Zäch)
Maintenir, plus ch. II let. d (Dispositions transitoires d. Réduction de la rente de vieillesse en cas d'anticipation)

Goll Christine (S, ZH): Wir sind bisher davon ausgegangen, dass die Flexibilisierung des Rentenalters auf einen breiten politischen Konsens stösst, dies auch im Wissen darum, dass eine sozial ausgestaltete Flexibilisierung des Rentenalters nicht gratis zu haben ist. Das ist auch der Grund, weshalb wir hier den Einsatz von mindestens 600 Millionen Franken fordern; wir wollen ermöglichen, dass sich vor allem auch Angehörige unterer und mittlerer Einkommenskategorien einen frühzeitigen Altersrücktritt erlauben können.

Ich möchte Sie auch hier bitten, sich kurz wieder die Geschichte dieser 11. AHV-Revision rund um die Flexibilisierungsfrage in Erinnerung zu rufen. Sie erinnern sich vielleicht, dass unsere Kommission, die SGK-NR, ursprünglich beantragt hat, 800 Millionen Franken für die Flexibilisierung des Rentenalters einzusetzen. Und Sie erinnern sich sicher auch noch, dass dieser Vorschlag mit dem Stichentscheid des damaligen Ratspräsidenten gescheitert ist.

Die Mehrheit unserer Kommission will nun an ihrem ursprünglichen Entscheid von 400 Millionen Franken für die Flexibilisierung festhalten. Im Übrigen entsprechen diese 400 Millionen Franken auch dem, was durch die Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre so genannt eingespart werden soll. Auch der Bundesrat ging ursprünglich davon aus, dass das Geld, das durch die Erhöhung des Frauenrentenalters in die AHV-Kasse fliessen soll, für die Flexibilisierung zur Verfügung gestellt werden soll.



Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Erhöhung des Rentenalters kein taugliches Sparinstrument ist, vor allem auch deshalb nicht, weil Mehrkosten und Folgekosten zu befürchten sind. Denken Sie daran, dass Menschen, die länger arbeiten müssen, dann einfach an die Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung oder gar an die Sozialhilfe abgeschoben werden.

Nichtsdestotrotz propagiert Bundespräsident Couchepin bereits eine weitere Rentenaltererhöhung für Männer und Frauen auf 67 Jahre. Den Vogel abgeschossen haben in diesen Tagen die Jungfreisinnigen, die heute eine Medienmitteilung verbreiten liessen, in der sie ein Rentenalter von 70 Jahren für Frauen und Männer fordern. Wenn wir bei der Mehrheit, also bei diesen 400 Millionen Franken für die Flexibilisierung des Rentenalters, bleiben, dann heisst das im Klartext nichts anderes, als dass die Frauen gezwungen werden, ein Jahr länger erwerbstätig zu sein, um damit einen frühzeitigen Altersrücktritt für die Gutverdienenden zu ermöglichen. Frühpensionierungen sind heute an der Tagesordnung. Wenn Sie aber nachsehen, wer sich heute einen frühzeitigen Altersrücktritt erlauben kann, stellen Sie fest, dass es vor allem diejenigen sind, die nicht nur gut verdienen, sondern die auch über eine gut ausgebaute zweite Säule im Überobligatorium verfügen und damit mit einem goldenen Fallschirm in den Ruhestand treten können.

Wir treten dafür ein, dass alle Menschen in Würde und vor allem in finanzieller Sicherheit alt werden können. Wir treten vor allem dafür ein, dass sich auch die Wenigverdienenden und die Normalverdienenden einen frühzeitigen Altersrücktritt erlauben können. Denn das sind nicht nur diejenigen Bevölkerungsgruppen, die die Mehrheit ausmachen, sondern auch jene, die eine frühzeitige Pensionierung am nötigsten haben. Mit den 400 Millionen Franken Einsatz für die Flexibilisierung, wie sie die Mehrheit der Kommission beantragt, werden den Rentnern und Rentnerinnen, die beispielsweise mit 62 Jahren in Pension treten, massive Rentenkürzungen zugemutet, und zwar Rentenkürzungen von 150 Franken für die kleinsten Einkommen bei einer Minimalrente und bis zu 340 Franken bei einer Maximalrente; das pro Monat und ein Leben lang.

Der Ständerat will hier einen noch grösseren Kahlschlag. Er hat nicht nur beschlossen, überhaupt kein Geld für die Flexibilisierung des Rentenalters zur Verfügung zu stellen, sondern er hat den so genannten versicherungstechnischen Kürzungssatz vorgeschlagen, der konkret zu lebenslangen Renteneinbussen zwischen 200 und 400 Franken monatlich führen wird.

Wir schlagen Ihnen hier im Sinne eines Kompromisses vor, mindestens 600 Millionen Franken für die Flexibilisierung einzusetzen. Ich bitte Sie, sich in Erinnerung zu rufen, dass Sie so oder so mit einer Abbauvorlage vor das Volk treten müssen. Es ist eine Abbauvorlage durch die Erhöhung des Frauenrentenalters, bei der es um einen Betrag in der Höhe von 400 Millionen Franken geht. Es ist eine Abbauvorlage

AB 2003 N 603 / BO 2003 N 603

bei der Witwenrente, bei der es um einen Betrag von 120 Millionen Franken geht. Ein weiterer Abbau, der beschlossene Sache ist und keine Differenz mehr zulässt, ist die Rentenanpassung, die zukünftig nur noch alle drei statt alle zwei Jahre erfolgen soll. Es sollen also weitere 150 Millionen Franken an Leistungen für die Rentner und Rentnerinnen abgebaut werden.

Mit der vorherrschenden Sparhysterie, die wir auch in den vorhergehenden Voten zum Teil gehört haben, werden unsere Sozialwerke zu Tode gespart. Den Preis bezahlen die Wenig- und Normalverdienenden; den Preis bezahlt also die Mehrheit in diesem Lande.

Ich bitte Sie, mindestens 600 Millionen Franken für die Flexibilisierung einzusetzen, damit diese nicht ein Privileg der Reichen bleibt.

Triponez Pierre (R, BE): Nachdem beim Grundsatz der Flexibilisierung des Altersrücktritts zwischen Ständerat und unserem Rat keinerlei Differenzen bestehen, liegt bei Artikel 40ter, der den Kürzungssatz bei Vorbezug der Altersrente regeln muss, eine ganze Palette von Vorschlägen zur Diskussion vor:

Eine knappe Kommissionsmehrheit will am früheren Beschluss des Nationalrates festhalten. Die Minderheit I, soeben von Frau Goll vertreten, will satte 600 Millionen Franken – als Kompromiss habe ich gehört – zur Förderung des vorzeitigen Altersrücktritts einsetzen. Und eine Minderheit III legt als Eventualantrag einen auf zehn Jahre befristeten, komplizierten Abfederungsmechanismus mit Verlängerungsmöglichkeit vor. Demgegenüber ist der Antrag der starken Minderheit II, den ich Ihnen zur Annahme empfehle, einfach, er ist klar, er ist versicherungstechnisch richtig, er ist sozialpolitisch vernünftig, und er ist finanziell verkraftbar.

Die Minderheit II beantragt Ihnen nämlich, auf der ganzen Linie dem Ständerat zu folgen und die Rente bei vorzeitigem Rücktritt um den versicherungstechnischen Gegenwert der vorbezogenen Leistungen zu kürzen. Für diesen Antrag sprechen die folgenden sieben Argumente:

1. Angesichts der Finanzlage und der finanziellen Zukunftsperspektiven unserer AHV dürfen und können wir es uns nicht leisten, ohne Not Zusatzausgaben in dreistelliger Millionenhöhe zu beschliessen. Wir alle wissen zu-



dem, dass wir für die Zukunft der AHV – damit sie bezahlbar bleibt – eine zusätzliche Mehrwertsteuererhöhung beschliessen müssen. Umso weniger lässt sich eine sozialpolitisch fragwürdige Abfederung irgendwelcher Art rechtfertigen.

2. Eine Rentenkürzung nach versicherungstechnischen Grundsätzen verwehrt niemandem einen vorzeitigen Ruhestand, weil nämlich auch beim Rentenvorbezug – das hat Frau Goll verschwiegen – ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen im Bedarfsfall besteht. Damit wird – das betone ich – gleichzeitig verhindert, dass auch Personen, welche gar nicht darauf angewiesen sind, in den Genuss einer sozialen Abfederung kommen.

3. Die versicherungstechnische Kürzung ist umso gerechtfertigter, als der bisherige Kürzungssatz von 6,8 Prozent bekanntlich auf 5,4 Prozent gesenkt werden soll.

4. Die versicherungstechnische Kürzung entspricht auch dem Gebot der Gleichbehandlung gegenüber all jenen Versicherten, welche ihre Beiträge bis zum ordentlichen Rentenalter leisten. Es ist von daher stossend, wenn diese letztlich die vorzeitigen Pensionierungen mitfinanzieren müssten.

5. Angesichts der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung und der Perspektive, das ordentliche Rentenalter früher oder später erhöhen zu müssen – nicht zu Propagandazwecken, sondern aus einer Notwendigkeit heraus –, ist jeder finanzielle Anreiz zu einem vorzeitigen Altersrücktritt ein falsches Signal.

6. Auch aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen ist jeder Anreiz zur vorzeitigen Pensionierung zu vermeiden. Bereits ab dem Jahre 2005 werden – das wissen wir alle – mehr Personen das ordentliche Rentenalter erreichen, als Junge neu ins Erwerbsleben nachstossen.

7. Es ist zu bedenken, dass eine soziale Abfederung in der Grössenordnung von 400 Millionen Franken, wie von der Mehrheit vorgesehen, den Bundeshaushalt mit 68 Millionen Franken zusätzlich belasten würde.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die Minderheit II, dem Ständerat zu folgen und der versicherungstechnisch richtigen Kürzung zuzustimmen.

Hassler Hansjörg (V, GR): Zuerst möchte ich eines klarstellen: Der Antrag der Minderheit III ist ein Hauptantrag, er wurde auf der Fahne fälschlicherweise zuerst als Eventualantrag aufgeführt.

Eine stärkere Flexibilisierung des Rentenalters gegenüber dem geltenden Recht ist nach wie vor wünschenswert und auch richtig. Das Modell des Bundesrates mit dem möglichen Vorbezug von drei Jahresrenten ist gut. Die rein versicherungsmathematische Kürzung der Renten bei Personen mit tiefen Einkommen verunmöglicht diesen aber faktisch, von der Flexibilisierung Gebrauch zu machen. Die Rentenkürzung für drei Jahre würde rund 17 Prozent betragen. Dies bedeutet, dass die aktuelle Minimalrente von heute 1030 Franken auf rund 870 Franken pro Monat gekürzt würde, und dies lebenslänglich. Das ist sozialpolitisch unverantwortbar. In der Altersvorsorge gibt es zwischen den verschiedenen Einkommenskategorien riesige Unterschiede. Auf der einen Seite verfügen Personen mit hohem Einkommen in der Regel zusätzlich zur AHV über eine komfortable zweite Säule, die ihnen die Weiterführung des gewohnten Lebensstandards ermöglicht. Auf der anderen Seite stehen Personen, die nur eine bescheidene AHV-Rente beziehen. Zu ihnen sind vor allem die Frauen zu zählen, aber auch ungelernete Arbeitskräfte ganz allgemein, die Handwerker und auch wir Landwirte und viele andere gehören dazu. Für diese Personen braucht es beim Vorbezug der AHV-Rente eine soziale Abfederung.

Die Minderheit III hält grundsätzlich am ersten Beschluss des Nationalrates fest. In den Übergangsbestimmungen soll die Ausgestaltung dieser Lösung konkretisiert werden. Der vorgesehene Mitteleinsatz ist mit 400 Millionen Franken sehr bescheiden. Das sind rund 1,3 Prozent der jährlichen Aufwendungen für die AHV. Diese 400 Millionen werden durch die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen bereits kompensiert. Es kann also nicht von einem Ausbau der AHV-Leistungen gesprochen werden.

Der Ständerat hat aber diese bescheidene soziale Abfederung abgelehnt. Mit dem Antrag der Minderheit III möchten wir daher eine Brücke zum Ständerat schlagen. Die Kürzungsbeiträge sollen für zehn Jahre nach Inkrafttreten der Revision gelten. Nach Ablauf dieser Frist stellt der Bundesrat dem Parlament Antrag auf Verlängerung, Anpassung oder Beendigung dieser Regelung. Dabei hat er der Entwicklung im Sozialbereich und auf dem Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen.

Wir wissen nicht, wie viele Personen in Zukunft vom Vorbezug der Altersrente Gebrauch machen werden. Wir wissen daher auch nicht, welcher Betrag effektiv aufgrund der festgelegten Kürzungssätze beansprucht wird. Diesem Umstand wollen wir mit dem Antrag der Minderheit III auch Rechnung tragen. Wir schlagen vor, den Betrag für die soziale Abfederung auf 0,2 Prozentpunkte der Mehrwertsteuer zu limitieren. Dies ergäbe aufgrund der heutigen Mehrwertsteuereinnahmen eine Summe von höchstens 460 Millionen Franken. Sollten diese 0,2 Prozentpunkte während zwei aufeinander folgenden Jahren überschritten werden, stellt der Bundesrat dem Parlament Antrag, damit dieser Grenzwert wieder eingehalten werden kann.

Wir meinen, mit diesem Antrag eine sehr moderate Lösung vorzuschlagen, die keine finanziellen Risiken beinhaltet. Ich bitte Sie daher, die Minderheit III zu unterstützen.



Meyer Thérèse (C, FR): Je crois que c'est l'unanimité dans cette salle, nous voulons tous instituer une flexibilisation de l'âge de la retraite dans la 11e révision de l'AVS. Mais les avis divergent sur les moyens à mettre à disposition pour

AB 2003 N 604 / BO 2003 N 604

accompagner cette flexibilisation. Je ne vous cache pas que cela a été le débat le plus nourri au sein de notre groupe dans ce processus d'élimination des divergences.

Notre Conseil, à une voix près, vous vous en souvenez, a donné sa préférence à un modèle d'aide à la flexibilisation d'un coût de 400 millions de francs, contre une version à 800 millions. Ce modèle de flexibilisation d'un coût de 400 millions de francs a été amélioré dans ses effets par nos soins, par rapport à celui du même coût proposé par le Conseil fédéral. Notre Conseil a estimé qu'une aide était nécessaire pour atténuer les effets de la réduction de la rente lors d'un départ à la retraite anticipé.

Le Conseil des Etats a examiné ce projet dans un climat financier beaucoup plus tendu. Après l'échec du modèle David, qui proposait un vrai pont AVS avec participation des partenaires sociaux, le Conseil des Etats a décidé de renoncer à instituer une aide financière à la flexibilisation, car il eu des doutes au sujet de son efficacité.

Nous sommes là devant une divergence de taille et notre groupe veut construire des ponts pour mettre sous toit cette 11e révision de l'AVS dont nous avons besoin. Un débat constructif au sein du groupe a permis de dégager deux lignes pour y parvenir, deux lignes qui jouissent d'un soutien pratiquement équivalent. Les partisans des deux lignes pensent qu'il est nécessaire de prévoir des mesures d'accompagnement pour réussir la flexibilisation. Une des lignes suggère qu'un pont avec le Conseil des Etats peut être construit en adoptant la solution du Conseil des Etats à l'article 40ter. Mais pour que cette version soit acceptable, il faut impérativement que la proposition subsidiaire de la minorité Dormann au chiffre II, dispositions transitoires, lettre e, soit soutenue. Cette proposition tend à diminuer de moitié la réduction de la rente vieillesse des femmes en cas d'anticipation du départ à la retraite, comme actuellement, mais prolonge jusqu'en 2020 cette diminution.

Donc, tous reconnaissent qu'un effort est demandé aux femmes dans cette 11e révision de l'AVS puisqu'on harmonise l'âge de la retraite à 65 ans pour tous et que, les salaires des femmes étant en général plus bas que ceux des hommes, il faut donner aux femmes un coup de pouce pour qu'elles puissent prendre leur retraite d'une manière harmonieuse, ceci en cas d'adoption de la version du Conseil des Etats.

Un autre pont peut être jeté vers le Conseil des Etats en maintenant la solution à 400 millions de francs, selon la version de notre Conseil, qui aide à la flexibilisation pour les hommes et les femmes – donc, les uns et les autres pourront en bénéficier.

Les personnes à revenu modeste ont souvent aussi des métiers dits durs et une prise de retraite anticipée induit une baisse trop importante de la rente si une atténuation de la réduction n'est pas aménagée. Pour un salaire de 49 000 francs, par exemple, une anticipation de trois ans fait 300 francs de déduction par mois, tandis que la version de notre Conseil, qui entraînerait des dépenses supplémentaires de 400 millions de francs, permet de limiter la réduction à 187 francs par mois.

Pour faire un pas vers le Conseil des Etats et l'idée de M. David, nous proposons de soutenir la minorité III dont nous avons élaboré la proposition subsidiaire avec M. Hassler, qui demande un examen après dix ans de l'effet de la mesure et limite l'engagement à 0,2 point de TVA. C'était une crainte du Conseil des Etats de voir grimper ces chiffres sans cadre clair. Cette mesure entraînerait donc des dépenses supplémentaires de l'ordre de 400 millions de francs, comme le veut la majorité, mais avec un cadre pour éviter dans dix ans le maintien d'une mesure qui serait inefficace ou dont les coûts exploseraient. Dans tous les cas, il faut voter une mesure d'accompagnement pour que la flexibilisation soit possible, sinon la 11e révision de l'AVS risque de rester lettre morte. Or, nous en avons vraiment besoin pour ne pas faire fondre le fonds AVS.

Beck Serge (L, VD): Je crois qu'il convient de cesser de jouer avec le feu dans le domaine de la prévoyance. Au-delà de nos débats du jour, c'est bien la pérennité du système qui est en cause. Lorsque Mme Goll jongle aujourd'hui avec quelques centaines de millions de francs, par les mécanismes actuariels et par l'effet incitatif des mesures que la majorité et plus encore Mme Goll souhaitent mettre en place, c'est avec quelques milliards de francs de demain que nous jonglons déjà. La gauche ne peut avoir dans le domaine de la prévoyance les attitudes spéculatives qu'elle a tant reprochées aux affairistes dans le domaine boursier.

Le groupe libéral est favorable à la flexibilisation de l'âge du départ à la retraite, encore s'agit-il d'examiner celle-ci dans les deux sens, en deçà et au-delà de l'âge qui est fixé. Quant aux ponts qui sont à construire, Madame Meyer Thérèse, ils doivent l'être plutôt en envisageant de faire passer l'âge normal de la retraite de 65 à 67 ou 68 ans. Et c'est peut-être à ce moment-là, pour permettre cette migration-là de façon progressive,



qu'il s'agira d'engager des moyens financiers supplémentaires.

Les faits sont en effet têtus et l'allongement de l'espérance de vie l'est particulièrement. Cet allongement de l'espérance de vie, que Mme Goll nous dépeint finalement comme une sorte de démantèlement social, devrions-nous le combattre? Incontournablement, la durée de la période de rente augmente, et cela nécessite en toute bonne logique, en toute transparence financière, l'accroissement du financement des régimes de prévoyance. Bien sûr que nous aimerions nous aussi, libéraux, pouvoir crier avec tant d'autres démagogues ou tant d'autres cigales: "Demain, l'on sert des rentes gratuitement!"

Depuis mes premiers débats dans le domaine de la prévoyance au niveau cantonal, j'ai toujours eu l'occasion de me battre pour assurer l'indispensable financement pérenne des régimes sociaux. A chaque étape, j'ai été confronté à des illusionnistes de gauche, malheureusement souvent des syndicalistes à courte vue, qui combattaient par exemple la capitalisation totale obligatoire pour les caisses de pension publiques.

Aujourd'hui, le nombre de celles qui sont condamnées à diminuer leurs prestations ne fait que s'accroître. Et ceux qui ont toujours dénoncé le petit crédit ont cautionné un système similaire dans la gestion des institutions de prévoyance publique dans lesquelles ils étaient politiquement ou paritairement engagés. Cette erreur, nous ne pouvons nous permettre, vis-à-vis de l'ensemble des citoyens de ce pays, de la commettre à nouveau dans le premier pilier.

A l'heure où il est incontournable d'allonger la période de cotisation – le débat autrichien nous démontre d'ailleurs l'aspect général de ce problème de prévoyance en Europe occidentale et la pertinence des réflexions qui sont en cours chez tous nos voisins – à l'heure où il faut allonger cette période de cotisation, il est déraisonnable de suivre tant la majorité que la minorité I (Goll).

Il convient encore de dénoncer un a priori qui est faux. Les petits salaires ne sont pas forcément ceux des travaux les plus pénibles en termes physiques, ou ceux qui nécessiteraient automatiquement ou de manière majoritaire un départ à la retraite anticipé. Je crois donc qu'il convient dans l'esprit libéral de permettre aux actifs de choisir une retraite à un moment qui doit être flexible, mais avec une responsabilisation des rentiers, de manière à ce que les conséquences financières de leur choix soient assumées en fonction du départ à la retraite.

C'est ainsi qu'en toute cohérence et en toute transparence, au niveau financier et pour assurer la pérennité du premier pilier, il convient de suivre la minorité II (Triponez), c'est-à-dire la version du Conseil des Etats.

Studer Heiner (E, AG): Es geht hier um die zentrale Frage dieser Differenzvereinbarung. Wir müssen uns bewusst sein: Wir sind bei der Differenzvereinbarung.

Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass dieser Rat der Flexibilisierung mit dem Einsatz von 800 Millionen Franken nicht zugestimmt hat. Der Ständerat hat dann nicht einmal dem Kompromiss des Nationalrates mit 400 Millionen Franken zugestimmt.

AB 2003 N 605 / BO 2003 N 605

Nun stehen wir vor der Situation, dass es in dieser Frage einen Scherbenhaufen geben kann und Versprechen, die gemacht wurden, nicht eingehalten werden. Denn wenn Sie einfach mit der Minderheit II dem Ständerat zustimmen würden, wäre das zentrale Versprechen bei der Heraufsetzung des Frauenrentenalters nicht eingehalten. Wer kann es sich leisten – das sage ich als Antwort auf das rhetorische Feuerwerk meines Vorredners, das er hier losgelassen hat und das ich sehr genossen habe, weil es ein tolles Französisch war –, wer von denjenigen, die wir entlasten wollen, würde davon profitieren? Sie als Liberale Partei vertreten offensichtlich die Leute, die in höheren Einkommenssphären sind und sich diesen freien Entscheid – versicherungstechnisch ausgerechnet – leisten können. Das sehen wir aber anders, wenn wir das Umfeld betrachten, dem wir eben näher sind.

Nun kommt die Hauptfrage: Soll man der Mehrheit zustimmen, also am Beschluss des Nationalrates festhalten, oder noch weiter gehen, wie es die Minderheit I (Goll) mit 600 Millionen Franken will? Da müssen wir auf der anderen Seite eine realpolitische Überlegung machen. Wir sind in einem Differenzvereinigungsverfahren: Der Ständerat wollte 0 Franken; wir wollten 800 Millionen Franken, hatten aber keine Chance und waren dann bei 400 Millionen Franken gelandet. Wenn wir jetzt, was uns sympathisch wäre, 600 Millionen Franken beschliessen würden, beraubten wir uns jeder Chance, dass der Ständerat einschwenkt und wir schliesslich auf der Basis des Beschlusses des Nationalrates zu einer Lösung kommen. Das ist doch ein Stück weit die Realität.

Wenn wir jetzt bei der Flexibilisierung – einer Lösung, die dann auch vernünftig angewendet werden kann – noch etwas aus dieser Revision herausbringen wollen, ist es einfach richtig, wenn wir hier schwergewichtig der



Kommissionsmehrheit folgen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Was wir hier erleben, gemahnt teilweise an ein Trauerspiel. Das Schweizervolk hatte 2000 unter anderem über eine Volksinitiative der Grünen Partei abzustimmen, die die so genannte Ruhestandsrente vorgesehen hätte. Sie hätte also die Möglichkeit vorgesehen, ab 62 Jahren ohne Rentenverlust in den Ruhestand zu treten, unter der Voraussetzung der Aufgabe der Erwerbstätigkeit. Sie können sich vielleicht nicht mehr daran erinnern – das politische Gedächtnis ist gelegentlich kurzlebig –, dass diese Initiative in der Abstimmung 46 Prozent Jastimmen erzielt hat. Diese Initiative, Herr Beck, hat in der Suisse romande wie in der gesamten lateinischen Schweiz eine Mehrheit erzielt. Das ist die Voraussetzung, von der man hier ausgehen muss, und zwar deshalb, weil der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien diese Initiative der Grünen Partei schwergewichtig mit dem Argument bekämpft haben, dass man mit der Einführung des flexiblen Rentenalters im Rahmen der 11. AHV-Revision eine bessere, angemessenere und finanzierbare Lösung finden werde. In der 11. AHV-Revision – damals gab es bereits die Vernehmlassung dazu – ist vorgeschlagen worden, die Flexibilisierung des Rentenalters, den vorzeitigen Ruhestand für die unteren und mittleren Einkommen, mit einem Betrag von 900 Millionen Franken – mit 900 Millionen Franken! – zu verbilligen. Das wäre knapp die Hälfte dessen gewesen, was die Ruhestands-Initiative der Grünen gekostet hätte. Das war der Stand der Dinge im Abstimmungskampf über die Initiative der Grünen: Sie hat trotz dieser Kostenfolgen 46 Prozent an Jastimmen erzielt und damit zum Ausdruck gebracht, dass der vorzeitige Ruhestand ein dringendes soziales Bedürfnis ist.

Was haben wir nachher erlebt? Der Bundesrat hat nur noch eine so genannt kostenneutrale Lösung vorgeschlagen; aber nicht eine Nulllösung à la Triponez, sondern eine kostenneutrale Lösung. Der Vorschlag sah vor, dass das, was durch die Erhöhung des Rentenalters der Frauen eingespart wird – davon spricht hier im Moment niemand –, jetzt umgekehrt für die vorzeitige Pensionierung von Personen mit unteren und mittleren Einkommen eingesetzt werden solle; das sind 450 Millionen Franken.

Auch dieses Versprechen soll jetzt noch gebrochen werden, wenn dem Antrag der Minderheit II (Triponez) bzw. dem Beschluss des Ständerates gefolgt würde. Das ist nun doch Betrug am Volk, wenn man es am Ergebnis der Volksabstimmung abliest. Die vorzeitige Pensionierung entspricht einem dringenden sozialen Bedürfnis der unteren und mittleren Einkommen. Wenn es bei der heutigen Regelung einer versicherungsmathematischen Kürzung bleibt, dann ist es halt so, dass die vorzeitige Pensionierung ein Privileg der hohen Einkommen bleibt, ein Privileg der Kader, wie es alle Erhebungen zeigen. Diejenigen, die am meisten darauf angewiesen sind, können aber nicht davon Gebrauch machen – ausser wenn es eine gute Branchenlösung gibt, die jetzt im Bau erkämpft worden ist. Das ist die Ausnahme; aber im Übrigen haben die unteren und mittleren Einkommen diese Möglichkeit nicht. Namentlich haben die Frauen diese Möglichkeit nicht, bei denen es solche gute Branchenlösungen nicht gibt. Die Frauen, die umgekehrt die Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr am härtesten bezahlen, diejenigen mit unteren und mittleren Einkommen, vor allem solche mit unteren Einkommen, die es sich nicht leisten können, ein oder zwei Jahre früher in Rente zu gehen.

Zu den Kosten: Sie müssen auch die Zwischenbilanz ansehen, wie sie im Moment aussieht. Es ist halt so, dass die 11. AHV-Revision eine Kostensenkungsvorlage ist – egal, wie sie herauskommt. Es gibt Einsparungen, die bereits beschlossen sind; es besteht dort keine Differenz mehr zwischen National- und Ständerat. Durch die Verschiebung des Teuerungsausgleichs bei den Renten werden 150 Millionen Franken eingespart. Bei den Witwen verbleibt nach den neuen Beschlüssen eine Einsparung von 120 Millionen Franken; dazu kommen die 450 Millionen durch die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen. Es wäre nichts als Anstand, diesen minimalen Schritt bei der Flexibilisierung des Rentenalters zu machen – für eine vorzeitige Pensionierung für die unteren und mittleren Einkommen; man kann sich diese auch leisten.

Fasel Hugo (G, FR): Die Frage, um die es hier geht – wie federn wir das flexible Rentenalter finanziell ab? –, ist eine der Schlüsselfragen im Rahmen der 11. AHV-Revision. In der ersten Runde diskutierten wir noch über 800 Millionen Franken. Diese Abstimmung ging mit dem Stichentscheid des Präsidenten verloren. Der Ständerat hat jetzt auf null zurückbuchstabiert.

Es war auch von Anfang an ein Versprechen gewesen, dass man einerseits das Frauenrentenalter anhebt, aber umgekehrt – mein Vorredner hat es gesagt – eine Flexibilisierung realisiert, die auch unteren Einkommen zugänglich gemacht wird. Es nützt letztlich nichts, hier Flexibilisierung zu beschliessen, wenn wir nicht auch die Mittel bereitstellen, die für alle eine echte Flexibilisierung möglich machen, vor allem für all jene, die keinen Zugang zur zweiten Säule haben. Wir werden es wahrscheinlich am Nachmittag wieder erleben, dass in diesem Rat nur wenige bereit sind, einen besseren Zugang, insbesondere für Frauen, zur zweiten Säule zu schaffen, weil sie sagen, das sollte in der ersten Säule geregelt werden. Wer Flexibilisierung will und nicht



die notwendigen Mittel bereitstellt, der begeht eine Ungerechtigkeit und führt Privilegierung ein. Interessant ist auch, hier festzustellen, dass all jene für eine Erhöhung des Rentenalters eintreten, die für sich selber ein niedrigeres Rentenalter beanspruchen.

Ich gebe zu Protokoll, heute in diesem Saal eine Wette abzuschliessen, dass Herr Triponez, der vorher hier geredet und sich für eine Erhöhung des Rentenalters ausgesprochen hat, garantiert nicht erst mit 65 in Pension gehen wird. Ich wage es, eine Wette abzuschliessen, dass auch mon collègue Serge Beck nicht mit 65, sondern auf jeden Fall vorzeitig in Rente gehen wird. Deshalb ist es schon interessant, wie die Leute, die sich gegen eine finanziell zugängliche Flexibilisierung aussprechen, für sich teilweise andere Rechte beanspruchen.

Ich möchte noch einen Punkt hervorheben, auf den in letzter Zeit konsequent hingewiesen wird: Man solle keine Mittel für

AB 2003 N 606 / BO 2003 N 606

die Flexibilisierung bereitstellen, weil ja nicht Anreize geschaffen werden sollten, dass die Leute früher aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden; wir bräuchten die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Frage – und jetzt wäre ich froh, wenn der Bundespräsident das mitnimmt -: Warum dann, Herr Bundespräsident, schlagen Sie dann nicht vor – wenn man keine Anreize schaffen möchte, dass die Leute früh in Pension gehen –, dass wir bei der Säule 3a mit der Steuerbegünstigung sofort aufhören? Warum, Herr Bundespräsident, schlagen Sie – und auch die bürgerlichen Parteien – dann nicht vor, dass wir bei der zweiten Säule im Bereich des Überobligatoriums die Steuervorteile abschaffen? Dort muss man bremsen! Denn das betrifft bekanntlich jene, die für sich die höchste Produktivität beanspruchen.

Damit erinnere ich das Departement auch noch an den eigenen Bericht, den es gemacht hat: Es hat gesagt, wir müssten in diesem Lande Sorge zur hohen Produktivität tragen. Das würde bedeuten, dass man vor allem bei den höchsten Einkommensschichten, die für sich auch beanspruchen, sehr produktiv zu sein, für hohe Produktivität sorgt: Gerade dort macht man Steuervergünstigungen für frühe Pensionierungen – widersprüchlicher geht es nicht!

Es bleibt nur eines: dem Antrag der Minderheit I (Goll) zuzustimmen – dann tun wir auch etwas für tiefere Einkommensschichten.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich denke, es lohnt sich, hier im Differenzbereinigungsverfahren nochmals auf die wesentlichen Gründe hinzuweisen, warum auf eine Lösung mit zusätzlicher Kostenfolge verzichtet werden sollte.

Als Erstes geht es meines Erachtens einmal aus wirtschaftlicher Sicht darum, vorsichtig zu sein. Die AHV hat das wachsende Versicherungsvolumen im Wesentlichen durch eine wachsende Wirtschaft und einen grösseren Beschäftigungsgrad in unserem Land bewältigt. Nach 25 Jahren mussten der AHV 1999 mit dem Mehrwertsteuereinsatz erstmals wieder massiv mehr Mittel zugeführt werden. Wer nun davon ausgeht, dass es für die kommenden 25 Jahre problemlos so weitergehen könnte, liegt meines Erachtens einfach falsch. Ein Ausbau der im Umlageverfahren finanzierten Sozialversicherung hat auf die Beschäftigungslage einen negativen Einfluss, weil der im Verhältnis kleiner werdende Anteil der am BIP Beteiligten zusätzlich belastet wird. Er wird allein schon aufgrund der sich verschiebenden Bevölkerungsstruktur eine grössere Belastung erfahren. Jeder Ausbau in diesem Sozialversicherungsbereich kommt als zusätzliche Belastung dazu. Wer nun glaubt, man könne diese zusätzlichen Herausforderungen mit Wirtschaftswachstum oder mit Zuwanderung lösen, dem muss einfach gesagt werden: Das ist unrealistisch. Man kann die Augen vor der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten 20 bis 25 Jahren – die Zahlen dazu liegen auf dem Tisch – nicht verschliessen. Die Leute, um die es hier im Zusammenhang mit der Entwicklung der AHV geht, sind alle bereits da und bestimmen in diesem Bereich die Zukunft.

Als Zweites gilt es, auf den sozialpolitischen Teil hinzuweisen. Diese soziale Abfederung – wie man da so hört – liesse eigentlich den Schluss zu, dass vor allem Leute mit sehr bescheidenen Einkommen davon profitieren sollten.

Man spricht von diesen 400 Millionen Franken, wie wenn es sich um einen fixen Betrag handeln würde. Anzahl und Anteil der verschiedenen Einkommensklassen lassen sich kaum so genau voraussagen, und mit der Mehrheitslösung könnte es dann durchaus auch mehr geben. Wenn wir hier einen finanziellen Zustupf geben, sind das für den einzelnen Rentner – darauf möchte ich auch wieder hinweisen, Herr Hassler hat von den monatlich 870 Franken gesprochen – dann vielleicht 920 Franken; das ist der Unterschied, und das ist doch sozialpolitisch nicht entscheidend! Entscheidend ist in diesem Bereich, dass wir Ergänzungsleistungen geben können, die diese Einkommenschwäche beseitigen. Das, was hier vorgeschlagen wird, ist ein Stück weit



trotz allem eben auch "Giesskanne". Die versicherungstechnisch kostenneutrale Lösung nach Ständerat mit Ergänzungsleistungen wäre aus meiner Sicht sozialpolitisch die bessere Lösung.

Die Einkommensgruppe unter 50 000 Franken würde nach meiner Rechnung – man müsste sie noch überprüfen – nur etwa die Hälfte der zur Verfügung gestellten Mittel von 400 Millionen Franken bekommen. Die andere Hälfte ginge im Wesentlichen allein an Rentner mit Einkommen zwischen 50 000 und 70 000 oder 75 000 Franken, und dort ist es sozialpolitisch wiederum nicht so dringlich wie im unteren Bereich. Es handelt sich also auch hier um eine sehr fragwürdige Lösung, die aber in der AHV wohl kaum anders zu bewältigen wäre. Ich bitte Sie, darauf zu verzichten.

Meinen Fraktionskollegen aus der landwirtschaftlichen Abteilung möchte ich auf den Weg geben, dass es noch nie gelungen ist, mit sozialen Abgeltungen Struktur- und Berufsprobleme zu lösen; ich bitte Sie auch hier, auf diesen Teil zu verzichten.

Herr Studer Heiner hat gesagt, diese Flexibilisierung mit Kostenfolge sei ein zentrales Versprechen gewesen. Ich habe diese Versprechen nie gemacht. Herr Rechsteiner Paul, die Bevölkerung hat jene Initiative, die von der Grünen Partei kam, abgelehnt, wenn auch nur mit 54 Prozent; es gibt trotzdem keine Verpflichtung, auf ein abgelehntes Anliegen wieder einzutreten. Die ständerätliche Lösung ist also auch in der Bevölkerung mehrheitsfähig, wenn Sie so wollen.

Ich bitte Sie, der Minderheit II (Triponez) zuzustimmen.

Heberlein Trix (R, ZH): Im Namen der FDP-Fraktion beantrage ich Ihnen, der Minderheit II (Triponez) zu folgen. Wir diskutieren hier einmal mehr über die finanziellen Folgen. Wir haben vorher bereits in einer Abstimmung nichts zur Konsolidierung der AHV beigetragen, sondern Mehrausgaben beschlossen – dies zu einem Zeitpunkt, an dem wir auch noch über die Finanzierungsvorlage sprechen müssen. Dort werden Sie, wie anzunehmen ist, einmal mehr das Mehrwertsteueranteil-Prozent streichen, aber nicht sagen, um wie viel die Mehrwertsteuer erhöht werden müsste oder womit Sie den zu kürzenden Bundesanteil finanzieren würden.

Ich denke, wir müssen hier konsequent sein. Wir diskutieren über die finanziellen Folgen des Rentenvorbezuges, über die Möglichkeit, eine Abfederung für kleine Einkommen vorzusehen. Wir wollen alle eine Flexibilisierung, aber wir wollen sie nicht noch mit besonderen Anreizen fördern. Wir haben den Demographiefaktor bereits mehrmals erwähnt. Wenn wir einer versicherungstechnischen Kürzung das Wort reden, so müssen wir uns bewusst sein, dass diese heute "nur" noch 5,4 Prozent beträgt; wir waren vorher bei 6,8 Prozent. Wir sind also dagegen, dass besondere Anreize geschaffen werden. Wie sich die Kommissionmehrheit die Durchführung vorgestellt hat und wie kompliziert diese ist, wurde in der Debatte des Ständerates durch das Votum von Ständerat Frick klar aufgezeigt. Ich möchte nicht noch einmal auf all diese Punkte eingehen.

Wir haben immer betont, dass nach der 10. AHV-Revision eine Konsolidierung eintreten müsse; es dürfe kein weiterer Sozialausbau betrieben werden. Der Antrag der Mehrheit verursacht aber Mehrkosten von 400 Millionen Franken. Und wenn Frau Goll mit 600 Millionen Franken von einem Kompromissvorschlag spricht, so möchte ich fragen, wer 800 Millionen Franken oder noch mehr beantragt hätte. Diese Anträge lagen zum Glück nicht vor.

Was bewirken wir mit der Abfederung? Zwischen 40 und 100 Franken mehr Rente pro Monat. Wir sind uns alle bewusst, wenn wir ehrlich sind, dass dies nicht ausreichen wird, auch bei kleinen Einkommen nicht. Daher muss man sich eben fragen: Ist es wirklich richtig, dass wir das mit einer Art Giesskanne bezüglich aller so beschliessen, anstatt auf den Versicherungsanspruch zu verweisen? Ich möchte wirklich betonen, dass es für die Ergänzungsleistungen einen Versicherungsanspruch gibt. Die Kosten, die aus dieser Flexibilisierungsvorlage, wie sie die Mehrheit beschlossen hat, herauschauen, betragen immerhin 1,3 Prozent des AHV-Haushalts. Überlegen wir uns also, ob es das wirklich

AB 2003 N 607 / BO 2003 N 607

wert ist. Noch einmal: Wir müssen die Mittel gezielter einsetzen.

Herr Studer Heiner, auch in der Botschaft wird ganz klar auf die Ergänzungsleistungen verwiesen, und es wird auch dort gesagt, dass die Ergänzungsleistungen beizuziehen sind, auch bei der Lösung, wie wir sie als Mehrheit beschliessen würden. Der Ständerat hat mit 26 zu 12 Stimmen klar diese Lösung vorgeschlagen. Wenn wir die Konsolidierungsvorlage wahr machen wollen, dann müssen wir uns der Minderheit II (Triponez) anschliessen.

Ich denke, wir können dann darüber sprechen; die FDP-Fraktion wird dann bei Ziffer II, bei den Übergangsbestimmungen, wahrscheinlich auch den Antrag der Minderheit Dormann zu Buchstabe e unterstützen. Diese Frage stellt sich aber erst, wenn die Minderheit II (Triponez) die Mehrheit erlangt hat.



Studer Heiner (E, AG): Frau Heberlein, nachdem ich selbstverständlich zugehört habe, eine kurze Frage: Was die Ergänzungsleistungen betrifft, gehe ich einig mit dem, was Sie sagen. Aber vor der Abstimmung über die Initiative der Grünen Partei haben viele Neinsagerinnen und Neinsager aus diesem Parlament gesagt: Nein zu dieser Initiative, dieses Problem lösen wir aber bei der nächsten AHV-Revision. Das war das Zentrale. Sind Sie nicht der Meinung, dass dieses Versprechen jetzt eben nur teilweise eingelöst würde?

Heberlein Trix (R, ZH): Wir haben nie gesagt, wie viel Geld wir für die Flexibilisierung aufwenden wollen. Das war in der Diskussion um diese Renten nie die Frage. Wir müssen doch auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die finanzielle Lage einmal mehr verschlechtert hat, nicht nur diejenige des Bundes generell, sondern vor allem die der AHV. Wenn wir die Lasten immer weiter auf die nächsten Generationen übertragen, ist mir als Politikerin, die hier und jetzt entscheidet, nicht wohl dabei.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Wir sind bei Artikel 40ter: Hier geht es um die Flexibilisierung des Rentenalters respektive um den Kürzungssatz bei Frühbezug der Rente. Sie haben es gehört: Es geht um eine höchst politische Frage.

Der Bundesrat wollte zur sozialen Abfederung für kleine Einkommen bei einem Rentenvorbezug 400 Millionen Franken pro Jahr einsetzen. Das heisst, die 400 Millionen Franken kommen aus der Erhöhung des Rentenalters der Frauen. Der Bundesrat trug dabei genau den Mehreinnahmen durch die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen Rechnung. Es sind massgebend viele Frauen, die, bedingt durch ihre Frauenrolle, kleine AHV-Renten zugute haben. Der Nationalrat hat die 400 Millionen Franken ebenfalls übernommen und das Modell der Kürzung der Renten bei deren Vorbezug zugunsten von kleinen und mittleren Einkommen bis zu rund 48 000 Franken Jahreseinkommen verbessert.

Der Ständerat hat nun diesen sozialen Kürzungssatz gestrichen und setzt voll auf die versicherungstechnische Kürzung. Er verweist mit seiner Lösung Klein- und Kleinstverdiener an die Ergänzungsleistungen.

Die Mehrheit Ihrer Kommission hält an der sozialen Abfederung mit 400 Millionen Franken pro Jahr bei einem Rentenvorbezug mit 14 zu 9 Stimmen fest. Die Minderheit I (Goll) möchte die 400 Millionen Franken – Einsatz für die soziale Abfederung der Rente – um die Hälfte erhöhen, was in der Kommission mit 12 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt worden ist. Die Minderheit II (Triponez) hält an der Fassung des Ständerates fest, der sich für den kostenneutralen Kürzungssatz entschieden hat. Das heisst, bei einem Rentenvorbezug von 12 Monaten würde die Kürzung 5 Prozent, bei einem Vorbezug von 24 Monaten 10,7 Prozent und bei einem Vorbezug von 36 Monaten 16,5 Prozent betragen. Sie ersehen die Kürzungssätze der einzelnen Varianten aus der Fahne, auf Seite 21. Dann gibt es noch die Minderheit III (Hassler), die das Modell Nationalrat auf zehn Jahre beschränken möchte, um dadurch Rücksicht auf die Entwicklung im Sozialbereich und auf dem Arbeitsmarkt zu nehmen. Dieses Modell wurde in der Kommission mit 11 zu 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Falls alle Stricke reissen und wir bei der Fassung Ständerat bleiben, habe ich einen Antrag zu den Übergangsbestimmungen auf Seite 32 der Fahne deponiert.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: La flexibilisation de l'âge de la retraite constitue le deuxième enjeu majeur de cette révision. La majorité de la commission est de l'avis qu'on ne peut pas relever l'âge de la retraite des femmes à 65 ans, réduire la portée de la rente de veuve et espacer encore l'adaptation au renchérissement sans aucune contrepartie. M. Studer Heiner a rappelé à juste titre les promesses formulées lors de la 10e révision de l'AVS. Je ne vais pas reprendre ici non plus le débat que nous avons tenu en première délibération sur les métiers manuels à forte contribution physique et à revenu modeste, la construction et les travaux en forêt par exemple, qui permettent rarement de poursuivre normalement une activité professionnelle jusqu'à l'âge de 65 ans.

Différentes propositions de compromis ont été formulées de manière à empêcher l'application d'un taux d'anticipation préférentiel malgré un deuxième pilier particulièrement bien garni, ce qui encouragerait les milieux aisés à s'en prévaloir. L'introduction de la fortune comme critère d'exclusion du droit à bénéficier d'un taux préférentiel est apparue comme pratiquement inapplicable dans les faits. Mettre à disposition de la flexibilisation de la retraite 600 millions de francs à titre de compromis entre les 800 millions de francs initialement en discussion devant notre Conseil et les 400 millions de francs que nous avons finalement adoptés, n'est politiquement et financièrement pas réaliste. En revenir à un taux strictement actuariel, comme le préconise le Conseil des Etats, serait par contre synonyme de l'échec de cette réforme et n'a pratiquement aucune chance en cas de recours au peuple.

La commission vous propose donc, par 14 voix contre 9 et sans abstentions, d'en rester à sa proposition initiale, soit 400 millions de francs avec un taux préférentiel pour les revenus moyens en dessous de 48 fois la rente minimale de vieillesse. Enfin, l'adoption du modèle de la majorité suppose également de rejeter la



proposition subsidiaire de la minorité III au chiffre II, dispositions transitoires lettre d.
Je vous engage donc à suivre la majorité de la commission.

Couchepin Pascal (,): La situation se complique en fonction des décisions qui ont été prises. Je vous rappelle que la position de départ du Conseil fédéral, c'était, sur la base d'une économie globale sur les rentes de veuve d'environ 800 millions de francs, de restituer d'une certaine manière aux assurés 400 millions pour faciliter la flexibilisation du départ à la retraite. Depuis lors, une grande partie de ces économies ont disparu, et, finalement, il ne reste plus grand-chose: c'est de l'ordre de 100 millions de francs d'économies, sauf erreur. En conséquence, dépenser encore 400 millions de francs ici fait que le financement du système ne fonctionne plus très bien.

Tout à l'heure, lorsque je me suis exprimé au sujet de la rente de veuve, je vous ai recommandé d'adopter la solution du Conseil des Etats, en ajoutant que si celle-ci était adoptée, alors le Conseil fédéral se prononcerait en faveur du modèle de flexibilisation à 400 millions de francs. Dès l'instant où vous renoncez à la solution du Conseil des Etats pour la rente de veuve et que vous diminuez ainsi les possibilités d'économies, il devient irresponsable de proposer un montant supplémentaire pour la flexibilisation.

Par conséquent, je dois changer mon discours et dire que je souhaite, à l'article 40ter, la solution du Conseil des Etats (minorité II), mais avec une restriction encore: ce qui serait faux, ce serait que le Conseil des Etats maintienne sa décision pour la rente de veuve et sa solution pour la flexibilisation de l'âge du départ à la retraite, parce qu'alors, on aurait un cumul d'économies. Je combats maintenant le cumul des

AB 2003 N 608 / BO 2003 N 608

dépenses, que vous êtes en train de faire, mais je ne voudrais pas tomber non plus dans l'autre extrême qu'est le cumul des économies, comme le souhaite le Conseil des Etats.

Je vous invite donc à soutenir la solution du Conseil des Etats maintenant, en souhaitant que lui se rallie, lorsqu'on aura à en discuter, à votre solution pour la rente de veuve, de telle sorte qu'on ait quelque chose d'équilibré. Votre solution est déséquilibrée, mais si on va entièrement dans le sens du Conseil des Etats, je trouve que ce n'est pas non plus équilibré.

Pour des raisons pratiques, soutenez la version du Conseil des Etats, en espérant que ce dernier se rallie à votre solution pour la rente de veuve, ou qu'on fasse l'inverse. Mais choisir les deux à la fois n'est pas possible.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III 75 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 110 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 63 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 83 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00

AB 2003 N 609 / BO 2003 N 609



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 43bis Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 43bis al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 87

Antrag der Kommission

Drittes Lemma





.... wer als Arbeitgeber einem Arbeitnehmer um die Beiträge gekürzte Löhne ausrichtet und, anstatt die in der Folge der Ausgleichskasse geschuldeten Arbeitnehmerbeiträge zu bezahlen, sie selber verbraucht oder andere Forderungen begleicht

Viertes Lemma

Streichen

Art. 87

Proposition de la commission

Troisième tiret

.... celui qui, en sa qualité d'employeur, aura versé des salaires diminués des cotisations à un salarié et, au lieu de payer par la suite les cotisations salariales dues à la caisse de compensation, les aura utilisées lui-même ou aura satisfait d'autres prétentions

Quatrième tiret

Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 102 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Bst. e, f

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 102 al. 1

Proposition de la majorité

Let. e, f

Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Let. e

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 104 Abs. 1; 111

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 104 al. 1; 111

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Ich stelle Ihnen hier wieder den Antrag, dass man den Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent belässt. Es ist einfach eine Tatsache, dass die demographische Entwicklung ganz klar zeigt, dass die AHV wie auch die IV ohne tief greifende Reformen auf mehr Mittel angewiesen sind. Es ist



auch eine Tatsache, wenn beim Ausgleichsfonds grössere Löcher zu stopfen sind, dass der Bundesanteil, der ja diese beiden Sozialwerke nährt, auch aufgestockt werden muss. Deshalb stelle ich Ihnen den Antrag, hier den Bundesanteil zu belassen. Wir haben die Wahl: Entweder wollen wir diese fehlenden Mittel über den Bundesanteil des Mehrwertsteuerprozentes in den Fonds geben, oder, wenn Sie das nicht bewilligen sollten und der Mehrheit folgten, dann wäre es eine logische Konsequenz, dass der Bundesanteil als solcher gekürzt werden müsste.

Wir haben aber die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Sozialwerk der AHV wie auch dasjenige der IV – und ich spreche hier gerade für beide Anträge – sicher sind, dass wir diese Mittel zur Verfügung haben werden. Wir können nicht ein Loch in einer Kasse stopfen und in der anderen Kasse, in der Bundeskasse, ein weiteres Loch öffnen. Es ist auch so, dass wir genau wissen, dass die Bundeskasse nicht gut bestückt ist. Wenn wir diesen Anteil dort zusätzlich geben müssen – und es ist immerhin bei der AHV ein Anteil von 16,1 Prozent, bei der IV sind es mehr als 37 Prozent, die vom Bund beigesteuert werden –, müssen wir auch wegen der Schuldenbremse schauen, dass dieses Loch dort gestopft wird. Es ist im Interesse aller, dass diese Sozialwerke sicher sind. Es ist eine richtige Finanzierung, wenn wir diesen Anteil aufschlüsseln.

Ich bitte Sie, hier der Minderheit zu folgen.

AB 2003 N 610 / BO 2003 N 610

Studer Heiner (E, AG): Auch dies ist ein Thema, das wir schon häufig behandelt haben, bei dem aber doch nochmals ein Entscheid getroffen werden soll, nachdem auch aus unserer Sicht der Ständerat richtigerweise an seinem Beschluss festgehalten hat. Unsere Fraktion wird auch diesmal dem Antrag der Minderheit Egerszegi zustimmen, und zwar einfach deshalb, weil es von der Sache her richtig ist, dass der Bund seinen Anteil aus den Mehrwertsteuerprozents erhält, weil er die Verantwortung der Mitfinanzierung der AHV hat. Wenn man ihm diese Mittel wegnimmt, können nur diejenigen Freude daran haben, die dem Bund generell weniger Geld zur Verfügung stellen wollen, während diejenigen, welche sowohl für die AHV wie auch für die Bundeskasse sorgen wollen, eben die Dummen sein werden. Sachlich gesehen sprechen hier einfach alle Argumente für den Ständerat, so, wie es Frau Egerszegi begründet hat. Wir hätten jetzt die Chance, dass wir mit der Zustimmung zum Ständerat die Differenz bereinigen könnten. Sie tun dann für die AHV und für die Bundeskasse das, was sachlich das Richtige ist.

Christen Yves (R, VD): Le groupe libéral communique qu'il soutient les propositions de la minorité.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich beantrage Ihnen, mindestens in dieser Runde bei der Mehrheit zu bleiben. Herr Studer verwechselt den Diskurs hier natürlich, wenn er sagt, dass der nichts für die AHV tun wolle, wer für die Mehrheit sei. Selbst einem Blinden und Tauben muss es einleuchten, dass die AHV mehr Geld zur Verfügung hat, wenn dieses Geld, diese 17 Prozent, direkt in die AHV-Kasse geht.

Frau Egerszegi, es ist klar: Die Bundesfinanzen werden uns im Zusammenhang mit dem Sparprogramm und auch mit anderen Programmen ausführlich kümmern. Aber dieses Geschäft sollte jetzt nicht dazu ge- oder missbraucht werden, für die Bundeskasse mehr Geld zu generieren. Aber es ist klar: Die Auseinandersetzung mit diesem Punkt wird definitiv dann in der Differenzbereinigung stattfinden, auch in der nächsten Vorlage, wo es um die zukünftigen Mehrwertsteueranteile geht.

Christen Yves (R, VD): Le groupe démocrate-chrétien suit la minorité.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Auch die SVP-Fraktion – Sie wissen es – hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, dass diese Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV in vollem Umfang der AHV zukommen soll und zu keinem Zeitpunkt dazu missbraucht werden sollte, die Bundeskasse zu entlasten. Wenn man bei der AHV-Finanzierung überprüfen will, ob dieser Bundesanteil von heute 17 Prozent – genau sind es 16,34 Prozent aufgrund des Entlastungsprogramms 1998 – noch gerechtfertigt ist, dann hat man diese Frage grundsätzlich zu prüfen. Man hat sich zu überlegen, inwieweit sich der Bund hier transparent an der Finanzierung der AHV noch beteiligen soll, aber eben nicht auf diese Art, indem man der Bevölkerung sagt: Wir erheben Mehrwertsteuer zugunsten der Sozialversicherung – um dann im Nachhinein die Bundeskasse durch die Hintertür mit Mehrwertsteuererträgen zu begünstigen.

Ich bitte Sie also, an Ihrem Beschluss festzuhalten, wie Sie ihn in der ersten Lesung gefällt haben, und in dieser Frage der Mehrheit zu folgen.



Christen Yves (R, VD): Le groupe écologiste communique qu'il soutient les propositions de la majorité. Le groupe radical-démocratique suit la minorité.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Ihre Kommission hat mit 15 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen am Entscheid festgehalten, wonach die vollen für die AHV bestimmten Mehrwertsteuerprozente der AHV zugute kommen sollen, vor allem aus Gründen der Transparenz. Ich muss Sie namens der Kommission bitten, an Ihrem ersten Entscheid festzuhalten und der Mehrheit zuzustimmen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Nous avons ici affaire à un chevauchement entre le débat sur l'article 112 de la constitution et ses applications dans les différentes lois sur les assurances sociales, en l'occurrence celle sur l'AVS. Les débats au sein de la commission ont été interrompus avant les articles 102, 104 et 111 de la loi sur l'AVS (projet 2) pour traiter l'arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI grâce au relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée (projet 1). Ensuite, très rapidement, nous avons discuté des articles 102, 104 et 111.

Dans ce cadre, nous avons reçu de l'administration un certain nombre de projections en fonction de la décision du Conseil des Etats avec les différents scénarios envisageables, et c'est sur la base des chiffres à disposition que nous nous sommes prononcés. Il en ressort clairement que l'AI s'en sortira beaucoup mieux sans la participation de la Confédération au relèvement de la TVA. Le compte de capital restera certes déficitaire, mais il sera à moins 3,66 milliards de francs en 2010 alors qu'il resterait à moins 5,77 milliards de francs avec une participation de la Confédération de 15 pour cent. Il n'y a aucune raison de penser que la logique qui s'applique à l'AI soit différente pour l'AVS. Cela a constitué l'argument clé pour persister dans notre option précédente, à cela s'ajoute celui de la transparence. De plus, le concept de la commission de notre Conseil, adopté lors du premier débat, prévoyait déjà que l'entier de la TVA et des autres sources envisagées soit versé à l'AVS et à l'AI.

La commission s'en est donc tenue à cette logique, par 17 voix contre 4 et avec 2 abstentions, et vous recommande de faire de même.

Couchepin Pascal (,): Nous vous recommandons naturellement de maintenir la part de la Confédération aux recettes de la TVA. L'alternative est relativement simple: si nous ne disposons pas de ces recettes, il faudra en trouver d'autres. Quel est le moyen le plus simple, si ce n'est de réduire la participation globale de la Confédération aux dépenses de l'AVS et passer d'environ 17 pour cent à 15? A ce moment-là, on récupère ce que l'on a perdu ici.

C'est donc quelque chose de tout à fait formel que vous êtes en train de décider, et le plus simple, c'est de ne pas jouer avec des apparences, mais d'en rester à la tradition et de maintenir la part de la caisse fédérale aux recettes de la TVA en soutenant la minorité Eggerszegi.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 82 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 62 Stimmen

Ziff. II Bst. c

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II let. c

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Heberlein, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Hassler, Stahl, Triponez)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit





Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2003 N 611 / BO 2003 N 611

Ziff. II Bst. d

Eventualantrag der Minderheit III

(Hassler, Dormann Rosmarie, Fattebert, Meyer Thérèse, Zäch)

(siehe Art. 40ter)

Titel

d. Kürzung bei Vorbezug der Altersrente

Abs. 1

Die Kürzungsbeiträge nach Artikel 40ter gelten zehn Jahre ab Inkrafttreten dieser Revision. Nach Ablauf dieser Frist stellt der Bundesrat dem Parlament Antrag auf Verlängerung, Anpassung oder Beendigung dieser Regelung. Er berücksichtigt dabei namentlich die Entwicklung im Sozialbereich und auf dem Arbeitsmarkt.

Abs. 2

Übersteigt der Finanzbedarf aufgrund der Anwendung von Artikel 40ter während zwei aufeinander folgenden Jahren die Höhe von 0,2 Prozentpunkten der Mehrwertsteuer, so stellt der Bundesrat dem Parlament Antrag, damit die Einhaltung dieses Grenzwertes wieder gewährleistet ist.

Ch. II let. d

Proposition subsidiaire de la minorité III

(Hassler, Dormann Rosmarie, Fattebert, Meyer Thérèse, Zäch)

(cf. art. 40ter)

Titre

d. Réduction de la rente de vieillesse en cas d'anticipation

Al. 1

Les taux de réduction fixés à l'article 40ter sont valables pour une durée de dix ans à compter de l'entrée en vigueur de la loi. Au terme de ce délai, le Conseil fédéral soumet au Parlement une proposition concernant la prolongation, l'adaptation ou la cessation du modèle. Il tiendra compte notamment de l'évolution sociale et du marché du travail.

Al. 2

Au cas où les besoins financiers induits par l'application de l'article 40ter dépassent, pendant deux années consécutives, l'équivalent de 0,2 points de la taxe sur la valeur ajoutée, le Conseil fédéral soumet au Parlement une proposition visant à rétablir le respect de ce seuil.

Le président (Christen Yves, président): La proposition subsidiaire est caduque à la suite d'un vote précédent.

Ziff. II Bst. e

Eventualantrag der Minderheit

(Dormann Rosmarie)

(falls in Artikel 40ter die Fassung Ständerat angenommen wird)

Titel

e. Kürzung bei Vorbezug der Altersrente für Frauen

Text

Die Renten von Frauen, welche zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2020 vom Rentenvorbezug Gebrauch machen, werden um die Hälfte des Kürzungssatzes gemäss Artikel 40ter gekürzt.

Ch. II let. e

Proposition subsidiaire de la minorité

(Dormann Rosmarie)

(au cas où la version du Conseil des Etats serait maintenue à l'article 40ter)

Titre

e. Réduction de la rente de vieillesse en cas d'anticipation pour les femmes

Texte





Les rentes des femmes ayant bénéficié de l'anticipation de rente de vieillesse entre le 1er janvier 2010 et le 31 décembre 2020 seront réduites à hauteur de 50 pour cent du taux de réduction conformément à l'article 40ter.

Le président (Christen Yves, président): La proposition subsidiaire est caduque à la suite d'un vote précédent.

Ziff. III (Änderung bisherigen Rechts)
Ch. III (modification d'autres actes législatifs)

Ziff. 1 Art. 3 Abs. 1bis; 10 Abs. 1; 22 Abs. 2; 42 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 3 al. 1bis; 10 al. 1; 22 al. 2; 42 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 77 al. 1 let. e

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. 1 Art. 78ter

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 78ter

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 13 Abs. 2; 13a Abs. 8; 17

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Ch. 2 art. 13 al. 2; 13a al. 8; 17

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

**Übergangsbestimmungen im Rahmen der 11. AHV-Revision
Dispositions transitoires dans le cadre de la 11e révision de l'AVS**

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 3 Art. 2 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2003 N 612 / BO 2003 N 612

Ch. 3 art. 2 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 17a

Antrag der Kommission

Streichen

Ch. 7 art. 17a

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 18 Abs. 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 9 art. 18 al. 6

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit





(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 12 art. 2*Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze****1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée**

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Es ist ähnlich einer Lotterie, wie hoch die Mehrwertsteuersätze sein sollen, die wir für die Finanzierung der AHV in Aussicht stellen. Sie wissen, dass der Nationalrat in der ersten Lesung eine Anhebung von maximal 1,5 Prozentpunkten in Aussicht gestellt hat. Danach könnte das Parlament über eine solche Anhebung von maximal 1,5 Prozentpunkten entscheiden. Der Ständerat ist uns nicht gefolgt, er hat nichts gesprochen. Er will keine Prozentpunkte auf Vorrat sprechen.

Unsere Kommission hat an ihrem Grundsatz festgehalten, vor allem aus Gründen der Sicherheit, und um das Volk zu beruhigen, damit keine Ängste entstehen, dass die AHV in Zukunft nicht mehr finanziert werden könnte. Sie wissen, dass heute in Österreich ein grosser Landesstreik stattfindet, aus Angst vor einer ungesicherten Finanzierung der Altersvorsorge und vor allem wegen der dortigen Abbaumentalität.

Die Kommission hat dann einen Kompromissentscheid gefällt – nämlich mit 19 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen – und sich für 1 Mehrwertsteuer-Prozentpunkt gegenüber 1,5 Prozentpunkten entschieden. Der Antrag der Minderheit Stahl, gemäss dem Beschluss des Ständerates in der ersten Lesung gar nichts zu sprechen, ist mit 19 zu 5 Stimmen abgelehnt worden.

Ich bitte Sie namens der Mehrheit der Kommission – der Entscheid fiel mit 19 zu 2 Stimmen –, sich für 1 Mehrwertsteuer-Prozentpunkt zu entscheiden, vor allem, damit wir das Volk entsprechend beruhigen können und damit wir Sicherheit schaffen können, was die Finanzierung der AHV betrifft.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: La décision à prendre sur l'augmentation du taux de la TVA est bien davantage une question de procédure que de fond. Avec 1,5 point, le financement de l'AVS est assuré quasiment jusqu'en 2020, ce qui éviterait de revenir à la charge. Avec 0,5 point, une nouvelle décision sera à prendre d'ici 2012, en 2014 avec 1 point. Cela dépend également de facteurs externes, difficilement prévisibles à si long terme, comme l'évolution économique.

Au regard de l'article 130 alinéa 4, la commission vous propose, en fin de compte, 1 point, par 19 voix contre 5.

A l'article 130 alinéa 4bis, la commission s'est ralliée à la décision du Conseil des Etats de biffer la dernière phrase qui, il faut bien le dire, est sans objet vu l'évolution du compte de capital prévisible jusqu'en 2020, puisque selon toute vraisemblance, il présentera un déficit de 1,5 milliard de francs ou davantage.

Christen Yves (R, VD): Mme Egerszegi a déjà développé sa proposition de minorité lorsque nous avons débattu du projet 2.

Triponez Pierre (R, BE): Im Namen der Minderheit I empfehle ich Ihnen, bei der üppigen Menüauswahlmöglichkeit zwischen vier Varianten das bestverdauliche und gleichzeitig genügend vitaminhaltige Menü zu wählen, nämlich die auch vom Ständerat empfohlene Mehrwertsteuererhöhung um höchstens 0,5 Prozent. Gemäss den allerneuesten Berechnungen bzw., wenn Sie so wollen, Schätzungen der Verwaltung – sie stammen vom Bundesamt für Sozialversicherung und datieren vom 14. April 2003 – sichert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,5 Prozent zugunsten der AHV deren Finanzierung bis im Jahr 2012. Der Kommissionssprecher welscher Zunge hat es soeben auch erwähnt. Dies sind 9 Jahre bzw., falls die Berechnungsfaktoren des BSV



etwas vorsichtig gewählt worden sein sollten, sogar 10 Jahre bzw., falls sich das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld in der nächsten Zeit auch nur ein bisschen verbessern sollte, vielleicht sogar 11 oder 12 Jahre. Das ist ein grosszügiger Zeithorizont.

Die Minderheit I will also, wie dies der Ständerat getan hat, einen vernünftigen und verkraftbaren Mittelweg wählen und mit ihrem Antrag der AHV genügend Mittel für die nächsten Jahre sichern. Ich persönlich erachte es denn auch als etwas riskant, dass die Minderheit III überhaupt keine Mehrwertsteuererhöhung akzeptieren möchte. Mindestens ebenso fahrlässig ist aber nach meiner Meinung der Vorschlag der Minderheit II, welche mit der grössten Sorglosigkeit hemmungslos an einer Mehrwertsteuererhöhung von 1,5 Prozent festhält, weil sie in ihrer Weitsicht eben bis ins Jahr 2025 blicken möchte.

Ich möchte hier kein Lamento über die aktuelle konjunkturelle Lage und die unsicheren Zukunftsperspektiven unserer Volkswirtschaft vortragen. Tatsache ist aber doch, dass unnötige zusätzliche Steuerbelastungen auf Vorrat für alle, ganz speziell auch für Konsumenten und Arbeitnehmer, geradezu demoralisierend wären, wo doch eine Aufhellung der Konsumentenstimmung, wo doch Investitionsfreude in diesem Lande bitter nötig wäre.

Namens der Minderheit I bitte ich Sie deshalb nochmals, hier dem Ständerat zu folgen und den Spielraum für eine Mehrwertsteuererhöhung bei 0,5 Prozent zu belassen.

Zäch Guido (C, AG): Mein Vorredner hat die Minderheit II bereits als fahrlässig und hemmungslos bezeichnet. Die

AB 2003 N 613 / BO 2003 N 613

Minderheit II gibt keinen Franken mehr aus, sondern sie hat einen etwas grösseren Zeithorizont. Es ist mir bewusst, dass Sie mit Ihren Gedanken unbewusst oder bewusst schon im Wahlkampf stehen. Ich bitte Sie aber trotzdem, sachlich und langfristig über die Frage der Finanzierung der AHV nachzudenken und dann im Wissen um die langfristigen Perspektiven unserer Gesellschaft zu entscheiden.

Die Minderheit II sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozentpunkte vor, wie sie in der Botschaft des Bundesrates ursprünglich enthalten war. Das würde eine Erhöhung von 0,5 Prozentpunkten im Jahr 2009 und einem weiteren Prozentpunkt im Jahr 2013 bedeuten.

Die Verwaltung hat zur Frage der Finanzierung in einem sachlichen Bericht relativ harte Konsequenzen dargelegt, die ich Ihnen in Erinnerung rufen muss. Eine schrittweise Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte, wie ich sie Ihnen beliebt machen will, würde die AHV bis ins Jahr 2020 sichern. Bei einem Szenario mit bloss 1 Prozentpunkt, wie es Ihnen die Kommission beantragt, fällt das Kapitalkonto der AHV bereits im Jahr 2014 unter die wichtige und existenzielle Grenze von 70 Prozent der jährlichen Ausgaben. Die AHV ist also schon in zehn Jahren nicht mehr gesichert.

Mit einer Erhöhung um lediglich 0,5 Mehrwertsteuer-Prozentpunkte, wie sie der Ständerat vorschlägt, ist die AHV sogar ab 2012 gefährdet.

1. Die AHV-Finanzierung muss immer der derzeit geltenden AHV-Regelung angepasst sein. Das bedeutet, dass wir eine Finanzierung vorschlagen müssen, die unseren Beschlüssen in der Vorlage 2 der 11. AHV-Revision entsprechen. Sie können aus wahltaktischen Gründen zwar eine Minimallösung vorsehen, Sie spielen aber mit dem Feuer. Eine solche Haltung ist nicht ehrlich im Hinblick auf die Beschlüsse in der AHV-Revision, die wir gemeinsam zu verantworten haben.

2. Die langfristige Sicherheit der AHV ist vordringliches Ziel aller Parteien. Wir wissen jetzt, wie viele Leute in diesem Land im Jahre 2020 Anspruch auf eine Rente haben werden. Diese Leute gibt es bereits. Sie bezahlen auch jeden Monat ihren Beitrag an die AHV. Diesen Leuten sind Sie es schuldig, eine Finanzierung zu verabschieden, die ihren Perspektiven gerecht wird.

3. Die Lösung der demographischen Probleme ist zwar dringend nötig, aber keinesfalls auf dem Weg der Mittelbeschränkung machbar. Es ist falsch, einfach den Geldhahn zuzudrehen und eines der wichtigsten Sozialwerke dann sich selber zu überlassen. Es ist uns allen bewusst, dass schwierige und unter Umständen auch schmerzhaftes Zeiten und weitere AHV-Revisionen ins Haus stehen. Den sowieso vorhandenen Druck einfach noch mit einem engen Finanzierungskorsett zu erhöhen, ohne sachbezogen zu argumentieren, was denn tatsächlich geändert werden könnte, ist nicht sinnvoll. Ihr langfristiges Denken ist hier gefordert.

Ich bitte Sie darum, die Minderheit II zu unterstützen und bei 1,5 Mehrwertsteuerprozenten zu bleiben. Ehrlich währt am längsten, in diesem Fall nachweisbar bis ins Jahr 2020.

Stahl Jürg (V, ZH): Mit dem Antrag der Minderheit III nehme ich den Beschluss des Ständerates in seiner ersten Lesung vom 28. November des vergangenen Jahres auf, als die Kleine Kammer beschloss, auf eine Mehrwertsteuererhöhung auf Vorrat zu verzichten. Finanzierungsbeschlüsse auf Vorrat sind sowohl unnötig als



auch gefährlich – gefährlich nicht nur darum, weil ein solcher Beschluss dem Bundesrat einen Blankocheck ausstellt, sondern weil damit auch der Druck, andere Lösungen zu suchen, gänzlich minimiert wird. Die kurz- und mittelfristigen Finanzierungsperspektiven der AHV präsentieren sich zum Glück etwas erfreulicher, als dies zur Zeit der Verabschiedung der bundesrätlichen Botschaft noch der Fall war.

Die SVP-Fraktion lehnte bei der Vorlage 2 und lehnt auch bei weiteren unrealistischen Träumereien den Ausbau der Sozialwerke ab und wehrt sich konsequent gegen erneute Steuererhöhungen. Für die AHV muss zur Deckung des Ungleichgewichtes der Ertrag der Goldreserven der Nationalbank zu mindestens zwei Dritteln hinzugezogen werden. Ich muss Sie daran erinnern, dass die SVP-Gold-Initiative, trotz des erbitterten Widerstands des Bundesrates, der anderen Parteien und Teilen der Wirtschaft, fast 50 Prozent der Stimmen erhalten hat. Die Unterstützung für die Verwendung des Goldes für die AHV ist in der Bevölkerung gross. Dieses Finanzierungskonzept der SVP kann die Sanierung der AHV weit über das Jahr 2010 hinaus garantieren. Dann kann auf eine unsoziale Mehrwertsteuererhöhung verzichtet werden. Im Rahmen der 12. AHV-Revision müssen so oder so, in Kenntnis der bedrohlichen Situation aufgrund der stetig steigenden Staatsquote, ganz andere und unbequemere Dinge diskutiert werden. Der Weg des vermeintlich geringsten Widerstandes – wenn eine Kasse leer ist, ein Loch hat, dieses mit Steuererhöhungen zu stopfen – führt in eine Sackgasse.

Ich bitte Sie, zugunsten der Bevölkerung, zugunsten des Gewerbes, zugunsten des Konsums in unserem Lande auf eine Mehrwertsteuererhöhung ganz zu verzichten und die Minderheit III zu unterstützen.

Polla Barbara (L, GE): La politique, c'est l'équilibre. Nous avons raté l'équilibre ce matin, alors assurons-le au moins cet après-midi! Et l'équilibre, c'est de voter la proposition de minorité I (Triponez) à l'article 130 alinéa 4 de la constitution (projet 1) et de suivre le Conseil des Etats. Ni Zäch et Fasel (minorité II), ni Stahl et Bortoluzzi (minorité III), l'avenir de l'AVS, ce n'est ni le menu réchauffé de l'or excédentaire de la BNS, ni la préannonce d'un référendum fantôme contre une soi-disant offensive contre la prévoyance vieillesse.

L'équilibre veut le maintien de l'AVS dans la durée. Et la durée avec 0,5 point de TVA supplémentaire, c'est jusqu'en 2012; et c'est bien suffisant pour aujourd'hui. D'ici là, nous aurons au moins deux à trois révisions de l'AVS et nous pourrions en décider autrement, si nécessaire à la hausse ou si possible à la baisse, selon l'évolution de l'économie, de la démographie et surtout la prise en compte de ce quatrième pilier appelé de nos vœux.

Encore une fois: consolidation et équilibre, oui! surendettement, non! Pour que nous ne devions pas en arriver à voir se réaliser la prophétie-proposition annoncée par les jeunes radicaux, à savoir la résiliation du contrat intergénérationnel, nous avons besoin de cet équilibre savant.

0,5 point de TVA, c'est déjà beaucoup pour notre économie d'aujourd'hui, mais c'est encore acceptable: plus serait trop; moins serait irréaliste. Entre le trop et l'irréaliste, le groupe libéral choisit le menu Triponez (minorité I), vitaminé, "fit", responsable et équilibré.

C'est également le menu choisi par le Conseil des Etats et nous vous remercions de choisir le même.

Meyer Thérèse (C, FR): J'ai un autre avis que Mme Polla sur ce point, je vais vous expliquer pourquoi. Le groupe démocrate-chrétien votera ici la proposition de la majorité, c'est-à-dire 1 point d'augmentation de TVA. Et voici pourquoi: notre idée, dans cette affaire, est de laisser la part de la Confédération aux recettes supplémentaires de la TVA. Or, nous sommes dans le processus d'élimination des divergences. Les divergences ne sont pas encore éliminées et nous ne connaissons pas la version finale du projet. Donc, en Conférence de conciliation, il est possible que la part de la Confédération soit maintenue; dans ce cas-là, 0,5 point de TVA, ce serait insuffisant pour soutenir les mesures et maintenir les rentes dans un avenir proche.

Dans ce processus d'élimination des divergences, nous ne voulons pas en arriver à ce que nous avons vécu dans le cas de l'AI, où tout à coup il n'y avait plus de divergence sur le taux d'augmentation de la TVA – en l'occurrence, c'était 0,8 point –, mais il restait une divergence sur la manière de le percevoir: la Confédération devant recevoir sa part aux recettes supplémentaires de la TVA ou l'entier des recettes résultant de l'augmentation de 0,8 point de la TVA devant aller au fonds AI. Et nous ne pouvions pas négocier parce qu'une des parties du financement était déjà bétonnée par l'élimination de la divergence.

Je vous demande de suivre la majorité de la commission, 1 point d'augmentation de la TVA, pour garantir dans tous

AB 2003 N 614 / BO 2003 N 614

les cas la pérennité des rentes. M. Couchepin, président de la Confédération, nous a convaincus sur ce point: dans ce cas de figure, 0,5 point d'augmentation de la TVA ne suffit pas. Donc, à ce stade, il faut voter 1 point d'augmentation de la TVA.





Goll Christine (S, ZH): Mehrwertsteuererhöhungen sind bei einer Mehrheit unserer Bevölkerung keineswegs tabu, sofern die Erträge einer allfälligen Erhöhung der Mehrwertsteuer auch tatsächlich zweckgebunden eingesetzt werden. In jüngster Zeit hat die Bevölkerung bereits einen solchen Entscheid gefällt, das heisst, dass sie dem so genannten Demographieprozent zugestimmt hat: Seit dem 1. Januar 1999 fliesst 1 Prozent der Mehrwertsteuer zweckgebunden in die AHV- und IV-Kasse.

Es geht also bei dieser Finanzierungsvorlage, der Vorlage 1, in keiner Art und Weise um die Ausstellung eines Blankochecks, wie das Herr Stahl hier zu suggerieren versucht hat. Wenn Sie den Gesetzesartikel in der Finanzierungsvorlage lesen, sehen Sie, dass dort ausdrücklich festgehalten ist, dass diese allfällige Mehrwertsteuererhöhung erst dann erfolgen muss, wenn sie zur Sicherstellung der Finanzierung der AHV notwendig ist. Deshalb ist es auch durchsichtig, dass sowohl der Antrag Triponez, der ja den Entscheid des Ständerates aufgenommen hat, als auch der Antrag Stahl nichts anderes zum Ziele haben, als weiterhin die Hysterie bei der Finanzierung der AHV zu schüren.

Herr Triponez, es geht bei dieser allfälligen Mehrwertsteuererhöhung auch nicht einfach um einen Entscheid über eine Mehrwertsteuererhöhung auf Vorrat, wie Sie das hier vorne gesagt haben, sondern es geht einzig und allein um den Zeithorizont. So hat es auch Herr Zäch in seinen Ausführungen formuliert. Ich muss Ihnen sagen: Herr Zäch hat mit seiner Argumentation absolut Recht. Das ist auch der Grund, weshalb er nach wie vor den Bundesrat und die ursprünglich vorgesehene allfällige Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent unterstützt.

Die Mehrheit Ihrer Kommission schlägt als Kompromiss zwischen den 1,5 Prozent des Bundesrates und den 0,5 Prozent des Ständerates nun 1 Prozent vor. Die SP-Fraktion wird diese Mehrheit unterstützen, im Wissen, dass die Diskussion über die unbestrittene Notwendigkeit einer Zusatzfinanzierung noch nicht abgeschlossen ist. Es gibt andere Bereiche, aus denen für uns Zusatzfinanzierungen durchaus möglich sind. Bereits erwähnt worden sind die Goldreserven; erwähnen möchte ich auch die Volksinitiative des "Komitees für eine sichere AHV", die die Nationalbankgewinne grundsätzlich in die AHV investieren möchte.

Das Entscheidendste aber fehlt in dieser Diskussion. Wenn wir die AHV nachhaltig finanzieren wollen, braucht es vor allem eines, nämlich eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, weil nur eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auch die Finanzierung unserer Sozialwerke sichert. In diesem Sinne ist die Politik, die im Moment von der Mehrheit betrieben wird – nämlich die Krise einfach auszusitzen –, absolut perspektivenlos.

Fasel Hugo (G, FR): Frau Polla hat eine sehr gute Rede gehalten, nur hat sie die völlig falschen Schlüsse gezogen, denn Politik heisst "prévoir". Wenn wir jetzt, wie Herr Triponez gesagt hat, zwischen verschiedenen Menüs auswählen können, dann wählen wir das Menü aus, das Vitalität beinhaltet, das altersresistent und dauerhaft ist, d. h., wir wählen das vitale Menü der Minderheit II (Zäch)!

Ich kann noch begründen, weshalb wir das tun. In der jetzigen Situation können wir eigentlich nur eines tun: Wir können im zentralen Sozialwerk dieses Landes für Ruhe, Sicherheit und Ordnung sorgen. Wir werden keine Mehrwertsteuerprocente auf Reserve erheben, nein! Es ist ja diesem Parlament nicht zuzutrauen, dass es plötzlich Mehrwertsteuerprocente auf Reserve erhebt; das ist nicht zu befürchten! Aber dieses Parlament hat dazu beizutragen, dass die Leute in diesem Lande genau wissen, dass die AHV mit dem Antrag der Minderheit II bis ins Jahr 2020 gesichert ist. Das ist hier und heute die einmalige Chance, diesen Entscheid zu treffen. Einen solchen Entscheid zu treffen ist konjunkturpolitisch sinnvoll. Denn in einer Ökonomie – das sagt Ihnen jeder Konjunkturforscher – ist nichts wichtiger, als bezüglich den Erwartungen Sicherheit, Gewissheit zu schaffen; das ist konkret Konsumförderung. Es ist sozialpolitisch fundamental, dass wir beim zentralen Sozialwerk Gewissheit schaffen, wie es praktisch für die nächsten zwanzig Jahre ausschaut. Es ist finanzpolitisch richtig, weil dann auch der Finanzminister weiss, wie es auf der Seite der AHV künftig aussieht. Schliesslich ist es auch in Bezug auf die Unsicherheit in der zweiten Säule ganz zentral, zu sagen, dass es bei der AHV keine Zweifel gibt: Liebe Leute, Mitbewohnerinnen und Mitbewohner dieses Landes, unsere AHV ist entgegen allen Behauptungen bis ins Jahr 2020 gesichert! Das ist die Chance, die wir heute ergreifen wollen und müssen. Wer das nicht tut, der trifft eine andere Wahl: Er will mit gezielter Unsicherheit und mit Demagogie politisieren; er will eben nicht im Sinne von "prévoir" politisieren, sondern schürt Unsicherheit und wird auf diese Art und Weise selbstverständlich auch versuchen, für sich politisches Kapital daraus zu schlagen!

Ich bitte Sie deshalb im Namen der grünen Fraktion, der "Leider-noch-Minderheit" – also dieser von Herrn Zäch – zuzustimmen.

Borer Roland (V, SO): Die Fraktion der SVP wird mehr oder weniger geschlossen den durch Herrn Stahl vertretenen Antrag der Minderheit III unterstützen, d. h. den Antrag auf 0,0 Prozent Erhöhung.



Wir haben vorhin verschiedenste Argumente gehört, warum man einer Mehrwertsteuererhöhung möglichst zustimmen sollte. Herr Zäch sprach von einer ehrlichen Sozialpolitik; man müsse die Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig seien. Herr Kollege Fasel sprach vorhin von einem Modell der "Vitalität". Wir sprechen von einem Modell der Mittel, die man der AHV zur Verfügung stellen soll, die man schon hat – und man hat Mittel! Man muss nur endlich dazu kommen, den Irrtum einzusehen, dass man die Erträge der Goldreserven für alles und jedes verwenden könne. Man muss die Goldreserven der Nationalbank endlich denen zur Verfügung stellen, die diese Mittel auch mit ihren Händen erarbeitet haben, nämlich den Rentnerinnen und Rentnern der heutigen Generation und denjenigen, die nächstens ins Rentenalter treten werden.

Wenn wir diese Mittel konsequent mindestens zu zwei Dritteln der AHV zur Verfügung stellen, brauchen wir der Wirtschaft und dem Konsum keine zusätzlichen finanziellen Mittel wegzunehmen. Wenn Sie nämlich Mehrwertsteuersätze erhöhen, heisst das im Klartext, dass Sie dem privaten Konsum in unserem Land heute Mittel entziehen. Es ist ein Faktum, dass es in Zeiten wirtschaftlicher Probleme – das will ja heute wohl niemand diskutieren! – das Falscheste ist, wenn man dem Privatkonsum zusätzliche Mittel entzieht. Dies ist der Grund, weswegen die SVP eben sagt: Verwenden wir das, was wir haben, und versuchen wir nicht, den privaten Konsumenten noch zusätzlich zu belasten.

Es ist übrigens nicht eine Meinung, die wir allein vertreten. Ich denke daran, dass der letzte Finanzminister unseres Landes, Herr alt Bundesrat Otto Stich, immer die Aussage vertrat: "Bevor ich neue Mittel beschaffe, leere ich alle Kässeli, die beim Bund noch vorhanden sind." Das letzte Kässeli, das er leerte – übrigens ein Kässeli, das zweckgebunden geführt wurde –, war die Strassenbaukasse. Dort holte Herr Stich die letzten 5 Franken heraus, bevor er irgendwie neue Mittel beschaffen wollte. Wir sind der Meinung, man sollte davon jetzt nicht ohne Not abweichen, und wir sind der Meinung, es sollte eben heute so sein, dass wir die vorhandenen Mittel nutzen. Es ist also nicht so, dass wir aus politischen Gründen, aufgrund der Situation, dass 2003 ein Wahljahr ist, nicht auf Mehreinnahmen eintreten wollen, sondern aufgrund der Situation, dass wir der Überzeugung sind, Mehreinnahmen seien aktuell nicht nötig. Wir können die

AB 2003 N 615 / BO 2003 N 615

AHV mit den vorhandenen Mitteln fortführen.

Ich bitte Sie, uns zu unterstützen und demzufolge auch die Minderheit III zu unterstützen.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Etant donné la tournure prise par la discussion, je crois qu'il serait peut-être utile quand même que je vous expose la cascade des votes telle qu'elle s'est déroulée en commission: la proposition "1 point de TVA" l'a emporté face à la proposition "1,5 point de TVA", par 19 voix contre 2; elle a ensuite été opposée à la proposition "0,5 point de TVA" – l'actuelle minorité I (Triponez) –, elle l'a emporté, par 14 voix contre 10.

La proposition Stahl, "0 point de TVA", a paru d'une telle ineptie qu'elle n'a tout simplement même pas été discutée. J'aimerais simplement rappeler ici à MM. Stahl et Borer qu'ils appliquent une curieuse arithmétique. La vente des 1300 tonnes d'or excédentaire que possède la Banque nationale suisse pourrait rapporter environ 20 milliards de francs. Selon les données de l'administration, cela rapporterait, pour autant que le taux d'intérêt s'élève encore à 3 pour cent, entre 600 et 700 millions de francs par an. Or, un point de TVA, Messieurs, rapporte 2,6 milliards de francs, et peut-être un peu plus. Donc, même si une augmentation d'un demi-point de TVA est acceptée, il reste un découvert de plus du double. Qui paiera ce découvert? Sans aucun doute, cela se fera aux dépens des personnes âgées, dont démagogiquement vous essayez de rallier les votes. Je trouve que le procédé est pour le moins curieux, d'autant plus que vous invoquez toujours le souverain et la volonté populaire. Or précisément, ce souverain et cette volonté populaire vous ont dit non une fois pour toutes. Cette proposition a été rejetée contre celle qui prévoit une augmentation de la TVA de 1 point, par 19 voix contre 5. Vous pouvez imaginer à qui appartiennent les 5 voix.

Couchepin Pascal (,): Finalement, vous avez pris une série de décisions ce matin qui ont un coût et qui, à long terme, entraîneront l'obligation de fournir des recettes supplémentaires à l'AVS. Alors, vous avez le choix. La fuite devant le problème et faire croire aux gens – c'est de la pure propagande politique – qu'avec 0 point de TVA supplémentaire, vous allez résoudre les problèmes. Vous allez peut-être gagner aux prochaines élections avec cette affirmation, mais vous créez en même temps une grave insécurité dans l'opinion publique qui sait bien qu'il y a un problème réel. 0 point, c'est une manoeuvre purement politicienne qui a son intérêt mais qui ne résout pas les problèmes.

Ensuite, vous avez le choix entre 0,5, 1 ou 1,5 point de TVA supplémentaire. La logique, c'est la proposition de minorité II (Zäch). Puisqu'on a besoin de 1,5 point de TVA supplémentaire, votez 1,5 point et les solutions



sont trouvées pour une assez longue période. Il y aura encore des améliorations qui pourront être apportées dans le cadre de la 12e révision de l'AVS. Mais je crois qu'on peut dire qu'à ce moment-là, l'AVS est sécurisée pour une assez longue période.

Le problème du deuxième pilier est un autre problème qui, probablement, est plus difficile à résoudre, mais on peut garantir la pérennité de ce pilier important de notre prévoyance professionnelle avec 1,5 point de TVA supplémentaire.

1 point ou 0,5 point, ce sont des solutions intermédiaires qui ne permettent pas de résoudre les problèmes, qui maintiennent une insécurité alors qu'il y a d'autres problèmes à résoudre qui créent suffisamment d'insécurité pour qu'on ne fasse pas l'erreur de laisser planer le doute quant au financement à long terme de l'AVS.

C'est pour cela que le Conseil fédéral maintient son point de vue et vous dit: "Réglez ce problème, acceptez 1,5 point de la TVA supplémentaire" et ainsi, pour une assez longue période, on peut dire aux gens que le problème est résolu. 1 point, c'est mieux que 0,5; 0 point, c'est mauvais; 0,5 point, c'est assez mauvais; 1 point, c'est presque bon; 1,5 point, c'est bon.

Art. 112 Abs. 3, 5

Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Bader Elvira, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Robbiani, Suter)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 112 al. 3, 5

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Bader Elvira, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Robbiani, Suter)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 99 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 64 Stimmen

Art. 130

Antrag der Mehrheit

Abs. 4

.... 1,0

Abs. 4bis, 6

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 6bis

Festhalten

Antrag der Minderheit I

(Triponez, Borer, Fattebert, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Stahl, Widrig)

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit II

(Zäch, Fasel)

Abs. 4

.... 1,5

Antrag der Minderheit III

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Pfister Theophil)

Abs. 4





Streichen (= 0,0)

Antrag der Minderheit

(Egerszegi, Bader Elvira, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Robbiani, Suter)

Abs. 6bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 130

Proposition de la majorité

Al. 4

.... 1,0

Al. 4bis, 6

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 6bis

Maintenir

Proposition de la minorité I

(Triponez, Borer, Fattebert, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Stahl, Widrig)

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité II

(Zäch, Fasel)

Al. 4

.... 1,5

AB 2003 N 616 / BO 2003 N 616

Proposition de la minorité III

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Pfister Theophil)

Al. 4

Biffer (= 0,0)

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Bader Elvira, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Robbiani, Suter)

Al. 6bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 4 – Al. 4

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit I 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III 33 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 75 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 64 Stimmen

Abs. 4bis, 6 – Al. 4bis, 6

Angenommen – Adopté





Abs. 6bis – Al. 6bis

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

Adopté selon la proposition de la minorité

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich bin der Meinung, dass wir einen Fehler gemacht haben: Wir haben zweimal über dasselbe abgestimmt, mit verschiedenem Ausgang. In der Vorlage 1 und in der Vorlage 2 haben wir zweimal dieselbe Frage, und diese müsste meines Erachtens mit einer einzigen Abstimmung bereinigt werden. In Vorlage 2 betrifft es Artikel 102, wo es um den Mehrwertsteueranteil an den Bund geht. Dort haben wir entschieden, die Mehrheit zu unterstützen, also am früheren nationalrätlichen Entscheid festzuhalten.

In Artikel 112 von Vorlage 1 liegt an sich genau die gleiche Frage vor, und eine Abstimmung ist dort nicht mehr nötig. Wir waren dort der Meinung, wir würden bereits über die Höhe der Mehrwertsteuer abstimmen, und haben einen völligen Widerspruch konstruiert.

Um die Sache richtig zu stellen, schlage ich folgendes Vorgehen vor: Wenn der Ratspräsident findet, über Artikel 112 der Vorlage 1 müsse nochmals abgestimmt werden, obwohl über die gleiche Frage in Artikel 102 der Vorlage 2 entschieden worden ist, dann müsste diese Abstimmung wiederholt werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, auf diese Abstimmung zurückzukommen, denn die SVP-Fraktion ist von einer völlig anderen Voraussetzung ausgegangen. Ich bitte Sie dafür um Verständnis.

Christen Yves (R, VD): Vous avez entendu M. Bortoluzzi: il y a évidemment une contradiction entre le vote sur l'article 112 de la constitution (projet 1) et le vote sur les articles 102, 104 et 111 de la loi sur l'AVS (projet 2). M. Bortoluzzi propose de procéder à un nouveau vote sur l'article 112 du projet 1.

Pour que vous compreniez bien, je précise que, pour la forme, j'ai été obligé de vous faire voter sur l'article 112. Dès lors, il est proposé de voter de nouveau sur l'article 112. Quelqu'un s'y oppose-t-il? – Ce n'est pas le cas, nous pouvons passer au vote sur l'article 112.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: J'aimerais juste préciser les choses: l'article 112, c'est la constitution. Donc, il a un droit de préséance sur les autres articles que nous avons votés précédemment qui sont en fait des dispositions d'exécution. La modification des articles 102, 104, 111 de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants, de l'article 17a de la loi fédérale sur l'assurance-accidents et de l'article 77 de la loi sur l'AI est une conséquence directe de la modification de l'article 112 de la constitution. Donc, nous avons maintenant adopté la version du Conseil des Etats, à savoir: nous avons donné à la Confédération sa part aux recettes supplémentaires de la TVA alors que, précédemment, nous la lui avons enlevée dans les lois d'application. Ceci n'est pas possible et c'est pour cette raison que nous devons revoter.

Art. 112 Abs. 3, 5 – Art. 112 al. 3, 5

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 95 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 59 Stimmen

Le président (Christen Yves, président): Ce vote est également valable pour l'article 130 alinéa 6bis.



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Le président (Christen Yves, président): En qui concerne la 11e révision de l'AVS, je vous propose, d'entente avec la commission, de faire trois débats: un débat sur les rentes de veuve, un débat sur les rentes en cas d'anticipation (art. 40ter et dispositions transitoires) et un débat sur le financement. Ce sont les trois points de divergence.

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 11 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats





Angenommen – Adopté

Art. 23 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Gross Jost, Guisan, Maury Pasquier, Robbiani, Rossini)

Festhalten

Art. 23 al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Gross Jost, Guisan, Maury Pasquier, Robbiani, Rossini)

Maintenir

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: In der Tat gibt es drei Differenzen – aber massgebende Differenzen –, die uns im Blick auf die dritte Lesung geblieben sind: die Frage der Höhe der Witwenrente, der Frühbezug der Rente und seine soziale Abfederung und der Anteil des Bundes an den Mehrwertsteuereinnahmen. Eine eher unbedeutende Differenz haben wir bei Artikel 11 beseitigt; hier hat der Ständerat eine verbindliche statt einer Kann-Formel beschlossen. Artikel 11 ist somit bereinigt.

Eine der grössten Differenzen betrifft die Frage der Witwen- und Witwerrenten. Da gibt es sozusagen zwei Pakete; im ersten sind Verwitwete mit Kindern und im zweiten geschiedene Verwitwete betroffen. Das erste Paket betrifft die Artikel 23 Absatz 1 und 3, Artikel 36 Absatz 1 und Artikel 37 Absatz 1 sowie bei den Übergangsbestimmungen Buchstabe c Absätze 1 bis 7.

Worum geht es bei diesen Artikeln? Ihnen ist bekannt, dass bereits bei der 10. AHV-Revision ein Abbau bei den Renten vorgenommen worden ist, nämlich bei den kinderlosen Witwen bis zum 45. Altersjahr. Bei der 11. AHV-Revision haben beide Räte beschlossen, die Rente an kinderlose Witwen, die das 45. Altersjahr erreicht haben und mindestens fünf Jahre verheiratet waren, auch aufzuheben und an deren Stelle eine einmalige Auszahlung in Höhe einer Jahresrente vorzusehen. Gleichzeitig ist aber neu eingeführt worden, dass diese Witwen Anspruch haben sollen auf Ergänzungsleistungen, falls sie kein existenzsicherndes Einkommen haben. Die Leistungen der zweiten Säule bleiben dabei unverändert.

Der Nationalrat wollte an den Renten für Witwen und Witwer mit Kindern nichts ändern, sondern am Status quo festhalten. Das heisst: Jede Witwe und jeder Witwer hat Anspruch auf eine Rente, wenn sie oder er im Zeitpunkt der Verwitwung Kinder hat. Die Rente des Witwers wird mit der Erreichung des 18. Altersjahres des jüngsten Kindes aufgehoben. Die Rente der Witwe bleibt unverändert bis zu deren Pension.

Die Witwen- oder Witwerrente beträgt im Modell der Minderheit Egerszegi 80 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente. Die Waisenrente beträgt nach diesem Modell 40 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente. Der Ständerat will sich der veränderten Situation der Verwitweten, die sich zunehmend im Erwerbsleben integrieren können, Rechnung tragen. Er macht geltend, dass gerade sehr viele Frauen zwischen 50 und 62 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, und schlägt deshalb vor, die Rente an verwitwete Frauen und Männer in einem langsamen Prozess von heute 80 auf 60 Prozent abzusenken. Das

AB 2003 N 1325 / BO 2003 N 1325

heisst, im Jahre 2017 würde sie nur noch 60 Prozent der dem heute massgeblichen durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente betragen. Im gleichen Mass und im gleichen Zeitraum würden im Modell des Ständerates die Waisenrenten von 40 auf 60 Prozent erhöht, sodass hier eine Kostenneutralität entsteht. Der Ständerat will mit diesem Modell diejenigen Familien begünstigen, die Kinder in Ausbildung haben und demnach auf ein höheres Einkommen angewiesen sind. Der Spareffekt bei diesem Modell entsteht in der Tat nicht bei der Anpassung der Waisen-, Witwen- und Witwerrenten auf 60 Prozent, sondern beim Wegfall der Waisenrenten, wenn die Witwenrente nur noch 60 Prozent statt 80 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente beträgt.



Bei diesem Modell, welches der Ständerat mit 21 zu 18 Stimmen verabschiedet hat, könnten langfristig pro Jahr 130 Millionen Franken eingespart werden. Diesem Modell haben in der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit 15 Mitglieder zugestimmt. Nach Meinung der Kommissionsmehrheit geht diese Lösung in die richtige Richtung, da sie der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen Rechnung trägt. Die Minderheit der Kommission – auf sie entfielen 6 Stimmen – hält am Status quo fest. Sie macht geltend, dass Frauen gemäss Statistik am häufigsten zwischen dem 55. und dem 65. Altersjahr verwitwen – was zutrifft –, und dass sie in diesem Alter nur noch selten Kinder in Ausbildung haben, gleichzeitig aber ebenso selten ein Einkommen haben, welches ihnen ein existenzsicherndes Fortkommen garantiert.

Zudem macht die Minderheit geltend, dass die Angleichung der Witwen- und Waisenrente auf 60 Prozent für eine verwitwete Person mit einem Kind gleich hoch bleibt wie bisher. Bei zwei Kindern gäbe es 20 Prozent mehr. Es trifft zu, dass es ab dem dritten Kind zu einer Überversicherung kommen kann, was allerdings schon heute der Fall sein kann – auch bei unteren Einkommen, wenn die zweite Säule greift. Die Minderheit möchte unter keinen Umständen riskieren, dass Frauen bei ihrer Verwitwung schlechter fahren, nur weil sie sich anstelle eines Erwerbseinkommens ganz oder grossmehrheitlich den Kindern gewidmet haben. Die Kommission hat sich mit 15 zu 6 Stimmen dem Beschluss des Ständerates angeschlossen, was die Witwen und Witwer mit Kindern betrifft.

Die zweite Frage betrifft die Artikel 23 Absatz 5, 24a und 36 Absatz 2. Es geht hier um die Ansprüche von geschiedenen Verwitweten. Die Mehrheit möchte da klare Regelungen schaffen, da zwischen der 10. und der 11. AHV-Revision ein neues Scheidungsrecht in Kraft getreten ist, da bei der Scheidung alles aufgeteilt wird – d. h. die erste, zweite und dritte Säule, alle Vermögens- und Schuldenverhältnisse –, da der gegenseitige Erbsanspruch erlischt, da als Überbleibsel nur der Anspruch auf eine Witwenrente bleibt, falls die Ehe vor der Scheidung mehr als 10 Jahre gedauert hat und gemeinsame Kinder vorhanden sind. Das heisst also, bei mehreren Eheschliessungen könnte der Verstorbene oder die Verstorbene mehrere Witwen- oder Witwerrenten auslösen.

Geschiedene sollen aber durch den Tod des geschiedenen Partners in keiner Art und Weise schlechter gestellt werden, sollen aber auch keinen Vorteil haben, was heute in den meisten Situationen der Fall ist. Selbst bei monatlichen Alimenter von 50 Franken erhält die Witwe beim Tod ihres geschiedenen Partners – egal wie lange die Scheidung zurückliegt – die volle Witwenrente. Das erwartet keine Witwe; meistens sind diese sehr überrascht davon.

Gemäss der Mehrheit sollen die geschiedenen Witwen künftig jenen Betrag erhalten, der ihnen im Scheidungsurteil zugesprochen wurde, und sie haben so lange Anspruch auf diesen Betrag, wie dies im Scheidungsurteil vorgeschrieben ist. In jenen Fällen, in denen bei der Scheidung wegen eines zu kleinen Einkommens des Zahlungspflichtigen der geschiedenen Frau ein zu kleiner oder gar kein Beitrag zugesprochen werden konnte, geht der Rentenanspruch nicht verloren, da in jedem Scheidungsurteil festgehalten werden muss, wie hoch der zur Existenzsicherung fehlende Betrag ist.

Wie gesagt: Im Modell der Mehrheit verlieren geschiedene Witwen – oder allenfalls geschiedene Witwer, falls sie einen Anspruch auf einen persönlichen Unterhaltsbeitrag haben – nichts, aber sie erhalten das, was ihnen gemäss Scheidungsurteil zusteht. Die Mehrheit will einzig und allein Klarheit und Gleichberechtigung zwischen den verschiedenen Verwitweten schaffen. Der Spareffekt allerdings ist klein; es handelt sich um einige Millionen Franken.

Die Minderheit allerdings hält an der Regelung gemäss heutigem Gesetz fest, nach welcher die geschiedene Witwe bzw. der geschiedene Witwer in jedem Fall eine Witwen- oder Witwerrente erhält, wenn die Ehe 10 Jahre gedauert hat und ihr bzw. ihm ein persönlicher Unterhaltsbeitrag gleich welcher Höhe zugesprochen wurde.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 15 zu 6 Stimmen, die Situation der Geschiedenen in einer klaren Lösung zu regulieren und ihnen nur noch das zu geben, was ihnen im Scheidungsurteil zugesprochen wurde.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Le problème de la rente de veuve et de veuf est un concept qui implique plusieurs articles, à savoir pas seulement l'article 23 alinéa 1er, mais aussi les articles 36 alinéa 1er et 37 alinéa 1er. La question est "imbriquée" parce que la commission a estimé qu'elle ne pouvait pas se prononcer sur ces éléments avant d'avoir pris position sur l'article 40ter. La majorité a revoté l'article 40ter tel qu'il avait été adopté par notre Conseil, à savoir 400 millions de francs pour les personnes à revenu modeste, ce qui correspond dans la règle aux professions les plus astreignantes physiquement, pour leur permettre de prendre une retraite anticipée sans être pénalisées de manière excessive – la commission a pris cette décision par 13 voix contre 8.

Dans ces conditions, la majorité de la commission a estimé pouvoir se rallier à la conception du Conseil des



Etats, à savoir réduire la rente de veuve et de veuf à 60 pour cent et augmenter la rente d'orphelin de 40 pour cent à 60 pour cent, tout en échelonnant ces adaptations sur douze ans. C'est la lettre c des dispositions transitoires.

Une minorité a estimé toutefois qu'une rente réduite à 60 pour cent crée des conditions particulièrement injustes après l'extinction du droit à la rente d'orphelin, en particulier pour les revenus modestes des femmes qui, souvent, n'ont pas droit à un complément LPP faute d'avoir été en mesure d'y contribuer.

La commission a pris sa décision par 11 voix contre 8 et avec 2 abstentions.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Im Namen einer grossen Minderheit bitte ich Sie, auf die Lösung des Ständerates zu verzichten und an der Fassung des Nationalrates festzuhalten. Überlegen Sie sich: Das Sparziel mag richtig sein, Sie können es vor Augen haben. Aber ich muss Ihnen sagen: Dieser Weg ist falsch, und wir sind hier dabei, einen grossen Fehler zu machen. Weshalb?

Wenn wir die Waisenrenten um 20 Prozent aufstocken, dann ist das richtig für jene, die nur ein Kind haben, oder für Personen aus gewissen Einkommensgruppen, die zwei Kinder haben. Alle ändern werden von dieser Aufstockung nichts wahrnehmen. Wenn wir auf der andern Seite die Witwenrenten um 20 Prozent kürzen, dann entsteht nur dort keine Lücke, wo früher eine Überdeckung vorhanden war. Wir sind einfach gesellschaftlich noch nicht so weit, davon ausgehen zu können, dass alle Frauen mit Familie berufstätig sind.

Schauen Sie einmal in die Statistik: Heute sind 73 Prozent der Witwen erwerbstätig, wenn sie 50 bis 54 Jahre alt sind. Von den 55- bis 61-Jährigen sind es aber nur 57 Prozent. Es ist nicht so wie bei unseren Kindern oder bei den jüngeren Frauen, dass sie versuchen, Beruf und Familie aufeinander abzustimmen.

Ich kann Ihnen sagen: Aus der Studie des BSV geht klar hervor, dass 25 Prozent aller Witwen heute nur von der

AB 2003 N 1326 / BO 2003 N 1326

Witwenrente leben – wir haben die gesellschaftlichen Bedingungen noch nicht, wir haben nicht genügend familienexterne Betreuungsmöglichkeiten. Eine Frau, die nebenberuflich tätig ist, hat heute noch nicht die Möglichkeit, sich eine zweite oder eine dritte Säule anzusparen: Es ist einfach zu früh, um solche Korrekturen zu machen.

Nun heisst es ja in der Fassung des Ständerates, dass die Übergangszeit 17 Jahre dauert. Da muss ich Ihnen sagen: Es ist nicht richtig, eine solche Fassung in die 11. AHV-Revision zu packen. Wenn wir Korrekturen machen, dann müssen wir dazu stehen, vor allem auch, wenn sie so fundamentale Eingriffe in das System bringen; denn wir werden innerhalb der nächsten 17 Jahre ganz sicher eine 12. AHV-Revision durchführen müssen und werden dann bereit sein können, den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Ich bitte Sie, in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen, dass die Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV und nicht einfach "AV" heisst. Ein Ehepaar hat heute nur eine Rente von 150 Prozent, mit den restlichen 50 Prozent werden die Hinterlassenenrenten finanziert. Wenn wir den Weg gehen – und dieser Weg ist durchaus in Jahrzehnten möglich –, dann müssen wir den Ehepaaren aber zweimal hundertprozentige Renten zugestehen. Wir können mit diesem neuen Artikel keine neue Not schaffen. Die Zeit ist einfach noch nicht reif. Es ist möglich, dass dieses Problem in gewissen städtischen Gegenden weniger vorhanden ist; aber in den ländlichen Gegenden, wo eine Frau drei, vier Kinder hat, ist es nicht möglich, dass sie nach Abschluss der Familienphase wieder in den Beruf gehen will. Wir sind einfach noch nicht so weit. Nachdem ich mich in der Bevölkerung umgehört habe – und jetzt in der Wahlzeit haben wir ja häufig Gelegenheit zu Kontakten –, kann ich Ihnen sagen, dass sich vor allem erzbürgerliche Kreise gegen diese Kürzung wehren, weil sie davon ausgehen, dass sie für die Familie zu Hause zu sorgen haben und auch bereit wären, wirklich für das Wohl und eine sichere Zukunft der Witwen zu sorgen.

Ich richte mich jetzt vor allem an die FDP- und die SVP-Fraktion. Der Arbeitgeberverband hat immer gesagt, das Sparziel sei richtig, der Weg sei falsch. In den letzten Zuschriften ist er von dieser Formulierung abgekommen und äussert sich gar nicht mehr zu diesem Problem. Aber Tatsache ist: Wenn Sie hier dem Ständerat zustimmen, gehen Sie einen falschen Weg. Sie schaffen nur Not und Ungerechtigkeiten, weil diese Lösung heute einfach noch nicht möglich ist.

Ich bitte Sie hier wirklich, am Beschluss Ihres Rates festzuhalten.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Depuis le début des travaux sur la 11e révision de l'AVS – je vous rappelle que le message du Conseil fédéral date de bientôt quatre ans, – le groupe socialiste s'est efforcé de trouver des solutions qui tiennent compte à la fois de la nécessaire consolidation financière de cette assurance sociale et de l'adaptation, nécessaire elle aussi, à l'évolution des styles de vie et des carrières professionnelles de la population suisse.



C'est ainsi que nous avons toujours tenté de prendre en compte les éléments nouveaux portés à notre connaissance, tels l'augmentation du taux d'activité des femmes et de l'espérance de vie des femmes et des hommes; mais aussi le fait que les femmes continuent d'être surreprésentées dans le travail à temps partiel et dans les faibles catégories de revenu; ou encore le fait que les hommes de ces mêmes faibles catégories de revenu ont une espérance de vie plus courte que les autres et ont de ce fait plus de risque de mourir avant l'âge de la retraite en laissant des veuves et éventuellement des orphelins. C'est justement de ces catégories de la population dont nous discutons maintenant.

Dans son message, le Conseil fédéral proposait ni plus ni moins d'aligner la rente de veuve sur celle de veuf, en raison de l'évolution de l'activité professionnelle des femmes et au nom de l'égalité, réalisant ainsi près de 800 millions de francs d'économies. Cette solution, qui anticipe largement sur la situation actuelle des femmes qui deviennent veuves, a été rejetée car elle aurait causé beaucoup trop de dégâts dans la population concernée. Nous avons maintenant à choisir entre la solution du Conseil des Etats, qui va dans la même direction que le projet initial du Conseil fédéral, et celle du Conseil national, qui est largement plus adaptée à ce que nous connaissons de la situation des femmes à l'heure actuelle, des femmes qui deviennent veuves.

Il convient de rappeler ici quelle est la situation de ces femmes. Même si nous n'avons pas beaucoup de renseignements – une fois de plus, on ne peut que déplorer la pauvreté statistique en Suisse –, nous savons en effet que la plupart des veuves sont âgées de plus de 50 ans. Nous savons que leur revenu annuel moyen provenant d'une activité lucrative est de l'ordre de 16 000 francs, alors que celles dont le ou les enfants ont plus de 18 ans gagnent 25 000 francs par an, ce qui est loin d'être considérable, vous en conviendrez. Nous savons encore que, selon les études, de 72 à 90 pour cent des veuves ne partagent pas leur vie avec un nouveau partenaire, ce qui ne leur permettra pas de compenser une éventuelle diminution de rente.

Dans un premier temps, certes, on peut trouver la solution du Conseil des Etats intéressante. Elle va dans la bonne direction du point de vue de l'intégration des femmes sur le marché du travail; elle est apparemment plus généreuse pour les femmes qui ont plusieurs enfants. Mais attention! Ce n'est là justement qu'une apparence. En effet, la solution du Conseil des Etats permet de faire plus d'économies justement parce que la plupart des femmes deviennent veuves peu avant ou après que leur enfant ait atteint l'âge de 18 ans. De ce fait, elles vont se retrouver avec une rente réduite au moment de leur veuvage ou peu de temps après.

Quand on connaît la difficulté pour les personnes d'un certain âge de se réintégrer dans le monde du travail, ou même d'augmenter leur taux d'activité, on mesure les conséquences de toute modification du taux des rentes. Pour cette raison, au nom du groupe socialiste, je vous invite à reporter des mesures plus énergiques à une révision ultérieure de l'AVS et à vous satisfaire de la solution initialement acceptée par le Conseil national et reprise par la minorité Egerszegi. Cette solution est la seule raisonnable, et je vous rappelle qu'elle consiste déjà en une réduction de prestations.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutiendra massivement le concept de la minorité à l'article 23 et suivra la commission aux articles 24a, 36 et 37 concernant les rentes de veuf et de veuve.

Le groupe démocrate-chrétien veut assurer une rente de veuf et de veuve à toutes les personnes qui ont des enfants à charge. Il veut aussi assurer une rente sur la base actuelle à toutes les femmes qui ont eu des enfants et qui sont frappées de veuvage. La version du Conseil des Etats, qui propose d'élever la rente d'orphelin de 40 à 60 pour cent de la rente de vieillesse et de baisser la rente de veuf et de veuve de 80 à 60 pour cent de la rente vieillesse, a été vivement combattue au sein de notre groupe pour deux raisons majeures.

D'une part, le bénéfice escompté par la hausse de la rente d'orphelin, qui aurait pu avantager le conjoint survivant pendant qu'il a des enfants à charge, est estompé assez gravement par les plafonnements de la rente en corrélation avec le deuxième pilier et en cas de surassurance. Dans beaucoup de cas, ce sera un résultat nul, en tout cas à partir du troisième enfant.

D'autre part, une personne ne connaît ni l'heure ni le jour d'un veuvage. Avec la décision du Conseil des Etats, des femmes qui ont consacré beaucoup d'années à l'éducation de leurs enfants pourraient ne recevoir qu'une rente très basse, si elles devenaient veuves lorsque les enfants ne sont plus à charge. Elles pourraient être en difficulté car, à 50 ans et plus, ce n'est pas facile de se réinsérer dans le monde du travail et justement, le premier pilier est fait pour protéger des groupes de population qui ont une sécurité financière plus faible.

AB 2003 N 1327 / BO 2003 N 1327

La proportion de femmes qui travaillent est il est vrai de plus en plus élevée, mais les femmes ont malgré tout souvent des revenus faibles et elles travaillent à temps partiel pour s'occuper de leur famille. Dans le modèle social d'aujourd'hui, le concept de la majorité est trop pénalisant pour les mamans. Ce concept coupe 400 francs par mois et, au lieu de 1600 francs de rente maximale, les veuves qui n'ont plus d'enfants à charge



recevront 1200 francs. Vous savez que si on a la part obligatoire du premier pilier, actuellement la rente est à peine de 1000 francs. Si elle est réduite à 60 pour cent pour les veuves, vous voyez ce qui reste pour faire tourner un ménage dans ces conditions difficiles!

A la lumière de toutes ces remarques et observations, le groupe démocrate-chrétien soutiendra la minorité de la commission.

Heberlein Trix (R, ZH): Wir befinden uns ja heute mit diesem Artikel nicht in der ersten Beratung, sondern der Ständerat hat zweimal ganz klar der Lösung der Mehrheit unseres Rates zugestimmt, so, wie sie auch die Mehrheit der FDP-Mehrheit unterstützt. Worum geht es?

Nochmals: Ich möchte betonen, dass wir die Änderungen nicht hochspielen sollten. Bei verwitweten Ehegatten – ich betone, Ehegatten mit Kindern – wird auch in Zukunft im Gegensatz zum ursprünglichen Entwurf des Bundesrates eine unbefristete Witwen- respektive Witwenrente ausbezahlt. Diese Rente wird nach einer langen Übergangsfrist von 80 auf 60 Prozent gekürzt. Im Gegensatz zu dieser 20-prozentigen Rentenreduktion erfolgt eine Erhöhung der Waisenrente um 20 Prozent. Bei Witwen mit Kindern wird also diese Reduktion kompensiert. Die Waisenrente wird für jedes Kind unter 18 Jahren ausbezahlt, längstens bis zum 25. Altersjahr, wenn sich das Kind noch in Ausbildung befindet.

Die heute geltende Regelung – damit komme ich zur Übergangsfrist – wird noch während drei Jahren nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision und den verwitweten Personen für ihre ganze Lebenszeit ausbezahlt. Anschliessend wird dann in vier Schritten von je drei Jahren, also insgesamt über zwölf Jahre, die Witwenrente jährlich um 5 Prozent gesenkt und die Waisenrente um 5 Prozent erhöht. Das heisst im Klartext, dass die Witwenrente von neu 60 anstatt 80 Prozent im Jahre 2017 voll zum Tragen kommen wird.

Ich denke, mit dieser Regelung können wir nun wirklich alle leben. Insbesondere auch diejenigen sollten sich davon überzeugen lassen, welche die Gleichberechtigung der Geschlechter in all ihren Vorstössen, in all ihren rechtlichen Schritten zum Thema machen. Die Differenz hier liegt bei immerhin 130 Millionen Franken. Die FDP-Fraktion wird in ihrer grossen Mehrheit der Lösung zustimmen, wie sie der Ständerat zweimal beschlossen hat, wie sie auch der Bundesrat heute unterstützt und wie sie die Kommissionmehrheit ganz klar beantragt.

Präsident (Christen Yves, Präsident): Die grüne Fraktion unterstützt die Minderheit. Die liberale Fraktion unterstützt die Mehrheit.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Je crois qu'au point où nous en sommes, il faut voir les choses de manière un peu générale et voir que le problème que l'on discute, l'adaptation des rentes de veuve et d'orphelin, est lié aussi à l'autre problème sur lequel on a à se prononcer, à savoir le soutien, ou non, du modèle du Conseil national pour la rente flexible, qui entraîne une dépense supplémentaire de 400 millions de francs.

La majorité de la commission s'est ralliée, en ce qui concerne la rente de veuve et d'orphelin, à la solution du Conseil des Etats, et nous l'approuvons. Cela nous permet de soutenir l'attribution de 400 millions de francs, suivant le modèle du Conseil national, pour la retraite flexible. Une chose ne nous paraît pas possible, c'est de soutenir la minorité pour ce qui concerne la rente de veuve et d'orphelin et de soutenir en même temps l'appui à la retraite flexible, parce que dans ce cas, l'ensemble du paquet ne répond pas aux exigences d'économies que nous avons.

Avec la solution du Conseil des Etats en matière de rente et l'attribution de 400 millions de francs – que nous soutenons, je le répète – pour la retraite flexible, la 11e révision entraînerait une amélioration de revenu de l'AVS de 527 millions de francs. Nous espérons plus au départ, mais 527 millions de francs nous paraissent convaincants.

Pourquoi préférons-nous la solution du Conseil des Etats plus les 400 millions de francs à la solution de la minorité sans les 400 millions? Tout simplement parce que cette solution est plus visionnaire et prend mieux en compte les évolutions qui vont se faire jour dans le domaine de l'assurance-vieillesse et survivants. La 11e révision de l'AVS sera suivie par une 12e révision qui devra donner des réponses aux problèmes qui se posent à l'horizon 2015, et je suis convaincu que les réponses passeront par une élévation de l'âge de référence. Je pense qu'on ne parlera plus alors d'âge de retraite. Mais cette élévation de l'âge de référence n'est possible que si elle est accompagnée par une flexibilisation de l'âge de la retraite en dessous et en dessus de l'âge de référence. Je soutiens ceux d'entre vous qui, en votant les 400 millions de francs pour la retraite flexible, favorisent l'adaptation future de l'âge de référence et permettent ainsi plus facilement le passage à une élévation de l'âge de référence par rapport à la situation actuelle.

Les 400 millions de francs sont utiles et nécessaires pour donner un signal clair à la population que l'élévation



de l'âge de la retraite, de l'âge de référence, n'est pas une mesure rigide. C'est une mesure qui correspond à l'évolution de la société. Elle a été adoptée par les sociétés avancées, modernes, sociales-démocrates du nord de l'Europe, et c'est une mesure juste. Encore faut-il qu'elle soit accompagnée par un certain nombre de cautions et notamment par une flexibilisation de l'âge de la retraite. En donnant aujourd'hui ce signal, vous permettez d'avancer dans ce secteur.

En ce qui concerne la solution du Conseil des Etats pour les rentes de veuve et d'orphelin, elle est probablement un petit peu en avance par rapport à l'évolution des esprits. Lorsqu'elle entrera en vigueur, je pense qu'elle sera en accord avec l'évolution de la société.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral soutient la solution du Conseil des Etats qui est aussi celle de la majorité de votre commission en ce qui concerne les rentes de veuve et d'orphelin. Il soutient aussi le geste en faveur de la flexibilisation de l'âge de la retraite, geste nécessaire pour préparer la 12e révision de l'AVS qui viendra immédiatement après que celle-ci aura été adoptée, si référendum il y a, par le peuple.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 90 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 78 Stimmen

Art. 24a

Antrag der Kommission

Festhalten

Proposition de la commission

Maintenir

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Noch eine kurze Erklärung, was die Frage der geschiedenen Witwen und Witwer betrifft. Dazu gibt es keine Minderheitsanträge. Das heisst, dass die Situationen der Geschiedenen gemäss der Mehrheit der Kommission geregelt ist. Da erübrigt sich eine weitere Abstimmung.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Il s'agit donc des dispositions réglant le cas des rentes de veuve ou de veuf pour les conjoints divorcés, qui sont également mentionnées dans les articles 23 alinéa 5 et 36 alinéa 2, l'ensemble constituant un tout. La commission constate que l'ensemble des acquis se trouve partagé à l'occasion d'un divorce, sauf la rente de veuve. Il importe par conséquent que celle-ci soit fixée en fonction du jugement, sans qu'il y ait ni gain ni perte pour l'intéressée ou l'intéressé, et qu'elle ne dépasse par conséquent pas la contribution d'entretien décidée.

AB 2003 N 1328 / BO 2003 N 1328

Pour cette raison la commission maintient la décision de notre Conseil, par 15 voix contre 6.

Angenommen – Adopté

Art. 36

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Festhalten

Art. 36

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 37 Abs. 1

Antrag der Kommission





Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 37 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Le président (Christen Yves, président): Nous passons maintenant au débat sur les rentes en cas d'anticipation.

Art. 40ter

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Egerszegi-Obrist, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Widrig)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Cina

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 40ter

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Egerszegi-Obrist, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Widrig)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Cina

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Triponez Pierre (R, BE): In Namen der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, bei Artikel 40ter dem Ständerat zu folgen. Es geht hier um den Vorbezug von AHV-Leistungen vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters. Wir alle wollen im Rahmen dieser 11. AHV-Revision im Sinne der Flexibilisierung des Rentenalters einen vorgezogenen Rentenbezug ermöglichen. Nach Auffassung unserer Kommissionsminderheit und im Einklang mit dem Ständerat, der sich bereits zum zweiten Mal intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt hat, soll aber ein solcher Vorbezug versicherungstechnisch neutral erfolgen. Das heisst konkret, dass die AHV-Renten für Frührentenempfänger um den versicherungstechnisch korrekten Gegenwert der vorgezogenen Leistungen gekürzt werden. Dies bedeutet eine Kürzung der Rente um 5,4 Prozent bei einem um ein ganzes Jahr vorgezogenen Altersrücktritt.

Dieser versicherungstechnisch unbestrittene Kürzungssatz ist nach Auffassung unserer Kommissionsminderheit der einzig sachlich vertretbare Ansatz, um dem Solidaritätsgedanken voll und ganz gerecht zu werden und um irgendwelche Querfinanzierungen, Verzerrungen und sogar mögliche Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Würde man der Kommissionsmehrheit folgen und, je nach der politischen Empfindlichkeit oder Empfindsamkeit, von der Versicherungsmathematik abweichen und sogar – ich verweise auf den Eventualantrag der Mehrheit in den Übergangsbestimmungen und auf den heute ausgeteilten Antrag Cina – unterschiedliche Kürzungssätze vorsehen, so hätte dies unweigerlich eine Ungleichbehandlung der Versicherten zur Folge.

Eine soziale Abfederung im Sinne der Mehrheit würde zudem einen gefährlichen Anreiz zum vorzeitigen Altersrücktritt bilden, gerade bei Personen, welche ohne Not ihre Beitragspflicht bis zum ordentlichen Pensionierungsalter leisten können. Auch angesichts der demographischen Entwicklung, der Zukunftsperspektiven unserer Demographie, wäre ein solcher Anreizmechanismus sozialpolitisch und wirtschaftlich schlicht und einfach eine falsche Weichenstellung.

Schliesslich weist die Kommissionsminderheit nochmals mit Nachdruck auf die finanziellen Konsequenzen der Variante der Kommissionsmehrheit hin. Es ist nach unserer Überzeugung angesichts der finanziellen Perspektiven unserer AHV nicht zu verantworten, für die vorzeitige Pensionierung einer Minderheit der Erwerbstätigen



der Mehrheit der AHV-Beitragszahler Mehrkosten in der Grössenordnung von jährlich 400 Millionen Franken aufzubürden, abgesehen davon, dass eine solche Lösung auch den Bund gegen 70 Millionen Franken kosten würde.

Im Namen unserer starken Kommissionsminderheit ersuche ich Sie deshalb, bei Artikel 40ter dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Cina Jean-Michel (C, VS): Wir befinden uns in der Schlussphase dieser 11. Revision der AHV. Es gibt noch einige letzte wichtige Differenzen, wobei die Fronten zwischen den Räten als verhärtet und kaum überwindbar einzustufen sind. In dieser verfahrenen Situation, in welcher die Gegensätze zwischen den Räten unlösbar scheinen und die bisherigen Lösungen zu völlig unterschiedlichen, einseitigen Ergebnissen führen, zeige ich im Namen der CVP-Fraktion einen Vermittlungsweg auf. Wie meine Fraktionskollegin Thérèse Meyer in ihrem Votum zur Neureglung der Witwenrenten bereits ausgeführt hat, präsentieren wir Ihnen zu den derzeit diskutierten Problemfeldern der ersten Säule unserer Altersvorsorge ein Gesamtkonzept.

So haben wir Ihnen vorgeschlagen, an der bisherigen Lösung des Nationalrates in Bezug auf die Witwenrente festzuhalten – ich danke, dass Sie diesem Antrag zugestimmt haben. Gleichzeitig werden wir im Rahmen des Entlastungsprogramms auf die Aussetzung des Mischindexes verzichten. Obendrein schlagen wir Ihnen in Bezug auf die strittige Frage der sozialen Abfederung der Frühpensionierungen einen Ausweg vor. Mit dieser Lösung stehen wir zur Konsolidierung der AHV. Gleichzeitig bringen wir damit aber auch zum Ausdruck, dass wir ein Alter von 65 Jahren für beide Geschlechter als Referenzalter für die Pensionierung betrachten. Wir beraten das Geschäft nun bereits zum dritten Mal in diesem Rat, und der heikelste Punkt ist nach wie vor Artikel 40ter, der den Vorbezug der Altersrente regelt.

Unser Antrag lässt sich wie folgt begründen:

1. Wir wollen diese Revision, zusammen mit der Finanzierungsvorlage der AHV, abschliessen, damit die Renten bis ins Jahr 2015 finanziell gesichert sind. Der erfolgreiche Abschluss der Revision ist notwendig, um die Renten langfristig zu sichern.
2. Wir wollen das Gesetz mit dem neuen Rentenalter 65 für die Frauen aber auch verteidigen können. Der Vorlage können wir daher nur zustimmen, wenn sie den verschiedenen berechtigten Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt. Es darf nicht sein, dass die finanzielle Sicherung der AHV allein auf Kosten einer Bevölkerungsgruppe erfolgt.

AB 2003 N 1329 / BO 2003 N 1329

3. Wir wollen einen Weg finden, der für den Nationalrat, aber auch für den Ständerat gangbar ist. Mit dem Antrag "Dormann-plus" will die CVP-Fraktion eine Brücke zwischen den verhärteten Positionen der Räte schlagen. Dieser Vermittlungsantrag sieht vor, dass Frauen, welche sich frühzeitig pensionieren lassen, nur die Hälfte der entsprechenden Kürzung ihrer Rente tragen müssen.

Dieser Antrag knüpft an die bereits existierenden Übergangsbestimmungen aus der 10. Revision an. Die Lösung kostet jährlich maximal 244 Millionen Franken, wird aber – und das ist zentral – auf zehn Jahre befristet. Im Rahmen der Beratung des Entlastungsprogramms haben wir auch festgestellt, dass bisher lediglich 20 Prozent von einer derartigen Übergangslösung profitiert haben. Mit der Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre leisten die Frauen den wesentlichsten Beitrag zur finanziellen Sicherung der ersten Säule. Der Antrag sieht mildere Kürzungssätze für Frauen vor, damit sie sich den Vorbezug überhaupt leisten können. Es ist allen bewusst, dass gerade Frauen mit diesen Jahrgängen oftmals über kleine Renten verfügen.

Dieser Vermittlungsantrag nimmt also die berechtigten Anliegen der Frauen auf. Die Revision darf nicht auf deren Buckel stattfinden. Wir können jetzt einen Schritt tun und uns dem Ständerat annähern. Es geht um die Volksversicherung par excellence. Unser Weg ist finanzierbar und tragbar.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

Le président (Christen Yves, président): Nous traitons dans un seul débat l'article 40ter qui concerne les rentes en cas d'anticipation et le chiffre II lettre b alinéa 4 (dispositions transitoires).

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutient la proposition Cina pour construire un pont et sortir d'une impasse. Malgré les effets souhaitables d'aide à la flexibilisation qu'aurait la proposition de la majorité de la commission, force est de constater qu'elle n'a pas beaucoup de chances de passer la rampe. Il faut donc impérativement éviter que cette révision se fasse sur le dos des femmes. Or la proposition Cina permet de ne pas rendre trop abrupt le relèvement de l'âge de la retraite des femmes, en réduisant de moitié la diminution des rentes pendant dix ans.



Le but général de la 11e révision, pour notre groupe, est bien sûr de consolider notre premier pilier avec l'âge de référence à 65 ans, et il repose sur un concept en trois points.

1. Maintenir une rente de veuve adéquate pour les femmes qui ont eu des enfants; nous avons voté ce premier point.

2. Aider au passage de la retraite des femmes à 65 ans par un coup de pouce à leur retraite anticipée.

3. Un point qui n'est pas des moindres dans notre concept: nous nous opposons à la suppression de l'indice mixte qui est proposée dans le programme d'allègement du budget de la Confédération parce que nous trouvons que c'est un coup de griffe à un droit établi, qui enlève finalement la sécurité du droit pour les gens qui sont touchés. La proposition Cina permettra d'avoir 200 millions de francs de plus à disposition du fonds AVS pour faire face aux défis des années futures.

Donc, je vous demande, pour trouver une solution équilibrée qui ne soit pas au détriment des femmes et qui consolide le premier pilier, de voter la proposition Cina.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Die soziale Abfederung bei frühzeitiger Pensionierung ist eigentlich ein Schritt in die falsche Richtung. Wir setzen damit grundsätzlich ein falsches Signal. Es ist nicht Aufgabe der Politik, und es ist auch überhaupt nicht in unserem Interesse, Frühpensionierungen mit einer solchen Massnahme weiter zu fördern. Der Anteil an Frühpensionierten beträgt bei den Männern heute bereits 35 Prozent; das ist zu viel – ausgenommen natürlich bei den Berufen, die wirklich körperlich belastend sind. Wir kennen die demographische Entwicklung: höhere Lebenserwartung und niedrige Geburtenrate. Wir sollten dem wirklich Rechnung tragen.

Auch eine soziale Abfederung von Frühpensionierten wird nicht vermeiden helfen, dass weiterhin der "blaue Weg" in die IV beschränkt wird. Die diesbezüglich äusserst alarmierenden Zahlen sind momentan einer Studie zu entnehmen, und sie stehen übrigens in allen Zeitungen. Dass die IV noch schlechter dasteht als die AHV, ist auch ein offenes Geheimnis. 400 Millionen Franken werden für die soziale Abfederung vorgesehen. Die Diskussion wird sich bei der Frage der zusätzlichen Mehrwertsteuerprozente für die Finanzierung der AHV wieder entfachen, das wird schliesslich alle treffen, vom Bund über die Kantone zu den Gemeinden bis zu unseren älteren Mitmenschen.

Wir müssen doch endlich lernen, geeignete Massnahmen anzuregen. Wir haben noch Zeit, aber sie rennt uns wirklich davon, wenn wir nicht zusammen mit der Wirtschaft kreative Innovationen für die älteren Arbeitnehmenden anstreben. Es gilt Lösungen zu finden, die es ermöglichen, dass Arbeitnehmende länger im Arbeitsprozess gut eingebettet sind. Das ist auch ein Aufruf an unsere Wirtschaft.

Vorstellungen, wie dies bewerkstelligt werden könnte, sind durchaus vorhanden. Sie reichen von flexiblen Arbeitsmodellen bis zur Schaffung von Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten. Ich denke aber bei diesem Entschluss auch an die kommenden Generationen, an die zahlenmässig magere kommende Generation, welche die Last, die wir heute im Begriff sind zu vergrössern, einfach nicht mehr verkraften kann. Natürlich würde ich in meinem Innern gerne einer sozialen Abfederung zustimmen, wüsste ich nicht gleichzeitig, dass sie finanziell nicht tragbar, nicht machbar ist. Mein Horizont reicht wirklich nicht nur bis zum Wahltag, sondern er geht eben noch zwei Jahrzehnte darüber hinaus.

Ich bitte Sie im Namen der liberalen Fraktion, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Studer Heiner (E, AG): Ich kann meiner Vorrednerin sagen, ich denke in dieser Frage auch nicht bis zum Wahltag, sondern es geht darum: Sind wir in einer zentralen Frage auch konsequent? Ich gehöre – zusammen mit der EVP-Mehrheit in unserer Fraktion – zu denen, die sich immer und engagiert nicht nur für eine Flexibilisierung eingesetzt haben, sondern auch für eine abgefederte Flexibilisierung. Denn wenn Sie nur eine Flexibilisierung beschliessen, können es sich nur die Reichen leisten, welche den Vorbezug gar nicht brauchen. Dann können wir nämlich darauf verzichten.

Als die Volksabstimmung über die Initiative der Grünen kam, bekam die Initiative immer noch 46 Prozent Ja-Stimmen. Auch viele der Gegnerinnen und Gegner sagten: Wir wollen eine Flexibilisierung realisieren, aber anders und nicht so starr. Das wäre, wenn man vom Volksentscheid ausgeht, doch eine klare Mehrheit.

Ich habe auch in den letzten Monaten von Leuten unterschiedlicher Kreise nichts anderes gehört, als dass dieses Anliegen immer noch zu den zentralen Anliegen gehört. Wir haben ja schon am Anfang, aufgrund dessen, was uns die Kommission damals vorschlug, den Kompromiss gemacht, dass eine Halbierung stattfand. Von daher halten wir es für richtig, dass wir jetzt in diesem Punkt als Nationalrat festhalten.

Nun ist die Frage, ob eine Brücke, wie sie die CVP-Fraktion mit dem Antrag Cina bauen will, auch wirklich eine Brücke ist. Ich meine eher, sie sei zwar ein Steg, der vom einen Ufer zum anderen geht, aber ein sehr wackliger Steg. Denn wenn Sie lesen, was in diesem Antrag steht, sehen Sie, dass das kein Kompromiss ist,



der dieses Anliegen trägt, sondern es ist etwas, womit die CVP-Fraktion in diesem Zusammenhang versucht, ihre eigenen Leute zusammenzuhalten.

Ich muss hier den Blick zum Entlastungsprogramm weiten. Dort waren wir mit einer Mehrheit für die Beibehaltung des Mischindex und sind es immer noch. Wenn sich diejenigen, die nicht zu dieser Mehrheit beigetragen haben und die gleichzeitig für den Fall, dass die Flexibilisierung kommt, den Mischindex aufheben wollen, sich nicht wie die CVP-Vertreter in der Kommission der Stimme enthalten, dann

AB 2003 N 1330 / BO 2003 N 1330

bekommen wir nämlich auch dort eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung des Mischindex ohne Wenn und Aber. Hier haben wir die Möglichkeit, bei der Zustimmung zur Kommissionsmehrheit etwas Echtes zu bringen. Wir haben immer noch die politische Möglichkeit, bei diesen beiden Vorlagen in dieser Session diese Flexibilisierung, wie sie die Mehrheit vorschlägt, zu erhalten, aber auch den Mischindex zu erhalten. Aber dazu brauchen wir wirklich die ganze CVP-Fraktion, dann wird es gelingen. Also: Nicht wacklige Brücken beschreiten, von denen man nicht weiss, ob man herunterfällt, sondern lieber auf diesem Ufer etwas Sinnvolles weiterbauen.

Fasel Hugo (G, FR): Die Flexibilisierung des Rentenalters ist tatsächlich das Herzstück dieser Revision. Wir sind dabei, bereits zu vergessen, dass wir im Rahmen der 10. AHV-Revision das Rentenalter der Frauen um zwei Jahre erhöht haben. Wir sind dabei zu vergessen, dass es hier um eine nochmalige Erhöhung des Rentenalters der Frauen um ein weiteres Jahr geht. Das heisst, wir haben in diesem Bereich auch einen "Vorsprung" gegenüber anderen Ländern, wir korrigieren laufend nach oben. Wenn wir diese Revision betrachten, sollten wir auch festhalten, dass wieder die Frauen die Kosten dieser 11. Revision bezahlen werden. Das lässt sich auch auf den Franken genau ausrechnen.

Ich erinnere daran, dass vor gut zwei Jahren – mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen – die Grünen in diesem Land eine Volksinitiative zur Abstimmung gebracht haben, die ein Rentenalter 62 wollte. In der Westschweiz hat dieses Anliegen eine Mehrheit gefunden, und es ist knapp am Volksmehr gescheitert. Das Entscheidende – deshalb weise ich darauf hin – besteht darin, dass die bürgerlichen Parteien – Herr Triponez, der vorhin hier gesprochen hat, war auch dabei – dem Volk sagten, es solle die Initiative ablehnen, weil sie sich im Rahmen der 11. AHV für eine Flexibilisierung einsetzen würden. Diese Flexibilisierung solle so ausgestaltet werden, dass sie auch für kleine Einkommen zugänglich sei. Ich ging bisher davon aus, dass es in der Politik noch so etwas wie Treu und Glauben gibt; wenn man der Schweizer Bevölkerung – auch am Fernsehen – Dinge hoch und heilig verspricht, darf man die gleichen Leute ein paar Monate später noch anmahnen, dass sie Wort halten.

Heute stellen wir fest, dass viele fahnenflüchtig geworden sind und schon nicht mehr glauben, was sie seinerzeit gesagt haben. Das ist das, was die Leute so wahnsinnig schätzen an der Politik; das macht die Politikverdrossenheit aus: dass man Dinge verspricht und sie anschliessend nicht hält.

Einige Punkte jetzt noch einmal konkret zur Flexibilisierung: Frau Wirz-von Planta will ich korrigieren und Herrn Triponez mit einbeziehen. Sie haben gesagt, wenn wir 400 Millionen Franken für die Flexibilisierung gäben – wir waren ursprünglich bei 800 Millionen –, dann sei das ein gefährlicher Einstieg und ein Anreiz, die Leute vorzeitig in Pension zu schicken. Ja bitte, wenn Ihnen dieses Anliegen wirklich am Herzen liegt, dann müssen Sie die Anreize beseitigen, die heute schon bestehen. Sie haben eine dritte Säule, die Säule 3a. Wenn Sie die Papiere des Bundespräsidenten anschauen, die er bei der Pressekonferenz abgegeben hat, dann stellen Sie fest, dass heute all diejenigen vorzeitig in Pension gehen, die eine gute Säule 3a und ein starkes Überobligatorium haben. Frau Wirz-von Planta, Sie müssen den Hebel dort ansetzen, aber dann wird es Ihre Klientele betreffen. Das heisst, wir haben heute in diesem Lande bereits eine Subventionierung der vorzeitigen Pensionierung, allerdings nur für die Gut- und Bestverdienenden.

Worum es hier und heute geht, ist nun, dass wir eine ehrliche Flexibilisierung realisieren, die letztlich auch für die kleinen und kleinsten Einkommen zugänglich ist. Wer dem nicht folgt, der muss sagen: Ich habe mich in diesem Saal für Privilegienwirtschaft eingesetzt; ich habe mich dafür eingesetzt, dass die Flexibilisierung weiterhin nur für die Bestverdienenden zugänglich ist, und ich habe mich dafür eingesetzt, dass diejenigen in diesem Lande, die schlecht verdienen, nicht nur weniger lange leben, sondern auch noch länger arbeiten müssen.

Selbstverständlich werden sich vor diesem Hintergrund die Grünen wenigstens für dieses kleine 400-Millionen-Paket einsetzen, weil wir ursprünglich – ich wiederhole es – bei 800 Millionen Franken waren. Ich hoffe, dass Sie dabei bleiben – auch die CVP-Fraktion. Sie hat ursprünglich diesen Vorschlag gemacht; das war ein erster Kompromiss, den sie vorgeschlagen hat. Ich muss Sie daran erinnern: Sie sind seinerzeit von den 800 auf 400



Millionen Franken hinuntergestiegen; das war Ihr Kompromiss. Sie haben gesagt: Wir wollen damit die grosse Brücke schlagen. Ich hoffe, dass Sie sich heute an diese erste Brücke, die Sie gebaut haben, erinnern und bei den 400 Millionen Franken mitmachen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Wir haben uns ja schon mehrfach über diesen Ausbauschnitt in Artikel 40ter unterhalten. Die SVP-Fraktion bleibt bei ihrem Entscheid der Vernunft – wie ich einmal sagen möchte. Zu meinem Vorredner: Wir gehören nicht zu denjenigen, die Versprechungen gemacht haben, die wir nun nicht einhalten können; wir haben immer Ja zu einer Flexibilisierung gesagt unter der Bedingung, dass sie kostenneutral ausfällt, und das bieten wir in der AHV an.

Es ist unserer Meinung nach leichtsinnig, aufgrund der absehbaren Entwicklung der Altersstrukturen die AHV heute auszubauen, zumal keine sozialpolitische Notwendigkeit dazu besteht. Mit Wirtschaftswachstum kann ohne diesen Ausbauschnitt in Zukunft, in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren, nicht einmal die AHV nach gültiger Ordnung bezahlt werden, und das müsste eigentlich zu denken geben. Es ist ein finanzielles Abenteuer. Erleichterte Vorbezüge wecken zudem Erwartungen, die grundsätzlich in eine falsche Richtung gehen.

Ich möchte doch auch noch auf die Probleme aufmerksam machen – das wurde hier nicht gesagt –, die wir im Zusammenhang mit der zweiten Säule schaffen. Wir wissen heute, dass Verzinsung und Umwandlungssatz Elemente sind, die in der zweiten Säule heute zu diskutieren geben. Was viel zu wenig zum Ausdruck kommt, ist ein anderes Problem der zweiten Säule, nämlich die Frührenten: Diese müssen bezahlt werden, und wenn wir in der ersten Säule hier ein Zeichen setzen – ein Zeichen in die falsche Richtung –, dann hat das Auswirkungen auf die zweite Säule, die sich ebenso verteuern wird wie die AHV. Diese Überlegung ist mit einzubeziehen. Diese 400 Millionen Franken, die Sie einsetzen wollen, sind ein falsches Signal. Wir können doch nicht immer die Erwerbszeit verkürzen und die Rentenzeit verlängern, das funktioniert schlicht und einfach nicht! Mit diesem Antrag zu Artikel 40ter gehen Sie aber in diese Richtung, und das ist unseres Erachtens verfehlt.

Nun zum Antrag aus der CVP-Fraktion. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Wir haben ja in der 10. AHV-Revision – zusammenhängend mit der Erhöhung des Rentenalters auf 63 und 64 Jahre – diese Abfederung für die Frauen eingeführt. Es gäbe nun also aufgrund des Antrages Cina, der weitere zehn Jahrgänge mit einbezieht, eine Fortsetzung – laut der Vertretung der Verwaltung mit Folgekosten von etwas über 300 Millionen Franken im Jahr. Wenn dies nicht stimmt, müssen Sie das korrigieren. Bei uns in der Kommission wurde von 315 Millionen Franken gesprochen. Diese Zahl möchte ich klar bestätigt oder dementiert haben. Das ist die Summe, über die wir bei diesem Eventualantrag sprechen.

Auf die Lebenserwartung bezogen heisst das – wenn meine Überlegung in etwa zutrifft -: In der Zeit der starken Belastung durch die demographische Entwicklung wird auch dieses Element der Übergangsregelung, diese Abfederung für die Frauen, voll zum Tragen kommen, d. h., dieser Antrag wird etwa um 2020 seine volle Wirkung entfalten, genau in dem Moment, in dem wir bereits Schwierigkeiten haben werden, die Finanzierung des normalen Rentenalters zu bewältigen.

Ich bedaure, dass man in der AHV-Politik konzeptlos agiert. Der Bundesrat hat in dieser Revision einmal einen Ausbau um 400 Millionen Franken beantragt, dann kommt der Bundespräsident und sagt, wir müssten nun ins Auge fassen,

AB 2003 N 1331 / BO 2003 N 1331

das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen, und kurz darauf haben wir in einem Entlastungsprogramm den Antrag, den Mischindex – der für die erste Säule ein sehr wichtiges Element ist – zu killen oder mindestens auszusetzen. Das ist doch keine saubere Rentenpolitik. Das schafft Unsicherheit. Wir bezeichnen ein solches Vorgehen als unglaubwürdig.

Ich bitte Sie, auf diesen Zusatzantrag zu verzichten, dann aber mit dem Entlastungsprogramm den Mischindex zur Sicherung des Niveaus der ersten Säule nicht zu streichen. Das ist unsere Überlegung zu den anstehenden Entscheiden.

Ich bitte Sie, in dieser Frage der SVP-Fraktion zu folgen.

Goll Christine (S, ZH): Ich richte mich zuerst an die Vertreter und Vertreterinnen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der FDP und der CVP. Ich möchte Ihnen als Erstes sagen: Ihr Erinnerungsvermögen ist sehr brüchig. Ihr Geschichtsbewusstsein ist nicht sehr ausgeprägt, auch nicht Ihr Geschichtsbewusstsein über die jüngste Geschichte.

Sie sind bereits in dieser Debatte wieder daran erinnert worden, dass eine Volksabstimmung über eine Volks-



initiative für ein flexibles Rentenalter stattgefunden hat, bevor die Botschaft zur 11. AHV-Revision auf dem Tisch dieses Hauses lag. Es ist eine Volksinitiative, die sagenhafte 46 Prozent Jastimmen gemacht hat. Das ist ein sensationelles Ergebnis für eine sozialpolitische Volksinitiative. Dass diese Initiative letztlich abgelehnt wurde, hat damit zu tun, dass im Vorfeld zu dieser Abstimmung eine ganze Menge von Versprechungen abgegeben wurden – auch von Ihrer Seite, vonseiten der CVP und der FDP, und von einigen wenigen Exemplaren aus der SVP.

Sie haben damals versprochen, die Flexibilisierung hier im Rahmen der 11. AHV-Revision ernsthaft anzugehen. Wir hatten damals einen Konsens über die Parteigrenzen hinweg, dass es eine Flexibilisierung des Rentenalters braucht, dass es vor allem eine Vorbezugsmöglichkeit für die unteren und mittleren Einkommen braucht und nicht etwa für die Privilegierten, die das heute mit einer vergoldeten zweiten Säule sowieso schon haben. Wir waren uns in der Zielsetzung einig, dass es nicht darum gehen kann, weiterhin an einem starren Rentenalter festzuhalten.

Ich erinnere Sie auch daran, dass diese Zielsetzung bei der Beratung dieser 11. AHV-Revision über die Parteigrenzen hinweg immer im Vordergrund stand, und zwar mit dem Entscheid der Kommission, nicht einfach eine lineare Abfederung zu machen, sondern dafür zu sorgen, dass sich vor allem die unteren und mittleren Einkommen einen frühzeitigen Altersrücktritt leisten können. In einem ersten Entscheid beschloss eine satte Kommissionsmehrheit, für die Flexibilisierung sogar 800 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen und nicht nur die 400 Millionen Franken, die sowieso die Frauen bezahlen, weil wir mit dieser 11. Revision von ihnen verlangen, ein weiteres Jahr länger, bis 65 Jahre, erwerbstätig zu sein.

Sie sind offenbar auch nicht bereit, die soziale Realität in diesem Lande wahrzunehmen. Ich möchte Sie an die Situation der heute 60-Jährigen erinnern: Es sind schon fast 40 Prozent der Männer und weit über die Hälfte der Frauen, die mit 60 Jahren nicht mehr erwerbstätig sind. Diese Leute gehen nicht etwa freiwillig, weil sie dann im wohlverdienten Ruhestand auf Rosen gebettet wären, sondern ein Drittel dieser Personen wird heute zwangsweise frühpensioniert. In dieser Situation, in der auch Studien aus dem Departement unseres Bundespräsidenten schwarz auf weiss belegen, wie diese soziale Realität aussieht, kommt der Bundespräsident und Sozialminister und schlägt ein Rentenalter von 67 Jahren vor! Sie sind offenbar nicht bereit, Ihre eigenen Studien zu lesen oder Sie wollen einfach die Fakten ignorieren, Herr Couchepin, denn auch Sie wissen: Je schlechter die Ausbildung, je schwerer die Arbeit, je tiefer der Lohn der Erwerbstätigen, desto grösser ist das Risiko, krank zu werden, invalidisiert zu werden und frühzeitig zu sterben, also die AHV gar nicht mehr in Anspruch nehmen zu können.

Wir möchten ein flexibles Rentenalter nicht als Privileg für die Gutsituierten, sondern wir möchten ein flexibles Rentenalter vor allem für die unteren und mittleren Einkommen. Deshalb bitte ich Sie, hier der Mehrheit zuzustimmen.

Der CVP möchte ich am Schluss nur noch sagen: Sie haben hier grossartig verkündet, Sie hätten einen Vermittlungsvorschlag. Was Sie in der Realität machen, Herr Cina und liebe Männer und Frauen der CVP, ist ein fauler Trick, den Sie anwenden. Sie geben vor, hier einen Vermittlungsvorschlag zu präsentieren, aber Sie sind offenbar nicht bereit, die soziale Realität zur Kenntnis zu nehmen, im Gegenteil: Sie erliegen den Erpressungsversuchen der SVP, der politischen Rechten, die beim Entlastungsprogramm grossartig verkündet hat, sie würde den Mischindex nur dann nicht antasten, wenn keine Gelder für das flexible Rentenalter gesprochen werden.

Präsident (Christen Yves, Präsident): Die FDP-Fraktion unterstützt die Minderheit Triponez.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Ich entschuldige mich, dass ich vorhin nicht anwesend war.

Es freut mich, dass die ganze Finanzierung in Zusammenhang mit der Flexibilisierung gebracht wird. Wir halten immer noch daran fest, dass der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent erhalten bleibt. Ich rufe Ihnen in Erinnerung: Bis 1972 konnten die Beiträge des Bundes an die AHV durch die zweckgebundenen Einnahmen aus der Tabak- und Alkoholsteuer vollkommen gedeckt werden.

Ich entschuldige mich: Es geht um einen anderen Antrag.

Die Minderheit macht Ihnen beliebt, dem Ständerat zuzustimmen. Auf der einen Seite haben wir die Möglichkeit der Flexibilisierung bereits über die Ergänzungsleistungen eingeführt. Leute mit kleinen Einkommen können also jederzeit Ergänzungsleistungen erhalten, und zwar ist das schon seit der 10. AHV-Revision möglich. Wir können drei Jahre vorher in Pension gehen. Auf der anderen Seite waren wir nicht dafür, hier andere Kürzungssätze aufzunehmen.

Wir sind auch gegen den Vorschlag, dass Frauen bei den Kürzungssätzen anders behandelt werden als Männer, weil wir davon ausgehen, dass wir für Männer und Frauen gleiche Bedingungen haben. Das war übrigens



bereits 1948 bei der Einführung der AHV der Fall. Als die Kasse sehr gut dotiert war, hat man das Rentenalter der Frauen herabgesetzt. Jetzt ist es folgerichtig, wenn wir dieses Rentenalter wieder angleichen. Wir sind der Meinung, dass wir gleiche Bedingungen haben sollten, und deshalb verzichten wir darauf, ganz spezifische Privilegien neu aufzunehmen. Wir würden gerne bessere Bedingungen für alle schaffen, sind uns aber bewusst, dass wir bei der 11. AHV-Revision nicht ausbauen sollten. Aber ein Teil ist auch sehr überzeugt, dass man nicht dort abbauen sollte, wo es unzumutbare Härten gäbe. Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen.

Le président (Christen Yves, président): La confusion provient du fait que M. Cina a déposé une proposition individuelle qui ressemble à la proposition subsidiaire de la majorité au chiffre II lettre b alinéa 4 des dispositions transitoires. Mais Mme Egerszegi maintient la proposition de la minorité en cas de vote à titre préliminaire sur les dispositions transitoires.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Tatsächlich ist Artikel 40ter die Pièce de Résistance in dieser Vorlage. Beschlossene Sache der 11. AHV-Revision ist die Flexibilisierung, das heisst, dass jemand ab Alter 59 zu 50 Prozent und ab Alter 62 zu 100 Prozent in die Pension gehen kann, insgesamt drei volle Rentenjahre. Der Streit geht um die Flexibilisierung und die soziale Abfederung der Kleinverdiener und -verdienerinnen, die eben von diesem Vorbezug Gebrauch machen wollen.

In der Tat hat der Anteil von Frühpensionierungen in den letzten zehn Jahren sehr stark zugenommen, vor allem bei

AB 2003 N 1332 / BO 2003 N 1332

den Männern. Waren dies vor zehn Jahren noch rund ein Viertel, sind es heute bereits rund 35 Prozent. Viele von diesen Frühpensionierten sind sehr gut Verdienende, die sich eine Frühpensionierung mit Mitteln ihrer überobligatorischen Versicherung der zweiten Säule leisten können. Viele aber sind Klein- und Kleinverdienende, die gegen ihren Willen freigestellt worden sind. Viele davon sind Frauen, da diese nach wie vor in den untersten Lohnklassen arbeiten. Sie haben auch keine zweite Säule, von der sie profitieren könnten. Sie wissen: Jede zweite Frau in diesem Land hat noch keine Chance, sich in der zweiten Säule versichern zu lassen, weil sie entweder ein zu kleines Einkommen hat oder nur in Teilzeit berufstätig ist. Damit sich alle eine Frühpensionierung leisten können, hat der Bundesrat – und in der Folge auch der Nationalrat – 400 Millionen Franken für die soziale Abfederung der vorzeitigen Pensionierung von Kleinverdienenden eingesetzt. Der Bundesrat hat explizit an die Frauen gedacht, da diese mit der Erhöhung des Rentenalters weitgehend die 11. AHV-Revision bezahlen – die 400 Millionen Franken entsprechen in etwa einem Beitragsjahr der Frauen. Ihre Kommission hat mit 13 zu 8 Stimmen an ihrem Entscheid festgehalten, wonach ein detaillierter Kürzungssatz für Kleinverdienende zur Anwendung kommen soll, der ungefähr den vom Bundesrat vorgeschlagenen 400 Millionen Franken pro Jahr entspricht.

Die Minderheit will mit dem Ständerat auf diese soziale Abfederung verzichten; das heisst, sie nimmt in Kauf, dass jemand, der in Frühpension geht, bei einem Jahr eine Kürzung der Rente von rund 5,8 Prozent erfährt, bei zwei Jahren eine solche von rund 12,9 Prozent und bei drei Jahren von rund 18,6 Prozent – und das für den ganzen Rest seines Lebens. Die Minderheit macht einerseits geltend, dass die vorgesehenen Geschenke zu unbedeutend seien und diese über die Ergänzungsleistungen abgedeckt werden könnten, falls dies notwendig wäre. Andererseits will sie unter keinen Umständen Anreize für eine Frühpensionierung schaffen.

Ich selbst hatte schon bei der ersten Lesung einen Eventualantrag deponiert, wonach der heute bis zum Jahr 2009 befristete, halbierte Kürzungssatz für die Frauen um 10 Jahre weitergeführt wird, falls die 400 Millionen Franken gestrichen werden. Diese Halbierung des Kürzungssatzes hatte der Ständerat damals bei der Erhöhung des Rentenalters der Frauen als Übergangslösung eingeführt. Im Jahr 2009 steigt nun das Rentenalter nochmals um ein Jahr auf 65 Jahre an. Noch ist jede zweite Frau nicht in der zweiten Säule versichert. Diese Versicherung ist allerdings in der 1. BVG-Revision etwas verbessert worden, nachdem die minimal zu versichernde Lohnsumme von heute rund 25 000 auf 18 000 Franken hinuntergesetzt worden ist. Aber diese Revision ist noch nicht einmal in Kraft. Dank der Revision wird ein Teil der heute erwerbstätigen Frauen, vor allem jene, die Teilzeitverdienende sind, in die zweite Säule aufgenommen werden können. Der andere Teil der Frauen, die nur Kleineinkommen haben, in der zweiten Säule kaum auf einen grünen Zweig kommen und oft aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig in Pension gehen müssen, könnten von einem halbierten Kürzungssatz speziell profitieren. Immerhin ist der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" noch längst nicht verwirklicht.

Über diesen Eventualantrag ist in der Kommission vorsorglich abgestimmt worden. Ihre Kommission hat diesem Antrag mit 11 zu 10 Stimmen zugestimmt, für den Fall, dass bei Artikel 40ter die 400 Millionen Franken



für die soziale Abfederung gestrichen werden. Die Streichung erfolgte vor allem aus Kostengründen, da das Bundesamt rund 315 Millionen Franken für die Halbierung des Kürzungssatzes errechnet hatte.

Herr Bortoluzzi hat vorhin gefragt, wie hoch denn effektiv der Ausfall bei einem Frühbezug der Frauen sei. Sie wissen, dass seit zwei Jahren die Möglichkeit besteht, dass die Frauen in Frühpension gehen können. Man hat einen Betrag von rund 315 Millionen Franken errechnet; diese Berechnung beruht auf rund zwei Drittel aller Frauen – nicht 100 Prozent, sondern zwei Drittel. In Tat und Wahrheit haben aber nur 20 Prozent der Frauen von diesem Vorbezug Gebrauch gemacht und deshalb mit dem Entlastungsprogramm den so genannten Flexa-Beitrag zurückbezahlt – weil eben von diesem Frühbezug nur 20 Prozent der Frauen profitiert haben.

Die CVP-Fraktion bzw. Herr Cina möchte nun den Eventualantrag zu einem Hauptantrag machen, der aber nicht ganz genau dem Eventualantrag entspricht. Der Eventualantrag geht dahin, dass man den halbierten aktuellen Kürzungssatz einsetzt. Die CVP-Fraktion will für die Frauen den halbierten heutigen Kürzungssatz von 3,4 Prozent bei einem einjährigen Vorbezug weiterführen und bei einem zweijährigen Vorbezug einen Satz von 6,8 Prozent einsetzen. Weshalb das? Der zukünftige Kürzungssatz wird eher etwas tiefer als der heutige Kürzungssatz ausfallen, weil die Frauen eben mittragen. Sie wissen: Die Frauen leben seriöser, haben eine längere Lebenserwartung und bezahlen länger zurück; das auch zu Ihrer Orientierung. Die Männer werden profitieren, wenn auch die Frauen einen Frühbezug von Renten beanspruchen können, weil dann auch ihr Kürzungssatz tiefer als der heutige sein wird, der nur den Frauen vorbehalten ist.

Der Unterschied zwischen dem Eventualantrag der Mehrheit für einen halbierten Kürzungssatz und dem Hauptantrag der CVP-Fraktion bzw. dem Antrag Cina beträgt etwa 0,5 Prozent pro Jahr. Das hat zur Folge, dass die Einsparungen beim Antrag Cina etwas kleiner sind: Man rechnet mit 244 Millionen Franken statt mit 315 Millionen Franken; immer unter der Annahme, dass zwei Drittel aller Frauen in diesem Jahr von diesem Frühbezug Gebrauch machen würden. Der Unterschied in Sachen Kürzung, die beim Antrag Cina etwas höher ausfällt als beim Eventualantrag, beträgt also rund 0,5 Prozent pro Jahr.

Stimmen Sie gemäss der Kommissionsmehrheit für die 400 Millionen Franken als soziale Abfederung für Kleinverdienende. Ob Sie bei allfälliger Streichung dieser 400 Millionen Franken dem halbierten Kürzungssatz oder dem speziellen Satz gemäss der CVP-Fraktion bzw. dem Antrag Cina zustimmen wollen, überlasse ich Ihnen, da dieser Antrag Cina in der Kommission nicht behandelt werden konnte.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Je vais tenter de synthétiser dans toute la mesure du possible ce débat à ramifications multiples.

A l'article 40ter, la commission a maintenu la décision de notre Conseil par 13 voix contre 8, à savoir d'accorder 400 millions de francs pour assurer la flexibilisation aux personnes ayant les revenus les plus modestes. Ils correspondent dans la règle aux professions les plus astreignantes sur le plan physique. Un nombre significatif de ces personnes n'atteint pas l'âge de la retraite pour des raisons de santé – cela a déjà été dit – et le taux de mise à l'AI dans ce groupe de population est particulièrement élevé. Refuser ce crédit serait donc probablement entrer dans un marché de dupes, avec un report sur d'autres secteurs de l'assurance sociale, à savoir l'AI, les prestations complémentaires, etc.

La commission n'a pas examiné la proposition Cina au chiffre II lettre b alinéa 4 des dispositions transitoires, mais seulement la proposition subsidiaire Dormann Rosmarie en cas de refus de ce montant de 400 millions de francs. Cette proposition subsidiaire s'applique aux femmes seulement. Elle permet par là de présenter une porte de sortie en cas de refus de ce crédit. Elle a évidemment le défaut fondamental de créer une inégalité de traitement contraire à l'esprit de l'AVS. Elle permettrait toutefois de réduire à titre transitoire le taux de réduction en cas de retraite anticipée pendant les deux premières années, pour n'appliquer le taux prévu à l'article 40ter qu'au-delà du vingt-cinquième mois. Il en coûterait, selon les estimations, entre 80 et 300 millions de francs, mais aucun chiffre précis n'a pu être présenté à la commission.

La commission a pris sa décision à une courte majorité de 11 voix contre 10. Elle pense que ce mode de faire permettrait d'alléger quelque peu le poids du relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans et de tenir compte du fait que nombre d'entre elles n'ont pas de deuxième pilier ou du moins que celui-ci a une portée très limitée.

AB 2003 N 1333 / BO 2003 N 1333

Enfin, dernière remarque, la proposition Cina implique un taux de pénalisation un peu plus élevé que celui de la proposition subsidiaire Dormann Rosmarie, devenue proposition subsidiaire de la majorité.

Blocher Christoph (V, ZH): Frau Goll hat in dieser Sache Attacken gegen die SVP geritten und von Erpressung gesprochen. Ich bitte Sie, Folgendes zu berücksichtigen: Es wird hier von Flexibilisierung gesprochen. Es han-





delt sich um nichts anderes als um eine massive Öffnung in Richtung vorzeitiger Pensionierungen. Bezahlen werden das die, die bis 65 Jahre arbeiten, und die Älteren. Das erzeugt einen Druck auf ein höheres Rentenalter und einen Druck, dass dann bei der zweiten Säule – da werden wir eine neue Kalamität bekommen – ebenfalls dieser Schritt gemacht werden muss.

Wir sollten lernen! Herr Bundesrat Villiger hat an der letzten Kommissionssitzung gesagt, wir hätten beim Bund die Türen für vorzeitige Pensionierungen ab 62 Jahren geöffnet. Das sei nicht mehr haltbar, das könne man gar nicht mehr durchführen, weil die Dummen diejenigen seien, die bis 65 Jahre arbeiteten.

Frau Goll, ich bin der Meinung, es ist besser, wenn wir die Rente beim Mischindex nicht um 1 Prozent kürzen, dafür aber hier auch keine Sonderregelung für frühzeitige Pensionierungen schaffen. Ich bitte Sie, hier die Schleusen nicht zu öffnen – und zwar im Interesse der zweiten Säule und um zu vermeiden, dass wir das Pensionsalter auf 67 Jahre erhöhen müssen –, aber dafür zu sorgen, dass man bis 65 Jahre arbeitet. Das ist der Grund, warum wir diesen "Deal" mit dem Mischindex gemacht haben. Das ist nicht eine Erpressung, das ist eine logische Folge. Wir sparen mehr und begünstigen nicht nur eine Sondergruppe, sondern alle – von der Wiege bis zur Bahre –, welche noch von der AHV profitieren werden, wenn wir diese Regelung treffen.

Le président (Christen Yves, président): C'est un débat important, il faut que les positions soient exprimées. Mme Goll et M. Rechsteiner Paul souhaitent le faire.

Goll Christine (S, ZH): Herr Blocher, ich bin sehr froh um Ihre Erklärung hier vorne, weil Sie einmal mehr unter Beweis stellen, wie ernst Sie es mit der AHV meinen, wie ernsthaft Sie die Renten der AHV-Rentner und -Rentnerinnen tatsächlich verteidigen wollen. Ich halte daran fest, dass Sie in der Spezialkommission Entlastungsprogramm einen Erpressungsversuch gestartet haben, einen Erpressungsversuch, dem die CVP-Fraktion erlegen ist. Sie haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass Sie Rentenkürzungen wollen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass Sie keine sozial ausgestaltete Flexibilisierung für die unteren und mittleren Einkommen wollen. Ich möchte betonen, dass das eine Partei fordert, die mitverantwortlich ist für das Abschieben vor allem von älteren und altgedienten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen auf die Invalidenversicherung, auf die Arbeitslosenversicherung und auf die Sozialhilfe, damit Sie nachher wieder eine Schmutzkampagne gegen Menschen mit Behinderungen lostreten können.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die Debatte ist effektiv von grosser Bedeutung. Die Frage der beabsichtigten Rentensenkungen über den Mischindex werden wir noch diskutieren. Wir sehen, dass bei den Fraktionen der CVP und der SVP hier nun doch eine Umkehr im Gange ist. Wir werden diese Debatte führen, die Renten dürfen nicht gesenkt werden.

Hier geht es aber um die fundamentale Frage, ob auch die unteren und mittleren Einkommen, ob auch die einfachen Leute in diesem Land eine Chance haben, vorzeitig pensioniert zu werden, und ob die Frühpensionierung nicht einfach ein Privileg der reichen Leute, der Kader bleibt. Das Versprechen im Zusammenhang mit dieser Revision steht, ein Versprechen seitens des Bundesrates und auch seitens des Parlamentes. Es geht bei dieser Abstimmung darum, ob dieses Versprechen, das abgegeben wurde, gebrochen wird oder nicht. Hier stehen wir in der Pflicht.

Besonders schal mutet die Opposition gegen die vorzeitige Pensionierung der einfachen Leute, der unteren und mittleren Einkommen, seitens der SVP an, namentlich seitens von Herrn Blocher. Was bedeutet die Verweigerung der vorzeitigen Pensionierung für die einfachen Leute, die ihren Arbeitsplatz nicht halten können, die im Rahmen von Kostensenkungsprogrammen, wie es bei der Ems-Chemie passiert, abgeschoben werden, die hinausgeworfen werden, sobald sie Behinderungen aufweisen, und die in die Invalidenversicherung abgeschoben werden? Das ist eine unsoziale Politik, die sich gegen die Interessen der einfachen Leute in diesem Land richtet. Es ist eine Politik, die hier klar verurteilt werden muss.

Cina Jean-Michel (C, VS): Ich fühle mich durch das Votum von Frau Goll selbstverständlich herausgefordert. Es mutet komisch an, dass gerade Frau Goll hier Erpressungsvorwürfe in den Raum stellt. Ich meine, dass nicht mit Steinen werfen soll, wer im Glashaus sitzt! Ich erinnere Sie daran, dass Frau Brunner Christiane im Sommer 2003 mit diesen Erpressungsversuchen gegenüber der CVP begonnen hat. Ich gebe hier ganz klar zum Ausdruck, dass sich eine CVP nie erpressen lassen wird, weder von links noch von rechts!

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Die Aussage von Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner veranlasst mich, hier zum Ausdruck "unsozial" etwas zu sagen. Diese Flexibilisierung ist nicht für die kleinsten Einkommen. Die kleinsten Einkommen profitieren davon wenig, und es ist Augenwischerei, hier mit den Kategorien "sozial" oder "unsozial" zu agieren. Im Wesentlichen profitieren davon die mittleren Einkommen, das ist das System.



Zum Ausdruck "unsozial" noch folgende Bemerkung: Frühpensionierung heisst Aushöhlen des bestehenden Systems. Es geht nicht darum, dass kleine Einkommen besonders darunter leiden müssen. Uns geht es darum, dass bei hohen und mittleren Einkommen – wie beispielsweise beim Bund, wo man im Durchschnitt mit 61 Jahren pensioniert wird – auf diese Privilegienwirtschaft verzichtet werden soll. Unter dieser Privilegienwirtschaft leidet auch die erste Säule, und mit dieser Privilegienwirtschaft ist aufzuräumen. Sie geht zulasten der Kleinen.

Sie unterstützen diese Privilegienwirtschaft, wenn es um Ihre Interessen im Staat geht. Dort unterstützen Sie sie, aber sonst ist es Ihnen weitgehend egal.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: La multiplication des prises de parole individuelles indique bien que la discussion a un enjeu immédiat dans la perspective de ce qui se passera à la mi-octobre! Le Conseil fédéral essaie de voir au-delà de la 11e révision de l'AVS, dans la direction de la 12e révision.

Ce que nous cherchons dans la 11e révision de l'AVS, c'est à assurer le financement des rentes AVS jusqu'à l'horizon 2015. Pour cela, il faut un certain nombre de mesures qui rapportent, de mesures d'économies, et il faut aussi des ressources supplémentaires: il faut le pour cent de TVA. Nous plaignons aussi pour le maintien de la part de la Confédération à ce pour cent de TVA. Ceux qui réellement veulent assurer l'AVS jusqu'en 2015 n'ont pas d'autre voie que d'accepter un certain nombre d'économies et d'accepter le pour cent de TVA qui est sollicité. Toutes les alternatives à ce financement sont des alternatives qui comportent plus de dangers qu'elles n'apportent de solutions.

Au-delà de 2015, tout le monde sait – il suffit de regarder les chiffres – qu'on aura un problème dans le premier et le deuxième piliers, et toutes les sociétés modernes, en particulier celles de Scandinavie déjà, sociales-démocrates, ont passé à l'élévation de l'âge de la retraite. C'est une chose à laquelle on n'échappera pas vers 2015, et ensuite en 2025. Cette élévation de l'âge de la retraite ne pourra pas être acquise sans une certaine flexibilisation qui tienne compte en particulier du caractère difficile de certaines professions.

La question aujourd'hui est de savoir si l'on doit déjà donner un signe dans le sens de la flexibilisation ou si on ne veut

AB 2003 N 1334 / BO 2003 N 1334

tenir compte que de la révision actuelle sans voir plus loin, avec le risque de provoquer des ruptures lorsqu'on devra passer à la 12e révision de l'AVS. Le Conseil fédéral est d'avis que la flexibilisation est une bonne chose dans la perspective de la 12e révision et de ce qui devra se passer pour préparer la transition démographique des années 2010 à 2030. C'est la raison pour laquelle je me suis exprimé tout à l'heure en disant que nous soutenons le principe des 400 millions de francs pour flexibiliser l'âge du départ à la retraite. A la condition, bien sûr, que cela ne s'ajoute pas à toute une série d'autres choses qui finissent par s'accumuler et par rendre impossible d'assurer la sécurité du financement de l'AVS jusqu'en 2015.

Parmi les choses que je ne souhaitais pas, il y avait l'adoption de la solution du Conseil national en ce qui concerne les rentes de veuve et d'orphelin. Aujourd'hui, vous avez décidé d'aller dans ce sens. Par conséquent, vous avez diminué la part épargne, sécurisation du financement de l'AVS. La logique, c'est que vous ne pouvez pas et ne devez pas faire tout à la fois. Si vous maintenez le point de vue qu'il ne faut pas se rallier au Conseil des Etats en matière de rentes de veuve et d'orphelin, alors la conséquence – que nous déplorons – c'est qu'il faut renoncer aussi aux 400 millions de francs. Mais nous le déplorons, nous le regrettons, parce que ces 400 millions de francs étaient un signal extrêmement positif dans le sens de l'évolution du système, dans le sens qui sera imposé par les circonstances lorsqu'on traitera de la 12e révision de l'AVS.

Vous êtes maintenant devant vos responsabilités. Je vous le redis, je déplore que vous ayez voté contre la minorité tout à l'heure, que vous ayez choisi de ne pas vous rallier au Conseil des Etats. Maintenant, y a-t-il encore une chance qu'il y ait un changement en Conférence de conciliation? Je n'en sais rien. Si vous maintenez votre décision, alors il ne faut pas voter les 400 millions de francs, parce que ce serait trop charger le bateau.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag Cina 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 86 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 00.014/4288)

Für den Antrag Cina 107 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 71 Stimmen





Ziff. II Bst. b Abs. 4 – Ch. II let. b al. 4

Le président (Christen Yves, président): La majorité de la commission maintient pour le vote sa proposition subsidiaire au chiffre II lettre b alinéa 4. La proposition de la minorité est ici caduque.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/4289)

Für den Antrag Cina 109 Stimmen

Für den Eventualantrag der Mehrheit 64 Stimmen

Le président (Christen Yves, président): Nous passons maintenant au débat sur le financement de l'AVS.

Art. 102 Abs. 1 Bst. e, f

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Suter, Widrig)

Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Suter, Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Widrig)

Bst. f

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 102 al. 1 let. e, f

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Suter, Widrig)

Let. e

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Suter, Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Widrig)

Let. f

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 104 Abs. 1; 111

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Suter, Widrig)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 104 al. 1; 111

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Suter, Widrig)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Diese Frage haben wir schon mehr als einmal auf der Traktandenliste gehabt. Es geht um den Bundesanteil der Mehrwertsteuer an die AHV. Ich begründe gleichzeitig die Anträge der Minderheit zu den Artikeln 102, 104 und 111 und entsprechende Änderungen in anderen Gesetzen, weil die Problematik überall genau dieselbe ist.

Bis und mit 1972 konnten die Beiträge des Bundes an die AHV durch die zweckgebundenen Einnahmen aus der Tabak- und Alkoholsteuer vollständig finanziert werden. Ab 1973 nahm dieser Anteil umfangmässig ab, und er beläuft sich heute noch auf die Hälfte am bestehenden Mehrwertsteuerprozent des Bundesanteiles für die AHV. Das bedeutet, dass der Bund die andere Hälfte für diesen Zweck aus eigenen Mitteln aufbringen muss. Wenn wir das in Zahlen für das nächste Jahr anschauen, ist das ein Betrag in der Höhe von rund 410 Millionen Franken. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Invalidisierung der Gesellschaft steigt dieser Betrag anteilmässig jedes Jahr. Bereits 2005 würde das einen Betrag von 710 Millionen Franken und 2006 einen Betrag von 830 Millionen Franken ergeben. Diese Beträge müssen wir irgendwo anders hernehmen, wenn wir sie nicht über den Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent einbringen. Es ist einfach eine Tatsache, dass es eine Schere gibt: Auf der einen Seite gibt es das Anwachsen des Bundesbeitrages, auf der anderen Seite die Bundeseinnahmen, die prozentual nicht im gleichen Umfang ansteigen.

Also bitte ich Sie hier, dem Antrag der Minderheit zu folgen, weil andernfalls der Bund seinen Anteil an der AHV massiv kürzen müsste. Oder wir müssten einfach schauen, woher wir das Geld nehmen, wir müssten nach anderen Einnahmen Ausschau halten. Das Gleichgewicht würde total aus den Fugen geraten. Ich bitte Sie hier, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Ich begründe gleichzeitig auch noch den Antrag der Minderheit Suter – Herr Suter ist abwesend –, die ein ähnliches

AB 2003 N 1335 / BO 2003 N 1335

Thema betrifft: Hier geht es nicht um den Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent, sondern um die Erträge aus den von der Schweizerischen Nationalbank freigegebenen, nicht benötigten Währungsreserven. Hierzu hat der Bundesrat klar Stellung genommen: Er will diese Erträge im Verhältnis aufteilen, wie es die Verfassung vorsieht, ein Drittel soll der Bund und zwei Drittel sollen die Kantone erhalten. Deshalb ist die Version des Ständerates hier gerechtfertigt.

Die Minderheit Suter will dem Beschluss des Ständerates folgen. Ich bitte Sie im Namen dieser Minderheit, dies auch zu tun.

Le président (Christen Yves, président): Mme Egerszegi a également développé la proposition de la minorité Suter à la lettre f de l'article 102 alinéa 1er.

Studer Heiner (E, AG): Ich habe in dieser Frage die unheilige Allianz zwischen SP-Fraktion und SVP-Fraktion nie begriffen, und ich werde sie auch heute nicht begreifen, wenn sich nicht noch etwas ändert. Wir werden nach wie vor dafür stimmen, dass hier die Differenz zum Ständerat ausgeräumt wird. Den Anteil der Mehrwertsteuerprozente für die Bundeskasse brauchen wir. Bei diesem unheiligen Kompromiss verstehe ich die SVP, weil sie nur für die AHV schaut. Ob es in der Bundeskasse so und so viele Schulden hat, ist ihr das kleinere Problem – man kann ja kürzen.

Aber ich meine – dies an die Adresse der SP und der Gewerkschaften –, da besteht das Risiko, dass man sich ins eigene Fleisch schneidet. Wenn der Bund weniger Mittel zur Verfügung hat und wir zu Recht den Bundesanteil an die AHV beibehalten wollen, hat es für andere Bereiche einfach weniger Mittel zur Verfügung. Weil der Bund hier Verpflichtungen hat, muss man ihm diese Mittel geben. Deshalb ist der Antrag der Minderheit Egerszegi – Zustimmung zum Ständerat, Ausräumen der entsprechenden Differenz – das absolut Richtige.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutient ici la version du Conseil des Etats et par là du Conseil fédéral, c'est-à-dire de laisser la part de la TVA passer par les caisses de la Confédération pour revenir financer l'AVS. Nous avons fait l'évaluation de ce qui se passerait si tout le pour cent de TVA allait directement dans le fonds AVS. Il y aurait à nouveau, en quelques années, plusieurs milliards de francs à combler dans les caisses fédérales, avec des coupes sombres dans des domaines où nous ne voulons pas les voir arriver: la formation, la recherche, l'innovation. Donc, sur ce point, nous sommes clairs: nous sommes pour la version du Conseil des Etats.

Je vous invite donc à suivre la minorité de la commission.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Diese 17 Prozent Bundesanteil haben wir auch schon des Öfteren besprochen. Es ist tatsächlich so: Unsere Haltung diesbezüglich ändert sich nicht. Wir sind für eine transparente Finanzierung



unserer AHV. Wir haben schon Anträge gestellt, die auch die Tabaksteuer betreffen. Da ist nämlich auch eine Intransparenz enthalten, weil die Leute ja immer glauben, die AHV profitiere von der Tabaksteuer. Die Tabaksteuer fliesst in die Bundeskasse. Wenn wir die Tabaksteuer erhöhen, hat die AHV bekanntlich keinen Franken mehr in der Kasse. Das ist leider so. Wir plädieren für eine saubere Finanzierung und nicht für neue Verquickungen. Wir haben uns bereits bei der Einführung gegen diese 17 Prozent Bundesanteil ausgesprochen. Wir haben diese Anträge schon damals gestellt, auch im Wissen darum, dass man der Bevölkerung eigentlich immer klar gesagt hat, dieses ganze Mehrwertsteuerprozent komme der AHV zugute und habe nichts mit Bundeskasse und Bundesanteil zu tun. Darum werden wir diesbezüglich bei unserer Haltung bleiben.

Le président (Christen Yves, président): Le groupe écologiste se rallie à la majorité.

Heberlein Trix (R, ZH): Wenn wir bei dieser AHV-Diskussion Bilanz ziehen, dann wollte der Bundesrat Einsparungen von rund 930 Millionen Franken erzielen, und der Rat hat heute mit dem Antrag Cina rund 600 Millionen Franken Einsparungen beschlossen, es besteht hier also eine grosse Differenz. Wenn wir die Bundesbeiträge aus der Mehrwertsteuer ausschliessen, haben wir nochmals rund 200 Millionen Franken weniger Einnahmen an Beiträgen. Wenn Herr Bortoluzzi sagt, wir wollten eine transparente Finanzierung, so denke ich, dass auch der Antrag der Mehrheit bei Absatz 1 Buchstabe f nicht zur Transparenz und auch nicht zur dauernden Finanzierung der AHV beiträgt. Wenn Sie nämlich die Summe aus einem Mehrwertsteuerprozent mit den 200 Millionen Franken vergleichen, die aus den Goldverkäufen jährlich resultieren würden, ist dieser Beitrag zur AHV-Finanzierung ein kleiner Tropfen auf einen heissen Stein.

Die FDP-Fraktion wollte einmal mehr mit einer dringlichen Interpellation (03.3258) zur Finanzierungsfrage feststellen, wer Stellung nehmen will und wie diese Finanzierungsfragen gelöst werden sollen. Den Kopf in den Sand zu stecken und der Bevölkerung weiterhin vorzugaukeln, dass die AHV mit den heutigen Leistungen und mit zusätzlichen Leistungen auch nach 2015 finanzierbar sei – diese Politik lehnen wir ab. Das Büro hat es – mehrheitlich mit Unterstützung der CVP- und der SVP-Fraktion – abgelehnt, zu diesen Fragen klar Stellung zu nehmen. Wir bedauern dies, wir wollten diese Diskussion hier führen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Frau Heberlein, das war wieder ein kleiner Wahlkampf-Spot für den Ständeratswahlkampf im Kanton Zürich. Aber die freisinnigen Rezepte würden die soziale Sicherheit in diesem Land in den Abgrund führen. Es gibt nicht nur Milchbüchleinrechnungen im Stile der jetzt eben gerade vorgeführten, sondern es gibt in diesem Land auch soziale Probleme, die einer Antwort bedürfen. Die Revision so, wie sie jetzt vorliegt, gibt auf diese sozialen Bedürfnisse keine Antwort mehr und verschlechtert die Lage der Frauen durch die Erhöhung des Rentenalters, ohne dass eine Antwort auf das Bedürfnis der Frühpensionierung gegeben wird.

Hier geht es jetzt um den Bundesanteil an die Sozialversicherung, an die AHV. Die Mehrheit der Kommission hat zu Recht entschieden – und wir stehen hier hinter der Mehrheit, in Übereinstimmung mit den Entscheidungen, die wir beim Verfassungsartikel bereits getroffen haben –, dass die Beiträge, die über Mehrwertsteuern erhoben werden, der AHV-Kasse zugute kommen müssen, weil diese zweckgebundene Finanzierung auch entsprechend zweckgebunden eingesetzt werden soll.

Bezüglich des Goldes haben wir noch genügend Gelegenheit, die Debatten über die Verwendung der entsprechenden Einnahmen, die daraus resultieren, wieder zu führen. Hier handelt es sich, was den Antrag der Minderheit Suter anbelangt, um eine Auffangbestimmung. Dann, wenn kein anderer Entscheid getroffen wird, sollen diese Erträge der AHV zugute kommen. Das entspricht nicht zuletzt auch einem Willen einer klaren Mehrheit anlässlich der Volksabstimmung vom letzten Herbst. Egal, welche Position in der Abstimmung unterstützt worden ist, Gegenvorschlag oder Initiative, war eine klare Mehrheit der Auffassung, dass diese Mittel letztlich mindestens zum Teil der AHV zugute kommen sollten. Der Antrag der Kommissionsmehrheit und unsere bisherigen Entscheide liegen in dieser Logik.

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Ich kann es kurz machen. Es geht um die Grundsatzfrage, ob wir diese vollen Mehrwertsteuereinnahmen in die AHV geben wollen oder ob der Bund seinen Anteil von 17 Prozent zurückbehalten kann, damit er seinen Beitrag damit bezahlen kann. Wir haben in der Kommission über das Gesamtpaket abgestimmt, inklusive dem vollen Anteil der Einnahmen aus den gebrannten Wassern und den Tabaksteuern. Die Kommission hat mit 14 zu 6 Stimmen daran festgehalten, dass die vollen Einnahmen aus diesen Mehrwertsteuern in die

AB 2003 N 1336 / BO 2003 N 1336

AHV-Kasse gehen sollen, inklusive der Erträge aus den von der Schweizerischen Nationalbank vergebenden





nicht benötigten Währungsreserven. Mit 14 zu 6 Stimmen hat die Kommission daran festgehalten.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: L'article 102 énumère les différentes contributions nécessaires au financement de l'AVS, et l'article 104 traite de celles de l'Etat. La divergence opposant la majorité à la minorité porte sur la part de la TVA dont disposerait ou ne disposerait pas la Confédération pour s'acquitter de sa contribution. L'alternative en présence est bien connue et nous en avons déjà discuté très abondamment.

Notre Conseil avait décidé d'attribuer l'entier des recettes supplémentaires de TVA prévues à cet effet à l'AVS, ce qui, implicitement, signifie une réduction de la participation de la Confédération. Le Conseil des Etats a choisi au contraire de maintenir le statu quo, avec une part de 17 pour cent revenant à la Confédération.

La commission entend maintenir, par 14 voix contre 6 et avec 1 abstention, la décision que nous avons prise, à savoir l'entier du supplément de TVA à l'AVS.

Sont concernés par ce vote l'article 102 alinéa 1er lettre e, les articles 104 et 111.

A l'article 102 alinéa 1er lettre f, il s'agit du produit non affecté des réserves de devises de la Banque nationale, qui devrait être affecté à l'AVS. C'est relativement théorique puisque l'affectation de ce bénéfice est bien réglée: nous en avons discuté il y a deux jours. Le Conseil des Etats a décidé de biffer cette lettre f.

Par 14 voix contre 7 et sans abstention, la commission vous recommande de maintenir la lettre f.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: S'il y a un point sur lequel nous avons fait preuve d'une belle constance, c'est celui-ci. Nous répétons depuis toujours que la Confédération doit garder sa part provenant du relèvement des taux de la TVA. Ces recettes provenant de la TVA sont nécessaires. Si on ne fait pas ainsi, on devra probablement diminuer le taux de contribution de la Confédération au financement de l'AVS.

Comme l'ont dit plusieurs orateurs, on ne peut pas isoler ce problème de celui des finances fédérales, et on ne peut pas, pour boucher un trou, provoquer la rupture d'un autre côté. C'est exactement ce qui est en train d'être fait: sous prétexte de mieux financer l'AVS, on crée un trou ailleurs et la Confédération ne sera plus en mesure de financer sa contribution à l'AVS et à l'AI. Nous verrons venir ici une autre commission qui proposera alors de réduire de manière durable le taux de contribution de la Confédération aux autres institutions sociales, voire même à l'AVS.

C'est la raison pour laquelle nous vous demandons instamment de maintenir la part de la Confédération à ces recettes.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit Egerszegi-Obrist 64 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit Suter 61 Stimmen

Ziff. II Bst. b Abs. 4

Antrag der Mehrheit

(Eventualantrag, wenn der Antrag der Kommission bei Artikel 40ter keine Mehrheit findet)

In Abweichung von Artikel 40ter und unter Vorbehalt von Buchstabe d Absatz 3 der Schlussbestimmungen der Änderungen vom 7. Oktober 1994 (10. AHV-Revision) werden bei vorgezogenen Altersrenten von Frauen, die vor 1958 geboren sind, folgende Kürzungssätze angewendet:

- für die 1. bis 24. ganze vorbezogene Monatsrente der halbe Kürzungssatz gemäss Artikel 40ter;
- für die 25. bis 36. vorbezogene ganze Monatsrente der ganze Kürzungssatz gemäss Artikel 40ter.

Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Borer, Bortoluzzi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Suter, Triponez, Widrig)
Streichen

Antrag Cina

Bei Frauen der Jahrgänge 1948 bis und mit 1957 werden bei vorgezogenen Altersrenten folgende Kürzungssätze angewendet:

- bei 12 ganzen vorbezogenen Monatsrenten 3,4 Prozent;
- bei 24 ganzen vorbezogenen Monatsrenten 6,8 Prozent;





c. für die 25. bis 36. ganze vorbezogene Monatsrente um den versicherungstechnischen Gegenwert dieser vorbezogenen Leistungen.

Ch. II let. b al. 4

Proposition de la majorité

(Proposition subsidiaire au cas où la proposition de la commission concernant l'article 40ter serait rejetée)
En dérogation à l'article 40ter, et sous réserve de la lettre d, alinéa 3 des dispositions finales de la modification du 7 octobre 1994 (10e révision de l'AVS) les rentes de vieillesse anticipées des femmes nées avant 1958 sont réduites selon les taux suivantes:

- a. pour la 1re à la 24e rente mensuelle entière versée avant terme la moitié du taux de réduction selon l'article 40ter;
- b. pour la 25e à la 36e rente mensuelle entière versée avant terme le taux entier de réduction selon l'article 40ter.

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Borer, Bortoluzzi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Suter, Triponez, Widrig)
Biffer

Proposition Cina

Les rentes de vieillesse anticipées des femmes nées entre 1948 et 1957 inclus sont réduites selon les taux suivants:

- a. 3,4 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières versées avant le terme;
- b. 6,8 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières versées avant le terme;
- c. l'équivalent actuariel de ces prestations anticipées pour la 25e à la 36e rente mensuelle entière versée avant le terme.

Le président (Christen Yves, président): Cette disposition a déjà été réglée à l'article 40ter.

Angenommen gemäss Antrag Cina

Adopté selon la proposition Cina

Ziff. II Bst. c

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Gross Jost, Guisan, Maury Pasquier, Robbiani, Rossini)
Festhalten

Ch. II let. c

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Gross Jost, Guisan, Maury Pasquier, Robbiani, Rossini)
Maintenir

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

Adopté selon la proposition de la minorité

AB 2003 N 1337 / BO 2003 N 1337

Ziff. III Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1; 78ter; Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Mehrheit

Festhalten





Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Suter, Widrig)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. III ch. 1 art. 77 al. 1; 78ter; ch. 12 art. 2

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Suter, Widrig)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Dormann Rosmarie (C, LU), für die Kommission: Die 11. AHV-Revision steht. Die Einigungskonferenz hat die verbliebenen markanten Differenzen zwischen den beiden Räten ausgemerzt. Wir werden in zwei Schritten die beiden Vorlagen auch hier bereinigen, d. h., es wird nur noch je eine Abstimmung geben zu den beiden Gesamtvorlagen.

Die Vorlage 1 betrifft die Finanzierung der AHV, und die Vorlage 2 befasst sich mit dem materiellen Teil des Gesetzes. Bei der Finanzierung in der Vorlage 1 verblieb die Frage des Bundesanteils. Umstritten blieb bis zur letzten Runde, ob alle durch den Mehrwertsteuersatz für die AHV bestimmten Einnahmen in die AHV fließen sollen oder ob der Bundesanteil von 17 Prozent weiterhin bestehen bleiben soll. Ich kann Sie orientieren, dass der Ständerat in einer Motion verlangt, dass diese umstrittene Situation des Bundesanteils an den für die AHV bestimmten Mehrwertsteuereinnahmen in der 12. AHV-Revision in ihren vollen Konsequenzen noch einmal geprüft werden soll und dass wohl unter diesen Vorgaben eine Mehrheit von 18 zu 5 Stimmen sich für den Status quo ausgesprochen hat. Das heisst, auch in Zukunft wird die Bundeskasse 17 Prozent der für die AHV bestimmten Mehrwertsteuereinnahmen zur Bezahlung des Bundesanteils an die AHV zurückbehalten, dies mit Hinweis auf die zurzeit schlechte Lage unserer Bundeskasse. Diesem Grundsatzentscheid hat die Einigungskonferenz mit 18 zu 5 Stimmen zugestimmt.



Ein gleiches Stimmenverhältnis erreichte die Abstimmung betreffend die Erträge aus den von der Schweizerischen Nationalbank freigegebenen, nicht benötigten Währungsreserven, sofern diese nicht durch Verfassung oder Gesetz einem anderen Zweck zugewiesen werden: Diese sollen der AHV zugute kommen.

In der Vorlage 2 verblieben bis zur Einigungsverhandlung drei grosse Differenzen. Die erste betrifft die Rente an Witwen und Witwer mit Kindern. Die Einigungskonferenz hat sich mit 22 Stimmen für das Modell des Ständerates ausgesprochen, welches nach sechs statt nach drei Jahren – sechs Jahre nach Inkraftsetzung der 11. AHV-Revision – eine sukzessive Angleichung der Witwen- und Witwerrente an die Waisenrente vorsieht. Das heisst, die Witwenrente wird sechs Jahre nach Inkraftsetzung alle drei Jahre um je 5 Prozent reduziert und wird im Jahre 2017 noch 60 Prozent einer AHV-Rente betragen. Im Gleichschritt erhöht sich die Waisenrente auf 60 Prozent, damit man den Witwen und Witwern mit Kindern besser gerecht werden kann. Diese Angleichung ist kostenneutral. Sie bringt aber langfristig Einsparungen von rund 130 Millionen Franken pro Jahr. Dies geschieht nicht durch die Prozentverschiebung der Renten, sondern durch die gekürzte Rente an die Verwitweten, wenn ihre Kinder keinen Anspruch auf eine Waisenrente mehr haben.

Die übrigen Bestimmungen für die Witwen und Witwer mit Kindern blieben unverändert. Die Witwerrente wird nämlich bis zur Erreichung der Volljährigkeit des jüngsten Kindes ausgerichtet, während die Witwe ihre Rente bis zur Erreichung des AHV-Alters behält. Der Besitzstand bleibt gewahrt: Wer heute eine Witwen- oder Witwerrente bezieht, erhält diese unabhängig von der 11. AHV-Revision weiter.

Neu wird mit der 11. AHV-Revision die geschiedene Witwe oder der geschiedene Witwer beim Tod des früheren Partners bzw. der früheren Partnerin nur noch eine Rente im Umfang des im betreffenden Scheidungsurteil bestimmten Unterhaltsbeitrages erhalten, und zwar betragsmässig wie zeitlich. Das hat zur Folge, dass eine geschiedene Witwe nach dem Tod ihres Ex-Partners nicht mehr automatisch eine AHV-Rente erhält, wenn sie sich nicht wieder verheiratet hat, sondern nur noch die ihr im Scheidungsurteil zugestandenen Unterhaltsbeiträge. Die geschiedene Witwe oder der geschiedene Witwer erfährt durch diese Revision in keinem Fall eine Schlechterstellung, aber zukünftig auch keine Bevorteilung mehr. Anstelle von mehreren zur Auszahlung kommenden Witwenrenten, die ein mehrfach verheirateter und wieder geschiedener Partner durch seinen Tod auslösen kann, kommt nur noch der im Scheidungsurteil bestimmte Unterhaltsbeitrag an die Ex-Frauen zur Auszahlung.

Diese Änderung ist durch das neue Scheidungsrecht bedingt, das nach der 10. AHV-Revision in Kraft gesetzt worden ist und dem eine andere rechtliche Basis zugrunde liegt. Die Einsparungen in diesem Sektor sind aber eher unbedeutend. Dieser neuen Regelung hat die Einigungskonferenz mit 22 zu 1 Stimmen zugestimmt.

Es verbleibt noch die Pièce de Résistance, die Flexibilisierung des Altersrücktritts und dabei die soziale Abfederung von Kleineinkommen. Unbestritten ist die Möglichkeit des Vorbezuges von drei vollen Rentenjahren, sei dies durch den Bezug einer halben Rente ab dem Alter 59 oder einer vollen Rente ab dem Alter 62 oder kombiniert. Sicher schreibt das Gesetz vor, dass drei volle Rentenjahre vorbezogen werden können. Sie wissen, dass mit der 10. AHV-Revision das Rentenalter der Frau in zwei Schritten von 62 auf 64 Jahre angehoben wird, und neu steigt dieses ab 2009 sogar auf 65 Jahre. Bereits in der 10. Revision hat eine Bestimmung Aufnahme gefunden, wonach für die Frauen, die frühzeitig in Pension gehen, während zehn Jahren nur die Hälfte des versicherungstechnischen Kürzungssatzes zur Anwendung kommt; dies mit Rücksicht auf die weitgehend durch die Erhöhung des Rentenalters der Frau mitfinanzierte AHV. Andererseits wird das Gesetz dadurch auch den immer noch bescheideneren Einkommen der Frauen gerecht. Zudem steht fest, dass praktisch jede zweite Frau nicht in der zweiten Säule versichert ist. Der heutige versicherungstechnische Kürzungssatz bei Vorbezug einer Rente beträgt pro Jahr 6,8 Prozent für die Männer und 3,4 Prozent für die

AB 2003 N 1511 / BO 2003 N 1511

Frauen. Der zukünftige Kürzungssatz dürfte etwas niedriger sein. Er ist zudem abgestuft auf die Bezugsjahre; je früher jemand in Pension geht, desto höher ist der Kürzungssatz, damit nicht ein Anreiz zur Frühpension geschaffen wird.

Im Kürzungssatz inbegriffen werden neu auch die durch die 11. AHV-Revision in Zukunft durch den Vorbezug der Rente ausfallenden Prämienbeiträge sein. Die 11. AHV-Revision nimmt nun das Anliegen der Frauen auf – das allerdings sehr bescheiden ist –, wonach der halbierte Kürzungssatz von 3,4 Prozent ab dem Jahr 2010 für die Jahrgänge 1948 bis 1952 weitergeführt wird.

Diese Halbierung des Kürzungssatzes kommt aber nur noch für ein Vorbezugsjahr zur Anwendung, da mit der 11. AHV-Revision das Rentenalter der Frau nur noch um ein Jahr angehoben wird. Der halbierte Kürzungssatz wird aus dem gleichen Grund auf fünf Jahrgänge befristet. Das war der allerkleinste gemeinsame Nenner, auf den sich eine Mehrheit der Einigungskonferenz einigen konnte; dies mit Rücksicht auf den Umstand, dass diese Jahrgänge noch wenig von einer zweiten Säule profitieren können, da deren Eintrittsschwelle erst mit



der 1. BVG-Revision von heute rund 25 000 auf 18 000 Franken herabgesetzt wird.

Eine soziale Abfederung mit rund 400 Millionen Franken für kleine Einkommen und Kleinstehende, wie sie der Bundesrat immer vorgesehen und versprochen hatte, fand in der Einigungskonferenz nur noch 6 Stimmen. Für diese Kehrtwende dürfte die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage in der Schweiz ausschlaggebend sein, die leider auch eine Realisierung der einmal gemachten Versprechen nicht mehr zulässt. Dieser Lösung mit dem halbierten Kürzungssatz für die Frauen hat die Einigungskonferenz mit 18 zu 6 Stimmen zugestimmt. Aufgrund der klaren Mehrheiten in den Teilabstimmungen muss ich Sie bitten, der Vorlagen 1 und 2 der AHV-Revision zuzustimmen. Persönlich bin ich mir noch nicht sicher, ob ich den grünen Knopf drücken kann.

Triponez Pierre (R, BE), pour la commission: Afin de régler les divergences entre le Conseil national et le Conseil des Etats concernant la 11e révision de l'AVS, la Conférence de conciliation s'est réunie le 23 septembre 2003. Il s'agissait des trois divergences principales sur:

1. la participation de la Confédération au financement de l'AVS – les fameux 17 pour cent;
2. la question des rentes de veuve et de veuf;
3. la réduction des rentes de vieillesse en cas de retraite anticipée.

A chacun de ces points, la Conférence de conciliation a pris des décisions à une majorité claire.

En ce qui concerne la participation de la Confédération au financement de l'AVS, la Conférence de conciliation s'est ralliée par 18 voix contre 5 à la solution du Conseil des Etats, qui correspond d'ailleurs dans les grandes lignes au projet initial du Conseil fédéral. Elle a néanmoins pris connaissance avec satisfaction d'une motion du Conseil des Etats, qui propose de revoir cette question à l'avenir.

Quant à la rente de veuve et de veuf, la Conférence de conciliation a suivi à l'unanimité, soit par 22 voix sans opposition, une proposition Heberlein qui prévoit de suivre la systématique du Conseil des Etats, mais d'intégrer une disposition transitoire dans l'arrêté sur le financement, selon laquelle la nouvelle réglementation sur les rentes de veuve et veuf n'entrera en vigueur que dans les cas de veuvage survenus à partir de la sixième année après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS.

En ce qui concerne enfin la réduction des rentes en cas de retraite anticipée, le Conférence de conciliation a approuvé une proposition de compromis qui stipule que les rentes de vieillesse anticipées des femmes nées entre 1948 et 1952 inclus sont réduites selon les taux suivants: 3,4 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières versées avant le terme, et le taux de réduction actuariel de ces prestations anticipées pour la 13e à la 36e rente mensuelle entiere versée avant le terme.

Dans l'ensemble, la Conférence de conciliation s'est efforcée de trouver une solution de compromis entre les deux Chambres; elle vous prie d'adopter la solution proposée.

Rechsteiner Paul (S, SG): Wir haben heute die Bilanz der langjährigen Arbeit an der 11. AHV-Revision vor uns; es ist ein Scherbenhaufen, kein Stillstand, sondern ein Rückschritt, das Resultat der antisozialen Politik einer Parlamentsmehrheit, die nicht nur in der Steuerpolitik die Interessen der Leute mit hohen Einkommen und der Reichen rücksichtslos durchsetzt, sondern auch in der Sozialpolitik, bei der AHV, eine systematisch gegen die Interessen der einfachen Leute gerichtete Politik betreibt.

Führend in dieser Politik gegen die Interessen der einfachen Leute, der Leute, die hart arbeiten, die monotone Arbeit leisten, die belastende Arbeit leisten, ist die SVP, die gegen das flexible Rentenalter für die einfachen Leute kämpft. Mit welchen Methoden die SVP kämpft, zeigt sich daran, dass Herr Blocher nicht davor zurückschreckt, den Vertreter der einfachen Bauern und der Bergbauern so zu bedrohen und einzuschüchtern, dass er es nicht mehr gewagt hat, für seine Überzeugung und für die Interessen der einfachen Bauern zu stimmen. Denn Herr Hassler wusste und weiss, im Gegensatz zu Herrn Blocher, was die AHV für die kleinen Bauern bedeutet, und er weiss, weshalb das flexible Rentenalter nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, sondern auch für die einfachen, für die kleinen Bauern so wichtig wäre.

Aber damit sich die SVP mit dieser antisozialen Politik durchsetzen konnte, brauchte sie ihre Helfer – eine FDP, bei der die meisten Deutschschweizer von der SVP fast nicht mehr zu unterscheiden sind, und vor allem eine CVP, die einst im Bundesstaat wenigstens sozial für einen gewissen Ausgleich sorgte, jetzt aber für die antisoziale Politik der SVP die entscheidenden Stimmen gebracht hat. Ich meine damit die Mehrheit der CVP-Fraktion.

Was uns jetzt als – angebliche – Abfederung des Frauenrentenalters 65 verkauft wird, ist nicht einmal mehr ein jämmerliches Feigenblatt. Was wir bei der 11. AHV-Revision vor uns haben, ist ein Sozialabbau auf dem Buckel der Frauen, ein Sozialabbau auf dem Buckel der Witwen und durch die Verschlechterung des Teuerungsausgleiches ein Sozialabbau zulasten der Rentnerinnen und Rentner. Vor allem ist ein langjähriges Versprechen der Behörden gegenüber der Bevölkerung schändlich gebrochen worden, das Versprechen eines flexiblen



Rentenalters. Was jetzt als Resultat dieser Beratungen der Einigungskonferenz vorliegt, ist kurzsichtig, es ist egoistisch und schlägt der Bevölkerung in diesem Land mit ihren Bedürfnissen ins Gesicht.

Die SP-Fraktion stellt den Antrag, diese Abbruchvorlage der 11. AHV-Revision abzulehnen. Der Bruch des Versprechens des flexiblen Rentenalters ist schändlich und inakzeptabel. Dem Verfassungsartikel stimmen wir zu. Es wird Zeit, dass eine Parlamentsmehrheit wie diese endlich von einer neuen abgelöst wird.

Studer Heiner (E, AG): Eine Persönlichkeit hat mich heute Morgen sehr beeindruckt; es ist Rosmarie Dormann. Ich habe ihr gut zugehört, wie sie – als eine der Architektinnen der damaligen Vorlage – heute sachlich korrekt etwas vertritt, was nicht ihrer Haltung entspricht. Ich möchte sie einfach ermuntern, am Schluss eben doch von der grünen Taste weg und zur roten zu gehen. Das ist die Schlussfolgerung, die die Mehrheit unserer Fraktion zieht. Die abgefederte Flexibilisierung war für uns als Rat – und für uns als Fraktion auf jeden Fall – zunächst ein Schwerpunkt dieser Revision, und die ist weg. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass wir eben nicht hinter dieser Vorlage stehen können.

Gleichzeitig haben wir gestern auch eine Motion eingereicht, welche für die nächste Runde die völlige Flexibilisierung will, aber auch eine ernsthafte Prüfung, ob man nicht die Rente beziehen kann, wenn man während einer bestimmten Zahl von Jahren einbezahlt hat, damit vor allem Leute mit tieferen

AB 2003 N 1512 / BO 2003 N 1512

Einkommen, die eben schon früher im Arbeitsprozess waren, auch früher Rente beziehen können.

Auf der anderen Seite muss ich Ihnen auch Folgendes zu bedenken geben: Man darf nicht nur dem Ständerat Schuld am Debakel geben, das wir zuletzt haben. Wir sind im Gegensatz zum Vorredner jetzt eben der Überzeugung, dass ein anderer, besserer Kompromiss möglich gewesen wäre, wenn unser Rat zu einem früheren Zeitpunkt bei den Anteilen der Mehrwertsteuer eingelenkt hätte und hier dem Bund, der Bundeskasse, mehr Mittel zur Verfügung gestellt hätte. Wir bedauern also das Gesamtergebnis und meinen: Die Fehler, derentwegen es dazu kam, lagen an verschiedensten Orten.

Heberlein Trix (R, ZH): Die FDP-Fraktion stimmt der Regelung der AHV-Revision zu, so, wie sie jetzt aus der Einigungskonferenz kommt. Erinnern wir uns daran: Das Ziel war eine Konsolidierungsvorlage und nicht eine Leistungsausdehnungsvorlage, eine Konsolidierung dieser wichtigsten Sozialversicherung auch für die nächste und übernächste Generation. Diese Konsolidierung wurde teilweise erreicht. Wir brauchen aber ganz bestimmt eine 12. AHV-Revision, wo weitere Punkte zur Diskussion gestellt werden, wo nicht die junge Generation, die erwerbstätige Generation, zulasten der älteren Leute einen Anteil aus ihrem Einkommen erbringen muss, der ihr nicht zugemutet werden kann.

In diesem Sinne, Herr Rechsteiner, freuen wir uns auf die Referendumsabstimmung. Es wird ganz bestimmt keine andere Parlamentsmehrheit in diesem Saal geben. Ich bin auch davon überzeugt, dass für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung die Sicherung dieser wichtigsten Grundversicherung, der AHV, eben im Vordergrund steht und nicht ein weiterer Anstieg der Leistungen und damit der Ausgaben, den wir nicht finanzieren können. Ich beantrage Ihnen also, diesen Vorlagen zusammen mit der FDP-Fraktion zuzustimmen.

Genner Ruth (G, ZH): Frau Kollegin Heberlein, ich möchte Ihnen gerne eine Frage stellen: Was werden Sie den Frauen im Abstimmungskampf sagen, was Sie aus dieser Revision für sie herausgeholt haben und wie viel sie mit dieser Revision bekommen?

Heberlein Trix (R, ZH): Die Frauen wollen eine Gleichstellung. Allem voran entspricht diese Forderung auch dem Programm der Grünen Partei. Das gilt auch für das Rentenalter.

Widrig Hans Werner (C, SG): Die christlichdemokratische Fraktion stimmt den Anträgen der Einigungskonferenz grossmehrheitlich zu, aus drei Gründen:

1. Das Ziel Finanzierungssicherung, Rentenalter 65 für Mann und Frau, ist darin enthalten und wird erreicht.
2. Unser Anliegen, die Besserstellung der Witwen gegenüber dem Entwurf des Bundesrates, wird nicht hundertprozentig, aber zu einem grossen Teil erreicht.
3. Bei der Flexibilisierung, der sozialen Abfederung beim Rentenvorbezug, wurde durch die Anträge Dormann und Cina eine Lösung initiiert.

Wir Christdemokraten haben zusammen mit der 1. BVG-Revision seit Beginn die Gesamtschau gefordert. Auch hier bei dieser Gesamtschau: Ziel erreicht. Das Absenken der Eintrittsschwelle von 24 000 auf 18 000 Franken bedeutet mehr soziale Sicherheit für Inhaber von Teilzeitstellen, auch für Frauen, die den Grossteil davon ausmachen. Das ist doch Zukunftssicherung, nicht nur für die Rentner, sondern auch für die junge



Generation.

Ich bitte Sie deshalb namens einer klaren Mehrheit unserer Fraktion, hier die Anträge der Einigungskonferenz bei der 11. AHV-Revision und auch der 1. BVG-Revision zu unterstützen und ihnen zuzustimmen.

Bühlmann Cécile (G, LU): Ja, dann stelle ich die Frage halt Herrn Widrig, nachdem Frau Heberlein sie nicht richtig beantwortet hat. Ich stelle Ihnen die Frage: Wie viel bezahlen die Frauen in Franken für diese 11. AHV-Revision?

Widrig Hans Werner (C, SG): Wir haben die beiden Hauptanliegen unserer Fraktion für die Frauen erfüllt: Das Ziel, die Besserstellung der Witwenrente gegenüber der harten Vorlage, wie sie eingefahren worden war, ist erreicht worden. Und Sie wissen genau: Bei der sozialen Abfederung haben wir ganz speziell die Frauen privilegiert.

Fasel Hugo (G, FR): Was wir hier erleben, ist ein historischer Augenblick, was die Geschichte der AHV betrifft: In der 11. AHV-Revision wird erstmalig in diesem Sozialwerk abgebaut, und zwar will man – wir haben es bei Frau Heberlein, bei Herrn Widrig gesehen – natürlich die Sache lieber kaschieren, statt die Sache beim Namen zu nennen. Sagen wir es nun klar und deutlich, die Unterlagen liegen vor: 800 Millionen Franken werden nun in dieser 11. AHV-Revision abgebaut! Das ist, auf Franken genau gerechnet, was getan wird; das ist eine historische Wende bei diesem Sozialwerk.

Es gilt auch, der Öffentlichkeit zu sagen, wie dieser Kompromiss, der keiner ist, am Schluss zustande gekommen ist: Er kam zustande über Zensur! Die SVP hat jene Mitglieder, die versucht haben, bei der Einigungskonferenz am Schluss eine konstruktive Lösung zu erarbeiten, ausgeschlossen! Die FDP hat jene Mitglieder, die im Verlauf der Beratungen bereit waren, einen sinnvollen Kompromiss zu erarbeiten, ausgeschlossen! Und bei der CVP – eigentlich hätte ich heute lieber nichts gesagt, weil ich festgestellt habe, dass dies auch ein Stück Geschichte der CVP ist. Die CVP hat seinerzeit, als es um die Initiative der Grünen ging, versprochen, man möge diese ablehnen in diesem Lande, weil anschliessend eine Flexibilisierung stattfinden müsste, die von der CVP getragen würde, und sie hat – ich habe nochmals bei Wahlen in den Medien nachgeschaut – 1,2 Milliarden Franken eingesetzt. In der Kommission hat die CVP gesagt: Das ist zu viel, wir machen einen Kompromiss: 800 Millionen Franken. Auf diese 800 Millionen ist man dann eingestiegen, und mit Stichentscheid des seinerzeitigen Kommissionspräsidenten, Herrn Hess, wurden die 800 Millionen Franken abgelehnt.

In der weiteren Entwicklung hat die CVP gesagt: Wir stehen nun für 400 Millionen ein. Nach den 400 Millionen Franken hatte man letzte Woche medial angekündigt und verkauft – Herr Cina hat den Vorschlag hier unterbreitet – und gesagt: Jetzt sind es noch 250 Millionen. Und diesen Kompromiss trägt die CVP mit! Bei der letzten Zusammenkunft kommen die gleichen Leute, und sie verkünden noch einmal etwas anderes, den Kompromiss des Kompromisses des Kompromisses des Kompromisses. Und jetzt sind wir bei diesen – man kann es nicht einmal mehr genau in Zahlen ausdrücken – vielleicht noch 100 Millionen Franken, beschränkt auf ein paar wenige Jahre.

Resultat dieser Beratungen: Es ist Wortbruch begangen worden; es ist ein Verstoß gegen Treu und Glauben; man hat nicht gehalten, was man versprochen hat. Es ist keine Konsolidierungsvorlage, wie Frau Heberlein gesagt hat, sondern es ist eine Abbauvorlage, und jemand muss diese 800 Millionen Franken bereitstellen. Auch wenn ich ein Mann bin, gehört es zum Anstand, in diesem Rat zu sagen, dass die Frauen dies bezahlen. Wir von der grünen Fraktion lehnen deshalb das Ergebnis der Einigungskonferenz klar und deutlich ab.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Aus unserer Sicht ist die 11. AHV-Revision ein Schritt in die richtige Richtung. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Bundesrat eine Vorlage präsentiert hat, die rund 1,3 Milliarden Franken Einsparungen vorsah; wir schliessen hier mit Einsparungen von 800 Millionen Franken ab. Diese Vorlage trägt der demographischen Entwicklung in unserem Lande Rechnung. Sie ist aus dieser Sicht eine vernünftige Vorlage, und wir werden ihr, was das Gesetz betrifft, zustimmen.

Wir haben allerdings die Frage einer sauberen, transparenten Finanzierung der AHV in diesem Zusammenhang nicht

AB 2003 N 1513 / BO 2003 N 1513

gelöst. Der Ständerat hat diese Frage mit einer Motion aufgenommen. Mit der Vorlage 1 – also dem Antrag, die Mehrwertsteuer anzuheben – sind wir nicht einverstanden. Nach wie vor wird die Bundeskasse mit der Erhebung von neuen Mehrwertsteuern stark begünstigt. Ich möchte Sie daran erinnern, dass zusammen mit den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent 1999 und der jetzigen Vorlage, die für die Sozialversicherung vorgesehen ist, die Bundeskasse unter dem Titel Finanzierung der Sozialversicherungen rund 1 Milliarde





Franken Mehreinnahmen erzielt; das ist nicht haltbar. Wir werden diese Vorlage in der Schlussabstimmung ablehnen.

Dem eigentlichen Gesetz aber, das in die richtige Richtung weist, werden wir zustimmen.

Blocher Christoph (V, ZH): Herr Rechsteiner, Sie haben es richtig gesagt: Wir sind nicht einverstanden mit der vorzeitigen Pensionierung, die Sie beschönigend "Flexibilisierung des Rentenalters" nennen. Ich freue mich, wenn es eine Auseinandersetzung gibt, und ich hoffe, Sie machen das Referendum. Es ist wichtig, dass wir endlich vor dem Volk die Frage klären, ob wir – bei unseren Sozialwerken – vorzeitige Pensionierungen einführen dürfen. Das bezahlen die Jungen, denn für die Jungen wird die Rente unsicherer. Es zahlen die Pensionierten, denn für sie wird sie auch unsicherer.

Ich muss Ihnen sagen: Diese Privilegierung der vorzeitigen Pensionierung ist das grosse Damoklesschwert für die Sozialeinrichtungen generell. Das wird auf die Pensionskassen übergreifen. Herr Bundesrat Villiger hat in der letzten Sitzung beim Entlastungsprogramm gesagt, der Bund habe für seine Angestellten – und Sie als Gewerkschafter stecken natürlich mitten in dieser Sauce drin – ein Recht geschaffen, sich mit 62 Jahren pensionieren lassen zu können. Das können die Pensionskassen nicht aufrechterhalten. Unser AHV-Alter ist 65 Jahre. Diejenigen, die vorher nicht mehr arbeiten können, können Sie nicht einfach über einen Automatismus, der ihnen dieses Recht gibt, pensionieren lassen.

Herr Rechsteiner, das sage ich Arbeitern, das sage ich Kleinbauern, das sage ich Mittelständischen, das sage ich allen, und bei der Volksabstimmung können wir es auch dem ganzen Volk sagen. Sie vernebeln das jetzt mit dem Begriff "flexibles Rentenalter". Sie wissen ganz genau, was Sie wollen: Sie wollen einen Anspruch auf vorzeitige Pensionierung.

Sie treten für die Mehrwertsteuererhöhung ein. Ist das sozial? Eine Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozent gefährdet 12 000 Arbeitsplätze, das wissen Sie genau. 1 Prozent Mehrwertsteuer macht für eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen von 80 000 Franken 600 Franken aus. Wo sind eigentlich die Sozialen? Wie unsozial dürfen Sie eigentlich sein im Sozialwesen? Die SVP hat hier ein klares Konzept. Wir freuen uns auf diese Auseinandersetzung.

Einzig mit Ihrem Schlusssatz bin ich einverstanden. Sie haben gesagt, es sei an der Zeit, dass in diesem Parlament mit den Wahlen vom 19. Oktober endlich neue Verhältnisse einträten. Da stimmen wir überein.

Präsident (Christen Yves, Präsident): Herr Blocher, jetzt können Sie noch weiterreden. Es gibt zwei Fragen für Sie, zuerst von Herrn Fasel und dann von Herrn Maillard.

Fasel Hugo (G, FR): Herr Blocher, eigentlich möchte man Ihnen nicht zusätzliche Redezeit geben. Aber es muss auch gesagt sein; die AHV ist ein zu komplexes Werk, als dass man einfach aus dem hohlen Bauch heraus ein paar Dinge sagt. Jetzt beweisen Sie mir, was Sie soeben gesagt haben: Sie sagten, wir würden in der 11. AHV-Revision für die kleinen Einkommen eine Privilegierung für die Pensionierung schaffen. Das haben Sie vorhin gesagt. Jetzt sagen Sie mir: Wer, welche Einkommenskategorien, kann heute in diesem Lande vorzeitig in Pension gehen? Wer ist das? Sagen Sie mir das!

Blocher Christoph (V, ZH): Ich bin der Meinung: Mit Ausnahme der Leute in der Bundesverwaltung, die schon mit 62 in die Pension gehen können, kenne ich – in der Privatwirtschaft, mindestens in meinem Unternehmen – keinen, der vorzeitig in Pension gehen kann. Es gibt Leute, die es sich leisten können, früher aufzuhören zu arbeiten; das ist möglich – weil sie dies aus finanziellen Gründen tun können; da haben Sie Recht. Aber das werden Sie immer haben. Eine vorzeitige Pensionierung lehne ich aber ab – in der ersten und in der zweiten Säule, ob Reich oder Arm. Wenn es von der Armut her nicht geht, dann müssen Sie die Fürsorge einschalten; anders können Sie die Probleme nicht lösen. (*Unruhe*)

Ja, das wollen Sie nicht. Ich begreife das. Sie wollen verteilen. Das wird dazu führen, dass alle anderen arm werden. Das ist die Situation. (*Unruhe*)

Herr Fasel, Sie haben jetzt die Frage gestellt, und ich habe sie Ihnen beantwortet. Sie können aber schon noch ein paar Fragen stellen.

Fasel Hugo (G, FR): Es geht nur darum, ob man ins Mikrofon reden kann. Ich will Ihnen nicht einmal eine Nachfrage stellen, denn Sie können bei Herrn Bundesrat Couchepin nachlesen, wie die Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe, wirklich lautet. Wir wollen bei der AHV keine Fürsorgeverabreichung.

Blocher Christoph (V, ZH): Sie müssen nicht erklären, dass Sie keine Frage stellen wollen.



Le président (Christen Yves, président): C'était une déclaration personnelle de M. Fasel. Maintenant, M. Maillard peut poser sa question.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Cher Collègue Blocher, dans mon travail syndical, en trois ans j'ai dû traiter plus de dix cas de licenciements collectifs: Castolin, Swisspipe, Portescap, Metalor, Veillon, et ainsi de suite. Dans ces dix licenciements collectifs, à chaque fois, Monsieur Blocher, il y avait plusieurs personnes de plus de 60 ans qui étaient licenciées après 35 à 40 années de travail dans l'entreprise. Monsieur Blocher, pour ces personnes-là, est-ce que véritablement vous considérez qu'il faut les mettre à l'assurance-chômage ou à l'assurance-invalidité pour ensuite les attaquer au moyen d'annonces dans la presse comme de prétendus faux invalides? ou est-ce que vous ne pensez pas qu'il faudrait trouver des solutions sous forme de rente flexible? Moi, je vous soumets des cas concrets, que je constate tous les jours, et pas des dogmes.

Blocher Christoph (V, ZH): Ich bestreite gar nicht, dass es überall, in allen Arbeitsverhältnissen, bei Leuten, die über 60 Jahre alt sind, grössere Probleme gibt. Das ist nicht zu bestreiten. Ich muss Ihnen sagen – ich sehe es im eigenen Unternehmen -: Sowohl bei der Invalidität wie beim Wunsch nach vorzeitiger Pensionierung müssen auch betriebliche Massnahmen getroffen werden, sehr frühzeitig, damit es nicht passiert. Da sind wir noch ganz am Anfang. Aber wenn Sie einen Anspruch auf vorzeitige Pensionierung schaffen – das ergibt am Schluss einen Anspruch –, dann werden die Leute auch vorzeitig pensioniert, schon rein aus Lust.

Ich kann Ihnen das auch folgendermassen erklären: Wir haben einmal während fünf Jahren diese Einrichtung in der Pensionskasse geschaffen, aus diesen Gründen. Wir haben doch kräftige Leute gehabt, die schon mit 62 Jahren gesagt haben: Ich möchte jetzt von diesem Anspruch profitieren. Das höhlt die ganze Geschichte aus. Wir haben diese Einrichtung nachher aufgehoben, weil natürlich auch die Mitarbeiter gesagt haben, sie bezahlten auch daran. Wir dürfen hier diese 65 Jahre nicht ritzen. Wenn es nicht anders geht, muss dies durch andere Lösungen als durch einen Rechtsanspruch gelöst werden – denn die anderen bezahlen es. Und es macht die Rente unsicherer. Dazu stehe ich, und das haben wir zu lösen.

Bei der Invalidität ist es genau das Gleiche. Ich bitte Sie, die Sachen ernst zu nehmen: Das höhlt die Kassen aus; das gibt

AB 2003 N 1514 / BO 2003 N 1514

ein Drama. Herr Bundespräsident Couchepin hat gesagt, man müsse später bis 67 arbeiten. Wenn Sie das wollen, müssen Sie doch mal schauen, dass wir die Möglichkeit haben, bis 65 zu arbeiten. Sie können natürlich die Arbeitszeit ausdehnen, wie Sie wollen, wenn Sie die Möglichkeit schaffen, schon mit 62 in Pension zu gehen. Ich bitte den Bundespräsidenten, dafür zu sorgen, dass seine Leute in der Bundesverwaltung im Durchschnitt nicht schon mit 61,4 Jahren pensioniert werden, sondern dass sie bis 65 arbeiten. Alles andere ist Unfug.

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Les libéraux ne veulent pas démanteler l'AVS, ils veulent la consolider. C'est la raison pour laquelle ils acceptent cette 11e révision de l'AVS, parce qu'elle apporte un début de consolidation. Cela étant, ils le font un peu par dépit. Parce qu'au fond, cette 11e révision ne résout rien, aucun des éléments qui doivent être considérés dans leur particularité d'une part et dans leur ensemble d'autre part. Les libéraux ne sont pas des autruches qui veulent se cacher la tête dans le sable en regardant les problèmes, si je puis dire, de manière presque invisible. Il y a des problèmes considérables, à commencer par le vieillissement de la population et par la modification de la proportion entre actifs et rentiers. On ne peut pas ne pas regarder cela en face et dire que le financement de l'AVS pourra de toute façon être assuré grâce à la croissance économique. Une croissance économique, entre parenthèses, pour laquelle la gauche ne fait pas grand-chose. Par conséquent, si en plus on prend en considération l'état des finances fédérales, ce n'est pas le moment d'encourager la flexibilité sans voir les autres problèmes et les autres aspects de la question.

Oui, nous sommes pour une flexibilité, mais une flexibilité qui soit intégrée dans le système. C'est la raison pour laquelle, lors de la 12e révision, il faudrait avoir des variantes suivant les professions et suivant les branches économiques et, par exemple, compter le nombre d'annuités de cotisations. Ainsi, dans le bâtiment, des travailleurs qui auront commencé à travailler à 18 ou à 20 ans prendront leur retraite avant l'âge de 65 ans, ou de 67 ans si on suit les pistes de M. Couchepin, président de la Confédération. Nous n'avons pas de position définitive à l'égard des idées de M. Couchepin, mais nous croyons qu'une flexibilité, elle doit aller vers le haut comme vers le bas et qu'elle doit "épouser", en quelque sorte, les circonstances particulières de certaines professions, l'aspect pénible de certaines branches.

C'est la raison pour laquelle le groupe libéral accepte ce projet de 11e révision avec les propositions de la Conférence de conciliation.



Certes, les femmes ou certains défenseurs des femmes vont être déçus. Mais je crois que l'ensemble du peuple suisse, y compris les femmes, peut comprendre que le problème du financement de l'AVS concerne toutes les générations, qu'il concerne la génération de nos enfants et de nos petits-enfants. Il faut que les charges sur les actifs ne soient pas trop lourdes en impôts, ni en cotisations. Et le budget de la Confédération, finalement, ce sont des impôts. Alors, ça ne sert à rien de dire: "On a trahi des promesses." Ce qui importe, c'est de dire la vérité, de tenir un langage de vérité à la population. C'est la raison pour laquelle nous croyons que ce qui sort aujourd'hui du Parlement correspond à une réalité. La flexibilité oui, mais une flexibilité qui soit intégrée dans une véritable consolidation de l'AVS.

Le président (Christen Yves, président): Il y a encore M. Robbiani et M. Rechsteiner Paul qui souhaitent faire des déclarations personnelles. Ce seront les dernières; je clos la liste.

Rechsteiner Paul (S, SG): Wir haben jetzt seitens der Vertreter der SVP-Fraktion einiges zu hören bekommen. Es ist ziemlich viel Schaum geschlagen worden zu Themen, über die jetzt im Moment nicht gesprochen wird. Wir haben eine Reihe von Debatten vor uns, aber zu zentralen Fragen, die jetzt zur Debatte gestanden wären – unter anderem diese Einschüchterungspolitik der SVP bezogen auf die Interessen der kleinen Bauern –, haben wir kein Wort gehört.

Wenn etwas dieses Land zerstört bzw. kaputtmacht, dann ist es die Zerstörung der Solidaritäten. Wenn man beginnt, wie es jetzt Herr Blocher wieder getan hat, die Jungen gegen die Alten aufzuhetzen, wenn man einen Interessengegensatz konstruiert in einer Situation, wo es auf die Generationensolidarität in diesem Land ankommt, und wenn es so ist, dass Kampagnen gegen Invalide geführt werden – ausgerechnet durch einen Vertreter einer Partei und den Inhaber eines Betriebes, der selber älteren Arbeitnehmern keine Chance gibt, (*Unruhe*) der mit seiner konkreten Politik selber dafür sorgt, dass ältere Leute abgeschoben werden und dann der Invalidenversicherung zur Last fallen oder fürsorgeabhängig werden –, dann ist das eine antisoziale Politik! Für ein Alter in Würde braucht es ein flexibles Rentenalter. Wenn wir dieses nicht einführen, ist es so, dass die vorzeitige Pensionierung Leuten mit hohem Einkommen und jenen mit guten Pensionskassen vorbehalten bleibt, und das ist ungerecht.

Le président (Christen Yves, président): Monsieur Rechsteiner, ce n'est pas une déclaration personnelle. Par conséquent, vous avez provoqué une réplique de M. Blocher à qui j'accorde 30 secondes pour répondre.

Blocher Christoph (V, ZH): Für uns sind die persönlichen Erklärungen ein Satz, hat man gesagt, also kann ich die gleiche Zeit in Anspruch nehmen wie Herr Rechsteiner.

1. Herr Rechsteiner, ich bitte Sie, sich bei den Gewerkschaften, die bei mir Gewerkschaften sind, zu erkundigen. Da werden Sie sehen, welchen Unsinn Sie als Chef des Gewerkschaftsbundes über die Beschäftigung von alten Arbeitnehmern hier erzählt haben. Da muss ich Ihnen sagen: Das ist unter der Gürtellinie. Aber Sie haben keine anderen Argumente mehr.

2. Es ist ja schön, dass Sie Ihr Herz für die Bergbauern entdeckt haben. Wer in diesem Saal wollte beim Budget die Direktbeiträge um über 1 Milliarde Franken kürzen? Sie! Sie müssen nicht die Bergbauern früher pensionieren und die Direktzahlungen kürzen. Das ist keine Landwirtschaftspolitik. (*Teilweise Heiterkeit*)

Robbiani Meinrado (C, TI): Permettetemi una breve constatazione: una parte delle misure che oggi questo Parlamento adotterà ci spingono già verso la dodicesima revisione AVS, perlomeno dal profilo temporale. Si pensi ai vari periodi di transizione previsti per le rendite vedovili, per le misure a favore delle donne in parallelo all'innalzamento dell'età pensionabile, si pensi alla stessa IVA. Se dal profilo temporale noi siamo spinti verso la dodicesima revisione, dal profilo dei contenuti invece non riusciamo nemmeno a concludere l'undicesima revisione. Viene infatti disatteso e mancato uno degli obiettivi, uno dei cardini principali di questa revisione, cioè il pensionamento flessibile, per il quale noi costruiamo una risposta puramente tecnico-amministrativa, non certo una risposta di politica sociale. Il pensionamento flessibile, oggi, lo sacrificiamo sull'altare di una ricerca di compromesso ad ogni costo, che snatura però questa revisione della legge. Una revisione che noi facciamo pagare in particolare ai lavoratori a basso reddito, i quali non potranno usufruire del pensionamento flessibile, sia perché hanno un salario modesto, sia perché hanno spesso un insufficiente secondo pilastro; così continueranno le contraddizioni di oggi.

Non dimentichiamo una cosa: da un lato abbiamo poco più del 5 per cento di uomini lavoratori che – perché già oggi lo possono fare – scelgono il prepensionamento, dall'altro lato abbiamo ben il 20 per cento di uomini che prima dell'età del pensionamento sono in invalidità. Oggi abbiamo una buona fetta di lavoratori che scelgono il prepensionamento, essi però appartengono o alle fasce gerarchicamente alte oppure alle grandi aziende



pubbliche e private. La maggior parte dei

AB 2003 N 1515 / BO 2003 N 1515

lavoratori invece non può fare questa scelta. A queste situazioni, a queste contraddizioni non diamo nessuna risposta, una risposta che invece sarebbe tanto più necessaria in un momento di grande riorganizzazione dell'economia e del mercato del lavoro. Quindi, dal profilo del pensionamento flessibile è come se questo Parlamento volesse aprire una finestra sul futuro ma in realtà si limita a disegnare questa finestra su un muro che non potrà mai essere aperto.

Quindi, da parte mia voterò contro questa legge. Nell'ambito dei partiti di centro sarà forse una voce relativamente isolata, però penso che meno isolato sia comunque un senso di perplessità che rimane in un numero maggiore di noi su questa revisione.

Le président (Christen Yves, président): Il faut que le débat ait lieu. Tout à l'heure, M. Blocher a parlé des paiements directs. M. Hämmerle va répondre de façon extrêmement courte et après je donnerai la parole au président de la Confédération.

Hämmerle Andrea (S, GR): Herr Blocher, ich bitte Sie, nehmen Sie Ihren ganzseitigen "Tages-Anzeiger"-Artikel wieder hervor, den Sie in diesem Frühjahr geschrieben haben. Dort wollen Sie bei der Landwirtschaft Milliarden einsparen, was sich direkt auf die Direktzahlungen auswirkt. Die Bergbauern sind bei der SP in Bezug auf die soziale Sicherheit und in Bezug auf die Direktzahlungen viel besser aufgehoben als bei Milliardär Blocher. *(Teilweise Heiterkeit)*

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Le Conseil fédéral soutiendra les propositions qui sont issues de la Conférence de conciliation même si, sur un point, elles ne correspondent pas à ce que nous aurions souhaité. Les décisions prises par la Conférence de conciliation représentent une étape positive pour la consolidation financière de l'AVS et de l'AI. Qui parle de l'avenir doit d'abord parler de la sécurité financière de ces institutions sociales importantes. Ces décisions permettent aussi de contenir dans des limites acceptables les pressions supplémentaires exercées sur le budget de la Confédération par l'évolution démographique. Vous proposez de maintenir la part de la Confédération aux recettes supplémentaires de la TVA prélevée au titre du pour-cent démographique; vous proposez de verser à la Confédération une part des futurs points supplémentaires de TVA. Ce sont des choses positives que nous acceptons, et nous vous en sommes reconnaissants.

Finalement, l'ensemble des décisions prises par la Conférence de conciliation représentent 725 millions de francs d'économies sur les prestations et des nouvelles recettes en matière de cotisations. Au total, l'AVS va bénéficier d'un allègement global de 927 millions de francs par année. C'est moins que ce que souhaitait le Conseil fédéral au début; au début, nous espérions avoir encore 400 millions de francs de plus d'allègement de l'AVS. Mais c'est mieux que sans 11e révision!

Le Conseil fédéral soutient la solution que vous avez adoptée pour le régime des veuves et des veufs. Il s'agit d'une solution économe, tournée vers le futur, qui tient compte de l'évolution de la participation au marché de l'emploi des femmes, qui aujourd'hui déjà n'interrompent pratiquement plus leur carrière professionnelle si elles n'ont pas d'enfants, et reprennent de plus en plus souvent une activité lorsque les enfants sont élevés. Il s'agit également d'une solution avec de forts éléments de politique familiale. Pour les femmes qui n'ont qu'un seul enfant, elle ne comporte aucune détérioration par rapport au régime actuel tant que l'enfant n'a pas terminé sa formation. Pour les femmes qui ont plusieurs enfants, la situation s'améliore sensiblement aussi longtemps que les enfants ne sont pas hors de la surveillance familiale, ne volent pas de leurs propres ailes. Vous avez introduit un système qui accorde de bonnes prestations aux personnes qui en ont un réel besoin et ce aussi longtemps que nécessaire.

Par contre, le Conseil fédéral aurait préféré une autre solution pour la retraite flexible. Nous aurions souhaité une solution plus orientée vers le futur. Bien sûr, cinq classes d'âge de femmes pourront prendre leur retraite dans des conditions privilégiées, mais ce privilège est consenti suivant la technique de l'arrosoir: à toutes les femmes, sans égard à leur situation professionnelle ou financière. Le modèle de retraite flexible que vous avez choisi n'est pas encore la réponse adéquate au problème des hommes et des femmes qui ont un métier pénible et souvent mal payé et dont on ne peut raisonnablement attendre qu'ils restent dans la vie active jusqu'à l'âge légal de la retraite. La solution du Conseil national, initialement retenue, était mieux ciblée sur cette catégorie de personnes.

Dans le cadre de la 12e révision de l'AVS, nous ne pourrons pas échapper à une rediscussion de l'âge de la retraite. Il ne s'agira certainement plus d'un âge fixe mais d'un âge de référence qui, vraisemblablement,





sera à terme plus élevé qu'actuellement et qui devra être couplé avec une flexibilisation vers le bas pour les personnes prématurément usées par leur métier et avec une flexibilisation vers le haut pour celles et ceux qui ont la force et la volonté de rester actifs plus longtemps. Une évolution comme celle-là ne peut pas se faire d'un jour à l'autre, elle doit être préparée à l'avance. Le modèle de retraite flexible que le Conseil national avait retenu initialement était une mesure positive qui allait dans le sens de l'évolution future de l'AVS.

Le Conseil fédéral regrette que ce modèle ait été abandonné, ce qui compliquera les travaux de la 12e révision de l'AVS.

Malgré cette remarque négative, le Conseil fédéral considère que la 11e révision de l'AVS est acceptable et il soutient cette proposition. Avec le pour cent de TVA supplémentaire, nous sommes en mesure de garantir le financement de l'AVS jusque vers 2013–2015, sauf circonstances économiques extraordinaires. S'opposer à ce paquet, c'est compromettre l'avenir financier de l'AVS et, par là même, porter atteinte aux intérêts des rentiers actuels et futurs.

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Ziff. I Art. 112 Abs. 3 Bst. c, 5; 130 Abs. 6, 6bis

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I art. 112 al. 3 let. c, 5; 130 al. 6, 6bis

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 23 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 23 al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 24a

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 36

Antrag der Einigungskonferenz

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2003 N 1516 / BO 2003 N 1516

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 36





Proposition de la Conférence de conciliation

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 37 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 37 al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 102 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Bst. f

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 102 al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation

Let. e

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. f

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 104 Abs. 1; 111

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 104 al. 1; 111

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. II

Antrag der Einigungskonferenz

Bst. b Abs. 4

Bei Frauen der Jahrgänge 1948 bis und mit 1952 werden bei vorbezogenen Altersrenten folgende Kürzungsätze angewendet:

a. 3,4 Prozent für 12 ganze vorbezogene Monatsrenten;

b. der versicherungstechnische Kürzungssatz für die 13. bis 36. ganze vorbezogene Monatsrente.

Bst. c Abs. 1

.... der 11. AHV-Revision = 2005

Bst. c Abs. 2

.... (Y = 6 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2011)

Bst. c Abs. 3

.... (Y = 6 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2011) bis vor dem 1. Januar Z (Z = 9 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2014)

Bst. c Abs. 4

.... (Z = 9 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2014) bis vor dem 1. Januar U (U = 12 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2017)

Bst. c Abs. 5

.... (U = 12 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2017)

.... (V = 15 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2020)



Bst. c Abs. 6

.... (V = 15 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2020)

Bst. c Abs. 7

....

a.

.... (X = 5 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2010) verwitwen. Bei Verwitwung zwischen dem 1. Januar X (X = 5 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2010) und vor dem 1. Januar Y (Y = 13 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2018)

.... (U = 12 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2017);

b.

.... (Y = 13 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2018)

....

Ch. II

Proposition de la Conférence de conciliation

Let. b al. 4

Les rentes de vieillesse anticipées des femmes nées entre 1948 et 1952 inclus sont réduites selon les taux suivants:

a. 3,4 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières versées avant le terme;

b. le taux de réduction actuariel de ces prestations anticipées pour la 13e à la 36e rente mensuelle entière versée avant le terme.

Let. c al. 1

.... l'AVS = 2005

Let. c al. 2

.... (Y = 6 ans l'AVS = 2011)

Let. c al. 3

.... (Y = 6 ans AVS = 2011) (Z = 9 ans AVS = 2014)

Let. c al. 4

.... (Z = 9 ans AVS = 2014) (U = 12 ans AVS = 2017)

Let. c al. 5

.... (U = 12 ans AVS = 2017) (V = 15 ans AVS = 2020)

Let. c al. 6

.... (V = 15 ans AVS = 2020)

Let. c al. 7

....

a.

.... (X = 5 ans AVS = 2010) (X = 5 ans AVS = 2010)

(Y = 13 ans AVS = 2018) (U = 12 ans AVS = 2017);

b.

.... (Y = 13 ans AVS = 2018).

....

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/4382)

Für den Antrag der Einigungskonferenz 100 Stimmen

Dagegen 70 Stimmen

Ziff. III Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1; 78ter; Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. III ch. 1 art. 77 al. 1; 78ter, ch. 12 art. 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2003 • Zehnte Sitzung • 25.09.03 • 08h00 • 00.014
Conseil national • Session d'automne 2003 • Dixième séance • 25.09.03 • 08h00 • 00.014



AB 2003 N 1517 / BO 2003 N 1517



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Lauper Hubert (C, FR), pour la commission: Au nom de la Commission de rédaction, je dois vous faire la déclaration suivante à propos du texte de la 11e révision de l'AVS.

Le dépliant No 5 contient une erreur à l'article 3 alinéa 4 de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants. Il indique en effet que la décision du Conseil national du 6 mai 2003 était de maintenir tout l'article alors que le Conseil national, tout comme la commission, s'est rallié à la décision du Conseil des Etats pour l'alinéa 4, ce qu'attestent clairement les procès-verbaux de la commission. Le texte du vote final contient donc la version du Conseil des Etats, conformément à la volonté du Parlement.

Par ailleurs, la Commission de rédaction a présenté une partie de la lettre c "Survivants" du chiffre II des dispositions transitoires de la modification du 3 octobre 2003 sous la forme d'un tableau beaucoup plus facile à appréhender pour le lecteur. Dans ce tableau, l'année de l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS est représentée par des points de suspension puisque cette date est encore inconnue.

Sous chiffre III, le Conseil fédéral est autorisé à insérer les années correctes pour la publication dans le Recueil officiel.

Genner Ruth (G, ZH): Anlässlich der Abstimmung über die grüne Initiative "für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann" haben 46 Prozent der Abstimmenden Ja gesagt. In der Romandie haben sogar alle





Kantone zugestimmt. Damals haben die Bürgerlichen versprochen, für das flexible Rentenalter 800 Millionen Franken einzusetzen.

Heute sollen wir eine Vorlage verabschieden, die mickrige 140 Millionen für eine begrenzte Zeit vorsieht. Damit wird ein Versprechen gebrochen. Überhaupt wurde die 11. AHV-Revision zu einer reinen Abbauvorlage, auf dem Buckel der Frauen und der Witwen. Das ist für uns Grüne inakzeptabel. Der Vorstand der Grünen Schweiz hat deshalb diese Woche beschlossen, zusammen mit anderen Organisationen das Referendum gegen die 11. AHV-Revision mitzutragen.

Studer Heiner (E, AG): Die Fraktionsmehrheit, welche aus den Vertretern der EVP besteht, lehnt diese 11. AHV-Revision ab, weil auch wir – wie die Vorrednerin gesagt hat – überzeugt sind, dass wir etwas nicht getan haben, was versprochen wurde, nämlich bei dieser Revision – breit abgestützt – auch eine echte Form der Flexibilisierung des Rentenalters einzubeziehen. Es ist nun eine Vorlage herausgekommen, die keinen Konsens über eine breite Mitte hin bringt. Wir bedauern das ausserordentlich.

Wir haben einen konstruktiven Vorschlag gemacht, indem wir eine Motion eingereicht haben, welche für die nächste Revision eine generelle Flexibilisierung wünscht, aber gleichzeitig auch ernsthaft die Frage prüft, ob nicht nach einer bestimmten Anzahl Beitragsjahre, unabhängig vom Alter, die Rente bezogen werden kann.

Goll Christine (S, ZH): Die AHV ist eine Volksversicherung und die wichtigste sozialpolitische Errungenschaft in unserem Land. Sie ist stabil, effizient und erbringt Leistungen für die gesamte Bevölkerung. Die AHV-Rente ist die wichtigste Einkommensquelle im Alter und hat während über fünf Jahrzehnten zur Beseitigung der Altersarmut beigetragen. Das Vertrauen in unser wichtigstes Sozialwerk wurde in den letzten Jahren von bürgerlicher Seite jedoch gezielt und mutwillig untergraben. Doch die Mehrheit der Bevölkerung will weder Rentenkürzungen noch eine Erhöhung des Rentenalters, das zeigen nicht nur Wahlumfragen.

Die 11. AHV-Revision ist eine Geschichte des Wortbruchs, und es ist die erste Revision, die zu einer reinen Abbauvorlage gemacht wurde. Den Preis, den Sozialabbau in der Höhe von 800 Millionen Franken, sollen Frauen, Leute mit kleinen Einkommen und Normalverdienende bezahlen. Der flexible Altersrücktritt soll weiterhin nur einer kleinen Gruppe mit den höchsten Einkommen vorbehalten bleiben.

Wer heute behauptet, die AHV stehe vor dem finanziellen Ruin, sie sei nicht mehr finanzierbar und habe nur mit drastischen Leistungskürzungen Bestand, spielt mit dem sozialen Frieden in diesem Land.

Die SP-Fraktion lehnt diese 11. AHV-Revision ab und setzt sich im Interesse der älteren Menschen und der jungen Generation weiterhin für eine starke AHV ein!

Cina Jean-Michel (C, VS): Renten sichern, Vertrauen schaffen – im Namen der CVP-Fraktion bitte ich Sie, der 11. AHV-Revision und der 1. BVG-Revision in dieser Schlussabstimmung zuzustimmen. Es ist unsere Aufgabe, die Renten zu sichern und dadurch Vertrauen zu schaffen. Mit dem Abschluss beider Revisionen haben wir in dieser Session einen wichtigen und notwendigen Schritt zur Sicherung unserer Sozialwerke gemacht und so die erste und zweite Säule für die Zukunft gestärkt. Die CVP-Fraktion sagt heute Ja zum Gesamtpaket.

1. Das Ziel der mittelfristigen Sicherung wurde erreicht.

2. Unser Anliegen einer Besserstellung der Witwen gegenüber der im Entwurf des Bundesrates vorgesehenen Lösung wurde bedauerlicherweise nur zu einem Teil erreicht.

3. Bei der Flexibilisierung der sozialen Abfederung beim Rentenvorbezug für Frauen wurde durch unsere Anträge eine Lösung initiiert, und wir haben auch hier einen Teilerfolg erzielt.

4. Wir Christdemokraten haben seit Beginn der BVG-Revision eine Gesamtbetrachtung über beide Säulen gemacht. Das Absenken der Eintrittsschwelle von 24 000 auf 18 000 Franken im BVG bedeutet mehr soziale Sicherheit für Teilzeiterwerbstätige, darunter viele Frauen. Das bedeutet

AB 2003 N 1744 / BO 2003 N 1744

Zukunftssicherung nicht nur für die Rentner, sondern auch für die aktive und die junge Generation.

5. Schliesslich haben wir auch die Kaufkraft für die Rentner gesichert, indem wir uns im Entlastungsprogramm 2003 gegen eine Aussetzung des Mischindexe eingesetzt haben.

Renten sichern, Vertrauen schaffen – das muss unser politisches Ziel sein.

Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion, beiden Revisionen zuzustimmen.

Heberlein Trix (R, ZH): Die FDP-Fraktion unterstützt diese 11. AHV-Revision; sie setzt sie ebenfalls in Zusammenhang mit der BVG-Revision und der dortigen Absenkung der Eintrittsschwelle. Sie ist nur ein erster Schritt, um mehr Rentensicherheit zu erreichen und dieses wichtige Sozialwerk auch für die nächste Generation zu sichern. Die AHV ist mit dieser Revision noch längst nicht fit für die demographischen Herausforderungen





der kommenden Jahrzehnte. Alles Schönreden der finanziellen Lage und der demographischen Realitäten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns einen Ausbau zulasten der künftigen Erwerbstätigen nicht leisten können und nicht leisten dürfen, weder eine sozialverträgliche Frührentierung noch andere Ausbauwünsche. Wir müssen das Vertrauen in die Rente, in dieses Sozialwerk erhalten, Frau Goll. Ein schlechtes Gewissen – wie uns das die Linken immer wieder einreden wollen – müssten wir bei dieser Revision nur dann haben, wenn wir unsere Verantwortung für die Finanzierbarkeit der ersten Säule nicht wahrnehmen würden. Aber gerade dies praktiziert die Linke mit ihren Ausbauforderungen.

Für die FDP schwer zu akzeptieren ist die Finanzierungsvorlage mit der Ermöglichung eines zusätzlichen Mehrwertsteuerprozentes. Die Aufteilung der Vorlage in AHV- und IV-Finanzierung, wie sie die FDP-Fraktion gefordert hat, wurde abgelehnt. Die IV muss aber dringend saniert werden. Wir können der Finanzierungsvorlage nur zustimmen, weil ein weiterer referendumsfähiger Beschluss des Parlamentes notwendig sein wird, um das Mehrwertsteuerprozent einzuführen. Dieser muss mit einer steuerlichen Entlastung verbunden werden, also mit der Zustimmung zum Steuerpaket und einer weiteren Entlastung für die Unternehmen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Sie haben es verpasst, bei einer an sich guten, zweckmässigen 11. AHV-Revision, der wir als Fraktion zustimmen werden, eine Finanzierung zu suchen, ohne zusätzliche Mehrwertsteuern zu verlangen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer um ein Prozent wäre zurzeit nicht nötig, wenn Sie auf die Begünstigung der Bundeskasse verzichtet hätten, wenn Sie Volksvermögenswerte der Nationalbank, welche für ihren Zweck nicht mehr benötigt werden, für die AHV verwendet hätten. Wir lehnen diesen Finanzierungsbeschluss – die Anhebung der Mehrwertsteuer – ab und werden diese Mehrwertsteuererhöhung, das kann ich Ihnen versprechen, auch in der Volksabstimmung aktiv bekämpfen, weil sie für diesen Zweck eben nicht nötig gewesen wäre. Ebenso gehört ja die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV dazu. Diese Mehrwertsteuererhöhung dient allein dazu, die massiven Fehlleistungen in diesem Sozialwerk fortzuführen. Auch hier kündigen wir Ihnen Widerstand an.

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/4501)

Für Annahme des Entwurfes 130 Stimmen

Dagegen 43 Stimmen

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 00.014/4502)

Für Annahme des Entwurfes 109 Stimmen

Dagegen 73 Stimmen



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir beginnen heute Morgen mit der Revision der Sozialwerke und nehmen die Finanzierungsbeschlüsse der 11. AHV-Revision, die Vorlagen 1 und 3, die Gesamtfinanzierung, voraus. Unmittelbar danach werden wir heute die 4. IV-Revision beraten. In der kommenden Wintersession werden wir die Revision der AHV und der beruflichen Vorsorge, des BVG, bei uns beraten und beschliessen. Warum haben wir uns in der Kommission für diese Zweiteilung entschieden? Die erste und die zweite Säule – AHV und BVG – haben einen engen sachlichen Zusammenhang, denn zusammen wollen die beiden Säulen ja 60 Prozent des letzten Einkommens garantieren; viele Bestimmungen beeinflussen sich gegenseitig. Wenn wir das Haus renovieren, ist es daher richtig, dass wir beide Säulen, die zum Eingang führen, gemeinsam in Arbeit nehmen. Gerne hätten wir Ihnen alle Sozialwerke in dieser Session vorgelegt, doch die grosse Arbeitsbelastung hat das nicht erlaubt. Sehen Sie, drei grosse Revisionen stehen gleichzeitig zur Beratung an; fast jede dieser Revisionen ist ein Legislaturgeschäft für sich allein. Wir stossen an die Grenzen des Milizparlamentes. Wir haben es in der Kommission schlicht nicht geschafft – trotz Überstunden und zusätzlichen Sitzungen –, alle drei Vorlagen auf diese Session hin bereitzumachen. Es sei nicht verschwiegen: Wie wir fast fertig waren, so haben uns das Geschick und der Bundesrat wieder Überraschungsgeschäfte wie den Mindestzinssatz des BVG auf den Tisch gelegt. Auch das hat uns zusätzlich Verzögerungen gebracht. Die entscheidende Frage aber ist – ich habe gehört, dass sich einige von Ihnen diese Frage gestellt haben -: Begeben wir uns auf einen Blindflug, wenn wir die Finanzierungsbeschlüsse vorziehen? So hat es auch der



Schweizerische Gewerbeverband geschrieben. Sollen wir nicht zuerst die materiellen Revisionen abschliessen und anschliessend die Finanzierung regeln?

Aus zwei Gründen sind wir zum gegenteiligen Schluss gekommen; ich bin davon überzeugt, Sie können unserer Argumentation folgen, wenn ich Sie Ihnen darlege:

1. Wir beraten ja gleichzeitig die 4. IV-Revision. Es bleibt also nur die Frage der materiellen Revision der AHV offen.

2. Die Auswirkungen der AHV-Revision sind ebenfalls bekannt. Es ist bekannt, was der Nationalrat an zusätzlichen Ausgaben beschlossen hat. Es ist auch bereits bekannt, welche Beschlüsse Ihnen unsere Kommission im Wesentlichen vorlegen will. Wir haben Ihnen Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen der 11. AHV-Revision schriftlich vorgelegt.

Wie auch immer wir beschliessen werden: Die Bandbreite der finanziellen Entscheide zwischen Bundesrat, Nationalrat und Ständerat ist eng! Die finanziellen Auswirkungen sind bis auf wenige hundert Millionen Franken pro Jahr dieselben, je nachdem, was Sie auf der Renten- oder der Beitragsseite beschliessen. Unsere Entscheide beeinflussen die Jahresaufwendung nur um Promille, also ist auch die langfristige Entwicklung sehr klar absehbar.

Aus dieser Entwicklung ersehen wir, egal, wie wir im Rahmen der vorliegenden Bandbreite beschliessen, dass eine Zusatzfinanzierung notwendig ist. Die einzige Abweichung – ich werde darauf eingehen – ist die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Mehrwertsteuer erhöht werden soll. Dafür haben wir – so meine ich – einen guten Mechanismus im Beschluss gefunden, der der Ungewissheit der Zukunft angemessen Rechnung trägt.

Es ist daher kein Blindflug, sondern – in Erinnerung an unsere gestrige Debatte gesprochen – eine kontrollierte Fahrt mit 0,0 Promille. Der Fahrplan, den wir Ihnen beliebt machen: Beratung dieser Finanzierungsbeschlüsse und der IV-Revision in dieser Session; in der nächsten Session folgt die Beratung der Vorlagen betreffend die Revision von AHV und BVG.

Warum behandeln wir auch die AHV-Finanzierung bereits heute? Ein weiterer Grund sei ergänzend angeführt: Die IV benötigt das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent dringend. Das ist auch unbestritten. Die Volksabstimmung muss im nächsten Frühjahr stattfinden, sofern die Mehrwertsteuererhöhung auf das Jahr 2004 in Kraft treten soll. Wenn wir die Volksabstimmung nicht im nächsten Frühjahr ansetzen, können wir sie erst auf 2004 terminieren, weil nächstes Jahr Wahlen stattfinden und weil zwischen Spätfrühling und Herbst keine Sachabstimmungen stattfinden sollen. Auch das ist ein Grund, weshalb wir die Beratung über die Finanzierungsbeschlüsse bereits heute abschliessen wollen, sodass die Abstimmung auf das Frühjahr des nächsten Jahres angesetzt werden kann.

Für die Beratung haben wir Ihnen Zahlen vorgelegt, und zwar separat nach AHV und IV. Diese Zahlen beinhalten zweierlei: zum Ersten die jährlichen Auswirkungen der Beschlüsse der IV- und der AHV-Revision gemäss dem heutigem Stand der Kommissionsberatungen. Daran dürfte sich kaum mehr etwas Wesentliches ändern. Zum Zweiten erhielten Sie für beide Bereiche ein Blatt, auf dem der Finanzhaushalt der 11. AHV-Revision und der 4. IV-Revision dargestellt sind. Sie ersehen daraus den Finanzhaushalt bis ins Jahr 2020.

Nach dem Ergebnis der Abstimmung vom letzten Sonntag sind alle Zahlen ohne Nationalbankgold gerechnet. Enthalten ist nur die Finanzierung durch Beiträge der Versicherten, durch Mehrwertsteuer und durch die Bundesanteile.

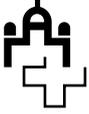
Nun zur zweiten Frage, derjenigen nach dem Mehrbedarf an finanziellen Mitteln: Warum bedürfen AHV und IV einer zusätzlichen Finanzierung? Beide Sozialwerke weisen einen immensen Mehrbedarf auf. Der Bundesrat hat die Zahlen in seiner Botschaft dargelegt. Sie wurden aufgrund des Postulates Beerli 02.3172 vor wenigen Monaten aktualisiert. Ich verweise auf die Zahlen, die Sie in Ihren Unterlagen haben. Die Gründe für den zusätzlichen Finanzbedarf sind nicht bei beiden Sozialwerken die gleichen.

Bei der AHV sind es demographische Gründe. Jährlich wächst die Zahl der Rentenbezüger um 2,4 Prozent. Wir sind gesund und werden alt; die Lebenserwartung steigt

AB 2002 S 742 / BO 2002 E 742

zusehends. Auf eine Person im Rentenalter kommen immer weniger Erwerbstätige. Das führt dazu, dass der Finanzbedarf von heute 29 Milliarden Franken auf 36 Milliarden Franken im Jahr 2010 und gar auf 46 Milliarden Franken im Jahr 2020 steigt.

Bei der IV beruht der zusätzliche Finanzbedarf zu einem kleineren Teil auch auf demographischen Gründen; zum weitaus grösseren Teil beruht er auf der ungebremsten Zunahme der Zahl von IV-Rentenbezügern. Die Schweizer Gesellschaft wird – in der IV – zusehends verrentet. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Sicher gehören die berufliche Belastung und der Stress dazu. Die Schweiz lebt an der physischen und psychischen Limite, was ihre Leistungsfähigkeit betrifft. Aber auch Unfälle, langwierige Krankheiten und dergleichen gehören



zu den Gründen. Zu einem grossen Teil aber – das sei nicht verschwiegen – ist die Invalidenversicherung ein Ersatzeinkommen für ausgesteuerte Arbeitslose. Sie ist auch zusehends ein Instrument für Frühpensionierungen geworden. Es gibt auch eine nicht zu unterschätzende Zahl an Bürgerinnen und Bürger schweizerischer oder anderer Nationalität, die bewusst auf das Ziel einer IV-Rente hinarbeiten. Das wissen wir auch.

Das führt dazu, dass die Invalidenversicherung ein Fass mit Löchern ist – nicht ein Fass ohne Boden, aber ein Fass mit erheblichen Löchern. Aus diesen Löchern fliesst mehr hinaus, als wir hineinschütten. Jährlich wächst die Zahl der IV-Rentenbezüger um 2,2 Prozent. Das Defizit beträgt jährlich derzeit etwas über eine Milliarde Franken. Bis ins Jahr 2004 wird das Defizit auf 1,45 Milliarden Franken ansteigen. Diese immensen Steigerungen der IV-Ausgaben, die starke Zunahme der Verrentungen sowie der Rentenbezüger ist unser grosses Problem. Eines der Hauptprobleme der Sozialversicherung in den nächsten Jahren lässt sich in der Frage formulieren: Wie stoppen wir die Verrentung?

Wir haben in der Schweiz zwei markante Gefälle:

1. Es gibt das Gefälle zwischen Stadt und Land. In der Stadt Basel sind beispielsweise 7,5 Prozent aller Einwohner IV-Rentenbezüger. In den ländlichen Gebieten der Inner- und Ostschweiz sind es hingegen nur 3 Prozent.
2. Es gibt weiter ein markantes Ost-West-Gefälle: Je weiter wir in den Osten gehen, desto weniger IV-Rentenbezüger gibt es tendenziell.

Heute ist die IV zur gesellschaftlichen Auffangeinrichtung geworden. Dieses Problems müssen wir uns in den nächsten Jahren annehmen. Unsere heutige Revision löst dieses Problem noch nicht; es liegt aber als Aufgabe auf dem Tisch.

Nun kommen wir zur dritten Frage: Wie finanzieren wir den Mehrbedarf? Den Mehrbedarf decken wir mit zwei Massnahmen. Auf der einen Seite – zu einem kleineren Teil, zugegeben – sind es sozialverträgliche Einsparungen. Unsere Kommission ist überzeugt: Die Einsparungen, die wir vorlegen, sind sozialverträglich, sind ausgewogen, vertretbar. Auf der anderen Seite stillen wir den zusätzlichen Finanzbedarf aber zum grösseren Teil durch Mehreinnahmen, nämlich durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, und bei der IV zusätzlich auch dadurch, dass wir dem EO-Fonds 1,5 Milliarden Franken entnehmen. Die Finanzierung erfolgt also nicht für beide Sozialwerke gleich.

Lassen Sie mich mit der Invalidenversicherung beginnen: Ich verweise Sie in erster Linie auf die schriftlichen Unterlagen, die wir Ihnen vorgelegt haben, auf welchen Sie den Finanzhaushalt gut erkennen. Gemessen an der heutigen Zahl der Rentner wollen wir bei der Invalidenversicherung 227 Millionen Franken an Leistungen sozialverträglich einsparen, obwohl wir die Assistenzentschädigung einführen. Das genügt aber nicht. Wir haben einen Finanzierungsbedarf von derzeit einer Milliarde Franken, steigend auf 1,45 Milliarden Franken im Jahre 2004. Daher haben wir beschlossen, für die IV zwei Quellen fliessen zu lassen, entsprechend dem Entwurf des Bundesrates.

Die erste Quelle ist der EO-Fonds, dem 1,5 Milliarden Franken entnommen werden sollen. Das ist eine Zweckentfremdung des EO-Fonds aus einer finanziellen Notlage heraus. Wir begehen eine schlechte Tat für einen guten Zweck.

Die zweite Quelle ist die Mehrwertsteuer. Generell sollen nicht die Lohnprozente, sondern es soll die Mehrwertsteuer erhöht werden; darin sind sich alle einig. Die Mehrwertsteuer soll für die Invalidenversicherung sofort um 1 Prozent erhöht werden. Bis ins Jahr 2010 sollen die Schulden der Invalidenversicherung abbezahlt und die Rechnung ausgeglichen werden; danach – so das Ziel des Bundesrates und unserer Kommission – soll eine Senkung erfolgen können. Wie gross wird diese Senkung sein? Wir rechnen mit 2 bis 3 Promille. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab: einerseits von der wirtschaftlichen Entwicklung, andererseits davon, ob die Invalidisierung im heutigen Ausmass weiterhin steigt oder ob es uns gelingt, diesen Trend zu brechen.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent ist sofort nötig. Daher soll sie der Bundesrat sofort nach der Abstimmung über die Verfassungsänderung beschliessen und, bei günstiger Lage, den Satz in etwa sieben oder acht Jahren wieder um einige Promille senken.

Anders verhält es sich bei der AHV. Ich darf wieder auf unsere Unterlagen verweisen. Nach den Beschlüssen unserer Kommission sollen jährlich 645 Millionen Franken eingespart werden: 242 Millionen wollen wir weniger an Renten zahlen, 403 Millionen zusätzlich an Beiträgen erhalten.

Der Nationalrat hat die Kasse um 200 Millionen Franken weniger entlastet. Sie sehen also, dass die Bandbreite der Entscheide relativ eng ist.

Welche Massnahmen sollen den Finanzierungsbedarf bei der AHV decken? Die Mehrwertsteuer soll gesamt- haft um höchstens 1,5 Prozent erhöht werden: nach den heutigen Berechnungen im Jahr 2009 um 0,5 Prozent und im Jahr 2013 um ein weiteres Prozent. Die Erhöhung erfolgt also erst in sechs bis elf Jahren. Weil die Erhöhungen in fernerer Zukunft liegen, sollen sie nicht in die Kompetenz des Bundesrates gelegt, sondern



durch ein Bundesgesetz, also durch einen referendumsfähigen Erlass, bestimmt werden.

Damit komme ich zum vierten Punkt, nämlich zur Zusammenfassung und zur Charakteristik der Vorlage: Ich fasse zusammen: Die Invalidenversicherung soll nebst den Einsparungen zusätzlich durch die Entnahme von 1,5 Milliarden Franken aus dem EO-Fonds und durch ein sofortiges zusätzliches Mehrwertsteuerprozent finanziert werden. Diese Erhöhung soll ab etwa 2010 wieder um 2 bis 3 Promille gesenkt werden können. Die Erhöhung erfolgt linear für alle Sätze. Die AHV soll durch maximal 1,5 zusätzliche Mehrwertsteuerprozent finanziert werden: nach den heutigen Berechnungen im Jahr 2009 um ein halbes Prozent und dann drei, vier Jahre später um ein weiteres Prozent. Dabei ist vorgesehen, dass der Bundesanteil weiterhin bestehen bleibt. Der Bundesanteil zulasten dieser Mehrwertsteuerprozent soll weiterhin bestehen bleiben: 17 Prozent für die AHV und 15 Prozent für die IV. Was an künftigen zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten fliesst, geben wir zu gesamthaft maximal 32 Prozent in die Bundeskasse weiter. In der Detailberatung werde ich Ihnen die Gründe darlegen; Sie sehen, dass es eine Mehrheit und eine Minderheit gibt.

Die Kommission ist auch davon überzeugt, dass es richtig ist, die gesamte Finanzierung vorzulegen, sodass das Volk nächstes Jahr gesamthaft über die gesamte AHV- und IV-Finanzierung für die nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre beschliessen soll. Das Gebot der Transparenz verlangt das. Für die einzelnen Sozialwerke soll nicht Stückwerk beschlossen werden, sondern die Bürgerinnen und Bürger sollen gemeinsam entscheiden: Wollen wir die Finanzierung im vorgeschlagenen Rahmen für die nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre sicherstellen oder nicht? Zudem wollen wir verhindern, dass die Invalidenversicherung und die AHV gegeneinander ausgespielt werden.

Sie ersehen daraus: Wenn Sie diesen Vorlagen des Bundesrates – mit den Präzisierungen der Kommission – zustimmen, sind die AHV und die IV auf rund zwanzig Jahre hinaus gesichert. Wir tun dies durch eine Mehrwertsteuererhöhung von höchstens 2,5 Prozent. Auch wenn wir diese Massnahmen beschlossen haben – ich betone es nochmals, weil es die dringendste Aufgabe unseres Parlamentes in den

AB 2002 S 743 / BO 2002 E 743

nächsten Jahren im Bereich der Sozialversicherung ist –, bleibt uns die Aufgabe, die Zunahme der Verrentungen zu stoppen. Nach der Individualisierung der Gesellschaft haben wir eine Invalidisierung der Gesellschaft eingeleitet, und diesen Zustand können wir nicht weiter hinnehmen.

Ich bitte Sie – auch wenn wir die Rezepte noch nicht kennen, aber wir haben die Aufgabe –, diesen Entwürfen zuzustimmen.

Briner Peter (R, SH): Herr Kommissionspräsident, ich habe nie daran gezweifelt, dass Sie den Finanzierungsbeschluss gut begründen würden; das mussten Sie wohl auch. Denn es ist schon bemerkenswert, dass wir, was die AHV anbetrifft, zuerst die Einnahmen bewilligen sollen, ohne vorher über die finanziellen Auswirkungen der Leistungsbeschlüsse – die wir noch nicht gefasst haben – Klarheit zu haben.

In Anbetracht der Situation stelle ich keinen Antrag, ich kann aber diesem Vorgehen aus grundsätzlichen Überlegungen nicht folgen und werde dem Entwurf 1 nicht zustimmen können.

Schiesser Fritz (R, GL): Ich muss einleitend feststellen, dass es in diesem Saal häufig nichts Neues gibt, sondern dass sich sehr oft das wiederholt, was sich einige Jahre früher schon abgespielt hat. Ich habe mich bei dieser Vorlage daran erinnert, dass ich im Jahr 1997 beim ersten Teil der 4. Revision der Invalidenversicherung Kommissionsprecher war, und ich habe mir erlaubt, die Eintretensdebatte von damals nachzulesen. Ich muss ernüchert feststellen, dass wir in der genau gleichen Situation sind – oder dass die Situation vielleicht noch schlimmer als damals ist –, nur haben wir es dieses Mal mit einem klaren Antrag auf Erhöhung der Mehrwertsteuer zu tun.

Der Kommissionspräsident hat ausgeführt, dass nach heutiger Voraussicht im Jahre 2010 die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes allenfalls teilweise rückgängig gemacht werden könnte. Wir haben wiederum einen Transfer von der Erwerbersatzordnung in die Invalidenversicherung vor uns, mit dem ein Teil der Schulden gedeckt werden soll. Hier sehe ich allerdings eine Verbesserung gegenüber dem letzten Mal. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, wollen wir dieses Mal "nur noch" 1,5 Milliarden Franken transferieren; letztes Mal waren es 2,2 Milliarden Franken. Beim nächsten Mal müssten es dann noch 800 Millionen Franken sein.

Kollege Frick hat 1997 in diesem Rat ausgeführt: "Die Verschiebung der EO-Mittel zur Invalidenversicherung heisst für mich im Ergebnis nichts anderes, als dass wir den wahren Zustand der Invalidenversicherung für einige Jahre verbergen. Wir kaschieren die ernsthaften Probleme zulasten der EO, und in drei bis fünf Jahren werden wir wieder in der gleichen Situation sein. Wir kaschieren sie, lösen sie aber nicht." (AB 1997 S 767) Etwa 2005 dürfte wiederum etwas Ähnliches im Amtlichen Bulletin stehen.



Kollege Schmid Carlo hat damals festgestellt: "... wir haben jährlich im Durchschnitt 530 Millionen Franken mehr ausgegeben als im Vorjahr, das Dreifache der letzten Periode. Hier ist eine Explosion vorhanden, und diese Explosion ist zu analysieren. Da sind Massnahmen zu treffen. Herr Schiesser, wenn Sie sagen, wir könnten es nicht über Einsparungen machen, so sage ich Ihnen eines: Ich bin kein Wirtschaftsspezialist. Aber ich weiss nicht, wie wir solche Steigerungsraten auf der Einnahmeseite verkräften sollen. Wir können das nicht mehr finanzieren." (AB 1997 S 769)

Ich muss heute ernüchert feststellen: Wir werden es finanzieren, und zwar einfach über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Sache wird weitergehen. Was wir 1997 erlebt haben, was wir heute erleben, wird sich in fünf oder sechs Jahren wiederholen. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass es im Jahr 2010 keine Senkung des Mehrwertsteuersatzes gibt, auch nicht um ein Promille, sondern eine Erhöhung. Ich bin wirklich ernüchert. Ich sehe keinen Ausweg aus dieser desolaten Situation bei der Invalidenversicherung. Wir schütten jetzt einfach mehr Mittel ins Fass hinein. Aber wenn es uns nicht gelingt, nicht nur die Löcher zu stopfen, Herr Kollege Frick, sondern in dieses Fass auch einen Boden einzuziehen, dann werden wir diese Invalidenversicherung irgendwann einmal nicht mehr finanzieren können.

Schmid Carlo (C, AI): Ich werde diesem Bundesbeschluss nicht zustimmen. Und zwar muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Der Grund, warum ich das nicht tue, ist folgender: Ich möchte den Druck auf die Kommission und auf den Bundesrat erhöhen.

Herr Schiesser hat es erwähnt: Ich habe bereits bei der ersten Runde der 4. IV-Revision gesagt, dass wir uns das eines Tages nicht mehr leisten können und dass wir hier an der Wurzel, bei den Voraussetzungen für den Zugang zur IV, ansetzen müssen. Davon ist jetzt auch in der zweiten Runde keine Rede.

Herr Frick, Sie haben in verdienstvoller Art und Weise die Gründe dargelegt, weswegen die Kosten bei der IV explodieren. Aber Sie haben kein Wort darüber verloren, was wir dagegen tun sollen. Wenn wir jetzt hingehen und die Geschichte weiter finanzieren, dann geht der gleiche Schlendrian weiter. Man hat die Geschichte finanziert, es läuft wieder, und damit hatte man während der letzten vier, fünf Jahre überhaupt keinen Anlass, in Bezug auf die Voraussetzungen zum Zugang zur IV irgendetwas zu ändern. Das halte ich für verfehlt. Ich will die IV nicht zu einer unsozialen Veranstaltung machen, ich will sie einigermassen finanzierbar erhalten.

Jetzt geht man hin und will mehr Mehrwertsteuerprozent für die IV. Okay. Aber so sozial ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer eben auch nicht. Die Mehrwertsteuer ist von mir aus gesehen die unsozialste Steuer, die es überhaupt gibt. Einen Grundbedarf muss jeder kaufen, ob er Millionär ist oder nicht. Bezüglich des Grundbedarfs ist der Millionär genau gleich gestellt wie der kleine Mann und die kleine Frau. Die Mehrwertsteuer zieht einem jeden in der Höhe eines bestimmten minimalen Sockels einfach Geld für das tägliche Leben ab, ob er reich oder ob er arm ist. Hier haben wir eine Steuer, die zwar einfach fliesst, aber sie fliesst mit dem Geld derjenigen, die arbeiten müssen, um es zu verdienen, damit sie etwas kaufen können.

Ich bin einfach der Auffassung, dass wir hier einmal ernsthaft etwas streng sein müssen. Man wird uns in der Presse herumzerren, das ist mir vollkommen egal! Aber wenn wir jetzt zu diesem Beschluss Nein sagen, dann machen wir der Kommission, dem Bundesrat und der Verwaltung Beine, endlich etwas Vernünftiges zu tun, das nachhaltig und auf lange Sicht unsere IV wieder sichert.

Leuenberger Ernst (S, SO): Als der Wirt dann nach gehaltenen Freuden die Rechnung präsentierte, schlugen sich einige Gäste seitwärts in die Büsche. So etwa kommt mir die bisherige Debatte vor; ich finde, die Debatte über die Finanzierung des Sozialstaates verdient eine etwas grössere Ernsthaftigkeit, als sie bisher gepflogen wurde. Wir müssen vermutlich auch einige Konflikte austragen.

Es ist hier unwidersprochen festgehalten worden: Je westlicher in der Schweiz man lebe, desto invalider sei man, statistisch gesehen. Je städtischer man lebe und wohne, desto invalider sei man. Umgekehrt: Je ländlicher und je östlicher man wohne und lebe, desto weniger invalider sei man. Das ist eine Feststellung, die getroffen worden ist. Es wird sicher Anhaltspunkte dafür geben, die stimmen. Mir fällt in diesem Zusammenhang einfach auf, dass da oft Wanderungen stattfinden. Wenn man im Mittelalter gesagt hat, Stadtluft mache frei, so könnte es durchaus sein, dass behinderte Personen die Stadt suchen, weil dort der Doktor Eisenbart etwas weniger eisig ist als vielleicht in der Ostschweiz auf dem idyllischen Land. Jedenfalls können wir die Debatte so nicht führen und sagen, das sei eine Geschichte der Westschweizer Städte.

Eine zweite Frage beschäftigt mich seit dreissig Jahren ungemein, notabene als Solothurner: Nach der Ölkrise, als wir

AB 2002 S 744 / BO 2002 E 744

unsere Beschäftigungsprobleme in der Uhrenindustrie hatten, damals noch ohne obligatorische Arbeitslosenversicherung, ist mir, dem damals jugendlich-stürmischen Gewerkschaftssekretär aufgefallen, dass grosse





Firmen, die inzwischen nicht mehr so grosse Namen haben, auf Teufel komm raus invalidisiert haben. Die Unternehmen haben es erfunden, die Ärzte haben die Zeugnisse ausgestellt, die Sozialversicherungsbürokraten haben unterschrieben, und die Gewerkschaftsfunktionäre haben Beifall geklatscht. Die Arbeitnehmer waren glücklich, weil sie mangels einer Arbeitslosenversicherung weiterhin ein gesichertes Einkommen hatten. Damals in den Siebzigerjahren wurde in Serie invalidisiert. Man hat damals einen richtigen Schluss aus dieser unliebsamen Geschichte gezogen: Man hat dann im Jahre 1977 das Obligatorium der Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Wir kommen in dieser sehr ernsthaften Diskussion nicht umhin, die Grenzen zwischen Arbeitslosen- und Invalidenversicherung zu ziehen. Ich habe etwas gelitten, als der Herr Kommissionspräsident ausgeführt hat, man müsse diesen Verrentungsprozess stoppen. Es ist ihm nicht gelungen für meine Ohren hörbar zu sagen, wie man diesen Prozess stoppen könnte. Jedenfalls hat das einen Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung, es sei denn, es würde jemand hier drin – offen aussprechend oder sous-entendu – die Meinung vertreten, wir sollten die Leute in grösserer Zahl auf die Fürsorge schicken. Das habe ich bisher nicht gehört. Aber ich nehme auch an, dass wir uns einig sind, dass das eher ein Modell aus dem 18., eventuell aus dem 19. Jahrhundert ist, aber ganz sicher nicht eines aus dem 21. Jahrhundert. Jedenfalls ist die Lösung hier nicht präsentiert worden.

Wenn wir uns jetzt aus finanziellen Gründen auf die Invalidenversicherung stürzen und dabei in der ganzen Diskussion komplett vergessen, was wir beispielsweise vor kurzem auch bei der Arbeitslosenversicherung beschlossen haben, dann wäre das etwas kurz gegriffen. Zur Finanzierung möchte ich in dieser Debatte spontan einfach sagen, dass ich am liebsten Herrn Schmid Carlo voll zustimmen und sagen würde: Auch ich, der ich in meiner Bewegung ein etwas Traditioneller bin, habe gelernt, dass direkte Steuern wegen der Progression eigentlich gerechter sind als indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer. Das hat mir der grosse alt Bundesrat Max Weber noch an der Universität Bern beigebracht. Ich habe es geglaubt, obschon moderne Ökonomen diese These in Zweifel ziehen. Herr Schmid, das Problem ist nur: Auch wenn ich Ihren Ausführungen, die Sie zu diesem Punkt gemacht haben, durchaus zustimmen möchte, dann fällt mir doch auf, dass wir in dieser Runde vor nicht allzu langer Zeit just um die Frage gestritten haben, wie gross der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen des Bundes sein soll. Eine überwältigende Mehrheit dieses Rates hat doch die Meinung ausgedrückt, der Anteil der direkten Steuern am Gesamtsteueraufkommen des Bundes solle zurückgehen. Das ist jedenfalls in der Steuerdebatte hier zum Ausdruck gebracht worden. Das habe ich dazu noch anmerken wollen.

Ich muss Ihnen ganz offen gestehen: Ich staune ein bisschen darüber, dass nun starke Kräfte dieses Rates ganz klar sagen, dass sie diesen Finanzierungsbeschluss jetzt nicht haben möchten. Ich möchte einfach wissen, wann sie diesen Beschluss fassen wollen.

Ich schliesse mit dem Hinweis, mit dem ich begonnen habe: Wir haben diesen Sozialstaat gemeinsam durch Beschlüsse geschaffen, wir sind stolz darauf, und wir können uns nicht vorzeitig abmelden, wenn die Rechnung dafür präsentiert wird.

Merz Hans-Rudolf (R, AR): Als ich in diesen Rat kam, wurde gerade ein Bericht IDA-Fiso verfasst, und weil man durch diesen IDA-Fiso-Bericht zu wenig Klarheit über die künftige Finanzierung unserer Sozialversicherungen bekam, hat man dann den Bericht IDA-Fiso 2 gestaltet. Im Anschluss an IDA-Fiso 2 stellte unser Ratskollege Schiesser – ich möchte da an ihn anknüpfen – die Frage, was denn jetzt die weiter gehenden, konkreten Massnahmen seien. Wenn ich Buchhaltung führe, fehlen diese Antworten eigentlich bis heute und haben sich, im Gegenteil, fast akzentuiert; denn in der gleichen Zeit hat sich das Bruttoinlandprodukt in unserem Land zwischen 0,5 und 1,5 Prozent entwickelt, während die Ausgaben allein für die Renten im Invalidenversicherungsbereich jedes Jahr, seit ich hier bin, um 5 bis 8 Prozent zugenommen haben.

Nun stellten wir einmal in der Finanzdelegation die Frage, warum dies denn so sei. Wir bekamen damals eigentlich ermutigende Berichte aus dem Departement, indem man uns nämlich die Gründe aufzählte. Ich habe sie nicht mehr im Detail vor mir. Ich erinnere mich aber, dass Sie, Frau Bundesrätin, uns sagten, es gebe bestimmte Kategorien von Leuten, die aus der Arbeitslosigkeit in die Invalidenversicherung "migrieren", es gebe psychische Syndrome, die zu Invalidität führen, es gebe auch mehr Frauen, die in die Invalidenversicherung aufgenommen werden müssen, es gebe die verschiedenen Kategorien von Invaliden an sich – wir haben darüber beim ersten Versuch zur 4. IV-Revision gesprochen, ich erinnere Sie an die Debatte über die Viertelsrente – und es gebe schliesslich Leute, die im Alter invalid werden; eigentlich ein relativ verfeinertes Bild dessen, was zur Aufnahme in die Invalidenversicherung führt.

Was mir heute fehlt und bei mir Unbehagen auslöst, sind die dazugehörigen Zahlen. Ich würde gerne einmal hören und wissen, warum und in welchen Kategorien sich diese Zunahmen abspielen und wie man sie allen-



falls in den Griff bekommen könnte. Das wäre eine Vorarbeit zu dem, was die Kommission gemacht hat. Ich zweifle nicht an der Gründlichkeit der Kommissionsarbeit, aber ich zweifle daran, dass genügend Grundlagen vorhanden waren. Ich bin geneigt zu zweifeln, dass man daran etwas ändert, wenn wir heute nicht einen Pfahl einschlagen.

Herr Kollege Leuenberger, Sie haben gesagt, wir müssten jetzt für gehabte Freuden bezahlen. Okay. Sie nehmen einen Begriff aus dem Vereinsleben. Ich aber sage Ihnen: Jeder Verein, der ein Projekt in Angriff nimmt oder eine Veranstaltung durchführt, ist es gewohnt, Ausgaben und Einnahmen gemeinsam anzuschauen. Wenn er das nicht tut, wird er dafür bestraft. Wir aber, die wir uns in Milliardenbereichen bewegen, versuchen zuerst einmal, die Leistungen zu definieren, und verschieben dann die Finanzierung auf einen späteren Zeitpunkt. Das ist für einen Dorfverein eine Todsünde und für ein Parlament inakzeptabel. Ich erwarte deshalb, dass wir die Beratung des Bundesbeschlusses über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze auf die Wintersession verschieben oder so lange vertagen, bis die detaillierten Leistungsbeschlüsse zusammen mit der BVG-Revision vorliegen. Dann haben wir eine realistische Budgetierung dieser Sozialwerke, die Herr Kollege Leuenberger sehr wichtig sind.

Gerade weil die Sozialwerke so wichtig sind – darin sind wir uns einig –, bin ich der Meinung, dass man hier gründliche Arbeit leisten sollte, und zwar auch im Sinne unserer Finanzen. Ich sage das jetzt als Finanzpolitiker: Ich zweifle nicht an der Arbeit der Kommission, aber sie hat das Paket am Schluss nicht fertig geschnürt. Das muss sie tun, auch wenn es jetzt noch eine Session mehr braucht.

Beerli Christine (R, BE): Ich kann das grosse Unbehagen verstehen, das heute im Rat zum Ausdruck kommt. Ich glaube, die Abfolge der Geschäfte ist in der Tat etwas problematisch, wenn wir jetzt den Finanzierungsbeschluss auf der Traktandenliste haben, bevor wir die Revision des IV-Gesetzes diskutiert haben. In umgekehrter Reihenfolge hätten wir mindestens das Menu gesehen, bevor die Rechnung präsentiert wird. Jetzt entscheiden wir in der Tat über die Rechnung, bevor wir überhaupt den Inhalt des Menus festgelegt haben.

Ich würde alle diejenigen sehr bitten, die jetzt – zu Recht! – ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht haben, dass sie dann bei der Behandlung des IV-Gesetzes daran denken,

AB 2002 S 745 / BO 2002 E 745

was sie jetzt für Äusserungen gemacht haben. Auch wenn hundert gute Gründe dafür sprechen, dass wir Ausbau beschliessen, bitte ich Sie, doch sehr konsequent zu sein und die Lösungen der Mehrheit zu unterstützen, damit wirklich nicht noch Mehrausgaben in der Gesetzgebung verankert werden, die Ihnen schlussendlich irgendeinmal wieder als Finanzierungsbeschluss präsentiert werden.

Aber ich bin auch der Ansicht, dass es vom Verständnis her wohl besser gewesen wäre, wenn wir zuerst das Gesetz und dann den Finanzierungsbeschluss behandelt hätten. Dann hätten Sie auch gewusst, wieso die IV eben so viel Geld verlangt.

Was die zeitliche Dringlichkeit betrifft, muss ich Kollege Merz doch widersprechen: Die IV benötigt dieses Mehrwertsteuerprozent dringend. Der Bundesbeschluss muss auf den 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt werden können. Wenn wir den Entscheid auf die Wintersession verschieben, dann haben wir diese Möglichkeit nicht, und das gäbe uns schwere Probleme auf.

In Bezug auf die Finanzlage der IV teile ich Ihre Bedenken voll und ganz. Ich möchte das Ganze noch ganz kurz in die längerfristige finanzielle Situation und in den Finanzplan der nächsten Jahre einbetten, damit wir die Grössenordnung und auch die Bedeutung des Problems sehen.

Der Finanzplan 2004–2007 weist ein Wachstum von 4,4 Prozent auf. Wir wissen es alle: Das ist nicht schuldenbremsenkonform. Der Finanzplan liegt also darüber. Das Budget 2003 liegt innerhalb der Bandbreite, aber der Finanzplan nicht. Diese 4,4 Prozent entsprechen einem Betrag von 9,7 Milliarden Franken Wachstum im Zeitraum von 2004 bis 2007. Davon beträgt dieses IV-Mehrwertsteuerprozent schon 3,2 Milliarden Franken. Ein ganz ansehnlicher Teil der 9,7 Milliarden Franken entfällt also auf die Finanzierung der IV. Die soziale Wohlfahrt im Übrigen macht noch 2,8 Milliarden, die Bildung – diese Erhöhung um 6 Prozent – 900 Millionen und die LSVA noch 570 Millionen Franken aus. Dann gibt es noch weitere kleine Beträge. Aber immerhin: Diese 3,2 Milliarden Franken IV sind ein ganz wesentlicher Betrag. Wenn man den Finanzplan stabilisieren, also schuldenbremsenkonform ausgestalten würde, dann wäre ein Wachstum von 3,1 Milliarden Franken möglich. Das bedeutet, dass wir 6,6 Milliarden Franken über dem Plafond der Schuldenbremse liegen, und davon macht die Hälfte wiederum dieses IV-Mehrwertsteuerprozent aus.

Die IV belastet uns also wirklich ganz schwer. Es ist ganz wichtig, dass wir versuchen, dieses Ausgabenwachstum in den Griff zu bekommen und keine Entscheide fällen ohne gesicherte Grundlagen, ohne Zahlen; keine Entscheide, die uns in irgendeiner Art und Weise ins Ungewisse führen und von denen wir die Auswirkungen



nicht kennen.

Zur Ursachenforschung: Hier möchte ich doch darauf hinweisen, dass im Bereich der psychischen Erkrankungen grosse Probleme liegen. Wir haben letzte Woche versucht, das mit der Diskussion über meine Interpellation zu den psychischen Erkrankungen und deren Bekämpfung anzugehen, vor allem auch im Bereich der Prävention. Ich bin sehr überzeugt davon, dass wir hier einen Schritt zu machen haben, um materiell Verrentungen zu verhindern. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir mit den Massnahmen der Kostenersparnis, namentlich mit den regionalen ärztlichen Stellen – wir werden gerade im Anschluss bei der Behandlung des Gesetzes darauf zu sprechen kommen –, doch gewisse Werkzeuge in die IV-Revision eingebaut haben, die uns erlauben, die Kosten zwar langsam, aber immerhin über die Zeit hinweg in den Griff zu bekommen.

Aber noch einmal – und das ist im Prinzip der Grund meiner Intervention -: Ich bitte Sie, die Bedenken, die Sie jetzt äussern, bis zum nächsten Geschäft weiterzutragen und dort die entsprechenden materiellen Entscheide zu treffen, die nicht weitere Kostenerhöhungen mit sich bringen.

Schmid Carlo (C, AI): Nur ein Wort zu Herrn Leuenberger: Ich glaube in der Tat, dass kein falscher Zungenschlag in diese Debatte hineinkommen darf! Im Rahmen dieser Frage mag es tatsächlich so sein, wie es wolle, es darf einfach keine Frontstellung zwischen der Ost- und der Westschweiz und zwischen Stadt und Land geben, denn wir müssen dieses Problem gesamthaft und zusammen angehen. Ich bin auch der Auffassung, dass Sie, wenn man z. B. einen etwas genaueren und kleineren Raster über die Schweiz legen und nicht nur nach grossen Regionen analysieren würde, auch auf dem Land Gebiete mit einer hohen IV-Dichte finden würden. Hier, glaube ich, hat es keinen Sinn, sich gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben: Wir haben vielmehr miteinander ein Problem, das wir auch miteinander lösen müssen.

Ich möchte Ihnen einen Ordnungsantrag stellen: Verzichten wir im Moment auf die Behandlung der Vorlage 1, behandeln wir jetzt die 4. IV-Revision. Geben wir der Kommission den Auftrag, dem Rat auf nächste Woche, wenn die IV-Revision hier behandelt worden ist, Artikel 130 Absatz 4bis und alles, was damit zusammenhängt, neu vorzulegen, damit wir die Finanzierung der IV besprechen können. Die Finanzierung der AHV können wir dann nach der Beratung der 11. AHV-Revision in der Wintersession behandeln.

Ich bin nicht sicher, ob ich den Bundesbeschluss auch dann noch ablehnen werde. Aber Sie werden damit die Möglichkeit haben, den Preis zu sehen, nachdem Sie das Menü genossen haben.

Studer Jean (S, NE): L'AI est une de nos assurances sociales. Mais ce que je constate, c'est que c'est celle qui donne le plus lieu à des fantasmes, que ce soit du côté des assurés ou du côté des politiciens. Du côté des assurés, nombreux sont celles et ceux qui croient pouvoir avoir droit à une rente AI et ne comprennent pas lorsqu'une décision négative leur est adressée; et du côté des autorités politiques, nombreuses et nombreux sont ceux qui croient qu'on donne trop d'argent pour cette assurance-là. Je crois que cette incompréhension résulte simplement du fait que l'invalidité, c'est quelque chose de moins concret que le chômage, la maladie ou la retraite, et ça donne lieu à plein d'interprétations.

Dans la pratique professionnelle qui est la mienne, j'ai souvent affaire à des personnes qui demandent des rentes AI, et je suis toujours surpris de constater la certitude que ces personnes ont de pouvoir obtenir une rente d'invalidité. Mais je suis toujours aussi surpris de voir comment la justification médicale qui est souvent donnée pour refuser une rente d'invalidité me paraît compréhensible.

A côté de ma pratique professionnelle, j'ai également des contacts avec la population. Et je suis toujours aussi surpris de l'évolution de notre société: il y a quinze jours, je discutais avec la responsable d'une institution neuchâteloise pour handicapés mentaux, et cette personne m'a appris que dans mon canton de Neuchâtel, il y a 20 handicapés mentaux qui vivent avec un seul parent qui a plus de 75 ans. Cela, c'est le succès de notre Etat social. Cela, c'est effectivement une réussite des conditions de vie qu'on offre aux personnes qui sont handicapées mentales. Dans mon canton de Neuchâtel, dans trois à quatre années, si 20 handicapés mentaux perdent les seuls parents qu'ils ont, à ces personnes-là, on devra bien offrir une solution.

L'évolution de notre société nous conduit forcément – forcément! – à un accroissement de nos dépenses dans ce domaine. Et on ne peut pas, en tant que représentants qui siégeons dans cette Chambre, à la fois dire: "Cela coûte trop cher" et ne pas se réjouir qu'aujourd'hui, les handicapés mentaux, par exemple, vivent beaucoup plus longtemps, comme toutes les personnes handicapées, qu'il n'y a que serait-ce vingt ou trente ans. C'est pour ça que je dis qu'il y a parfois des fantasmes autour de l'assurance-invalidité, tant du côté des assurés que du monde politique. Mais il faut aussi admettre que la dignité de la personne invalide coûte, que ces personnes doivent être accompagnées.

Il me semble que la commission a essayé de bien comprendre ces chiffres, d'être prudente dans ses évaluations et effectivement, on le verra dans le cadre du débat sur la 4e révision de l'AI, de mieux chercher à



contrôler

AB 2002 S 746 / BO 2002 E 746

l'application de la loi. Mais on ne me fera jamais croire dans ce pays que les dépenses d'assurance-invalidité peuvent diminuer. C'est faux! Et en plus du fait que c'est faux, il faudrait aussi comparer la situation existant dans notre pays avec celle existant dans d'autres pays. Le message nous le dit: les dépenses en matière d'invalidité en Suisse sont parmi les plus basses des pays de l'OCDE. On doit à cet égard reconnaître qu'il y a des efforts qui sont faits pour essayer de maîtriser au mieux l'évolution et le bien-être auquel les personnes invalides ont aussi droit.

Alors, je comprends la motion d'ordre Schmid Carlo qui dit: "Traitons cette question après qu'on aura vu la 4e révision de la loi sur l'assurance-invalidité." Il y a une certaine cohérence dans ce secteur-là. Mais vous verrez que la commission a effectivement pris au sérieux la problématique des coûts et qu'elle a aussi pris au sérieux la réalité de la dignité des personnes invalides.

Cottier Anton (C, FR): Nous sommes en présence d'une motion d'ordre Schmid Carlo, qui rejoint les interventions de MM. Merz et Briner. D'entente avec M. Schmid, je propose que nous procédions de la manière suivante: nous poursuivons le débat d'entrée en matière sur l'objet 00.014 qui comprend les deux projets 1 et 3. Lorsque nous serons entrés en matière, nous traiterons la motion d'ordre Schmid Carlo qui demande d'examiner les deux projets précités après avoir terminé l'examen de la 4e révision de l'AI. Je constate qu'il n'y a pas d'opposition. – Ainsi décidé.

Stähelin Philipp (C, TG): Ein solches Vorgehen, wie es jetzt vom Herrn Präsidenten vorgeschlagen worden ist, sehe ich durchaus auch. Ich muss gestehen, dass ich etwas Mühe habe mit der Diskussion, so wie sie jetzt gelaufen ist. Ich sage das auch als Mitglied der Kommission. Die Diskussion hat sich an der IV entzündet. Wo stehen wir mit der IV? Primär stehen wir vor einem Schuldenberg von bald 5 Milliarden Franken. Dieser Schuldenberg verschwindet nicht einfach, es wäre wohl eine Illusion zu glauben, dass wir diese Schulden nur ausgabenseitig wegstreichen. Wir kommen nicht darum herum, hier auch die Einnahmenseite zu korrigieren. Ich bin im Ausgabenbereich für alles zu haben, was sinnvoll ist, um hier zurückzubuchstabieren, um – ich benutze jetzt auch den miserablen, hässlichen Ausdruck – die Verrentung stoppen zu können. Aber das müssen wir bei der Gesetzesvorlage durchbringen. Hier geht es primär darum, dass wir auch aus der Überschuldung herauskommen, und das ist schlussendlich der Kernpunkt des Antrages der Kommission und des Entwurfs des Bundesrates.

Weiter diskutieren wir über den Mehrwertsteueranteil für die AHV. Auch bezüglich der AHV ist doch unbestritten, dass die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft ihren Preis hat, wenn wir sehen, dass wir – Gott sei Dank! – immer älter werden. Das ist uns wahrscheinlich auch allen klar. Es kommt ein weiterer Faktor dazu: Bei der AHV-Finanzierung entscheiden wir ja erst über einen Mechanismus und nicht unmittelbar über die Mehreinnahmen. Auch dieser Entscheid, meine ich, kann getroffen werden.

Ich bin deshalb der Meinung, dass durchaus auf die Vorlage eingetreten werden kann und soll. Wenn der Beschluss im Sinne des Ordnungsantrages allenfalls erst nach der Debatte über die 4. IV-Revision erfolgen soll, kann man das so tun. Aber ich meine, wir sollten in dieser Session darüber entscheiden.

Schiesser Fritz (R, GL): Nur zwei Bemerkungen: Zum einen hat Herr Kollege Studer gesagt, viele Politiker glaubten, dass wir zu viel Geld für die Invalidenversicherung ausgeben. Es ist eine politische Entscheidung, wie viel Geld wir für die IV ausgeben wollen; darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich glaube, es ist auch sinnvoll zu sehen, in welchem Verhältnis die Ausgaben der IV zu den Ausgaben der AHV stehen; auch das gibt eine Grössenordnung. Ich bin mir durchaus bewusst, dass es viel schwieriger ist, bei der IV eine Grössenordnung zu bestimmen; bei der AHV ist sie aufgrund der Zahl der Rentner und aufgrund der Ansprüche, die ihnen zustehen, vorgegeben.

Es ist aber nicht die absolute Zahl, die mich beunruhigt, sondern es ist die Dynamik in der Entwicklung dieser Zahl. Herr Kollege Stähelin, Sie haben gesagt, die IV habe einen Schuldenberg von 5 Milliarden Franken, wenn ich das richtig verstanden habe. 1996 betrug der Schuldenberg der IV 1,575 Milliarden. Wir transferierten 2,2 Milliarden von der EO in die IV und entschuldeten sie damit. Also sind seit 1998 ganze 5 Milliarden Franken Schulden aufgelaufen. Es ist diese Entwicklung und diese Dynamik, die mich wirklich beschäftigt, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass das in den nächsten zehn Jahren einfach so weitergehen kann, auch wenn wir ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent für die IV beschliessen.

Ich muss ganz offen gestehen: Es ist beim ersten Teil der 4. IV-Revision nicht gelungen, die Frage anzugehen, wie wir diese Steigerungsraten in den Griff bekommen oder vermindern können. Ich sehe auch beim zweiten





Teil dieser Revision kaum Ansätze dazu, dieses Kernproblem bei der IV in den Griff zu bekommen. Deshalb habe ich gesagt, ich resignierte etwas. Ich stelle fest, dass wir ausschliesslich auf der Einnahmenseite mit zusätzlichen Mitteln das Gleichgewicht der Finanzen bei der IV einigermaßen herbeiführen wollen. Das kann so nicht endlos weitergehen. Ich habe auch kein Rezept dafür, was man tun müsste. Aber diese Steigerungsrate kann nicht einfach so hingenommen werden. Ich befürchte, wenn wir das Mehrwertsteuerprozent bewilligen – ich sage Ihnen, ich sehe keinen anderen Ausweg, wenn wir den Schuldenberg der IV nicht noch weiter anwachsen lassen wollen –, dann wird der Druck, dieses Kernproblem anzugehen, noch weiter abnehmen. Wir haben ja dann ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent, die Finanzen der IV werden wieder im Lot sein, wir brauchen das Kernproblem nicht anzupacken. Es geht nicht um die Frage, wie viel wir in absoluten Zahlen für die IV ausgeben; es geht um die Entwicklung, und diese Entwicklung ist in den letzten paar Jahren Besorgnis erregend.

David Eugen (C, SG): Es wurde jetzt ein Rückweisungsantrag gestellt, in der Meinung, dass wir zuerst die IV-Gesetzgebung behandeln und erst dann über die Frage des Mehrwertsteuerprozentes entscheiden sollten. Wenn es Ihnen Ernst damit ist, eine Veränderung herbeizuführen, müssen Sie hier keinen Rückweisungsantrag stellen, denn die Ursachen dieser Zunahme der Verrentung sind in der Botschaft über die 4. IV-Revision dargelegt. Sie können das auf Seite 3216 nachlesen, wo Sie auch ein schönes Schaubild finden, das ganz klar aufzeigt, wo die Gründe liegen. Hierzu müssten Anträge gestellt werden, die diese Ursachen betreffen! Solche Anträge zur IV-Revision sind eigentlich nicht gestellt worden. Es gibt Vorschläge, die der Bundesrat unterbreitet hat, die in der Kommission auch unterstützt worden sind und die die Neuverrentung bremsen sollen.

Es gibt zwei Ursachen für die Zunahme der IV-Renten: die psychischen Krankheiten und die Rückenleiden. Wenn Sie die Statistik und die Schaubilder auf Seite 3216 der Botschaft anschauen, sehen Sie, dass diese beiden Krankheitsbilder zwischen 1985 und 1999 enorm zugenommen haben. Die Zunahme ist schwer medizinisch zu erklären, denn es ist klar, dass Rückenleiden oder psychische Leiden in der Bevölkerung 1985 und 1999 wahrscheinlich nicht in unterschiedlichem Ausmass vorkamen. Aber es ist so, dass die für die Rentenzusprache Verantwortlichen heute viel schneller Renten zusprechen; das ist das Faktum. Es werden viel schneller Renten zugesprochen als in früheren Jahren. Wir haben bei der IV ein System, das das Recht, Renten zuzusprechen, sehr weit unten ansiedelt. Wir haben keine zentralen Steuerungsorgane, die diese Rentenzusprechung begrenzen. Das ist nach meiner Überzeugung der Hauptgrund, weshalb dieses Wachstum voranschreitet.

In der Botschaft finden Sie Vorschläge, wie man dieses Problem angehen soll. Die Kommission hat sich auch

AB 2002 S 747 / BO 2002 E 747

entschieden, diesen bundesrätlichen Vorschlägen zu folgen und das Ganze auch mehr aus Bundessicht zu kontrollieren – allerdings gegen die Widerstände der Kantone, die die Neuverrentung und die entsprechenden Stellen eher bei sich behalten wollen. Ich muss Ihnen sagen: Wenn wir hier wirklich ehrlich bremsen wollen, müssen wir eine ziemlich starke Bundeskontrolle bezüglich der Rentenzusprache einführen. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Ich habe an sich nichts gegen eine Rückweisung. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass sich dieses Problem nicht in einer Woche löst. Da müssen Sie schon Anträge einreichen, die noch viel weiter gehen als das, was Bundesrat und Kommission jetzt bezüglich der Rentenzusprachen vorschlagen. Das würde heissen, dass wir auf der medizinischen Seite – ich sage jetzt einmal – ein System einführen wie es beispielsweise bei der Suva besteht, dass also wirklich nur noch Amtsärzte entscheiden, ob Neuverrentungen in Betracht kommen oder nicht. Diese Amtsärzte würden letztlich einem Bundesorgan unterstehen, wie es bei der Suva der Fall ist. Meines Erachtens hätte ein solches System durchaus Wirkungen, indem das Wachstum der Verrentung in diesen beiden Bereichen abgebaut würde.

Ich möchte noch etwas zum Votum von Frau Beerli sagen, die ausgeführt hat, wir hätten in der Detailberatung die Möglichkeit, Zeichen zu setzen und noch Einsparungen vorzunehmen. Aus der Kommission ist ja als andere Lösung die Assistenzentschädigung gekommen. Dazu muss ich Ihnen eines sagen: Die Assistenzentschädigung betrifft jene, die ich selbst zu den wirklich Behinderten zähle; die Assistenzentschädigung betrifft die tatsächlich behinderten Personen. Bei den psychischen Leiden und bei den Rückenleiden geht es sehr oft um Leiden, die sich aus dem Arbeitsprozess ergeben haben und die traditionellerweise – früher jedenfalls – nicht in diesem Ausmass zu den Behinderungen gezählt haben. Ich möchte einfach davor warnen, dort anzusetzen und zu sagen, dort muss man jetzt den Hahn zudrehen, aber hier, wo das echte Problem der IV ist, nämlich beim Zuwachs der Neuverrentung bei Rückenleiden und bei psychischen Leiden, eigentlich nichts zu machen. Das ist meiner Meinung nach der falsche Weg.



Ich schliesse mich also dem Rückweisungsantrag durchaus an, möchte Sie aber bitten, das Problem am richtigen Ort zu lokalisieren und dann auch die entsprechenden Anträge der Kommission zu unterstützen, nämlich die Anträge bezüglich der Kontrolle der Neuverrentung in diesen beiden Bereichen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Aufgrund der Debatte möchte ich noch drei Punkte anfügen.

1. Zur Diskussion, die hier aufgebrochen ist: Es war eine "Chropfläärete" über die schlechte finanzielle Situation der Invalidenversicherung. Das ist verständlich; die Kommission tat dasselbe. Ich habe nichts anderes getan, als Ihnen die Zahlen, Argumente und Gründe nochmals darzulegen, welche bereits in den schriftlichen Unterlagen für die heutige Debatte und in der Botschaft vorhanden waren. Aber mündlich dargelegt sind sie aufrüttelnder, als nur in den Papieren gelesen.

Die Situation der zunehmenden Invalidisierung unserer Gesellschaft ist uns bewusst. Wir stigmatisieren die einzelnen IV-Rentenbezüger beileibe nicht! Aber ich stelle fest: Bereits die Diagnose schmerzt. Nur, glauben Sie nicht, dass wir dieses Problem in ein, zwei Wochen während einer Session lösen! Das wird die Hauptaufgabe der nächsten Jahre im Bereich der Sozialversicherungen sein. Aber dafür, dass die Diskussion aufgebrochen ist, habe ich Verständnis.

Die heutigen Massnahmen zur Remedur scheinen mir politisch redlicher zu sein als die letzten, jene des Jahres 1997. Herr Schiesser hat die vor fünf Jahren gefallenen Voten zitiert. Damals haben wir nur Mittel des EO-Fonds zur IV verlagert. Heute tun wir dies auch zu einem kleineren Teil. Das Geld ist dort greifbar. Aber wir sind konsequenter: Wir treffen zusätzlich die Massnahme, die auf Dauer wirkt, nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Steuererhöhungen sind unangenehm. Doch wenn wir der Wahrheit ins Auge sehen, bleiben uns nur zwei Möglichkeiten: die Schulden zu sanieren oder sie weiter ansteigen zu lassen! Wir kennen die Situation der IV-Kasse. Sie wird Ende dieses Jahres – Herr Stähelin hat es richtig zitiert – 4,5 Milliarden Franken Schulden aufweisen. Jedes Jahr kommen in der nächsten Zeit 1 bis 1,4 Milliarden Franken dazu. Tun wir nichts, so haben wir in fünf Jahren eine Schuld von 10 Milliarden Franken allein bei der IV. Heute ist die Zeit zu handeln. Jede Verzögerung belastet die späteren Generationen, und das ist nicht korrekt.

2. Ich möchte auf den Ordnungsantrag Schmid Carlo eingehen. Ich bitte Sie, ihn abzuweisen, und möchte das anhand von AHV und IV begründen.

Beginnen wir mit der IV: Sie sehen – ich habe es dargelegt –, wir haben zwei Möglichkeiten: die IV in einigen Jahren finanziell zu sanieren oder das Defizit anzuhäufen und der nächsten Generation bereits in fünf Jahren einen Schuldenberg von über 10 Milliarden Franken zu hinterlassen. Das Zweite ist nicht verantwortbar. Also müssen wir heute beschliessen.

Wenn Sie glauben, wir hätten die Grundlagen nicht, um bereits jetzt, vor der Detailberatung, zu entscheiden, möchte ich Sie auf die Zahlen verweisen: Wir haben sie Ihnen für diese Beratung zusammengestellt. Wir rechnen, beim heutigen Rentnerstand, mit Minderausgaben von 227 Millionen Franken. Um die IV zu sanieren, müssen wir die Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöhen. Nun liegen uns aber für die IV-Revision keine Anträge vor, die weniger Ausgaben zur Folge hätten. Es liegt nur ein Antrag vor, der zu Mehrkosten von jährlich einer halben Milliarde Franken führt. Also ist es doch eindeutig: Wir brauchen dieses Mehrwertsteuerprozent! Das wissen wir zu hundert Prozent; das ist glasklar, noch bevor wir mit der Beratung anfangen.

Wenn wir in der Beratung der Minderheit folgen, also der grosszügigen Lösung zustimmen, heisst das, dass wir die Mehrwertsteuer definitiv nie mehr senken können. 1 Prozent aber braucht es in jedem Fall. Sie können mit gutem Gewissen vor der Detailberatung über die IV-Finanzierung entscheiden.

Nun zur AHV: Ich anerkenne die grundsätzlichen Einwendungen von unserem Kollegen Peter Briner, der sagt: Ich möchte zuerst das Menu auf dem Tisch haben, erst dann bezahle ich. Aber, Herr Briner, Sie wissen genau, was wir bestellen. Ich möchte Sie wieder auf das Blatt verweisen, diesmal betreffend die AHV-Revision. Beschliessen werden wir in der Tat in der nächsten Session. Aber wie breit ist der Spielraum zwischen Maximum und Minimum? Der Unterschied zwischen den finanziellen Auswirkungen der Anträge beträgt 200 Millionen Franken! Was macht das aus? Das macht einen Zehntel Mehrwertsteuerprozent, nur ein ganzes Promille, aus und liegt im kleinen Streubereich.

Egal, was wir in der Revision im Detail beschliessen, die 1,5 Prozent Mehrwertsteuer werden nötig sein. Offen ist nur die Frage: Wann brauchen wir es? Und in welchem Jahr erhöhen wir um wie viel Promille? Da haben wir Spielraum. Die Frage wird sein: Bevorzugen Sie eine grosszügige Lösung oder eine sparsamere Lösung? Einfluss wird auch die Wirtschaftslage haben. Wie viele Beiträge leisten Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Wie hoch sind die Mehrwertsteuererträge? Hier haben wir Spielraum. Aber dem tragen wir ja Rechnung, indem die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV durch Bundesgesetz erfolgt und nicht im freien Ermessen des Bundesrates liegt.

Aber egal, ob Sie damit die Maximal- oder Minimalvariante beschliessen – wir sind ja Zweitrat, nicht Erstrat –,



geht es um einen Spielraum von 0,1 Prozent bis ins Jahr 2015. Wir wissen also genau, was wir bestellen. Wir bestellen in einem guten Restaurant und sind bereit, im Voraus zu bezahlen; das tun wir mit diesem Beschluss. Eine Verschiebung bringt materiell absolut nichts.

3. Was den Ablauf der Beratung betrifft: Sehen Sie, die Volksabstimmung muss im Frühjahr 2003 stattfinden. Es hat niemand gesagt – ich habe auch Carlo Schmid nicht so verstanden –, man wolle die Finanzierungsvorlage in zwei Teile trennen. Wir wollen eine Finanzierungsvorlage für die Sozialwerke; darin sind wir uns einig. Darüber müssen wir in

AB 2002 S 748 / BO 2002 E 748

der Volksabstimmung im Jahre 2003 abstimmen. Selbst wenn wir die Finanzierungsvorlage trennen würden, müssten wir dem Volk die IV-Vorlage im Frühjahr 2003 vorlegen; andernfalls verzögerten wir die Sanierung um ein Jahr.

Wann sollen wir die Beratung abschliessen? Wir schaffen als Zweirat richtigerweise eine Reihe von Differenzen. Wenn wir das erst nach der AHV-Beratung tun, wird dies gegen Ende der Wintersession sein. Das erlaubt keine seriöse und gründliche Differenzbereinigung mehr. Also müssen Sie in dieser Session beschliessen, wenn wir die Volksabstimmung nicht um ein Jahr verzögern wollen. Weil das kommende Jahr ein Wahljahr ist, bestehen leichte Sachzwänge bezüglich des Fahrplanes. Das hat uns auch dazu geführt, jetzt schon die gesamte Finanzierung vorzulegen.

Aber wir wissen, was wir beschliessen. Es ist keine Blackbox, es ist kein Blindflug: Wenn wir die Sozialwerke gesund halten wollen, müssen wir die Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöhen, und wir müssen die AHV bis ins Jahr 2015 um 1,5 Prozent erhöhen. Wir tun jetzt nichts anderes!

Der Spielraum wird durch die Detailentscheide nicht grösser. Darum bitte ich Sie – ich appelliere eindringlich an die Gelassenheit unseres Rates, der auch nach einer emotionalen Diskussion zum sachlichen Entscheid zurückkehrt -: Beschliessen wir heute über diese Vorlage, schieben wir sie nicht hinaus. Der Entscheid wird nicht anders, auch wenn wir erst später beschliessen.

Ich möchte noch etwas nachholen: Es ist ein Dank an das Departement und an das Bundesamt für Sozialversicherung. Wissen Sie, die Kommission und Ihr Departement, Frau Dreifuss, waren sich nicht in allen Punkten einig. Die Diskussionen waren hart. Wir haben aber ausserordentlich geschätzt, dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch dort, wo Ihr Departement anderer Ansicht war, sehr loyal und konstruktiv für die Kommission gearbeitet haben. Es war eine ausserordentlich grosse Belastung, für uns eine grosse und für Sie und Ihre Mitarbeiter eine ungewöhnliche. Dafür möchte ich Ihnen, Frau Dreifuss, und Ihren Mitarbeitern sehr herzlich danken.

Cottier Anton (C, FR): Je vais maintenant donner la parole, pour l'entrée en matière, à Mme Dreifuss, conseillère fédérale. Ensuite, nous voterons sur l'entrée en matière sur les projets 1 et 3. Puis, nous nous prononcerons sur la motion d'ordre Schmid Carlo qui ne propose pas un renvoi mais un report de l'examen de détail des deux projets précités après l'examen de la 4e révision de l'AI que nous commencerons ce matin.

Dreifuss Ruth (,): Qu'il y ait des émotions dans une discussion de ce genre me paraît presque inévitable, parce qu'il s'agit d'un thème douloureux. Il s'agit de la situation de personnes qui, pour des raisons x ou y, n'arrivent plus à assumer leur existence par leurs propres forces, et pour lesquelles la grande difficulté consiste d'abord à voir quelle est la cause de l'incapacité. Est-ce vraiment un accident ou une maladie et qui a réduit la capacité de ces personnes de gagner leur vie, à un point tel qu'une rente invalidité doit leur être versée? Est-ce que, par des mesures préventives, ces personnes peuvent récupérer la force de travail nécessaire et la possibilité de subvenir à leurs besoins? Ou est-ce que ces personnes sont dans cette situation pour d'autres raisons?

Il y a des causes autres que la maladie ou l'accident qui peuvent conduire à la pauvreté, à l'incapacité de travailler: des enchaînements de circonstances, des placements malheureux, des difficultés à ne pas perdre pied dans une société. Si je vous en parle, c'est parce que j'ai devant les yeux toutes les lettres que je reçois, des lettres très souvent désespérées, ou qui révèlent un espoir ténu, et qui me racontent la difficulté qu'il y a à recevoir l'aide de l'AI, en particulier une rente de l'AI, et la longueur de la procédure. Je dois très souvent expliquer le pourquoi de la longueur de cette procédure. En lisant ces lettres, en préparant la réponse et en me mettant à la place de ces interlocuteurs, j'aurais envie de pleurer, à l'idée que cela dure un an, deux ans, qu'il faut faire des examens médicaux, qu'il faut aller dans un centre spécialisé, que l'on va examiner les conditions de l'accident avec des méthodes qui révoltent certaines de ces personnes. Je me rappelle par exemple la lettre d'une personne qui s'oppose à laisser faire l'analyse de l'accident qu'elle a subi avec "ein Proband", avec une personne qui serait dans la même situation de choc, parce qu'elle dit: "Je ne veux pas avoir ma rente", même s'il y a un tout petit risque à subir cet examen qui se fait, paraît-il, de façon relativement courante en



Allemagne.

Il est donc normal qu'il y ait des émotions quand on pense aux petits risques d'abus qu'il y a, en particulier dans le cas de certaines maladies difficiles à diagnostiquer qui engendrent des souffrances, maladies pour lesquelles on n'a pas de confirmation sur les radiographies, par exemple. Il est normal que la prudence s'impose tout particulièrement pour des affections aussi diffuses ou difficiles à identifier que les maux de dos et les maladies mentales, qui sont effectivement celles dont le nombre, ces dernières années, a augmenté par rapport aux autres causes d'invalidité.

C'est bien la raison pour laquelle nous voulons encore, après avoir fait un premier pas vers une décentralisation des décisions par le truchement des offices cantonaux AI, avoir la possibilité de suivre et d'accompagner ces décisions d'une façon qui repose davantage sur des principes uniformes au niveau de la Confédération. C'est le sens de ces unités régionales que nous vous proposons. C'est aussi la raison pour laquelle nous voulons avoir un accès aux données pour pouvoir répondre au désir qui a été exprimé par M. Merz, celui de suivre l'évolution des différentes pathologies et des différentes tentatives de réintégration, de constater leur réussite ou leur échec. Tout cela, nous ne pouvons pas le faire actuellement, et c'est bien la raison pour laquelle la réforme que nous vous proposons, celle dont nous allons discuter tout à l'heure, est particulièrement urgente. Je trouve tout à fait positif que l'examen de détail et le vote sur l'objet 00.014 aient lieu après le débat sur la 4e révision de l'AI. Mais j'aimerais d'ores et déjà vous prier non seulement d'entrer en matière maintenant, mais d'entrer en matière avec l'idée qu'il faudra pouvoir proposer au peuple suisse l'intégralité de la facture. Pour reprendre l'image de M. Briner, je suis tout à fait d'accord qu'on présente la facture après le repas, c'est ce que nous allons faire ce matin en ce qui concerne l'AI. Mais ce qui serait désagréable, c'est que vous ne sachiez pas quelle est la facture globale et que, sur le menu, on vous indique tout simplement comme prix "facture AI" en vous disant: "Mais pour l'AVS, ça vous coûtera aussi quelque chose!", sans pouvoir dire combien. C'est la raison pour laquelle avec la commission – le Conseil national a déjà été dans ce sens-là –, nous pensons qu'il faut aller dans la direction suivante: au moment du vote, le citoyen doit connaître l'intégralité de la facture.

Le Conseil fédéral a déclaré à maintes et maintes reprises que le seul domaine dans lequel il envisageait des augmentations de la taxe sur la valeur ajoutée était celui de la consolidation et de l'équilibre des assurances sociales. J'insiste sur le fait qu'aux yeux du Conseil fédéral, les "assurances sociales" signifient uniquement l'AI et l'AVS. Elles n'englobent pas des assurances qui ont d'autres sources de financement comme la LPP, l'assurance-maternité, ou d'autres qui sont également en discussion quant à d'éventuels besoins de financement; ou encore comme l'assurance-chômage, un autre exemple qui, j'espère, va heureusement plutôt dans le sens d'une réduction des besoins que dans celui d'une augmentation de ceux-ci. Il faut que le citoyen sache que l'augmentation de la taxe sur la valeur ajoutée est vraiment uniquement dévolue à ce but, et il faudrait aussi qu'on dise au peuple suisse: "Voilà ce qui va se passer dans les douze à quinze prochaines années." Certains d'entre vous, et je pense en premier lieu à M. Schiesser, ont insisté avec raison sur le fait qu'il fallait regrouper ces différentes réformes et pouvoir montrer qu'elles forment un tout aussi du point de vue du financement. C'est la raison pour laquelle je suis très reconnaissante à

AB 2002 S 749 / BO 2002 E 749

M. Schmid Carlo de proposer de surseoir maintenant à l'examen de détail de la 11e révision de l'AVS et de traiter d'abord la 4e révision de l'AI, sans toutefois séparer les différents éléments regroupés dans l'arrêté fédéral que la commission vous propose.

J'aimerais beaucoup que vous entriez en matière, et ensuite, après la discussion, que vous entamiez l'examen de détail.

J'aurais juste voulu rappeler ceci à M. Schiesser: moi aussi j'ai parfois l'impression que c'est un peu cauchemardesque: on repasse toujours dans les mêmes corridors et l'on fait les mêmes errements. Mais j'aimerais lui rappeler que la discussion de la dernière fois n'a pas abouti, et cela parce qu'il y a eu référendum et votation populaire. Il est donc normal que nous revenions à la case départ. Nous avons fait un bout de chemin au Parlement, mais le peuple nous a priés de reprendre nos travaux. Et nous voilà cette fois-ci avec une chance beaucoup plus importante de réussir l'épreuve pour différentes raisons.

D'abord, notre projet relatif à la 4e révision de l'AI est cette fois une vraie réforme, complète. La dernière révision abordait uniquement la question sous l'angle des dépenses, prévoyait une réduction des prestations et privait en particulier les invalides du quart de rente. C'est cela qui a été fatal. Mais en même temps, dans la discussion, on ne pouvait pas dire: "Avec cette réforme, les choses sont faites. Nous sommes bon pour x années et nous avons les instruments pour veiller à ce que l'assurance-invalidité joue vraiment son rôle, ne favorise pas d'abus, ne soit pas un succédané d'assurance-chômage, ne soit pas là pour faciliter aux entreprises le fait de se débarrasser de certaines personnes." Nous avons les instruments pour que l'AI soit par contre vraiment



l'instrument qu'il faut pour permettre en premier lieu de donner des chances de réintégration professionnelle et, si cela ne suffit pas, de donner en tout cas les chances de réintégration sociale par l'assurance du minimum vital que représentent les ressources que peuvent recevoir les invalides qui obtiennent une rente.

Ne vous étonnez pas que nous reprenions le débat. Nous avons à le faire. Et il est normal que la situation ne se soit pas améliorée depuis la dernière fois, car les dettes ont de nouveau augmenté. C'est vrai qu'au début de 1998, nous étions de nouveau en situation d'équilibre, mais la seule mesure que nous avons prise était de nature financière et nous n'avons pas les instruments que nous vous demandons aujourd'hui; nous n'avons pas non plus la possibilité de réaliser les économies que nous vous proposons aujourd'hui. Maintenant, il faut faire ce travail et je suis très optimiste.

Contrairement à M. Schiesser, je ne crois pas que les choses vont se renouveler. Je crois que c'est maintenant que nous avons à faire cette réforme et qu'elle nous donnera des instruments de meilleure gestion de l'assurance – j'allais presque dire de gestion du problème de l'invalidité. Mais il ne s'agit pas seulement de gestion: comme je le disais tout à l'heure, il s'agit aussi d'une philosophie qui permette de réserver l'AI à ceux qui en ont véritablement besoin. Dans ce sens-là, je dirai, Monsieur Schmid, que nous n'avons pas besoin d'un "erhöhter Druck"; nous le subissons depuis des années et des années, cet "erhöhter Druck". Aujourd'hui, nous avons la possibilité de résoudre certains de ces problèmes qui sont restés irrésolus pendant toutes ces années, à la fois parce que le Parlement nous a refusé des mesures d'assainissement que nous avions proposées et que les décisions que nous avons prises la dernière fois n'ont pas trouvé grâce aux yeux du souverain.

J'aimerais répondre à M. Merz. Je l'ai dit déjà, il nous faut maintenant des instruments pour aller plus loin dans l'analyse des causes d'invalidité et des possibilités d'y faire face.

M. Stähelin a dit au fond l'essentiel. Il a dit que nous savions où en était l'AI, qu'elle a des dettes, qu'elle accumule de nouvelles dettes depuis 1998 et que ses dettes sont importantes. Si nous n'avons pas laissé les dettes de l'AI s'accumuler, nous pourrions demander une augmentation de moins d'un point du taux de la taxe sur la valeur ajoutée. Maintenant, nous devons demander ce qu'il nous faut pour éponger les dettes de l'AI au cours des prochaines années. Beaucoup ont souri à l'idée que l'on pouvait abaisser ensuite le taux de la taxe sur la valeur ajoutée, mais je crois que ce n'est pas illusoire parce que les prévisions de l'AI reposent sur ce que nous connaissons des "Trends", et qu'elles ne consistent pas à projeter simplement la situation d'aujourd'hui dans l'avenir.

Je partage tous les points de vue qui ont été exprimés. D'un côté, je rappelle ce qu'a dit M. Studer: nous sommes bien situés en comparaison internationale, avec un taux bas de personnes qui sont à l'AI. D'un autre côté, l'évolution est inquiétante et nous devons pouvoir mieux la maîtriser.

Je crois qu'il n'est pas tout à fait juste, et c'est par là que j'aimerais conclure, mais nous reviendrons sur tous ces points dans l'examen de détail, de dire que l'on donne plus facilement des rentes aujourd'hui que par le passé. Au contraire, je vous ai d'entrée de cause parlé des difficultés, de la lenteur, des examens, etc. Ce que je peux dire, c'est qu'effectivement des phénomènes pathologiques, qui autrefois n'étaient pas retenus comme tels, sont actuellement pris au sérieux. Et c'est aussi sur ces phénomènes pathologiques, que nous ne connaissions pas non plus avec cette acuité, que les mesures de réintégration, de prévention, etc., doivent pouvoir être appliquées afin d'éviter cette augmentation. Encore une fois: Es ist ein Hürdenlauf für die Menschen, die eine IV-Rente brauchen, bis sie wirklich einen Beschluss bekommen.

Peut-être pourrai-je ajouter juste une chose sur ces différenciations auxquelles faisait allusion le rapporteur et qui ont mené à un petit échange entre les deux ailes de la salle. Je crois qu'il y a des différences régionales, il y a des différences ville/campagne. Elles sont difficiles à appréhender, certaines sont de nature plus culturelle. Nous avons les mêmes différences dans l'assurance-maladie en termes de relation des individus avec l'offre sanitaire. Nous avons des différences ville/campagne qui, en partie, tiennent à l'attractivité des villes pour des personnes qui ne sont plus intégrées dans leur communauté, encore que ces communautés offrent parfois des filets et des soutiens extraordinaires à des personnes atteintes.

Mais il y a d'autres différences, et elles doivent nous inquiéter aussi. Il y a en effet la différence due au revenu: on est plus facilement invalide quand on est plus pauvre. Et il y a la différence par profession, et là on n'y peut rien. C'est normal qu'une atteinte à l'appareil musculaire ou squelettique va conduire à l'invalidité davantage de personnes qui travaillent dans la construction ou qui ont un travail physique pénible, avec moins de chances de réintégration, que de personnes qui ont une profession intellectuelle, par exemple. Dans ce sens-là, notre attention doit se porter toujours davantage sur la prévention et sur les mesures de réintégration aussi rapides que possible, de façon à éviter cette tendance à avoir une proportion de plus en plus importante de la population qui pourrait avoir besoin non seulement du soutien de l'AI, mais également d'une rente de l'AI. Cela, c'est pour l'AI.

Pour l'AVS, M. Stähelin l'a aussi très bien dit: nous savons qu'au cours des quinze prochaines années, nous



aurons besoin d'un financement additionnel pour des raisons démographiques, quoi qu'il arrive, mais nous ne savons pas quand.

Vous avez eu la sagesse, lorsque vous avez introduit la taxe sur la valeur ajoutée, de dire: "Nous l'introduisons à 6,5 pour cent, mais nous savons que nous allons avoir bientôt un problème en termes d'équilibre de l'AVS et de ce fait nous vous remercions, citoyennes et citoyens," – et c'est toujours admirable quand ils acceptent de dire oui à une hausse d'impôt! – "de nous donner, par la loi, par un processus parlementaire soumis à un référendum facultatif, placé entre vos mains et déjà au niveau constitutionnel, la possibilité d'en appeler à vous pour augmenter la taxe sur la valeur ajoutée d'un point le jour où nous en aurons besoin. Pas maintenant! Nous ne voulons en aucun cas des impôts 'auf Vorrat'. Mais le jour où nous en aurons besoin, ce sera la responsabilité du Conseil fédéral de proposer au Parlement, encore une fois dans le cadre d'une décision soumise à référendum, ce dont nous

AB 2002 S 750 / BO 2002 E 750

aurons besoin pour l'institution sociale la plus importante de notre pays." Le peuple suisse a dit oui. Je crois que certains mauvais esprits pensent peut-être qu'il a aussi accepté l'ensemble de la taxe sur la valeur ajoutée parce qu'on lui a dit qu'en cas de besoin, elle servirait aussi à l'AVS.

Ce que nous vous demandons maintenant, c'est exactement la même chose, c'est qu'au moment où l'on demande au peuple suisse d'accepter un point supplémentaire de taxe sur la valeur ajoutée, on parte de l'idée que, dans les quinze prochaines années, on pourrait avoir besoin au maximum de 1,5 point de taxe sur la valeur ajoutée pour l'AVS. Cette décision devra entrer en vigueur au 1er janvier de l'année qui suivra la votation, à condition que celle-ci ne soit pas trop près de la fin de l'année, autrement il faudra la repousser d'une année, car nous voulons que les entreprises aient le temps de s'adapter à cette nouvelle charge. Dans les lois qui seront faites plus tard, on verra de quoi on aura effectivement besoin et à quel moment. Je crois que c'est d'une transparence et d'une clarté absolues.

Il faut faire confiance aux citoyennes et aux citoyens de ce pays qui sauront distinguer quel est le besoin immédiat – et il est déjà vieux de quatre ans, l'AI ayant recommencé à accumuler des déficits à partir de 1998 – si on leur dit: "Là, nous avons besoin d'argent tout de suite; pour le reste, dans un cas précis, nous vous le demanderons – et vous aurez l'occasion, si un comité référendaire s'organise, de donner votre avis de citoyennes et de citoyens – en fonction de l'évolution de la situation. Nous ne voulons pas vous en dire davantage, sinon que ce sera 1,5 point au maximum, que cela se fera par étapes, en fonction des besoins, parce que nous ne savons pas comment l'évolution économique se fera, comment vont évoluer les ressources mêmes de l'AVS, et il est possible que cela soit un an plus tôt ou deux ans plus tard." Cela dépend de toute une série de choses, y compris d'idées comme celle qui a été balayée le 22 septembre 2002, dimanche dernier, et de tout cela nous pourrions tenir compte au moment où le Parlement sera saisi d'un problème de financement de l'AVS en fonction de l'évolution démographique.

Voilà la raison pour laquelle je vous demande d'entrer en matière, de suivre la commission et de considérer ensuite, au moment de l'examen de détail, que cet article constitutionnel doit être présenté au peuple au même moment, qu'il s'agisse de l'AI ou de l'AVS.

Entwürfe 1, 3 – Projets 1, 3

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Schmid Carlo (C, AI): Eine Bemerkung zu meinem Ordnungsantrag: Herr Frick und die Frau Bundesrätin haben mich falsch verstanden. Mir geht es darum, die Finanzierungsbeschlüsse 1 und 3 gemäss ihren sachlichen Zusammenhängen zu splitten, d. h. mit anderen Worten, Entwurf 1 zu teilen, die hintere Hälfte, bei dem es um die IV geht, zusammen mit Entwurf 3 nächste Woche vorzulegen und den ersten Teil von Entwurf 1, den AHV-Finanzierungsbeschluss, nach der Beratung der 11. AHV-Revision im Dezember vorzulegen. Das ist meine Sicht der Dinge.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Danke, Herr Schmid, für diese Klärung. Der Nationalrat ist in der Beratung in der Tat so vorgegangen. Wir haben uns in der Kommission für die andere Lösung entschieden. Warum?

Wir sind überzeugt, dass die Finanzierung der Sozialwerke AHV und IV gesamtheitlich zu betrachten ist und dass diese beiden Fragen dem Volk zumindest gleichzeitig vorzulegen sind. Für die Finanzierung dieser beiden Sozialwerke soll aber auch ein einziges Paket geschnürt werden. Warum?





1. AHV und IV sind zwei Sozialwerke, welche Wesentliches der Identität der Schweiz ausmachen. Sie haben im gesellschaftlichen Bewusstsein einen sehr hohen politischen Stellenwert. Wir möchten verhindern, dass AHV und IV auseinander dividiert und allenfalls sogar gegeneinander ausgespielt werden. Aus diesen Gründen hat die Kommission nach ihrer Diskussion einhellig beschlossen – es lag auch kein anderer Antrag vor –, diese Beschlüsse zusammenzuführen und sie auch dem Volk gemeinsam vorzulegen. Das scheint mir sachlich richtig zu sein.

2. Auch wenn wir den AHV-Finanzierungsbeschluss hinausschieben – ich habe es dargelegt –, ist keine andere Lösung möglich. Wollen wir die AHV ausgeglichen bewahren, dann haben wir die Mehrwertsteuer bis ins Jahr 2015 um 1,5 Prozent zu erhöhen. Wir haben einen sehr kleinen Spielraum im Promillebereich, aber dem können wir in Form eines Bundesgesetzes Rechnung tragen, nämlich dann, wenn wir die Steuer effektiv erhöhen. Darüber haben wir später zu entscheiden, sowohl über den Zeitpunkt als auch über die Höhe. An den 1,5 Prozent ändert dies aber nichts.

3. Das Unbehagen über die Situation der IV war auch in der Kommission vorhanden, nur ist dort eben die erste Reaktion bereits erfolgt; deshalb hat kein Kommissionsmitglied seine Empörung über die Situation hier im Rat vorgetragen. Aber als Kommissionspräsident ist mir bewusst geworden, dass das Problem derart gravierend ist, dass es die Kommission wohl zu einer ihrer Hauptaufgaben machen muss. Der richtige Weg ist es, über eine Kommissionsmotion zu sprechen, die den Bundesrat klar damit beauftragt, in kurzer Zeit die nötigen Vorschläge auszuarbeiten. Wir sollten dies auch tun, um damit auszudrücken, dass wir Ihre Unbefriedigtheit teilen.

Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag Schmid Carlo abzuweisen.

Cottier Anton (C, FR): Je précise encore une fois: la motion d'ordre propose de reporter l'examen de détail des projets 1 et 3 après l'examen de la révision de l'assurance-invalidité – que nous commencerons ce matin –, en l'occurrence après notre débat sur la 11e révision de l'AVS qui se fera lors de la session d'hiver.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Schmid Carlo 21 Stimmen

Dagegen 16 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Cottier Anton (C, FR): Une motion d'ordre de la CSSS m'a été soumise. Celle-ci demande de reprendre l'examen du projet 3 de l'objet 00.014. Nous l'avons vu hier, il s'agit du projet relatif à la loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur l'assurance-invalidité. Notre règlement, à son article 38 alinéa 3, prévoit: "Le Conseil peut exceptionnellement compléter l'ordre du jour pendant la séance, notamment pour éliminer les divergences." Je sou mets ainsi à votre appréciation la motion d'ordre de la commission. – Il n'y a pas d'opposition; nous traitons donc le projet 3 de l'objet 00.014.

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Sie haben gestern dem Ordnungsantrag Schmid Carlo zugestimmt. Dieser lautete dahin gehend, die Beratung der Vorlagen 1 und 3 zu



AB 2002 S 780 / BO 2002 E 780

verschieben, bis die IV- und die AHV-Revision materiell beraten seien. Soweit ist der Antrag klar. Inhaltlich hat Herr Schmid darauf hingewiesen, dass er die Vorlage trennen möchte: in Finanzierungsvorlage IV und Finanzierungsvorlage AHV.

Die Kommission hat heute Morgen beraten, und wir möchten Ihnen folgendes Vorgehen unterbreiten:

1. Wir möchten heute die Vorlage 3, Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung, behandeln.

2. Die Vorlage 1, Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, möchten wir gesamthaft auf die Wintersession verschieben. Wir werden sie dann im Anschluss an die materielle Beratung des AHV-Gesetzes beraten.

Damit tragen wir dem Anliegen, das Sie gestern mit Ihrem Beschluss zum Ausdruck gebracht haben, Rechnung. Gleichzeitig hat die Kommission aber die Möglichkeit, sich nochmals vertieft mit der Frage auseinander zu setzen, ob die Vorlage aufgesplittet werden soll.

Ich bitte Sie daher, sich mit diesem Vorgehen einverstanden zu erklären und jetzt die Vorlage 3 gutzuheissen. Es geht darum, 1,5 Milliarden Franken aus dem Ausgleichsfonds der EO in den Fonds der IV zu transferieren. Die Kommission – ich habe gestern bereits darauf hingewiesen – schliesst sich diesem Vorgehen an. Wir wissen, dass diese Zweckentfremdung eine Notmassnahme ist, die die IV nicht sanieren, sondern dazu nur einen vorübergehenden Beitrag leisten kann. Die Sanierung kann nur durch die Anhebung der Mehrwertsteuer erfolgen. Darin ist sich die Kommission einig.

Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob der Mitteltransfer durch ein Bundesgesetz allein erfolgen könne. Ich meine Ja. Die Zuweisung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge in den EO-Fonds erfolgt nämlich durch Gesetz. Durch einen Erlass auf gleicher Stufe – wieder ein Bundesgesetz – ist es auch statthaft, die Mittel zu transferieren. Auch aus dieser Sicht sind keine Einwände gegen das Bundesgesetz zu erheben.

Die Änderung, welche die Kommission vorgenommen hat, betrifft nur die Artikel 2 und 3, nämlich die Inkraftsetzung: Wenn dieser Bundesbeschluss am Ende dieser Session die Schlussabstimmung passiert, beginnt die Referendumsfrist zu laufen. Es wird daher nicht möglich sein, das Bundesgesetz auf den 1. Januar 2003 in Kraft zu setzen, sondern dies wird erst im Laufe des nächsten Jahres, auf den raschestmöglichen Zeitpunkt, erfolgen. Daher ist die Anpassung in Artikel 2 und 3 nötig geworden. Materiell ergibt sich daraus keine Änderung.

Cottier Anton (C, FR): L'entrée en matière a été décidée hier.

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt der Kapitalüberweisung.

Art. 2

Proposition de la commission

Le Conseil fédéral fixe la date du transfert des capitaux.

Angenommen – Adopté

Art. 3



Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Das Gesetz tritt drei Monate nach der Kapitalüberweisung ausser Kraft.

Art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur de la présente loi. Celle-ci devient caduque trois mois après le transfert des capitaux.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)





00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Welches Ziel verfolgen wir mit der 11. AHV-Revision? Der Botschaft des Bundesrates und unseren eigenen Bekenntnissen im Vorfeld dieser Beratung lassen sich drei Ziele entnehmen:

1. Wir wollen die AHV-Rechnung konsolidieren. Der Bundesrat wollte Einsparungen in der AHV-Rechnung von 1329 Millionen Franken erreichen; das sind 4,5 Prozent des totalen AHV-Haushaltes von rund 30 Milliarden Franken.
2. Die Revision will die Demographieentwicklung – wir werden ja immer älter und gesünder – teilweise auffangen, namentlich dadurch, dass das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre angehoben wird.
3. Wir wollen auch in der 11. Revision die Leistungen der AHV grundsätzlich halten. Ein Abbau ist dort angezeigt, wo ein gesellschaftlicher Wandel es rechtfertigt. Andererseits soll durch die Revision auch kein grosszügiger Ausbau mehr erfolgen.

So weit die Ziele. Ob wir sie erreicht haben – lassen Sie mich das am Schluss betrachten.

Die Beratung haben wir auf die Wintersession verschoben, um die Revision der AHV gleichzeitig mit der Revision der beruflichen Vorsorge beraten zu können, denn die Auswirkungen sind gegenseitig recht gross. Wir wollen ja mit der ersten und der zweiten Säule sicherstellen, dass 60 Prozent des

AB 2002 S 989 / BO 2002 E 989





Einkommens auch im Rentenalter erreicht werden. Angesichts dieser Interdependenzen ist es richtig, dass wir beide Vorlagen heute und morgen zusammen behandeln.

Bevor ich auf die materielle Seite eingehe, möchte ich Ihnen, Frau Bundesrätin Dreifuss, und insbesondere Ihren Mitarbeitern im Bundesamt für Sozialversicherung danken. Wir haben nun innerhalb eines Jahres die drei grossen Sozialwerke in Revision: die Invalidenversicherung, die AHV und die berufliche Vorsorge. Jede Vorlage für sich wäre fast eine Legislaturvorlage. Nur durch immensen Aufwand – ich danke auch den Kommissionsmitgliedern für die zusätzlichen Sitzungen – ist es gelungen, alle drei Vorlagen innerhalb eines Jahres zu beraten. Eingestanden sei, dass ein Milizparlament mit dieser Belastung an die Limiten seiner Kapazitäten stösst. Aber ich glaube, es ist uns gelungen; die Qualität der Arbeit darf so genügen.

Wenn ich Ihnen nun die Vorlage kurz zusammengefasst präsentiere, darf ich Sie bitten, sich an den ausgeteilten Papieren über die finanziellen Auswirkungen zu orientieren; wir haben Ihnen diese gestern zugestellt. Massgebend ist dabei der so genannte Korrigendumversand, der die neuen Berechnungen – nach der Abstimmung über das Nationalbankgold – enthält.

Die finanziellen Auswirkungen, die sich durch die bundesrätlichen Anträge ergeben, sind Einsparungen von 1,33 Milliarden Franken, eben 4,5 Prozent des AHV-Haushaltes. Der Nationalrat war grosszügiger; seine Einsparungen betragen noch rund 450 Millionen Franken oder 1,5 Prozent des AHV-Haushaltes. Die Mehrheit unserer Kommission erreicht mit ihren Anträgen Einsparungen von 645 Millionen Franken, noch 2,2 Prozent des AHV-Haushaltes. Diese Einsparungen sind aber nur möglich, wenn Sie auf der Beitragsseite auch den beantragten Mehreinnahmen zustimmen, nämlich der zusätzlichen Belastung der Krankenversicherungs- und Unfallversicherungstagelder mit AHV-Prämien.

Verschiedentlich ist kritisiert worden – und Sie mögen das vielleicht auch tun –, dass die Würfe in dieser AHV-Revision zu klein seien. Nun, geniale Würfe und grosse Sanierungen sind leicht zu erarbeiten; sie sind in aller Regel aber nicht mehrheitsfähig und referendumsresistent. Die AHV ist eine der identitätsstiftenden Institutionen der Schweiz. Wer etwas daran ändern will, muss sehr vorsichtig "schrauben". Ich glaube, wir haben auch mit dieser Revision das Ziel verfolgt, uns in der Kunst des Mehrheitsfähigen zu üben und nicht in der Kunst des Genialen, das keine Mehrheiten findet.

Lassen Sie mich nun die Massnahmen in den wesentlichsten Punkten skizzieren. Ich folge dabei dem Aufbau des Ihnen vorliegenden Papiers über die finanziellen Auswirkungen und spreche zusammenfassend zu sieben Revisionspunkten:

1. Das Rentenalter 65 für alle Frauen ist unbestritten. Die Frauen bringen ein grosses Opfer von jährlich 445 Millionen Franken.

2. Der Rentenvorbezug soll ab dem 62. Altersjahr erleichtert werden, für kleine Einkommen bis etwa 55 000 Franken in recht erheblichem Masse, zumindest in grösserem Masse als für höhere Einkommen.

Wie wirkt sich diese Ausschüttung, diese Erleichterung des Rentenvorbezuges, aus? Gegenüber einer rein versicherungstechnischen Kürzung werden die Renten um 40 bis 100 Franken pro Monat erhöht. Folgende Fragen sind erlaubt: Kann damit die Frühpensionierung tatsächlich erleichtert werden? Ist es also sinnvoll, mit dieser Giesskanne Vergünstigungen von 40 bis 100 Franken pro Monat zu verteilen? Die Mehrheit Ihrer Kommission ist dieser Ansicht. Eine Minderheit der Kommission will aber keine zusätzlichen Anreize für Frühpensionierungen schaffen. Die Frage ist berechtigt, ob wir das sollen. Wir müssen uns in der Diskussion auch der Frage stellen: Schaffen wir nicht einen Widerspruch? Einerseits soll das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre erhöht, andererseits sollen Anreize zur Frühpensionierung ab 62 geschaffen werden. Wir werden diese Diskussion eingehend führen müssen.

Aus diesem Grund legt Ihnen die Kommission auch zwei Alternativmodelle in zwei Minderheitsanträgen vor. Das erste Alternativmodell sind die versicherungstechnische Kürzung und der Verweis auf die Ergänzungsleistungen; das ist das heutige System. Es würde der AHV jährlich 400 Millionen Franken sparen. Das zweite Alternativmodell ist eine separate Übergangsrente. Sie ist an den individuellen Bedarf gebunden. Die AHV-Rente beginnt mit 65; in der Zwischenzeit kann eine bedarfsgerechte individuelle Übergangsrente bezahlt werden. Die Minderheit will dafür 320 Millionen Franken einsetzen.

3. Zur Anpassung der Witwen- und Waisenrente: Der Bundesrat wollte die Witwenrente nur noch während der Ausbildungszeit der Kinder gewähren und damit dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen, dass viele Frauen nach Abschluss der Ausbildung ihrer Kinder wieder einem Erwerb nachgehen. Der Nationalrat hingegen hat die Witwenrente lediglich für Kinderlose abgeschafft, auch dies nur unter Einräumung einer Jahresrente bei langer Ehedauer.

Die Mehrheit unserer Kommission folgt dem Nationalrat mit einer Änderung: Sie möchte die Witwenrente von heute 80 auf 60 Prozent der Altersrente senken und dafür die Waisenrente von 40 auf 60 Prozent der Altersrente erhöhen. Damit würden kinderreiche Familien, die einen Ernährerteil verloren haben, durch die



AHV besser gestellt werden. Der Nationalrat hat Einsparungen von 172 Millionen Franken erzielt; mit der Lösung der Mehrheit würden wir 250 Millionen Franken einsparen.

4. Zum Rhythmus der Rentenanpassung – dieser Punkt ist unbestritten -: Der Rhythmus der Rentenanpassung soll von zwei Jahren auf drei Jahre erhöht werden. Ausnahmen würden bei hoher Teuerung greifen. Damit erbringen unsere Altersrentenbezüger eine Einsparungsleistung von 150 Millionen Franken zugunsten der AHV-Kasse.

5. Zur Beitragspflicht der Altersrentner ab 65 Jahren: Einerseits soll der Freibetrag von heute 17 000 Franken für AHV-Rentner in Erwerbstätigkeit abgeschafft werden. Andererseits aber sollen auch AHV-Beiträge, die nach 65 Jahren geleistet werden, für die Rentenbildung berücksichtigt werden. Wir verfügen damit über Mehreinnahmen von 202 Millionen Franken und geben 120 Millionen Franken mehr aus, erzielen also Nettoeinsparungen von 82 Millionen Franken für die AHV-Kasse.

6. Zum Beitragssatz für Selbstständigerwerbende: Die Kommission ist sich über den sechsten Revisionspunkt ebenfalls einig, nämlich über die Erhöhung des Beitragssatzes für Selbstständigerwerbende von 7,8 auf 7,9 Prozent – nicht auf 8,2 Prozent gemäss Bundesrat. Das verschafft Mehrerträge von 21 Millionen Franken.

7. Zur grossen Massnahme auf der Einnahmenseite der AHV: Die Kommission will mehrheitlich die Unfallversicherungs- und Krankenversicherungsleistungen der AHV-Beitragspflicht unterstellen, weil sie Ersatzeinkommen sind. Sie sollen gleich behandelt werden wie Leistungen der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung oder Erwerbsersatzleistungen beim Militärdienst. Damit würden 194 Millionen Franken Mehreinnahmen geschaffen, was allerdings von Arbeitgeberseite teilweise bestritten ist. Auch darüber müssen wir uns aussprechen.

Nun – haben wir mit dieser Revision die eingangs genannten Ziele erreicht? Das Ziel, die AHV-Kasse zu konsolidieren, haben wir nur zu einem kleineren Teil erreicht: Der Bundesrat will bei den Beiträgen eine Besserstellung der AHV-Kasse um 1,3 Milliarden Franken erzielen; nach unseren Anträgen ist es – je nachdem, ob Sie der Mehrheit oder der Minderheit zustimmen – knapp die Hälfte. Wir haben das Ziel nur zum Teil erreicht. Das zweite Ziel – einen Teilausgleich für die demographische Entwicklung zu schaffen – erreichen wir vollumfänglich. Unsere Frauen werden das Opfer bringen und voraussichtlich das Rentenalter 65 akzeptieren.

Das dritte Ziel – ein moderater Leistungsausbau bzw. kein Leistungsabbau – haben wir gesamthaft erreicht. Aber seien wir offen: Wir haben im Ganzen die Leistungen eher ausgebaut, als dass uns Einsparungen gelungen wären.

Die Ziele der 11. AHV-Revision haben wir nur zu einem kleineren Teil erreicht. Ob wir sie zu einem grösseren Teil

AB 2002 S 990 / BO 2002 E 990

erreichen werden, haben Sie nun im Rahmen der einzelnen Abstimmungen in der Hand.

Mit der 11. AHV-Revision legen wir eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg der Entwicklung unseres grössten Sozialversicherungswerkes zurück. Sie haben an der letzten Sitzung, im Herbst, mehrheitlich gewünscht, zuerst das Menu zu essen und nachher zu bezahlen, die Finanzierung also erst im Nachhinein zu beraten. Wir tun das; wir werden zuerst den Beschluss 2 und anschliessend den Finanzierungsbeschluss 1 beraten. Für die Beratung darf ich Sie auf folgende zwei Punkte hinweisen: Mit der Beratung werden wir gleichzeitig eine Petition bzw. Eingabe Frey Jürg abschreiben. Für das Amtliche Bulletin erwähne ich sie ausdrücklich; im Übrigen ist sie für die Beratung nicht besonders bedeutsam. Zum Zweiten weise ich Sie darauf hin, dass wir aufgrund des umfangreichen Geschäftes die Sprecherrolle aufgeteilt haben: Ich danke Herrn Stähelin und Frau Beerli, dass sie einen wesentlichen Teil der Berichterstattung übernehmen. Eintreten ist unbestritten; ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen.

Jenny This (V, GL): Eintreten ist auch für mich unbestritten. Wir sind uns ja alle einig: Die demographische Entwicklung mit immer mehr Rentenbezügern und immer weniger Erwerbstätigen lässt ein längeres Zuwarten angesichts der Rentenfinanzierungsprobleme nicht mehr zu. Die steigende Lebenserwartung beträgt allein seit 1950 bei den Männern plus 3,6 Jahre und bei den Frauen sage und schreibe plus 6,5 Jahre. Wir Männer lassen es ja den Frauen gut gehen, wie man aus der Statistik ersehen kann.

Wenn 1995 noch 4,3 Beitragszahlende auf eine rentenberechtigte Person entfielen, so werden es im Jahre 2020 noch 2,8 Beitragszahlende auf eine rentenberechtigte Person sein. Die sich auftürmenden Kosten in der Sozialversicherung müssten zu denken geben. Die Ausgabenfreudigkeit hält aber unvermindert an, obwohl wir nach Luxemburg die höchsten diesbezüglichen Pro-Kopf-Ausgaben haben. Der Nationalrat – hier waren wir uns in der Kommission einig – hat das Sanierungsziel eindeutig verfehlt. Also müssen wir zusätzliche, klare Massnahmen treffen. Mit unseren Vorschlägen zur 11. AHV-Revision legen wir zwar ein Konzept zur AHV-Finanzierung vor, welches sich auf den Zeitraum bis 2010 beschränkt; es ist aber absehbar, dass die



Finanzierungsprobleme im Sozialversicherungsbereich auch nach 2010 stetig zunehmen werden. Eine Gesamtstrategie bis mindestens 2025 wäre zumindest nicht falsch gewesen.

Heute laufen wir nun Gefahr, Einzellösungen zu präsentieren, und vergessen dabei, in welchem Tempo sich die Soziallasten steigern werden. 1970 flossen 13,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes in die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung. 1997 waren es bereits 27 Prozent, also fast das Doppelte. Unser oberstes Ziel müsste es also sein, die Soziallastquote zu stabilisieren. So weit herrscht allgemein Einigkeit.

Wenn es aber um das Wie geht, gehen die Meinungen massiv auseinander. Statt Anreize zu schaffen, länger im Arbeitsprozess zu bleiben, laufen wir Gefahr, genau das Gegenteil zu tun: Die Förderung vorzeitiger Altersrücktritte ist nicht nur unlogisch, sie läuft auch gegen den Trend sämtlicher Nachbarländer.

Die heutigen 65-Jährigen sind nun mal nicht mit jenen zu vergleichen, die vor 30 Jahren 65-jährig waren. Schauen wir uns doch gegenseitig an: Es ist absehbar, wir werden in absehbarer Zeit unseren 63. Geburtstag feiern. Mit 62 Jahren aber machen wir alle noch Überschläge und Purzelbäume. Bereits mit 62 Jahren sollen wir in die Pension entlassen werden – das ist doch nicht logisch. Eine grosszügige Abfederung von frühzeitigen Altersrücktritten wird einen weiteren Schuldenanstieg zulasten der nächsten Generation schaffen. Die Flexibilisierung des Rentenalters sollte ohne Leistungsausbau erfolgen; vor allem aber sollte sie – das ist das Wichtigste – kostenneutral erfolgen. Sie muss also nach einem versicherungstechnisch korrekten Modell erfolgen.

Die nun vorliegenden Modelle weisen in die richtige Richtung, gehen aber nach meiner unmassgeblichen Beurteilung zu wenig weit. Der Sparbeitrag zugunsten der durch die demographische Entwicklung nötigen Rentensicherung ist zu wenig ausgeschöpft worden. Die Erhöhung des Rentenalters der Frauen bringt der AHV-Kasse 420 Millionen Franken. Das ist zu anerkennen. Das Bedürfnis nach einer Flexibilisierung des Rentenalters ist nicht zu leugnen. Mit der vorgesehenen Abfederung bauen wir jedoch die AHV-Leistungen wieder aus. Es ist schlichtweg nicht zu verantworten, die 400 Millionen Franken, die aufgrund der Erhöhung des Rentenalters der Frauen gespart werden, mit der Flexibilisierung des Rentenalters gleich wieder auszugeben. Damit werden wir die finanziellen Zielsetzungen des Bundes definitiv nicht erreichen.

Der Sozialstaat Schweiz ist gebaut. Konsolidierung wäre angesagt, nicht Ausbau. Auch dürfen wir den nachfolgenden Generationen keine Klumpenrisiken auferlegen. Die junge Generation hat ein Anrecht darauf, auch in 40 Jahren von einer gesunden AHV leben und profitieren zu können. Die AHV ist ein Symbol für das Zusammenleben verschiedener Generationen. Darum muss die demographische Entwicklung ernst genommen werden.

Zur Sicherung des Wachstums sind wir auf Arbeitsplätze angewiesen. Letztlich sind wir auch auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Die Erwerbsquote der Frauen ist in der Schweiz heute schon sehr hoch; da ist nicht mehr allzu viel herauszuholen. Die Sicherstellung der AHV ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Alle, aber auch gar alle, werden etwas dazu beitragen müssen – sei es als Steuerzahler, sei es durch ein höheres Rentenalter oder schlichtweg durch eine abgeschwächte Rentenanpassung. Ich bitte Sie, diesen Umständen in der Detailberatung gebührend Rechnung zu tragen.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Zum elften Mal revidieren wir die AHV. Die vorangehenden Revisionen standen im Zeichen des Ausbaus, der Erhöhung der Renten, der Verbesserung der Situation der Frauen. Mit der 10. AHV-Revision wurden Komponenten der Flexibilisierung und Zivilstandsunabhängigkeit eingeführt.

Die 11. AHV-Revision soll und muss angesichts der demographischen Entwicklung eine Revision der finanziellen Konsolidierung sein, mehr als das: Sie muss den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. Es ist deshalb nach wie vor bedauerlich, meine ich, dass der Bundesrat den Geltungshorizont für die 11. AHV-Revision auf das Jahr 2010 festlegt. Unser Fixpunkt muss das Jahr 2025 sein, denn die wirklichen Engpässe in der AHV treten erst danach auf und kulminieren 2025 bis 2029, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Fünfziger- und Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts pensioniert werden.

Wesentlich für unsere Beratung ist zudem, dass das Dreisäulenprinzip erst zu diesem Zeitpunkt seine volle Wirkung entfalten wird. Dann nämlich geht der erste Jahrgang, der ganz von der Regelung der beruflichen Vorsorge profitieren kann, in Pension. Die im Jahr 2001 Geborenen werden erst in den Erwerbsprozess eingetreten sein – ein Grund mehr also, die 11. AHV- und die 1. BVG-Revision gemeinsam zu beraten. Ich bin dankbar, dass wir das hier in diesem Rat auch so tun können.

Die Finanzprobleme – Sie haben es schon zweimal gehört – haben klar benennbare Ursachen: die demographische Entwicklung, d. h. eine zu tiefe Geburtenrate und eine ständig steigende Lebenserwartung. Immer weniger Leute bezahlen immer mehr für eine ständig zunehmende Zahl von Rentenbezügern. Es liegt zwar nahe, angesichts der materiellen Situation vieler Rentner, auf die Mehrwertsteuer auszuweichen. Aber – da bin ich sicher – an dieser Schraube kann nicht endlos gedreht werden.



Das Rentenalter 65 für beide Geschlechter in der AHV und in der beruflichen Vorsorge scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein. Die vorgeschlagene Bandbreite des Rücktrittsalters zwischen 62 und 65 Jahren scheint vernünftig;

AB 2002 S 991 / BO 2002 E 991

das Gleiche gilt auch für die Möglichkeit eines Teilvorbezugs der halben Altersrente bereits ab 59 Jahren. Allerdings müssen wir uns bei der Detailbehandlung dieser Frage nochmals in Erinnerung rufen, was der Charakter der AHV ist: Die AHV ist die Volkspension schlechthin. Jede Person ist grundsätzlich AHV-pflichtig und damit auch AHV-bezugsberechtigt. Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung soll allen zugute kommen, Frauen, Kindern und Männern.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Sie kann daher nur die grossen, alle betreffenden Fragen der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge angehen: Alter, Verwitmung und Verwaisung.

Für die Lösung unbestrittener berufs- oder standesspezifischer Probleme ist sie nach meiner Meinung nicht geeignet. Wenn wir noch beim Rentenvorbezug für bestimmte Berufe oder Einkommensschichten Sonderlösungen vorsehen, so verlieren wir uns im Uferlosen. Ich bin deshalb wie mein Vorredner klar der Auffassung, dass nur eine versicherungsmathematische Rentenkürzung beim Vorbezug zur Anwendung kommen kann. Es kann nicht Sache des Gesetzgebers beziehungsweise der AHV-Gesetzgebung sein, sich hier in Details zu verlieren, umso mehr, als die relativ kleinen Summen, die allenfalls zur Verfügung stünden, bei kleinen Einkommen nicht existenzsichernde Renten garantieren und fehlende Beträge wie bis anhin über die Ergänzungsleistungen geltend gemacht werden müssen.

Mein Fazit lautet: Die Menschen, die im Jahr 2067 gemäss heutigen Bestimmungen pensioniert werden sollen, sind im Jahr 2002 geboren worden. Diese sind knapp 80 000 an der Zahl. Das entspricht einer Geburtenrate von 1,3 Prozent. Vor diesen Fakten scheint es schwer verständlich, dass wir es nicht geschafft haben, den Betrachtungshorizont inhaltlich und zeitlich auszudehnen. Ich denke, es ist Weitsicht gefragt. Es ist nicht an der Zeit, alte Besitzstände zu zementieren und durch aufwendige Sonderlösungen beim Rentenvorbezug neue zu schaffen, die – da bin ich mir sicher – später wieder korrigiert werden müssen.

Ich bitte Sie in dem Sinne, einzutreten und dann meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Brunner Christiane (S, GE): La 11e révision de l'AVS avait et a pour objectifs, d'une part, la consolidation financière à moyen terme et, d'autre part, l'aménagement de la retraite à la carte.

Il faut quand même dire que la consolidation financière à moyen terme de l'AVS s'est faite essentiellement sur le dos des femmes. Avant tout, je ne voudrais pas fâcher Mme Spoerry, alors je ne rappellerai pas que la 10e révision de l'AVS, malgré tous ses avantages, comportait quand même l'augmentation de deux ans de l'âge de la retraite pour les femmes. Là déjà, on a largement fait payer aux femmes les améliorations que la 10e révision apportait par ailleurs.

Cette fois encore, on passe à l'âge de 65 ans. Bien sûr, on peut argumenter avec l'égalité. Mais l'égalité serait également réalisée si nous avions convenu d'un âge de la retraite pour les hommes et pour les femmes, par exemple, à 64 ans.

Les considérations de la commission allaient dans le sens qu'il faut maintenant garder les personnes dans le circuit du travail. Comme l'a dit tout à l'heure M. Jenny, nous ne sommes plus dans la même situation qu'il y a trente ans: aujourd'hui à 65 ans, on est absolument en pleine forme. Je réponds à cela que d'une part la flexibilité vers le haut est déjà assurée et continue de l'être dans la mesure où il est possible d'ajourner sa rente de vieillesse et par conséquent d'avoir une rente supérieure. Donc, le problème ne se situe en tout cas pas dans l'AVS. S'il y a un problème, si des personnes arrivées à l'âge de la retraite doivent sortir du marché du travail, c'est en général en raison des règlements de caisses de pension et de la volonté des employeurs. D'autre part, cette idée de garder toutes les personnes dans le circuit du travail ne correspond pas non plus à la réalité. S'il est vrai que nous sommes peut-être en meilleure santé qu'il y a quelques dizaines d'années, je dois dire que cela dépend des personnes. Il y a des personnes qui se trouvent extrêmement bien à l'âge de la retraite, qui aimeraient continuer à exercer une activité lucrative. Il y a des personnes qui sont toutes contentes de pouvoir partir à l'âge de la retraite, et j'en connais un certain nombre. Et il y a aussi des personnes qui auraient besoin d'avoir une retraite anticipée.

Le système de retraite à la carte tel que nous l'avons prévu dans cette révision tient un peu compte des situations individuelles en permettant de partir plus tard – ça c'était déjà le cas – ou bien d'anticiper l'âge à partir duquel on touche la rente de vieillesse. Mais ce système a un inconvénient. Malgré l'effort fait par la commission, il reste l'apanage des plus favorisés. Ce sont les personnes les plus favorisées qui peuvent faire



valoir le plus facilement leur droit à la retraite anticipée, alors que toutes les enquêtes indiquent que ce sont justement les personnes les moins favorisées qui sont plus usées à l'âge de la retraite, qui profitent d'ailleurs le moins de leur retraite et qui coûtent le moins cher à l'AVS parce que, malheureusement, elles décèdent rapidement après l'âge de la retraite.

La commission du Conseil national avait trouvé une solution qui pouvait donner satisfaction puisqu'elle tenait effectivement compte de manière adéquate des personnes les moins favorisées. Cette solution a été écartée par le Conseil national avec une seule voix, la voix prépondérante du président, M. Peter Hess, et je regrette ce hasard, parce que c'est finalement une décision de hasard que celle qui a été prise. Je crois que nous aurions bien fait de ne pas nous joindre à cette majorité de hasard mais de revenir à la solution de la commission du Conseil national.

Je ne veux pas, quant à moi, parler des différentes propositions de minorité, mais je tiens à dire encore une fois que la 11e révision de l'AVS ne tient pas tout à fait sa promesse, notamment en ce qui concerne la retraite à la carte, parce qu'elle n'est pas assez favorable aux personnes qui en ont le plus besoin en ce qui concerne la possibilité de prendre une retraite anticipée.

Paupé Pierre (C, JU): Comme toute assurance sociale, l'AVS a mis longtemps à se préparer. Elle a obtenu finalement le succès il y a 55 ans, en 1947, après de longs débats et plusieurs échecs. Il en va presque toujours ainsi pour toute assurance sociale, on vient de le rappeler tout à l'heure en ce qui concerne l'assurance-maladie. Il en a été de même d'ailleurs pour la loi sur la prévoyance professionnelle, dont l'entrée en vigueur date seulement d'il y a 17 ans et dont nous traiterons d'une première révision tout à l'heure.

Après de longs préliminaires, le Conseil fédéral a transmis au Parlement son projet relatif à la 11e révision de l'AVS il y a deux ans déjà. On sait que c'est un problème délicat parce que le financement est très coûteux, car "victime", si on peut dire, de l'augmentation de la durée de vie de la majorité de la population. Si ce projet poursuit deux objectifs, assurer l'avenir financier à moyen et à long terme de notre principale assurance sociale et assouplir les dispositions relatives à l'âge de la retraite, il comporte aussi quelques éléments qui peuvent nous faire réfléchir.

Pour garantir le financement de l'AVS et de l'AI, qui elle aussi a de grands besoins financiers, le Conseil fédéral envisage, outre un certain nombre de mesures d'économies touchant les prestations de l'assurance, une augmentation des recettes, un relèvement progressif de la TVA totalisant 2,5 points, et afin de contribuer au financement de l'AI dans les meilleurs délais, il prévoit de transférer, une fois de plus, 1,5 milliard de francs du Fonds des APG à l'AI. Or à ce sujet-là, je tiens à rappeler qu'une partie de l'échec du projet d'assurance-maternité était sûrement due au fait qu'on a déjà prélevé une fois 2 milliards de francs sur le Fonds des APG pour les transférer à l'AI; si maintenant on ajoute 1,5 milliard, cela représentera 3,5 milliards de francs qu'on aura prélevés sur ce Fonds des APG, ce qui ne sera pas de nature à favoriser la mise en place du projet de révision de la LAPG, qui devrait permettre le financement d'une assurance-maternité partielle (01.426). J'ai déjà tenu ces propos en commission.

Mais, malgré cela, je considère qu'il faut soutenir la 11e révision de l'AVS. Il s'agit, on le répète, de notre principale

AB 2002 S 992 / BO 2002 E 992

assurance sociale et, pour un nombre important de gens parmi ceux qui ont vécu les périodes qui ont suivi la guerre, il faut véritablement reconnaître que, malgré les petites rentes que cela représentait pour ceux qui avaient eu peu d'activité professionnelle, cela a permis quand même de mieux vivre. Aujourd'hui, les développements qui ont été faits, les améliorations qui seront apportées militent en faveur du renforcement de cette institution à laquelle j'apporte mon total soutien.

Je vous invite à entrer en matière.

Dreifuss Ruth (,): Puisque l'entrée en matière n'est pas combattue, je vous encourage à entrer en matière et à vous lancer dans l'examen de détail.

J'aimerais rappeler que le but de la 11e révision de l'AVS est double. En premier lieu, il s'agit de consolider à moyen terme l'équilibre de l'AVS. A ce sujet, je signale que nous avons déjà commencé la préparation de la 12e révision qui doit nous permettre de le consolider pour une nouvelle période qui s'étendra jusqu'au moment où les personnes déjà nées arriveront progressivement à l'âge de la retraite. En second lieu, la présente révision a pour but d'introduire une flexibilisation de l'âge de la retraite de façon à offrir à chacun – c'est une haute ambition, mais nous devons nous en rapprocher – la possibilité de choisir le moment de l'abandon de la vie professionnelle et du départ à la retraite.



Mme Brunner l'a dit, et j'y reviendrai éventuellement lorsque la discussion portera sur ce point-là, la différence de l'espérance de vie selon les classes sociales et selon les revenus, qui sert de mesure à cette fin, montre que l'AVS – dont nous sommes si fiers parce qu'elle est redistributrice et qu'elle exprime le fameux principe de base de notre pays "Un pour tous, tous pour un" – se révèle finalement n'être peut-être qu'un leurre: des personnes peuvent cotiser toute leur vie et ne toucher que pendant très peu de temps leur rente parce que le travail les a épuisées. Les personnes à hauts revenus ont tendance à quitter plus rapidement la vie professionnelle, en tout cas la vie salariée, alors que les personnes qui ont les plus bas revenus doivent vraiment tenir le coup jusqu'au bout, soit jusqu'à 65 ans pour les hommes maintenant déjà, et bientôt 65 ans pour les femmes aussi. J'interviendrai donc en faveur de la proposition qui consiste à créer une solution sociale dans le système de la rente anticipée. Je reviendrai aussi tout à l'heure sur la question des veuves et des veufs. Je crois que la majorité de la commission a trouvé une formule intéressante. Si vous la suivez, la discussion portera ensuite sur la façon de régler la divergence avec le Conseil national, mais je crois que vous avez trouvé une solution à laquelle le Conseil fédéral pourrait également se rallier.

Je reconnais que, dans ce domaine, le projet initial du Conseil fédéral – que vous trouvez dans le message – anticipait au fond des évolutions sociales qui n'ont pas encore eu lieu ou qui n'ont pas encore touché toutes les générations actives professionnellement. De ce fait, le Conseil fédéral comprend que les objectifs d'épargne n'aillent pas aussi loin que ce qu'il avait fait, en particulier dans le domaine des rentes de veuve. Mais il vous encourage malgré tout à soutenir la solution de la majorité de la commission, qui permet des économies plus importantes que celle du Conseil national et que certaines propositions de la minorité. Je vous remercie d'entrer en matière.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress, Art. 1 Abs. 2 Bst. c, 5, 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction, préambule, art. 1 al. 2 let. c, 5, 6

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 al. 5

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Botschaft des Bundesrates war die Revision der freiwilligen Versicherung mit der Erwähnung der Beiträge in Artikel 2 Absatz 5 noch nicht in Kraft. Der Nationalrat hat hier lediglich die Anpassung an das nun bestehende Recht vorgenommen. Auch in der freiwilligen Versicherung werden die Beiträge der Nichterwerbstätigen wie in der obligatorischen Versicherung deplafoniert; die Bestimmungen sind damit kohärent.

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Kommission



**Abs. 1**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:
.... eine ganze Altersrente vorbeziehen.

Abs. 4

Absatz 3 findet auch für das ganze Kalenderjahr Anwendung, in dem die Ehe geschlossen oder aufgelöst wird.

Art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:
.... une rente de vieillesse entière.

Al. 4

L'alinéa 3 s'applique aussi pour l'année civile où le mariage est conclu ou dissous.

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Gemäss der bundesrätlichen Version von Artikel 3 Absatz 1 endet die Beitragspflicht von Nichterwerbstätigen am 31. Dezember vor Erreichung des Rentenalters. Der Nationalrat bleibt demgegenüber beim geltenden Recht, nach welchem die Beitragspflicht bis zum Erreichen des Rentenalters dauert. Die Lösung des Nationalrates bedeutet, dass eine im Januar geborene Person nur noch für einen Monat Beiträge schuldet, während die im Dezember geborene Person noch Beiträge für 12 Monate zu bezahlen hat. Die Beitragspflicht beginnt aber demgegenüber nach Vollendung des 20. Altersjahres. Wird das Ende der Beitragspflicht einheitlich auf den 31. Dezember des Jahres festgesetzt, das der Erreichung des Rentenalters bzw. dem Vorbezug einer ganzen Altersrente vorangeht, lässt sich diese Ungleichbehandlung eliminieren. Die Kommission ist deshalb dem systemkonformeren Entwurf des Bundesrates gefolgt, der zudem administrativ wesentlich einfacher ist und sich zugunsten der Beitragspflichtigen auswirkt.

AB 2002 S 993 / BO 2002 E 993

Den Wechsel im letzten Satz von der "vollen" zur "ganzen" Altersrente hat bereits das Plenum des Nationalrates vorgenommen. In dieser Beziehung hat sich auf der Fahne ein Fehler eingeschlichen: Die volle Altersrente erhält man, wenn man lückenlos Beiträge bezahlt hat; die ganze Altersrente bedeutet den Gegensatz zum ebenfalls möglichen Vorbezug der halben Altersrente.

In Absatz 4 schlägt Ihnen die Kommission die Umkehrung der Fassung im Entwurf des Bundesrates vor. Dies ist die Folge eines Entscheides des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes vom 24. September 2001, der also nach der Debatte im Nationalrat gefällt wurde und der die Verwaltungspraxis, die dem Entwurf des Bundesrates entsprach, als gesetzeswidrig taxierte und auch ausführte, dass diese Praxis zu stossenden Ergebnissen führe. Worum geht es?

Nach Absatz 3 sind nichterwerbstätige Ehegatten von der Beitragspflicht befreit, wenn der erwerbstätige Ehegatte in einem Kalenderjahr mindestens den doppelten Mindestbeitrag bezahlt. Nicht geregelt ist bisher, wie diese Bestimmung in den Kalenderjahren der Eheschliessung und der Eheauflösung zu handhaben ist. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen nun die Ehegatten in den Kalenderjahren der Eheschliessung und der Eheauflösung nicht mehr als Einzelpersonen, sondern als Verheiratete gelten. Dies hat zur Folge, dass die Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages des erwerbstätigen Ehegatten den nichterwerbstätigen für das ganze Kalenderjahr befreit, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht das ganze Kalenderjahr andauerte. Damit befinden wir uns im Einklang mit der Rechtsprechung des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes. Ausserdem ist diese Lösung für die Beitragspflichtigen besser verständlich und finanziell günstiger. Es geht dabei namentlich um die Verwitwung.

Angenommen – Adopté

Art. 4 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 4 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national



Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 2, 3 Bst. b, 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2bis

Mehrheit

Zum massgebenden Lohn gehören auch Leistungen des Arbeitgebers bei Krankheit und Unfall seiner Arbeitnehmer, soweit sie nicht bereits unter Artikel 17a UVG fallen. Unerheblich ist, ob er diese Leistungen aus eigenen Mitteln erbringt oder ob er dafür eine Versicherung für seine Arbeitnehmer abschliesst.

Minderheit

(Jenny, Forster, Saudan, Spoerry)

Streichen

Art. 5

Proposition de la commission

Al. 2, 3 let. b, 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2bis

Majorité

Font aussi partie du salaire déterminant les prestations de l'employeur versées à ses salariés en cas de maladie et d'accident, dans la mesure où elles ne tombent pas déjà sous l'article 17a LAA. Peu importe que l'employeur verse ces prestations de ses propres deniers ou qu'il conclue une assurance en faveur de ses salariés.

Minorité

(Jenny, Forster, Saudan, Spoerry)

Biffer

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Das AHVG geht im Wortlaut davon aus, dass Beiträge auf Erwerbseinkommen und nicht auf Ersatzeinkommen erhoben werden. Um auch dort Beiträge zu erheben, ist eine gesetzliche Grundlage erforderlich. Nach und nach wurden so die Ersatzeinkommen – also z. B. die Taggelder – der Beitragspflicht unterstellt. Dies aus der einleuchtenden Überlegung, dass Ersatzeinkommen nicht besser behandelt werden sollte als wirklich erarbeitetes Einkommen, um keine falschen Anreize zu geben. 1984 wurde dieser Grundsatz in der Arbeitslosenversicherung statuiert, 1988 in der IV und der EO, 1997 in der Militärversicherung. Nicht berücksichtigt sind bis anhin die Kranken- und die Unfallversicherung. Werden heute die Taggelder der Kranken- und Unfallversicherung ausbezahlt, unterliegen sie nicht der Beitragspflicht. Dies kann dazu führen, dass Betroffene, welche während geraumer Zeit solche Taggelder beziehen, keine AHV-Beiträge bezahlen oder Beiträge als Nichterwerbstätige leisten, die verhältnismässig bescheiden sind. Daraus wiederum können negative Auswirkungen auf die Rente entstehen.

Der Bundesrat hat deshalb vorgeschlagen, auch die Ersatzeinkommen der Kranken- und Unfallversicherung der Beitragspflicht zu unterstellen, falls die Leistungen über den Arbeitgeber ausgerichtet werden. Dies kommt in der Praxis schon heute vor, da Arbeitgeber nicht immer wissen, dass die Taggelder der Kranken- und Unfallversicherung bisher nicht AHV-pflichtig sind. Sie bezahlen die Beiträge gleichwohl.

Der Nationalrat ist dem Bundesrat nicht gefolgt. Nach seiner Fassung ist der Arbeitgeber in der Handhabe frei, ob er Beiträge bezahlen will oder nicht. Bezahlte er nämlich den Lohn weiter und lässt die Taggelder rückversichern, so bezahlt er AHV-Beiträge. Lässt er die Taggelder direkt von der Versicherung ausrichten, so bezahlt er nichts.

Das ganze System ist heute somit einigermaßen undurchsichtig. Die Kommission schlägt Ihnen deshalb – mit knappem Mehr – eine neue Lösung vor. Unfall- und Krankenversicherung sind dabei gesondert zu betrachten. Bei der Unfallversicherung besteht ein Taggeldobligatorium; die Taggelder können über den Arbeitgeber oder direkt von der Unfallversicherung an den Arbeitnehmer ausbezahlt werden. Bei der Krankenversicherung kennt man kein Obligatorium; die Taggelder werden teilweise via Sozialversicherung, zum grössten Teil aber via Privatversicherung ausgerichtet.



Da wir im Rahmen der AHV nicht in zivilrechtliche Verhältnisse eingreifen können und sich der Arbeitnehmer auch nicht versichern lassen muss, ist die Regelung über den Arbeitgeber zu suchen. Gleiches gilt bei der Unfallversicherung für Einkommen über 106 800 Franken. Bei der Unfallversicherung schlagen wir deshalb vor, dass der Unfallversicherer, wenn er direkt Taggelder ausrichtet, die Beiträge auf dem Taggeld wie ein Arbeitgeber abrechnen muss; zahlt er sie an den Arbeitgeber aus, muss dieser abrechnen. Der Unfallversicherer muss sodann dem Arbeitgeber auch den Arbeitgeberbeitrag entrichten; dies ist Inhalt des neu vorgeschlagenen Artikels 17a UVG, den Sie auf Seite 47 der deutschen Fahne finden. Wir behandeln ihn damit ebenfalls.

Bei der Krankenversicherung wiederum muss über den Arbeitgeber abgerechnet werden, um zu verhindern, dass mit einem direkten Ausbezahlen der Beitragspflicht entgangen werden kann.

Die Mehreinnahmen für die AHV aus dieser Gesetzesänderung sind sehr schwierig zu schätzen, insbesondere weil heute schon vielerorts abgerechnet wird. Dies ist bei der Zahl, die Sie auf Ihrem Blatt finden, zu berücksichtigen. Mit den Zusatzeinnahmen verbunden sind im Übrigen auch höhere Leistungen.

AB 2002 S 994 / BO 2002 E 994

Unser Antrag mag noch nicht in allen Feinheiten völlig ausgereift sein. Jedenfalls schaffen wir damit aber eine Differenz, und der Nationalrat kann die von uns nun gefundene Lösung noch einmal überprüfen.

Jenny This (V, GL): Zu Absatz 2bis: Ich möchte Sie bitten, der Minderheit und somit dem Nationalrat zuzustimmen und die Unfall- und Krankenversicherung nicht der AHV-Beitragspflicht zu unterstellen. Das immer wieder vorgetragene Hauptargument für die vorgeschlagene Regelung – das Vermeiden von Beitragslücken – ist nicht stichhaltig. Beitragslücken entstehen in der Regel erst im Anschluss an die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers. Gerade in diesen Fällen würde die vorgeschlagene Regelung aber zu keinen Verbesserungen führen. Sämtliche Vertreter der AHV- und -Ausgleichskassen weisen darauf hin, dass eine solche Beitragspflicht nur mit ganz erheblichen Schwierigkeiten vollzogen werden könne und somit nicht vollzugstauglich sei. Dies gilt insbesondere in jenen Fällen, in welchen die Taggelder den versicherten Personen vom Versicherer direkt ausbezahlt werden. Hier ergeben sich völlig unklare Abrechnungsverhältnisse sowie grundsätzliche Probleme bezüglich der Frage, wer den Arbeitgeberanteil letztlich zu bezahlen hat. Wenn alle Verbände und Versicherungen aufgrund der Praxis gegen ein solches System sind, sollten wir vorsichtig werden; wir argumentieren in aller Regel doch relativ praxisfern und theoretisch. Die Suva, die Economiesuisse, der Schweizerische Pensionskassenverband, der Schweizerische Versicherungsverband und sämtliche kantonalen AHV-Ausgleichskassen weisen darauf hin, dass ein solches System in der Praxis erhebliche Nachteile nach sich ziehen würde. Wir sollten ein offenes Ohr für diese Leute aus der Praxis haben.

Zudem muss man gegenüber den Arbeitnehmern begründen, dass sie irgendwann nicht mehr 80 Prozent ihres Lohnes haben, sondern vielleicht nur noch 72 Prozent. Das mag für Leute, die 6000 Franken und mehr verdienen, kein Problem sein, aber für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 3500 oder 4000 Franken Nettolohn beziehen, ist es ein Problem, wenn ihr Lohn bei Krankheit und Unfall um zusätzliche 8 Prozent gekürzt wird. Sofern wir die Beitragspflicht auf Taggelder der Unfall- und Krankenversicherung ausweiten, müssen auch sämtliche Gesamtarbeitsverträge bezüglich der Lohnfortzahlungspflicht überprüft und neu ausgehandelt werden. Nun, Sie werden sagen, das sei kein Problem, dafür gebe es Leute. Das stimmt zwar, aber es führt dennoch zu erheblichen Schwierigkeiten. Eine zusätzliche Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch weitere Abzüge und die damit verbundenen Einbussen bei der Kaufkraft sind in der heutigen Zeit – das sollten wir zur Kenntnis nehmen – äusserst problematisch. Es wäre auch der Sozialpartnerschaft in allen Branchen alles andere als förderlich, wenn wir hier der Mehrheit zustimmen würden.

Ich möchte Sie gerade auch deshalb bitten, der Minderheit und somit dem Nationalrat zuzustimmen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen, und ich möchte Sie bitten, zwei Punkte nicht aus den Augen zu lassen. Der erste Punkt betrifft die Gleichbehandlung der einzelnen Sozialversicherungsleistungen: Heute unterliegen EO-Leistungen, IV-Leistungen und ALV-Leistungen als Lohnersatz der AHV-Pflicht. Ausgenommen sind zurzeit noch die Krankenversicherungs- und Unfallversicherungsleistungen. Aber dieser Unterschied ist sachlich nicht erklärbar. In der Tat sind alle diese Sozialversicherungsleistungen Einkommensersatz und sollen auch gleich behandelt werden.

Nun ergibt sich aber eine Schwierigkeit, die nicht verschwiegen werden kann, nämlich die Art der Abrechnung. Viele Versicherungsleistungen für Krankheit oder Unfall fliessen direkt an den Arbeitgeber. Dort ist das Erheben der Beiträge für den Arbeitgeber, der abrechnungspflichtig ist, bisweilen schwierig. Dieses Problem muss noch einmal angeschaut werden, und der Nationalrat soll das in der Differenzbereinigung tun. Aber es ist die richtige Lösung, nun der Mehrheit zu folgen und auch Lohnersatzleistungen konsequent für AHV-pflichtig zu erklären.



Die Schwierigkeit kann noch ausgemerzt werden, da wird sich eine Lösung finden lassen. Aber bitte, schaffen Sie die Differenz. Damit ermöglichen Sie, dass auch das letzte Problem vom Nationalrat noch gelöst wird. Zum zweiten Punkt: Ich möchte Sie auf die finanziellen Folgen für die AHV hinweisen. Wenn wir auf diese sachlich gerechtfertigten Einnahmen der AHV verzichten, schmälern wir den AHV-Haushalt um rund 200 Millionen Franken. Wir können es uns nicht leisten, auf die Einnahmen zu verzichten, die sachlich gerechtfertigt sind, wenn wir gleichzeitig andernorts die Leistungen erhöhen. Da müssten wir konsequent sein. Schmerzen tut es niemanden sehr; nötig und sachlich angezeigt ist es. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Dreifuss Ruth (,): Sur le principe, la majorité suit le projet du Conseil fédéral, mais dans une forme qui paraît plus praticable. En outre, le président de la commission a raison, nous pouvons encore réexaminer les questions d'application concrètes au cours de la procédure d'élimination des divergences entre les deux Chambres.

Je vous prie donc d'adopter la proposition de la majorité de la commission.

J'ajouterai une chose. M. Jenny l'a dit, c'est vrai, lorsqu'on a fixé les indemnités journalières et le revenu de remplacement face à des risques particuliers, lorsqu'on les a fixés en général à 80, voire à 70 pour cent du revenu antérieur, on parlait de l'idée que c'était un revenu net. En soustrayant maintenant de ce revenu net des réductions de ce type, nous mettons les gens dans une situation difficile. Un revenu déjà insuffisant est encore réduit. Il faut être conscient qu'il s'agit là d'un véritable sacrifice que nous demandons aux personnes bénéficiaires d'un revenu de remplacement. Mais il est vrai aussi que pour les cas d'invalidité et d'invalidité précoce dans la vie professionnelle, il vaut mieux avoir cotisé pour pouvoir toucher une rente invalidité suffisante.

Dans ce sens-là, et compte tenu du fait que nous pouvons obtenir 194 millions de francs de plus par année, alors que le Conseil fédéral vous en proposait 121, le changement apporté ici simplifie les choses et rapporte davantage.

Pour solde de tout compte, je vous invite donc aussi à suivre la majorité de la commission.

Abs. 2, 3 Bst. b, 5 – Al. 2, 3 let. b, 5
Angenommen – Adopté

Abs. 2bis – Al. 2bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 25 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 14 Stimmen

Art. 6

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

.... untersteht, betragen 7,9 Prozent

Abs. 2

.... zustimmt. In diesem Falle beträgt der Beitragssatz für den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer je 4,2 Prozent des massgebenden Lohnes. (= unverändert)

Antrag Dettling

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 6

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

.... sont égales à 7,9 pour cent du salaire déterminant



.... y consent. Le taux de cotisation s'élève alors à 4,2 pour cent du salaire déterminant pour chacune des parties. (= inchangé)

Proposition Dettling

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Hier ist vorzuschicken, dass die Artikel 6, 8 und auch 9bis in engem Zusammenhang stehen. Es geht hier um eine tendenzielle Angleichung der Beitragssätze von Arbeitnehmern und Selbstständigerwerbenden. Für die Arbeitnehmer gilt heute der Beitragssatz von 8,4 Prozent, für die Selbstständigerwerbenden 7,8 Prozent; in der IV und in der EO sind die Beitragssätze für beide Gruppen identisch. Den tieferen Beitragssatz für Selbstständigerwerbende gibt es seit 1969. Er wurde mit den unterschiedlichen Beitrittsmöglichkeiten zur beruflichen Vorsorge begründet.

Artikel 6 Absatz 1 betrifft die Beiträge von Personen, deren Arbeitgeber nicht beitragspflichtig ist, während Artikel 8 die Beiträge von Selbstständigerwerbenden behandelt. Der Entwurf des Bundesrates beinhaltet eine Anhebung auf 8,1 Prozent, während der Nationalrat am geltenden Recht, an 7,8 Prozent, festhält.

Unsere Kommission schlägt Ihnen eine Anhebung auf 7,9 Prozent vor, dies aus folgenden Gründen: Der ursprüngliche Grund der Differenzierung – das Fehlen einer beruflichen Vorsorge für die Selbstständigerwerbenden – ist heute weitgehend eliminiert. Selbstständigerwerbende können sich der zweiten Säule anschliessen und haben im Rahmen der dritten Säule weitere Möglichkeiten. Eine gewisse Angleichung an den Satz der Arbeitnehmer ist deshalb gerechtfertigt, dies umso mehr, als heute recht viele Beschäftigte sowohl selbstständig als auch als Arbeitnehmer tätig sind. Der Bundesrat versucht bezüglich der Beitragshöhe und des Einkommens für die Selbstständigerwerbenden und die Unselbstständigerwerbenden die gleiche Belastung zu finden. Dies ergibt gemäss den Berechnungen des BSV exakt 8,06 Prozent oder eben die vom Bundesrat vorgeschlagenen 8,1 Prozent – ohne dass ich in die Details gehen will. Wenn man in einer Gesamtrechnung die Beiträge für die IV und die EO, bei denen der gleiche Beitragssatz gilt, einbezieht, ergeben sich für die AHV 7,9 Prozent. IV und EO hätten dabei etwas zu viel und die AHV etwas zu wenig erhalten.

Entscheidend ist für die Kommission indessen ein anderer Punkt: Selbstständige Erwerbstätigkeit und Neugründungen von KMU wirken sich auf die Wirtschaft befruchtend aus. Sie sollen deshalb eine angemessene Förderung erfahren. Dies rechtfertigt es, die Anhebung massvoll zu halten. Die Zustimmung zu 7,9 Prozent in Artikel 6 Absatz 1 gilt im Übrigen automatisch auch für Artikel 8.

Vorerst aber noch zu Artikel 6 Absatz 2: Der Entwurf des Bundesrates funktioniert nur mit einem Beitragssatz von 8,4, nicht aber mit einem solchen von 7,8 oder 7,9 Prozent. Es soll daher die bisherige Fassung beibehalten werden. Beim unterschiedlichen Beitragssatz für Selbstständigerwerbende und Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber auf der einen und für Unselbstständigerwerbende auf der andern Seite muss an dieser Stelle ausdrücklich erwähnt werden, dass bei einer freiwilligen Abrechnung durch den Arbeitgeber der normale Beitragssatz gilt.

Es ist zweckmässig, an dieser Stelle bereits auf die sinkende Beitragsskala gemäss Artikel 8 Absatz 1 hinzuweisen. Die Kommission will dabei, wie Bundesrat und Nationalrat, an der sinkenden Beitragsskala für Selbstständigerwerbende festhalten. Dies entspricht einer Degression der Beitragssätze. Selbstständigerwerbende mit Einkommen unter rund 49 000 Franken im Jahr profitieren dabei. Nach dem Grundsatz, dass tiefere Einkommen tiefere AHV-Beitragssätze zur Folge haben, sollen Selbstständigerwerbende mit kleinen Einkommen eine spezielle Entlastung erfahren. Viele dieser Selbstständigerwerbenden haben im Arbeitsmarkt Schwierigkeiten und finden keine Stelle als Arbeitnehmer. Immerhin gehen sie auf diese Weise wieder in den Arbeitsmarkt. Je mehr Sozialabgaben wir bei den kleinen Einkommen erheben, desto weniger sind die Betroffenen bereit, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die heutige Regelung rechtfertigt sich deshalb weiterhin. Ebenso rechtfertigt sich die Bezahlung eines Mindestbeitrages, wenn das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit 7700 Franken pro Jahr nicht übersteigt, sowie die Befreiungsmöglichkeit für geringfügiges selbstständiges Einkommen nach Artikel 8 Absätze 2 und 3. Dabei bedeutet Absatz 3 Abgabefreiheit für selbstständige Nebenerwerbseinkommen bis 2060 Franken. Im Grundsatz wird es aber darum gehen – ich habe gesehen, dass soeben noch ein Antrag Dettling vorgelegt wird –, uns über den Beitragssatz zu unterhalten und darüber zu entscheiden.

Dettling Toni (R, SZ): Ich möchte mich zunächst dafür entschuldigen, dass dieser Antrag erst jetzt vorliegt, aber wie der Präsident bereits ausgeführt hat, ist er relativ einfach zu erfassen. Ich möchte zu diesem Antrag ganz kurz eine Begründung in vier Punkten geben:



1. Die Selbstständigerwerbenden – von denen ich übrigens auch einer bin; damit habe ich auch gleich meine Interessenbindung offen gelegt – nehmen für die AHV wichtige Aufgaben wahr. Sie erledigen administrative Arbeiten und sind zuständig für das Inkasso der Arbeitnehmerbeiträge. Diese Arbeiten, die für die AHV von grossem Nutzen sind, erledigen sie unentgeltlich. Der Wert dieser Arbeit übersteigt die rund 20 Millionen Franken, die aus einer Erhöhung des Beitragssatzes um 0,1 Prozent resultieren würden, bei weitem. Diese Leistungen der Selbstständigerwerbenden sollten wir denn auch einmal honorieren. Wir haben hier mit der Beibehaltung des bisherigen Satzes die Gelegenheit dazu. Allein diese Gratisarbeit rechtfertigt einen Beitragssatz, der geringfügig unter dem mathematisch korrekten Satz liegen würde, unter Einbezug der Tatsache, dass die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge für Selbstständigerwerbende unter Einschluss dieser Beiträge erfolgt.

2. Die 11. AHV-Revision sollte gemäss Botschaft Anfang des nächsten Jahres in Kraft treten. Von diesem Ziel sind wir weit entfernt; die Revision ist bereits massiv in Verzug geraten. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, sollten wir uns Mühe geben, dass zwischen den beiden Räten keine unnötigen Differenzen entstehen. Der Nationalrat hat sich mit 109 zu 62 Stimmen deutlich für einen Satz von 7,8 Prozent ausgesprochen. Wir sollten uns diesem klaren Beschluss anschliessen und vermeiden, dass hier ein weiteres Feld geöffnet wird, welches zu einem Hin und Her zwischen den Räten führt, zumal ja die Differenz von 0,1 Prozent sehr klein ist.

3. Wir sollten die Selbstständigerwerbenden nicht demotivieren. Die Selbstständigerwerbenden nehmen in unserer Wirtschaft eine wichtige Rolle ein. In einer Volkswirtschaft, die durch kleine und mittlere Unternehmungen geprägt wird, schaffen und erhalten sie eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten nehmen sie teilweise massive Einkommenseinbussen in Kauf, um ihre Betriebe und die Arbeitsplätze zu retten. Jede einseitige Beitragserhöhung werden viele dieser Selbstständigerwerbenden als Undank des Staates und der Politik empfinden. Ihre Motivation oder zumindest ihre Wertschätzung wird mit solchen Entscheidungen sicherlich nicht gefördert, auch wenn der frankenmässige Betrag vielleicht nicht allzu stark ins Gewicht fällt. Dies wäre gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, sehr gefährlich. Wir sind auf motivierte Unternehmer angewiesen.

4. Wir sollten eine widersprüchliche Politik vermeiden. Die Arbeitslosenversicherung fördert mit Geldern, die sie über Lohnprozente hereinholt, den Gang in die Selbstständigkeit; es wäre deshalb höchst widersprüchlich, wenn der gleiche Staat, der auf der einen Seite die Jungunternehmer fördert, diesen auf der anderen Seite höhere Beiträge abverlangen

AB 2002 S 996 / BO 2002 E 996

würde. Eine solche Politik wäre unglaubwürdig. Tiefere Beitragssätze sind auch eine Art der Förderung der Jungunternehmer, auch wenn diese Förderung primär moralische und weniger finanzielle Auswirkungen hat. Verhindern wir also, dass der gleiche Staat, der auf der einen Seite fördert – wie es auch der Kommissionsprecher gesagt hat –, auf der anderen Seite wieder mehr abverlangt.

Ich bitte Sie deshalb, keine Differenz zu schaffen und dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

Dreifuss Ruth (,): Le Conseil fédéral proposait d'éliminer les privilèges des indépendants. Eliminer les privilèges des indépendants, c'est premièrement passer à un taux de cotisation de 8,1 pour cent du salaire déterminant – et encore, on pourrait calculer autrement et dire que c'est 8,4 pour cent. Mais enfin, nous avons appliqué le mode de calcul le plus favorable aux indépendants en disant que si on voulait les traiter de la même façon, M. Stähelin l'a dit, il fallait décider d'un taux de 8,06 arrondi à 8,1 pour cent. Deuxièmement, c'est la suppression du barème dégressif. Voilà les deux privilèges des indépendants.

La discussion au Conseil national a conduit à renoncer à la suppression du barème dégressif et à réduire le taux que le Conseil fédéral voulait demander aux indépendants. Je dois dire que, dans une réforme qui demande des sacrifices aux femmes, qui – notamment avec la disposition que vous venez d'adopter tout à l'heure – demande des sacrifices aux malades, aux accidentés, refuser dans une réforme pareille d'élever d'un dixième de pour cent les cotisations pour les indépendants, je trouve que c'est un peu fort de café! Le Conseil fédéral vous proposait, par la suppression de ce privilège, je le répète encore une fois, de demander aux indépendants de faire un effort de 90 millions de francs par rapport à des efforts de centaines de millions de francs demandés aux femmes et aux veuves. La proposition de la commission réduit ce sacrifice à 21 millions de francs.

Il est indécent de soutenir la proposition Dettling et de considérer que les indépendants n'ont absolument rien à apporter à l'équilibre de l'AVS, alors qu'ils en profitent, parce qu'ils ont la possibilité de fixer largement leur revenu, de veiller dans ce sens-là à ne pas payer ce qu'un salarié est obligé de payer, parce que pour lui il n'y a pas de discussion, c'est sa fiche de salaire qui fait foi! Excusez-moi de la dureté des mots que je



prononce, mais vraiment, Monsieur Dettling, dire qu'il y a une catégorie de la population qui devrait recevoir une manifestation matérielle de l'estime que l'Etat lui porte Si on suit votre raisonnement, comment alors expliquer aux femmes, à qui on demande des sacrifices de centaines de millions de francs, quelle est l'estime que cet Etat leur porte encore?

Je le dis encore une fois, la proposition de la commission ne supprime pas le privilège en termes de cotisations, elle ne s'attaque pas le moins du monde au privilège du barème dégressif. Soutenir la proposition Dettling, ce serait dire que dans ce pays, il y a une catégorie qui est à l'abri de toutes les exigences posées pour assurer l'équilibre des assurances sociales et qui ne peut qu'en profiter sans en payer le prix.

Je vous recommande donc de soutenir la proposition de la commission, qui va déjà trop loin dans ce que M. Dettling appelle le respect manifesté à l'égard des indépendants.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 25 Stimmen

Für den Antrag Dettling 12 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

.... ein Beitrag von 7,9 Prozent, mindestens

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Dettling

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

Une cotisation de 7,9 pour cent, mais

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Dettling

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission



Abs. 2, 3 – Al. 2, 3
Angenommen – Adopté

Art. 9bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Dieser Artikel steht ebenfalls in engem Zusammenhang mit den soeben behandelten Artikeln 6 und 8. Es geht um das Einfrieren der sinkenden Beitragsskala. Anstelle einer Aufhebung der sinkenden Beitragsskala, die auch erwogen worden ist, will der Bundesrat sie in Zukunft nicht mehr an den Rentenindex anpassen, wie er dazu befugt ist. Er beantragt, den oberen Plafond für immer bei rund 49 000 Franken stehen zu lassen. Damit würden die Beitragssätze sukzessive langsam angehoben bzw. kämen immer mehr Selbstständige auf das Maximum. Die Auswirkungen würden zumindest in den ersten Jahren nur sehr, sehr gering sein. Umgekehrt bedeutet das Einfrieren nach Meinung der Kommission ein falsches Zeichen an die Adresse der kleinen KMU.

Die Kommission beantragt Ihnen deshalb, dem Nationalrat zu folgen und auf das Einfrieren zu verzichten.

Angenommen – Adopté

Art. 10

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... Renteneinkommen, wobei dieses mit dem Faktor 20 in Vermögen umgerechnet wird

Abs. 1bis, 1ter, 1quater, 2, 2bis

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 10

Proposition de la commission

Al. 1

.... rentes, ce revenu étant converti au facteur 20 en fortune

AB 2002 S 997 / BO 2002 E 997

Al. 1bis, 1ter, 1quater, 2, 2bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Bei Artikel 10 Absatz 1 geht es darum, dass der Maximalbeitrag von 10 100 Franken in der AHV deplafoniert wird, wenn AHV, IV und EO zusammengefasst werden. Die obere Grenze soll dementsprechend auch für die Nichterwerbstätigen aufgehoben werden. Dahinter steht eine zusätzliche Solidarität sehr vermöglicher Personen. Nachdem das Gesetz keinen Maximalbeitrag mehr enthält, soll umschrieben werden, wie die Beiträge festgelegt werden. Dabei soll die bisher geltende Praxis gemäss der Verordnung weitergeführt werden. Die Verordnung enthält heute auch den Faktor 20, womit Renteneinkommen in Vermögen umgerechnet werden. Die Kommission will diesen Satz nun ausdrücklich im Gesetz nennen. Materiell entsteht keine Änderung.

Die Einführung einer Alterslimite von 25 Jahren für Studierende in Absatz 2 erlaubt es, zu verhindern, dass Studierende mit einem grossen Vermögen bis zu ihrem 30. Altersjahr nur den Mindestbeitrag bezahlen. Zwar entsteht dadurch eine gewisse Diskrepanz zu Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b, welcher die Grenze für nichterwerbstätige Studierende auf 30 Jahre festsetzt; die Altersgrenze in Artikel 1 wurde im Hinblick auf Studierende im EU-Raum festgelegt. In der Praxis werden sich nur sehr wenige Überschneidungen ergeben.

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 2

Antrag der Kommission



Der Mindestbeitrag, dessen Bezahlung für einen obligatorisch Versicherten eine grosse Härte bedeutet, kann vom Wohnsitzkanton übernommen werden, wenn ein begründetes Gesuch vorliegt und eine von ihm bezeichnete Behörde angehört worden ist.

Art. 11 al. 2*Proposition de la commission*

.... intolérable peut, sur demande motivée et après consultation d'une autorité désignée par le canton de domicile, être pris en charge par ce dernier.

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Kann jemand die Beiträge nicht bezahlen, dann werden sie bis zum Mindestbeitrag reduziert. Ist auch dann die Bezahlung unmöglich, dann übernimmt das Gemeinwesen den Beitrag. Der Bundesrat wollte mit der Aufhebung der bisherigen Bestimmung das Verfahren vereinfachen. Versicherte ohne genügend Mittel sollten nicht auf der einen Seite Sozialhilfe beantragen, auf der anderen Seite aber die Bezahlung des Mindestbeitrages durch das Gemeinwesen verlangen müssen. Zu Recht hat der Nationalrat aber befürchtet, damit könnten Leute zwischen Stuhl und Bank fallen, weil sie keine Sozialhilfe erhalten, aber trotzdem den Mindestbeitrag nicht bezahlen können.

Unsere Kommission beantragt Ihnen, dem Nationalrat zu folgen, aber festzuhalten, wer die Beiträge zu übernehmen hat, nämlich der Wohnsitzkanton. Es geht ja nicht um einen Erlass der Beiträge, wie dies der Nationalrat formuliert hat.

Angenommen – Adopté

Art. 14*Antrag der Kommission**Abs. 5*

Der Bundesrat kann bestimmen, dass auf einem jährlichen massgebenden Lohn bis zum Betrag der maximalen monatlichen Altersrente keine Beiträge entrichtet werden müssen; er kann diese Möglichkeit für bestimmte Tätigkeiten ausschliessen. Der Arbeitnehmer kann jedoch in jedem Fall verlangen, dass der Arbeitgeber die Beiträge entrichtet.

Abs. 6

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 14*Proposition de la commission**Al. 5*

Le Conseil fédéral peut prévoir qu'aucune cotisation ne soit versée si le salaire annuel déterminant ne dépasse pas la rente de vieillesse mensuelle maximale; il peut exclure cette possibilité pour des activités déterminées. Le salarié peut toutefois demander que les cotisations soient dans tous les cas payées par l'employeur.

Al. 6

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Zu den Absätzen 5 und 6: Einkommen von geringer Höhe werden schon heute von der Beitragserhebung ausgenommen. Die Befreiung wird gewährt, wenn es sich um einen Nebenerwerb handelt und der Arbeitnehmer eine schriftliche Verzichtserklärung leistet. Dies ist unbefriedigend und bietet Schwierigkeiten. Der Vorschlag des Bundesrates geht deshalb dahin, unabhängig von Haupterwerb und Gesuch mit allfälligen Formularen ein Einkommen bis zu einer gewissen Höhe beitragsfrei zu erklären. Dies bedeutet ringsum eine Vereinfachung. Unsere Kommission unterstützt diese Vereinfachung und schliesst sich dem Beschluss des Nationalrates im Grundsatz an, welcher nicht den Betrag von 1000 Franken, sondern einen jährlichen massgebenden Lohn bis zum Betrag der maximalen monatlichen Altersrente (von heute 2060 Franken) ausnimmt. Gegenüber dem Beschluss des Nationalrates streichen wir den letzten Satz, weil die Maximalrente ohnehin der automatischen Anpassung an den Rentenindex unterliegt.

Die Kommission ist sich bewusst, dass diese Form beitragsfreier Arbeit Schwarzarbeit begünstigen könnte. Wir haben deshalb die Einführung einer Missbrauchsregel diskutiert, die den Bundesrat berechtigen würde, im Falle von Missbräuchen tätig zu werden. Aus praktischen Gründen haben wir davon abgesehen, weil die Beweislast aufseiten der AHV-Organen liegen würde. Wir meinen aber, dass die Entwicklung hier im Auge behalten werden muss.



Absatz 6 steht im Einklang mit den Vorschlägen der Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Es gibt Kleingewerbler, die kurzfristig eine Hilfskraft benötigen; dabei soll übermässiger Papierkram vermieden werden können, ebenso bei Beschäftigungen zu sehr kleinem Lohn. Entscheidend wird hier sein, was unter kleinem Lohn verstanden wird. Die Kommission stimmt einem vereinfachten Verfahren zu.

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

.... Für Beiträge nach den Artikeln 6 Absatz 1, 8 Absatz 1 und 10 Absatz 1 endet die Frist in Abweichung von Artikel 25 Absatz 3 ATSG in jedem Fall erst ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die massgebende Steuerveranlagung rechtskräftig wurde. Sind Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge von Leistungen bezahlt worden, die der direkten Bundessteuer vom Reingewinn juristischer Personen unterliegen, so erlischt der Anspruch auf Rückerstattung in Abweichung von Artikel 25 Absatz 3 ATSG ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Steuerveranlagung rechtskräftig wurde.

Art. 16

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

.... S'il s'agit de cotisations selon les articles 6 alinéa 1er, 8 alinéa 1er et 10 alinéa 1er, le délai n'échoit dans tous les

AB 2002 S 998 / BO 2002 E 998

cas, en dérogation à l'article 25 alinéa 3 LAPG, qu'un an après la fin de l'année civile au cours de laquelle la taxation fiscale déterminante est entrée en force. Si des cotisations paritaires ont été versées sur des prestations soumises à l'impôt fédéral direct sur le bénéficiaire net des personnes morales, le droit à restitution s'éteint, en dérogation à l'article 25 alinéa 3 LAPG, un an après la fin de l'année civile au cours de laquelle la taxation fiscale est entrée en force.

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Bei Absatz 1 hat der Nationalrat insbesondere Anpassungen an das ATSG vorgenommen.

In Absatz 3 wird die Verjährung für die Rückerstattung geregelt. Betreffend die juristischen Personen wurde vom Nationalrat ein Vorbehalt gegenüber dem ATSG beschlossen. Dieser Vorbehalt muss aber auch für die Rückerstattung infolge einer geänderten Steuerveranlagung angebracht werden.

Angenommen – Adopté

Art. 18 Abs. 1, 2bis, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 18 al. 1, 2bis, 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Artikel 18 Absatz 1 kann, wie vom Nationalrat beschlossen, gestrichen werden, weil der Tatbestand der vorsätzlichen Verursachung des Todes bereits im allgemeinen Teil geregelt ist.

Angenommen – Adopté

**Art. 21 Abs. 1***Antrag der Kommission*

.... haben Personen, welche das 65. Altersjahr

Art. 21 al. 1*Proposition de la commission*

Ont droit à une rente de vieillesse les personnes qui

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Der Antrag des Bundesrates, das Rentenalter für Frauen und Männer – also für alle Personen – mit Wirkung ab 2009 auf das vollendete 65. Altersjahr festzusetzen, hat in unserer Kommission zu keinen Diskussionen mehr Anlass gegeben. Gemäss der Ausgangslage nach den Abstimmungen über die Rentenalter-Initiativen gilt weiterhin das Rentenalter 65 für den Mann und kommt es in angemessenen Schritten zu einer Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre auch für die Frau. Diese Schritte dienen der Konsolidierung der AHV und bringen 422 Millionen Franken. Sie entsprechen dem Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann und bedeuten auch eine Anpassung an die längere Lebenserwartung. Über die Fragen der Flexibilisierung nach unten und nach oben hat die Kommission nicht bei Artikel 21 Absatz 1, sondern bei Artikel 40ter diskutiert. Ich bitte Sie, dies gleich zu halten. Im Übrigen hat die Kommission in diesem Absatz eine rein redaktionelle Anpassung des Gesetzestextes vorgenommen.

*Angenommen – Adopté***Art. 22ter***Antrag der Kommission*

Unverändert

Proposition de la commission

Inchangé

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Jeder Bezüger einer AHV-Rente hat heute Anspruch auf eine Kinderrente für Kinder unter 18 Jahren bzw. 25 Jahren, solange sie in Ausbildung stehen, wenn die Bedingungen für eine Waisenrente erfüllt sind. Die Kinderrente beträgt 40 Prozent der entsprechenden Altersrente. Der Bundesrat wollte diese Regelung nicht in Revision bringen. Im Nationalrat wurde nun mit dem knappen Ergebnis von 73 zu 71 Stimmen beschlossen, die Kinderrente durch eine Kinderzulage nach kantonalem Recht zu ersetzen. Dabei ist beim Text des Nationalrates nicht ganz schlüssig, ob mit dieser kantonalen Kinderzulage tatsächlich die Kantone belastet würden, ohne dass sie im Übrigen je dazu angefragt worden wären, oder ob lediglich die Höhe der Zahlung den kantonalen Kinderrenten entspricht, der Betrag aber aus der AHV beglichen würde. So oder so hätte die Fassung des Nationalrates zur Folge, dass in einer eidgenössischen Versicherung, in der AHV, im Prinzip für jeden Kanton ein anderer Ansatz für die Kinderrenten gelten würde, dies mindestens so lange, als hier keine Vereinheitlichung auf Bundesebene eingeführt wird. Die damit kantonal unterschiedlichen Leistungen würden im Übrigen keine Entsprechung auf der Beitragsseite erhalten. Damit entstünde eine Ungleichbehandlung, die auch rechtlich fragwürdig erscheint.

Es kommt dazu, dass Zusatzrenten für Kinder auch in der IV bestehen. Damit würde auch eine Ungleichbehandlung zwischen Rentnern der IV und der AHV entstehen. Der Vorschlag zeigt auch keine Lösung für Personen im Ausland auf. Hier wäre eine Ausrichtung von Kinderzulagen nur mit einer Hilfskonstruktion möglich, welche z. B. auf den Bürgerrechtskanton oder auf eine allfällige Kinderzulagenregelung des Aufenthaltslandes verweisen würde. Infrage käme auch eine Anknüpfung an den letzten Wohnsitzkanton oder den letzten Kanton, in dem eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde.

Es stellen sich hier Fragen über Fragen, und zweifellos würde eine erhebliche Belastung der Verwaltung resultieren. Auch materiell hätte die Änderung des Nationalrates erhebliche Auswirkungen, weil eine durchschnittliche Kinderrente nach AHV rund 600 Franken beträgt, während die kantonalen Kinderzulagen um 200 Franken liegen.

Unsere Kommission beantragt Ihnen deshalb im Sinne des Bundesrates die Beibehaltung des geltenden Rechtes.

*Angenommen – Adopté***Art. 23***Antrag der Kommission*



Abs. 1

Mehrheit

Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente haben Witwen oder Witwer:

- a. die im Zeitpunkt der Verwitwung ein oder mehrere Kinder haben; oder
- b. die vor der Verwitwung während mindestens fünf Jahren ein oder mehrere Kinder hatten.

Minderheit

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3–5

Unverändert

Art. 23

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Les veuves et les veufs ont droit à une rente:

- a. si, au moment du veuvage, ils ont un ou plusieurs enfants;
- b. si, avant le décès de leur conjoint, ils ont eu un ou plusieurs enfants pendant cinq ans au moins.

Minorité

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3–5

Inchangé

AB 2002 S 999 / BO 2002 E 999

Abs. 1 – Al. 1

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Wir kommen hier zu einer Pièce de Résistance der Revision, welche die Artikel 23, 23a, 24, 24a sowie in der Folge die Artikel 36 und 37 betrifft, also eine ganze Serie; es geht um die Behandlung der Witwen- und Witwerrente.

Zurzeit beziehen rund 120 000 Witwen, Witwer, Halb- und Vollwaisen eine Hinterlassenen- oder Waisenrente. Die Witwenrente beträgt heute im Durchschnitt 1440 Franken pro Monat. Seit der 10. AHV-Revision besteht auch ein Anspruch auf eine Witwerrente. Wenn der überlebende Ehegatte Kinder hat, gilt für Frauen ein zeitlich unbeschränkter Anspruch, für Männer ein solcher bis zum 18. Altersjahr des letzten Kindes.

Der Bundesrat möchte nun mit dieser Revision den Schritt zur Angleichung der Witwen- an die Witwerrente tun. Im Grundsatz schlägt er vor, fortan auch die Witwenrente von Betreuungspflichten abhängig zu machen. Ein Anspruch auf eine Witwenrente soll danach wie jener auf die Witwerrente nur noch bestehen, wenn eine Witwe Kinder unter 18 Jahren hat oder ein Kind betreut, das ihr Anspruch auf Betreuungsgutschriften im Sinne von Artikel 29septies gibt. Fällt diese Voraussetzung weg und wird insbesondere das letzte Kind 18 Jahre alt, erlischt der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente.

Der Bundesrat begründet seine Lösung mit der gesellschaftlichen Entwicklung, welche es erlaubt, den Schutz der Witwen demjenigen für Witwer anzugleichen. Den Witwen wird die Fortführung, allenfalls die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zugemutet. Zu berücksichtigen sei auch der gute Schutz der Witwen durch BVG und UVG. Diese Regelung wird mit Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c ergänzt, einer Schutzklausel für späte Verwitwungen; diese bringt einen unbeschränkten Rentenanspruch, falls die Witwe schon über 50-jährig ist, wenn ihr jüngstes Kind die Volljährigkeit erreicht, sowie einen Rentenanspruch für alle – auch kinderlose – über 65-jährigen Verwitweten. Hinter dieser Lösung steht die Überlegung, dass bessere Möglichkeiten hat, zu bezahlter Arbeit zurückzukehren, wer in jungen Jahren seine Kinder gebärt.

Das Sparpotenzial des bundesrätlichen Entwurfes ist erheblich. Im Endzustand würde der Rentenanspruch für rund 70 Prozent der heutigen Witwen dahinfallen; es geht um eine Einsparung von gegen 800 Millionen Franken. Allerdings würde der Endzustand erst im Jahre 2018 erreicht.



Der Nationalrat hat sich für eine andere Lösung entschieden. Er ist grundsätzlich für die Beibehaltung des Status quo, will jedoch keinen Rentenanspruch mehr für kinderlose Witwen. Haben diese indessen im Zeitpunkt der Verwitwung das 45. Altersjahr zurückgelegt und waren sie fünf Jahre verheiratet, so ist noch eine Entschädigung im Ausmass einer Jahresrente – was rund 20 000 Franken entspricht – vorgesehen. Die gleiche Entschädigung erhalten Witwen, die zwar Kinder haben, aber nach Artikel 23 keinen Anspruch mehr auf die Rente. Diese Entschädigung sollte Witwen die nötige Zeit geben, um wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen oder um ein Teilpensum aufstocken zu können.

Eine Minderheit unserer Kommission, der ich im Übrigen selbst auch angehöre, beantragt Ihnen, die Anträge des Nationalrates zu übernehmen. Die Mehrheit unserer Kommission beantragt Ihnen demgegenüber ein neues Modell. Der Grundgedanke liegt darin, die Waisenrenten wesentlich zu erhöhen, bei den Witwen dann aber die Gleichbehandlung zu erreichen. Frauen, die Kinder aufziehen, haben geringere Möglichkeiten, sich Vorsorgekapital zu erarbeiten; sie sollen deshalb besser gestellt werden. Auf der anderen Seite wird kein grundsätzlicher Unterschied zwischen einer kinderlosen Witwe und einer unverheirateten Frau gesehen. Beide haben danach die gleichen Möglichkeiten, erwerbstätig zu sein und sich eine Vorsorge zu erarbeiten – dies das Bild hinter dem Modell der Mehrheit.

Danach entsteht der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente wie heute, wenn der überlebende Ehegatte zum Zeitpunkt der Verwitwung für Kinder sorgt. Ein Rentenanspruch besteht neu auch dann, wenn der überlebende Ehegatte – Frau oder Mann – zum Zeitpunkt der Verwitwung für keine Kinder sorgt, jedoch vor der Verwitwung während mindestens fünf Jahren für ein oder mehrere Kinder sorgte. Ebenfalls einen Rentenanspruch haben Witwen ohne Kinder, aber mit Anspruch auf Betreuungsgutschriften oder bei Verwitwung nach erreichtem ordentlichem Rentenalter. Eine einmalige Entschädigung wiederum im Betrag einer Jahresrente erhalten Witwen, wenn die Voraussetzungen für eine Rente nicht erfüllt sind, die Frau jedoch erst nach dem 45. Altersjahr verwitwet und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat. Geschiedene Personen sind den Witwen oder Witwern gleichgestellt, wenn sie Kinder von ihrem ehemaligen Ehegatten haben.

Zusammen mit diesen Bestimmungen in den Artikeln 23ff. sind die Änderungen in der Rentenhöhe gemäss den neuen Anträgen zu den Artikeln 36 und 37 des Gesetzes zu sehen. Der Betrag der Witwen- oder Witwerrente wird danach von 80 auf 60 Prozent herabgesetzt, während die Waisenrente von 40 auf 60 Prozent angehoben wird. Die Einsparungen aufgrund dieses Modells würden rund 250 Millionen Franken betragen. Die Minderheit weist darauf hin, dass sich bei der Koordination mit den Leistungen der Unfallversicherung und der beruflichen Vorsorge Probleme ergeben: Sowohl das UVG wie das BVG kennen Überversicherungsgrenzen, an welchen die höhere Waisenrente anstossen könnte.

Die Mehrheit und die Minderheit der Kommission unterscheiden sich insbesondere in der Beurteilung der Frage, ob sich die gesellschaftspolitischen Realitäten heute so darstellen, dass die doch tief greifenden Reformschritte des Mehrheitsantrages umgesetzt werden können. Mit anderen Worten: Können Witwen ohne weiteres in den Arbeitsprozess zurückkehren oder ein höheres Pensum übernehmen, wenn keine Kinder mehr im Haushalt sind? Können sie während der Zeit der Kinderbetreuung ihre berufliche Karriere fortsetzen? Die Minderheit meint, die gesellschaftspolitische Realität verbiete den Schritt noch. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass die Entwicklung so weit fortgeschritten ist, dass ihr Modell realisiert werden kann. Der Modellentscheid, der nun zu treffen ist, betrifft auch die Bestimmungen bis zu Artikel 24 sowie zu den Artikeln 36 und 37.

David Eugen (C, SG): Es geht in der Tat – wie es jetzt der Kommissionssprecher dargestellt hat – um drei Personengruppen, die die Mehrheit und die Minderheit teilweise unterschiedlich beurteilen.

Zum einen sind an erster Stelle die Witwen mit Kindern, d. h. Witwen, die aus einer Familie kommen, wo der Ehemann verstorben ist und Kinder da sind, ob sie jetzt volljährig sind oder nicht. Das ist die eine Gruppe.

Die zweite Gruppe sind die Witwen ohne Kinder. Die Minderheit ist der Meinung, dass die kinderlosen Witwen nicht mehr so gut gestellt werden können wie heute und dass das richtig ist. Sie folgt darin dem Nationalrat und sagt: Wenn eine Witwe keine Kinder hat oder hatte, dann hatte sie die Möglichkeit, im Erwerbsprozess ein Erwerbseinkommen zu erzielen. Die Verwitwung ist für sie kein Lebensvorfall, der sie in eine schwierige ökonomische Lage bringen muss. Nach dem Modell des Nationalrates gibt es daher für die Witwen, die keine Kinder hatten, keine Witwenrente mehr.

Aber diese Witwen, vor allem wenn die Ehe lange dauerte, haben ein Problem mit dem Wiedereinstieg in den vollen Arbeitsprozess. Das ist auch eine Realität, die wir anerkennen müssen, wenn wir den Arbeitsmarkt betrachten. Insbesondere ältere Frauen – wenn ich jetzt "ältere Frauen" sage, sind das ältere Frauen in Bezug auf den Arbeitsmarkt, nicht ältere Frauen in Bezug auf das Lebensalter; für den Arbeitsmarkt, wie wir alle wissen, sind Personen über 45 Jahren ältere Personen – haben es nicht so einfach, wieder voll in den Arbeitsprozess einzutreten.



Daher sind wir von der Minderheit der Meinung, dass diese Frauen im Falle der Verwitung, damit ihnen der Einstieg in den Arbeitsprozess erleichtert wird, eine Entschädigung in der Höhe einer Jahresrente erhalten sollen. Das ist eine

AB 2002 S 1000 / BO 2002 E 1000

massive Rücknahme gegenüber der heutigen Situation, aber es ist nicht eine Nulllösung, wie sie eigentlich eine Mehrheit vorsieht. Das finden Sie in Artikel 23a. Wir folgen also in dem, was die Behandlung der kinderlosen Witwen betrifft, dem Nationalrat.

Nun komme ich auf die zweite Kategorie, die Witwen mit Kindern. Hier unterscheiden wir uns von der Mehrheit darin, dass die Mehrheit jene Witwen, deren Kinder 18 Jahre und älter sind, wesentlich schlechter behandeln möchte als jene Witwen, deren Kinder noch zu Hause sind. Dieser Grundgedanke, dass nämlich Frauen, die noch Kinder zu Hause haben, in einer anderen Situation sind als Frauen, deren Kinder bereits erwachsen und selber im Erwerbsprozess sind, ist an sich durchaus überlegenswert. Die Kommissionsmehrheit hatte das Ziel, diese Witwen, deren Kinder noch in der Familie leben, deutlich besser zu stellen als jene Witwen, deren Kinder das Haus verlassen haben.

Wie hat die Mehrheit das bewerkstelligt? Sie hat den Witwen, deren Kinder "ausgeflogen" sind, einen Viertel der Rente genommen und praktisch jenen Witwen, deren Kinder noch zu Hause sind, diese Mittel zukommen lassen. Wir haben in der Kommission dieses Modell sehr sorgfältig geprüft. Wir von der Minderheit sind zum Ergebnis gekommen, dass die Rechnung leider so nicht aufgeht, denn den Witwen, denen man das Geld zukommen lassen will, nämlich jenen mit Kindern unter 18 Jahren, erhalten dieses Geld gar nicht, weil die Überversicherungsregeln des BVG und des UVG gelten: Sowohl das BVG wie auch das UVG kennen Regeln, wonach bei Reichen von 90 Prozent des versicherten Verdienstes die Renten automatisch gekürzt werden. Wenn wir also den Witwen mit Kindern unter 18 Jahren mehr Geld über die Kinderrente zufließen lassen, erhalten sie es gar nicht; die Mehrleistungen kommen nicht an, weil die Kürzung gemäss UVG oder gemäss BVG eintritt. Also kann das von der Mehrheit der SGK anvisierte Ziel einer Besserstellung der überlebenden Witwe mit Kindern unter 18 Jahren wegen der Überversicherungsgrenzen überhaupt nicht erreicht werden, und damit leidet die Grundidee eben am Mangel, dass sie das gesetzte Ziel überhaupt nicht erreichen kann.

Wir von der Minderheit sind der Meinung, dass es auch nicht richtig ist, die AHV-Renten der Witwen, deren Kinder das Haus verlassen haben, um einen Viertel zu kürzen. Wir müssen uns überlegen, was für Personen das sind. Es sind Frauen, die eine Familie mit einem oder mehreren Kindern haben und deren Ehemann verstorben ist. Sie selbst sind in der Regel, wenn diese Situation eintritt und die Kinder über 18 Jahre alt sind, 45 bis 55 Jahre alt. Bei dieser Gruppe ist es anders als bei den kinderlosen Witwen. Diese Gruppe konnte nicht oder nur teilweise im Erwerbsprozess aktiv sein. Das heisst, diese Gruppe hatte nicht die Möglichkeit, ein eigenes, wachsendes Einkommen zu erzielen. Viele dieser Frauen haben nur die Möglichkeit, in kleinem Umfang teilzeitbeschäftigt zu werden. Wenn der Ehemann infolge Krankheit oder Unfall stirbt, wird sie in ihrer ökonomischen Situation zurückgeworfen. Das heisst, bei den heutigen Realitäten wird sie im Arbeitsmarkt keine Stelle finden, mit der sie sofort wieder ein angemessenes Einkommen für ihren Lebensunterhalt erzielen könnte. Das sind nach Überzeugung der Minderheit die heutigen Realitäten. Daher wollen wir, insbesondere aus familienpolitischen Gründen, Frauen mit Kindern, die älter als 45-jährig sind und deren Mann stirbt, nicht schlechter stellen als heute. Die Kürzung um 25 Prozent für diesen Personenkreis, welche die Kommissionsmehrheit haben möchte, lehnen wir daher ab.

Es ist klar – das geben wir durchaus zu –, dass damit die Einsparungen von 80 Millionen Franken, die man auf dem Buckel dieser Witwen erzielen möchte, nicht erzielt werden können. Daher muss man sich auch klar sein, dass diese 80 Millionen Franken, die die Mehrheit hier einspart, nicht ausgegeben werden können. Sie sehen das auf der Liste, auf der es zusammengefasst ist: 250 Millionen Franken Einsparungen bei der Mehrheit; die Minderheit verfolgt die Lösung des Nationalrates, hier beträgt die Einsparung 172 Millionen Franken. Die Einsparungen differieren damit um etwa 80 Millionen Franken.

Aus diesen Gründen bittet Sie die Minderheit, ihrem Antrag bzw. dem Beschluss des Nationalrates zu folgen.

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Ich möchte Herrn David zuerst entgegenhalten, dass ich es nicht sehr schön finde, wenn man davon spricht, es würden Einsparungen auf dem Buckel der Witwen gemacht. Das ist mit Sicherheit nicht das, was wir beabsichtigen. Wir versuchen, uns an eine Lösung heranzutasten, die den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten entspricht, die gerecht ist und der langfristigen Finanzierung der AHV Rechnung trägt.

Die Mehrheit der Kommission ist sich klar darüber und war von Beginn an davon überzeugt, dass wir nicht auf das einschwenken können, was uns der Bundesrat vorschlägt. Dies trägt zwar in der langen Ausrichtung



den gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung, lässt sich aber kurzfristig so nicht realisieren. Wir haben also versucht, eine Lösung zu finden, die weniger schwerwiegend ist, die aber trotzdem noch etwas mit sich bringt, um in die Richtung zu gehen, unter deren Motto wir ja schliesslich die ganze Revision gestellt haben, nämlich die langfristige Sicherstellung der Finanzierbarkeit der AHV.

Ich möchte die Aufteilung kurz übernehmen, wie sie Herr David gemacht hat, in Witwen ohne Kinder und in Witwen mit Kindern. Im Bereich der Witwen ohne Kinder hat er ganz offensichtlich übersehen, dass auch die Lösung der Mehrheit der Kommission ganz genau dieselbe Regelung enthält, wie sie die Minderheit beantragt, nur ist sie in einem anderen Artikel verankert. Sie ist in Artikel 24 Absatz 2 verankert; dort haben wir ganz genau das übernommen, was in Artikel 23a geschrieben stand, nämlich dass Witwen ohne Kinder, welche nach dem 45. Altersjahr verwitwet sind und fünf Jahre verheiratet waren, eine Entschädigung in der Höhe des Betrages einer Jahresrente ausgerichtet erhalten. Hier ist es klar so, dass diese Aussage nicht stimmt. Die Mehrheit will die gleiche Regelung, wie sie auch die Minderheit will und wie sie auch der Nationalrat verankert hat; sie hat sie nur an einem neuen Ort niedergeschrieben, nämlich in Artikel 24 Absatz 2.

In Bezug auf die Witwen mit Kindern stimmt es, dass wir eine Änderung vorgenommen haben. Sie bedeutet, dass die Witwen während der Zeit, wo sie Kinder im Haus haben, eine gegenüber heute reduzierte Witwenrente erhalten. Sie beträgt nicht mehr 80 Prozent, sondern 60 Prozent. Aber die Rente für die Kinder wird von 40 auf 60 Prozent heraufgesetzt, sodass sich das bei einer Witwe mit einem Kind in der gleichen Grössenordnung bewegt wie heute. Sobald zwei oder mehr Kinder in einer Familie sind, die keinen Vater als Ernährer mehr haben, ist wesentlich mehr vorhanden, ist also die Situation der Familie besser als heute, weil für die Kinder eine höhere Rente ausbezahlt wird.

Wir sind den Einwänden betreffend Überversicherung und allenfalls Renten Kürzung im BVG- und UVG-Bereich, die uns bekannt geworden sind, an einer der letzten Kommissionssitzungen nachgegangen. Wir haben uns anhand von Beispielen und Tabellen, die wir erhalten haben, davon überzeugen lassen, dass es sich hier um absolute Einzelfälle handelt, die bei der Abgrenzung verschiedener Versicherungen immer vorkommen können. Es handelt sich dabei namentlich um Fälle, in denen eine sehr gute berufliche Vorsorge, eine sehr gute zweite Säule, vorhanden ist; hier kann es allenfalls zu Überversicherungen kommen. Wir haben uns aber auch davon überzeugen lassen, dass all die Fälle, die wir besonders berücksichtigen möchten, von den Überversicherungen nicht betroffen sind und dass wir dort mit unserer Lösung einen guten Weg gehen. Das sind Fälle, bei denen wir besonders Wert darauf legen, dass mehr Geld zur Verfügung steht; es sind nämlich jene Familien mit Kindern, bei denen ein geringes Einkommen vorhanden ist und demzufolge auch eine geringe BVG-Leistung ausbezahlt wird.

Es stimmt: Wenn die Kinder "ausgeflogen" sind – und damit komme ich zum dritten Fall –, wenn die Witwe dann also wieder ohne Kinder lebt, bleibt ihre Rente zwar weiter

AB 2002 S 1001 / BO 2002 E 1001

bestehen, die Rente wird also nicht etwa abgesetzt; sie läuft allerdings auf einer Höhe von 60 – und nicht von 80 Prozent – weiter. Wir sind nämlich der Ansicht, dass es den früh verwitweten Frauen, die keine Kinder mehr in Betreuung haben, möglich ist, einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachzugehen. Sie können mit einer Witwenrente von 60 Prozent ihr Einkommen so gestalten, dass ein Leben alleine, ohne die Kinder, möglich ist. Das zeigen im Übrigen auch alle Statistiken.

Dann muss man aber auch wieder in Betracht ziehen, dass die Lösung der Mehrheit beim Eintreten der Frau ins Rentenalter wiederum eine Erhöhung vorsieht; dann kommt also wieder die 80-Prozent-Regel zum Zug. In diesem Fall wird die Rente wieder auf 80 Prozent erhöht.

Wir federn damit die meisten Fälle, die in der heutigen Realität existieren, gut ab. Wir sind hier einen wesentlichen Schritt weniger weit gegangen als der Bundesrat. Wir behandeln die Witwen besser, tragen den gesellschaftlichen Realitäten trotzdem Rechnung und bleiben nicht einfach bei einem doch nicht mehr ganz realistischen Familienbild stehen, nach dem die Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und sich einzig der Familienarbeit widmen. Wir sind also der Überzeugung, dass wir einen Mittelweg gefunden haben, der sowohl den Interessen der Familien und der Witwen als auch dem doch grossen und überwiegenden Interesse der langfristigen Finanzierbarkeit dieses wichtigen Sozialwerkes Rechnung trägt.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen, und möchte dies mit ganz einfachen Erklärungen nochmals vertiefen.

Die Idee der Mehrheit ist auf den ersten Blick bestechend: Wir senken die Witwenrente von 80 auf 60 Prozent, erhöhen aber die Kinderrente von 40 auf 60 Prozent. Das sollte sich positiv auswirken, sobald zwei Kinder und mehr in einer Familie sind. Die Idee ist bestechend. Aber wie wirkt sie sich aus? Frau Beerli sagte, nur bei



einzelnen Versicherungskassen würde eine Überversicherung eintreten. Das ist so nicht haltbar. Wir haben uns Beispiele geben lassen von guten Pensionskassen, beispielsweise von der Versicherungskasse Chur. Diese hat bei kleinen Einkommen von Familien mit zwei Kindern bereits 17 000 Kürzungen, bei Einkommen von 100 000 Franken hat sie 14 000 Kürzungen im Jahr, bei 3 Kindern sind es zwischen 40 000 und 51 000 Kürzungen pro Jahr. Bei Kassen, die weniger gut sind als die Churer Kasse, sind die Kürzungen kleiner, aber noch immer vorhanden.

Was erreichen wir mit der Regel der Mehrheit? Wir erreichen damit, dass die AHV höhere Leistungen zahlt und dass die Pensionskassen entlastet werden. Die Familie hat nichts davon, weil das Limit bei 90 Prozent des letzten Einkommens gesetzt ist. Diese Beispiele sind alltäglich, sie sind sehr häufig. Was geschieht nun, wenn die Kinder aus dem Hause gehen, die Ausbildung abgeschlossen haben? Dann bleibt die Frau bei einer Witwenrente von 60 Prozent, sie kommt nicht mehr auf 80 Prozent. Nun sagt die Mehrheit, das Gesellschaftsbild habe sich so gewandelt, dass die Frauen alle wieder arbeiten würden. Das stimmt in vielen Fällen, aber wann tritt die Verwitwung ein? Im Durchschnittsalter von 53 Jahren. Da sind noch Kinder da. Dann beginnt die Frau wieder zu arbeiten. Jede Frau, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie reduziert hat, hat als Witwe einen schwierigeren Wiedereinstieg. Und genau dieser Witwe, die ihre Zeit für die Familie und die Erziehung einsetzte und nachher wieder einsteigen muss und will, kürzen Sie die Leistungen gegenüber heute!

Gehen Sie nach Hause, und erzählen Sie das Ihren Frauen, eins zu eins! Ihre Ehefrau bekommt künftig eine kleinere Rente, und wenn sie wieder in ihren Beruf einsteigt, bleibt es bei der kleinen Rente, obwohl die Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg ein Handicap haben, vor allem jene, die viel Arbeitszeit für ihre Familien aufgewendet haben.

Doch da fragen wir uns also – und die Frage, die Herr David gestellt hat, hat er zu Recht gestellt -: Sollen die Witwen, die wieder in den Beruf einsteigen, die AHV-Revision bezahlen? Die Frauen bezahlen bereits mit dem Rentenalter 65. Sollen sie hier nochmals bezahlen?

Nun könnten Sie sagen, das sei reine Polemik einer Seite, welche ein traditionelles Familienbild pflege. Nach meiner Überzeugung ist es nicht so. Es geht darum, dass Frauen, die wiedereinsteigen, ohnehin benachteiligt sind. Mit der neuen Rentenregelung sind sie es doppelt.

Was sagen aber die Fachorgane? Wir haben ein Schreiben der Studienkommission Altersvorsorge erhalten. Ihr gehören an: Schweizerischer Arbeitgeberverband, Economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband, Swissmem – die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie –, Schweizerische Bankiervereinigung, Schweizerischer Bauernverband, Schweizerischer Pensionskassenverband, Schweizerischer Versicherungsverband usw. Sie kritisieren die Lösung der Mehrheit ganz klar: "Hat der verstorbene Ehegatte noch mehrere Kinder, führt dies im Falle eines Unfalltodes gegenüber der heute geltenden Regelung kaum zu Mehrleistungen." Und in der Folgerung am Schluss heisst es: "Das von der SGK-Mehrheit anvisierte Ziel einer deutlichen Besserstellung der überlebenden Witwe mit mehreren Kindern kann somit wegen Überversicherungsgrenzen der andern mitbeteiligten Versicherungsträger nicht umgesetzt werden. Es fragt sich, ob eine solche Leistungsverlagerung zwischen Witwen- und Waisenrenten nur in der AHV allein überhaupt Sinn macht."

Die Folgerung ist klar, auch die Arbeitgeberseite sagt: Wir helfen den Witwen nicht, wir helfen den Familien nicht, und wir helfen dem Sozialversicherungssystem nicht. Diesen wichtigen Elementen tragen nur die Minderheit und der Beschluss des Nationalrates Rechnung. Die Lösung der Mehrheit ist nicht ausgereift.

Ich bitte Sie, dem Beschluss des Nationalrates und dem Antrag der Minderheit zu folgen.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Sie haben Recht: Trotz Gewerbeverband, Economiesuisse und wer da alles aufgezählt worden ist, bin ich klar für die Mehrheit. Weshalb?

Gesellschaftspolitisch versuchen wir ja einen Eiertanz zwischen der in den Ehen, die vor 1988 geschlossen wurden, gelebt und mengenmässig noch vorherrschenden traditionellen Aufgabenteilung und dem Phasenmodell mit Ausbildung, Familie, Wiedereinstieg. Es sind diese gesellschaftlich vorherrschenden Modelle, welche – gekoppelt mit der tiefen Geburtenrate seit Mitte der Sechzigerjahre und der wachsenden Anzahl von Menschen, die nie heiraten – die finanziellen Probleme in der Altersvorsorge schaffen. Längerfristig gesehen bedarf es aus meiner Sicht daher der intellektuellen Redlichkeit: Entweder sagen wir den Leuten, dass wir diese Lebensformen weiterhin als die gewünschten ansehen, und finanzieren sie entsprechend grosszügig, was mit Kosten verbunden ist; oder wir sagen deutlich, dass es sich um Lebensmodelle handelt, die eher der Vergangenheit angehören. Wir müssen also schon heute, bei entsprechenden Übergangsfristen – diese haben Sie bei der Lösung der Mehrheit –, Frauen und Männer, Verheiratete, Verwitwete, Geschiedene und Ledige in der AHV und im BVG gleich behandeln. Nur damit setzen wir das Eherecht von 1988 auch in den Sozialversicherungen um.

Konkret braucht die Angleichung der Witwenrente eine grosszügige Übergangsfrist. Ihre Angleichung kann



aber nicht aufgeschoben werden, denn die junge – und das ist meine Meinung – heiratswillige Frau muss genau wissen, was sie dereinst erwartet, sollte sie Witwe werden. Nur so kann sie ihren individuellen Lebensentwurf aufgrund gesicherter Rahmenbedingungen festlegen. Gleichzeitig sind alle flankierenden Massnahmen zu treffen, die dazu führen, dass die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft ohne überdurchschnittliche Parforceleistungen seitens der Mutter möglich ist.

Noch einmal: Wir machen diese Revision nicht für die Generation, welche 2010 in Pension geht, sondern unter anderem für diejenige, die 2002 in den Erwerbsprozess eingetreten ist.

AB 2002 S 1002 / BO 2002 E 1002

Aus diesen Gründen bitte ich Sie eindringlich, der Mehrheit zu folgen.

Brunner Christiane (S, GE): Je trouve que la minorité a beaucoup de peine à expliquer sa position et qu'elle se noie pratiquement dans les détails. Car finalement, la chose est très simple.

La proposition de la majorité consiste à dire que le moment le plus grave et le plus difficile à surmonter, pour une mère ou un père dont le conjoint est décédé, c'est celui où elle/il a des enfants dont elle/il doit s'occuper. La véritable difficulté, c'est à ce moment-là. Je crois que la proposition de la majorité de la commission veut tenir compte de la présence d'enfants: vous savez bien que si vous avez deux ou trois enfants – que ce soit pour un homme ou pour une femme – et que votre conjoint est décédé, à ce moment-là ou bien vous avez des frais énormes de garde, etc., ou bien de toute façon vous ne pouvez pas exercer une activité lucrative à plein temps – c'est la même chose pour un homme ou pour une femme dont le conjoint est décédé. C'est pour tenir compte de cette situation que la proposition de la majorité va dans le sens d'un abaissement de la rente de conjoint survivant et d'une augmentation de la rente d'orphelin.

L'argumentation qui consiste à dire qu'avec le principe de surassurance, finalement, on n'atteint pas le but qu'on voulait atteindre, moi, je n'y crois pas. Je connais beaucoup de personnes dont le conjoint n'avait pas forcément un deuxième pilier extrêmement développé ou était éventuellement indépendant, et qui se trouvent dans une situation difficile avec des enfants qui n'ont pas encore atteint 18 ans et dont il faut s'occuper.

C'est dans l'AVS qu'il faut trouver la solution parce que c'est une solution qui concerne tout le monde, alors que les questions de surassurance, finalement, ne visent qu'une petite minorité qui ne pourra pas profiter pleinement de la proposition que fait la majorité. Mais, je suis persuadée que la majorité des familles qui se trouvent dans cette situation dramatique d'avoir un des parents qui décède, profitera de la solution que la majorité propose d'apporter dans l'AVS. C'est aussi une solution d'avenir qui tient compte de l'évolution de la situation dans notre société et, surtout, des cas de veuvage lorsqu'il y a des enfants.

Je vous demande instamment de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

Spoerry Vreni (R, ZH): Der Minderheitsantrag David zeigt, dass wir in diesem Land immer noch sehr besorgte Ehemänner haben, denn die Minderheit David besteht ja ausschliesslich aus Männern. Grundsätzlich ist das tröstlich, und wir wissen das zu schätzen. Ich möchte hier eine Reminiszenz an die Zeit machen, als die AHV eingeführt wurde: Damals bestand unser Parlament ja nur aus Männern, und schon damals waren die Männer ausserordentlich um ihre Frauen und potenziellen Witwen besorgt. Sie setzten dannzumal ein unterschiedliches Rentenalter für die verheirateten und für die ledigen erwerbstätigen Frauen fest. Letztere mussten dannzumal bis zum 65. Altersjahr arbeiten, während die Ehefrauen mit 60 Jahren rentenberechtigt wurden. Schrittweise brachte man dann zustande, dass zunächst einmal das Rentenalter für alle Frauen gleich wurde; es wurde nämlich auf 62 Jahre festgesetzt. Die Männer sahen für sich auch keine Witwenrente vor, führten aber eine ziemlich gute Witwenrente ein. Für sich selbst sorgten sie also nicht. Die gesellschaftliche Entwicklung ging wie gesagt weiter. Heute beantragen wir, das Rentenalter von Männern und Frauen gleich festzulegen, nämlich auf 65 Jahre. Es gibt auch eine Witwenrente.

Ihre Kommission, die fast zur Hälfte aus Frauen besteht und von einer Bundesrätin begleitet wurde, beantragt Ihnen, bei der Witwenrente einen Schritt zu machen, welcher der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt. Wir haben in der Schweiz eine sehr hohe Erwerbsquote der Frauen und eine klar steigende Erwerbsquote der Frauen ab 45 Jahren. Es zeigt sich ganz deutlich, dass bereits die heutige und noch mehr die zukünftige Frauengeneration sich zum Mindesten partiell wieder in den Arbeitsmarkt integrieren, wenn die Kinder einmal ausgeflogen sind. Das ist auch vom Arbeitsmarkt her mehr als erwünscht. Zudem: Wir nehmen ihnen die Witwenrente ja nicht weg – auch dann nicht, wenn die Kinder ausgeflogen sind –, sondern reduzieren sie um 20 Prozent.

Was die Überversicherung anbetrifft, die vorher so stark betont worden ist, gehe ich davon aus, dass Frau Bundesrätin Dreifuss dazu noch etwas sagen kann. Sicher ist, dass die Beispiele, die uns unterbreitet wurden,



von gut ausgebauten Beamtenpensionskassen stammen. Es gibt natürlich auch das BVG-Minimum, und dort sieht es weniger komfortabel aus. Kürzungen wegen Überversicherungen gibt es im Übrigen schon heute, das ist nichts Neues. Aber wir sind überzeugt davon, dass es bei Frauen, die mehrere Kinder hatten – mindestens in einigen Fällen, dort, wo es am notwendigsten ist –, zu einer Besserstellung führen kann.

Wichtig ist noch, darauf hinzuweisen, dass die Reduktion der Witwenrente im Alter, also nach dem Pensionierungsalter, wenn die Möglichkeit, zusätzlich etwas zu verdienen, nicht mehr besteht, wieder dahinfällt und die normale Altersrente Platz greift. Dann, wenn der Sozialschutz wieder nötig ist, dann greift er auch wieder Platz. Unter all diesen Aspekten scheint es uns vertretbar, dass wir diesen kleinen Schritt analog zur gesellschaftlichen Entwicklung tun. Er ist ein guter Kompromiss zwischen dem "Weitschuss" des Bundesrates und der von mir aus gesehen – entschuldigen Sie – etwas rückwärts gerichteten Haltung des Nationalrates und der Minderheit. Diesen Kompromiss können wir mit gutem Gewissen unterstützen.

Dreifuss Ruth (,): Le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité. Celle-ci lui paraît faire preuve d'un meilleur respect des charges d'éducation en tenant compte du nombre d'enfants, en augmentant le montant de la rente d'orphelin par rapport à celui de la rente de veuve; elle permet de tenir compte le mieux possible du changement dans l'activité des femmes, que l'on a constaté dans ma génération.

Par ailleurs, on me demande d'intervenir pour préciser un certain nombre de points. J'aimerais en préciser deux et en rappeler un, à savoir que cette révision innovera, dans le sens qu'elle assurera le droit aux prestations complémentaires également dans les cas où la rente n'est pas versée. C'est-à-dire que dans tous les cas de veuvage qui ne donnent pas droit à une rente, le droit aux prestations complémentaires est accordé indépendamment du droit à la rente. C'est, je crois, un grand progrès et cela répond à la préoccupation sociale pour les revenus les plus bas, dont faisaient état aussi bien le rapporteur de la commission que le porte-parole de la minorité.

Ensuite, il s'agit de savoir ce qui se passe lorsqu'il y a combinaison d'assurances. C'est l'argument qui a été amené par M. David et par M. Frick, président de la commission.

Je vais m'efforcer d'informer, car c'est quelque chose de relativement technique, mais en précisant bien qu'il faut distinguer les cas où il y a combinaison ou non-combinaison d'assurances, et si elles concourent à une situation. Dire qu'il n'y a pas de changement ou pas d'amélioration de la situation paraît faux. S'il n'y avait que l'assurance-accidents ou que le deuxième pilier, le salaire de remplacement serait plafonné à 80 pour cent. Lorsqu'on combine AVS, deuxième pilier, assurance-accidents, le plafond s'élève à 90 pour cent. On ne peut donc pas dire que ce qui est versé par l'AVS vient immédiatement en déduction de ce qui est payé par les autres assurances et n'améliore pas la situation de la veuve qui doit recevoir cette rente. Voilà l'explication que je crois pouvoir donner. Effectivement, dans notre système d'assurances sociales, il est difficile d'imaginer tous les cas de combinaison d'assurances et de savoir dans quel cas il pourrait y avoir un simple système de vases communicants qui n'améliorerait pas la situation des femmes ayant beaucoup d'enfants.

AB 2002 S 1003 / BO 2002 E 1003

Nous considérons que la solution de la majorité est vraiment beaucoup plus respectueuse que celle du Conseil fédéral du fait qu'il y a encore de nombreuses familles qui vivent selon un modèle plus traditionnel où l'épouse reste à travailler au ménage, même si elle n'a pas de tâche éducative à assumer. Elle tient compte en même temps de la dureté qu'il y aurait, dans le projet du Conseil fédéral, à économiser à cette rubrique plus de 700 millions de francs. La proposition de la majorité de la commission réduit les prestations de 250 millions de francs, alors que celle de la minorité, qui consiste au fond à faire le minimum et à protéger toutes les femmes qui ont eu des enfants en les maintenant dans le système actuel sans perspective de modification, économise 120 millions de francs. J'ai encore insisté sur les notions d'"à tout jamais" ou de "sans perspective de changement", parce que tous les modèles en présence garantissent aux veuves qui sont actuellement déjà dans le système le maintien des droits acquis.

Si vous adoptez la proposition de la majorité, j'aimerais dire qu'il vaudra peut-être la peine de revoir la rédaction de l'alinéa 1er lettre b dans le cadre de la procédure d'élimination des divergences. Nous ne l'avons pas défendue en commission parce que si elle essaie d'éviter des injustices, à nos yeux, il y a un domaine où on n'arrive jamais à éviter toutes les injustices. Ainsi le montre l'exemple qu'ont construit mes collaborateurs: une femme qui, peu avant le décès de son mari, perdrait un enfant juste avant qu'il ait l'âge de cinq ans – c'est-à-dire une femme doublement touchée – et qui aurait interrompu sa vie professionnelle pour s'occuper de ce bébé, se verrait immédiatement "jetée dans l'eau froide" et ne recevrait pas de rente de veuve, alors qu'une femme devenue veuve tardivement après avoir eu des enfants au début du mariage, qui seraient morts





à six ans, recevrait une rente de veuve. Cette lettre b demanderait certainement à être revue dans le cadre de la procédure d'élimination des divergences.

Mais le modèle de la majorité – et c'est de ça que nous parlons maintenant – est un modèle prudent, social et respectueux de la situation présente. Il mérite de ce fait votre soutien.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 15 Stimmen

Abs. 3–5 – Al. 3–5

Angenommen – Adopté

Art. 23a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 23a

Proposition de la commission

Majorité

Biffer

Minorité

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 24

Antrag der Kommission

Mehrheit

Titel

Besondere Bestimmungen

Abs. 1

Witwen haben überdies Anspruch auf eine Witwenrente, wenn sie:

- a. im Zeitpunkt der Verwitwung eine Person betreuten, die ihnen Anspruch auf Betreuungsgutschriften im Sinne von Artikel 29septies gab;
- b. vor der Verwitwung während mindestens fünf Jahren eine Person betreuten, die ihnen Anspruch auf Betreuungsgutschriften im Sinne von Artikel 29septies gab;
- c. im Zeitpunkt der Verwitwung das Rentenalter im Sinne von Artikel 21 erreicht haben.

Abs. 2

Witwen haben Anspruch auf eine Entschädigung im Betrag einer Jahresrente nach Artikel 36 Buchstabe a, wenn sie die Voraussetzungen für eine Witwenrente nach Artikel 23 Absatz 1 oder Artikel 24 Absatz 1 nicht erfüllen, jedoch bei der Verwitwung das 45. Altersjahr zurückgelegt haben und fünf Jahre verheiratet waren.

Abs. 3

Zusätzlich zu den in Artikel 23 Absatz 4 aufgezählten Beendigungsgründen erlischt der Anspruch auf die Witwenrente, wenn das letzte Kind des Witwers das 18. Altersjahr vollendet hat.

Minderheit

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Art. 24

Proposition de la commission

Majorité

Titre

Dispositions spéciales

Al. 1

Les veuves ont en outre droit à une rente si:

- a. au décès du conjoint, elles ont pris en charge une personne leur permettant de prétendre à une bonification pour tâche d'assistance au sens de l'article 29septies;
- b. avant le décès du conjoint, elles ont pris en charge pendant cinq ans au moins une personne leur permettant de prétendre à une bonification pour tâche d'assistance au sens de l'article 29septies;
- c. au décès du conjoint, elles avaient atteint l'âge prescrit à l'article 21.

Al. 2

Les veuves ont droit au versement d'une indemnité correspondant au montant d'une rente annuelle au sens de l'article 36 lettre a si, au décès de leur conjoint, elles ne remplissent pas les conditions prévues pour l'obtention d'une rente de veuve au sens de l'article 23 alinéa 1er ou de l'article 24 alinéa 1er, mais qu'elles ont atteint 45 ans révolus et ont été mariées pendant cinq ans au moins.

Al. 3

Outre les causes d'extinction mentionnées à l'article 23 alinéa 4, le droit à la rente de veuf s'éteint lorsque le dernier enfant atteint l'âge de 18 ans.

Minorité

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 24a

Antrag der Kommission

Titel

Geschiedene Ehegatten

Abs. 1

....

- a. Kinder von ihrem ehemaligen Ehegatten hat
- b. das jüngste dieser Kinder das 18. Altersjahr vollendet hat, nachdem sie selbst ihr 45. Altersjahr zurückgelegt hat;
- c. sie überhaupt keine Kinder hat, ihre Ehe jedoch mindestens zehn Jahre gedauert hat und die Scheidung nach dem 45. Altersjahr erfolgte.

AB 2002 S 1004 / BO 2002 E 1004

Abs. 2

Erfüllt die geschiedene Person die Voraussetzungen von Absatz 1 Buchstaben a oder b nicht, hat sie einen Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente nur, wenn und solange sie Kinder von ihrem ehemaligen Ehegatten hat, die noch nicht 18 Jahre alt sind.

Abs. 3

Kindern im Sinne von Absatz 1 sind gleichgestellt:

- a. Kinder des verstorbenen ehemaligen Ehegatten, die im Zeitpunkt seines Todes mit der geschiedenen Person im gemeinsamen Haushalt leben und von ihr als Pflegekinder im Sinne von Artikel 25 Absatz 3 aufgenommen werden;
- b. Pflegekinder im Sinne von Artikel 25 Absatz 3, die während der gemeinsamen Ehe aufgenommen wurden und die im Zeitpunkt des Todes des ehemaligen Ehegatten mit der geschiedenen Person im gemeinsamen Haushalt leben und von ihr adoptiert werden.

Art. 24a





Proposition de la commission

Titre

Conjoints divorcés

Al. 1

....

- a. si elle a un ou plusieurs enfants de son ex-conjoint et
- b. si le plus jeune de ces enfants a eu 18 ans révolus après qu'elle a atteint 45 ans révolus;
- c. si, n'ayant aucun enfant, son mariage a duré au moins dix ans et si le divorce a eu lieu après qu'elle a atteint 45 ans révolus.

Al. 2

Si la personne divorcée ne remplit pas les conditions de l'alinéa 1er lettre a ou b, elle n'a droit à une rente de veuve ou de veuf que si et aussi longtemps qu'elle a des enfants de son ex-conjoint qui ont moins de 18 ans.

Al. 3

Sont assimilés aux enfants au sens de l'alinéa 1er:

- a. les enfants de l'ex-conjoint décédé qui, lors de son décès, vivaient en ménage commun avec la personne divorcée et qui sont recueillis par cette dernière, au sens de l'article 25 alinéa 3;
- b. les enfants, recueillis au sens de l'article 25 alinéa 3 pendant le mariage commun, qui, lors du décès de l'ex-conjoint, vivaient en ménage commun avec la personne divorcée et qui sont adoptés par cette dernière.

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Die geschiedenen Personen wurden bisher den Witwen oder Witwern nur gleichgestellt, wenn sie beim Tod ihres ehemaligen Ehegatten Kinder hatten und die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hatte, wenn die Scheidung nach dem 45. Altersjahr und nach zehn Jahren Ehedauer erfolgte oder wenn das jüngste der Kinder 18 Jahre alt geworden ist, nachdem die geschiedene Person ihr 45. Altersjahr zurückgelegt hat. Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, wird bis zum 18. Altersjahr des jüngsten Kindes eine temporäre Rente ausgerichtet; es ist nicht notwendig, dass die Kinder ein Kindsverhältnis zum ehemaligen Ehegatten haben.

Der Bundesrat wollte hier mit seinem Entwurf eine vollkommene Gleichstellung von Verheirateten und Geschiedenen. Der Nationalrat hat sich für die Beibehaltung des Status quo für Geschiedene mit Kindern und für die Aufhebung des Rentenanspruchs für Geschiedene ohne Kinder entschieden.

Auch die Kommission beantragt Ihnen die Beibehaltung des Status quo, belässt aber bei Geschiedenen mit Kindern den Rentenanspruch nur dann, wenn die geschiedene Person beim Tod des ehemaligen Ehegatten noch Kinder – eigene, Adoptiv- oder Pflegekinder – des ehemaligen Ehegatten hat.

Angenommen – Adopté

Art. 24b Abs. 2

Antrag der Kommission

Der Bundesrat regelt das Zusammentreffen einer einmaligen Entschädigung für eine Witwe mit einer Alters- oder Invalidenrente.

Art. 24b al. 2

Proposition de la commission

Le Conseil fédéral règle le concours d'une indemnité unique de la veuve avec une rente de vieillesse ou d'invalidité.

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Zu Absatz 2 von Artikel 24b: Hier schlägt die Kommission vor, dass der Bundesrat die Anspruchskonkurrenz zwischen einer Alters- oder Invalidenrente und der einmaligen Entschädigung für Witwen regelt. Das Problem stellte sich bei den ursprünglichen Vorschlägen des Bundesrates zur Witwenrente nicht. Der Nationalrat hat es nicht behandelt, da die betroffenen Fälle sehr selten sein werden. Trotzdem rechtfertigt sich hier eine Regelung.

Angenommen – Adopté

Art. 29bis Abs. 2; 29quinquies Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates





Art. 29bis al. 2; 29quinquies al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 29septies

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... oder Geschwister mit einem anerkannten Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV, der IV, der obligatorischen Unfallversicherung

Abs. 3

.... kann das Erfordernis der Erreichbarkeit näher

Art. 29septies

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 3

Le Conseil fédéral peut définir plus précisément la facilité de prise en charge. Il règle

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Der Bundesrat will den Anspruch auf Betreuungsgutschriften auch auf Personen ausdehnen, die Empfänger oder Empfängerinnen einer Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung oder der Militärversicherung betreuen, denn die Pflegeintensität ist bei diesen Personen nicht anders als bei jenen, die eine Hilflosenentschädigung der AHV/IV beziehen. Weil das Erfordernis des gemeinsamen Haushalts den tatsächlichen Gegebenheiten zu wenig Rechnung trägt, soll es fallen gelassen werden. Erforderlich ist nur noch, dass die betreute Person leicht erreichbar ist. Die Änderung, die unsere Kommission in Absatz 1 vorgenommen hat, betrifft lediglich den deutschen Text und hält fest, dass es um einen anerkannten Anspruch geht. Die Änderung in Absatz 3 korrigiert ein Versäumnis, da der neue Absatz 1 nicht mehr vom gemeinsamen Haushalt, sondern eben von der Erreichbarkeit spricht. Sonst habe ich keine Bemerkungen.

Angenommen – Adopté

Art. 30 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2002 S 1005 / BO 2002 E 1005

Art. 30 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Heute werden für die Rentenberechnung die Einkommen nach einer Pauschalmethode aufgewertet. Der Bundesrat beantragt die Einführung der jahresweisen Aufwertung. Sie ist im Ergebnis kostenneutral. Es profitieren davon Versicherte mit kleinen Einkommen. Ein einheitlicher Aufwertungsfaktor stellt auch die Frauen nicht schlechter, haben wir festgestellt.

Angenommen – Adopté

Art. 30bis; 30ter Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



**Art. 30bis; 30ter al. 3***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 33ter Abs. 1, 2, 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 33ter al. 1, 2, 4*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Hier geht es um den Anpassungsrythmus der Renten. Bis 1994 galt für die Anpassung der Dreijahresrythmus. Seither werden die Renten in der Regel im Zweijahresrythmus der Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Steigt die Teuerung um mehr als 4 Prozent an, wird der Zweijahresrythmus unterbrochen. Der Bundesrat schlägt vor, als Bremse für eine Erhöhung der Ausgaben die Renten wieder im Dreijahresrythmus der Teuerung anzupassen. Früher findet diese Anpassung wiederum statt, wenn seit der letzten Erhöhung die Preise um mehr als 4 Prozent angestiegen sind. Beibehalten bleibt der bisherige Mischindex, der also je hälftig auf der Lohnentwicklung und der Preisentwicklung beruht. Auf lange Sicht werden durch die Änderung jährliche Einsparungen von 150 Millionen Franken erwartet. Der Antrag geht also in Richtung Konsolidierung der Finanzlage der AHV.

Der Nationalrat ist dem Entwurf des Bundesrates gefolgt, nachdem Varianten verworfen wurden, entweder bei der heutigen Regelung zu bleiben oder aber umgekehrt die Anpassung nur alle vier Jahre vorzunehmen. Auch Änderungen des Mischindex wurden verworfen. Unsere Kommission schliesst sich Bundesrat und Nationalrat an, insbesondere auch mit Blick auf den folgenden Artikel 33quater, der quasi einen Notausgang darstellt.

*Angenommen – Adopté***Art. 33quater***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Schon jetzt kann der Bundesrat eine Änderung des Verhältnisses zwischen Lohn- und Preisindex vorschlagen, wenn es die finanzielle Lage der Versicherung erfordert. Das Gesetz enthält aber keine ausdrückliche Bestimmung, wonach die Renten ausschliesslich der Preisentwicklung angepasst werden könnten.

Mit dem vom Nationalrat neu eingefügten Artikel 33quater soll sichergestellt werden, dass der Ausgleichsfonds die nötigen Mittel enthält, die es für die Ausrichtung der jährlichen Rente und deren Anpassung an die Teuerung braucht. Er steht anstelle des vom Bundesrat vorgeschlagenen Artikels 130 Absatz 5 der Bundesverfassung. Die neue Bestimmung enthält auch einen präventiven Aspekt. Bei einer möglichen Volksabstimmung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV nimmt das Volk zur Kenntnis, dass die AHV-Renten gekürzt werden, wenn die von Bundesrat und Parlament beantragte Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zustande kommt. Stimmt in diesem Fall das Volk nicht zu, weiss es mindestens zum Voraus, dass sodann der Bundesrat dem Parlament beantragt, die Renten nur noch der Preisentwicklung anzupassen. Es entscheidet nicht der Bundesrat selbst, sondern das Parlament oder das Volk. Der Warnfinger ist damit aber klar erhoben.

*Angenommen – Adopté***Art. 36 Abs. 1***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Die Witwen- oder Witwerrente beträgt:



- a. 60 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente;
- b. 80 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente, sobald die Witwe das Rentenalter im Sinne von Artikel 21 erreicht hat.

Minderheit

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Streichen

Art. 36 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

La rente de veuve ou de veuf s'élève à:

- a. 60 pour cent de la rente de vieillesse correspondant au revenu annuel moyen déterminant;
- b. 80 pour cent de la rente de vieillesse correspondant au revenu annuel moyen déterminant, dès que la veuve a atteint l'âge de la retraite prescrit à l'article 21.

Minorité

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 37 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Die Waisenrente beträgt 60 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente.

Minderheit

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Streichen

Art. 37 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

La rente d'orphelin s'élève à 60 pour cent de la rente de vieillesse correspondant au revenu annuel moyen déterminant.

Minorité

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 39

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

AB 2002 S 1006 / BO 2002 E 1006

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Bis jetzt kann nur die ganze Rente maximal um fünf ganze Jahre, aber nicht um weniger als ein Jahr aufgeschoben werden. In gewissen Fällen, z. B. für Bezüger von IV-Renten, kann der Bundesrat den Rentenaufschub ausschliessen. Die aufgeschobene Rente wird um einen Zuschlag erhöht, der sich auch auf allenfalls sie ablösende Hinterlassenenrenten auswirkt. Nach dem Entwurf des Bundesrates, dem der Nationalrat gefolgt ist und den auch unsere Kommission unterstützt, kann der



Aufschub nun auch die Hälfte der Rente betreffen. Die Rente kann zudem auch um weniger als ein Jahr aufgeschoben werden. Auf Hinterlassenenrenten wird der Aufschubzuschlag nicht mehr gewährt.

Angenommen – Adopté

Art. 40

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Die Artikel 40ff. behandeln die zweite Pièce de Résistance der Revision, die Ausgestaltung des flexiblen Rentenalters bzw. den Vorbezug der Altersrente und dessen Modalitäten. Artikel 40 und 40bis legen die Grundlagen hierzu. Die eigentliche Diskussion über die Kürzung bei Vorbezug der Altersrente und über das zu wählende System ist aber bei Artikel 40ter ff. zu führen; das wird von meiner Nachfolgerin in der Berichterstattung aus der Kommission, Kollegin Beerli, erläutert werden.

Einige Hinweise zu Artikel 40ff.: Nach heutigem Recht kann nur die ganze Altersrente um ein ganzes Jahr oder um zwei ganze Jahre vorbezogen werden. Die Erwerbstätigkeit muss deswegen weder ganz noch teilweise aufgegeben werden. Während des Vorbezuges wird keine Kinderrente ausgerichtet. Die Berechnung der vorbezogenen Rente erfolgt zum Zeitpunkt, zu dem der Vorbezug wirksam wird. Dieser kann nur für die Zukunft gemacht werden und ist nicht widerrufbar. Dieses heutige System entspricht unserer Arbeitswelt und den individuellen Bedürfnissen nicht mehr; es wird als zu einschränkend empfunden. Der Bundesrat will deshalb den Vorbezug ausweiten. Neu soll er für höchstens 36 Monatsrenten möglich sein. Dies kann drei Jahre eine ganze Rente oder sechs Jahre eine halbe Rente bedeuten. Auch Kombinationen des Vorbezuges der halben und der ganzen Rente und auch halber Vorbezug und halber Aufschub sind zulässig. Im Nationalrat hat diese Regelung Unterstützung gefunden. Indessen wurde Artikel 40 Absatz 2 gestrichen, welcher vorsah, dass bei Vorbezug der ganzen Rente die Erwerbstätigkeit ganz aufzugeben sei und dass für den Vorbezug der halben Rente das Erwerbseinkommen um mindestens ein Drittel reduziert werden müsste. Eine solche Vorschrift wäre kaum überprüfbar.

Unsere Kommission schliesst sich den Beschlüssen des Nationalrates an.

Angenommen – Adopté

Art. 40bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stähelin Philipp (C, TG), für die Kommission: Zu diesem Artikel, welcher die Konkurrenz zwischen vorbezogener Altersrente und Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente neu regelt, habe ich keine ergänzenden Bemerkungen.

Angenommen – Adopté

Art. 40ter

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Vorbezogene Leistungen werden in Form von Rentenkürzungen zurückbezahlt. Die monatliche Kürzung der Rente wird aufgrund der vorbezogenen Durchschnittsrente und des Kürzungssatzes, der auch den Beitragsverlust berücksichtigt, berechnet.

Abs. 2

Wird nur die halbe Rente vorbezogen, so wird bis zum Erreichen des Rentenalters nach Artikel 21 die monatliche Rentenkürzung lediglich aufgrund der Hälfte des Kürzungssatzes berechnet.

Abs. 3

Streichen



Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit I

(Forster, Frick, Jenny)

Abs. 1

Die Rente wird um den versicherungstechnischen Gegenwert der vorbezogenen Leistungen gekürzt. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 2

Der Bundesrat legt die Kürzungssätze für Männer und Frauen fest und ordnet das Verfahren.

Minderheit II

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Die vorbezogenen Renten werden, unter Mitberücksichtigung des Beitragsverlustes, nach versicherungstechnischen Grundsätzen gekürzt. Der Bundesrat setzt die Kürzungssätze fest, die für Männer und Frauen gleich sein müssen. (siehe auch Art. 101ter ff.)

Art. 40ter

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Des prestations perçues avant terme sont remboursées moyennant des réductions de la rente. La réduction mensuelle de la rente est fixée en fonction de la rente moyenne versée par anticipation et du taux de réduction qui prend aussi en compte la perte de cotisations.

Al. 2

Lorsque l'anticipation porte sur la moitié de la rente, la réduction mensuelle de la rente jusqu'à l'âge de la retraite au sens de l'article 21 est fixée sur la base de la moitié du taux de réduction.

Al. 3

Biffer

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité I

(Forster, Frick, Jenny)

Al. 1

La rente est réduite d'un montant correspondant à la contre-valeur actuarielle des prestations perçues avant terme. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe les taux de réduction pour les hommes et les femmes et ordonne la procédure.

Minorité II

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Les rentes anticipées sont réduites d'après les principes actuariels en tenant également compte des pertes de cotisation. Le Conseil fédéral fixe les taux de réduction, qui doivent être les mêmes pour les hommes et pour les femmes. (voir aussi les articles 101ter et suivants)

AB 2002 S 1007 / BO 2002 E 1007

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: In den Artikeln 40ter ff. werden die Folgen des Rentenvorbezuges geregelt. Meistdiskutierte Themen sind in diesem Zusammenhang die finanziellen Auswirkungen des Vorbezuges und die Möglichkeit, für tiefe Einkommen eine Abfederung der Rentenkürzung vorzusehen. Es stehen sich mit der Mehrheit, der Minderheit I und der Minderheit II drei Konzepte gegenüber, die als solche vorzustellen sind.

Die Mehrheit folgt in weiten Teilen den Entscheiden des Nationalrates und bringt noch einige verfeinernde Verbesserungen an. Die Minderheit I spricht sich zwar für die Flexibilisierung aus, möchte jedoch die Renten





in jedem Fall von Vorbezug klar nach versicherungstechnischen Gesichtspunkten kürzen. Die Minderheit II stellt ein ganz neues Konzept vor, in dem über einen durch die Mehrwertsteuer gespiesenen Fonds kollektive und individuelle Überbrückungshilfen zugunsten wirtschaftlich schwacher Personen geleistet werden.

Ich beschränke mich zurzeit darauf, Ihnen die Lösung der Mehrheit der Kommission vorzustellen. Zu den Anträgen der Minderheiten I und II werde ich nach deren Vorstellung durch deren Vertreter Stellung beziehen. Es ist ohne Zweifel so – und hier teilt die Mehrheit der Kommission die Meinung der Minderheit I –, dass es angesichts der demographiebedingten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die uns bereits in etwa sechs Jahren einen Rückgang der Erwerbstätigen bescheren werden, nicht angehen kann, die vorzeitige Pensionierung zu propagieren oder zu attraktiv auszugestalten. Dieses Ziel verfolgt weder der Bundesrat noch der Nationalrat noch die Mehrheit der Kommission. Was wir jedoch möchten, ist, auch Personen mit niedrigem Einkommen und demzufolge tiefer Rente einen vorzeitigen Ruhestand zu ermöglichen.

Im heutigen System ist festzustellen und fällt auf, dass sich überdurchschnittlich viele Kaderleute vorzeitig pensionieren lassen, während bei Leuten mit niedrigem Einkommen und häufig harter körperlicher Tätigkeit in den letzten Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter leider häufig eine Invalidisierung erfolgt. Die Kommission schlägt Ihnen daher wie der Nationalrat vor, zur Abfederung der Rentenkürzungen bei einem Vorbezug von Personen mit niedrigem Einkommen den Betrag von insgesamt 400 Millionen Franken im Jahr einzusetzen. Möglich ist der Rentenvorbezug ab dem 62. Altersjahr; die halbe Rente kann ab dem 59. Altersjahr vorbezogen werden.

Die Rente wird nach der Vorbezugsdauer und dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgeblich ist, d. h. inklusive Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, gekürzt. Die Kürzung begünstigt die kleinen bis mittleren Einkommen in einer ersten, tiefsten Stufe bis zu einem Einkommen von 49 440 Franken, in einer zweiten Stufe bis zu einem Einkommen von 74 160 Franken; nachher wird der volle versicherungstechnische Abzug gemacht.

Wie bei der Lösung des Nationalrates ist die Erwerbsaufgabe während der Rentenvorbezugsphase nicht erforderlich. Die Kommission geht hier wie der Erstrat davon aus, dass die Aufgabe der Erwerbstätigkeit nur schwer überprüft werden kann und dass bei ins Ausland ziehenden Rentenbezüglern eine Überprüfung praktisch unmöglich ist. Es würde bei der Einführung dieses Erfordernisses demzufolge eine faktische Ungleichheit zwischen den in der Schweiz und den im Ausland wohnhaften Rentenbezüglern geschaffen.

Die Kommission hat es zudem als richtig erachtet, in Artikel 40quater Absatz 2 eine Bestimmung einzufügen, die verhindert, dass verheiratete Frauen in guten finanziellen Verhältnissen, die nicht oder nur beschränkt erwerbstätig sind, von "zu guten" Kürzungssätzen profitieren zu einem Zeitpunkt, in dem sie in ungetrennter Ehe leben und wegen des noch vorhandenen Erwerbseinkommens des Ehemannes nicht auf dieses Privileg angewiesen sind. Es wird in diesen Fällen zur Festsetzung des Kürzungssatzes bereits ein Splitting im ersten Versicherungsfall vorgenommen.

Wie ich bereits erwähnt habe, hat die Mehrheit der Kommission beschlossen, die Kürzungssätze nach dem durchschnittlichen Jahreseinkommen abzustufen, das für die Berechnung der vorbezogenen Altersrente massgeblich ist, d. h. nach einem Einkommen, das sowohl das Erwerbseinkommen als auch die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften umfasst. Im Vergleich zur Lösung des Nationalrates, der ausschliesslich das Erwerbseinkommen einbeziehen wollte, setzt der Antrag der Kommission 20 Millionen Franken frei, die für eine Herabsetzung der Kürzungssätze verwendet werden sollen. Da das Vorbezugsmodell kleine Einkommen privilegieren soll, beantragen wir Ihnen, die Kürzungssätze nur für die unteren Einkommensklassen herabzusetzen. Gegenüber dem Nationalratsmodell ergeben sich so Unterschiede von 0,2 Prozent.

Da die Umsetzung der Beschlüsse der Kommission zu einem Artikel 40ter mit sieben Absätzen geführt hätte, wurde die Gesetzesbestimmung neu auf zwei Artikel aufgeteilt.

Artikel 40ter enthält die Grundsätze und Artikel 40quater (neu) die Berechnungssätze. Um hier vielleicht Klarheit in die Zahlen zu bringen: Die erste Stufe der Kürzung bis zum 48fachen Betrag der Minimalrente geht bis zu einem Jahreseinkommen von 49 440 Franken; die zweite Stufe der Kürzung bis zum 72fachen Betrag der Minimalrente geht bis zu einem Jahreseinkommen von 74 160 Franken. Alle darüber hinausgehenden Einkommen – dies sei noch einmal präzisiert – werden nach quasi versicherungstechnischen Sätzen gekürzt. Ich bitte Sie, bei Artikel 40ter den Grundsatzentscheid zu fällen und der Mehrheit der Kommission zu folgen. Damit entscheiden Sie gleichzeitig auch über die von der Minderheit II in den Artikeln 101ter ff. beantragten Neuerungen, die Ihnen Herr David nunmehr vorstellen wird und auf die ich im Anschluss an die Vorstellung durch die Minderheit gerne noch einmal eingehen möchte.

Bei Artikel 40quater, bei der Höhe der Kürzungssätze, wird anschliessend noch der Antrag der Minderheit I (Brunner Christiane) zu behandeln sein, die jedoch nicht ein gegenüber der Mehrheit grundsätzlich anderes Konzept vorschlägt, sondern lediglich tiefere Kürzungssätze beantragt, was gegenüber der Fassung der Mehr-



heit Mehrausgaben von jährlich 100 Millionen Franken mit sich bringen würde. Auf diese Frage kann nach gefälligem Grundsatzentscheid eingegangen werden.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Auch ich habe Verständnis für den Wunsch und den Trend zur vorzeitigen Pensionierung, und auch ich würde ihm gerne Rechnung tragen. Doch möchte ich Sie an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, was während den Debatten zur 10. AHV-Revision im Rat und was später vor der Abstimmung an sämtlichen Podien immer wieder betont wurde: Angesichts der demographischen Entwicklung müsse die nächste Revision, also die jetzt anstehende Revision, klar eine Finanzierungs- und Konsolidierungsrunde sein. Die Zeiten für Sozialausbau – und darum handelt es sich ja letztlich – sind aus finanzieller Sicht vorbei. Angesichts der Alterung der Gesellschaft und der längeren Lebenserwartung ist es zudem nach meiner Meinung widersinnig, Anreize zur Frühpensionierung zu schaffen. Diesen Weg gehen wir aber – entgegen den Beteuerungen der Berichterstatteerin –, auch wenn wir nur für bestimmte Einkommensschichten Sonderlösungen vorsehen.

Ich bin deshalb klar der Auffassung, dass in der AHV nur eine versicherungsmathematische Rentenkürzung beim Vorbezug zur Anwendung kommen kann. Spezifische Lösungen für bestimmte Berufe müssen in den Branchen zwischen den Sozialpartnern getroffen werden. Finanziell realistische Lösungen für einen vorzeitigen Altersrücktritt auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen oder mit Berufen, die aus gesundheitlichen Gründen nach einer vorzeitigen Pensionierung rufen, sind von den Sozialpartnern im Rahmen der zweiten Säule zu suchen. Es kann nicht Sache des Gesetzgebers bzw. der AHV-

AB 2002 S 1008 / BO 2002 E 1008

Gesetzgebung sein, sich in Details zu verlieren, besonders deshalb, weil relativ kleine Summen zur Verfügung stehen. Mit den 400 Millionen Franken sollen die bei einem vorzeitigen Rentenbezug erforderlichen Kürzungen der AHV-Renten um rund 40 bis 100 Franken sozial abgedeckt werden. Bei Renten zwischen 1400 und 1600 Franken ist das lediglich ein Tropfen – aber ein teurer Tropfen – auf den heissen Stein.

Betrachten wir einmal die Auswirkungen etwas genauer, so fällt Folgendes auf: Ein Einkommen von z. B. 48 000 Franken im Jahr ergibt eine Vollrente von 1688 Franken in der AHV. Das heisst, dass es für eine allein stehende Person ohne übriges Haushalteinkommen bei einer Teilrente kaum möglich ist, in Rente zu gehen, es sei denn, sie nehme trotzdem bestehende Gefässe wie die Ergänzungsleistungen in Anspruch. Vor allem die Minderheit II verschärft mit ihren Kürzungssätzen die "Ungerechtigkeit" in den Übergangszonen von einer Einkommensgrenze zur anderen. Ich meine, für eine Volksversicherung sei das schlecht. So oder so erhalten mit der Abfederung primär Teilzeit arbeitende Zusatzverdienende vermehrt Anreize, vorzeitig in Rente zu gehen. Ich frage Sie: Ist das angesichts der demographischen Entwicklung richtig?

Der sozialpolitische Wert der Abfederung ist also nach meiner Ansicht primär symbolisch und kaum funktional. Diese Mehrbelastungen wirken sowohl für den AHV-Haushalt wie auch für den Bundesfinanzhaushalt belastend und sind kontraproduktiv. Ich frage mich daher wohl nicht ganz zu Unrecht, was denn damit letztlich gewonnen wird. Eine vorzeitige Pensionierung ist zudem nur möglich, wenn auch die Pensionskassen, sei es auf freiwilliger oder auf gesetzlicher Basis, mit der AHV gleichziehen. Bekanntlich sind die Kosten im BV-Bereich höher als bei der AHV; ergo müsste beim Nachziehen im BVG mit zusätzlichen Kosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmende gerechnet werden. Mir ist sehr wohl bekannt, dass viele Kassen die Möglichkeiten der vorzeitigen Pensionierung kennen, dies zumindest bei der öffentlichen Hand; in der Privatwirtschaft finden wir das seltener und weit weniger noch bei den KMU.

Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie, der Minderheit I zuzustimmen.

David Eugen (C, SG): Die Minderheit II strebt wie die Mehrheit eine Flexibilisierung des Rentenalters an, aber begrenzt auf die Altersgruppe der 62- bis 65-Jährigen. Dieses Ziel wollen wir mittragen. Was wir aber nicht wollen, ist ein Einstieg in eine generelle Reduktion des Rentenalters. Unter den Bedingungen, die wir für die Sozialversicherung haben, vor allem jenen demographischer Art, käme ein Einstieg in eine generelle Herabsetzung des Rentenalters nach unserer Überzeugung einer Gefährdung der ersten Säule gleich. Mit Blick auf die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt und immer mehr Rentner immer weniger Erwerbstätigen gegenüberstehen – wir kennen ja die Zahlen –, dass immer weniger Erwerbstätige die Rentner finanzieren sollten, würden wir damit letztlich die Renten gefährden, die wir ja sichern wollen.

Wir in der Schweiz sind mit diesem Problem nicht allein, wir können das Gleiche rund um uns herum beobachten. Wenn wir beispielsweise die gegenwärtige Diskussion in Deutschland verfolgen und hören, was von der rot-grünen Regierung zu diesem Thema gesagt wird, dann hat das Signalwirkung. Es wird auch von der Linken anerkannt, dass wir die Sozialversicherungssysteme gefährden, wenn wir Rentenversprechen abgeben,



die wir nachher nicht einhalten können. Das ist das Schlimmste, was wir tun können. Ich glaube, gerade nach dem, was wir in der Schweiz in diesem Jahr bezüglich der Rentensysteme erlebt haben, sollten wir uns unter allen Umständen darauf beschränken, Rentenversprechen abzugeben, die wir und diejenigen, die nach uns kommen, auch wirklich einhalten können. Daher stehen wir hier schon an einem gewissen Scheideweg.

Die Mehrheit möchte den Schritt zu dieser Verbesserung, zur generellen Möglichkeit der Frühpensionierung über die AHV, jetzt tun. Die Minderheit II möchte sich auf das eigentlich gesetzte Ziel konzentrieren; sie will nämlich die Flexibilisierung auch für die kleinen Einkommen ermöglichen. Unser Vorschlag beinhaltet im Gegensatz zum Vorschlag der Mehrheit keine Kürzung der AHV-Rente ab dem Alter 65. Es ist ein Fehler, diese Kürzung vorzunehmen, vor allem bezogen auf die kleinen Einkommen. Diese Kürzungen dauern nachher lebenslang an. Vom System der Grundrente her, die die AHV ist, von der Grundsicherheit her, halten wir es für falsch, diese Kürzung so vorzusehen.

Zweitens folgt unsere Lösung nicht dem Giesskannenprinzip, sondern ist zielgerichtet und bedarfsorientiert und betrifft nur die unteren Einkommen, d. h. bei Alleinstehenden ein Einkommen bis 50 000 Franken und bei Verheirateten ein Einkommen bis 60 000 Franken. Ich komme nachher nochmals darauf zurück.

Drittens denken wir – und hier teilen wir die Meinung von Frau Forster –, dass diese Altersübergangsrenten primär über die Sozialpartner im Rahmen der zweiten Säule umgesetzt werden müssen. Es ist ein Fehler, wenn wir diese Flexibilisierung und Verbesserung jetzt in einer generalisierten Form über die erste Säule umsetzen wollen, weil wir dann die Mittel nicht zielgerichtet auf die Gruppe konzentrieren können, die es wirklich notwendig hat.

Ich habe es schon gesagt: Wir wollen die Umsetzung über die Sozialpartner im Rahmen der zweiten Säule. Letztlich wollen wir auch – das ist auch ein Vorteil dieses Modells –, dass diese Zusatzleistungen, die Altersüberbrückungsrenten, eigentlich nicht exportiert werden sollen. Zu diesem Zweck, da muss ich jetzt auf die Bestimmungen hinten in der Fahne verweisen – so, wie das auch Frau Beerli ausgeführt hat –, haben wir den Vorschlag dann in Artikel 101ter; wir fällen aber selbstverständlich den Entscheid bei Artikel 43ter.

Der Vorschlag, den Sie unter Artikel 101ter ff. finden, beinhaltet folgende Punkte:

Die Minderheit II möchte erstens einen Fonds bilden, der öffentliche Mittel für Beihilfen einsetzt, d. h. Subventionen an Zweite-Säule-Institutionen, die Altersüberbrückungsrenten leisten. Frau Beerli hat in ihrem einleitenden Votum erklärt, die Mittel würden aus der Mehrwertsteuer gespiesen. Da muss ich etwas berichtigen: Nach dem Minderheitsantrag II werden alle öffentlichen Mittel, die heute zur Verfügung stehen, nämlich die Tabak-, Alkohol-, Spielbanken- und Mehrwertsteuer eingesetzt – nur die öffentlichen Mittel, das ist richtig. Wenn wir nämlich die Beiträge der Versicherten dazu einsetzen, wird die Leistung exportpflichtig. Aus diesem Grunde – weil wir den Export dieser Leistung nicht möchten – beschränken wir uns auf eine Finanzierung mit den jetzt zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln.

Und wir beschränken den Einsatz der öffentlichen Mittel im Gesetz mit der Bemessungsgrösse 0,12 Mehrwertsteuerprozent. Dieser Betrag entspricht 320 Millionen Franken. Wir wollen also eine gesetzliche Limitierung der eingesetzten Mittel. Darin unterscheiden wir uns von der Mehrheit, denn die Mehrheit schafft einen Rechtsanspruch, der jetzt, auf heute berechnet, bei 400 Millionen Franken liegt, nach oben aber völlig offen ist. Wenn die Zahl der Frühpensionierungen zunimmt, wird dieser Betrag natürlich erheblich zunehmen.

Wir haben nachher, in Artikel 101quater, eine Begrenzung der Begünstigten – ich habe das bereits angesprochen. Wir wollen, dass als Begünstigte Personen gelten, die ihren Aufenthalt in der Schweiz und ein Einkommen von bis zu 50 000 Franken im Falle von Alleinstehenden bzw. bis zu 60 000 Franken im Falle von Verheirateten haben.

Die Leistungen dieses Fonds gehen im Regelfall nicht direkt an die Begünstigten, sondern an die Zweite-Säule-Stiftungen. Diese bestehen aufgrund von Sozialpartnervereinbarungen und geben die Altersüberbrückungsrenten dann eben über ihre bestehenden Zweite-Säule-Institutionen; das sind in der Regel Pensionskassen. Mit anderen Worten: Es ist eine Mithilfe der öffentlichen Hand an diese Zweite-Säule-Institutionen, damit sie solche Leistungen erbringen können. Wie uns allen bekannt ist, ist diese Altersüberbrückungsrente – Frau Forster hat das angesprochen – im Bereich des BVG bereits Tatsache: Es gibt verschiedene Zweite-Säule-

AB 2002 S 1009 / BO 2002 E 1009

Institutionen, die das machen und die das gut machen. Das funktioniert gut. Aber wir wissen auch, dass dies heute im Prinzip nur bei höheren Einkommen umgesetzt ist; hingegen ist es bei tieferen Einkommen nicht umgesetzt.

Insbesondere betrifft das beispielsweise das Personal im Detailhandel, um ein konkretes Beispiel zu nennen. Es betrifft sicher auch die Landwirtschaft, die in Zweite-Säule-Institutionen integriert ist. Es betrifft aber auch das Baugewerbe, das jetzt eine solche Lösung anpeilt, und auch das Personal im Gastgewerbe. Es betrifft





also sicher jene Branchen besonders, die Personen mit tieferen Löhnen beschäftigen. Wir stellen fest, dass mit den heutigen Mitteln eine Flexibilisierung für die tiefen Einkommen sehr schwierig zu realisieren ist. Deshalb wollen wir unsere Mittel in diesem Bereich, bei den tieferen Einkommen, über die bestehenden Zweite-Säule-Institutionen einsetzen.

Den vierten Punkt finden Sie in Artikel 101quinquies Absätze 3 und 4. Wir setzen eine klare Grenze bei den eingesetzten Mitteln. Wenn die Mittel nicht ausreichen, wenn im Rahmen der zweiten Säule bei den Frühpensionierungen ein Wachstum eintritt, werden die staatlichen Mittel nicht mitwachsen können; sie sind auf diese 0,12 Mehrwertsteuerprozent beschränkt. Das heisst mit anderen Worten – es steht auch klar im Antrag –, es müssten die Beihilfen reduziert werden, die neu ausgesprochen werden: Sie müssten nicht für jene reduziert werden, welche die Beihilfen während den drei Altersjahren 62, 63 und 64 beziehen; aber für diejenigen, welche dann neu in diese Altersgruppe eintreten, könnten die Pensionskassen nicht mehr so viele öffentliche Mittel beanspruchen.

Mit dieser Lösung wollen wir den bestehenden berechtigten Anliegen Rechnung tragen. Wir wollen auf das abstützen, was bereits im Rahmen der Struktur der zweiten Säule an Altersüberbrückungsrenten besteht. Wir wollen insbesondere finanziell keine Lösung wählen, die Risiken für die Zukunft beinhaltet, die wir heute nicht eingehen können und wollen.

Ich bitte Sie daher, dem Minderheitsantrag II zu folgen.

Spoerry Vreni (R, ZH): Wir haben es von Kollege David eben gehört: Mit seinem Minderheitsantrag sollen – vor allem über Branchenlösungen – Frühpensionsregelungen im Tieflohnbereich gefördert werden. Des Weiteren soll bei Arbeitnehmenden im tiefen Lohnsegment dank einer Überbrückungsrente eine spätere Kürzung der AHV-Rente verhindert werden. Diese Zielsetzungen sind sicher ehrenwert, aber sie sind mit dem Antrag, der uns unterbreitet worden ist, schlicht nicht zu erreichen. Ich möchte diese Feststellung mit acht Punkten begründen.

1. Es ist eine administrativ sehr aufwendige Lösung. Im Klartext bedeutet der Antrag, dass ein neues, bislang unbekanntes Instrument geschaffen wird, nämlich eine Ergänzungsleistung zum BVG. In jedem einzelnen Fall muss deshalb abgeklärt werden, ob die Voraussetzungen für eine staatliche Unterstützung gemäss dem beantragten Artikel 101quater gegeben sind oder nicht. Nicht definiert wird im Antrag der Minderheit II (David), wer das machen soll. Da es sich hier nicht um Ergänzungsleistungen (EL) im Zusammenhang mit der AHV handelt, sondern im Grunde genommen um Ergänzungsleistungen zu einer BVG-Leistung, können es wohl nicht die bestehenden EL-Stellen sein. Diese Aufgabe müsste also von den Stiftungen ausgeführt werden, die das staatliche Geld zu vereinnahmen und zu verteilen hätten.

2. Die Vertreter der Minderheit II sagen, dass sie mit dieser Lösung den Export der Leistung umgehen können. Wenn das zutrifft, so machen sie aber gerade damit die von ihnen angestrebte Förderung von Gesamtarbeitsverträgen im Niedriglohnbereich, die eine Überbrückungsrente beinhalten, hinfällig. Warum? Vor allem im Niedriglohnbereich sind bei uns die ausländischen Arbeitnehmer sehr zahlreich. Wenn nun für die Ausländer, die nach ihrer Pensionierung nach Hause gehen, in einer Lösung mit Gesamtarbeitsvertrag keine Beihilfen erhältlich sind, dann wird der Anreiz, Überbrückungsrenten im Gesamtarbeitsvertrag für die niedrigen Einkommen zu schaffen, massiv reduziert.

Ein Gesamtarbeitsvertrag kann nämlich bei den Leistungen nicht zwischen schweizerischen und ausländischen Arbeitnehmern unterscheiden. Die im Gesamtarbeitsvertrag vorgesehenen Leistungen müssen an alle ausbezahlt werden. Und wenn für die Ausländer, die nach Hause gehen, deswegen keine staatliche Beihilfe erhältlich ist, müssen die entsprechenden Beiträge durch die Arbeitgeber erbracht werden. Damit entfällt der mit dem Antrag der Minderheit II anvisierte Förderungsanreiz.

3. Das Gleiche gilt für die individuellen Beihilfen. Wenn für die Ausländer, die nach Hause gehen, keine staatlichen Beihilfen erhältlich sind, besteht nach der Lösung David auch kein Anreiz, für diese Kategorie eine gute Lösung vorzusehen.

4. Mit der Lösung David werden Mitarbeiter, die einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen, nicht mit Mitarbeitern gleichgestellt, welche diese Möglichkeit nicht haben: Die Mitarbeiter ohne Gesamtarbeitsvertrag fahren schlechter. Das ist bei einer Lösung, die mit staatlichen Geldern unterstützt wird, in höchstem Masse problematisch. Warum ist das so?

Zum Ersten setzt die Minderheit II die Limiten bei den individuellen Beihilfen tiefer an als bei den kollektiven Beihilfen. Zum Zweiten werden die kollektiven Beihilfen direkt an die Stiftungen ausbezahlt, welche ausserhalb der Pensionskassen von den Sozialpartnern gemäss Artikel 101quinquies Absatz 1 Litera c speziell finanziert werden. Damit können die von den Sozialpartnern für die Übergangsrente aufzubringenden Mittel herabgesetzt werden, jedenfalls so weit, als es sich nicht um Ausländer handelt, die in ihr Heimatland zurückkehren,



weil dort die Beihilfen nicht erhältlich sind.

5. Bei den individuellen Beihilfen werden die staatlichen Gelder direkt an die Begünstigten ausgerichtet und eben nicht an die Stiftung. Damit wird für den einzelnen Arbeitgeber kein Anreiz geschaffen, mit einem eigenen Effort eine Überbrückungsrente zu implementieren.

6. Was heisst das nun für die betroffenen Arbeitnehmer? Wenn keine solche Überbrückungsrente besteht, was im individuellen Bereich sicher oft der Fall sein wird, wird es den Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich trotz Beihilfe unmöglich sein, bei einer Frühpensionierung ohne Vorbezug der AHV-Rente über die Runden zu kommen. Sobald aber der Vorbezug der AHV-Rente getätigt wird, kommt gemäss Minderheit II lebenslang die volle versicherungsmathematische Kürzung zum Zuge. Weil die Beihilfe ja nur vorübergehend ausbezahlt wird – nur zwischen dem Alter 62 und 65 – und im Alter 65 wieder wegfällt, werden zumindest die Arbeitnehmer ohne Gesamtarbeitsvertrag im Alter die vorgesehene Ersatzquote für das Erwerbseinkommen deutlich verfehlen.

7. Zum schwerwiegendsten Nachteil der Lösung der Minderheit II. Die Minderheit II will für ihre Lösung 0,12 Mehrwertsteuerprozent einsetzen, das sind 320 Millionen Franken. Sollte diese Minderheit aber, entgegen den vorher erwähnten Problemen, mit einer gewissen Anreizstrategie Erfolg haben und sollte die Zahl der berechtigten Personen ansteigen, müssten die Beihilfen zwingend laufend gesenkt werden, denn es dürfen nicht mehr als 0,12 Mehrwertsteuerprozent dafür eingesetzt werden. Ein Arbeitnehmer weiss demzufolge nie, mit welcher Beihilfe er bei einem vorzeitigen Rücktritt wird rechnen können. Diese Unsicherheit scheint der Kommissionsmehrheit im Bereich der Niedriglöhne nicht tragbar zu sein.

8. Wenn die Minderheit II sagt, es brauche für ihre Lösung keine zusätzlichen Mittel, die Lösung werde aus dem allgemeinen Topf, also aus den Mehrwertsteueranteilen des Bundes, finanziert, muss man sehen, dass 320 Millionen Franken für eine neue, bislang nicht existierende Aufgabe im Rahmen der Sozialversicherung eingesetzt werden. Diese Mittel werden zwangsläufig an einem anderen Ort fehlen. Wenn man also nicht gleichzeitig eine bereits bestehende Leistung kürzt oder streicht, dann sind das letztlich genauso Mehrausgaben wie bei der Lösung der Kommissionsmehrheit.

Ich fasse zusammen: Wollte man ein solches neues Instrument schaffen, das die Auszahlung von Überbrückungsrenten tatsächlich fördert, und zwar für alle gleich fördert, dann

AB 2002 S 1010 / BO 2002 E 1010

müsste man deutlich mehr Mittel einsetzen, als es die Minderheit II vorsieht. Frau Bundesrätin Dreifuss hat in der Kommission den Betrag von "einer Milliarde Franken oder mehr" genannt. Wenn man aber so viel Geld einsetzen würde, dann würde das gleichzeitig zu einer viel stärkeren Förderung der vorzeitigen Pensionierung führen, als das mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit der Fall ist – das alles unter dem Titel, wie Herr David gesagt hat, man wolle den vorzeitigen Rücktritt nicht fördern.

Aus all diesen Gründen muss aus der Sicht der Kommissionsmehrheit der vielleicht gut gemeinte, aber im Einzelnen nicht ausgereifte Antrag der Minderheit II abgelehnt werden. Ich empfehle Ihnen, bei Ihrer Entscheid zwischen der Mehrheit der Kommission und der Minderheit I (Forster) zu wählen. Persönlich schliesse ich mich der Kommissionsmehrheit an.

Studer Jean (S, NE): Je crois que Mme Spoerry a bien exposé les problèmes que soulève la proposition de la minorité II (David) qui, pour elle, avait à première vue l'avantage de la certitude de l'absence de réduction de la rente à partir de l'âge de 65 ans. Limitée à ce premier examen, effectivement la proposition de la minorité II paraissait attractive.

L'examen auquel a procédé la commission est exemplaire de la complexité du sujet.

Une fois qu'on a passé l'attrait de cette certitude de ne pas avoir de diminution de rente après 65 ans, on voit que cet attrait est entaché de nombreuses incertitudes.

Incertaineté d'abord quant au cercle des bénéficiaires selon qu'ils peuvent bénéficier d'une solution par branche – comme par exemple celle qu'on a évoquée ces dernières semaines dans le domaine de la construction – ou ne pas bénéficier d'une telle solution.

Incertaineté ensuite liée à la domiciliation des bénéficiaires selon qu'ils se trouvent dans notre pays ou dans un autre pays européen. A cet égard, on n'a aucune assurance que la solution proposée ne serait pas exportable. Si elle devait être assurée comme n'étant pas exportable, ça signifierait l'obligation pour les bénéficiaires de rester en Suisse encore effectivement trois, deux et même une année avant l'âge légal de la retraite pour continuer à bénéficier de cette solution, ce qui paraît être une contrainte disproportionnée par rapport à l'avantage. Incertaineté également sur le plan financier.

Incertaineté enfin quant au montant des prestations elles-mêmes puisque finalement, c'est un fonds qui serait à disposition, dont les prestations varieraient selon le nombre de bénéficiaires, de telle sorte qu'on ne serait



jamais sûr exactement du montant qu'on pourrait toucher. Tel collègue de travail qui aurait 63 ans pourrait toucher plus que moi je pourrais l'espérer si j'en avais 61 et je souhaitais bénéficier des prestations du fonds l'année suivante.

Il y a trop d'incertitudes qui pèsent pour qu'on considère cette solution comme une solution d'assurance. Cela ressemble plus à une solution d'assistance qui ne me paraît quand même pas conforme à l'esprit et au but de la LAVS.

Jenny This (V, GL): Sie haben es gemerkt: In diesem Artikel geht es um die Wurst oder vielmehr ums Eingemachte. Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag der Minderheit I (Forster) zuzustimmen. Die langfristigen finanziellen Perspektiven der AHV lassen es tatsächlich nicht mehr zu, dass hier Zusatzausgaben in dreistelliger Millionenhöhe beschlossen werden. Wir sprechen von 400 Millionen Franken; das möchte ich allen in Erinnerung rufen, die sich Sparen immer wieder zuoberst auf die Fahne geschrieben haben.

Zudem wird diese Abfederung dem Einzelnen sehr, sehr wenig bringen. Ich habe bereits beim Eintreten darauf hingewiesen, dass es ein verheerendes Signal ist, wenn die Schweiz im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern immer noch Anreize zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben schafft. Diese Entwicklung wird die Rentensysteme der meisten entwickelten Länder massiv überfordern. Die Einführung der Abfederung setzt eindeutig falsche Signale. Bei einem vorzeitigen Austritt aus dem Erwerbsleben ist die Altersleistung deshalb weiterhin nach versicherungstechnischen Grundsätzen zu kürzen. Diese Forderung lässt sich umso mehr rechtfertigen, als der versicherungstechnische Kürzungsansatz gemäss Absicht des Bundesrates von heute 6,8 Prozent auf neu 5,4 Prozent gesenkt werden soll. Für das Festhalten am bisherigen System spricht auch, dass beim Rentenvorbezug Ergänzungsleistungen beansprucht werden können, sodass aus finanziellen Überlegungen niemandem der vorzeitige Ruhestand verwehrt bleiben sollte.

Den vom Bundesrat vorgeschlagenen 400 Millionen Franken zur sozialen Abfederung des Rentenvorbezuges hat der Nationalrat mit Stichentscheid der Nationalratspräsidentin zugestimmt. Wir sind deshalb gut beraten, wenn wir hier eine Differenz schaffen. Gemäss den Demographieszenarien ist davon auszugehen, dass bereits ungefähr 2005 mehr Personen das ordentliche Rentenalter erreichen werden, als dass Junge ins Erwerbsleben eintreten werden. Vor diesem Hintergrund wirkt sich jeder zusätzliche Anreiz für eine vorzeitige Pensionierung für unsere Wirtschaft verhängnisvoll aus.

Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag der Minderheit I (Forster) zuzustimmen.

Frick Bruno (C, SZ): Ich möchte mich kurz mit der Mehrheit auseinandersetzen. Die Mehrheit möchte 400 Millionen Franken einsetzen, um den Vorbezug der Renten abzufedern. 400 Millionen Franken werden unter allen verteilt, welche Renten vorbeziehen. Was ist die Wirkung? Anstelle der versicherungstechnischen Kürzung wird eine Mehrrente zwischen 40 und 100 Franken bezahlt. Alle jene, welche die Vergünstigung bekommen, haben 40 bis 100 Franken mehr zugute, als wenn versicherungstechnisch gekürzt würde. Das ist unbestritten. Nun lauten die Fragen:

1. Wer kann sich wegen 40 bis 100 Franken mehr AHV-Rente eine Frühpensionierung leisten? Das kann niemand. Nun müssen wir uns fragen: Wem nützt es, und was bewirken wir? Diese Regelung stärkt jene, welche mittlere und gute Einkommen haben und die Rente vorbeziehen; sie erhalten ein bisschen mehr als mit der versicherungstechnischen Kürzung. Ist es sinnvoll, mit der Giesskanne Vergünstigungen von 40 bis 100 Franken pro Monat auszurichten, obwohl wir mit dieser Vergünstigung niemandem den Vorbezug erleichtern?
2. Wollen wir damit auch ein Signal in Richtung Frühpensionierung setzen, während wir gleichzeitig das Rentenalter für die Frauen auf 65 Jahre anheben? Das ist widersprüchlich, und es ist wirkungslos. 400 Millionen Franken setzen wir ein, ohne dass sie eine Wirkung haben.

Ich habe in den letzten Wochen an verschiedenen Podien teilgenommen, auch mit Gewerkschaftsvertretern. Sie sagen zu Recht: Diese 400 Millionen Franken sind zu wenig, sie lösen das Problem keineswegs. Also ist doch die Wirkung die, dass wir mit diesen 400 Millionen Franken weitere Mittel für die 12. und die 13. AHV-Revision beanspruchen müssten!

Das kann es nicht sein. Wir schütten 400 Millionen Franken – das sind immerhin 1,3 Prozent des ganzen AHV-Haushaltes – ohne Wirkung aus. Und wir haben das Geld dringend nötig. Konsequenterweise ist die Lösung, die Frau Forster vertritt, nämlich die versicherungstechnische Kürzung. Und jene, deren Einkommen nicht reicht, haben Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Wir haben uns ein bisschen angewöhnt, die Ergänzungsleistungen zu verteufeln und fast als Almosen zu betrachten. Ergänzungsleistungen sind doch keine Almosen! Ergänzungsleistungen sind ein Versicherungsanspruch, der jedem Schweizer und jeder Schweizerin zusteht, denen das Einkommen nicht reicht. Es ist auch kein Gang nach Canossa, auf Knien, bei dem ältere Personen betteln müssen. Wohl muss man Einkommen und Vermögen darlegen, aber es ist ein Verfahren, bei dem die Verwal-



tung sehr kooperativ, sehr hilfreich ist. Ich kenne das Vorgehen aus meinem Kanton, und die anderen Kantone sind nicht schlechter. Der Minderheitsantrag I ist also die konsequente Lösung.

AB 2002 S 1011 / BO 2002 E 1011

Wenn wir aber Mittel einsetzen wollen, dann ist mir der Minderheitsantrag II weit lieber als der Antrag der Mehrheit. Der Minderheitsantrag II hilft nämlich punktuell, wo es angezeigt ist; er richtet nach Bedarf aus und nicht mit der Giesskanne. Daher gilt für mich ganz klar – im Sinne einer auch in Zukunft gesunden AHV –, dass wir die Mittel dort einsetzen, wo sie nützen und etwas bewirken. Der Minderheitsantrag I verdient den Vorzug; an zweiter Stelle steht die Lösung der Minderheit II. Aber die Lösung der Mehrheit heisst: Wir tun als ob, wir geben irgendwelchem Druck nach, aber wir erreichen nichts und läuten eine Entwicklung ein, die uns in den nächsten Revisionen noch sehr teuer zu stehen kommen wird. Dazu haben wir das Geld nicht!

David Eugen (C, SG): Ich möchte mich zu den Bedenken von Frau Spoerry kurz äussern, und zwar nur zu denen, die ich, von mir aus gesehen, als wesentlich betrachte.

1. Das Verfahren sei administrativ aufwendig: Wir können uns hier auf die bestehende, bekannte EL-Methode vollumfänglich abstützen. Da wird bezüglich der Einkommensfestlegung gar nichts Neues erfunden; das ist geltende Administration.

2. Zur Diskriminierung Schweizer/Ausländer: Diese Diskriminierung findet nicht statt. Es wird nur unterschieden zwischen Personen, die sich in der Schweiz aufhalten, ob sie jetzt Schweizer oder Ausländer sind, und solchen, die sich im Ausland aufhalten, ob sie Schweizer oder Ausländer sind. Ich verwahre mich insbesondere dagegen, dass wir hier eine Diskriminierung Schweizer/Ausländer machen. Es geht um den Wohnsitz, ungeachtet der Nationalität. Es ist richtig, wenn wir das Geld jenen Personen, die in der Schweiz leben, zukommen lassen, weil sie auch mit den entsprechenden Lebenskosten dieses Landes konfrontiert sind. Daher ist der Einwand der Diskriminierung nach meiner Meinung nicht berechtigt.

3. Die individuellen Lösungen durch die Arbeitgeber seien schlechter als die GAV-Lösungen: Es ist so. Bei den GAV zahlt der Arbeitgeber mit, und weil er mitzahlt, soll diese Lösung auch mehr gefördert werden. Wir wollen eben jene Lösung fördern, wo sich die Sozialpartner aktiv engagieren. In jenen Fällen, wo sich keine Sozialpartner engagieren, sind dementsprechend auch die Leistungen geringer.

4. Zur Sicherheit: Die Sicherheit für den Einzelnen ist sehr wichtig. Wenn Sie den Antrag lesen, sehen Sie dort, dass die Sicherheit dadurch gegeben ist, dass die Rentenzusicherungen reglementarisch sind. Der Einzelne hat also die Sicherheit für seine ganze Bezugszeit ab dem Alter von 62, 63, 64 oder 65 Jahren. Die Rente ist nur nicht für alle künftigen Bezüger- und Rentnergenerationen zugesichert.

Ich hoffe, dass ich mit diesen vier Punkten auf die wesentlichen Einwände von Frau Spoerry eingehen konnte.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr
La séance est levée à 12 h 50*

AB 2002 S 1012 / BO 2002 E 1012



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 40ter (Fortsetzung) – Art. 40ter (suite)

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Ich habe Ihnen gestern den Antrag der Mehrheit schon erklärt und möchte heute zu den Anträgen der Minderheit I (Forster) und der Minderheit II (David) Position beziehen. Ich erlaube mir jedoch trotzdem noch zwei Bemerkungen zum Antrag der Mehrheit und möchte hier mit dem entgegen, was gestern von den Minderheitssprechern an der Mehrheitslösung ausgesetzt worden ist. Ich möchte als Erstes klar bestreiten, dass es sich bei der Mehrheitslösung um eine Giesskanne handelt. Dieses Wort wurde gestern gebraucht, aber es ist eben gerade keine Giesskanne. Die Kommission vertritt die Ansicht, dass sich für Einkommen bis zu 74 160 Franken im Jahr eine Abfederung der vorbezugsbedingten Rentenkürzungen aufdrängt, wobei diese Abfederung abgestuft nach Einkommen und Vorbezugsdauer erfolgen soll: Die grössten Kürzungsmöglichkeiten gibt es bis zu einem Einkommen von 49 000 Franken, danach nehmen die Kürzungsmöglichkeiten bis zu einem Einkommen von 74 160 Franken linear ab, und ab diesem Einkommen wird dann ein versicherungstechnisch berechneter Abzug vorgenommen. Es ist also ganz klar





eine Begünstigung der kleinen, allenfalls mittleren Einkommen, aber es ist keine Giesskanne, die für alle da ist.

Was ich als Zweites auch noch bestreiten möchte, ist Folgendes: Wir initiieren hier keinen Einstiegsprozess in Richtung einer generellen Rentenkürzung – das war auch ein Satz, der gestern gebraucht wurde. Das ist in keiner Art und Weise so! Wir möchten auch nicht generell das In-Frührente-Gehen begünstigen. Wir möchten hier keinen Anreiz in diese Richtung schaffen. Wir möchten gezielt eine Möglichkeit schaffen, bei der nicht nur Erwerbstätige, die in einer guten Erwerbssituation stehen, von einem Vorbezug profitieren, sondern bei der auch Leute mit niedrigem Einkommen und demzufolge mit niedrigen Rentenanwartschaften sich vorzeitig pensionieren lassen können. Dies möchten wir gerade deshalb – ich habe das gestern schon gesagt –, weil es sich dabei vor allem um Menschen handelt, die eine harte körperliche Tätigkeit ausüben und häufig in der Altersperiode zwischen 62 und 65 Jahren Schwierigkeiten haben, sich wieder oder immer noch im Arbeitsprozess zu betätigen. Deshalb möchten wir für diese Leute die Möglichkeit schaffen, frühzeitig in Pension zu gehen. Denn wir sehen heute, dass es gerade nicht diese Leute sind, die die Möglichkeit

AB 2002 S 1013 / BO 2002 E 1013

wahrnehmen, sondern vor allem Kader mit relativ hohen Einkommen.

Das Argument, das von der Minderheit I (Forster) vorgebracht wird – und damit komme ich zur Behandlung des Antrages dieser Minderheit –, nämlich dass eine Person, die sich für einen Rentenvorbezug entscheidet und wegen der versicherungstechnischen Rentenkürzung in Schwierigkeiten gerät, gemäss geltendem Recht Ergänzungsleistungen beantragen könne, vermochte die Mehrheit der Kommission nicht zu überzeugen. Im Jahr 2000 bezogen gemäss Statistik 11,3 Prozent der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger Ergänzungsleistungen zur Altersrente; das sind 138 900 Personen. Zu Beginn der Pensionierung beziehen aber nur 4 Prozent der Rentnerinnen und Rentner Ergänzungsleistungen. Erst mit dem Älterwerden steigt der Bedarf. Hohe Kosten für Pflege und Betreuung fallen meistens erst in einem vorgerückten Alter an. Dies gilt auch für Heimaufenthalte, die das Budget trotz Leistungen der Krankenkasse schnell sprengen können. Auch die Einkommenssituation verschlechtert sich vielfach erst einige Jahre nach der Pensionierung, wenn z. B. ergänzende Erwerbseinkommen wegfallen oder wenn das Vermögen aufgebraucht ist. Die Schwelle ist eben hoch angesetzt: Das Einkommen muss wirklich sehr tief sein, und es darf kein – oder fast kein – Vermögen vorhanden sein, damit Ergänzungsleistungen beansprucht werden können. Die meisten Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, haben übrigens eine ungekürzte Rente, und die Ergänzungsleistungen sind im Durchschnitt höher als der durch eine versicherungstechnische Kürzung ausfallende Rentenbetrag. Es ist bei dieser Sachlage nicht möglich, eine Abfederung der Vorbezugskürzungen über die Ergänzungsleistungen so auszugestalten, dass der Vorbezug für Personen in bescheidenen Verhältnissen erleichtert wird bzw. dass die Erleichterung schon beim Beginn des Rentenvorbezuges zum Tragen kommt und nicht erst Jahre später. Sollte ein Ausbau des Ergänzungsleistungssystems ins Auge gefasst werden, um diesen Unzulänglichkeiten zu begegnen, so würden damit nur neue Ungleichheiten geschaffen. Zudem käme es zu einer Umverteilung der Finanzierung: weg von in der AHV üblichen Finanzierungssystemen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hin zu einer wesentlich stärkeren Belastung der öffentlichen Hand – konkret: der Kantone, die zurzeit noch 78 Prozent der Kosten der Ergänzungsleistungen tragen. Nach den Vorschlägen des Bundesrates zum Finanzausgleich werden es dann noch 37,5 Prozent sein.

Die Mehrheit der Kommission bittet Sie daher, den Antrag der Minderheit I (Forster) abzulehnen.

Zur Minderheit II (David): Das System der Minderheit II wurde Ihnen gestern von Herrn David erklärt. Darauf hat Frau Spoerry mit sehr klaren, ausführlichen und kritischen Beobachtungen geantwortet. Es geht vorerst von einer versicherungstechnischen Rentenkürzung aus. Das ist klar festzuhalten. Auch die Minderheit II will in Artikel 40ter für diejenigen Leute, die die Rente vorbeziehen, eine versicherungstechnische Rentenkürzung vorsehen, und zwar über die ganze Zeit hinweg, also nicht nur bis zum 65. Altersjahr, sondern auch noch darüber hinaus. Die Minderheit II will dann aber mit ihrem System an sich die Möglichkeit schaffen, dass man keinen Rentenvorbezug machen muss und einzig deshalb mit 65 Jahren keine gekürzte Rente hat. Zu diesem Zweck wird ein Fonds für Beihilfen an Altersüberbrückungsrenten und individuelle Überbrückungshilfen geschaffen. Dieser Fonds wird mit einem fixen Betrag – 0,12 Mehrwertsteuerprozentpunkte im Jahr; das entspricht etwa 320 Millionen Franken – bestückt. Reicht dieser Betrag nicht aus, so werden die künftigen, noch nicht rechtskräftig zugesprochenen Beihilfen verhältnismässig gekürzt.

Diesem System kann eine innovative Komponente sicher nicht abgesprochen werden. Es ist jedoch nicht ausgereift und ausserordentlich schwer umsetzbar; ja, ich würde zu behaupten wagen, dass es im Moment gar nicht umsetzbar ist. Es seien hier nur einige schwerwiegende Bedenken angebracht – die Bedenken wurden ja in ausführlicher Form schon gestern von Frau Spoerry dargelegt: Das System der Minderheit II arbeitet mit ei-



nem Globalbudget, ohne dass bekannt ist, wie viele Rentenbezüger entweder über eine Branchenlösung oder individuell Ansprüche geltend machen werden. Die Höhe der zu beanspruchenden Leistungen kann daher nicht festgesetzt werden. Es ist also nicht möglich, irgendwelche Rechtsansprüche einzuräumen. Ich verweise hierzu auf das gestrige Votum von Herrn David, der gesagt hat, es sei ausgesprochen wichtig, dass im Bereich der Altersvorsorge und der Sozialversicherungen nur Versprechungen gemacht würden, die dann auch eingehalten werden könnten. Gerade diese Anforderung erfüllt das von der Minderheit II beantragte System nicht, weil nicht gesagt werden kann, welche Ansprüche dann schlussendlich den einzelnen Berechtigten zustehen. Das System soll zudem einzig für Personen mit Wohnsitz in der Schweiz Leistungen ermöglichen. Dies erscheint gerade im Bereich der Branchenlösungen ungerecht, da eine Vielzahl von ausländischen Arbeitnehmern, die nach der Pensionierung in ihre Heimat zurückkehren, demselben Gesamtarbeitsvertrag unterstehen wie ihre Schweizer Kolleginnen und Kollegen und trotzdem keine Leistungen geltend machen können. Im Übrigen ist nicht abgesichert, ob das System gemäss der für das Freizügigkeitsabkommen massgeblichen Verordnung 1408/71 in der Tat eine Exportierbarkeit der Leistungen ausschliessen kann. Wenn man von einer Überbrückungsrente ausgeht, die es den Bezügerinnen und Bezügerern möglich macht, gar keinen Vorbezug der AHV-Rente zu tätigen, damit sie schliesslich nach dem 65. Altersjahr keine reduzierte Rente haben, dann muss ein ganz erheblicher Betrag zur Verfügung gestellt werden; die 320 Millionen Franken, die bei der Minderheit II vorgesehen sind, können nie ausreichen.

Wir haben die Frage gestellt und von der Verwaltung und Frau Bundesrätin Dreifuss folgende Antwort erhalten – Frau Spoerry hat es Ihnen gestern schon gesagt -: Um eine echte Überbrückungsrente zu finanzieren, wären etwa 1 bis 1,5 Milliarden Franken notwendig. Diesen Betrag zur Verfügung zu stellen ist uns in keiner Art und Weise möglich. Das System der Minderheit II kann den Anspruch, den es stellt, gar nicht erfüllen. Wir müssen mit den 400 Millionen Franken, die wir hier einsetzen wollen, eben über ein anderes System – über die Versicherung, über die AHV – vorgehen und dürfen nicht einen neuen Fonds schaffen.

Noch ein Argument: Wenn Sie die individuellen Überbrückungsrenten ansehen, wie sie im System der Minderheit II vorgesehen sind, sehen Sie, dass diese über private Hilfsinstitutionen ausbezahlt werden sollen; man denkt dabei an Pro Senectute oder andere. Diese Hilfsinstitutionen sollen dann alle Abklärungen individuell für jeden Anspruchsberechtigten vornehmen, nach den Systemen, wie wir sie heute bei den Ergänzungsleistungen kennen. Das ist mit ganz grosser Sicherheit eine riesige Aufblähung des Verwaltungsaufwandes und viel, viel anspruchsvoller und kostenintensiver, als wenn wir das über das relativ einfache schematische System der AHV tun.

Ich möchte Sie demzufolge bitten, sowohl den Antrag der Minderheit I (Forster) als auch jenen der Minderheit II (David) abzulehnen und mit der Mehrheit der Kommission zu stimmen.

Dreifuss Ruth (,): Merci à Mme Beerli qui a excellemment résumé les arguments qui parlent en faveur et en défaveur des trois solutions. Je me permettrai cependant de reprendre certains des points qu'elle a évoqués. J'aimerais rappeler que l'ensemble de la 11e révision de l'AVS est lourde pour les femmes et leur demande des sacrifices, comme le rappelait hier M. Frick, président de la commission. Or, la question de la flexibilité est très directement liée aux sacrifices demandés. En élevant l'âge de la retraite des femmes, on leur enlève la possibilité de partir à la

AB 2002 S 1014 / BO 2002 E 1014

retraite dès 64 ans, puisqu'il faut partir de l'idée que la 10e révision a déjà posé des exigences; on les oblige donc à travailler une année de plus. On les prive de l'avantage de bénéficier du taux préférentiel pour partir à la retraite que la 10e révision leur avait réservé temporairement à cause de l'élévation progressive de l'âge de la retraite de 62 à 64 ans. Durant dix ans, on accorde aux femmes qui partent à la retraite la moitié du taux actuariel. Avec le modèle de la minorité I (Forster), non seulement on augmenterait de nouveau d'une année la retraite légale, mais on leur supprimerait toutes les facilités sans la moindre contrepartie.

Le modèle de la majorité consiste à dire: effectivement, nous devons fixer l'âge de la retraite à 65 ans pour les hommes et pour les femmes, mais nous ne voulons pas que, si des personnes partent à la retraite avant cet âge, les éléments financiers soient a priori, dans toute leur brutalité, déterminant pour ce choix. Nous ne voulons pas en arriver à la situation absurde, à laquelle on arrive maintenant pour les hommes: le fait que les hauts revenus, les cadres des entreprises qui peuvent faire ce choix, partent à la retraite anticipée bien que ce soient des personnes dont les entreprises devraient pouvoir encore utiliser les compétences, alors que les personnes qui ont un travail pénible, qui les a mises à très forte contribution, qui ont de la peine à assumer ce travail – on a entendu parler des arrangements dans la construction, il n'y a pas de personnes de 65 ans qui sont en train de courir sur des échafaudages –, doivent rester à leur poste ou autrement passer par le chemin





si difficile qui est un éventuel licenciement, le chômage, l'aide sociale, l'assurance-invalidité, pour finalement arriver au havre tranquille d'une rente AVS.

Je vous rappelle que si le but de la 11^e révision, qui avait déjà été annoncé au moment de la discussion de la 10^e, est la consolidation de l'AVS, il s'agit aussi de reprendre la question de la flexibilité avec un caractère social du passage de la vie professionnelle à la vie de retraité. Dans ce sens-là, il serait regrettable qu'en suivant la minorité I, on ne tienne pas cette promesse.

Un certain nombre de critiques ont été adressées au modèle de la majorité, qui est d'ailleurs très proche du projet du Conseil fédéral. J'aimerais là aussi les réfuter rapidement. Je rappelle surtout que le modèle de la majorité comme d'ailleurs celui de la minorité I – sur ce plan, on peut dire que les deux s'intègrent dans la logique de l'AVS – n'accroissent pas la charge administrative et ne nécessitent pas le recours à des informations qui n'ont pas été enregistrées. On reste dans la logique d'une assurance peu bureaucratique et peu intrusive dans la vie privée des gens, assurant des droits que l'on peut calculer à l'avance.

Une des choses essentielles est de pouvoir planifier sa vie: pouvoir faire un choix qui, lorsqu'on part à la retraite anticipée, est toujours celui de savoir à quel moment on peut réduire le revenu dont on dispose. Il ne faut pas oublier que tout départ à la retraite, dans ces conditions, représente une baisse de revenu. Ce dont il s'agit, c'est tout simplement de garantir jusqu'à la fin de ses jours une rente suffisante, avec un petit deuxième pilier – souvent celui-ci n'a pas été constitué pendant toute la période de vie active, ou il n'a pas pu être constitué pour les très bas revenus ou pour les personnes qui travaillent à temps partiel –, pour pouvoir organiser sa vie et, si possible, ne pas recourir aux prestations complémentaires.

Je défends toujours, comme l'a fait hier le président de la commission, le fait que les prestations complémentaires sont un droit et non une aumône. Il m'est arrivé de discuter dans la rue avec des concitoyennes et de leur dire qu'elles y ont droit. Cela fait partie du système! Ces prestations existent depuis des décennies. Ce n'est pas nouveau qu'elles soient considérées avec réticence par les gens. Nous n'avons que très peu réussi à diminuer le nombre de ceux de nos concitoyens qui considèrent qu'ils ne demanderont pas de prestations complémentaires avant que le grand âge ou la dépendance ne le rende absolument nécessaire, pas avant l'entrée dans un établissement médicosociale par exemple. Les chiffres ont été donnés par Mme Beerli.

Il n'y a donc pas d'incitation à partir plus tôt à la retraite, si les plus bas revenus subissent de plein fouet la réduction actuarielle que propose la minorité I. Il faut prendre en compte les besoins d'une vie qui restera de toute façon une vie de restrictions, mais qui veut être une vie indépendante et où chaque dizaine de francs compte. J'ai reçu beaucoup de lettres de concitoyens qui m'envoient des budgets et qui me montrent comment une différence de 10, 20 ou 50 francs par mois fait toute la différence. Et c'est de cela qu'il s'agit à cet article. Il ne s'agit pas d'inciter les gens à partir, mais de permettre aux personnes qui ont des bas revenus de le faire. Dans ce sens-là, il n'y a pas d'arrosage.

Mme Beerli l'a dit, mais j'aimerais y insister encore une fois. La réduction pour les bas revenus et les revenus moyens inférieurs est nettement moins importante que pour les hauts revenus et les revenus moyens supérieurs. Or, un quart de la population a des revenus supérieurs à 74 000 francs et ne touche rien du tout. Donc, nous avons bien une courbe, une dégressivité qui tient compte du revenu.

En plus, la réduction pour une longue période d'anticipation est plus grande que pour une courte période d'anticipation. Cela compense mieux, bien sûr, le fait de partir un an avant 65 ans que trois ans avant. Je crois que nous avons toute raison d'être satisfaits de la situation actuelle dans le pays. Nous tenons tous à avoir un haut taux d'activité pour les travailleurs et les travailleuses âgés. Nous aimerions parfois que ceux-ci ne soient pas si facilement sacrifiés sur l'autel des restructurations.

Il est donc faux, comme l'a dit le porte-parole de la minorité I en particulier, de dire que la majorité de la commission propose un système d'arrosage. C'est le contraire: il s'agit d'un apport ciblé, car on n'investigue pas pour connaître la situation particulière de la personne, mais on tient compte de son revenu pendant toute sa vie professionnelle, et c'est une bonne mesure.

Je félicite aussi la commission d'avoir, en introduisant le splitting dans le premier cas d'assurance, éliminé du projet du Conseil fédéral ce qui aurait pu être gênant, à savoir le cas de l'épouse non active d'une personne fortunée partant à la retraite et bénéficiant de ce fait d'une forte réduction du taux actuariel. Cette question a été corrigée et nous pouvons dire que nous avons un reflet de la situation économique de ces personnes; nous pouvons moduler la rente, ou plutôt la réduction actuarielle, en fonction de ce revenu.

Nous en restons, nous l'avons dit tout à l'heure, au système du socle de base de la prévoyance vieillesse et à un système où effectivement, au moment du choix, au moment où on fait le budget, on regarde si on peut à partir d'un certain moment envisager de prendre sa retraite ou si cela n'est pas possible. Et là, 10 francs, 20 francs, 50 francs, 100 francs, 200 francs jouent un rôle tout à fait essentiel.

La question qui a été également soulevée, peut-être, est ce que représentent les 400 millions de francs qui sont



en jeu. J'ai dit ce qu'ils représentaient pour l'assuré. Ce n'est pas négligeable, même si c'est peu. J'aimerais vous rappeler que ces 400 millions de francs, en regard du coût que représente l'ensemble des rentes anticipées – 1,3 milliard de francs, ont estimé mes collaboratrices et mes collaborateurs –, sont effectivement un surinvestissement qui permet d'ouvrir cette possibilité à une population qui, autrement, en resterait privée. Pour en terminer avec la comparaison entre le modèle de la majorité, que le Conseil fédéral soutient de façon tout à fait déterminée et convaincue, et le modèle de la minorité I, j'aimerais rappeler que nous avons étudié x modèles aussi lors des débats en commission. Mon administration a étudié toutes les possibilités de tenir compte de la durée de l'activité professionnelle, de l'âge d'entrée dans la vie professionnelle, de la dureté du travail. Nous avons établi des modèles dont nous avons étudié les conséquences: les unes étaient les plus plaisantes, mais tout d'un coup, comme par hasard, les plus dures pour les femmes. Le modèle que nous avons choisi – et j'en suis très heureuse – a réussi au moins à convaincre sur le plan de la mécanique, je crois, la majorité de la commission. Ce modèle est un bon reflet de la situation. II

AB 2002 S 1015 / BO 2002 E 1015

nous dit dans quelle classe de revenu les gens se trouvent et quel besoin ils ont de voir leur rente réduite selon un taux actuariel diminué.

Mais, je le répète, rappelez-vous que, si vous ne faites rien sur le plan du taux de réduction de la rente, ce serait pour les femmes le troisième sacrifice que vous exigeriez d'elles, étant donné que vous leur avez accordé avec la 10e révision une réduction de moitié du taux actuariel.

Le modèle présenté par la minorité II (David) est un modèle, Mme Beerli l'a dit, qui n'est pas mûr, dont le montant est insuffisant pour qu'il puisse apporter vraiment les solutions que nous cherchons et qui, de ce fait, doit être rejeté. Il n'est pas une alternative au projet mûri de la majorité, logique, bien intégré dans le système de l'AVS.

Je vous prie donc de rejeter la proposition de la minorité II.

Je voudrais quand même, je dois malheureusement le faire, montrer pourquoi cette proposition ne répond pas à l'espoir qui aurait pu être placé en elle. L'idée même d'avoir une rente-pont, c'est-à-dire non pas de travailler sur la réduction de la rente à partir du moment où on part à la retraite anticipée, mais de faire le pont entre le moment où on part à la retraite et l'âge terme, est une idée très intéressante. C'est une idée dont nous avons déjà discuté, que nous avons aussi examinée et dont nous avons calculé le coût. Si nous voulons qu'elle ait un caractère social – que ce ne soit pas un système d'arroser, mais un système qui, sans investigation pour connaître leur situation particulière, s'adresse aux personnes dont le revenu montre qu'elles en ont besoin –, alors nous estimons le coût à au moins 1 milliard de francs, sinon davantage. En dessous de cela, le système ne respecte plus le principe d'assurance et la sécurité d'un système d'assurance n'est plus garantie. Et il n'est pas possible de dire à l'avance quel avantage nous apportera ce système. On sort des institutions qui gèrent l'AVS et on en crée d'autres, on ne répond pas aux besoins de l'ensemble de la population. C'est un ciblage qui ne touche pas l'ensemble de la population, qui ne touche pas ceux qui en ont besoin parce qu'ils ont de bas revenus, mais des segments particuliers de la population, sans leur donner d'assurance au sens figuré et au sens propre du terme. Et cela est un défaut rédhibitoire à ce stade-là. C'est la raison pour laquelle il ne conviendrait pas d'intégrer ainsi dans un système de l'AVS des aspects étrangers au système.

Vous dites, Monsieur David, que votre solution ne profite qu'à ceux qui en ont vraiment besoin. Je ne peux pas être tout à fait d'accord avec vous, parce qu'elle part aussi d'une notion de revenu, comme le modèle de la majorité et celui du Conseil fédéral. Elle profite d'un côté, dans le modèle des conventions collectives de travail, à tous les patrons qui ont envie de se lancer dans ce système, parce qu'elle allège leurs charges pour créer une rente-pont qui serait purement contractuelle. De l'autre côté, elle ne profite qu'aux salariés les plus pauvres, qui résident en Suisse et qui continueront à y résider pendant les trois ans durant lesquels la rente-pont sera versée.

Ce système exclut des personnes qui, en raison d'obligations familiales par exemple, ou parce que ce sont des personnes migrantes qui veulent retourner dans leur pays, ne satisferaient pas à cette condition bien que, dans le domaine collectif, ce soit le résultat d'une convention. On introduirait donc une contrainte sur des personnes pour un avantage qui résulterait directement d'une convention collective de travail, puisque ce serait l'ancrage de cette solution. On les priverait pendant trois ans de la liberté de quitter le pays, au risque sinon de perdre une amélioration de leur rente.

Par ailleurs, la solution consistant à créer des rentes individuelles est un peu un leurre puisqu'on ne peut pas en déterminer le coût. Elle dépend d'une enveloppe globale et c'est le solde de cette enveloppe qui pourrait permettre de financer ces rentes individuelles, sans aucune assurance et selon un modèle totalement nouveau. Vous avez dit hier que vous vous basiez sur le système éprouvé des prestations complémentaires.



Mais tel n'est pas le cas puisque premièrement, on ne sait pas quel est le montant que l'on pourrait recevoir, ou quelle est la base et quel est le standard de vie de référence; et deuxièmement, ce ne seraient pas les mêmes institutions qui distribueraient les rentes-ponts – puisque vous parlez de nouvelles institutions, ou d'anciennes institutions comme Pro Senectute pour les subsides individuels – avec la possibilité de créer des fondations pour les verser. D'ailleurs, ce système qui consisterait à faire verser les rentes par des institutions de ce type coûterait très cher. Je vous rappelle l'échec de l'assurance-maternité: à partir du moment où on a calculé très exactement combien coûtait l'administration d'un fonds et combien d'argent était finalement distribué – c'était le cas dans la fameuse prestation unique pour les femmes sans activité lucrative. Je passe sur le fait que la condition d'avoir des conventions collectives pour établir un système plus réglementé et moins fragile que celui des prestations individuelles risque justement de priver de nouveau les femmes, les personnes qui travaillent à temps partiel – et qui souvent ne sont pas intégrées dans la convention collective de travail – et les secteurs économiques les plus faibles de la possibilité d'en bénéficier.

Enfin, vous dites que cela ne charge pas l'AVS en tant qu'assurance. C'est tout à fait vrai, mais en fait, vous privez la Confédération des ressources de la taxe sur la valeur ajoutée dont elle a besoin pour financer l'AVS, pour tenir son engagement de contribuer à financer 17 pour cent des dépenses de l'AVS. Vous enlevez à la Confédération la plus grande partie de cette ressource en lui demandant de doter ce fonds de 320 millions de francs.

En d'autres termes, en dehors du fait que ça fait moins d'argent à disposition – mais nous sommes aussi là pour économiser, ce n'est pas un reproche que je vous ferai –, vous privez la Confédération directement des ressources dont elle a besoin pour financer l'AVS et pour financer, si l'on veut, 17 pour cent – 17 pour cent! – de ces 400 millions de francs que nous entendons consacrer à l'allègement du départ anticipé à la retraite. Vous privez ainsi la Confédération de 320 millions de francs dont elle a un besoin absolument urgent. Je n'ai pas besoin de répéter ici ce que M. Villiger, président de la Confédération, s'égosille à répéter en courant du Conseil national au Conseil des Etats en cette période de vaches maigres. En d'autres termes, nous aurions dans ce cas une déstabilisation des ressources de l'AVS dans la mesure où la Confédération – nous en discuterons lorsque nous aborderons le financement – a absolument besoin de cette part de la taxe sur la valeur ajoutée pour tenir compte de l'augmentation des dépenses de l'AVS. Ce système nous paraît de plus incompatible avec la nouvelle péréquation financière, et nous avons quelques doutes sur la constitutionnalité quant à la question de l'exportation des rentes ou de la contrainte, voire de la perte, que subiraient les personnes étrangères qui retourneraient dans leur pays.

Nous vous recommandons donc de rejeter la proposition de la minorité II. Cela ne signifie pas qu'à l'avenir, il ne faille pas poursuivre l'idée de mener une étude d'une rente-pont plutôt que de réduire la rente à vie. J'aimerais cependant vous prier vivement de ne pas vous lancer dans un système qui n'a pas d'avantage suffisamment déterminant pour les personnes et qui pèse très lourdement sur les finances de la Confédération.

Encore une fois, soutenez la proposition de la majorité, qui a amélioré le projet du Conseil fédéral tout en restant fidèle à ses principes.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit I 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 13 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Minderheit I 26 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 12 Stimmen

Art. 40quater*Antrag der Kommission**Mehrheit**Titel*

Kürzungssätze

AB 2002 S 1016 / BO 2002 E 1016

Abs. 1

Die Höhe des Kürzungssatzes richtet sich nach dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgebend ist.

Abs. 2



Bei einer verheirateten Person, deren Haushalt nicht richterlich aufgehoben wurde und deren Ehegatte noch nicht rentenberechtigt ist, wird der Kürzungssatz durch das höhere Einkommen bestimmt, das sich aus dem Vergleich ergibt zwischen dem durchschnittlichen Jahreseinkommen gemäss Absatz 1 und dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgebend wäre, wenn auch der Ehegatte rentenberechtigt wäre.

Abs. 3

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

- bis zu einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen in der Höhe des 48fachen Betrages der Minimalrente: 2,7 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 6,7 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 11,1 Prozent für 36 ganze Monatsrenten;
- ab einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: 5,0 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 10,7 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 16,5 Prozent für 36 ganze Monatsrenten.

Abs. 4

Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zwischen dem Tiefst- und Höchstwert von Absatz 3 liegt oder wenn der Vorbezug sich auf 1 bis 11, 13 bis 23 oder 25 bis 35 ganze Monatsrenten erstreckt.

Abs. 5

Der Kürzungssatz wird angepasst, wenn sich das für die Rentenberechnung massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen ändert.

Minderheit I

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Abs. 3

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

- bis zu einem durchschnittlichen massgebenden Jahreseinkommen in der Höhe des 48fachen Betrages der Minimalrente: 2,0 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 5,4 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 10,4 Prozent für 36 ganze Monatsrenten;
- ab einem durchschnittlichen massgebenden Jahreseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: 5,0 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 10,7 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 16,5 Prozent für 36 ganze Monatsrenten.

Minderheit II

(Forster, Frick, Jenny)

Den ganzen Artikel streichen

Minderheit III

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

(siehe Art. 101ter ff.)

Art. 40quater

Proposition de la commission

Majorité

Titre

Taux de réduction

Al. 1

Le taux de réduction est déterminé en fonction du revenu annuel moyen déterminant le calcul de la rente.

Al. 2

Pour une personne mariée dont la communauté domestique avec son conjoint n'est pas dissoute par décision judiciaire et dont l'époux ou l'épouse n'est pas bénéficiaire d'une rente, le taux de réduction est déterminé par le revenu le plus élevé résultant de la comparaison entre le revenu annuel moyen selon l'alinéa 1er et le revenu annuel moyen qui devrait être pris en compte si le conjoint avait, lui aussi, droit à une rente.

Al. 3

Le taux de réduction est fixé comme suit:



- si le revenu annuel moyen déterminant ne dépasse pas 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 2,7 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 6,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 11,1 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières;
- si le revenu annuel moyen déterminant est au moins égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 5,0 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 10,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 16,5 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières.

Al. 4

Le taux de réduction est échelonné linéairement pour des revenus annuels moyens qui se situent entre la valeur de référence minimale et maximale prévue à l'alinéa 3 tout comme pour des versements anticipés qui englobent entre 1 à 11, 13 à 23 ou 25 à 35 rentes mensuelles entières.

Al. 5

Le taux de réduction est adapté si le revenu annuel moyen qui détermine le calcul de la rente subit des modifications.

Minorité I

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Al. 3

Le taux de réduction est fixé comme suit:

- si le revenu annuel moyen déterminant ne dépasse pas 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 2,0 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 5,4 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 10,4 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières;
- si le revenu annuel moyen déterminant est au moins égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 5,0 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 10,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 16,5 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières.

Minorité II

(Forster, Frick, Jenny)

Biffer tout l'article

Minorité III

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

(voir les art. 101ter ss.)

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Artikel 40quater ist eine Variante zum Antrag der Mehrheit. Der Antrag der Minderheit I ist ein Unterantrag zum Antrag der Mehrheit. Da der Antrag der Mehrheit abgelehnt worden ist, ist Artikel 40quater erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit II (Forster)

Adopté selon la proposition de la minorité II (Forster)

Art. 43bis Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Dem Bezug einer Altersrente ist der Vorbezug einer ganzen Altersrente gleichgestellt.

Art. 43bis al. 1

Proposition de la commission

.... l'assurance militaire. La rente de vieillesse anticipée entière est assimilée à la perception d'une rente de vieillesse.

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Dieser Zusatz ist notwendig, da nunmehr auch halbe AHV-Renten vorbezogen werden können. Es gilt zu präzisieren, dass ein Anspruch auf Hilflosenentschädigung erst beim Vorbezug einer ganzen AHV-Rente entstehen kann.

Angenommen – Adopté



AB 2002 S 1017 / BO 2002 E 1017

Art. 44; 48ter; 48quater Abs. 2; 48quinquies Abs. 2; 48sexies; 48septies; 52; 84 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 44; 48ter; 48quater al. 2; 48quinquies al. 2; 48sexies; 48septies; 52; 84 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 87 viertes Lemma

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 87 quatrième tiret

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Artikel 87 viertes Lemma: Hier beantragt Ihnen Ihre Kommission, zur Fassung des Bundesrates zurückzukehren und die Strafbestimmung für Arbeitgeber, welche den Arbeitnehmern um AHV-Beiträge gekürzte Löhne auszahlen, ohne anschliessend die Beiträge an die Ausgleichskasse zu überweisen, im Gesetz zu belassen. Der Nationalrat hat diese Bestimmung aus dem Bedenken heraus gestrichen, dass bei einer solchen Gesetzesänderung die Arbeitgeber im Falle finanzieller Schwierigkeiten versucht sein könnten, überhaupt keine Löhne mehr auszurichten, damit sie nicht strafbar werden. Der Einwand ist sicher ernst zu nehmen, darf aber nicht zu einer Streichung der Strafbestimmung führen, die für die AHV ein ausgesprochen wichtiges Druckmittel darstellt. Zahlt der Arbeitgeber nämlich in finanziellen Schwierigkeiten die Löhne nicht mehr aus, ist der Betrieb ohnehin nicht mehr lebensfähig.

Ihre Kommission vertritt die Ansicht, dass der Sachverhalt, AHV-Beiträge von den Löhnen abzuziehen und sie anschliessend nicht weiterzuleiten, gravierend und strafwürdig ist.

Sie bittet Sie daher, die Bestimmung in der Fassung des Bundesrates zu akzeptieren.

Angenommen – Adopté

Art. 90 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 90 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 101ter

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titel

Fonds

Abs. 1

Der Bund schafft einen Fonds für Beihilfen an Altersüberbrückungsrenten und individuelle Überbrückungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich schwacher Personen.





Abs. 2

Der Fonds wird, im Betrag von 0,12 Mehrwertsteuerprozentpunkten, jährlich mit den Mitteln finanziert, die dem Bund aus den in Artikel 112 Absatz 5 der Bundesverfassung und Artikel 130 Absatz 3 der Bundesverfassung erwähnten Abgabeerträgen zufließen.

Art. 101ter

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titel

Fonds

Al. 1

La Confédération crée un fonds pour les aides aux rentes-ponts AVS et pour les aides-ponts individuelles en faveur des personnes disposant de faibles ressources.

Al. 2

Le fonds est financé chaque année, au taux de 0,12 point de TVA, par les recettes fiscales que perçoit la Confédération en vertu de l'article 112 alinéa 5 de la constitution et de l'article 130 alinéa 3 de la constitution.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Dieser Artikel entfällt nach der Abstimmung zu Artikel 40ter.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 101quater

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titel

Begünstigte Personen

Text

Als begünstigte Personen im Sinne dieses Gesetzes gelten Personen:

- a. mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz, die das 62. Altersjahr erreicht, aber das gesetzliche AHV-Alter nach Artikel 21 AHVG noch nicht überschritten haben;
- b. die anrechenbare Einnahmen gemäss Artikel 3c ELG haben, welche die anerkannten Ausgaben gemäss Artikel 3b ELG nicht um mehr als 20 000 Franken bei Alleinstehenden und 30 000 Franken bei Ehepaaren oder in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Personen übersteigen, wobei diese Beiträge für jedes Kind, das Anspruch auf eine Kinder- oder eine Waisenrente der AHV/IV gibt, um 5000 Franken erhöht werden.

Art. 101quater

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titre

Ayants droit

Texte

Sont considérés comme ayants droit au sens de la présente loi les personnes:



- a. qui ont leur domicile et leur résidence habituelle en Suisse et qui ont atteint l'âge de 62 ans mais n'ont pas encore dépassé l'âge légal AVS d'après l'article 21 LAVS;
- b. qui ont des revenus déterminants selon l'article 3c LPC ne dépassant pas les dépenses reconnues selon l'article 3b LPC de plus 20 000 francs s'il s'agit de personnes seules ou de plus de 30 000 francs s'il s'agit de couples ou de personnes vivant en union libre, lesdites sommes devant toutefois être majorées de 5000 francs par enfant ayant droit à une rente pour enfant ou à une rente d'orphelin de l'AVS/AI.

AB 2002 S 1018 / BO 2002 E 1018

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Dieser Artikel entfällt nach der Abstimmung zu Artikel 40ter.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 101quinquies

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titel

Kollektive und individuelle Beihilfen

Abs. 1

Kollektive Beihilfen werden jährlich an Stiftungen ausgerichtet, die in Anwendung von Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages Altersüberbrückungsrenten an begünstigte Personen leisten. Die beihilfeberechtigten Altersüberbrückungsrenten müssen mindestens folgenden Anforderungen genügen:

- a. sie müssen durch Statuten oder Reglement festgelegt sein;
- b. sie dürfen, zusammen mit allfälligen gesetzlichen und reglementarischen Ansprüchen aus der IV und der beruflichen Vorsorge, 60 Prozent des Höchstbetrages des versicherten Verdienstes gemäss dem Bundesgesetz über die obligatorische Unfallversicherung nicht überschreiten;
- c. sie müssen von den Arbeitgebenden finanziert werden sowie mit einem Beitrag der Arbeitnehmenden, der nicht tiefer als 10 Prozent und nicht höher als 25 Prozent des Beitrages der Arbeitgebenden sein darf.

Abs. 2

Individuelle Überbrückungsbeihilfen werden über gemeinnützige private Institutionen im Sinne von Artikel 101 Absatz 1 AHVG an begünstigte Personen ausgerichtet, die nachweisen, dass sie keinen Anspruch auf eine Altersüberbrückungsrente im Sinne von Absatz 1 haben. Die individuellen Überbrückungsbeihilfen dürfen, zusammen mit allfälligen gesetzlichen und reglementarischen Ansprüchen aus der IV und der beruflichen Vorsorge, 50 Prozent des Höchstbetrages des versicherten Verdienstes gemäss dem Bundesgesetz über die obligatorische Unfallversicherung nicht überschreiten.

Abs. 3

Der Bundesrat setzt die Höhe der kollektiven Beihilfe fest, die pro begünstigte Person, welche eine Altersüberbrückungsrente bezieht, ausgerichtet wird. Die individuelle Überbrückungsbeihilfe beträgt pro begünstigte Person 75 Prozent der kollektiven Beihilfe.

Abs. 4

Drohen die Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 die Mittel des Fonds zu übersteigen, so kürzt der Bundesrat verhältnismässig die Höhe künftiger, noch nicht rechtskräftig zugesprochener Beihilfen.

Art. 101quinquies

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(David, Bieri, Frick, Stähelin)



Titre

Aides collectives et individuelles

Al. 1

Les aides collectives sont allouées chaque année à des fondations qui, se conformant aux dispositions d'une convention collective, versent des rentes-ponts AVS à des ayants droit. Les rentes-ponts AVS subventionnées doivent au moins répondre aux exigences suivantes:

- a. leur montant doit être fixé dans le cadre d'un règlement ou de statuts;
- b. leur montant, auquel il convient d'ajouter celui que procurent d'éventuels droits légaux et réglementaires au titre de l'AI et de la prévoyance professionnelle, ne doit pas dépasser 60 pour cent du montant maximum du gain assuré, conformément à la loi fédérale sur l'assurance-accidents obligatoire;
- c. elles doivent être cofinancées par l'employeur et par le salarié, ce dernier versant une contribution dont le montant sera compris entre 10 pour cent et 25 pour cent de la contribution de l'employeur.

Al. 2

Les aides-ponts individuelles sont versées par le biais d'institutions privées d'utilité publique au sens de l'article 101 alinéa 1er LAVS aux ayants droit pouvant prouver qu'ils n'ont pas droit à une rente-pont AVS au sens de l'alinéa 1er. Le montant de l'allocation-pont individuelle, auquel il convient d'ajouter celui que procurent d'éventuels droits légaux et réglementaires au titre de l'AI et de la prévoyance professionnelle, ne doit pas dépasser 60 pour cent du montant maximum du gain assuré, conformément à la loi fédérale sur l'assurance-accidents obligatoire.

Al. 3

Le Conseil fédéral fixe le montant de l'aide collective qui est ensuite versée à chaque ayant droit bénéficiant d'une rente-pont subventionnée. L'aide-pont individuelle représente par ayant droit 75 pour cent de l'aide collective.

Al. 4

Quand le montant des prestations prévues aux alinéas 1er et 2 s'annonce supérieur aux ressources du fonds, le Conseil fédéral réduit d'autant le montant des aides futures allouées n'ayant pas encore force de droit.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Dieser Artikel entfällt nach der Abstimmung zu Artikel 40ter.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 101sexies

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titel

Ausführungsbestimmungen

Abs. 1

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen.

Abs. 2

Soweit dieses Gesetz nichts anderes vorsieht, gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen.

Art. 101sexies

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(David, Bieri, Frick, Stähelin)

Titre

Disposition d'exécution





Al. 1

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution.

Al. 2

Sous réserve des dispositions contraires de la présente loi, les dispositions de la loi fédérale du 5 octobre 1990 sur le aides financières et les indemnités sont applicables.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Dieser Artikel entfällt nach der Abstimmung zu Artikel 40ter.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2002 S 1019 / BO 2002 E 1019

Art. 102 Abs. 1

Antrag der Kommission

Bst. e

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bst. f

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Brunner Christiane, Studer Jean)

f. die Erträge aus den von der Schweizerischen Nationalbank freigegebenen, nicht benötigten Währungsreserven, soweit diese benötigt werden, um die Kürzungssätze gemäss Artikel 40quater Absatz 3 wie folgt zu kürzen:

– bis zu einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen, das dem 48fachen der minimalen Altersrente entspricht: 0,9 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 4,1 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 8,4 Prozent für 36 ganze Monatsrenten;

– ab einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen, das dem 72fachen der minimalen Altersrente entspricht: 3,4 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 8,4 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 14,3 Prozent für 36 ganze Monatsrenten.

Bst. g

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 102 al. 1

Proposition de la commission

Let. e

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. f

Majorité

Biffer

Minorité

(Brunner Christiane, Studer Jean)

f. le produit des réserves de devises inutilisées libérées par la Banque nationale suisse, dans la mesure nécessaire à l'abaissement du taux de la réduction de l'article 40quater alinéa 3 aux pourcentages suivants:

– jusqu'à un revenu annuel moyen déterminant égal à 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimal: 0,9 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 4,1 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 8,4 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières;

– à partir d'un revenu annuel moyen déterminant égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimal: 3,4 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 8,4 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 14,3 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières.



Let. g

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir beantragen Ihnen, Litera f zu streichen, als Folge des Finanzierungsbeschlusses (Vorlage 1).

Ich beantrage Ihnen folgendes Vorgehen: Wir beschliessen anhand der Anträge der Kommission. Sie sind einhellig und unbestritten. Aber wir führen die Gesamtabstimmung erst am Schluss, nach Beratung der Vorlage 1, für beide Vorlagen – 1 und 2 – durch. So wahren wir uns die Möglichkeit, auf diese Bestimmung zurückzukommen, sofern die Beratung der Vorlage 1 dies nahe legt.

Zu Buchstabe f: Der Antrag der Kommissionsmehrheit entspricht wiederum dem Finanzierungsbeschluss. Die Minderheit Brunner Christiane hingegen möchte in einem zusätzlichen Masse Erträge der Nationalbank für die Finanzierung der AHV beiziehen und die Kürzungssätze weiter gehend reduzieren. Soweit der Minderheitsantrag noch aktuell ist, bitte ich Frau Brunner, ihn zu begründen. Ich werde nachher für die Mehrheit der Kommission Stellung nehmen.

Brunner Christiane (S, GE): La proposition de minorité avait pour but de procurer un financement différent, résultant du produit des réserves de devises inutilisées de la Banque nationale suisse, pour parvenir au taux de réduction qui avait été proposé par la commission du Conseil national, et ceci en utilisant une partie seulement de ce produit parce que, bien sûr, par rapport à la proposition de la majorité, il convenait simplement de l'affectation du produit de ces réserves.

Dans la mesure où, de manière tout à fait inattendue dans notre Conseil, la proposition de minorité I (Forster) à l'article 40ter l'a emporté et qu'ainsi notre Conseil a refusé de faire même le premier pas vers le système du taux de réduction, et dans la mesure où les 400 millions de francs dont on parlait dans la proposition de la majorité ne sont plus à disposition, je considère qu'il ne vaut pas la peine de maintenir la proposition de minorité à l'article 102 alinéa 1er lettre f.

Par conséquent, je retire cette proposition.

Bst. e, g – Let. e, g

Angenommen – Adopté

Bst. f – Let. f

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 104 Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Wassern und seinem Anteil am Ertrag der für die Versicherung erhobenen Mehrwertsteuer. Er entnimmt seinen Beitrag der Rückstellung nach Artikel 111.

Art. 104 al. 1

Proposition de la commission

.... du tabac, des boissons distillées et à la part des recettes de la taxe sur la valeur ajoutée destinée à l'assurance. Elle la

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Artikel 104 Absatz 1 und ebenso Artikel 111 – auf der folgenden Seite der Fahne – sind ebenfalls Folgen des Finanzierungsbeschlusses.

Angenommen – Adopté

Art. 107 Abs. 3; 108 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Art. 107 al. 3; 108 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 111

Antrag der Kommission

.... auf gebrannten Wassern sowie der Anteil des Ertrages der für die Versicherung erhobenen Mehrwertsteuer werden laufend

Art. 111

Proposition de la commission

Les recettes provenant de l'imposition du tabac, des boissons distillées et la part des recettes de la taxe

Angenommen – Adopté

AB 2002 S 1020 / BO 2002 E 1020

Ziff. II

Antrag der Kommission

Bst. a, b

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Bst. c

Mehrheit

Abs. 1

Die Witwen-, Witwer- und Waisenrenten, deren Anspruch vor dem Inkrafttreten der 11. AHV-Revision (= 2004) entstanden ist, bleiben dem bisherigen Recht unterstellt.

Abs. 2

Bei Verwitwungen vor dem 1. Januar Y (Y = drei Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2007) entspricht die Witwen- und Witwerrente 80 Prozent der entsprechenden Altersrente und die Waisenrente 40 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Abs. 3

Bei Verwitwungen ab 1. Januar Y (Y = drei Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2007) bis vor dem 1. Januar Z (Z = sechs Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2010) entspricht die Witwen- und Witwerrente im Sinne von Artikel 36 Buchstabe a 75 Prozent der entsprechenden Altersrente, und die Waisenrente beträgt 45 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Abs. 4

Bei Verwitwungen ab 1. Januar Z (Z = sechs Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2010) bis vor dem 1. Januar U (U = neun Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2013) entspricht die Witwen- und Witwerrente im Sinne von Artikel 36 Buchstabe a 70 Prozent der entsprechenden Altersrente, und die Waisenrente beträgt 50 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Abs. 5

Bei Verwitwungen ab 1. Januar U (U = neun Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2013) bis vor dem 1. Januar V (V = zwölf Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2016) entspricht die Witwen- und Witwerrente im Sinne von Artikel 36 Buchstabe a 65 Prozent der entsprechenden Altersrente, und die Waisenrente beträgt 55 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Abs. 6

Bei Verwitwungen ab 1. Januar V (V = zwölf Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2016) entspricht die Witwen- und Witwerrente im Sinne von Artikel 36 Buchstabe a 60 Prozent der entsprechenden Altersrente, und die Waisenrente beträgt 60 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Abs. 7

Witwen, welche die Voraussetzungen nach Artikel 24 Absatz 2 erfüllen, haben:



- a. anstelle der einmaligen Entschädigung Anspruch auf eine Witwenrente von 80 Prozent der entsprechenden Altersrente, wenn sie vor dem 1. Januar X (X = zwei Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2006) verwitwen. Bei Verwitwung zwischen dem 1. Januar X (X = zwei Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2006) und vor dem 1. Januar Y (Y = zehn Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2014) sinkt der Rentenbetrag jährlich um 5 Prozent (von 75 Prozent im Jahr X auf 40 Prozent im Jahr U; U = neun Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2013);
- b. Anspruch auf eine einmalige Entschädigung in der Höhe einer Jahresrente nach Artikel 36 Buchstabe a, wenn sie ab dem 1. Januar Y (Y = zehn Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2014) verwitwen.

Minderheit

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II

Proposition de la commission

Let. a, b

Adhérer à la décision du Conseil national

Let. c

Majorité

Al. 1

Les rentes de veuve, de veuf et d'orphelin dont le droit est né avant l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS (= 2004) restent soumises aux anciennes dispositions.

Al. 2

Dans les cas de veuvage survenus avant le 1er janvier Y (Y = trois ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2007), les rentes de veuve et de veuf correspondent à 80 pour cent de la rente de vieillesse correspondante et la rente d'orphelin correspond à 40 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Al. 3

Dans les cas de veuvage survenus entre le 1er janvier Y (Y = trois ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2007) et le jour précédant le 1er janvier Z (Z = six ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2010), les rentes de veuve et de veuf correspondent à 75 pour cent de la rente de vieillesse correspondante et la rente d'orphelin correspond à 45 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Al. 4

Dans les cas de veuvage survenus entre le 1er janvier Z (Z = six ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2010) et le jour précédant le 1er janvier U (U = neuf ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2013), les rentes de veuve et de veuf correspondent à 70 pour cent de la rente de vieillesse correspondante et la rente d'orphelin correspond à 50 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Al. 5

Dans les cas de veuvage survenus entre le 1er janvier U (U = neuf ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2013) et le jour précédant le 1er janvier V (V = douze ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2016), les rentes de veuve et de veuf correspondent à 65 pour cent de la rente de vieillesse correspondante et la rente d'orphelin correspond à 55 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Al. 6

Dans les cas de veuvage survenus dès le 1er janvier V (V = douze ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2016), les rentes de veuve et de veuf correspondent à 60 pour cent de la rente de vieillesse correspondante et la rente d'orphelin correspond à 60 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Al. 7

Les veuves qui remplissent les conditions de l'article 24 alinéa 2 ont droit:

- a. en lieu et place d'une indemnité unique, à une rente de veuve s'élevant à 80 pour cent de la rente de vieillesse correspondante, si elles sont devenues veuves avant le 1er janvier X (X = deux ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2006). Pour chaque année de veuvage intervenue entre le 1er janvier X (X = deux ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2006) et le jour précédant le 1er janvier Y (Y = dix ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2014), le taux est abaissé de 5 pour cent (de 75 pour cent en l'an X à 40 pour cent en l'an U; U = neuf ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2013);



b. à une allocation unique correspondant au montant d'une rente annuelle, au sens de l'article 36 lettre a, si elles sont devenues veuves dès le 1er janvier Y (Y = dix ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS = 2014).

Minorité

(David, Frick, Paupe, Stähelin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Zu Ziffer II, Übergangsbestimmungen, Litera a, Rentenalter der Frauen, und Litera b, Rentenvorbezug, habe ich keine Bemerkungen. Wir schliessen uns dem Nationalrat an.

AB 2002 S 1021 / BO 2002 E 1021

Bei Litera c, Witwenrenten, haben Sie einen Systementscheid getroffen, indem Sie gestern der Mehrheit gefolgt sind. Die Minderheitsanträge entfallen also automatisch. Die Mehrheit will die Einführung der reduzierten Witwenrente und der erhöhten Waisenrente auf zwölf Jahre hinaus staffeln, also eine Übergangsfrist festlegen. Diese Übergangsfrist ist in der Kommission unbestritten.

Wir bitten Sie für die ganze Litera c, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Bst. a, b – Let. a, b

Angenommen – Adopté

Bst. c – Let. c

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Über diese Bestimmung wurde mit der Abstimmung bei Artikel 23 Absatz 1 entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. III (Änderung bisherigen Rechts)

Ch. III (modification d'autres actes législatifs)

Ziff. 1 Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1 préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 3

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 1bis

.... abgestuft wie die Beiträge nach Artikel 10 Absätze 1bis und 1ter AHVG. Artikel 9bis AHVG gilt sinngemäss.

Ch. 1 art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 1bis

.... LAVS. L'article 9bis LAVS est applicable par analogie.



Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die Änderung in Absatz 1bis ist lediglich eine Ergänzung der Aufzählung der Artikel des AHV-Gesetzes und die Folge unserer bisherigen Beschlüsse.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 6 Abs. 2bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1 art. 6 al. 2bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 10 Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Er erlischt spätestens, sobald eine versicherte Person eine ganze Altersrente vorbezieht, oder am Ende des Monats, in dem sie das Rentenalter im Sinne von Artikel 21 AHVG erreicht.

Ch. 1 art. 10 al. 1

Proposition de la commission

.... plus tard dès qu'ils perçoivent une rente de vieillesse anticipée entière ou à la fin du mois

Ziff. 1 Art. 22 Abs. 2

Antrag der Kommission

.... Der Anspruch erlischt spätestens, sobald eine versicherte Person eine ganze Altersrente vorbezieht, oder am Ende des Monats, in dem sie das Rentenalter im Sinne von Artikel 21 AHVG erreicht.

Ch. 1 art. 22 al. 2

Proposition de la commission

.... s'éteint au plus tard dès que la personne assurée perçoit une rente de vieillesse anticipée entière ou à la fin du mois au cours duquel elle atteint l'âge

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Artikel 10 und 22 kann ich gesamthaft erläutern: Es geht uns darum, dass die Eingliederungsmassnahmen erst bei voller Altersrente wegfallen. Diesen Vorschlag hat uns die Verwaltung aufgrund der Diskussion unterbreitet. Er stellt klar, was heute die Absicht – auch des Bundesrates – ist.

Wir bitten Sie, in beiden Punkten der Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 25ter Abs. 1, 1bis; 30

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1 art. 25ter al. 1, 1bis; 30

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 42 Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Die Entschädigung wird frühestens vom ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats an und spätestens bis Ende des Monats gewährt, in welchem eine versicherte Person vom Vorbe-



zug einer ganzen Rente gemäss Artikel 40 Absatz 1 AHVG Gebrauch gemacht hat oder in welchem sie das Rentenalter erreicht

Ch. 1 art. 42 al. 1

Proposition de la commission

.... Elle est allouée au plus tôt dès le premier jour du mois qui suit le 18e anniversaire de l'assuré, et au plus tard jusqu'au dernier jour du mois au cours duquel un assuré fait usage du droit de percevoir la rente anticipée entière, conformément à l'article 40 alinéa 1er LAVS, ou du mois au cours duquel il a atteint l'âge de la retraite

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die geltende Regelung bestimmt, dass der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung mit der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente erlischt, und zwar auch beim Rentenvorbezug. Der Nationalrat hat dieses Problem nicht behandelt. In unserer Kommission wurde es erläutert, und ähnlich wie bei den vorherigen Beschlüssen hat sie einen Vorschlag der Verwaltung angenommen, wonach bei Eingliederungsmassnahmen und den Taggeldern die Hilflosenentschädigung erst beim Vorbezug der ganzen Rente eingestellt wird. Denn beim Vorbezug einer halben Rente ist immer noch eine Teilerwerbstätigkeit möglich.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 52 Abs. 2 Bst. d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2002 S 1022 / BO 2002 E 1022

Ch. 1 art. 52 al. 2 let. d

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 77 al. 1 let. e

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 78ter

Antrag der Kommission

15 Prozent des Ertrages aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze für die Invalidenversicherung werden laufend der Rückstellung des Bundes für die Versicherung gutgeschrieben.

Ch. 1 art. 78ter

Proposition de la commission

15 pour cent des recettes provenant du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée effectué pour l'assurance-invalidité sont crédités au fur et à mesure à la réserve de la Confédération pour l'assurance.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Der Bundesrat hat in seinem Entwurf zu diesem Punkt keinen Vorschlag unterbreitet. Wir unterbreiten Ihnen den neuen Artikel 78ter. Und zwar geht es darum, dass 15 Prozent des Ertrages aus der Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der Invalidenversicherung der Rückstellung des Bundes für seinen Beitrag an die Versicherung gutgeschrieben werden. Im Finanzierungsbeschluss werden



wir feststellen – anders als der Nationalrat, aber in der Kommission einhellig –, dass die Bundesanteile an den Mehrwertsteuerprozenten für AHV und IV weiterhin bestehen bleiben. Nun gilt es, im Gesetz den Prozentsatz festzuschreiben, der Praxis ist und den wir beibehalten wollen. 15 Prozent sollen festgeschrieben werden.

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Ingress; Art. 10 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 2 préambule; art. 10 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 13

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Streichen

Ch. 2 art. 13

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Biffer

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: In Artikel 13 Absatz 2 geht es um Folgendes: Das geltende ordentliche Rentenalter in der beruflichen Vorsorge liegt bis jetzt noch bei 62 Jahren für Frauen und bei 65 Jahren für Männer. Am 23. März des letzten Jahres hat die Bundesversammlung ein dringliches Bundesgesetz angenommen, welches den erwerbstätigen Frauen die Möglichkeit gibt, bis zum Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV auch in der beruflichen Vorsorge versichert zu bleiben.

Der Bundesrat hat das einheitliche Rentenalter von 65 Jahren für Frauen und Männer vorgeschlagen. Der Nationalrat ist in Bezug auf das Rentenalter dem Bundesrat gefolgt. Er hat aber Artikel 13 Absatz 2 BVG angenommen, welcher den Versicherten die Möglichkeit gibt, zur Vermeidung von Rentenkürzungen beim flexiblen Rentenalter zusätzliche Beiträge zu entrichten.

Aufgrund der Diskussion in der SGK und mit Zustimmung des Bundesrates bitten wir Sie, Absatz 2 zu streichen. Wir wollen zwar im Grundsatz ebenfalls eine Einkaufslösung für die Vermeidung von Rentenkürzungen beim Vorbezug sicherstellen, aber die Problematik wird sachgerecht nicht hier, sondern in Artikel 13a Absatz 8 neu geregelt.

Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 13a

Antrag der Kommission

Abs. 1–7

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 8

Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass die versicherte Person über den Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen im Sinne von Artikel 9 Absatz 2 FZG hinaus zusätzliche Einkäufe tätigen kann, um die Kürzung beim Vorbezug der Altersleistung ganz oder teilweise auszugleichen. Sie trifft dabei Regelungen, die sicherstellen, dass keine höheren Leistungen ausgerichtet werden als ohne diese Einkäufe im Zeitpunkt des ordentlichen reglementarischen Rentenalters.



Ch. 2 art. 13a

Proposition de la commission

Al. 1–7

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 8

L'institution de prévoyance peut prévoir dans son règlement que la personne assurée peut effectuer des versements supplémentaires en sus du rachat de la totalité des prestations réglementaires au sens de l'article 9 alinéa 2 LFLP, dans le but de compenser totalement ou partiellement la réduction de la rente en cas de retraite anticipée. Elle adopte une réglementation empêchant de percevoir des prestations plus élevées que celles qui seraient versées, en l'absence de tels versements, au moment de l'âge ordinaire réglementaire de la retraite.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich habe mich dazu schon geäußert. Weitere Erläuterungen erübrigen sich.

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 14 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 2 art. 14 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 17

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 2 art. 17

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2002 S 1023 / BO 2002 E 1023

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Artikel 17 regelt heute den Anspruch auf Kinderrenten in der beruflichen Vorsorge, in Analogie zu Artikel 22ter des AHV-Gesetzes. Der Bundesrat beantragt, die Regelung über die Kinderrenten an das flexible Rentenalter anzupassen, mit Hinweis auf die Artikel 13 und 13a; beim Vorbezug der halben Altersrente wird ebenfalls nur die halbe Kinderrente ausgerichtet.

Der Nationalrat hat einen Einzelantrag zum Beschluss erhoben, welcher die Kinderzulagen in der AHV und in der beruflichen Vorsorge an die Beträge der kantonalen Familienzulageordnungen koppelt. Ihre Kommission hat darüber beraten. Wie bei Artikel 22ter des AHV-Gesetzes schloss sie sich auch in der beruflichen Vorsorge der Vorstellung des Bundesrates an. Die Abstützung von Leistungen auf kantonale Familienzulageordnungen ist in der beruflichen Vorsorge noch viel problematischer als in der AHV. Einerseits können die Vorsorgeeinrichtungen im Überobligatorium ohnehin höhere Leistungen ausrichten; andererseits kann es aber auch vorkommen, dass die kantonalen Kinderzulagen höher sind als die nach den allgemeinen Grundsätzen berechnete Kinderrente in der beruflichen Vorsorge. In diesem Fall wären die Kinderrenten nicht ausfinanziert. Die Fälle sind zwar sicher selten, aber der vom Nationalrat vorgenommene Einbruch in das System sollte nicht übernommen werden. Kurz gesagt: Der Bund sollte nicht in die kantonalen Familienzulageordnungen eingreifen, weder in der AHV noch in der beruflichen Vorsorge.

Ich habe zuhanden der Kommission des Nationalrates im Hinblick auf die Differenzbereinigung ausführliche Erläuterungen gemacht.

Angenommen – Adopté



Übergangsbestimmungen im Rahmen der 11. AHV-Revision Dispositions transitoires dans le cadre de la 11e révision de l'AVS

Art. 1

Antrag der Kommission

Ab dem Inkrafttreten der 11. AHV-Revision gilt das ordentliche Rentenalter der Frauen in der AHV auch als BVG-Rentenalter der Frauen.

Art. 1

Proposition de la commission

Avec l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS, l'âge ordinaire de la retraite des femmes dans l'AVS vaut aussi comme âge de la retraite des femmes dans la LPP.

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Artikel 1 hält fest, dass das Rentenalter der Frauen in der beruflichen Vorsorge ab Inkrafttreten des Gesetzes auf 63 Jahre festgelegt ist und 6 Jahre ab Inkrafttreten des Gesetzes 65 Jahre betragen soll. Die Bestimmung geht davon aus, dass die 11. AHV-Revision am 1. Januar 2003 in Kraft tritt.

Artikel 2 koordiniert die 11. AHV-Revision mit der 1. BVG-Revision und enthält Bestimmungen, die wirksam würden, wenn nur die 11. AHV-Revision, nicht aber die 1. BVG-Revision in Kraft treten würde. In diesem Fall soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, die Bestimmungen über den Umwandlungssatz und die Altersgut-schriftensätze an die Erhöhung des Rentenalters anzupassen; dem folgte der Nationalrat.

Artikel 1 haben wir aber neu formuliert. Wir tragen dem Umstand Rechnung, dass die 11. AHV-Revision nicht bereits nächstes Jahr in Kraft treten kann, und wir wollen ein neues Auseinanderfallen der Rentenalter in AHV und BVG verhindern.

Angenommen – Adopté

Ziff. 3 Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 3 préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 3 Art. 2 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Die vorzeitige Ausrichtung einer Altersleistung nach Artikel 13a des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und andere reglementarisch vorgesehene Vorbezüge gelten nur in dem Masse als Vorsorgefälle, als der Versicherte seinen Anspruch auf die Altersleistung tatsächlich geltend macht. Im Fall der vorzeitigen Ausrichtung eines Teils der Altersleistung wird der Anspruch auf die Austrittsleistung entsprechend reduziert. Hat hingegen der Versicherte das vorzeitige Rücktrittsalter im Moment seines Austrittes aus der Vorsorgeeinrichtung erreicht und übt er keine Erwerbstätigkeit aus und ist auch nicht als arbeitslos gemeldet, so ist nur die Ausrichtung der gesetzlichen oder reglementarischen Altersleistung möglich.

Ch. 3 art. 2 al. 1bis

Proposition de la commission



Le versement anticipé d'une prestation de vieillesse selon l'article 13a de la loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) et les autres anticipations prévues réglementairement ne sont réputés cas de prévoyance que dans la mesure où l'assuré fait effectivement valoir son droit à la prestation de vieillesse. En cas de versement anticipé d'une partie de la rente de vieillesse, le droit à la prestation de sortie est réduit en conséquence. Toutefois, si l'assuré a atteint l'âge de la retraite anticipée au moment de son départ de l'institution de prévoyance et qu'il n'exerce plus d'activité lucrative ou n'est pas inscrit au chômage, seul le versement d'une prestation de vieillesse légale ou réglementaire est possible.

Angenommen – Adopté

Ziff. 4 Ingress, Art. 2b; 3c Abs. 1 Bst. d; Ziff. 5 Ingress, Art. 19a Abs. 1, 1bis; 27 Abs. 1–3; Ziff. 6; Ziff. 7 Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 4 préambule, art. 2b; 3c al. 1 let. d; ch. 5 préambule, art. 19a al. 1, 1bis; 27 al. 1–3; ch. 6; ch. 7 préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 17a

Antrag der Kommission

Titel

Beiträge an die Sozialversicherungen

Abs. 1

Auf dem Taggeld werden Beiträge bezahlt:

- a. an die Alters- und Hinterlassenenversicherung;
- b. an die Invalidenversicherung;
- c. an die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz;
- d. an die Arbeitslosenversicherung.

AB 2002 S 1024 / BO 2002 E 1024

Abs. 2

Die Beiträge werden je zur Hälfte von der versicherten Person und vom Versicherer getragen. Richtet der Versicherer die Taggelder dem Arbeitgeber aus, vergütet er ihm auch die Arbeitgeberbeiträge.

Abs. 3

Der Bundesrat regelt das Verfahren.

Ch. 7 art. 17a

Proposition de la commission

Titre

Cotisations aux assurances sociales

Al. 1

Sont payées sur l'indemnité journalière des cotisations:

- a. à l'assurance-vieillesse et survivants;
- b. à l'assurance-invalidité;
- c. au régime des allocations pour perte de gain en faveur des personnes servant dans l'armée, dans le service civil ou dans la protection civile;
- d. à l'assurance-chômage.

Al. 2

Ces cotisations sont supportées à part égale par l'assuré et par l'assureur. Dans les cas où l'assureur sert l'indemnité journalière à l'employeur, il lui verse également la part patronale.

Al. 3





Le Conseil fédéral règle la procédure.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Sie haben bereits bei Artikel 5 Absatz 2bis beschlossen, dass die Leistungen aus Unfall- und Krankenversicherung der AHV-Beitragspflicht unterliegen.

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 22; 41 Abs. 2; 42 Abs. 2; 44 Abs. 1, 2; Ziff. 8 Ingress; Art. 29 Abs. 3, 3bis; 43 Abs. 1; 47 Abs. 1; 51 Abs. 4; 67 Abs. 2, 3; 68 Abs. 2; Ziff. 9 Ingress; Art. 2 Abs. 1, 2 Bst. b, f; 8 Abs. 1 Bst. d; 13 Abs. 3
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 7 art. 22; 41 al. 2; 42 al. 2; 44 al. 1, 2; ch. 8 préambule; art. 29 al. 3, 3bis; 43 al. 1; 47 al. 1; 51 al. 4; 67 al. 2, 3; 68 al. 2; ch. 9 préambule; art. 2 al. 1, 2 let. b, f; 8 al. 1 let. d; 13 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 18

Antrag der Kommission

Abs. 4, 4bis, 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 6

Altersleistungen einer ausländischen obligatorischen oder freiwilligen Altersversicherung werden unabhängig davon, ob es sich um eine ordentliche Altersleistung oder um eine Vorruhestandsleistung handelt, von der Arbeitslosenentschädigung abgezogen, sofern kein Vorbezug nach Absatz 1 vorliegt.

Ch. 9 art. 18

Proposition de la commission

Al. 4, 4bis, 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 6

Des prestations de vieillesse ordinaires ou anticipées d'une assurance-vieillesse obligatoire ou facultative étrangère sont déduites de l'indemnité de chômage, à moins qu'il n'existe une anticipation au sens de l'alinéa 4.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Absatz 6 ist die Folge der Diskussion in der Kommission. Es handelt sich um eine Anpassung an die bilateralen Abkommen. Was wollen wir damit? Wir wollen vermeiden, dass Überentschädigungen eintreten, weil nämlich ausländische Vorruhestandsregelungen gelten, also Renten aus dem Ausland an einen Arbeitslosen fließen, der in der Schweiz Arbeitslosengeld beziehen kann. Wir wollen verhindern, dass durch die ausländischen Leistungen und die schweizerische Arbeitslosenversicherung Überentschädigungen eintreten.

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 22a Abs. 2; Ziff. 10; Ziff. 11; Übergangsbestimmung im Rahmen der 11. AHV-Revision; Ziff. 12 Titel, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 9 art. 22a al. 2; ch. 10; ch. 11; disposition transitoire dans le cadre de la 11e révision de l'AVS; ch. 12 titre, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté





Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Aufheben

Abs. 2

Unverändert, aber:

Den zweiten Satz streichen

Ch. 12 art. 2

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Abroger

Al. 2

Inchangé, mais:

Biffer la seconde phrase

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es handelt sich um das Pendant zur vorherigen Regelung, die wir für die Invalidenversicherung getroffen hatten. Heute gehen 17 Prozent des Ertrages des Demographieprozentes der Mehrwertsteuer, welches 1999 eingeführt wurde, an den Bund: zur Deckung seines Beitrages an die AHV. Ein Zehntel des Prozentes kann für die Finanzierung der IV verwendet werden. In diesem Jahr gehen 37,5 Prozent des IV-Anteiles an den Bund. Bis jetzt hat der Bundesrat das Demographieprozent ausschliesslich für die AHV verwendet. Am 12. Dezember 2000 wurde auf die Vorlage zur Parlamentarischen Initiative "Mehrwertsteuersätze für die AHV/IV" (00.416), die diesen Bundesanteil auf das Jahr 2001 hin streichen wollte, mit Stichentscheid der Ständeratspräsidentin nicht eingetreten; wir erinnern uns.

Der Entwurf des Bundesrates geht dahin: Er sieht keine Änderung des Bundesbeschlusses über die Anhebung der Mehrwertsteuersätze für die AHV/IV vor. Der Nationalrat seinerseits hob den Bundesanteil am Demographieprozent auf, indem er Artikel 2 Absatz 2 und den letzten Satz von Absatz 3 strich. Unser Antrag geht dahin, sowohl den Bundesanteil für die AHV als auch jenen für die IV beizubehalten. Falls Sie auch dem Finanzierungsbeschluss zustimmen, schaffen Sie die Grundlage, dass die Normierung hier auf Gesetzesstufe erfolgen kann.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Ziff. IV

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2002 S 1025 / BO 2002 E 1025

Ch. IV

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir setzen hier die Beratung fort, die wir in der Herbstsession begonnen haben. Sie erinnern sich, dass die Vorlage auf Antrag von Kollege Schmid Carlo zur neuen Beratung an die Kommission zurückgewiesen wurde. Wir haben das auftragsgemäss getan, und die Mehrheit legt Ihnen folgendes Modell vor:



1. Das Mehrwertsteuerprozent zur Sanierung der Invalidenversicherung soll per sofort eingeführt werden. Per sofort heisst sofort nach der Volksabstimmung, in der Realität: voraussichtlich auf das Jahr 2005, weil die Verfassungsabstimmung im Jahre 2003 nicht mehr stattfinden kann; sie wird Anfang 2004 stattfinden, denn die Wahlen verlangen nächstes Jahr eine Karenzfrist. Das Mehrwertsteuerprozent für die Invalidenversicherung wird demnach ab dem Jahr 2005 erhoben werden können.

2. Den zweiten Teil des Finanzierungsbeschlusses, 1,5 Prozent zur Sicherstellung der AHV nach Bedarf gestaffelt einzuführen, lehnt die Kommissionsmehrheit zum heutigen Zeitpunkt ab. Eine Minderheit verlangt dies. In der Detailberatung werden wir eingehend darüber sprechen.

Dies zur Einführung, bevor wir nun zur Detailberatung übergehen:

In Artikel 106 beantragen wir eine Änderung des Bundesratsentwurfes und des Nationalratsbeschlusses: Sie sehen, dass wir die Invalidenversicherung vom Anteil der Spielbankenerträge ausgeschlossen haben. Damit vollziehen wir keine praktische Änderung. Bereits heute ist nirgends vorgesehen, dass die Erträge aus der Spielbankenabgabe der Invalidenversicherung zufließen würden; sie dienen ausschliesslich der Finanzierung der AHV.

Spoerry Vreni (R, ZH): Der Kommissionspräsident hat mich beauftragt, diesen Bundesbeschluss als Berichterstatterin zu vertreten. Ich bin selbstverständlich davon ausgegangen, dass ich nochmals darlegen kann, warum wir überhaupt einen neuen Beschluss vorlegen und was dabei – im Vergleich zwischen Mehrheit und Minderheit – unsere Absicht ist. Der Kommissionspräsident gehört ja in dieser Sache zur Minderheit.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir stehen in der Detailberatung. Wir sind das letzte Mal eingetreten und haben nun zu den einzelnen Details neue Anträge ausgearbeitet. Ich bin nach wie vor Kommissionssprecher, falls Sie mich noch nicht absetzen. (*Heiterkeit*)

Ich habe hingegen Frau Spoerry gebeten – und da mag es sich um ein kleines Missverständnis handeln –, dass sie bei Artikel 112, wo wir einen Systementscheid zu treffen haben, die Mehrheit vertritt; ich vertrete die Minderheit. Dieser Rollenwechsel betrifft nur die Frage des Systementscheides: Wollen Sie heute 1,5 Prozent Mehrwertsteuer für die AHV in der Verfassung normieren, oder wollen Sie das noch nicht? Zu diesem Punkt bitte ich Frau Spoerry, die Kommissionsmehrheit zu vertreten, weil ich die Kommissionsminderheit anführe. Ich hoffe, dass ich damit die Sache geklärt habe.

Spoerry Vreni (R, ZH): Sie erinnern sich, dass Ihnen die Kommission in der Herbstsession bereits im Anschluss an die Beratung des IV-Gesetzes einen Antrag über die zukünftige Mittelenerhebung für die IV einerseits und die AHV andererseits unterbreitet hat. Wir beantragten Ihnen, einen gemeinsamen Beschluss zur IV und zur AHV zu fassen. Danach sollte für die IV, direkt gestützt auf die Bundesverfassung, ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent erhoben werden, wobei der Bundesrat das Inkrafttreten hätte bestimmen sollen. Für die AHV erteilte der Antrag auf Verfassungsänderung dagegen nur die Kompetenz, die Mehrwertsteuersätze durch das Gesetz insgesamt um 1,5 Prozent anzuheben, sobald es zur Sicherstellung der Finanzierung dieser Sozialwerke notwendig würde. Es würde also nochmals eine Referendumsmöglichkeit bestehen. Die beiden Vorhaben hätten Volk und Ständen in einer einzigen Vorlage unterbreitet werden sollen, zu der man lediglich als Ganzes Ja oder Nein hätte sagen können.

Kollege Carlo Schmid hat hier im Plenum den Antrag gestellt, die IV- und die AHV-Finanzierung zu trennen und Volk und Ständen je einen separaten Beschluss zu diesen beiden Versicherungen vorzulegen. Daraufhin hat der Rat dieses Geschäft an unsere Kommission zurückgewiesen.

Wir haben uns gemäss Ihrem Auftrag nochmals über das Dossier gebeugt. Dabei ist die Kommission einhellig zum Schluss gelangt, dass wir eigentlich nur zwei Möglichkeiten haben: Entweder legen wir, wie wir es bereits im Herbst beantragt haben, gleichzeitig eine Vorlage über die IV- und die AHV-Finanzierung vor, die am gleichen Tag zur Abstimmung gelangt, oder wir trennen die beiden Vorlagen, dann aber nicht nur inhaltlich, sondern auch zeitlich.

Die Kommissionsmehrheit hat sich für den zweiten Weg entschieden, also gleichzeitig auch für eine zeitliche Trennung der beiden Vorlagen. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, heute nur eine Vorlage zur IV-Finanzierung zu unterbreiten und dafür ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent zu beschliessen. Dieses kann direkt, gestützt auf die Verfassungsbestimmung, eingeführt werden.

Ich möchte dem Sprecher der Kommissionsminderheit nicht vorgreifen, die ja an der Vorlage festhält, wie wir sie Ihnen bereits im Herbst unterbreitet haben. Die Begründung für dieses Vorgehen scheint im Wesentlichen darin zu liegen, dass wir für die Sozialversicherungen eine Gesamtschau brauchen. Diese Gesamtschau zeigt, das ist unbestritten, dass wir nicht nur für die IV, sondern auch für die AHV zusätzliche Mittel brauchen werden, dass wir das den Bürgerinnen und Bürgern aufzuzeigen haben und dass wir deswegen – gemäss Minderheit –



eine ungetrennte Vorlage zu unterbreiten haben. Die Kommissionsmehrheit unterstützt selbstverständlich die Notwendigkeit der Gesamtschau und auch die Notwendigkeit, diese den Stimmberechtigten darzulegen und sie über die später ohne Zweifel zusätzlich notwendige Mehrwertsteuererhöhung für die AHV in aller Offenheit zu informieren. Wir, die Kommissionsmehrheit, sind aber nicht der Ansicht, dass daraus zwingend die Vorlage eines einzigen Beschlusses resultieren muss.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt für die IV. Die IV hat per Ende 2002 Schulden in der Höhe von rund 4,5 Milliarden Franken. Weiter kommen in den nächsten Jahren ohne zusätzliche Finanzierung als Folge der jährlich anfallenden Defizite jedes Jahr bis zu 1,5 Milliarden Franken dazu. Das ist ein unhaltbarer Zustand, den wir so nicht länger anstehen lassen können. Wenn wir der IV ab dem Jahr 2005 jährlich ein Mehrwertsteuerprozent zukommen lassen, so wird es möglich, zum einen die jährlichen Defizite zum Verschwinden zu bringen und zum anderen die bis dann aufgelaufenen Milliardenschulden abzubauen.

Ein Mehrwertsteuerprozent erbringt heute rund 3 Milliarden Franken. Etwa die Hälfte davon benötigen wir in Zukunft für die Deckung der jährlichen Ausgaben, um weitere Defizite zu verhindern. 15 Prozent des Betrages, also etwa 450 Millionen Franken, gehen in die Bundeskasse, wie Mehrheit und Minderheit gemeinsam beantragen. Der Rest kann dann für die Schuldentilgung eingesetzt werden. Damit sollte es möglich sein, bis zum Jahr 2010 die Schuld getilgt zu haben. Anschliessend ist der Bundesrat gemäss Verfassungstext verpflichtet, das Mehrwertsteuerprozent für die IV so weit zu senken, wie dies die Deckung des dannzumaligen Defizites erlaubt.

AB 2002 S 1026 / BO 2002 E 1026

Etwas anders präsentiert sich die Situation bei der AHV. Zusätzliche Mittel werden nötig werden; das zeigt die demographische Entwicklung klar. Wir wollen das als Kommissionsmehrheit mit Nachdruck festhalten und auch kommunizieren. Aber das Ausmass der benötigten Mittel und vor allem der Zeitpunkt, ab dem diese Mittel benötigt werden, können heute nicht mit absoluter Sicherheit bestimmt werden. Die konjunkturelle Entwicklung spielt hier eine wesentliche Rolle, und ebenso tun dies die Beschlüsse, die wir, zusammen mit dem Nationalrat, bei der AHV-Revision fassen. Es ist natürlich auch denkbar, dass die im Verfassungstext vorgesehene Reduktion des IV-Mehrwertsteuerprozentes für die AHV verwendet werden kann.

Aus diesen Gründen scheint es der Kommissionsmehrheit besser, jetzt, in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld, das Fuder nicht zu überladen, sondern das zu beantragen, was wir dringend, rasch brauchen, nämlich die zusätzlichen Mittel für die IV. Selbstverständlich werden wir die Stimmberechtigten unmissverständlich darauf hinweisen, dass zukünftig noch mit weiteren Belastungen zu rechnen ist, dass diese Belastungen aber erst dann beantragt werden, wenn wir genau wissen, wie viel wann erforderlich ist.

Ich hoffe, dass die Kommissionsmehrheit mit diesem Antrag Ihrem Auftrag aus der Herbstsession auf eine gute Weise nachgekommen ist. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich möchte den Standpunkt der Minderheit in sechs Punkten darlegen:

1. Zum finanziellen Gesamtrahmen: Wir haben heute ein AHV-Budget von rund 29,5 Milliarden Franken. Daran haben wir mit unserer Beratung wenig geändert. Wenn wir mit unserem Beschluss betreffend die Frühpensionierung bzw. die Streichung der 400 Millionen Franken durchkommen, steht die AHV um 400 Millionen Franken besser da. Das wären umgerechnet 0,13 Mehrwertsteuerprozent. Wir haben jetzt also die Leistungen bestellt, das Menü ist "geordert", und wir fragen uns jetzt: Wann bezahlen wir? Wollen wir bezahlen? Das ist die Frage.

2. Wie sieht die Finanzrechnung der AHV aus? Wir haben Ihnen auf diese Sitzung hin Blätter verteilen lassen. Sie sehen darauf, dass die AHV-Rechnung ab dem Jahre 2008 negativ sein wird und wir bereits ab dem Jahre 2009 die Mehrwertsteuer um rund 0,5 Prozent erhöhen müssen, um die AHV-Rechnung ausgeglichen zu gestalten. Im Jahr 2012 muss ein weiteres Prozent folgen. Nun, diese Jahrzahlen können noch je nach Entwicklung der Wirtschaftslage um eins nach oben oder nach unten variieren, aber: je schlechter die Wirtschaftslage, umso früher. Wenn wir die Mehrwertsteuer nicht ab dem Jahre 2009 erhöhen, dann beginnen wir, von der Substanz des AHV-Fonds zu zehren. Heute liegt sie noch in der Nähe des gesetzlichen Jahresumsatzes der AHV. Wenn wir die Mehrwertsteuer nicht erhöhen, würden wir den AHV-Fonds aber in zehn Jahren vollständig aufzehren.

3. Zu den beschlossenen Leistungen: Wir haben nun im Rahmen der 11. AHV-Revision die Leistungen beschlossen. Wollen wir bzw. müssen wir sie nicht auch finanzieren? Welche Botschaft richten wir an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger? Wir haben Leistungen beschlossen und wissen, dass wir, um diese Leistun-



gen aufrechtzuhalten, die Mehrwertsteuer spätestens im Jahre 2009 um ein halbes Prozent erhöhen müssen. Aber wir tun es nicht. Wir versprechen Leistungen, ohne sie finanziell zu sichern. Wer heute bestellt, muss heute auch die Bezahlung regeln. Alles andere ist politische Zechprellerei. Wenn wir uns heute nicht auch dazu bekennen, dass wir die Mehrwertsteuer erhöhen müssen – alle Rentenbezüger des Jahres 2010 leben ja –, verknüpfen wir das mit der Aussage, bereits in wenigen Jahren über einen Leistungsabbau der AHV zu diskutieren.

Den Leistungsabbau in der AHV können wir politisch realistisch nur auf drei Arten machen: Wir können den Mischindex verändern oder streichen, wir können die Witwenrente weiter abbauen, als wir es schon getan haben, und wir können das Rentenalter erhöhen. Ist das eine realistische Botschaft im Hinblick auf die Situation in zwei, drei Jahren? Wenn wir uns heute nicht auch zur Mehrwertsteuer auf Verfassungsstufe verbindlich äussern, dann verfehlen wir das Konsolidierungsziel. Wir versprechen Ausgaben, aber regeln nicht auch die Finanzierung.

4. Wir haben uns in diesem Rat bisher immer konsequent für eine Sicherung der AHV auf lange Frist ausgesprochen. Ich erinnere Sie an das, was wir beschlossen haben. Kollege Schiesser war hier federführend. Ich erinnere an seine Motion aus dem Jahre 1995, 95.3534. Herr Schiesser hat zum Ersten eine Vorlage verlangt, die sicherstellt, dass die sich mittel- und langfristig abzeichnenden sehr hohen Ausgabenüberschüsse in der AHV-Rechnung möglichst von Anfang an aufgefangen werden – das ist nun die 11. AHV-Revision. Zum Zweiten hat Herr Schiesser verlangt, dass die langfristige Leistungsfähigkeit der AHV trotz starker Belastung durch die demographische Entwicklung gewährleistet ist. Herr Schiesser hat in der Begründung seiner Motion verlangt, dass der Bundesrat einen fixen Termin erhält, die Finanzierung dieser Leistungen vorzuschlagen. Das hat der Bundesrat ebenfalls mit der 11. AHV-Revision getan. Zum Dritten hat Herr Schiesser festgehalten, der bequeme und nahe liegende Ausweg der Plünderung des AHV-Fonds sei gesetzeswidrig und nicht statthaft. Wenn dieser Fonds einmal angezehrt werde, könne er kaum mehr je auf das nötige Niveau geöffnet werden. Dasselbe hat seine Fraktion im Nationalrat verlangt.

Wir sind seinen Anträgen mit 28 zu 7 Stimmen gefolgt. Seither war unsere Praxis: Wir wollen die AHV langfristig konsolidieren, und wenn wir Leistungen beschliessen, regeln wir auch die Finanzierung. Wenn wir es heute nicht mehr tun, ist das eine völlige Abkehr von unserer Politik, auf die wir uns seit bald zehn Jahren festgelegt haben.

5. Ich möchte Ihnen darlegen, was in zeitlicher Hinsicht folgen wird, wenn Sie der "hauchdünnen" Mehrheit folgen. Wir wissen, dass wir im Jahr 2009 das halbe Mehrwertsteuerprozent und im Jahr 2012 das weitere eine Mehrwertsteuerprozent haben müssen, wenn wir nicht den AHV-Fonds plündern wollen. Um diese Mehrwertsteuer 2009 einführen zu können, müssen wir die Verfassungsabstimmung 2007, allerspätestens Anfang 2008 durchführen. Das bedeutet für den Bundesrat, dass er die Vorlage im Jahr 2005 dem Parlament vorlegen muss. Wir wissen, dass diese Vorlagen einige Zeit brauchen. Wenn Sie also heute entsprechend der Mehrheit noch nicht über die Finanzierungsseite reden, müssen Sie es in zwei Jahren dennoch tun! Machen wir uns nichts vor. Wir tun der Wirtschaft und unseren Rentnerinnen und Rentnern keinen Dienst, wenn wir heute die Augen vor der Finanzierung verschliessen und so tun, als könnte man das Ganze hinausschieben. Man kann es nicht. Wenn Sie es trotzdem tun, sagen Sie unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern: Eure Renten sind nicht gesichert, und in zwei, drei Jahren sind wir bereit, über einen Abbau eurer Renten zu sprechen. Das dürfen Sie nicht tun, und das will auch ich nicht tun.

6. Welches ist das System, das sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit beantragen? Wir wollen keine Blankovollmacht für den Bundesrat, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgt in Form eines referendumsfähigen Bundesgesetzes. Damit haben Sie und die Bürger die Möglichkeit, auf den genauen Zeitpunkt und auf die Höhe der Mehrwertsteuererhöhung im Detail Rücksicht zu nehmen, entsprechend der dazumal wirtschaftlichen Lage und entsprechend der finanziellen Situation des AHV-Fonds. Das ist die richtige Antwort.

Aus diesen sechs Gründen bitte ich Sie: Bleiben wir bei unserem Wort, das wir der Öffentlichkeit während zehn Jahren gegeben haben, nämlich die AHV langfristig zu sichern. Machen wir uns nichts vor. Bezahlen wir auch das, was wir heute an Leistungen bestellt haben. Folgen Sie der Minderheit.

Brändli Christoffel (V, GR): Es ist unbestritten, dass die AHV längerfristig gesichert werden soll. Man soll hier nicht

AB 2002 S 1027 / BO 2002 E 1027

den Eindruck erwecken, dass man dies je nachdem, welche Variante man wählt, will oder nicht will. Der Grundsatz ist unbestritten. Es geht aber um die Frage, wie man die Steuererhöhungen den Bürgern vorlegt: Man kann





dies in einem Paket tun, also AHV und IV vermischen; man kann es trennen und eine separate AHV- und eine separate IV-Abstimmung durchführen; und man kann es staffeln, wie es die Mehrheit verlangt hat.

Wenn man nun die IV und die AHV betrachtet, dann ist es schon klar: Bei der IV haben wir einen dringenden Handlungsbedarf. Offen ist die Höhe; da kann man darüber diskutieren, ob die Mehrwertsteuererhöhung 0,8 oder 1,0 Prozent betragen soll. Das ist auch eine politische Frage und abhängig von der aktuellen Schulden-situation der IV. Sie ist vom Bedarf und vor allem vom Sparvolumen bei der IV abhängig. Auch hier muss man sich entscheiden, ob man den Spardruck hoch oder weniger hoch ansetzen will. Davon wird auch die Höhe abhängig sein.

Bei der AHV ist der Handlungsbedarf nicht im gleichen Masse dringend. Es ist auch noch wichtig, was die AHV-Revision bringt. Wir haben heute Beschlüsse gefasst, die Einfluss auf die AHV-Rechnung haben. Wir wissen, dass es Diskussionen zum Nationalbankanteil, zu den Reserven gibt. Ich spreche nur vom Drittel des Bundes, um das ganz deutlich zu sagen. Aber wenn man den der AHV zuweisen müsste, dann hätte das auch Einfluss auf die AHV-Finanzierung. Wir wissen auch nicht, wie sich die Wirtschaft in den nächsten Jahren entwickelt. Es gibt Veränderungen bis 2009, 2010 oder 2013. Das scheinen mir gute Gründe zu sein, um diesen AHV-Entscheid nicht zwingend jetzt zu fällen.

Auch die heutige Wirtschaftslage spricht eigentlich dagegen, dass man Steuern auf Vorrat beschliesst. Ich meine, dass die Trennung der Abstimmungen zur AHV und zur IV zur Transparenz beiträgt, und möchte deshalb beliebt machen, dass man hier der Mehrheit folgt. Ich möchte aber nochmals deutlich sagen: Das hat nichts damit zu tun, dass man die AHV nicht langfristig sichern will; dies ist eine andere Frage.

Schiesser Fritz (R, GL): Herr Kollege Frick hat auf meine weit zurückliegende Motion verwiesen, mit der ich – nebst den übrigen Punkten, die Herr Frick aufgezählt hat – die langfristige Sicherung der Sozialwerke verlangt habe. Das war im Nachgang zur 10. AHV-Revision und im Hinblick auf die damals entstandene Diskussion über die Sicherung der Sozialwerke in Bezug auf die demographischen Veränderungen und die daraus entstehenden finanziellen Folgen. Im Rahmen dieser 10. AHV-Revision hat man immer wieder von der 11. AHV-Revision im Sinne einer Konsolidierung gesprochen; Frau Forster hat das gestern herausgestrichen. Man hat davon gesprochen, dass mit der 11. AHV-Revision, die wir jetzt durchberaten haben, eben auch die Konsolidierung der Sozialwerke erreicht werden müsse.

Ich habe gestern das Wort zur 11. AHV-Revision nicht ergriffen. Ich habe einfach aus der Aufstellung, die wir von der Kommission erhalten haben, ersehen, dass die Konsolidierung weitgehend auf der Einnahmen- und nicht auf der Ausgabenseite erfolgt. Dazu muss ich nichts mehr bemerken, das ist eine Tatsache. Die politischen Realitäten sind offenbar so, dass das der Weg ist, den wir beschreiten müssen.

Nun wird die Rechnung präsentiert, wie es Kollege Frick gesagt hat. Auch wenn ich die Argumente der Mehrheit sehr gut verstehe, muss ich sagen, dass man in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld mit allenfalls weit ausgreifenden Erhöhungen der Mehrwertsteuer zurückhaltend sein sollte. Ich vertrete auf der anderen Seite den Standpunkt, dass wir dem Volk ganz klar die Rechnung auf den Tisch legen müssen. Wir sehen, was die Mehrwertsteuererhöhung bei der Invalidenversicherung bedeutet: Dort haben wir noch einen etwas weniger weit gehenden Antrag Dettling, aber das bedeutet natürlich keine immense Entlastung, auch wenn es doch um einige Hundert Millionen Franken geht.

Wir haben auf der anderen Seite die heutigen Perspektiven bei der AHV: Wenn ich diese Zahlenreihe, die wir von der Kommission erhalten haben, weiterführe oder weiterverfolge, dann sehe ich, dass nach dem heutigen Kenntnisstand Mehrwertsteuererhöhungen nicht nur 2009 und 2012 erforderlich sein werden. Wir werden vielmehr bereits 2018 und 2019 wiederum in erhebliche Schwierigkeiten geraten, wenn nicht etwas Aussergewöhnliches passiert, sei es, dass sich die Wirtschaftslage erheblich verbessert, sei es, dass sonst irgendeine glückliche Entwicklung eintritt.

Zum Jahr 2019 – so fern liegt das eigentlich nicht -: Nach dem heutigen ordentlichen Rentenalter wäre es dasjenige Jahr, in dem ich zum ersten Mal von diesen Leistungen profitieren könnte.

Der entscheidende Punkt ist für mich – da werde ich der Minderheit folgen werde –, dass wir dem Volk in aller Deutlichkeit und mit allen Konsequenzen, auch vom Ausmass her, darlegen müssen, was es bei den demographischen Veränderungen heisst, die Sozialwerke auf dem heutigen Stand zu sichern. Damit sind nach dem heutigen Stand der Dinge 2,5 Mehrwertsteuerprozent verbunden. Wir kommen an der Realität nicht vorbei. Ich bin dafür, dem Parlament die Kompetenz zu geben bzw. – wie es Herr Frick sagte – auf dem Gesetzgebungsweg zu beschliessen, dass die Umsetzung bzw. die Einführung in Tranchen erfolgt, wenn es nötig ist. Es ist klar darzulegen, was es vom Umfang her heisst, diese Sozialwerke über die Mehrwertsteuer zu sichern.

Dazu muss ich sagen – und das ist eine Erkenntnis, die sich aus dieser Gesamtübersicht ergibt -: Zukünftige



Mehrwertsteuererhöhungen wird es faktisch nur noch zur Sicherung der Sozialwerke geben, andere Zwecke können wir vergessen. Die Mehrwertsteuer wird zu einer Spezialsteuer für die Sicherung der Sozialwerke werden. Das ist die Realität.

An dieser Realität muss ich leider festhalten, auch wenn eine grundsätzliche Zustimmung zur Mehrwertsteuererhöhung in diesem Ausmass in einer wirtschaftlich schwierigen Situation nicht unbedingt klug ist. Sie ist aber ein politisches Signal im Hinblick darauf, dass wir uns mit weiteren Leistungserhöhungen in den Sozialversicherungswerken nun wirklich zurückhalten müssen. Ich weiss: Wir haben das schon bei der 10. AHV-Revision gesagt, wir sagen es jetzt wieder, und unsere Nachfolger in diesem Saal werden es bei der 12. AHV-Revision wiederum bemerken.

Schmid Carlo (C, AI): Ich möchte zunächst einmal der Kommission – mindestens der Mehrheit – danken, dass sie meinem Antrag gefolgt ist und die Vorlage insoweit gesplittet hat, als die beiden Finanzierungsmodi tatsächlich voneinander getrennt werden. Wenn die Mehrheit damit durchkommt, weiss das Schweizervolk so effektiv, worüber es abstimmt. Diese Koppelung von AHV und IV hätte ich eben nicht als richtig erachtet.

In der Sache selbst unterstütze ich auch die Mehrheit. Die Konsolidierung der Sozialwerke ist ein sehr hohes Ziel. Ich habe nach meinem Votum in der Herbstsession und nach dem Verfassen eines Artikels für eine Ostschweizer Zeitung, in dem ich relativ deutlich geworden bin, sehr viele besorgte Rückmeldungen erhalten: Man fragte, ob ich mich jetzt auf die Seite der kalten Sozialdemonteur geschlagen habe und keine Sicherheit der Sozialwerke mehr befürworte. Wir greifen hier ein extrem sensibles Problem auf, das Problem, dass unsere Bevölkerung ein Recht darauf hat zu wissen, wie es um die Sozialwerke steht, und dass sie auch ein Recht darauf hat, hier eine bestimmte Sicherheit zu haben.

Nun, ich unterstreiche, was ich in der letzten Session gesagt habe: Eine absolute Sicherheit gibt es auch im Bereich der Sozialversicherungen nicht, denn diese hängen zu 100 Prozent vom Gang der Wirtschaft ab. Ohne einen Franken zu verdienen, können wir auch keinen Franken verteilen. Das ist eine eherne Wahrheit. In dieser Situation marschiere ich gern mit all jenen mit, die sagen, wir müssten, soweit möglich, konsolidieren. Ich höre aber dort auf mitzumarschieren, wo ich Angst habe, dass wir schwankenden Grund zu betreten beginnen. Ich habe die Unterlagen bezüglich der Beratungen früherer AHV-Revisionen quergelesen, und es ist mir dort

AB 2002 S 1028 / BO 2002 E 1028

aufgefallen: Seit dem Ende der Vierzigerjahre ist man sich bewusst, dass es gut geht, dass im Prinzip alles gut geordnet ist. Die Ausweitungen der Leistungen sind derart, dass sie mit den Ausweitungen der Konjunktur aufgefangen werden können. Die Finanzierbarkeit war bis in die Achtzigerjahre – bei einer Delle am Anfang der Siebzigerjahre – also praktisch nie ein Problem.

Mir scheint, hier müssen wir umdenken: Es geht nicht mehr nur aufwärts. Jede Leistungsausdehnung bewirkt, dass wir mehr Geld in diese Werke einschliessen – Geld, das aber von der Wirtschaft nicht mehr wie in den Jahren der Hochkonjunktur automatisch generiert wird. Ganz abgesehen davon brauchen wir ja – auch ohne dass wir nur einen Rappen Zusatzleistungen vorsehen – ohnehin mehr Geld, weil die Zahl der Rentner aus rein demographischen Gründen zunimmt. In dieser Situation ist es wichtig, dass wir Vorsicht walten lassen.

Nun kann man die Konsolidierung – eine buchhalterische Wahrheit – natürlich von zwei Seiten ansehen: von der Ausgabenseite und von der Einnahmenseite. Herr Schiesser hat es gesagt, und vor ihm auch Herr Frick. Nun sind wir bei der Einnahmenseite. Hier, meine ich, sollten wir es uns aus zwei Gründen angelegen sein lassen, noch etwas zuzuwarten.

Der erste Grund ist der folgende: Es kann sein, dass wir dem Schweizervolk jetzt unter Umständen eine falsche Sicherheit vorgaukeln, indem wir diese Finanzierung bereits auf Jahre hinaus für gesichert anschauen. Was passiert? Ich will ja nichts verschreien und keine Cassandra sein, aber wenn Sie das gute Dutzend Gründerfirmen der Stiftung Avenir Suisse anschauen, die Denkanstösse für den Aufbruch der Schweiz hätte geben sollen, dann stellen Sie fest: Eine dieser Firmen gibt es gar nicht mehr, und ob ihre Nachfolgerin überhaupt überleben wird, wissen wir nicht. Andere Firmen sind auf 10 Prozent ihres Wertes zusammengefallen, wieder andere haben riesige Mühe mit der Ertragssituation. Der Schweizer Wirtschaft geht es nicht mehr gut! Ich frage mich: Wie kommen Sie darauf anzunehmen, dass die Lohnsumme immer einigermaßen gleich gross sein wird? Sie kann in den nächsten Jahren zurückgehen. Wenn die Lohnsumme zurückgeht – die AHV ist eine aus der Lohnsumme generierte Versicherung, soweit sie nicht von öffentlichen Beiträgen lebt –, dann werden wir noch mehr einschliessen müssen. Schauen wir einmal, wie die Geschichte verläuft und ob wir dannzumal sagen: Statt mehr einzuschliessen, müssen wir uns vielleicht effektiv einmal darauf besinnen, ob wir nicht auf bestimmte Leistungen, die zwar schön, aber nicht unbedingt notwendig sind, zurückkommen sollten.

Der zweite Grund ist die Art der Steuer, die wir erheben: Das ist die Mehrwertsteuer. Seit es die Mehrwertsteuer



gibt, vertrete ich die Meinung, dass sie eine unsoziale Steuer ist, weil sie den Millionär unverhältnismässig weniger trifft als die kleinen Seidenweber in meiner Gemeinde.

Vor allem aber ist sie eine Steuer mit einem gewissen Automatismus. Wir gehen hin und sagen: Wir erheben wieder 0,5 Prozent. Das geht so bequem, so "ring". Per saldo spürt man es tatsächlich im täglichen Leben kaum, aber in der Summierung entziehen wir unserer Wirtschaft Geld.

Aus den beiden Gründen, die ich genannt habe, sollten wir zuwarten und noch nicht heute beschliessen, was wir tun. Wir halten uns damit Optionen offen, die wir uns versperrten würden, wenn wir heute beschliessen würden. Wenn es einigermaßen rund läuft, Herr Frick, werden Sie in zwei Jahren diese Geschichte über die Runden bringen. Aber wir sollten – wenn wir noch Zeit haben – in diesen nicht leichten Zeiten nicht zu früh entscheiden, um uns die Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Ich bitte Sie daher, der Mehrheit zuzustimmen.

Stähelin Philipp (C, TG): Ich ergreife das Wort an sich lediglich aus einem Grund: Kollege Brändli hat ein Wort gebraucht, das ich zurückweisen möchte. Er hat gesagt, wir würden hier auf Vorrat Steuern erheben. Das machen wir nicht. Das machen wir tatsächlich nicht, und das muss in aller Klarheit gesagt werden. Wir behalten hier die Anhebung durchaus auch – im Sinne, lieber Kollege Schmid, von Optionen offen halten – "in der Hand". Sie ist nachher auf Gesetzesstufe geregelt und unterliegt nach wie vor auch dem fakultativen Referendum.

Hingegen seien wir uns doch klar – ich bin ein Opfer zweier IDA-Fiso-Übungen -: Wir haben alle Optionen geprüft. Wir wissen exakt, seit Jahren nun, dass die demographische Entwicklung zu dieser Anhebung des Finanzierungsbedarfes führt. Wir haben Möglichkeiten zur Kürzung der Ausgaben geprüft, das ist der Inhalt dieser 11. AHV-Revision. Wir haben keinen anderen Weg gefunden. Ich habe hier auch nicht ernst zu nehmende andere Anträge gehört, welche zu tieferen Ausgaben führen würden. Wir wissen nach wie vor, dass wir eine Finanzierungslücke haben werden. In dieser Situation, meine ich, geht es eben schlicht und einfach darum, dass wir klaren Wein einschenken. Das tun wir mit dieser Vorlage.

Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Spoerry Vreni (R, ZH): Wir sprechen heute doch nicht darüber, ob wir die Finanzierung der AHV sichern wollen oder nicht. Wir sprechen lediglich darüber, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form wir dem Souverän die unerlässlichen zusätzlichen Mittel für die AHV beantragen wollen.

Warum sprechen wir über diese Frage? Wir sprechen über diese Frage, weil Sie uns in der Herbstsession den Auftrag gegeben haben, getrennte Vorlagen zu unterbreiten. Was Ihnen die Minderheit heute beantragt, hat Ihnen die Kommissionsmehrheit im Herbst vorgelegt. Sie haben diesen Antrag an die Kommission zurückgewiesen und gesagt, es dürfe nicht alles ins gleiche Paket gepackt werden, Sie wollten eine getrennte Abstimmung über die IV-Finanzierung einerseits und über die AHV-Finanzierung andererseits. Aus Respekt vor unserem Rat unterbreitet Ihnen die Kommission jetzt den Entscheid, den ich erklärt habe und der darin besteht, dem Stimmvolk zunächst einmal die IV-Finanzierung vorzulegen.

Warum beantragen wir Ihnen das? Weil wir zum Schluss gekommen sind, dass eine Abstimmung über getrennte Vorlagen zu IV und AHV am gleichen Sonntag dazu führen wird, dass die beiden Sozialversicherungen gegeneinander ausgespielt werden, und genau das wollen wir nicht.

Warum wollen wir das nicht? Weil uns etwas daran liegt, dass sowohl die IV als auch die AHV eine sichere Finanzierung haben. Da Sie von uns getrennte Vorlagen verlangt haben, ist uns – als Mehrheit, die wir Ihren Rückweisungsbeschluss respektieren wollen – nichts anderes übrig geblieben, als eine zeitliche Staffelung der Abstimmung zu beantragen. Wenn Sie alles zusammenpacken, riskieren Sie, dass das Fuder überladen ist. Aber vor allen Dingen wird es auch dann nochmals eine Parlamentsvorlage brauchen, denn Sie müssen es dann ja auf Gesetzesstufe ausführen, und dagegen kann das Referendum ergriffen werden. Es ändert also wirklich nicht sehr viel. Als Kommissionsmehrheit sind wir der Ansicht, dass wir uns bemüht haben, Ihrem Auftrage so nachzukommen, dass die beiden Sozialversicherungen nicht gegeneinander ausgespielt werden können, denn es liegt uns mindestens so viel wie der Minderheit daran, dass unsere Sozialversicherungen zuverlässig finanziert werden. Selbstverständlich sind wir bereit, der Bevölkerung zu sagen, wie viele Mittel wir dafür brauchen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich möchte noch auf das letzte Votum von Frau Spoerry kurz replizieren: Der Rat hat keinen Auftrag gegeben, die Vorlage zu trennen, er konnte diesen Auftrag in jener Situation nicht geben. Herr Schmid hat uns aufgefordert, die Vorlage zurückzuweisen, namentlich, um die Finanzierungsseite erst nach der Leistungsseite zu beraten. So hat er es formuliert – in seinem Antrag hat er die Eckpunkte fixiert. Im Antrag war keine Rede davon, die Vorlage aufzuteilen. In der mündlichen Begründung



hat Herr Schmid dann diesen Wunsch geäußert. Wir haben aber das Ratsreglement zu beachten, welches bestimmt, dass Anträge auf Abänderung oder Teilung einer

AB 2002 S 1029 / BO 2002 E 1029

Vorlage schriftlich eingereicht werden müssen. Darüber haben wir auch in der Kommission in Anwesenheit von Herrn Schmid gesprochen. Es liegt kein solcher Auftrag an die Kommission vor.

Dreifuss Ruth (,): A l'article 112 alinéa 3 lettre c, la minorité se rallie au projet du Conseil fédéral, qui est fidèle aux engagements qu'il avait pris de présenter, comme l'a dit M. Schiesser, l'intégralité de la facture, d'expliquer quelles sont les conséquences des réformes que nous faisons et des réformes qui seront nécessaires à l'avenir, et d'anticiper aussi les conséquences d'un vote qui pourrait être négatif plus tard, ou d'une couverture de moins de 70 pour cent des dépenses annuelles du compte de l'AVS. Je crois que cette solution a l'avantage d'être la plus claire pour l'ensemble des citoyens et des citoyennes.

Je m'étonne un tout petit peu de l'"Akrobie" avec laquelle vous discutez de ce point-là. Je crois que c'est un point qu'il faudrait prendre avec sérénité en se demandant quelle est la meilleure question à poser aux citoyens et aux citoyennes. Je crois que la majorité a suivi un raisonnement que je peux très bien comprendre en disant que nous sommes actuellement dans une période difficile sur le plan économique et qu'il ne faudrait pas multiplier les mauvais messages. Certes, les messages seront donnés, mais il ne faudrait pas qu'ils causent de la rogne, suscitent l'angoisse de l'avenir, etc. Mais les choses peuvent de nouveau changer.

Je crois que ce débat doit se poursuivre entre les deux Chambres en toute sérénité et être ensuite tranché. Je suis un peu étonnée par les arguments de M. Schmid. Je pense qu'on les réentendra lors de l'examen de la proposition qu'il a présentée. Il reproche à la minorité, c'est-à-dire au paquet groupé, deux choses: la première, c'est de donner aux gens une fausse sécurité, c'est-à-dire qu'il veut les plonger dans l'angoisse de l'avenir, comme s'il croyait que l'économie se relèverait d'autant mieux que les gens auraient plus peur de l'avenir. Je crois au contraire pouvoir dire aux gens que les choses sont préparées pour amorcer également une solution du côté du financement quand ce sera nécessaire – "keine Vorschussleistung", c'est évident, il ne s'agit que d'une compétence que l'Assemblée fédérale aura à exercer. Je voudrais renforcer un sentiment non pas de sécurité absolue, mais montrer que l'horizon est celui d'un équilibre à moyen terme. Vous savez, dix ans de déstabilisation, avec les arguments qui ont été parfois avancés, ont laissé des traces.

La deuxième chose, c'est son opposition fondamentale, et qui n'a rien à voir avec la division en deux, à la taxe sur la valeur ajoutée qui serait peut-être non sociale. Des calculs ont montré qu'elle était à peu près parallèle à la retenue sur le salaire et que quand on consomme beaucoup, on paie aussi beaucoup de taxe sur la valeur ajoutée. Mais surtout il reproche aux impôts indirects d'être trop peu douloureux. Schmerzlose Steuern gefallen Herrn Schmid nicht! Vraiment, je me dis que c'est absolument extraordinaire.

Je viens d'une ville dominée par la grande figure de Calvin. Je suis persuadée que ce que l'on dit de Calvin est une caricature, mais comme calviniste, vous vous posez un peu là, Monsieur Schmid! Vous ne voulez pas que les gens soient libérés de leurs angoisses et vous voulez qu'ils souffrent en payant des impôts. Voilà les deux principaux arguments que vous avez apportés contre la proposition de la minorité. Permettez-moi de vous dire que l'économie a besoin de gens qui maîtrisent leur vie, qui ont un horizon plus lointain, qui savent que l'on a prévu la détérioration du rapport entre les générations et qu'il ne s'agit pas de fausse sécurité, mais de ce qu'il faut pour pouvoir de nouveau dépenser, consommer, prendre des décisions quant à son propre avenir. De plus, moi, j'aime payer tous les impôts, aussi ceux qui sont, comme vous le dites, peut-être douloureux, mais cela ne me gêne pas; je ne remarque pas toutes les deux minutes que je suis en train de payer un Etat pour les tâches que je lui demande de faire. Abandonnez peut-être un peu cette posture calviniste et on trouvera une bonne solution.

Je ne n'ai pas répondu à la question devant laquelle vous êtes placé, parce que, au fond, elle m'est un tout petit peu indifférente. Je pense que c'est dans la procédure d'élimination des divergences avec le Conseil national que vous trouverez la meilleure solution. Pourquoi ne pas, à un premier stade, suivre l'idée du Conseil fédéral qui, en respect des demandes du Parlement, propose plutôt de présenter l'intégralité de la facture en disant tout simplement qu'il faut faire un effort de solidarité maintenant, tout de suite, pour l'assurance-invalidité? Mais les rentiers d'aujourd'hui et de demain ne sont pas oubliés, puisqu'on prévoit déjà la façon dont on procédera pour équilibrer les comptes de l'AVS dans les années 2009 et 2012, si j'ai les dates bien en mémoire.

En d'autres termes, à ce stade, je dirai que la proposition de la minorité a plus d'avantages que celle de la majorité.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen





L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Examen de détail

Titel

Antrag der Kommission

.... die Finanzierung der IV durch Anhebung

Titre

Proposition de la commission

.... le financement de l'AI par le biais

Angenommen – Adopté

Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 106 Abs. 3

Antrag der Kommission

.... an die Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Art. 106 al. 3

Proposition de la commission

.... l'assurance-vieillesse et survivants.

Angenommen – Adopté

Art. 112

Antrag der Kommission

Abs. 3 Bst. c

Mehrheit

c. durch die Ertragsanteile der Versicherung aus den Mehrwertsteuerzuschlägen nach Artikel 130 Absatz 3.

Minderheit

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

.... gebrannten Wassern und den Ertragsanteilen aus den Mehrwertsteuerzuschlägen gedeckt.

Art. 112

Proposition de la commission

Al. 3 let. c

Majorité

c. par les suppléments de taxe sur la valeur ajoutée, selon l'article 130 alinéa 3.

AB 2002 S 1030 / BO 2002 E 1030

Minorité

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Adhérer au projet du Conseil fédéral





Al. 5

Les prestations de la Confédération sont financées prioritairement par le produit net de l'impôt sur le tabac, de l'impôt sur les boissons distillées, ainsi que par sa part aux suppléments de taxe sur la valeur ajoutée.

Abs. 3 Bst. c – Al. 3 let. c

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 24 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 17 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Angenommen – Adopté

Art. 130

Antrag der Kommission

Abs. 4

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

.... durch das Gesetz zeitlich bedarfsgerecht gestaffelt um insgesamt

Abs. 4bis

Zur Sicherstellung der Finanzierung der Invalidenversicherung werden sämtliche nach den Absätzen 1 und 3 sowie nach Artikel 196 Ziffer 3 Absatz 2 Buchstabe e festgesetzten Sätze der Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöht. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Sind die Schulden der Invalidenversicherung getilgt, so senkt der Bundesrat die Sätze der Mehrwertsteuer entsprechend.

Abs. 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 6

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Der Ertrag aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze nach den Absätzen 3, 4 und 4bis geht an die Sozialversicherungen. Je ein Anteil am Ertrag wird laufend den Rückstellungen des Bundes für diese Versicherungen gutgeschrieben. Diese Anteile werden im Rahmen von Absatz 7 durch Gesetz festgelegt.

Abs. 6bis

Ein Anteil am Ertrag des Mehrwertsteuerzuschlages für die Invalidenversicherung wird durch Gesetz dem Bund gutgeschrieben. Er dient zur Deckung des demographisch bedingten Wachstums seiner Beiträge an die Ausgaben dieser Versicherung und berücksichtigt zusätzlich die durch die Invaliditätsrate bedingte Mehrbelastung des Bundes. Der Bundesanteil entspricht höchstens 15 Prozent des Ertrages aus dem Mehrwertsteuerzuschlag zugunsten der Invalidenversicherung.

Abs. 7

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Die Anteile am Ertrag der Mehrwertsteuerzuschläge für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, die dem Bund nach Absatz 6 gutgeschrieben werden, sind bestimmt zur Deckung des demographisch bedingten Wachstums seiner Beiträge an die Ausgaben dieser Versicherungen. Bei der Invalidenversicherung wird zusätzlich die durch die Invaliditätsrate bedingte Mehrbelastung des Bundes berücksichtigt. Die Bundesanteile entsprechen höchstens 17 Prozent des Ertrages aus den Mehrwertsteuerzuschlägen zugunsten der Alters-



und Hinterlassenenversicherung und höchstens 15 Prozent des Ertrages aus dem Mehrwertsteuerzuschlag zugunsten der Invalidenversicherung.

Antrag Schmid Carlo

Abs. 4bis

Zur Sicherstellung der Finanzierung der Invalidenversicherung können sämtliche der Mehrwertsteuer um höchstens 1 Prozent erhöht werden. Die Bundesversammlung bestimmt das Ausmass der Erhöhung und den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Sind die Schulden getilgt, so senkt die Bundesversammlung

Antrag Dettling

Abs. 4bis

.... der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent erhöht

Art. 130

Proposition de la commission

Al. 4

Majorité

Biffer

Minorité

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Dès que cette mesure s'impose pour garantir le financement de l'assurance-vieillesse et survivants, les taux de la taxe sur la valeur ajoutée fixés aux alinéas 1er et 3 peuvent être relevés au moyen de la loi, de manière échelonnée dans le temps suivant les besoins, au total de 1,5 point au plus.

Al. 4bis

Pour garantir le financement de l'assurance-invalidité, les taux de la taxe sur la valeur ajoutée fixés aux alinéas 1er et 3 ainsi qu'à l'article 196 chiffre 3 alinéa 2 lettre e, seront relevés de 1 point. Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur. Lorsque les dettes de l'assurance-invalidité seront amorties, le Conseil fédéral abaissera en conséquence les taux de la taxe sur la valeur ajoutée.

Al. 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 6

Majorité

Biffer

Minorité

(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Le produit du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée selon les alinéas 3, 4 et 4bis est attribué aux assurances sociales. Une part de ce produit est créditée au fur et à mesure à la réserve de la Confédération pour chacune de ces assurances. Ces parts sont fixées par la loi dans le cadre défini par l'alinéa 7.

Al. 6bis

Une part aux recettes supplémentaires de la taxe sur la valeur ajoutée en faveur de l'assurance-invalidité est créditée par la loi à la Confédération. Elle est destinée à couvrir l'augmentation, due au facteur démographique, de sa participation aux dépenses de cette assurance et tient également compte des dépenses supplémentaires à la charge de la Confédération découlant des taux d'invalidité. La part de la Confédération correspond, pour l'assurance-invalidité, au maximum à 15 pour cent du produit supplémentaire de la taxe sur la valeur ajoutée.

AB 2002 S 1031 / BO 2002 E 1031

Al. 7

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité





(Frick, Bieri, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Les parts aux recettes supplémentaires de la taxe sur la valeur ajoutée en faveur de l'assurance-vieillesse et survivants et de l'assurance-invalidité qui sont créditées à la Confédération selon l'alinéa 6, sont destinées à couvrir l'augmentation, due au facteur démographique, de sa participation aux dépenses de ces assurances. Pour l'assurance-invalidité, il est également tenu compte des dépenses supplémentaires à la charge de la Confédération découlant des taux d'invalidité. Les parts de la Confédération correspondent au maximum, pour l'assurance-vieillesse et survivants, à 17 pour cent du produit supplémentaire de la taxe sur la valeur ajoutée et pour l'assurance-invalidité, à 15 pour cent de ce produit.

Proposition Schmid Carlo

Al. 4bis

.... alinéa 2 lettre a, peuvent être relevés de 1 point au maximum. L'Assemblée fédérale fixe l'étendue de l'augmentation et la date de l'entrée en vigueur. Lorsque les dettes seront amorties, l'Assemblée fédérale abaissera

Proposition Dettling

Al. 4bis

.... alinéa 2 lettre a, peuvent être relevés de 0,8 point

Abs. 4 – Al. 4

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Über diese Bestimmung wurde bei Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe c entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Abs. 4bis – Al. 4bis

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht um die Sanierung der IV-Rechnung. Sie haben in der letzten Session die Verlagerung von 1,5 Milliarden Franken aus dem EO-Fonds in die IV-Rechnung beschlossen. Sie ersehen aus der Zusammenstellung, dass wir derzeit, per 2002, auf dem Kapitalkonto der Invalidenversicherung eine Schuld von 4,5 Milliarden Franken haben. Diese wird sich bis 2004 auf 5,6 Milliarden Franken erhöhen. Dann soll das eine Mehrwertsteuerprozent erhoben werden, was zu einem Abbau der Schuld führen wird. Im Jahre 2011 wird das Kapitalkonto der IV ausgeglichen sein. Danach kann eine kleine Reserve geäuft werden. Diese Reserve ist aber gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Daher ist gemäss Gesetzgebung folgende Konsequenz zu ziehen: Das eine Mehrwertsteuerprozent brauchen wir, um die IV bis Ende 2010 zu sanieren. Anschliessend kann die Mehrwertsteuer durch den Bundesrat wieder gesenkt werden. Diese Senkung ist möglich, wenn die Zunahme der Zahl der IV-Rentenbezüger nicht in gleicher Weise wie heute fortschreitet. Heute wächst die Zahl der IV-Rentenbezüger um jährliche 2,4 Prozent. Sollte es uns entgegen allen unseren Vorsätzen nicht gelingen, die Zunahme der Zahl der IV-Rentenbezüger zu bremsen, könnte die Mehrwertsteuer nicht gesenkt werden. Kurz gefasst: Wir brauchen ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent, um die IV-Kasse bis zum Jahr 2010 zu sanieren. Falls sich die Zunahme der Zahl der IV-Rentenbezüger nicht vergrössert, kann die Mehrwertsteuer anschliessend wieder um 0,2 bis 0,3 Prozent reduziert werden.

Es liegt nun ein Einzelantrag Dettling vor. Er möchte die Mehrwertsteuererhöhung auf 0,8 Prozent beschränken. Ich bitte Herrn Dettling, den Antrag zu begründen.

Schmid Carlo (C, AI): Wir sind hier wieder bei einer Finanzierungsveranstaltung, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man auch einmal beim Geschäftsgebaren der IV ansetzen muss. Professor Erwin Murer hat in der "Schweizerischen Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge" in dieser Hinsicht einen Artikel geschrieben mit dem Titel: "Systembedingte Hindernisse auf dem Weg zur Entscheidungsfindung in Fällen unklarer Kausalität zwischen Gesundheitsschaden und Invalidität in der IV" – das einfach zuhanden des Departementes. Hier liegt noch vieles im Argen, das verbessert werden kann, indem das Departement und die IV die Führung der IV selbst in die Hand nehmen und sie nicht irgendwelchen Dritten überlassen.



Zur Sache selbst: Nachdem Herr Dettling bei den Einnahmen eine Senkung auf 0,8 Prozent beantragt, kann ich meinen Antrag zurückziehen. Ich werde den Antrag Dettling unterstützen.

Dettling Toni (R, SZ): Erlauben Sie mir, zu dieser Frage ausführlich Stellung zu nehmen; es geht meines Erachtens um eine zentrale Frage. Wenn ich damit die Vorgaben des Herrn Ratspräsidenten betreffend Kurzvotum etwas ritze, so nehme ich mir dieses Recht in dieser wichtigen Frage jetzt einfach heraus.

Gemäss dem überarbeiteten Finanzhaushalt der IV, wie er sich in der gestern ausgeteilten Tabelle präsentiert, bringt die Mehrwertsteuer wesentlich mehr ein, als ursprünglich angenommen wurde. Aus der Spalte 8 der Tabelle lässt sich errechnen, dass ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent ab dem Jahre 2006 Bruttoeinnahmen von rund 3 Milliarden Franken einbringt. Zieht man den Bundesanteil von 15 Prozent ab, resultieren in der IV-Rechnung die budgetierten Nettoeinnahmen von 2,6 Milliarden Franken; Sie sehen das auf der genannten Tabelle beim Jahr 2006.

Mit meinem Antrag, den Mehrwertsteuersatz um lediglich 0,8 Prozent zu erhöhen, würden nach Abzug des Bundesanteils Nettoeinnahmen von rund 2,1 Milliarden Franken resultieren. Auch diese Mittel reichen aus, um das strukturelle Defizit der IV zu senken, d. h. die Schuldzinsen zu bezahlen und die Schulden nach und nach zu tilgen, wenn auch wesentlich langsamer. Ja, wenn man berücksichtigt, dass auch auf der Ausgabenseite noch ein Sparpotenzial vorhanden ist, so genügen meines Erachtens 0,8 Prozent Steuererhöhung durchaus. Dass der Schuldenabbau langsamer als bei einem höheren Mehrwertsteuersatz erfolgt, liegt auf der Hand. Zu beachten gilt es allerdings, dass der Spardruck bei knapperen Mitteln eher aufrechterhalten werden kann und dass es einfacher sein wird, neue Begehrlichkeiten abzuwehren.

Zieht man alles in Betracht, kann man guten Gewissens davon ausgehen, dass für die Finanzierung der IV sowie für den notwendigen Schuldenabbau eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 0,8 Prozent ausreicht; denn wir wollen ja keine Steuern auf Vorrat erheben.

Vier Punkte sollen meinen Antrag zusätzlich unterstützen:

1. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Mehrwertsteuer wesentlich ergiebiger ist, als ursprünglich angenommen wurde. In der Botschaft vom 21. Februar 2001 geht der Bundesrat davon aus, dass ein Mehrwertsteuerprozent im Jahre 2004 Einnahmen von netto 2,1 Milliarden Franken erbringen wird – ich verweise auf die Tabelle Nummer 2 in der Botschaft. Wie ich es bereits angetönt habe, weiss man mittlerweile, dass die Mehrwertsteuer wesentlich ergiebiger ist. Der Grund für die höheren Einnahmen liegt aber keinesfalls in der höheren Teuerung – diese liegt seit Jahren bekanntlich nur knapp über der Nullprozentgrenze –, sondern sie sind vielmehr auf zurückhaltende Annahmen in der Budgetierung der Mehrwertsteuer zurückzuführen. Ich verweise darauf, dass wir bereits heute einen Mehrwertsteuerertrag von knapp 3 Milliarden Franken haben. In der Tabelle finden Sie exakt diese Ertragsbasis erst für das Jahr 2005 vermerkt.
2. Wenn Sie auf der anderen Seite die Ausgaben anschauen, so stellen Sie fest, dass auch hier wesentliche

AB 2002 S 1032 / BO 2002 E 1032

Unterschiede zwischen der aus dem Jahr 2001 stammenden Botschaft einerseits und der neuesten Darstellung gemäss der gestern ausgeteilten Tabelle andererseits bestehen. Sie stellen fest, dass wir durchwegs Mehrausgaben in der Höhe von 700 Millionen Franken bis einer Milliarde Franken auf der Tabelle haben, gegenüber der Angabe in der Botschaft vom Jahre 2001. Diese Differenz ist unerklärlich. Auf jeden Fall ist es sicher zu hinterfragen, wieso innerhalb von einem Jahr oder anderthalb Jahren Mehrausgaben in der Höhe von 700 Millionen Franken bis einer Milliarde Franken in der neuesten Übersicht budgetiert worden sind.

Die einmal zugesicherten Gelder werden auch ausgegeben: Meine politische Erfahrung lehrt mich, dass einmal gesprochene Mittel auch tatsächlich ausgegeben werden. Der Begehrlichkeiten gibt es in der IV bekanntlich viele, ein Strauss von Zusatzbegehren wurde uns im Zusammenhang mit der 4. IV-Revision vorgetragen. Dass es gelang, die meisten dieser Begehrlichkeiten abzuwehren, haben wir wohl zu einem schönen Teil dem Umstand zu verdanken, dass die IV-Kasse zurzeit leer ist. Was aber wird geschehen, wenn die IV dereinst bedeutende Überschüsse erzielen wird und die Schulden rasch abgetragen werden können?

Ich persönlich glaube nicht daran, dass es dann noch gelingen wird, die Sparbemühungen aufrechtzuerhalten und den Mehrwertsteuersatz zu senken. Wenn wir heute der IV ein ganzes Mehrwertsteuerprozent zusichern, werden die Sparbemühungen bald einmal erlahmen. All jene Kreise, deren Ausbaubegehren wir innerhalb der 4. IV-Revision noch zurückstellen konnten, werden mit Vehemenz für ihre Anliegen kämpfen. Es dürfte kaum lange dauern, bis neue Ausgabenposten eröffnet werden.

3. Vergessen Sie nicht, dass die Vorlage beim Souverän mehrheitsfähig sein muss. Meinungsumfragen zeigen immer wieder, dass es sich bei der Mehrwertsteuer um eine sehr unpopuläre Steuer handelt. Tiefe Einkommen werden überproportional belastet; auch der Binnenwirtschaft wird mit jeder weiteren Erhöhung Schaden



zugefügt. Bisher hat der Souverän zwar jeder Anpassung zugestimmt. Ob dies immer so sein wird, das wage ich zu bezweifeln. Ich weise auch darauf hin, dass die Verbände der Wirtschaft, sowohl die Economiesuisse als auch der Schweizerische Gewerbeverband, für 0,5 Prozent Steuererhöhung plädiert haben. Ich schlage Ihnen hier 0,8 Prozent vor.

4. Die Invalidenversicherung kommt mit meinem Antrag keinesfalls zu kurz. Ich möchte dieser Versicherung mit meinem Antrag das Wasser nicht abgraben. Vielmehr müssen wir bei unserer Entscheidung mitberücksichtigen, dass der IV bereits zusätzliche Mittel zugesprochen worden sind. In der vergangenen Herbstsession haben wir einen Kapitaltransfer von der EO zur IV in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken genehmigt. Zudem soll die 4. IV-Revision gemäss bundesrätlicher Botschaft gewisse Nettoeinsparungen bringen. Diese Beschlüsse gilt es nun zu würdigen und mit in das Kalkül einzubeziehen. Wenn man wegen des Kapitaltransfers die Schuldenlast reduziert und dank den Sparanstrengungen das strukturelle Defizit verringert, dann muss eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 0,8 Prozent ausreichen.

In diesem Sinn ersuche ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir haben offenbar für einmal eine geteilte Schwyzer Standesstimme. Herr Dettling hat erklärt, dass die Mehrwertsteuer eine unpopuläre Steuer sei, die er nicht erhöhen möchte. Wir haben noch nie populäre Steuern erhoben. Die Frage ist nur, ob eine Steuer nötig ist. Ich teile jedoch die Ansicht von Herrn Dettling, dass wir eine Steuer nur im unbedingt nötigen Ausmass erheben dürfen.

Der langfristige Finanzhaushalt geht von einem zusätzlichen Ertrag von 3 Milliarden Franken für 1 Prozent Mehrwertsteuer aus. Nun, was bewirkt der Antrag Dettling? Rechnen wir kurz nach, und ich stütze mich dabei auch auf die Auskünfte des Chefmathematikers des Bundesamtes für Sozialversicherung. Herr Dettling möchte ab dem Jahr 2005 eine um 600 Millionen Franken reduzierte Mehrwertsteuer erheben; die 0,2 Prozent machen 600 Millionen Franken aus. Auf fünf Jahre hinaus – bis ins Jahr 2010 – macht das 3 Milliarden Franken aus, die in der IV-Rechnung fehlen würden. Hinzu kämen die Zinsen, die höher sind, wenn die Schulden weniger stark abgebaut werden. Das würde nochmals einen Betrag zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde Franken ausmachen. Der Antrag Dettling entzieht dem IV-Kapitalkonto im Vergleich zur Fassung des Bundesrates und der Kommission bis im Jahr 2010 also 3,5 bis 4 Milliarden Franken.

Das bedeutet: Im Jahre 2010 weist das Kapitalkonto der IV anstatt einem Minus von nur noch 600 Millionen Franken ein Minus von 4,0 bis 4,5 Milliarden Franken aus. Damit werden Sie – das ist die Konklusion – mit dem Antrag Dettling die Schuld bis im Jahr 2010 nicht vermindern; sie ist dannzumal gleich hoch, wie sie es heute ist. Sie würden sie damit auch in Zukunft nur sehr verzögert abbauen, wenn überhaupt. Die Schuld wird auch im Jahre 2020 in erheblicher Grösse bestehen. Damit sanieren wir die IV-Rechnung nicht. Wir überlassen die Kapitalschuld der nächsten Generation, welche die Schulden später wird abbauen müssen und damit die Zeche für die Jahre 2005 bis 2010 zusätzlich bezahlt.

Damit ist erklärt, dass die Lösung von Herrn Dettling auf den ersten Blick verführerisch erscheint, das finanzielle Problem der IV aber in keiner Weise löst.

Dreifuss Ruth (,): Je me joins au président de la commission pour vous prier de rejeter la proposition Dettling parce qu'elle veut maintenir en fait l'AI dans un régime de dettes permanentes. Ce qu'elle veut – le tableau que nous avons sous les yeux le montre bien –, c'est que l'AI ne sorte jamais des dettes. M. Dettling souhaite que l'AI garde des dettes de l'ordre de quelques milliards de francs, comme un boulet. Bien! Il a l'impression que si l'AI tire un boulet, on pourra plus facilement, dans une prochaine réforme, j'imagine, réduire les prestations. En ce qui concerne la réforme que vous venez de décider, la réduction des prestations est réelle – modérée, mais réelle –, mais elle ne déploiera ses effets qu'avec le temps, puisque l'on veut garder malgré tout les filets de secours que l'on a actuellement mis pour rattraper un certain nombre de personnes. En d'autres termes, il s'agit de conserver largement les acquis – mais pas à tout jamais, puisque toutes les rentes sont de toute façon réexaminées – et de ne pas mettre quelqu'un sous un autre régime lorsqu'il a obtenu un droit au soutien de l'AI. Donc, vous voyez que nous restons dans un régime de dettes, et tous les efforts que nous faisons ne nous permettent pas d'en sortir.

J'aimerais ajouter deux choses à ce que vient de dire M. Frick.

1. Je ne vois pas comment des citoyens et des citoyennes pourront accepter une augmentation d'impôt qui ne résoudra aucun problème. Que leur dira-t-on? Qu'il faudra accepter une hausse de la taxe sur la valeur ajoutée, mais que les dettes continueront à s'accumuler et qu'on continuera à payer les intérêts négatifs. Voilà la campagne qu'il faudrait mener. Je ne crois pas qu'elle pourrait être couronnée de succès et que le Parlement pourrait expliquer comment il peut faire un effort, mais que son effort est absolument insuffisant.

2. Je parle aussi au nom de M. Villiger, président de la Confédération et chef du Département fédéral des



finances, car vous privez la Confédération de ressources dont elle a besoin pour financer les assurances sociales. Là, le calcul est vite fait. La réduction nous enlève donc déjà 15 pour cent, je crois, de la ressource fiscale, soit 90 millions de francs, et le maintien de la dette, donc le maintien des intérêts qu'il nous faut payer sur cette dette représenterait, en particulier pendant la fin de la décennie, 75 millions de francs par année. Voilà, on peut essayer d'étrangler l'Etat par toutes sortes de moyens. Il n'y a rien d'autre dans la proposition Dettling que la volonté de ne pas libérer l'AI d'un boulet de dettes

AB 2002 S 1033 / BO 2002 E 1033

dépassant 3 milliards de francs jusqu'au-delà de l'an 2020, mais aussi d'étrangler la Confédération, et cela dans un moment particulièrement difficile.

Quant aux recettes plus abondantes de la taxe sur la valeur ajoutée, espérons qu'elles seront maintenues au niveau qu'elles ont actuellement. J'ai toutes les raisons d'en douter d'après les derniers comptes rendus que nous avons reçus de la part de l'administration fiscale. La taxe sur la valeur ajoutée est très liée à l'évolution économique, elle peut aussi bien s'effondrer de nouveau que rapporter plus que ce qui était prévu initialement. C'est pourquoi je vous invite à rejeter la proposition Dettling, qui n'est pas une solution de désendettement.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Der Antrag Schmid Carlo ist zurückgezogen worden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 25 Stimmen

Für den Antrag Dettling 15 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Angenommen – Adopté

Abs. 6 – Al. 6

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Über diese Bestimmung wurde bei Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe c entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Abs. 6bis – Al. 6bis

Angenommen – Adopté

Abs. 7 – Al. 7

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Über diese Bestimmung wurde bei Artikel 112 Absatz 3 Buchstabe c entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble





Für Annahme des Entwurfes 34 Stimmen
Dagegen 5 Stimmen

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
Dagegen 5 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht um die langfristige Finanzierung der AHV und der IV. Wir wissen heute, dass wir bis im Jahr 2012 oder 2013 für die AHV 1,5 Prozent Mehrwertsteuer brauchen, um die zusätzlichen Kosten der AHV aufgrund der demographischen Entwicklung in zwei Etappen ausgleichen zu können. 0,5 Prozent ungefähr ab dem Jahr 2008 und ein weiteres Prozent ungefähr ab dem Jahr 2012 sind nötig, um die Folgen der demographischen Entwicklung auszugleichen, nicht um zusätzliche Leistungen zu bezahlen.

1. Die IV benötigt ab sofort, d. h. raschestmöglich, zusätzlich 1 Prozent Mehrwertsteuer, um die bestehende Schuld des IV-Fonds von sage und schreibe 5,5 Milliarden Franken begleichen zu können. Mit 1 Prozent kann die Rechnung bis etwa im Jahr 2012 ausgeglichen gestaltet werden. Im ersten Rundgang, am 28. November 2002, hat unser Rat 1 Prozent für die IV bewilligt, ab dem Jahre 2005.

2. Wir haben aber die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV aufgeschoben; wir wollten sie nicht in die Vorlage aufnehmen. Warum? Weil erst ab dem Jahr 2008 eine erste Mehrwertsteuererhöhung nötig ist und die





Mehrheit in diesem Saal der Ansicht war, dass auf der Verfassungsstufe neue Steuersätze in schwieriger wirtschaftlicher Zeit nicht fünf oder zehn Jahre im Voraus festgelegt werden sollen.

3. Hingegen haben wir den Bundesanteil von 17 bzw. 15 Prozent an den Mehrwertsteuererträgen für AHV und IV einstimmig und meiner Erinnerung nach – die mich nicht trügt – ohne Gegenantrag beibehalten.

Der Nationalrat hat die Differenzbereinigung letzten Dienstag durchgeführt, und er hat entschieden, die Mehrwertsteuer in der Verfassung um 2,3 Prozent zu erhöhen: 1,5 Prozent für die AHV – auf Gesetzesstufe bis etwa im Jahr 2012 umzusetzen – und sofort 0,8 Prozent für die IV. Gleichzeitig

AB 2003 S 106 / BO 2003 E 106

aber hat der Nationalrat den Bundesanteil an diesen Mehrwertsteuererträgen gestrichen. Folgerichtig hat er die Mehrwertsteuer für die IV nur um 0,8 Prozent erhöht, weil 0,8 Prozent ohne einen Bundesanteil nämlich 1 Prozent mit einem Bundesanteil von rund 15 Prozent entsprechen.

Unsere Kommission schlägt Ihnen – die Fahne wurde heute verteilt – mit klarer Mehrheit drei Entscheide vor.

1. Wir beantragen Ihnen, den Bundesanteil an der Mehrwertsteuer für die Sozialversicherung beizubehalten. Aus finanzpolitischen Gründen und im Hinblick auf die Situation der Bundeskasse ist dieser Entscheid für die Mehrheit von grösster Bedeutung. Eine Minderheit beantragt Ihnen, den Bundesanteil an den Mehrwertsteuererträgen zu streichen; darauf werde ich in der Detailberatung eingehen.

2. Die Mehrwertsteuererhöhung für die IV wollen wir nicht auf 1 Prozent wie bisher, sondern auf nur 0,8 Prozent festlegen. Wir wissen, dass wir damit die IV-Kasse nicht vollständig sanieren, wir das mindestens auf zehn bis zwanzig Jahre hinausschieben und auch eine spätere Senkung dieser 0,8 Prozent nicht mehr möglich ist.

Aber es geht uns um Folgendes: Wir wollen politischen Druck machen auf den Bundesrat, auf das Bundesamt für Sozialversicherung und damit auf alle IV-Stellen der Kantone, damit sie griffige Massnahmen gegen die zunehmende Verrentung und zusätzliche Invalidisierung der Gesellschaft Schweiz einführen. Wir waren im Dilemma, entweder die Kasse durch 1 Prozent auszugleichen oder mit 0,8 Prozent zusätzlichen politischen Druck zu machen. Wir haben uns für den politischen Druck entschieden und wahren uns die Handlungsfreiheit für die nächsten Jahre, später darauf zurückzukommen. Eine Minderheit von uns möchte sofort 1 Prozent einführen.

3. Wir schlagen Ihnen vor, 0,5 Prozent Mehrwertsteuer für die AHV bereits heute auf Verfassungsstufe zu beschliessen. Einzuführen wären diese 0,5 Prozent durch Bundesgesetz ungefähr im Jahr 2006. Warum tun wir das? Zum Ersten ist dieser Punkt in dieser Differenzbereinigung das einzige materielle Entgegenkommen gegenüber dem Nationalrat. Zum Zweiten aber wissen wir, dass diese 0,5 Prozent Mehrwertsteuer etwa auf das Jahr 2008 unbedingt nötig sind, um die AHV gesund zu erhalten. Wenn wir schon heute, das heisst wahrscheinlich im nächsten Jahr, über die 0,8 Prozent für die IV abstimmen, dann erachten wir es als zweckmässig, gleichzeitig auch über die 0,5 Prozent Mehrwertsteuer für die AHV abzustimmen und nicht zwei Abstimmungen in fast gleicher Sache innerhalb von zwei Jahren aufeinander folgen zu lassen.

Das sind die drei Entscheide im Überblick. Wenn die Diskussion über die grundsätzlichen Fragen gewünscht wird, dann bitte ich Sie, Herr Präsident, diese jetzt zu gewähren. Wenn keine grundsätzliche Diskussion zu Beginn gewünscht wird, können wir anhand der einzelnen Punkte Mehr- und Minderheiten ausmehren.

Titel

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 112 Abs. 3, 5

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Brunner Christiane)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



**Art. 112 al. 3, 5***Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité

(Brunner Christiane)

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht in den Absätzen 3 und 5 von Artikel 112 um die Anteile der Bundeskasse aus der Mehrwertsteuerprozentenerhöhung. Die Frage ist: Soll die Bundeskasse einen Anteil aus diesen Mehrwertsteuerprozenten erhalten, oder soll die gesamte Mehrwertsteuer vollständig und direkt in die AHV-Rechnung bzw. in die IV-Rechnung fliessen? Konkret geht es um einen Anteil von 17 Prozent für die AHV und von 15 Prozent für die IV.

Es gilt Folgendes zu beachten: Die AHV und der Bundeshaushalt sind miteinander sehr eng verflochten. Die Bundeskasse leistet erhebliche Anteile an die AHV. Bis zum Jahre 1972 konnten die Beiträge des Bundes an die AHV durch die zweckgebundenen Einnahmen aus Tabak- und Alkoholsteuer vollständig finanziert werden. Seit 1973 aber nahm der Anteil der Finanzierung durch diese beiden Einnahmen kontinuierlich ab. Heute wird aus Tabak- und Alkoholsteuer und aus dem Anteil am bestehenden Mehrwertsteuerprozent nur noch rund die Hälfte des Bundesbeitrages finanziert.

Das bedeutet, dass der Bund die andere Hälfte seines Beitrages an die AHV und den gesamten Beitrag des Bundes an die IV aus allgemeinen Bundesmitteln finanzieren muss. Wenn wir weiterhin der Bundeskasse einen Anteil aus den zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten gewähren, dann ist das noch immer nicht der Betrag, den der Bund für die AHV-Kasse aufwenden muss. Der Bund wird sich mit der Lösung, die die Kommissionsmehrheit Ihnen vorschlägt, nicht bereichern. Er kann daraus keine Einnahmen für sich generieren. Aber sie verhindert, dass der Bund aus anderen Mitteln zusätzlich die AHV finanzieren muss. Was bewirken wir, wenn wir den Bundesanteil streichen? Der Bund muss seinen Anteil trotzdem leisten, aber er erhält ihn nicht aus den Mehrwertsteuerprozenten.

Was macht das aus? Für das Jahr 2005 rund 710 Millionen Franken, 1250 Millionen Franken für das Jahr 2010 und 2200 Millionen Franken für das Jahr 2015. Diese Summen entziehen wir der Bundeskasse, bzw. wir verpflichten die Bundeskasse, diese Beträge zusätzlich aufzuwenden.

Ich habe die Diskussion der letzten Woche noch lebhaft in mir. Wollen wir die Bundeskasse mit diesen Beträgen aushungern? Bis in zehn, fünfzehn Jahren mehr als 2 Milliarden Franken jährlich? Das heisst: Wir entziehen dem Bund 3 bis 4 Prozent seiner Einnahmen, ohne dass wir sagen, wie wir diese kompensieren können. Wir müssen auch sehen: In der AHV und in der IV besteht zurzeit noch eine ungebrochene Dynamik der Zunahmen der Ausgaben und der Rentenbezüger. Bei der IV sind es real jährlich 2,4 Prozent, bei der AHV real jährlich 2,5 Prozent.

Wir reissen damit ein Loch in die Bundeskasse, das wir nicht mehr stopfen können. Wir geben vor, dass wir genügend Mittel für die AHV hätten, weil wir die gesamten Mehrwertsteuerprozente in die AHV-Kasse fliessen lassen. Aber das ist nur vordergründig so. Lassen Sie mich das mit dem Bild eines Brunnens erklären. Die AHV-Kasse gleicht einem Brunnen, der aus drei Röhren gespiesen wird: Die eine sind die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; die zweite sind die Beiträge des Bundes; die dritte sind die zusätzlichen Mehrwertsteuerprozente. Heute besteht die Regel, dass aus der Brunnenstube der Mehrwertsteuerprozente ein Teil zuerst in die Brunnenstube des Bundes und von dort in den Brunnen fliesst. Wenn wir nun bestimmen – das wollen die Minderheit und der Nationalrat –, dass das Wasser aus der Brunnenstube Mehrwertsteuer direkt in den Brunnen fliesst, aber aus dem Rohr, das aus der Brunnenstube des Bundes kommt, immer noch gleich viel Wasser fliesst, dann leeren wir doch die Brunnenstube des Bundes, ohne dass wir sie nachfüllen. Jährlich fehlen dort viele Millionen, ab 2015 jährlich 2,2 Milliarden Franken. Wie gleichen wir den Mangel aus? Die Frage ist offen. Im Ergebnis – der Antrag der Minderheit führt dazu – schwächen wir die Bundeskasse massiv, ohne für einen Ausgleich besorgt zu sein.

AB 2003 S 107 / BO 2003 E 107

Ich meine, wir haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder erhöhen wir die Steuern, um das Manko in der Bundeskasse auszugleichen; oder wir machen Schulden und lassen unsere Kinder in fünfzehn Jahren bezahlen, was wir heute als Zeche verteilen. Das ist nicht verantwortbar. Ich hoffe, Sie teilen diese Meinung und stimmen der Mehrheit zu.





Brunner Christiane (S, GE): Je suppose que la plaidoirie, sous forme de fontaine fleurie, du président de notre commission était destinée au Conseil national plutôt qu'à ma modeste proposition de minorité à cet article 112 alinéas 3 et 5.

Jusqu'à présent, j'ai toujours suivi la majorité de la commission, c'est-à-dire que j'ai voté en faveur de la part de la Confédération aux suppléments de TVA. Alors, me direz-vous: "Pourquoi tout à coup est-ce que vous changez d'avis?" Si je change d'avis, ce n'est pas parce que le Conseil national a pris sa décision de manière très claire, mais parce que notre position, maintenant, n'a plus de cohérence. Il faut choisir: si nous accordons ici à la Confédération sa part à l'augmentation de la TVA et que, dans les articles qui suivent, nous réduisons le pour cent de TVA pour assainir l'AI de 1 à 0,8 pour cent, alors nous faisons un choix qui n'est pas cohérent. Le Conseil national, lui, a dit: "On ne veut pas accorder sa part à la Confédération sur l'augmentation de la TVA; mais avec cet argent-là, qui va directement dans la caisse de l'assurance-invalidité, nous pouvons abaisser le taux d'augmentation de la TVA à 0,8 pour cent, par rapport à la décision du Conseil des Etats, qui était de 1 pour cent."

Alors, j'ai pratiquement anticipé. Je n'aurais pas présenté ma proposition de minorité si la commission, à l'article 130 alinéa 4bis, avait maintenu sa position et décidé de mettre 1 pour cent de la TVA, et non pas 0,8 pour cent suivant en cela le Conseil national. La décision du Conseil national avait en soi une cohérence. La décision de notre conseil doit également en avoir une.

Nous verrons ce que nous déciderons à l'article suivant, mais je pense qu'on ne peut pas se comporter de manière aussi incohérente et dire: "D'un côté, on ne veut pas affaiblir la caisse de la Confédération, et de l'autre, on est d'accord d'affaiblir la caisse de l'assurance-invalidité et de ne pas arriver à rembourser les dettes dans le délai prévu." Et on ne peut pas aller devant le peuple en disant: "On vous propose une augmentation de la TVA, mais on sait que ça n'assainira même pas l'assurance-invalidité."

C'est ou bien, ou bien: ou bien on suit la décision du Conseil national dans sa totalité; ou bien on dit que la part de la Confédération à l'augmentation de la TVA reste à la Confédération. Je me suis laissée convaincre. Ce n'est pas comme la première fois, on n'a pas promis de mettre tout l'argent dans l'AVS. Cette fois-ci, nous prenons une décision en matière constitutionnelle. Donc nous pouvons la prendre sans états d'âme en disant: "La Confédération en a besoin pour ses finances, pour financer d'autres projets." Je ne veux pas qu'il y ait de problèmes budgétaires à cet égard. Mais, simplement, si vous transférez ensuite le problème dans l'assurance-invalidité et que vous prenez des décisions incohérentes, alors je suis d'avis qu'il faut suivre le Conseil national, le suivre à cet article 112; et le suivre aussi, comme vous l'avez fait dans votre majorité en commission, en ce qui concerne le relèvement du taux de la TVA.

C'est pourquoi je vous invite ici, préventivement, si vous deviez prendre la décision de suivre le Conseil national à l'article suivant, à suivre alors le Conseil national aussi à l'article 112 alinéas 3 et 5 en ce qui concerne la part de la Confédération aux suppléments de TVA.

Saudan Françoise (R, GE): Je me trouve parfaitement en accord avec moi-même. J'ai toujours soutenu l'affectation à la Confédération de sa part de TVA pour une raison qui était fondamentale, celle qui nous a fait recourir à la TVA, à savoir le vieillissement de la population, vieillissement dont on se rend compte également dans l'AI. Pourquoi? Parce que c'est une chance que les personnes qui étaient atteintes de naissance de pathologies ne leur permettant pas de dépasser une espérance de vie de vingt ou vingt-cinq ans vivent maintenant beaucoup plus longtemps.

Je reste sur ma position. Je comprends Mme Brunner, son exercice de haute stratégie. Mais depuis le début, j'ai toujours été cohérente. J'ai même tranché en faveur d'un montant de 400 millions de francs pour la Confédération. Je reste également ferme sur mes positions et j'y reviendrai dans le cadre du pourcentage pour l'AI, parce que là, évidemment, nous avons également une position de fond que nous devons préciser et des décisions à prendre, qui peuvent être lourdes de conséquences.

Je vous invite à laisser cette part à la Confédération, surtout dans un moment où les finances de la Confédération traversent une phase difficile. Nous devons prendre des décisions concernant en particulier l'allègement des impôts des familles et certaines décisions concernant l'assurance-maladie. Il nous faut laisser cette part à la Confédération.

Schiesser Fritz (R, GL): Ich erlaube mir, hier ein Wort zu dieser Sache zu sagen, da ich als Ersatzmitglied bei den Beratungen zur Differenzbereinigung mitgewirkt habe. Wenn ich die bildliche Ausdrucksweise unseres Kommissionspräsidenten aufnehme, bin ich versucht zu bemerken, dass die Minderheit – Kollegin Brunner – das Kind mit dem "Badewasser" aus der Brunnenstube des Bundesrates ausschüttet. Es soll kein Badewasser mehr aus dieser Brunnenstube bezogen werden können. Ich möchte Kollegin Brunner fragen, woher denn



sonst dieses Wasser bezogen werden soll. Wo soll der Bundeshaushalt die entsprechenden Einsparungen treffen oder Mehrmittel beschaffen? Wer die Position vertritt, dass der Bundesanteil nun generell zu streichen sei, muss auch sagen, wo diese Mittel hergenommen bzw. wie diese Mittel im Bundeshaushalt kompensiert werden sollen. Alles andere ist meines Erachtens Augenwischerei.

Wir wissen ganz genau, in welcher schwieriger Position sich der Bundeshaushalt heute befindet. Diese Grundsatzfrage wegen des Streitens um 0,8 oder 1 Prozent nun anders zu entscheiden, als wir sie in diesem Rat im Sinne einer konstanten, vorhersehbaren Politik bisher entschieden haben, heisst, den Bogen wirklich zu überspannen. Das ist nicht mehr kohärent. Ich bitte Sie deshalb, mit einem klaren Entscheid auch dem anderen Rat zu verstehen zu geben, dass der Ständerat an dieser Position festhält und wir nicht gewillt sind, durch einen derartigen Entscheid in einer Grundsatzfrage die Finanzierung des Bundeshaushaltes zu gefährden. Ich weiss schlicht und einfach nicht, wo denn Mittel in dieser Grössenordnung sonst hergenommen werden sollten. Wir haben die Problematik in diesem Rat nun wohl schon zum zweiten oder zum dritten Mal diskutiert, und ich meine, es wäre an der Zeit, dass wir ein deutliches Zeichen geben. In dieser Frage werden wir unsere Position nicht mehr ändern. Wir werden festhalten.

Ich bitte Sie, dieses Zeichen heute zu geben.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich muss, nach der sachlichen Diskussion, noch einen formellen Nachtrag zur Fahne machen. Wenn Sie der Mehrheit zustimmen, muss es am Schluss von Absatz 3 Buchstabe c heissen: "... den Mehrwertsteuerzuschlägen nach Artikel 130 Absätze 3, 4 und 4bis." Die Absätze 4 und 4bis haben wir jetzt eingefügt, weil wir dem Nationalrat mit den 0,5 Prozent entgegenkommen, und der Antrag ist auch nicht bestritten. Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Wenn Sie zustimmen, beschliessen Sie auch darüber.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Der Präsident wird dann über die 0,8 Prozentpunkte noch bei Artikel 130 Absatz 4bis abstimmen lassen müssen, auch wenn dieser Absatz 4bis in Artikel 112 Absatz 3 bereits erwähnt ist; damit ist nur die Aufzählung der Absatznummern beschlossen, nicht aber der Inhalt.

AB 2003 S 108 / BO 2003 E 108

Couchepin Pascal (,): Je suis d'accord avec M. Schiesser contre Mme Brunner, je suis d'accord avec Mme Brunner contre le reste du Conseil. Je crois que M. Schiesser a raison de dire que si on supprime cette part de la Confédération au 1 pour cent de TVA qu'on sollicite, on aura un problème dans d'autres secteurs. Mais je suis d'accord avec Mme Brunner pour dire que la solution qui a été choisie par la commission ne résout pas le problème, que nous n'arriverons pas à rembourser les dettes. Ce n'est pas l'objet de la discussion maintenant – 0,8 ou 1 pour cent –, mais je crois que je vais m'exprimer maintenant parce que les jeux sont faits pratiquement. Je ne me fais pas d'illusion: même si je suis d'accord avec M. Schiesser contre Mme Brunner, et avec Mme Brunner contre les autres, ça ne fait pas encore une majorité. Probablement qu'on en restera à 0,8 pour cent. Avec 0,8 pour cent – avec la part de la Confédération, mais je crois qu'il faut vraiment la garder, cette part de la Confédération –, vous pouvez faire tous les calculs que vous voulez, vous n'arriverez pas à rembourser les dettes. Alors, on nous dit – c'est ce que dit le président, et c'est l'esprit qui a présidé à cette décision de la commission – que grâce à cela on va augmenter la pression sur l'administration. Augmenter la pression pour rembourser les dettes en ne donnant pas les moyens de les rembourser, ce n'est pas quelque chose de très logique!

Si nous ne prenons pas des mesures à côté de cette augmentation de la TVA, nous allons encore accroître le trou de la sécurité sociale, section AI. Donc on doit prendre des mesures, et la pression sera grande au cours des mois et des années pour qu'on réduise les dépenses de l'AI, en réduisant dans tous les cas la croissance du nombre de rentiers et des dépenses.

Mais là, il s'agit de payer les dettes. Qui paie ses dettes s'enrichit! Alors, avec le Conseil fédéral, aidez-nous à rembourser les dettes, et pour ça on a besoin de 1 pour cent. Mais comme il ne faut pas faire de trou ailleurs, il faut rejeter à l'article 112 la proposition de minorité dans la logique de ce qui avait été sa position au départ et accepter de laisser cette part à la Confédération.

Le Conseil fédéral m'avait prié, lors du débat au Conseil national, de dire ce qui arriverait si on supprimait la part de la Confédération à l'augmentation de TVA pour l'AVS et l'AI. Ce qu'on essaiera de faire – essayer, car il faut modifier la loi, et là vous serez à la fin chargés de prendre la décision –, donc ce qu'on voudrait faire si on nous obligeait à renoncer à cette part, c'est réduire le pourcentage de la participation de la Confédération aux dépenses de l'AVS et de l'AI, ce qui est évidemment une autre solution, mais une solution qui accroît encore



les difficultés de l'AVS et de l'AI.

Un mot, pour terminer, sur l'augmentation des dépenses de l'AI. Je crois que c'est vraiment un sujet assez grave qui a déjà fait l'objet de plusieurs contacts avec les responsables dans l'administration. J'ai pris une première mesure qui ne résout pas le problème, mais qui au moins nous rend attentifs à ce qui se passe: j'ai demandé qu'on ait un monitoring trimestriel de l'évolution pour que l'on puisse voir, canton par canton, où, tout d'un coup, il y a une croissance du nombre d'assurés percevant une prestation de l'AI qui dépasse les normes, et que l'on puisse immédiatement prendre contact avec les responsables AI cantonaux pour leur dire: "Dans votre canton, il se passe quelque chose. On veut avoir des explications, savoir pourquoi, durant le dernier trimestre, il y a eu une divergence dans l'évolution des coûts." Cela ne résout pas tous les problèmes, mais on veut mettre un peu plus de tension dans le système, de telle sorte que l'on commence à réagir à cette augmentation massive du nombre de rentes.

On a beaucoup cité le cas de la Hollande. La Hollande a dû, à une certaine période, revenir en arrière brutalement parce qu'il y avait un nombre trop grand de rentiers AI, en une proportion absolument invraisemblable. La Hollande a pris des mesures extrêmement brutales; le malheur, c'est qu'on m'a dit qu'elle en est de nouveau au même stade qu'il y a dix ans. Pour reprendre une image chère à mon prédécesseur, Mme Dreifuss, c'est Sisyphe: on doit toujours remonter le caillou. Il retombe, mais on le remontera encore. Ici, il faudra toujours reprendre le combat pour éviter l'augmentation massive du nombre des rentiers AI.

Reste le problème qui est un problème de société puisque l'on constate que la plupart des nouveaux rentiers sont frappés d'invalidité psychique. Je crois que ce n'est pas un problème qu'on peut résoudre politiquement comme ça, facilement, ici. Il y a probablement un débat à avoir au sein des sociétés spécialisées en psychiatrie et au sein de la société pour savoir ce qu'est un invalide psychique. J'ai un peu le sentiment que dans notre société, on considère que si l'on n'est pas toujours heureux et au top de sa forme, on est malade et que, par conséquent, on mérite presque une rente si on a des creux de temps en temps. Eh bien, nous tous qui sommes arrivés à un âge qui permet déjà de regarder le passé, constatons qu'on n'est jamais totalement heureux toute sa vie, et que rien ne justifie de recourir à la psychiatrisation de gens qui ont des hauts et des bas, comme tout le monde.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Der Bundesrat beantragt, bei Artikel 112 der Mehrheit und bei Artikel 130 der Minderheit zu folgen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 39 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 4 Stimmen

Art. 130

Antrag der Mehrheit

Abs. 4

.... durch das Gesetz um 0,5 Prozentpunkte

Abs. 4bis

.... des Inkrafttretens. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 6

Der Ertrag aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze nach den Absätzen 3 und 4 geht an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Ein Anteil am Ertrag wird laufend den Rückstellungen des Bundes für diese Versicherung gutgeschrieben. Dieser Anteil entspricht höchstens dem prozentualen Anteil des Bundes an den Ausgaben dieser Versicherung.

Abs. 6bis

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Brunner Christiane, Saudan, Studer Jean)

Abs. 4bis

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Brunner Christiane)

Abs. 6bis





Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 130

Proposition de la majorité

Al. 4

.... peuvent être relevés de 0,5 point.

Al. 4bis

.... l'entrée en vigueur. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 6

Le produit du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée selon les alinéas 3 et 4 est attribué à l'assurance-vieillesse et survivants. Une part de ce produit est créditée au fur et à mesure à la réserve de la Confédération pour cette assurance. Cette part correspond tout au plus à la part proportionnelle de la Confédération aux dépenses de cette assurance.

Al. 6bis

Maintenir

AB 2003 S 109 / BO 2003 E 109

Proposition de la minorité

(Brunner Christiane, Saudan, Studer Jean)

Al. 4bis

Maintenir

Proposition de la minorité

(Brunner Christiane)

Al. 6bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 4 – Al. 4

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich stelle fest, dass wir bei Artikel 130 nach dem unbestrittenen Antrag der Kommission zum Ersten dem Nationalrat entgegenkommen können und zum Zweiten mit der Einführung der 0,5 Prozentpunkte bis etwa zum Jahr 2008 eine zusätzliche Abstimmung von Volk und Ständen einsparen können. Was es noch braucht, ist dann allerdings die Umsetzung durch das Gesetz eben etwa auf das Jahr 2008.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Abs. 4bis – Al. 4bis

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Der Antrag der Minderheit Brunner Christiane wird von Herrn Studer Jean vertreten.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: In der ersten Lesung hat unser Rat für 1 Prozent gestimmt. 1 Prozent mit Bundeskassenanteil entspricht 0,8 Prozent ohne Bundeskassenanteil. Effektiv senkt die Kommissionsmehrheit mit diesen 0,8 Prozent die Mittel zugunsten der IV-Kasse, weil eben noch etwa 0,12 Prozent Mehrwertsteuer-Äquivalenz weggehen.

Was ist die Wirkung des Antrages der Kommissionsmehrheit? Mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit kann die AHV-Rechnung bis etwa zum Jahre 2020 noch nicht saniert und ausgeglichen gestaltet werden. Mit dem Antrag der Kommissionsminderheit – unserem früheren Beschluss – kann sie es. Die Kommission hat trotzdem mit 8 zu 4 Stimmen den erwähnten Mehrheitsentscheid herbeigeführt. Was sind die Gründe?

Die Gründe sind, politischen Druck auf den Bundesrat, das Bundesamt für Sozialversicherung, die kantonalen IV-Stellen und die zuständige ärztliche Kommission aufzubauen, damit sie mit der Festschreibung von neuen



Invaliditäten zurückhaltend sind. Heute haben wir nämlich einen ungebrochenen jährlichen Zuwachs von rund 2,4 Prozent Rentenbezügern aus Invaliditätsgründen.

Unser Rat hat bereits in den letzten beiden Sessionen ein klares Bekenntnis abgelegt, dass er diesen Zustand nicht weiter hinnehmen will. Ich erinnere Sie daran, dass Sie in der letzten Session eine Motion der SGK überwiesen haben, die den Bundesrat verpflichtet, innerhalb von drei Jahren gesetzliche Massnahmen vorzuschlagen, wenn der Trend noch nicht klar gebrochen ist. Mit unserer Entscheidung wollen wir diese Politik unterstützen. Sie ist eine Abkehr von dem, was wir während vielen Jahren fast als schicksalhaft hingenommen haben, nämlich die zunehmende Invalidisierung.

Heute ist uns viel klarer bewusst als noch vor zwei Jahren, dass eben über die IV sehr viele gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Probleme auf einfachste Art zulasten der Allgemeinheit und des Staates gelöst werden. Diesem Trend wollen wir Einhalt gebieten. Die Mehrheit weiss, dass sie finanzpolitisch nicht sauber, aber sozialpolitisch auf Dauer besser handelt. Das ist die Überzeugung der Kommissionmehrheit. Sie bittet Sie, dieser sozialpolitischen Gesundheit gegenüber einer rasch ausgeglichenen IV-Rechnung den Vorzug zu geben. Mit dem Antrag der Minderheit wäre die IV-Rechnung bis im Jahr 2010 oder 2011 saniert, und bei viel Glück könnte man dann sogar noch die Mehrwertsteuer um etwa 0,1 bis 0,2 Prozent senken.

Studer Jean (S, NE): Vous avez vu que j'ai soutenu la part de la Confédération à l'augmentation de la TVA. Si je l'ai soutenue, c'est parce que je pense qu'on doit faire preuve d'une certaine rigueur. La rigueur est valable pour les caisses de la Confédération, mais elle l'est aussi pour les assurances sociales. On ne peut pas à la fois demander d'éliminer ou de diminuer les déficits de la Confédération et accepter en pleine connaissance de cause que d'ici 2020 – ces chiffres nous ont été donnés en commission –, des dettes de plus de 2 milliards de francs restent à la charge de l'assurance-invalidité. Je ne crois pas, pour reprendre l'image qui a été utilisée avant par le président de la commission, qu'on puisse simplement dire: "Ce sont nos enfants qui épongeront ces 2 milliards de francs, dont on sait déjà maintenant qu'ils contribueront malheureusement au déficit des comptes de l'AI."

On nous a dit: "De cette manière, on maintient une certaine pression." Mais on est en train d'accepter la 4e révision de l'AI! Comment voulez-vous faire croire aux citoyennes et aux citoyens qu'on fait bien notre travail, alors qu'on est en train d'adopter une loi en sachant exactement que les objectifs de réduction des dépenses fixés dans cette loi ne seront pas atteints? Mais il y a pire: il faudra aller devant le peuple défendre l'augmentation de la TVA. Comment voulez-vous convaincre une majorité de citoyennes et de citoyens d'accepter cette augmentation si, en même temps, on leur dit que de toute façon, il restera toujours 2 milliards de francs de dettes à la charge de l'AI?

Si vous êtes d'avis que les déficits doivent à la fois être combattus dans les caisses de la Confédération et pour les assurances sociales, vous devez vous en tenir à notre décision initiale. Nous avons décidé de prendre 1 pour cent, parce que, effectivement, celui-ci permettait, tout en maintenant la participation de la Confédération, de garantir un assainissement de l'AI au début des années 2010–2015. Je crois que c'est notre responsabilité politique de poursuivre ce but et non pas d'agiter de potentiels déficits pour faire des pressions qu'on n'arrive pas à faire si l'on s'en tient à la révision de la loi.

Je vous invite dès lors, pour une question de cohérence, de rigueur budgétaire, à adopter la proposition de la minorité Brunner Christiane à l'article 130 alinéa 4bis.

Saudan Françoise (R, GE): J'appartiens également à cette minorité, d'abord dans un souci de cohérence. Un souci de cohérence parce que, comme je l'ai rappelé en commission, ce sont des dépenses qui ont été engagées; les dettes sont là et nous devons y faire face. Ou alors il faut avoir le courage, et le président de la Confédération l'a rappelé, de suivre la voie hollandaise: il y a plus de 23 ou 24 ans, quand le système social hollandais était sur le point d'imploser et qu'il était particulièrement grevé par l'assurance-invalidité, qu'ont fait les Hollandais? Ils ont été cohérents, ils ont dit: "Cela ne va plus, on réexamine tous les cas des gens à l'AI." Et ils sont arrivés à la constatation qu'en effet, il y avait 10 à 12 pour cent de gens qui ne devaient pas être à l'AI. Ils ont mis en place des programmes de réinsertion. Il est vrai également que depuis trois à quatre ans, on constate le même phénomène.

Ce qui m'inquiète lorsqu'on dit: "Maintenons une pression sur les coûts", c'est que cette pression, si elle avait dû être efficace, elle l'aurait déjà été il y a quelques années. Ce n'est pas la première fois qu'on se livre à un exercice que je qualifierai de cosmétique en ce qui concerne le comblement des dettes, avec le transfert d'une part importante de la fortune des APG à l'AI. Nous avons un problème de fond, qui est celui du financement à long terme de l'AI. Il faut non seulement être cohérents dans les positions de principe que nous prenons, mais aussi avoir le courage d'en tirer les conséquences.



M. Béguelin se rappellera certainement de l'excellent travail que nous avons fait dans le cadre des retraites anticipées de la Confédération. Qu'avons-nous constaté? Que près de 11 pour cent des retraites anticipées de la Confédération se

AB 2003 S 110 / BO 2003 E 110

sont faites via l'AI, comme dans le secteur privé. Le secteur public n'a pas été meilleur que le secteur privé; maintenant, l'addition est là, il nous faut la payer.

Alors je vous invite vraiment, c'est peut-être le plaidoyer de la dernière chance, à accepter une augmentation de 1 pour cent des taux de TVA, parce que je crois qu'il faut rassurer la population sur l'avenir de ses assurances sociales.

Car là, dire que 0,8 pour cent, cela permettra de maintenir la pression, et dire en même temps qu'avant 2020 on n'aura pas remboursé les dettes, je le regrette, mais c'est du bricolage.

Stähelin Philipp (C, TG): Frau Saudan hat gerade von "bricolage" gesprochen. Es geht um 0,2 Prozent Mehrwertsteuer mehr oder weniger. Ich meine, es ist zwar "bricolage"; aber das merken die Arbeitgeber, das merken die Arbeitnehmer. Um 0,2 Prozent wird in diesem Staat eben auch gerungen. Am Ringen sind wir heute. Der Herr Bundespräsident hat darauf hingewiesen, dass mit lediglich 0,8 Prozent keine Schuldentilgung erfolgen könne. Er möchte auch hier die Schuldentilgung zum Tragen bringen, und das ehrt ihn. Ich finde das hervorragend. Der Staat muss dafür sorgen, dass er keine Schulden hat. Staatliche Schulden sind nicht gut. Schulden bei einem Sozialwerk sind erst recht nicht gut. Das ist nicht gut – einverstanden. Aber dann stellt sich eben auch noch die Frage des Zeitpunktes. Wir haben diese Schulden bei der IV in wenigen Jahren angehäuft, u. a. in den letzten zwei, drei Jahren, in welchen die Konjunktur einigermaßen gut ging und in welchen wir auch beim Staat rechte Abschlüsse hatten.

Wo stehen wir aber heute? Wir haben eine Konjunkturlage, die nichts und wirklich überhaupt nichts Gutes verspricht. Wir müssen doch dafür sorgen, dass die Konjunktur belebt wird und nicht noch stärker beeinträchtigt wird. Das ist der Hintergrund, vor dem wir jetzt entscheiden. Wenn wir hier einfach noch etwas mit den Lohnprozenten hochfahren, dann gibt das der Konjunktur sicher keine günstigen Impulse.

Ich meine, dass wir mit den 0,8 Prozent zwar keine Schuldentilgung erreichen können, aber dass wir die Schulden auch nicht weiter anhäufen. Mit 0,8 Prozent, das haben wir in der Kommission gesehen, bleibt die Schuldenlage in etwa konstant. Dann dürfen wir durchaus noch berücksichtigen, dass zur heutigen Zeit der Schuldendienst von den Zinsbelastungen her, wenn er auch nicht schön ist, doch einigermaßen tragbar erscheint.

Ich bin der Ansicht, dass wir beim Abbau von Schulden durchaus auch antizyklisch handeln dürfen. Wir sollen die Schulden abbauen, wenn es der Wirtschaft gut geht und es dadurch dem Staat und den Sozialversicherungen gut geht. Ich weiss, dass man das immer wieder sagt – hin und her, antizyklisches Verhalten wird immer von jenen gefordert, denen es gerade dient. Das ist mir sehr bewusst. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, dass wir hier keine falschen Signale für die Konjunktur geben dürfen.

Die Situation der Verschuldung ändern wir nicht mit unserer Entscheid für 0,8 Prozent. Ich bin aber durchaus bereit, sofort auf diesen Entscheid zurückzukommen, sobald die Konjunktur anders ist. Ich werde der Erste sein, der dann für einen vermehrten Abbau plädieren wird.

Heute bitte ich Sie, mit der Mehrheit zu stimmen.

Brändli Christoffel (V, GR): Ich möchte mich den Worten meines Vorredners anschliessen. Wir müssen schon sehen: Unser Sozialsystem ist so nur aufrechterhaltbar, wenn wir sparsam sind, wenn wir Arbeitsplätze kreieren und wenn wir Wachstum generieren. Wachstum ist die absolute Voraussetzung, um unsere Sozialwerke in Zukunft überhaupt aufrechtzuerhalten. Das bedingt, dass wir sehr rasch aus dieser Wirtschaftssituation herauskommen und nicht Voraussetzungen schaffen, dass wir auch in unserem Land "deutsche Verhältnisse" haben.

Wir diskutieren jetzt über eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,8 oder 1 Prozent. Wir streiten uns in der Volksabstimmung im Mai darüber, ob wir im Zusammenhang mit der Gesundheits-Initiative 20 Milliarden Franken umverteilen wollen. Diese Initiative hätte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 4 Prozent und der direkten Bundessteuer um mindestens 50 Prozent zur Folge. Sie können jetzt sagen, es seien vielleicht nur 2 Mehrwertsteuerprozent. Dann haben Sie einfach eine Erhöhung der direkten Bundessteuer um 75 Prozent. Es geht hier also um eine Umverteilung von 20 Milliarden Franken. Wir signalisieren jetzt schon: Bei der AHV brauchen wir 1 bis 2 zusätzliche Mehrwertsteuerprozent; das sind auch wieder 3, 4 Milliarden Franken. Ja, sagen Sie mir, wie Sie bei solchen Perspektiven die Wirtschaft animieren, in diesem Land zu investieren, und wie Sie in diesem Land Wachstum generieren wollen.



Es ist notwendig, dass wir die Finanzen sanieren. Man kann mit einer Erhöhung um 0,8 Prozent sanieren, und es ist auch notwendig, dass wir mit Blick auf die Sparmöglichkeiten einen gewissen Druck ausüben. Wenn Sie heute die Invaliditätsraten in den verschiedenen Kantonen anschauen, dann werden Sie mit mir die Auffassung teilen, dass hier durchaus auch noch Sparmöglichkeiten bestehen.

Ich möchte Sie aus dieser Sicht und aus dieser Gesamtschau heraus bitten, dem Antrag auf eine Erhöhung um 0,8 Prozent zuzustimmen.

Couchepin Pascal (,): Le débat ne m'a pas fait changer d'avis. Il faut avoir le courage de monter à 1 pour cent et de maintenir la part de la Confédération à ce pourcentage de TVA supplémentaire.

Monsieur Stähelin, comment est-ce que l'on recrée la confiance qui est à la base d'un redémarrage de l'économie? En étant cohérent, en ne cachant pas certaines réalités et en ne faisant pas faire des pronostics défavorables sur l'évolution future de la pression fiscale et sociale. Or, ici, lorsque l'on sait qu'avec 0,8 pour cent on n'arrivera pas à rembourser nos dettes jusqu'à l'an 2020, on donne un signal clair qui est un signal négatif pour ceux qui sont tentés d'investir, qu'on aura un problème supplémentaire. Ainsi, au lieu de résoudre ce problème, on en crée un nouveau, ce qui n'est pas très sain pour la reprise conjoncturelle. Je crois que si on veut vraiment créer de la confiance, il ne faut pas créer des illusions. Et là, c'est créer une illusion. Le peuple, qui a un haut niveau de sagesse, comprend assez rapidement qu'on joue un peu avec lui en lui proposant 0,8 pour cent pour augmenter ce pourcentage demain. C'est ce qu'il n'aime pas. Il aime savoir quel est le prix du voyage et nous, nous avons l'intention de lui dire – mais je sens bien que mon plaidoyer est difficile à faire passer et qu'à la fin il y aura 0,8 pour cent -: "Mieux 0,8 que 0,6, mais mieux 1 que 0,8 pour cent."

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 33 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 9 Stimmen

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Der Vollständigkeit halber möchte ich darauf hinweisen, dass in dem von uns beschlossenen Artikel 112 Absatz 3 auch die Absätze 4 und 4bis erwähnt werden müssen.

Abs. 6, 6bis – Al. 6, 6bis

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Absatz 6 ist die Folge unseres Beschlusses bei Absatz 4.

Mit dem Grundsatzentscheid zu Artikel 112 Absätze 3 und 5 haben Sie zudem auch über Artikel 130 Absatz 6bis entschieden. Ich meine, der Antrag der Minderheit entfällt; Frau Brunner bestätigt dies.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2003 S 111 / BO 2003 E 111



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Bevor wir die beiden Bundesbeschlüsse im Detail beraten, gestatten Sie mir fünf einleitende Bemerkungen:

1. Die Zusammenhänge zwischen der AHV- und der Pensionskassengesetzrevision: Unser Rat und unsere Kommission liessen sich bisher von folgenden drei Grundsätzen leiten, welche wir auch in der Differenzbereinigung einhalten wollen. Zum Ersten wollen wir mit diesen Revisionen unsere Sozialwerke langfristig gesund erhalten. Zum Zweiten wollen wir neue Aufgaben und neue Leistungen nur dort einführen, wo sie tatsächlich wirksam sind. Zum Dritten haben wir uns immer für eine Gesamtbetrachtung von AHV- und Pensionskassengesetz ausgesprochen. Das führt dann in der Detailberatung im Wesentlichen dazu, dass ein direkter Konnex zwischen den 400 Millionen Franken für die Frührentierung, welche zusätzlich und neu jährlich ausbezahlt werden sollen, und der Eintrittsschwelle beim Pensionskassengesetz besteht. Ich bitte Sie, das im Auge zu behalten.

2. Die langfristige Finanzierung der AHV und die finanziellen Auswirkungen der AHV-Revision: Wir haben Ihnen zwei Blätter zugestellt, auf welchen Sie die Auswirkungen der Revision und den langfristigen AHV-Haushalt sehen. Wenn Sie der Kommission folgen, gestalten wir künftig den AHV-Haushalt jährlich um 1,038 Milliarden Franken besser als heute. Wir kommen damit dem ursprünglichen Ziel des Bundesrates von 1,329 Milliarden nahe und sind ihm wesentlich näher als der Nationalrat, welcher gesamthaft nur eine Verbesserung um 397





Millionen Franken erreicht. Der Grund, weshalb wir weniger Einsparungen erzielen als der Bundesrat, ist der, dass wir bei den Witwenrenten viel weniger Einschränkungen beschlossen haben.

3. Die langfristige Finanzperspektive: Sie ersehen aus dem Blatt in Querformat, AHV-Finanzhaushalt mit der 11. AHV-Revision, dass unsere AHV – wenn wir 1 Prozent Mehrwertsteuer bewilligen – bis mindestens zum Jahr 2015 einwandfrei gesichert ist. Bei guter Wirtschaftslage ist sie dies bis etwa 2018/19. Die massgebende Zahl ersehen Sie in der Kolonne ganz rechts, nämlich das Kapitalkonto der AHV, sprich: der Ausgleichsfonds der AHV, welcher mindestens 70 Prozent eines Jahresumsatzes betragen soll. Er sinkt erst ab dem Jahr 2018 erheblich unter die vorgeschriebenen 70 Prozent.

Bei guter Wirtschaftslage – diese spiegelt sich in der Mehrwertsteuer – wird die AHV-Rechnung eine gute sein, mindestens bis ins Jahr 2018, aber ohne Zweifel auch bei mässiger Wirtschaftslage, mindestens bis ins Jahr 2015. Ich bitte Sie, sich das vor Augen zu halten. Das ist die entscheidende Botschaft: Mit der 11. AHV-Revision sichern wir die AHV mindestens bis ins Jahr 2015 – jegliche Aufregung ist unnötig.

4. Nach Abschluss der Beratungen in der Kommission haben Sie, Herr Bundespräsident Couchepin, Ihre Vorstellungen von einer langfristigen AHV-Sanierung für die Jahre 2020 bis 2025 geäussert. Die Kommission selber wurde nicht informiert. Wer sich aktiv um Nachrichtenbeschaffung bemühte, der konnte von Journalisten die Unterlagen beziehen; von Ihnen haben wir sie leider nicht zeitgerecht erhalten. Ich bedaure das. Ich äussere mich daher im eigenen Namen, als Kommissionspräsident. Ich kann mich nicht für die Kommission äussern, weil die Information in der Öffentlichkeit ja erst nachher stattfand.

Die Probleme, die Sie dargestellt haben, Herr Bundespräsident Couchepin, sind langfristig und betreffen die Jahre 2020 bis 2025. Dass diese Probleme bestehen und sich die Frage stellt, welche Lösungsmöglichkeiten gegeben sind, ist nicht neu. Das ist eigentlich alles schon diskutiert worden. Trotzdem hat die Art der Information der Öffentlichkeit durch die Medien irritiert und, so meine ich, für unnötige Unruhe gesorgt. Ich füge fünf Punkte an:

Erstens haben die Äusserungen, die in der Öffentlichkeit gemacht wurden, lediglich ein Szenario betroffen, nämlich die Erhöhung des Rentenalters in zwei Etappen. Andere Szenarien sind völlig untergegangen – daher die öffentliche Aufregung.

Zweitens befinden wir uns vor Abschluss der 11. AHV-Revision. Die Äusserung über langfristige Perspektiven der Jahre 2020 bis 2025 im Rahmen der 11. AHV-Revision hat zu einer Vermischung geführt; insbesondere die Öffentlichkeit war nicht mehr in der Lage, auseinander zu halten, was nun kurzfristig geschieht und welche Revisionen langfristig geplant sind. Damit haben Sie mehr Verwirrung gestiftet als Klärung gebracht. Die Wirkung ist folgende: Diese Verwirrung – und das betrachte ich persönlich als gefährlich – schafft Opposition gegen die 11. AHV-Revision. Wer den langfristig geäusserten Plänen von Herrn Bundespräsident Couchepin entgegentreten will, sieht sich fast verpflichtet, bereits gegen die 11. AHV-Revision anzutreten. Das Vorpellen führt dazu, dass der Erfolg der 11. AHV-Revision aufs Spiel gesetzt wird.

Drittens durchschaue ich die Strategie des Bundesrates nicht mehr. In der 11. AHV-Revision hat uns der Bundesrat die Frührenten schmackhaft gemacht. Er wollte dafür 400 Millionen Franken einsetzen. Und nun, bevor die 11. AHV-Revision abgeschlossen ist, spricht der Bundesrat von einer Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Wie passt das nun zusammen, in der 11. AHV-Revision eine Frühpensionierung zu fördern und gleichzeitig die Signale für eine Erhöhung des Rentenalters zu senden? Ich kann es nicht einordnen. Hat der Bundesrat damit auf seine Anträge und Beschlüsse zur 11. AHV-Revision verzichtet?

Viertens müssen wir ja die Folgen der 11. AHV-Revision auswerten, ihre Auswirkungen prüfen, bevor wir die 12. AHV-Revision angehen. Die Aufträge sind erteilt. Ich persönlich bin der Ansicht, dass die Auswertung und die Abklärungen vorliegen müssen, bevor wir bereits Pläne für die 12. bis 14. AHV-Revision in die Öffentlichkeit bringen.

Fünftens macht mir dieser Punkt Sorgen: In der Öffentlichkeit besteht eine grosse Verwirrung. Auch bei den politischen Partnern aller Stufen besteht eine grosse Verwirrung, und wir setzen damit das Vertrauen in die Sozialwerke aufs Spiel. Sie dürfen in dieser heiklen Situation, in der auch Pensionskassenrenten auf dem Spiel stehen, das Menü – gestatten Sie mir den Ausdruck – nicht mit dem Mixer anrühren. Das schafft nur Unklarheiten. Die Sache ist nicht mehr durchsichtig, die Transparenz fehlt. Damit habe ich mich nicht gegen langfristiges Denken ausgesprochen; es

AB 2003 S 429 / BO 2003 E 429

ist erforderlich, absolut erforderlich. Aber langfristiges Denken ist nicht mit kurzfristiger Verwirrung zu verknüpfen, die uns in der 11. AHV-Revision nicht weiterbringt.

5. Zum Fahrplan für den Abschluss der 11. AHV- und der 1. BVG-Revision: Diese Revision sollte noch in dieser Sommersession abgeschlossen werden, und ich hoffe, die nationalrätliche Kommission biete Hand





dazu. Wenn wir die Revision in der Sommersession abschliessen – die Termine sind bereits gesetzt, es ist also gut möglich –, schaffen wir für die Öffentlichkeit vor den Sommerferien Klarheit über die bis mindestens ins Jahr 2015 gesicherte AHV. Das ist ein grosser Gewinn, auch um das Vertrauen in die politische Führung und in die Sozialwerke wiederherzustellen.

Das waren die einleitenden Bemerkungen, bevor wir zur Detailberatung übergehen. Wenn Sie wünschen, Herr Präsident, fahre ich mit der ersten Vorlage, dem Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, fort.

Spoerry Vreni (R, ZH): Ich möchte zu den Ausführungen des Kommissionspräsidenten nur zwei Bemerkungen machen.

1. Ich möchte richtig stellen, dass wir die Unterlagen erhalten haben; meine Kolleginnen und Kollegen bestätigen dies. Es kann einmal ein Versehen passieren, dass etwas bei Ihnen persönlich vielleicht nicht eingetroffen ist oder dass Sie es übersehen haben. Aber grundsätzlich wurden diese Unterlagen allen zugestellt.

2. Ich möchte festhalten, dass die Ausführungen, die der Kommissionspräsident zu den Vorschlägen des Bundesrates und zur Vermischung und zum Konnex zur 11. AHV-Revision gemacht hat, seine ganz persönliche Meinung sind. Wir haben das in der Kommission nicht diskutiert.

Couchepin Pascal (,): Commençons par la fin: Monsieur Frick, je partage votre idée qu'il faut éliminer les divergences concernant la 11e révision de l'AVS et la 1ère révision de la LPP durant cette session. J'ai lu dans la presse diverses remarques qui émanaient de milieux qui vous sont proches, qui disaient que ce ne sera pas possible parce que le président de la Confédération a un planning trop chargé. J'ai toujours dit au secrétariat de l'Assemblée fédérale que je donnais la priorité aux travaux du Parlement, parce que je considérais que ces travaux devaient être menés le plus rapidement possible et qu'on devait liquider ces problèmes ces jours-ci.

Alors, si on veut semer le trouble dans les esprits, il faut continuer à répéter qu'il y a un problème du côté du président de la Confédération, qui aurait un calendrier qui l'empêcherait de faire cela. C'est faux! Je l'ai toujours dit, je l'ai dit à Mme Wallimann-Bornatico, je vous l'ai dit, je l'ai dit à tout le monde; mais je lis constamment, sous la plume de gens qui vous sont proches, que je provoque des difficultés. Par ailleurs, il est vrai que j'ai dit qu'il fallait, si possible, m'avertir quelques jours à l'avance, car au cours de cette session, il y a la visite du président sud-africain. Je pense qu'il serait inélégant de le laisser venir d'Afrique du Sud pour nous rendre visite et de dire le matin même que le Parlement a décidé de changer son programme et que je dois être présent à la séance au lieu de le recevoir, en particulier au moment où l'on cherche à consolider et à améliorer encore nos relations avec ce pays. Mais j'accorde la priorité aux travaux du Parlement, il n'y a jamais eu de doute là-dessus, et dire qu'il pourrait y avoir un problème, c'est provoquer intentionnellement des difficultés là où il n'y en a pas.

Ensuite, concernant le problème du long et du court terme, je suis d'accord, et c'est ma politique, de ne pas mélanger la 2e et la 3e révision de la LAMal. La 2e révision est en cours, on verra s'il y a un référendum. Elle doit se terminer le plus rapidement possible et après, on entreprendra aussitôt la procédure pour lancer la 3e révision de la LAMal. Je crois que mélanger la 3e révision de la LAMal avec la 2e est quelque chose de dangereux, qui crée le trouble que vous évoquez parce que dans le domaine de l'assurance-maladie on peut toujours échapper à une révision nécessaire en disant: "Si on changeait complètement de système, on aurait enfin trouvé l'oeuf de Colomb, on aurait enfin trouvé la solution! Il faut dire non ici parce qu'on veut empêcher la procédure d'aller dans le sens qui est choisi."

Dans le cas de la prévoyance vieillesse, les choses sont beaucoup plus simples parce que les "Eckwerte", comme vous dites en allemand, les valeurs de référence, sont connues aujourd'hui. On sait, avec une sécurité statistique suffisante, combien il y aura d'actifs, combien il y aura de retraités en 2010, en 2015, en 2025, et on sait même combien il y aura de retraités en 2040 parce que celles et ceux qui le seront à ce moment-là sont déjà nés. La mortalité évolue, mais pas de manière extraordinaire. On sait par contre aussi que l'espérance de vie a augmenté au cours de ces dernières années et on peut calculer relativement facilement des scénarios d'espérance de vie: continuation du scénario actuel, allongement de l'espérance de vie ou, au contraire, raccourcissement. Les éléments sont connus.

Il n'y a que le montant de la rente et le taux de croissance qui ne sont pas connus. Alors évidemment, ceux qui ne veulent pas voir à long terme disent: "Le taux de croissance est une variable qu'on ne peut pas saisir." J'ai même lu, de la part de quelqu'un qui appelle généralement à prendre en compte la "stakeholder value" et non la "shareholder value", qu'il faut voir à court terme dans le domaine des assurances sociales, mais voir à long terme dans le domaine des entreprises. C'est d'ailleurs une des choses merveilleuses que l'on voit actuellement: des gens nous disent que la vision à court terme est ce qui nous a conduits à la catastrophe



dans les entreprises – et je ne suis pas loin de partager leur opinion dans un certain nombre de cas –, et ces mêmes gens nous disent que, dans le domaine des assurances sociales, il faut prendre en compte le plus court terme possible et se contenter de la situation actuelle. Or les entreprises sont soumises à une concurrence internationale extrêmement difficile qui les oblige parfois à prendre des options stratégiques nouvelles à très court terme, tandis que les systèmes sociaux réagissent lentement et peuvent être planifiés à long terme. Il faut donc voir à long terme en ce qui concerne les systèmes sociaux, encore plus que dans les entreprises. Cela ne veut pas dire que l'appréciation de la situation économique aujourd'hui soit définitivement la bonne. Il est possible qu'il y ait des corrections à faire, mais il faut choisir un scénario, le scénario le plus réaliste, qui est que la croissance économique au cours de ces prochaines années ne va pas atteindre à 2,5 ou 3 pour cent en moyenne; ne serait-ce déjà que parce que le nombre des actifs aura tendance à diminuer, que notre économie est mature et que, depuis des années, tous ensemble, tous partis confondus, on essaie de relancer la croissance avec un succès pour le moins modéré. S'il y avait une méthode secrète, extraordinaire et intelligente pour relancer la croissance, probablement qu'à gauche comme à droite, on aurait réussi à se mettre d'accord et on l'aurait fait. On ne l'a pas fait, simplement parce qu'il n'y a pas de méthode miracle, pour un petit pays comme la Suisse, pour relancer la croissance et atteindre des taux de croissance de 2,5 ou 3 pour cent sur le long terme. Donc, on doit tenir compte d'un scénario plus modeste, c'est le scénario dont on a tenu compte ici, celui d'une croissance de 1,5 pour cent.

Vous avez dit quelque chose d'intéressant, Monsieur Frick. Au début de votre intervention, vous avez dit, avis que je partage entièrement, qu'il faut mettre en réseau les différents systèmes de prévoyance vieillesse, le premier et le deuxième piliers. C'est ce que vous n'avez pas fait ensuite. Quant au premier pilier, je le dis et redis, je n'ai jamais prétendu que l'AVS était menacée à court terme. Au contraire, je dis que l'AVS est quelque chose de solide. Et précisément parce qu'elle est solide, on peut se permettre de voir à plus long terme que nos voisins français ou allemands qui sont obligés de changer de cap du jour au lendemain. Je dis de temps en temps en guise de plaisanterie que je propose aux Suisses de faire en vingt ans ce que le chancelier Schröder

AB 2003 S 430 / BO 2003 E 430

est obligé de faire en deux mois! Eh bien, c'est quand même une politique qui devrait rassurer – dans la mesure où elle n'est pas troublée par des remarques polémiques –, qui devrait donner plus de sécurité aux Suisses que celle qui consiste à dire: "Aussi longtemps qu'il n'y a pas une crise, on ne discute pas de l'avenir."

Il n'y a pas de crise dans l'AVS, il n'y aura pas de crise de l'AVS demain, et il n'y en aura pas en 2015 si on prend les décisions suffisamment à l'avance. C'est la sécurité que l'on veut obtenir, il ne faut pas dire le contraire; car c'est en disant le contraire qu'on crée l'insécurité. Je n'ai jamais prétendu que l'AVS était en crise ou qu'elle le sera dans les années qui viennent. Je partage votre point de vue: si vous prenez les mesures prévues dans la 11e révision de l'AVS et si vous décidez de voter 1 pour cent d'augmentation de la TVA, l'AVS est assurée jusqu'en 2015.

Mais il y a le deuxième pilier. Vous savez bien que le deuxième pilier dépend de l'"Umwandlungssatz", du taux de conversion. Nous avons dû baisser le taux de conversion de 7,2 à 6,8 pour cent. Cela va se concrétiser jusqu'en 2014. Nous devons vous faire un rapport en 2011 sur l'évolution du deuxième pilier et sur le taux de conversion, et tous les spécialistes disent qu'il y a 90 chances sur cent pour que nous soyons obligés vers 2011 à réduire de nouveau le taux de conversion de 6,8, peut-être à 6,3, voire même à 6 pour cent. A ce moment-là, vous aurez de nouveau un problème. Soit les rentes du deuxième pilier diminueront, soit on fera comme on est en train de faire actuellement pour le deuxième pilier, on augmentera les cotisations – suivant des modèles qui pourront être discutés, mais on les augmentera. En 2011/12, on constatera que vers 2015, il faudra soit diminuer l'"Umwandlungssatz" – le taux de conversion – et ne rien faire, c'est-à-dire accepter que les rentes diminuent, soit augmenter les cotisations. Et si vous augmentez les cotisations maintenant, pour faire face aux changements actuels, plus une deuxième fois, entre 2011 et 2015, pour faire face aux changements qui auront lieu à ce moment-là, vous aurez chargé le facteur travail de cotisations supplémentaires qui le rendront moins attractif et qui feront que celui-ci sera plus cher encore qu'il ne l'est aujourd'hui. Et à long terme, ce n'est pas une bonne chose. Alors précisément parce qu'on veut, comme vous, tenir compte des deux piliers, je prétends que l'augmentation de l'âge de la retraite, qui n'est pas une mesure plaisante – personne ne se réjouit de cela –, sera nécessaire autant pour le deuxième pilier vers 2015 que pour le premier pilier si on veut éviter de charger le facteur travail davantage.

Dire que dans les propositions qui ont été mises en débat, il n'y a qu'un seul élément qui a été proposé, à savoir l'augmentation de l'âge de la retraite, c'est simplement n'avoir pas lu les documents! Les documents qui mentionnent un relèvement de l'âge de la retraite d'une année en 2015 et en 2025 – ce sont des hypothèses de travail sur lesquelles le Parlement et le peuple décideront – comme unique solution ne sont pas corrects.



Nous savons qu'à partir de 2015, en plus de l'augmentation de l'âge de la retraite – si elle est acceptée par le Parlement et le peuple –, il faudra aussi d'autres mesures. Nous suggérons d'adapter les rentes au renchérissement uniquement, soit de renoncer à l'indice mixte pour les rentes en cours, et aussi d'augmenter la TVA. C'est donc faux de prétendre qu'il n'a été proposé qu'une seule mesure, soit l'augmentation de l'âge de la retraite. Au contraire, une palette de mesures a été présentée, et une palette qui offre une certaine diversité. Est-ce qu'on met en péril la 11^e révision de l'AVS parce qu'on se fonde sur des perspectives à plus long terme? Bien sûr que non, c'est le contraire. Je le redis: autant dans la révision de la LAMal il ne faut pas avancer plus vite parce qu'il y a toujours des choix, idéologiques n'est pas le mot, mais des choix en fonction d'options politiques, autant là les "Eckwerte" sont connues, et elles sont connues pour longtemps, il faut le dire, et les gens ne sont pas stupides. J'ai confiance dans le peuple. Vous semblez avoir perdu toute confiance dans le peuple, mais le peuple est capable de comprendre des sujets complexes! Il l'a souvent démontré dans le passé, et c'était de notre part un geste de confiance dans l'intelligence démocratique du Suisse, geste de confiance qui est honoré, j'en suis convaincu, par le débat qui se déroule, même dans des journaux populaires, un débat intéressant, parfois polémique, mais intéressant tout de même. Je suis conscient de l'intelligence du peuple, et c'est parce que j'ai confiance en lui que nous avons lancé ce débat et que nous pouvons maintenant aborder la 11^e révision de l'AVS. Et nous gagnerons ensemble!

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze
1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Art. 112 Abs. 3 Bst. c, 5

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 112 al. 3 let. c, 5

Proposition de la commission
Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir beginnen mit dem ersten Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze. Die erste Differenz besteht in Artikel 112. Es geht um die Frage der Bundeskassenanteile an den Mehrwertsteuersätzen für IV und AHV. Ich habe am 10. März in diesem Rat ausführlich begründet, warum wir beim Bundesanteil bleiben müssen. Wenn aus der Bundeskasse weiterhin AHV und IV teilweise finanziert werden, wir aber gleichzeitig den Hahn zudrehen, mit dem das Bundesreservoir gefüllt wird, dann schwächen wir die Bundeskasse ganz massiv, jährlich in Milliardenhöhe. Das erträgt sie bei der heutigen Finanzlage einfach nicht.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen die Kommission einstimmig, bei unserer Fassung – sprich: bei den Bundesanteilen an der Mehrwertsteuer für AHV und IV – zu bleiben.

Angenommen – Adopté

Art. 130

Antrag der Kommission

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 6, 6bis

Festhalten

Antrag Dettling

Abs. 4

Festhalten

Art. 130

Proposition de la commission

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 6, 6bis





Maintenir

Proposition Dettling

Al. 4

Maintenir

Abs. 4 – Al. 4

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Bei Artikel 130 Absatz 4 lautet die Frage: Wie stark soll die Mehrwertsteuer erhöht werden? Ich setze unseren Entscheid in die zeitliche Abfolge der verschiedenen Vorschläge, damit er klar wird.

Am 10. März 2003 hat sich unser Rat für 0,5 Prozent Mehrwertsteuererhöhung entschieden, in der Meinung und aufgrund der klaren Aussage hinsichtlich des AHV-Haushaltes, dass dieses halbe Prozent ab dem Jahr 2008 zu erheben

AB 2003 S 431 / BO 2003 E 431

sei. Wir wussten gleichzeitig, dass ab dem Jahre 2013 ein weiteres Mehrwertsteuerprozent zu erheben ist, aber diesbezüglich wollten wir die Verfassung noch nicht ändern, sondern erst in etwa acht Jahren, weil eben in diesem Zeitraum noch einige Ungewissheiten bestehen. Es ist nämlich nicht klar, welche Bedürfnisse anderweitig noch an die Mehrwertsteuer gestellt werden und wie die Wirtschaftslage zu beurteilen ist. Wir wussten, dass dieses zusätzliche Prozent auch kommt, aber wir wollten die Verfassung diesbezüglich nicht quasi auf Vorrat ändern.

Nun hat der Nationalrat 1,0 Mehrwertsteuerprozent beschlossen. Wir schliessen uns dem aus folgender Überlegung an: Mit 1,0 Prozent können wir die Mehrwertsteuererhöhung um rund zwei Jahre hinausschieben; sie muss erst im Jahre 2010 erfolgen. Weil diese Erhöhung grösser ist als die ursprünglich beschlossenen 0,5 Prozent, muss auch die folgende Erhöhung erst etwa im Jahre 2015 oder 2016 erfolgen. Mit anderen Worten: Wir erhöhen nur einmal, etwas später – im Jahre 2010 –, dafür etwas mehr und können die folgende notwendige Erhöhung ebenfalls um einige Jahre hinausschieben. Das hat den grossen Vorteil, dass der Steuersatz der Mehrwertsteuer viel stabiler ist. Wir wissen, dass erstens jede Anpassung des Mehrwertsteuersatzes in allen Unternehmungen Umtriebe mit sich bringt und dass zweitens auch die nötigen Abgrenzungen schwieriger sind, zu welchem Steuersatz z. B. angefangene Baumeisterarbeiten abgerechnet werden müssen. Das gibt in sehr vielen Unternehmungen Probleme.

Wir ändern also unseren Grundsatzbeschluss nicht, sind aber flexibel in der Ausgestaltung. Wir erhöhen um 1,0 Prozent, realisierbar im Jahre 2010, und können damit die folgende Erhöhung, von der wir ebenfalls bereits wissen, dass wir sie vornehmen müssen, ebenfalls um einige Jahre hinausschieben.

Es liegt ein Einzelantrag Dettling vor. Ich werde nach seiner Begründung für die Kommission noch kurz Stellung nehmen, weil dieser Antrag in der Kommission auch diskutiert worden ist.

Dettling Toni (R, SZ): Es geht bei meinem Antrag um die wichtige Frage, wie viele Prozentpunkte der Mehrwertsteuer für die IV und die AHV auf Verfassungsstufe – ich betone: auf Verfassungsstufe – zu verankern und damit natürlich auch von Volk und Ständen zu bewilligen sind. Der Kommissionssprecher hat bereits ausgeführt, dass wir bei der IV keine Differenz mehr haben. Dort haben die beiden Räte nun einen gemeinsamen Nenner auf der Basis von 0,8 Prozent gefunden. Ich bin übrigens hoch erfreut, denn ich habe diesen Antrag seinerzeit hier im Plenum gestellt; er wurde vorerst abgelehnt, aber mittlerweile ist er in beiden Räten akzeptiert worden.

Jetzt haben wir noch die Differenz bei der AHV zu bereinigen. Hier noch einmal kurz die Fakten: Der Bundesrat hat 1,5 Prozent vorgeschlagen, der Nationalrat zieht jetzt 1 Prozent vor. Wir haben das letzte Mal im Ständerat 0,5 Prozent beschlossen. Ich möchte eigentlich nichts anderes als an diesen 0,5 Prozent festhalten, und zwar aus vier Gründen:

Meines Erachtens ist es erstens wichtig, bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Vorrat Zurückhaltung zu üben. Bei der beantragten Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zugunsten der AHV handelt es sich weitgehend um eine Erhöhung auf Vorrat. Das ist auch aus den Ausführungen des Sprechers hervorgegangen. Ein unmittelbarer Finanzierungsbedarf besteht nämlich bei der AHV im Gegensatz zur IV nicht. Die Rechnung der AHV für das Jahr 2002 schloss nur deshalb mit einem Ausgabenüberschuss von 191 Millionen Franken ab, weil die Kapitalerträge negativ ausfielen. Ohne negatives Anlageergebnis hätte die AHV im vergangenen Jahr einen Einnahmenüberschuss von 590 Millionen Franken erzielt. Geht man davon aus, dass der AHV-Fonds inskünftig wieder Anlagegewinne realisieren wird, kann man für das laufende Jahr und die beiden kommen-





den Jahre mit einem möglicherweise positiven oder zumindest annähernd ausgeglichenen Abschluss der AHV rechnen.

Zum Zweiten: Weitere Mehrwertsteuererhöhungen sind allenfalls im Rahmen der 12. AHV-Revision zu beschliessen. In den Unterlagen, die Herr Bundespräsident Pascal Couchepin am 26. Mai 2003 auf der St. Petersinsel aushändigen liess – über diese Unterlagen verfüge ich –, wird bis 2010 ein Mehrbedarf von 1 Prozent bei der AHV ausgewiesen. Gleichzeitig wird dort auch ausgeführt, man gehe davon aus, dass Mitte 2005 die parlamentarischen Beratungen zur 12. AHV-Revision aufgenommen werden könnten. Hält sich der Bundesrat an seine Vorgaben, besteht somit ausreichend Zeit, um dann innerhalb der 12. AHV-Revision – wenn wir also auch diese Auswirkungen kennen – allenfalls notwendige Erhöhungen des Mehrwertsteuersatzes auf Verfassungsstufe zu beschliessen.

Es macht keinen Sinn, bereits heute eine Steuererhöhung zu beschliessen, die erst im Anschluss an eine nächste Gesetzesrevision fällig wird. Hier spielt meines Erachtens auch das Argument des Kommissionssprechers, dass man jetzt um 1 Prozent erhöhen müsse, um die Erhöhung eben in einem Schritt durchzuziehen, nicht die entscheidende Rolle. Denn es wird ja so sein, dass aufgrund der 12. Revision möglicherweise weitere Anpassungen notwendig werden. Damit ist auch dieses Argument hinfällig.

Zum Dritten: Der Spardruck muss aufrechterhalten werden. Um die Last für die Generationen, welche die AHV nach dem Jahre 2010 zu finanzieren haben, nicht ins Unerträgliche ansteigen zu lassen, müssen wir jede unnötige Ausgabe vermeiden. Der hierzu notwendige Spardruck wird aber nur dann aufrechterhalten werden können, wenn wir uns bezüglich Mehreinnahmen grösste Zurückhaltung auferlegen.

Zum Vierten: Wir wollen keinen negativen Volksentscheid provozieren. Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 19. Mai zur Gesundheits-Initiative hat deutlich aufgezeigt, wie unbeliebt die Mehrwertsteuer bei den Stimmberechtigten ist. Diese Tatsache müssen wir uns stets vor Augen halten. Stimmt das Parlament einem ganzen zusätzlichen Mehrwertsteuerprozent zugunsten der AHV zu, muss dem Souverän auf einen Schlag eine Erhöhung inklusive IV von zurzeit 7,6 Prozent um 1,8 Prozent auf 9,4 Prozent vorgeschlagen werden. Damit erreichen bzw. überziehen wir die meines Erachtens magische Grenze von 9 Prozent. Wenn wir auf der sicheren Seite bleiben und keine Abstimmungsniederlage riskieren wollen, tun wir gut daran, uns auf einen halben Prozentpunkt Mehrwertsteuer zugunsten der AHV zu beschränken. Sollte später ein Bedarf nach zusätzlichen Mitteln tatsächlich ausgewiesen werden, wird die Zustimmung des Souveräns wesentlich einfacher einzuholen sein, als wenn wir jetzt auf Vorrat Steuern in der Verfassung niederschreiben.

Aufgrund all dieser Überlegungen ersuche ich Sie deshalb, meinem Antrag auf Festhalten an unserer seinerzeitigen Vorgabe von 0,5 Prozent zuzustimmen.

Brunner Christiane (S, GE): La question du financement qui a été soulevée nous a déjà préoccupés à plusieurs reprises. Finalement, nous avons décidé de prévoir le financement de l'AI et de l'AVS dans un même arrêté fédéral.

Alors, je crois que contrairement aux arguments invoqués par M. Dettling, ce n'est pas "auf Vorrat", parce que si on inscrit une augmentation du taux de la TVA dans la constitution en disant qu'on pourra la mettre en oeuvre au moment où on en aura besoin, on voit bien que ce n'est pas "auf Vorrat": on ne va pas la payer, le contribuable ne va pas la sortir de sa poche au moment de l'adoption de la modification de la constitution. Je crois qu'ici, malgré la valeur que semble attribuer M. Dettling à la constitution, le fait qu'on donne cette possibilité en l'inscrivant dans la constitution, ça ne veut pas dire encore que le contribuable va payer ce pour cent supplémentaire s'il s'avère qu'il n'est pas nécessaire de faire ce prélèvement. C'est le premier argument. Le deuxième, c'est que le Conseil national a à nouveau maintenu sa décision en ce qui concerne la participation de la Confédération, qu'il a refusée sur les points d'augmentation de TVA. Je vous rappelle quand même que si nous

AB 2003 S 432 / BO 2003 E 432

voulons éliminer les divergences concernant la question du financement, il nous faut au moins adhérer à la décision du Conseil national, qui prévoit 1 point, pour que le Conseil national puisse se rallier au point de vue défendu par notre Conseil concernant la participation de la Confédération au pour cent de TVA. Je crois que c'est un argument extrêmement important parce que sinon, finalement, on n'arrivera pas à s'entendre entre les deux Conseils et on risquera fort de ne pas avoir de financement du tout, ce qui, dans le cas de l'AI, serait particulièrement catastrophique.

Je vous invite donc à suivre la commission.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es stehen sich das System SGK bzw. Nationalrat und das System





Dettling gegenüber. Das System Dettling verlangt mehr Volksabstimmungen; die erste findet im Jahre 2004 für das eine IV-Mehrwertsteuerprozent statt. Weiter wissen wir, dass wir ab dem Jahr 2008 die AHV sanieren müssen, müssen also bereits spätestens 2007 oder 2008 eine weitere Verfassungsabstimmung machen. Wenn wir nur um ein halbes Prozent erhöhen, folgen weitere Abstimmungen in Etappen.

Wenn Sie der Kommission folgen, müssen wir nur eine Volksabstimmung machen, nämlich jetzt, und sie hält bis mindestens 2015. Das ist die Vereinfachung, die uns dazu geführt hat, weniger Volksabstimmungen und weniger häufigen Umstellungen bei den Mehrwertsteuer abrechnenden Betrieben den Vorzug zu geben. Eine Steuer auf Vorrat, Kollege Dettling, ist es nicht. Die Steuer wird nicht auf Vorrat, sondern erst ab dem Jahr 2010 erhoben, und sie wird nicht zugunsten der 12. oder 13. AHV-Revision erhoben; sie wird zur Finanzierung der Leistungen der heutigen AHV erhoben. Wir brauchen sie zur Finanzierung der heute lebenden Rentner und zugunsten jener, die in den nächsten zehn Jahren ins Rentenalter übertreten. Der Bedarf ist also absolut ausgewiesen, und die Steuer wird nur einmal und erst dann erhoben, wenn die AHV-Kasse diesen Betrag unbedingt braucht.

Couchepin Pascal (,): Je crois qu'il faut rappeler quelque chose qui a une certaine importance, c'est le problème de la variation du Fonds de compensation de l'AVS. Dans la loi actuelle, on devrait avoir des réserves correspondant à 100 pour cent des dépenses d'une année de l'AVS. Dans la pratique, la situation s'est dégradée. On est aujourd'hui aux environs de 80 pour cent. Avec la 11^e révision de l'AVS, le minimum va passer à 70 pour cent. Il faut aussi dire que cette 11^e révision ne met pas en péril le système mais apporte un changement qui fait qu'on accepte que la petite dégradation du Fonds de compensation de l'AVS est maintenant admise dans la loi. On a donc réduit un tout petit peu la sécurité, ce qui n'est pas grave, car on considère que le Fonds de compensation de l'AVS est suffisamment alimenté avec 70 pour cent de réserves pour garantir la sécurité de l'AVS en cas de variations légères.

Maintenant, ce que nous voulons, c'est assurer jusque vers 2015, comme l'a dit le rapporteur, le financement de l'AVS. Il a eu raison de dire que voter une modification de la constitution ne signifie pas qu'on va prélever des pour cent de TVA supplémentaires à l'avance, pour cent qui ne seraient pas nécessaires. On le fera lorsque ce sera nécessaire. On sait déjà, pratiquement, quand ce sera nécessaire. Faut-il demander au peuple de se prononcer deux fois sur une modification de la constitution ou faut-il accepter aujourd'hui un relèvement du taux de la TVA de 1 pour cent, relèvement rendu nécessaire à cause de l'évolution démographique? En son temps, on avait décidé qu'on ne recourrait au relèvement de la TVA qu'à cause de l'évolution démographique. Faut-il que la décision soit prise en deux temps et organiser deux votations, comme l'a dit le rapporteur? Le Conseil fédéral aurait préféré une solution prévoyant un relèvement du taux de la TVA de 1,5 pour cent; le Conseil national a décidé 1 pour cent; votre commission s'est ralliée à 1 pour cent. Du point de vue pratique – et vous êtes un homme pratique, Monsieur Dettling –, vous ne contestez pas qu'on ait besoin d'un relèvement de 1 pour cent jusque vers 2015? Alors, c'est purement formel. Mais, sur le plan pratique, voter aujourd'hui 0,5 pour cent et puis l'autre tranche du relèvement dans quelques années crée des complications dans la procédure de vote. Il est préférable de voter 1 pour cent au niveau constitutionnel et de diviser le relèvement en deux tranches au niveau de la loi.

Vous êtes un homme pratique, ralliez-vous à la solution pratique! Cela ne change rien quant au fond.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 32 Stimmen

Für den Antrag Dettling 7 Stimmen

Abs. 6, 6bis – Al. 6, 6bis

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die Absätze 6 und 6bis haben Sie mit dem ersten zustimmenden Entscheid zum Bundesanteil bereits beschlossen.

Angenommen – Adopté

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 3 Abs. 1, 4

Antrag der Kommission





Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3 al. 1, 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Artikel 3 regelt Beginn und Ende der Beitragspflicht. Vom System her wäre die Lösung des Ständerates konsequent und richtig. Aber im Rahmen der Differenzbereinigung und mit Zustimmung der Verwaltung, welche auch diese Lösung – wenn auch unter Schwierigkeiten – als machbar erachtet, schliessen wir uns dem Nationalrat an.

Angenommen – Adopté

Art. 5 Abs. 2, 2bis

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Jenny, Cottier, Forster)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 5 al. 2, 2bis

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Jenny, Cottier, Forster)

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht um die Frage, ob Unfallversicherungs- und Krankentaggelder ebenfalls der AHV-Beitragspflicht unterstehen. Vom System her müssten sie es, weil andere Erwerbsersatzgelder, beispielsweise die EO und weitere Versicherungsgelder, ebenfalls der Beitragspflicht unterliegen. Im praktischen Vollzug, das ist einzuräumen, können sich in Einzelfällen Schwierigkeiten ergeben, beispielsweise wenn der Beitragspflichtige im Ausland wohnt. Aber diese Schwierigkeiten in Einzelfällen rechtfertigen nicht, das korrekte System über Bord zu werfen. Es ist Ersatzeinkommen, und alles Ersatzeinkommen mit Ausnahme der beiden genannten Leistungen –

AB 2003 S 433 / BO 2003 E 433

Unfallversicherungsentschädigung und Krankentaggelder – unterliegt bereits der AHV-Beitragspflicht. Es ist daher konsequent, diese Lücke zu schliessen. Es geht auch um einen erheblichen Betrag von 194 Millionen Franken, und das sind immerhin 0,7 Prozent des eidgenössischen AHV-Budgets. Die Konsequenz verlangt also, dass wir hier die Beiträge ebenfalls erheben. Aus verschiedenen Branchen haben Sie Zuschriften erhalten: Wo es um 194 Millionen Franken Beiträge geht, wachsen auch die Widerstände, diese Lücken zu schliessen. Wir bitten Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Jenny This (V, GL): Im Namen einer starken Minderheit möchte ich Sie einmal mehr eindringlich bitten, sich dem Nationalrat anzuschliessen und die Taggelder der Unfall- und der Krankenversicherung nicht der Beitragspflicht zu unterstellen. Diese für Gewerbe und Wirtschaft sehr wichtige Frage darf nicht auf ein noch zu lösendes administratives Problem reduziert werden. Die vorgeschlagene Anpassung hätte Mehrkosten von jährlich 400 Millionen Franken zur Folge, und das für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer. Eine zusätzliche Belastung in dieser Höhe sollte weder der Wirtschaft noch den Taggeldbezüglern zugemutet werden. In der Schweiz können Sie einem Arbeitnehmer, der nach einem Unfall 3200 Franken verdient, doch nicht noch zumuten, dass ihm pro Monat zusätzlich 320 Franken abgezogen werden. Das kann bei den hohen Lebenskosten, die wir in der Schweiz haben, keinem Arbeitnehmer zugemutet werden. Also wird und muss ein zusätzlicher Lohndruck auf die Unternehmer, auf die Arbeitgeber entstehen.

All jene, die im kommenden Herbst verkünden, dass sie für die KMU, für das Klein- und Mittelgewerbe eintreten werden, sollten diesen Fakten Rechnung tragen; denn die Leidtragenden sind einmal mehr die Klein- und





Mittelbetriebe. Ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Markt wird einmal mehr massiv geschwächt. Wir können doch unsere finanziellen Probleme in unseren Sozialwerken nicht einfach auf die Unternehmer abwälzen, mit dem Resultat, dass schlussendlich die Sozialwerke kein Geld mehr haben und die Wirtschaft ebenfalls mit leeren Kassen dasteht. Diese Zitrone ist ausgepresst. Es ist auch nicht so, dass alle gleich stark betroffen wären und dass das Einzelfälle wären. Das sind überhaupt keine Einzelfälle; das ist die grosse Mehrheit. Das Gewerbe und dessen Mitarbeiter sind während der längeren unfall- und krankheitsbedingten Absenzen viel, viel stärker betroffen als vielleicht die Bürobetriebe; darum werden sie auch überproportional beansprucht.

Diese Lösung – das ist wesentlich – führt auch zu einem unverhältnismässig grossen Verwaltungsaufwand. Ein grosser Teil dieser zusätzlichen Einnahmen wird von der Verwaltung weggefressen; das kann weder im Interesse der Arbeitgeber noch im Interesse der Arbeitnehmer liegen.

Stutzig machen sollte uns – das ist jetzt wichtig –, dass die Suva, weiss Gott kein Unternehmen aus einem Drittweltland, die Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen, ebenfalls unverfängliche Zeugen, der Schweizerische Arbeitgeberverband, Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband, also all jene, die es weiss Gott wissen müssen – sie müssen es wissen! –, von diesem Ansinnen Abstand nehmen. Das müssten wir doch bitte schön zur Kenntnis nehmen. All jene, die in der Praxis damit zu tun haben, sagen: Macht das nicht! Das sollte doch die letzten Unschlüssigen überzeugen.

Alle sagen übereinstimmend, dass unsere Lösung durchführungstechnisch gravierende Mängel aufweise und deshalb abzulehnen sei. Zusätzlich führe sie zu höheren Soziallasten mit gleichzeitigem Anreiz zum Abbau des Versicherungsschutzes.

Ich bitte Sie – ich bitte Sie im Namen des Gewerbes, ich bitte Sie im Namen der Arbeitnehmer dieses Gewerbes –, ich bitte Sie, Abstand davon zu nehmen und dem Nationalrat, der diese Lösung fast einhellig abgelehnt hat, zu folgen. Ich weiss weiss Gott nicht, wieso und weshalb unsere Kommission auf diese verrückte Idee gekommen ist, ich weiss es heute noch nicht.

Ich möchte Sie bitten, von diesem Ansinnen Abstand zu nehmen.

Spoerry Vreni (R, ZH): Der Kommissionspräsident hat es ausgeführt: Grundsätzlich entspricht es der Logik der AHV, dass auch Kranken- und Unfalltaggelder der AHV-Beitragspflicht unterstellt werden, weil es sich dabei ganz klar um Lohnersatz handelt. Das ist denn auch der Grund dafür, dass ich zunächst diesem Vorschlag des Bundesrates gegenüber wohlgesinnt war – und natürlich auch deshalb, weil Mehreinnahmen für die AHV willkommen sind.

In der Wintersession 2002 hat unser Kommissionspräsident auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Vorschlag des Bundesrates in administrativer Hinsicht verursachen kann. Er sagte: "Die Schwierigkeit kann noch ausgemerzt werden; da wird sich eine Lösung finden lassen. Aber bitte schaffen Sie eine Differenz: Damit ermöglichen Sie, dass auch das letzte Problem vom Nationalrat noch gelöst wird."

Ich stelle fest, dass der Nationalrat dieses Problem nicht gelöst hat und es wohl auch gar nicht lösen kann. Der Nationalrat hat erneut – und diesmal ohne Gegenstimme – den Vorschlag des Bundesrates abgelehnt.

Dass sich bei den Unfall- und vor allem bei den Krankentaggeldern Durchführungsprobleme ergeben, obwohl es sich auch um Lohnersatz handelt, hat verschiedene Gründe. Zum Ersten ist die Unfallversicherung obligatorisch, die Krankentaggeldversicherung nicht. Zum Zweiten verfügen die obligatorischen Sozialwerke – Erwerbsersatz, Invalidenversicherung und Arbeitslosenversicherung – über einen Ausgleichsfonds, was weder bei der Unfallversicherung noch bei der Krankentaggeldversicherung der Fall ist.

Hier kann die Versicherung entweder an den Arbeitgeber gehen, als teilweise Abgeltung seiner fortgeführten Lohnzahlung, oder auch an die versicherte Person direkt. Diese Variationen, welche man bei den Sozialwerken mit Ausgleichsfonds nicht kennt, sind der Grund, warum die Durchführung kompliziert und kostspielig wird. Zudem ist es dadurch erst noch unsicher, ob die Mehreinnahmen in der veranschlagten Höhe auch tatsächlich eingehen werden, weil offensichtlich legale Ausweichmöglichkeiten bestehen, die nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen.

Aus all diesen Gründen erscheint es mir richtig, hier auf die wichtige Stimme der Praktiker von der Front zu hören. Es sind nämlich, wie Herr Jenny schon gesagt hat, nicht nur die Arbeitgeber, die sich gegen diese neue Unterstellung wehren: Sowohl die Schweizerische Vereinigung der Verbandsausgleichskassen als auch die Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen wenden sich mit Nachdruck gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung. Ich habe in meinen bisherigen, mehrfachen Auseinandersetzungen mit der AHV gelernt, dass es nicht schlecht ist, auf die Praktiker zu hören, die für die Durchführung verantwortlich sind.

Ich bitte Sie deshalb ebenfalls, auf die Unterstellung der Unfall- und der Krankentaggelder unter die AHV-Pflicht zu verzichten, so, wie das der Nationalrat jetzt mehrfach mit grosser Deutlichkeit beschlossen hat. Wir befinden



uns in einer Differenzbereinigung.

Brunner Christiane (S, GE): Je me considère quand même un peu comme praticienne de ce domaine et je peux vous dire que, dans la réalité, les choses sont beaucoup plus compliquées que ce qui a été évoqué. Une partie des employeurs paient les cotisations à l'AVS sur les indemnités journalières, alors qu'ils n'auraient pas à le faire, mais ils ne le savent pas ou les paient parce qu'ils trouvent absolument normal de les payer comme sur le salaire. C'est la raison pour laquelle l'OFAS n'a pas tenu compte de la somme totale des cotisations dans le calcul des répercussions financières, parce que l'office estime qu'à peu près la moitié des employeurs paient déjà les cotisations sur les indemnités journalières de l'assurance-maladie ou de l'assurance-accidents. Cela, c'est donc aussi une constatation tirée de la pratique.

La situation actuelle est complexe. Si l'on continue de verser le salaire en cas de maladie, à ce moment-là des cotisations

AB 2003 S 434 / BO 2003 E 434

sont payées; ça ne se discute pas, c'est du salaire! Si par contre vous avez une assurance d'indemnités journalières, comme il est souhaitable d'en avoir une, alors là, de par la loi, vous ne payez pas de cotisations. Et ça peut se compliquer si vous avez une assurance d'indemnités journalières qui garantit le versement de 80 pour cent du salaire et qu'un complément correspondant à 20 pour cent du salaire est touché – ce qui est le cas de la majorité des conventions collectives –, vous payez les cotisations sur les 20 pour cent et pas sur les 80 pour cent d'indemnités journalières. Ce sont des inégalités dans la pratique que je vous prie de prendre aussi en considération. Mais il est faux de dire que par là on prêterite les travailleurs et les travailleuses! Parfois, s'ils ont des salaires si bas que même le 80 pour cent sans doute ne leur permet pas de vivre, ce n'est pas le fait de retenir encore les cotisations qui pose problème, c'est plutôt le niveau du salaire en tant que tel.

Ensuite, dans la pratique également, si par exemple on parle des petites et moyennes entreprises, on voit que dans l'horlogerie, à part dans le grand groupe – il n'y en a qu'un seul, les autres, ce sont vraiment de petites et moyennes entreprises –, la convention collective prévoit le versement grâce aux indemnités journalières de 100 pour cent du salaire: les employeurs doivent assurer les ouvrières et les ouvriers à 100 pour cent. Alors, la personne qui est malade reçoit plus que la personne qui va travailler, parce que c'est 100 pour cent payé par l'assurance, mais on ne retient pas les cotisations là-dessus. Il y a donc une différence qui est tout à fait injustifiée. Et, à mon avis, les horlogers ont plus de problèmes, Monsieur Jenny, avec le niveau du franc suisse par rapport au dollar qu'avec le fait de payer encore des cotisations sur les indemnités journalières – et ce sont aussi de petites et moyennes entreprises.

Je trouve quant à moi qu'on est dans une situation d'une part qui n'est pas claire, et d'autre part qui est très embrouillée, tant pour les travailleurs que pour les employeurs, et qu'il y a une inégalité de traitement que par là même on peut mettre de côté. Cela rapporte en même temps des cotisations, c'est bien, mais ce n'était pas l'objectif de la mesure en tant que tel. L'objectif, c'était d'arriver à une égalité de traitement.

Je vous prie de suivre la majorité de la commission.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich habe nur kurz noch zusammenzufassen.

1. Zu der von Herrn Jenny monierten verrückten Idee: Sie stammt vom Bundesrat, wir haben sie mehrheitlich für gut befunden.

2. Es geht hier um Lohnersatz. Lohn unterliegt der AHV-Pflicht. Warum soll der Lohnersatz ausschliesslich in diesen zwei Teilbereichen nicht der AHV-Pflicht unterliegen, während alle anderen Lohnersatzleistungen der AHV-Pflicht unterstehen?

3. Dass es in Einzelfällen Probleme praktischer Art geben kann, verneinen wir nicht, Frau Kollegin Spoerry. Aber ich glaube, die Praktiker, die hier die Schwierigkeiten hochspielen, sind auch jene, welche die Beiträge bezahlen müssten. Wer bezahlen muss, sieht vielleicht die Schwierigkeiten subjektiv etwas grösser, als sie objektiv sind.

Wir bitten Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Couchepin Pascal (,): Nous vous invitons à suivre la majorité de la commission pour trois raisons: la première, c'est l'égalité de traitement dans le sens de ce qu'a dit tout à l'heure Mme Brunner; la deuxième, c'est que, du point de vue administratif, c'est quelque chose qui est positif et qui apporte même une simplification; la troisième, c'est que, par un effet collatéral – heureux! –, cela nous rapporte 111 millions de francs.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 21 Stimmen





Für den Antrag der Mehrheit 20 Stimmen

Art. 6 Abs. 1; 8 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 6 al. 1; 8 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wie hoch soll der Beitragssatz für nicht beitragspflichtige Arbeitgeber und später, in Artikel 8, auch für Selbstständigerwerbende sein? Der Nationalrat hat 7,8 Prozent festgelegt, der Bundesrat hatte 8,1 vorgeschlagen. Wir hatten nicht im Sinne eines mathematischen Kompromisses 7,9 Prozent beantragt – und Sie sind dem gefolgt –, sondern weil das auch mathematisch und von der Berechnung der Beitragshöhe her die richtige Lösung wäre. Nachdem es aber effektiv um jährlich nur 21 Millionen Franken geht und die Differenzen zu bereinigen sind, schliessen wir uns dem Nationalrat an. Das betrifft Artikel 6 und Artikel 8.

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 2

Antrag der Kommission

Gemäss Beschluss des Ständerates, aber:

.... bedeutet, wird vom Wohnsitzkanton übernommen, wenn ein

Art. 11 al. 2

Proposition de la commission

Selon la décision du Conseil des Etats, mais:

.... une situation intolérable est, sur demande motivée et après consultation d'une autorité désignée par le canton de domicile, pris en charge par ce dernier.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: In Artikel 11 geht es, wie wir in der Kommission herausgefunden haben, nicht um inhaltliche Differenzen zwischen National- und Ständerat. Aber es geht um offene Fragen, die in der neuen Fassung von Artikel 11 alle beantwortet werden. Die Frage ist: Wer soll von der Zahlung des Mindestbeitrages befreit sein? Wir antworten erstens: Wenn die Bezahlung des Mindestbeitrages eine grosse Härte darstellt, muss der Betrag vom Wohnsitzkanton übernommen werden. Wir wollen keine Kann-Formulierung; wenn die Voraussetzung erfüllt ist, muss er übernommen werden. Zweitens ist ein Gesuch unabdingbar, und drittens muss die zuständige Behörde innerhalb des Kantons auch angehört werden. Dies verlangt eine saubere, auch rechtsstaatliche Abwicklung.

Ein Hinweis: Auf Seite 4 der Fahne befindet sich ein offensichtlicher Schreibfehler. Es müsste heissen "vom Wohnsitzkanton", nicht "vom Wohnsitz". Ich bitte, das so festzuhalten und Ihren Entscheid so zu treffen.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Sie sind der Kommission gefolgt mit der Korrektur der Fahne ("Wohnsitzkanton" statt "Wohnsitz").

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Festhalten

Abs. 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Abs. 1





Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2003 S 435 / BO 2003 E 435

Art. 23

Proposition de la majorité

Al. 1

Maintenir

Al. 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 – Al. 1

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht um die Frage der Witwenrenten. Wir haben bei Artikel 23 den Systementscheid zu treffen. Wie Sie sehen, gehöre ich der Minderheit an und danke Frau Spoerry, dass sie in der Frage der Witwenrenten als Kommissionssprecherin amtet.

Spoerry Vreni (R, ZH), für die Kommission: Die Frage der Witwen- oder Witwerrente betrifft die Artikel 23, 24a, 36, 37 sowie die ganz wichtigen Übergangsbestimmungen.

Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, bei der Rente für verwitwete Personen bei der Lösung zu bleiben, welche unser Rat in der Wintersession 2002 deutlich, nämlich mit 28 zu 15 Stimmen, gutgeheissen hat. Sie hat zusammengefasst die folgenden sieben Merkmale:

1. Die Mehrheitslösung behandelt neu Witwen und Witwer gleich, was bei der Lösung des Nationalrates, welche die Minderheit vertritt, nicht der Fall ist. Hier fahren verwitwete Väter nach wie vor deutlich schlechter als verwitwete Mütter.
2. Mit Bezug auf die kinderlosen Witwen wollen sowohl der Nationalrat wie auch die Kommissionsminderheit und -mehrheit die Witwenrente abschaffen. Kinderlose Witwen sollen unter bestimmten Voraussetzungen eine einmalige Abfindung in der Höhe einer Jahresrente erhalten. Zu betonen ist, dass die Übergangsregelung für diese neue Vorschrift beim Antrag der Kommissionsmehrheit deutlich grosszügiger ist als bei der Lösung des Nationalrates. Bei uns wird die Witwenrente für kinderlose Witwen bis ins Jahr 2014 langsam, in Fünf-Prozent-Stufen, von 80 Prozent auf 40 Prozent zurückgefahren. Erst ab dann beginnt die Phase mit der einmaligen Abfindung. Sie finden das in den Übergangsbestimmungen in Litera c Absatz 7.
3. Bei verwitweten Ehegatten mit Kindern – ich betone: Ehegatten mit Kindern – wird auch in Zukunft im Gegensatz zum Vorschlag des Bundesrates eine unbefristete Witwen- bzw. Witwerrente ausbezahlt.
4. Diese Rente wird nach einer langen Übergangsfrist von heute 80 Prozent der entsprechenden Altersrente auf neu 60 Prozent gekürzt.
5. Wichtig ist die Feststellung, dass wieder eine Erhöhung auf 80 Prozent erfolgt bzw. die normale Altersrente für eine allein stehende Person ausgerichtet wird, sobald die verwitwete Person ins Rentenalter kommt.
6. Im Gegenzug zur 20-prozentigen Reduktion der Witwen- bzw. Witwerrente erfolgt eine Erhöhung der Waisenrente um 20 Prozent.
7. Diese Waisenrente wird für jedes Kind unter 18 Jahren bzw. längstens bis zum Alter 25 ausbezahlt, wenn sich das Kind in Ausbildung befindet.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass das neue Konzept der Kommissionsmehrheit den grossen Vorteil hat, dass es den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau sowie der stark steigenden Erwerbsquote der Frauen in der Schweiz Rechnung trägt. Des Weiteren bitte ich Sie sehr, die Übergangsbestimmungen zu diesem Konzept zu beachten. Diese zeigen, wie behutsam und verteilt über verschiedene Schritte das neue Konzept eingeführt wird:

1. Selbstverständlich ist für alle Ehegatten, welche vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ihren Partner durch Tod verloren haben, der Besitzstand gewahrt.





2. Die heute geltende Regelung greift auch noch drei Jahre lang nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision für die verwitweten Personen für ihre ganze Lebenszeit.

3. Anschliessend werden in vier Schritten von je drei Jahren, also insgesamt über zwölf Jahre, die Witwenrente um 5 Prozent gesenkt und die Waisenrente um 5 Prozent erhöht. Im Klartext heisst das, dass das Konzept mit einer Witwenrente von neu 60 anstatt 80 Prozent und einer Waisenrente von neu 60 anstatt 40 Prozent frühestens ab dem Jahr 2017 voll zum Tragen kommt. Das bedeutet, dass die heute gut 35-Jährigen dann 50 Jahre alt sind. Das durchschnittliche Alter einer Verwitwung liegt bei 55 Jahren.

Damit ist dargelegt, dass das neue Konzept nicht die Generation Frauen treffen wird, welche sich noch zum Teil wegen gesellschaftlicher Anschauungen und/oder zum Teil wegen schlechterer Ausbildung während Jahrzehnten ausschliesslich dem häuslichen Dienst widmeten. Das neue Konzept ist für die kommende Generation ausgelegt, in welcher für die meisten Frauen zumindest nach der intensivsten Familienphase eine zumindest teilweise Berufstätigkeit selbstverständlich ist. Mit dem Konzept der Mehrheit erhalten diese Frauen bei einer frühen Verwitwung, wenn sie noch Kinder betreuen müssen oder Kinder in der Ausbildung haben und auf eine Unterstützung am dringendsten angewiesen sind, mehr Geld als mit dem Konzept des Nationalrates und der Minderheit.

Das Argument der Überversicherung, welches gemäss den Ausführungen der Minderheitssprecher in der Wintersession 2002 zu Kürzungen dieser Renten führen könnte, wurde damals sowohl von Frau Bundesrätin Dreifuss wie auch von anderen Votanten insofern widerlegt, als davon mit Sicherheit nicht die verwitweten Personen in finanziell engen Verhältnissen betroffen sein werden. Das neue Konzept erreicht also überall dort für verwitwete Ehegatten mit Kindern sein Ziel, wo es sozialpolitisch notwendig ist.

Die Mehrheit ist überzeugt, dass sie mit ihrem Konzept für die kommende Rentnergeneration eine Lösung präsentiert, welche die echten sozialen Bedürfnisse sehr gut abdeckt. Andererseits nimmt sie Leistungen dort etwas zurück, wo eine verwitwete Person im erwerbsfähigen Alter nur noch für sich alleine sorgen muss. Im Rentenalter – ich habe das schon gesagt und möchte es nochmals betonen – ändert sich gegenüber heute gar nichts. Dieses neue Konzept hat zudem den Vorteil, dass es dann, wenn es frühestens ab 2017 voll operativ ist, der AHV weniger Kosten verursacht als der Status quo, an dem der Nationalrat und die Minderheit festhalten wollen. Die Differenz liegt bei immerhin 130 Millionen Franken. Angesichts der finanziell ausserordentlich belastenden demographischen Aussichten ist jeder vernünftige und sozial vertretbare Schritt zur Kostensenkung wichtig. Das neue Konzept bringt einen solchen Schritt. Die Mehrheitslösung kombiniert die unerlässliche Konsolidierung der AHV mit den sich klar abzeichnenden Veränderungen der gesellschaftlichen Realitäten.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Kommissionsmehrheit, an Ihrem ersten, deutlichen Beschluss festzuhalten.

Studer Jean (S, NE): Nous sommes maintenant en phase d'élimination des divergences. Je crois que si on veut essayer d'aboutir à une solution, c'est là en tout cas un des deux points qui méritent un effort de notre part. Les débats au Conseil national et le fait que celui-ci persiste à vouloir maintenir le droit actuel montrent combien est sensible la question du sort des veuves; une sensibilité qui va bien au-delà de considérations certes intéressantes, mais qui sont difficiles, politiquement, à faire passer dans la population. Si, dans un premier temps, je m'étais rallié à la proposition de la commission pour rééquilibrer le montant des rentes entre la veuve et les orphelins, dans cette phase d'élimination des divergences, j'estime qu'il appartient à notre Conseil d'aller dans la direction du Conseil national pour essayer de trouver un terrain d'entente.

Cette question des veuves me fait toujours penser à la question du quart de rente de l'assurance-invalidité. Il y a une

AB 2003 S 436 / BO 2003 E 436

image qui, dans la population, est attachée au sort qu'on doit réserver aux invalides et qui n'a pas permis, au moment de la votation populaire, de faire comprendre quel intérêt il pouvait y avoir à supprimer ce quart de rente. Eh bien, c'est la même question d'image qui est liée au sort des veuves, et je crains pour la 11^e révision de l'AVS si la situation actuelle n'est pas maintenue.

Cela me paraît d'autant plus justifié politiquement que, finalement, le gain que l'on fait sur le plan financier est assez maigre. Juste avant, une courte majorité de notre Conseil a estimé que l'on pouvait renoncer à 194 millions de francs de rentrées supplémentaires. Ici, on parle d'un montant de 130 millions de francs de dépenses supplémentaires par rapport à la version que défend la majorité de la commission. Il me semble que, politiquement, l'enjeu n'est pas suffisant pour, coûte que coûte, s'en tenir à notre décision initiale. C'est dans ce sens-là que je vous invite à vous rallier, à l'article 23, à la décision du Conseil national.



Frick Bruno (C, SZ): Schauen wir uns den Systemwechsel an, wie er sich auf die einzelne Familie, die Witwe und ihre Kinder, auswirkt. Die Mehrheit möchte die Witwenrente von 80 auf 60 Prozent der Altersrente senken und die Waisenrente von 40 auf 60 Prozent erhöhen, beide also auf 60 Prozent festlegen. Welches sind die Auswirkungen?

Nehmen wir den ersten Fall: Die Kinder befinden sich noch in der Ausbildung. Bei einem Kind ist die Rente – Witwen- und Waisenrente – gesamthaft gleich hoch wie bisher. Bei zwei Kindern gibt es 20 Prozent mehr. Ab dem dritten Kind kommt es in der Regel zu einer Überversicherung, auch bei den unteren Einkommen – wenn das BVG greift, und das greift heute fast überall. Ebenfalls zu einer Überversicherung kommt es, wenn die Unfallversicherung eine Rente zahlt.

Also: Es profitieren in der Regel nur jene Witwen mit zwei Kindern, das sind etwa 20 Prozent aller Witwen-Waisen-Fälle. Diese profitieren und erhalten 20 Prozent mehr, aber nur solange die Kinder in der Ausbildung sind.

Wie verhält es sich, wenn die Kinder die Ausbildung abgeschlossen haben? Dann spüren alle Witwen mit Kindern gegenüber heute die Rentenkürzung um 20 Prozent.

Zusammengefasst heisst dies: Vorübergehend, solange die Kinder in der Ausbildung sind, profitieren die Witwen und Witwer mit zwei Kindern. Sobald die Kinder die Ausbildung beendet haben, profitieren die Witwen aber nicht mehr. Und alle anderen Fälle – Witwen mit einem oder drei und mehr Kindern – profitieren in der Regel nicht. Das liegt im System der Mehrheit: Wie können Sie 130 Millionen Franken sparen – ich verweise auf das Kostenblatt, das Sie für die heutige Sitzung erhalten haben –, wenn Sie nicht erheblich Leistungen kürzen?

Und nun ist die Frage: Ist diese Kürzung gerechtfertigt? Frau Spoerry hat zu Recht ausgeführt, dass die Verwitwung in der Regel um das Alter 55 eintritt. Dann haben die meisten Witwen noch einige wenige Jahre Kinder in der Ausbildung, aber in aller Regel nicht mehr lange. Spätestens dann ziehen sie den Kürzeren, erhalten nur eine kleinere Rente.

Und nun halten wir uns etwas anderes vor Augen: Alle Frauen, welche sich der Kindererziehung und den Kindern widmen, haben auch in fünfzehn, zwanzig Jahren Wiedereinstiegsschwierigkeiten. Sie haben es im Berufsleben schwieriger. Das hat nichts mit einem traditionalistischen Frauenbild, das hat mit der Realität zu tun. Frauen, die sich mit 55 Jahren und später wieder ins Berufsleben eingliedern wollen, haben auch künftig Schwierigkeiten. Dies ist ja genau das Alter, in dem es in der Regel ohnehin schwierig ist, wieder eine Stelle zu finden.

Aus diesem Grunde bin ich überzeugt, dass die Lösung des Nationalrates die bessere ist. Sie wird nämlich der Situation der Frauen besser gerecht. Die Frauen, die sich auch in Zukunft, unter modernen Familienbildern, den Kindern widmen, sind benachteiligt. Bedenken Sie Folgendes: Die Frauen bezahlen die 11. AHV-Revision. Halten wir uns das vor Augen! Diese zusätzliche Einschränkung der Kommissionsmehrheit finde ich nicht mehr angebracht. Das sollen die Witwen nicht bezahlen müssen. Ob traditionelles oder modernes Frauenbild, in beiden Fällen sind die Frauen genau gleich betroffen.

Folgen Sie der Minderheit.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass unsere Traktandenliste noch Brocken enthält, die wir heute erledigen sollten, und dass noch viele Differenzen zu besprechen sind.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Ich werde es kurz machen, aber ich möchte doch noch einige Worte dazu sagen, insbesondere auch zum Votum von Herrn Frick. Gesellschaftspolitisch versuchen wir einen Eiertanz zwischen der gelebten und mengenmässig noch vorherrschenden traditionellen Aufgabenteilung der Ehen, die vor 1988 geschlossen wurden, und den heutigen Gegebenheiten, wo die Frauen heiraten und vielfach auch Kinder haben, ihre Arbeit aber meist, zumindest teilweise, weiterführen.

Nun bedarf es – das ist meine Meinung – der intellektuellen Redlichkeit: Entweder sagen wir den Leuten, dass wir die althergebrachten Lebensformen weiterhin als die gewünschten ansehen, und finanzieren sie entsprechend grosszügig, was mit Kosten verbunden ist, oder wir sagen eben deutlich, dass wir davon ausgehen, dass die Frauen und Männer nach der Heirat im Erwerbsleben bleiben. Wir müssen also schon heute bei entsprechenden Übergangsfristen Frauen und Männer, Verheiratete, Verwitwete, Geschiedene und Ledige in der AHV und im BVG gleich behandeln. Nur damit setzen wir das Eherecht von 1988 auch in der Sozialversicherung um. Konkret braucht die Angleichung der Witwenrente eine grosszügige Übergangsfrist, und das haben wir auch so vorgesehen; Sie haben es von der Kommissionssprecherin, Frau Spoerry, gehört. Ihren Anliegen, Herr Frick, haben wir damit, so meine ich, weitgehend Rechnung getragen.

Ich denke aber, dass die Angleichung nicht aufgeschoben werden darf, denn die junge heiratswillige Frau muss



genau wissen, was sie dereinst erwartet, sollte sie Witwe werden. Nur so, aufgrund gesicherter Rahmenbedingungen, kann sie ihren individuellen Lebensentwurf festlegen. Es sind zudem alle flankierenden Massnahmen zu treffen, die dazu führen, dass die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft ohne überdurchschnittliche Parforce-Leistung seitens der Mütter möglich ist. Auch hier sind wir ja nicht gerade auf guten Wegen, aber doch auf dem Weg dazu. Auch die moderne Altersvorsorge ist untrennbar an eine gesunde Alterspyramide, an eine gegenüber heute deutlich höhere Geburtenrate von 2,1 Prozent und an eine ausreichende Erwerbsquote von beiden Geschlechtern gebunden; davor dürfen wir die Augen einfach nicht verschliessen. Wir machen diese Revision – auch Herr Bundespräsident Couchepin hat dies heute schon einige Male erwähnt – nicht für diejenigen, die 2003 in Pension gehen, sondern für diejenigen, die 2003 in den Erwerbsprozess eingetreten sind.

Ich ersuche Sie daher dringend, der Mehrheit zuzustimmen.

Beerli Christine (R, BE): Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung: Wir haben in dieser Vorlage noch zwei wesentliche Differenzen zu bereinigen. Die eine besprechen wir gerade jetzt, das ist die Regelung der Witwenentschädigung. Die zweite werden wir anschliessend behandeln, hier geht es um die allfällige Abfederung der Flexibilisierung des Altersrücktritts. In beiden Fällen hat der Nationalrat eine Lösung gewählt, die höhere Kosten verursacht als jene, die unser Rat beschlossen hat. Bei der Witwenentschädigung verursacht die Regelung des Nationalrates mehr Kosten von 130 Millionen Franken als jene, die unser Rat beschlossen hat. Bei der Abfederung des frühzeitigen Rücktritts hat er 400 Millionen Franken mehr eingesetzt.

Vorhin hat Frau Spoerry zu Recht gesagt, es gelte in dieser ganzen Diskussion um die Revision der AHV zu schauen, ob wir irgendwo sozialverträglich langfristig gewisse Kosten einsparen können. Wenn ich diese beiden Differenzen gegeneinander abwäge, dann ist meine Präferenz völlig klar: Bei der Witwenentschädigung schlagen wir Ihnen eine gute,

AB 2003 S 437 / BO 2003 E 437

eine zeitgemässe, eine zukunftsgerichtete Regelung vor, die langfristig umgesetzt wird – langsam, nicht überstürzt – und die durchaus in jeder Beziehung sozialverträglich ist. Ich werde anschliessend bei der Abfederung des flexiblen Altersrücktritts für den Einsatz der 400 Millionen Franken plädieren. Denn dort bin ich demgegenüber der Meinung, dass es wichtig wäre, eine gewisse Abfederung vorzunehmen. Die Zahlen kann ich Ihnen anschliessend vorlegen.

Ich bin – dies immer noch als Vorbemerkung – doch etwas erstaunt, dass Herr Studer und Frau Brunner, die sich im ersten Durchgang noch für unsere Regelung der Witwenentschädigung eingesetzt haben, sich jetzt davon verabschieden und daran nicht mehr festhalten möchten. Denn ich denke, in dieser Abwägung der Entscheide wäre es wichtig, die 130 Millionen Franken auf eine sozialverträgliche Art und Weise einzusparen. Ich möchte noch einmal ganz kurz an all das erinnern, was von Frau Spoerry sehr gut und umfassend dargelegt worden ist. Die Witwen, die heute eine Witwenrente haben, werden in keiner Art und Weise tangiert. Ihre Rechte bestehen fort; sie haben keinerlei Einbusse. Ich denke, es ist wichtig, das nach vorne zu tragen. Die Rente der künftigen Witwen wird langsam, während einer langen Frist, von 80 Prozent auf 60 Prozent reduziert; im gleichen Masse, im gleichen Zeitraum werden die Waisenrenten von 40 Prozent auf 60 Prozent erhöht, sodass hier eine Kostenneutralität entsteht. Ich denke, es werden hier genau diejenigen Familien begünstigt, die wirklich auf ein höheres Familieneinkommen angewiesen sind, nämlich diejenigen Witwen, die Kinder in der Ausbildung zu Hause haben. Das ist doch in der Tat ein Postulat, das sonst überall vertreten wird. Es muss Familien mit Kindern geholfen werden und nicht unbedingt allein stehenden Witwen, die sich in der Tat in den Arbeitsprozess integrieren können.

Wenn wir davon sprechen, wie viele Witwen mit drei und mehr in der Ausbildung stehenden Kindern es gibt, dann ist das eine verschwindend kleine Anzahl. Herr Frick hat die Zahl dieser Familien in den Vordergrund gestellt. Weniger als 10 Prozent der Witwen haben drei und mehr Kinder in der Ausbildung. Das ist ganz logisch, weil nämlich die Witwen meistens irgendwo zwischen 55 und 65 Jahren alt sind, und in diesem Alter ist es sehr selten, dass man noch drei Kinder in der Ausbildung hat. Im Übrigen haben diese Witwen bereits heute gewisse Abzüge zu gewärtigen, weil schon nach dem heutigen System Überversicherungen vorkommen können.

Die Einsparung von 130 Millionen Franken machen wir bei den Witwen, die eben keine Kinder mehr in Ausbildung haben und die in der Zeit, nachdem die Kinder ausgeflogen sind, und noch vor der ordentlichen Pensionierung – mit der Pensionierung erhalten sie ja dann wieder 80 Prozent Rente – in der Lage sind, sich in den Arbeitsprozess zu integrieren und in Teilzeit zu arbeiten. Kein Mensch spricht davon, dass sie sich dann voll beschäftigen müssen – sie erhalten ja noch eine Rente von 60 Prozent –, aber von Teilzeitarbeit spricht man



schon. Wenn Sie die Statistiken ansehen, dann sehen Sie, dass gerade sehr viele Frauen zwischen 50 und 62 Jahren Teilzeitbeschäftigungen nachgehen. Wir verlangen also hier in keiner Art und Weise etwas, das nicht schon heute Realität ist; mit Sicherheit wird es 2017 Realität sein, nämlich dann, wenn unser System voll zum Tragen kommt.

Ich bitte Sie also hier, in der Abwägung dieser beiden Differenzen, die wir heute noch zu bereinigen haben, der zeitgemässen, zukunftsweisenden, etwas billigeren Lösung den Vortritt zu geben, damit wir dann bei der nächsten Differenz, die wir zu bereinigen haben, wirklich eine sozialverträgliche Lösung treffen können.

Couchepin Pascal (,): Votre Conseil a opté pour le maintien des conditions d'ouverture du droit à la rente pour les veufs et les veuves avec enfants, mais avec une diminution du montant de la rente de 80 à 60 pour cent et, en parallèle, avec une augmentation de la rente d'orphelin de 40 à 60 pour cent. Nous pensons que ce modèle va dans la bonne direction. Il comporte un certain nombre d'éléments de politique sociale, que nous soutenons. Nous pensons que la solution préconisée par le Conseil national est trop timide, mais – comme l'a dit Mme Beerli – il faut voir l'ensemble, les réformes qui restent à faire, et notamment le problème de la flexibilisation.

Dans ce sens, le Conseil fédéral se rallie volontiers à la solution du Conseil des Etats pour le problème de la rente de veuve et soutient la flexibilisation suivant le modèle du Conseil national. De cette manière-là, une flexibilisation est acquise; de plus, le modèle de rente de veuve et de veuf selon le Conseil des Etats permet une économie supplémentaire qui, dans l'ensemble, permet à la 11e révision de l'AVS d'être mieux équilibrée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 21 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 18 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es gibt meines Erachtens keine Bemerkungen mehr zu allen Fragen der Witwenrente. Sie haben den Systementscheid getroffen, und der geht durch alle Bestimmungen durch.

Angenommen – Adopté

Art. 24a

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 24a

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Adhérer à la décision du Conseil national

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Wie ich den Kommissionspräsidenten verstanden habe, folgen wir hier dem Antrag der Mehrheit.

Studer Jean (S, NE): Si vous me permettez d'intervenir, Monsieur le Président, je souligne que, là, la question ne dépend pas du fait de savoir comment est réglé le droit à la rente de veuve. Le problème consiste à régler le droit à la rente de veuve en cas de divorce et à définir, quelle que soit cette rente de veuve, les conditions qui, en cas de divorce, permettent ou non à la veuve de bénéficier d'une rente après le décès de son ex-conjoint. Honnêtement, c'est indépendant de l'article 23, ce sont deux choses distinctes. Je crois qu'on doit aborder cette question indépendamment de celle qu'on a tranchée à l'article 23.



Pour simplifier les choses, la situation actuelle en cas de divorce donne à la veuve dont l'ex-mari est décédé un droit à une rente en raison de la présence d'enfants. Le Conseil national, et avec lui la minorité que j'emmène, souhaiterait créer un lien, dans cette hypothèse, avec le versement ou non d'une rente alimentaire. Autrement dit, la veuve divorcée pourrait bénéficier d'une rente de veuve si, effectivement, son ex-conjoint décédait et si, au moment du décès, il était tenu au paiement d'une pension alimentaire. Ce n'est pas le cas maintenant. Maintenant, il y a des cas où, dans certains couples, on souhaite parfois la mort du conjoint, puis, une fois le divorce prononcé, on ne la souhaite plus. Mais, avec le droit actuel, on souhaite encore des fois le décès de l'ex-conjoint, car en cas de décès de l'ex-conjoint, l'épouse survivante peut tout

AB 2003 S 438 / BO 2003 E 438

d'un coup toucher – et ça arrive! – une rente de veuve alors qu'elle n'avait droit à aucune rente alimentaire dans le cadre du divorce. C'est vraiment une particularité du système, et cette particularité du système, elle a été voulue parce que, parfois, il arrivait qu'on ait une fausse pension, dans le cadre d'un divorce, rien que pour assurer la rente de veuve. Mais je crois que cette crainte-là n'est plus d'actualité en fonction des nouvelles dispositions qui régissent le droit à une pension dans le cadre du nouveau droit du divorce.

Je pense qu'il faut avoir un lien entre le bénéfice d'une rente de veuve après un divorce et le versement ou non d'une pension, et dire qu'on a droit à une rente de veuve si effectivement, consécutivement à un décès, on perd la pension. Si, par contre, on n'a pas droit à une pension après le divorce, on ne voit pas pourquoi tout d'un coup la caisse de compensation verserait quand même une rente de veuve.

C'est d'autant plus cohérent que ce que vous propose la minorité, c'est ce qui existe dans le deuxième pilier. Dans le deuxième pilier, un lien est fait entre la rente de survivants et le versement ou non d'une pension due selon le divorce, de telle sorte qu'une veuve ne peut pas toucher de la caisse de retraite de son ex-mari une rente de survivants si, au moment du décès de son ex-mari, elle ne bénéficie pas d'une pension.

Je crois que là, il y a une cohérence à garder et, finalement, c'est ce qu'a décidé le Conseil national et ce que vous propose la minorité.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die Mehrheit war der Überzeugung, dass diese Bestimmung kongruent sei mit dem Entscheid bei Artikel 23. Herr Studer führt aus, man könne es differenziert betrachten. Das stimmt in der Tat.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 19 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 17 Stimmen

Art. 36*Antrag der Mehrheit*

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 36*Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 37 Abs. 1***Antrag der Mehrheit*

Festhalten





Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 37 al. 1

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 40ter

Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Brunner Christiane, Beerli, Studer Jean)

Abs. 1

Vorbezogene Leistungen werden in Form von Rentenkürzungen zurückbezahlt. Die monatliche Kürzung der Rente wird aufgrund der vorbezogenen Durchschnittsrente und des Kürzungssatzes, der auch den Beitragsverlust berücksichtigt, berechnet.

Abs. 2

Wird nur die halbe Rente vorbezogen, so wird bis zum Erreichen des Rentenalters nach Artikel 21 die monatliche Rentenkürzung lediglich aufgrund der Hälfte des Kürzungssatzes berechnet.

Abs. 3

Streichen

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 40ter

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Brunner Christiane, Beerli, Studer Jean)

Al. 1

Des prestations perçues avant terme sont remboursées moyennant des réductions de la rente. La réduction mensuelle de la rente est fixée en fonction de la rente moyenne versée par anticipation et du taux de réduction qui prend aussi en compte la perte de cotisations.

Al. 2

Lorsque l'anticipation porte sur la moitié de la rente, la réduction mensuelle de la rente jusqu'à l'âge de la retraite au sens de l'article 21 est fixée sur la base de la moitié du taux de réduction.

Al. 3

Biffer

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Bei Artikel 40ter geht es um eine Kernfrage der Revision: Es geht darum, ob Frühpensionierungen ab dem 62. Altersjahr finanziell erleichtert werden sollen.

Sie sehen auf der Fahne Folgendes: Der Nationalrat hat an seinem System mit den reduzierten Kürzungssätzen festgehalten. Die Minderheit Brunner Christiane nimmt die frühere Mehrheitslösung der ständerätlichen Kommission wieder auf. Sie haben also grundsätzlich drei Lösungen vor sich: jene des Nationalrates, welche





nicht von einer Kommissionsminderheit unterstützt wird; jene der Kommissionsmehrheit auf Streichen und eine andere Form der bevorzugten Frühpensionierung gemäss Minderheit Brunner Christiane.

Die Frage ist, ob in der 11. AHV-Revision jährlich 400 Millionen Franken für die Erleichterung der Frühpensionierungen eingesetzt werden sollen. Mit diesem Betrag würde der versicherungstechnische Kürzungssatz von 5,8 Prozent für jedes vorbezogene Jahr reduziert. Die reduzierten Sätze für beide Varianten, Nationalrat und Minderheit Brunner Christiane, finden Sie auf der Fahne. Unser Rat hat sich in der letzten Lesung sehr deutlich, mit 26 zu 12 Stimmen, für Streichen entschieden. Im Nationalrat hat sich noch eine knappe Mehrheit für die Frühpensionierung ausgesprochen, und in unserer Kommission ist der Entscheid deutlich gefallen. Herr Jenny würde trotzdem von einer "starken" Minderheit sprechen; dieser Entscheid ist aber doch recht deutlich gefallen.

Wie lauten die Argumente gegen den reduzierten Kürzungssatz bei Frühpensionierungen? Ich mache das in folgenden sieben Punkten:

AB 2003 S 439 / BO 2003 E 439

1. Der Betrag von 400 Millionen Franken jährlich verpufft. Mit diesen 400 Millionen wird die Rentenkürzung, welche versicherungstechnisch knapp 6 Prozent betragen müsste, kleiner. Nun, was macht das aus? Gemäss Nationalrat macht es aus: bei Kleinstehenden und einem Jahr Vorbezug 40 Franken mehr Rente, bei zwei Jahren 60 Franken mehr Rente, bei drei Jahren 70 Franken. Die Beträge steigen an – von den tiefsten Einkommen bis zu den Einkommen um 50 000 auf 60 bis 110 Franken –, und sie fallen dann wieder ab für die höheren Einkommen.

Halten wir uns die Wirkung vor Augen: Wer sich früh pensionieren lässt, erhält bei den Kleinstehenden 40 bis 70 Franken mehr Rente gemäss Nationalrat, die mittleren Einkommen erhalten 60 bis 110 Franken mehr Rente, die hohen wieder etwas weniger.

Das Gerücht hält sich hartnäckig, auch in den Medien, dies sei eine Erleichterung der Frühpensionierung für Leute mit Kleinstehenden. Das ist es nicht. Leute mit Kleinstehenden erhalten 40 bis 60 Franken mehr Rente, mittlere Einkommen 60 bis 110 Franken. Mit diesen Kleinbeträgen kann sich niemand eine Frühpensionierung leisten, weil sie zu gering sind, um den Entscheid zu erleichtern, wenn die Frühpensionierung ohne diese kleine Mehrrente nicht möglich ist. Die 400 Millionen Franken verpuffen, und die kleinen Einkommen profitieren am wenigsten; am ehesten profitieren die Versicherten mit mittleren und auch mit grösseren Einkommen, welche sich die Frühpensionierung ja ohnehin leisten können.

Der soziale Nutzen ist ein kleiner. Einzuräumen ist, dass gemäss der Minderheit die Zahlen zugunsten der kleinen Einkommen ein bisschen ausgewogener sind, aber es sind noch immer keine signifikante Mehrrenten, die eine Frühpensionierung erlauben würden.

2. Es werden 400 Millionen Franken – das sind 1,4 Prozent des AHV-Budgets – wirkungslos eingesetzt. Diese 400 Millionen machen immerhin 0,2 Prozent Mehrwertsteuer aus. Es wäre also auch von unserem Rat inkonsequent, wenn wir uns gegen eine unnötig höhere Mehrwertsteuer wehren und gleichzeitig eine Ausgabe beschliessen, bei der 400 Millionen Franken oder 0,2 Mehrwertsteuerprozent ohne greifbare Wirkung verpuffen.

3. Frührentner haben von Gesetzes wegen Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Ergänzungsleistungen sind ein gesetzlicher Anspruch und keine Almosen. Dieser besteht, und wer als Frühpensionär mit dem Einkommen nicht durchkommt, kann Ergänzungsleistungen beziehen.

4. Branchenlösungen der Sozialpartner sind unseres Erachtens der bessere Weg als eine wirkungslose Gieskanne von Staates wegen. Die Baumeister – eine Branche in wirtschaftlichen Schwierigkeiten – haben es geschafft, sozialpartnerschaftlich die Frühpensionierung einzuführen. Das ist der richtige Weg, und nicht der Weg über die staatliche Gieskanne.

5. Der reduzierte Kürzungssatz ist das Eingangstor zur allgemeinen Frühpensionierung. In den Gesprächen wird dies auch klar eingeräumt. Wenn wir hier die Türe öffnen, schaffen wir die Basis, um zusätzliche Forderungen in der 12., 13. AHV-Revision zu stellen. Auch die Befürworter dieses reduzierten Kürzungssatzes räumen durchaus ein, dass die Beträge zu klein sind und nichts bewirken. Doch sie wollen das Eingangstor für weitere, zukünftige Forderungen öffnen.

6. Ich bitte Sie, den Blick über die Grenze ins Ausland zu richten. In den umliegenden Staaten müssen überall wegen der finanziellen Schwierigkeiten Frührenten abgebaut werden. Und wir führen sie ein! Der deutsche Bundeskanzler Schröder oder der österreichische Bundeskanzler Schüssel sind gezwungen, Frührenten abzubauen, weil sie nicht finanzierbar sind. Es hat keinen Sinn, wenn wir in der Schweiz trotz steigender Lebenserwartung mit Verspätung den Weg gehen, den beispielsweise in Deutschland die Linke bereits als falsch



erkannt hat.

7. Wer bezahlt eigentlich die 11. AHV-Revision? Es sind die Frauen und die Witwen. Alle Verbesserungen, welche andere bezahlt hätten, haben Sie abgelehnt. Frauen und Witwen bezahlen, und zwar allein 445 Millionen Franken durch die Heraufsetzung des Rentenalters. Gleichzeitig zahlen wir 400 Millionen Franken für Frühpensionierungen aus, und sie verpuffen als wirkungslose Massnahme. Wäre ich eine Frau, würde ich Nein sagen. Ich wäre bereit, meinen Beitrag zur Sanierung der AHV zu leisten, aber nicht so, dass das handkehrum wirkungslos verpufft, was ich mit dem höheren Rentenalter einbringe. Als Mann denke ich ebenso. Das sind die Gründe, weshalb wir Sie bitten, mit der Kommissionsmehrheit am deutlichen Entscheid der letzten Lesung festzuhalten und die Erleichterung der Frühpensionierung zu streichen.

Brunner Christiane (S, GE): Je suis une femme, mais je me permets quand même de conduire la minorité qui veut non pas introduire la retraite flexible, mais qui veut la rendre possible pour les petits revenus. Je rappelle à notre président de commission que, parmi les petits revenus, il y a une majorité de femmes. Donc, je défends les intérêts des femmes en défendant la minorité.

C'est également aux femmes – et pas seulement! – qu'on a promis, dès la discussion de la 10e révision de l'AVS, puis de la 11e révision, qu'on relèverait encore une fois l'âge de la retraite des femmes à 65 ans, mais qu'en échange on introduirait la retraite flexible. C'était une promesse du Conseil fédéral à l'époque. Cela a aussi conduit l'argumentation dans le cadre de la 10e révision: relèvement de l'âge de la retraite des femmes, introduction de la retraite flexible.

Il y a une inégalité criante par rapport à l'espérance de vie. On voit dans les statistiques que l'espérance de vie est totalement différente pour les personnes qui entrent dans la vie active très tôt et ont un travail dur, par rapport aux personnes qui ont une formation et qui ont peut-être aussi un travail astreignant, mais en tout cas moins dur physiquement. Un ouvrier non qualifié, les statistiques le montrent, a une espérance de vie de 66 ans. Cela veut dire qu'il touche sa rente AVS pendant une année. Il a cotisé toute sa vie comme les autres, mais il touche pendant une année sa rente AVS, et je trouve que c'est une inégalité criante à laquelle il nous faut trouver une réponse.

La majorité de la commission dit que ce n'est pas assez, que cela ne sert à rien. C'est évident, et j'aurais bien voulu que l'on mette au moins les 800 millions de francs dans la possibilité offerte ici, mais quand même! Pour les bénéficiaires de toutes petites rentes, c'est vrai que l'on peut compter avec les prestations complémentaires, parce qu'ils en auront sans doute besoin. Pour les rentes moyennes, 100 francs par mois, ce n'est pas rien. On calcule avec 100 francs de plus ou de moins par mois. C'est déjà quelque chose, cela va dans le bon sens, et moi, je peux vous assurer que, quand on fait des calculs pour sa retraite, on ne calcule pas en se demandant si l'on aura droit à des prestations complémentaires ou non. D'ailleurs, il y a 30 pour cent des personnes qui auraient droit aux prestations complémentaires qui ne font pas valoir ce droit. Alors, on prendra encore moins en considération les prestations complémentaires avant l'âge de la retraite. On va se demander à combien la rente AVS se montera. Puis, si elle est de 100 francs de plus ou de moins, ce n'est pas indifférent pour un petit revenu. Encore faut-il savoir, Monsieur le Président de la commission, ce qu'on appelle un revenu moyen ou un petit revenu. Je pense pour ma part que ceux qui ont une différence de 100 francs par mois, par exemple, il faut encore les considérer comme des petits revenus. Donc, les prestations complémentaires, contrairement à ce que pense la majorité, ne peuvent pas être une solution pour remplacer la possibilité, pour des personnes qui en ont véritablement besoin, de prendre leur retraite anticipée.

Et je me heurte à l'argument qui consiste à dire de ne pas faire comme en Allemagne ou comme ailleurs, et de ne pas introduire la retraite flexible. Car on introduit la retraite flexible! On dit simplement que la réduction est actuarielle, et on peut très bien prendre sa retraite de manière anticipée. Je vous rends attentifs à l'article 40ter alinéas 1er et 2 dans la version du Conseil des Etats, que vous voulez maintenir: on introduit la possibilité d'une retraite anticipée avec une

AB 2003 S 440 / BO 2003 E 440

réduction qui correspond au taux actuariel. On ne peut donc pas dire qu'on ne l'introduit pas, elle y est, sinon il faudrait mettre un âge fixe et dire qu'il est impossible de prendre sa retraite avant. La seule différence qu'il y a par rapport à la version du Conseil national, c'est de savoir si les petits revenus peuvent également profiter de la retraite anticipée.

On peut finalement élever l'âge de la retraite tant qu'on veut – vous pouvez continuer à dire qu'il faut travailler jusqu'à l'âge de 67 ou de 70 ans! –, mais il faut aussi voir les réalités. Les réalités, et je les ai particulièrement vécues ces dernières années, c'est que les entreprises elles-mêmes procèdent à des restructurations et que, pour être sociales – ce dont je les remercie –, elles mettent les gens à la retraite anticipée. Et on constate –





c'est la dernière enquête du SAKE-News de 2002 – qu'à l'âge de 64 ans, il y a 49 pour cent de personnes qui ont pris une retraite anticipée. Là où ça change, c'est que ce sont ou bien des personnes qui ont eu un bon plan social et ont pu partir, ou bien des personnes avec justement un revenu confortable et qui peuvent prendre une retraite anticipée même si elles ont une diminution de leur rente, alors que ce n'est pas nécessairement ces personnes qui en ont besoin.

La réalité, c'est que, pour dire: "Il faut travailler jusqu'à tel âge", il faut qu'il y ait du travail; il faut aussi disposer des capacités intellectuelle et physique requises. Ce sont des appréciations et des situations individuelles. Les solutions que nous offrons doivent être individuelles, mais elles ne doivent pas être réservées seulement aux revenus les plus élevés. Donc, je crois qu'on ne donne pas un signe vers un abaissement de l'âge de la retraite en adoptant la proposition de minorité – qui coûte effectivement à peu près de 400 millions de francs –, on donne un signe pour une solution sociale qui permette aux personnes qui ont des revenus plus faibles de prendre une retraite anticipée si elles en ont besoin.

Je voudrais juste signaler encore une des différences essentielles qui existent entre la proposition de minorité que je présente et la solution du Conseil national. En fait, nous avons déjà prévu cela dans notre solution précédente de la commission du Conseil des Etats. On fait un calcul comparatif: c'est-à-dire qu'une personne mariée – en général, ce sont des femmes qui soit ont un petit revenu, soit n'ont pas exercé d'activité lucrative – n'a pas droit à ces taux de réduction-là si, à partir du moment où le conjoint part à la retraite, son revenu déterminant AVS est beaucoup plus élevé. Les femmes au foyer ne peuvent donc pas profiter d'un taux de réduction plus bas, il faut effectivement que ce soient des personnes qui ont exercé une activité lucrative et qui ont un petit revenu.

Je crois donc que nous sommes ici en face d'une position extrêmement importante pour le sort de la 11e révision de l'AVS et pour le caractère social de l'AVS.

Je vous prie donc instamment de soutenir ma proposition de minorité.

Berli Christine (R, BE): Es ist falsch, und es ist irreführend, wenn hier gesagt wird, wir sprächen über eine Besserstellung derjenigen, die sich frühpensionieren lassen wollen. Worüber wir sprechen, ist einzig eine Abfederung der Frühpensionierung für die Leute mit niedrigen Einkommen. Ich möchte Ihnen noch einmal diese Schwellen in Erinnerung rufen: In den Genuss dieser Abfederung kommen einzig Menschen mit einem massgeblichen Einkommen unter 75 960 Franken im Jahr. Wir haben dort noch zwei Stufen eingebaut. Es gibt eine Abfederung bis zu einem Einkommen von 49 440 Franken, und dann noch einmal eine Stufe bis 75 960 Franken, die anders ausgestaltet ist. Darüber gibt es keine Abfederung mehr. Die Einkommen, die darüber liegen, haben den versicherungstechnischen Abzug, und in diesem versicherungstechnischen Abzug werden auch die Beitragsausfälle eingerechnet. Ich denke, es ist wirklich wichtig, sich das bewusst zu machen und nicht etwa davon auszugehen, dass wir generell für alle irgendwelche Anreize in Richtung einer Frühpensionierung schaffen wollen.

Tatsache ist: Je besser die voraussichtliche Rentensituation eines Menschen ist, die er in Betracht zieht, bevor er den Entscheid fällt, ob er sich frühpensionieren lassen kann oder nicht, umso früher erfolgen die Pensionierungen. Das ist statistisch erwiesen, das kann in verschiedensten Gutachten nachgelesen werden. Heute lassen sich praktisch ausschliesslich Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeiter frühpensionieren, das heisst Leute, die natürlich über eine volle, maximale AHV-Rente, aber auch noch über eine gut ausgebaute BVG-Leistung verfügen.

Tatsache ist auch, dass von den Pensionierten zu Beginn ihrer Pensionierung nur 4 Prozent Ergänzungsleistungen beziehen. Es ist nicht so und kann nicht als Lösung herangezogen werden, dass wir einfach sagen: Diejenigen, die keine volle AHV-Rente haben und in Frühpension gehen, sollen sich doch über die Ergänzungsleistungen entschädigen lassen. Das war ursprünglich auch eine Ansicht, die ich vertrat und die sich dann im Rahmen der Kommissionsarbeit zerschlagen hat. Die Ergänzungsleistungen eignen sich nicht dafür, bei Leuten mit geringem Einkommen und geringer Rente die Frühpensionierung abzufedern, weil sie nämlich nur bis zu einem Einkommen von etwa 30 000 Franken ausgerichtet werden. 17 000 Franken sind die Lebenshaltungskosten, die angerechnet werden können, und dann kommen noch Miete, Krankenkasse hinzu. Die Grenze für die Ergänzungsleistungen liegt in etwa bei 30 000 Franken. Die Problematik besteht natürlich – und das möchten wir mit unserer Lösung abdecken – vor allem für die Leute mit Einkommen zwischen 30 000 Franken und 75 000 Franken; bei ihnen sehen wir vor, dass man noch eine gewisse Abfederung vornehmen kann.

Wir gehen davon aus – und es ist statistisch erwiesen –, dass rund 25 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer AHV-Leistungen in der Maximalhöhe beziehen; 4 Prozent sind im Bereich der Ergänzungsleistungen, wie ich vorhin sagte, sodass man davon ausgehen kann, dass ein grosser Anteil unserer Bevölkerung, in etwa



zwei Drittel derjenigen, die Rente beziehen, in den Bereich zwischen 30 000 und 75 000 Franken fallen wird, also in den Bereich, über den wir heute sprechen und wo es wichtig ist, dass wir eine gewisse Abfederung vornehmen.

Der Kommissionspräsident hat ausgeführt, im Prinzip verpuffe dieses Geld, denn es handle sich um so kleine Beträge, dass sie in keiner Art und Weise mehr massgeblich seien. Ich muss Ihnen sagen: Ich betrachte diese Argumentation als etwas zynisch, denn wenn Sie ein so geringes Einkommen haben, dass sich das Freiverfügbare, das Ihnen monatlich noch zur Verfügung bleibt, zwischen 800 und 1000 Franken bewegt, sind eben 100 Franken nicht nichts. Sie können in diesem Fall nicht behaupten, 100 Franken seien etwas, was völlig wirkungslos verpuffe, sondern mit 100 Franken rechnen Sie in einem Budget. Ich habe in meinem Leben, in meiner beruflichen Tätigkeit, genügend Budgets mit Leuten erstellt, die ein geringes Einkommen haben; 100 Franken im Monat zählen, das ist kein Betrag, der zu vernachlässigen ist.

Im Übrigen müssen wir von Folgendem ausgehen: Wenn wir zum Beispiel 50 000 Franken massgebliches Einkommen nehmen – einzig, um Ihnen einmal die Zahlen vor Augen zu führen –, dann haben Sie eine ausbezahlte Rente von etwa 1540 Franken. Sie haben eine versicherungstechnisch errechnete Rentenreduktion von 200 Franken, und die Abfederung macht auf diese 200 Franken 87 Franken aus. Diese Abfederung ist – von dieser versicherungstechnischen Reduktion von 200 Franken aus gerechnet – wiederum ein sehr beträchtlicher Betrag. Es sind rund 82 Prozent, die hier besser gestellt werden, und das hat seine Wichtigkeit und ist nicht zu vernachlässigen.

Ich möchte kurz noch auf das Argument der Branchenlösung eingehen, das auch vom Herrn Kommissionspräsidenten angebracht worden ist.

Erstens einmal gibt es noch nicht viele Branchenlösungen. Diejenige im Baugewerbe ist nämlich auch noch nicht völlig operativ, sondern sie ist erst daran, umgesetzt zu werden.

Zweitens muss ich Ihnen sagen: Für mich ist es nicht einsichtig, wieso jemand mit einem geringen Einkommen, der sich frühzeitig in Pension begeben möchte – weil er vielleicht

AB 2003 S 441 / BO 2003 E 441

wirklich müde ist, weil er eine Tätigkeit ausübt, die körperlich schwer ist –, nur in eine bessere Situation versetzt werden soll, wenn er in der Branche X arbeitet, und nicht, wenn er in der Branche Y arbeitet. Ich empfinde das als willkürlich, und ich denke, dass die AHV als allgemeine Volksversicherung, wie wir sie hochhalten, alle Leute in diesem Land – unabhängig von der Branche, in der sie arbeiten – gleichstellen sollte und dass alle Leute hier die Möglichkeit haben sollten, auch wenn sie eben ein geringes massgebliches Einkommen haben, sich frühzeitig pensionieren zu lassen.

Ich empfinde diese Differenz hier als eine wichtige Differenz. Ich denke, in der Austarierung dessen, was wir jetzt gemacht haben, sind wir bezüglich der Witwen sparsamer gewesen, aber auf eine sozialverträgliche Art. Obschon ich mir bewusst bin, dass wir 400 Millionen Franken einzusetzen haben, denke ich, dass wir dies hier mit gutem Gewissen tun können, ja tun müssen, weil wir wirklich alle in die Lage versetzen sollten, sich frühzeitig zu pensionieren, und weil wir uns hier, wegen der praktischen Unmöglichkeit der Anwendung, in keiner Art und Weise auf die Ergänzungsleistungen verlassen können. Sollten Sie die Idee haben, die Ergänzungsleistungen so anzupassen, dass sie dann wirklich auf diesen Fall anwendbar sind, dann würde das unglaublich viel kosten, zulasten des Staates und vor allem – das möchte ich Ihnen als dem Ständerat hier dann auch noch ans Herz legen – zulasten der Kantone.

Ich bitte Sie also, der Lösung der Minderheit zuzustimmen.

Jenny This (V, GL): Im Gegensatz zu Frau Beerli möchte ich Sie bitten, an unserem ursprünglichen Beschluss festzuhalten und auf die soziale Abfederung zu verzichten, also der Mehrheit zu folgen.

Eine soziale Abfederung läuft allen Argumentationen zum Trotz auf einen weiteren Leistungsausbau hinaus. Das ist in der heutigen Zeit ein falsches Signal und auch unverantwortlich all jenen gegenüber, die nach uns kommen. Dieser Sozialstaat ist gebaut. Jetzt ist Konsolidierung, nur Konsolidierung angesagt. Auch wenn die Anliegen und die Argumentationen von Frau Beerli überzeugend sind: Die vorzeitige Pensionierung hat, wenn schon, kostenneutral zu erfolgen. Ich möchte die gleiche Platte nicht immer wieder neu auflegen und abspielen, aber angesichts der ständig grösseren Lebenserwartung ist es falsch, Anreize für diese Frühpensionierung zu schaffen – und das, was wir hier vorhaben, wären Anreize. Im Gegensatz zu unserem Kommissionspräsidenten, der nicht hier ist, bin ich froh um die ganz klaren Signale unseres Bundespräsidenten in den letzten Wochen. Ich weiss, er kann darauf verzichten, aber ich bin froh, dass jemand aus der Nationalliga A hier einmal Klartext gesprochen hat.

Die nationalrätliche Variante, die nur noch mit 90 zu 83 Stimmen zustande kam, ist deshalb zurückzuweisen,



und ich bin überzeugt, dass der Nationalrat uns folgen wird. Die soziale Abfederung kostet nun einmal 400 Millionen Franken und belastet auch den Bundeshaushalt mit zusätzlichen 68 Millionen Franken. Wo soll dieser Betrag eingespart werden? Wir haben schlicht keine Möglichkeit und haben die finanziellen Mittel dazu nicht. Bedenken Sie bitte auch, dass ab dem Jahr 2005 mehr Personen das ordentliche Rentenalter erreichen werden, als ins Erwerbsleben nachstossen werden. Das ist eine Tatsache, und das wissen wir heute schon. Für das Festhalten am bisherigen System spricht auch, dass beim Rentenvorbezug Ergänzungsleistungen beansprucht werden können. Eventuell, da gebe ich Frau Beerli Recht, muss die Grenze von 30 000 Franken tatsächlich erhöht werden. Somit wären dann auch die Anliegen von Frau Beerli berücksichtigt.

Eine Ergänzungsleistungsregelung bietet zudem zwei entscheidende Vorteile:

1. Sie verhindert, dass Personen, die gar nicht darauf angewiesen sind, in den Genuss einer Abfederung gelangen.
 2. Ergänzungsleistungen werden nur an Personen ausbezahlt, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, was zusätzlich den Leistungsexport verhindern würde, der sehr beträchtliche Ausmasse annehmen könnte.
- Das ist der wesentliche, entscheidende Vorteil gegenüber der Variante, wie sie Frau Beerli dargelegt hat, und ich möchte Sie bitten, der Mehrheit zuzustimmen und an unserem Beschluss festzuhalten.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 40ter

Forster-Vannini Erika (R, SG): Es wurde zwar schon vieles gesagt, aber ich möchte vor allem aufzeigen, dass man sich sehr wohl auch als Frau der Mehrheit anschliessen kann.

AB 2003 S 442 / BO 2003 E 442

Immer weniger Leute – ich möchte das den jungen Leuten oben auf der Tribüne sagen – stehen im Arbeitsprozess und haben immer mehr Leute im Pensionsalter zu finanzieren. Das wird schwierig, und wir müssen darauf achten, dass es nicht Probleme gibt, wie es sie bereits in anderen Ländern gibt. Wenn wir das nicht wollen, so müssen wir dafür besorgt sein, dass die Leute möglichst lange im Arbeitsprozess bleiben. Bereits heute sind mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen mehr als 50 Jahre alt. Es ist daher kurzsichtig, wenn man im Zusammenhang mit dem Rentenalter so tut, als seien Frühpensionierungen in Stein gemeisselt. Das Gegenteil ist der Fall. Schon heute arbeitet ein Drittel der im regulären Pensionsalter Stehenden weit über das Alter hinaus, in dem sie noch arbeiten müssten.



Noch einmal: Worum geht es bei der Forderung, den vorzeitigen Altersrücktritt finanziell abzufedern? Unter der Einforderung der sozialen Gerechtigkeit – was immer das im Konkreten auch heissen soll – wird verlangt, dass der vorzeitige Altersrücktritt so ausgestaltet werden soll, dass auch sozial Schwächere und Leute in Tieflohnberufen ohne wesentliche Schmälderung der ordentlichen Rente vor Erreichung des ordentlichen Rentenalters in Pension gehen können. Es gibt Menschen, die wegen des Fehlens einer ausreichenden Flexibilisierung die letzten Jahre vor der Pensionierung mit Hilfe der IV überbrücken. Das ist auch für mich stossend. Ist aber Abhilfe über eine Abfederung, welche den technischen Kürzungssatz zwischen 40 und 100 Franken pro Monat mildert und noch immer keine volle Rente auslöst, wirklich der Weisheit letzter Schluss? Ich bezweifle dies. Für die betroffenen Personen ändert sich die reale Situation nämlich vielfach nicht. Viele, von denen hier theoretisch die Rede ist, müssen dennoch zusätzlich Ergänzungsleistungen beantragen. Diese Lösung ist aus meiner Sicht nicht tauglich und gaukelt den Berechtigten etwas vor, das sich dann im Eintretensfall eben anders auswirkt.

Die AHV ist eine Grundversicherung. Frau Beerli hat das auch schon erwähnt. Sie ist umlagefinanziert und basiert auf der Solidarität der höheren mit den niedrigen Einkommen und der Solidarität zwischen den Erwerbstätigen und der Rentnergeneration. Wir können aber aus einem generell angelegten Sozialwerk keine Branchen- oder Individualversicherung machen. Das ist wesensfremd, teuer und schafft deutlich mehr Aufwand, ohne die Probleme auch wirklich zu lösen. Wenn wir nun beim Rentenvorbezug für bestimmte Berufe oder Einkommensschichten Sonderlösungen vorsehen, so verlieren wir uns ins Uferlose. Ich bin deshalb klar der Auffassung, dass nur eine versicherungsmathematische Rentenkürzung beim Vorbezug zur Anwendung kommen kann.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, sich der Mehrheit anzuschliessen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Nach der Debatte drei kurze Bemerkungen zur Klärung:

1. Für mich besteht ein Widerspruch, der nicht ausgeräumt ist. Wir sprechen heute von einer absehbaren Erhöhung des Rentenalters, und gleichzeitig unterstützten wir die Frührente. Das ist für mich ein Widerspruch, der nicht auflösbar ist.
2. Wer profitiert tatsächlich von diesen Mehrrenten, die höher sind als der versicherungstechnische Abzug? Es sind zwei Lösungen vorgeschlagen, jene des Nationalrates und jene der Kommissionsminderheit. Ich muss klarstellen: Nach der Lösung des Nationalrates erhalten auch die höchsten Einkommen einen zusätzlichen Betrag. Diesen Schönheitsfehler hat die Kommissionsminderheit in ihrem Vorschlag eliminiert. Das ist klarzustellen. Bei der Minderheit Brunner wird die Mehrrente bis 75 000 Franken Einkommen bezahlt, beim Nationalrat ist es nach oben völlig offen.
3. Frau Beerli hat eindrücklich dargelegt, Sie sollten an die Personen denken, welche 800 bis 1000 Franken Monatseinkommen haben und dank dem Vorschlag der Minderheit monatlich rund 40 Franken Mehrrente erhalten. Bei diesen Einkommen wirkt eben, ohne zynisch zu sein, die Lösung nicht. Personen in der Einkommenshöhe sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen. In diesen Fällen, wo wirklich Bedarf besteht, greift die Ergänzungsleistung. Wenn wir diese 400 Millionen Franken – ich bleibe dabei – zumeist wirkungslos einsetzen, entlasten wir letzten Endes nur die Kantone um einige Franken Ergänzungsleistung. Das kann nicht der Sinn unserer Revision sein.

Couchepin Pascal (,): J'ai dit tout à l'heure que l'ensemble des réformes devaient être vues sous l'angle financier aussi. Tout à l'heure, vous avez pris une décision qui permet de réduire les dépenses, ce qui donne ici la possibilité d'ouvrir – comme l'a souhaité le Conseil fédéral depuis le début – la porte à une flexibilisation de l'âge de la retraite. Cela ne veut pas dire qu'il y ait une contradiction avec une éventuelle élévation ultérieure de l'âge de la retraite; les choses seraient simplement repoussées en fonction de l'élévation de l'âge de la retraite. Depuis qu'il a présenté ce projet de 11e révision de l'AVS, le Conseil fédéral a soutenu l'idée de la flexibilisation. Il croit que c'est un modèle qui n'apporte pas grand-chose à ceux qui ont des revenus d'une certaine importance, mais qui apporte quelque chose à ceux qui ont des revenus faibles, comme l'ont dit Mmes Brunner et Beerli tout à l'heure.

Avec le modèle du Conseil national, qui est celui de la minorité, une personne reçoit entre 35 et 114 francs de plus par mois qu'avec le modèle du Conseil des Etats, ce qui fait entre 420 et 1368 francs par an. Ce n'est pas beaucoup, mais c'est quand même quelque chose pour quelqu'un qui a un revenu faible et qui n'a souvent qu'un modeste deuxième pilier, voire pas encore de deuxième pilier. Le modèle de flexibilisation proposé par le Conseil fédéral vaut donc la peine d'être retenu et il a été amélioré, il faut le reconnaître, par le Conseil national. Dans la mesure où vous avez pris tout à l'heure une décision qui provoque des économies, il est logique et acceptable de retenir ce modèle de flexibilisation. Cela ne compromet pas l'évolution à long terme



du système de l'AVS, mais démontre au contraire notre volonté de flexibiliser l'âge de la retraite, ce qui par là même permettra de l'élever un jour, puisqu'il aura été démontré que la flexibilisation était voulue.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 9 Stimmen

Art. 40quater

Antrag der Minderheit

(Brunner Christiane, Beerli, Studer Jean)

Titel

Kürzungssätze

Abs. 1

Die Höhe des Kürzungssatzes richtet sich nach dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgebend ist.

Abs. 2

Bei einer verheirateten Person, deren Haushalt nicht richterlich aufgehoben wurde und deren Ehegatte noch nicht rentenberechtigt ist, wird der Kürzungssatz durch das höhere Einkommen bestimmt, das sich aus dem Vergleich ergibt zwischen dem durchschnittlichen Jahreseinkommen gemäss Absatz 1 und dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgebend wäre, wenn auch der Ehegatte rentenberechtigt wäre.

Abs. 3

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

– bis zu einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen in der Höhe des 48fachen Betrages der Minimalrente: 2,7 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 6,7 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 11,1 Prozent für 36 ganze Monatsrenten;

– ab einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: 5 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 10,7 Prozent

AB 2003 S 443 / BO 2003 E 443

für 24 ganze Monatsrenten; 16,5 Prozent für 36 ganze Monatsrenten.

Abs. 4

Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zwischen dem Tiefst- und Höchstwert von Absatz 3 liegt oder wenn der Vorbezug sich auf 1 bis 11, 13 bis 23 oder 25 bis 35 ganze Monatsrenten erstreckt.

Abs. 5

Der Kürzungssatz wird angepasst, wenn sich das für die Rentenberechnung massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen ändert.

Art. 40quater

Proposition de la minorité

(Brunner Christiane, Beerli, Studer Jean)

Titre

Taux de réduction

Al. 1

Le taux de réduction est déterminé en fonction du revenu annuel moyen déterminant le calcul de la rente.

Al. 2

Pour une personne mariée dont la communauté domestique avec son conjoint n'est pas dissoute par décision judiciaire et dont l'époux ou l'épouse n'est pas bénéficiaire d'une rente, le taux de réduction est déterminée par le revenu le plus élevé résultant de la comparaison entre le revenu annuel moyen selon l'alinéa 1er et le revenu annuel moyen qui devrait être pris en compte si le conjoint avait, lui aussi, droit à une rente.

Al. 3

Le taux de réduction est fixé comme suit:

– si le revenu annuel moyen déterminant ne dépasse pas 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 2,7 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 6,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 11,1 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières;





– si le revenu annuel moyen déterminant est au moins égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 5 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 10,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 16,5 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières.

Al. 4

Le taux de réduction est échelonné linéairement pour des revenus annuels moyens qui se situent entre la valeur de référence minimale et maximale prévue à l'alinéa 3 tout comme pour des versements anticipés qui englobent entre 1 à 11, 13 à 23 ou 25 à 35 rentes mensuelles entières.

Al. 5

Le taux de réduction est adapté si le revenu annuel moyen qui détermine le calcul de la rente subit des modifications.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Der Antrag der Minderheit entfällt in der Folge der Abstimmung zu Artikel 40ter.

Art. 87 drittes, viertes Lemma

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 87 troisième, quatrième tiret

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Der Nationalrat hat auf unsere Aufforderung hin in der letzten Lesung Artikel 87 verbessert, die Unebenheiten sind ausgeräumt. Wir bitten Sie zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 102 Abs. 1 Bst. e, f; 104 Abs. 1; 111

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 102 al. 1 let. e, f; 104 al. 1; 111

Proposition de la commission

Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Dies ist eine Folge des Finanzierungsbeschlusses in Vorlage 1. Wir haben bereits entschieden.

Angenommen – Adopté

Ziff. II Bst. c

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Eventualantrag der Minderheit

(Brunner Christiane, Studer Jean)

(falls die Mehrheit obsiegt)

Abs. 6bis

Bei Verwitwungen bis 1. Januar W (W = zehn Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision) erhalten Witwen, deren Kinder keine Waisenrente mehr erhalten, 80 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Ch. II let. c

Proposition de la majorité





Maintenir

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition subsidiaire de la minorité

(Brunner Christiane, Studer Jean)

(au cas où la majorité l'emporterait)

Al. 6bis

En cas de décès du conjoint d'ici au 1er janvier W (W = dix ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS), les veuves dont les enfants ne perçoivent plus de rente d'orphelin toucheront 80 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Sie haben mit dem Systementscheid zu Artikel 23 auch diese Frage zugunsten der Mehrheit entschieden.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Der Eventualantrag der Minderheit Brunner Christiane zu Absatz 6bis ist zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. III (Änderung bisherigen Rechts)

Ch. III (modification d'autres actes législatifs)

Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 1 art. 77 al. 1 let. e

Proposition de la commission

Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Den Entscheid haben Sie mit den früheren Entscheiden zum Finanzierungsbeschluss getroffen; Sie haben festgehalten.

Angenommen – Adopté

AB 2003 S 444 / BO 2003 E 444

Ziff. 1 Art. 78ter

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 1 art. 78ter

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 17a

Antrag der Mehrheit

Festhalten





Antrag der Minderheit
(Jenny, Cottier, Forster)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 7 art. 17a
Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité
(Jenny, Cottier, Forster)
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité

Ziff. 12 Art. 2
Antrag der Kommission
Festhalten

Ch. 12 art. 2
Proposition de la commission
Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Hier haben wir auch beim Finanzierungsbeschluss 1 entschieden.

Angenommen – Adopté

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Gestatten Sie mir nun, da wir am Ende der Vorlage sind, eine Bemerkung. In meinen einleitenden persönlichen Bemerkungen habe ich meinen Ärger über das Nichterhalten der Akten geäußert. Frau Spoerry und ich haben, wie ich im Nachhinein festgestellt habe, nicht vom gleichen Zeitpunkt gesprochen. Zum Zeitpunkt, als die ganze Pressepolemik bereits durchs Land ging und am fraglichen Freitag die Presse bereits über alle Unterlagen verfügte und wir seitens der Presse ständig mit Anfragen konfrontiert wurden, hatten wir noch keine Unterlagen. Da musste ich mir als getarnter Journalist die Unterlagen besorgen. Darüber habe ich mich aufgeregt und tue es heute noch. Wir haben die Unterlagen nämlich erst drei, vier Tage nach den Medien erhalten, als der Gang auf die St. Petersinsel bereits Vergangenheit war. Da waren die Unterlagen bereits kalter Kaffee. Wir trinken wieder Kaffee zusammen, Herr Bundespräsident, aber einen warmen.



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Es liegt ein Ordnungsantrag Brändli vor.

Brändli Christoffel (V, GR): Wir haben heute das Entlastungsprogramm zu beraten, was wahrscheinlich bis am Nachmittag dauern wird. Am Schluss haben wir die Differenzbereinigung der 11. AHV-Revision traktandiert. Wir haben dieses Geschäft heute Morgen in der Kommission behandelt. Es sind erhebliche Differenzen zu diskutieren, und zwar geht es bei den Witwenrenten um Differenzen von 130 Millionen Franken. Es geht um eine Flexibilisierung des Rentenalters, wo es für Frauen eine Lösung gibt, die jährlich 240 Millionen Franken kostet. Das Problem der vorzeitigen Pensionierung der Bauarbeiter, das ursprünglich im Raum stand, ist nicht gelöst. Weiter geht es um die 17 Prozent Bundesanteil, wo wir eine Motion beschlossen haben. Die Motion liegt noch nicht vor.

Nachdem auf der Traktandenliste "open end" nicht vorgesehen war, finde ich es unseriös, wenn wir am Schluss der Tagung heute derart gewichtige Entscheide treffen.

Ich möchte deshalb beantragen, dass man diesen Punkt von der Tagesordnung absetzt und Anfang nächste Woche behandelt, damit eine seriöse Diskussion möglich ist. Ich glaube, es geht um ausserordentlich viel Geld – auch für die Bundeskasse, mit diesen 17 Prozent –, und deshalb sollte man sich genügend Zeit nehmen, eine Debatte zu führen – auch vor den Wahlen.





Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Herr Brändli hat diesen Antrag auch in der Kommission gestellt, und die Kommission hat ihn mit grosser Mehrheit abgelehnt. Die Kommission möchte das Geschäft heute behandeln, und zwar aus folgenden Gründen: Zum Ersten ist es der letzte Durchgang, die Argumente zu praktisch allen Fragen sind ja hier in aller Breite dargelegt worden. Man kann sich in der Debatte relativ kurz fassen. Wir glauben, dass das Geschäft in einer Stunde beraten werden kann, wenn wir unsere Argumente straffen. Zum Zweiten: Wenn Sie tatsächlich, wie Herr Brändli sagt, eine mehrstündige Debatte führen wollen, dann geht das zulasten anderer Geschäfte in der nächsten Woche. Das führt im Ergebnis dazu, dass wir die Geschäftsordnung für die zweite und dritte Woche wesentlich umgestalten und auch eine Nachmittagssitzung in der dritten Woche in Kauf nehmen müssen. Das sind die Alternativen: heute gestrafft oder nächste Woche in epischer Breite, mit Inkaufnahme einer Nachmittagssitzung.

Die Kommission bittet Sie, dem Ordnungsantrag Brändli nicht stattzugeben.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Zur Sache selbst möchte ich festhalten: Herr Bundespräsident Couchepin wird nächste Woche nicht zur Verfügung stehen; er wird im Nationalrat sein. Wir müssten das Geschäft in die dritte Sessionswoche verschieben, die aber auch schon belastet ist. Dass heute eine Open-end-Diskussion stattfindet, ist seit langer Zeit angekündigt. Herr Brändli war dabei, als das Büro das beschloss. Das ist nichts Neues.

Brändli Christoffel (V, GR): Wir haben Herrn Couchepin während der Kommissionssitzung gefragt. Er hat in Aussicht gestellt, dass es nächste Woche möglich sein wird.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Das Büro beantragt, das Geschäft 00.014, 11. AHV-Revision, heute zu behandeln. Herr Brändli beantragt eine Verschiebung.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Brändli 14 Stimmen

Dagegen 15 Stimmen

AB 2003 S 803 / BO 2003 E 803



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Im letzten Durchgang bei uns im Zweitrat sind noch drei Punkte strittig:

1. der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent;
2. die Frage der Witwenrente;
3. die Frage, ob die Begünstigung der Frauen beim Rentenvorbezug, welche als Übergangslösung im AHV-Gesetz steht, um weitere zehn Jahre verlängert werden soll.

Was wir heute tun, ist Folgendes: Wir schnüren das Ausgangspaket für die Einigungskonferenz, welche Anfang nächster Woche stattfinden wird.

Darf ich Sie hinsichtlich der Fahne auf zwei Punkte hinweisen?

1. Die Minderheit ist auf der Fahne aufgrund eines technischen Versehens unvollständig angeführt. Sie führt die Herren David und Stähelin auf und wäre um den Namen Frick zu ergänzen.
2. Auf der letzten Seite der Fahne finden Sie eine Motion, zu welcher der Bundesrat noch nicht Stellung genommen hat. Wenn Herr Bundespräsident Couchepin sich dazu äussern könnte und wir die Sache verabschieden könnten, wäre politisch einiges gewonnen. Ich komme darauf zurück.





Herr Präsident, ich schlage vor, dass wir zuerst eine kurze Aussprache führen, weil es politisch darum geht, wie das Verhandlungspaket des Ständerates vor der

AB 2003 S 837 / BO 2003 E 837

Einigungskonferenz geschnürt werden soll. Die drei genannten Punkte haben politisch einen engen Konnex, und es ist angezeigt, zu Beginn der Debatte kurz eine Aussprache darüber zu halten.

Ich komme zur Würdigung der drei Punkte:

1. Der erste Punkt betrifft den Bundesanteil über 800 Millionen Franken. Ich erinnere Sie kurz daran, was das bedeutet. Heute fliessen rund 800 Millionen Franken aus den Mehrwertsteuerprozenten in die Bundeskasse und werden via Bundeskasse wieder auf verschlungenen Wegen in die AHV zurückgeleitet. Der Nationalrat will nun diese 800 Millionen Franken direkt in die AHV leiten, aber er will die Quelle der Bundeskasse weiterhin sprudeln lassen. Damit fehlt natürlich dieser Betrag in der Grössenordnung von 800 Millionen Franken in der Bundeskasse.

Alle Mitglieder unserer Kommission sind einhellig der Ansicht, dass dies falsch ist und wir an unserem Entscheid festhalten müssen. Gleichzeitig aber haben wir erkannt, dass der Wunsch nach Transparenz sehr gross ist. Es ist in der Tat schwer nachzuvollziehen, dass ein Teil der Mehrwertsteuer in die Bundeskasse und auf verschiedenen Kanälen wieder in die AHV-Kasse zurückgeleitet wird. Komplizierte Wege sind nicht für alle politischen Akteure einsichtig und nachvollziehbar, sodass man sich mit der einfachen Lösung beholfen hat, alles direkt in die AHV-Kasse zu leiten. Mit unserer Motion möchten wir den Bundesrat beauftragen, dass er mit der 12. AHV-Revision diese Umleitung via Bundeskasse beseitigt und die entsprechenden Korrekturen vorschlägt. Das heisst, wenn die 800 Millionen Franken gemäss heutigen Zahlen direkt in die AHV fliessen, muss der Fluss aus der Bundeskasse entsprechend reduziert werden. Es ist Aufgabe der 12. AHV-Revision, hier Transparenz zu schaffen.

2. Bei den Witwenrenten stehen sich die beiden bekannten Modelle gegenüber: das Modell des Ständerates, welches 250 Millionen Franken einspart, gegenüber dem Modell des Nationalrates, welches nur 120 Millionen Franken einspart. Die diesbezügliche Abstimmung in der Kommission ist knapp ausgefallen; wir haben uns bei reduzierter Besetzung mit 4 zu 3 Stimmen für Festhalten an unserem Modell entschieden. Die 130 Millionen Franken, welche bei uns mehr eingespart werden, bezahlen die Witwen im Alter, wenn die Kinder ausgeflogen sind. Die 130 Millionen Franken würden zur Hauptsache von den Witwen im Alter von etwa 55 bis 65 Jahren erbracht. Solange die Kinder noch in der Ausbildung sind, ist zwischen den beiden Modellen in der Wirkung kein wesentlicher Unterschied auszumachen. Familien mit zwei Kindern werden durch das Ständeratsmodell sogar begünstigt.

3. Zur Begünstigung der Frauen beim Vorbezug der Rente: Heute gilt bereits eine Übergangsbestimmung, wonach für Frauen, welche die Rente vorbezahlen, auf die Rentenkürzung teilweise verzichtet wird. Das heisst, sie bekommen mehr Rente, als sie gemäss technischem Kürzungssatz erhalten würden. In der 10. AHV-Revision wurde diese Lösung eingeführt aus der politischen Überlegung heraus, dass Frauen im Berufsleben benachteiligt gewesen seien und daher bei der Erhöhung des AHV-Alters einen angemessenen Ausgleich erhalten sollen. Der Nationalrat möchte diese Regelung, welche 2012 ausläuft, um 10 Jahre verlängern und damit die Begünstigung der Frauen ausdehnen.

Was kostet die nationalrätliche Lösung? Nach der Berechnung des Bundesamtes sind es 240 Millionen Franken jährlich. Die 240 Millionen Franken gehen allerdings von einer sehr hohen Vorbezugsquote aus. Erhebungen im Rahmen des Entlastungsprogrammes haben ergeben, dass heute 20 Prozent der Frauen von diesem Vorbezug Gebrauch machen. Das Bundesamt geht in zwei Jahren von einer Vorbezugsquote von 67 Prozent aus. In der Kommission wurden auch erhebliche Zweifel geäussert, ob dieser rasante Anstieg tatsächlich eintreffen wird oder ob dieser Betrag mindestens in den nächsten Jahren nicht wesentlich tiefer ausfallen wird als 240 Millionen Franken.

In diesen drei Punkten haben wir eine Lösung zu finden. Ich glaube, beim ersten ist der Fall klar, aber in der Frage der Witwenrente und des Rentenvorbezuges der Frauen haben wir die politische Lösung auszumehren. Es fragt sich, wie wir das Paket für die Einigungskonferenz schnüren wollen. Wohl unbestritten ist unsererseits, dass wir beim Bundesanteil fest bleiben. Die politische Frage stellt sich aber darnach, ob ein Entgegenkommen an den Nationalrat bereits heute oder erst im Rahmen der Einigungskonferenz erfolgen soll. Politisch betrachtet wird es wohl unabdingbar sein, ein Entgegenkommen zu zeigen. In welchem Ausmass es bereits heute erfolgen soll, ist die Kernfrage unserer Debatte. So viel zur Einleitung.

Brändli Christoffel (V, GR): Ich gehe davon aus, dass nachher über die Grundfragen entsprechend abgestimmt wird. Beim Bundesanteil verzichte ich selbstverständlich auf einen Antrag, dem Nationalrat zu folgen;



ich glaube, der Weg der Motion 03.3454 ist der richtige, und damit kann man dieses Problem einmal aus der Welt schaffen.

Ich möchte jetzt noch etwas zur Abfederung des Rentenfrühbezuges sagen. Was war ursprünglich das Ziel dieser Diskussion? Es ging darum, jenen Leuten, die körperlich schwer arbeiten und sich eine Frühpensionierung nicht leisten können, die Möglichkeit zu geben, vorzeitig in Pension zu gehen. Für dieses Problem hätten wir eine Lösung finden sollen. Diese Frage haben wir vor uns hergeschoben, und wir haben das Problem nicht gelöst.

Die vorliegende Lösung ist meilenweit davon entfernt, dieses Problem zu lösen. Sie ist meiner Meinung nach Giesskanne in Reinkultur. Was will man? Man verteilt an alle Frauen: an verheiratete, deren Männer noch arbeiten, an gut verdienende und auch an bedürftige. Man verteilt insgesamt eben nicht nur die 240 Millionen Franken, die der Präsident jetzt erwähnt hat, sondern es sind jährlich maximal 244 Millionen Franken. Jetzt kann man relativieren und fragen, ob es dann 100 oder 200 Millionen sein werden, aber es geht kumulativ um einen Betrag in der Grössenordnung von 2 Milliarden Franken oder mehr. Das ist der Effekt. Und ich glaube, wir dürfen nun nach all den hehren Aussagen beim Sparpaket nicht so mit öffentlichen Geldern umgehen – auch nicht vor Wahlen, selbst wenn man immer noch davon ausgehen kann, dass bei Wahlen grössere Chancen hat, wer Geld verteilt. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt sagen, irgendeine Abfederung müssen wir noch machen – und das noch mit dem Argument, es bestehe ja schon eine Übergangsregelung, wir müssten die Übergangsregelung nur verlängern. Aber Übergangsregelungen sind eben Übergangsregelungen, es sind nicht Dinge, die man zu Dauerregelungen machen soll.

Ich bitte Sie jetzt also, von dieser Lösung abzusehen. Ob es in der Einigungskonferenz andere Lösungen gibt, werden wir dann sehen. Aber das hier ist nicht die Lösung des ursprünglichen Problems, das wir zu lösen haben.

Studer Jean (S, NE): Le président de la commission a bien exposé les trois points en débat, et j'ai toujours été favorable à ce qu'il y ait une participation de la Confédération au financement de l'AVS. Sur ce point-là, il n'y a pas de divergence.

Il y en a par contre sur les deux derniers points. Cette 11e révision de l'AVS devait être la révision de la retraite flexible. C'est ainsi qu'elle a été présentée, c'est ainsi qu'elle a été annoncée, en particulier lors du débat que nous avons eu sur les différentes initiatives qui ont été déposées parallèlement ou après la 10e révision de l'AVS.

Ce qu'a décidé le Conseil national, ce n'est pas la retraite flexible, c'est une augmentation de l'âge de la retraite des femmes. La disposition transitoire qu'on veut essayer d'introduire ne peut être perçue par la population que comme un accompagnement de l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes, parce qu'elle est limitée aux femmes, parce qu'elle est limitée dans le temps et qu'elle ne correspond pas à une solution de retraite flexible applicable non seulement aux femmes, mais aussi aux hommes. Autrement dit, si on va dans le sens du Conseil national, on manque totalement l'objectif de l'exercice. Je vois mal comment cette

AB 2003 S 838 / BO 2003 E 838

opération peut être présentée en votation populaire! J'ai cru comprendre que cette analyse-là était aussi partagée du côté du Conseil fédéral.

C'est pour ça que la seule solution qui reste est d'espérer que la Conférence de conciliation puisse trouver une solution qui se rapproche de l'objectif de la 11e révision. Et si ce n'est pas le cas, il faudra peut-être admettre que l'exercice de la 11e révision n'a pas été réussi.

Pour favoriser cette séance de la Conférence de conciliation et espérer que le week-end du Jeûne fédéral apportera quand même un peu de sérénité dans le traitement de ce dossier, personnellement, je voterai comme la majorité de la commission le propose, et uniquement dans ce but – je tiens à le dire à mes collègues de la commission puisque je me suis abstenu ce matin, et aussi pour qu'on ne croie pas que je me suis tout d'un coup rallié à la position exprimée par ce Conseil lors de ses précédentes délibérations.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Nous ne sommes évidemment pas satisfaits du résultat des délibérations du Conseil national.

Tout d'abord en ce qui concerne les rentes de veuve et d'orphelin, nous avons soutenu la position du Conseil des Etats et souhaité que le Conseil national s'y rallie. Tel n'a pas été le cas. Comme on l'a dit, cela entraîne une charge supplémentaire – ou une économie de moins – de 120 millions de francs.

En ce qui concerne l'autre aspect, nous avons toujours été partisans d'attribuer 400 millions de francs pour une retraite flexible, dans la perspective de ce qui suivra ultérieurement. Nous sommes convaincus qu'un jour,



il faudra, qu'on le veuille ou non aujourd'hui, élever l'âge de la retraite et que ce ne sera possible qu'avec une certaine flexibilisation pour tenir compte de certaines professions ainsi que des choix personnels. Ce jour-là, on ne parlera plus d'âge de la retraite, on parlera d'âge de référence, et à partir de celui-ci, on calculera des moins ou des avantages – je ne sais pas si on pourra parler de "plus". Cette flexibilisation partielle, au fond, favorise ces perspectives parce que le jour où on proposera, dans la 12e révision, un changement d'âge de référence, on aura fait la démonstration – et la retraite anticipée glissera vers le haut – qu'on veut sérieusement rendre possible la retraite anticipée.

Depuis que je fais de la politique à différents titres, pratiquement à chaque campagne électorale, j'annonce que pour la prochaine révision, il y aura une flexibilisation. Je crois que maintenant, il faut quand même faire un geste et introduire une certaine flexibilisation, à la condition, bien sûr, qu'on en revienne à la solution de votre Conseil pour les rentes de veuve et d'orphelin. Sinon, on ne peut pas cumuler. Si vous allez dans le sens du Conseil national pour les rentes de veuve et d'orphelin, il faudra ensuite renoncer à toute flexibilisation. Mais je crois que ce n'est pas très dynamique, comme vision des choses.

La vision des choses la plus dynamique, c'est votre solution pour les rentes de veuve et d'orphelin, et ensuite une flexibilisation, mais pas celle proposée par le Conseil national, qui ne favorise qu'une partie de la population et qui est au fond une sorte de prime pour dire: "Oubliez qu'on a modifié la situation des femmes, des veuves et des orphelins. Oubliez, on vous donne en compensation quelque chose qui va durer un certain nombre d'années. Entre-temps, on aura oublié ce qui s'est passé aujourd'hui." Ce n'est pas clair, comme attitude.

Je souhaite vivement qu'il y ait une divergence sur ces deux points avec le Conseil national. Pour créer une divergence, vous n'êtes pas obligés de voter les 400 millions de francs, il suffit de dire non à la solution du Conseil national. La commission "de réconciliation nationale" – comme on dit en Afrique quand les tribus n'arrivent pas à s'entendre – va chercher une solution meilleure.

Art. 23 Abs. 1; 24a; 36 Abs. 2

Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit
(David, Stähelin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 23 al. 1; 24a; 36 al. 2

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité
(David, Stähelin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die erste Differenz besteht bei Artikel 23. Ich habe mich einleitend geäußert und namens der Mehrheit nichts Weiteres festzuhalten.

David Eugen (C, SG): Der Nationalrat hat es mit 90 zu 78 Stimmen abgelehnt, die Witwen mit Kindern schlechter zu stellen. Er ist der Meinung, dass die Witwen mit Kindern gleich gestellt bleiben sollen, wie es heute ist. Sie wissen, wir haben die kinderlosen Witwen mit dieser AHV-Revision schlechter gestellt; dem haben beide Räte zugestimmt. Diese Schlechterstellung der kinderlosen Witwen bringt eine Einsparung von 130 Millionen Franken. Die alte ständerätliche Fassung und die Kommissionsmehrheit möchten nun zusätzlich weitere 120 Millionen sparen, auf dem Rücken der Witwen mit Kindern.

Die Minderheit möchte das nicht. Die Renten dieser Witwen würden um einen Viertel gekürzt. Wir wissen aus der BSV-Studie, dass immer noch 25 Prozent aller Witwen nur von der Witwenrente leben. Wir halten es nicht für sachgerecht, diese Kürzung jetzt vorzunehmen. Wir haben in der letzten Diskussion gehört – und auch im Nationalrat wurde das gesagt –, die gesellschaftlichen Verhältnisse hätten sich verändert. Die Frauen im Alter zwischen 50 und 65 Jahren könnten einer Berufstätigkeit nachgehen, und es sei ihnen zuzumuten, dass jetzt die Witwenrenten gekürzt würden. Ich bin mit der Minderheit der Meinung, das sei nicht so. Der gesellschaftliche Wandel hat noch nicht das erreicht, was hier gesagt wird. Insbesondere haben jene Frauen, die Jahre der Kindererziehung hinter sich haben, mit 50 und mehr Jahren in unserer Arbeitsgesellschaft kaum Chancen,



in den Arbeitsprozess zurückzukehren. Daher sind wir der Meinung, die Kürzung der Renten dieser Witwen sei nicht sachgerecht, und wir sollten daher darauf verzichten. Wir haben eine Kürzung bei den kinderlosen Witwen vorgenommen, die angemessen sein kann. Dabei sollten wir bleiben.

Wir empfehlen Ihnen daher, hier dem Nationalrat zu folgen und den Entscheid so zu treffen.

Beerli Christine (R, BE): Ich muss doch ein paar Dinge richtig stellen, damit sie nicht so im Raum stehen bleiben.

Wir führen hier mit dem Antrag der Mehrheit ein sehr zukunftsgerichtetes System mit einer Übergangsfrist von 17 Jahren ein. Jenen Frauen, die heute eine Witwenrente beziehen, wird sowieso gar nichts genommen, bei ihnen wird überhaupt nichts geändert. Frauen von über 55 Jahren bis zum AHV-Alter – das sind jene, die vorhin von Herrn David erwähnt wurden, unter denen 25 Prozent auch heute noch nicht erwerbstätig sind, sondern einzig von der Witwenrente leben – werden von der vorgeschlagenen Regelung nicht betroffen, da sie noch in die Übergangsfrist von 17 Jahren fallen. Die Generation von Frauen, die noch nicht in den Arbeitsprozess integriert sind, die über lange Zeit ein Familienleben und keine Erwerbstätigkeit gehabt haben, ist hier nicht betroffen.

Unsere Absicht ist, nach dieser Übergangszeit von 17 Jahren, eine zukunftsgerichtete Lösung einzuführen, die Familien mit Kindern besser behandelt, als dies heute der Fall ist, indem nämlich die Kinderrente von 40 auf 60 Prozent erhöht und dafür die Witwenrente von bisher 80 auf 60 Prozent zurückgenommen wird. Ich möchte nur ganz klar sagen, weil im Nationalrat das Gegenteil behauptet wurde: Eine Witwe mit einem Kind bleibt im neuen System gleich gestellt wie im

AB 2003 S 839 / BO 2003 E 839

alten. Eine Witwe mit zwei Kindern hat nach dem alten System 160 Prozent, nach dem neuen System 180 Prozent Rente. Eine Witwe mit drei Kindern hat nach dem alten System 200 Prozent, nach dem neuen System 240 Prozent. Schliesslich hat eine Witwe mit vier Kindern, die wahrscheinlich am wenigsten erwerbstätig sein kann, nach dem alten System 240 Prozent und nach dem neuen 300 Prozent. Witwen mit Kindern sind also mit dem neuen System wesentlich besser gestellt als mit dem heutigen. Sie haben dann, wenn die Kinder ausgeflogen sind, bis zur Pensionierung eine Witwenrente von 60 statt heute von 80 Prozent, das stimmt. Aber wir denken, dass in dieser Phase eine Erwerbstätigkeit zumutbar ist, und ihre Rente erhöht sich wieder auf 80 Prozent ab dem Moment, wo sie ins AHV-Alter kommt. Ich denke, das ist ein gutes, zukunftsgerichtetes System.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Stähelin Philipp (C, TG): Ich halte mich sehr kurz: Aber Frau Beerli hat jetzt eben auf diese Übergangszeit von 17 Jahren hingewiesen. Weshalb macht sie das? Weil sie damit ja gerade aufzeigt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse für diesen fundamentalen Schritt, den die Mehrheit hier vorschlägt, noch nicht reif sind. Das ist der Hintergrund, der hier eben auch zu beachten ist.

Ich bitte Sie deshalb wirklich, der Minderheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 14 Stimmen

Art. 102 Abs. 1 Bst. e, f; 104 Abs. 1; 111

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 102 al. 1 let. e, f; 104 al. 1; 111

Proposition de la commission

Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es gibt zu den Artikeln 102, 104 und 111 keine Bemerkungen. Es geht bei allen Bestimmungen um den Bundesanteil. Die Argumente haben wir letztes Mal ausführlich dargelegt. Da heute Voten in "Arena"-Kürze gefragt sind, verzichte ich darauf, diese zu wiederholen.

Angenommen – Adopté

**Ziff. II Bst. b Abs. 4**

Antrag der Mehrheit
Streichen

Antrag der Minderheit

(David, Stähelin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II let. b al. 4

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(David, Stähelin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Hier geht es um die eingangs angesprochene Übergangslösung. Die Frage ist, ob die Reduktion des Rentenvorbezuges um 10 weitere Jahre bis 2023 verlängert werden soll. Die Kommissionmehrheit wersetzt sich dem, und zwar aus folgenden Überlegungen. Diese in der 10. AHV-Revision beschränkt eingeführte Übergangslösung sollte jenen Frauen, welche beruflich benachteiligt gewesen seien, eine Erleichterung beim Rentenvorbezug schaffen. Die Mehrheit argumentiert, dass diese Benachteiligung ab dem Jahr 2012 nicht mehr oder nicht mehr in relevantem Masse bestehe und dass daher die Verlängerung der Massnahme sachlich nicht gerechtfertigt sei. Die Kosten, welche die Lösung des Nationalrates nach sich zieht, betragen nach Schätzung des Bundesamtes für Sozialversicherung jährlich maximal 240 Millionen Franken. Sie geht allerdings von einer hohen Rentenvorbezugsquote von 67 Prozent aus, während sie heute lediglich bei knapp 20 Prozent liegt.

David Eugen (C, SG): Der Nationalrat hat mit 107 zu 71 Stimmen der Lösung zugestimmt, die Sie auf der Fahne finden. Bei der 10. AHV-Revision wurde das Frauenrentenalter von 62 auf 64 Jahre erhöht. Damals hat unser Rat beschlossen, zur Abfederung den Kürzungssatz für die Frauen zu halbieren, und zwar für die Jahrgänge bis 1947. Das wurde damals in diesem Rat beschlossen, und diese Lösung wurde in einen Konnex zur Erhöhung des Frauenrentenalters gesetzt. Man sagte, man ergreife eine Begleitmassnahme zu dieser Erhöhung, damit die Frauen für diese Übergangszeit die Möglichkeit hätten, mit einer weniger stark gekürzten Rente in den Ruhestand zu treten.

Nun macht der Nationalrat mit seinem Beschluss nochmals genau dasselbe. Für die Erhöhung des Rentenalters von 64 auf 65 Jahre wird wieder die Begleitmassnahme vorgeschlagen, dass die Frauen einen geringeren Kürzungssatz haben sollen. Ich kann darin, im Gegensatz zum Bundespräsidenten, keine Privilegierung dieses Personenkreises sehen. Es ist vielmehr – wie auch letztes Mal auf Antrag dieses Rates vom Gesamtparlament beschlossen – eine berechtigte Begleitmassnahme in Zusammenhang mit der Erhöhung des Rentenalters der Frauen.

Wenn wir diesen Antrag ablehnen, würde diese AHV-Revision tatsächlich auf dem Buckel der Frauen durchgeführt. Es würde auf der einen Seite das Rentenalter für die Frauen erhöht, es würden auf der anderen Seite die Witwenrenten um 250 Millionen Franken zusammengestrichen, und es würde gar keine Übergangslösung getroffen, was man das letzte Mal noch gemacht hat. Die Mehrheit fände das nicht richtig, und es wäre auch im Hinblick auf die Volksabstimmung nicht vertretbar. Deshalb sind wir der Meinung, wir sollten diese Übergangslösung, die man das letzte Mal beschlossen hat, für die neuerliche Rentenaltererhöhung jetzt wieder beschliessen.

Ich bitte Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Jenny This (V, GL): Ich möchte Sie bitten, an der ständerätlichen Fassung festzuhalten. Mit dem Beschluss des Nationalrates sollen nun allgemein die Frauen besser gestellt werden, also auch Frauen, die es grundsätzlich gar nicht nötig hätten. Das ist natürlich kreuzfalsch, denn erstens setzen wir 244 Millionen Franken pro Jahr in den Sand, die nichts bringen und mit 50 bis 80 Franken pro Frau auch nicht nachhaltig sein werden. Zweitens sollten wir, wenn schon, diejenigen berücksichtigen, die ausgelaugt sind und unter extremen und harten Bedingungen arbeiten müssen. Wieso ausgerechnet die Frauen, gemäss Vorschlag vonseiten der CVP, nur die Hälfte der entsprechenden Kürzungen tragen sollen, ist mir schleierhaft. Auch wenn dies auf zehn Jahre befristet ist: Diese Mittel haben wir schlicht und einfach nicht.



Da ist mir eine Regelung mit Ergänzungsleistungen viel sympathischer. Diese EL-Regelung hätte zudem zwei entscheidende Vorteile: Erstens würde sie verhindern, dass Personen in den Genuss der Abfederung gelangen, die es gar nicht nötig haben; das habe ich gesagt. Zweitens würden Leistungen nur dann ausbezahlt, wenn jemand seinen Wohnsitz in der Schweiz hat. Das würde den Leistungsexport, der beträchtliche Ausmasse annehmen könnte, verhindern. Nachdem neu auch Ergänzungsleistungen für Familien und IV-Bezüger ausgerichtet werden, sehe ich keinen Grund, wieso auch nicht bei den Frührentnerinnen auf dieses bewährte System zurückgegriffen werden kann.

Das Schaffen von zusätzlichen Anreizen ist auch aus arbeitspolitischen Überlegungen verfehlt. Gemäss jüngsten

AB 2003 S 840 / BO 2003 E 840

Bevölkerungsszenarien – das müsste allen bekannt sein – ist davon auszugehen, dass ab dem Jahre 2005 gleich viele Personen in die Pension gehen wie neu ins Erwerbsleben nachstossen. Also sollten wir von zusätzlichen Anreizen absehen.

Ich möchte Sie bitten, am Beschluss des Ständerates festzuhalten.

Spoerry Vreni (R, ZH): Herr David hat zu Recht ausgeführt, dass in der 10. AHV-Revision das Alter der Frauen um zwei Jahre erhöht worden ist und dass man ihnen im Gegenzug für zwei Jahre in einer Übergangszeit einen reduzierten Kürzungssatz zugestanden hat. Er hat des Weiteren ausgeführt, dass die Lösung des Nationalrates, die jetzt vorliegt und die er unterstützt, das Gleiche sei, was wir in der 10. AHV-Revision gemacht haben, und deswegen logisch sei.

Ich muss sagen, Herr David, das trifft so nicht zu! Die Lösung, die jetzt der Nationalrat beschlossen hat, ist grosszügiger und geht deutlich weiter als die Lösung, die in der 10. AHV-Revision beschlossen und in einer Volksabstimmung durch das Volk abgesehnet worden ist. Jetzt erhöhen wir das Rentenalter der Frauen um ein Jahr, von 64 auf 65 Jahre, geben aber nach dem Beschluss des Nationalrates und dem Antrag der Minderheit David trotzdem einen reduzierten Kürzungssatz für zwei Jahre, und dann erst noch in einer langen Übergangszeit von zehn Jahren. Das führt dazu, dass gewisse Frauen der Generation, die in den Genuss dieser neuen Übergangsbestimmung kommen sollen, besser gestellt werden als die Frauen, die unter der 10. AHV-Revision vorzeitig in Rente gegangen sind.

Es würde dazu führen, dass einzelne Frauen dieser Jahrgänge sogar ein Jahr vollkommen "geschenkt" erhielten, ohne jegliche Kürzung, weil diese zusätzliche Kürzung von zwei Jahren eine Kumulation des Entgegenkommens bringt – und nicht zuletzt auch eine Besserstellung der Frauen gegenüber den Männern, die von Herrn Jenny erwähnt worden sind, die harte Arbeit leisten, auch ausgelaugt sind und überhaupt keine Reduktion haben. Deswegen bin ich der Meinung, dass der Beschluss des Nationalrates zu weit geht und dass wir hier 240 Millionen Franken zusätzlich ausgeben – auch in Fällen, in denen es keine sozialpolitische Notwendigkeit ist, weil diese zusätzliche Leistung ja ohne sozialen Bedarf ausgerichtet würde.

Das Fazit meiner Ausführungen ist: Bitte halten Sie an der Mehrheit fest. Es muss eine Differenz zum Nationalrat erhalten bleiben. Denn wollte man die Überlegung der 10. AHV-Revision in der 11. AHV-Revision weiterführen und eine Reduktion wegen dieses einen zusätzlichen Jahres geben, das die Frauen neu länger arbeiten müssen, dann müsste man diesen Beschluss des Nationalrates anpassen; man könnte ihn etwas zurücknehmen. Es wäre eine Möglichkeit, dies in der Einigungskonferenz zu diskutieren. Wenn Sie jetzt keine Differenz schaffen, haben Sie eine Lösung getroffen, die ganz klar weiter geht als die vom Volk in der 10. AHV-Revision genehmigte Lösung, die auch Frauen zugute kommt, die das überhaupt nicht nötig haben. Ich glaube, das ist etwas, was wir uns heute hinsichtlich der Situation der AHV nicht mehr leisten können.

Deshalb noch einmal: Bitte schaffen Sie eine Differenz, damit man dieses Problem wenigstens in der Differenzbereinigung noch einmal genau ansehen kann.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Ich verzichte auf mein Votum, da sich meine Überlegungen mit denjenigen von Frau Spoerry und von Herrn Jenny decken.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 14 Stimmen

Ziff. II Bst. c

Antrag der Mehrheit





Festhalten

Antrag der Minderheit

(David, Stähelin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II let. c

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(David, Stähelin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. III Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1; 78ter; Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. III ch. 1 art. 77 al. 1; 78ter; ch. 12 art. 2

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze 1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Ziff. I Art. 112 Abs. 3 Bst. c, 5; 130 Abs. 6, 6bis

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I art. 112 al. 3 let. c, 5; 130 al. 6, 6bis

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants





Art. 23 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 23 al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2003 S 953 / BO 2003 E 953

Art. 24a

Antrag der Einigungskonferenz
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la Conférence de conciliation
Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 36

Antrag der Einigungskonferenz
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 36

Proposition de la Conférence de conciliation
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 37 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 37 al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 102 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz
Bst. e
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Bst. f
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 102 al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation
Let. e
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Let. f
Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 104 Abs. 1; 111

Antrag der Einigungskonferenz





Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 104 al. 1; 111

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. II

Antrag der Einigungskonferenz

Bst. b Abs. 4

Bei Frauen der Jahrgänge 1948 bis und mit 1952 werden bei vorbezogenen Altersrenten folgende Kürzungssätze angewendet:

a. 3,4 Prozent für 12 ganze vorbezogene Monatsrenten;

b. der versicherungstechnische Kürzungssatz für die 13. bis 36. ganze vorbezogene Monatsrente.

Bst. c Abs. 1

.... der 11. AHV-Revision = 2005

Bst. c Abs. 2

.... (Y = 6 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2011)

Bst. c Abs. 3

.... (Y = 6 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2011) bis vor dem 1. Januar Z (Z = 9 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2014)

Bst. c Abs. 4

.... (Z = 9 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2014) bis vor dem 1. Januar U (U = 12 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2017)

Bst. c Abs. 5

.... (U = 12 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2017)

.... (V = 15 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2020)

Bst. c Abs. 6

.... (V = 15 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2020)

Bst. c Abs. 7

....

a.

.... (X = 5 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2010) verwitwen. Bei Verwitwung zwischen dem 1. Januar X (X = 5 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2010) und vor dem 1. Januar Y (Y = 13 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2018)

.... (U = 12 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2017);

b.

.... (Y = 13 Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision = 2018)

....

Ch. II

Proposition de la Conférence de conciliation

Let. b al. 4

Les rentes de vieillesse anticipées des femmes nées entre 1948 et 1952 inclus sont réduites selon les taux suivants:

a. 3,4 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières versées avant le terme;

b. le taux de réduction actuariel de ces prestations anticipées pour la 13e à la 36e rente mensuelle entière versée avant le terme.

Let. c al. 1

.... l'AVS = 2005

Let. c al. 2

.... (Y = 6 ans l'AVS = 2011)

Let. c al. 3

.... (Y = 6 ans AVS = 2011) (Z = 9 ans AVS = 2014)

Let. c al. 4

.... (Z = 9 ans AVS = 2014) (U = 12 ans AVS = 2017)

Let. c al. 5



.... (U = 12 ans AVS = 2017) (V = 15 ans AVS = 2020)

Let. c al. 6

.... (V = 15 ans AVS = 2020)

Let. c. al. 7

....

a.

.... (X = 5 ans AVS = 2010) (X = 5 ans AVS = 2010)

(Y = 13 ans AVS = 2018) (U = 12 ans AVS = 2017);

b.

.... (Y = 13 ans AVS = 2018).

....

Ziff. III Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1; 78ter; Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. III ch. 1 art. 77 al. 1; 78ter, ch. 12 art. 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Beginnen wir mit der Einigungskonferenz über die 11. AHV-Revision, welche gestern Morgen früh stattgefunden hat. Sie erinnern sich: Drei wesentliche Differenzpunkte sind nach drei Lesungen in jedem Rat verblieben.

1. Soll der Bundesanteil an der Mehrwertsteuer weiterhin in die Bundeskasse oder direkt in die AHV-Kasse fliessen?

2. Bei der Frage der Witwenrente standen sich zwei Modelle – jenes des Nationalrates einerseits und jenes des Ständerates andererseits – gegenüber.

AB 2003 S 954 / BO 2003 E 954

3. Soll eine allgemeine Frühpensionierung eingeführt werden, oder soll weiterhin lediglich ein vergünstigter Vorbezug für Frauen gelten?

Wir haben eine Einigung gefunden, und zwar mit klaren Mehrheiten. Massgebend für die Einigung war die Idee, zum Ersten die AHV nachhaltig zu konsolidieren und zum Zweiten gewisse Renten – insbesondere die Witwenrente – und das Rentenalter an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen.

Ich stelle Ihnen die Lösungen vor. In wesentlichen Punkten hat die Lösung des Ständerates obsiegt; es haben aber, wenn wir das unüblicherweise hier auf Parteien fixieren wollen, alle wesentlichen beteiligten Kräfte Haare lassen müssen: Es hat keine der beteiligten politischen Kräfte rundweg obsiegt. Es resultierte aber eine klare Mehrheit, deren Lösung von den so genannt bürgerlichen Parteien geschlossen akzeptiert werden konnte, von den linken Parteien aber abgelehnt wird.

Ich lasse die drei Lösungen vor Ihnen Revue passieren.

1. Zur Frage der Finanzierung: Die Einigungskonferenz hat sich – mit einer einzigen Gegenstimme – der Lösung des Ständerates angeschlossen, wonach aus den Mehrwertsteuerprozenten weiterhin rund 800 Millionen Franken in die Bundeskasse fliessen und von dort auf verschlungenen Wegen in die AHV-Kasse zurückgeleitet werden. Die direkte Einspeisung der 800 Millionen Franken in die AHV-Kasse hätte bewirkt, dass die Bundeskasse jährlich um rund 800 Millionen geschwächt worden wäre, weil jene Quelle nach der Lösung des Nationalrates ja weiterhin hätte sprudeln müssen. Die von unserem Rat überwiesene Motion 03.3454 spielte in dieser Frage eine entscheidende Rolle. Die Einigungskonferenz ist der Ansicht, dass diese Umwegfinanzierung – von Mehrwertsteuerprozent über Bundeskasse in die AHV – in der 12. Revision zu entflechten und die Finanzierung transparenter auszugestalten ist.

2. Bei der Witwenrente standen sich die beiden folgenden Systeme gegenüber: Die Lösung des Nationalrates lässt sich so charakterisieren, dass die Witwen nach der Kindererziehung beruflich handycapiert seien und darum für das ganze Leben bis zum AHV-Alter eine höhere Witwenrente erhalten sollten. Die Lösung des Ständerates geht davon aus, dass der berufliche Wiedereinstieg nach der Kindererziehung künftig leichter möglich sei als bisher. Die Einigungskonferenz ist der Lösung des Ständerates gefolgt, hat aber die Übergangsfrist



verlängert. Nach dem bisherigen Beschluss des Ständerates soll die Lösung ab dem dritten Jahr nach der Revision sukzessive eingeführt werden und dann nach einer Übergangsfrist von 17 Jahren endgültig angepasst sein. Nun haben wir in der Einigungskonferenz die Karenzzeit auf 6 Jahre ausgedehnt. Das heisst, nach 6 plus 17 – total also 23 – Jahren ist das neue Witwenrentensystem sukzessive eingeführt, also nach heutiger Berechnung im Jahre 2028. Diese sehr lange Übergangsfrist hat dazu geführt, dass sich alle politischen Kräfte dieser Lösung anschliessen konnten. Mit dieser Witwenrentenlösung erzielen wir pro Jahr rund 250 Millionen Franken an Minderausgaben.

3. Und nun zum politischen Hauptpunkt: Soll eine Frührente ab dem 62. Altersjahr für alle möglich sein, oder soll nur für Frauen während einer beschränkten Übergangszeit ein reduzierter Kürzungssatz bei Rentenvorbezug normiert werden? Die Einigungskonferenz hat sich für die Lösung des Nationalrates ausgesprochen, allerdings in reduzierter Form. Sie erinnern sich, dass National- und Ständerat die allgemeine Frühpensionierung bereits in ihrer zweiten bzw. dritten Lesung abgelehnt hatten. Ein entsprechender Antrag für eine Übergangslösung wurde indessen in der Einigungskonferenz wieder gestellt.

Lassen Sie mich die Haltung der Mehrheit begründen. Vorab müssen wir uns klar bewusst sein, dass die AHV-Lösung nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern dass die erste und die zweite Säule gemeinsam zu würdigen sind. Bei der zweiten Säule haben wir zugunsten der kleineren Einkommen, auch der Teilzeitbeschäftigten, die Eintrittsschwelle von rund 24 000 auf 18 000 Franken gesenkt. Das ist mit erheblichen Kosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbunden.

Diese Senkung der Eintrittsschwelle war auch in unserem Rat eine wesentliche Voraussetzung, um auf die allgemeine Frühpensionierung in der ersten Säule zu verzichten. Wir argumentierten, dass die 400 Millionen Franken für die Frühpensionierung in der AHV eine Giesskannenlösung darstellen, welche für den einzelnen Rentner gegenüber dem versicherungstechnischen Kürzungssatz nur 30 bis 120 Franken zusätzliche Rente bewirkt; dieser kleine Mehrbetrag könne nicht ausschlaggebend sein, um sich für eine Frühpensionierung zu entscheiden. Also wäre diese Summe von 400 Millionen Franken politisch ungenügend gewesen und hätte in der 12. und 13. AHV-Revision selbstverständlich zu Mehraufwand und zu zusätzlichen Begehren führen müssen.

Die Mehrheit der Einigungskonferenz ist auch der Ansicht, dass verschiedene umliegende Länder – ich erinnere Sie an Deutschland, Österreich und Frankreich – grösste Probleme mit Frühpensionierungen haben. Sie ist der Überzeugung, dass die Schweiz die Fehler, welche andere jetzt mühsam korrigieren, nicht mit zwanzig Jahren Verzögerung auch noch machen sollte. Wenn die SPD-Regierung in Deutschland bei den Frührenten Korrekturen vornehmen muss, sollten wir diese nicht mit Verzögerung in der Schweiz einführen.

Die Übergangslösung wäre, wenn auch nur befristet, ein Einstieg in die allgemeine Frühpensionierung. Diese 400 Millionen Franken jährlich als Übergangslösung wären der politische Einstieg gewesen, den wir – geben wir uns darüber klar Rechenschaft – später nicht mehr hätten eliminieren können. Uns stellt sich die Frage: Ist ein Leistungsausbau aus der AHV-Kasse hinsichtlich Frühpensionierungen überhaupt möglich?

Wir vertreten mehrheitlich die Ansicht, dass die Sicherung der AHV unter den gegebenen demographischen Voraussetzungen das Wichtigste ist. Erinnern wir uns an die einfachen Zahlen: Heute arbeiten noch drei Personen für eine Person, die Renten bezieht. In 25 Jahren werden es noch zwei sein. Unter diesen Voraussetzungen dürfen wir nur Leistungen einführen, die wir langfristig auch finanzieren können. Die wirtschaftlichen Aussichten sind nicht dergestalt, dass wir uns mit einem zusätzlichen Ausbau der Leistungen kurzfristig verschulden dürfen, in der Hoffnung, dass mittelfristig ein grosser wirtschaftlicher Aufschwung eintritt, der uns nachher die Finanzierung erlaubt. Es ist Tatsache, dass die Frühpensionierung in verschiedenen Branchen durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelungen ist. Das ist nach der Mehrheit der Einigungskonferenz der richtige Weg.

Die Einigungskonferenz hat sich auf ein zeitlich befristetes Entgegenkommen den Frauen gegenüber geeinigt. Weshalb? Zum einen sind es im Wesentlichen die Frauen, welche die 11. AHV-Revision finanzieren, durch die Anpassung der Witwenrente mit 250 Millionen Franken jährlich und durch die Erhöhung des Rentenalters mit 445 Millionen Franken jährlich. Die Einigungskonferenz will das bisherige Recht für die Frauen in angepasstem Rahmen weiterführen. Dieses legt fest – in der 10. AHV-Revision haben wir uns so geeinigt –, dass die Frauen wegen der Rentenaltererhöhung von 62 auf 64 Jahre für zwei vorbezogene Jahresrenten einen reduzierten Kürzungssatz beanspruchen dürfen. Wir haben nun genau diese Regelung nur für ein Jahr weitergeführt. Der Nationalrat hatte den Rentenvorbezug in seiner Lösung, die wir das letzte Mal besprochen haben, wiederum während zwei Jahren ermöglicht. Das ist sachlich nicht gerechtfertigt, weil bei der Erhöhung um ein Rentenaltersjahr nicht eine Begünstigung von zwei Jahren eingeführt werden darf. In diesem Sinn haben wir die Übergangslösung angepasst. Sie kostet rund 145 Millionen Franken pro Jahr, ist aber eine befristete Lösung, welche nur für die fünf Übergangsjahrgänge 1948–1952 gilt.



Das sind die wesentlichen Punkte. Wir haben uns noch in zwei weiteren Fragen geeinigt. Erstere betrifft die Waisenrenten und die Witwenrenten für geschiedene Frauen. Wir sind dort der Lösung des Nationalrates gefolgt. Wir haben

AB 2003 S 955 / BO 2003 E 955

zweitens auch den Übergangstatbestand in der AHV-Revision weitergeführt, wonach die Beträge aus dem Nationalbankgold, welche nicht gesetzlich zugewiesen sind, für die AHV verwendet werden. Das ist allerdings nur ein Auffangtatbestand, welcher kaum praktische Auswirkungen haben wird.

In diesem Sinne bitten wir Sie, die Lösung der Einigungskonferenz zu akzeptieren. Sie hat in den umstrittenen Fragen, insbesondere bei der Frühpensionierung, mit 18 zu 5 Stimmen sehr klar entschieden. Die finanziellen Auswirkungen ersehen Sie aus dem Blatt, das wir Ihnen ausgeteilt haben. Es gelingt uns, mit der 11. AHV-Revision die Finanzierung der AHV wesentlich zu verbessern. Die Einsparung in Form von weniger ausbezahlten Renten, aber auch von teilweise leicht höheren Beiträgen, ergibt eine Besserstellung von 927 Millionen Franken pro Jahr. Das sind rund 3 Prozent des AHV-Haushaltes und eine nachhaltige, wichtige Konsolidierung. Mit der Übergangslösung, dem vergünstigten Rentenvorbezug für ein Jahr für die Frauen, geben wir vorübergehend zusätzlich 145 Millionen Franken an Renten aus. Mit dieser Besserstellung glauben wir, die AHV auf gute Wege geführt zu haben, auch wenn wir klar sagen: Vom Gedanken der allgemeinen Frühpensionierung über die AHV-Kasse müssen wir politisch Abschied nehmen. Das ist die politisch entscheidende Weichenstellung, die wir mit dem Ergebnis der Einigungskonferenz treffen.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

Brunner Christiane (S, GE): Je vous invite à rejeter ce qui est résulté de la Conférence de conciliation.

Le président de notre commission l'a dit tout à l'heure: "Les femmes financent la 11e révision de l'AVS." Mais, Monsieur le Président de la commission, il n'y a rien à financer! On fait des économies sur le dos des femmes dans la 11e révision de l'AVS. On n'améliore pas des prestations qu'il faudrait financer par ailleurs. Alors, je crois que le petit sucre à la fin qui a rallié tout le monde en faveur d'une période transitoire de cinq ans avec un taux de réduction de la rente abaissé de moitié, c'est vraiment quelque chose qui ne mérite même pas d'être appelé compromis. Dans la 11e révision de l'AVS telle qu'elle ressort de nos travaux, on a trahi les promesses faites à l'époque qui consistaient à dire: "On relèvera encore fois l'âge de la retraite des femmes à 65 ans. On arrivera à l'égalité, mais on introduira la possibilité de prendre une retraite flexible." Cette promesse, on l'a trahie; c'est en quelque sorte le premier pas, cette 11e révision, vers un relèvement à 67 ans pour tout le monde de l'âge de départ à la retraite, et sans aucune retraite flexible.

Ensuite, le président argumente en mélangeant avec le deuxième pilier. Mais ça n'a rien à voir! Ce n'est pas parce qu'on a amélioré un tout petit peu la déduction de coordination pour l'accès au deuxième pilier que par ailleurs il faut faire payer aux femmes la totalité de ce que l'on économise dans la 11e révision de l'AVS. Les 400 millions de francs dont on a discuté longtemps, assortis de la flexibilité de la retraite que nous, nous avons décidée une fois en commission, ce n'était pas du tout le "Giesskannenprinzip" parce que c'est ceux qui en ont besoin, ceux qui n'ont pas les moyens de prendre une retraite flexible qui auraient pu la prendre. C'était vraiment limité à ceux qui ont des petits revenus.

En introduisant un taux de réduction un peu différencié pour les femmes – sans compter que c'est un "susucré" sans valeur –, alors là on a un "Giesskannenprinzip"! parce que toutes les femmes peuvent en profiter, quels que soient leur revenu ou leur situation familiale et de fortune. Donc je crois qu'on est en train de commettre là une erreur monumentale. Avec cette 11e révision de l'AVS, on veut économiser d'un côté, mais on ne veut pas flexibiliser de l'autre, et c'est ainsi, à mon avis, qu'on trahit les promesses faites et qu'il sera également nécessaire d'en appeler au peuple suisse pour trancher.

Pour aujourd'hui, je vous invite à rejeter les propositions de la Conférence de conciliation.

Stähelin Philipp (C, TG): Meine Vorrednerin hat von einem Punkt bezeichnenderweise nicht gesprochen, nämlich von der Mehrbelastung bzw. der Schlechterbehandlung der Witwen. Auch das sind bekanntlich Frauen, und ich stelle fest, dass gerade die Vorrednerin überhaupt nicht dafür gesorgt hat, dass die Mehrbelastung der Witwen abgefedert worden wäre. Vielmehr hat sie dort auch den Vorschlag der damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss immer mitgetragen, welcher noch wesentlich weiter gegangen wäre als die Lösung, die wir jetzt in der Einigungskonferenz gefunden haben. Wir haben in der Einigungskonferenz alles daran gesetzt, dass die Mehrbelastung der Frauen durch das Anheben des Rücktrittsalters auf 65 Jahre tatsächlich abgefedert worden ist. Wir haben hier eine Lösung, und diese Lösung hat im Bereich dieser Frauen auch einen recht grossen Grad an Flexibilität. Wir haben hier in der Einigungskonferenz immerhin einen grossen Schritt getan. Ich bin



dankbar dafür, dass das gelungen ist.

Ich bitte Sie, der Lösung, die wir nun gefunden haben, zuzustimmen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Das Votum von Frau Brunner veranlasst mich doch, kurz zu replizieren. Frau Brunner sagte: Die Frauen alleine zahlen. Ja, die Frauen zahlen mehrheitlich, aber wenn Sie die Zahlen anschauen, nicht allein. Aber die Frauen zahlen nicht, damit sie bestraft werden, sondern weil wir in der AHV einen gesellschaftlichen Wandel nachvollziehen, der bereits stattgefunden hat, nämlich mit der Angleichung des Rentenalters, im Zeitalter der Rechtsgleichheit, welche den heutigen Lebenserwartungen nur zu einem kleinen Teil Rechnung trägt.

Zur gesellschaftlichen Anpassung bei den Witwenrenten: Das Bild, dass eine Frau, die mit 25 Jahren heiratet, ihren Beruf aufgibt und nach dem Tode ihres Mannes ihr Leben lang kein Einkommen mehr hat, stimmt heute nicht mehr – oder nur zu einem sehr kleinen Teil. Den bereits gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen, welche sich noch weiterentwickeln werden, tragen wir mit einem sehr schonenden Umbau des Witwenrentensystems Rechnung. Diesen Umbau rechtfertigt der gesellschaftliche Wandel. Wir federn das Rentenalter 65 ab. Die Frauen, die ein Jahr später Renten beziehen können, haben während dieser Zeit nur einen reduzierten Kürzungssatz. Das ist die Weiterführung der Lösung der 10. AHV-Revision.

Frau Brunner, Sie haben zudem das heftige Wort des Verrates gebraucht. Ich muss dem in aller Klarheit widersprechen. In der 10. AHV-Revision haben wir versprochen, die Angelegenheit der Frührenten gründlich zu prüfen und sie wenn möglich auch einzuführen. Nun müssen wir aber hinsichtlich der AHV Lösungen treffen, die die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Situation der AHV-Finanzen und der Bundesfinanzen berücksichtigen. Wir dürfen doch nur Renten einführen, welche wir tatsächlich auch finanzieren können. Mit der 11. Revision sichern wir die AHV nachhaltig bis mindestens zum Jahr 2017, selbst wenn die Wirtschaft nicht glänzend läuft. Zu diesem Zweck müssen wir die Mehrwertsteuer leicht erhöhen. Die Mehrwertsteuererhöhung ist eine Belastung, noch mehr für die kleinen Einkommen als für die grossen, weil die kleinen Einkommen praktisch ganz für den Konsum verwendet werden müssen.

Wenn wir eine ausgewogene AHV-Finanzierung beibehalten wollen – und das ist unser Ziel –, müssten wir bei Einführung einer allgemeinen Frühpensionierung wesentlich höhere Abgaben von allen Bürgerinnen und Bürgern verlangen. Wir müssen unsere AHV-Revision nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen abschliessen und nicht nach Wünschen, welche nicht finanzierbar sind. Wir wollen die AHV nachhaltig finanzieren; nachhaltig ist all das, was ich vor meinen Kindern und Grosskindern in 30 Jahren verantworten kann.

Wenn wir heute Frührenten einführen, die wir nicht finanzieren können und von denen wir genau wissen, dass sie sich – selbst wenn der Betrag heute relativ bescheiden ist – in Zukunft erhöhen werden, dann wecken wir Erwartungen und

AB 2003 S 956 / BO 2003 E 956

geben Versprechungen ab, die wir nicht einhalten können. Wollen wir denn heute Frührenten einführen und in fünf Jahren in einem Entlastungsprogramm alles wieder zurücknehmen? Sind wir so glaubwürdig? Dann würden wir Verrat üben an unseren Rentenbezügern, aber nicht, wenn wir von vornherein verantwortungsbewusst nur das einführen, was wir tatsächlich finanzieren können.

Wir haben auch eine weitere neue Erkenntnis: Es ist in den letzten Jahren gelungen, durch private Initiative zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Frühpensionierungen einzuführen. Die Baubranche, die wirtschaftlich nicht am besten situiert ist, hat es vorgemacht und finanziert. Der Staat – wenn er schon nicht bezahlen kann – soll nicht etwas auf allgemeine Kosten einführen, was durch private Vereinbarungen gelingt.

Eine letzte Bemerkung betreffend den Mischindex, den ich vorhin ausgespart habe. Bei den Akteuren der Einigungskonferenz bestand die sehr überwiegende Überzeugung, dass der Mischindex im Rahmen des Entlastungsprogrammes nicht angerührt werden darf. Er soll nicht ausgesetzt werden, und ich bin überzeugt, dass die Parteien, die daran beteiligt waren, dieses Versprechen auch im Entlastungsprogramm umsetzen. Das ist ein Entgegenkommen auch an andere politische Kreise als jene, die das Sparen zuoberst auf der Traktandenliste haben.

Ich bitte, das im Entlastungsprogramm auch durchzusetzen. Ich sehe den Drohfinger von Herrn Merz, aber Kröten müssen wir alle schlucken, um zu überleben.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Frau Brunner beantragt, die Anträge der Einigungskonferenz abzulehnen.

Abstimmung – Vote





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2003 • Achte Sitzung • 25.09.03 • 08h00 • 00.014
Conseil des Etats • Session d'automne 2003 • Huitième séance • 25.09.03 • 08h00 • 00.014



Für den Antrag der Einigungskonferenz 32 Stimmen
Für den Antrag Brunner Christiane 6 Stimmen



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Sie sind heute Morgen sowohl von der "NZZ" als offenbar auch über die Radionachrichten von der Meldung überrascht worden, völlig unbemerkt sei ein Passus in die 11. AHV-Revision gerutscht, wonach das Gold der Nationalbank in die AHV statt in die Bundeskasse gehe. Ich habe das kurz vor der Sitzung gehört, wie Sie vielleicht auch. Die Tatsache ist aber folgende: Es ist kein Passus unbemerkt hineingerutscht! Artikel 102 des AHV-Gesetzes ist ein Auffangtatbestand. Falls Verfassung und Gesetz nichts anderes vorsehen würden, würde der Bundesanteil in die AHV gehen. Das ist nur ein Auffangtatbestand, die heutige Regelung gilt weiterhin!

Schweiger Rolf (R, ZG), für die Kommission: Die Fülle der Gesetze und vor allem die Parallelität der Gesetzgebung zwingt die Redaktionskommission immer wieder, gewisse Korrekturen vorzunehmen, die zumeist formellen Charakter haben. Ich bin verpflichtet, Ihnen von wesentlichen Textänderungen Kenntnis zu geben. Bezüglich der 11. AHV-Revision tue ich dies wie folgt: Bei Artikel 3 Absatz 4 AHVG weist die Fahne Nr. 5 – jede Fahne kriegt eine Nummer – einen Fehler auf. Danach lautet der Beschluss des Nationalrates vom 6. Mai 2003 zu Artikel 3 "Festhalten". In Wirklichkeit haben aber die Kommission des Nationalrates und der Rat bezüglich Absatz 4 dem Beschluss des Ständerates zugestimmt. Im Schlussabstimmungstext ist denn auch die richtige, vom Parlament gewollte Fassung gedruckt.



Bei den Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 3. Oktober 2003 in Ziffer II hat die Redaktionskommission bei Buchstabe c, bei den Witwenrenten, einen Teil des Textes in Form einer Tabelle dargestellt, um eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Dabei hat sie das Jahr des Inkrafttretens der 11. AHV-Revision mit Auslassungspunkten dargestellt, weil der Zeitpunkt des Inkrafttretens noch ungewiss ist. Gleichzeitig hat sie aber unter Ziffer III eine Ermächtigung des Bundesrates aufgenommen, für die Publikation in der Amtlichen Sammlung die genauen Jahreszahlen einzusetzen.

Ich bitte Sie, von diesen Ausführungen Kenntnis zu nehmen.

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 35 Stimmen

Dagegen 2 Stimmen

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 34 Stimmen

Dagegen 9 Stimmen